

Universität Rostock
Philosophische Fakultät
Historisches Institut



UNIVERSITÄT ROSTOCK

Zusammenarbeit im Ostseeraum 1989/90 - 2004.

Zur Funktion der Ostseekooperation für Sicherheit, europäische Integration und die
Entwicklung der nördlichen Dimension der Europäischen Union.

Dissertation
zur
Erlangung des akademischen Grades
Doctor philosophiae (Dr. phil.)
der Philosophischen Fakultät
der Universität Rostock

vorgelegt von:
Felix Beccard, geboren als Felix Frömmel am 28.03.1980 in Greifswald
aus Berlin

urn:nbn:de:gbv:28-diss2009-0078-1

Gutachter:

Prof. Dr. Wolf D. Gruner, Universität Rostock

Prof. Dr. Kersten Krüger, Universität Rostock

Prof. Dr. Jürgen Elvert, Universität zu Köln

Datum der Verteidigung der Dissertation: 03.07.2009

„Friede ist niemals durch Koexistenz, sondern in Kooperation“
Carl Jaspers

Danksagung

Nachdem mir lange der Afrikanische Elefant als Tier mit der längsten Tragzeit bekannt war, stellte sich kürzlich heraus, dass der Alpensalamander, einem Promotionsstudenten vergleichbar, bis zu drei Jahren brauchen kann, ehe die Mühen seiner Trächtigkeit zu Ende gehen. Dieses Bild ist durchaus angebracht, da dieser Zustand – zumindest beim Menschen – neben der Freude auch Anstrengungen und Verunsicherung bedeuten kann. Allerdings mit dem wichtigen Unterschied, dass die Dissertation nicht von alleine wächst und reift...

Insofern gilt es unbedingt, Dank zu sagen den vielen Helfern, die mich in allen Arten und Weisen auf dem Weg begleitet und unterstützt haben. Eine wichtige Voraussetzung schuf das Land Mecklenburg-Vorpommern, dem ich dafür danke, mit einem Stipendium mir die Zeit gegeben zu haben, die ich für die Erarbeitung brauchte. Der Fortgang der wissenschaftlichen Arbeit an der Unternehmung wäre nicht denkbar gewesen ohne die Unterstützung von Prof. Dr. Wolf D. Gruner und Prof. Dr. Kersten Krüger.

Ein ebenso großer Dank gilt denen, die mich auch in Bezug auf die Arbeit, aber vor allem im Leben neben der Forschung unterstützt und ermuntert haben: meiner Familie, meinen Freunden und der, die alles mitgetragen hat: meiner Frau Maja.

Davon abgesehen liegen alle möglicherweise auftretenden Fehler oder Unstimmigkeiten in der Arbeit natürlich vollkommen in meiner eigenen Verantwortung.

Thesen

Ausgangslage

- 01.) Der Ostseeraum war vor der Teilung durch den Kalten Krieg ein Raum reger Beziehungen und der Kooperation.
- 02.) Die Blockkonstellation des Kalten Krieges als eine Folge des Zweiten Weltkrieges unterbrach die alten Kontakte im Ostseeraum und etablierte dafür neue, die sich nach ihren Bedingungen richteten.
- 03.) Die Blockkonstellation des Kalten Krieges verursachte in der Ostseeregion eine Anzahl von Problemen, die nach ihrem Ende zu Tage traten und zu sofortigem Handeln zwangen. Diese waren unter anderem ein Machtvakuum in den östlichen Transformationsstaaten, ein deutliches Wohlstandsgefälle, große Verschiedenheit politischer und wirtschaftlicher Systeme und Werte, schwerwiegende Umweltprobleme, fehlendes gegenseitiges Vertrauen, fehlende Kontakte und Kooperation.

Ostseekooperation – Ziel und Wesen

- 04.) Die Ostseekooperation beabsichtigte sowohl den Aufbau einer gemeinsamen Ostseeregion als auch die Stabilisierung der baltischen Staaten, Polens und Russlands und die Heranführung der Beitrittskandidaten an die EU.
- 05.) Die beginnende Vernetzung im Ostseeraum wurde von den Anrainerstaaten getragen und folgte dem *spill-over-approach*, d.h. aus Rücksicht auf die sicherheitspolitische Lage begann man mit leichter verhandelbaren Themen wie Umweltpolitik, Demokratieentwicklung und Wirtschaft und ging dann zu schwierigeren Themen und zu einer Vertiefung der bestehenden Kooperation über. Dies war eine Form der Vertrauensbildung, die nur unter Ausklammerung der *hard security*, also militärischer, sicherheitspolitischer Fragen, Erfolg haben konnte.
- 06.) Das in der Anfangszeit entstandene Grundgerüst der Kooperation: der Ostseerat auf nationaler, die Konferenz der Subregionen auf regionaler und die Union der Ostseestädte auf lokaler Ebene, ergänzt durch thematisch festgelegte Spezialgremien wie die Helsinki-

Kommission war sehr funktional und zeugt von einem generell großen Engagement der Beteiligten.

07.) Nach der schon vor 1989 bestehenden Helsinki-Kommission waren es die Stadtverwaltungen und die Parlamente des Ostseeraums, die erste Kooperationsgremien gründeten; die schleswig-holsteinische Landesregierung unter Björn Engholm war auch sehr engagiert.

Der Ostseerat

08.) Vor diesem Hintergrund war die nationale Regierungsebene mit der Gründung des Ostseerats 1992 durchaus nicht in einer Vorreiterrolle, die Kooperation bekam so aber eine neue Qualität.

09.) Der Ostseerat entwickelte sich rasch zum zentralen Kooperationsgremium im Ostseeraum, indem mit einer fortschreitenden Ausdifferenzierung der Struktur immer mehr Themenfelder durch ihn abgedeckt wurden.

10.) Die Tätigkeiten des Kommissars für nationale Minderheiten des CBSS und des Minderheitenkommissars der KSZE/OSZE waren teilweise fast deckungsgleich, die Arbeitsteilung war wenig effektiv. Der wesentliche Unterschied war die Ombudsfunktion des CBSS-Kommissars, mit der er Anliegen Einzelner gegenüber den Behörden vertreten konnte.

11.) Der Umgang des Ostseerats mit der NGO-Kooperation (vor allem auch unter deutscher Präsidentschaft) war trotz der vielen Bekenntnisse von Desinteresse und mangelndem Verständnis geprägt.

Die Helsinki-Kommission

12.) Die Anfänge zum Ostseeumweltschutz mit der Helsinki-Kommission 1974 waren begründet in dem weltweit wachsenden Handlungsdruck und in der Sondersituation der besonders stark verschmutzten Ostsee.

13.) Die Helsinki-Kommission war somit ein Gremium, das mitten im Kalten Krieg begann, Zusammenarbeit zu stimulieren, Kontakte aufzubauen, vertrauensbildend wirkte und somit einen wichtigen Anteil am Ende des Kalten Krieges in der Ostseeregion hatte.

14.) Ungeachtet normaler diplomatischer Rückschläge war die Arbeit der HELCOM sehr erfolgreich, wie die politischen Reformen, Anlagenmodernisierungen und letztlich die Erholung des Umweltzustands der Ostsee zeigen.

15.) Dennoch konnte die Eutrophierung, das Hauptumweltproblem der Ostsee nicht beseitigt werden, die Ausdehnung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU auf die Länder der östlichen Ostsee nach dem 01.05.2004 konnte sogar eine Steigerung der Nährstoffbelastung der Ostsee bedeuten.

16.) Trotz dieser Voraussicht kam es im Vorfeld der EU-Erweiterung zu keinen gemeinsamen Überlegungen von EU und HELCOM, die Gemeinsame Agrarpolitik entsprechend zu reformieren.

Die Baltic 21

17.) Schweden versuchte über längere Zeit, mit dem lange von ihm selbst finanzierten Umweltprogramm Baltic 21 der in Finnland ansässigen Helsinki-Kommission Konkurrenz zu machen. Die damit verbundene Doppelarbeit verschwendete Ressourcen und Zeit für ernsthafte Arbeit an den Umweltproblemen des Ostseeraums.

18.) Der der Baltic 21 zu Grunde liegende Ansatz des Einbezugs von Nichtregierungsorganisationen, regionalen und lokalen Ebenen sowie der Wirtschaft mit dem gemeinsamen Ziel des Umweltschutzes war allerdings wertvoll. Das Beispiel der HELCOM-PITF hatte gezeigt, dass dies auch unter dem Dach der HELCOM funktionieren konnte.

Die Europäische Ebene

19.) Auf gesamteuropäischer Ebene wurden zu Beginn der 1990er Jahre keine wesentlichen Schritte zur Lösung der Probleme im Ostseeraum unternommen. Im Zusammenhang mit der Norderweiterung der EU wurden Mitte der 1990er Jahre von der

Europäischen Kommission Papiere entwickelt, die Kooperationsinhalte der Ostseegremien aufgriffen, allerdings ohne tiefer gehende Wirkung.

20.) Das Interesse der EU am Ostseeraum setzte erst mit der finnischen Initiative zu einer Nördlichen Dimension der EU im Jahre 1997 richtig ein, aber auch später war immer die jeweilige EU-Präsidentschaft entscheidend für den Grad des Engagements der EU im Ostseeraum.

Die EU-Förderprogramme

21.) Die Vergabekriterien der EU-Förderprogramme benachteiligten den Ostseeraum mit seinem Miteinander von EU-Mitgliedern, -Kandidaten und Russland als Nicht-Interessenten und seinen vorherrschenden marinen Grenzen, für die Förderung aus den Fördertöpfen für grenzüberschreitende Kooperation nicht vorgesehen war.

22.) Die Konfusion hinsichtlich der Vereinbarkeit der EU-Förderprogramme untereinander und die Komplexität der Vergabekriterien nötigten Gremien wie das Hanse-Office der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg in Brüssel und die UBC, große Teile ihrer Kapazitäten für die Beratung und Antragsunterstützung aufzuwenden.

Bewertung

23.) Der Ostseekooperation gelang es über Erfahrungs- und Informationsaustausch sowie Partnerschaften und Lobbying einen entscheidenden Beitrag zur Integration des Ostseeraums und wichtige Unterstützung zum EU-Osterweiterungsprozess bis 2004 zu leisten.

24.) Auf diese Weise leistete die Ostseekooperation auch einen großen Beitrag zur gesamteuropäischen Sicherheit und Integration.

25.) Die Integration und der Vertrauensaufbau mit Russland gelangen nicht in dem Maße wie bei den anderen Transformationsstaaten des Ostseeraums, was an der andersgearteten Interessenlage Russlands lag. Dennoch hat die Ostseekooperation zweifellos zum Aufbau eines gewissen Vertrauensverhältnisses beigetragen.

26.) Der neofunktionalistische Ansatz der Ostseekooperation, der freies Wachstum der Institutionen gestattete, führte neben seinen starken Verdiensten auch zu einer schwer zurücknehmbaren Überinstitutionalisierung des Ostseeraums, die trotz aller Anstrengungen Doppelarbeit nicht immer vermeiden konnte. Doppelarbeit war so ein Kennzeichen der im späteren Verlauf teilweise wild wuchernden Ostseekooperation.

27.) Die geringe juristische Verbindlichkeit der Beschlüsse der Ostseegremien war ein zweiseitiges Schwert. Einerseits ermöglichte sie raschere und gehaltvollere Einigungen in sensiblen Themen, in denen im anderen Fall ungern Zugeständnisse gemacht worden wären. Sie war aber auch ein Grund für Verzögerungen in der Umsetzung, da die Kooperationsgremien keine Vollstreckungsinstrumente besaßen. So war immer das Engagement des einzelnen Mitglieds für die Fortschritte entscheidend.

28.) Mangelnde Finanzierungsmöglichkeiten reduzierten außerdem in einigen Fällen die Kooperationsmöglichkeiten.

29.) Mit der durch die Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen 1998 ausgedrückten Erweiterungsabsicht der EU begannen die Ostseeorganisationen einen Prozess der eigenen Standortbestimmung und Strukturrevision.

30.) Die Bedeutung der Ostseekooperation nach der EU-Erweiterung liegt in der Interessenvertretung ihrer Staaten und der Region sowie in der weiteren Integration des Ostseeraums.

Inhalt

1. Einleitung

1.1 Problemaufriss und Fragestellung, Begriffsklärungen.....	14
1.2 Forschungsstand	18
1.3 Quellenlage und Quellenkritik	22
1.4 Methodenfragen und Aufbau der Arbeit	23

2. Die Vorgeschichte/ Der historische Kontext

2.1 Die Hanse als Höhepunkt früher Kooperation im Ostseeraum	28
2.1.1 Entstehung, Wirkung und Niedergang	28
2.1.2 Die Organisation der Hanse.....	35
2.2 Stationen des Ostseeraums von der Neuzeit bis zum 20. Jahrhundert	38
2.3 Der Ostseeraum 1918 bis 1945	39
2.4 Der Kalte Krieg im Ostseeraum 1945 bis 1989	47
2.4.1 Die Entstehung der Nachkriegsordnung im Ostseeraum.....	47
2.4.2 Das Ende des Kalten Krieges im Ostseeraum	55
2.5 Die Situation im Ostseeraum nach dem Ende des Kalten Krieges	61
2.5.1 Die Baltischen Staaten- Die Folgen der Sowjetzeit	61
2.5.1.1 Minderheitenfragen.....	61
2.5.1.2 Die stationierten Truppen	67
2.5.1.3 Grenzfragen	69
2.5.2 Polen, das Baltikum und westliche Organisationen	70
2.5.2.1 Integration in die EU	70
2.5.2.2 Integration in die NATO.....	72
2.5.3 Russland	74
2.5.3.1 Politische Grundlinien	74
2.5.3.2 Kaliningrad	77
2.5.3.2.1 Das Militärpotential Kaliningrads.....	78
2.5.3.2.2 Die wirtschaftliche Situation Kaliningrads.....	78
2.5.4 Skandinavien auf dem Weg nach Europa.....	81
2.5.5. Die Umweltsituation	83
2.5.5.1 Die Sondersituation der Ostsee.....	83
2.5.5.2 Verschmutzung durch Nährstoffe.....	85
2.5.5.3 Verschmutzung durch andere Schadstoffe	86
2.5.6 Zwischenbilanz: Von der Hard Security zur Soft Security	87

3. Institutionengeschichte der Gremien im Ostseeraum

3.1 Kleinere Kooperationsorganisationen	90
3.1.1 Die <i>Baltic Tourism Co-operation</i> (BTC)	90
3.1.2 Das Hanse-Office	91
3.1.3 Die <i>Baltic Seven Islands Co-operation</i> (B7).....	93
3.1.4 Der <i>Council of Baltic University Rectors</i> (CBUR)	94
3.1.5 <i>Ars Baltica</i>	94
3.1.6 Die <i>Baltic Ports Organisation</i> (BPO)	95
3.1.7 Das <i>Baltic Sea Trade Union Network</i> (BASTUN)	95
3.1.8 <i>Council of Peripheral Maritime Regions- Baltic Sea Commission</i>	96

3.1.9 Das <i>Baltic Development Forum</i> (BDF)	97
3.2 Zentrale Kooperationsorganisationen	99
3.2.1 Die Helsinki-Kommission (HELCOM)	99
3.2.2 Die <i>Union of Baltic Cities</i> (UBC)	109
3.2.3 Die <i>Baltic Sea Parliamentary Conference</i> (BSPC).....	116
3.2.4 Die <i>Baltic Sea Chambers of Commerce Association</i> (BCCA).....	121
3.2.5 Der Ostseerat - <i>Council of the Baltic Sea States</i> (CBSS).....	123
3.2.6 Die <i>Baltic Sea States Subregional Conference</i> (BSSSC).....	137
3.2.7 Die Baltic 21	142
3.2.8 <i>Visions and Strategies around the Baltic Sea</i> (VASAB)	149
3.2.9 Die <i>Baltic Sea Region Energy Cooperation</i> (BASREC).....	150

4. Die Integrationspolitik der Ostseegremien

4.1 Demokratieentwicklung und Minderheitenfragen.....	152
4.1.1 Die <i>Working Group on Democratic Institutions</i> des Ostseerats	152
4.1.2 Das Amt des CBSS-Kommissars	163
4.1.2.1 Die Mandatsperiode 1994-1997	163
4.1.2.2 Die Mandatsperiode 1997-2000	175
4.1.2.3 Die Mandatsperiode 2000-2003	190
4.1.3 Die Ebene der BSSSC	197
4.1.4 Das CBSS-NGO-Forum	199
4.1.5 Die Ebene der BSPC	210
4.2 Wirtschaftliche Kooperation und Verkehr	211
4.2.1 Die Ebene des Ostseerats.....	211
4.2.2 Die Ebene der BSSSC	230
4.2.3 Die Ebene der UBC	233
4.2.4 Die Ebene der BSPC	238
4.2.5 Der Verkehrssektor der Baltic 21	239
4.3 Bildung und Kultur.....	241
4.3.1 Die EuroFaculty.....	241
4.3.2 Die CBSS-Bildungsministertreffen	247
4.3.3 Die CBSS-Kultusministerkonferenz	250
4.3.4 Die Ebene der BSSSC	257
4.3.5 Die Ebene der UBC	258
4.3.5.1 Die Kommission zu Kultur.....	258
4.3.5.2 Die Kommission zu Tourismus	261
4.3.5.3 Die Kommission zu Bildung	262
4.3.6 Die Ebene der BSPC	264
4.3.7 Die Baltic 21E	265
4.4 Umwelt.....	268
4.4.1 HELCOM	268
4.4.1.1 Die Helsinki-Konvention von 1974.....	268
4.4.1.2 Die Entwicklung bis 1992	270
4.4.1.2.1 Das wissenschaftlich-technologische Arbeitsfeld.....	271
4.4.1.2.2 Das maritime Arbeitsfeld.....	276
4.4.1.2.3 Das Arbeitsfeld der Bekämpfung von Verschmutzungen	280
4.4.1.2.4 Die Kommission	284
4.4.1.2.5 Der ökologische Zustand der Ostsee.....	294
4.4.1.3 Die Revision der Konvention 1992	300
4.4.1.4 Die Entwicklung 1992-1999.....	304
4.4.1.4.1 Das JCP und seine Umsetzung	304
4.4.1.4.2 Das wissenschaftliche Arbeitsfeld.....	308

4.4.1.4.3	Das technologische Arbeitsfeld	311
4.4.1.4.4	Das maritime Arbeitsfeld.....	314
4.4.1.4.5	Das Arbeitsfeld der Bekämpfung von Verschmutzungen	318
4.4.1.4.6	Die Kommission	322
4.4.1.4.7	Der ökologische Zustand der Ostsee	330
4.4.1.5	Die Entwicklung 2000-2004.....	333
4.4.1.5.1	Das JCP und seine Umsetzung	333
4.4.1.5.2	HELCOM MONAS	338
4.4.1.5.3	HELCOM HABITAT	339
4.4.1.5.4	HELCOM SEA/ MARITIME.....	341
4.4.1.5.5	HELCOM LAND	343
4.4.1.5.6	HELCOM RESPONSE.....	346
4.4.1.5.7	Die Kommission	349
4.4.1.5.8	Der ökologische Zustand der Ostsee	355
4.4.2	Die Treffen der CBSS-Umweltminister	358
4.4.3	Die Umweltarbeit der BSSSC	361
4.4.4	Die Umweltarbeit der UBC	364
4.4.5	Die Ebene der BSPC	370
4.4.6	Die Baltic 21	372
4.4.6.1	Der Landwirtschaftssektor.....	372
4.4.6.2	Der Fischereissektor	378
4.4.6.3	Der Forstwirtschaftssektor.....	380
4.4.6.4	Der Industriesektor	382
4.4.6.5	Der Tourismussektor	387
4.4.6.6	Die <i>Joint Actions</i>	388
4.5	Zivile Sicherheit	390
4.5.1	Die <i>Working Group on Nuclear and Radiation Safety</i> des Ostseerats.....	390
4.5.2	Kriminalitätsbekämpfung	400
4.5.2.1	Die <i>Task Force against Organised Crime</i>	400
4.5.2.2	Die Konferenz der Generalstaatsanwälte.....	417
4.5.2.3	Die Treffen der Innenminister	419
4.5.3	Die <i>Task Force on Communicable Disease Control</i>	420
4.6	Energiepolitik	424
4.6.1	Die Ministerkonferenzen	424
4.6.2	Die <i>Baltic Energy Task Force</i>	428
4.6.3	BASREC.....	431
4.6.4	Die Ebene der BSSSC	438
4.7	Telekommunikation und Informationsgesellschaft	438
4.7.1	Die Ebene des Ostseerats.....	438
4.7.2	Die Ebene der BSSSC	442
4.7.3	Die Ebene der UBC	443
4.8	Jugendpolitik und Soziales.....	446
4.8.1	Die Arbeitsgruppe <i>Children at Risk</i> des Ostseerats	447
4.8.2	Die Ebene der BSSSC	451
4.8.3	Sozialpolitik.....	453
4.8.4	Sport	457
4.9	Raumentwicklung.....	459
4.9.1	VASAB.....	459
4.9.2	Die Kommission für Stadtplanung der UBC	468
4.10	Die Europäische Union und der Ostseeraum	469
4.10.1	Die Entwicklung einer europäischen Politik gegenüber dem Ostseeraum... 470	
4.10.1.1	Die Entwicklungen bis zum ersten NDAP	470

4.10.1.2 Die Aktionspläne der Nördlichen Dimension.....	483
4.10.2 Zur Umsetzung der NDI: Die europäischen Förderinstrumente	497
4.10.2.1 INTERREG.....	498
4.10.2.2 PHARE	504
4.10.2.3 TACIS.....	511
4.10.3 Die Ebene der BSPC	513
4.10.4 Die Ebene der BSSSC	514
<u>5. Fazit</u>	519

Anhang

Zitierte Literatur	544
Quellenverzeichnis	551
Zeitzeugen	586
Verwendete Abkürzungen.....	587

1. Einleitung

1.1 Problemaufriss und Fragestellung, Begriffsklärungen

Nachdem der Ostseeraum auf Grund der eher verbindenden als trennenden Funktion der relativ kleinen und leicht schiffbaren Ostsee immer und nicht nur zu Zeiten der Hanse ein Raum des Austauschs und der Kontakte wirtschaftlicher und kultureller Art war, wurde er im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs und der anschließenden Konfrontation zwischen den westlichen Siegermächten und der östlichen Siegermacht in zwei Einflussbereiche, die östliche und die westliche Ostsee mit einem neutralen Schweden in der Mitte, aufgeteilt. Im Ostseeraum war diese Trennung durch den direkten Kontakt der Einflusszonen beider Blöcke einerseits in Deutschland und andererseits hoch im Norden an der norwegisch-russischen Grenze besonders brisant und es bildete sich ein System aus gegenseitiger Abschreckung heraus. Diese Trennung kappte alle Verbindungen und die Integration beider Blöcke ließ die Ostseestaaten politisch, wirtschaftlich und kulturell divergierende Wege einschlagen. Dies änderte sich mit dem Ende des Kalten Krieges, das das Gesicht des Ostseeraums radikal veränderte.

Der Zusammenbruch eines politischen Systems bedeutet immer den Wegfall der etablierten Ordnung mit allen entsprechenden Folgen. Nicht nur die bestehenden Institutionen, sondern auch die herrschenden Eliten und die etablierten Normen und Werte verschwinden, so dass in einer „Stunde Null“ ein politisches Vakuum entsteht, das darauf neue Interessengruppen unterschiedlichster Richtungen zu füllen versuchen. Die mit dem Zusammenbruch verbundene wirtschaftliche und soziale Misere vereinfacht es zusätzlich zu den Norm- und Wertkrisen den an die Macht drängenden Interessengruppen, Anhänger zu finden, eine Situation, die sich bis zum Bürgerkrieg zuspitzen kann.

Vor eine solche Lage war der Ostseeraum in den Jahren von 1989 bis 1991 gestellt, in denen der Zusammenbruch des Ostblocks im Allgemeinen und der Sowjetunion (SU) im Besonderen die geographische Situation im Ostseeraum stark veränderte und in Polen, dem Baltikum und vor allem Russland nach einer „Stunde Null“ extrem instabile neue Staatlichkeit, die sich mit überbordenden Problemen konfrontiert sah, entstehen ließ, so dass durchaus Entwicklungen denkbar waren, die den gesamten Ostseeraum, sogar ganz Europa hätten bedrohen können. Zusätzlich erschwerte wurde die Lage dadurch, dass nicht nur die Erfahrungen im Lösen der bestehenden Probleme fehlten, sondern auch die jahrzehntelange Trennung des Ostseeraums mit den entsprechenden Feindbildern Stereotype und Vorurteile befördert hatte. Es galt also zunächst Vertrauen aufzubauen, um überhaupt echte Zusammenarbeit an den großen Problemen zu ermöglichen. Dazu kam, dass auch die

westlichen Staaten und Organisationen zunächst ohne kohärente Strategie für die Zeit nach dem Kalten Krieg waren und diese sich erst entwickeln musste.

Nur 14einhalb Jahre nach dem Anfang vom Ende des Kalten Krieges, dem Fall der Berliner Mauer im November 1989, hatte sich dagegen die Lage im Ostseeraum vollkommen gewandelt. Nicht nur, dass schwer wiegende Konfrontationen ausgeblieben waren, die Transformation Polens und der baltischen Staaten war sogar so weit fortgeschritten, dass sie zum 01.05.2004 in die Europäische Union (EU) aufgenommen werden konnten. Mit Russland war eine institutionalisierte Kooperation aufgebaut worden, die im Falle der EU mit einem Partnerschaftsabkommen gesichert und im Falle des Ostseeraums durch die russische Mitgliedschaft in den Kooperationsgremien des Ostseeraums institutionalisiert war. Diese Gremien überzogen den noch vor kurzem getrennten Ostseeraum als ein dichtes Netz aus Kooperationen unterschiedlichster Verwaltungsebenen und thematischer Richtungen und waren entscheidend an der Unterstützung der Transformation der ehemaligen Ostblockstaaten des Ostseeraums und damit der Stabilisierung der Region beteiligt gewesen.

Die vorliegende Arbeit hat die Untersuchung der Entwicklungen zur Aufgabe, die zu dieser raschen Transformation geführt haben. Der Fokus liegt hierbei auf den Ostseegremien selbst, auf der Geschichte ihrer Organisation, vor allem jedoch auf ihrer Arbeit, mit welchen Mitteln in ihnen an der Integration des Ostseeraums und der Lösung der Probleme gearbeitet wurde. Wo möglich, wird hier auch auf die Größe des Engagements einzelner Akteure eingegangen, um zum einen deren Motivation, an der Ostseekooperation teilzunehmen, erschließen zu können und zum anderen die Attraktivität des jeweiligen Kooperationsgremiums zu prüfen. Ein weiteres Interesse ist es, wie diese Gremien den Ostseeraum und seine Interessen gegenüber der EU, dem anderen wichtigen Akteur bei der Stabilisierung des Ostseeraums, vertreten haben.

Die Untersuchung dessen bedarf der Klärung einiger grundlegender Begriffe, unter anderem dem des Ostseeraums. Er hat keine festen Grenzen, da einige Anrainerstaaten nur zum Teil in ihm liegen und das Geltungsgebiet der Kooperationsgremien teilweise unterschiedlich ist. Grundsätzlich sind ihm jedoch Dänemark, das südliche Norwegen, Schweden, Finnland, das nordwestliche Russland, also vor allem die Oblaste Leningrad, Pskow, Kaliningrad, Karelien und Murmansk, des weiteren Estland, Lettland und Litauen, die nordpolnischen Wojewodschaften Ermland-Masuren, Pommern und Westpommern, sowie die deutschen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Schleswig-Holstein angehörig. Ausnahmen machen Umweltschutzorganisationen wie die spätere Helsinki-Kommission und die Baltic 21, die sich nach dem Wassereinzugsgebiet der Ostsee richten und damit Norwegen

und einige nördliche russische Gebiete ausklammern und dafür fast das gesamte Polen und Teile Weißrusslands einbeziehen.

Unabhängig von dieser Sichtweise eines vergrößerten Ostseeraums ist auch bei einer Definition nach Verwaltungseinheiten die Eingrenzung des Ostseeraums nicht einheitlich, so dass hier je nach Definition im Untersuchungszeitraum zwischen 50¹ und 85² Mio. Menschen leben. Eine geringe Bevölkerungsdichte ist hierbei ein besonderes Kennzeichen des Raums, da der Großteil der Bevölkerung in größeren Städten, von denen 49 mehr als 100.000 Einwohner haben, angesiedelt ist³.

Zur Differenzierung dieses Raums werden Polen, die baltischen Staaten und Russland in einer Form der Gruppenbildung häufiger als Transformationsstaaten oder in einer leichten Beugung der Geographie als die östlichen Ostseestaaten angesprochen, da ihnen viele Probleme gemeinsam waren. „Transformation“ bezieht sich hierbei auf die politikwissenschaftliche Deutung des Begriffs, die den Wechsel eines autokratischen politischen Regimes gegen ein demokratisches mit allen im Falle der ehemaligen Ostblockstaaten damit zusammenhängenden Problemen und Herausforderungen meint.

Weiterhin wird der Ostseeraum als eine Region betrachtet, was angesichts der Vielzahl der „Region“-Definitionen einer Erläuterung bedarf. Die Region als ein geographischer Begriff ist im Unterschied zu Verwaltungseinheiten wie Staaten oder Gemeinden stets nur kontextuell, das heißt in Bezug auf eine andere geographische Größe, zu verstehen, denn im Kern ist hier eine Region nur ein „...Gebiet, welches Bestandteil eines anderen Gebiets ist,...“⁴. Dies trifft, wenn auch die Abgrenzung nach außen unterschiedlich trennscharf gelingt⁵, angesichts des starken Kerns der Region, der Ostsee selbst, unbedingt auf den Ostseeraum zu. Der amerikanische Politologe Peter J. Katzenstein nennt diese Art der begrifflichen Annäherung eine materialistische und definierte kürzlich noch zwei weitere Erklärungsmodelle, das ideelle und das behavioristische⁶, die auch für den Ostseeraum Anwendung finden. Im ideellen

¹ Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Denkfabrik (Hrsg.): Zukunftsregion Ostsee. Daten und Fakten (Denkfabrik Schleswig-Holstein, 19). Kiel 1991, S. 8.

² Rydén, Lars: The Baltic Sea Region and the relevance of regional approaches. In: Maciejewski, Witold (Hrsg.): The Baltic Sea Region. Cultures, politics, societies. Uppsala 2002, S. 7- 27, S. 11.

³ ebd., S. 10.

⁴ Niedobitek, Matthias: Rechtliche Probleme für die Außenbeziehungen von Regionen, dargestellt am deutschen Beispiel. In: Hrbek, Rudolf (Hrsg.): Außenbeziehungen von Regionen in Europa und der Welt. (Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung, Bd. 27) Baden-Baden 2003, S. 16-31, S. 17.

⁵ Der Ostseeregion mangelt es an äußeren Grenzen. Die Begrenzung nach dem Wassereinzugsgebiet bezieht einen überrepräsentativ großen Raum mit ein, während die mögliche Angabe einer bestimmten Breite eines einzubeziehenden Küstenstreifens auch an der Realität vorbeigeht.

⁶ Katzenstein geht von drei Dimensionen von Regionen aus. Einer materialistischen, die sich im geographischen Zusammenhang des Raums darstellt, einer ideellen, die sich in der Vorstellungswelt und ihrer politischen Umsetzung manifestiert und einer behavioristischen, die durch die „Nutzung“ eines Raums als zusammenhängende Region von selbst entsteht und die Integration verstärkt.

Vgl. Katzenstein, Peter J.: A world of regions. Asia and Europe in the American Imperium. Ithaca, London 2005, S. 6ff.

Begründungszusammenhang ist der Ostseeraum einerseits über die Jahrhunderte immer eine Region gewesen, wie das immer auf den gesamten Ostseeraum bezogene politische und strategische Denken unter anderem der Hansezeit, des dänisch-schwedischen Dualismus' um die Vormacht im Ostseeraum und des russischen Strebens nach Westen zeigte. Dies wurde andererseits nach dem Ende der Blockkonfrontation des Kalten Krieges noch verstärkt, da ab dann die Überlegungen zur neuen Integration des Raums mit Mitteln der Politik starken Aufwind bekamen. Im behavioristischen Zusammenhang führt Katzenstein sogar selbst die Ostsee als Beispiel an, da hier zur Zeit der Hanse, die eine gute Seeinfrastruktur brauchte, eine Orientierung der Städte, der Bevölkerung und der Wirtschaft zum Wasser hin und nicht, wie anderswo üblich, vom Wasser weg geschah. Diese integrative Grundausrichtung des Ostseeraums setzte sich über die Jahrhunderte durch die regen Kontakte und das ständige Begreifen des Ostseeraums als Zusammenhang im ideellen Bereich fort, so dass der Ostseeraum auch nach dem behavioristischen Ansatz Katzensteins als Region zu bezeichnen ist.

In der Auseinandersetzung zwischen Nationalstaaten und mittleren Verwaltungseinheiten wird der Begriff Region meist von letzteren in Anspruch genommen, was ihn auf eine binnendifferenzierende Auslegung festlegt. Diese einschränkende Variante der staatsrechtlichen Begriffsbestimmung sieht im Begriff „Region“ die „...Sammelbezeichnung für Gebietskörperschaften, die [...] unterhalb der Ebene des Gesamtstaats angesiedelt sind.“⁷. Der Ostseeraum ist jedoch auch ein unbestreitbarer Teil Europas und der Einbezug der europäischen Ebene erfordert den Gebrauch des Begriffs Region in einer Staaten übergreifenden, integrativen Weise für den Ostseeraum. Diese Region ist binnendifferenziert in die Nationalstaaten und für deren Binnendifferenzierung auf der nächsten Verwaltungsebene wird der Begriff „Subregionen“ verwendet, um sie begrifflich von der europäischen Region Ostseeraum zu trennen.

Dass die Konnotation der überwiegenden Gemeinsamkeiten in geographischer, naturräumlicher, sprachlicher, kultureller, historischer Art 1989/90 gegeben war und die Herstellung dieser Gemeinsamkeiten im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich das Ziel der Entwicklung nach 1989/90 war, rechtfertigt also die Bezeichnung des Ostseeraums als Region. Dass diese Gemeinsamkeiten ebenso wie die Identität des Raumes und der Bewohner vielfach gebrochen und die Unterschiede zu umliegenden Gebieten in manchen Bereichen nicht sehr distinktiv waren, lag an der Größe des Ostseeraums und der damit verbundenen Vielfalt seiner Merkmale und beeinträchtigt nicht den Charakter des

⁷ Hrbek, Rudolf: Rahmenbedingungen und Faktoren für die Außenbeziehungen von Regionen- zur Einführung. In: ders. (Hrsg.): Außenbeziehungen von Regionen in Europa und der Welt. (Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung, Bd. 27) Baden-Baden 2003, S. 11-16, S. 11.

Ostseeraums als Region. In dieser Bestimmung deckt sich die Region auch mit dem historiographischen Konzept der „Geschichtslandschaft“, das zu Beginn der 1950er Jahre entwickelt wurde⁸. Welche Gebiete nun genau zur Region Ostseeraum zu rechnen sind, unterscheidet sich innerhalb der Ostseekooperationsgremien je nach deren Struktur und Interesse. Insofern ist eine über die vorherige Definition des Ostseeraums hinausgehende Beschreibung der Region Ostseeraum für diese Arbeit überflüssig.

Auch weitere technische Termini sind zu erläutern. Zum einen ist dies das „*follow-up*“, ein nur unzureichend mit „Nachfolge“ zu übersetzender Begriff, der die Gesamtheit der Prozesse nach einem Beschluss oder einer Initiative bezeichnet und Übersetzungen, organisatorische Dinge, Folgeseminare und –konferenzen und Ähnliches beinhalten kann. Ein weiter häufig benutzter Begriff ist „*best practice*“, ein Ziel von Optimierungsanstrengungen der Kooperationsgremien in allen thematischen Bereichen. Eine Abwandlung davon sind die „*Best available technique*“ (BAT) und die „*Best environmental practice*“ (BEP), die vor allem im Energie- und Umweltbereich erwähnt werden. Das Prinzip der BAT war es, zum Umweltschutz und zur Effizienzsteigerung stets die neuesten und damit besten Techniklösungen einzusetzen und die Entwicklung dieser BAT ständig voranzutreiben. BEP beruhte auch auf diesen Prämissen, bezog aber stärker den prozeduralen Nutzen im Umweltbereich ein.

1.2 Forschungsstand

Die historische Forschung hat zur Untersuchung der Ostseekooperation seit 1989/90 noch in keiner Weise beigetragen. In Überblicksdarstellungen von mehreren Jahrhunderten nimmt sie, wenn überhaupt erwähnt, einen verschwindend kleinen Platz ein⁹. Somit sind bislang politikwissenschaftliche Studien praktisch die einzigen, die sich mit diesem Feld beschäftigen. Sie betreffen einerseits einzelne Ostseegremien oder Aspekte der Kooperation im Ostseeraum, andererseits beschäftigen sie sich mit den Anteilen einzelner Staaten oder mit der Politik der EU gegenüber dem Ostseeraum. Hinsichtlich der einzelnen Gremien betreffenden Studien sind in diesem Rahmen vor allem die Veröffentlichungen Helmut

⁸ Schulz, Matthias: Regionalismus und die Gestaltung Europas. Die konstitutionelle Bedeutung der Region im europäischen Drama zwischen Integration und Desintegration. (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte, Bd. 8) Hamburg 1993, S. 36.

⁹ Alten, Jürgen von: Weltgeschichte der Ostsee. Berlin 1996;
Komlosy, Andrea; Nolte, Hans-Heinrich; Sooman, Imbi (Hrsg.): Ostsee 700–2000. Wien 2008.

Hubels und teilweise Stefan Gänzles¹⁰ und anderer¹¹ zum Ostseerat zu nennen, aber auch andere Gremien wie zum Beispiel die *Task Force on Organized Crime*¹² oder die Helsinki-Kommission¹³, die *Union of Baltic Cities (UBC)*¹⁴ und die Ostseeparlamentarierkonferenz¹⁵ sind in Artikeln porträtiert worden. Die umfangreichste Studie lieferte eine Bestandsaufnahme der Kooperation im Ostseeraum durch eine Autorengemeinschaft des Rostocker Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften von 2005¹⁶, die es allerdings bei der Schilderung der Ostseekooperation bei einer Bestandsaufnahme belässt, die Mehrebenenstruktur der Ostseekooperation zwar darstellt, aber nicht die Tätigkeit der Kooperationsgremien im Detail und auch nicht qualitativ untersucht. Die Untersuchung konzentriert sich weiterhin auf die Möglichkeiten Mecklenburg-Vorpommerns, aus der Ostseekooperation Nutzen zu ziehen, ist also auch regional verhaftet.

Diese Analysen können auf Grund ihrer Kürze und ihrer Konzeption keinen tiefen Einblick liefern. Weiterhin stehen sie auch aus diesem Grund teilweise auf einer schmalen Quellenbasis. Zum Teil wurden sie auch von in den Gremien aktiven Zeitzeugen verfasst, lassen also einen wissenschaftlichen Abstand zum Thema vermissen, was zusammen den Schluss zulässt, dass die Gremien selbst bislang relativ unerforscht sind.

¹⁰ Hubel, Helmut; Gänzle, Stefan: Der Ostseerat: Neue Funktionen subregionaler Zusammenarbeit im Kontext der EU-Erweiterung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 2002, Nr. 19-20, S. 3-12.
Dies.: The Council of the Baltic Sea States and the EU: Dealing with Soft Security Risks in an European Subregion. In: Hubel, Helmut (Hrsg.): *EU Enlargement and Beyond: The Baltic States and Russia*. (Henningsen, Bernd [Hrsg.]: *Nordeuropäische Studien*, Bd. 18) Berlin 2002, S. 393-416
Dies.: The Soft Security Agenda at the Sub-Regional Level: Policy Responses of the Council of the Baltic Sea States. In: Moroff, Holger (Hrsg.): *European soft security policies. The Northern dimension*. (Programme on the Northern Dimension of the CFSP, Bd. 17) Helsinki [u.a.] 2002, S. 251-280.

¹¹ Heimsoeth, H.-J.: Der Ostseeraum im Wandel. EU-Erweiterung, nördliche Dimension und Zusammenarbeit mit Russland - die Prioritäten der deutschen Präsidentschaft im Ostseerat. In: *Beiträge und Informationen aus dem Ostseeinstitut für Marketing, Verkehr und Tourismus an der Universität Rostock*, 2001, Nr. 11, S. 17-29.
ders.: Die deutsche Ostseeratspräsidentschaft. In: Jahn, Detlef; Werz, Nikolaus (Hrsg.): *Politische Systeme und Beziehungen im Ostseeraum*. München 2002, S. 282- 293

Starosciak, Jacek: The Council of the Baltic Sea States (CBSS). 1st Mandate and Working Procedures and its Significance for the Baltic Sea Region. (SCHIFF-Texte, Bd. 56). Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.schiff.uni-kiel.de/download_files/056.html.

¹² Adolph, Bernd Peter; Naujeck- Höhner, Jens: Task Force on Organised Crime in the Baltic Sea Region. In: Jahn, Detlef; Werz, Nikolaus (Hrsg.): *Politische Systeme und Beziehungen im Ostseeraum*. München 2002, S. 233- 243.

¹³ Berbalk, Dagmara: The new Helsinki Convention and joint comprehensive environmental action programme. In: Platzöder, Renate; Verlaan, Philomène (Hrsg.): *The Baltic Sea. New developments in national policies and international cooperation*. Den Haag [u.a.], 1996, S. 330- 335.

¹⁴ Engström, Anders: How the Union of Baltic Cities contributes to the Development of the Baltic Sea Region. In: Wellmann, Christian (Hrsg.): *From town to town. Local authorities as transnational actors*. (Kielser Schriften zur Friedenswissenschaft, Bd. 8) Hamburg 1998, S. 171-182

Heyen, Jan Gerrit: Transnationale Städtekooperation im Ostseeraum- Das Städtetzwerk „Union of the Baltic Cities“ In: *Welttrends*, Nr. 23, 1999, S. 85- 97.

¹⁵ Schöning, Jürgen; Ritzek, Manfred: Die Ostsee-Parlamentarierkonferenz und ihre Weiterentwicklung. (SCHIFF-Texte Nr. 75). Kiel 2004.

¹⁶ Werz, Nikolaus (u.a.): Kooperation im Ostseeraum. Eine Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen und politischen Kooperation unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer. (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 24). Rostock 2005.

Eine Vielzahl unterschiedlicher Aspekte der Ostseekooperation wurde schon einiger Veröffentlichungen gewürdigt, zum Beispiel im Bereich der Wirtschaft, der Integration der Minderheiten, der Herausbildung einer Ostseeidentität, der Kultur und der Sicherheit. Diese Publikationen haben allerdings alle unterschiedliche Erkenntnisinteressen, Ansätze und Reichweiten, so dass sie in ihrer Gesamtheit kein systematisches Bild abgeben.

Einige Veröffentlichungen behandeln auch die auf die Ostseeagenda bezogene Situation einzelner Staaten des Ostseeraums im Untersuchungszeitraum und - schon deutlich weniger - ihre Anteile an der Ostseekooperation. Hier springt vor allem Russland mit seiner Oblast Kaliningrad ins Auge, der viele Veröffentlichungen gewidmet wurden¹⁷. Andere betreffen die baltischen Staaten¹⁸ und, mit deutlicher Abstufung in der Menge, die anderen Ostseeanrainer. Diese Arbeiten haben allerdings ein anderes Erkenntnisinteresse, indem sie die Entwicklung eines einzelnen Staates in den Mittelpunkt rücken und die Gremien der Ostseekooperation in der Regel nicht erwähnen, da die allgemeine nationale Entwicklung und das Verhältnis zur EU im Mittelpunkt stehen.

Literatur zum Verhältnis der EU zum Ostseeraum gibt es vor allem seit der *Northern Dimension Initiative* von 1997 und so steht diese zumeist im Mittelpunkt der seitdem sprießenden Untersuchungen, die neben der EU und ihrer über die *Northern Dimension Initiative* (NDI) zu gestaltenden Beziehung zu Russland das Verhältnis zwischen dem

¹⁷ unter anderem:

Fairlie, Lyndelle D.: Kaliningrad Borders in regional Context. In: Sergounin, Alexander; Fairlie, Lyndelle D.: Are borders barriers? EU enlargement and the Russian region of Kaliningrad. (Programme on the Northern Dimension of the CFSP; 13) Helsinki 2001, S. 9-136

Große-Jütte, Annemarie: Die Region Kaliningrad/Königsberg. Chance oder Gefahrenherd im Ostseeraum? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 44 (1994), 18-19, S. 32-45

Helm, Thomas: Themen der Zeit. Tor zur Europäischen Union oder Konfliktquelle im Ostseeraum Königsberg/Kaliningrad zwischen "Hongkong an der Ostsee" und "Atlantis des Nordens". In: Civis. Vierteljahresschrift für eine offene und solidarische Gesellschaft, (2005), 3-4, S. 47-51

Joenniemi, Pertti; Dewar, Stephen; Fairlie, Lyndelle D.: The Kaliningrad puzzle. A Russian region within the European Union. Copenhagen 2000

Joenniemi, Pertti: Kaliningrad: a Pilot Region in the Russia/ EU-Relations? In: Ojanen, Hanna (Hrsg.): The Northern dimension. Fuel for the EU? (Programme on the Northern Dimension of the CFSP; Bd. 12) Helsinki [u.a.] 2001, S. 142- 187.

¹⁸ Arnswald, Sven: The Politics of Integrating the Baltic States into the EU: Phases and Instruments. In: Jopp, Mathias, Arnswald, Sven (Hrsg.): The European Union and the Baltic States. Visions, interests and strategies for the Baltic Sea region. (Programme on the Northern dimension of the CFSP, Bd. 2) Helsinki [u.a.] 1998, S. 19-100

Föhrenbach, Gerd: Die Westbindung der baltischen Staaten. Zur Integration Estlands, Lettlands und Litauens in die bi- und multilateralen europäischen und transatlantischen Sicherheitsstrukturen während der 1990er Jahre. (Kühnhardt, Ludger [Hrsg.]: Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung Center for European Integration Studies der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Bd. 23). Baden-Baden 2000

Gricius, Algirdas: The Baltic Countries: Partners, Competitors, or Going their Own Way? In: Joenniemi, Pertti; Prikulis, Juris (Hrsg.): The Foreign Policies of the Baltic Countries. Basic Issues. Tampere, Riga 1994, S. 23- 48

Meissner, Boris; Loeber, Dietrich A.; Hasselblatt, Cornelius (Hrsg.): Die Außenpolitik der Baltischen Staaten und die internationalen Beziehungen im Ostseeraum. Hamburg 1994.

Ostseeraum und der EU häufig vernachlässigt und die Rolle der Ostseegremien meist ganz verschweigt¹⁹. Insofern kommt auch in diesem Bereich der Ostseeraum wenig zur Geltung.

Eine wichtige Publikation von Leena-Kaarina Williams allerdings untersucht die Entstehung der Ostseekooperation zwischen 1988 und 1992 als ein Beispiel für die Entstehung einer Region²⁰. Gestützt vor allem auf die wichtige Rolle Schleswig-Holsteins analysiert sie den Ostseediskurs, der in die Entstehung der ersten Kooperationsgremien, von denen sie sich auf die *Ars Baltica* und den Ostseerat beschränkt, mündete. 1992 als Datum der Entstehung des Ostseerats ist für sie die Zäsur, an der die Ostseekooperation von einem bottom-up- zu einem top-down-Prozess wird. Der Schwerpunkt der Untersuchung gilt allerdings weniger der Tätigkeit als der Vorgeschichte der Institutionen und dies unter dem leitenden Interesse der Entstehung einer Region, der Suche nach regionsbildenden Parametern, was die Fakten wiederum in ein theoretisches Konzept zwingt und den Blick verengt.

Dieser Publikation ist also wie den oben in allen aufgezeigten Gebieten Vorgestellten gemeinsam, dass sie, wie erwähnt, politikwissenschaftlicher Natur sind und somit, auch wenn sie teilweise thematisch nahe zu sein scheinen, ein anderes Erkenntnisinteresse und andere methodische Grundlagen haben. Zudem werden die Ostseekooperationsgremien selbst nur sehr selten in den Mittelpunkt gerückt. Insofern steht eine geschichtswissenschaftliche Beschreibung der Zusammenarbeit im Ostseeraum 1989/90 bis 2004 noch aus.

¹⁹ Eine Auswahl:

Auffermann, Burkhard: Für eine „Nördliche Dimension“ der EU-Politik. Eine Initiative im Kontext finnischer Außen- und Integrationspolitik. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.schiff.uni-kiel.de/download_files/055.html 24.05.2004

Christiansen, Thomas: EU Perspectives on the Future of the Baltic Sea Region. In: Joenniemi, Pertti; Stalvant, Carl-Einar: *Baltic Sea Politics. Achievements and Challenges*. Stockholm, Kopenhagen 1995, S. 93- 108
Joenniemi, Pertti; Sergounin, Alexander: *Russia and the European Union's Northern Dimension. Encounter or Clash of Civilisations?* Nizhny Novgorod 2003

Ojanen, Hanna (Hrsg.): *The Northern dimension. Fuel for the EU? (Programme on the Northern Dimension of the CFSP; Bd. 12)* Helsinki [u.a.] 2001

Lipponen, Paavo: *The European Union needs a policy for the Northern Dimension*. In: Heininen, Lassi; Käkönen, Jyrki (Hrsg.): *The new North Europe. Perspectives on northern dimension*. (Research Report / Tampere Peace Research Institute; Bd. 80, 1998) Tampere 1998, S. 125-132

Liuhto, Kari: *Northern Dimensions Opens New Energy Sources for the EU*. In: Ders.; Purju, Alari; Itämeri, Pekka: *Energizing the Northern dimension of the European Union. The EU's northern dimension and the energy sector in the Baltic States and in Russia*. (Studies in industrial engineering and management ; 2000/10) Lappeenranta 2000, S. 7-80

Schwarz, Martin: *Neue Impulse in der Außenpolitik? Gestaltungsmöglichkeiten und Perspektiven transnationaler Kooperation: Die Subraumpolitik der Europäischen Union am Beispiel der Ostseeregion*. Unveröffentlichte Dissertation, eingereicht Hochschule Vechta März 2008

Vahl, Marius: *Just good friends? The EU-Russian "strategic partnership" and the Northern Dimension*. (CEPS working document; Bd. 166). Brüssel 2001.

²⁰ Williams, Leena-Kaarina: *Zur Konstruktion einer Region. Die Entstehung der Ostseekooperation zwischen 1988 und 1992*. (Henningens, Bernd [Hrsg.]: *Die Ostseeregion: Nördliche Dimensionen - Europäische Perspektiven*, Bd. 7). Berlin 2007.

1.3 Quellenlage und Quellenkritik

Obwohl der Untersuchungszeitraum noch recht jung ist, ist schon umfassendes Quellenmaterial zugänglich. Zwar sind die Archive für diesen Bereich noch geschlossen, aber im Rahmen der allgemeinen Bemühungen um transparente Politik und die eigene Legitimation der politischen Organisationen gibt es umfangreiche, detaillierte und gut aufbereitete Quellenbestände auf den Internetseiten der Kooperationsgremien und auch der EU. Dort werden nicht nur Resolutionen und Beschlüsse der Gremien, sondern auch ihre Vertragstexte, offizielle Arbeitspläne und Arbeitsberichte sowie Reden und teilweise Sitzungsprotokolle bereitgestellt. Der mögliche Einwand der zu geringen Verfügbarkeitsdauer solcherart archivierter Dokumente greift nicht, da zum einen die einzelnen Quellentexte mit ihrer Internetadresse und dem Datum des Besuchs zitiert und damit, selbst wenn sie nicht mehr selbst im Netz stehen sollten, von den Betreibern zügig wieder aufgefunden werden können und zum anderen die Internetarchive der meisten Ostseegremien und der EU auf Dauer angelegt sind und sie, wenn nicht schon seit Bestehen der Organisation in Funktion, eher durch die Einarbeitung früherer und neuer Dokumente noch wachsen, statt bestehende Präsenzen abzubauen.

Sicherlich muss sich diese Quellenauswahl dem Einwand stellen, dass eine traditionelle, archivgebundene Untersuchung noch mehr und detailliertere Quellen hinzuziehen könnte. Dem ist zum einen die technische Überlegung entgegenzuhalten, dass in diesem Fall eine Untersuchung dieses Ausmaßes, die sich der Unterlagen einerseits der europäischen Ebene und andererseits der Ostseekooperation von zehn Staaten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene widmet, vom Umfang, vom Aufwand und vom Ergebnis her, wenn überhaupt realisierbar, weit über den Umfang einer Dissertation hinaus gegangen wäre. Somit war der vereinfachte Zugriff auf die Quellen sogar ein Gewinn.

Zum anderen sind auch die traditionell archivierten Quellen einerseits immer eine Auswahl des tatsächlichen Schriftguts und viele Entwicklungen und Entscheidungen sind andererseits auch grundsätzlich nicht dokumentiert, da sie in inoffiziellen Situationen, wie zum Beispiel der berühmten Kaffeepause, stattgefunden haben. Insofern kann keine historische Untersuchung auf einer perfekten Quellenlage aufbauen, sondern muss sich immer an einer bestmöglichen Überlieferung orientieren. Im Fall der vorliegenden Arbeit waren das die erwähnten schriftlichen Quellen aus Internetarchiven der EU und der Ostseekooperationsgremien, die ergänzt wurden durch in der Schriftenreihe *Baltic Sea Environmental Proceedings* veröffentlichte Dokumente der Helsinki-Kommission und

gezielte Interviews mit Zeitzeugen²¹. Letztere wurden mündlich und auch schriftlich geführt und liegen autorisiert vor. Die Schwierigkeit, Gelegenheit für diese Interviews zu bekommen, wird darin deutlich, dass diesen elf erfolgreichen Anfragen insgesamt 66 Fehlversuche gegenüber stehen.

Dennoch steht die vorliegende Untersuchung auf einer umfassenden und differenzierten Quellenlage aus schriftlichen Quellen und Interviews, die in dieser Breite bislang nicht untersucht worden sind.

1.4 Methodenfragen und Aufbau der Arbeit

Die Geschichte der Ostseekooperation von 1989/90 bis 2004 hat viele Facetten. Zum einen ist sie die Geschichte des Zusammenwachsens einer Region durch Kooperation zur Überwindung gemeinsamer Probleme. Zum anderen kann sie aus der Perspektive jedes einzelnen Staates als Mittel zur Erreichung der eigenen Ziele gesehen werden. Ebenso kann sie unter Betonung der europäischen Ebene als Bemühung der europäischen Staatengemeinschaft zur Befriedung einer für sie wichtigen Region gedeutet oder im Vergleich zum Beispiel zu der Friedensperiode 1918-1939, in der auch der Aufbau einer Friedensordnung im Ostseeraum versucht wurde, untersucht werden. Die Entscheidung zur Untersuchung einer dieser Facetten, im vorliegenden Fall für die Ostseekooperation als

²¹ Diese waren:

Herr Michael Bouteiller, Bürgermeister der Hansestadt Lübeck 1988-2000, Vizepräsident der Union of Baltic Cities 1991-1999,

Herr Albert Caspari von der NGO „Infobalt“, Koordinator (focal point) der deutschen NGO-Ostseekooperation seit 2001,

Herr Prof. Dr. Peter Ehlers, Präsident des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie, Vorsitzender der Helsinki-Kommission 1984-1986 und 2000-2002, Vorsitz im Maritime Committee der Helsinki-Kommission 1987- 1997,

Herr Anders Engström, Präsident der Union of Baltic Cities 1991-2001,

Frau Heike Imhoff, unter anderem stellvertretende Delegationsleitung bzw. Delegationsleitung für Deutschland bei der Helsinki-Kommission seit 1994,

Herr Wolf-Rüdiger Janzen, Hauptgeschäftsführer der IHK Kiel 1985-2006, Präsident der Baltic Sea Chamber of Commerce Association 1992-2002, Chairman und Mitglied im Baltic Advisory Council innerhalb des Ostseerats 1997-2006 und deutsches Mitglied im Advisory Board des Baltic Development Forums 1998-2006,

Herr Dr. Ulrich Kremser, Professional Secretary der HELCOM-PITF 1996- 2001 und innerhalb der Funktion auch Vertreter der HELCOM im Landwirtschaftssektor der Baltic 21,

Herr Prof. Dr. Gustav Kristensen, Direktor der EuroFaculty vom August 2001 bis Ende Juli 2005,

Herr Prof. Dr. Dr. Reinhard Kurth, Präsident des Robert-Koch-Instituts 1996- 2008 und Mitglied der Task Force on Communicable Disease Control 2000- 2004,

Herr Thomas Pfankuch, 1983-1992 Assistent des schleswig-holsteinischen Europaabgeordneten und MdEP Gerd Walter, 1993-97 Leiter des Ministerbüros im Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten, 1997-2007 Referent für Ostseekooperation in der Abteilung für Europa- und Ostseeangelegenheiten, hierüber unter anderem deutsche „Antenne“ des BSSSC-Sekretariats 1998- 2004,

Herr Arno Pöker, Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock 1995- 2004 und damit Mitglied in der Union of Baltic Cities.

multilateraler Anstrengung zur Überwindung der gemeinsamen Probleme nach dem Ende des Kalten Kriegs und zum erneuten Zusammenwachsen einer Region und Geschichtslandschaft, setzt gewisse methodische Grundentscheidungen voraus. Die in diesem Bereich stark tätige Politikwissenschaft hat verschiedene Konzepte zur Beschreibung der Vorgänge entwickelt, die in der Folge kurz referiert werden sollen, um hieraus einen eigenen Ansatz zu entwickeln. Ein Ansatz, der die Regionentstehung als von außen motiviert beschreibt, ist der des vor allem im Kontext des Kalten Krieges vertretenen Neorealismus'. Dieser Auffassung nach ist die einzige Motivation von Staaten, sich an regionalen Projekten zu beteiligen, die zu erwartende Machtbasis, mit der dann eigene Interessen durchgesetzt werden könnten. Diese Interessen werden hierbei meist als militärische Sicherheitsinteressen gesehen. Die Hauptanalysekriterien sind in diesem Konzept auch nach einer Differenzierung dieses zunächst sehr konsequenten Dogmas²² Nationalstaaten, deren innere Bedingungen für das geopolitische Verhalten jedoch vernachlässigt werden. Die Konzentration auf militärische Sicherheitsinteressen, auf den Nationalstaat als alleinigen Akteur und die fehlende Erklärung der inneren Bedingungen der Staaten als Motive ihres Handelns machen den theoretischen Ansatz des Neorealismus' für die Untersuchung der Ostseekooperation, die im Bereich der sogenannten „weichen“ Sicherheitsfragen und längst nicht nur auf nationalstaatlicher Ebene arbeitete, unbrauchbar. Auch seine Weiterentwicklung, der Intergouvernementalismus, fokussiert vor allem die Nationalstaaten als eigentliche Akteure des Weltgeschehens, die souverän, einheitlich und rational handeln und miteinander um Macht und Einfluss ringen²³. Er ist damit aus denselben Gründen nicht als theoretisches Gerüst für die vorliegende Untersuchung geeignet.

Allerdings ist von diesem Ansatz das starke nationale Interesse mit seiner Wirkung auf regionale Kooperation ebenso festzuhalten wie auch der Einbezug militärischer Sicherheitsfragen, die mit ihrer Präsenz auch das Verhalten der Staaten in nicht-militärischen Belangen beeinflussen.

Eine weitere Theorie ist die des Neofunktionalismus', die besonders zur Beschreibung des europäischen Integrationsprozesses herangezogen wurde. Die Grundannahme ist, dass die gegenseitige Abhängigkeit politische Einheiten zu Kooperation in supranationalen Institutionen zwingt und damit ein Kreislauf entsteht, da mehr Kooperation auch mehr Interdependenz und diese wiederum mehr Kooperation bedeutet²⁴. Dies führt nach dieser Auffassung zu politischer Integration mit der Herausbildung eines neuen Zentrums und den

²² Buzan, Barry: People, states and fear. An agenda for international security in the post-cold war era. New York 2001.

²³ Faber, Anne: Europäische Integration und politikwissenschaftliche Theoriebildung. Neofunktionalismus und Intergouvernementalismus in der Analyse. Wiesbaden 2005, S. 87.

²⁴ Vgl. Haas, Ernst B.: The Uniting of Europe. London 1958.

entsprechenden Loyalitäten. Der Hauptmechanismus des geschilderten Kreislaufs wird dabei als „*spill-over*-Effekt“ bezeichnet, indem sich in der Zusammenarbeit immer wieder neue Themengebiete auftun, in denen Bedarf für Kooperation entdeckt und daraufhin vereinbart und begonnen wird. Diese zügige und bedarfsorientierte Form der Institutionenbildung und –schließung wird mit der Bezeichnung „*form follows function*“ beschrieben, die auf den pragmatischen und „evolutionären“ Umgang der Institutionen mit Bedarf und Mehrheitsfähigkeit und die damit verbundenen institutionellen Entscheidungen hinweist. Die Bedingungsfaktoren dieser angenommenen Abläufe werden nicht analysiert²⁵. Die Kritik monierte an diesem Ansatz, dass die Institutionen in ihrer integrativen Wirkung überschätzt und die politischen Hintergründe und Machtkonstellationen ebenso wie identitätsstiftende Momente vernachlässigt werden, was auch in Revisionen der Theorie, vor allem nach der französischen Politik des leeren Stuhls von 1965, nicht wesentlich verändert wurde²⁶.

Nicht nur, dass diese grundlegenden Kritikpunkte am Neofunktionalismus auch für eine Untersuchung der Ostseekooperation unbedingte Relevanz haben, auch der vom Neofunktionalismus postulierte automatische und unbedingte Integrationsreflex ist im Ostseeraum über den gesamten Untersuchungszeitraum und auch danach nicht eingetreten. Unbedingt festzuhalten ist jedoch das mit „*spill-over*“ und „*form follows function*“ beschriebene Moment der Eigendynamik von Kooperationsorganisationen, da sich im Falle ihres Erfolgs zwangsläufig gegenseitiges Vertrauen und Vertrauen in den Erfolg der Kooperation und damit das Interesse an der Übertragung der Kooperation auch auf andere Politikbereiche einstellt. Dieses nahezu organische Wachsen der Kooperationsgremien ist im „Biotop“ Ostseeraum im Untersuchungszeitraum in geradezu tropischer Geschwindigkeit zu beobachten gewesen.

Eine beide vorgestellten Blickwinkel integrierende und der historischen Forschung sehr nahe Theorie ist der „*region-building*“- oder genealogische Ansatz von Iver B. Neumann, der über die historische Dekonstruktion der Region als konstruierter Einheit die ihr zu Grunde liegenden Bestandteile und Systeme, Interessen und Argumente identifizieren will²⁷. Die so aufgefundenen Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Geschichte der Region sollen ihr Entstehen und ihre Wirkung entschlüsseln. In diesem Punkt treffen sich Politikwissenschaft und Historiographie.

Die vorliegende Arbeit beabsichtigt die Untersuchung der Kooperationsgremien der Ostsee und damit auch den Nachvollzug der sich in ihnen kristallisierenden Integrationspolitik der

²⁵ ebd.

²⁶ Vgl. Faber: Europäische Integration.

²⁷ Neumann, Iver B.: A Nordic and/or Baltic Sea Region? The Discursive Structure of Region-Building. In: Wellmann, Christian (Hrsg.): The Baltic Sea Region: Conflict or Cooperation? Kiel 1991, S. 68- 83.

Akteure. Allerdings geht es hier nicht primär um den Nachweis des Erfolgs des Regionenaufbaus im Ostseeraum, der eine eigene Untersuchung beanspruchen würde, sondern eher um die kooperativen Wege und Erfolge der Bekämpfung der gravierenden Probleme des Ostseeraums nach dem Kalten Krieg. Der unmittelbaren Vorgeschichte vorangestellt ist hierbei ein kurzes Kapitel zur Geschichte der Hanse, einerseits, um mit der Skizze einer Blütezeit des Ostseeraums einen Nachweis für den Charakter der Ostseeregion als eine Geschichtslandschaft zu erbringen und andererseits, um den Boden für eine abschließende Bewertung der Rechtfertigkeit der Bezeichnung „Neue Hanse“ als Oberbegriff für die integrativen Bestrebungen nach dem Ende des Kalten Kriegs zu legen.

Um den Hintergrund für die Motivationen der Anrainerstaaten innerhalb der Ostseekooperation zu legen und die Ursachen für einige der Probleme des Ostseeraums nach dem Ende des Kalten Kriegs aufzuzeigen, folgt eine Vorgeschichte des Ostseeraums von 1918 bis 1989, die die wesentlichen politischen Entwicklungen wie die Friedensperiode nach 1918 und die Teilung des Ostseeraums nach dem Zweiten Weltkrieg mit der daraus resultierenden Integration jedes der ideologischen Blöcke sowohl im geographischen, als auch politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und ideologischen Bereich aufzeigt. Sie wird abgeschlossen durch das Kapitel 2.5 als einer Bestandsaufnahme der Ausgangssituation des Ostseeraums nach dem Kalten Krieg. Das folgende Kapitel ist der Institutionengeschichte gewidmet und zeichnet die Entwicklung der wesentlichen Ostseegremien nach, um mit der Darstellung des Organisationsgeflechts die Grundlage für das Verständnis der themenbezogenen Arbeit der Ostseegremien zu legen. Diese Arbeit wird institutionenübergreifend im vierten Kapitel für die Bereiche Demokratisierung und Menschenrechte, Wirtschaft, Bildung und Kultur, Umweltschutz, zivile Sicherheit, Energiepolitik, Telekommunikation und Informationsgesellschaft, Jugendpolitik und Soziales sowie das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und dem Ostseeraum untersucht. Damit werden erstmalig alle Themengebiete der Kooperation im Ostseeraum und ihre Rolle in den wesentlichen Ostseegremien in den Blick genommen. Die Analyse des Verhältnisses zwischen der EU und dem Ostseeraum spart im Wesentlichen die Erweiterungsverhandlungen mit den baltischen Staaten aus und kann auch nicht das Verhältnis EU-Russland in aller Tiefe untersuchen, sondern konzentriert sich auf die Entwicklung einer Politik gegenüber dem Ostseeraum durch die EU und ihrer Umsetzung und auf die Verfahren der Ostseegremien gegenüber der EU zur Beeinflussung dieser Entwicklung.

Auf dieser Basis kann im Fazit der Anteil der Ostseekooperation an der Stabilisierung des Ostseeraums und dem raschen Beitritt Polens und der baltischen Staaten zur EU im Jahr 2004 ebenso zusammengefasst werden, wie des weiteren der Stellenwert der Region für die EU und

auch Russland bewertet werden kann. Ebenso werden Nutzen und Grenzen eines freien Institutionenwachstums, wie es im Neofunktionalismus beschrieben wird, analysiert.

2. Die Vorgeschichte- der historische Kontext

2.1 Die Hanse als Höhepunkt früher Kooperation im Ostseeraum

Die Arbeit verfolgt in diesem Kapitel nicht die Absicht, eine Gesamtdarstellung der Hanse zu liefern. Erst recht können hier der umfangreichen Hanse-Historiographie keine neuen Erkenntnisse hinzugefügt werden. Es geht vielmehr darum, anhand der Hanse zu zeigen, wie Kooperation, Handel und Wandel früh, weit entwickelt und lange Zeit den Ostseeraum bestimmten. Zudem hat die Hanse große Nachwirkungen gehabt. Jede Zusammenarbeit im Ostseeraum wird an ihr gemessen, da sie als früher Höhepunkt einerseits Maßstäbe gesetzt hat und andererseits ein wichtiges integrierendes und Identität stiftendes Moment im Bewusstsein der Ostseeanrainer geworden ist. Dies zeigte sich auch im Schlagwort der „Neuen Hanse“ für die Ostseekooperation nach 1989, dessen Berechtigung in dieser Arbeit unter anderem untersucht werden soll. Hier soll zunächst das Material für eine solche Beurteilung bereitgestellt werden.

2.1.1. Entstehung, Wirkung und Niedergang

Mit dem 9. Jahrhundert begann die Ausbreitung skandinavischer Stämme an den Küsten Europas. Im Ostseeraum besiedelten dänische Stämme Holstein, die Mündungen von Oder und Weichsel²⁸ sowie die Gebiete um die Kurische Nehrung und die nördlich anschließende Küste. Schwedische Stämme siedelten an der Mündung der Düna, in Südwestfinnland, im Gebiet um Nowgorod und sie drangen über die Newa, Düna und Wolga bis zum Schwarzen und Kaspischen Meer vor. Die Wikinger betrieben einen regen Handel und auch bei ihnen lag mit Haithabu ein überaus wichtiger Handelsplatz der Ost-West-Route auf dem südlichen Teil der Insel Jütland, dessen Überquerung über Flüsse und Land häufig als Alternative für die Fahrt durch Sund, Kattegat und Skagerrak unternommen wurde.

Christliche Landesherren hatten für die Gebiete an der Ostsee noch kein Interesse entwickelt und so gab es hier bis um 1100 keine deutsche Schifffahrt²⁹. Die Ostsee war bis dahin also ein skandinavisch-slavisches Binnenmeer.

²⁸ Gehrke, Roland: Die Hanse und Polen. [Angermann, Norbert (Hrsg.): Hamburger Beiträge zur Geschichte der Deutschen im europäischen Osten, Bd. 2]. Lüneburg 1996, S. 10.

²⁹ Pichierri, Angelo: Die Hanse - Staat der Städte. Ein ökonomisches und politisches Modell der Städtevernetzung (Häußermann, Hartmut u.a. [Hrsg.]: Stadt, Raum und Gesellschaft, Bd. 10). Opladen 2000, S. 21.

Dies änderte sich mit der Etablierung der Hanse im Ostseeraum um die Mitte des 12. Jahrhunderts. Die Forschung ist sich einig, dass hierbei kein festes Anfangsdatum genannt werden kann, da kein förmlicher Bundesschluss und kein einschneidendes Ereignis am Beginn der Hanse standen. Vielmehr war es ein Bedingungsgefüge unterschiedlicher Elemente.

Zunächst ist hier die Gründung Lübecks durch Heinrich den Löwen zwischen 1143 und 1159 zu nennen. Die Stadt entstand unter der planerischen Mitarbeit von Kaufleuten völlig neu und hatte so eine für den Handel besonders günstige Infrastruktur. Zudem lag sie günstig auf der Überlandroute durch das südliche Jütland. Dies war umso wichtiger, als frühhansische Schiffe, die nicht gegen den Wind segeln konnten, die „Umlandfahrt“ durch Kattegat und Skagerrak mit ihren vorherrschenden Westwinden scheuten. Weiterhin attraktiv machte Lübeck das Artlenburger Privileg, das Heinrich der Löwe mit der Gründung dieser Stadt verband³⁰. 1226 wurde Lübeck freie Reichsstadt und damit unabhängig von Territorialherren, was ihre Machtmittel und ihre Attraktivität noch weiter steigerte. So stieg Lübeck als Hafen und Handelsplatz der westlichen Ostsee auf, während Schleswig, der alte Anlaufpunkt, an Bedeutung verlor.

Ein weiterer Faktor war die Verleihung von Privilegien an deutsche Kaufleute durch Heinrich II. von England im Jahre 1157³¹, womit ein wichtiger Absatzmarkt für im europäischen Osten eingehandelte Rohstoffe erschlossen und ein Anteil am Handel mit hochwertigem englischen Tuch gesichert war.

Entscheidend war auch die Gründung des Gotlandfahrerbundes um 1160, der den Handel mit dem Osten weiterentwickelte. Die Insel Gotland war für die Schifffahrt in der Ostsee, die wie überall Küstenschifffahrt war, ein zentraler Anlaufpunkt auf dem Weg von und nach dem Osten und war so eine zentrale Station für den Handel mit Nowgorod, von wo man vor allem Pelze, Häute, Asche³², Wachs und Honig bezog. Diese Gemeinschaft westfälischer, sächsischer und lübischer Kaufleute hatte unterschiedliche Zielsetzungen, zum einen die Sicherung des Transports, denn zum Schutz gegen See- und Strandraub fuhr man stets im Konvoi, zum anderen die gemeinsame Interessenvertretung. Der Bund hatte genossenschaftliche Züge, es gab detaillierte Regeln wie zum Beispiel für die Mitgliedschaft und die Aufgaben der Kaufleute. Er wurde von 4 Ältesten aus Lübeck, Visby, Soest und Dortmund geführt, hatte ein eigenes Siegel und genoss speziell für ihn geltende Privilegien.

Die Gotlandfahrer verkörpern den Charakter der Hanse im Anfang. Nicht die Städte stehen zunächst im Vordergrund, sondern der *gemene kopman*, der einzelne Händler. Hierher stammt

³⁰ ebd., S. 22.

³¹ ebd., S. 16.

³² Asche wurde in England und Flandern zum Färben der hergestellten Stoffe benötigt.

auch der mittelhochdeutsche Begriff „hanse“, der von althochdeutsch „hansa“ stammt und „Schar“ bedeutet, eine unter Umständen bewaffnete Gruppe von Männern mit gleicher Zielsetzung³³. Die Zugehörigkeit zur Hanse war hier also die Zugehörigkeit des einzelnen Kaufmanns zu einer Genossenschaft von Kaufleuten, die eine bestimmte Route befahren. Die Aufnahme in das ausländische Kontor war entscheidend³⁴. Eine andere Hanse neben den Gotlandfahrern war die der Englandfahrer, deren Privilegien 1157 verliehen wurden. Somit waren in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts die hauptsächlichen Stützpunkte der Hanse errichtet, ohne dass die Städte schon eine bestimmende Rolle gespielt hätten.

Dieser anfängliche Schwerpunkt auf dem *gemenen kopman* hat in der älteren Forschung zu einer strikten Teilung zwischen der frühen Kaufmannshanse und der späteren Städtehanse geführt. Dies ist zu relativieren, da diese Verlagerung des Gewichts der Akteure prozesshaft geschah und die Städtehanse aus der Kaufmannshanse hervorging, was einen differenzierteren Blick auf die Geschehnisse verlangt³⁵. Neben generellen Entwicklungen, welche die Bedeutung der Städte hoben, wie der Ausbau der kommunalen Autonomie gegenüber dem Landesherrn und die wachsende Städtedichte an der Ostsee durch Neugründungen im Zuge der deutschen Ostsiedlung³⁶ waren es auch hansespezifische Prozesse, die zu dem Wandel beitrugen. Zum einen gelang es den Kaufleuten, in den Städten den Stadtrat zu dominieren, sie konnten so städtische Politik in ihrem Interesse machen, die politischen Möglichkeiten der Stadt in ihrem Interesse nutzen. Zum anderen wuchs die Rolle der Städte in dem Maße, wie ihre Bedeutung für die Sicherung der Fahrt der Kaufleute zunahm, auch weil auf diesem Weg eine engere Kooperation der Städte zustande kam. So waren sie an der Allianz, die den dänischen König Waldemar II. bei 1227 Bornhöved besiegte³⁷, entscheidend beteiligt. Drei Jahre später schlossen Lübeck und Hamburg ein Abkommen für die Sicherheit der Kaufleute; Lübeck, Wismar und Rostock schlossen 1259 ein Abkommen zur Sicherung der Schifffahrtswege, das 1264 um die rechtliche Gleichstellung der Bürger erweitert wurde³⁸. Diese Vernetzung geschah allerdings ohne eine Institutionalisierung und Formalisierung des grundsätzlichen Gemeinwesens der Hanse, sondern sie basierte lediglich auf gemeinsamem Interesse.

³³ Wriedt, K.: Hanse. In: Bautier, Robert-Henri (u.a.) (Hrsg.): Lexikon des Mittelalters. Bd. 4 München, Zürich 1989, Spalte 1921.

³⁴ Pichierri: Hanse, S. 18.

³⁵ Puhle, Matthias: Organisationsmerkmale der Hanse. In: Bracker, Jörgen; Henn, Volker; Postel, Rainer (Hrsg.): Die Hanse. Lebenswirklichkeit und Mythos. Lübeck 1999, S. 196- 200, S. 198.

³⁶ Wriedt: Hanse, Spalte 1921.

³⁷ Mit dem Königreich Dänemark gab es für die Hanse immer wieder Rivalitäten, vor allem um die Kontrolle des Öresunds, mit der empfindlich Einfluss auf die Schifffahrt aus der und in die Ostsee ausgeübt werden konnte.

³⁸ Fritze, Konrad; Krause, Günter: Seekriege der Hanse. Berlin 1997, S. 14.

Wie wirksam man trotz dieser vom Prinzip her lockeren Bindung handeln konnte, zeigt unter anderem die Wirtschaftssperre gegen Norwegen, die man 1284 verhängte, um den Fortbestand von Privilegien des Bergener Kontors zu sichern. Die Hansestädte, die vor allem Getreide nach Norwegen lieferten und dort Stockfisch einhandelten, stellten ihre Lieferungen ein, was zu einer großen Hungersnot und letztlich zur Durchsetzung der hansischen Ziele führte. Interessant ist hierbei das Vorgehen Bremens. Es ignorierte den hansischen Beschluss und lieferte weiter, was zu Bremens Ausschluss aus der Hanse führte, erst 1358 wurde es wieder aufgenommen³⁹. Solche egoistischen Brüche der hansischen Disziplin waren ihrem äußerst geringen Organisationsgrad geschuldet und sollten immer wiederkehren.

Diese Entwicklungen stärkten die Rolle der Städte innerhalb der Hanse, da reine Kaufmannsgenossenschaften mit ihnen überfordert gewesen wären. Vor allem Lübeck konnte sich aufgrund seiner Attraktivität für den Handel durchsetzen, agierte fortan als Haupt der Hanse und wurde selten, und wenn ohne Erfolg, in seiner Stellung angefochten. So konnte es die städtische Stellung festigen, indem es Ende des 13. Jahrhunderts den Gebrauch des Siegels der mächtigen Genossenschaft der Gotlandfahrer untersagte. Die Konsolidierung des städtischen Einflusses und der Gemeinschaft überhaupt stellte der erste Hansetag 1356 dar. Lange Zeit blieb er das einzige gesamthansische Organ, auf dem Delegationen der Städte verhandeln und Beschlüsse fassen konnten. Hier entstand auch ein Ansatz einer Hierarchie, indem Lübeck seine Position als Haupt der Hanse festigen konnte, ihr die Vororte der hansischen Drittel (die Städte der Hanse waren in das wendisch-sächsische, das wendisch-preußische und das gotländisch-livländische Drittel aufgeteilt, denen jeweils wechselnde Orte vorstanden) in der Hierarchie folgten, wiederum gefolgt von den Mitgliedsstädten und den Niederlassungen⁴⁰.

Diese Entwicklung wird als der Abschluss der Entwicklung von der Kaufmanns- zur Städtehanse gesehen, da die Ausübung von Herrschaft, die Wege der Entscheidungsfindung und Struktur der Loyalitäten und der Konkurrenzen sich erheblich verändert hatte. Zu bedenken ist hierbei aber auch, dass es dank ihrer Monopolstellung in den Stadträten weiterhin die Kaufleute waren, die Entscheidungen trafen und umsetzten. Man hatte sich lediglich effizientere Wege zur Durchsetzung der eigenen Interessen gesucht, ein Prozess, der recht unspektakulär mit städtischer Hilfe zur Sicherung einzelner Kaufmannsfahrten begonnen hatte. Die Akteure blieben also mit den Kaufleuten dieselben, was die Unangemessenheit der allzu scharfen Trennung zwischen Kaufmanns- und Städtehanse zeigt,

³⁹ Pichierri: Hanse, S. 27.

⁴⁰ Ziegler, Uwe: Die Hanse. Aufstieg, Blütezeit und Niedergang der ersten europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Eine Kulturgeschichte von Handel und Wandel zwischen 13. und 17. Jahrhundert. Bern, München, Wien 1997, S. 194.

wenn die Begriffe auch passende Bezeichnungen für die Organisationsform der Akteure liefern.

Die Wandlung zur Städtehanse hatte aber auch abseits vom unmittelbaren Schutz der Kaufleute defensiven Charakter. Sie geschah in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression, die gezeichnet war von den Nachwirkungen der Pestwelle 1346-52, zudem war die Ostexpansion, die der Hanse die Süd- und Südostküste der Ostsee erschlossen hatte, an ihre Grenze gekommen⁴¹. Die Hanse hat sich durch die Weiterentwicklung der Organisationsform zur Städtehanse hinsichtlich ihrer Möglichkeiten zur Sicherung ihrer Privilegien und ihres Handels optimiert und an die im Vergleich zur vorangegangenen Zeit erschwerten Bedingungen angepasst.

Ihre fortgesetzte Stärke zeigt sich im Krieg mit Dänemark, den der dänische König Waldemar IV. Atterdag mit der Besetzung Gotlands und Visbys 1361 auslöste. Diese starke Einmischung im Verbund damit, dass Waldemar 1360 Schonen wieder mit Dänemark vereinigt hatte, somit vollständig den Öresund kontrollierte und damit den Schiffsverkehr aus der und in die Ostsee nach Belieben beeinflussen konnte, konnte die Hanse nicht hinnehmen. Obwohl ansonsten geschicktes Verhandeln und im Ernstfall Zurückweichen die Taktik der Hanse gegenüber fremden Akteuren war, entschloss sich die Gemeinschaft, die weder über militärisch geschultes Personal noch über ein Heer verfügte, zur offenen Konfrontation.

1367 kam es so zur Kölner Konföderation der Hansestädte gegen Waldemar IV. Typisch für den lockeren Interessenverband Hanse war, dass die am Ostseezugang wenig interessierten Nordseestädte Bremen und Hamburg der Konföderation nicht beitraten⁴².

Der Krieg endete nach einem hansischen Sieg 1370 mit dem Frieden von Stralsund, der die Hanse auf dem Höhepunkt ihres Einflusses sieht. Es wurden nicht nur alle ihre Privilegien in Dänemark bestätigt, man erhielt sogar die militärische Kontrolle über den Öresund und ein Vetorecht bei der Wahl des dänischen Königs⁴³.

Auf diesen Gipfel folgten rasch Rückschläge. Nach dem Ende der Kölner Konföderation wurden die Festungen am Sund 1385 zurückgegeben. Das Ende des Deutschen Ordens mit der Schlacht von Tannenberg 1410 war für die Hanse der Verlust eines Elements des Zusammenhalts und des Schutzes in der südöstlichen Ostsee. Die Vitalienbrüder, die im Krieg gegen Dänemark „legal“ Schiffe kaperten, verselbstständigten sich nach dem Krieg als Piraten und bedrohten den Handel. Im Inneren der Städte nahmen Klassenkonflikte zu, die das Einflussmonopol der Kaufleute bedrohten, die im 14. Jahrhundert erreichte Stärkung der Territorialfürsten führte zu Angriffen auf die Autonomie der Städte.

⁴¹ Pichierri: Hanse, S. 27.

⁴² ebd., S. 61.

⁴³ ebd., S. 29.

Die Beziehungen der Hanse im Osten verschlechterten sich entsprechend dem Expansionsstreben des Moskauer Großfürstentums, das in den 1470er Jahren Nowgorod besetzt hatte und dessen Truppen ab den 1480er Jahren vermehrt in das Baltikum einfielen. Die Gründung der Stadt Iwangorod 1492 auf der Narva gegenüberliegenden Seite des Narvaflusses war ein deutlicher Hinweis auf russische Hegemonialansprüche in dieser Region. Am 06.11.1494 kam es zudem zur Schließung des Hansekontors in Nowgorod, wobei fast 50 Kaufleute gefangen genommen und ihre Waren beschlagnahmt wurden⁴⁴. 1514 kam es zwar zu einer Wiedereröffnung, die allerdings nicht an die Bedeutung des Vorgängerkontors anschließen konnte. Zudem waren nach der Eroberung Nowgorods die einheimischen Kaufmannsfamilien deportiert worden, was zum Abreißen langfristiger persönlicher Kontakte zu Hansekaufleuten und zu einem weiteren Einbruch des Handels führte⁴⁵. Weitere Restriktionen waren die Abschaffung alter hansischer Privilegien, wie die *upgift*, einer traditionellen Zugabe beim Pelzhandel, das Wachsklopfen, die kostenlose Entnahme einer Probe des angebotenen Wachses und die Erhöhung der Waagegebühr⁴⁶. Symptomatisch war, dass die Hanse keine erfolgreichen Gegenmaßnahmen unternehmen konnte. Man nahm zwar nach Bekanntwerden der Verhaftungen hansischer Kaufleute in Nowgorod die russischen Kaufleute in Riga und Reval in Haft, sie wurden aber schon 1496 wieder freigelassen, viel früher als die in Russland gefangenen Hansen⁴⁷.

Auch im rein wirtschaftlichen Bereich verlor die Hanse Boden. Die flandrische Flotte verfügte im Westen bald über mehr Tonnage als die Flotte der Hanse, so dass ihr verstärktes Eindringen in den Ostseeraum starke Konkurrenz für die Hanse bedeutete. Im Osten verlagerte sich der Handel an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert immer mehr auf den Landweg und floss somit südlich am Einflussbereich der Hanse vorbei⁴⁸.

Diesen Tendenzen versuchte man ab Mitte des 16. Jahrhunderts entgegenzutreten, 1553-1567 fanden 14 Hansetage statt, so viele wie lange nicht mehr. Man stellte eine gemeinsame Satzung auf, in der die Anwesenheitspflicht bei Hansetagen, die Akzeptanz der Beschlüsse der Hansetage, Wege der innerhansischen Konfliktlösung mit dem Verbot der Anrufung außerhansischer Institutionen, die Kostenübernahme für Gesandtschaften und das gemeinsame Vorgehen bei Übergriffen der Landesherren und bei innerstädtischen Unruhen geregelt wurde⁴⁹. 1554 wurde die Einrichtung einer Bundeskasse, die den regelmäßigen

⁴⁴ Selart, Anti: Zur Geschichte der Russen in Livland um die Wende des 15. zum 16. Jahrhundert: Der Vorwand zur Schließung des St.Peterhofes in Nowgorod im Jahr 1494. In: Angermann, Norbert (Hrsg.): Städtisches Leben im Baltikum zur Zeit der Hanse. [Baltische Seminare, Bd. 10]. Lüneburg 2003, S. 177- 210, S. 177.

⁴⁵ ebd., S. 199.

⁴⁶ ebd., S. 202.

⁴⁷ ebd., S. 182.

⁴⁸ Gehrke: Hanse, S. 38.

⁴⁹ Ziegler: Hanse, S. 219.

Beitrag der Städte, das *annuum*, aufnehmen sollte, beschlossen. Die Zahlungsmoral ließ allerdings sehr zu wünschen übrig⁵⁰. Das einzige hansische Amt wurde 1556 geschaffen, als Heinrich Sudermann zum Syndikus der Hanse ernannt wurde. Seine Zuständigkeit betraf die ständige Geschäftsführung zwischen den Hansetagen. Als er nach 35 Dienstjahren, 50 diplomatischen Reisen und einigem Erfolg starb, wurde der Posten nicht neu besetzt, trotz oder auch wegen seiner Erfolge.

Die Hanse reagierte auf die erschwerte Situation also mit Reformierungsversuchen, die eine Zentralisierung beabsichtigten. Der stärkere Grad der Organisiertheit sollte die Hanse handlungsfähiger machen, indem zum Beispiel durch Anwesenheitspflicht bei Hansetagen und Akzeptanz der Beschlüsse eine stärkere innere Disziplin aufgebaut und durch das gesamthansische Amt des Syndikus und die Bundeskasse die „Exekutive“ von Partikularinteressen abgekoppelt werden sollte.

Hamburg gab sofort ein Beispiel, dass dies nicht den gewünschten Erfolg hatte. Es bemühte sich stark um die Niederlassung englischer *merchant adventurers*, die mit englischem Tuch handelten und der Hanse so immer stärkere Konkurrenz machten und unterlief dabei erfolgreich allen Druck, den die Hanse am englischen Hof gegen die *merchant adventurers* aufzubauen suchte, indem es ihnen 1567 umfangreiche Privilegien gewährte⁵¹. Es musste diese auf hansischen Druck zwar nach 10 Jahren auslaufen lassen, allerdings wurden sie 1611 wieder eingeführt.

Ein weiterer Schlag traf die Hanse am Ende des 16. Jahrhunderts. Über Jahrhunderte hatte es keine über das Nötigste hinausgehenden Kontakte zwischen der Hanse und dem Reich gegeben, da die norddeutschen Städte den Besuch der Reichstage und die daraus möglicherweise erwachsenden Verpflichtungen scheuten⁵². Die Erfahrung des Schmalkaldischen Bundes hatte diese Distanz etwas verringert und so versuchte Lübeck, Kaiser und Reich für eine Politik für den deutschen Seehandel zu gewinnen. Kaiser Rudolf II. reagierte mit einem Verbot der Aufnahme und des Handels englischer *merchant adventurers* im Reich, was in der Reaktion zu einer Schließung des Londoner Handelskontors, des Stalhofs, führte⁵³. Somit war auch dieser wichtige Absatzmarkt für die Hanse weggebrochen, Fahrten nach West- und Südeuropa konnten das nicht mehr ausgleichen.

⁵⁰ ebd., S. 219.

⁵¹ Duchardt, Heinz: Die Hanse und das europäische Mächtesystem des frühen 17. Jahrhunderts. In: Graßmann, Antjekathrin (Hrsg.): Niedergang oder Übergang? Zur Spätzeit der Hanse im 16. und 17. Jahrhundert. Köln, Weimar, Wien 1997, S. 11-25, S. 13.

⁵² Schmidt, Georg: Städtehanse und Reich im 16. und 17. Jahrhundert. In: Graßmann, Antjekathrin (Hrsg.): Niedergang oder Übergang? Zur Spätzeit der Hanse im 16. und 17. Jahrhundert. Köln, Weimar, Wien 1997, S. 25- 46, S. 27ff.

⁵³ ebd., S. 39.

Der endgültige Niedergang der Hanse begann im 30-jährigen Krieg. Der Norden Deutschlands wurde Kriegsgebiet und die Spannungen, die durch den Kampf um die Vorherrschaft im Ostseeraum auch nach 1648 im Ostseeraum bestanden, ruinierten den hansischen Handel. 1629 schon hatte der Hansetag Lübeck, Hamburg und Bremen das Mandat gegeben, nunmehr allein im Namen der Hanse zu handeln⁵⁴. Obwohl sie dadurch zunächst formell weiter bestand, war die Reduktion der ehemals großen Gemeinschaft auf diese 3 Städte ihr Ende. Der letzte Hansetag fand 1669 statt.

Die Hanse scheiterte letztlich also an drei Hauptfaktoren: Sie konnte mit der erstarkenden wirtschaftlichen Konkurrenz nicht mithalten, die ihre Flotten schneller als die Hanse vergrößerte und immer mehr in vorher exklusiv hansische Regionen eindrang und sie konnte, angewiesen auf Abwesenheit von Grenzen und auf eine weitgehend autonome Handelspolitik in einer Welt des aufstrebenden Nationalstaats mit seinen Zentralisierungsinteressen nicht überleben⁵⁵. Letztlich war es auch die lange Zeit vorteilhafte lockere Organisation der Hanse, die durch geringe Möglichkeiten zur Unterbindung von die Gemeinschaft schädigenden Egoismen zur Erosion der Gemeinschaft führte.

2.1.2. Die Organisation der Hanse

Ahasver von Brandt schrieb der Hanse etwas „Molluskenhaftes“ zu⁵⁶, da sie bei jedem Zugriff auf ihr Wesen zurückweiche, sich einer genauen Definition entziehe. Unterschiedliche Faktoren sind hierfür verantwortlich. Zum einen gab es keine offizielle Gründung der Hanse, weder die Besiegelung eines offiziellen Dokuments noch ein anderes historisches Ereignis. Das legt nahe, dass die Hanse, zumindest zunächst, nicht planvoll gestaltet wurde, sondern historisch gewachsen ist. Dafür spricht auch ihr Ende, das sich nicht durch einmalige Aufhebung eines rechtlich konkreten Bundes, sondern in einem ungesteuerten Auslaufen vollzog.

Zum anderen war auch während des Bestehens der hansischen Gemeinschaft nie ihr wahrer Umfang bekannt, es gab kein Mitgliederverzeichnis. Erst ab 1554 wurde eine solche Liste erstellt, die allerdings unvollständig blieb⁵⁷. Dieses Fehlen konkreter Strukturen hatte Vorteile für die Hanse. Einerseits waren Städtebünde wiederholt verboten worden, zum Beispiel durch

⁵⁴ Duchardt: Hanse, S. 20.

⁵⁵ ebd., S. 15.

⁵⁶ zitiert nach Puhle: Hanse, S. 196.

⁵⁷ Ziegler: Hanse, S. 197.

Kaiser Karl IV. in der Goldenen Bulle⁵⁸. Das offene Auftreten als ein solcher Bund wäre für Kaiser und Reich eine starke Provokation gewesen. Andererseits gab es durch diese Ungewissheit für den Fall eines Konflikts mit äußeren Mächten wie dem Landesherrn eine Rückzugsmöglichkeit, bei Bedarf konnte die Zugehörigkeit zur Hanse geleugnet werden⁵⁹.

Weiterhin fehlen neben einem Bündnisvertrag auch weitere bündnisrechtliche Elemente: es gab keine verbindliche Festlegung politischer und wirtschaftlicher Ziele, es gab keinen Vorsitzenden, bis zur Berufung des Syndikus 1556 gab es keine ständigen Beamten, es gab weder ein gemeinsames Siegel, noch, wiederum bis zu den Reformierungsbemühungen, eine Bundeskasse. Es gab auch neben Geldstrafen außer der Verhansung, dem Ausstoßen einer Stadt aus der hansischen Gemeinschaft, kein Druckmittel, um die Beschlüsse der Hansetage durchzusetzen⁶⁰.

Diese Hansetage waren das einzige gemeinsame Organ der Hanse. Ihre späte Einrichtung 1356, nahe dem Höhepunkt des Einflusses, zeigt, dass viel selbst ohne diese Institution erreicht worden ist. Sie bildete ein Forum zur Willensbildung, in dem sich Lübeck auf Grund seiner wirtschaftlichen Bedeutung einen Sonderstatus als Haupt der Hanse erarbeiten konnte, dessen Entscheidungen nicht bindend, aber mit gewissem Prestige die Debatte beeinflussten. Beschlüsse mussten im Konsens gefasst werden, der als gegeben gesehen wurde, wenn sich gegen die Initiative keine Gegenstimme mehr erhob. Als Regulativ gab es hier die Sitte, dass die sich in Unterzahl befindende Partei der Mehrheitsmeinung anschloss⁶¹, ohne dass dies eine Garantie darstellte. Die Hansetage hatten also ein gewisses integrierendes Element, sie wurden allerdings in unregelmäßigen Abständen abgehalten, im 14. Jahrhundert durchschnittlich einmal im Jahr, im 15. Jahrhundert weniger als durchschnittlich alle drei Jahre. Auch waren sie wenig repräsentativ, da längst nicht alle Städte Delegationen sandten. Es kam auch vor, dass Delegationen vor der Beschlussfassung abreisten oder ein nicht ausreichendes Mandat vorschützten, wenn die Städte sich einer Entscheidung entziehen wollten⁶². Dieser Kondensationspunkt war bis zu den Reformierungsbemühungen in der Mitte des 16. Jahrhunderts alles, was die Hanse institutionell zusammenhielt.

Dennoch war die Hanse sehr erfolgreich, wie ihre Ausdehnung, ihre umfassenden Privilegien und ihre Einflussmöglichkeiten sowohl wirtschaftlicher (zum Beispiel die Norwegen-Blockade 1284) oder militärischer Art (zum Beispiel der Frieden von Stralsund 1370) zeigen

⁵⁸ Puhle: Hanse, S. 197.

⁵⁹ ebd., S. 197.

⁶⁰ Henn, Volker: Was war die Hanse? In: Bracker, Jörgen; Henn, Volker; Postel, Rainer (Hrsg.): Die Hanse. Lebenswirklichkeit und Mythos. Lübeck 1999, S. 14- 22, S. 16ff.

⁶¹ Hammel-Kiesow, Rolf: Die Hanse. München 2000, S. 73f.

⁶² Ziegler: Hanse, S. 215.

und nicht zuletzt bestand sie länger als alle anderen Städtebünde⁶³. Dies gelang vor allem durch das Phänomen der „latenten Hanse“⁶⁴, den Charakter der Hanse als Bedarfsbündnis, das im Normalfall durch sehr lockere Bindungen und im Krisenfall durch eine starke Verdichtung der Beziehungen gekennzeichnet war, wie es unter anderem in der Kölner Konföderation gegen Waldemar IV. geschah.

Diese Form trug stark den Einzelinteressen der Städte Rechnung, da man in guten Zeiten aller Gemeinschaftsleistungen entbunden war und in Krisenzeiten seinen Beitrag zum gemeinschaftlichen Auftreten an dem zu erwartenden Nutzen für die eigene Stadt ausrichten konnte. Ein Beispiel ist das Fernbleiben Hamburgs und Bremens von der Kölner Konföderation. Eine engere Form der Organisation wäre nicht nur nicht möglich gewesen⁶⁵, sie wäre auch nicht im Interesse der Mitglieder gewesen. Sie wären nicht nur in ihrer Flexibilität eingeschränkt worden, sondern hätten auch Gemeinschaftsleistungen aufbringen müssen, die nicht unmittelbar ihrer Stadt zugute gekommen wären. Die Organisationsform der Hanse stellte also in der Balance aller Faktoren das Optimum dar.

Entscheidend für die Funktionsfähigkeit war das Interesse der Städte an Mitwirkung in der Gemeinschaft. Solange dies bei der Mehrheit gegeben war, konnten große Erfolge erreicht und Loyalitätsbrüche wie der Bremens 1284 oder der Hamburgs und Bremens 1367 gut verkraftet werden, zumal die erhobenen Sanktionen die abtrünnigen Städte letztendlich doch wieder zur Hanse zurückbrachten. Als aber im 15. und vor allem im 16. Jahrhundert die Loyalitäten immer mehr bröckelten, versuchte man durch die beschriebene Straffung der Organisation ihre Funktionsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Aber auch die Anwesenheitspflicht auf Hansetagen, die Bundeskasse mit den jährlichen Abgaben und die anderen Neuerungen waren einfach zu unterlaufen, so dass dieser Vorstoß, der nicht zur Optimierung der Arbeit, sondern reaktiv zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit geschah, letztendlich ins Leere lief.

⁶³ Pichierri: Hanse, S. 19.

⁶⁴ Henn: Hanse, S. 17.

⁶⁵ Einerseits durch die strukturellen Bedingungen, denen die Hanse ausgesetzt war, wie die Geographie ihres sehr weit gespannten Netzes der Städte und Kontore und die unterschiedlichen Bindungen der Städte an verschiedene Landesherrn, andererseits durch die Ablehnung dieser Landesherrn gegenüber eng strukturierten Städtebünden, die solche schnell unterbunden hätten.

2.2 Stationen des Ostseeraums von der Neuzeit bis zum 20. Jahrhundert

Vor dem Ende der Hanse war schon 1523 die Kalmarer Union, die Vereinigung der Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen, untergegangen, was den Beginn der Rivalitäten zwischen Dänemark und dem mit ihm in Union verbundenen Norwegen und Schweden um die Vorherrschaft im Ostseeraum markierte, die in verschiedenen Kriegen ausgetragen wurden. Im 17. Jahrhundert entwickelte sich Schweden zu einer europäischen Großmacht des Nordens, was es ihm unter anderem erlaubte, unter Gustav II. Adolf in den 30-jährigen Krieg einzugreifen, was ihm neben den schon angeschlossenen „überseeischen“ Gebieten Finnland, Ingermanland, Karelien, Estland mit Schwedisch-Pommern Besitzungen an der Südküste der Ostsee eintrug. Später kamen noch Livland (1629), Schonen und Bornholm (1658) dazu. Dies zeigt nicht nur, dass der Ostseeraum von den schwedischen Königen als Einheit verstanden wurde, sondern auch, dass sich für Politik, Wirtschaft und Bevölkerung die Ostsee als verbindendes und nicht als trennendes Element darstellte.

Im Großen Nordischen Krieg (1700- 1721) verlor Schweden gegen eine Koalition aus Dänemark, Polen-Sachsen und Russland seine Großmachtstellung, Russland etablierte sich dagegen mit St.Petersburg als seinem Fenster zum Westen, der Besetzung von Finnland und der Eingliederung des Baltikums im Ostseeraum⁶⁶. In der Folgezeit blieben die Besitzverhältnisse im Ostseeraum stabil, bis nach Napoleons Untergang das mit ihm verbündete Dänemark Norwegen an Schweden abtreten musste, eine Union, die erst 1905 aufgelöst wurde. Diese relativ stabile Zeit konnte zu einer Normalisierung der Beziehungen und zum Aufbau von Kontakten genutzt werden, wobei die skandinavischen Staaten hier mehr unter sich blieben, da die Aufmerksamkeit der Ländereien südlich der Ostküste mehr auf ihre Zentren denn über die Ostsee hinweg gerichtet war und hier Preußen und Russland ihre Macht unter anderem durch die polnischen Teilungen konsolidierten. In den skandinavischen Staaten entwickelte sich jedoch im 19. Jahrhundert vor allem unter den Eliten die Bereitschaft zur Kooperation in Form des Skandinavismus, der die Vereinigung der skandinavischen Kronen und Staaten, die allerdings letztlich nicht eintrat, anstrebte. Im 20. Jahrhundert erlebten diese Bestrebungen im Neuskandinavismus, der Kooperation auf den unterschiedlichsten Ebenen anstrebte, ihre Renaissance⁶⁷.

⁶⁶ Findeisen, Jörg-Peter: Schweden. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. (Geschichte der Länder Skandinaviens). Regensburg 1997.

⁶⁷ Vgl. Krüger, Kersten: Der Skandinavismus im 19. und 20. Jahrhundert. In: Studia Maritima, vol. XV, 2002, S. 137- 154.

Während die Hanse also von deutschem Boden ausgegangen war, lagen die Ostseeinitiativen der Neuzeit eher im skandinavischen Raum. Allerdings wurde auch in dieser Zeit der Stellenwert dieser Region für die meisten Anrainerstaaten deutlich.

2.3 Der Ostseeraum 1918 bis 1945

Der Ostseeraum war im 1. Weltkrieg kein Hauptkriegsschauplatz, erlebte aber dennoch tief greifende Veränderungen. Nach einer gemeinsamen skandinavischen Neutralitätserklärung am 08.08.1914 beteiligten sich Dänemark, Schweden und das nach der Auflösung der Union mit Schweden 1905 unabhängige Norwegen nicht an den Auseinandersetzungen und blieben von Kriegseinwirkungen verschont. Die Kampfhandlungen wurden von den beiden anderen Ostseeanrainern ausgetragen, dem Deutschen Reich, das die gesamte Südküste der Ostsee innehatte und dem Russischen Zarenreich, dem das Baltikum und seit dem Frieden von Fredrikshamn 1809 das vorher schwedische Finnland angehörte.

Nach der Abwehr früher russischer Offensiven in Ostpreußen 1914-15 begann im Zusammenhang mit der allgemeinen Ostverschiebung der Front die deutsche Besetzung des Baltikums. Dabei kam es auch 1917 zur deutschen Landung auf den Inseln Ösel, Dagö und Moon, den heutigen Saaremaa, Hiiumaa und Muhu, welche die größte Operation der kaiserlichen Marine im 1. Weltkrieg in der Ostsee darstellte. Ansonsten gab es in der Ostsee aufgrund der Verluste der deutschen Marine an anderen Fronten keine größeren Einsätze.

Im militärisch und wirtschaftlich immer mehr unter Druck geratenen Russland kam es mit der Oktoberrevolution zu einer starken inneren Destabilisierung, die zentrifugalen Tendenzen Vorschub leistete. So erklärte sich Finnland am 06.12.1917 einseitig für unabhängig und schloss am 07.03.1918 einen Sonderfrieden mit Deutschland. Im folgenden Bürgerkrieg von Januar bis Mai 1918 siegten „weiße“ Truppen mit deutscher und schwedischer Unterstützung über bolschewistische Kräfte⁶⁸. Nachdem Carl Gustav Freiherr von Mannerheim am 12.12.1918 zum Reichsverweser ernannt wurde, erhielt Finnland am 17.07.1919 eine republikanische Verfassung.

Auch im Baltikum hatte es seit Mitte des 19. Jahrhunderts immer stärkere separatistische Tendenzen gegeben, die auch während der russischen Revolution 1905 zu Unruhen führten, aber niedergeschlagen wurden⁶⁹. Auch hier nutzte man nun den inneren Umbruch Russlands. Estland erklärte sich in einem kurzen Machtvakuum zwischen dem Abzug russischer und dem

⁶⁸ Fitzmaurice, John: The Baltic. A regional future? New York 1992, S. 31.

⁶⁹ Gruner, Wolf D.: Estland. In: Ders., Woyke, Wichard: Europa-Lexikon. München 2004, S. 89-94, S. 90; Crowe, David: The Baltic States and the great powers. Foreign relations 1938-1940. Boulder, Oxford 1993, S. 2.

Einmarsch deutscher Truppen in Reval in der Nacht vom 24. zum 25.02.1918 für unabhängig. Nach dem Abzug deutscher Truppen in Folge der Niederlage wurde es von bolschewistischen Truppen besetzt, konnte sich jedoch aus eigener Kraft wieder befreien, bevor es dann zu einer Basis „weißer“ Bürgerkriegstruppen wurde. Nach deren Scheitern 1919 gelang es Estland im Verbund mit Finnland, im Frieden von Dorpat vom 02.02.1920 dem bolschewistischen Russland die Anerkennung seiner staatlichen Unabhängigkeit abzurufen. Finnland erhielt hierbei mit Karelien Gebiete, die für das sowjetische Sicherheitsdenken gefährlich nah an Leningrad (nur 32 km) und an der strategisch wichtigen Bahnstrecke nach Murmansk lagen. Der Boden für den Gebietskonflikt, der zum sowjetisch-finnischen Winterkrieg 1939-40 führte, wurde hiermit gelegt⁷⁰.

In Lettland kam es zunächst zu einem Dualismus einer im Dezember 1918 gegründeten Sowjetregierung, die große Landesteile bolschewistisch besetzen ließ und einer deutsch gestützten Nationalregierung, die am 18.11.1918 die Unabhängigkeit ausgerufen hatte. Diese erlangte mit Unterstützung deutscher und baltendeutscher Verbände die militärische Kontrolle über den Großteil des Landes. Im Mai 1920 kam es zu einer erneuten Unabhängigkeitserklärung, die von der SU im Rigaer Abkommen im August 1920 akzeptiert wurde.

In Litauen war nach der deutschen Besetzung mit deutscher Zustimmung 1917 ein Landesrat (Taryba) gegründet worden, der am 11.12.1917 und erneut am 16.02.1918 den unabhängigen Staat Litauen proklamierte. Nach einem gescheiterten Versuch der Angliederung des Landes an die SU über eine bolschewistische Regierung, die von den Litauern vertrieben wurde, erkannte die SU 1920 seine Unabhängigkeit an⁷¹. Im Zuge der inneren Konsolidierung der baltischen Staaten wurden deutsche Großgrundbesitzer enteignet. Sie erhielten aber, wie auch andere Minderheiten, in den Verfassungen weitreichende kulturelle Autonomie.

Im Oktober 1918 rief auch Polen die unabhängige Republik aus und erhielt in der Folge von Deutschland Westpreußen und Posen sowie Galizien vom österreich-ungarischen Nachlass. Die Ostgrenze wurde militärisch stark umstritten und lag nach dem Frieden von Riga vom 18.03.1921 weit östlich der an ethnischen Grenzen orientierten Curzon-Linie, zudem hatte Polen das Wilna-Gebiet annektiert. Auch in diesen Gebietszugehörigkeiten lag wie in den neuen finnischen Territorien ein großes Konfliktpotential.

Im Ostseeraum verloren also insofern beide Kontrahenten den 1. Weltkrieg, als dass sie beide Gebietsverluste hinnehmen mussten. An die Stelle des Russischen Zarenreichs war das bolschewistische Russland getreten, das aber schnell dieselben territorialen Interessen

⁷⁰ Fitzmaurice: Baltic, S. 32.

⁷¹ ebd., S. 35.

entwickelte. Die Anerkennung der baltischen Staaten geschah zunächst auch nur aus der Erkenntnis heraus, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Export der Revolution nicht möglich war⁷². Es war wichtiger, zunächst die eigene Existenz im Kampf gegen die „weißen“ Truppen zu sichern.

In der Folge sollten jedoch Deutschland und Russland versuchen, ihre alten Einflussphären wieder herzustellen. Demgegenüber standen die neuen unabhängigen Staaten des Baltikums, sowie Finnland und Polen, die versuchten, ihre Staatlichkeit zu konsolidieren und ihre Unabhängigkeit zu wahren. Sie hatten die Rivalität der Großmächte der Region zum eigenen Vorteil nutzen können. Die historische Bedeutung dieser ersten, relativ kurzen staatlichen Unabhängigkeit ist vor allem für Estland, Lettland und Litauen nicht zu überschätzen, da diese frühen Republiken in der Sowjetzeit und auch beim Kampf um die Unabhängigkeit am Ende des Jahrhunderts das normative Bezugssystem blieben. Der 1. Weltkrieg mit der deutschen Besetzung des Baltikums im Frühjahr 1918 war hierfür ein entscheidender Katalysator, der durch das Ausschalten russischen Einflusses überhaupt erst die Realisierung der Unabhängigkeitsbestrebungen ermöglichte⁷³, wenn dies auch im deutschen Eigeninteresse der Schwächung Russlands geschah.

Die baltischen Staaten und Polen gaben sich zunächst demokratische Verfassungen, Estland sogar mit einer sehr liberalen Minderheitengesetzgebung⁷⁴. Die Demokratie überlebte jedoch nicht lange. In Polen kam es am 12.06.1926 zu einem Staatsstreich unter Jozef Klemens Pilsudski, der ein autoritäres Regime errichtete und mit einer konfrontativen Außenpolitik Polens Stellung sichern wollte. Die baltischen Staaten erlebten zwar einen politischen und wirtschaftlichen Aufstieg, jedoch wurden auch hier autoritäre Regimes errichtet, in Litauen durch Antanas Smetona 1926, in Lettland und Estland 1934 durch Karlis Ulmanis und Konstantin Päts⁷⁵. Die 1934 eingegangene Baltische Entente der drei Staaten, die als Verteidigungsbündnis gedacht war, konnte keinen Einfluss auf das Geschehen in der Region nehmen.

Das beschleunigte das Ende ihrer ersten Unabhängigkeit. Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23.08.1939 enthielt ein geheimes Zusatzprotokoll, in dem beide Mächte ihre Interessenzonen festlegten. Polen wurde aufgeteilt, das Baltikum in Gänze dem Interessengebiet der SU zugeschlagen⁷⁶.

⁷² ebd., S. 36.

⁷³ Lieven, Anatol: *The Baltic Revolution*. New Haven, London 1994, S. 57.

⁷⁴ Garbe, Gunnar: *Deutsche Rußlandpolitik und das Baltikum: 1990-98*. Dissertation. Kiel 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://e-diss.uni-kiel.de/diss_587/d587.pdf, 24.05.2004, S. 47.

⁷⁵ ebd., S. 47.

⁷⁶ Meissner, Boris: *Die sowjetische Okkupation der baltischen Staaten aus der heutigen Perspektive*. In: Ders.: *Die Baltischen Staaten im Umbruch. Beiträge 1995-2000*. Hamburg 2001. S. 49-72, S. 54.

Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurden diese Übereinkünfte umgesetzt. Polen ging in einer vierten Teilung unter und wurde von Deutschland und der SU besetzt. Im Baltikum wurde Estland das erste Ziel der sowjetischen Einflussnahme. Militärischer Druck, aufgebaut durch die Stationierung von Truppen in der Größenordnung von 160.000 Mann an der Grenze und sowjetische Tiefflieger über Tallinn, erzwang am 28.09.1939 die Unterzeichnung eines gegenseitigen „Verteidigungs- und Unterstützungsbunds“, der Estland der Roten Armee öffnete⁷⁷. Ähnliche Verträge mussten Lettland am 05.10. und Litauen am 10.10.1939 abschließen. Sie beinhalteten die Einrichtung großer sowjetischer Garnisonen in Marinebasen in den baltischen Ländern, die Zahl der dort stationierten Soldaten war hierbei höher als die der nationalen Armeen⁷⁸. Dieser Zugriff schränkte die Handlungsmöglichkeiten der baltischen Staaten enorm ein, war jedoch erst das Vorspiel eines noch weiter reichenden Eingriffs.

Ein anderes Interessengebiet war der südöstliche Teil Finnlands, den es im Frieden von Tartu 1920 gewonnen hatte. Die SU forderte auf dem Wege des Gebietsaustauschs eine neue, westverschobene Grenze in Karelien und Militärbasen am Finnischen Meerbusen auf finnischem Territorium. Weiterhin forderte sie die Einrichtung einer sowjetfreundlichen Regierung und die finnische Selbstverpflichtung, keinen antisowjetischen Allianzen beizutreten⁷⁹. Finnland lehnte dies ab. Die Verhandlungen darüber scheiterten im November 1939 und am 30.11.1939 eröffnete die Rote Armee ohne Ankündigung die Kampfhandlungen⁸⁰. Am 31.11.1939 wurde von den Sowjets die kommunistische Terijoki-Regierung (benannt nach dem Versammlungsort) unter Otto Ville Kuusinen eingesetzt, mit der sie am 02.12.1939 einen Vertrag über gegenseitigen Beistand abschlossen, um eine Legitimation für den militärischen Einsatz zu haben⁸¹. Das weit unterlegene finnische Heer unter Mannerheim konnte sich wirkungsvoll verteidigen und ein weites Vordringen der Roten Armee ins Landesinnere verhindern. Angesichts des unerwartet harten und effektiven Widerstands fand sich Stalin auch bald zu Friedensverhandlungen bereit, die am 05.03.1940 begonnen wurden und am 13.03. zum Frieden von Moskau führten. Finnland musste eine Westverschiebung seiner südöstlichen Grenze und den Verlust seines Zugangs zum Eismeer in Kauf nehmen, konnte jedoch seine staatliche Unabhängigkeit erhalten.

⁷⁷ Misiunas, Romuald J.; Taagepera, Rein: *The Baltic States. Years of Dependence 1940- 1990*. London 1993, S. 15.

⁷⁸ ebd., S. 15.

⁷⁹ Fitzmaurice: *Baltic*, S. 44.

⁸⁰ ebd., S. 45.

⁸¹ Kirby, David: *The Baltic World 1772- 1993. Europe's Northern Periphery in an Age of Change*. London, New York 1995, S. 354.

Trotz der erzwungenen Beistandspakte der SU mit den baltischen Staaten, denen diese im Winterkrieg gegen Finnland auch Folge leisteten, auch wenn die SU der Aggressor war, sahen die sowjetischen Expansionsinteressen eine vollständige Inkorporierung der baltischen Staaten vor. So forderte die SU am 15. und 16.06.1940 ultimativ eine totale Besetzung der baltischen Staaten durch die Rote Armee und die Schaffung sowjetfreundlicher Regierungen⁸². Die Besetzung wurde vollzogen und neu eingesetzte sowjetische Regierungen der baltischen Republiken beantragten die Aufnahme als Sowjetrepubliken in die SU, ohne eine demokratische Legitimation zu besitzen⁸³. So wurden die baltischen Staaten in die SU eingegliedert, per Gesetz vom 07.09.1940 wurde allen Balten die sowjetische Staatsbürgerschaft verliehen⁸⁴, Verfolgungen und Deportationen „ideologisch unzuverlässiger“ Personen begannen. Die Bedeutung dieser völkerrechtswidrigen Schritte soll in einem anderen Zusammenhang diskutiert werden.

Die SU hatte also 1940 durch die Annexion der baltischen Länder und den Sieg über Finnland ihr Einflussgebiet im Ostseeraum erheblich ausgeweitet und dem des Russischen Zarenreichs angenähert. Polen war wieder zwischen ihr und Deutschland aufgeteilt, das Baltikum erneut besetzt. Lediglich Finnland hatte sich einer vollständigen Vereinnahmung widersetzen können. Diese Entwicklungen entsprachen klar einem traditionellen militärischen Sicherheitsdenken, das von dem Streben des Nationalstaats nach territorialer Ausdehnung, der Bildung von Sicherheitszonen und der Sicherung von Einflussgebieten geprägt war. Die Großmächte des Ostseeraums, Deutschland und Russland, formten den Raum zwischen sich nach ihrem Gutdünken und ihren Möglichkeiten, wie zum Beispiel das Geheime Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt 1939 zeigt. Die 1918 neu entstandenen Staaten hatten weder ausreichend Zeit noch fanden sie adäquate Wege, ihre Existenz zu sichern. Auch war die internationale Gemeinschaft, vor allem der Völkerbund, nicht in der Lage die Aggression zu verhindern.

1940 erreichte der Zweite Weltkrieg auch Skandinavien, als die Wehrmacht am 09.04.1940 begann, Dänemark und Norwegen zu besetzen. Dies geschah nicht nur zur Sicherung der deutschen Handelswege aus dem Norden, woher man vor allem kriegswichtiges Eisenerz bezog, sondern auch, um die Alliierten von der Ostküste der Nordsee und des Nordatlantiks fernzuhalten, um eine vollkommene alliierte Kontrolle des deutschen Zugangs zu den Weltmeeren zu verhindern. Dänemark leistete wegen der Aussichtslosigkeit angesichts des

⁸² Meissner: Okkupation, S. 60.

⁸³ ebd., S. 63.

⁸⁴ Levits, Egil: Die Ausländer- und Minderheitenpolitik der baltischen Staaten unter besonderer Berücksichtigung des Problems der Zuwanderer aus der Sowjetunion. In: Die Unabhängigkeit der baltischen Länder. Geschichte-Probleme-Perspektiven. (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Ostmitteleuropa-Studien, Bd. 18). Marburg/Lahn 1993, S. 49- 72, S. 52.

nicht zu verteidigenden Territoriums und des ungleichen Kräfteverhältnisses keinen Widerstand. So konnte hier auch die bestehende Regierung im Amt bleiben, die, durch die Besetzung anderer Möglichkeiten beraubt, bis zu ihrer Absetzung 1943 mit den Deutschen kollaborierte⁸⁵. In Norwegen dagegen gab es beträchtliche Widerstände, zumal man britischen Truppen bei der Besetzung nur knapp zuvorgekommen war, die auch landeten und die Wehrmacht bekämpften. Anfang Juni erst verließen angesichts der neu eingetretenen Lage im Westen britische Truppen Norwegen und am 10.06. kapitulierte die norwegische Armee. König Håkon VII. ging mit der Regierung nach London ins Exil und Josef Terboven, vorher seit 1935 Oberpräsident der Rheinprovinz, wurde am 24.04.1940 als Reichskommissar eingesetzt und verfolgte eine rigorose Besatzungspolitik.

Dieser Überfall auf die neutralen skandinavischen Länder stellte nicht nur eine weitere gewaltsame und völkerrechtswidrige Besetzung eines Landes durch die Deutsche Wehrmacht dar, sie hatte auch bedeutsame Folgen für den Ostseeraum. Zum einen kam die Ostsee nahe an den Zustand eines deutschen *mare clausum*, indem Deutschland die Küsten des Skagerraks kontrollierte. Zum anderen war das skandinavische Konzept der Neutralität grundlegend erschüttert worden, es hatte sich im Konflikt übermächtiger und skrupelloser Gegner als unwirksam erwiesen, was die skandinavische Sicherheitspolitik und damit die des gesamten Ostseeraums nach dem Zweiten Weltkrieg stark beeinflussen sollte. Zunächst hatten die Vorfälle starken Einfluss auf die schwedische Neutralitätspolitik, die beginnen musste, Zugeständnisse zu machen, sei es im Erzhandel mit Deutschland oder bei der Unterstützung der Wehrmacht wie bei der Bereitstellung der eigenen Infrastruktur beim Transport deutscher Truppen in Norwegen über eigenes Territorium oder deutscher Truppen auf dem Weg nach Nordfinland.

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion am 22.06.1941 machte den Ostseeraum vollends zum Kriegsgebiet, da auch Finnland den Kampf gegen die SU in Form des „Fortsetzungskrieges“ wieder aufnahm. Die Eroberung des „Lebensraums im Osten“ sollte zügig auf dem Höhepunkt deutscher militärischer Erfolge vor dem für 1942 angenommenen Kriegseintritt der USA erfolgen und ging in seiner auf Vernichtung und Versklavung der östlichen Völker angelegten Programmatik mit ungeheurer Brutalität einher. Deutsche Truppen besetzten analog zur Verschiebung der Ostfront die gesamte Süd- und Ostküste der Ostsee mit Ausnahme Leningrads. Finnland hatte Ende August 1941 seine Grenzen von vor dem Moskauer Frieden 1940 erreicht⁸⁶ und hatte somit seine Kriegsziele umgesetzt, konnte allerdings auf deutschen Druck hin nicht aus dem Krieg ausscheiden, obwohl es

⁸⁵ Kirby: Baltic, S. 357.

⁸⁶ ebd., S. 362.

Feldmarschall Mannerheim gelang, die geforderte Entsendung finnischer Truppen zur Belagerung Leningrads zu verhindern⁸⁷. Wie auch Polen nach seiner Besetzung in gänzlich neue Verwaltungsbezirke aufgeteilt wurde, wurden die eroberten baltischen Sowjetrepubliken dem Reichskommissariat Ostland unterstellt. Auf diese Weise verhinderte man gezielt Bezugsmöglichkeiten auf eigenstaatliche Strukturen und damit jeden Ansatz zum erneuten Zusammenfinden baltisch-nationaler Kreise und Personen.

Mit dem Rückzug der Wehrmacht zog die Frontlinie wieder die Ostseeküste entlang, die Verwüstungen nahmen zu. Finnland schloss am 19.09.1944 mit der SU einen Waffenstillstand, der es erneut in die Grenzen von 1940 verwies. Zusätzlich musste neben der Zahlung von umfangreichen Reparationen in Höhe von etwa 300 Mio. US-Dollar⁸⁸ das Petsamogebiet abgetreten⁸⁹ und der SU in Porkkala nahe Helsinki eine Marinebasis eingeräumt werden. Deutschland hatte keine Möglichkeiten gehabt, Finnland weiter im Krieg zu halten und so konnte es in diesem Waffenstillstand, dessen Bestimmungen im Frieden von Paris 1947 bestätigt wurden, eine vollständige Besetzung verhindern. So war der Zweite Weltkrieg trotz empfindlicher Zugeständnisse für Finnland glimpflich ausgegangen. Anders traf es die baltischen Staaten nach dem Wiedereinmarsch der Roten Armee 1944. Tausende Balten, allein etwa 70.000 Esten flohen vor der Ankunft der Sowjets aus Furcht vor Repressalien über die Ostsee nach Schweden und Deutschland⁹⁰. Es begannen auch sofort umfangreiche Deportationen von „Kriegsverbrechern“ und „Feinden des Volkes“⁹¹, um bestehende Widerstandsnetzwerke zu zerstören und durch grundlegende Beeinflussung der bestehenden Bevölkerungsstruktur die Geschlossenheit der baltischen Bevölkerung aufzubrechen. Die Kommunistischen Parteien des Baltikums waren von dieser „Säuberung“ auch betroffen, die Lücken wurden mit russischstämmigen Kommunisten gefüllt, um auch hier eine maximale Bindung an Moskau zu erreichen⁹². Die baltischen Sowjetrepubliken wurden wiederhergestellt.

In Folge der deutschen Kapitulation 1945 wurde wie ganz Mittel- und Mitteleuropa auch die Südküste der Ostsee vollkommen neu geordnet. Die baltischen Staaten waren als Sowjetrepubliken wieder ein Teil der SU. Das Gebiet um das ostpreußische Königsberg wurde als Oblast Kaliningrad der Sowjetrepublik Russland zugeteilt und befand sich daher

⁸⁷ ebd., S. 363.

⁸⁸ Putensen, Gregor: Außen- und Sicherheitspolitik der Staaten Nordeuropas von 1945- 1990. Ein Überblick. Hamburg 1994, S. 47.

⁸⁹ Das Petsamogebiet befindet sich im hohen Norden an der Barentssee und der Norwegischen Grenze und ist strategisch, wegen Kupfer-Nickel-Vorkommen und wegen dem eisfreien Petsamo-Fjord bedeutsam.

⁹⁰ Rannut, Mart: Linguistic Policy in Estonia. In: Meissner, Boris; Loeber, Dietrich A.; Hasselblatt, Cornelius (Hrsg.): Die Außenpolitik der Baltischen Staaten und die internationalen Beziehungen im Ostseeraum. Hamburg 1994, S. 67- 86, S. 68.

⁹¹ Kirby: Baltic, S. 409.

⁹² ebd., S. 410.

auch in der SU. Ein westverschobenes, vollkommen neues Polen entstand und Deutschlands Ostgrenze wurde auf die Oder-Neiße-Linie festgelegt. Deutschland selbst war in Besatzungszonen aufgeteilt, von denen die sowjetische und die britische Zugang zur Ostsee hatten. Umfassende erzwungene Bevölkerungsbewegungen folgten diesen Entscheidungen, die auch im Ostseeraum durch die Verschiebung ganzer Bevölkerungsgruppen nationales Leben an Stellen auslöschten und anderes an derselben Stelle wieder aufbauten, wie es zum Beispiel im vormals deutschen Ostpommern und Ostpreußen der Fall war, aus dem die deutsche Bevölkerung ausgesiedelt und in dem polnische Bevölkerung und im ostpreußischen Fall auch russische Bevölkerung angesiedelt wurde. Diese Vorgänge veränderten nicht nur sehr nachhaltig das Gesicht des südlichen Ostseeraums, sie beeinflussten auch langfristig die bilaterale Politik der betroffenen Staaten.

Neben den ungeheuren Verwüstungen und dem Leid, das der Zweite Weltkrieg verursachte, entstand in seiner Folge auch eine umfassende territoriale Neugliederung, womit sich eine Verschiebung der Einflussphären verband. Deutscher Einfluss im Ostseeraum war durch die Abtrennung der Ostgebiete und die alliierte Besetzung zunächst nahezu ausgeschaltet. Die SU hatte ihren Machtbereich ungemein ausgedehnt, einerseits durch die endgültige Besetzung der baltischen Staaten, andererseits durch den Einfluss, den sie sich in den mittelosteuropäischen Staaten und im von ihr besetzten Teil Deutschlands zu sichern wusste. Sie schuf sich einen *Cordon sanitaire* aus sozialistisch regierten Satellitenstaaten, was für den Ostseeraum bedeutete, dass die Staaten der gesamten Ost- und Südküste sowjetisch kontrolliert waren. Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus gab es also für sie wiederum kein Selbstbestimmungsrecht.

Außerdem war im Zweiten Weltkrieg durch die deutsche Besetzung Norwegens und Dänemarks das Konzept der skandinavischen Neutralität stark in Frage gestellt worden. Dies war für die betroffenen Staaten umso beunruhigender, als sich mit der SU durch die Ausdehnung ihres Einflussbereichs nach Südosten die Möglichkeit einer neuen expansiven Bedrohung erhob. Zudem wurde durch eine fortschreitende Interessendivergenz im Lager der Alliierten ein Gegensatz der ideologischen Richtungen und damit eine Aufteilung Europas immer wahrscheinlicher.

2.4 Der Kalte Krieg im Ostseeraum 1945 bis 1989

2.4.1 Die Entstehung der Nachkriegsordnung im Ostseeraum

Die SU war also nach dem Ende des Krieges die neue Großmacht im Ostseeraum. Ihren Anspruch hatte sie auch militärisch gezeigt. Nicht nur, dass sie in Deutschland Teile des später britischen Sektors eroberte und sich erst später aus ihnen zurückzog, sie hatte auch nordnorwegische und mit Bornholm auch dänische Gebiete besetzt. Beunruhigend wirkte, dass sie sich erst im September 1945 aus Nordnorwegen und sogar erst am 05.04.1946 von Bornholm zurückzog⁹³. In ihrer Einflussosphäre begann sie dann mit einer rücksichtslosen Konsolidierung ihrer Macht.

Im Baltikum trieben Sowjetregierungen die Eingliederung der Länder in die SU voran. Die Sowjetrepublik Estland musste das Gebiet östlich des Narvaflusses an Russland abtreten⁹⁴. Die Deportationen wurden wieder aufgenommen. Nicht nur, dass Schweden die vor dem Einmarsch der Roten Armee geflüchteten Balten ausliefern musste⁹⁵, vom 20.-27.03.1949 folgte eine erneute Deportationswelle, in denen aus Estland 60.000, aus Lettland 50.000 und aus Litauen 40.000 Personen deportiert wurden, denen aus Litauen im Sommer noch einmal 40.000 folgten. Die baltischen Staaten verloren in diesen acht Tagen 3% ihrer Einwohnerschaft⁹⁶. Die Bevölkerung nahm allerdings diese gewaltsamen Eingriffe nicht widerstandslos hin. Schon während des Einmarschs der Roten Armee 1944 hatten sich militärische Widerstandsgruppen gebildet, die als Partisanen lange Zeit gegen sowjetische Truppen kämpften. Sie stellten etwa 1% der Bevölkerung dar, 1946 waren es in Estland etwa 10.000, in Lettland 20.000 und in Litauen 30.000 Personen. Sie zogen sich in die Wälder zurück, woher sie den Namen „Waldbrüder“ erhielten. Internationale Hilfe wurde ihnen nicht zuteil, aber sie erhielten Unterstützung durch die Bauernschaft, solange diese noch nicht kollektiviert war⁹⁷. Sie konnten sich bis weit in die 1950er Jahre verteidigen, in Litauen allein musste die Sowjetmacht zeitweise die dreifache Überlegenheit von 100.000 Mann aufwenden. Die Niederschlagung der Aufstände in der DDR 1953 und Ungarn 1956 beendeten auch den Widerstand im Baltikum endgültig⁹⁸. Hiermit einher ging die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, die mit der Beseitigung der Land besitzenden Bauernschaft auch die sozialen,

⁹³ Hillgruber, Andreas: Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit 1945-1963. (Oldenbourg. Grundriss der Geschichte, Bd. 18) München 1993, S. 23f.

⁹⁴ Schmidt, Thomas: Die Außenpolitik der baltischen Staaten. Im Spannungsfeld zwischen Ost und West. Wiesbaden 2003, S. 58.

⁹⁵ Kirby: Baltic, S. 373.

⁹⁶ Schmidt, Alexander: Geschichte des Baltikums. Von den alten Göttern bis zur Gegenwart. München 2000, S. 335.

⁹⁷ ebd., S. 333.

⁹⁸ ebd., S. 332f.

ökonomischen und ideologischen Grundfesten der ehemals unabhängigen baltischen Republiken zerstörte⁹⁹. Im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs waren die baltischen Staaten also von der deutschen Besatzung wieder befreit worden, dafür war aber die völkerrechtswidrige Inkorporation in die SU ohne internationale Gegenmaßnahmen wiederhergestellt worden.

In Polen, das durch seine neuen Grenzen ein für den Ostseeraum bedeutender Anrainer wurde, sicherte sich die SU durch den Abschluss eines Freundschafts- und Beistandsvertrags am 21.04.1945 einen starken Einfluss. In der Folge wurden die politischen Parteien zur Beschränkung ihrer Handlungsfreiheit in einem „Demokratischen Block“ unter Führung der polnischen kommunistischen Partei zusammengefasst. Letztere gewann die Wahlen 1947 und es begann die Transformation zur Volksrepublik, auch durch die Einrichtung einer Planwirtschaft. Umfangreiche Säuberungen der Kommunistischen Partei begannen nach dem Ausschluss Jugoslawiens aus dem „Sozialistischen Lager“ 1948.

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) ließ die sowjetische Militäradministration in Deutschland im Sommer 1945 die Bildung eines Blocksystems politischer Parteien zu, das neben der KPD und SPD auch aus CDU und der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD)¹⁰⁰ bestand. Im April 1946 kam es dann zur Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), welche das linke Lager gänzlich auf die Moskauer Linie festlegte. Es folgte eine tief greifende Umstrukturierung von Gesellschaft und Wirtschaft nach sowjetischem Muster. Vor dem Hintergrund des sich immer weiter verschärfenden Gegensatzes der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition wurden in der SBZ wie auch im westlichen Teil Deutschlands eigene staatliche Organe gebildet, deren Existenz die Zweistaatlichkeit in Deutschland ab 1949 ermöglichte.

So gelang es der SU in den von ihr militärisch besetzten Gebieten, ein System aus Satellitenstaaten aufzubauen, das als *Cordon sanitaire* gegen eine angenommene antisowjetische Bedrohung aus dem Westen dienen sollte. Ihr direkter Zugriff, der durch die militärische Präsenz ermöglicht wurde, vereinfachte das Vorgehen. Aus diesem Grund blieben sowjetische Truppen auch in der Folge in den betroffenen Ländern stationiert.

So war nun die West- und die europäische Südwestflanke der SU abgesichert und der Ostseeraum von Leningrad bis zur Trave sowjetisch kontrolliert. Im Nordwesten dagegen, also in Skandinavien, musste die Einflussnahme aufgrund fehlender militärischer Präsenz und stärkerer Interessen der Westmächte weniger direkt geschehen. Finnland war nicht besetzt worden, war aber durch den Frieden von Paris über die Reparationszahlungen und die gewährte Militärbasis Porkkala eng an die SU gebunden. Zudem gab es nach dem Zweiten

⁹⁹ Kirby: Baltic, S. 412.

¹⁰⁰ Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Christlich Demokratische Union (CDU), Liberaldemokratische Partei Deutschlands (LDPD).

Weltkrieg eine starke kommunistische Bewegung in Finnland, die von der SU unterstützt wurde und damit eine innere Bedrohung für die finnische Eigenständigkeit darstellte¹⁰¹. Eine äußere Bedrohung stellte die Rote Armee dar, die vor der finnischen Grenze aufgestellt war. Allerdings hielt man sich hier zurück, aus Sorge, eine militärische Intervention würde Restskandinavien endgültig in den westlichen Block treiben¹⁰². In dieser Situation schlug die SU am 23.02.1948 Verhandlungen über einen Freundschafts- und Beistandspakt vor, ein Schritt, der ihr auch in den neuen Satellitenstaaten den ersten Einfluss gesichert hatte. Für Finnland kam dies nicht unerwartet, denn schon ab 1945 hatten Andrej Alexandrowitsch Schdanow, der auch die Annexion der baltischen Staaten 1940 vorbereitet hatte, Mannerheim und Paasikivi, dessen Nachfolger, ein solches Dokument erörtert¹⁰³. Der Abschluss dieses Pakts am 06.04.1948 zeigte deutlich die Erfolge des sowjetischen Drucks. Finnland verzichtete hierin auf den Beitritt zu westlichen Bündnissen und wurde verpflichtet, gegen jede gegen die SU gerichtete Invasion seines Territoriums militärisch vorzugehen¹⁰⁴. In diesen Bestimmungen lag aber auch ein großer Erfolg finnischer Diplomatie, denn es gelang, eine Verpflichtung Finnlands zur Stellung von Truppen für die SU außerhalb des eigenen Territoriums und eine Berechtigung der SU, ohne Erlaubnis in Finnland einzumarschieren, zu verhindern¹⁰⁵. Insofern war Finnland nur zur Verteidigung des eigenen Territoriums verpflichtet und hatte dabei auch Hilfe durch die SU. Es war also durch Zugeständnisse gelungen, sich einer direkten sowjetischen Einflussnahme zu entziehen, wenn auch eine recht weitreichende Anbindung an die SU nicht zu verhindern war. Diese und die damit verbundene Möglichkeit einer Verschärfung der sowjetischen Politik gegenüber Finnland ließen in der finnischen Politik eine transparente, freundschaftliche Haltung gegenüber der SU kanonisch werden, die Finnland immerhin eine gewisse Beweglichkeit sicherte. Andererseits war es der SU auch hier gelungen, ein Land durch militärischen Druck zur Wahrung der eigenen Sicherheitsinteressen in Abhängigkeit zu bringen. Durch eine vorsichtige Politik der Vertrauensbildung konnte sich Finnland im Laufe der Zeit immer freier bewegen, ein Zeichen hierfür war die vorzeitige Rückgabe der 1944 für 50 Jahre gepachteten Marinebasis Porkkala im Jahre 1956¹⁰⁶.

¹⁰¹ Froese, Wolfgang: Geschichte der Ostsee. Völker und Staaten am Baltischen Meer. Gernsbach 2002, S. 455
Ab den Wahlen 1948 war die Kommunistische Partei allerdings nicht mehr an der Regierungsbildung beteiligt.
(ebd., S. 457).

¹⁰² Fitzmaurice: Baltic, S. 63.

¹⁰³ Kirby: Baltic, S. 374.

¹⁰⁴ ebd., S. 374.

¹⁰⁵ Singleton, Fred: A short history of Finland. Cambridge 1999, S. 139.

¹⁰⁶ Hillgruber: Europa, S. 71
Singleton: Finland, S. 137.

Diese Einflussnahme der SU im Ostseeraum beunruhigte naturgemäß die anderen Anrainer, umso mehr, als dass sich norwegische Ängste verdichteten, selbst auch zu einem solchen Beistandsabkommen gezwungen zu werden¹⁰⁷. In der Reaktion der skandinavischen Staaten spiegelten sich nun ihre Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg wieder. So stellte der norwegische Außenminister Halvard Lange in einem Vortrag im April 1948 unter dem Eindruck der Geschehnisse in Finnland die norwegische Neutralität und die skandinavische Zusammenarbeit in Sicherheitsbelangen in Frage, indem er die Interessen der skandinavischen Länder für zu unterschiedlich für eine gemeinsame Sicherheitslösung bezeichnete¹⁰⁸. Die Erfahrung der deutschen Besatzung beförderten das Streben Norwegens nach einer Westintegration, um sowjetischen Interventionen zuvorzukommen. Schweden dagegen wollte auch durch seine guten Erfahrungen mit einer, wenn auch nicht strikt eingehaltenen, Neutralität im Zweiten Weltkrieg in der aufziehenden Blockkonfrontation neutral bleiben und ein Abdriften Norwegens und Dänemarks ins westliche Lager verhindern, um nicht allein zurückzubleiben. So begannen noch im Mai 1948 auf die Initiative des schwedischen Außenministers Östen Undén hin Gespräche zu einem nordischen Verteidigungsbündnis¹⁰⁹. Diese Verhandlungen scheiterten bald aus unterschiedlichen Gründen. Zum einen waren dies die unterschiedlichen Erfahrungen, welche die skandinavischen Staaten in der jüngsten Geschichte gemacht hatten, woraus unterschiedliche Sicherheitsinteressen resultierten. Zum anderen waren es unterschiedliche Voraussetzungen der Staaten selbst. Schweden hatte seine Armee stark aufrüsten können und besaß 1948-49 sogar eine größere Luftflotte als Frankreich¹¹⁰, war also durchaus in der Lage, das eigene Territorium wirkungsvoll zu verteidigen. Dies war bei Norwegen und Dänemark nicht der Fall. Ein Militärbündnis hätte also nicht auf Gleichberechtigung beruhen können. Der wichtigste Faktor war jedoch der Wunsch Norwegens und Dänemarks nach Westintegration, um ein Maximum an Sicherheit erhalten zu können. Da Schweden die Anlehnung des nordischen Verteidigungsbündnisses an die westliche Allianz ablehnte, konnte auch hier kein Konsens erzeugt werden¹¹¹. Hinzu kam, dass der Westen die Bedeutung eines skandinavischen Verteidigungsbündnisses gering einschätzte¹¹² und selbst ein großes Interesse an der Sicherheit der beiden strategisch wichtigen Länder hatte, denn so konnten die Ostseezugänge kontrolliert und verhindert werden, dass die Ostsee zu einem sowjetischen *mare clausum* wurde.

¹⁰⁷ Fitzmaurice: Baltic, S. 65.

¹⁰⁸ Putensen: Außen- und Sicherheitspolitik, S. 52.

¹⁰⁹ ebd., S. 52.

¹¹⁰ Brundtland, Arne Olav: Nordic Security at the End of the Cold War. Old Legacies and New Challenges. In: Ders., Snider, Don M. (Hrsg.): Nordic- Baltic Security. An International Perspective. Oslo, Washington 1994, S. 1- 30, S. 6.

¹¹¹ Fitzmaurice: Baltic, S. 65.

¹¹² Kirby: Baltic, S. 376.

So wurden Norwegen und Dänemark Gründungsmitglieder der am 09.04.1949 gegründeten North Atlantic Treaty Organization (NATO), wenn sie auch aus Rücksicht auf sowjetische Sicherheitsinteressen und zur Vermeidung einer Provokation eine Minimalintegration wählten. Beide Staaten schlossen die Stationierung fremder Truppen auf ihrem Territorium außer unter Bedrohung aus¹¹³ und Norwegen untersagte alle Manöver in den östlichen Teilen der Provinz Finnmark östlich des 24. Längengrads, während Dänemark Bornholm von Manövern ausschloss und sich verpflichtete, an keinen Manövern östlich Bornholms teilzunehmen. Beide Staaten gaben so den Sicherheitsinteressen der SU eine gewisse Legitimität¹¹⁴. Depots mit NATO-Material wurden allerdings angelegt¹¹⁵.

Auf diese Weise entstand in den 1950er Jahren im Ostseeraum das Konzept des Nordischen Gleichgewichts, das sich in den 1960er Jahren etabliert hat¹¹⁶. Grundbedingungen waren die Prämissen, dass kein nordischer Staat einen anderen zu fürchten habe, dass also eine Aggression immer von außen, also aus dem Ost-West-Konflikt resultierend, kommen musste und dass andere, nicht-nordische Staaten zunehmend Interesse an der Stabilität dieser Region bekamen und diese nicht störten. Das Gleichgewicht basierte auf der Annahme einer statischen, strategisch motivierten militärischen Bedrohung durch die SU, die allerdings defensiv angelegt war. Sie diente also nicht dem aggressiven Export des Kommunismus mit militärischen Mitteln, sondern der Abschreckung des Westens durch eine militärische Drohkulisse. Diese defensive Ausrichtung schloss aber die Möglichkeit von Präventivschlägen nicht aus, so dass Provokationen zu vermeiden waren, wie die Selbstrestriktionen Norwegens und Dänemarks hinsichtlich ihrer NATO-Mitgliedschaft zeigen¹¹⁷.

Nachdem die Bundesrepublik Deutschland am 05.05.1955 der NATO beigetreten war, wurde am 14.05.1955 als östliches Militärbündnis der schon länger vorbereitete Warschauer Pakt geschlossen, der im Ostseeraum die DDR, Polen und die SU verband. Die Nachkriegsordnung des Ostseeraums wurde durch die so entstandene Blockkonfrontation zementiert. Der Warschauer Pakt kontrollierte die Ost- und Südküste der Ostsee, Schweden hielt sich neutral und die Bundesrepublik Deutschland sowie Dänemark und Schweden gehörten der NATO an. Allerdings gelang es über das Nordische Gleichgewicht, die Blockkonfrontation im Ostseeraum nie eskalieren zu lassen, Zwischenfälle wie das Strandern sowjetischer U-Boote an der schwedischen Küste oder die finnische Notenkrise wurden schnell geklärt. Letztere war

¹¹³ Brundtland: Security, S. 7.

¹¹⁴ Putensen: Außen- und Sicherheitspolitik, S. 67.

¹¹⁵ Krohn, Axel: Eine neue Sicherheitspolitik für den Ostseeraum. Perspektiven regionaler Rüstungskontrolle und Zusammenarbeit. (Kieler Beiträge zur Politik und Sozialwissenschaft, Bd. 7) Opladen 1993, S. 71f.

¹¹⁶ Brundtland: Security, S. 2.

¹¹⁷ ebd., S. 2f..

die sowjetische Reaktion auf die Gründung des NATO-Unterkommandos *Baltic Approaches*, das Dänemark und die Bundesrepublik Deutschland zur Überwachung der Ostseezugänge zusammenfasste¹¹⁸. Finnland erhielt daraufhin im Oktober 1961 ein Dokument, das militärische Konsultationen ankündigte, die nach dem finnisch-sowjetischen Vertrag von 1948 die Stationierung sowjetischer Truppen in Finnland bedeutet hätten. Der finnischen Regierung gelang es allerdings auf dem Verhandlungsweg, dies zu vermeiden. Unterstützt wurde sie hierbei durch Norwegen, das drohte, seine Politik der Nichtstationierung von NATO-Truppen und NATO-Atomwaffen aufzugeben¹¹⁹. Das norwegische Vorgehen zeigt einerseits die Solidarität der skandinavischen Staaten untereinander, andererseits die Verflochtenheit der Sicherheitsinteressen, die alle Beteiligten zur Aufrechterhaltung des Nordischen Gleichgewichts motivierte. Ein weiteres Beispiel hierfür war die finnische Intervention 1977 gegen norwegische Erwägungen zur Aufhebung des Verbots für die deutsche Bundeswehr, an gemeinsamen Manövern teilzunehmen. Finnland wies auf mögliche Konsequenzen hin, die die SU ergreifen könnte und Norwegen blieb bei dem Verbot¹²⁰. Auf diese Weise konnten schwerwiegende Eskalationen im Ostseeraum vermieden werden.

Dennoch verlief die Grenze zwischen den beiden Kontrahenten des Kalten Krieges mitten durch den vorher so vernetzten Ostseeraum und trennte ihn auch jenseits der militärischen Zugehörigkeit.

Die ideologischen Ausrichtungen der Kontrahenten führten nicht nur zu einem militärischen Gegensatz, sondern hatten Auswirkungen in allen Lebensbereichen, vor allem denen der politischen Kultur und der Wirtschaft. Im Westen wurden Demokratie und Rechtsstaat, Menschenrechte und Bürgerfreiheiten zu den politischen Leitwerten und ihre Umsetzung in die Realität verfolgt, im sowjetischen Einflussbereich waren mit sowjetischer Unterstützung moskaufreundliche und –hörige Regierungen an die Macht gekommen, die nicht durch freie Wahlen legitimiert waren. Zu ihrer Machterhaltung schränkten sie die Handlungsmöglichkeiten oppositioneller Parteien durch Blockbildung ein, manipulierten Presse- und Meinungsfreiheit, unterließen die Schaffung einer unabhängigen Justiz, schufen Geheimdienste zur Überwachung und Unterdrückung von Dissidenten. Artikulationen der Unzufriedenheit wie der 17. Juni 1953 in der DDR, der ungarische Aufstand 1956 oder der „Prager Frühling“ 1968 wurden gewaltsam mit dem Militärpotential des Warschauer Pakts unter sowjetischer Führung niedergeschlagen.

Mit dieser Umbildung der politischen Kultur nach sowjetischem Vorbild ging eine ebensolche Transformation der Wirtschaft zur Planwirtschaft einher, Betriebe und Landbesitz wurden

¹¹⁸ Putensen: Außen- und Sicherheitspolitik, S. 65.

¹¹⁹ Krohn: Sicherheitspolitik, S. 23.

¹²⁰ ebd., S. 24.

zwangskollektiviert und staatseigen, während die westlichen Staaten sich dem Prinzip der Marktwirtschaft verschrieben. Auch die Handelswege, die vorher die Ostsee in allen Richtungen überquerten, veränderten sich. Für die Warschauer-Pakt-Staaten wurde die Sowjetunion der wichtigste Handelspartner, die neutralen und westlichen Staaten handelten ihrerseits vor allem unter sich. Diese wirtschaftliche Teilung des Kontinents zeigte sich erstmals deutlich bei der Umsetzung des *European Recovery Programmes*, des Marshallplans, ab 1947, der Finanzhilfen der USA an Westeuropa beinhaltete und an dem die Staaten der sowjetischen Einflussphäre auf eine Weisung der SU nicht teilnehmen durften. Hier wurde die Grundlage für den raschen wirtschaftlichen Aufschwung Westeuropas nach dem Krieg gelegt, an dem der Osten nicht teilhatte. Zur Umsetzung des Marshallplans bildete sich mit der *Organization for European Economic Cooperation* (OEEC) am 16.04.1948 ein erstes westliches Wirtschaftsorgan, aus dem später die *Organization for Economic Cooperation and Development* (OECD) wurde. Überhaupt fand der mit der Europäischen Gesellschaft für Kohle und Stahl beginnende europäische Einigungsprozess im westlichen Teil Europas statt, die Wirtschaften hier integrierten sich immer mehr.

Die Warschauer-Pakt-Staaten waren von diesen Entwicklungen isoliert, hier wurde 1949 als Gegenstück zur OEEC der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe gegründet, der eine Abstimmung und Integration der kommunistischen Planwirtschaften beabsichtigte. Dies bewirkte auch eine Arbeitsteilung zwischen den Staaten bezüglich einzelner Industriezweige. Finnland war aufgrund seines speziellen Status¹²¹ das einzige Land, das wirtschaftlich in östliche und westliche Wirtschaftssysteme integriert wurde. 1950 hatte es einen Handelsvertrag mit der SU abgeschlossen und wurde in der Folge zu einem wichtigen Stahlversorger der SU, während es von ihr wichtige Energielieferungen erhielt. 1961 wurde Finnland der *European Free Trade Association* (EFTA) assoziiert, da eine Mitgliedschaft seine Verpflichtung, westlichen Bündnissen fernzubleiben, verletzt hätte. 1973 kam es zu einem Handelsabkommen Finnlands mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, nachdem es im selben Jahr schon einen Vertrag mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe abgeschlossen hatte¹²¹. Finnland befand sich also politisch wie auch wirtschaftlich in einer Mittlerrolle zwischen den Blöcken im Ostseeraum.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Ostseeraum in Folge der Blockkonfrontation des Kalten Krieges getrennt. Die SU konnte die Süd- und Ostküste der Ostsee unter ihre Kontrolle bringen, während Schweden neutral blieb und die NATO mit der Bundesrepublik Deutschland, Dänemark und Norwegen die Ostseezugänge kontrollierte. Durch das vorsichtig gewährte Nordische Gleichgewicht konnte eine Eskalation der Blockkonfrontation verhindert

¹²¹ Singleton: Finland, S. 149f.

werden. Dennoch gingen die Ostseestaaten sehr unterschiedliche Wege, was neben den geographisch-militärischen Grenzen auch andere Trennlinien in den Bereichen politische Kultur, Bürgerrechte, Wirtschaft, Wohlstand wie auch anderen Lebensbereichen zog. Der einst recht homogene Kooperationsraum Ostsee war durch den Eisernen Vorhang getrennt worden und begann, immer mehr auseinanderzudriften.

Eine subregionale Ausnahme stellten die Kooperationsorgane der skandinavischen Länder dar. Dänemark, Island, Norwegen und Schweden hatten 1952 mit dem Nordischen Rat eine gemeinsame Organisation geschaffen, in der Vertreter ihrer Parlamente gemeinsame Themen erörterten. Finnland hatte sich durch seine vertrauensbildende Politik gegenüber der SU soweit emanzipiert, dass es sich 1955 dem Nordischen Rat anschließen konnte, die autonomen Gebiete Grönland und Åland erhielten 1970 Sitze im Nordischen Rat¹²². Der Rat wurde als ein parlamentarisches Organ ohne supranationale oder exekutive Rechte gegründet, seine Treffen wurden jährlich abgehalten. Seine Beschlüsse hatten also lediglich empfehlende Natur, trotzdem entstand aus ihnen eine starke integrative Wirkung. So wurde schon 1952 Passfreiheit zwischen den damaligen Mitgliedern vereinbart, die 1958 auf Finnland ausgeweitet wurde. 1954 wurde ein gemeinsamer skandinavischer Arbeitsmarkt eingerichtet, 1955 folgte die Vereinbarung, dass skandinavische Bürger außerhalb ihres Mutterlandes in dem skandinavischen Staat Anspruch auf Sozialleistungen haben, in dem sie sich gerade befinden¹²³. 1971 wurde der Nordische Ministerrat geschaffen, ein intergouvernementales Gremium derselben Staaten, das der Vor- und Nachbehandlung der Sitzungen des Nordischen Rats dient und die Koordinierung der Arbeit der nordischen Kooperationsprogramme übernimmt¹²⁴.

Dem skandinavischen Raum gelang es also unabhängig von der unterschiedlichen Zugehörigkeit der Staaten zu den Sphären des Kalten Krieges, kooperative Gremien aufzubauen und zu erhalten, die integrative Prozesse initiierten. Charakteristisch war es hierbei, über wenig institutionalisierte Gremien vorzugehen, die dadurch umso flexibler waren. Für die Umsetzung der Beschlüsse sorgte nicht deren Gesetzeskraft, sondern das gemeinsame Interesse der Akteure an der Sache, die diese dann national umsetzten. Diese Entwicklungen blieben allerdings auf die skandinavischen Länder beschränkt, der Ostseeraum als Ganzes verharrte parallel zu diesen Entwicklungen in seiner Teilung.

¹²² Dey, Reinhold: „Eine stärkere Koordinierung der Gremien wäre zu begrüßen“ Gespräch mit Pär Stenbäck, Generalsekretär des Nordischen Ministerrates. In: Ostseeengesellschaft (Hrsg.): *Mare Balticum*. Lübeck 1993, S. 132-133, S. 132.

¹²³ Froese: *Ostsee*, S. 459.

¹²⁴ Dey: *Eine stärkere Koordinierung*, S. 132.

2.4.2 Das Ende des Kalten Krieges im Ostseeraum

Da hier das Geschehen im Ostseeraum im Mittelpunkt steht, können die europa- und weltweiten Entwicklungen, die zum letztlich recht plötzlichen Ende des Kalten Krieges führten, hier nur skizziert werden.

Zum einen waren dies die Entwicklung eines politischen Dialogs und der Aufbau gegenseitigen Vertrauens, was mit der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) am 01.08.1975 in Helsinki zur vollen Entfaltung kam. Diese Konferenz versammelte alle europäischen Staaten außer Albanien sowie die USA und Kanada und unternahm, gestützt auf einen Prinzipienkatalog, der den gegenseitigen Umgang und die grundlegenden Werte festlegte, vertrauensbildende Maßnahmen in militärischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen, technischen, umweltpolitischen und anderen Bereichen. Dieser institutionalisierte Austausch trug entscheidend zu einer Entspannung und der Normalisierung der Beziehungen zwischen Ost und West bei.

Ausschlaggebend war jedoch, dass die SU in den beginnenden 1980er Jahren wirtschaftlich immer weniger in der Lage war, im Wettrüsten mit den USA Schritt zu halten¹²⁵. Die überproportionale Rüstung hatte den Lebensstandard im Land gedrückt, die ökonomische Situation verschlechterte sich weiter. Dazu kam, dass der Afghanistan-Krieg die SU nicht nur außenpolitisch isoliert, sondern auch im Inneren eine Krise verursacht hatte, zu deren Bewältigung die Konzepte fehlten. Die Wahl Michael Gorbatschows im März 1985 zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) brachte einen Generationswechsel in der sowjetischen Führungsspitze mit sich und seine Politik der Perestroika, der Reformen unter Aufrechterhaltung der Führungsrolle der KPdSU waren unter dem Schlagwort *Glasnost*, Öffentlichkeit, von Lockerung der Beschränkungen der Meinungsfreiheit, zunehmender Transparenz der Entscheidungen und einer wachsenden öffentlichen Diskussion begleitet.

Gegen den wirtschaftlichen Niedergang gab es allerdings keine Erfolge und eine Versorgungskrise verschärfte sich dermaßen, dass seit 1989 in immer mehr Regionen und Städten der SU die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und alltäglichen Konsumgütern nicht mehr gesichert war und die Inflation wuchs¹²⁶. Diese innere Destabilisierung hatte außenpolitisch zur Folge, dass der Hegemonialanspruch in immer mehr Bereichen der Welt

¹²⁵ Ferdowski, Mir A.: Das Ende des Kalten Krieges und der Zerfall des Sowjetimperiums. Eine retrospektive Betrachtung. In: Ders. (Hrsg.): Die Welt der 90er Jahre. Das Ende der Illusionen. Bonn 1995, S. 11-22, S. 11.

¹²⁶ ebd., S. 14.

aufgegeben werden musste und so die KSZE-Staaten in der Charta von Paris vom 21.11.1990 den Kalten Krieg für beendet erklären konnten¹²⁷.

Im Zuge dieser Entwicklungen kam auch im für Jahrzehnte ruhigen Ostseeraum Bewegung auf. In den baltischen Sowjetrepubliken formierte sich der Unwille gegen das moskaugesteuerte Sowjetregime. Die ersten Proteste betrafen den Umweltschutz, da dieser unpolitisch und Widerstand daher weniger gefährlich war. Das Reaktorunglück von Tschernobyl 1986 hatte hier die Aufmerksamkeit der Bevölkerung geweckt und so kam es in der Sozialistischen Sowjetrepublik (SSR) Lettland nach einem kritischen Zeitungsartikel über ein geplantes Wasserkraftwerk in Plavinas im Oktober 1986 zu Unterschriftensammlungen, an denen sich über 30.000 Personen beteiligten. Daraufhin wurde am 07.11.1987 das Projekt eingestellt¹²⁸. Im Oktober war schon in der Estnischen SSR ein Vorhaben zum Bau neuer Phosphorminen am Widerstand der Bevölkerung gescheitert. Die Erfolge ermunterten dazu, den Widerstand auch in anderen Lebensbereichen zu wagen. So wurde die Opposition immer lauter, zunächst ohne dass von staatlicher Seite Gegenmaßnahmen ergriffen wurden. In der Lettischen SSR kam es im Juni, August und November zu Massendemonstrationen zu Feiertagen der vorsowjetischen Geschichte des Landes, bei denen auch immer mehr nationale Symbole, obwohl verboten, gezeigt wurden und Zwischenfälle zwischen der Polizei und den Demonstranten auftraten¹²⁹. 1988 wurde die Estnische SSR das Zentrum der baltischen Widerstandsbewegung, deren Rufe nach Autonomie immer lauter wurden. Am 02.02.1988 kam es bei einer Demonstration in Tartu anlässlich des Friedensvertrags von Tartu 1920 zu gewaltsamen Übergriffen auf die Demonstranten, die die letzten dieser Art sein sollten. Es wurde klar, dass sich die Bewegung so nicht mehr unterdrücken lassen würde¹³⁰. Am 02.10.1988 wurde dann die estnische Volksfront *Rahvarinne* gegründet, an der auch national gesinnte Kommunisten teilnahmen und die eine Selbstverwaltung der Republik, eine Legalisierung der Privatwirtschaft, eine Kontrolle der Immigration und Umweltschutz zum Ziel hatten. Am 08.10.1988 folgte nach estnischem Beispiel in Lettland die *Tautas fronte*, in Litauen am 22.10. die *Sajudis*¹³¹.

Um die Volksfronten nicht aus dem Ruder laufen zu lassen, erfolgte am 16.11.1988 durch den Obersten Sowjet der Estnischen SSR die Souveränitätserklärung der Estnischen SSR. Die

¹²⁷ ebd., S. 11.

¹²⁸ Misiunas: Baltic, S. 304f.

¹²⁹ ebd., 307f.

Geyer, Dietrich: Der Zerfall des Sowjetimperiums und die Renaissance der Nationalismen. In: Kaelble, Hartmut; Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Nationalismus- Nationalitäten- Supranationalität. (Koselleck, Reinhart; Lepsius, M. Rainer [Hrsg.]: Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 53) Stuttgart 1993, S. 156- 188, S. 172.

¹³⁰ Misiunas: Baltic, S. 313.

¹³¹ Schmidt: Baltikum, S. 345.

Unionsgesetze sollten hier nunmehr lediglich mit Zustimmung des estnischen Obersten Sowjets gelten, die Bodenschätze alleiniges Eigentum der Estnischen SSR sein¹³². Das zukünftige Verhältnis zur SU blieb zunächst offen¹³³. Neue Sprachgesetze vom 18.01.1989 machten Estnisch zur Staatssprache und verpflichteten Beamte, binnen vier Jahren zweisprachig zu sein. Trotz der Entscheidung des Obersten Sowjets der SU, der das Vorgehen für verfassungswidrig erklärte, unternahmen die Litauische und die Lettische SSR am 18.05.1989 und am 28.07.1989 ähnliche Schritte.

Unterdessen hatten am 26.03.1989 Wahlen zum Kongress der Volksdeputierten stattgefunden, die, weniger manipuliert als die vorangegangenen, in den baltischen Sowjetrepubliken eindrückliche Siege der Volksfronten brachten¹³⁴. Ein eindrucksvolles Zeichen des Widerstands und der Gemeinschaft der baltischen Völker konnte am 23.08.1989, dem sechzigsten Jahrestag des Ribbentrop-Molotow-Pakts von 1939 durch eine 600 km lange Menschenkette über Tallinn-Riga-Vilnius gesetzt werden, wenn auch die westliche Welt davon wenig Kenntnis nahm¹³⁵. Gorbatschow dagegen bezeichnete die Vorgänge im Baltikum hiernach erstmals feindlich als „nationalistische Exzesse“¹³⁶. Der fortdauernde Protest gegen dieses geheime Zusatzprotokoll vom August 1939 erreichte allerdings, dass es am 24.12.1989 vom Kongress der Volksdeputierten für von Anfang an ungültig erklärt wurde, womit indirekt auch der Besetzung der baltischen Staaten 1940 die rechtliche Grundlage entzogen wurde¹³⁷. Ende 1989 übernahm Litauen die Führung der Souveränitätsbestrebungen, zunächst, indem sich am 20.12. die litauische Kommunistische Partei unter Algirdas Brazauskas für von der KPdSU unabhängig erklärte. Am 24.02.1990 folgten dann die ersten freien Parlamentswahlen der Litauischen SSR, aus der die Volksfront Sajudis als Sieger hervorging, am 11.03.1990 proklamierte der Oberste Sowjet der Litauischen SSR die Wiederherstellung der Republik Litauen und damit die Unabhängigkeit Litauens von der SU¹³⁸. Die SU sprach dieser Erklärung die Gültigkeit ab und reagierte am 13.04.1990 mit der Drohung einer Wirtschaftsblockade, sollte die Erklärung nicht binnen 48 Stunden zurückgenommen werden. In Vilnius fuhren Panzer auf und das Gebäude der litauischen KP wurde besetzt¹³⁹. Da von litauischer Seite kein Einlenken gezeigt wurde, begann am 17.04. die Wirtschaftsblockade,

¹³² Urdze, Andrejs: Die Rückkehr der baltischen Staaten nach Europa. In: Der Bürger im Staat, Nr. 2-3, 2004, S. 102-107, S. 103.

¹³³ Schmidt: Baltikum, S. 346.

¹³⁴ Urdze: Rückkehr, S. 103.

¹³⁵ Schmidt: Baltikum, S. 347.

¹³⁶ zitiert nach: Hiden: Baltic, S. 155.

¹³⁷ Die SU hatte die Existenz des geheimen Zusatzprotokolls bis dato geleugnet, um den Schein des freiwilligen Beitritts der Baltischen Republiken zur SU zu wahren.

Garbe: Baltikum, S. 53.

¹³⁸ Hiden: Baltic, S. 158.

¹³⁹ Urdze: Rückkehr, S. 103.

die in Litauen Energieprobleme verursachte, aber auch in der SU selber zu Schwierigkeiten führte¹⁴⁰.

Die Estnische und Lettische SSR gingen wegen ihres großen Anteils an eingewanderten Russen und Bürgern anderer Sowjetrepubliken zögerlicher vor. Die SSR Estland erklärte am 30.03.1990 mit einer Übergangsperiode den Fortbestand der Republik Estland von 1918. Die Begründung dieser Argumentation sollte für die baltischen Republiken kanonisch werden: da das Geheime Zusatzprotokoll des Molotow-Ribbentrop-Pakts 1939 völkerrechtswidrig war, war dies auch die Besetzung der baltischen Staaten durch die SU 1940 und damit verloren die Wahlen 1940, durch die die Einsetzung sowjetfreundlicher Regierungen in den baltischen Staaten, die in der Folge die Aufnahme der baltischen Staaten in die SU beantragten, kaschiert wurde, jegliche Legitimation¹⁴¹. Die baltischen Staaten hatten also unter der sowjetischen Besetzung nicht aufgehört zu existieren.

Die Lettische SSR folgte, auch unter Einräumung einer Übergangsfrist, mit der Erklärung der Unabhängigkeit am 04.05.1990¹⁴². Im Juni 1990 machte Gorbatschow ein Zugeständnis, als er den baltischen Sowjetrepubliken einen speziellen Status innerhalb der SU anbot. Diese Regelung hatten sie 1988 selbst vorgeschlagen, das sowjetische Angebot kam nun aber zu spät und war angesichts der erzielten Erfolge für die Balten nicht mehr ausreichend¹⁴³, so dass dieser Vorstoß keinen Erfolg hatte und das Drängen nach Unabhängigkeit ungebremst blieb.

Die internationale Gemeinschaft sah das rasche Vorgehen der baltischen Staaten nicht ohne Sorge um den allgemeinen Entspannungsprozess, wie ein vertraulicher Brief des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl und des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand an Litauen mit dem Ersuchen um ein Aussetzen der Unabhängigkeit, um Gorbatschows Position innerhalb der SU nicht zu destabilisieren, zeigt¹⁴⁴.

Ein weiteres Zeichen für die westliche Zurückhaltung war der Erfolg Gorbatschows bei dem KSZE-Sondergipfeltreffen vom 19.-20.11.1990 in Paris, bei dem auf seine Drohung hin, andernfalls das Treffen zu verlassen, die baltischen Staaten nicht einmal als Beobachter zugelassen wurden¹⁴⁵. Der grundsätzlichen Entspannung wurde eine größere Bedeutung beigemessen als der schnellen Souveränität der baltischen Staaten. So wurde dem sowjetischen Gegendruck nichts in den Weg gestellt.

¹⁴⁰ Schmidt: Baltikum, S. 348.

¹⁴¹ Hiden: Baltic, S. 154.

¹⁴² Schmidt: Baltikum, S. 349.

¹⁴³ Hiden: Baltic, S. 164.

¹⁴⁴ Namavičius: Das deutsch-litauische Verhältnis. In: Meissner, Boris; Loeber, Dietrich A.; Hasselblatt, Cornelius (Hrsg.): Die Außenpolitik der Baltischen Staaten und die internationalen Beziehungen im Ostseeraum. Hamburg 1994, S. 287-292, S. 288.

¹⁴⁵ Schmidt: Baltikum, S. 349.

Dieser eskalierte im Januar 1991, als sich in den baltischen Staaten pro-sowjetische „Rettungskomitees“ bildeten und in Verbindung mit der SU mit militärischen Aktionen begannen¹⁴⁶. Am 13.01.1991 marschierten sowjetische Truppen in Vilnius ein und besetzten den litauischen Fernsehsender, 13 Zivilisten wurden hierbei getötet, da große Demonstrationen versuchten, sich den Truppen in den Weg zu stellen. Am 21.01. folgte die Besetzung des Innenministeriums in Riga, hier waren fünf tote Zivilisten zu beklagen¹⁴⁷. Diese Ausschreitungen, durch die Opfer schwere Rückschläge für die baltische Unabhängigkeitsbewegung, mobilisierten mehr Unterstützung für die baltischen Staaten. Internationale Proteste wurden laut, Dänemark mit seinem Außenminister Uffe Ellemann-Jensen war äußerst aktiv, schickte Protestnoten nach Moskau und wollte EG-Sanktionen gegen die SU erreichen¹⁴⁸. Auch Deutschland gab seine bisher zurückhaltende Haltung auf, Bundeskanzler Kohl betonte gegenüber Gorbatschow das Recht der Völker auf Selbstbestimmung¹⁴⁹. Aber auch in den eigenen Reihen regte sich Widerstand gegen Gorbatschows Politik. Schon am 13.01. war es zu einem kurzfristig organisierten Treffen baltischer Politiker mit Boris Jelzin, dem Präsidenten der Russischen Sowjetrepublik, gekommen. Diese Geste der Solidarität wurde vergrößert dadurch, dass sich Jelzin öffentlich für die baltische Unabhängigkeit aussprach. Es kam auch zu einer gemeinsamen Verurteilung der militärischen Übergriffe in Litauen und zur gegenseitigen Anerkennung der demokratisch gewählten Regierungen und Parlamente¹⁵⁰. Jelzin forderte alle russischen Soldaten auf, nicht auf Zivilisten zu schießen. Diese Solidarisierung in den eigenen Reihen gegen SU-Positionen stellte eine große Destabilisierung Gorbatschows dar. Auch die internationale Bereitschaft zur Unterstützung war durch die militärischen Übergriffe gewachsen. Am 22.01.1991 schon drohten die EG mit der Verlangsamung ihrer finanziellen Unterstützungsprogramme für die SU, um diese von ihrem gewaltsamen Vorgehen abzubringen¹⁵¹. Dass der militärische

¹⁴⁶ Loeber, Dietrich A.: Die Staatsverträge der baltischen Staaten mit Russland von 1920 und 1991. eine vergleichende Betrachtung. In: Die Unabhängigkeit der baltischen Länder. Geschichte-Probleme-Perspektiven. (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Ostmitteleuropa-Studien, Bd. 18). Marburg/Lahn 1993, S. 23-32, S. 23.

¹⁴⁷ Urdze: Rückkehr, S. 103.

¹⁴⁸ Saldik, Heribert: Deutsche Außenpolitik in der Ostseeregion. Global governance auf subregionaler Ebene. (Europäische Hochschulschriften. Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd. 505). Frankfurt am Main 2004, S. 26.

¹⁴⁹ Namavičius: Das deutsch-litauische Verhältnis, S. 288

Bisher hatte man in Deutschland die Entwicklungen mehr als innenpolitische Angelegenheit der SU betrachtet und wollte außerdem außenpolitisch nicht zu selbstbewusst auftreten, um den Eindruck eines Hegemoniestrebens des gerade erst vereinigten Deutschlands zu vermeiden. Dass Dänemark stark gegenüber der SU auftrat, lag also durchaus im Interesse Deutschlands.

Saldik: Ostseeregion, S. 26.

¹⁵⁰ Vares, Peeter: Yeltsin in Estonia 1991. In: Ahola, Joonas; Fröjmark, Anders; Heininen, Lassi (Hrsg.): Baltic region. Conflicts and Co-operation. Road from the past to the future. Tallinn 2001, S. 467.

¹⁵¹ Arnswald, Sven: The Politics of Integrating the Baltic States into the EU: Phases and Instruments. In: Jopp, Mathias, Arnswald, Sven (Hrsg.): The European Union and the Baltic States. Visions, interests and strategies for

Eingriff wirkungslos war, zeigte sich spätestens in den Referenden der baltischen Staaten über ihre Unabhängigkeit, in denen die überwältigende Mehrheit, auch viele eingewanderte Russen und Ukrainer, für die Unabhängigkeit stimmte¹⁵².

Gorbatschow erklärte die Referenden zwar umgehend für ungültig, dennoch erkannte Island als erstes westliches Land Litauen schon am 11.02.1991 trotz sowjetischer Proteste für unabhängig an. Einen endgültigen Durchbruch brachte der Putschversuch in Moskau vom 19.-21.08.1991, der die Zentralgewalt stark schwächte. Estland und Lettland nutzten die Gelegenheit und erklärten am 20. und 21.08. die Übergangsperiode zur Unabhängigkeit für beendet, die Sowjetrepublik Russland erkannte am 24.08. die baltischen Staaten an, Island nahm am 25.08. diplomatische Beziehungen auf, gefolgt von Dänemark, Schweden, Deutschland und anderen¹⁵³. Am 06.09.1991 musste Gorbatschow für die SU die Unabhängigkeit der baltischen Staaten anerkennen, am 10.09. wurden diese als vollberechtigte Mitglieder in die KSZE und am 17.09. in die *United Nations Organization* (UNO) aufgenommen¹⁵⁴.

Diese Entwicklungen waren wie auch die Vereinigung der deutschen Staaten 1990 genauso Zeichen einer sich vergrößernden innen- und außenpolitischen Krise der SU, die ihren Anspruch auf Einflussbereiche immer weniger durchsetzen konnte. Durch die allgemeine Entspannung des Blockgegensatzes ermöglicht, kam es am 12.09.1990 zu dem „Vertrag über die abschließenden Regelungen in Bezug auf Deutschland“, dem so genannten 2+4-Vertrag, durch den Deutschland zum 01.10.1990 seine volle staatsrechtliche Souveränität wiedererlangte¹⁵⁵. Am 03.10.1990 kam es zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des Grundgesetzes.

Als auch Finnland offiziell seine Bindung durch die einseitige Auflösung des Freundschafts- und Beistandsvertrags von 1948 mit der SU im Januar 1990 beendete, war der sowjetische Einfluss in diesem Gebiet längst schon ausgehöhlt. Im Herbst 1991 kam es dann zu Verhandlungen über neue gegenseitige Beziehungen, aus denen ein Vertrag guter Nachbarschaft entstand, der keine Beschränkungen der finnischen außenpolitischen Autonomie mehr enthielt¹⁵⁶.

Die Krise der SU hatte in ihrer Ausweglosigkeit und in der Schwächung der Zentrale nicht nur ihren Einfluss nach außen beschnitten, was auch die Auflösung des Warschauer Pakts

the Baltic Sea region. (Programme on the Northern dimension of the CFSP, Bd. 2) Helsinki [u.a.] 1998, S. 19-100, S. 39.

¹⁵² Litauen stimmte am 9.2.1991 ab, Estland und Lettland folgten am 3.3.1991.

Schmidt: Baltikum, S. 350.

¹⁵³ ebd., S. 351.

¹⁵⁴ Urdze: Rückkehr, S. 104.

¹⁵⁵ Garbe: Baltikum, S. 70.

¹⁵⁶ Brundtland: Nordic Security, S. 13.

zum 01.04.1991 zeigt, sondern auch im Inneren zentrifugale Tendenzen geweckt und bestätigt. So kam es am 08.12.1991 durch Russland, Weißrussland und die Ukraine zur Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), der im Dezember noch acht weitere ehemalige Sowjetrepubliken beitraten¹⁵⁷. Die SU hatte damit faktisch aufgehört zu existieren.

Das unerwartete und rasche Ende des Kalten Krieges zeigte also das Zurückweichen und Verschwinden des sowjetischen Einflusses im Ostseeraum, dessen Ausdehnung ihn begonnen hatte. Der Eiserner Vorhang, der den Ostseeraum über viereinhalb Jahrzehnte trennte, existierte nicht mehr. Die organisierte militärische Bedrohung aus dem Osten war weggefallen, die Waffenarsenale existierten jedoch noch und ihre Kontrolle war durch die politische Instabilität der Russischen Föderation nicht sicher. Im ehemaligen Ostblock bildeten sich neue demokratische Staaten, die angesichts ihrer Geschichte große Transformationen durchführen mussten, während der westliche Ostseeraum einerseits nach Wegen suchen musste, mit den neuen Nachbarn umzugehen, andererseits auch eigene Ziele neu zu definieren hatte, nachdem die alte Ordnung dieses Teils der Welt verschwunden war.

2.5 Die Situation im Ostseeraum nach dem Ende des Kalten Krieges

2.5.1 Die baltischen Staaten - Die Folgen der Sowjetzeit

2.5.1.1 Minderheitenfragen

Nach dem Wiedereinmarsch der sowjetischen Armee in das Baltikum 1944 kam es zu den geschilderten „Säuberungen“ und Deportationen, die hinsichtlich des durch sie verursachten relativen Bevölkerungsverlusts zu den weltweit größten der 1940er Jahre zählten¹⁵⁸. Dieser Bevölkerungsverlust schuf Raum für russische Immigranten¹⁵⁹, vor allem Spezialisten und Ingenieure, die sich wegen Litauens verhältnismäßig geringer Industrialisierung vor allem in Estland und Lettland sammelten. Diese Ansiedlung war Teil einer gezielten Besatzungspolitik, die eine sowjetloyale Führungsschicht im Baltikum aufbauen wollte. Daher war eine Integration der Zuwanderer in die baltische Bevölkerung auch nicht beabsichtigt, vielmehr sollten die baltischen Bevölkerungen sich assimilieren¹⁶⁰. Ihre Sprache

¹⁵⁷ Die baltischen Staaten traten nie der GUS bei, da sie sich nicht als Nachfolgestaaten der Sowjetunion, sondern als restaurierte unabhängige Staaten sahen.

¹⁵⁸ Zwidrins, Peteris: Changes in the ethnic composition of the Baltic States since the end of World War II. In: Runblom, Harald [u.a.] (Hrsg.): 50 years after World War II. International politics in the Baltic sea region 1945 – 1995. Torun 1998, S. 81- 94, S. 82.

¹⁵⁹ Eine kleinere Gruppe der Immigranten kam aus der Ukraine und anderen Sowjetrepubliken der SU, sie sollen hier der Praktikabilität halber mit zu der russischen Bevölkerungsgruppe gezählt werden.

¹⁶⁰ Levits: Ausländer- und Minderheitenpolitik, S. 49.

und Kultur wurde unterdrückt, es kam zur Demontage von Denkmälern und Bücherverbrennungen gegen die kollektive Erinnerung, zu umfangreichen Umbenennungen öffentlicher Orte, zum Umschreiben der nationalen Geschichte¹⁶¹. Zusätzlich bewirkte auch die Rote Armee Veränderungen der Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur, indem sie ihre Basen und Lager auf Territorien einrichtete, die die baltische Bevölkerung entschädigungslos zu verlassen hatte¹⁶².

So wurde die Zuwanderung ein erfolgreiches Instrument zur Machtkonsolidierung. Die Zuwanderer kamen nicht nur, weil sie in den baltischen Sowjetrepubliken einen höheren Lebensstandard als in den anderen Teilen der SU erwarten konnten, sondern auch, weil sie gefördert wurden, zum Beispiel erhielten sie bevorzugt Zugang zu modernen Wohnungen und sie besetzten Spitzenplätze in der Industrie. Sie ließen sich, ihren Berufen entsprechend, eher in industrialisierten Gegenden, vor allem in Städten, nieder, so dass eine Verdrängung der baltischen Bevölkerung auf das Land stattfand, so dass zum Beispiel in Estland 1989 in Narva nur noch 4%, in Sillamae 3,2%, in Paldiski 2% und in Tallinn selbst nur noch 47% Esten lebten. In Lettland fiel diese Teilung der Siedlungsräume nicht so stark aus, hier vermischten sich die Bevölkerungsgruppen in höherem Maße¹⁶³.

Nach der Unabhängigkeit der baltischen Staaten stellte sich also das Problem, wie mit dieser großen Bevölkerungsgruppe der Zuwanderer umgegangen werden sollte. Den am wenigsten konfliktträchtigen Weg wählte Litauen, indem es eine so genannte Null-Option durchführte, alle legal niedergelassenen Bürger konnten innerhalb zweier Jahre die litauische Staatsbürgerschaft bekommen, danach galten hierfür Bedingungen, wie zum Beispiel ein zehnjähriger Aufenthalt im Land¹⁶⁴. Dies konnte man sich mit nur 12% Zugewanderten¹⁶⁵ auch leisten, ohne die eigene Staatlichkeit zu gefährden.

In Estland und Lettland lagen die Dinge komplizierter, da die Gruppe der Zugewanderten deutlich größer war. Waren hier in den 1920er Jahren die Anteile der russischen Bevölkerungsgruppe nur 8% und 12% gewesen¹⁶⁶, hatte die sowjetische Besatzungszeit die Lage dramatisch verändert, so dass in den 1990er Jahren die Anteile in Estland 35% und in

¹⁶¹ Rannut: Linguistic Policy in Estonia, S. 70.

¹⁶² ebd., S 72.

¹⁶³ Schmidt: Außenpolitik, S. 115.

¹⁶⁴ Schmidt: Baltikum, S. 357.

Schmidt: Außenpolitik, S. 109.

¹⁶⁵ Ozolins, Andris: The Policies of the Baltic Countries vis-a-vis the CSCE, NATO and the WEU. In: Joenniemi, Pertti; Prikulis, Juris (Hrsg.): The Foreign Policies of the Baltic Countries. Basic Issues. Tampere, Riga 1994, S. 49- 74, S. 59.

¹⁶⁶ Föhrenbach, Gerd: Die Westbindung der baltischen Staaten. Zur Integration Estlands, Lettlands und Litauens in die bi- und multilateralen europäischen und transatlantischen Sicherheitsstrukturen während der 1990er Jahre. (Kühnhardt, Ludger [Hrsg.]: Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung Center for European Integration Studies der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Bd. 23). Baden-Baden 2000, S. 31.

Lettland 42% betrogen¹⁶⁷. Esten und vor allem Letten waren also in Gefahr, im eigenen Land zur Minderheit zu werden. Die Situation stellte sich noch komplizierter dar, da sich vor allem in Estland die russische Minderheit in einigen Gebieten, vor allem Städten, konzentriert hatte und dort die Mehrheit stellte. In Estland und Lettland konnte man also nicht ohne weiteres allen legal niedergelassenen Personen die entsprechende Staatsbürgerschaft verleihen, ohne durch andere Loyalitäten die eigene Staatlichkeit zu gefährden. Dazu kamen nach den Erfahrungen der Geschichte Ressentiments gegenüber der russischen Bevölkerungsgruppe, die eine Integration weiter erschwerten.

In Estland begann man 1988 die Regelung der Beziehung der Bevölkerungsgruppen untereinander über Sprachgesetze. Am 06.12.1988 erklärte der estnische Oberste Sowjet, von der aufstrebenden Bürgerbewegung gedrängt, Estnisch zur Amtssprache. Am 18.01.1989 folgte ein Sprachgesetz, das Estnisch auch im öffentlichen Leben als erste Sprache des Landes durchsetzen wollte. Für gewisse Berufe wurden estnische Sprachfertigkeiten obligatorisch, wobei teilweise schon ein Wortschatz von 800 Wörtern ausreichend war¹⁶⁸. Eine Übergangsfrist von vier Jahren bis zum 01.02.1993 wurde eingeräumt. Am 13.05.1989 wurde eine eigene Regierungsstelle für die Lehre der estnischen Sprache eingerichtet¹⁶⁹ und im August 1990 wurden alle Gesetze aufgehoben, die dem Gebrauch des Estnischen im Wege standen. Der Einfluss Russischsprachiger im öffentlichen Leben wurde auf diese Weise stark beschnitten.

Die Regelung der estnischen Staatsbürgerschaft begann am 06.11.1991 mit dem Wiederinkrafttreten des Staatsbürgerschaftsrechts von 1938¹⁷⁰. Dies bedeutete, dass Menschen, die vor dem Einmarsch der SU im Jahre 1940 estnische Staatsbürger gewesen waren, und ihre Nachkommen automatisch wieder estnische Staatsbürger wurden. Dies bedeutete nach der Nulllösung, die man bei der ersten Unabhängigkeit nach dem Ersten Weltkrieg angewendet hatte, eine stark exklusive Minderheitenpolitik, da zunächst ein großer Teil der estnischen Bevölkerung von der estnischen Staatsbürgerschaft und den damit verbundenen Rechten ausgeschlossen blieb. So entschieden sich etwa 120.000 Menschen für die russische Staatsbürgerschaft, mehr Menschen jedoch behielten ihre alte sowjetische Staatsbürgerschaft. Nach seiner Einführung im September 1996¹⁷¹ beantragten mehr als 140.000 Menschen den estnischen Ausländerpass und wurden auf diese Weise mit dem Ende

¹⁶⁷ Ozolins: Baltic, S. 59.

¹⁶⁸ Rannut: Linguistic Policy in Estonia, S. 77f.

¹⁶⁹ ebd., S. 78.

¹⁷⁰ Schmidt: Außenpolitik, S. 111.

¹⁷¹ Bollow, Undine: Aktuelle Fragen des estnisch-russischen Verhältnisses in Estland. In: Hackmann, Jörg (Hrsg.): Estland - Partner im Ostseeraum. (Travemünder Protokolle; 2) Lübeck 1998, S. 99- 116, S. 110.

ihrer sowjetischen Staatsbürgerschaft faktisch staatenlos¹⁷². Dieser Ausländerpass stellte ein völkerrechtliches Novum dar, indem er bescheinigte, dass der Inhaber nicht Staatsbürger Estlands sei. Da dieses Dokument aber bestätigte, dass der Inhaber in Estland wohnhaft war, konnte es zu Auslandsreisen verwandt werden.

Die fehlende Staatsbürgerschaft und das damit fehlende Wahlrecht bedeutete für diese Gruppen auch einen Ausschluss vom politischen Leben, sie konnten zum Beispiel nicht am Referendum zur estnischen Verfassung am 28.06.1992 und an den ersten freien Parlamentswahlen im September 1992 teilnehmen¹⁷³. Das passive Wahlrecht blieb wie auch das aktive Wahlrecht auf nationaler Ebene an die estnische Staatsbürgerschaft gebunden, den starken russischen Bevölkerungskonzentrationen im Nordosten des Landes wurde damit Rechnung getragen, dass dort das aktive Wahlrecht auf kommunaler Ebene ab 1993 auch ohne die estnische Staatsbürgerschaft ausgeübt werden konnte. Das passive Wahlrecht konnte allerdings auch dort weiter nur mit estnischer Staatsbürgerschaft wahrgenommen werden¹⁷⁴. Insofern stellte dieses Zugeständnis auch keine Linderung der relativ weit reichenden politischen Entrechtung der russischsprachigen Bevölkerung dar. In Folge mangelnder estnischer Kandidaten war hier zeitweise sogar die lokale Selbstverwaltung gefährdet, behoben wurde das Problem durch die Verleihung der estnischen Staatsbürgerschaft an ethnische Russen für besondere Verdienste¹⁷⁵. Die sonst übliche Prozedur wurde in diesen Fällen umgangen.

Zunächst entspannte sich das Minderheitenproblem dadurch leicht, dass Nicht-Esten wieder auswanderten, der Gipfel der Auswanderung wurde allerdings schon im Jahr 1992 mit 34.000 Menschen erreicht¹⁷⁶. Trotzdem verlor Estland auf diese Weise 10% seiner zivilen Bevölkerung¹⁷⁷, ohne dass das Problem damit grundsätzlich gelöst worden wäre. Dies sollte durch Gesetze zur Einbürgerung von Minderheiten geschehen, die am 26.02.1992 eingeführt wurden. Sie sahen die Möglichkeit der Einbürgerung für Menschen vor, die legal schon über zwei Jahre im Land wohnten¹⁷⁸, die eine Sprachprüfung bestehen, Kenntnisse der estnischen Geschichte und Verfassung nachweisen können und eine Loyalitätserklärung auf die

¹⁷² ebd., S. 104.

¹⁷³ ebd., S. 103.

¹⁷⁴ ebd., S. 107.

¹⁷⁵ ebd., S. 107.

¹⁷⁶ Dies lag neben der Verwurzelung der Russischstämmigen im Land daran, dass die baltischen Staaten trotz aller Schwierigkeiten noch einen weitaus höheren Lebensstandard bieten konnten, als es in Territorien der ehemaligen SU der Fall war.

¹⁷⁷ Karin, Thea: Estland heute. In: Hackmann, Jörg (Hrsg.): Estland - Partner im Ostseeraum. (Travemünder Protokolle; 2) Lübeck 1998, S. 9-18, S. 11.

¹⁷⁸ Als Stichtag für die Bemessung dieser Frist wurde der 30.3.1990, der Tag der estnischen Unabhängigkeitserklärung, gewählt.

Verfassung abgeben¹⁷⁹. Angehörige des sowjetischen Militärs und Geheimdienstes und rechtskräftig Verurteilte waren hiervon ausgeschlossen¹⁸⁰. Diese Möglichkeit zur Einbürgerung wurde allerdings von der breiten Masse nicht genutzt, bis zum Sommer 1997 unterzogen sich nur 80.000 Menschen dem Einbürgerungsprozess¹⁸¹. Fehlender Wille der russischsprachigen Bevölkerungsgruppe zur Integration¹⁸², ein meist hohes Alter der Betroffenen und abschreckend hohe Anforderungen in den Tests, vor allem bei der Sprachprüfung¹⁸³, waren die Gründe dafür. Im Inneren und international aus Russland und dem Westen wurden Proteste gegen diese Regulierungen laut. Den Höhepunkt erreichte der Widerspruch mit dem Ausländergesetz vom 12.07.1993, indem in Estland ansässige Personen ohne estnische Staatsbürgerschaft verpflichtet wurden, alle zwei Jahre erneut eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu beantragen, auf deren Erteilung kein Anspruch bestand und deren Verweigerung eine Ausweisung zur Folge hatte¹⁸⁴.

Heftige internationale Proteste erreichten die Gewährung rechtlicher Garantien für den Aufenthalt im Land. Im eigenen Land wurden die Proteste der russischsprachigen Minderheit durch das Fehlen einer Organisation und Uneinigkeit innerhalb der Minderheit behindert. Die Trennungen verliefen entlang der Nationalitätengrenzen zwischen Russen, Ukrainern und anderen und zwischen Gewinnern und Verlierern der neuen Zeit. Zudem fehlte unter den Einwanderern eine Elite, die die Bestrebungen integrieren konnte. Die Führungslosigkeit vereinfachte einerseits das Vorgehen der estnischen Autoritäten, andererseits machte es die Minderheiten weniger berechenbar. Die Einbürgerung für besondere Verdienste war insofern ein geeignetes Instrument, dem abzuweichen und innerhalb der russischsprachigen Minderheiten Loyalitäten zum estnischen Staat aufzubauen. Der größte Widerstand gegen den Umgang mit der nationalen Minderheit kam aus Russland, das Estland Diskriminierungen der russischsprachigen Minderheit und sogar Menschenrechtsverletzungen vorwarf und mit diesem Thema auch Verhandlungen in anderen Gebieten wie dem Truppenabzug oder Grenzfragen blockierte, wie weiter unten behandelt werden wird.

In Lettland wurde 1991 das Staatsbürgerrecht von 1919 wieder eingeführt¹⁸⁵. Wie in Estland wurden alle damaligen Bürger und ihre Nachkommen lettische Staatsbürger. Auch hier waren beträchtliche Mengen von Menschen nicht eingeschlossen und lange Zeit gab es zur

¹⁷⁹ Urdze: Rückkehr, S. 105.

¹⁸⁰ Schmidt: Außenpolitik, S. 112.

¹⁸¹ Bollow: Fragen des estnisch-russischen Verhältnisses, S. 110.

¹⁸² Levits: Ausländer- und Minderheitenpolitik, S. 50.

¹⁸³ Bollow: Fragen des estnisch-russischen Verhältnisses, S. 110.

¹⁸⁴ Schmidt: Außenpolitik, S. 112.

¹⁸⁵ Garleff, Michael: Minderheitenprobleme und Sprachenpolitik im Baltikum. In: Scholz, Friedrich; Tenhagen, Wolfgang (Hrsg.): Die Baltischen Staaten im 5. Jahr der Unabhängigkeit. Eine Bestandsaufnahme. Beiträge zu einem internationalen Symposium in Münster 14./15.11.1996. Münster 1997, S. 91-109, S. 97.

Enttäuschung der 680.000 Betroffenen keine klare Regelung des Problems¹⁸⁶. Dies geschah mit der Regelung des Gesetzes vom 09.06.1992, wonach alle Angehörigen der russischsprachigen Minderheit, die länger als drei Monate im Lande bleiben wollten, eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen mussten¹⁸⁷. Menschen, die schon Jahrzehnte in Lettland wohnten und arbeiteten, gingen also plötzlich ihres Status' verlustig und wurden als Ausländer behandelt. Erst im August 1994 wurde nach internationaler Kritik ein Einbürgerungsgesetz verabschiedet, das ähnliche Bedingungen wie das estnische enthielt¹⁸⁸. Hinzu kam eine so genannte Fensterregelung, die Antragszeiträume für bestimmte Geburtsjahrgänge reservierte und den Einbürgerungsprozess so bis ins Jahr 2003 ausgedehnt hätte. Nach offizieller Begründung erging diese Bestimmung, um einen zu starken Andrang zu vermeiden, nach Protesten wegen unzumutbarer Rechtsunsicherheit konnte sie 1998 wegen geringer Bewerberzahlen abgeschafft werden¹⁸⁹.

Überhaupt lief die Einbürgerung 1994 wie in Estland sehr langsam und problematisch an, aus denselben Gründen wie in Estland bewarben sich sehr wenige Menschen um die lettische Staatsbürgerschaft, so dass das Problem ähnlich dauerhafte und schädigende Wirkung hatte wie im nördlichen Nachbarland. Zudem versäumte man es in Lettland, innerhalb der russischsprachigen Minderheit Loyalitäten zum lettischen Staat aufzubauen, wie es in Estland durch die Einbürgerung für besondere Verdienste geschehen war¹⁹⁰.

In den baltischen Staaten waren also in der Zeit der Sowjetrepubliken bewusst Veränderungen der Bevölkerungsstruktur vorgenommen worden, die zusammen mit privaten Zuzügen vor allem in Estland und Lettland den relativen Anteil der eigenen Bevölkerung so verringerten, dass aus Gründen der Staatserhaltung eine Verleihung der Staatsbürgerschaft an alle Ansässigen nicht möglich war. Das Dilemma zwischen der Notwendigkeit der Integration der russischsprachigen Minderheit einerseits und der Gefahr, den Charakter des Staates durch Aufnahme fremder Bevölkerungsgruppen zu verändern, verbunden mit anti-russischen Ressentiments aus der Zeit der SU schuf damit eine komplexe Konfliktlage. Diese war nicht nur gekennzeichnet durch beträchtlichen inneren Unfrieden, sondern auch durch internationale Missstimmung. Der Westen wollte in den baltischen Staaten Menschen- und Bürgerrechte umgesetzt sehen, bevor er auf die baltischen Integrationsbestrebungen einging, Russland dagegen benutzte das Thema, um außenpolitisch auch in anderen Bereichen Druck

¹⁸⁶ Urdze: Rückkehr, S. 106.

¹⁸⁷ Garleff: Minderheitenprobleme, S. 98.

¹⁸⁸ Die Antragsteller mussten fünf Jahre des legalen Aufenthalts im Land nachweisen, die Landessprache bis zu einem gewissen Grad beherrschen, den Text der Nationalhymne auswendig kennen, Kenntnisse zu Geschichte und Verfassung des Landes besitzen und einen Loyalitätseid leisten.

Schmidt: Baltikum, S. 357.

¹⁸⁹ ebd., S. 358.

¹⁹⁰ Schmidt: Außenpolitik, S. 118.

auf die baltischen Staaten auszuüben, sie für den Westen unattraktiv zu machen und innenpolitisch die erwachenden nationalistischen Tendenzen zu befriedigen.

2.5.1.2 Die stationierten Truppen

Im Kalten Krieg waren in den Ländern des Ostblocks Truppen der Roten Armee stationiert, die nach dem Ende der SU von ihrem Rechtsnachfolger, der Russischen Föderation, übernommen wurden. Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung des Warschauer Pakts mussten die Truppen aus den nun selbstständigen Territorien abgezogen werden, auch aus den neu unabhängigen Staaten des Baltikums.

In Deutschland konnte die Frage relativ unproblematisch gelöst werden. Schon am 12.10.1990 wurde ein Truppenabzugsvertrag zwischen Deutschland und Russland unterzeichnet¹⁹¹. Vorher waren zu diesem Zweck Zahlungen an Russland in Höhe von 15 Mio. DM vereinbart worden¹⁹². Der Truppenabzug verlief planmäßig, so dass die letzten russischen Truppen Deutschland am 31.8.1994 verließen. Auch in Polen verlief der Abzug unproblematisch. In den baltischen Staaten war er dagegen ein schwerwiegender politischer Unruhefaktor, da die Präsenz russischer Truppen hier von baltischer Seite her durch die jüngere Geschichte besonders unangenehm und bedrohlich empfunden wurde und von russischer Seite möglichst lange aufrechterhalten werden sollte, um hier noch Einfluss auf die Gestaltung der Politik nehmen zu können¹⁹³. Die baltische Seite bestand auf ihrer Argumentation der Unrechtmäßigkeit der Besetzung durch sowjetische Truppen im Jahre 1940 und daher auch der Unrechtmäßigkeit der Truppenstationierung, während die russische Seite dies mit der Behauptung, es habe keine Okkupation, sondern einen freiwilligen Beitritt zur SU gegeben, von sich wies¹⁹⁴. Diese ursprünglich sowjetische Position zu diesem Fall war nach der Unabhängigkeit der baltischen Staaten schnell von der Russischen Föderation übernommen und verfestigt worden¹⁹⁵.

¹⁹¹ Garbe: Baltikum, S. 104.

¹⁹² ebd., S. 104.

Russland hatte hier den Preis sehr zu seinen Gunsten beeinflussen können, die Ausgangspositionen in den Verhandlungen waren 18 Mio. D-Mark bei Russland und nur sieben Mio. D-Mark bei Deutschland.

¹⁹³ Die russischen Sicherheitsinteressen werden im Kapitel 2.4.3 behandelt.

¹⁹⁴ Meissner: Okkupation, S. 49f.

¹⁹⁵ Im Februar 1992 hatte der russische Außenminister Andrej Kosyrew auch von einer Besetzung gesprochen, in der Folge veränderte sich die Bewertung aber. Zunächst hieß es, die Situation 1940 sei nicht eindeutig, später verfestigte sich immer mehr die Leugnung der Okkupation.
ebd., S. 50.

Nach der Unabhängigkeit der baltischen Staaten waren zu Beginn des Jahres 1992 in Estland 23.000, in Lettland 48.000 und in Litauen 43.000 russische Soldaten stationiert¹⁹⁶. Zum einen stellte die Anwesenheit der ehemaligen Besatzungstruppen im Zusammenhang mit den großen russischsprachigen Bevölkerungsanteilen und Russland als politisch instabilem Nachbarn ein großes Sicherheitsrisiko für die neu entstandenen baltischen Republiken dar. Dies wurde von Russland so wie auch die Minderheiten- und Grenzfragen zur Einflussnahme instrumentalisiert, indem man die Problemkomplexe miteinander verband und sich zu ihrer Lösung wenig konstruktiv verhielt. Zum anderen hinderte diese Anwesenheit die baltischen Staaten bei der anvisierten Westintegration, da die westlichen Bündnisse sich mit diesen Problemlagen nicht belasten wollten. Zudem machte das Bedrohungspotential durch die russischen Truppen die baltischen Staaten für ausländische Investoren unattraktiv, die so an Russland interessiert werden sollten¹⁹⁷.

Bilaterale Gespräche zum Truppenabzug begannen im Februar 1992, sie scheiterten jedoch zunächst. Im Juli 1992 kam die G7-Runde in München dem Ersuchen des baltischen Rats nach und forderte Russland auf, einen Truppenabzugsplan für die russischen Soldaten im Baltikum vorzulegen, woraufhin Jelzin am 08.07.1992 den Abzug bis Mitte 1993 versprach. Da Litauen die Minderheitenfrage so konfliktfrei lösen konnte und auch bezüglich seiner Grenze zu Russland keine Forderungen stellte, konnte hier immerhin am 08.09.1992 ein Abzugsplan unterzeichnet werden¹⁹⁸. Jedoch schon am 29.10.1992 stoppte Jelzin offiziell den Truppenabzug wegen fehlender sozialer Garantien für die Truppen und der Situation der russischsprachigen Minderheit im Baltikum. Mit internationaler politischer Vermittlung und wirtschaftlicher Unterstützung für Russland, für das der Truppenrückzug aus Mittelosteuropa im Hinblick auf die Versorgung der Soldaten auch eine große soziale Herausforderung darstellte, konnte diese Unterbrechung überwunden werden. Der Abzug wurde dann zügig vollzogen, am 31.08.1993 verließen die letzten russischen Soldaten Litauen.

Problematischer erwies sich die Situation in Estland und Lettland, wo die Minderheitenproblematik immer wieder mit dem Truppenabzug vermischt wurde. Internationale Hilfe war beim Fortschritt auf diesem Gebiet unerlässlich, wie sich noch im April 1994 zeigte, als ein Erlass Jelzins die Beibehaltung aller russischen Militärbasen in der GUS und in Lettland verordnete. Baltischer und vor allem internationaler Protest erreichte die

¹⁹⁶ Vares, Peeter: Withdrawal of Russian troops from the Baltic States. In: Ahola, Joonas; Fröjmark, Anders; Heininen, Lassi (Hrsg.): Baltic region. Conflicts and Co-operation. Road from the past to the future. Tallinn 2001, S. 462.

¹⁹⁷ Hiden: Baltic, S. 191.

¹⁹⁸ Vares: Withdrawal, S. 463.

Ausnahme Lettlands aus dem Erlass und eine Entschuldigung für den „technischen Fehler“¹⁹⁹. Zum 31.08.1994 waren dann alle russische Truppen aus dem Baltikum abgezogen, mit Ausnahme der Belegschaft der Radarfrühwarnstation Skrunda in Lettland und dem Trainingszentrum für nuklear betriebene Unterseeboote Paldiski in Estland, die unter internationaler Kontrolle noch eine Zeit weiter in Betrieb waren. Wie auch die russischsprachige Minderheit, stellte also die Stationierung der russischen Truppen und ihr Abzug vor allem für Estland und Lettland sowohl innen- wie auch außenpolitisch nach Westen und Osten ein großes Problem dar, dessen Lösung viele nationale und internationale Anstrengungen erforderte.

2.5.1.3 Grenzfragen

Litauen hatte als Sowjetrepublik Gebietsgewinne gemacht. Nach der sowjetischen Okkupation wurde es um die Vilnius-Region vergrößert, nach dem Zweiten Weltkrieg kam die Region um Klaipeda dazu²⁰⁰. Lettland und Estland dagegen verloren im August 1944 und im Januar 1945 zusammen etwa 1800 km² an die Sowjetrepublik Russland²⁰¹, eine Grenzveränderung, die durch ihre Einseitigkeit aus völkerrechtlicher Sicht ungültig war. Auch hier kam es wieder auf die Bewertung der Ereignisse von 1940 an. Die russische Seite nahm einen freiwilligen Beitritt der baltischen Staaten zur SU an und legitimierte den neuen Grenzverlauf damit. Für die baltische Seite handelte es sich um den Eingriff einer Besatzungsmacht und damit eine unrechtmäßige Annexion fremden Territoriums.

Diesen Voraussetzungen entsprechend verhielten sich die baltischen Staaten nach ihrer Unabhängigkeit. Estland und Lettland stellten kurz nach ihrer Unabhängigkeit Gebietsforderungen an Russland, während Litauen dies nicht tat²⁰². Während in Lettland die Grenzfrage allerdings keine große Priorität hatte, da man im Falle des territorialen Zugewinns nur noch mehr ethnische Russen auf dem eigenen Territorium hätte integrieren müssen²⁰³ wurde das Thema in Estland mit größerem Interesse verfolgt. Allerdings begann Russland auf einen Erlass Jelzins hin im August 1994 mit der einseitigen Demarkierung der bestehenden Grenze, über die noch keine Einigkeit erzielt worden war. Ein Hilferuf Estlands nach Westen

¹⁹⁹ Sergounin, Alexander: Between Neoimperialism and Realpolitik: Russia in search of a New Baltic Strategy in the Post Cold War Era. In: Runblom, Harald [u.a.] (Hrsg.): 50 years after World War II. International politics in the Baltic sea region 1945 – 1995. Torun 1998, S. 253- 276, S. 256.

²⁰⁰ Zwidrins: Ethnic composition, S. 81.

²⁰¹ ebd., S. 81.

²⁰² Kempe, Iris; van Meurs, Wim: Die Baltisch-Russischen Beziehungen als Brennpunkt der Europäischen Integration und Sicherheit. In: Deutsche Studien. 1999, Heft 142, S. 120- 135, S. 125.

²⁰³ Schmidt: Außenpolitik, S. 166.

um politischen Beistand verhallte unbeantwortet, da der Westen die territorialen Absichten des Landes nicht teilte, um eine Destabilisierung der Region zu verhindern.

Auch bei den Grenzfragen gestalteten sich die bilateralen Verhandlungen also aufgrund stark verhärteter Fronten schwierig. Ein weiteres Beispiel hierfür ist, dass noch im Herbst 1996 die russische Duma mit einer aggressiven Antwort, verbunden mit einer unverhohlenen Drohung im Falle der weiteren Verfolgung der territorialen Ansprüche, auf eine Erklärung des lettischen Parlaments zur lettischen Sicht der Geschehnisse ab 1940 reagierte²⁰⁴. Auch als der estnische Staatspräsident Lennart Meri im Juli 1996 den Abschluss eines Grenzabkommens ohne Bezug auf den Friedensvertrag von Tartu von 1920 und damit ohne Erwähnung der Gebietsverluste vorschlug, verweigerte sich die russische Seite mit Verweis auf die für sie ungeklärte Minderheitenfrage²⁰⁵. Diese Initiative Meris zeugte von großem politischen Mut, da er so die Frustration vieler Esten in Kauf nahm, um eine Beruhigung der Lage zu erreichen. Dass selbst nach Vorliegen der Grenzverträge 1997 die Unterzeichnung der Dokumente von der russischen Seite verweigert und erst am 18.05.2005 in Moskau geleistet wurde, zeigt, wie wenig man hier an einer Normalisierung der Beziehungen interessiert war²⁰⁶. Die russische Unterzeichnung wurde sogar am 27.05.2005 wieder zurückgezogen, wodurch die Grenzfrage wiederum offen war.

2.5.2 Polen, das Baltikum und westliche Organisationen - Der Drang nach Westen

2.5.2.1 Integration in die EU

Nach dem Zusammenbruch des östlichen Bündnissystems mussten auch die Wirtschaften der betroffenen Länder völlig neu aufgebaut werden. Nicht nur, dass die bestehenden Planwirtschaften in marktorientierte Wirtschaftssysteme umgestaltet werden mussten, sondern auch, dass neue Handelsbeziehungen aufgebaut werden mussten. Die gesamte Wirtschaft war vorher zentral gesteuert. So war zum Beispiel ein Drittel der estnischen Industrie unter direkter Kontrolle der Ministerien der SU, so wie auch mit Ölschiefer und Phosphor die wichtigsten Rohstoffe von Moskau aus kontrolliert wurden²⁰⁷. Auch der Außenhandel war von Moskau aus kontrolliert, 90-95% der Einnahmen hieraus wurden in die Zentrale

²⁰⁴ Meissner: Okkupation, S. 67ff.

²⁰⁵ ebd., S. 69.

²⁰⁶ Föhrenbach: Westbindung, S. 31.

²⁰⁷ Kirsipuu, Valve: Estonian foreign economic policy. In: Joenniemi, Pertti; Vares, Peeter (Hrsg.): New actors on the international arena. The foreign policies of the Baltic countries. Tampere 1993, S. 66- 72, S. 66.

abgeführt²⁰⁸. Die Sowjetunion selbst war der größte Handelspartner, nur 3-4% der estnischen Exporte verließen die SU.

Demzufolge brachen die Wirtschaften mit dem Ende des Ostblocks und dem Wegfall der Steuerung sowie den Absatzmöglichkeiten stark ein, vor allem die der vorher in der SU vereinten Staaten. Der wirtschaftliche Niedergang, der 1990 in voller Stärke begann, verkleinerte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der betroffenen Länder um 15- 45% und konnte zum Beispiel in den baltischen Staaten erst in der Mitte der 1990er Jahre beendet werden²⁰⁹. Gründe hierfür waren die Wirtschaftskrise in Russland, die die Kaufkraft des bislang wichtigsten Handelspartners unterminierte und ein Zusammenbruch des Binnenmarktes. Die meisten Hoffnungen wurden daher in Investitionen aus dem Ausland gesetzt. Estland führte daher eine äußerst rasche Transformation zur Marktwirtschaft durch und schaffte alle außenwirtschaftlichen Barrieren ab, was zu einem überhöhten Handelsbilanzdefizit führte²¹⁰. Lettland und Litauen dagegen schützten sich mit Zöllen und Ein- und Ausfuhrquoten, was zwar das Handelsbilanzdefizit in Grenzen hielt, aber auch ausländische Investitionen behinderte. Estland hatte aber mit seiner Politik eines guten Investmentklimas mehr Erfolg, so dass hier schon 1992 mehr *joint-ventures* mit ausländischen Firmen existierten als in Lettland und Litauen zusammengenommen²¹¹.

Da alle wichtigen europäischen Handelspartner Polens und des Baltikums in der EG waren oder sich ihr stark annäherten und eine wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland durch neue Handelspartner durchbrochen werden sollte, hatte eine wirtschaftliche Einbindung in den Westen für diese Länder eine hohe Priorität und eine EG-Mitgliedschaft wurde heftig angestrebt. Dazu kam im Falle der baltischen Staaten auch der Wunsch, politisch in die westlichen Bündnisse integriert zu werden, um mehr Rückhalt gegen eine mögliche russische Einmischung zu haben. Der Beginn der Zusammenarbeit mit der EG war in Estland der September 1991, in dem dort eine offizielle EG-Mission eröffnet wurde. Auch der Zugang zu den finanziellen Programmen der EG wurde schnell gewährt, im Falle der baltischen Staaten begingen die EG allerdings zunächst einen Fauxpas, indem sie sie in das Programm *Technical Assistance for the Commonwealth of Independent States* (TACIS) aufnahmen, das für die in der GUS versammelten Nachfolgestaaten der SU gedacht war, was die baltischen Staaten weit von sich wiesen²¹². Sie wurden danach schnell dem Programm „*Poland and Hungary: Aid for*

²⁰⁸ ebd., S. 66.

²⁰⁹ Reiljan, Janno: Wirtschaft und Gesellschaft: Das Baltikum nach der Wende. In: Scholz, Friedrich; Tenhagen, Wolfgang (Hrsg.): Die Baltischen Staaten im 5. Jahr der Unabhängigkeit. Eine Bestandsaufnahme. Beiträge zu einem internationalen Symposium in Münster 14./15.11.1996. Münster 1997, S. 125- 156, S. 126.

²¹⁰ ebd., S. 129.

²¹¹ Kirsipuu: Estonian foreign economic policy, S. 68.

²¹² Klaar, Toivo: Estonia's Security Policy Priorities. In: Artéus, Gunnar; Lejins, Atis: Baltic Security. Looking towards the 21th century. Riga 1997, S. 18- 33, S. 22.

Restructuring of the Economies“ (PHARE) zugewiesen. Ein Grundproblem der Annäherung an Europa war zunächst die Opposition Russlands, das hierin auch eine Annäherung an die NATO vermutete. Erst im Sommer 1995 gelang es Helmut Kohl, die beiden Integrationsprozesse in der russischen Wahrnehmung zu entkoppeln²¹³.

2.5.2.2 Integration in die NATO

Die Länder des ehemaligen Ostblocks, die gerade aus dem Einflussbereich der SU getreten waren, strebten, vor allem aus Sorge vor dem politisch instabilen Russland, auch eine schnelle militärische Westintegration an, so dass eine Mitgliedschaft in der NATO oberste Priorität auf der Sicherheitsagenda bekam²¹⁴. Auch der Westen hatte ein Interesse an der Einbindung der mittelosteuropäischen Staaten in seine Sicherheitskooperationen, jedoch bedeutete jede Osterweiterung der NATO für Russland eine gefühlte Bedrohung, so dass heftige Reaktionen wahrscheinlich waren und ein vorsichtiges und Vertrauen bildendes Vorgehen angezeigt war. Eine erste Führungsaufnahme geschah mit der Gründung des Nordatlantischen Kooperationsrats am 20.12.1991, in dem NATO-Mitglieder und die baltischen Staaten, Polen, Bulgarien, Rumänien, Tschechien, Ungarn und die SU versammelt waren²¹⁵. Dieses Gremium war nur zur Beratung und Kooperation in militärischen Fragen gedacht, es stellte keine Vorstufe einer Mitgliedschaft dar und die Zusammenarbeit in diesem Bereich trug entscheidend zu einer Versachlichung der Debatte und zur Normalisierung der Beziehungen zu Russland bei. Das sehr emotionale und nicht immer rationale Streben nach Westbindung führte im Fall der baltischen Staaten schon Anfang 1992 zu informellen, aber dennoch deutlichen Bekundungen des Interesses an einer NATO-Mitgliedschaft, was Russland alarmierte²¹⁶, nachdem Polen schon während der militärischen Interventionen im Baltikum 1991 sein Interesse bekundet hatte²¹⁷.

Entsprechend groß war die Zurückhaltung der NATO demgegenüber. Die vorgebrachten Argumente waren neben der Rücksicht auf Russland die stete Präsenz russischer Truppen, der teilweise ungeklärte Grenzverlauf, die ebenso ungeklärten Minderheitenfragen und dass eine

²¹³ Hyde-Price, Adrian: NATO and the Baltic sea Region: towards regional security governance? Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.nato.int/acad/fellow/98-00/hyde.pdf>, 11.05.2004, S. 15.

²¹⁴ Föhrenbach: Westbindung, S. 45

Martinsen, Kaare Dahl: Always the Buffer? Poland as NATO's new eastern frontier. In: Salmon, Patrick; Barrow, Tony (Hrsg.): Britain and the Baltic. Studies in commercial, political and cultural relations 1500 - 2000. Sunderland 2003, S. 293- 320, S. 293.

²¹⁵ ebd., S. 46.

²¹⁶ Ozolins: Baltic, S. 61.

²¹⁷ Martinsen: Always the Buffer?, S. 297.

Erweiterung die finanziellen Möglichkeiten der NATO-Mitglieder übersteige²¹⁸. Dennoch gab es viele Besuche NATO-Offizieller im Baltikum. Versuche, die NATO in die Truppenabzugsverhandlungen einzubeziehen, scheiterten jedoch stets. Die Bereitschaft zum Beistand beschränkte sich zunächst auf politische Unterstützung in möglichen Extremsituationen, auch hier diente die Zurückhaltung des Westens wieder dem Vermeiden einer innenpolitischen Destabilisierung Boris Jelzins, der als Garant für Frieden und Reformen gesehen wurde²¹⁹.

Die Unberechenbarkeit des politischen Systems in Russland zeigte sich jedoch im Oktober 1993, als nach der Auflösung des Obersten Sowjets durch Jelzin, der damit die Durchsetzung einer neuen Verfassung erreichen wollte, offener Widerstand ausbrach, der sich zu einem Aufstand kommunistischer und nationalistischer Kräfte in Moskau verdichtete, der blutig von Eliteeinheiten der Armee niedergeschlagen wurde. Jelzin musste zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung einen 14-tägigen Ausnahmezustand verhängen. Beunruhigend war auch, dass bei den anschließenden Neuwahlen am 12.12.1993 die radikal-nationalistische Liberaldemokratische Partei unter Wladimir Schirinowski, der unter anderem die Wiederherstellung der russischen Grenzen von vor 1917 propagierte, starke Stimmenzuwächse verbuchen konnte.

Vor diesem Hintergrund stellte Litauen am 04.01.1994 als erstes baltisches Land einen Mitgliedsantrag bei der NATO²²⁰. Die kategorische Ablehnung eines solchen Schritts durch Russland stand jedoch unverändert im Raum, wie der russische Außenminister Krylow auch noch am 03.09.1995 erklärte²²¹. Als Kompromiss zwischen den Wünschen der mittelosteuropäischen Staaten und Russlands Befürchtungen wurde daraufhin im Januar 1994 die Initiative *Partnership for Peace* (PfP) gestartet. Die Idee dazu war auf einer informellen NATO-Ministerratstagung 1993 in Rostock-Warnemünde aufgekommen²²². Die PfP bot viele Partnerschaftsprojekte zwischen der NATO und mittelosteuropäischen Staaten an, aus denen für jedes Land ein individuelles Partnerschaftsprogramm erstellt wurde. Die Ziele waren die Förderung der Transparenz der nationalen Verteidigungsplanung, die Gewährleistung der Kontrolle der demokratischen Institutionen über die Streitkräfte, die Aufrechterhaltung der Fähigkeit und Bereitschaft, an UNO-Einsätzen teilzunehmen und die generelle Entwicklung der kooperativen militärischen Beziehungen, soweit Planung, Ausbildung, Übung, Rettung,

²¹⁸ Ozolins: Baltic, S. 62.

²¹⁹ Martinsen: Always the Buffer?, S. 299.

²²⁰ Föhrenbach: Westbindung, S. 51.

²²¹ Schmidt: Baltikum, S. 360.

²²² Otto, Ulrich: Partnership for Peace und die Hanse. Zusammenarbeit der Ostseefloten nach Ende des Kalten Krieges. In: Marine-Forum 1997, Nr. 3, S. 8-13, S. 8.

humanitäre Aufgaben betroffen waren²²³. Ausrüstungshilfe war auch ein Bestandteil der Kooperation, Deutschland lieferte zum Beispiel Material der NVA-Volksmarine mit Ersatzteilpaketen²²⁴. Es ging also um die Entwicklung von Streitkräften, mit denen die NATO gut kooperieren konnte. Im Osten wurde diese Initiative auch mit Enttäuschung aufgenommen, da man verbindlichere Schritte in Richtung einer Mitgliedschaft erwartet hatte. Die grundsätzliche Entscheidung zur Öffnung der NATO nach Osten war aber schon gefallen. Nach einer weiteren Normalisierung der Beziehungen zwischen Russland und der NATO im Mai 1997 durch die Einrichtung des Ständigen Gemeinsamen Rats, der vor allem auf amerikanische und deutsche Bemühungen hin ins Leben gerufen wurde, verkündete der NATO-Gipfel in Madrid im Juli 1997 die offizielle Entscheidung, Polen, Tschechien und Ungarn zur Mitgliedschaft einzuladen. Diese wurden am 12.03.1999 Vollmitglieder, während die baltischen Staaten weiterhin warten mussten²²⁵.

Etwas zügiger schritt die Integration in europäische Sicherheitssysteme voran. Im Mai 1994 wurden die baltischen Staaten assoziierte Partner der WEU, sie nutzten dieses Gremium auch zur Internationalisierung des Truppenabzugsproblems und kamen so auch zu erstem engeren Kontakt mit europäischen Institutionen. Die 1990er Jahre waren jedoch im Sicherheitsbereich grundsätzlich geprägt von dem Streben der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten in die NATO und den russischen Sorgen vor einer Einkreisung durch den ehemaligen Gegner, was auch im Ostseeraum teilweise zu großer Brisanz der Beziehungen führte und die Entwicklungen in anderen Bereichen behinderte.

2.5.3 Russland

2.5.3.1 Politische Grundlinien

Seit den Einfällen der Mongolen im 13. Jahrhundert existierte in Russland das Bewusstsein der Schwierigkeit der Verteidigung des eigenen Landes mit seinen langen Grenzen, die häufig keine natürlichen Grenzen waren²²⁶. Die logische Folge daraus war, einen *Cordon sanitaire* aus besetzten oder abhängigen Staaten als elementares Bedürfnis der Landesverteidigung zu betrachten. Während ein solcher Staatengürtel nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut werden konnte, brach dieser mit dem Ende des Kalten Kriegs weg und zu Russlands weiterer Beunruhigung schränkten Unabhängigkeitsbestrebungen und das Ende der SU russischen

²²³ Föhrenbach: Westbindung, S. 52.

²²⁴ Otto: Partnership for Peace, S. 10.

²²⁵ Hyde-Price: NATO, S. 16.

²²⁶ Garbe: Baltikum, S. 108.

Einfluss zum Beispiel im Bereich der baltischen Staaten weiter ein. Unter anderem war der Zugang Russlands zum Westen stark eingeschränkt worden: zum einen über den Verlust der Häfen am Schwarzen Meer und damit den Zugang zum Mittelmeer, zum anderen durch Gebietsverluste im Ostseeraum, wo der russische Besitz plötzlich nur wenig größer war als zu Zeiten Iwan des Schrecklichen²²⁷. Das Ende des Kalten Kriegs stellte für Russland also eine schwere Niederlage und einen beunruhigenden Einflussverlust dar. Um dies wieder umzukehren, fehlten allerdings lange Zeit die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mittel, da Russland wie der gesamte ehemalige Ostblock schwer an den Folgen der Diktatur der KPdSU und der Planwirtschaft zu tragen hatte. Russlands Außenpolitik war in der Folge also gekennzeichnet von einem Wechsel zwischen Streben nach Einflussnahme und realpolitischer, bescheidener Kooperation.

Um diesem Einflussstreben Geltung zu verleihen, wurde 1992 der Begriff „Nahes Ausland“ für den postsowjetischen Raum geprägt²²⁸, um die für diesen Bereich postulierten besonderen Sicherheitsinteressen Russlands auszudrücken. Da auch das Baltikum zu diesem Raum gezählt wurde, erschwerten sich dadurch die Verhandlungen zum Truppenabzug und überhaupt die Westintegration, vor allem der Beitritt zur NATO, für den Russland lange weitreichende Konsequenzen androhte. Neben diesen Einmischungen wirkte auch die politische Instabilität Russlands bedrohlich für die Region. Russland konnte bei dem Systemzusammenbruch auf keinerlei demokratische oder rechtsstaatliche Traditionen zurückgreifen und mehr als 70 Jahren politischer Entmündigung der breiten Masse war es geschuldet, dass Extremismus und Populismus in den 1990er Jahren in Russland Erfolge hatten. So sah sich Boris Jelzin, der bei leeren Staatskassen eine unpopuläre Politik der wirtschaftlichen und sozialen Umstrukturierung verbunden mit einer Annäherung an den Westen, die von vielen Russen als Anbiederei empfunden wurde, starken Widerständen aus der extremen Linken und Rechten gegenüber. Diese eskalierten im Verfassungsstreit des Oktobers 1993, als Jelzin, um den Widerstand gegen die neue Verfassung zu brechen, den Obersten Sowjet und den Kongress der Volksdeputierten mit Waffengewalt auflösen ließ. Anschließend Neuwahlen brachten zwar einen Sieg der Reformer, die sich aber einflussreichen Kräften der Kommunisten und Nationalisten gegenüber sahen. Die Wahlen 1995 machten dann sogar die Kommunistische Partei Russlands zum Wahlsieger. Diese forderte die Wiederherstellung der SU, während die Nationalisten unter Schirinowski die Wiederherstellung Russlands in den Grenzen vor dem Ersten Weltkrieg forderten. Beide

²²⁷ Sergounin, Alexander: The Russia Dimension. In: Mouritzen, Hans (Hrsg.): *Bordering Russia. Theory and prospects for Europe's Baltic Rim*. Aldershot [u.a.] 1998, S. 15- 72, S. 18.

²²⁸ Der Begriff stammt wohl vom damaligen russischen Außenminister Kosyrew, allerdings ist die Zuordnung nicht zweifelsfrei.
Garbe: Baltikum, S. 120.

Richtungen waren also expansiv ausgerichtet und bedeuteten für die erst kürzlich unabhängig gewordenen baltischen Staaten und Polen wie auch für den gesamten Ostseeraum ein gewaltiges Destabilisierungspotential. Jelzin führte jedoch unbeeindruckt seinen Reformkurs fort, war aber in seiner Stellung als Präsident durchaus nicht unangefochten, wie zum Beispiel die knapp gegen den kommunistischen Kandidaten Sjuganow gewonnene Präsidentenwahl vom Sommer 1996 zeigte.

Die öffentliche Meinung, die zum großen Teil extremistische Positionen bevorzugte, zwang eigentlich gemäßigte westorientierte Politiker wie auch Jelzin zu schrofferem und unilateralerem Vorgehen. Neben der öffentlichen Meinung war auch der Westen mitverantwortlich für eine Destabilisierung der westorientierten Politiker, indem Russland hier nicht eindeutig als europäischer Staat behandelt wurde und die reservierte Haltung des Westens gegenüber massiverer wirtschaftlicher Unterstützung Russlands die wirtschaftliche Krise verstärkte²²⁹. So wurde unter ihm, der 1991 noch die baltische Unabhängigkeit unterstützt hatte, die Politik gegenüber den baltischen Staaten immer weniger konstruktiv.

Auch die russischen Beziehungen zur EG/EU waren nicht immer konfliktfrei. Zunächst waren die Beziehungen lange sehr wenig entwickelt, die EG hatten mit der SU am 21.12.1989 ein wenig konkretes Handels- und Kooperationsabkommen abgeschlossen, daneben existierte nur das Hilfsprogramm TACIS, das neben Russland auch andere GUS-Staaten einbezog²³⁰. Nachdem im März 1992 der Entschluss, weitere Verhandlungen zu unternehmen, gefallen war, definierte ein unter starkem deutschen Einsatz entstandenes *Partnership and Cooperation Agreement* (PCA) vom Juni 1994 die konkrete Zusammenarbeit in Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und ermöglichte einen regulären politischen Dialog, die Regeln wurden jedoch vor allem im Anti-Dumping-Bereich von Russland nicht immer eingehalten²³¹. 1999 wurde innerhalb der EU eine gemeinsame Strategie gegenüber Russland verabschiedet, die aber wegen Startschwierigkeiten der europäischen gemeinsamen Außenpolitik und dem russischen Reformstau wie auch der Rückfälle in machtpolitische Phasen zu einem Produkt wachsender Frustration der EU wurde²³². Das Erbe der kommunistischen Zeit machte Russland also vor allem in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zu einem Unsicherheitsfaktor im Ostseeraum. Zum einen wegen der politischen Instabilität des Landes, die durch die fehlende Erfahrung bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die kurze Existenz der relevanten Institutionen und eine große Akzeptanz extremistischer Positionen in der Bevölkerung

²²⁹ Sergounin: *Neoimperialism and Realpolitik*, S. 256.

²³⁰ Haukkala, Hiski: *The Making of the European Union's Common Strategy on Russia*. In: Ders.; Medvedev, Sergei (Hrsg.): *The EU common strategy on Russia. Learning the grammar of the CFSP*. (Programme on the Northern Dimension of the CFSP; Bd. 11). Helsinki [u.a.] 2001, S. 22-116, S. 25.

²³¹ Garbe: *Baltikum*, S. 129.

²³² Haukkala: *Common Strategy on Russia*, S. 63.

entstand. Zum anderen wegen der wirtschaftlichen Misere des Landes, die soziale Spannungen vergrößerte, sozialen Notstand und verbundene Unzufriedenheit mit sich brachte.

2.5.3.2 Kaliningrad

Die Oblast Kaliningrad, der Verwaltungsbezirk um das ehemalige Königsberg, wurde nach den Abkommen von Jalta und Potsdam der Russischen Sowjetrepublik angegliedert²³³. Damit wurde der Status Kaliningrads für Russland zunächst eine Prestigefrage, da es für den Einsatz der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg, für ihren Triumph über das Dritte Reich und die Rolle Russlands in Europa steht²³⁴. Mit der Unabhängigkeit der baltischen Staaten und dem Ende der SU wurden wegen der schwachen Verankerung Kaliningrads in der russischen Geschichte dahingehend Überlegungen zur Zukunft der Oblast angestellt, ob sie als autonome Republik, als Teil Russlands, unter einem polnisch-litauisch-deutschen Kondominium, als vierter unabhängiger baltischer Staat weiterexistieren, oder ob sie durch einen Nachbarstaat annektiert werden sollte. Die deutsche Regierung dementierte daraufhin jegliches Interesse an der Region, während die polnischen und litauischen Regierungen sich zurückhielten. Die Überlegungen wurden jedoch schnell fallengelassen, da eine Veränderung nicht nur die bestehenden Verträge zwischen der EG/EU und Russland untergraben, sondern auch den Nachkriegsstatus in der Region verändert und noch weitere Debatten um Territorien wie zum Beispiel das der Sowjetrepublik Litauen zugeschlagene Klaipeda-Gebiet ausgelöst hätte²³⁵. Kaliningrad wurde also zu einer russischen Exklave, da nunmehr zwischen ihm und dem russischen Mutterland die Territorien Litauens und Weißrusslands lagen. Aus dieser Sonderlage entstanden vielfältige Probleme im wirtschaftlichen, infrastrukturellen, sozialen und politischen Bereich, die Kaliningrad zu einer Problemregion Russlands und des gesamten Ostseeraums werden ließen.

²³³ Karabeshkin, Leonid; Wellmann, Christian: The Russian domestic debate on Kaliningrad. Integrity, identity and economy (Kieler Schriften zur Friedenswissenschaft, Bd. 11). Münster 2004, S. 17.

²³⁴ ebd., S. 17.

²³⁵ Joenniemi, Pertti; Dewar, Stephen; Fairlie, Lyndelle D.: The Kaliningrad puzzle. A Russian region within the European Union. Kopenhagen 2000, S. 5f.

Joenniemi, Pertti: Kaliningrad: a Pilot Region in the Russia/ EU-Relations? In: Ojanen, Hanna (Hrsg.): The Northern dimension. Fuel for the EU? (Programme on the Northern Dimension of the CFSP; Bd. 12) Helsinki [u.a.] 2001, S. 142- 187, S. 147ff.

2.5.3.2.1 Das Militärpotential Kaliningrads

Der Verlust der baltischen Staaten war für das Militär der SU ein schwerer Schlag. Nicht nur, dass strategisch wichtige Gebiete verloren gingen, die Ostseeflotte musste nun auf nur zwei Punkte konzentriert werden: St.Petersburg und Kaliningrad. Kaliningrad war hier als der ständig eisfreie Hafen der wichtigere der beiden, die durch die Exklavensituation sehr schwierige Versorgungslage minderte allerdings seinen Wert. Zudem riss der Verlust der baltischen Staaten in die russische Luftüberwachung und Raketenabwehr große Lücken²³⁶. Kaliningrad war also auch nach dem Kalten Krieg von großer strategischer Bedeutung für Russland, was sich auch darin zeigt, dass dort alle Waffengattungen unter einen Oberbefehlshaber gestellt wurden, um die Effektivität zu steigern²³⁷.

Daneben war das Militär in Kaliningrad aber auch ein Unruhepotential für den Ostseeraum, vor allem für die direkten Nachbarn Litauen und Polen. Zum einen weil in der schon vorher stark militarisierten Oblast noch viele Truppen stationiert wurden, die aus Deutschland und Polen abgezogen worden waren, was die Anwesenheit von Streitkräften in der Oblast überproportional erhöhte²³⁸. Zum anderen weil die Truppen äußerst wenig Disziplin aufwiesen, Straftaten bis weit in das Offizierskorps hinein waren keine Seltenheit²³⁹. Hinzu kamen bedrohliche Engpässe bei der Versorgung der Truppe mit Lebensmitteln sowie mangelnde Versorgung der Truppe mit Brennstoffen und Ersatzteilen, erhebliche Rückstände bei den Soldzahlungen und Wohnungsmangel für Soldatenfamilien²⁴⁰. In Sorge vor diesen Problemen betrafen viele Anstrengungen v.a. Polens und Litauens eine Reduktion der Zahl der in Kaliningrad stationierten Truppen.

2.5.3.2.2. Die wirtschaftliche Situation Kaliningrads

Auch Kaliningrad war von dem dramatischen Einbruch der russischen Wirtschaft betroffen, umso mehr, als Warentransfer vom oder zum russischen Mutterland immer über fremdes

²³⁶ Garbe: Baltikum, S. 138.

²³⁷ Pöschel, Günther: Der russische „Vorposten“ im Ostseeraum. Die gewandelte Bedeutung der baltischen Flotte. In: Marine- Forum, 1999, Nr. 3, S. 22-25, S. 22.

²³⁸ Krohn: Sicherheitspolitik, S. 94f.

Die konkreten Zahlen variieren sehr nach Autoren, aber in etwa kamen auf 900.000 Einwohner 12.000 Soldaten, 850 Panzer, 860 Panzerfahrzeuge, und ein massiertes Aufgebot an Raketen und Marine.

Föhrenbach: Westbindung, S. 37.

²³⁹ Noch 1998 wurde ausgerechnet der Militärstaatsanwalt der baltischen Flotte Generalmajor Gontscharenko zu anderthalb Jahren Haft verurteilt, weil er mit Versorgungsschiffen der Flotte Autoschmuggel betrieben hatte.

ebd., S. 25.

²⁴⁰ ebd., S. 24f.

Territorium geschehen musste. Das führte dazu, dass Kaliningrader Produkte zu teuer wurden, sowohl für den Export als auch für den eigenen russischen Markt, zudem waren sie auch qualitätsmäßig mit Importen nicht wettbewerbsfähig²⁴¹. Zur Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung geschah noch zu Zeiten der SU eine wirtschaftliche Öffnung der Oblast, indem sie nach einem Beschluss des Ministerrats am 25.09.1991 zur Freien Wirtschaftszone (FWZ) „Jantar“²⁴² wurde²⁴³. Die Grundlagen der Entwicklung sollten die Zusammenarbeit mit dem Ausland, vor allem bei Investitionen für Modernisierungen, die Erhöhung der Exporte im Montan- und Fischereisektor, die Entwicklung wettbewerbsfähiger Produkte, die Förderung des Transitverkehrs und die Anwendung moderner Managementmethoden zum Übergang zur Marktwirtschaft sein²⁴⁴. Zunächst sollte der Schwerpunkt auf dem Ausbau der Infrastruktur und dem Aufbau neuer Industriezentren liegen. Das Mittel zur Steigerung der Attraktivität der Region war vor allem Steuerbegünstigung der dortigen Unternehmen.

Das anfängliche Interesse ausländischer Investoren schwand aber relativ schnell wieder, vor allem wegen mangelnden Informationen zu Investitionsbedingungen durch eine unübersichtliche und wenig voraussehbare Gesetzgebungspraxis, der Schwierigkeit, planerische Kompetenzen der Moskauer Zentrale an die Region anzupassen und sie regionalen Behörden zu delegieren, wegen fehlender Infrastruktur und einer Hyperinflation, die zunächst 2000%, 1993 immer noch 1000% betrug²⁴⁵. Ein Hindernis war auch, dass die Produktion über Jahrzehnte lang nach militärischen Bedürfnissen organisiert war und eine Umstellung auf zivile Produktion schwer fiel. Hinzu kam wie auch im gesamten ehemaligen Ostblock ein Rückstand im technologischen und wissenschaftlichen Gebiet aufgrund von Investitionsversäumnissen zur Zeit des Kalten Krieges, in der finanzielle Mittel eher vom Militär absorbiert wurden²⁴⁶.

Die Zahl der Betriebe, die vollständig aus ausländischen Investitionen hervorgegangen waren, stieg immerhin von 30 im Juni 1992 auf 113 Anfang 1994, die Zahl der *joint ventures* von 30 im März 1991 auf 518, wobei im letzteren Fall es sich meist um Unternehmen mit wenig Beschäftigten handelte²⁴⁷. Dennoch überstiegen die Importe die Exporte um das Fünffache.

²⁴¹ Joenniemi: Pilot Region, S. 160.

²⁴² Jantar steht für Bernstein, einen wichtigen Rohstoff der Region.

²⁴³ Große-Jütte, Annemarie: Die Region Kaliningrad /Königsberg. Chance oder Gefahrenherd im Ostseeraum? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 44 (1994), 18-19, S. 32-45, S. 33.

²⁴⁴ ebd., S. 33.

²⁴⁵ ebd., S. 33.

²⁴⁶ Klambauer, Otto: Der Kalte Krieg und seine Folgen. Notizen und Gedanken. In: Karner, Stefan; Reiter, Erich; Schöpfer, Gerald (Hrsg.): Kalter Krieg. Beiträge zur Ost-West-Konfrontation 1945 bis 1990. (Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschafts-, Sozial-, und Unternehmensgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz, Bd. 5). Graz 2002, S. 11-18, S. 15.

²⁴⁷ Große-Jütte: Kaliningrad, S. 33.

Das Kaliningrader Dilemma war, dass nur ausländische Investitionen Linderung der Probleme bringen konnten, diese aber von diesen Missständen ferngehalten wurden. Dabei hätte Kaliningrad hinsichtlich seiner westlichen Lage ein ideales geographisches Potential zum Handel mit dem Westen gehabt, gerade auch wegen seines ganzjährig eisfreien Hafens, der zusammen mit dem St.Petersburger Hafen die wichtigste maritime Westanbindung Russlands darstellt. Dieser jedoch hatte den Kaliningrader Hafen bald ausgestochen, der nur noch zu 25% ausgelastet war²⁴⁸. Die FWZ wurde dann auch 1995 beendet, zum einen wegen ihrer geringen Wirkung, zum anderen weil Moskau einflussreiche Großregionen liquidieren und gefügiger machen wollte²⁴⁹ und weil die Zentrale Sorgen vor einem wachsenden Fremdeinfluss bekam²⁵⁰. Stattdessen wurde auf intensives Betreiben Kaliningrads eine Sonderwirtschaftszone (SWZ) eingerichtet, die aber dieselben Ziele, Probleme und unzureichende Attraktivität hatte wie die FWZ. Lediglich die außenpolitischen Kompetenzen hinsichtlich der Verteidigungsindustrie, der mineralischen Rohstoffe, der Energieproduktion und anderer behielt sich Moskau nunmehr vor²⁵¹. Die wirtschaftlichen Probleme der Region wurden auch durch die russische Zentrale noch verschlimmert, die aus der Sorge, ein prosperierendes Kaliningrad könnte Autonomiebestrebungen entwickeln, wirtschaftliche Reformen behinderte. Ein großes Problem war zum Beispiel die zögerlich voranschreitende Landreform, die aus Angst vor westlicher Einflussnahme noch lange Zeit den Erwerb von Grund und Boden durch Ausländer, eine Grundvoraussetzung ausländischer Investitionen, stark limitierte. Außerdem verlor der Kaliningrader Gouverneur Matochkin, der mit seiner Politik einer Öffnung gegenüber dem Westen einen leichten Wirtschaftsaufschwung erreichen konnte, die Wahlen 1996, sein Nachfolger Gorbenko handelte eher isolationistisch, setzte mehr auf eigene Produktion denn auf fremdes Kapital und brach auch einige Reformen ab²⁵². Mit dieser desolaten Wirtschaftslage einher ging ein Verfall der sozialen Lage, der sich in einer stark wachsenden Kriminalität auf allen Ebenen wie zum Beispiel einer starken Korruption und Schmuggel von Alkohol, Zigaretten, Bernstein und Drogen ausdrückte. Hinzu kam ein starker Anstieg der HIV-Infektionen²⁵³.

²⁴⁸ Helm, Thomas: Themen der Zeit. Tor zur Europäischen Union oder Konfliktquelle im Ostseeraum Königsberg/Kaliningrad zwischen "Hongkong an der Ostsee" und "Atlantis des Nordens". In: *Civis*. Vierteljahresschrift für eine offene und solidarische Gesellschaft, (2005), 3-4, S. 47-51, S. 48.

²⁴⁹ Joenniemi: Kaliningrad puzzle, S. 14.

²⁵⁰ Sergounin, Alexander: EU Enlargement and Kaliningrad: The Russian Perspective. In: Sergounin, Alexander; Fairlie, Lyndelle D.: *Are borders barriers? EU enlargement and the Russian region of Kaliningrad*. (Programme on the Northern Dimension of the CFSP; 13) Helsinki 2001, S. 139- 190, S. 164.

²⁵¹ ebd., S. 167.

²⁵² Joenniemi: Pilot Region, S. 161.

²⁵³ Garbe: Baltikum, S. 145f.

Auf diese Weise konnte die Region trotz ihrer wirtschaftlichen Sonderregelungen deutlich weniger Investitionen als andere russische Regionen an sich ziehen²⁵⁴, dagegen verursachte sie als FWZ Russland allein 1996-1998 2,5 Mrd. US-Dollar Zollverluste²⁵⁵. So blieb Kaliningrad in der Gefahr, zur doppelten Peripherie zu werden. Die Peripherie des Westens durch fehlende Vernetzung mit der EU und die Peripherie Russlands durch die Exklavensituation.

2.5.4 Skandinavien auf dem Weg nach Europa

Nach der Gründung der EFTA 1960 zwischen Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und der Schweiz waren die 1960er Jahre in Skandinavien eine Zeit sehr starken Wirtschaftswachstums²⁵⁶. Finnland wurde 1961 der EFTA assoziiert und konnte so trotz seiner Vertragsverpflichtungen gegenüber der SU an der westlichen Wirtschaftsgemeinschaft teilhaben. Die skandinavischen Wirtschaften nutzten die Möglichkeiten der Vereinigung und vernetzten sich mit den außerskandinavischen Wirtschaften, was problematisch wurde, als Dänemark und Großbritannien 1973 und Portugal 1986 der EG beitraten. Für Schweden zum Beispiel waren damit die wichtigsten Handelspartner Staaten der EG, so dass sich zu Beginn der 1990er Jahre 55% des schwedischen Außenhandels auf die Gemeinschaftsmitglieder konzentrierten, dagegen nur 18% auf die EFTA-Staaten²⁵⁷. Die schwedischen Unternehmen schulterten daraufhin sehr hohe Auslandsinvestitionen, um den Kontakt nicht zu verlieren. Die schwedische Wirtschaft hatte also die Integration in Europa eher vollzogen als die schwedische Politik, die daher nachziehen musste.

Im Herbst 1990 verdichteten sich die Überlegungen zu einer möglichen EG-Mitgliedschaft Schwedens, allerdings sollte die Neutralität damit nicht zur Disposition gestellt werden. Am 01.07.1991 wurde dementsprechend ein Antrag auf Mitgliedschaft in der EG gestellt.

Stellungnahmen der EG-Kommission ließen allerdings erkennen, dass ein Festhalten an der schwedischen Neutralität ein Hindernis für die Aufnahme in die EG sein würde, da diese eine gewisse Loyalität erfordere. Angesichts der Entspannung des Ost-West-Konflikts schien die

²⁵⁴ Kaliningrad erreichten im Zeitraum 1994-1998 an ausländischen Investitionen nur 66 Mio. US-Dollar, bei der Oblast Nowgorod mit 200.000 Einwohnern weniger waren es 1994 bis 1999 600 Mio. US-Dollar.

Sergounin: EU-Enlargement, S. 168.

²⁵⁵ ebd., S. 168.

²⁵⁶ Kirby: Baltic, S. 388.

²⁵⁷ Mahnert, Heike; Putensen, Dörte: Der Norden auf dem Weg nach Europa. Skandinavien und die europäische Integration. (Horst Wernicke [Hrsg.]: Greifswalder Historische Studien, Bd. 5) Hamburg 2002, S. 96.

Neutralitätspolitik aber auch immer weniger angemessen, was der schwedische Ministerpräsident Carl Bildt im November 1991 bei einer Rede vor der EG-Kommission zum Anlass nahm, sich nunmehr klar zu einer Politik der europäischen Identität zu bekennen²⁵⁸. Dieser Schritt Schwedens stellte eine Revolution im nordischen Sicherheitsdenken dar und setzte ein Zeichen für die anderen skandinavischen Staaten²⁵⁹. Den Höhepunkt der Europa-Begeisterung der Schweden war zu diesem Zeitpunkt aber wohl schon überschritten, so dass das Referendum zum EU-Beitritt am 13.11.1994 mit 52,3% Ja-Stimmen denkbar knapp ausfiel. Die Gegner fürchteten vor allem um den Bestand des schwedischen Wohlfahrtsstaats innerhalb der EU²⁶⁰.

Finnland erlebte ab 1989 durch den Einbruch des sowjetischen Handels, der einen sehr großen Anteil der finnischen Außenwirtschaft ausmachte, die schlimmste Rezession der Nachkriegszeit²⁶¹. In den Jahren 1990 bis 1993 sank das Bruttoinlandsprodukt um 13,5%, die Arbeitslosigkeit lag 1994 bei 18,4%²⁶². Diese Aussicht bewirkte zusammen mit der, dass Schweden, wie auch andere wichtige Handelspartner Finnlands, vorher der EG beitreten würde, im März 1992 die Vorlage des finnischen Antrags auf Mitgliedschaft bei der EG. Zusätzlich ausschlaggebend war im Angesicht eines politisch instabilen Russlands (unter anderem der Putsch in Moskau im August 1991 hatte das eindrücklich gezeigt) das Bedürfnis nach politischer Integration in den Westen²⁶³.

Auch Norwegen hatte wirtschaftliche Probleme. 1985-86 waren die Weltmarktpreise für Rohöl stark gefallen, was die norwegische Wirtschaft in eine tiefe Rezession brachte, die allerdings kein „freier Fall“ war, Norwegen also noch Handlungsspielraum ließ. So gab es im Mai 1987 die offizielle Abkehr von der Politik des vollkommenen Ausschlusses des Einbezugs in die EG²⁶⁴. Allerdings wurde hier die Frage einer Vollmitgliedschaft nicht berührt, vielmehr sollten die Probleme ohne Änderung des Verhältnisses zur EG gelöst werden. Auch nach Schwedens Mitgliedschaftsantrag beharrte man zunächst auf der Konzentration der Integration auf den Bereich des Europäischen Wirtschaftsraums. Ein Kurswechsel vollzog sich erst, nachdem im April 1992 die Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland klar Stellung für einen EG-Beitritt bezog²⁶⁵. In einer EntschlieÙung vom 19.11.1992 sprach sich das norwegische Parlament, das *Storting*, für einen Antrag auf EG-

²⁵⁸ ebd., S. 104f.

²⁵⁹ Brundtland: Security, S. 12.

²⁶⁰ Froese: Ostsee, S. 476.

²⁶¹ ebd., S. 476

Auch die Kündigung des Freundschafts- und Beistandsvertrags mit der SU vergrößerte die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, da der Osthandel über ihn organisiert worden war.

²⁶² ebd., S. 476.

²⁶³ Mahnert: Norden, S. 122.

²⁶⁴ ebd., S. 113.

²⁶⁵ ebd., S. 117.

Mitgliedschaft aus, jedoch unter den Bedingungen, dass die anderen nordischen Staaten auch in die EG aufgenommen werden und das Verhandlungsergebnis zwischen Norwegen und der EG-Kommission Gegenstand eines Referendums wird. Dieses Referendum am 28.11.1994 scheiterte knapp mit 52,2% Nein-Stimmen, so dass sich Norwegen der für den 01.01.1995 geplanten EU-Erweiterung entzog.

Island hatte in der ganzen Zeit der skandinavischen EG-Vorbereitungen kein Interesse gezeigt, da ein Beitritt nicht im Sinne seiner Fisch-Monoindustrie lag und zudem Handelskämpfe mit EG-Mitgliedern wie Großbritannien und Deutschland ungeschlichtet waren²⁶⁶.

Die am 01.01.1995 vollzogene Erweiterung der EU war neben dem Kandidaten Österreich vor allem eine Norderweiterung der EU um Schweden und Finnland. Nicht nur, dass die EU im Ostseeraum zumindest nominell präsenter wurde, sie erhielt auch eine 1.300 km lange Grenze mit Russland und musste sich so neuen Herausforderungen stellen. Dies galt auch für die Probleme in Polen und dem Baltikum, die durch diese Erweiterung auch näher gerückt waren. Für die baltischen Staaten allerdings war schon die Norderweiterung ein Gewinn, da sich so die Freihandelsabkommen, die sie mit Finnland und Schweden abgeschlossen hatten, auf die anderen Staaten der EU ausdehnten²⁶⁷.

Innerskandinavisch dagegen vertiefte sich durch das Fernbleiben Norwegens und Islands die Krise des nordischen Zusammenhalts, da sich die Interessen und Loyalitäten der Länder verschoben²⁶⁸, zudem verlor das skandinavische Staatsmodell, das für Wohlstand, Gleichheit, Pluralismus und Freiheitlichkeit stand, in dieser Zeit der wirtschaftlichen Probleme und Fokussierung auf die EU-Mitgliedschaft an Glanz²⁶⁹.

2.5.5. Die Umweltsituation

2.5.5.1 Die Sondersituation der Ostsee

Die am Ende der Weichseleiszeit entstandene Ostsee ist mit einem Alter von erst 12.000 Jahren ein relativ junges Meer und mit einer Fläche um 415.000 km² das größte

²⁶⁶ Brundtland: Security, S. 17.

²⁶⁷ Archer, Clive: The EU, Security and the Baltic Region. In: WeltTrends, 1999, Nr. 23, S. 45- 61, S. 51.

²⁶⁸ Mahnert: Norden, S. 212.

²⁶⁹ Heurlin, Bertel: Security Problems in the Baltic Region in the 1990's. The Baltic Region and the New Security Dynamics and Challenges. In: Joenniemi, Pertti; Stalvant, Carl-Einar: Baltic Sea Politics. Achievements and Challenges. Stockholm, Kopenhagen 1995, S. 55- 76, S. 58.

Brackwassergebiet der Welt²⁷⁰. Charakteristisch ist die geographische Sondersituation, dass sie nur über äußerst schmale Wasserstraßen, nämlich den Kleinen und Großen Belt sowie den Öresund mit den Weltmeeren verbunden ist. Ein Austausch des gesamten Wassers der Ostsee dauert unter diesen Bedingungen 30 bis 50 Jahre²⁷¹, was die Ostsee überaus anfällig für Verschmutzung macht, da Schadstoffe nicht schnell verteilt oder abtransportiert werden, sondern lange in relativ hoher Konzentration vor Ort bleiben.

Durch diesen äußerst begrenzten Wasseraustausch ist die Ostsee schon von Natur aus ein chronisch sauerstoffarmes Gewässer. Hinzu kommt, dass ihr über Flüsse mehr Süßwasser zugeführt wird, als sauerstoffreiches Salzwasser in sie gelangt. Weiterhin problematisch ist zumindest im Norden die häufige und lange Eisbildung auf der Ostsee, die negative chemische Prozesse unterstützt²⁷². Diese natürlichen Faktoren machen die Ostsee sehr anfällig für Verschmutzungen aller Art. Weiterhin entscheidend war, dass im 20. Jahrhundert alle Anrainer Industriestaaten waren, so dass durch eine relativ weit entwickelte Industrie, einen relativ hohen Lebensstandard und eine Landwirtschaft, die viel mit chemischen Düngern arbeitete, ein hohes Verschmutzungspotential gegeben war. Lange Zeit wurden die Schadstoffe bedenkenlos direkt, über Flüsse oder das Grundwasser in die Ostsee geleitet.

Das Wassereinzugsgebiet der Ostsee ist größer als der unmittelbare Ostseeraum und umfasst zusätzlich neben dem gesamten Polen auch Teile der Slowakei, Norwegens und der Ukraine sowie Weißrussland, ein Raum, in dem 80 Mio. Menschen leben²⁷³. Diese Anfälligkeit aus geographischen Gründen zusammen mit dem ständig wachsenden Aufgebot an Schadstoffen führten dazu, dass der schon 1902 gegründete *International Council for the Exploration of the Sea* (ICES) am Ende der 1960er Jahre, als er erstmalig die ökologische Belastung der Ostsee dokumentierte, zu dem Schluss kam, die Ostsee sei „eines der am meisten verschmutzten Meere der Welt“²⁷⁴.

²⁷⁰ Fitzmaurice, Malgorzata: The 1974 Helsinki Convention on the Protection of the Marine Environment of the Baltic Sea Area. In: Platzöder, Renate; Verlaan, Philomène (Hrsg.): The Baltic Sea. New developments in national policies and international cooperation. Den Haag [u.a.] 1996, S. 312-329, S. 312.

²⁷¹ Fitzmaurice: Baltic, S. 140.

²⁷² Fitzmaurice: 1974 Helsinki Convention, S. 312.

²⁷³ ebd., S. 312.

²⁷⁴ zitiert nach: Pehle, Heinrich: Umweltschutz in der Ostsee-Region. Deutschland und Schweden als Vorreiter im Ostsee-Umweltregime? In: Henningsen, Bernd; Stråth, Bo (Hrsg.): Deutschland, Schweden und die Ostsee-Region. Konferenz an der Ostsee-Akademie. (Nordeuropäische Studien, Bd. 10) Baden-Baden 1996, S. 54- 70, S. 59.

2.5.5.2 Verschmutzung durch Nährstoffe

Das größte Umweltproblem der Ostsee wurde der Eintrag von Nährstoffen wie Stickstoff und Phosphor, der so genannten Eutrophierung, einmal über Punktquellen wie Städte, die ungeklärte Abwässer einleiten, oder Flüsse, die solche Abwässer mit sich führen, oder diffuse Quellen wie die Landwirtschaft, deren Dünger und Abfälle der Viehhaltung über das Grundwasser in die Ostsee gelangen. Dort führen sie in warmen Sommern zu einem massiv erhöhten Algenwachstum, was einerseits im Falle der Blaualgen eine Verseuchung des Wassers mit Nervengift zur Folge hat, die nicht nur marines Leben vernichtet, sondern auch dem Menschen gefährlich werden kann. Außerdem führen starke Algenblüten beim Absterben und Verrotten in jedem Fall zu einem Abbau des Sauerstoffgehalts im Meereswasser, was dann wiederum stärkere Algenblüten fördert, so dass ein Kreislauf entsteht. Sauerstoffloses Wasser wiederum ermöglicht die Bildung von giftigem Schwefelwasserstoff²⁷⁵. Das ist für die Spezies der Ostsee, die schon die aus natürlichen Gründen geringe Versorgung des Ostseewassers mit Sauerstoff verkraften müssen, umso verheerender. Und so sind die tieferen Meeresgebiete, vor allem im Finnischen Meerbusen, dem zentralen Becken zwischen Schweden und dem Baltikum, sowie in der dänischen Beltsee, vollkommen abgestorben, da der Sauerstoffgehalt unter das Existenzminimum gefallen ist. Diese abgestorbenen Gebiete dehnen sich aus und können nur durch den Eintrag sauerstoffreichen Wassers aus der Nordsee zurückgedrängt werden. Diese sind jedoch auf Grund der schmalen Ostseeeingänge besonders selten und bedürfen lang anhaltender starker Winter- und Frühlingsstürme aus westlichen Richtungen, die Nordseewasser in die Ostsee hineindrücken. Obwohl gegen Ende des Kalten Krieges im Bereich des Eintrags von Stickstoff und Phosphor kein Ostseeanrainerstaat vorbildlich war, war Polen jedoch mit Abstand der stärkste Verschmutzer²⁷⁶, gefolgt von der SU²⁷⁷. Dänemark trug für seinen Anteil an der Ostseeküste auch relativ viel zur Belastung bei, Schweden und Finnland waren besser eingestuft, Deutschland auch, weil außer der Oder keine größeren Flüsse des Landes in die Ostsee münden. Ausschlaggebend war auch die Versorgung mit Klärwerken, die in den Ländern des Ostblocks sehr gering war, zum Beispiel gab es 1990 in Polen allein in 200 Städten keine Kanalisation und in 400 Städten keine Abwasserreinigung²⁷⁸.

²⁷⁵ Fitzmaurice: 1974 Helsinki Convention, S. 312.

²⁷⁶ Dies lag unter anderem daran, dass das gesamte polnische Staatsgebiet im Entwässerungsbereich der Ostsee lag und Weichsel und Oder die in sie eingeleiteten Schadstoffe des gesamten Landes in die Ostsee transportierten.

²⁷⁷ Pehle: Umweltschutz, S. 56.

²⁷⁸ Beratungsausschuss der Finnischen Wirtschaft (EVA) (Hrsg.): Mare Balticum. Eine Wirtschafts- und Kulturregion. Helsinki, 1990, S. 45.

2.5.5.3 Die Verschmutzung durch andere Schadstoffe

Während das Problem der Eutrophierung erst in den 1980er Jahren bedeutsam wurde, gab es vorher schon beträchtliche Verschmutzungen der Ostsee durch Pestizide, Schwermetalle, sonstige Chemikalien und auch Radioaktivität. Ein Problem, dessen Umfang und Auswirkungen bis in die 1990er Jahre nicht bekannt war, war chemische Munition auf dem Meeresgrund der Ostsee. Im Zweiten Weltkrieg waren chemische Kampfstoffe zwar nicht eingesetzt, aber doch in Massen produziert worden. Die Entsorgung der deutschen Chemiewaffen wurde durch die Siegermächte 1947 einfach über Verklappung in der Ostsee gelöst, ohne dass die Mengen und Orte genau dokumentiert waren, so dass Jahrzehnte später die Verklappungsstellen nur wenig genau im Kattegatt und bei Bornholm lokalisiert werden konnten²⁷⁹. Vollkommen unbekannt war die Wirkung der Kampfstoffe, deren Austreten aus den immer mehr verrottenden Granaten und Kanistern immer wahrscheinlicher wurde.

Auch die Konzentration von Dioxin wuchs durch industrielle Verschmutzung im Wasser, so dass Schalentiere aus dem Kattegatt so große Mengen des Giftes aufgenommen hatten, dass ihr langfristiger Verzehr gesundheitsschädigend wirkte²⁸⁰. Eine wachsende Konzentration des Insektizids Dichlordiphenyltrichlorethan (DDT), das sich in der Nahrungskette anlagerte, führte im Ostseeraum zu Populationseinbrüchen des schon aus anderen Gründen bedrohten Seeadlers. Das DDT bewirkte eine derartige Schwächung der Kalkschale der Eier, dass die Bebrütung des Geleges unmöglich wurde.

Auch andere industrielle chemische Abfälle wie Quecksilber, das vor allem aus der Papierherstellung kam, Beiprodukte chemischer Erzeugnisse und Pharmazeutika sowie Schwermetalle verschmutzten die Ostsee in signifikantem Maße²⁸¹. Auch hier waren wieder alle Ostseeanrainerstaaten beteiligt, wenn auch der Anteil der Staaten des Ostblocks höher war als der der anderen. So wurden zum Beispiel in Estland jährlich etwa 250 Millionen Kubikmeter mit Salzen und Schwermetallen verseuchtes Wasser aus den Ölschieferminen in die Ostsee geleitet. Die hier mit Ölschiefer betriebenen Heizkraftwerke produzierten noch 1998 fünf Millionen Tonnen Asche, die, nur zum Bruchteil weiterverwendet, unzureichend gelagert wurde und das Grundwasser mit Schwermetallen und Phenol verschmutzte²⁸².

²⁷⁹ Die chemischen Kampfstoffe, die in der Flensburger Förde und der Kieler Bucht versenkt worden waren, waren schon Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre geborgen worden, für die Verklappungsstellen in den internationalen Gewässern hatte niemand die Zuständigkeit übernommen.

Krohn: Sicherheitspolitik, S. 136.

²⁸⁰ Pehle: Umweltschutz, S. 55.

²⁸¹ Fitzmaurice: 1974 Helsinki Convention, S. 312.

²⁸² Purju, Alari: The Energy Sector in the Baltic States. In: Liuhto, Kari; Purju, Alari; Itämeri, Pekka: Energizing the Northern dimension of the European Union. The EU's northern dimension and the energy sector

Neben diesen Formen des Eintrags von Schadstoffen über Wasser war auch der atmosphärische Eintrag maßgeblich, für den private Haushalte, Industrie und Verkehr gemeinsam verantwortlich waren. Der Seeverkehr war auch eine Quelle der Verschmutzung, vor allem in Form von Ölpesten, die durch Unfälle oder Entsorgungen von Altöl auf See entstanden.

Während am Ende des Kalten Krieges durch den Niedergang der osteuropäischen Wirtschaft auch viele Industrien stillgelegt wurden und somit als Verschmutzer ausfielen, war jedoch eine Erholung der Wirtschaft abzusehen und bis dahin eine Modernisierung der Industrien erforderlich. Regelungen mussten auch für den Schiffsverkehr gefunden werden, der wuchs und prognostisch immer mehr zunehmen sollte, was das Risiko von Unfällen und Verschmutzungen drastisch erhöhte. Zu diesen Problemen kam noch die Bedrohung durch radioaktive Substanzen, vor allem aus der Russischen Föderation. Hier gab es vor allem auf der Halbinsel Kola, aber auch in der St.Petersburger Region unzureichend gelagertes abgebranntes Brennmaterial, von dem eine Gefahr für den gesamten Ostseeraum ausging. Diese Lagerstätten wurden auch wie die durch radioaktive Substanzen betriebenen Leuchttürme an der Ostseeküste der ehemaligen Sowjetrepubliken unzureichend überwacht, so dass Diebstahl und Schmuggel des radioaktiven Materials häufig waren. Zwischen 1991 und 1996 wurden allein 60 Fälle solchen Schmuggels aufgedeckt und das Material beschlagnahmt²⁸³. Problematisch war hierbei vor allem die geringe Bereitschaft der russischen Verantwortlichen zur Kooperation. Im August 1994 wurde von deutschen Behörden ein solcher Fall aufgedeckt, woraufhin das russische Ministerium für Atomenergie den Schmuggel heftig bestritt und den deutschen Behörden Spionageabsichten und Verleumdung vorwarf²⁸⁴.

2.5.6 Zwischenbilanz: Von der Hard Security zur Soft Security

Infolge der Trennung des Ostseeraums durch die Blockkonfrontation waren also komplexe Problemlagen entstanden, die nach dem Ende des Kalten Krieges in vollem Umfang in Erscheinung traten. Vor allem waren das die Probleme der kollabierenden Planwirtschaften, die auf westliche Wirtschaftsmodelle umgestellt werden sollten und die Probleme, welche die Diktaturen der Kommunistischen Parteien hinsichtlich der Demokratiefähigkeit der

in the Baltic States and in Russia. (Studies in industrial engineering and management, Bd.10) Lappeenranta 2000, S. 81-136, S. 104.

²⁸³ Garbe: Baltikum, S. 147.

²⁸⁴ ebd., S. 147.

Institutionen und auch der Bevölkerung hinterlassen hatten. Der Großteil der weiteren Probleme in sozialen, rechtlichen, edukativen und anderen Bereichen hatte seine Ursache in der Planwirtschaft und den Erfahrungen mit Diktaturen. Auch die notwendigen Veränderungen, die in diesen Bereichen durchgeführt wurden, verursachten teilweise neue Problemlagen. Dies wurde begünstigt dadurch, dass den ehemaligen Ostblockstaaten die Erfahrungen mit den angestrebten Zielzuständen in Wirtschaft und Politik fehlten und ihre Entscheidungen somit ein größeres Risiko beinhalteten. Aber auch der Westen war auf einen Sieg im Kalten Krieg nicht vorbereitet gewesen, da die Westallianzen rein defensive Bündnisse waren²⁸⁵. Insofern gab es auch hier keine grundlegende Planung dafür, wie die Trennung Europas im Allgemeinen und des Ostseeraums im Besonderen wieder rückgängig gemacht werden sollte. Zudem hatte auch der Westen zumindest mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen, die sich aus der neuen Situation ergaben, wie zum Beispiel in Deutschland, das seine Einheit finanzieren musste, Finnland, das den Einbruch seines Osthandels zu verkraften hatte und den Staaten der skandinavischen Halbinsel, die den Anschluss zu ihren Wirtschaftspartnern in der EG nicht verlieren durften.

Zu diesen Problemen gesellten sich noch Konflikte, die die Transformation der Staaten behinderten wie die Differenzen zwischen Russland und den baltischen Staaten, vor allem Estland und Lettland. Russlands offenes Streben, hier noch längstmöglich seinen Einfluss aufrechtzuerhalten, behinderte nicht nur die Transformation dieser Staaten, sondern stellte auch einen Unsicherheitsfaktor für die Region dar. Hinzu kam eine beträchtliche Verschmutzung der Umwelt, vor allem der Ostsee selber, die ein weiteres Risiko für die Volkswirtschaften und auch die Gesundheit der Bürger und ihre soziale Sicherheit darstellte.

Ein mit diesen Problemen verbundener Aufschwung von ansteckenden Krankheiten, Kriminalität, organisierter Kriminalität, illegaler Migration²⁸⁶ und sozialen Notstands, der geeignet war, politisch extremistischen Positionen Vorschub zu leisten, machten die Problemlagen im östlichen Teil des Ostseeraums zum Sicherheitsrisiko für den gesamten Ostseeraum und auch Europa.

Verglichen mit den Sicherheitsrisiken des Kalten Krieges waren diese neuen Probleme gänzlich anderer Art. Die Politikwissenschaft beschreibt dies mit einem Wandel der Sicherheitsagenden. Während die Sicherheitsagenda des Kalten Krieges durchaus die traditionelle war, die den Fokus auf Kriegen zwischen Staaten hatte, in der Gewalt berechnet als ein Instrument hoher Politik eingesetzt wurde, war die Sicherheitsagenda nach der

²⁸⁵ Alten, Jürgen von: Weltgeschichte der Ostsee. Berlin 1996, S. 133.

²⁸⁶ 1997 gab es allein an der deutsch-polnischen Grenze 28.000 Festnahmen illegaler Migranten, die Dunkelziffer lag deutlich höher. Polnische Grenzer schätzten die Zahl auf 2 Millionen Afrikaner und Asiaten, die in Polen auf eine Schleusung in den Westen warteten.

Krämer, Raimund: Die Ostgrenze der Europäischen Union. In: Welttrends, Nr. 22 1999, S. 9-26, S. 21.

Blockkonfrontation eine neue, in der Gewalt mehr ein Instrument niederer Politik und unkontrolliert war. Sie konnte insofern nicht berechnet werden und chaotisch auftreten, ihre Ursachen lagen in so genannten „weichen“ Sicherheitsrisiken, also meist sozial motivierte Risiken ohne Einfluss des Militärs, wie sie nach dem Kalten Krieg im Ostseeraum in Menge vorlagen²⁸⁷. Im Gegensatz zur statischen, ungebrochenen Gewalt, die sich auf klar erkennbare Gegner, Hierarchien, Staatsgrenzen und Militär stützte und mit Hilfe von Balancen und Sicherheitsgarantien eine absolute und ungebrochene Sicherheit leisten konnte, war nunmehr Sicherheit teilbar und relativ, die gebrochene und improvisierte Gewalt ging von wechselnden Gegnern in variierenden Formationen aus²⁸⁸. Trotzdem bestand die alte Sicherheitsagenda auch noch weiter, wie die Gefahr, Russland könnte zum Großmachtstreben zurückkehren, zeigte.

Das Engagement internationaler Einrichtungen zur Lösung dieser Probleme hielt sich zunächst in Grenzen. Die NATO zögerte angesichts der russischen Ablehnung, den Beitrittswünschen der ehemaligen Ostblockstaaten nachzukommen, um so die allgemeine Entspannung des Ost-West-Verhältnisses nicht zu gefährden. Auch die EG/EU begann zunächst zögerlich, bilaterale Lösungen zu suchen, ohne ein notwendiges Entwicklungskonzept für den Ostseeraum zu entwickeln²⁸⁹.

Regionale Kontakte und Routinen zur Lösung der Probleme des Ostseeraums bestanden zunächst nur mit der Helsinki Kommission (HELCOM) im Bereich des Meeresschutzes, so dass es den Ostseeanrainern selbst oblag, neue eigene Formen der Kooperation zur Lösung der schwerwiegenden Probleme zu schaffen.

²⁸⁷ Joenniemi, Pertti: Introduction: Outlining Two Competing Security Agendas. In: Joenniemi, Pertti; Prikulis, Juris (Hrsg.): *The Foreign Policies of the Baltic Countries. Basic Issues*. Tampere, Riga 1994, S. 5- 9, S. 7
Der Umstand, dass so genannte „weiche“ Sicherheitsrisiken gerade diejenigen sind, die Konflikte provozieren, hat zu Kritik an der Begrifflichkeit geführt, die hier, eingedenk dessen, trotzdem zur besseren Abgrenzung von militärischer Sicherheit benutzt werden soll.

Galeotti, Mark: The challenge of ‚soft security‘: Crime, Corruption and Chaos. In: Lynch, Dov: *New thinking in conflict management*. In: Cottey, Andrew; Averre, Derek (Hrsg.): *New security challenges in postcommunist Europe. Securing Europe's east*. Manchester 2002, S. 151- 171, S. 151.

²⁸⁸ ebd., S. 8.

²⁸⁹ Alten: *Ostsee*, S. 137.

3. Institutionengeschichte der Gremien im Ostseeraum

3.1 Kleinere Kooperationsorganisationen

3.1.1 *Baltic Tourism Commission* (BTC)

Die *Baltic Tourism Commission* (BTC) war schon zu Zeiten des Kalten Kriegs entstanden. Im Mai 1975 sprach sich der Direktor der finnischen Tourismusagentur Bengt Pihlström auf einer finnischen Konferenz der nordeuropäischen *Junior Chambers of Commerce* für mehr Freiheit im Tourismus und gegen Beschränkungen der Bewegungsfreiheit von Wassersportlern innerhalb der Ostsee aus. Sechs Jahre später fand im Mai 1981 in Karlskrona die erste Tourismuskonferenz der Ostseestaaten statt, die eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Bengt Pihlström, dem Dänen Hanns Peter Nerger und der Polin Krystyna Hryniewska, bildete²⁹⁰. Im Herbst 1983 wurde daraus auf Initiative der Lübecker Handelskammer die BTC gegründet, die vom 04.-06.09.1984 ihre erste Konferenz verbunden mit einem Workshop in Lübeck abhielt. Zu den frühen und zu der Zeit kühnen Forderungen gehörten die volle Bewegungsfreiheit privater Wassersportler an der Küste der Ostsee, bessere Fähr- und Flugverbindungen und eine Verringerung der Grenzformalitäten. 1986 erschien die erste Broschüre der BTC, die den Ostseeraum zumindest im Marketing-Sinn als eine einheitliche Region beschrieb. Die Verbindungen festigten sich mit der Einrichtung eines Sekretariats in Norrköping und der Entwicklung eines Logos 1988. 1992 kam es zur ersten *travel mart*, einer Tourismusmesse, in Kiel und die gewachsene Struktur erforderte die Einrichtung einer *Standing Commission* als Leitungsgremium. In dieser Form agierte die BTC fortan als Lobbyorganisation für den Tourismus im Ostseeraum, nach einer Umordnung der Struktur und einer leichten Namensänderung in *Baltic Sea Tourism Commission* im Jahre 1996 gab sie 1997 einen ersten Marketingplan für den gesamten Ostseeraum heraus. Auf diese Weise wurden die Interessen der Tourismuswirtschaft im Ostseeraum vertreten und die Tourismusanbieter miteinander vernetzt. Dies unterstützte das Wachstum des Tourismussektors als wichtigem Wirtschaftsfaktor der Region und ebenso den kulturellen Austausch im Ostseeraum, indem seine Bürger auf Reisen Erfahrungen sowohl hinsichtlich der Kultur als auch mit Menschen anderer Ostseestaaten machten.

Zu Zeiten des Kalten Krieges hatte die BTC als eine der frühen Ostseeinstitutionen eine wichtige Rolle gespielt, da sie gemeinsame Interessen der konträren ideologischen Blöcken angehörigen Staaten artikulierte und als ein Forum zum Meinungs austausch und der Vertrauensbildung fungierte.

²⁹⁰ The BTC Story. How it all began. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.balticsea.com/travel_trade_btc_members_btc_story.htm, 15.11.2005.

3.1.2 Das Hanse-Office

Schon 1985 wurde das Informationsbüro Hamburgs als erstes Regionalbüro in Brüssel gegründet. 1987 entstand aus ihm das Hanse-Office (HO), am 24.08.1990 wurde Schleswig-Holstein über ein Abkommen zur Zusammenarbeit in das Büro aufgenommen. Die Aufgaben des Büros sind einerseits die frühzeitige Information beider Länder über Entwicklungen in den EU-Politiken und die Information und Unterstützung von Privatleuten mit Anliegen an Behörden der EU, andererseits die Interessenvertretung der Länder direkt bei den europäischen Institutionen²⁹¹. So kümmerte sich das Hanse-Office zum Beispiel 1996 um die Akkreditierung als Beobachter beim Ausschuss der Regionen (AdR), die jedoch nicht ermöglicht wurde. Ebenso scheiterte die Schaffung einer Ostsee-Gruppe im Rahmen des AdR. Dennoch bekam das HO Zugang zu allen seinen Sitzungen²⁹². Ebenfalls 1996 veranstaltete das HO im Juni einen Workshop zur Kooperation in Mittelmeer und Ostsee, um so einen Erfahrungsaustausch herbeiführen zu können. Zudem wurden in diesem Jahr über 50 Einzelanfragen zu Förderprogrammen der EU bearbeitet.

Eine nicht immer einfache Zusammenarbeit mit den Bundesländern dokumentiert die Kritik des Hanse-Offices im Jahresbericht 1997, der geringe Kooperation bei der Entsendung von Beamten nach Brüssel und ihrer Wiedereingliederung in Länderbehörden bemängelte, was es dem HO erschwerte, qualifiziertes Personal zu engagieren²⁹³. Dennoch wurden auch 1997 unterschiedliche Veranstaltungen durchgeführt und das HO auch Mitglied der *Informal Group*, einem Treffen aller Ostseeregionalbüros in Brüssel, das so versuchte, Einfluss auf die Politikentwicklung zu nehmen. Vom Juli 1998 bis zum Juni 1999 hat das HO den hamburgischen Vorsitz in der Europaministerkonferenz der deutschen Länder unterstützt. Seinem Informationsauftrag kam das HO mit einer Konferenz zu den Auswirkungen des Wegfalls von *Duty-free*-Regelungen für betroffene Regionen nach und es setzte seinen Einfluss zum Lobbying für das „*No-special-fee-System*“ bei der Entsorgung von Schiffsabfällen ein²⁹⁴. Im Jahr 2000 waren auf Einladung des HO erstmals offizielle Vertreter der Oblast Kaliningrad zu politischen Gesprächen bei der Europäischen Kommission und es vertrat auf Bitten der Bundesregierung die norddeutschen Länder auf drei Sitzungen des *Baltic Joint Committees*. Hinsichtlich des Informationsauftrags veranstaltete das HO

²⁹¹ Geschichte und Rolle des HO. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.hanse-office.de/?id=4&lng=de>, 30.09.2005.

²⁹² Hanse-Office- Gemeinsames Büro der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Brüssel-Jahresbericht 1996, S. 7.

²⁹³ Hanse-Office- Gemeinsames Büro der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Brüssel-Jahresbericht 1997, S. 6.

²⁹⁴ 15 Jahre Hanse-Office. Gemeinsames Büro der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Brüssel 1985 - 2000-Jahresbericht 1999, S. 49ff.

gemeinsam mit dem INTERREG-Sekretariat Rostock zwei Seminare zu den Förderprogrammen INTERREG, PHARE und TACIS²⁹⁵. Die Vermittlung des HO ermöglichte die Ausrichtung der vierten meereswissenschaftlichen Konferenz EurOCEAN vom 29.08.-02.09.2000 in Hamburg und die unterstützende Finanzierung der Tagung „Green Shipping“ mit 270 Teilnehmern in Hamburg²⁹⁶. Im Jahr 2001 setzte das HO diese Politik fort. Auf Bitte des Bundesfinanzministeriums hat es an zwei Sitzungen des *Baltic Joint Committees* zur Programmierung von PHARE-CBC-Ostseeraum in Riga teilgenommen, im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Oblast Kaliningrad Informationen über die Erweiterungspolitik weitergegeben und im März 2001 im Rahmen der deutschen Ostseeratspräsidentschaft den Workshop „*Regional Contribution to the Northern Dimension Action Plan (NDAP)*“ durchgeführt²⁹⁷. Hinzu kam im Frühjahr 2001 die Aufgabe der Vertretung der *Baltic Sea States Subregional Conference (BSSSC)* in Brüssel. Weitere Veranstaltungen betrafen den Informationsaustausch in den Bereichen Informationsgesellschaft und den Einbezug von Umweltkriterien in die öffentliche Praxis der Auftragsvergabe. Ein neues Abkommen zum Hanse-Office von 2001 lud auch Bremen und Niedersachsen zur gemeinsamen Arbeit ein, Mecklenburg-Vorpommern blieb unerwähnt. In dieser Weise setzte das HO seine Arbeit fort, wobei das Aufgabenfeld (Berichterstattung, Politikberatung, Informationsvermittlung, Veranstaltungsorganisation, Betreuung von Delegationen und Besuchern, Anfragen, Antragsberatung und Unterstützung der Ostseekooperation) kontinuierlich wuchs²⁹⁸. Der Arbeitsbericht des Jahres 2004 sprach erstmalig von einer sich intensivierenden Kooperation des Hanse-Offices mit den Landesvertretungen von Bremen und Mecklenburg-Vorpommern in Brüssel, wenn auch eine Zusammenlegung der Büros zunächst an den knapp bemessenen Haushalten scheiterte²⁹⁹. Wenn auch die Hauptaufgabe des HO die Antennenfunktion für Hamburg und Schleswig-Holstein in Brüssel war, so gingen die Tätigkeiten doch darüber hinaus, indem generell Ostseeinteressen vertreten und Aufgaben von Ostseegremien wie die Vertretung der BSSSC in Brüssel und die Veranstaltung von Workshops übernommen wurden.

²⁹⁵ 15 Jahre Hanse-Office. Gemeinsames Büro der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Brüssel 1985 - 2000-Jahresbericht 2000, S. 8.

²⁹⁶ ebd., S. 42ff.

²⁹⁷ Jahresbericht 2001- Hanse-Office. Gemeinsames Büro der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Brüssel, S. 12.

²⁹⁸ Jahresbericht 2002- Hanse-Office. Gemeinsames Büro der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Brüssel, S. 7.

²⁹⁹ Hanse-Office. Gemeinsames Büro der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Brüssel- Jahresbericht 2004, S. 11f.

3.1.3 Baltic Seven Islands Co-operation (B7)

1989 gründeten sechs der größten Ostseeinseln, Bornholm, Gotland, Hiiumaa, Saaremaa, Åland und Öland, die Interessengruppe *Islands of the Baltic Sea*, der sich im Jahre 1993 Rügen anschloss, womit die *Baltic Seven Islands Co-operation (B7)* entstanden war. Der Vorsitz und die Sekretariatsaufgaben rotierten jährlich, ab 1996 gab es auch eine Repräsentanz in Brüssel. Die Themen der ersten Treffen behandelten meist umweltpolitische Gebiete, woraufhin 1995 eine Arbeitsgruppe zu Umweltfragen³⁰⁰ gegründet wurde und sogleich mit der Vernetzung von Behörden und Forschern begann und einige Forschungs- und Entwicklungsprojekte durchführte. Außerdem wurde eine Arbeitsgruppe zur Initiierung und Pflege persönlicher Kontakte eingerichtet, in deren Aufgabenfeld neben der Organisation von so genannten Kontakttreffen für die Inselbewohner, Musikwettbewerbe und die ab 1997 veranstalteten Sportfeste der B7 fielen, wo Kinder und Jugendliche der Inseln in unterschiedlichen Disziplinen gegeneinander antraten. 1997 und 1998 fanden sie auf Rügen statt, das dritte B7-Sportfest wurde 2000 auf den Ålands veranstaltet³⁰¹. Damit war die B7 eine der wenigen größeren Ostseeorganisationen, die über eine eigene Agendalinie zur Stimulierung persönlicher Kontakte zwischen den Bewohnern der verschiedenen Ostseestaaten verfügte. Allerdings konnten hier auf Grund der beschränkten Kapazitäten nur relativ wenige Menschen erreicht werden, so dass keine Masseneffekte zu erwarten waren. Neben diesen Aktivitäten hatte die Vereinigung den Zweck, den Inseln auf nationaler und europäischer Ebene mehr Gehör zu verschaffen und die gemeinsamen strukturellen Nachteile von Inseln - die Randlage, das Fehlen großer städtischer Zentren und den damit verbundenen Mangel an Wirtschaftskonzentration und Bevölkerung, Abwanderung berufstätiger Bevölkerung, die begrenzte Zugänglichkeit über Brücken und Fähren und die damit benachteiligte Infrastruktur, die Nachteile bei der Möglichkeit der Förderung durch EU-Förderprogramme - durch Vernetzung und Beratung abzufedern.

³⁰⁰ Mit den Zielen des Informations- und Erfahrungsaustauschs, der Vermehrung des Wissens über die Umwelt der Inseln, der besseren Koordinierung der mit der Umweltverwaltung zusammenhängenden Fragen, der Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze im Umweltbereich, der Durchführung gemeinsamer Projekte und der Teilnahme an nationalen und internationalen Gremien um nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Infotext zu WG Environment. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.b7.org/wge/proj_envir.htm, 18.09.2005.

³⁰¹ Baltic 7 Games – International Baltic Sea Spartakiade - Archive. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.b7.org/>, 18.09.2005.

3.1.4 Council of Baltic University Rectors (CBUR)

Der Rat der Rektoren der Ostseeuniversitäten wurde 1990 in Gdansk gegründet mit dem Ziel der Vernetzung der Universitäten, des Austauschs über Forschungsvorhaben und didaktische Erfahrung und der allgemeinen Ausweitung des gegenseitigen Kontakts. Der CBUR verstand sich als unabhängige NGO, zu deren Mitgliedschaft alle Hochschulen des Ostseeraums mit vollen akademischen Rechten zugelassen waren. Es wurde kein Sekretariat eingerichtet, das einzige Gremium blieb die Versammlung der Rektoren, die bis 1993 jährlich, anschließend alle zwei Jahre tagte.

3.1.5 Ars Baltica

Die Ars Baltica wurde nach der Vision der kulturellen Kooperation im Ostseeraum Björn Engholms als eine schleswig-holsteinische Initiative im November 1990 in Kiel als ein Forum multilateraler kultureller Kooperation mit dem Schwerpunkt auf gemeinsamen Projekten im Ostseeraum gegründet. Der inhaltliche Fokus lag dabei auf Kunst, Kultur und Kunstgeschichte. Das Ziel der Vereinigung war die Stärkung der kulturellen Identität im Ostseeraum und auch die Umsetzung von Projekten von europäischer Bedeutung, die alle über den traditionellen bilateralen Rahmen hinausgingen. Alle Ostseeanrainerstaaten waren Mitglieder und bildeten ein Komitee mit pro Staat je zwei Vertretern, die die Staaten ebenso wie die für die Ars Baltica zuständigen nationalen Stellen selbst auswählten. Betreuer von Projekten oder Experten konnten zu den Treffen des Komitees geladen werden. Die Ars Baltica verfügte über ein Board als Leitungsgremium, in dem die Entscheidungen einstimmig gefällt wurden. Der jährlich gewählte Vorsitz rotierte alle zwei Jahre, das Sekretariat befand sich bis 1999 in Kiel. Danach rotierte es, wurde für ein Minimum von drei Jahren in bestehende nationale Kulturinstitutionen aufgenommen und war der zentrale Knotenpunkt zur Vorbereitung von Treffen und Aktionen. Die Organisation verstand sich als Markt neuer Ideen und versuchte dem mit Treffen, Informationsaustausch und gemeinsamen Projekten gerecht zu werden.

3.1.6 Baltic Ports Organisation (BPO)

Eine weitere frühe Gründung für ein Ostseekooperationsgremium war die *Baltic Ports Organisation* (BPO), die am 10.10.1991 in Kopenhagen gegründet wurde. Sie war eine Versammlung der wichtigsten Ostseehäfen, in der Verkehrskonzepte entwickelt wurden und die Interessen der Häfen konzentriert vertreten wurden. Das übergeordnete Ziel war die Steigerung der Attraktivität der Ostseehäfen und damit des Seetransports in der Region. Hierzu galten die Bemühungen der Steigerung der Effektivität der Arbeitsabläufe in den Häfen, die Anwendung moderner Technik auch im Kommunikationsbereich, Verbesserung der Infrastrukturen der Häfen und ihrer Hinterlandanbindungen sowie gutem Umweltmanagement.

Die Struktur der BPO bestand aus einer Generalversammlung und einem Board zur Geschäftsführung, unterstützt von einem Sekretariat. Die westlichen Häfen spielten vor allem zu Beginn der Zusammenarbeit eine wichtige Rolle bei der Wissensvermittlung und dem Erfahrungsaustausch hinsichtlich der Umstellung von Plan- auf Marktwirtschaft. Die BPO als Vertreterin der Interessen der Häfen und damit des Seehandels war somit ein wichtiger Kooperationspartner vor allem der HELCOM, der *Working Group on economic Cooperation* (WGEC) des Ostseerats, *Visions and Strategies around the Baltic Sea 2010* (VASAB 2010) und anderen.

3.1.7 Baltic Sea Trade Union Network (BASTUN)

Die Zusammenarbeit der skandinavischen Gewerkschaften hatte eine lange Tradition. Mit dem BASTUN entstand ein Ostseenetzwerk der Gewerkschaften auf einem Kongress der *European Trade Union Confederation* in Helsinki im Juli 1999³⁰², das seine politischen Absichten in einem Positionspapier „*Vision Baltic Sea 2010*“ niederlegte³⁰³. Dieses Programm betonte vor allem die Rolle der sozialen Dimension bei der Entwicklung des Ostseeraums, die gleichförmig und gerecht vonstatten gehen sollte. Das BASTUN umfasste 20 Gewerkschaftsverbände und repräsentierte damit etwa 20 Mio. Gewerkschaftsmitglieder³⁰⁴. Die Ziele der Organisation waren die Unterstützung der Gewerkschaften im EU-

³⁰² Agreement on Trade Union Co-operation in the Baltic Sea Region. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bastun.nu/documents/agreement.htm>, 18.09.2005.

³⁰³ Vision Baltic Sea 2010. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bastun.nu/documents/vision2010.htm>, 18.09.2005.

³⁰⁴ Baltic Sea Trade Union Network. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bastun.nu/>, 18.09.2005.

Erweiterungsprozess und die Artikulation der Gewerkschaftsinteressen bei der Umsetzung der Politik der Nördlichen Dimension und bei den Treffen des Ostseerats. Die Gewerkschaften sollten untereinander vernetzt und der soziale Dialog unterstützt werden. Zudem wollte das BASTUN eine Hilfe bei der Formulierung von Anträgen auf Fördermittel der EU oder nationaler Quellen sein. Das Sekretariat wurde beim Rat der nordischen Gewerkschaften (NFS) in Stockholm eingerichtet. Mit finanzieller Unterstützung der EU wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die ab März 2001 eine Internetseite und einen Newsletter zu Gewerkschaftsfragen betreute und das Netzwerk der Gewerkschaften aufbaute.

3.1.8 Council of Peripheral Maritime Regions of Europe - Baltic Sea Commission

Der *Council of Peripheral Maritime Regions of Europe* (CPMR) ist ein Zusammenschluss von über 150 peripher gelegenen Regionen europäischer Mitgliedsstaaten und Nachbarn der EU, der diese Regionen der Peripherie vereint und ihnen eine gewichtigere Stimme gibt bei ihren Bemühungen, eine gleichmäßige Entwicklung der EU zu erreichen³⁰⁵. Zu den bestehenden sieben Subgruppen wie Atlantik, Nordsee und Mittelmeer wurde im Mai 1996 im finnischen Kotka die *Baltic Sea Commission* (BSC) gegründet. Im zur Untersuchung stehenden Zeitraum hatte die CPMR-BSC 27 Mitgliedsregionen aus allen Ostseeanrainerstaaten außer Russland³⁰⁶. Der regionale Schwerpunkt lag jedoch auf schwedischen und finnischen Regionen, die die Mehrheit der Mitglieder stellten. Dem folgten Estland und Lettland mit je drei Regionen. Polen, Deutschland, Dänemark und Norwegen waren nur mit einer Region vertreten, im deutschen Fall war es Mecklenburg-Vorpommern³⁰⁷. Die beiden Hauptziele der CPMR-BSC waren die Nutzung der strategischen Positionen der Regionen und ihrer Ressourcen, um zur Integration und zum Fortschritt der Region beizutragen, letztlich also die erfolgreiche Artikulation eigener Interessen auf europäischer Ebene und die Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen untereinander. Der erste Präsident der BSC war bis 2000 der Bürgermeister Kotkas und Vorsitzender des Regierungsrats von Kymenlaakso, Hannu Tapiola. Ihm folgte bis 2004 Anders Gustav, der Bürgermeister des schwedischen Solna, Mitglied des schwedischen Rats der Regionen in Stockholm und des Ausschusses der Regionen der EU. Die Hauptthemen der CPMR-BSC waren die Entwicklung der EU im Allgemeinen und die Ost-Erweiterung der EU hinsichtlich ihrer Vorbereitung und

³⁰⁵ CPMR - Baltic Sea Commission. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.paijat-hame.fi/english/tasks/cpmr.htm>, 19.09.2005.

³⁰⁶ ebd.

³⁰⁷ Visions and Objectives. Action Plan for the CPMR Baltic Sea Commission. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.paijat-hame.fi/tehtavat/kansainvalisyys/cpmr/pdf/visions_and_objectives_pdf.pdf, 19.09.2005, S. 13.

Folgen im Besonderen. Die Kommission bestand aus der Generalversammlung, einem von ihr gewählten Exekutivkomitee, einem rotierenden Sekretariat und Arbeitsgruppen. Hinsichtlich ihrer Mitglieder war die CPMR-BSC der BSSSC ähnlich, nur war sie an die Ziele des übergeordneten CPMR gebunden und konnte daher etwas weniger ostseespezifisch agieren. Dafür hatte die CPMR-BSC über den CPMR eine festere Anbindung auf der europäischen Ebene.

3.1.9 Baltic Development Forum (BDF)

Das *Baltic Development Forum* (BDF) wurde im November 1998 mit Uffe Ellemann-Jensen, dem ehemaligen dänischen Außenminister, als Vorsitzendem gegründet³⁰⁸. Es stellte ein Versammlungsforum für Politiker, Geschäftsleute, Akademiker und Medien mit dem inhaltlichen Schwerpunkt auf der Wirtschaft dar. Das Hauptaugenmerk der Organisation lag auf dem Netzwerken zwischen Entscheidungsträgern und auf dem Beitragen zur politischen Meinungsbildung. Um dies zu realisieren, arbeitete das BDF hauptsächlich über jährlich organisierte Gipfel, Stellungnahmen auf Treffen anderer Kooperationsorganisationen und ab Januar 2002 über einen Newsletter, der Positionen führender Personen des Wirtschaftsbereichs versammelte. Zudem wurden auch einige Projekte, teilweise in Kooperation mit anderen Wirtschaftsakteuren der Ostsee, durchgeführt.

Der erste BDF-Gipfel vom Mai 1999 versammelte über 250 Teilnehmer. Die Themen der 32 Sprecher waren die Erweiterung von NATO und EU und die beabsichtigte Stabilität der Region, Management, Investment, Kultur, Identität, Energie und Informationstechnologien und deckten somit unterschiedlichste Themenbereiche ab. Besonders beim ersten Thema zeigten sich sehr unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der NATO-Erweiterung, die der Vertreter Russlands, Sergej Karaganow, Vorsitzender des russischen Rats für Außen- und Sicherheitspolitik, offen als Bedrohung für die Stabilität der Region bezeichnete und vor einer Entfremdung zwischen NATO und Russland warnte³⁰⁹. NATO-Vertreter konterten, indem sie gerade in der NATO den einzig verlässlichen Garanten für Stabilität der Region sahen³¹⁰ und damit ihrerseits ihr Misstrauen gegenüber der Gegenseite zeigten. Dennoch wurde auch

³⁰⁸ History of Baltic Development Forum. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.bdforum.org/sideindhold.asp?sideid=333&sprog=1>, 16.01.2006.

³⁰⁹ Report on the 1999 Baltic Development Forum summit: Promoting the spirit of co-operation in the Baltic Sea Region. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.bdforum.org/download/Files/publications/summitprogrammes_reports/Summit_Report_1999.pdf.aspx?download=true, 23.06.2008, S. 3.

³¹⁰ ebd., S. 3.

Russlands Notwendigkeit der zivilen Kooperation mit dem Westen angesichts Chinas wachsender ökonomischer Macht und einer vor allem im Kaukasus unruhigen Südgrenze betont. Hinsichtlich der Wirtschaftsschranken wurden die durch Vorurteile und Ängste geschürten psychologischen Schranken thematisiert, die länger als die physischen Grenzen bestehen würden. Beispiele besserer Managerausbildung wurden ebenso wie die Lage von SMEs behandelt. Auch die anderen oben aufgeführten Hauptthemen wurden detailliert diskutiert, so dass Erfahrungs- und Informationsaustausch möglich war und gemeinsam politischer Willen entstehen konnte.

Der zweite BDF-Gipfel fand vom 17.-19.09.2000 in Malmö statt und versammelte schon über 350 Teilnehmer. Hier wurde eine Agenda beschlossen, die als Hauptziele einen schnellen Beitritt der Kandidatenstaaten zur EU und die rasche Integration Russlands in den Ostseeraum unter voller Nutzung des NDAP beinhaltete³¹¹. Die einzelnen Inhalte und Methoden des Vorgehens nahmen die allgemeinen Prioritäten der Ostseekooperation im Wirtschaftsbereich auf. Die Diskussion widmete sich wiederum der EU-Osterweiterung, den Gründen für die Verlangsamung der Gespräche und möglichen Wegen der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des Ostseeraums. Der dritte BDF-Gipfel vom 23.-25.09.2001 in St.Petersburg verdoppelte die Teilnehmerzahl seines Vorgängers, indem mehr als 700 Repräsentanten von Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft zusammentrafen³¹². Viele der erstmals konkret an die Politik gerichteten Empfehlungen des Gipfels betrafen Russland, wie seinen raschen Beitritt zur WTO, eine engere Zusammenarbeit mit der EU und die de facto Übernahme des EU-acquis, den Einbezug in den europäischen Wirtschaftsraum beginnend mit einer vereinheitlichten Bildung und die Wahrnehmung Kaliningrads als ein Pilotprojekt für die Beziehungen zwischen der EU und Russland³¹³. Auch in der Diskussion herrschte Einigkeit über die Notwendigkeit der Festigung und der Vertiefung des Verhältnisses zwischen der EU und Russland. Wiederum wurden Wege der wirtschaftlichen Stärkung des Ostseeraums mit unterschiedlichen Themen wie Liberalisierung, Vermarktung des Ostseeraums und die NDI und ihre Finanzierung besprochen. Dieser Struktur und diesen Themen folgten bis 2004 auch die kommenden Gipfel, so dass damit der Wirtschaft Gelegenheit gegeben wurde, sich einerseits zu vernetzen, andererseits gemeinsame Interessen zu artikulieren. Ab 2002 kam mit

³¹¹ Report on the 2000 Baltic Development Forum Summit: Launching a Regional Strategy for Business Development. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.bdforum.org/download/Files/publications/summitprogrammes_reports/Summit_Report_2000.pdf.aspx?download=true, 23.06.2008, S. 2f.

³¹² Report on the 2001 Baltic Development Forum Summit: From words to action. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.bdforum.org/download/Files/publications/PDF_thumbs/summit_report_2001.jpg.aspx?download=true, 23.06.2008, S. 7.

³¹³ ebd., S. 7.

dem Newsletter eine weitere Möglichkeit Positionen abzustecken hinzu. Die Inhalte lagen jedoch weitgehend auf der Linie der allgemeinen wirtschaftlichen Kooperation des Ostseeraums, so dass sie hier nicht einzeln erwähnt werden. Als weiteres Wirtschaftskooperationsgremium im Ostseeraum neben der *Baltic Sea Chambers of Commerce Association* (BCCA) und dem *Baltic Advisory Council* (BAC) hatte das BDF nicht viel Raum, eigene thematische Akzente zu setzen und griff daher die bestehenden Ostseethemen auf.

3.2 Zentrale Kooperationsgremien

3.2.1 HELCOM

In der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte sich die weltweite Verschmutzung der Meere stark intensiviert, so dass die Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen immer klarer sichtbar wurde. Zudem war die Meereskunde wissenschaftlich nunmehr in der Lage, ein recht differenziertes Bild der Auswirkungen der Verschmutzung auf die Meeresumwelt zu zeichnen und durch diese Erkenntnisse die Erfordernis von umfassenden Maßnahmen zum Meeresschutz zu untermauern. Im Rahmen dieser Bestrebungen begannen die durch den Kalten Krieg getrennten Ostseeanrainerstaaten nach Lösungen für die besonders stark von Verschmutzung betroffene Ostsee zu suchen. Auf schwedische Initiative fanden daher im September 1969 und im August 1970 Konferenzen der Anrainerstaaten gegen die Ölverschmutzung als zunächst sichtbarste Form der Verschmutzung statt. Zu formellen Ergebnissen kam es allerdings nicht, da die Bundesrepublik Deutschland (BRD) die Unterzeichnung von Abkommen verweigerte, an denen die Deutsche Demokratische Republik (DDR) beteiligt war, da dies einer Anerkennung des östlichen deutschen Staats gleichgekommen wäre³¹⁴. Es bedurfte einerseits erst der Entfaltung der neuen Ostpolitik der neuen sozialliberalen Regierung in der Bundesrepublik und dem Beginn des KSZE-Prozesses mit der ersten Konferenz am 03.07.1973 in Helsinki, andererseits einer gesteigerten internationalen Aufmerksamkeit, um den Schutz der Ostsee entscheidend zu bewegen.

Letzteres geschah durch die UN-Konferenz zur Umwelt in Stockholm 1972, auf der Bedenken zum ökologischen Zustand der Ostsee geäußert wurden, woraufhin Finnland sich erbot, diesbezüglich eine Konferenz auszurichten³¹⁵. Schweden, Dänemark, Finnland, die BRD und

³¹⁴ Pehle: Umweltschutz, S. 59.

³¹⁵ Poutanen, Eeva-Liisa: Activities of the Helsinki Commission. In: Platzöder, Renate; Verlaan, Philomène (Hrsg.): The Baltic Sea. New developments in national policies and international cooperation. Den Haag [u.a.], 1996, S. 336- 345, S. 336.

die DDR nahmen zusammen mit der Volksrepublik Polen und der Sowjetunion die Vorarbeiten auf und es kam im März 1974 zur Konferenz in Helsinki, auf der die genannten Staaten am 22.03. die *Convention on the Protection of the Marine Environment of the Baltic Sea Area* unterzeichneten³¹⁶. Als internationaler Vertrag war das Dokument ratifizierungspflichtig. Die Ratifizierungsperiode zog sich bis zur Annahme der Konvention durch den deutschen Bundestag der Bundesrepublik 1980 hin. Die Dauer dieses Zeitraums wird unterschiedlich bewertet³¹⁷.

Die Ratifizierungsperiode wurde aber intensiv genutzt, indem 1974 eine jährlich tagende Interimskommission (IC) gegründet wurde, in der alle Signatarstaaten der Helsinki-Konvention vertreten waren und die das Inkrafttreten der Konvention vorzubereiten hatte.

So bereitete sie schon einen Entwurf der Arbeitsregeln der zukünftigen Kommission und einen Entwurf der finanziellen Regelungen vor³¹⁸. Es wurde auch eine Grundstruktur der Organisation geschaffen, indem 1974 mit der *Scientific-technological Working Group* (STWG) und 1975 mit der *Maritime Working Group* (MWG), die ihren Sitz zunächst in Schweden hatte, zwei wichtige Untergruppen geschaffen wurden. Die STWG hatte ihre Hauptaufgaben in der Entwicklung von Kriterien und Standards, unter deren Anwendung Industrien das Einleiten von Schadstoffen in die Ostsee erlaubt werden konnte, in der Entwicklung einer methodengestützten regelmäßigen Überwachung des Umweltzustands der Ostsee und der Unterstützung der Entwicklung von Wassertechnologie³¹⁹. Die Aufgaben der MWG waren die Prävention der Verschmutzung der Ostsee durch Schiffe und auch die Entwicklung und Koordination der Bekämpfung einer solchen Verschmutzung³²⁰. Sie sollte sich hierbei eng an die Arbeit des *Marine Environment Protection Committees* der *Inter-Governmental Maritime Consultative Organisation* (IMCO) anlehnen, das dieses Mandat weltweit ausübte. Doppelarbeit sollte hierbei vermieden werden. Diese enge Anlehnung an die weltweit operierende IMCO war dem geschuldet, dass die Schifffahrt betreffende Dinge regional nur bedingt gelöst werden können, da Regeln auch Flaggenstaaten außerhalb des Ostseeraums betreffen müssen, damit alle die Ostsee frequentierenden Schiffe an sie gebunden sind. Ein Sekretariat der Interimskommission wurde in Helsinki eingerichtet,

³¹⁶ Das Dokument wurde für einen Beitritt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) offengehalten.

³¹⁷ In der Literatur findet sich die Interpretation, dass wirtschaftliche Gründe einen zügigen Ratifizierungsprozess verhindert hätten, zum Beispiel in Pehle: Umweltschutz, S. 60. Im Zeitzeugeninterview mit Prof. Dr. Peter Ehlers, der die Helsinki-Kommission von 1984-1986 und 2000 bis 2002 leitete und 1987-1997 der Untergruppe Maritime Committee vorstand, sprach dieser von einer raschen Ratifikation des Dokuments. Die Dauer der Ratifizierungsperiode sei durchaus im Rahmen des Üblichen geblieben. Zeitzeugeninterview mit Prof. Dr. Peter Ehlers vom 18.5.2007, S. 11.

³¹⁸ HELCOM (Hrsg.): *Joint Activities of the Baltic Sea States within the framework of the Convention on the Protection of the marine Environment of the Baltic Sea Area 1974-1978*. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 1). Helsinki o.J., S. 5.

³¹⁹ ebd., S. 7.

³²⁰ ebd., S. 10.

zunächst nur bestehend aus einem Sekretärsposten und einer Stelle eines wissenschaftlichen Experten. Finnland übernahm bis 1977 die gesamten Kosten, bevor ein paritätisches Zahlungsmodell alle Mitgliedsstaaten einbezog³²¹.

Auch unterhalb der Ebene der regulären Arbeitsgruppen fand in der Zeit der Interimskommission eine Ausdifferenzierung statt. So schuf die STWG zu ihrem Gebiet der Normsetzung die *ad hoc Working Group on criteria and standards for discharges of harmful substances into the Baltic Sea Area* (WGS), die gemeinsame Richtlinien für die Erlaubnis zum Einleiten von Schadstoffen, für die Qualitätsmessung des Wassers und für Technologien erarbeiten sollte³²².

In Reaktion auf den Entschluss der IC von 1978, eine möglichst detaillierte Bewertung des Umweltzustands der Ostsee durchzuführen, gründete die STWG gemeinsam mit dem ICES eine ad hoc Expertengruppe zu diesem Thema, die sich ihre Leitung und ihren Arbeitsplan 1979 schuf³²³.

Die MWG dagegen bildete drei Unterorganisationen. Die *Working Group on a possible joint field experiment within the Baltic Sea Area in tagging oil residues in tankers* (WGTO) arbeitete von 1975 bis 1978 und sollte ein solches Experiment vorbereiten, um die Erprobung entsprechender Techniken zu ermöglichen³²⁴. Die *Expert Group on operational and technical questions related to combating marine pollution* (MWG EG) wurde von Polen 1977 ausgerichtet und beschäftigte sich mit der Bekämpfung von Verschmutzungen. Im November 1978 wurde die *Expert Group for the study of questions related to the establishment of a traffic information system in the Baltic Sea Area* eingerichtet, die von Dänemark ausgerichtet wurde und Fragen der Überwachung des Schiffsverkehrs bearbeitete³²⁵. Sie stellte ihre Arbeit schon 1979 wieder ein³²⁶. Insofern wurde die Zwischenzeit bis zur Ratifizierung der Konvention durch alle Beteiligten schon effektiv genutzt.

Die eigentliche Funktion der HELCOM, die Normsetzung, konnte dann jedoch erst nach Inkrafttreten der Konvention am 03.05.1980 nach dem Eingang der Ratifizierungsdokumente der BRD in Helsinki beginnen. Der Vorsitz in der ab diesem Zeitpunkt bestehenden *Baltic Marine Environment Protection Commission (Helsinki Commission)* (HELCOM) rotierte, der Vorsitzende amtierte für jeweils zwei Jahre und durfte in dieser Zeit nicht als Repräsentant

³²¹ ebd., S. 6.

³²² ebd., S. 7f.

³²³ HELCOM (Hrsg.): Report of the Interim Commission (IC) to the Baltic Marine Environment Protection Commission. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 2). Helsinki 1980, S. 13.

³²⁴ HELCOM (Hrsg.): Joint Activities of the Baltic Sea States within the framework of the Convention on the Protection of the marine Environment of the Baltic Sea Area 1974-1978, S. 11.

³²⁵ ebd., S. 11.

³²⁶ HELCOM (Hrsg.): Report of the Interim Commission (IC) to the Baltic Marine Environment Protection Commission, S. 16.

seines Landes agieren, um Ungleichgewichte der Stimmen zu verhindern³²⁷. Die Delegationen der Kommissionssitzungen setzten sich aus Vertretern der Arbeitsebene der für den Meeresumweltschutz und die Fischerei relevanten Ministerien zusammen, zur Bearbeitung anstehender Grundsatzentscheidungen erschienen die Minister selbst, wie auf den Treffen von 1980, 1984, 1988 und anderen³²⁸. Treffen der Kommission sollten mindestens einmal jährlich stattfinden, auf Ersuchen von mindestens zwei Vertragspartnern musste der Vorsitzende innerhalb dreier Monate ein außerordentliches Treffen anberaumen. Jede Partei hatte eine Stimme in der Kommission, Entscheidungen wurden in der Mehrzahl der Fälle einstimmig angenommen.

Die Aufgaben der HELCOM waren vielfältig und entsprachen den bereits zur Zeit der Interimskommission erschlossenen Arbeitsbereichen. Einerseits reichten sie von der Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen der Konvention über das Verfassen von Politikempfehlungen zum Schutz der Ostsee und zur Weiterentwicklung der Konvention selbst zur Definition von Kontrollkriterien und Reduktionszielen. Andererseits beinhalteten sie die Unterstützung und Förderung enger Zusammenarbeit im wissenschaftlichen, technologischen und statistischen Bereich. Alle relevanten Bereiche wie Normsetzung, Konkretisierung, Kontrolle der Umsetzung und Forschung waren also in der HELCOM vereinigt. Nur die Umsetzung konnte man auf Grund der Kompetenzen der Nationalstaaten nur anregen und nicht selbst unternehmen.

Das Sekretariat der Organisation wurde auf dem ersten Treffen im Mai 1980 in Helsinki gegründet und ging aus dem Sekretariat der Interimskommission hervor. Außerdem wurde auf diesem Treffen anderen wichtigen Umwelt- und Meeresorganisationen Beobachterstatus eingeräumt, um sich so in die europäische und weltweite Kooperation auf diesem Gebiet einzuordnen und Synergien zu schaffen³²⁹. Im Dezember 1980 behandelte die STWG Probleme der ersten Stufe des zur Überwachung der Ostsee 1979 eingerichteten *Baltic Monitoring Programmes* (BMP) und empfahl die Einrichtung einer HELCOM-

³²⁷ Helsinki-Konvention von 1974. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.helcom.fi/stc/files/Convention/convention1974.pdf>, 20.4.2007, S. 7

Die Konvention erscheint hier in der Fassung von 1993, allerdings sind die wenigen Änderungen im Anhang enthalten, so dass die Originalfassung klar erkennbar ist.

³²⁸ Zeitzeugeninterview mit Prof. Dr. Peter Ehlers am 18.5.2007, S. 3.

³²⁹ Dies waren das *United Nations Environment Programme* (UNEP), die *United Nations Economic Commission for Europe* (ECE), die *Inter-Governmental Maritime Consultative Organisation* (IMCO), ab dem 21.05.1982 *International Maritime Organisation* (IMO), das *World Health Organisation Regional Office for Europe* (WHO), der *International Council for the Exploration of the Sea* (ICES) und die *International Baltic Sea Fishery Commission* (IBSFC).

HELCOM (Hrsg.): *Activities of the Commission 1981*. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 7). Helsinki 1982. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep7.pdf> 23.4.2007, S. 20.

Expertengruppe zur Überwachung der Ostsee³³⁰. Zudem wurde in Reaktion auf das gewachsene Interesse an der Problematik von der STWG eine ad hoc Expertengruppe zur Verschmutzung der Ostsee aus der Luft gegründet.

Dank der Arbeit der Interimskommission war die HELCOM also in der Lage, schon im ersten Jahr ihrer Tätigkeit auf eine breit gefächerte Organisationsstruktur zurückzugreifen und sich umgehend auf Sachthemen konzentrieren zu können. Schon auf ihrem 3. Treffen vom 16.-19.02.1982 wurde jedoch die Arbeitsstruktur den Anforderungen angepasst. Die Koordination der Bekämpfung vorhandener Verschmutzungen wurde aus den Aufgaben der MWG ausgegliedert, so dass mit der STWG nunmehr drei Untergruppen der HELCOM existierten, die zu Komitees aufgewertet wurden. Ab dem 01.03.1982 waren die Untergruppen der HELCOM auf der zweiten Hierarchieebene also das *Scientific-technological Committee* (STC), das *Maritime Committee* (MC) und die *Expert Group on Co-operation in Combating Matters* (EGC)³³¹.

Das STC übernahm die Aufgaben der STWG, während das MC nunmehr lediglich die Prävention der Verschmutzungen durch Schiffe auf See bearbeitete und die EGC sich auf die Entwicklung der Kooperation bei der Verschmutzungsbekämpfung konzentrierte. Durch diese weitere institutionelle Ausdifferenzierung wurde eine solide Arbeitsstruktur geschaffen, die die Bereiche Forschung, Prävention und Verschmutzungsbekämpfung gleichermaßen intensiv bearbeiten konnte. Diese Kommissionssitzung 1982 vertiefte auch die internationale Vernetzung der HELCOM, indem sie den Beobachterstatus bei der Oslo- und der Paris-Kommission, Gremien zum Schutz des Nordostatlantiks, akzeptierte und diesen Gremien im Gegenzug Beobachterstatus bei der HELCOM verlieh³³².

Auf eine Empfehlung des STC von 1984 hin erschloss sich die HELCOM mit der Schaffung der *ad hoc-Expert Group on Monitoring of Radioactive Substances in the Baltic Sea Area* (MORS) auf ihrem 6. Treffen vom 12.-15.03.1985, die den Anteil radioaktiven Materials in der Ostsee messen und überwachen sollte, ein neues Themenfeld. Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) bekam einen Beobachterstatus bei der Arbeitsgruppe³³³, das erste Treffen fand im April 1986 statt. Dem STC-Vorschlag, begleitend zur Einrichtung einer Datenbank für die Daten aus der regelmäßigen Überwachung der Ostsee eine Arbeitsgruppe zur Datenverarbeitung einzurichten, folgte die Kommission allerdings nicht.

³³⁰ HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1980. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 3). Helsinki 1981, S. 5.

³³¹ HELCOM: Activities 1981, S. 6.

³³² HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1982. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 8). Helsinki 1983. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep8.pdf> 23.4.2007, S. 3.

³³³ HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1984. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 13). Helsinki 1985, S. 3.

Der Vorschlag des 12. Treffens des STC vom 16.-20.09.1985, eine ad hoc-Gruppe zur Weiterentwicklung des *Baltic Monitoring Programmes* (BMP) einzurichten, wurde jedoch umgesetzt³³⁴.

Das Thema der Auffanganlagen für Schiffsabfälle, also Öl, Abwässer und Müll, hatte das *Maritime Committee* schon seit seiner Gründung beschäftigt. Wegen der Komplexität dieses Problems wurde auf finnischen Vorschlag 1986 unterhalb des MC eine *ad hoc Working Group on reception facilities* eingerichtet³³⁵. Das achte Treffen der Kommission vom 24.-27.02.1987 stellte anderweitig Veränderungen her, indem es die Expertengruppe zur Verschmutzungsbekämpfung zum *Combating Committee* (CC) erhob und dieses neben der Arbeit im regulären Bekämpfungsbereich damit beauftragte, Überlegungen zu Maßnahmen gegen die in die Ostsee verklappten Chemiewaffen anzustellen³³⁶.

Die Flexibilität der Arbeit der HELCOM zeigte sich 1987 unter anderem darin, dass unter den drei zu Jahresbeginn versammelten informellen Expertentreffen neben dem zur Bibliographie zu mariner Umwelt und dem zu Mikrobiologie ein weiteres stattfand zum Thema Datenbanken, nachdem die Bildung einer solchen Arbeitsgruppe zunächst nicht erfolgt war³³⁷. Auf diese Weise wurde das Thema nicht aufgegeben. Das Sekretariat wurde auf Grund der gestiegenen Arbeitsanforderungen erweitert, der Posten eines technologischen Sekretärs wurde eingerichtet³³⁸.

Der Arbeitsbereich der HELCOM weitete sich also ständig aus und differenzierte sich, worauf immer wieder mit einer Anpassung der Struktur der Organisation reagiert wurde. In diesem Zusammenhang steht auch die vom 11. Treffen der Kommission vom 13.-16.02.1990 beschlossene Aufteilung des STC in das *Environment Committee* (EC) und das *Technological Committee* (TC), was zu einer größeren Effektivität in diesem Bereich führen sollte, indem beide Bereiche von spezialisierten Gruppen bearbeitet werden konnten³³⁹. Außerdem wurde mit der *ad hoc-Group on Reduction of Industrial Discharges* (RID) eine weitere Untergruppe gegründet und diese der TC unterstellt.

Die Beschleunigung der Entwicklung, die durch das Ende des Kalten Krieges im Allgemeinen und durch die Ostsee-Erklärung der HELCOM-Konferenz in Rønneby am 02. und 03.09.1990

³³⁴ HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1985. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 18). Helsinki 1986, S. 2.

³³⁵ HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1986. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 23). Helsinki 1987, S. 8

Zeitzeugeninterview mit Prof. Dr. Peter Ehlers, S. 25.

³³⁶ HELCOM: Activities 1986, S. 21 und 25.

³³⁷ HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1987. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 26). Helsinki 1988, S. 5 Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep26.pdf> 23.4.2007.

³³⁸ ebd., S. 26.

³³⁹ HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1989. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 33). Helsinki 1990, S. 13.

im Besonderen hervorgerufen wurde, schlug sich auch in der institutionellen Gestalt der HELCOM nieder, indem auf die Initiative Polens und Schwedens³⁴⁰ innerhalb der Kommission eine *High level Task Force* gegründet wurde mit dem Ziel, bis Ende 1991 ein umfassendes Programm zur Reduzierung der Schadstoffeinträge in die Ostsee vorzulegen. Sie hielt ihr erstes Treffen schon vom 30.10.-02.11.1990 ab, bekam ein eigenes Sekretariat, ihr eigenes Budget von zunächst 2,8 Mio. Finnmark für das Haushaltsjahr 1990-91 und schuf sich eine eigene Steuerungsgruppe mit Göte Svensson als Vorsitzendem³⁴¹.

Das Ende des Kalten Krieges brachte aber auch eine Veränderung der Mitgliederstruktur der HELCOM mit sich. So trat das unabhängige Estland mit Wirkung zum 13. Treffen der Kommission vom 03.-07.02.1992 der HELCOM bei und Lettland und Litauen nahmen zunächst nur Beobachterstatus an. Die Russische Föderation trat als deren Rechtsnachfolger an die Stelle der SU³⁴². Dieses Kommissionstreffen unternahm auch einen weiteren Schritt zur Vernetzung der HELCOM mit anderen Umweltschutzgremien der Region, indem zunächst in einer zweijährigen Erprobungsphase NGOs das Recht auf einen den internationalen Organisationen gleichberechtigten Beobachterstatus eingeräumt wurde³⁴³. Dadurch öffnete sich die HELCOM nicht nur zu einem frühen Zeitpunkt der Zivilgesellschaft, sondern auch unabhängigen und kritischen Triebkräften wie zum Beispiel der *Coalition Clean Baltic* (CCB) und dem *World Wildlife Fund* (WWF), die ab dem folgenden Kommissionstreffen teilnahmen.

Der nächste große Schritt der HELCOM war die Unterzeichnung einer Revision der Helsinki-Konvention am 09.04.1992, deren wichtigste Neuerung der Einschluss der inneren Gewässer, also der vielen Boddens, Haffs und Schärengewässer der Ostsee, in das Vertragsgebiet darstellte. Am 24.09.1992 unterzeichnete auch der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) die Konvention, so dass sie europaweite Geltung bekam³⁴⁴. Allerdings begann nun wiederum eine langfristige Ratifizierungsperiode, die aber nicht voll ins Gewicht fiel, da die Substanz der neuen Konvention schon ab 1992 der täglichen Arbeit innerhalb der HELCOM zu Grunde

³⁴⁰ Zeitzeugeninterview mit Dr. Ulrich Kremser vom 05.07.2007, S. 10.

³⁴¹ HELCOM (Hrsg.): *Activities of the Commission 1990*. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 37). Helsinki 1991. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep37.pdf> 23.4.2007, S. 8f.

³⁴² HELCOM (Hrsg.): *Activities of the Commission 1991*. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 42). Helsinki 1992. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep42.pdf> 23.4.2007, S. 21.

³⁴³ ebd., S. 22.

³⁴⁴ HELCOM (Hrsg.): *Activities of the Commission 1992*. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 52). Helsinki 1993. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep52.pdf> 23.4.2007, S. 1.

gelegt wurde³⁴⁵. Am 09.04.1992 war auch das Ergebnis der 1990 gegründeten *High level Task Force*, das *Joint Comprehensive Environmental Action Programme* (JCP) angenommen und zur Überwachung seiner Umsetzung die *Programme Implementation Task Force* (PITF), in der neben den HELCOM-Mitgliedern auch Norwegen, die Tschechoslowakei und die Europäische Kommission sowie internationale Finanzinstitutionen und NGOs vertreten waren, gegründet worden³⁴⁶, so dass nun ein ganzheitlicher Ansatz zur Bekämpfung klar identifizierter Verschmutzungsquellen gegeben war. Aber auch bei den Untergruppen gab es 1992 Entwicklungen: die Komplexität des Problems der verklappten Chemiewaffen motivierte die Gründung einer *ad hoc Working Group on dumped war gas ammunition* unterhalb der CC.

Das Jahr 1992 markierte also einen wichtigen Zeitraum der Anpassung der HELCOM an die neue Situation. Wie weit die Realisation zunächst entfernt war, zeigt sich unter anderem darin, dass mit Lettland und Litauen zwei Ostseeanrainer mit sehr problematischer Umweltsituation noch nicht einmal der 1974er Konvention beigetreten waren, wenn sie auch auf informelle Weise schon an der Arbeit der Kommission teilhatten³⁴⁷. Dies änderte sich mit dem 14. Kommissionstreffen vom 02.-05.02.1993, bei dem Litauen als Mitglied begrüßt wurde und Lettlands Vorbereitungen zum Beitritt anerkannt wurden³⁴⁸. Die wirtschaftlichen Probleme der Transformationsstaaten machten sich nunmehr auch bei der HELCOM selbst bemerkbar, indem Finanzprobleme dadurch entstanden, dass die neuen Mitglieder ihre Beiträge nicht zahlten. Die Reaktionen darauf waren die Anberaumung eines außerordentlichen Treffens zur Finanzlage im März 1993 und ein Aufruf an die erfahrenen HELCOM-Mitglieder, sich mehr in der Arbeit der Kommission zu engagieren, um die neuen in ihren Anfängen zu unterstützen³⁴⁹. Dem starken Schiffsverkehr auf der Ostsee, dem große Zuwächse prognostiziert wurden, und der Hartnäckigkeit des Themas der Verbesserung der Qualität der Schiffstreibstoffe war 1993 die Gründung der *ad hoc Working Group on Air Pollution from Ships* (MC AIR) unter dem MC geschuldet³⁵⁰.

Etwas hinderlich für die Arbeit der HELCOM war jedoch, dass Lettland weiterhin nicht der Konvention beitrug, noch auf dem 15. Kommissionstreffen vom 8.-11.3.1994 hatte es lediglich Beobachterstatus. Im Laufe des Jahres trat dann Lettland jedoch der Helsinki-Konvention von

³⁴⁵ Ehlers, Peter: Das revidierte Helsinki-Übereinkommen. In: Koch, Hans-Joachim; Lagoni, Rainer (Hrsg.): Meeresumweltschutz für Nord- und Ostsee. (Forum Umweltrecht, Bd. 19). Baden-Baden 1996, S. 103-128, S. 105.

³⁴⁶ HELCOM: Activities 1992, S. 1 und 9.

³⁴⁷ Zeitzeugeninterview mit Prof. Dr. Peter Ehlers am 18.5.2007, S. 16.

³⁴⁸ HELCOM: Activities 1992, S. 19f.

³⁴⁹ ebd., S. 20.

³⁵⁰ HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1993. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 55). Helsinki 1994. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep55.pdf> 23.4.2007, S. 9.

1974 bei, ebenso wie die EG³⁵¹. Drei Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung der baltischen Staaten waren also wieder alle Ostseeanrainer in der HELCOM versammelt und die Gültigkeit der Empfehlungen erstreckte sich über das gesamte Ostseegebiet.

Die inhaltlichen Veränderungen der HELCOM hatten auch einen Prozess der Reflexion der Arbeitsstruktur und –methoden in Gang gesetzt, der 1994 durch die Einsetzung einer *ad hoc Working Group to Review the Activities, Working Structure and Methods of the Commission* (HELCOM REV) institutionalisiert wurde. Ihre Arbeitsergebnisse und der Einsatz eines Unternehmensberaters führten zu Strukturentscheidungen des 16. Kommissionstreffens vom 14.-17.03.1995, die die Grundstruktur der HELCOM unverändert ließen, jedoch unterhalb der Komitees die Arbeit strafften³⁵². Der Ratifizierungsprozess der Helsinki-Konvention von 1992 schritt unterdessen weiter voran. 1994 hatten die EG, Deutschland, Lettland und Schweden das Dokument ratifiziert, 1995 folgten Estland und Finnland, 1996 Dänemark.

Umfangreiche Änderungen der Arbeitsstruktur der HELCOM geschahen jedoch im Laufe der Vorbereitung der EU-Erweiterung, nachdem eine Straffung der Struktur, die sich in viele einzelne Untergruppen verästelt hatte, für notwendig erachtet wurde. Der Anstoß hierzu kam von der EU, die den Stellenwert der HELCOM wie auch anderer internationaler Meeresschutzabkommen vor dem Hintergrund eigener Regulierungskompetenzen nach der Osterweiterung 2004 in Frage stellte³⁵³. So beschloss das außerordentliche Kommissionstreffen vom 06.-07.09.1999 neben einer neuen Prioritätenstruktur auch die Ersetzung der etablierten Arbeitsgruppen durch neue Gruppen, die eigentlich dieselben Themenbereiche bearbeiteten³⁵⁴. Insofern hatte sich an den Themen und der Arbeitsverteilung innerhalb der HELCOM nicht viel verändert, umso mehr, als die Verschmelzung von MC und CC in der HELCOM SEA schon 2002 mit der Trennung in HELCOM MARITIME und der Response Group (HELCOM RESPONSE), die die Bekämpfung von Verschmutzungen zum Thema hatte, wieder zurückgenommen wurde. Das außerordentliche Treffen richtete mit den von ihm angenommenen neuen *Rules of Procedure* der HELCOM jedoch auch mit den *Heads of Delegations* (HoD) zwischen der Kommission und den thematisch gebundenen

³⁵¹ HELCOM (Hrsg.): *Activities of the Commission 1994*. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 60). Helsinki 1995. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep60.pdf> 23.4.2007, S. 1.

³⁵² Zeitzeugeninterview mit Prof. Dr. Peter Ehlers, S. 4.

³⁵³ Zeitzeugeninterview mit Dr. Ulrich Kremser, für HELCOM-PITF zuständiger Professional Secretary der HELCOM von 1996-2001, vom 05.07.2007 in Berlin, S. 3.

³⁵⁴ Diese neuen Arbeitsgruppen waren die Strategy Group (HELCOM STRATEGY), welche die Arbeit der HELCOM überprüfen sollte, die Monitoring and Assessment Group (HELCOM MONAS), die mit der Überwachung des Zustands der Ostsee und Forschung die Aufgaben des EC übernahm, die Sea-based Pollution Group (HELCOM SEA), die die Aufgaben von MC und CC übernahm, die Land-based Pollution Group (HELCOM LAND), die prinzipiell den Bereich des TC bearbeitete und die neue Nature Conservation and Coastal Zone Management Group (HELCOM HABITAT), mit der dieser frühere Unterbereich des EC eigenständig wurde.

Arbeitsgruppen eine neue Arbeitsebene ein. Sie tagte vierteljährlich und überwachte die Umsetzung der Kommissionspolitik, unterbreitete Politikvorschläge und unterstützte den geschäftsführenden Sekretär bei der Programmentwicklung³⁵⁵. Sie war also einerseits ein Kontrollinstrument, andererseits eine vorverhandelnde Einheit, in der nationale Positionen ausgelotet werden konnten³⁵⁶. An diese Ebene wurden in der Folge auch Themen weitergeleitet, über die in den Arbeitsgruppen keine Einigkeit erzielt werden konnte. Ihre Zuständigkeit betraf also genau bislang bestehende Schwachstellen der HELCOM-Arbeit.

Eine weitere Veränderung, die sich mit den Entscheidungen des außerordentlichen Kommissionstreffens im Jahre 1999 anbahnte, betraf die PITF. In einer entsprechenden Entscheidung wurde der PITF zwar ihr autonomer Status innerhalb der HELCOM weiter zugebilligt, jedoch wurden vier der sechs thematischen Bereiche des JCP den anderen HELCOM-Gruppen geöffnet und ihnen hier Verantwortung für das JCP übertragen, die vorher bei der PITF versammelt war³⁵⁷. Dadurch wurde die PITF als Anfang von ihrem Ende beschränkt auf die Vermittlung von Investitionen und das Management von inneren Gewässern und Feuchtlanden und diese Aushöhlung erleichterte es dann im Jahr 2003, mit der Ministererklärung von Bremen vom 25.06.2003 die PITF aufzulösen und ihre Aufgaben HELCOM LAND zu übertragen³⁵⁸. Die offizielle Begründung war die veraltete Struktur der PITF, die einige Staaten von der Notwendigkeit der Schließung der PITF überzeugt habe und die internationalen Finanzinstitute (IFIs) veranlasst habe, weniger mit der PITF zusammenzuarbeiten³⁵⁹. Dem widersprechen jedoch Zeitzeugen wie Frau Heike Imhoff, die sowohl die stellvertretende Delegationsleitung als auch die Delegationsleitung für Deutschland bei der HELCOM seit 1994 innehatte und eher eine zu geringe Beteiligung der Staaten als Grund³⁶⁰ sah und der Professional Secretary der HELCOM-PITF 1996- 2001 Dr. Ulrich Kremser, der persönliche Interessen von Beteiligten geltend machte³⁶¹.

³⁵⁵ HELCOM: Rules of Procedure of the Helsinki Commission. Anlage 3 der Minutes of the Extraordinary Meeting 6.-7.9.1999 Helsinki, S. 24.

³⁵⁶ Zeitzeugeninterview mit Dr. Ulrich Kremser, S. 5.

³⁵⁷ Diese Bereiche waren die Elemente eins und zwei, also politische und rechtliche Reformen und institutionelle Stärkung und Aufbau von Humankapital sowie die Bereiche fünf und sechs, angewandte Forschung und Öffentlichkeitsarbeit.

HELCOM: Decision concerning the relation between PITF and HELCOM. Anlage 4 der Minutes of the Extraordinary Meeting 6.-7.9.1999 Helsinki, S. 41.

³⁵⁸ HELCOM Ministerial Declaration (HELCOM Bremen Declaration), adopted on 25 June 2003 in Bremen by the HELCOM Ministerial Meeting. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.helcom.fi/stc/files/MinisterialDeclarations/Bremen2003.pdf>, 24.06.2008, S. 6.

³⁵⁹ Report/Strategy Paper prepared by the JIMF- vorgelegt dem 10. Treffen der Heads of Delegations der HELCOM 27.-28.11.2002. Elektronisch veröffentlicht auf:
[http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Heads%20of%20Delegation%20\(HODS\)/HODS%2010%202002/2-6.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Heads%20of%20Delegation%20(HODS)/HODS%2010%202002/2-6.pdf), 16.07.2007, S. 3.

³⁶⁰ Zeitzeugeninterview mit Frau Heike Imhoff, Stellvertretende Delegationsleiterin bzw. Delegationsleiterin Deutschlands bei der HELCOM seit 1994, S. 5.

³⁶¹ Zeitzeugeninterview mit Dr. Ulrich Kremser vom 05.07.2007, S. 10.

Auffallend ist, dass mit der *Northern Dimension Environmental Partnership* (NDEP) ab dem Juli 2002 ein ähnliches Gremium existierte, das im Ostseeraum IFIs und Staaten zusammenbrachte.

3.2.2 Union of Baltic Cities (UBC)

Das erste schriftliche Zeugnis einer Initiative zu einem Netzwerk der Ostseestädte stammte aus Gdansk, von der ersten Erklärung der ersten demokratisch gewählten Stadtverwaltung vom 05.06.1990³⁶². Vorher war das Thema auf einer Feier zum Anlass dieser ersten demokratischen Wahl vom Kalmarer Bürgermeister Anders Engström ergriffen worden³⁶³. Die auf polnisch-schwedische Initiative stattfindende Rønneby-Konferenz der Ostseestaatschefs vom September 1990 war ein weiteres Stimulans, da sie die Ostseeanrainer zur Intensivierung der Kooperation und Vereinfachung der Kontakte aufrief³⁶⁴. In der Folge verpflichtete die Bürgerschaft Gdansks die Stadtverwaltung, eine Konferenz der Ostseestädte auszurichten. Daraufhin kam es nach der Arbeit des Vorbereitungs Komitees, bestehend aus Partnerstädten Gdansks wie Aarhus, Kalmar, Leningrad und Turku sowie aus Klaipeda, Lübeck, Riga und Tallinn unter der gemeinsamen Leitung des gerade gewählten Bürgermeisters Kalmars, Anders Engström und des Repräsentanten Gdansks, Jacek Starosciak, vom 19.-20.09.1991 zur Gründungskonferenz der *Union of Baltic Cities* (UBC) in Gdansk³⁶⁵. 45 Ostseestädte, von denen 32 die Gründungsakte unterzeichneten, und Vertreter einiger internationaler Organisationen waren anwesend. In der Folge wuchs die Zahl der Mitglieder der UBC kontinuierlich³⁶⁶. Nachdem ein erster Sitzungsteil die generellen

³⁶² Goals and Objectives - Rede von Jacek Starosciak, Vertreter der Stadt Gdansk auf der Gründungskonferenz der UBC, 19.-20.09.1991. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.ubc.net/today/pictures/founding_conference/goals_and_objectives.rtf, 20.12.2005.

³⁶³ Zeitzeugeninterview mit Anders Engström, Präsident der UBC 1991- 2001, S. 1.

³⁶⁴ Goals and Objectives - Rede von Jacek Starosciak.

³⁶⁵ Founding Conference, Gdansk, 19-20 September 1991 - Conference Report. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.ubc.net/today/founding%20conference.html#Conference%20Report>, 22.12.2005.

³⁶⁶ Im Dezember 1995 waren es schon 58 Ostseestädte. Zum Zeitpunkt der vierten Generalkonferenz der UBC in Gdansk im September 1997 waren insgesamt 77 Städte Mitglieder, im September 1999 waren es 92, 2001 hatte die UBC 100 Mitgliedsstädte. Im Oktober 2003 waren 105 Städte Mitglied der UBC.

Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 24-25 September 1993 (Kaliningrad) - 8-9 December 1995 (Aarhus). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/raport%2093-95.html>, 20.12.2005

Report of the Activities of the Union of the Baltic Cities, 8-9 December 1995 (Aarhus) - 12-13 September 1997 (Gdansk). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/raport95-97.html>, 20.12.2005

Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 12-13 September 1997 (Gdansk) - 24-25 September 1999 (Stockholm). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/raport97-99.html>, 20.12.2005

Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 24-25 September 1999 (Stockholm) - 12-13 October 2001 (Rostock). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/vith-general.html#Conference%20Report>, 20.12.2005

Erfahrungen der Ostseestädte bei der Kooperation untereinander und mit anderen Verwaltungsebenen erhoben hatte, behandelte ein zweiter die möglichen Ziele und die Struktur einer Union der Ostseestädte, worauf die Verabschiedung der Statuten der UBC folgte³⁶⁷. Die Ziele der neuen Vereinigung waren die Stärkung und Unterstützung der Kooperation und des Erfahrungsaustauschs zwischen den Städten des Ostseeraums und das Vertreten gemeinsamer Interessen gegenüber regionalen, nationalen und europäischen Institutionen. Sie war also thematisch nicht auf einen Politikbereich festgelegt. Ein wichtiges Mittel zur Umsetzung war der systematische Erfahrungsaustausch, der durch Treffen der Mitglieder und eine Verbesserung des Informationsflusses gewährleistet wurde. Weiterhin gehörten hierzu alle Initiativen zur Stärkung zwischenmenschlicher Kontakte, Initiativen zur Zusammenarbeit mit den Regierungen, der ständige Kontakt zur EU und dem Europarat, die Stärkung des Interesses der Bevölkerung an der Geschichte der Region, an ihrem ökologischen und kulturellen Erbe sowie die Unterstützung der Forschung und der Verbreitung ihrer Ergebnisse. Der mögliche Kreis der Mitglieder wurde mit allen Ostseestädten und anderen an der Entwicklung des Ostseeraums interessierten Städten bewusst weit gehalten. Die alle zwei Jahre einberufene Generalkonferenz aller Mitglieder war die höchste Autorität der UBC, die für zwei Jahre ein Präsidium aus je einem Vertreter pro Mitgliedsstaat wählte, das Sekretariat wurde zunächst für die ersten zwei Jahre in Gdansk eingerichtet, wo es jedoch auch in allen folgenden Jahren blieb. Ein Mitgliedsbeitrag von mindestens 2.000 US-Dollar pro Jahr im Voraus wurde festgelegt, wobei die Städte Russlands und der baltischen Staaten zunächst zwei Jahre keinen Beitrag leisten mussten und ab 1994 mit höchstens 1.000 US-Dollar in Anspruch genommen wurden³⁶⁸. Dass die Zahlung des Beitrags genau überwacht wurde, zeigt der Auftrag des elften Treffens des *Executive Boards* vom 22.-23.04.1995 in Vilnius an den Präsidenten, der Stadt Bremen, die seit Gründung der UBC 1991 nicht gezahlt hatte, mit dem Ausschluss aus der Union zu drohen, falls diese ihren Beitrag weiter nicht zahle³⁶⁹. Nachdem mehrere Versuche zu Kontaktaufnahmen ergebnislos verliefen und Zahlungen weiter ausblieben, schloss das *Executive Board* der UBC auf seinem Treffen vom 07.-08.12.1995 in Aarhus folgerichtig Bremen von der Mitgliedschaft in der

Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 12-13 October 2001 (Rostock) – 17-18 October 2003 (Klaipeda). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/ubcreport0103.doc>, 20.12.2005.

³⁶⁷ Founding Conference - Conference Report.

³⁶⁸ Minutes from the ninth Meeting of the Executive Board of the Union of the Baltic Cities – Palanga, Lithuania, 26 March 1994. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/9th-executive.html>, 20.12.2005.

³⁶⁹ Minutes from the 11th Meeting of the Executive Board of the Union of the Baltic Cities - Vilnius, Lithuania, 22-23 April 1995. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/11th-executive.html>, 20.12.2005.

UBC aus³⁷⁰. Ab 1997 wurde der kleine Städte benachteiligende feste Mitgliedsbeitrag zu Gunsten einer an die Einwohnerzahl gebundenen Regelung aufgegeben. Der Bürgermeister Kalmars, Anders Engström, wurde der erste Präsident der UBC und blieb es bis 2001, woraufhin ihm der Bürgermeister Koldings, Per Bødker Andersen folgte. Zu Engströms Stellvertretern wurden auf der Gründungskonferenz der Bürgermeister Lübecks, Michael Bouteiller, und der stellvertretende Bürgermeister St.Petersburgs, Alexander Pethukow, gewählt, so dass auf dieser Ebene sowohl die westlichen als auch die östlichen Ostseestädte repräsentiert waren.

Auf der Gründungskonferenz tagten bereits drei Arbeitsgruppen, zu Telekommunikation, Umweltschutz und zum Verkehrswesen einschließlich der maritimen Industrie, die schon erste Notwendigkeiten ausloteten und Politikempfehlungen formulierten³⁷¹. Auf der ersten Generalkonferenz vom 22.-24.05.1992 in Kalmar tagte neben diesen Gruppen zusätzlich eine Arbeitsgruppe zu sozialen und kulturellen Fragen³⁷², auf der zweiten Generalkonferenz war diese Gruppe schon in eine zu sozialen und eine zu kulturellen Fragen aufgeteilt und die inhaltlichen Arbeitsgremien wurden nun nicht mehr als „*Working Groups*“, sondern als „*Commissions*“ bezeichnet³⁷³. Ein entscheidendes Problem der Anfangszeit war neben unzureichenden technischen Kommunikationsmöglichkeiten Konfusion über die Zuständigkeiten für Ostseekooperation in den Städten. Dies wird deutlich durch die Entscheidung des sechsten Treffens des *Executive Boards* vom 06.-07.06.1993 in Kaliningrad, also noch drei Jahre nach Gründung der UBC, einige Mitgliedsstädte zur Benennung von verantwortlichen Kontaktpersonen zu drängen³⁷⁴. Nachdem im Mai 1993 in Kaliningrad die Konferenz *Women of the Baltic Sea* stattgefunden hatte und 35 Teilnehmerinnen aus 14 Städten aus sieben Ostseestaaten dort unter anderem über die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt und ungerechte Entlohnung diskutiert hatten, hatten sie das Interesse ausgedrückt, die Gleichstellung der Frau in der Arbeit der UBC umzusetzen und die Arbeit der UBC dadurch zu verbessern. Das *Executive Committee*-Treffen vom 04.09.1993 entschied, dafür die Gründung einer Frauen- Arbeitsgruppe zu unterstützen³⁷⁵.

³⁷⁰ Minutes from the 13th Meeting of the Executive Board of the Union of the Baltic Cities - Aarhus, Denmark, 7-8 December 1995. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/13th-executive.html>, 20.12.2005.

³⁷¹ Berichte der Arbeitsgruppen der Gründungskonferenz. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/today/pictures/founding_conference/reports_from_working_groups.rtf, 20.12.2005.

³⁷² Ist General Conference, Kalmar, 22-24 May 1992 - Conference Report. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/Ist-general.html#Conference%20Report>, 20.12.2005.

³⁷³ IInd General Conference, Svetlogorsk, Kaliningrad Region, 24-25 September 1993 – Conference Report. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/IIInd-general.html#Conference%20Report>, 20.12.2005.

³⁷⁴ Minutes from the 6th meeting of the Executive Board of the Union of the Baltic Cities - Kaliningrad, 6-7 June 1993. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/6th-executive.html>, 20.12.2005.

³⁷⁵ Minutes from the 7th meeting of the Executive Board of the Union of the Baltic Cities - Turku, Finland, 4 September 1993. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/7th-executive.html>, 20.12.2005.

1995 beschloss das *Executive Board* der UBC, den Kommissionen Führungsstädte zuzuordnen, um Kompetenzverteilungen eindeutig zu regeln. Im Falle der Telekommunikation waren das Riga und Kalmar, beim Verkehr Gdansk und Kaliningrad, bei der Umwelt Aarhus und Turku, im Bereich des Sozialen Rostock und Lübeck und bei der Kultur Szczecin und Visby³⁷⁶. Als neue Kommissionen wurden 1995 zum einen die Kommission zu Tourismus mit Kalmar und Rezekne als verantwortlichen Städten eingerichtet, die die Interessen der Branche auf der politischen Ebene vertreten und ein Netzwerk der am Tourismus Beteiligten aufbauen wollte. Bildung und Unterstützung der Vermittlung von EU-Projekten waren weitere Schwerpunkte³⁷⁷. Zum anderen wurden eine Kommission zu Sport als einem Mittel des Aufbaus persönlicher Kontakte mit Gdynia und Karlskrona als Führungsstädte sowie eine Task Force zu Kommunikation und Public Relations gegründet. Die dritte Generalkonferenz im Dezember 1995 verabschiedete eine an die Nationalstaaten gerichtete Stellungnahme, die die Rolle der lokalen Einheiten betonte³⁷⁸. Dass die starke Betonung dieser Inhalte notwendig war, zeigt eine geringe Akzeptanz der Städte durch die übergeordneten Regierungsebenen als kompetente Akteure. Die vor allem im östlichen Ostseeraum bestehende negative Ausgangssituation der Städte hinsichtlich ihrer Entscheidungskompetenzen hatte sich also auch gegen Ende 1995 wenig verändert. Eine weitere Stellungnahme richtete sich an Monika Wulf-Mathies als EU-Kommissarin für regionale Fragen, betonte die Rolle der Städte für eine EU-Ostseepolitik und forderte flexiblere und besser koordinierte Fördermöglichkeiten für Städteprojekte³⁷⁹. Neben der Arbeit der Kommissionen war im Zeitraum 1995-97 auch das Projekt „UBC-Mitgliedsstädte und die EU“ entstanden, in der das von einer Steuerungsgruppe aus zehn Städten³⁸⁰ mit Szczecin und Kopenhagen in Führungsposition geführte Netzwerk Hilfe leisten wollte, die

³⁷⁶ Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities 24-25 September 1993 (Kaliningrad), 8-9 December 1995 (Aarhus).

³⁷⁷ ebd.;

Infotext zu Commission on Tourism. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.ubc.net/commissions/tourism.html>, 19.09.2005.

³⁷⁸ Die Thesen betrafen die lokale Autonomie als wichtigen Pfeiler der Demokratie und weit im Bewusstsein der Bevölkerung verbreitete Notwendigkeit, da in lokaler Demokratie die Bürger direkt als Politiker, Wähler oder Meinungsbildner auftreten können und sie damit nicht nur die Möglichkeit zur Mitgestaltung, sondern auch ein „Training“ für die Übernahme politischer Verantwortung bot. Die Notwendigkeit der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips wurde betont, dass Entscheidungen auf der tiefstmöglichen, idealerweise der lokalen, Ebene gefällt werden und an die lokalen Erfordernisse angepasst sein sollten. Dafür sollten städtische Projekte auch direkt auf lokaler Ebene finanziert werden. Weiterhin wurden Initiativen zur Erleichterung der politischen Teilhabe von Städten in internationalen Gremien gefordert.

The UBC Statement on Local Self-Government 09.12.1995. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.ubc.net/today/pictures/IIIrd-general/conference_statements.doc, 20.12.2005, S. 3.

³⁷⁹ The Role of Cities in a Baltic Sea Policy. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.ubc.net/today/pictures/IIIrd-general/conference_statements.doc, 20.12.2005, S. 1f.

³⁸⁰ Kopenhagen, Kalmar, Tampere, Tallinn, Liepaja, Panevezys, Kaliningrad, Szczecin, Rostock und Kristiansand.

Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 8-9 December 1995 (Aarhus) - 12-13 September 1997 (Gdansk).

Städte der EU- Kandidatenstaaten auf den EU-Beitritt vorzubereiten. In diesem Zeitraum entwickelte sich auch eine Kooperation zwischen schwedischen und litauischen Städten zum Wiederaufbau des öffentlichen Personennahverkehrs weiter, die mit Studienbesuchen und finanziellen Unterstützungen arbeitete.

Die vierte Generalkonferenz der UBC vom 12.-13.09.1997 war die erste, auf der Workshops zu Spezialthemen veranstaltet wurden, um hier detaillierte gemeinsame Positionen auszuarbeiten. Die Workshops 1997 betrafen die Lokale Agenda 21, das Verhältnis zwischen der EU und den Ostseestädten, Tendenzen und Hindernisse lokaler Selbstverwaltung im Ostseeraum und Möglichkeiten der Koordinierung der Aktivitäten der Kooperation zwischen den einzelnen Akteuren im Ostseeraum³⁸¹. Diese Konferenz richtete zudem die Kommission zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit ein, die sich als Plattform gemeinsamer Initiativen zur Geschäftsentwicklung und Vernetzung der Akteure verstand, als Initiator und Bewerber für EU-Förderprojekte dienen und eine Plattform für den Erfahrungs- und Informationsaustausch im Bereich der Wirtschaft bieten wollte³⁸². Im Oktober 1998 kam die Kommission zur Stadtplanung dazu, die ein Netzwerk aller an Stadtplanung Beteiligten aufbaute. Ihre übergeordneten Ziele waren eine Erhöhung der Lebensqualität und die nachhaltige Entwicklung in den Städten, die durch eine gute wirtschaftliche Entwicklung durch einen intensiven Dialog zwischen Bürgern, dem privaten und öffentlichen Sektor erreicht werden sollte. Daneben stand bei der Kommission auch der Austausch von Informationen zu *best practice* im Vordergrund, der über die Jahre hinweg mit Seminaren zu unterschiedlichen Themenbereichen der Stadtplanung durchgeführt wurde³⁸³.

Ebenfalls 1998, auf einem Treffen des UBC-Präsidiums am 26.06. in Klaipeda wurde die UBC-Kommission zur Bildung gegründet, bei der das schwedische Norrtalje und Kärddla in Estland die Führungspositionen einnahmen. Die Ziele der Kommission waren es, den Mitgliedern gute Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch im Bildungsbereich zu bieten und neue Initiativen für EU-Projekte zu machen. Hierzu stimulierte und organisierte die

³⁸¹ IVth General Conference, Gdansk, 12-13 September 1997- Conference Report. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/Ivth-general.html#Conference%20Report>, 20.12.2005.

³⁸² Infotext zu Commission on Business Cooperation. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/commissions/business.html>, 19.09.2005.

³⁸³ Infotext zu Commission on Urban Planning. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/commissions/urbanplanning.html>, 19.09.2005

Commission on Urban Planning- Activity Report September 1997- August 1999. In: Reports and Action Plans of the UBC- Commissions. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/today/pictures/vth-general/comissions_reports.doc, 20.12.2005

Commission on Urban Planning- Activity Report October 1999- September 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/vith-general/reports/Urban.rtf>, 20.12.2005.

Kommission Schüler- und Studentenaustausch und widmete sich auch Fernstudiengängen und Erwachsenenbildung³⁸⁴.

Die Generalkonferenz der UBC 1999 folgte dem Vorschlag der Kommission zur Kommunikation, die ihren Zweck, die Kommunikation zwischen den UBC-Städten zu verbessern, erfüllt sah, ihre Arbeit einzustellen und die Kommission aufzulösen. Ein neuer Arbeitsbereich tat sich 1999 jedoch mit dem UBC *EU-Coordinators network* auf, das die EU-Koordinatoren der Mitgliedsstädte vernetzen und damit die Unterstützung der Ostseestädte bei der Projektplanung und -durchführung sowie bei der Beantragung von Fördermitteln unterstützen sollte. Im Jahr 2000 wurden in den baltischen Staaten drei Seminare zu EU-Themen wie der Rolle des EU-Koordinators in der lokalen Verwaltung, dem EU-Integrationsprozess und der Entwicklung von EU-Projekten veranstaltet³⁸⁵. Das Hauptziel war hierbei die Vernetzung und Weiterbildung der EU-Koordinatoren und damit die Verbesserung ihrer Einflussmöglichkeiten. 2001 gab es mit Juhan Janusson schon einen gemeinsamen EU-Koordinator der UBC, der seinen Sitz in Kopenhagen hatte³⁸⁶. 2003 jedoch musste eine schon lang währende Inaktivität des Netzwerks der EU-Koordinatoren festgestellt und Überlegungen zur Wiederbelebung und einem Aktionsplan angestellt werden³⁸⁷.

Die immer weiter fortgeschrittene Differenzierung der Arbeit und des Themenspektrums der UBC zeigt die Liste der Workshops auf der in Rostock vom 12.-13.10.2001 abgehaltenen sechsten Generalkonferenz der UBC³⁸⁸. Den Teilnehmern wurde hier Gelegenheit gegeben, sich zu informieren und ihre Meinung in den Diskurs einfließen zu lassen.

Ein deutliches politisches Willensbekenntnis wurde durch diese Konferenz vom 12.-13.10.2001 mit der Annahme der Sozial-Charta der UBC gesetzt.

Im Rahmen des allgemeinen Aufwinds des Themas der Informationsgesellschaft gründete die UBC auf dem 34. Treffen des *Executive Boards* in Viljandi vom 07.-08.06.2002 die Kommission zur Informationsgesellschaft mit St.Petersburg als verantwortlichem Mitglied. Das Ziel der Arbeitsgruppe war die Unterstützung der Entwicklung der Ostseestaaten in Richtung der Informationsgesellschaft. Dies sollte sowohl die Umsetzung europäischer und

³⁸⁴ Infotext zu Commission on Education. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.ubc.net/commissions/education.html>, 19.09.2005.

³⁸⁵ UBC EU-Coordinators Network- Activity Report October 1999- September 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/vith-general/reports/EUCoord.rtf>, 20.12.2005.

³⁸⁶ Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 24-25 September 1999 (Stockholm) - 12-13 October 2001 (Rostock).

³⁸⁷ Report of the UBC EU-Coordinators Network. In: Reports and Action Plans of the UBC Commissions. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005, S. 30f.

³⁸⁸ Die Themen der Arbeitsgruppe waren: Sozialpolitik in der Erweiterungsperspektive, Arbeitsmarktpolitik in der Erweiterungsperspektive, Gleichheit der Geschlechter, Teilhabe von Kindern und Jugendlichen und Gesundheit und soziale Gleichheit für alle.

VIth General Conference, Rostock, 12-13 October 2001- Conference Report. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/vith-general.html#Conference%20Report>, 20.12.2005.

nationaler Politiken in diesem Bereich, als auch die Projekte der einzelnen UBC-Mitglieder betreffen. Die Arbeit der Kommissionen der UBC und der Informationsfluss zwischen ihnen sollten so auch profitieren³⁸⁹.

Die siebte Generalkonferenz der UBC vom 17.-18.10.2003 mit ihren 250 Teilnehmern aus 72 Mitgliedsstädten und internationalen Kooperationsgremien gründete am 18.10.2003 das UBC *Network on Youth Issues*, nachdem auf die Initiative von Kalmar und seinem Jugendrat schon ab 1997 Jugendaustausch, vor allem zwischen den Städten Gdansk, Kaliningrad, Panevezys, Rostock und Kalmar stattgefunden hatte. Es hatte sein erstes Treffen im Februar 2004, auf dem es sich konstituierte, so dass die eigentliche Tätigkeit in die Zeit nach der EU-Osterweiterung fiel. Damit wurde jedoch eine Kontaktbasis für die Jugendbeauftragten der Mitgliedsstädte geschaffen, die so effektiver den Einbezug von Jugendlichen sowie den Jugendaustausch unterstützen und Jugendagenden in den Politiken der UBC einbringen konnten³⁹⁰.

In der Resolution der siebten Generalkonferenz vom 17.-19.10.2003 in Klaipeda hatte die UBC zur Verbesserung der Kontakte die EU-Kommission zu regelmäßigen Konsultationen aufgerufen. In diesem Zusammenhang veröffentlichte die EU-Kommission im Dezember 2003 das Papier „*Dialogue with associations of regional and local authorities on the formulation of EU policy*“, das jährliche Treffen zur Anhörung der lokalen und regionalen Körperschaften vorschlug³⁹¹. Die UBC beantwortete das Papier zusammen mit ihrer Schwesterorganisation *Conference of Atlantic Arc Cities* und bestand auf einen gleichberechtigten Dialog anstelle einseitiger Anhörungen³⁹². Dieser Zusammenhang zeigt einerseits das gewachsene Selbstbewusstsein der UBC, andererseits aber, dass die Bedeutung der UBC auch kurz vor der EU-Osterweiterung noch nicht von Seiten der EU voll erkannt worden war.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung der europäischen Transportpolitik entschied die UBC zu Beginn 2004 die Einrichtung einer Kommission zu Logistikfragen. Im selben Jahr bekam die UBC letztlich doch den lange angestrebten Beobachterstatus beim Ausschuss der Regionen der EU³⁹³.

³⁸⁹ Infotext zu Commission on Information Society.

³⁹⁰ Infotext zu Network on Youth Issues.

³⁹¹ Communication from the Commission: Dialogue with associations of regional and local authorities on the formulation of European Union policy. Brussels, 19.12.2003 COM(2003) 811 final. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2003:0811:FIN:EN:PDF>, 14.07.2008

³⁹² Report of the Activities of the Union of Baltic Cities. 18 October 2003 (Klaipėda) – 1 October 2005 (Turku). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/today/pictures/VIIIIGC/g_UBC_activity.pdf, 11.03.2008, S.

1.
³⁹³ ebd., S. 1.

3.2.3 Die *Baltic Sea Parliamentary Conference* (BSPC)

Nachdem schon am 13.09.1990 ein entsprechendes Vorbereitungstreffen in Helsinki durchgeführt worden war, fand vom 07.-09.01.1991 auf die Initiative des finnischen Parlaments und seines damaligen Sprechers, Kalevi Sorsa, die erste Konferenz der Ostseeparlamentarier unter dem Namen *Parliamentary Conference on Co-operation in the Baltic Sea Area*, den die Konferenz bis zur Annahme neuer Arbeitsrichtlinien auf der achten Konferenz vom 07.-08.09.1999 in Mariehamn führte, in Helsinki statt³⁹⁴. Damit fiel diese erste Annäherung in eine rasante Zeit des Umbruchs im Ostseeraum. Deutschland war erst ein Vierteljahr wiedervereinigt und die auf der Konferenz vertretene Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns hatte sich erst zehn Wochen vorher konstituiert. Die schwedische Regierung hatte sich im Oktober 1990 erstmals für eine EG-Mitgliedschaft ihres Landes ausgesprochen und damit die nordische Neutralität in Frage gestellt und Finnland und Norwegen in Zugzwang gebracht. Der eigentliche Brennpunkt lag in dieser Zeit jedoch auf den baltischen Sowjetrepubliken, die um ihre Unabhängigkeit kämpften. Litauen hatte im März 1990 einseitig die Unabhängigkeit erklärt, Estland und Lettland folgten im März und Mai 1990 mit Einräumung einer Übergangsperiode, Litauen hatte ab Mitte April 1990 mit einer Wirtschaftsblockade durch die Sowjetunion zu leben. Entscheidend für den Konferenzverlauf in Helsinki aber war, dass parallel dazu mit Begründung der Nichteinhaltung der Quoten von in die Rote Armee abgestellten baltischen Wehrpflichtigen in den baltischen Republiken Übergriffe auf öffentliche Ämter und Zivilisten durch sowjetisches Militär geschahen.

Mit Hinblick auf diese Divergenzen war es realistisch, dass die Konferenz nicht die Absicht hatte, eine Resolution zu verabschieden, sondern zunächst nur auf möglichst informellem und freiem Wege die allgemeine Kontaktaufnahme zu ermöglichen und Gelegenheit zum Informations- und Meinungsaustausch zu bieten. Neu war hierbei die Struktur des Teilnehmerfeldes, denn es waren nicht nur Vertreter der nationalen, sondern auch der regionalen Parlamente anwesend, was der realen Kooperationsstruktur im Ostseeraum und auch den Interessenlagen (im Falle Deutschlands zum Beispiel waren Kiel, Hamburg und Schwerin an der Ostseekooperation deutlich mehr interessiert als Bonn) entsprach.

Besonders neu war die Teilnahme an einer internationalen Veranstaltung dieser Art für die Delegierten der baltischen Republiken und vor allem für die Vertreter der noch in der SU befindlichen Sowjetrepublik Karelien, die bis dato von Moskau international vertreten wurden

³⁹⁴ Baltic Sea Cooperation in the European context. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.norden.org/bspcnet/media/Dokument/Faktablad_BSPC.pdf, 07.04.2008.

oder zumindest enge Vorgaben bekommen hatten. Nun konnten sie erstmalig auf einem internationalen Forum frei sprechen. Neben den Delegierten waren Experten aus den Bereichen Kultur, Bildung, Wirtschaft, Umweltpolitik und Friedensforschung anwesend³⁹⁵.

Auf diese Weise konnten in der Debatte Anknüpfungspunkte für zukünftige Kooperation entstehen. Die Themen waren die wirtschaftlichen Reformen in den Transformationsstaaten, hinsichtlich derer die Notwendigkeit der Aufnahme der Leningrad-Region und der baltischen Republiken in westeuropäische Förderprogramme betont wurde und der Umweltzustand der Ostsee, zu dem große Besorgnis geäußert wurde. Die Teilnehmer sprachen sich weiterhin für Kooperation in den Bereichen Bildung und Kultur aus, da diese die Basis für das gegenseitige Verständnis der Menschen in den Ostseestaaten schaffen würden. Mehrfach wurde außerdem die Schaffung eines Ostseerats zur Planung der Kooperation in Wirtschaft, Kultur und nachhaltiger Entwicklung angeregt. Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in den östlichen Staaten wurde dagegen kaum thematisiert. In den Beiträgen der Balten und Karelier wurde hierbei eine viel größere Bereitschaft zur Öffnung und Kooperation im Ostseeraum artikuliert, als durch die Vertreter der Sowjetunion³⁹⁶. Entgegen den Verabredungen der Vorbereitungskonferenz driftete die Debatte im späteren Verlauf zu tagespolitischen Themen und konkret zur aktuellen Situation in den baltischen Republiken ab, die mehrere Delegierte mit der Situation des vom Irak besetzten Kuwaits verglichen³⁹⁷. Dänische und schwedische Delegierte stützten die Argumentation der Balten, so dass starker Druck auf die sowjetischen Teilnehmer ausgeübt wurde.

Die Konferenz zeigte, wie sehr Kooperation im Ostseeraum zumindest auf nationaler Ebene noch am Anfang ihrer Entwicklung stand. Nicht nur die in den Beiträgen offenkundigen Probleme einiger Delegierter mit der englischen Sprache als *lingua franca* der Ostseekooperation wies darauf hin, sondern vielmehr die sicherheitspolitischen Spannungen zwischen den Teilnehmerstaaten, die von möglichen Kooperationsthemen ablenkten und die Fronten verhärteten. Zudem waren die meisten Initiativen noch nicht über das bloße Ideenstadium hinweggelangt. Dennoch war es den sowjetischen Vertretern durch sie möglich, auf internationaler Bühne ihre Anstrengungen zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage glaubhaft zu machen und andererseits wurde den Balten ermöglicht, ihre Lage öffentlich zu

³⁹⁵ Rikke Helms, Direktor des dänischen Kulturzentrums in Lettland, Åke Wihtol, finnischer Staatssekretär, Nikita N. Moisejew, Direktor der internationalen Stiftung zum Überleben und der Entwicklung der Menschheit, Moskau, Kauko Sipponen, Kanzler der Universität Tampere, Ludwik Zmudzinski, Professor an der Bildungsuniversität [University of Education] Slupsk, Axel Krohn, Senior Research Fellow am Stockholmer Institut für Friedensforschung.

Väänänen, Pentti; Boedeker, Mika (Hrsg.): Parliamentary Conference on Co-operation in the Baltic Sea Area, Helsinki, 7-9 January 1991, Helsinki 1991. (=Edition des mit der ersten Ostseeparlamentarierkonferenz verbundenen Schriftguts), S. 17.

³⁹⁶ ebd.

³⁹⁷ Unter anderem Ylo Nugis vom Obersten Rat Estland und der Lette M. Budovsais, ebd., S. 207, 231.

artikulieren, Sympathisanten zu finden und damit Druck auf die SU aufzubauen. Ebenso wichtig war der Ideenaustausch zu Kooperationsprojekten in der Ostsee, der zunächst den Bedarf und die Einstellungen der Anrainerstaaten klären konnte.

Die zweite Konferenz der Ostseeparlamentarier vom 22.-24.04.1992 in Oslo konnte auf diesen Errungenschaften aufbauen. Zum einen verabschiedete sie eine Resolution, die sich um weite inhaltliche Differenzierung bemühte und Kooperationsprogrammen der Gebiete Umweltschutz einschließlich nuklearer Sicherheit, Wirtschaft und Handel, Forschung und Technologie, Energie, Infrastruktur, Kultur, Bildung und Demokratieentwicklung höchste Priorität verlieh³⁹⁸. Damit war der Themenkreis der künftigen Ostseekooperation auf nationaler Ebene, wie er auch vom Ostseerat getragen wurde, auch durch die Parlamentarier festgeschrieben worden. Zum anderen etablierte sich die Konferenz stärker innerhalb der Ostseekooperation. Dies tat sie neben der Resolution mit der Verabschiedung eines Mandats, das jährliche Treffen der Parlamentarier bestätigte. Die Hauptaufgabe dieser Treffen wurde mit dem Initiieren und Koordinieren von Kooperationsprojekten im Ostseeraum festgelegt, weshalb es ausreichte, dass die jährlichen Treffen zunächst die gesamte Struktur der Ostseeparlamentarierkonferenz ausmachten, allerdings gab es die Möglichkeit, im Konsens der Teilnehmer Arbeitsgruppen einzurichten³⁹⁹. Ebenso im Konsens wurden die Entscheidungen über Politikvorschläge und -forderungen gefällt, die an die Regierungen und Parlamente der Ostseeregion, den Nordischen Ministerrat, den Baltischen Rat und den Ostseerat gerichtet wurden⁴⁰⁰. Neben einem festen Kreis von Teilnehmern aus nationalen und regionalen Parlamenten⁴⁰¹ konnten Vertreter anderer Organisationen, Experten und Gäste geladen werden. Zur weiteren Befestigung der eigenen Rolle forderte die Ostseeparlamentarierkonferenz die Staatsregierungen und den Ostseerat auf, sie als parlamentarische Basis der Kooperation anzuerkennen, ihre Empfehlungen zu beachten und ihr über die Fortschritte der Kooperation zu berichten. Somit etablierte sich die Konferenz der Ostseeparlamentarier auf ihrem zweiten Treffen und öffnete sich prinzipiell der gesamten Themenpalette der Ostseekooperation, auch wenn hierzu noch keine inhaltlichen Empfehlungen gemacht wurden.

³⁹⁸ Conference Resolution adopted by the Second Parliamentary Conference on Co-operation in the Baltic Sea Area, on 24 April 1992. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/2nd_BSPC_Resolution.pdf, 16.09.2005

³⁹⁹ Mandate for Parliamentary Conferences on Co-operation in the Baltic Sea Area. ebd., Appendix 1.

⁴⁰⁰ ebd.

⁴⁰¹ Die eingeladenen Teilnehmer stammten aus den Parlamenten Bremens, Dänemarks, Estlands, der Färöer Inseln, dem deutschen Bundestag, Finnlands, Grönlands, Hamburgs, Islands, Kareliens, Lettlands, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, Russlands, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Ålands, vom Nordischen Rat und der Baltischen Versammlung.
ebd.

Die dritte Konferenz vom 05.-06.05.1994 richtete eine Arbeitsgruppe zur Betreuung der parlamentarischen Zusammenarbeit ein. Sie bestand aus je einem Vertreter der skandinavischen und baltischen Staaten sowie je einem Vertreter aus Deutschland und Polen und wurde im Sekretariat des Nordischen Rats angesiedelt. Eine weitere interparlamentarische Arbeitsgruppe wurde eingerichtet zur Ausarbeitung eines regionalen Aktions- und Entwicklungsplans, die gleichzeitig Möglichkeiten der Repräsentanz der Ostseeparlamentarierkonferenz beim Ausschuss der europäischen Regionen untersuchte⁴⁰². Diese Struktur wurde über die nächsten Jahre beibehalten. Der Ostseerat wurde aufgefordert, auch ein entsprechendes Aktionsprogramm zu erarbeiten, woraufhin 1995 ein gemeinsames Treffen mit dem Ostseerat gemeinsame Inhalte verabschieden sollte. Dieses Treffen fand jedoch nicht statt, was die Konferenz veranlasste, in der Resolution ihres vierten Treffens vom 12.-13.09.1995 in Rønne den Ostseerat zur gemeinsamen Verbesserung des konstruktiven Dialogs aufzufordern und einen Aktionsplan für seine Politiken zu erstellen⁴⁰³. Kennzeichnend für die Folgezeit war auch die Absicht der BSPC, eng mit dem Ostseerat zusammenzuarbeiten, gemeinsame Treffen zu veranstalten und gemeinsame Prozeduren auszuarbeiten, was jedoch vom CBSS nicht in gleichem Maße erwidert wurde.

Die fünfte Konferenz vom 10.-11.09.1996 in Riga, auf der erstmalig das Europäische Parlament vertreten war, benannte die bisher existierende interparlamentarische Arbeitsgruppe in *Standing Committee for the parliamentary cooperation* um, was seiner hinsichtlich der Koordinierung von Aktivitäten gewachsenen Rolle gerecht wurde. Auch hier wurde der Ostseerat aufgerufen, den Dialog mit der Ostseeparlamentarierkonferenz zu vertiefen und jährlich über seine Aktivitäten Bericht zu erstatten. Eine weitere Aufwertung des *Standing Committees* geschah auf der siebten Konferenz der Ostseeparlamentarier vom 07.-08.09.1998 in Lübeck, auf der das Komitee beauftragt wurde, die Umsetzung der Resolutionen der Ostseeparlamentarierkonferenzen zu überwachen⁴⁰⁴. Weiterhin wurde das Komitee beauftragt, zur Stärkung der parlamentarischen Kooperation formale Strukturen, zunächst *Rules of Procedure*, zu entwickeln. Diese *Rules of Procedure* wurden von der achten Konferenz angenommen⁴⁰⁵. Es erfolgte die Umbenennung in *Baltic Sea Parliamentary*

⁴⁰² Resolution der dritten Ostseeparlamentarierkonferenz vom 05.-06.05.1994 in Warschau. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/3rd_BSPC_Resolution.pdf, 16.09.2005.

⁴⁰³ Resolution der vierten Ostseeparlamentarierkonferenz vom 12.-13.09.1995 in Rønne. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/4.Resolution_96.DOC, 17.04.2008.

⁴⁰⁴ Resolution adopted by the 7th Parliamentary Conference on Cooperation in the Baltic Sea Region - Lübeck, 8th September 1998. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/7.Resolution_98.doc, 10.04.2008.

⁴⁰⁵ Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) - Rules of Procedure for the Parliamentary Conference and the Standing Committee. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.norden.org/bspcnet/media/Dokument/revised_rules.pdf, 16.09.2005.

Conference (BSPC), die Zielsetzung und Struktur der Konferenzen wurde jedoch nicht verändert. Für das *Standing Committee* wurde festgelegt, dass je zwei nach nationalen Regeln ausgewählte Mitglieder aus dem Nordischen Rat und Russland, je eines aus dem Baltischen Rat, Deutschland und Polen stammen sollte, wodurch ein kleines handlungsfähiges Gremium geschaffen war, das dennoch die Bevölkerungsanteile im Ostseeraum widerspiegelte. Die Aufgaben der Gruppe waren wie vorher schon in Resolutionen festgelegt, die Vorbereitung der Parlamentarierkonferenzen und die Überwachung der nationalen Umsetzung der Resolutionen. Eine Neuerung war die Aufnahme des Europaparlaments und der parlamentarischen Versammlungen des Europarats und der OSZE in die Liste der regulär einzuladenden Konferenzteilnehmer⁴⁰⁶. Diese Erweiterung des Teilnehmerkreises war einerseits ein Ausdruck des gestiegenen Interesses an der Ostseeregion im Allgemeinen und an der Konferenz der Ostseeparlamentarier im Besonderen, andererseits war es eine Folge des Strebens der BSPC nach Resonanz außerhalb des Ostseeraums. Dass die *Rules of Procedure* erst relativ spät, nach sieben Jahren der Arbeit des Gremiums formuliert wurden, zeigt die lockere Struktur des Anfangs, aber auch das sinnvolle Konzept des *form-follows-function*, dass nämlich erst nachdem sich in der täglichen Arbeit eine sinnvolle Struktur herausgebildet hat, diese festgeschrieben wird.

Nachdem die Parlamentarierkonferenz vom 03.-04.09.2001 in Greifswald im Zusammenhang mit der europäischen Debatte um die Erhöhung der Schiffssicherheit nach der Tankerkatastrophe der *Erika* im Dezember 1999 vor der Bretagne und der *Baltic Carrier* in der Kadettrinne im März 2001 sich intensiv mit maritimer Sicherheit in der Ostsee befasst hatte, wurde eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema gegründet. Sie bestand aus Parlamentariern interessierter Staaten und erarbeitete weitere Empfehlungen zur maritimen Sicherheit, die von der Konferenz 2002 angenommen wurden⁴⁰⁷. Die Konferenz 2002 zeigte sich mit den Ergebnissen der Arbeitsgruppe zufrieden und bekannte sich zu diesem Instrument der intensiveren Themenbearbeitung. Das *Standing Committee* wurde angesichts der Empfehlungen auf diesem Gebiet beauftragt, die Umsetzung maritimer Sicherheitsempfehlungen zu beobachten⁴⁰⁸.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz blieb also im gesamten Zeitraum 1991-2004 ihrer sehr schlanken Organisation treu. Das brachte im Hinblick auf die Finanzierung Vorteile und war

⁴⁰⁶ ebd. S. 5.

⁴⁰⁷ Resolution Part II adopted by the 10th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC), assembled in Greifswald, Germany, September 3rd - 4th, 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/10.Resolution_01.pdf, 16.09.2001, S. 6
Resolution Part II adopted by the 11th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC), assembled in St. Petersburg, Russian Federation, 30th September - 1st October 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.norden.org/bspcnet/media/Dokument/Resolution%20II%20-%20final.pdf>.

⁴⁰⁸ Resolution II St.Petersburg, S. 3.

dem Zweck einer Parlamentarierkooperation auch angemessen. Nachteile entstanden hinsichtlich der Umsetzung der Forderungen der BSPC, die als Parlamentarierversammlung hierfür keine direkten Kompetenzen hatte und auf die Regierungen angewiesen war, und hinsichtlich der Initiatorfunktion, die die BSPC für sich in Anspruch nahm, durch das Fehlen von spezialisierten Untergruppen, die möglichen Initiativen mehr Sachkompetenz mitgegeben hätten. Zum Ergreifen der Initiativen zu ganz neuen Projekten, Programmen und Politiken fehlte ihr also das Fachwissen, wie es im Bereich der Umwelt zum Beispiel die HELCOM, bei der Wirtschaft BCCA und BDF, bei der Energiepolitik die *Baltic Sea Region Energy Cooperation* (BASREC) und hinsichtlich der Kultur die *Ars Baltica* hatten. Insofern konnte sie lediglich in diesen Gremien Vorformuliertes aufgreifen. Wenn die Umsetzung von Politiken auf Grund der nationalen Kompetenzen schon für alle anderen Ostseegremien nicht unproblematisch war, war es das für die BSPC in besonderem Maße, da keine Untergruppen konkret in den Fachbereichen tätig waren. Stattdessen war sie zur Kontrolle der Umsetzung auf die Berichte der eigenen Teilnehmer aus den Parlamenten und anderer Organisationen an der Basis angewiesen, da sie nicht, wie zum Beispiel die BCCA, die Basis repräsentierte, die die Veränderungen erlebte. Insofern war die BSPC weder eine Führungskraft noch trieb sie die Ostseekooperation mit durchschlagenden Aktionen voran.

Der Wert der Institution lag auf anderem Gebiet, was auf der ersten Konferenz 1991 besonders deutlich wurde. Die Möglichkeit für Parlamentarier, sich zu treffen und zu informieren, Eindrücke und Erfahrungen auszutauschen, war das entscheidende Moment, das Vertrauen aufbaute, gemeinsame Interessen wachsen und konstruktive Routinen entstehen ließ. Zudem konnten die so informierten Konferenzteilnehmer sich in ihren Heimatparlamenten für die Ostseebelange einsetzen. Die Resolutionen der Konferenzen als Hauptäußerungen der BSPC waren also Akte der gemeinsamen politischen Willensbekundung mit der basisdemokratischen Legitimation eines Parlaments. Da sie, wie erwähnt, weder besondere Initiativkraft noch Umsetzungskompetenzen hatte, nahm die BSPC eine etwas vom tatsächlichen Ostseegeschehen abgehobene Rolle ein.

3.2.4 Die *Baltic Sea Chambers of Commerce Association* (BCCA)

Am 04.06.1992 wurde mit der Annahme der Statuten auf der Gründungskonferenz in Rostock-Warnemünde die Vereinigung der Ostseehandelskammern, die *Baltic Chambers of Commerce Association* (BCCA), gegründet. Ihre Mitglieder waren die Handelskammern aller Staaten des eben gegründeten Ostseerats, Island kam jedoch nach seinem Beitritt zum

Ostseerat 1995 nicht dazu⁴⁰⁹. Das Ziel der neuen Vereinigung war die Entwicklung nachhaltiger Wettbewerbsfähigkeit der über die Ostsee verbundenen Wirtschaften. Dazu wollte sie industrielle und handelsorientierte Maßnahmen anregen und unterstützen, die die wirtschaftliche und ökologische Entwicklung der Region vorantreiben⁴¹⁰.

Konkrete Maßnahmen sollten hierzu mit Hinblick auf die Entwicklung einer Wirtschaftsinfrastruktur, von Verkehrs- und Kommunikationsnetzen, die Entwicklung von Humankapital und die ökologische Entwicklung einerseits die Kooperation mit Regierungen und einschlägigen Organisationen betreffen. Andererseits sollten konkrete Aktionen die Mitgliederkammern bei dem Aufbau gegenseitiger Kontakte, der Organisation der Handelskammern selbst und hinsichtlich der Einrichtung eines ständigen Informations- und Erfahrungsaustauschs unterstützen⁴¹¹. Die Organe innerhalb der BCCA waren einerseits die jährliche Generalkonferenz der Mitglieder und andererseits der für zwei Jahre gewählte Präsident mit seinen vier Stellvertretern, ausführende Organe waren Komitees und ein Sekretariat. Der Vorsitzende der Kieler Industrie- und Handelskammer, Wolf-Rüdiger Janzen wurde der erste Präsident der BCCA und blieb es für zehn Jahre.

Die Generalkonferenzen benötigten mindestens die Anwesenheit der Hälfte der BCCA-Mitglieder zur Beschlussfähigkeit, Entscheidungen wurden nicht wie sonst in den Ostseegremien einstimmig, sondern mit einfacher Mehrheit getroffen⁴¹². Diese Struktur behielt die BCCA über den gesamten Zeitraum bei und stellte so eine Vertretung der Wirtschaft auf ostseeweiter Ebene dar. Mit diesem Hintergrund hatte sie einerseits Informationen aus erster Hand über die Entwicklung und die Bedürfnisse der Wirtschaft und konnte die Politik damit versorgen, andererseits konnte sie mit dieser Legitimation Initiativen lancieren und Positionspapiere formulieren, um Politik im Sinne ihrer Mitglieder zu beeinflussen. Kooperation fand vor allem mit dem Ostseerat statt, mit dem regelmäßig über gemeinsame Sitzungen oder Einladungen von Repräsentanten Kontakt gehalten und Abstimmung der Aktionen durchgeführt wurde. Mit der späteren Gründung des BDF und des BAC innerhalb des CBSS entstanden zwei weitere Wirtschaftsgremien, mit denen es nicht immer möglich war, Doppelarbeit zu verhindern. Dies wurde aber durch personelle Entscheidungen gemildert, indem der Präsident der BCCA auch Präsident des BAC und

⁴⁰⁹ Statutes of Baltic Sea Chambers of Commerce Association, BCCA. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bcca.ws/filearea/cm4o11/statuesofbcca.doc>, 16.12.2005, S. 1.

⁴¹⁰ ebd., S. 1.

⁴¹¹ ebd., S. 1.

⁴¹² ebd., S. 2.

Mitglied des *Advisory Boards* des BDF war und damit eine Koordinierung der Bestrebungen vereinfachte⁴¹³.

3.2.5 Der Ostseerat - *Council of the Baltic Sea States* (CBSS)

Am Anfang der 1990er Jahre hatte der Aufwind der Kooperationsgremien im Ostseeraum gerade erst begonnen und es bestanden vor allem Organisationen, die sich Teilgebieten widmeten, wie die HELCOM im Bereich des Meeresschutzes, der *Ars Baltica* im Bereich der kulturellen Kooperation, der *Baltic 7-Islands* für die spezifischen Probleme von Inseln, der CBUR im Rahmen der universitären Zusammenarbeit. Mit der Gründung der BSPC 1991 entstand erstmals ein Themen übergreifendes Kooperationsgremium auf hoher Ebene, das alle Ostseeanrainer versammelte. Jedoch trafen sich dort die Parlamente, die auf Grund ihrer ausschließlich legislativen Kompetenzen ihre Beschlüsse nicht direkt umsetzen konnten. Insofern mangelte es auch nach 1991 trotz einiger neuer Gremien an einer leistungsstarken Organisation zur Zusammenarbeit gegen die Hauptprobleme des Ostseeraums und zur Bündelung der bestehenden Kooperationsanstrengungen.

Zu diesem Begründungszusammenhang hinzu kam ein Diskurs um die Einrichtung eines solchen Gremiums, der öffentlich vom späteren schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Björn Engholm auf einer Wahlkampfredede am 13.9.1987 eröffnet wurde⁴¹⁴. Er sprach hier erstmals von der „Neuen Hanse“, einem Projekt, das Schleswig-Holstein die Verbindung zwischen der EG und einem sich integrierenden und prosperierenden Ostseeraum werden lassen und so eine sich manifestierende Peripherisierung des nördlichsten deutschen Bundeslandes durchbrechen sollte. Anfang 1989 wurde hierzu die „Denkfabrik Schleswig-Holstein“ als ein *think tank* aus Politikern und Forschern eingerichtet, die mögliche Wege der Kooperation untersuchen sollte und in einem Anschlussbericht vom 12.10.1990 ein institutionalisiertes Kooperationsgremium als am meisten geeigneten Weg vorschlug⁴¹⁵. Unterdessen hatte die Idee sich verbreitet, unter anderem durch ein Seminar zur neuen Hanse im Sommer 1990 im finnischen Kotka, bei dem Vertreter Schwedens, Finnlands, Estlands,

⁴¹³ Zeitzeugeninterview mit Wolf-Rüdiger Janzen, Hauptgeschäftsführer der IHK Kiel 1985- 2006, Präsident der BCCA 1992- 2002, Chairman des BAC 1997-2002, deutsches Mitglied im Advisory Board des BDF 1998-2006, vom 19.09.2007, S. 2.

⁴¹⁴ Werz, Nikolaus (u.a.): Kooperation im Ostseeraum. Eine Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen und politischen Kooperation unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer. (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 24). Rostock 2005, S. 19
Williams, Leena-Kaarina: Zur Konstruktion einer Region. Die Entstehung der Ostseekooperation zwischen 1988 und 1992. (Henningsen, Bernd [Hrsg.]: Die Ostseeregion: Nördliche Dimensionen. Europäische Perspektiven, Bd. 7). Berlin 2007 .

⁴¹⁵ Werz: Kooperation im Ostseeraum, S. 20.

Litauens, Russlands und Engholm als deutscher Vertreter Ideen austauschten. Auf diese Weise nahm die Initiative Form an und mit dem geplanten Inkrafttreten des Europäischen Binnenmarktes ab 1993 drängte für Engholm die Zeit immer mehr, einer Peripherisierung seines Bundeslandes zu begegnen. So sprach er sich im November 1991 öffentlich für die Gründung eines Ostseerats aus und zog sich damit sofort die Kritik des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher zu, da dieser das Vorrecht des Bundes, deutsche Außenpolitik zu gestalten durch Engholm verletzt sah⁴¹⁶. Für die deutsche Zurückhaltung in dieser Frage gab es nämlich gewichtige Gründe. Zum einen wollte man den auf der übergeordneten Ebene stattfindenden Entspannungsprozess zwischen den Gegnern des beendeten Kalten Krieges sich ungestört vollziehen lassen, in einem Kooperationsgremium aller Ostseeanrainer hätte man Stellung zu heiklen Themen wie zum Beispiel den Unabhängigkeitsbestrebungen der baltischen Staaten beziehen und so die Beziehungen zu Russland gefährden müssen. Zum anderen gab es innerhalb der EU bei den Modernisierungsunterstützungen für die östlichen Staaten eine Art Arbeitsteilung, die Deutschlands Zuständigkeit auf die mittelosteuropäischen Staaten lenkte, während Skandinavien sich mehr für die östlichen Ostseestaaten verantwortlich fühlte⁴¹⁷. Nicht zuletzt war es auch die Geographie, die den für Deutschland peripher liegenden Ostseeraum⁴¹⁸ für die Bundesregierung uninteressant machte. Die Idee war jedoch einerseits für einen plötzlichen Abbruch schon zu häufig positiv aufgenommen worden und andererseits erschien ein solcher Rat auch als positive Möglichkeit, den auch Deutschland betreffenden Problemen des Ostseeraums zu begegnen. Auch Skandinavien hatte gewisse Bedenken, bedeutete doch die Integration des Ostseeraums zwangsläufig auch die Aufgabe der rein nordischen Identität, die von den betroffenen Staaten über lange Zeit gepflegt worden war. Jedoch war es die große Sorge vor den Problemen des Ostseeraums und das große Interesse Polens und vor allem der baltischen Staaten an jeglicher Westintegration, die dem Projekt letztlich zum Durchbruch verhalfen.

So kam es auf einem Treffen Genschers mit seinem dänischen Kollegen Uffe Ellemann-Jensen Anfang 1992 in Rostock zu einer Vereinbarung der Schaffung eines entsprechenden kooperativen Forums und kurz darauf wurde auf einer Außenministerkonferenz aller Ostseeanrainer einschließlich Norwegens und eines Repräsentanten der Europäischen Union in Kopenhagen am 5. und 6. März 1992 der Ostseerat (*Council of the Baltic Sea States* -

⁴¹⁶ Stalvant, Carl-Einar: The Council of the Baltic Sea States. In: Cottey, Andrew (Hrsg.): Subregional Cooperation in the New Europe. Building Security, Prosperity and Solidarity from the Barents to the Black Sea. Houndmills, New York 1999, S. 46- 68, S. 56.

⁴¹⁷ Werz: Kooperation im Ostseeraum., S. 20.

⁴¹⁸ Die betroffenen Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern vereinnahmten insgesamt nur 11,1% der Fläche und 7,6% der Bevölkerung Deutschlands. ebd., S. 21.

CBSS) gegründet⁴¹⁹. Die Erklärung dieser Konferenz zusammen mit den hier verabschiedeten *Terms of Reference* stellten die Gründungsdokumente des CBSS dar. In der Kopenhagen-Erklärung wurde zunächst der Rat legitimiert durch die Feststellung, dass eine intensivierete Zusammenarbeit im Ostseeraum als eine Konsequenz der Überwindung der alten Teilung der Region zu mehr Zusammenhalt der Staaten und zu politischer und wirtschaftlicher Stabilität und zur Herausbildung einer regionalen Identität führen würde⁴²⁰. Als grundsätzliche Wertorientierung verpflichtete sich der CBSS der UN-Charta, der Helsinki-Schlussakte, der Charta von Paris und anderen OSZE-Dokumenten. Die sechs thematischen Gebiete, auf denen der CBSS aktiv werden sollte, waren die Unterstützung des Aufbaus neuer demokratischer Institutionen in den östlichen Ländern⁴²¹, wirtschaftliche und technologische Unterstützung⁴²², humanitäre Hilfe und Gesundheit⁴²³, Umweltschutz und Energie⁴²⁴, Landwirtschaft, Bildung, Tourismus und Information⁴²⁵ sowie Transport und Kommunikation⁴²⁶. Auffällig hierbei ist die völlige Enthaltensamkeit hinsichtlich militärischer Probleme der Region, die den Ansatz der *soft security* deutlich werden lässt. Schwer verhandelbare militärische Sicherheitsfragen wurden außen vor gelassen, um Vertrauen zu schaffen und mehr Aufmerksamkeit auf zivile, „weiche“ Sicherheitsfragen lenken zu können. Generell sollte die Kooperation aller Staaten und Regionen des Ostseeraums durch die übergeordnete Koordinierung durch den Ostseerat gefördert werden, solange sie mit seinen Zielen übereinstimmte. Bewusst wurde auf einen formalisierten institutionellen Rahmen mit

⁴¹⁹ Hubel, Helmut; Gänzle, Stefan: Der Ostseerat: Neue Funktionen subregionaler Zusammenarbeit im Kontext der EU-Osterweiterung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2002, Nr. 19-20, S. 3-12, S. 3.

⁴²⁰ Conference of the Foreign Ministers of the Baltic Sea States, Copenhagen, March 5-6, 1992 - Copenhagen Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/foundingdocs/dbaFile751.html>, 26.05.2004.

⁴²¹ Dieser Punkt wurde aufgenommen, da demokratische Institutionen für am besten geeignet erachtet wurden zur Wahrung der individuellen Freiheiten, zum Schutz der Menschenrechte und für ein gutes Wirtschaftswachstum. Es wurde zur engen Zusammenarbeit mit dem Europarat, dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte in Warschau und anderen einschlägigen Institutionen aufgerufen. ebd.

⁴²² Der Ostseeraum wurde als neue Wachstumszone in Europa gesehen, der wichtige Beiträge zur weiteren wirtschaftlichen Integration Europas leisten sollte. Der CBSS sollte hier als Diskussionsforum und Einrichtung zum Erfahrungs- und Informationsaustausch über bestehende und geplante Kooperation sowie für neue Ideen wirken und so Hilfe leisten für den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft.

⁴²³ In diesem Bereich sollte die Zusammenarbeit in den Bereichen Gesundheit und Soziales verbessert werden, da einige Länder ernste Probleme mit der Nahrungs-, Medikamenten- und Energieträgerversorgung hatten. Auf diese Weise sollten auch Gründe für mögliche gesteigerte Wanderungsbewegungen, dessen Ziele die westlichen Ostseeanrainer werden würden, beseitigt werden.

⁴²⁴ Hier wurde die Arbeit der HELCOM gewürdigt, jedoch die Notwendigkeit weiterer Aktivitäten betont, vor allem die Kooperation zu effektiverer Energieerzeugung, -nutzung und -einsparung sowie die Einrichtung nationaler Institutionen zu radioaktiver Sicherheit, für die ein intensiver Austausch von Know-how angemahnt wurde.

⁴²⁵ Der Ausgangspunkt hierbei sollte das gemeinsame kulturelle Erbe der Staaten der Ostseeregion sein, auf dessen Basis eine enge kulturelle Zusammenarbeit in Verbindung mit dem freien Verkehr von Menschen und Organisationen stattfinden sollte. Der Tourismus wurde zur Stimulation persönlicher Kontakte als sehr wichtig anerkannt.

⁴²⁶ In diesem Bereich war vor allem in den Transformationsstaaten der Aufbau völlig neuer Strukturen notwendig, da Verkehr und Kommunikation die Grundlage für den Handel und die internationale und interregionale Zusammenarbeit sind.

einem permanenten Sekretariat verzichtet, um die Organisation rein intergouvernemental und somit „schlank“ und beweglich zu halten. Eine Institutionalisierung über einen völkerrechtlich bindenden Vertrag der Mitglieder wie bei der HELCOM wurde nicht angestrebt, um eine lange und unsichere Ratifizierungsperiode zu vermeiden. Stattdessen verblieben die Geschäftsleitung und das Sekretariat bei dem jeweils vorsitzenden Mitgliedsstaat, der jährlich gewechselt werden sollte⁴²⁷. Die Mitglieder waren die Teilnehmer der Kopenhagener Konferenz, die durch ihre Außenminister vertreten wurden, die EU-Kommission wurde durch einen Kommissar repräsentiert. Die Treffen fanden jährlich im Land des vorsitzenden Staates statt, Beschlüsse wurden hier wie auch in den untergeordneten Gremien stets einstimmig gefasst. Zwischen den Außenministertreffen wurden die Geschäfte von einem Rat Hoher Beamter (*Council of Senior Officials* - CSO) geleitet, dessen Vorsitz analog zu dem des gesamten CBSS rotierte. Ein von Beginn an existierendes Troika-System, in dem die aktuelle Präsidentschaft von der vorhergehenden und der zukünftigen unterstützt wurde, sollte die politische Kontinuität wahren. Die sechs geschilderten Tätigkeitsbereiche wurden als Hauptfokus aufgeführt, es sollte dem Rat jedoch freistehen, andere Themen in die Arbeit einzubeziehen. Zur fachlich kompetenten Bearbeitung der Themengebiete konnte der Rat Arbeitsgruppen einrichten und Treffen anderer Fachminister konnten im Rahmen des CBSS abgehalten werden⁴²⁸.

Noch im Frühjahr 1992 wurden mit der *Working Group on Democratic Institutions* (WGDI) und der *Working Group on Nuclear and Radiation Safety* (WGNRS) zwei Arbeitsgruppen unterhalb der Ebene des CSO gegründet. Die WGDI wurde vom CSO vor dem Hintergrund, dass alle CBSS-Staaten Mitglieder von KSZE und Europarat sind und deren Werte teilen, zur dauerhaften Unterstützung demokratischer Werte und zur Hilfe beim Aufbau demokratischer Institutionen gegründet. Sie sollte in enger Kooperation mit dem CSO Studien und Empfehlungen machen, ihre Hauptaufgabe war der Erfahrungsaustausch hinsichtlich des Rechtsstaats, der Zivilgesellschaft, Transparenz der Verwaltung, Informationszugang und lokaler Demokratie dienen⁴²⁹. Ihre Kompetenzen erstreckten sich weiterhin auf das Initiieren und Durchführen von konkreten Projekten zur Stärkung demokratischer Institutionen, lokaler Selbstverwaltung, *good governance* und *good lawmaking*⁴³⁰ und die Unterstützung von

⁴²⁷ Conference of the Foreign Ministers of the Baltic Sea States, Copenhagen, March 5-6, 1992- Terms of Reference for the Council of the Baltic Sea States. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/foundingdocs/dbaFile752.html>, 26.05.2004.

⁴²⁸ ebd.

⁴²⁹ CBSS Working Group on Democratic Institutions (WGDI) – Terms of Reference. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/structure/wgdi/wgdiitor/>, 07.01.2006.

⁴³⁰ Beide Begriffe bezeichnen normative Ideale, einerseits von Regierungsführung, andererseits von der Ausübung der legislativen Kompetenzen, die jeweils gemachte negative Erfahrungen ins Positive verkehren sollten.

persönlichen Kontakten. Hierzu sollten Konferenzen, Seminare und Workshops unterstützt und durchgeführt werden, und eine intensive Vernetzung mit anderen relevanten Gremien betrieben werden. Der Vorsitz der Gruppe wurde durch den CSO bestimmt und rotierte jährlich, die Arbeit der Gruppe sollte einem jährlich neu von den Vorsitzenden des CSO und der WGDI ausgehandelten Arbeitsplan folgen und ebenso jährlich sollte die WGDI den CSO über die Fortschritte der Arbeit informieren. Die Arbeitsgruppe durfte für die Bearbeitung von Fachfragen Experten hinzuziehen und sollte ihre Ergebnisse in ihre Empfehlungen einbeziehen.

Die Gründung der WGNRS geschah auf einen CSO-Beschluss vom 27.04.1992 hin in der Erkenntnis, dass die technische Sicherheit der mit radioaktivem Material arbeitenden Installationen, der Strahlenschutz und die angemessene Behandlung von radioaktiven Abfällen von vitalem Interesse für alle Ostseeanrainer war und so verpflichteten sie sich zu gegenseitigem Datenaustausch und zu gegenseitiger Nothilfe im Bedarfsfall⁴³¹. Die Arbeitsgruppe sollte sich an der IAEO, HELCOM und anderen einschlägigen internationalen Kooperationsgremien orientieren, um Doppelarbeit zu vermeiden. Wegen der starken internationalen Zusammenarbeit zur Sicherheit der Kernkraftwerke sollten diese nicht in den Bereich der WGNRS fallen, vielmehr sollte sie sich auf andere Atomeinrichtungen ziviler und militärischer Art konzentrieren, sie identifizieren und mögliche Problemlösungen entwickeln. Die Hauptarbeit sollte also darin bestehen, Informationen zu sammeln und Risiken zu bewerten, einschlägige Projekte an sich zu ziehen und Vorschläge zur Erhöhung der Strahlensicherheit im Ostseeraum zu machen. Hierzu sollte sich die Gruppe ihre eigene Arbeitsstruktur schaffen, der Vorsitz sollte analog zu dem des CSO rotieren, jeder Mitgliedsstaat und die Kommission sollte maximal zwei Experten zu den Treffen schicken dürfen⁴³².

Im Bereich der wirtschaftlichen Kooperation wurde 1992 noch keine Arbeitsgruppe gegründet sondern lediglich zwei Expertentreffen abgehalten, die mögliche Wege wirtschaftlicher Zusammenarbeit identifizieren sollten⁴³³. Weitere Expertentreffen fanden im Bereich Energie und Umwelt und zur Vorbereitung des ersten Kultusministertreffens 1993 statt.

Auf die Initiative Hans-Dietrich Genschers hin wurde noch 1992 mit der „EuroFaculty“ eine weitere Arbeitsgruppe gegründet. Zunächst wurde hierbei an der Universität Riga eine Fakultät zu Verwaltungswissenschaften, Recht und Wirtschaft gegründet, die mit

⁴³¹ CBSS Working Group on Nuclear and Radiation Safety (WGNRS) – Terms of Reference. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/structure/wgnrs/dbaFile3744.html>, 07.01.2006 .

⁴³² ebd.

⁴³³ Report of the Committee of Senior Officials, the first year of the Council Activity 16 March 1993. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/1finnish/csoannualreport/>, 26.05.2004.

Unterstützung westlicher Universitäten⁴³⁴ die Ausbildung von Studenten, Weiterbildung von Hochschullehrern und auch die Curriculumsentwicklung finanziell, technisch und personell unterstützen sollte. Die Universitäten der anderen baltischen Staaten, Polens und Russlands waren zur Teilnahme aufgerufen⁴³⁵.

1993 wurde dann mit der *Working Group on Economic Cooperation* (WGEC) eine weitere Arbeitsgruppe gegründet, über die der CBSS zur Vereinfachung der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit beitragen wollte. Ihre Aufgabe war es, Möglichkeiten und Hindernisse der wirtschaftlichen Kooperation der Region zusammenzutragen und Gebiete, in denen regionale Kooperation sinnvoll erschien, zu identifizieren. Besondere Aufmerksamkeit sollte hierbei auf das Auffinden von Infrastrukturengpässen gelegt werden. Insgesamt sollte die Entwicklung von Verkehr, Telekommunikation und Energiewirtschaft unter Einbezug betreffender Forschung gefördert werden. Die Politikempfehlungen der Gruppe sollten auf die Vereinfachung des Handels zielen, zum einen durch die Harmonisierung von Zoll und Transit durch die Einführung internationaler Standards in diesen Gebieten, zum anderen zum Aufbau der rechtlichen und institutionellen Bedingungen in den Transformationsstaaten⁴³⁶. Hierzu sollte sich die Gruppe ihren eigenen Arbeitsplan erstellen. 1993 wurde auch die CBSS-Troika, die Zusammenarbeit der vergangenen und der kommenden mit der gegenwärtigen Präsidentschaft erstmals eingesetzt, was die Arbeit effektiverte und eine größere Kontinuität in der Leitung des Ostseerats ermöglichte⁴³⁷.

Auf dem 2. CBSS-Außenministertreffen in Helsinki vom 16.-17.03.1993 wurde der russische Vorschlag zur Einrichtung des Amtes eines Ostseerats-Kommissars zu Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechten angenommen und der CSO und die WGDI beauftragt, in Zusammenarbeit mit der KSZE ein entsprechendes Mandat zu erarbeiten⁴³⁸. Der russische Vorschlag zielte hierbei vor allem auf eine wirksame Bearbeitung der Belange der russischsprachigen Minderheiten in Estland und Lettland. Am 23.09.1993 wurde daraufhin nach Verhandlungen zwischen dem CSO und der WGDI sowie dem Hohen Kommissar für den Minderheitenschutz der KSZE Max van der Stoep das Mandat eines CBSS-Kommissars für den Schutz von Menschenrechten und Minderheitenfragen verabschiedet. Wie schwierig die Einpassung des Mandats in die bestehenden Strukturen mit derselben Aufgabe war, zeigte

⁴³⁴ Den Universitäten Hamburg, Helsinki, Kiel, Mainz, Münster, Oslo und Århus.

⁴³⁵ Report of the Committee of Senior Officials, 1993.

⁴³⁶ CBSS Working Group on Economic Cooperation (WGEC) – Terms of Reference. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/structure/wgec/termsofreference/>, 07.01.2006.

⁴³⁷ 1993-1994 Annual Report from the CBSS Committee of Senior Officials (CSO). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/csoannualreport/>, 26.05.2004.

⁴³⁸ Helsinki-Communiqué des 2. CBSS-Außenministertreffens 16.-17.03.1993. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/1finnish/dbaFile534.html>, 26.05.2004.

die Nachbesserung von Mandat und Titel schon am 18.05.1994⁴³⁹, das Amt hieß nunmehr „*CBSS Commissioner on Democratic Institutions and Human Rights, Including the Rights of Persons belonging to Minorities*“⁴⁴⁰. Der Kommissar sollte ein unabhängiges, nur dem Ostseerat verantwortliches Instrument zur Förderung und Konsolidierung der demokratischen Entwicklung und der Menschenrechte im Ostseeraum sein⁴⁴¹. Der Kommissar sollte sich an international geltenden Zielen der UN, des Europarats, an Menschenrechtsstandards und an relevanten Texten von KSZE und CBSS orientieren. Seine Hauptaufgabe waren die Untersuchung der und das Berichten über Bedingungen seines Mandatsgebiets in den Ostseestaaten und das Vorlegen von Empfehlungen, wie Missständen zu begegnen sei⁴⁴². Zudem war der Kommissar auch beauftragt, Beschwerden von Personen oder Organisationen über Verstöße gegen Menschenrechte aufzunehmen und zu verfolgen. Hinzu kam die Vernetzung mit allen relevanten Kooperationsgremien. Die weitere Notwendigkeit des Mandats sollte nach drei Jahren überprüft werden. Die Staaten verpflichteten sich, Personen und Organisationen, die sich an den Kommissar wenden wollen, nicht daran zu hindern und dem Kommissar bei Arbeitsbesuchen freie Mobilität zu gewährleisten, nachdem er zwei Wochen vor seiner Reise den Zweck seines Besuches mitgeteilt hat. Die Formulierung des Mandats hatte sorgfältig Überschneidungen mit dem Mandat des Hohen Kommissars zu nationalen Minderheiten der KSZE zu vermeiden. Dieser sollte präventiv gegen Konflikte arbeiten und einschreiten, wenn die Lage einer nationalen Minderheit zu einer Bedrohung für Frieden und Sicherheit wurde, er behandelte also die Minderheit als Gruppe⁴⁴³. Der CBSS-Kommissar dagegen sollte sich mehr um die Individuen der Minderheit und um die Behinderungen, die sie im Alltag erfahren, kümmern. Eine systematische Überwachung gehörte nicht zu seinen Aufgaben, da sie bereits vom Europarat durchgeführt wurde. Seine Verpflichtungen waren auf diese Weise ähnlich denen eines *Ombudsman*, wenn auch seine Themen teilweise umfassender waren. Als erster Kommissar trat der ehemalige dänische Justizminister Ole Espersen das Amt zum 01.10.1994 an, ein Sekretariat für den Kommissar nahm ab dem 01.01.1995 seine Arbeit auf. Welche wichtige Rolle der Kommissar in kurzer Zeit einnahm, zeigt sich in der Aufforderung des vierten CBSS-Außenministertreffens in

⁴³⁹ 1993-1994 Annual Report from the CBSS Committee of Senior Officials (CSO).

⁴⁴⁰ ebd.

⁴⁴¹ Mandate of the Commissioner of the Council of the Baltic Sea States on democratic institutions and human rights, including persons belonging to minorities. Tallinn, 19.05.1994. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/1st_period/1996/annex1.htm, 28.09.2007.

⁴⁴² 1993-1994 Annual Report from the CBSS Committee of Senior Officials (CSO).

⁴⁴³ Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Report Of First Mandate Period 1994-97. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/1st_period/final_report/default.htm, 28.09.2007.

Gdansk vom 18.-19.05.1995 an die WGDI, die Ergebnisse seiner Arbeit in die eigene Agenda aufzunehmen⁴⁴⁴.

Dem skandinavischen Zusammengehörigkeitsgefühl wurde auf dem CSO-Treffen vom 15.-16.03.1995 stattgegeben, indem hier Konsens erreicht wurde, Island in den Ostseerat aufzunehmen. Deutlich wurde aber festgestellt, dass dies eine Ausnahme und kein Beispiel für weitere Aufnahmen anderer Staaten sein sollte, da der regionale Charakter des CBSS aufrechterhalten werden sollte⁴⁴⁵. In diesem Jahr war auch erstmals in Folge der gestiegenen Arbeitsanforderungen die Einrichtung eines Sekretariats für den Ostseeraum diskutiert worden, ohne dass sich zunächst konkrete Ergebnisse ergeben hätten. Außerdem wurde auf dem ersten Treffen hochrangiger Zollbeamter auf Bornholm vom 10.-11.05.1995, das auf dänische Initiative hin stattfand, die *Baltic Sea Customs Conference* (BSCC) gegründet, regelmäßige Treffen zum Themengebiet des freien Personen-, Waren- und Dienstleistungstransfers, die dort internationale Standards einsetzen wollten⁴⁴⁶. 2003 wurde sie wieder aufgelöst und die Arbeit der Gruppe sollte in anderen Körperschaften des CBSS weiterverfolgt werden.

Eine neue Dimension erhielt die Kooperation im Ostseeraum im Allgemeinen und die Arbeit des CBSS im Besonderen mit dem ersten Ostseestaatsgipfel vom 03.-04.05.1996, der die Staatschefs der CBSS-Staaten in Visby versammelte. Die Kooperation im Ostseeraum bekam so eine höhere Priorität für die Staaten. Ein institutionelles Ergebnis des ersten Gipfels war die Gründung der *Task Force on Organized Crime* (TF-OC), die auf deutsche Initiative geschah. In dieser Task Force waren Vertreter der Staatschefs der CBSS-Staaten versammelt, um gemeinsame Maßnahmen gegen organisierte Kriminalität zu planen und durchzuführen. Im Speziellen sollte die Kooperation zwischen Strafverfolgungs-, Zoll-, Einwanderungs- sowie Grenzschutzbehörden und Küstenwachen gestärkt und auch die Zusammenarbeit im Bereich der Justiz verbessert werden. Hierfür sollte der Datenaustausch verbessert, gemeinsame Ausbildungsmaßnahmen und Analysen von gewissen Kriminalitätsbereichen unternommen werden und es sollten gemeinsame operative Maßnahmen geplant und

⁴⁴⁴ Gdansk-Communiqué des 4. Außenministertreffens vom 18.-19.05.1995. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/3polish/dbaFile524.html>, 26.05.2004.

⁴⁴⁵ „It was agreed, that Iceland's case is exceptional, and will not serve as a precedence. The CSO recommends to the Ministerial Session to accept Iceland as a member of the CBSS.“

Report of the council of senior officials, the third year of the council activity. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/3polish/csoannualreport/>, 26.05.2004.

⁴⁴⁶ Draft Final communiqué Baltic Sea Customs Conference Bornholm, Denmark. 10-11 May . Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/3polish/dbaFile3493.html>, 14.07.2008.

durchgeführt werden. Der Vorsitz der Gruppe blieb bis 2002 bei Schweden, danach rotierte der Vorsitz⁴⁴⁷.

Eine weitere Arbeitsgruppe nahm ihre Arbeit im Juni 1997 auf. Die *Baltic Sea Region Border Control Cooperation* war auf einen Vorschlag Finnlands, das Problemen an seiner östlichen Grenze zu Russland abhelfen wollte, hin entstanden. Die Gruppe hatte die Aufgaben, die bestehenden Grenzroutinen zu evaluieren, praktische Formen der Kooperation zu entwickeln und die Kommunikationsroutinen zu vereinfachen, zum Beispiel über das Datenübertragungssystem COASTNET. Weiterhin sollte sie als ein Forum für Informations- und Erfahrungsaustausch dienen, Kooperation mit INTERPOL und EUROPOL im Bereich der Grenzkontrollen pflegen und Übungen durchführen⁴⁴⁸. 1997 wurde auch der BAC gegründet, der als autonome Einheit innerhalb des CBSS aus Repräsentanten der nationalen Wirtschaftsorganisationen bestand und für die Wirtschaftsverbände der Region sprach. Diese kleine und informelle Körperschaft nahm als Vertretung der Wirtschaft an der Arbeit der WGEC und den relevanten Ministersitzungen des CBSS teil⁴⁴⁹.

Eine Untergruppe des CBSS im Bereich der kulturellen Kooperation entstand, nachdem die Lübecker Erklärung der 3. Konferenz der CBSS-Kultusminister am 22.09.1997 ein Mandat zur Schaffung eines Arbeitsplans für das gemeinsame kulturelle Erbe verabschiedete, in dessen Konsequenz im April 1998 die Gruppe *Baltic Sea Monitoring Group on Heritage Cooperation* gegründet wurde⁴⁵⁰. Sie teilte sich wiederum in vier Untergruppen auf. Die erste widmete sich dem Erhalt historischer Gebäude, indem sie den Zugang zu traditionellen Baumaterialien zu sichern versuchte und als Informationsportal für Bauberufsgruppen, Eigentümer und die allgemeine Öffentlichkeit diente. Eine weitere Gruppe widmete sich dem Schutz kulturellen Erbes unter Wasser und prüfte unter anderem die Möglichkeit eines Abkommens, das zu dessen Schutz jeden Kontakt von Bürgern und Schiffen der Mitgliedsstaaten mit den kulturellen Überresten verbieten sollte. Weitere Bereiche waren Küstenkultur und maritimes Erbe sowie die Nachhaltigkeit historischer Städte, in beiden Fällen sollte Vernetzung der Zuständigen und Bildung und Information den Status des kulturellen Erbes und seine Nutzung verbessern.

⁴⁴⁷ Adolph, Bernd Peter; Naujeck-Höhner, Jens: Task Force on Organised Crime in the Baltic Sea Region. In: Jahn, Detlef; Werz, Nikolaus (Hrsg.): Politische Systeme und Beziehungen im Ostseeraum. München 2002, S. 233- 243, S. 233f.

⁴⁴⁸ Factsheet der Baltic Sea Region Border Control Cooperation. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.cbss.st/structure/lc_cs/, 14.07.2008.

⁴⁴⁹ Factsheet des Business Advisory Councils. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/structure/bac/>, 26.05.2004.

⁴⁵⁰ Factsheet der Baltic Sea Monitoring Group on Heritage Cooperation. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/structure/balticheritage/>, 26.05.2004.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich also die Arbeit des Ostseerats schon stark ausdifferenziert und die Regelung, dass das vorsitzende Land die Sekretariatsaufgaben übernahm, was zu Beginn eine elegante Lösung gewesen war, stieß immer mehr an ihre Grenzen. Die Stimmen zur Einrichtung eines ständigen Ostseeratssekretariats zur kontinuierlichen Koordinierung der täglichen Arbeit des Ostseerats mehrten sich und auch von außerhalb des Ostseerats wurde der Wunsch nach einer koordinierenden Stelle geäußert⁴⁵¹. So beauftragte das sechste CBSS-Außenministertreffen vom 02.-03.07.1997 den CSO, einen die Debatten abschließenden Vorschlag für die Einrichtung, Gestalt und Finanzierung eines CBSS-Sekretariats zum nächsten Ministertreffen vorzulegen⁴⁵². Der CSO entsprach dieser Bitte und sandte am 24.02.1998 einen Vorschlag an die Minister, am 27.03.1998 beschloss er das Budget des Sekretariats⁴⁵³, so dass das siebte CBSS-Außenministertreffen vom 22.-23.06.1998 in Nyborg beides nur noch zu bestätigen brauchte⁴⁵⁴. Jacek Starosciak wurde als erster Chef des Büros eingestellt.

Das Mandat des Sekretariats belief sich vor allem auf die technische Unterstützung der CBSS-Arbeit, genauer der Arbeit der Präsidentschaft, der Treffen auf allen Ebenen vom Ostseestaatsgipfel bis zu einzelnen Seminaren der Arbeitsgruppen⁴⁵⁵. Ebenso sollte es die Kontakte der Gruppen innerhalb des Ostseerats aufrechterhalten und die Kontakte des Ostseerats nach außen zu anderen Gremien erhalten und weiterentwickeln sowie Öffentlichkeitsarbeit leisten, ein zentraler Informationspunkt des Ostseerats sein. Neben dem Direktor des Sekretariats sollten drei weitere Personen geographisch ausgewogener Herkunft eingestellt werden. Der Sitz war und ist Stockholm, die Amtssprache englisch und das Sekretariat genoss die Vorzüge diplomatischer Vertretungen⁴⁵⁶. Die Regelung zur Finanzierung unterschied zwischen größeren Staaten wie Dänemark, Finnland, Deutschland,

⁴⁵¹ Dies geschah unter anderem schon 1996 in den Schlussfolgerungen des vierten Treffens der *Baltic Sea States Subregional Conference* vom 17.-18.10.1996 in Vaasa und wiederholt durch die Schlussfolgerungen derselben Konferenz ein Jahr später vom 27.-28.10.1997.

Conclusions of the Fourth Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation, 17-18 October 1996, Vaasa. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://backweb.signalera.se/documents/8736CDFC-F390-45BD-B2BF-ABD2DF1DD59F.doc>, 18.09.2005

Conclusions of the Fifth Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation, 27.-28.10.1997, Gdansk. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://backweb.signalera.se/documents/8E3C2EE7-489A-47EC-8057-A43768A6DCAD.doc>, 18.09.2005.

⁴⁵² Council of the Baltic Sea States. Sixth Ministerial Session, Riga 2-3 July 1997- Communiqué. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/5latvian/dbaFile515.html>, 26.05.2004.

⁴⁵³ 1997-1998- Report of the Committee of Senior Officials, The sixth year of Council Activity. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/csoannual/>, 26.05.2004.

⁴⁵⁴ Communiqué of the 7th Ministerial Session of the CBSS, Nyborg, 22-23rd June 1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/dbaFile3003.html>, 26.05.2004.

⁴⁵⁵ Establishment Agreement of a CBSS Secretariat, 29 January 1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/dbaFile2816.html>, 26.05.2004.

⁴⁵⁶ Agreement between the Government of the Kingdom of Sweden and the Secretariat of the Council of the Baltic Sea States on the Privileges and Immunities of the Secretariat - Done at Stockholm on 23 October 1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/7lithuanian/dbaFile2987.html>, 26.05.2004.

Norwegen, Polen, Russland und Schweden, die je 12% des Budgets aufbringen sollten und kleineren, wie den baltischen Staaten und Island, die von denen am 27.03.1998 veranschlagten knappen 1,5 Millionen DM je 4% übernahmen. Das Sekretariat sollte nicht später als zum 01.04.1998 seine Arbeit aufnehmen⁴⁵⁷. Da es jedoch erst ab dem 15.08.1998 voll funktionsfähig war, wurde im Oktober ein geringeres Budget von 600.000 DM beschlossen⁴⁵⁸. Sofort begann das Sekretariat mit der Öffentlichkeitsarbeit, schon im ersten Jahr der Aktivität stieg die Anzahl der Abonnenten des Ostseeratsnewsletters auf 1200, eine Internetseite des CBSS, baltinfo.org, später cbss.st, wurde im April 1999 freigeschaltet⁴⁵⁹. Im ersten Jahr des Bestehens aber gab es schon finanzielle Probleme, da Russland seinen Anteil der fast 1,5 Millionen DM nicht gezahlt hatte⁴⁶⁰. In der Folgezeit wurde jedoch der Großteil des Betrags überwiesen und 2000 trat das Problem nicht auf. Im April 2000 wurde auf einen Entschluss des Treffens der Energieminister hin eine vom *Nordic Council of Ministers* finanzierte *Energy Unit* dem Sekretariat angeschlossen, wofür zwei weitere Personen eingestellt wurden, die die Sekretariatsaufgaben im Energiebereich wahrnehmen sollten⁴⁶¹. Im Januar 2001 geschah dasselbe für eine *Baltic 21 Unit*, die Sekretariatsaufgaben dieser Organisation übernehmen sollte. Dass die Kooperation der Baltic 21 von manchen Staaten geringe Priorität genoss, zeigte sich darin, dass Russland seinen Anteil am Budget der *Baltic 21 Unit* in den Jahren 2001 und 2002 nicht zahlte⁴⁶². Im Juni 2001 wurde durch die *Energy Unit* eine Internetplattform der Energiekooperation im Ostseeraum, basrec.org, eröffnet, die über die Entwicklungen in diesem Bereich informieren sollte.

Unterdessen war mit dem dritten Ostseestaatsgipfel vom 12.-13.04.2000 der Stellenwert des Ostseerats stark aufgewertet worden, da er die Eingliederung aller regionalen Kooperation der

⁴⁵⁷ Establishment Agreement of a CBSS Secretariat.

⁴⁵⁸ Annual Report for 1998/99 from the Secretariat of the Council of the Baltic Sea States. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/7lithuanian/csoannual/dbaFile470.html>, 07.01.2006.

⁴⁵⁹ ebd.

⁴⁶⁰ Annual Report to the CSO on the activities of the Secretariat of the Council of the Baltic Sea States, 1999/2000. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/8norwegian/reportcso/bergensecretariatsannualreportfor2000.doc>, 07.01.2006.

⁴⁶¹ ebd.

⁴⁶² Annual Report to the CSO on the activities of the Secretariat of the Council of the Baltic Sea States, 2001/2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/csoannual/csoannualreportannex4.doc>, 07.01.2006, S. 7

Annual Report to the CSO on the Activities of the Secretariat of the Council of the Baltic Sea States, 2002/2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/csoannual/dbaFile3097.html>, 07.01.2006.

Mitglieder des Ostseerats in die Struktur des CBSS empfahl und ihn somit zum obersten ständigen Koordinierungsgremium der Ostseekooperation machte⁴⁶³.

Er folgte damit einem Bericht zu Arbeitsweise und Struktur des CBSS, der dies nahe legte und alle Fachministertreffen des Ostseeraums dem CBSS unterzuordnen empfahl⁴⁶⁴. Damit wurden diese dem Außenministertreffen des CBSS rechenschaftspflichtig. Hiermit verbunden war auch eine inhaltliche Entlastung für die Außenministertreffen, die somit die inhaltliche Fortführung der Arbeit den Fachministertreffen überlassen konnten und selbst vor allem mit der Koordination und Ausrichtung der Arbeit des CBSS befasst waren. Zur besseren Koordinierung der Arbeit sollten zwischen den beteiligten Ministerien informelle Netzwerke entstehen, das Sekretariat des Ostseerats sollte in seiner Struktur jedoch nicht verändert werden⁴⁶⁵.

Auf die Entscheidung der 4. CBSS-Verkehrsministerkonferenz vom 27.-28.09.2001 in Gdansk wurde weiterhin eine ad hoc-Arbeitsgruppe eingerichtet, welche, aus Repräsentanten der Verkehrsminister und der EU-Kommission bestehend, vor allem die Umsetzung der Gdanker-Erklärung überwachen sollte, um einen nachhaltigen Verkehr über den Ausbau der Transportkorridore, die Entwicklung der Schifffahrt, vor allem im Bereich der Küstenschifffahrt, und die Entwicklung neuer Technologien zu ermöglichen⁴⁶⁶. Im Rahmen der Entfaltung des Politikschwerpunkts Informationsgesellschaft unternahm der CBSS nach einem Treffen der dafür zuständigen Minister und der Annahme des *Northern e-Dimension Action Plans* (NeDAP) im September 2001 die Einrichtung einer *Senior Officials Group on Information Society* (SOIS). Diese Gruppe unternahm in sieben Aktionslinien die Förderung der Informationsgesellschaft in den Mitgliedsländern⁴⁶⁷. Im Bereich der Jugendpolitik war die 1. Konferenz zu Jugendfragen schon 1997 von Finnland organisiert worden und nachdem ein *Baltic Sea Secretariat for Youth Affairs* im regionalen Jugendrat Schleswig-Holstein in Kiel 1998 eingerichtet worden war, entschied die 2. CBSS-Konferenz der für Jugendfragen zuständigen Minister im Jahr 2002 die Gründung einer *Working Group on Youth Affairs*. Diese Gruppe sollte durch die Steigerung der Mobilität der Jugend und durch Schüler- und Studentenaustausch, die Teilnahme von Jugendlichen an allen Organisationen der Ostseekooperation und die Förderung der Jugendpolitik allgemein die Teilhabe Jugendlicher

⁴⁶³ Baltic Sea States Summit, Kolding, 12-13 April 2000: Chairman's Conclusions. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/summits/kolding2000/dbaFile541.html>, 07.01.2006.

⁴⁶⁴ Baltic Sea States Summit, Kolding, 12-13 April 2000: Review of structure and working methods of the CBSS. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/summits/kolding2000/dbaFile539.html>, 07.01.2006.

⁴⁶⁵ ebd.

⁴⁶⁶ Factsheet der ad-hoc-Working Group on Transportation. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/structure/wgt/>, 26.05.2004.

⁴⁶⁷ Factsheet der Senior Officials Group on Information Society. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/structure/sois/>, 26.05.2004.

an der Entwicklung demokratischer und pluralistischer Zivilgesellschaften fördern⁴⁶⁸. Die *Working Group on Cooperation on Children at Risk* als eine andere Arbeitsgruppe im Jugendbereich wurde auf dem CBSS-Treffen für Kinderfragen am 31.10.2001 in Stockholm gegründet, die die Unterstützung der Kooperation der Mitglieder bei der Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern, des Kinderhandels, der von Kindern begangenen Straftaten, der schlechten Zustände für Kinder in Justizinstitutionen und der Umstände der Straßenkinder zur Aufgabe hatte⁴⁶⁹. Unter anderem betrieb diese Arbeitsgruppe auch das *Child Center*, einen Internet-basierten Informationspunkt auch für Betroffene.

Im Laufe seines Bestehens nahm der Ostseerat auch immer mehr Nicht-Mitgliedsstaaten als Beobachter auf, sofern sie zum Beispiel über Partnerschaftsprojekte in der Ostseeregion am politischen Geschehen im Ostseeraum interessiert waren. 2003 waren das Frankreich, Italien, die Niederlande, die Slowakei, die Ukraine, Großbritannien und die USA. Seit 2002 gab es jährlich für sie ein Treffen mit dem CSO, in denen sie von ihren Aktivitäten und Interessen im Ostseeraum berichten konnten.

Die kooperations- und vertrauensbildende Zusammenarbeit der Staaten im Ostseerat brachte es auch mit sich, dass sich dieselben Staaten außerhalb der Struktur des CBSS zu Kooperationsgremien für Spezialthemen zum Beispiel der wirtschaftlichen Kooperation zusammenfanden. Diese Gremien hatten zwar denselben Mitgliederkreis wie der CBSS, waren aber nicht in seiner Struktur verankert, sondern standen organisatorisch neben ihm und kooperierten mit ihm. Diese Gründungen zeigen, wie der Ostseerat als Forum der Kontakt- und Vertrauensbildung die Staaten sich annähern ließ und über seine eigenen Strukturgrenzen hinaus Kooperation induzierte. Ein Beispiel war das *Meeting of the CBSS Directors-General of Tax Administrations*, das ab dem ersten Treffen am 14.10.1998 in Stockholm jährlich tagte. Das Hauptziel war die Vernetzung der Steuerbehörden, um Steuervergehen vorzubeugen und besser aufdecken zu können. Zudem existierte auch die *Baltic Sea Customs Conference*, die im Bereich der Effektivierung der Grenzabfertigungen tätig war. Sie wurde auf dänische Initiative durch die erste Konferenz vom 10.-11.05.1995 auf Bornholm gegründet. Die Ziele waren es, die Offenheit und Effizienz des Zolls zum Gewinn des legalen Handels zu stärken und gleichzeitig Schmuggel und organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Gemeinsam sollten auch Ausbildungsprobleme gelöst werden⁴⁷⁰. Die teilweise schon bestehende Kooperation der Grenzautoritäten sollte auf diese Weise kanalisiert und intensiviert werden. Um der weiterhin bedrohlichen Verbreitung von ansteckenden Krankheiten wie AIDS und multiresistenter

⁴⁶⁸ Factsheet der Working Group on Youth Affairs. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/structure/wgya/>, 26.05.2004.

⁴⁶⁹ Factsheet der Working Group on Cooperation on Children at Risk. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/structure/wgcc/>, 26.05.2004.

⁴⁷⁰ Draft Final communiqué Baltic Sea Customs Conference Bornholm, Denmark 10-11 May 1995.

Tuberkulose im Ostseeraum zu begegnen, gründete der dritte CBSS-Staatsgipfel vom 12.-13.04.2000 in Kolding die *Task Force on Communicable Disease Control* (TF-CDC), als eine Versammlung persönlicher Repräsentanten der Regierungschefs unter norwegischem Vorsitz⁴⁷¹, eine Struktur, die sich schon in der TF-OC bewährt hatte. Die Aufgabe der TF-CDC war es, die Situation in Bezug auf ansteckende Krankheiten im Ostseeraum zu analysieren und daraus Politikempfehlungen zu entwickeln.

Eine dänische Initiative ganz anderer Art führte vom 24.-25.03.2001 zum ersten Treffen von Nichtregierungsorganisationen im Ostseeraum. Eine Gruppe dänischer NGOs wie die dänisch-russische Gesellschaft, die dänische Sektion des WWF, Amnesty International Dänemark, die dänisch-lettische Gesellschaft, das dänische Helsinki-Komitee und die *Nordic Association* hatten am genannten Datum in Kopenhagen ein ostseeweites NGO-Treffen organisiert⁴⁷². 110 Teilnehmer repräsentierten hier 61 NGOs aus neun Ostseestaaten, wobei die Hälfte der Teilnehmer aus Russland und den Beitrittskandidaten der EU gekommen waren⁴⁷³. Es wurde eine Kopenhagener Erklärung verabschiedet, die dem CBSS-Außenministertreffen vom 07.06.2001 übersandt werden sollte. Vor dem Hintergrund der in offiziellen Dokumenten des Ostseerats, des CBSS-Kommissars und anderen vielfach geäußerten hohen Bedeutung der NGOs, dem ausdrücklichen Willen aller Teilnehmer zur engen Kooperation und der Vermeidung von Doppelarbeit war es nun stark erstaunlich, dass der Ostseerat in der Folge zum ersten CBSS-NGO-Forum einlud, das vom 28.-29.05.2001 in Lübeck stattfand und nun eben nicht auf Nichtregierungsinitiative zustande gekommen war, sondern eine Einrichtung des Ostseerats darstellte. Diese Veranstaltungen waren eindeutig unabhängig voneinander geplant worden, auffällig war dabei das rasche „Nachziehen“ des Ostseerats in einem Gebiet, in dem Kooperation gerade dabei war, ohne seine Hilfe zu entstehen und das Desinteresse der Veranstalter des ersten NGO-Forums, im Wesentlichen auf das Kopenhagener Treffen und seine Schlusserklärung einzugehen⁴⁷⁴. Trotz ähnlicher Inhalte ging die deutsche Veranstaltungsleitung in Lübeck nicht auf den Wunsch einiger Teilnehmer ein, das Schlusspapier von Kopenhagen zu bestätigen und auch Fragen der Finanzierung einer nun beginnenden engen Kooperation der Ostsee-NGOs wurden von

⁴⁷¹ Baltic Sea States Summit, Kolding, 12-13 April 2000: Chairman's Conclusions.

⁴⁷² NGO-Ostseekooperation: Die Baltic Sea NGO-Foren 2001-2003.

http://www.infobalt.de/html/2001_2003.html, 26.10.2007.

⁴⁷³ The Copenhagen Declaration of the Copenhagen NGO-initiative. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/9german/dbaFile5996.html>, 26.10.2007.

⁴⁷⁴ Dies geschieht nur in der Formel „*The Forum appreciated the input from the NGO Conference in Copenhagen on 24–25 March 2001. The Copenhagen Declaration (the Copenhagen NGO Initiative) served as a point of departure for several Forum workshops.*“ zu Beginn der Lübecker Erklärung.

First Baltic Sea NGO Forum- Lübeck, 28-29 May 2001- Conclusions by the Preparatory Committee.

Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/9german/ngoforum/dbaFile3053.pdf>, 26.10.2007.

Regierungsvertretern vermieden⁴⁷⁵. Trotzdem entstand auf diese Weise ein offiziell gestütztes Netzwerk aus Nichtregierungsorganisationen, dem durch den Rahmen des CBSS die Möglichkeit gegeben war, sich zu institutionalisieren.

Um die Zusammenarbeit mit den Beobachtern und speziellen Teilnehmern des Ostseerats zu verstärken, entschied der CSO auf seinem Treffen vom 04.03.2002 in Svetlogorsk über neue Richtlinien der Zusammenarbeit. Die Beobachter und speziellen Teilnehmer wurden aufgefordert, Kontaktpersonen zu nominieren, um den Informationsaustausch zu vereinfachen. Diesen sollten Kurzfassungen der Beschlüsse der CBSS-Treffen übermittelt werden und sie sollten zu Arbeitstreffen, Seminaren und Workshops eingeladen werden⁴⁷⁶.

3.2.6 Die *Baltic Sea States Subregional Conference* (BSSSC)

Die Initiative zur Gründung der *Baltic Sea States Subregional Conference* (BSSSC) kam auf einem CSO-Treffen vom 06.-07.05.1993 von Russland⁴⁷⁷. Der CBSS stützte diesen Vorschlag und rief zur Stärkung der Kontakte und der Zusammenarbeit der Subregionen des Ostseeraums auf. Der Verbund entstand mit dem ersten Treffen, das auf die Einladung des norwegischen Außenministers Johan Jørgen Holst und des Vorsitzenden der Provinz Rogaland, Odd Kvaløy, vom 07.-08.10.1993 in Stavanger stattfand⁴⁷⁸. Dies war allerdings noch mehr als Sondierungstreffen denn als Gründungstreffen einer neuen Organisation gedacht, das klären sollte, ob überhaupt Konsens über die Notwendigkeit eines solchen Gremiums herzustellen wäre⁴⁷⁹. Die Mitglieder der BSSSC sind Subregionen des Ostseeraums, per Definition politische Einheiten direkt unter der nationalen Ebene⁴⁸⁰, also im deutschen und schwedischen Fall die Länder, von Norwegen und Finnland die Provinzen, von Dänemark die Amtsbezirke, von Polen die Woiwodschaften, von Russland die Oblaste und von den baltischen Staaten die Rayons. Repräsentanten aller Ostseeratsstaaten und der

⁴⁷⁵ Caspari, Albert: Nach Lübeck - Was nun? Ostseeoperation als demokratischer Seismograph "Die nächste Konferenz müssen wir nun selbst organisieren". Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss-ngo.de/luebeck-komm.html>, 26.10.2007.

⁴⁷⁶ Note to Observers and Special Participants, Svetlogorsk, 4 March 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/11cbssministerialsession/dbaFile2959.html>, 07.01.2006.

⁴⁷⁷ 1993-1994 Annual Report from the CBSS Committee of Senior Officials (CSO). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/csoannualreport/>, 26.05.2004.

⁴⁷⁸ The Stavanger Declaration on Baltic Sea States Subregional Co-operation. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://backweb.signalera.se/documents/D56AD0EE-DB96-4278-AE90-67C1E65C9FC0.doc>, 18.09.2005.

⁴⁷⁹ Zeitzeugeninterview mit Thomas Pfannkuch, 1983-1992 Assistent des schleswig-holsteinischen Europaabgeordneten Gerd Walter, 1993-1997 Leiter des schleswig-holsteinischen Ministerbüros für Bundes- und Europaangelegenheiten, 1997-2007 Referent für Ostseeoperation in der Abteilung für Europa- und Ostseeangelegenheiten, 2002-2006 stellvertretender Vorsitzender der BSSSC. S. 9.

⁴⁸⁰ About BSSSC. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bsssc.com/section.asp?id=77>, 18.09.2005.

Europäischen Kommission nahmen an dem Stavanger Treffen teil. Dem großen Interesse der Europäischen Kommission an subregionaler Zusammenarbeit und einem großen Engagement innerhalb der BSSSC stand jedoch das strukturelle Problem, dass sie innerhalb der EU Kommunikationspartner des Rats und damit der nationalen, nicht der subregionalen Ebene ist, im Wege⁴⁸¹.

Die unterschiedlichen Ausgangssituationen der Subregionen beschrieb noch das Ergebnispapier eines BSSSC-Workshops vom Juni 1998⁴⁸². In den skandinavischen Staaten hatte lokale Selbstverwaltung eine lange Tradition, die subregionalen Einheiten waren jedoch von staatlichen Regierungsrepräsentanten geleitet worden. Dennoch hatte sich die subregionale Ebene in Skandinavien in steigendem Maße emanzipieren können. In Deutschland dagegen hatten die Bundesländer mit ihren demokratisch gewählten Regierungen eine lange Tradition und eigene, zumindest in einigen Bereichen weitreichende und ausschließliche Kompetenzen. In den baltischen Staaten und Polen dagegen war noch 1998 Selbstverwaltung auf regionaler und lokaler Ebene gerade im Entstehen und offiziell auf die lokale Ebene beschränkt. Die regionale Ebene hatte weiterhin begrenzte oder keine Autonomie und die Behörden stellten mehr eine Verlängerung der nationalen Ebene dar⁴⁸³.

Die Konferenzteilnehmer von Stavanger verpflichteten sich den in der Kopenhagener Gründungserklärung des Ostseerats festgeschriebenen Prinzipien und der Unterstützung von Demokratie und nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung in der Region⁴⁸⁴. Konkrete Themengebiete, auf denen die subregionale Kooperation gegenüber der bereits etablierten Ostseekooperation Mehrwert erzielen sollte, waren die Unterstützung neuer lokaler und regionaler Verwaltungsbehörden und demokratischer Institutionen. Weiterhin ging es um Austausch und Unterstützung auf den Gebieten der Wirtschaft und Technologie, einschließlich Handel und Investitionen, humanitärer und gesundheitlicher Belange, Umweltschutz, Energie, Kultur, Bildung, Forschung, Sport, Tourismus, Transport und Kommunikation⁴⁸⁵. Insofern wurden die wesentlichen Inhalte der Kooperation auf der Ebene des Ostseerats aufgegriffen, der eigentliche Mehrwert lag darin, dass die BSSSC als Versammlung der Subregionen auf einer anderen politischen Ebene als der traditionellen Ostseekooperationsgremien, der nationalen, angesiedelt war. Die BSSSC wurde so vor allem

⁴⁸¹ Zeitzeugeninterview mit Thomas Pfannkuch, S. 2.

⁴⁸² Connecting Regional Co-operation and EU-Programmes for the Accession Strategy. BSSSC-Workshop 12.06.1998 Brüssel. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://backweb.signalera.se/documents/2B399670-E815-435F-886A-FD5DF6F8EF5E.doc>, 18.09.2005.

⁴⁸³ ebd., S. 8ff.

⁴⁸⁴ The Stavanger Declaration on Baltic Sea States Subregional Co-operation.

⁴⁸⁵ ebd.

zu einem Instrument der Vermittlung, des Informationsaustauschs und der Artikulation der Subregionen und hatte die Unterstützung derer Zusammenarbeit zum Ziel.

In diesem Zusammenhang sprach sich schon das Stavanger-Treffen für eine Repräsentanz der Subregionen im CSO des Ostseerats aus und bekundete das Interesse an der Entwicklung eines EU-Programms für subregionale Kooperation in den Ostseestaaten⁴⁸⁶. Weitere Funktionen der BSSSC waren die Formulierung einer kohärenten Ostseepolitik im regionalen Rahmen und die Interessenvertretung der Subregionen mit ihren spezifischen Problemen und Absichten gegenüber nationalen, internationalen und europäischen Organisationen.

Das Stavanger-Treffen setzte zur Umsetzung der inhaltlichen Positionen eine Arbeitsgruppe zur subregionalen Kooperation ein, die vom schleswig-holsteinischen Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und ab 1996 auch Justizminister Gerd Walter geführt werden und aus je zwei Repräsentanten pro Mitgliedsstaat bestehen sollte. Die Konferenzen wurden jährlich weitergeführt, wobei die Funktion des Gastgeberlands rotierte. Dieses Tandem aus Konferenzen und Arbeitsgruppe war zunächst die gesamte, noch äußerst lockere Struktur der BSSSC. An den Konferenzen nahmen hauptsächlich Repräsentanten der Subregionen teil, sie waren aber auch offen für Vertreter der lokalen und nationalen Ebene sowie anderer Organisationen. So waren schon beim zweiten Treffen in Travemünde vom 17.-19.10.1994 Repräsentanten der *Pays de la Loire* als Vertreter des *Arc Atlantique* und Vertreter der BCCA, der UBC, des CSO und der WGEC des Ostseerats sowie Repräsentanten des Nordischen Rats und der Europäischen Kommission vertreten⁴⁸⁷, ein Zeichen für das große Interesse der Ostseeakteure und anderer regionaler Vertreter an dieser Form der Kooperation. Die Relevanz und der Erfolg dieses Kooperationsgremiums zeigte sich darin, dass schon das vierte Treffen der BSSSC vom 17.-18.10.1996 von über 300 Projekten der Subregionen untereinander sprechen konnte⁴⁸⁸. Auf diesem Treffen wurden auch die Prioritäten der Arbeit erneut justiert. So nannten es die Subregionen hier erstmalig dezidiert eine ihrer größten Aufgaben, die Agenden des Ostseerats und der *Baltic Sea Region Initiative* (BSRI) der EU auf subregionaler Ebene umzusetzen, eine Arbeitsgruppe wurde eingesetzt, hierfür die Möglichkeiten der Subregionen auszuarbeiten⁴⁸⁹. Weiterhin wurden gemeinsame Richtlinien für die Projekte der Subregionen formuliert⁴⁹⁰. Eine weitere Neuerung im Verfahren war eine Kontaktbörse für

⁴⁸⁶ ebd.

⁴⁸⁷ Conclusions of the second Conference on Baltic Sea States subregional Co-operation, 17-19 October 1994, Lübeck-Travemünde. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://backweb.signalera.se/documents/948B568F-1167-455F-AC5A-7E5017B2FAA4.doc>, 18.09.2005.

⁴⁸⁸ Conclusions of the Fourth Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation, S. 1.

⁴⁸⁹ ebd., S. 2.

⁴⁹⁰ Die Zusammenarbeit sollte auf dem Ansatz persönlicher Kontakte basieren und vermehrt multinationale Projekte einbeziehen. Das Themenspektrum blieb weiterhin sehr weit, aber ausdrücklich auf die Kompetenzebene der Subregionen beschränkt. ebd., S. 3.

Kooperationsprojekte von gemeinsamem Interesse. Auf der Visby-Konferenz 1996 nahmen 35 Subregionen daran teil und es gab hierbei an den beiden Konferenztagen etwa 150 Treffen⁴⁹¹. Ab 1999 war dieses Partnersuchforum elektronisch und damit vereinfacht.

Entscheidend war auch, dass auf einen Beschluss der Konferenz ein Sekretariat der BSSSC in Kiel, in möglichst großer räumlicher Nähe zum Sprecher der BSSSC, Gerd Walter, eingerichtet wurde. Die Arbeit der BSSSC wurde dadurch leichter koordinierbar und ein besserer Informationsaustausch möglich. Mit der fünften Konferenz der BSSSC vom 27.-28.10.1997 schied Gerd Walter aus dem Amt des Sprechers, sein Nachfolger wurde der Regierungsvorsitzende des Amtsbezirks Bornholm, Knud Andersen⁴⁹². Auf diesem Treffen wurden auch erstmals *Terms of Reference* (ToR) für die BSSSC angenommen, um ihre lockere Struktur etwas zu festigen. Es wurde ein Board als Vorsitz eingerichtet, das zunächst nur beratende Funktion gegenüber dem *Speaker* hatte und erst mit einer Revision der ToR 2004 zu einem entscheidungsberechtigten Vorstand wurde⁴⁹³. Neben der Einrichtung des Sekretariats, das dem neuen Vorsitzenden nach Dänemark folgte, geschah eine weitere Effektivierung der Arbeit durch die Einrichtung dreier Arbeitsgruppen (Naturschutz und Umwelt, regionale und wirtschaftliche Entwicklung, Institutionsaufbau) und nationaler Knotenpunkte als ostseepolitische Anlaufstellen der Subregionen, die auf dem Treffen vom 22.-24.10.1998 in Roskilde entschieden wurde⁴⁹⁴. Probleme der permanenten Arbeitsgruppen hinsichtlich der unterschiedlichen Befugnisse von Subregionen in den verschiedenen Ostseestaaten und unterschiedlichen Vorstellungen über das Vorgehen ließen aber schon Ende der 1990er Jahre die permanenten WGs zu Gunsten von ad hoc-Arbeitsgruppen in den Hintergrund treten, eine Entwicklung, die in der Revision der ToR von 2004 durch die Abschaffung der permanenten Arbeitsgruppen beendet wurde⁴⁹⁵.

Inhaltlich wurde den russischen Regionen ab dem Treffen von 1997 größere Aufmerksamkeit gewidmet, zunächst wurden sie im Rahmen des Aufrufs an die nationalen Regierungen zur Finanzierung der subregionalen Kooperation besonders erwähnt, das Treffen von 1998 erkannte die besondere Notwendigkeit ihrer Integration in den Ostseeraum hinsichtlich ihrer Lage an der zukünftigen EU-Außengrenze an und verlieh der Kooperation mit ihnen Priorität⁴⁹⁶.

⁴⁹¹ ebd., S. 4.

⁴⁹² Conclusions of the Fifth Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation, S. 5.

⁴⁹³ Zeitzeugeninterview mit Thomas Pfannkuch, S. 2f.

⁴⁹⁴ Resolution from the BSSSC Conference Roskilde, 22.-24.10.1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://backweb.signalera.se/documents/BC7CD683-9A6B-4CC5-997F-5374F61C501D.doc>, 18.09.2005, S. 4.

⁴⁹⁵ Zeitzeugeninterview mit Thomas Pfannkuch, S. 2f.

⁴⁹⁶ Resolution from the BSSSC Conference Roskilde, 22.-24.10.1998, S. 5.

Die BSSSC bekam 1998 den Status eines speziellen Teilnehmers im CBSS, was die Zusammenarbeit beider Gremien noch vertiefte. Eine Vertiefung der Kooperation mit der EU geschah 1999 durch die Einrichtung einer Kontaktgruppe zum Ausschuss der Regionen, die aus je einem Repräsentanten der EU-Mitgliedsstaaten bestand und vom Bürgermeister Kalmars, Roger Kaliff, geführt wurde. Die Gruppe suchte über Besuche den Kontakt zu den Beitrittskandidaten auch innerhalb des Ostseeraums.

Einen Eindruck über die Vorstellungen der Subregionen im Ostseeraum gab eine Studie zur Situation und den Wünschen der Subregionen, zu der Anfang Februar 1999 Fragebögen an alle nunmehr schon 162 Mitglieder der BSSSC versandt worden waren und von denen 70 Antworten aus allen Ostseestaaten zurückkamen⁴⁹⁷. Diese stuften die Bereiche wirtschaftliche Entwicklung und Umwelt zu 32% und 31% als die wichtigsten Interessengebiete der Ostseekooperation ein, danach kamen politische Stabilität mit 13% und Infrastruktur und Kultur mit je 12%⁴⁹⁸. Das Zugehörigkeitsgefühl der Subregionen zur Ostseeregion nahm mit zunehmender geographischer Entfernung ab, jedoch nahmen alle Subregionen die gemeinsamen Interessen wahr und 86% gaben der subregionalen Kooperation im Ostseeraum hohe Priorität. Schwedische, estnische und finnische Subregionen waren hierbei mit über 50% der an der Befragung teilnehmenden Subregionen die häufigsten Kooperationspartner, gefolgt von Polen, Dänemark und Litauen, während Lettland, Deutschland, Russland und Norwegen die Schlussgruppe darstellten⁴⁹⁹. Auch das Engagement der befragten Subregionen variierte stark. Nur 10% der Subregionen hatten an mehr als 100 internationalen Projekten teilgenommen, bei 75% waren es weniger als 25. In Anbetracht der kurzen Zeit seit dem Ende des Kalten Krieges waren diese Zahlen dennoch nicht als gering zu bewerten. Die Hauptkooperationsgebiete waren mit über 60% der Nennungen regionale Entwicklung und Bildung, während Verkehr und Infrastruktur mit unter 10% am Schluss rangierten. Die Finanzierung der Projekte lief zu 80% über nationale Mittel und die Mehrheit der Subregionen hatte auch Erfahrungen mit EU-Förderprogrammen, vor allem mit PHARE einschließlich der in PHARE integrierten Mittel für grenzüberschreitende Kooperation im Ostseeraum⁵⁰⁰. Die Subregionen, die hier keine Erfahrungen hatten und Schwierigkeiten angaben, lagen in der Mehrzahl der Fälle im Osten des Ostseeraums. Nach dem gleichen Muster verteilt war die Zahl der Kooperationsprojekte, die 1998 mit Dänemark, Deutschland

⁴⁹⁷ BSSSC Consultation Process - Sub-regions and their interregional co-operation - experiences and perspectives. Kopenhagen, o. J.. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://backweb.signalera.se/documents/7E71F438-F64E-439C-A026-CA109C0DD752.doc>, 18.09.2005.

⁴⁹⁸ ebd., S. 5.

⁴⁹⁹ ebd., S. 10.

⁵⁰⁰ ebd., S. 12.

und Finnland an der Spitze, Schweden und Norwegen im Mittelfeld nach Osten hin stark abnahm⁵⁰¹.

3.2.7 Die Baltic 21

Nachhaltige Entwicklung wurde in dem Bericht „*Our common future*“ von der von der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland geführten gleichnamigen Kommission der übergeordneten Kommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED) 1987 als Entwicklung definiert, die den „...Erfordernissen der Gegenwart entspricht, ohne die Fähigkeit künftiger Generationen zu gefährden, ihren eigenen Bedarf zu decken.“⁵⁰². Auf diese Weise war erstmalig ein Konzept gegeben, das das Dilemma zwischen Entwicklung, Fortschritt und Wachstum auf der einen und Stabilität, Sicherheit, Umwelt auf der anderen Seite lösen konnte. Nachdem infolgedessen 179 Staaten auf der Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung vom 03.-14.06.1992 in Rio de Janeiro die „Agenda 21“ als einen umwelt- und entwicklungspolitischen Aktionsplan verabschiedet hatten, wurde auf dem ersten Ostseestaatsgipfel vom 03.-04.05.1996 in Visby erstmals die Schaffung einer Agenda 21 für den Ostseeraum angeregt, allerdings noch ohne dass dazu konkrete Schritte beschlossen wurden⁵⁰³. Ebenso wenig konkret formulierte der Aktionsplan des Ostseerats von Kalmar 1996, dass demnächst die Ausarbeitung eines solchen Programms beginnen würde⁵⁰⁴. Konkret wurde es erst mit dem ersten Treffen der CBSS-Umweltminister vom 20.- 21.10.1996 in Saltsjöbaden, das die thematischen Richtlinien einer Agenda 21 für den Ostseeraum formulierte. Übergeordnetes Ziel war die Berücksichtigung von Bedürfnissen des Umweltschutzes im Einklang mit den Entwicklungsbedürfnissen der Wirtschaft und des sozialen Sektors der Region. Zur Vermeidung von Doppelarbeit sollte sich das Programm in die bestehenden Strukturen einpassen⁵⁰⁵. Das Ministertreffen beschloss dennoch die Einrichtung einer Gruppe hoher Beamter (*Senior Officials Group (SOG)*), der neben

⁵⁰¹ Connecting Regional Co-operation and EU-Programmes for the Accession Strategy, S. 15ff.

⁵⁰² „Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“

Report of the World Commission on Environment and Development: *Our Common Future*. Transmitted to the General Assembly as an Annex to document A/42/427 - Development and International Co-operation: Environment. Chapter two. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.un-documents.net/ocf-02.htm#I>, 01.07.2008.

⁵⁰³ Baltic Sea States Summit Visby 3-4 May 1996 - Presidency Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/summits/dbaFile564.html>, 26.05.2004.

⁵⁰⁴ Fifth Ministerial Session, Kalmar 2-3 July 1996 - Action Programme for the Baltic Sea States Co-operation. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/4swedish/dbaFile517.html>, 26.05.2004.

⁵⁰⁵ Für Näheres siehe Kapitel 4.4.2 Die Treffen der CBSS-Umweltminister.

Regierungsrepräsentanten auch Vertreter internationaler Organisationen wie der IBSFC, HELCOM und VASAB, NGOs und IFIs angehörten⁵⁰⁶. Dieser Multi-Stakeholder-Ansatz hatte sich schon bei der HELCOM-PITF als sinnvoll erwiesen.

Schweden stellte für die ersten anderthalb Jahre das Sekretariat. Die SOG begann daraufhin unter der Aufsicht des CSO des Ostseerats im Januar 1997 mit der Ausarbeitung der Agenda 21 für den Ostseeraum. Der CSO-Bericht vom Sommer 1997 beschrieb die Fortschritte als gut und mahnte weitere Abstimmung mit der HELCOM und der VASAB an, um die Aktivitäten in diesem Bereich effektiv zu koordinieren und Doppelarbeit zu vermeiden⁵⁰⁷. Dieser Aufruf zur Koordinierung wurde auch vom Riga-Communiqué der CBSS-Außenminister 1997 an die HELCOM wiederholt, wohingegen die enge Kooperation zwischen VASAB und Baltic 21 ausdrücklich gelobt wurde⁵⁰⁸. Auch 1997 blieb die Arbeit an der Agenda 21 der Fokus der Umweltarbeit des CBSS. Im Anschluss hatten die sieben Sektoren der Agenda 21 des Ostseeraums, Landwirtschaft, Energie, Fischerei, Forstwirtschaft, Industrie, Tourismus und Verkehr ihre Entwicklungsvorstellungen in Berichten niedergelegt und der zweite Ostseestaatsgipfel im Januar 1998 in Riga die dänische Ostseeratspräsidentschaft aufgefordert, ein entsprechendes Strategiepapier, die Baltic 21, zu beschließen⁵⁰⁹. Dies geschah auf dem Treffen der CBSS-Außenminister vom 22.- 23.06.1998 in Nyborg durch die Annahme der „Agenda 21 für den Ostseeraum - Baltic 21“, wodurch der Ostseeraum die weltweit erste Region mit einer gemeinsamen Agenda 21 und damit mit einer gemeinsamen Entwicklungsperspektive in Richtung Nachhaltigkeit wurde. Dieses Papier konstatierte, dass sich der Ostseeraum noch nicht auf dem Weg in Richtung Nachhaltigkeit befand, dass er jedoch durch sein großes wirtschaftliches und humanes Potential sehr gut dafür gerüstet sei⁵¹⁰. Die Probleme lagen vor allem in den Transformationsstaaten und betrafen unvollständige Gesetzeslagen, einen wenig engagierten Vollzug von Umweltgesetzen, Probleme hinsichtlich

⁵⁰⁶ Im Detail waren dies Vertreter der Regierungen der Ostseeanrainerstaaten, der Europäischen Kommission, von HELCOM und VASAB, der Internationalen Ostsee-Fischereikommission (IBSFC), des Nordischen Ministerrates (NCM), BTC, des Zentrums für natürliche Hilfsquellen und Umweltforschung, der Koalition saubere Ostsee (CCB), der Wirtschaftskommission für Europa (ECE), der Europäischen Küstenunion, der Internationalen Handelskammer, des Internationalen Netzwerks für Umweltmanagement, der Ostsee-Arbeitsgruppe für Ostseefischer, des Ostseeprogramms des World Wildlife Fund International, der UBC, des World Business Council for Sustainable Development sowie der internationalen Finanzinstitutionen Weltbank, European Bank for Recovery and Development (EBRD), Europäische Investitionsbank (EIB), Nordic Investment Bank (NIB) und Nordic Environmental Financing Corporation (NEFCO).
ebd., S. 4

⁵⁰⁷ 1996-1997 Annual Report from the CBSS Committee of Senior Officials (CSO). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/5latvian/csoannual/>, 26.05.2004.

⁵⁰⁸ Council of the Baltic Sea States Sixth Ministerial Session, Riga 2-3 July 1997 – Communiqué.

⁵⁰⁹ 1997-1998 Annual Report from the CBSS Committee of Senior Officials (CSO). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/csoannual/>, 26.05.2004.

⁵¹⁰ Eine Agenda 21 für den Ostseeraum - Baltic 21. Verabschiedet auf der 7. Ministertagung des Ostseerates, Nyborg, 22./23. Juni 1998. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/attachments/baltic_21_series_no_1_98_german.pdf, 14.12.2005, S. 3.

des Zolls und genereller Bescheinigungen. Grundsätzlich war auf nationaler Ebene die Zusammenführung von wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Themen verbesserungswürdig, klare Zielformulierungen in diesem Bereich standen aus und die Verfügbarkeit von gemeinsamen verlässlichen Daten war schwierig. Mangelndes Wissen und mangelndes Problembewusstsein waren weitere Hindernisse⁵¹¹. Demgegenüber setzte die Baltic 21 als gemeinsame Zielvision der einzelnen Sektionen sicheres und gesundes Leben gegenwärtiger und künftiger Generationen, kooperative und gedeihende Wirtschaft und Gesellschaft, die Wiederherstellung und Pflege von Vielfalt, die Leistungsfähigkeit von biologischen und ökologischen Systemen, die Verringerung der Verunreinigungen der Atmosphäre, des Bodens und des Wassers, die effiziente Ressourcennutzung im Rahmen ihrer Regenerationsfähigkeit, den effizienten zyklischen Stofffluss nicht erneuerbarer Ressourcen sowie die Schaffung von Ersatzstoffen und die Sensibilisierung der Akteure⁵¹². Insofern stellte die Baltic 21 ein ganzheitliches Langzeitprogramm dar und war mit seiner 30-Jahre-Perspektive von Beginn an über die zeitnäheren Zäsuren wie die EU-Osterweiterung hinaus konzipiert.

Die SOG wurde beauftragt, die Umsetzung der Baltic 21 zu koordinieren und zu überwachen. Die Präsidentschaft rotierte alle zwei Jahre zwischen den Mitgliedsstaaten und der EU, Entscheidungen wurden einstimmig gefällt⁵¹³. Als Grundprinzipien wurden in den *Terms of Reference* die Vermeidung von Doppelarbeit und die Wahrung von Offenheit, Partizipation, Demokratie und Transparenz als Prinzipien des Baltic 21-Prozesses festgeschrieben. Die SOG bekam das Recht, ad hoc-Arbeitsgruppen einzusetzen und sollte sich einmal jährlich, möglichst parallel zu einschlägigen internationalen Versammlungen treffen. Das Sekretariat wurde für weitere zwei Jahre in Stockholm belassen, bis Mitte 1999 durch Schweden finanziert und ab da durch freiwillige Mittelzuweisungen der Ostseeanrainer und der EU unterhalten. Im Januar 2001 wurde es an das Sekretariat des Ostseerats in Stockholm angegliedert. Seine Aufgaben lagen in der Unterstützung der Arbeit der SOG, bei Bedarf der Hilfestellung bei der Ausrichtung von internationalen Treffen zur Baltic 21, die Informationsbereitstellung zum Umsetzungsprozess und auf der Webseite der Baltic 21 sowie die Kontaktpflege zu einschlägigen internationalen Organisationen wie HELCOM, IBSFC oder VASAB⁵¹⁴.

Für die einzelnen Sektoren der Baltic 21 wurden *lead parties* festgelegt, für die Landwirtschaft Polen und HELCOM, für die Energie Dänemark und Estland, die IBSFC für

⁵¹¹ ebd., S. 12.

⁵¹² ebd., S. 7.

⁵¹³ Baltic 21 Organisation: Senior Officials Group (SOG) - Terms of Reference. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.baltic21.org/?organisation,2#>, 14.12.2005.

⁵¹⁴ Eine Agenda 21 für den Ostseeraum - Baltic 21, S. 36.

die Fischerei, Finnland und Litauen für die Forstwirtschaft, Schweden und Russland für die Industrie, HELCOM und die BTC für Tourismus und Deutschland und Lettland für den Transport⁵¹⁵. Diese Besetzungen waren teilweise scheinbar glücklich getroffen, wie hinsichtlich der Landwirtschaft mit HELCOM als Spezialist im Bereich der Eutrophierung und Polen als ein wesentlicher Verschmutzer, der zum überwiegenden Teil im Wassereinzugsgebiet der Ostsee liegt, teilweise jedoch weniger glücklich wie die Wahl der IBSFC als Interessenvertretung der Fischereiindustrie als alleinigen Verantwortlichen für den Bereich der nachhaltigen Fischerei, die den Schutz der Fischbestände stark betonte. Die starken Probleme des Landwirtschaftssektors sollten jedoch später zeigen, dass die Konstellation der *lead parties* auch in diesem Sektor nicht förderlich war. Dennoch gab es für die Besetzung der *lead parties* wenig Spielraum und daher auch keine Kriterien. Wenn sich ein Staat oder eine Organisation dafür bereit erklärte, wurde die Verantwortung ohne Überprüfung der Befähigung übertragen, um überhaupt die Funktion besetzen zu können⁵¹⁶.

Für die Umsetzung der Inhalte waren die Sektoren selbst zuständig, wobei nicht nur die Ministerien, sondern alle im Sektor Aktiven, auch die Wirtschaft und die NGOs, verantwortlich waren. Der Zivilgesellschaft kam also eine große Rolle zu.

Neben der Arbeit in diesen sieben Sektoren gab es auch Querschnittsaktionen, *Joint Actions* (JOs), an denen verschiedene Sektoren beteiligt waren. Solche *Joint Actions* wurden im Aktionsplan der Baltic 21 im Bereich der Steigerung der Erzeugung und Nutzung von Bioenergie und anderen erneuerbaren Energien, der Nutzung regionaler Foren und Netzwerke für die nachhaltige Entwicklung, der Einrichtung von Demonstrationsgebieten und Pilotprojekten zum praktischen Nachweis der nachhaltigen Entwicklung, der Städtezusammenarbeit und Fragen der nachhaltigen Entwicklung in Städten und Gemeinden, der Beschaffung von Technologien für die nachhaltige Entwicklung, der Informationen zur nachhaltigen Entwicklung und der Steigerung des Verbraucherbewusstseins in Bezug auf die nachhaltige Entwicklung gesehen⁵¹⁷. Diese Themengebiete wurden als JOs eins bis sieben durchnummeriert und Arbeitsanweisungen in der Baltic 21 formuliert. Die Finanzierung von Baltic 21-Projekten wurde über öffentliche Gelder der Ostseeanrainer, Finanzierungsprogramme Dritter wie zum Beispiel der EU und private Mittel realisiert.

Die Baltic 21 brachte das Thema der Nachhaltigkeit also sowohl vertikal in Sektorpolitiken des Ostseeraums, als auch über die *Joint Actions* horizontal zwischen den Sektorpolitiken ein. Und das alles, ohne eine differenzierte und damit teure eigene Struktur zu schaffen. Die Funktion der *lead party* teilte dagegen die Zuständigkeit bereits bestehenden

⁵¹⁵ Communiqué of the 7th Ministerial Session of the CBSS, Nyborg, 22-23rd June 1998.

⁵¹⁶ Zeitzeugeninterview mit Dr. Ulrich Kremser vom 22.05.2008, S. 10f.

⁵¹⁷ ebd., S. 20ff.

Verwaltungsgremien, vor allem den Verwaltungen der Ostseestaaten, zu, die dann auch die Kosten trugen. Das unterschied die Baltic 21 zum Beispiel von der HELCOM, die ihre Struktur aus einem gemeinsamen Pool der Mitgliedsbeiträge unterhielt. Damit war die Arbeit für die Baltic 21 aber auch immer Zusatzaufgabe für die bestehende Verwaltung, was das in Teilen äußerst moderate Engagement erklärt.

Auf die Initiative des Treffens der Bildungsminister vom 23.-24.03.2000 in Stockholm wurde Bildung als ein weiterer Bereich in die Baltic 21 aufgenommen, im Januar 2002 die „Agenda 21 für Bildung im Ostseeraum - Baltic 21 E“ angenommen. Auf dem zweiten Treffen einer Umsetzungs-Task Force vom 18.-19.11.2002 in Helsinki organisierte diese sich als *Baltic 21 Education Sector Coordinating Group*, die die Umsetzung überwachen und die Agenda weiterentwickeln wollte⁵¹⁸. Neben dieser Struktur tagte im Juni und Oktober 2001 eine ad hoc -Arbeitsgruppe zur Projektfinanzierung und ab 2003 zur Nachjustierung der Baltic 21 für die Zeit nach der EU-Osterweiterung ad hoc-Arbeitsgruppen zu Politik und Strategie, deren Ergebnisse zu zwei Workshops zum neuen Mandat der Baltic 21 im Juli und August 2004 führten.

Der erste Fortschrittsbericht der Baltic 21 von Anfang 2000 konnte auf Grund der Langzeitperspektive von 30 Jahren nur von einer Anfangsphase berichten, in der die meisten Projekte gut begonnen wurden, einige jedoch noch langsam vorangingen oder gar noch auf ihren Start warteten. Zu geringe Finanzierung, mangelhafte Integration der Baltic 21-Ziele in die Sektorpolitiken, zu geringes Engagement der privaten Wirtschaft, der Politik und mangelnde Unterstützung aus der Bevölkerung waren in letzteren Fällen die Hindernisse. Die SOG ersuchte, daraus Lehren zu ziehen und begann mit der Nachjustierung der Rolle der *lead parties*⁵¹⁹. Dennoch musste auch der zweite Bericht 2002 einräumen, dass die Arbeit sehr schwierig und komplex verlaufen war und Fortschritte eher langfristig zu erwarten waren⁵²⁰. Während Energie, Fischerei, Industrie und Raumplanung erfolgreiche Sektoren waren, gab es vor allem bei Landwirtschaft, Tourismus und Transport nur geringe Fortschritte. Als Gründe wurden eine unzureichende Involvierung der Mitglieder und die unausgewogene Verteilung der Führungsaufgaben unter den Mitgliedsstaaten genannt, die zu teilweise zu geringem Engagement geführt hatte, ein Staat hatte bislang noch gar nicht mit entsprechenden Arbeiten

⁵¹⁸ Appendix 4: Education sector Co-ordinating Group and Mandate. Report BALTIC 21E Second Implementation Meeting (ImpB21E 2) - Helsinki, Finland, November 18-19, 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/education/Baltic21_Education_coordination_group.htm, 24.04.2008.

⁵¹⁹ Biennial Report - 2000- Baltic 21 Series No. 1/2000. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/attachments/r1_2000.pdf, 14.12.2005, S. 11.

⁵²⁰ Baltic 21-Bericht 2000-2002. Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung im Ostseeraum. Baltic 21-Reihe Nr. 1/2003. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/attachments/b21_triennial_reportgerman_650_kb.pdf, 14.12.2005, S. 4.

zur Umsetzung seiner Strategien bezüglich nachhaltiger Entwicklung begonnen⁵²¹. Der Ostseerat und die Konferenzen der Fachminister wurden zu größerer Unterstützung aufgerufen⁵²². In der Gesamtbeurteilung stand der Ostseeraum trotz weiterhin starker Umweltbelastung im Vergleich mit der gesamten Welt gut in Hinblick auf nachhaltige Entwicklung, im Vergleich zu den Staaten der OECD oder EU dagegen weniger⁵²³. Der Ansatz der Baltic 21, sehr unterschiedliche Ebenen (Regierungen, internationale Organisationen, IFIs, NGOs) einzubeziehen, hatte sich aber als erfolgreich erwiesen.

Auch der Bericht des Jahres 2004 stellte neben Fortschritten in einigen Bereichen schwer wiegende Probleme in anderen fest. So gebe es weiterhin bei der Landwirtschaft, dem Transport und der Fischerei negative Trends. Einer raschen Verbreitung von Umweltmanagementsystemen und Lokalen Agendas 21, einer zunehmenden Energieeffizienz, abnehmenden Schwefeldioxidemissionen, zunehmenden Waldbeständen und der Rückkehr der Wildlachsbestände standen unter anderem eine weiter zunehmende Nährstoffbelastung der Ostsee, weiterhin hohe Kohlendioxidemissionen und weiterhin unsichere Kabeljaubestände gegenüber⁵²⁴.

Grundsätzlich wurde die Arbeit stark dadurch behindert, dass trotz aller Beteuerungen, Doppelarbeit vermeiden zu wollen, die Baltic 21 mit Themen wie Landwirtschaft, Fischerei, Forstwirtschaft, um nur einige zu nennen, tief in den Bereich hineingriff, den die HELCOM als traditionelle Umweltschutzorganisation des Ostseeraums für sich erschlossen und abgesteckt hatte. Daran änderte auch der gleichrangige Einbezug der wirtschaftlichen und sozialen Dimension und anderer Bevölkerungsschichten, beispielsweise durch NGOs, der bei der HELCOM nicht vorlag, nichts. Dies hatte seine Ursache in durchaus politischen Motiven, konkret in dem Interesse Schwedens, seine Rolle im Umweltschutz der Ostseeregion gegenüber seiner bloßen Beteiligung an der finnischen Initiative HELCOM aufzuwerten⁵²⁵. Schweden war denn auch Initiator und engagiertestes Mitglied der Baltic 21 und erst unter dem wachsenden finanziellen Druck, der durch die Baltic 21 auf dem Hauptunterstützer Schweden lastete, wuchs die Verhandlungsbereitschaft, die Doppelarbeit durch die Klärung der Aufgabenverteilung zumindest zu verringern⁵²⁶. Daraufhin entschied das 13. Treffen der

⁵²¹ ebd., S. 8.

⁵²² ebd., S. 5.

⁵²³ ebd., S. 8.

⁵²⁴ Fünf Jahre regionaler Fortschritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung- Baltic 21-Bericht für die Ministerpräsidenten der Ostseestaaten. Baltic 21-Reihe Nr. 1/2004. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/attachments/baltic21_series_no_1_2004_german.pdf, 14.12.2005, S. 4f.

⁵²⁵ Übereinstimmend Zeitzeugeninterview mit Dr. Ulrich Kremser, Professional Secretary der HELCOM-PITF 1996- 2001 vom 05.07.2007, S. 31f. und Zeitzeugeninterview mit Heike Imhoff, Stellvertretende Delegationsleiterin und Delegationsleiterin für Deutschland bei der HELCOM seit 1994, Vorsitzende der ad hoc-Arbeitsgruppe zur Klärung der Aufgabenverteilung zwischen HELCOM und Baltic 21 vom 16.07.2007, S. 2.

⁵²⁶ Zeitzeugeninterview mit Dr. Ulrich Kremser, S. 31f.

SOG vom 29.-30.11.2000 in Mariehamn, bei deren Einverständnis gemeinsam mit der HELCOM eine ad hoc Arbeitsgruppe einzurichten, deren Aufgabe die gegenseitige Abstimmung hinsichtlich einer effektiveren Aufgabenverteilung sein sollte⁵²⁷. Diese Arbeitsgruppe kam rasch zu Stande und legte im Frühjahr 2001 die Ergebnisse vor⁵²⁸. Im Bereich der Landwirtschaft wurde die Arbeitsgruppe der HELCOM zur Landwirtschaft gestärkt, bei Bildung und Energie wurden keine Überlappungen festgestellt. Im Bereich der Fischerei war es noch zu keiner nennenswerten Kooperation zwischen HELCOM, IBSFC und Baltic 21 gekommen. Da die Umweltauswirkungen der Fischerei eine Priorität der HELCOM waren, wurde die Kompetenz ihr zugeteilt, den Dialog mit der IBSFC aufzubauen, Baltic 21 sollte als Plattform dafür dienen⁵²⁹. Hinsichtlich Forstwirtschaft und Industrie wurden keine Überlappungen festgestellt, ein intensiver Informationsaustausch sollte zukünftige Doppelarbeit verhindern. Trotz der Nähe der Thematiken im Tourismusbereich wurde auch hier keine Überschneidung festgestellt, da die Ziele der Baltic 21 den gesamten Ostseeraum und die der HELCOM nur das marine Ökosystem und den Küstenbereich betrafen. Für den Bereich Verkehr wurde hinsichtlich des Landverkehrs keine generelle Einigung erzielt, die Abstimmung über die Aufgaben sollte hier von Projekt zu Projekt erfolgen. Multimodaler Transport über Land, See und wiederum Land wurde der Baltic 21 als Arbeitsgebiet zugeschrieben, der Seetransport fiel mit Ausnahme der ökologischen Auswirkungen von Hochgeschwindigkeitsfähren in den Zuständigkeitsbereich der HELCOM⁵³⁰, worin wiederum die Schwierigkeiten der Abgrenzung deutlich wurden, da multimodaler Transport auch Seetransport einschloss. Letztlich wurde empfohlen, dass die Baltic 21 HELCOMs Umweltansatz mit wirtschaftlichen und sozialen Elementen ergänzen sollte und beide Organisationen wurden aufgerufen, strikt bei ihren Mandaten zu bleiben und die gegenseitige Kooperation zu verbessern⁵³¹. Auf diese Weise konnte auf dem Papier eine Einigung erzielt werden und die Arbeitsteilung verbesserte sich auch, wenn auch Doppelarbeit weiterhin nicht vermieden werden konnte⁵³².

⁵²⁷ Report from the Thirteenth Meeting of the Senior Officials Group Mariehamn, Åland, Finland November 29-30, 2000. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.baltic21.org/Meetings/new/sog_13/pdf/SOG%2013%20Report.pdf, 22.04.2008.

⁵²⁸ Recommendations for coordination and complementarity of Baltic 21 and HELCOM policies and activities. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/decisions/SOG_14-4-1.htm, 22.04.2008 und

Recommendations for coordination and complementarity of Baltic 21 and HELCOM policies and activities- Part II. Elektronisch veröffentlicht auf: [http://www.baltic21.org/Meetings/new/sog_14/doc/SOG%2014-4-1-Add.%201,%20B21-HELCOM%20WG%20-%20Final%20Document%20\(Part%20II\).doc](http://www.baltic21.org/Meetings/new/sog_14/doc/SOG%2014-4-1-Add.%201,%20B21-HELCOM%20WG%20-%20Final%20Document%20(Part%20II).doc), 22.04.2008.

⁵²⁹ Recommendations for coordination and complementarity of Baltic 21 and HELCOM policies and activities.

⁵³⁰ Recommendations for coordination and complementarity of Baltic 21 and HELCOM policies and activities - Part II, S. 3f.

⁵³¹ Recommendations for coordination and complementarity of Baltic 21 and HELCOM policies and activities.

⁵³² Zeitzeugeninterview mit Heike Imhoff, S. 3.

Diese Probleme schwächten den Enthusiasmus einiger Ostseestaaten gegenüber der Baltic 21, neben Deutschland besonders Polen und Finnland, so dass sich nach der EU-Osterweiterung die Stimmen für eine engere Kooperation beider Gremien bis hin zu einer Fusion mehrten⁵³³. Das neue Mandat, das 2004 in einem ersten Entwurf vorlag, sah dies noch nicht vor. Es setzte den Schwerpunkt der Baltic 21 jedoch auf projektbezogenes Arbeiten, das zu Gunsten einzelner „Leuchtturmprojekte“, die den Erfolg nachhaltiger Entwicklung demonstrieren sollten, Abstriche bei der kontinuierlichen Arbeit am gesamten Thema machte⁵³⁴.

3.2.8 Visions and Strategies around the Baltic Sea (VASAB)

Die erste Konferenz der für Raumplanung und -entwicklung zuständigen Minister des Ostseeraums fand vom 20.-21.08.1992 in Karlskrona statt⁵³⁵. Hier kamen die Minister überein, die Vorlage des Ostseeinstituts in Karlskrona zu einem gemeinsamen raumplanerischen Strategiepapier „*Visions and Strategies for the Baltic Sea Region 2010*“ (VASAB 2010) weiterzuentwickeln. Hierzu bekamen die Ostseestaaten den Auftrag, raumplanerische, ökonomische und ökologische Planungen durchzuführen und es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die in der Folge die Ausarbeitung der VASAB 2010 betreute⁵³⁶. Der Kreis ihrer Mitglieder wurde mit „...*Focal Points from interested countries and regions*...“⁵³⁷ bewusst weit gehalten, um den administrativen Unterschieden zwischen den Ostseestaaten Rechnung zu tragen. Wegen des interdisziplinären Charakters des Problems wurde Wert auf die Einbindung unterschiedlichster Akteure gelegt⁵³⁸. Das Ostseeinstitut Karlskrona übernahm die Sekretariatsfunktionen der Gruppe der nationalen *Focal points*. Andere Kosten wurden national getragen, wobei den Transformationsstaaten Unterstützung zuteil wurde. Die zweite Ministerkonferenz zur Raumplanung vom 14.-15.12.1993 in Gdansk begrüßte den Fortschritt der Arbeitsgruppe und beauftragte sie, 1994 einen gemeinsamen Bericht vorzulegen⁵³⁹. Mit diesem Bericht endete gleichzeitig ihre Tätigkeit, da die dritte Ministerkonferenz vom 08.-09.12.1994 zur Koordinierung gemeinsamer Aktionen zur Umsetzung der Inhalte des Berichts

⁵³³ ebd., S. 3.

⁵³⁴ Baltic 21-Bericht 2004, S. 8.

⁵³⁵ Conclusions of the First Conference of Ministers for Spatial Planning and Development - Karlskrona, August 20-21, 1992. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/1finnish/dbaFile6651.html>, 07.01.2006.

⁵³⁶ ebd.

⁵³⁷ ebd.

⁵³⁸ „The importance is underlined of involving governmental and local authorities, economic circles and business administrations, universities, governmental and non-governmental organisations etc at all levels in the work.“

ebd.

⁵³⁹ Conclusions of the Second Conference of Ministers for Spatial Planning and Development. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/dbaFile6652.html>, 07.01.2006.

das *Committee on Spatial Development in the Baltic Sea Region* (CSD/BSR) gründeten⁵⁴⁰. Die Konferenz beschloss weiterhin, das Sekretariat der VASAB von Karlskrona nach Gdansk zu verlegen. Ab diesem Zeitpunkt konnte die VASAB, bestehend aus CSD/BSR und Sekretariat voll arbeiten. Ihre Methoden waren die Artikulierung raumplanerischer Konsequenzen von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Prozessen im Ostseeraum, die Anpassung europäischer Raumplanungsstrategien an die Besonderheiten des Ostseeraums, die Integration von Ost und West, was im Vorfeld der EU-Erweiterung auch bedeutete, Russland und Weißrussland zu integrieren. Daneben war die VASAB auch ein Sprachrohr der Ostseeinteressen im europäischen Planungsdiskurs⁵⁴¹. Die Besonderheit der VASAB war gegenüber den anderen Kooperationsgremien der Ostsee, dass sie, ausgehend von einem weiteren Begriff des Ostseeraums, Weißrussland als Partner in die gemeinsame Arbeit einbezog. Das neu gegründete Komitee setzte die Arbeit der vorherigen Arbeitsgruppe fort und sein Vorsitz rotierte jährlich analog dem des Ostseerats, um die politische Durchsetzungskraft des Organs zu erhöhen. Für 1995 wurde ein Sekretariat in Schweden eingerichtet, das auch rotierte und 1996 von Polen ausgerichtet wurde. Gleichzeitig formulierte die Konferenz auch den Anspruch, vom Ostseerat in seine übergeordnete Strategie aufgenommen zu werden und raumplanerische Aspekte auch in den Bereichen anderer Ostseekooperationsgremien wie der HELCOM, UBC, BCCA, der Konferenz der Verkehrsminister und anderen bearbeiten zu wollen⁵⁴².

Diese schlanke Struktur aus den Ministerkonferenzen, dem CSD/BSR und dem Sekretariat behielt die VASAB auch weiterhin bei. Die Ministertreffen, die nach 1994 noch 1996, 2001 und 2005 veranstaltet wurden, gaben die Richtung der Arbeit vor, das CSD/BSR führte, vom Sekretariat unterstützt, die Geschäfte.

3.2.9 Die *Baltic Sea Region Energy Cooperation* (BASREC)

Die *Baltic Sea Region Energy Cooperation* (BASREC) war nicht die erste Kooperationsform zur Energiepolitik im Ostseeraum. Das Thema Energie stand schon seit dem Beginn des Ostseerats 1992 auf dessen Agenda und Expertentreffen und Seminare zum Thema fanden statt. Mit der Erklärung „*Sustainable Energy Supply around the Baltic Sea*“ der

⁵⁴⁰ Conclusions of the Third Conference of Ministers for Spatial Planning and Development - Tallinn, December 8-9, 1994. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/3polish/dbaFile6653.html>, 07.01.2006.

⁵⁴¹ VASAB 2010 Plus: Action during recent years. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.vasab.org/documents.php?go=display&ID=39>, 03.04.2008.

⁵⁴² Conclusions of the Third Conference of Ministers for Spatial Planning and Development.

skandinavischen Premierminister auf ihrem Treffen in Bergen vom 27.06.1997, die die Integration der Energiemärkte des Ostseeraums und den Übergang zur nachhaltigen Energiewirtschaft postulierte, bekam die Kooperation im Energiesektor jedoch entscheidenden neuen Schub. Im Juni 1998 rief die Europäische Kommission auch im Zusammenhang mit der entstehenden Politik der Nördlichen Dimension, die eine engere Kooperation mit Russland und dem Ostseeraum zum Ziel hatte, die *Baltic Energy Task Force* (BETF) ins Leben, die mit ihren vier Untergruppen zu Klimapolitik, Energieeffizienz, Gas- und Elektrizitätsmärkten das Themengebiet weiter erschloss.

Den Beginn konzentrierter ostsee-eigener Zusammenarbeit im Energiebereich stellte die Gründung der BASREC auf dem Treffen der Energieminister in Helsinki vom 24.-25.10.1999 dar. Ab sofort sollten bei Bedarf Treffen der Energieminister abgehalten werden, wobei der Vorsitz von dem dem Ostseerat vorsitzenden Land geführt werden sollte. Eine *Group of Senior Energy Officials* (GSEO) wurde zur Steuerung der regulären Kooperation eingesetzt, die sich zwei bis viermal jährlich traf und deren Arbeitsplan von den Schlussfolgerungen der Ministertreffen bestimmt wurde⁵⁴³. Die GSEO konnte Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen einrichten und berichtete regelmäßig dem CSO des Ostseerats. In den ersten Jahren 2000-2002 waren der Nordische Ministerrat und die Europäische Kommission die wichtigsten Geldgeber der BASREC. Weitere finanzielle Unterstützung kam aus einzelnen BASREC-Mitgliedsstaaten, vor allem Norwegen und Schweden leisteten regelmäßige Beiträge. Auch *Baltic Gas* und das Sekretariat der *Energy Charter* beteiligten sich finanziell an der BASREC-Arbeit⁵⁴⁴.

Die enge Anbindung an den Ostseerat wurde darin deutlich, dass 2000 beim CBSS-Sekretariat eine *Energy Unit* eingerichtet wurde, die regelmäßig vom NCM und der Europäischen Kommission, bei Bedarf auch von den CBSS-Mitgliedsstaaten finanziert werden sollte.

⁵⁴³ 2nd Meeting of the CBSS Energy Ministers (Helsinki, 24-25 October 1999). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/8norwegian/dbaFile6554.html>, 09.01.2006.

⁵⁴⁴ Report by the Group of Senior Energy Officials (GSEO) for the Meeting of the Energy Ministers of the CBSS Member Countries and the European Commission, Vilnius 20 November 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/organisation/groupseniorenergy/dbaFile1498.doc>, 09.01.2006, S. 12.

4. Die Integrationspolitik der Ostseegremien

4.1 Demokratieentwicklung und Minderheitenfragen

4.1.1 Die *Working Group on Democratic Institutions* des Ostseerats

Die *Working Group on Assistance to new Democratic Institutions* (WGDI) war mit der WGNRS und der *EuroFaculty* die erste der Arbeitsgruppen des CBSS, ihre *Terms of Reference* wurden vom CSO am 21.05.1992 angenommen⁵⁴⁵. Die Hauptaufgaben der Gruppe waren die Identifizierung von und der Bericht über Hindernisse der Entwicklung demokratischer Institutionen in den neuen Demokratien und das Erstellen von Empfehlungen zur weiteren Entwicklung der demokratischen Institutionen dieser Länder⁵⁴⁶. Die Arbeitsgruppe sollte hierbei ein Forum zum Informations- und Erfahrungsaustausch sein, den Aufbau von Kontakten ermöglichen und ein Mittler zwischen staatlichen Institutionen und NGOs sein. Auf den Treffen der ersten Jahre wurde hierzu eine Prioritätenliste erstellt, die die Umsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien, rechtlicher und administrativer Strukturen, lokaler Demokratie und Selbstverwaltung, Pressefreiheit, die Verbreitung menschenrechtlicher Prinzipien durch Bildung und die Schaffung eines Netzwerks der in diesen Gebieten tätigen Organisationen beinhaltet⁵⁴⁷. Zudem untersuchte die WG den russischen Vorschlag zur Einrichtung eines CBSS-Kommissars für Menschenrechte und Minderheitenfragen, dessen Legitimation und mögliches Aufgabenfeld angesichts der Tätigkeit der WGDI selbst und des Hohen Kommissars für Menschenrechte der KSZE sehr sorgfältig geprüft werden musste, um Überschneidungen zu vermeiden.

Als eine der ersten inhaltlichen Aktionen organisierte Polen im Dezember 1992 ein Seminar zur Institution des *National Ombudsman*, eines skandinavischen Konzepts von Vertrauenspersonen, die Interessen einzelner Bürger gegenüber der Verwaltung wahrnehmen, an dem Repräsentanten der östlichen Ostseestaaten teilnahmen⁵⁴⁸. Eine der wichtigsten Aufgaben der WGDI war jedoch die Ausarbeitung eines Mandats für den vorgeschlagenen CBSS-Kommissar unter anderem auch durch Konsultationen mit dem Hohen Kommissar für Menschenrechte der KSZE. Im September 1993 stellte sie die Arbeit fertig und im April 1994 wurde in einer gemeinsamen Sitzung mit dem CSO das Mandat für den *CBSS Commissioner*

⁵⁴⁵ Report of the Committee of Senior Officials 1993.

⁵⁴⁶ 1993-1994 Report of the Working Group on Democratic Institutions, 24 May 1994. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/csoannualreport/dbaFile532.html>, 07.01.2006.

⁵⁴⁷ Report of the Committee of Senior Officials 1993.

⁵⁴⁸ ebd.

on Democratic Institutions and Human Rights, Including the Rights of Persons Belonging to Minorities überarbeitet⁵⁴⁹, so dass es am 18.05.1994 verabschiedet werden konnte.

Zur Unterstützung des Aufbaus der Rechtsstaatlichkeit wurde vom 07.-08.10.1993 in Bonn ein Treffen zur Zusammenarbeit im rechtlichen Gebiet veranstaltet, wo der Bedarf für Zusammenarbeit vor allem in den Bereichen des Verfassungs-, Unternehmens- und Privatrechts und des Aufbaus des institutionellen Umfelds für nötig erachtet wurde. Die Unterstützung hierbei sollte sich nicht nur auf den Entwurf der Gesetze beschränken, sondern auch die Ausbildung des mit ihrer Durchsetzung betrauten Personals beinhalten⁵⁵⁰. Die Staaten sollten dabei unterstützt werden, sich eigene kohärente Rechtssysteme zu schaffen und die dabei erforderliche Transparenz der Vorgänge wahren. Um die Kooperation zu institutionalisieren, schlug Deutschland diesbezüglich regelmäßige Treffen auf der Arbeitsebene vor⁵⁵¹.

Für die Folgezeit erarbeitete die Gruppe ein Programm von Seminaren, die umlaufend durch die Mitglieder zu veranstalten waren und der Spezifizierung der Probleme in den einzelnen Bereichen und der Entwicklung von Lösungsvorschlägen dienen sollten, zur Qualitätssicherung wurden Richtlinien für die Seminare verabschiedet⁵⁵². Kooperationsangebote wurden auch außerhalb der Arbeitsgruppe selbst vermittelt wie ein dreiwöchiges Seminar zu freien Medien für Journalisten aus den baltischen Staaten, Russland und Polen, das im November und Dezember 1994 an der Universität Kalmar veranstaltet wurde. Dass die Institutionenbildung in den Transformationsstaaten vor allem zu Beginn langwierig und schwierig war, zeigt, dass noch Ende Mai 1994 das dänische Angebot vom 01.03.1993, die Einrichtung von Menschenrechtszentren in den baltischen Staaten, Polen und Russland zu unterstützen, nicht wahrgenommen worden war. Es wurde jedoch weiter aufrechterhalten⁵⁵³. Weiterhin schlug die WG vor, aus ihrem Namen und den ToR den Begriff „*new democracies*“ zu streichen, weshalb sie fürderhin *Working Group on Assistance to Democratic Institutions* hieß.

Diese Arbeit setzte sich im Turnus 1994-1995 weiter fort. Im Dezember 1994 hatte unterdessen der erste Tschetschenien-Krieg begonnen, was viele Mitgliedsstaaten auf dem CSO-Treffen in Nowgorod am 26.01.1995 veranlasste, sich über die Lage der Menschenrechte und der Demokratie in der Region besorgt zu zeigen und Russland zur

⁵⁴⁹ 1993-1994 Report of the Working Group on Democratic Institutions.

⁵⁵⁰ Bonn-Meeting on Legal Cooperation of the CBSS Working Group on Assistance to new Democratic Institutions - Conclusions, Bonn, October 8, 1993. In ebd.

⁵⁵¹ ebd.

⁵⁵² Die Themen dieser ersten Seminare sollten der Gesetzgebungsprozess, lokale Demokratie, NGOs, „undemokratische“ soziale Phänomene, Integrationspolitik sein. ebd.

⁵⁵³ ebd.

Einhaltung dieser Prinzipien zu ermahnen. Der russische Gesandte versuchte, die Befürchtungen durch Versicherung des russischen Bekenntnisses zur Demokratie zu zerstreuen und konnte für den Moment keinen Bedarf für den Einbezug des CBSS-Kommissars erkennen⁵⁵⁴.

Im Turnus 1995-1996 hielt die WGDI fünf Treffen ab. Das erste im Juni untersuchte den Stand der Vorbereitungen der Seminare zu Funktionsweise und Bedeutung von NGOs in Tallinn im September und zu negativen sozialen Erscheinungen wie Rassismus in Vilnius im November 1995⁵⁵⁵. Mögliche Wege der Umsetzung der Forderung des CBSS-Treffens von Gdansk, die Ergebnisse des CBSS-Kommissars in die Arbeit aufzunehmen, wurden diskutiert und entschieden, den Kommissar zu einem Treffen einzuladen. Das WGDI-Treffen vom 28.09.1995 evaluierte das Seminar zu NGOs vom 08.-10.09.1995 in Tallinn, bewertete es insgesamt positiv, zeigte sich aber beunruhigt über die fehlende oder nur geringe Teilnahme von Regierungsvertretern der baltischen Staaten und Russlands⁵⁵⁶. Die Themen des Seminars waren grundsätzliche Regelungen in Verfassung und Privatrecht, die Status und Funktion von NGOs betreffen, finanzielle Regelungen und Besteuerung, die ein unabhängiges Arbeiten der NGOs ermöglichen, sowie der Zugang zu Informationen und der Kontakt zu Regierungen und Verwaltungsstellen⁵⁵⁷. Zunächst informierten Vertreter der westlichen Staaten die der jungen Demokratien, woran eine Diskussion der Inhalte mit allen Beteiligten anschloss, woraus Schlussfolgerungen formuliert wurden, die den Wert des Seminars trotz der geringen Regierungsbeteiligung hoch einschätzten⁵⁵⁸. Diese wurde als Zeichen für eine eher zurückhaltende Einstellung dieser Staaten gegenüber NGOs interpretiert. Zudem wurde festgestellt, dass die Bürger dieser Staaten selbst auch sehr zurückhaltend sind, sich in NGOs zu engagieren, wofür wirtschaftliche Sorgen teilweise mitverantwortlich gemacht wurden. Als Hauptprobleme der NGOs dieser Staaten wurden jedoch die Finanzierung, der Zugang zu Informationen und die Ausbildung von Personal identifiziert und dass die NGOs in diesen Staaten zu sehr durch Gesetze reglementiert werden und damit nur geringen Handlungsspielraum haben⁵⁵⁹.

Das Seminar zu negativen sozialen Erscheinungen musste vom November auf den Februar 1996 verschoben werden, da der Stand der Vorbereitungen unbefriedigend war. Ein

⁵⁵⁴ Report of the Council of Senior Officials, the third year of the council activity.

⁵⁵⁵ 1995-1996 Report of the Working Group on Democratic Institutions. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/4swedish/csoannualreport/dbaFile521.html>, 07.01.2006.

⁵⁵⁶ ebd. Der Bericht zum Seminar selbst vermerkt allerdings die Teilnahme von Vertretern aller CBSS-Mitgliedsstaaten, so dass alle Staaten, wenn auch die erwähnten nicht auf Regierungsebene, vertreten waren. WGDI Seminar on the Status & functioning of NGO's, Tallinn, 8-10 Sept. 1995 - Final Report. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/4swedish/dbaFile523.html>, 26.05.2004.

⁵⁵⁷ ebd.

⁵⁵⁸ ebd.

⁵⁵⁹ ebd.

Vorschlag Polens zur Durchführung eines Seminars zur Medienfreiheit wurde dagegen angenommen. Einem weiteren Treffen der WGDI im Dezember unterbreitete Estland einen Vorschlag zum follow-up des Seminars zu NGOs, der begrüßt wurde. Um die Interessen der Demokratieentwicklung zu wahren, wurde der Prozess der Verhandlungen zur Erarbeitung einer Erklärung des ersten Ostseestaatsgipfels in Visby genau verfolgt. Außerdem nahm der CBSS-Kommissar an dem Treffen teil und die Koordinierung der Arbeit wurde diskutiert, zum Beispiel wurde die Notwendigkeit der besseren Abstimmung zwischen den Themen der Berichte des Kommissars und den Seminaren der WGDI erkannt⁵⁶⁰. Zudem wurde ein Vorschlag zur Ausbildung von Beamten für Beschwerdevorgänge nach internationalen Standards vereinbart, um die Möglichkeiten des einzelnen Bürgers, seine gesellschaftlichen Rechte wahrzunehmen, zu stärken. Das nächste Treffen im März 1996 musste das geplante Seminar zu negativen sozialen Phänomenen wie auch das zur Medienfreiheit wiederum wegen eines unzureichenden Stands der Vorbereitungen verschieben. Hier wurde auch das Aktionsprogramm der Gruppe überarbeitet und ein Strategiepapier für den auf dem Ministertreffen in Kalmar zu verabschiedenden Aktionsplan angenommen. Der Aktionsplan sah unter anderem eine Fortsetzung der Arbeit gemäß dem Mandat vor, die engere thematische Vernetzung der eigenen Arbeit mit der des CBSS-Kommissars, die Ausrichtung eines Seminars zu Anforderungen an mit Bürgerbeschwerden befassten Beamten, einen verstärkten Einbezug von NGOs sowie die Prüfung von Wegen, Vorschläge der Mitglieder in internationalen Foren zu unterstützen. Das nächste Treffen im Mai 1996 nahm einen estnischen Bericht über ein follow-up-Treffen des Seminars zu NGOs und den Bericht des letztlich Anfang Mai 1996 in Vilnius gehaltenen Seminars zu negativen Folgen der wirtschaftlichen Umstrukturierung entgegen. Das Treffen diskutierte weiterhin, wie der positive Einfluss des Visby-Gipfels zu nutzen sei und passte das Arbeitsprogramm der WGDI an den Kalmar-Aktionsplan an.

Im Turnus 1996-1997 setzte die WGDI ihre Arbeit nach dem beschlossenen Aktionsplan fort. So wurden regelmäßige Kontakte mit dem CBSS-Kommissar und Mechanismen für das follow-up der Empfehlungen des Kommissars vereinbart⁵⁶¹. Im September 1996 wurde das Seminar zur Medienfreiheit in Warschau und im März 1997 das geplante Seminar zu den Beschwerdemechanismen veranstaltet. Außerdem begann die WGDI Kontakte zu weiteren Akteuren wie dem *United Nations Development Programme* und anderen aufzubauen. Die Mechanismen von Seminaren und ihrem follow-up wurden weiterentwickelt. Weiterhin hatte

⁵⁶⁰ 1995-1996 Report of the Working Group on Democratic Institutions.

⁵⁶¹ 1996-1997 Annual Report from the CBSS Committee of Senior Officials.

die WG nationale Vorstellungen zum Konzept der zivilen Sicherheit gesammelt und begonnen, aus den erhaltenen Daten ein gemeinsames Programm hierfür zu erstellen⁵⁶².

Die Entwicklung dieses Konzepts wurde auch im Turnus 1997-1998 vorangetrieben, indem auf einem Treffen im Oktober 1997 Formen möglicher bi- und trilateraler Kooperation im Bereich der zivilen Sicherheit diskutiert wurden. Im Februar 1998 fand in Kopenhagen ein gemeinsam vom CBSS-Kommissar und der WGDI veranstaltetes Seminar zum Zustand der demokratischen Institutionen im Ostseeraum statt, das gleichzeitig einen Aktionsplan zur Demokratie und den Menschenrechten in der Region verabschiedete⁵⁶³. Die hier gesetzten Prioritäten waren Themen wie der *national Ombudsman*, Klagen gegen Polizeibehörden, lokale Demokratie, NGOs, parlamentarische Kooperation, offene Demokratie (verstanden als Begrenzung der Einflussmöglichkeiten präsidialer Erlasse zu Gunsten demokratischer Entscheidungsprozesse), der internationale Schutz der Menschenrechte, das Wahlrecht für Personen ohne Staatsbürgerschaft und der Erhalt des Bürgerrechts. Die letzteren drei Themen waren ein Reflex auf die mit den russischsprachigen Minderheiten Estlands und Lettlands verbundenen Probleme. Ein weiteres aufkommendes Thema war die Situation der Streitkräfte der Mitgliedsstaaten, wo große Unterschiede hinsichtlich der Rechte und Pflichten, der Gesundheit und des Wohlergehens festgestellt worden waren⁵⁶⁴.

Auf den Bericht des CBSS-Kommissars zur Umsetzung der UN-Konvention zu den Rechten von Kindern hin entschied die WGDI, sich beim follow-up auf den Kampf gegen kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern zu konzentrieren. Auch bei anderen Berichten und Empfehlungen des Kommissars übernahm die WGDI das follow-up. Hinsichtlich der Entwicklung der Bildung in der Region wurden die Entwicklung der *EuroFaculty* und Vorgehensweisen der Weiterbildung Beamter während der Arbeitszeit diskutiert. Um die Kontinuität der Arbeit zu sichern, wurden auch erstmals der kommenden Präsidentschaft der WG Vorschläge für die Prioritätensetzung gemacht, die im Wesentlichen auf eine Fortführung der oben geschilderten Arbeit hinausliefen⁵⁶⁵.

Im Turnus 1998-1999 wurde anlässlich der Verabschiedung einer neuen, im März 2000 in Kraft tretenden, finnischen Verfassung durch das Parlament am 12.02.1999 vom CBSS-Kommissar mit Unterstützung der WGDI unter dem Titel „*Good Lawmaking*“ eine Seminarserie zur Verfassungsentwicklung entworfen, die ab 1999 in Dänemark, Russland und

⁵⁶² ebd.

⁵⁶³ 1997-1998 Report of the Working Group on Democratic Institutions. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/csoannual/dbaFile3036.html>, 07.01.2006.

⁵⁶⁴ 1997-1998- Report of the Committee of Senior Officials.

⁵⁶⁵ ebd.

allen EU-Beitrittskandidaten des Ostseeraums stattfinden sollte⁵⁶⁶. Die Veranstaltungen richteten sich vor allem an Parlamentarier, wichtige Themenbereiche sollten die Stärkung der Fähigkeit, qualitativ hochwertige Gesetze auch in schwierigen Bereichen zu verabschieden, des Wissens in Menschenrechtsfragen, eine Verbesserung des Umgangs mit Gesetzen hinsichtlich des EU-Beitritts und die Stärkung des rechtlichen Schutzes des Bürgers sein⁵⁶⁷. Die Zusammenarbeit mit dem CBSS-Kommissar im Bereich der Menschenrechte wurde fortgesetzt. Ein Seminar behandelte Fragen des Wahlrechts, wem es zu verleihen ist, wie Menschen zum Gebrauch des Wahlrechts motiviert werden können und die Sicherheit von Wahlen gewährleistet wird. Hinsichtlich der Verwaltung wurde ein Runder Tisch zum Thema „*Good Governance*“ und zur Effizienz von Verwaltung veranstaltet, dem im Januar 2000 ein Seminar folgen sollte. Die WGDI war auch weiterhin ein Koordinierungsforum der Bestrebungen zur zivilen Sicherheit, einem Gebiet, das nicht zwangsläufig in ihr Mandat gehörte, aber dennoch von ihr bearbeitet wurde, da der CBSS hierzu noch keine eigene Arbeitsgruppe eröffnet hatte. Im Juni und September 1998 und im Mai 1999 fanden Konferenzen zur zivilen Sicherheit statt. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit zum Aufbau gemeinsamer Strukturen und zur Entwicklung der Ausrüstung im Gebiet der Frühwarnung und *Search-and-Rescue-Einsätzen* wurde vereinbart⁵⁶⁸. Die Arbeit gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern wurde ebenfalls fortgesetzt. Das Thema der *EuroFaculty* (EF) wurde auf zwei WGDI-Treffen in Januar und März 1999 verhandelt. Zur Klärung der lang andauernden Probleme des rechtlichen Status' der EF wurde eine juristische Expertengruppe einberufen, die dem CSO Empfehlungen unterbreiten sollte. Der Vorschlag, die EF auf die Kaliningrader Universität auszuweiten, wurde begrüßt⁵⁶⁹. Tatsächlich war jedoch die EF inzwischen zahlungsunfähig geworden, weshalb sie eine außerordentliche Finanzbeihilfe erhielt, was Kürzungen im Budget 1999-2000 und in den Programmen nach sich zog. Die Gründe für die Insolvenz wurden unter anderem in unterschiedlichen, an die Zahlungen geknüpften Bedingungen der Geber und den Verwaltungsprozeduren der nationalen PHARE-Programme gesehen, jedoch wurde die EF weiterhin als akademischer Erfolg gewertet und ihrem weiteren Bestand eine große Bedeutung beigemessen. Im Turnus 1999-2000 wurden unter russischem Vorsitz vier Treffen der WGDI abgehalten. Das Thema der *EuroFaculty* wurde auf Grund seiner komplexen und politischen Natur dem

⁵⁶⁶ 1998-1999 Report of the Working Group on Democratic Institutions. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/7lithuanian/csoannual/dbaFile467.html>, 07.01.2006.

⁵⁶⁷ ebd.

⁵⁶⁸ ebd.

⁵⁶⁹ ebd.

CSO überlassen⁵⁷⁰. Die Zusammenarbeit mit dem CBSS-Kommissar wurde fortgesetzt und die Umsetzung seiner Empfehlungen vorangetrieben. Dies konnte durch die Natur der WGDI nicht durch Ausübung von direktem Druck auf die nationale Ebene geschehen, vielmehr wurde die politische Aufmerksamkeit auf Problemfälle gelenkt und somit indirekt Druck hergestellt. Die Unterstützung des Kommissars sollte auch die Verbreitung seiner Berichte und Forderungen beinhalten, ebenso übernahm es die WGDI, ihn über alle relevanten personellen und administrativen Veränderungen im Ostseeraum aufzuklären. Die Seminarreihe zur *Good Governance* begann mit einem Treffen im Januar 2000 in Helsinki, an dem zehn Mitgliedsstaaten teilnahmen. Die Zusammenarbeit zu Kindern in Not setzte sich fort, vor allem wurden zunächst die nationalen Fortschritte evaluiert, um neue Orientierungen schaffen zu können. Auch die WGDI unternahm im Rahmen der Überarbeitung der Strukturen und Arbeitsformen des Ostseerats eine Evaluierung und übermittelte dem CSO Empfehlungen für die Veränderung ihrer ToR. Auf russische Initiative fand vom 30.-31.03.2000 in Moskau ein Runder Tisch zum Thema der Rechte der Minderheiten im Ostseeraum statt, zu dem Parlamentarier, der CBSS-Kommissar und hochrangige Experten aus den Mitgliedsstaaten zusammentrafen. Zudem beteiligte sich die WGDI an den Verhandlungen zum Mandat des CBSS-Kommissars für die Zeit nach dem 01.10.2000.

Die Arbeitsperiode 2000-2001 der WGDI stand unter isländischem Vorsitz. Nach dem Auftrag des CBSS-Außenministertreffens von Bergen untersuchte die WGDI Möglichkeiten, wie sie zur Umsetzung des NDAP beitragen könnte⁵⁷¹. Weiterhin unterstützte sie die Vorbereitung eines Seminars der nationalen und parlamentarischen *Ombudsmen* am 01.03.2001, bei dem die Arbeit der vergangenen Jahre evaluiert und daraus Möglichkeiten für zukünftige Prioritäten abgeleitet wurden. Die Zusammenarbeit mit dem CBSS-Kommissar wurde auch mit der ab dem 01.10.2000 amtierenden neuen Kommissarin Helle Degn in der bestehenden Art und Weise fortgesetzt, zusätzlich organisierte die WGDI die offizielle Übersetzung des Mandats der Kommissarin in alle elf Sprachen der Mitgliedsländer, um die Transparenz dieser Institution zu erhöhen. Im Bereich der Kinder in Not wurden zwei Treffen der WGDI abgehalten, stets unter Einbezug der schwedischen Arbeitsgruppe *Children at Risk*. Ein Bericht zum IT-Netzwerk *Child Centre* wurde ebenso diskutiert wie die Zukunft der Arbeit in diesem Bereich. Ein neuer Text der ToRs, der diese fokussierter und ergebnisorientierter machen sollte, wurde dem CSO zur Bestätigung vorgelegt. Zur Vernetzung und zur besseren Abstimmung der gemeinsamen Bemühungen hielt die Gruppe

⁵⁷⁰ Report of the WGDI for the activity period of 1999-2000. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/8norwegian/reportcso/csoannualreportannex2wgdi.doc>, 07.01.2006.

⁵⁷¹ 2000-2001 Report of the Working Group on Democratic Institutions. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/9german/reportcso/dbaFile377.html>, 07.01.2006.

ein gemeinsames Treffen mit der BSSSC, der BSPC und der UBC ab⁵⁷². Studienbesuche führten die WG in das isländische Parlament, die Büros der CBSS-Kommissarin und des schwedischen *Ombudsman* für Gleichberechtigung sowie das *Children's house* in Reykjavik⁵⁷³. Die Vorbereitung des ersten CBSS-NGO-Treffens wurde von der WGDI durch eine Zusammenstellung der nationalen Politiken und Unterstützungsschemata für NGOs unterstützt⁵⁷⁴.

2001-2002 wurde die Arbeit fortgesetzt, ein wichtiges Zeichen für die gesteigerte Bedeutung des NGO-Treffens war, dass an dem zweiten Forum dieser Art vom 18.-21.04.2002 in St.Petersburg der Vorsitzende und weitere Mitglieder des CSO teilnahmen⁵⁷⁵. Am 07.02.2002 fand in Bergen auf Einladung des norwegischen Außenministeriums ein Seminar zu Formen von Rassismus, rassistischer Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit statt, das eine Folgeveranstaltung zur Weltkonferenz zum selben Thema in Durban, Südafrika, Ende August 2001 darstellte. Die CBSS-Kommissarin betonte hier die Bedeutung von *Good Lawmaking* und *Good Governance* und kündigte hierzu erneut Seminarreihen an. Da Fremdenfeindlichkeit ihre Wurzeln in Unkenntnis habe, initiierte sie eine Wanderausstellung „*Know your neighbours*“, in der die Ostseestaaten und ihre Bürger in ihren Gemeinsamkeiten und Eigenheiten vorgestellt wurden⁵⁷⁶. Der norwegische Vorsitzende der WGDI, Petter F. Wille, fasste die für die Ostseestaaten wichtigen Elemente des Aktionsplans der Weltrassismuskonferenz von Durban 2001 zusammen⁵⁷⁷ und legte damit erneut die Verantwortung der Ostseestaaten dar. Anschließend wurden norwegische Ansätze auf nationaler und lokaler Ebene vorgestellt. Die anschließende Diskussion aller Teilnehmer brachte den Austausch von Erfahrungen und Information über die Verhältnisse und Maßnahmen der teilnehmenden Länder sowie die Absicht, in Zukunft in diesem Bereich mehr zu kooperieren. So wurde der kommende deutsche Vorsitz der WGDI aufgefordert, ein Nachfolgeseminar zu veranstalten⁵⁷⁸. Ein weiteres WGDI-Seminar am 25.04.2002 in Stockholm betraf die Gleichstellung der Geschlechter, auf dem die Ombudspersonen des Ostseeraums Wege diskutierten, wie internationale Vorgaben in den einzelnen Staaten

⁵⁷² ebd.

⁵⁷³ ebd.

⁵⁷⁴ ebd.

⁵⁷⁵ 2001-2002 Annual Report from the CBSS Committee of Senior Officials (CSO). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/csoannual/>, 26.05.2004.

⁵⁷⁶ WGDI Seminar on Combating Contemporary Manifestations of Racism, Bergen 07.02.2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/dbaFile1153.html>, 26.05.2006.

⁵⁷⁷ Die Schaffung nationaler Aktionspläne, Stärkung der Gesetze und der Justiz in diesem Bereich, Maßnahmen in Kultur und Bildung, Sicherung der Gleichheit in den Bereichen Beschäftigung und Gesundheit, besonderer Schutz von Frauen und Mädchen, Minderheitenschutz.

⁵⁷⁸ ebd.

umgesetzt werden können⁵⁷⁹. Vor allem Probleme der Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, beim Wahlrecht, Wahrnehmung von Geschlechterstereotypen unter anderem in Medien sowie Gewalt gegen Frauen standen zur Debatte.

Am 16.05.2002 fand in St.Petersburg das zweite Treffen der *Ombudsmen* statt, das vor allem ökologische Fragen und die Auswirkungen dieser Risiken auf die grundlegenden Menschenrechte diskutierte⁵⁸⁰. Die dringende Notwendigkeit einer verstärkten ökologischen Überwachung des Ostseeraums und der Verbesserung des Zugangs der Bürger zu den entsprechenden Daten wurde betont und Möglichkeiten der verstärkten Kooperation zwischen Ombudsinstitutionen, internationalen Menschenrechtsorganisationen, NGOs und Medien wurden erwogen⁵⁸¹.

Im Berichtsjahr 2002-2003 befand sich die WGDI unter deutscher Präsidentschaft. Zwei Treffen wurden veranstaltet, im November 2002 in Berlin und im März 2003 in Brüssel. Im November 2002 wurde ebenfalls in Berlin ein Seminar zum Verbraucherschutz durchgeführt, ein anderes im Juni 2003 im estnischen Toila zu lokaler Demokratie⁵⁸². Neben diesen beiden Themen standen analog zur entsprechenden deutschen Priorität im CBSS-Vorsitz 2000/2001 die Zivilgesellschaft und der Einbezug von NGOs in politische Entscheidungsprozesse im Mittelpunkt des deutschen WGDI-Vorsitzes. Das Seminar zum Verbraucherschutz versammelte viele Zuständige, vor allem *Ombudsmen*, mit dem Ziel des Erfahrungsaustauschs und Netzwerkens. Zudem wurde die Unabhängigkeit der Ombuds-Institutionen und ihre Mandate und Kompetenzen diskutiert, um Verbraucherschutz als wichtiges demokratisches Element wirksam umzusetzen. Das Seminar zur lokalen Demokratie wurde gemeinsam von dem estnischen Landkreis Ida-Virumaa und dem deutschen Land Mecklenburg-Vorpommern, unterstützt von einer Gesandtschaft der russischen Oblast Leningrad, organisiert. Mehr als 60 Teilnehmer diskutierten Chancen und Probleme sowie die unterschiedlichen Formen der Lokalen Demokratie und tauschten *best practices* aus⁵⁸³. Der Vorsitz der WGDI nahm auch an dem dritten NGO-Forum vom 08.-11.05.2003 in Turku teil, wo Themen wie soziale Teilhabe, nachhaltige Lebensstile, Gleichberechtigung der Geschlechter und Transparenz der Beziehungen zwischen NGOs und Regierungen besprochen wurden und begrüßte die

⁵⁷⁹ WGDI Seminar on Gender Equality, Stockholm, 25 April 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/genderequality/>, 26.05.2004.

⁵⁸⁰ 2nd Seminar of National/Parliamentary Ombudsmen of the CBSS Member States, "Environment in the Baltic Sea Region and Human Rights", St.Petersburg, 16 May 2002- Chairman's Conclusions. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/dbaFile1342.doc>, 09.01.2006.

⁵⁸¹ ebd.

⁵⁸² Report of the WGDI for the activity period 2002-2003. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/csoannual/wgdiactivityreport2002-03.pdf>, 07.01.2006, S. 2.

⁵⁸³ ebd., S. 2.

wachsende Vernetzung der NGOs als ein Zeichen sich entwickelnder Zivilgesellschaften⁵⁸⁴. In Folge eines runden Tisches zu Kindern im Strafvollzug, der am 11.09.2002 von der CBSS-Kommissarin veranstaltet wurde, vereinbarte die WGDI mit der WGCC enge Zusammenarbeit. Mit dem Sekretariat des CBSS wurde vereinbart, dass zwischen ihm und dem Europarat ein regelmäßiger Austausch über die Aktivitäten der WGDI einzurichten sei, um die Arbeit besser zu koordinieren. Die enge Zusammenarbeit mit der CBSS-Kommissarin wurde weiter fortgesetzt und auf einem gemeinsamen Treffen wurden für den Fall des Auslaufens ihres Mandats Ende 2003 Wege diskutiert, wie die WGDI ihre laufenden Programme fortführen sollte.

2003-2004, unter litauischem Vorsitz, hatte die WGDI vier Treffen und hielt zwei Seminare ab. Eines vom 02.-03.12.2003 in Vilnius zu freien Medien und ihrer Rolle für eine entwickelte Bürgergesellschaft, wo Hindernisse der Medienfreiheit und die möglichen Gegenmaßnahmen diskutiert wurden⁵⁸⁵. Auf diesem Treffen hielt die CBSS-Kommissarin Helle Degn die letzte Ansprache vor dem Auslaufen ihres Mandats Ende 2003. Sie betonte die große Rolle der Medien bei politischer Meinungsbildung und Entscheidungsfindung und sah als große Probleme die wachsende Tendenz der Medien, aus wirtschaftlichen Gründen Niveaueinbußen in Kauf zu nehmen und eine, trotz aller Fortschritte, in den Staaten des Ostseeraums weiterhin sehr variierende Lage der Medien, die in manchen Staaten weiterhin stark kontrolliert würden⁵⁸⁶. Als Gegenmaßnahmen schlug sie Transparenz bei Finanzierung und Besteuerung der Medien vor, klare Regeln zum Umgang mit Informationsquellen und Verhaltensregeln für Journalisten sowie Medienausbildung für Regierungsvertreter und Bürger und die Schaffung von Gesetzen zum Schutz der Opfer von Belästigungen durch die Medien. Die Standards des Europarats und das Vorgehen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte wurden im Anschluss vorgestellt und nationale wie auch internationale Maßnahmen erläutert. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Situation in Weißrussland gewidmet, wozu zwei Journalisten die erdrückende Lage der Pressefreiheit in ihrem Land vorstellten⁵⁸⁷. Anschließend wurden die Situationen der Medien, Probleme und mögliche Lösungen in den einzelnen Staaten diskutiert, um so einen Austausch der Erfahrungen zu gewährleisten. Dieses wurde durch die Vorbereitung auf das Seminar unterstützt, bei der Vertreter der Staaten aufgefordert waren, die in ihrem Land bestehenden rechtlichen

⁵⁸⁴ ebd., S. 3.

⁵⁸⁵ 2003-2004 Report of the Working Group on Democratic Institutions. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/structure/wgdi/dbaFile5979.html>, 07.01.2006.

⁵⁸⁶ CBSS Working Group on Democratic Institutions Seminar on "Free Media: Responsibility and influence for the Development of Civil Society", Vilnius, 2-3 December 2003 - Report. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/wgdiseminar/reportfrommediaseminar.doc>, 09.01.2006.

⁵⁸⁷ 2003-2004 Report of the Working Group on Democratic Institutions.

Grundlagen der Medien und institutionelle Mittel zur Medienkontrolle oder Medienselbstkontrolle zu skizzieren. Russland, Estland, Polen und Island hatten dem allerdings nicht entsprochen.

Ein weiteres Seminar, das die WGDI in Zusammenarbeit mit der WGCC am 30.03.2004 in Vilnius veranstaltete, widmete sich der Gesetzgebung gegen Menschenhandel mit dem Schwerpunkt Frauen und Kinder. Vor dem Treffen hatte das CBSS-Sekretariat eine Studie entwickelt, in wieweit die Mitgliedsstaaten die entsprechenden internationalen Vorgaben in nationales Recht umgesetzt hatten. Das Treffen war ein weiterer Versuch, eine gemeinsame Vorgehensweise in diesem Problembereich zu vereinbaren, nachdem trotz gewachsener Zusammenarbeit die Staaten zumeist ihre eigenen Wege gingen⁵⁸⁸ und somit Effektivitätspotential vergaben. Nahezu alle CBSS-Staaten sowie Weißrussland, Moldau, Ukraine und USA nahmen teil. Im Gespräch waren bestehende und in Vorbereitung befindliche internationale Normen, deren nationale Umsetzung untersucht werden sollte. Es wurde betont, dass für die Durchsetzung dieser Standards eine angemessene nationale Gesetzgebung unabdinglich sei⁵⁸⁹, daher wurden Prioritäten des Vorgehens vereinbart, um der Entwicklung des nationalen Rechts Richtlinien zu geben⁵⁹⁰. Weiterhin nahm die WGDI am vierten NGO-Forum im April 2004 in Pärnu teil und sie untersuchte Möglichkeiten, die Arbeit des Ende 2003 auslaufenden Mandats der CBSS-Kommissarin fortzusetzen. Die Zusammenarbeit mit den *Ombudsmen* des Ostseeraums wurde durch gemeinsame Treffen gestärkt, der WGDI-Vorsitz sollte zudem regelmäßig an den Treffen der *Ombudsmen* der Region teilnehmen⁵⁹¹.

Die WGDI übernahm also als eine der ersten Untergruppen des Ostseerats die Umsetzung dessen Zielsetzung der Unterstützung der Demokratieentwicklung und der Wahrung der Menschenrechte. Sie tat das durch Informations- und Erfahrungsaustausch auf den regelmäßigen Treffen, die über Diskussionen auch gemeinsame Ziele formulieren konnten und so der Politik im Ostseeraum Richtlinien gaben. Zudem entstand auf ihnen ein gewisser Druck der Gemeinschaft, der auf einzelne Mitglieder förderlich wirken konnte. Der Informationsaustausch wurde zusätzlich durch Seminare intensiviert und die Arbeitsgruppe

⁵⁸⁸ WGDI Seminar on Trafficking in human beings (March 04). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/wgdiseminar2/>, 26.05.2004.

⁵⁸⁹ 2003-2004 Report of the Working Group on Democratic Institutions.

⁵⁹⁰ Menschenrechtsprinzipien sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter unter Einbezug einer Kinderperspektive seien die übergeordneten Ziele, der Opferschutz sowohl in Hinblick auf medizinische Versorgung einschließlich psychologischer Betreuung als auch auf wirtschaftliche Rehabilitation und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt sei ein wichtiges Element. Besondere Vorgehensweisen für Kinder müssten ebenso entwickelt werden wie eine sektoren- und grenzübergreifende Kooperation zum Thema. ebd.

⁵⁹¹ ebd.

erschloss sich im Laufe der Zeit immer mehr Themengebiete. Sie leistete außerdem der Arbeit der CBSS-Kommissare Unterstützung und verhalf dadurch auch ihr zum Erfolg.

4.1.2 Das Amt des CBSS-Kommissars

4.1.2.1 Die Mandatsperiode 1994-1997

Der ehemalige dänische Justizminister Ole Espersen⁵⁹² trat das Amt des CBSS-Kommissars mit dem zunächst umfangreichen Titel „*CBSS Commissioner on Democratic Institutions and Human Rights, Including the Rights of Persons belonging to Minorities*“ zum 01.10.1994 an. Seine Aufgaben waren das Identifizieren von Problemen der demokratischen Entwicklung und der Wahrung der Menschenrechte sowie das Erstellen von Empfehlungen zu deren Lösung, die Vernetzung der in diesen Bereichen tätigen regionalen, nationalen und internationalen Organisationen aller Art und die Bearbeitung individueller Klagen von Personen und Organisationen, die in ihren Menschen- und demokratischen Rechten eingeschränkt wurden. Der erste Bereich war der am intensivsten zu bearbeitende. Hier wurden vom Kommissar Studien zu bestimmten Problembereichen angefertigt und die Umsetzung seiner Empfehlungen überwacht. Diese thematisch tiefe Einarbeitung über Studien unterschied die Funktion des Kommissars wie auch seine herausgehobene Stellung, seine Ombudsfunktion und seine Spezialisierung auf Menschen- und Minderheitenrechte von der zumindest im demokratischen Bereich ähnlich gelagerten WGDI.

Die erste fertige Studie betraf die Einrichtung parlamentarischer *Ombudsmen* in den einzelnen Staaten, die schon im September 1995 vorgestellt wurde. Die skandinavischen Länder hatten als Ursprungsgebiet dieser Form der Interessenvertretung der Bürger angemessene Mechanismen dieser Art wie auch Deutschland, wo der Petitionsausschuss des Bundestages Ombudsfunktionen wahrnahm und die Bundesländer über ähnliche Strukturen verfügten⁵⁹³. Litauen hatte ab 1994 auch einen *Ombudsman*, sein Mandat schloss jedoch die Untersuchung gewisser hochrangiger Strukturen und Ämter aus und die Kompetenzen zum eigenverantwortlichen Starten einer Untersuchung waren nicht im vollen Maße gegeben, weswegen der Kommissar intervenierte und eine Aufhebung dieser Beschränkungen empfahl. Lettland hatte 1995 ein Nationalbüro für Menschenrechte eingerichtet, dessen Vorsitzender

⁵⁹² Ole Espersen war als Mitglied der sozialdemokratischen Partei Dänemarks vom 20.01.1981 bis zum 10.09.1982 Justizminister Dänemarks.

⁵⁹³ Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report May 1995 - June 1996, Kapitel 2: Studies undertaken on the initiative of the commissioner. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/1st_period/1996/rep02.htm, 15.10.2007.

zwar recht frei in seiner Tätigkeit und Ausübung von Ombudsaufgaben war, jedoch von der Regierung ausgewählt und vom Parlament bestätigt wurde⁵⁹⁴. Wenn die Kürze des Bestehens auch eine endgültige Beurteilung der Einrichtung nicht ermöglichte, war jedoch so eine Beschränkung der erforderlichen Unabhängigkeit des Direktorenpostens gegeben. Der Kommissar empfahl daher eine Veränderung dieser Regelung, wenn er auch die Einrichtung des Büros an sich als einen positiven Schritt lobte. Estland und Russland hatten noch keine derartigen Einrichtungen. Für Estland, wo noch keine Anstrengungen unternommen worden waren, sprach der Kommissar eine dementsprechend dringende Empfehlung aus, in Russland war ein Gesetzesentwurf zum *Ombudsman* von der Duma angenommen, vom Föderationsrat aber blockiert worden, der Kommissar drückte seine Hoffnung aus, dass dies nur eine Verspätung bedeuten würde⁵⁹⁵. In den Transformationsstaaten wurde die Einrichtung eines *Ombudsman* für besonders wichtig erachtet, da hier die Rechtssysteme im Wandel und daher die Bürgerrechte besonders verletzlich waren.

Im Oktober 1995 wurde eine Studie zum Einsatz von Präsidentenerlassen zur Regelung von politischen Fragen im Gegensatz zur Nutzung der legislativen Kompetenz und der Kontrollmöglichkeiten des Parlaments verabschiedet. Während die Verfassungen Deutschlands, Litauens, Polens und Schwedens diese weitreichenden Möglichkeiten der Exekutive, die Entscheidungen der Volksvertretungen zu umgehen, grundsätzlich nicht vorsahen, waren Präsidialdekrete in Russland an der politischen Tagesordnung, nur bei der Verhängung der Todesstrafe und der Ausrufung des Notstands hatte die Duma Kontrollmöglichkeiten und die Rechte des Verfassungsgerichts zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Erlasse waren nicht ausreichend klar geregelt. Auf diese Weise konnten elementare Dinge ohne politische Debatte und damit auch ohne die Möglichkeit des Einzelnen, Einfluss zu nehmen, entschieden werden. In Reaktion auf diese unbefriedigende, den Prinzipien des Ostseerats zuwiderlaufende Situation hatte der Kommissar die Duma aufgefordert, Gesetze zu Bürgerrechten und –pflichten, vor allem das Strafrecht, beschleunigt fertig zu stellen. Zum Februar 1996 konnte auch eine leichte Verbesserung der Kontrollkompetenzen des Verfassungsgerichtshofs festgestellt werden⁵⁹⁶, wodurch aber immer noch keine Begrenzung der Zahl der Präsidialerlasse erreicht werden konnte.

Ein anderer Bereich, dem sich der Kommissar früh widmete, war das Spannungsverhältnis zwischen dem Menschenrecht der Redefreiheit und der Unerwünschtheit und Strafbarkeit rassistischer medialer Äußerungen. Der Bericht hierzu wurde im Februar 1996 vorgestellt und zeigte eine starke Uneinheitlichkeit der Ostseestaaten hinsichtlich der Standards des

⁵⁹⁴ ebd.

⁵⁹⁵ ebd.

⁵⁹⁶ ebd.

Erlaubten, so dass die Produktion der Materialien im Ausland und anschließende Einschleusung recht einfach war. Die gesetzlichen Regelungen der skandinavischen Staaten und Deutschlands zur Registrierung und Verfolgung dieser Taten wurden als ausreichend erachtet, während der Kommissar in den Transformationsstaaten Probleme sah⁵⁹⁷. Daher empfahl der Kommissar, dass alle Staaten die Bestimmungen der UN-Konvention zur Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung, die alle Ostseestaaten außer Litauen unterzeichnet hatten, umsetzen sollten, das Motiv des Exports von Medien, in Staaten, in denen sie verboten waren, unter Strafe zu stellen und grundsätzlich rassistische Motive bei der Strafbemessung als erschwerend zu werten. Von NGOs erhaltenen Hinweisen, dass Behörden teilweise nur mit geringem Enthusiasmus die Verfolgung rassistischer Straftaten aufnahmen, konnte der Kommissar nicht nachgehen, maß aber ihrer Existenz große Bedeutung zu⁵⁹⁸.

Ein Politikbereich, der besonders in Estland und Lettland, aber auch in anderen Ostseestaaten, problematisch war, waren die Kriterien und Prozeduren zur Erlangung der Staatsbürgerschaft eines Landes. Der CBSS-Kommissar legte hierzu im April 1996 einen Bericht vor, der unterschiedliche Bereiche behandelte. Zum einen wurde die erforderliche Aufenthaltsdauer eines Bewerbers im Staat thematisiert. Außer in Deutschland und Litauen seien hier stets sieben Jahre, die der Kommissar als Maximum empfahl, ausschlaggebend, jedoch sei die Berechnung dieses Zeitraums teilweise unverständlich⁵⁹⁹. Es wurden auch die Bearbeitungsdauern der Anträge auf Erteilung der Staatsbürgerschaft thematisiert, Dänemark zum Beispiel informierte, dass Anträge wegen Überlastung der zuständigen Verwaltung erst nach anderthalb bis zwei Jahren bearbeitet würden, der Kommissar sprach sich dringend für eine Verringerung dieser Frist aus. Weiterhin forderte er, um ungerechtfertigte Bedingungen für die Entscheidung zur Erteilung der Staatsbürgerschaft zu vermeiden, dass diese Bedingungen nicht von der Exekutive selbst, sondern von Gerichten festgelegt und nicht häufig verändert werden sollten⁶⁰⁰. Ein Beispiel für solche hinderlichen Kriterien war, dass in Dänemark, Norwegen und Schweden noch nicht beglichene finanzielle Forderungen des Staates an den Bewerber eine Einbürgerung verhindern oder zumindest stark verzögern konnten. Hinzu kam, dass grundsätzlich die Bewerber unzureichend über ihre rechtliche Situation aufgeklärt wurden.

Hinsichtlich der Tests in der Landessprache, die generell üblich, aber in Deutschland, Estland und Lettland am strengsten waren, wurde eine generelle Mäßigung empfohlen, weiterhin sprach sich der Kommissar dafür aus, Ausnahmen für ältere und lernbehinderte Menschen zu

⁵⁹⁷ ebd.

⁵⁹⁸ ebd.

⁵⁹⁹ Einige Staaten begannen ab Einreise zu zählen, andere ab der Ausstellung der ersten Aufenthaltserlaubnis, Ausnahmen waren weit verbreitet. ebd.

⁶⁰⁰ ebd.

machen, das Recht auf die Anrufung einer unabhängigen Expertengruppe für den Zweifelsfall vorzusehen und generell die Bewerber durch eine gute Schulung auf die Tests vorzubereiten⁶⁰¹. Estland und Lettland sahen auch Verfassungstests in der Landessprache als Teil der Einbürgerungsbewerbung vor. Hier empfahl der Kommissar, grundsätzlich ihre Notwendigkeit zu überprüfen und zumindest wiederum für benachteiligte Personengruppen Ausnahmen zu schaffen, wie es Lettland schon getan hatte und Estland noch tun müsse.

Ein anderer Teil der Studie griff das Problem der Staatsbürgerschaft von Kindern Staatenloser auf. Finnland, Russland, Polen und Litauen hatten hier die klare Position, dass ein solches Kind, wenn nicht anders gewünscht, automatisch die Staatsbürgerschaft des Landes erhielt, in dem es geboren wurde, andere Staaten gingen ähnlich vor, Estland und Lettland dagegen sahen eine solche Regelung nicht vor. Der Kommissar empfahl, dass Kindern Staatenloser grundsätzlich und automatisch die Staatsbürgerschaft verliehen werden sollte.

Generell wurden die Ostseestaaten aufgefordert, die Transparenz und die Information der Bewerber über ihre Rechte und Pflichten sowie die Bewilligungskriterien stark zu verbessern und die Regeln für das Verfahren klar und dauerhaft zu formulieren, sowie die Bedingungen für eine rechtmäßige Anfechtung der Entscheidung zu verbessern⁶⁰². Gegenüber Estland und Lettland im Besonderen meldete der Kommissar Zweifel an, ob sie den internationalen Standards genügen und rief zur Milderung der Strenge bei der Einbürgerung auf, da die hohen Anforderungen keinen Beitrag zu Unabhängigkeit, kultureller Identität und Harmonie, sondern eher zum Aufbau eines Spannungspotentials geleistet hätten. Insbesondere sprach er sich gegen die lettische Fensterregelung aus, die die Möglichkeit, einen Antrag auf Einbürgerung zu stellen, nach dem Alter der Antragsteller staffelte. Hierdurch würden etwa 210.000 Menschen, die außerhalb der damaligen Sowjetrepublik Lettland geboren worden, aber vor Abschluss ihres 30. Lebensjahres nach Lettland gezogen waren, ihre Anträge nicht vor dem Jahr 2002 bearbeitet bekommen. Der Bereich der Erteilung der Staatsbürgerschaft war also zunächst der umfangreichste, dem der Kommissar sich zu stellen hatte und die Probleme blieben hier durchaus nicht auf die Transformationsstaaten beschränkt.

Im Frühjahr 1996 stellte der Kommissar den ersten Teil einer Studie zu den Aufenthaltsrechten von Nicht-Bürgern fertig, in der er eine weitestmögliche Integration der Menschen in die Gesellschaft und damit auch das aktive und passive Wahlrecht auf lokaler

⁶⁰¹ ebd.

⁶⁰² Dies fußte auf den Bestimmungen des Europarats [Council of Europe's (the Committee of Ministers) Resolution (77) 31 on Protection of the Individual in relation to Acts of Administrative Authorities; Recommendation No R (80) 2 concerning the Exercise of Discretionary Powers by Administrative Authorities], die das Recht des Bewerbers auf Beratung, Erteilung von Informationen auf Nachfrage, Unterstützung und Vertretung, schriftliche Begründung einer Ablehnung, Information über Rechtsmittel gegen die Entscheidung und eine angemessene Bearbeitungsdauer festschreiben. ebd.

Ebene zu den gleichen Bedingungen wie Staatsbürger forderte⁶⁰³. Das lettische Parlament hatte eine diesbezügliche Regelung kürzlich abgelehnt, der Kommissar drückte seine Hoffnung auf baldige Änderung dessen aus. Weitere Studien waren begonnen worden, wie eine zur Erfassung der Projekte und Initiativen des Ostseeraums im Demokratiebereich, um den Grad der Überlappung festzustellen und den Informationsfluss zwischen den Beteiligten zu verbessern, eine Studie zu Rechten und Pflichten von Wehrdienstleistenden und Soldaten sowie eine zu Reisebedingungen im Ostseeraum. Studien zur Versammlungsfreiheit und zur Umsetzung einiger Kinderrechte waren geplant.

Neben diesen Studien widmete sich der Kommissar auch anderen Dingen wie zum Beispiel der Umsetzung internationaler Grundsatzpapiere. So drang er zum Beispiel auf eine schnelle Ratifizierung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention EMRK) vom September 1953, die die Staaten beim Beitritt zum Europarat unterzeichnet hatten. Estland war am 14.05.1993 Mitglied des Europarats geworden und ratifizierte nun erst nach großem Einsatz des Kommissars zum 13.03.1996, ratifizierte jedoch nicht das zur Konvention gehörige Protokoll Nummer sechs zur Abschaffung der Todesstrafe, trotzdem der CBSS-Kommissar bei seinen Besuchen in Estland wiederholt auf die große Bedeutung gerade dieses Protokolls hingewiesen hatte⁶⁰⁴. Lettland war dem Europarat am 10.02.1995 beigetreten, hatte auch die Konvention unterzeichnet, jedoch noch nichts ratifiziert, die Ratifikation einiger Protokolle war für Ende 1996 geplant. Der Kommissar warb weiter für eine frühe und umfassende Ratifizierung, sprach sich für eine starke nationale Debatte hierzu aus und begrüßte einen Gesetzesentwurf des neuen Strafrechts, der eine Abschaffung der Todesstrafe vorsah und dem Parlament vorlag. Litauen war am 14.05.1993 Mitglied geworden und hatte die EMRK zum April 1995, auch unter Aussparung des sechsten Protokolls, ratifiziert. Hinsichtlich Russlands begrüßte der Kommissar, dass Boris Jelzin sich verpflichtet habe, zusammen mit dem Parlament Schritte zu unternehmen, die Abschaffung der Todesstrafe gesetzlich zu regeln⁶⁰⁵. Polen hatte die EMRK schon am 19.01.1993 ratifiziert.

Für schnellstmögliche Ratifizierung warb der Kommissar auch im Fall der UN-Konvention zum Status von Flüchtlingen von 1951 und ihrem Protokoll von 1967. Die Parlamente der baltischen Staaten hatten diese Dokumente noch nicht angenommen und Litauen hatte als einziger baltischer Staat ein Gesetz zu Flüchtlingen und somit die Voraussetzungen zur

⁶⁰³ ebd.

⁶⁰⁴ Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report May 1995- June 1996, Kapitel 3: Other main substance areas dealt with by the commissioner. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/1st_period/1996/rep03.htm, 16.10.2007.

⁶⁰⁵ ebd.

Ratifizierung erfüllt⁶⁰⁶. Daneben gab es eine Kooperation der litauischen und dänischen Behörden dieses Bereichs. In Estland und Lettland gab es jedoch positive Entwicklungen, Expertengruppen begannen, Gesetze zu Flüchtlingen zu entwerfen. Russland hatte die Konvention und das Protokoll schon ratifiziert, jedoch gestaltete sich die Umsetzung seiner diesbezüglichen Politik schwierig, da die Verwaltungs- wie auch die Grenzbehörden überfordert waren. Hinzu kam, dass es in Russland keinen Sonderstatus für politische Flüchtlinge gab⁶⁰⁷.

Ein weiterer wichtiger Bereich besonders in den Transformationsstaaten mit ihren im Wandel befindlichen Rechts- und Verwaltungssystemen war die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit. So gab es zum Beispiel in der lettischen Staatsbürgerschafts- und Immigrationsbehörde Probleme in der Verwaltung, unter anderem wurden Gerichtsbeschlüsse nicht durchgesetzt. Auf die Intervention des Kommissars hin wurden 1996 erste Verbesserungen durchgeführt. In Litauen führten Personalprobleme dazu, dass Untersuchungshäftlinge nicht innerhalb von 48 Stunden einem Richter vorgeführt wurden, auch hier brachte eine Intervention des Kommissars erste Lösungsansätze. Personalmangel stellte in diesem Bereich auch in Russland ein großes Problem dar, teilweise verschlimmert dadurch, dass manche rechtlichen Grundlagen noch gar nicht bestanden, zum Beispiel musste das Strafrecht dringend überarbeitet werden und es existierte weiterhin kein Gesetz für einen Wehrersatzdienst. Um die Entwicklungen in diesen Bereichen zu beschleunigen, unterstützte der Kommissar die russische Bewerbung auf Mitgliedschaft im Europarat⁶⁰⁸.

Ein weiterer Bereich, in dem es Probleme in vielen Ostseestaaten gab, war die Praxis, Asylsuchende zu inhaftieren, die oftmals über die in internationalen Dokumenten geregelten Fälle hinausging⁶⁰⁹. Dänemark inhaftierte ab September 1994 Asylsuchende aus östlichen Ländern bei Zweifeln an der Berechtigung ihres Asylanspruchs und dem Verdacht, dass sie in Freiheit Straftaten begehen würden. Der Kommissar drückte seine Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser Praxis aus. Ebenso intervenierte er bei einigen Fällen in Finnland und Schweden, wo Asylsuchende zusammen mit Verbrechern in Haft gehalten wurden, zunächst jedoch ohne direkten Erfolg. Den schwersten Fall stellte jedoch das lettische Gefängnis

⁶⁰⁶ ebd.

⁶⁰⁷ ebd.

⁶⁰⁸ ebd.

⁶⁰⁹ Diese Standards wurden neben der UN-Konvention zum Status von Flüchtlingen von 1951 und ihrem Protokoll von 1967 vom Artikel neun der Erklärung der Menschenrechte von 1948, der darauf aufbauenden Internationalen Übereinkunft zu zivilen und politischen Rechten von 1966 (Artikel 9 (1), 10(1)), der EMRK (Artikel 5), der Konvention zu den Rechten des Kindes (Artikel 37), der Europäischen Antifolterkonvention von 1987 und den Prinzipien zum Schutz Aller unter jeder Form von Freiheitsentzug von 1988 geregelt. Die Schlussfolgerungen Nr. 44 des Executive Committee des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen riefen dazu auf, Inhaftnahme nur im Ausnahmefall und nur zur Feststellung der Identität, der Bestimmung der Rechtmäßigkeit des Anspruchs auf den Flüchtlingsstatus, in Fällen, wo die Betroffenen bewusst ihre Identität verschleiert haben oder zum Schutz der öffentlichen Ordnung anzuwenden. ebd.

Olaine bei Riga dar, in dem 140 Asylsuchende unter schlechten Bedingungen festgehalten wurden. Ein Hungerstreik der Inhaftierten wurde mit unverhältnismäßiger Gewalt beendet, Vertretern von CARITAS und UNHCR wurde verboten, sich ein Bild der Lage zu machen. Wenn auch die Anfragen des Kommissars zur Rechtmäßigkeit der Inhaftierung nicht überzeugend beantwortet wurden, hatte sich die physische Lage der Gefangenen nach den Interventionen etwas gebessert⁶¹⁰. Der Kommissar verfolgte weiterhin die Entwicklungen.

Auch für regulär Inhaftierte waren die Haftbedingungen vor allem in den östlichen Ländern hinsichtlich angemessener Belegschaftszahlen, sanitärer Einrichtungen, medizinischer Versorgung und ähnlichem weit unter den internationalen Standards und damit ein Anlass für den Kommissar, sich dort zu engagieren. Aus Dänemark und Schweden wurden überdurchschnittlich häufige Haftverschärfungen und Fälle von Einzelhaft gemeldet, der Kommissar sprach sich für eine Milderung des Vorgehens aus.

Außerdem verfolgte der Kommissar die Lage der russischsprachigen Bevölkerung in Estland und Lettland auch neben der Studie zum Erhalt der Staatsbürgerschaft. In Estland hatte die Umsetzung des Fremdengesetzes von 1995 zu einiger Konfusion geführt, unter anderem bei der Einreichung und Bearbeitung der Aufenthaltserlaubnisse, wo der Kommissar sich bemühte, die Staaten zu Erleichterungen zu bewegen. Weiterhin gab es für die Betroffenen keine Reisedokumente. Der Kommissar setzte sich stark für die Änderung dieses Zustands ein und im Februar 1996 wurde er informiert, dass die Regierung die Erteilung von Nicht-Staatsbürger-Pässen beabsichtigte, die als Reisedokumente und Identitätsnachweis gelten sollten. Eine Mitteilung eines Betroffenen vom April 1996, dass ein solcher Pass ihm verweigert worden sei, informierte den Kommissar darüber, dass eine Aufenthaltserlaubnis zum Zeitpunkt der Antragstellung bereits erteilt sein müsse⁶¹¹ und insofern ein Teufelskreis geschaffen worden war. Da eine solche Bedingung die Lösung der Probleme der russischsprachigen Minderheit unmöglich machte, beabsichtige der Kommissar, dem nachzugehen, auch wenn eine erste Anfrage beim Außenministerium keine Lösungsvorschläge brachte.

Lettland hatte die Ausgabe von Nicht-Staatsbürger-Pässen mit dem so genannten Status-Gesetz⁶¹² vom April 1995 beschlossen, mit einer kanadischen Firma wurde im November 1995 ein Vertrag zum Druck der Dokumente abgeschlossen, so dass eine Ausgabe der Pässe ab Juni 1996 geplant war, was jedoch unglücklicherweise auf den Januar 1997 verschoben werden musste. Bis dahin stellte das lettische *Citizenship and Immigration Departement*

⁶¹⁰ ebd.

⁶¹¹ ebd.

⁶¹² „Zum Status ehemaliger Bürger der UdSSR, die weder Bürger Lettlands noch eines anderen Staates sind“ („On the Status of Former USSR Citizens Who Are Not Citizens of Latvia or of Any Other State“) ebd.

(CID) Reisedokumente auf individuelle Anfrage aus, die jedoch nicht von allen Staaten anerkannt wurden, so dass die Reisefreiheit Betroffener weiterhin beschränkt blieb. Auf individuelle Hinweise hin untersuchte der Kommissar auch die Arbeitsweise des CID und machte Empfehlungen, wie Missstände zu beseitigen wären.

Neben diesem sehr umfangreichen Arbeitsprogramm bearbeitete der Kommissar auch die Beschwerden einzelner Personen und Organisationen, von denen er bis Mai 1996 bereits 61 erhalten hatte und förderte die Vernetzung der unterschiedlichen auf diesem Gebiet tätigen Organisationen durch Reisen und die Teilnahme an Seminaren und Konferenzen. Das erste Jahr der Tätigkeit des CBSS-Kommissars war also schon ausgefüllt mit Tätigkeiten aus der ganzen Bandbreite seines Mandats und die erarbeiteten Erfolge zeigten auch wie die stagnierenden Gebiete, dass eine Institution wie der Kommissar im Ostseeraum nötig und nützlich war, nicht nur für die Staaten des ehemaligen Ostblocks, sondern auch für die westlichen Staaten des Ostseeraums.

Im Berichtsjahr 1996-1997 setzte der Kommissar seine Arbeit fort. Im November 1996 stellte er den Bericht zu Aspekten der Rechte und Pflichten von Wehrdienstleistenden und Soldaten, vor allem ihren Rechten, sich zusammenschließen und Sprecher zu wählen und ihre Klagen vor ein Zivilgericht oder zivile *Ombudsmen* zu bringen, vor. Die Studie ergab, dass die grundlegenden Rechtslagen zu Rechten und Pflichten der Soldaten ausreichend waren und vielmehr die Einstellung dazu und die Kontrolle verbessert werden müssten⁶¹³. Das Recht zum Wählen eines Sprechers wurde in den Ostseestaaten unterschiedlich gehandhabt, einige Armeen ermutigten ihre Soldaten dazu, in anderen war es verboten. Der Kommissar empfahl allen Armeen, Sprechersysteme einzuführen und die Offiziere zur besseren Kontrolle der Einhaltung der Regeln aufzufordern. Auch das Recht auf Anrufung eines Zivilgerichts wurde national sehr unterschiedlich geregelt, der Kommissar sprach sich dafür aus, es wenigstens in den schweren Fällen, in denen Degradierung oder Haft zur Verhandlung stehen, zu verbieten. Wo es Ombudsinstitutionen gab, sollten diese auch von Soldaten einbezogen werden können⁶¹⁴.

Eine andere, im April 1997 fertig gestellte, Studie befasste sich mit Aspekten der Umsetzung der UN-Konvention zu Kinderrechten. Die Hauptthemengebiete waren der sexuelle Missbrauch von Kindern, die Rolle von Massenmedien auf die Kindesentwicklung und der Zugang von Kindern mit Migrantenhintergrund zu Bildung, da alle drei Gebiete im gesamten

⁶¹³ Commissioner of the Council of the Baltic Sea States- Annual Raport June 1996- June 1997- 2.Surveys undertaken on the initiative of the commissioner. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/1st_period/1997/rep02.htm, 16.10.2007.

⁶¹⁴ ebd.

Ostseeraum wachsende Probleme darstellten⁶¹⁵. Grundsätzlich empfahl der Kommissar die Einrichtung von Ombudsinstitutionen für Kinder. Die Staaten, die bereits darüber verfügten, sollten den anderen beim Aufbau unterstützen.

Eine weitere Studie war eine Aktualisierung der Studie zum parlamentarischen *Ombudsman*, sie wurde im Mai 1997 fertig. Sie konnte feststellen, dass außer Deutschland mit seinem Petitionsausschuss und den baltischen Staaten alle CBSS-Staaten über am traditionellen *Ombudsman* orientierte Institutionen verfügten, auch die EU hatte ab dem 12.07.1995 eine solche Einrichtung. Problematisch waren dagegen weiterhin die Beschränkungen des litauischen *Ombudsman*, der trotz aller Interventionen des Kommissars weiterhin keine Untersuchungen gegen hochrangige politische Personen unternehmen konnte und der Fall Estlands, das weiterhin überhaupt keine vergleichbare Institution vorweisen konnte. Der Kommissar hatte mit Unterstützung isländischer Ombudsinstitutionen durch häufige Interventionen wenigstens erreicht, dass 1997 ein entsprechender Gesetzesentwurf in das estnische Parlament eingebracht wurde⁶¹⁶. Weitere in Arbeit befindliche Studien betrafen die Versammlungsfreiheit, die Rechte von Nicht-Bürgern (der zweite Teil des im Februar 1996 fertig gestellten Berichts), Reisebedingungen im Ostseeraum (die Arbeit an dieser Studie war unterbrochen worden, um abzuwarten, ob alle relevanten Länder den Schengen-Regelungen zustimmen würden), Arbeitsbedingungen Beamter in lokalen Selbstverwaltungen und die Umsetzung des Rechts auf den Zugang zu offiziellen Informationen.

Ein wichtiger Arbeitsbereich des Kommissars neben den Studien war die Förderung der Abschaffung der Todesstrafe in den CBSS-Staaten. Estland hatte seit 1992 ein Moratorium gegen diese Form der Bestrafung verhängt, am 14.05.1993 die EMRK und ihre Protokolle unterzeichnet und sie am 16.04.1996 mit Ausnahme des die Todesstrafe betreffenden Protokolls Nummer sechs ratifiziert. Auf die Intervention des Kommissars hin wurde mitgeteilt, dass die Abschaffung auf anderem Wege, über eine Änderung des Strafrechts erfolgen sollte⁶¹⁷. Lettland hatte auch einen Entwurf des neuen Strafrechts, der, wenn angenommen, die Todesstrafe abschaffen würde und schloss auch bei der Ratifizierung im Juni 1997 das sechste Protokoll aus, ein präsidiales Moratorium verhinderte jedoch bereits die Ausführung der Todesstrafe. Nur ein solches Moratorium war es auch, was in Litauen seit dem 26.07.1996 die Todesstrafe aussetzte, nachdem bei der Ratifizierung der EMRK im April 1995 das sechste Protokoll ausgespart blieb. Eine Änderung des Strafrechts würde lange dauern, daher hatte die Regierung einen entsprechenden Gesetzesentwurf ins Parlament

⁶¹⁵ ebd.

⁶¹⁶ ebd.

⁶¹⁷ Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report June 1996-June 1997. Kapitel 3: Other subjects taken up by the Commissioner. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/1st_period/1997/rep03.htm, 17.10.2007.

gebracht. Das Hauptproblem war jedoch die Einstellung der Bevölkerung, die die Todesstrafe nicht abschaffen wollte. Dagegen waren diesbezügliche Debatten durch die Regierung in den Medien gestartet worden⁶¹⁸. Polen, das die Todesstrafe seit 1988 nicht mehr ausgeführt hatte, gab sich 1997 ein neues Strafrecht, das diese Form der Bestrafung nicht mehr vorsah. In Russland erging am 16.05.1996 ein Präsidialdekret zur schrittweisen Aufgabe der Todesstrafe, was den Kommissar zu einer Reihe von Interventionen veranlasste, jedoch ohne dass in der zweiten Hälfte des Jahres 1997 eine Ratifizierung des sechsten Protokolls der EMRK oder ein Moratorium gegen die Todesstrafe erreicht worden wäre⁶¹⁹.

Die Behandlung von Flüchtlingen wurde ebenfalls vom Kommissar weiterverfolgt. Estland nahm am 18.02.1997 ein neues Flüchtlingsrecht an und ratifizierte am Folgetag die UN-Konvention zum Status von Flüchtlingen und ihr Protokoll von 1967⁶²⁰. Im Gegensatz zu diesem raschen Vorgehen musste der Kommissar in Lettland weiter viel Überzeugungsarbeit leisten. Im November 1996 war ein Gesetzesvorschlag in das Parlament eingebracht worden, zu dem ein Beschluss für den Juni 1997 erwartet wurde, eine Ratifizierung der UN-Konvention sollte frühestens nach einer Versuchsperiode nach der Annahme des neuen Gesetzes geschehen. Auch für die in Olaine inhaftierten Flüchtlinge musste starker Druck auf die lettische Regierung ausgeübt werden, bis in einem, was betont wurde, einmaligen Vorgang Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden je eine Anzahl der Flüchtlinge aufnahmen und die Lage in Olaine somit entspannt werden konnte⁶²¹. Schweden hatte nach der erwähnten Intervention des Kommissars seine Praxis, Flüchtlinge zusammen mit Straftätern zu inhaftieren, aufgegeben und stellte für sie nunmehr spezielle Einrichtungen zur Verfügung.

Im Bereich der Reisefreiheit schlossen 1997 vor allem Estland und Lettland hinsichtlich ihrer russischsprachigen Minderheiten Rückübernahmeabkommen ab⁶²² und nach einer Intervention des Kommissars erkannten Island und Polen auch die Nicht-Staatsbürger-Pässe dieser beiden baltischen Staaten an. Weniger erfolgreich waren die zahlreichen Interventionen

⁶¹⁸ ebd.

⁶¹⁹ Nach dem Präsidialdekret vom Mai 1996 erinnerte der Kommissar in einem Brief an die mit dem Beitritt zum Europarat 1996 eingegangene Verpflichtung zur Aufgabe der Todesstrafe und drückte seine Hoffnung auf die Annahme eines im Sommer 1996 in die Duma gebrachten Moratoriumsvorschlags aus. Auf die unverbindliche Antwort, dieser sei in Beratung, vergrößerte der Kommissar den Druck, indem er daran erinnerte, dass auch nach dem Beitritt zum Europarat Todesstrafen vollstreckt worden wären, eine Antwort vom Juni 1997 kündigte an, dass ein neues Strafrecht die Todesstrafe nur noch für fünf, statt wie vorher 27 Verbrechen, vorsehen würde und dass sie im Moment nicht in der Praxis sei. Am 16.07.1997 wurde dann endlich das sechste Protokoll unterzeichnet, eine Ratifizierung und das Moratorium standen jedoch noch aus. ebd.

⁶²⁰ ebd.

⁶²¹ ebd.

⁶²² Estland schloss Rückübernahmeabkommen mit Norwegen, Schweden, Finnland und Island ab und verlangte von den Bürgern skandinavischer Staaten keine Visen, Lettland schloss Abkommen mit Dänemark, Schweden, Island, Finnland. Die Verhandlungen mit Norwegen waren noch nicht abgeschlossen. Litauen schloss ein Rückübernahmeabkommen mit Schweden ab.

des Kommissars zur Durchsetzung eines Wehrersatzdienstes in Lettland und Russland. Eine solche Möglichkeit war auch in dem neuen lettischen Wehrdienstgesetz vom 10.02.1997 nicht gegeben und in Russland gab es trotz einer ersten Lesung eines entsprechenden Gesetzes im Dezember 1994 keine Entwicklungen⁶²³. Weitere Aktionen des Kommissars waren unter anderem der Beginn einer Vermittlung zwischen Russland und Estland, da deren Verhandlungen zum Status der russischsprachigen Minderheit in Estland im Januar und Februar 1997 festgefahren und zum Stillstand gekommen waren sowie das Drängen auf eine rasche Ratifizierung der Europarat-Rahmenkonvention zum Schutz von Minderheiten⁶²⁴. Bei letzterem wandte sich der Kommissar gegen die von einigen Staaten gemachten Einschränkungen. Dänemark zum Beispiel wollte die Konvention nur auf die deutsche Minderheit in Schleswig anwenden, während Färöer und Grönländer ausgeschlossen bleiben sollten⁶²⁵.

Die Evaluation der Umsetzung der Empfehlungen der Studien des Kommissars ab November 1997 ergab, dass in Estland trotz aller Fortschritte weiterhin keine Ombudseinrichtung bestand und auch die Beschränkung der Kompetenzen des litauischen *Ombudsman* nicht beseitigt worden war. In Lettland dagegen war ein Gesetz zum *Ombudsman* verabschiedet worden und auch in Russland war mit dem 04.12.1997 ein Gesetz zum Bevollmächtigten für Menschenrechte in Kraft getreten⁶²⁶. Hinsichtlich der Beschränkung der Präsidialerlasse hatte Lettland mittlerweile einen wirksamen Gerichtshof zur Kontrolle der Erlasse installiert, während in Russland keine Veränderungen festzustellen waren.

Hinsichtlich des Wahlrechts auf lokaler Ebene der russischsprachigen Minderheit in Estland, das estnischen Bürgern das passive Wahlrecht vorenthielt und nach einer Neuregelung vom April 1996 Personen bei der Vorlage ihrer Kandidatur zu einem formellen Sprachtest verpflichten konnte, intervenierte der Kommissar und erreichte, dass der Präsident das Gesetz in das Parlament zurückverwies. Im Mai 1996 trat das Gesetz nach Entfernung der Regelung zum Sprachtest in Kraft. Im August 1996 wurden dann detaillierte Anforderungen für die Sprachkenntnisse eines Kandidaten festgelegt, gegen deren Strenge der Kommissar eine sehr

⁶²³ ebd.

⁶²⁴ Die Konvention wurde vom Europarat 1994 fertig gestellt und stellte das erste rechtlich bindende multilaterale Dokument dieser Art dar. Als Rahmenkonvention listete sie nicht einklagbare Rechte und Pflichten auf, sondern legte Prinzipien für deren Formulierung fest. Allerdings war eine klare Definition des Terminus '„Minderheit“' auf Grund der unterschiedlichen Positionen nicht möglich. Ab Februar 1995 lag sie zur Unterzeichnung vor, was von 34 Staaten wahrgenommen wurde, bis zum Sommer 1997 waren aber nur neun Ratifizierungen von den für die Gültigkeit ausschlaggebenden zwölf geschehen. ebd.

⁶²⁵ ebd.

⁶²⁶ Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report June 1996 - June 1997. Kapitel 6: Implementation of Recommendations. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/1st_period/1997/rep06.htm, 17.10.2007.

flexible Anwendung forderte⁶²⁷. Positiv hierbei war jedoch, dass die Entscheidung über die Verweigerung des passiven Wahlrechts für einen Kandidaten auf Grund mangelnder Sprachkenntnisse von einem Gericht gefällt werden musste. Bei den Lokalwahlen im Oktober 1996 war jedoch kein Kandidat von der Regelung betroffen und auf einem Besuch in Narva mit 90% russischsprachiger Bevölkerung stellte der Kommissar eine pragmatisch-positive Einstellung der gewählten Vertreter zur Sprachregelung fest⁶²⁸. Allerdings hatte Estland weiterhin die Europäische Konvention zur Teilhabe Fremder im politischen Leben auf lokaler Ebene und die Europäische Charta zu lokalen Selbstverwaltung weder unterzeichnet noch ratifiziert⁶²⁹. Lettland dagegen hatte in diesem Bereich noch weniger erreicht, die Unterzeichnung der erwähnten Dokumente war zwar in Erwägung, jedoch gab es bis Ende 1996 keine Überlegungen, den Nicht-Bürgern überhaupt ein Wahlrecht einzuräumen.

Dies wiederum veranlasste Russland, auf eine gleich gerichtete Empfehlung des Kommissars kurz mit dem Hinweis zu reagieren, dies sei in Estland und Lettland nötiger als im eigenen Staat. Auch Deutschland geriet mit seiner Regelung, nur Fremden aus EU-Staaten das Wahlrecht in lokalen und Landtagswahlen einzuräumen und andere Fremde sich politisch über Ausländerbeauftragte äußern zu lassen, in das Blickfeld des Kommissars.

Als verwandtes Problem beschäftigten auch die Kriterien zum Erhalt von Staatsbürgerschaft und Aufenthaltserlaubnissen den Kommissar. Estland war seiner Empfehlung gefolgt und hatte bei dem Sprachtest Ausnahmen für Personengruppen zugelassen, woraufhin der Kommissar empfahl, diese Ausnahmen auch bei dem Verfassungstest zu machen. Eine andere Intervention änderte die ab September 1996 eingeführte Praxis, erfolgreiche Bewerber nicht mehr schriftlich zu informieren, ab November 1996 wurden die Benachrichtigungen wieder aufgenommen. Ebenso erreichte die Empfehlung des Kommissars, die fünf Jahre geltenden Aufenthaltsberechtigungen automatisch auf unbefristete Dauer umzustellen, wozu erste Vorbereitungen getroffen wurden. Die Frist zur Einreichung der Anträge auf Aufenthaltserlaubnis konnte eingehalten werden, in der ersten Jahreshälfte 1997 verzögerte sich jedoch die Ausgabe der fertigen Fremdenpässe, auf denen die Aufenthaltserlaubnis vermerkt wurde, so dass sich zum Ablauf der Gültigkeit des alten UdSSR-Passes am 15.05.1997 noch etwa 200.000 sich legal in Estland aufhaltende Personen ohne neue Identitätsdokumente befanden.

In Lettland dagegen blieb entgegen den Empfehlungen der Kommissare von CBSS und OSZE die umstrittene Fensterregelung bestehen, wenn auch die Tests zur Einbürgerung mit Hilfe der OSZE vereinfacht und Informationsmaterial über die Regelungen der Einbürgerung

⁶²⁷ ebd.

⁶²⁸ ebd.

⁶²⁹ ebd.

veröffentlicht wurden. Ein Besuch im April 1997 verschaffte dem Kommissar den Eindruck einer verbesserten Lage, die Prozeduren waren mehr als früher an Rechtsstaatlichkeit orientiert, die Familienzusammenführung gestaltete sich einfacher, ab dem April 1997 wurden Fremdenpässe ausgegeben, die auch in angemessener Zahl produziert wurden. In Dänemark hatte es dagegen hinsichtlich der deutlich überzogenen Bearbeitungszeit von Asylanträgen keine Verbesserungen gegeben, allerdings war beabsichtigt, Informationsmaterial in zehn Sprachen anzufertigen, um die Transparenz zu erhöhen⁶³⁰.

Im Bereich der Interessenvertretung der Soldaten und Wehrdienstleistenden waren keine Entwicklungen feststellbar, von den litauischen Ombudsinstitutionen stellte sich überdies heraus, dass sie schlecht informiert waren und von vielen Vorfällen erst aus der Presse erfuhren.

4.1.2.2 Die Mandatsperiode 1997-2000

Im Berichtsjahr 1997-1998 wurden einige in den vergangenen Jahren angekündigte Studien fertig. So wurde eine Studie zum Recht auf Zugang zu Informationen am 10.12.1997 dem CSO vorgestellt. Es hatte sich gezeigt, dass alle Staaten sich bemüht hatten, den Zugang zu Informationen zu erleichtern, dies aber auf unterschiedlichem Niveau geschehen war⁶³¹. Um dies zu vereinheitlichen, empfahl der Kommissar, die Standards der Empfehlung 19 vom 25.11.1981 des Europarats⁶³² als Minimum anzuwenden. In keinem der Staaten mussten Gründe für das Interesse an den Dokumenten genannt werden. Wo die Regelungen auf Staatsbürger beschränkt waren, empfahl der Kommissar, dieses durch für jedermann geltendes Recht zu ersetzen. Sechs Staaten der Region hatten ein Gesetz zum generellen Recht auf Akteneinsicht, der Kommissar empfahl den anderen, die Ausnahmen so klar wie möglich zu formulieren, um Willkür vorzubeugen. In Estland, wo das prinzipielle Recht schon in der Verfassung geregelt war, war das Innenministerium befasst, einen entsprechenden Gesetzesentwurf zu erarbeiten, während in Russland schon ein solcher Vorschlag im Parlament war. Während Polen seine Absicht bekundete, hier EU-Standards

⁶³⁰ ebd.

⁶³¹ Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report June 1997-June 1998. Kapitel 2: Surveys. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://213.115.141.245/documentation/reports/2nd_period/1998/rep02.htm, 17.10.2007.

⁶³² Council of Europe - Recommendation No. R (81) 19 of the Committee of Ministers to Member States on the Access to Information held by public authorities. (Adopted by the Committee of Ministers on 25 November 1981, at the 340th meeting of the Ministers' Deputies). Elektronisch veröffentlicht auf:
[http://www.coe.int/t/e/human_rights/media/4_documentary_resources/CM/Rec\(1981\)019_en.asp](http://www.coe.int/t/e/human_rights/media/4_documentary_resources/CM/Rec(1981)019_en.asp), 30.06.2007.

umzusetzen, hatte Lettland noch keine Bemühungen zum Verfassen eines Gesetzes zum Recht auf Zugang zu Informationen gezeigt⁶³³.

Eine weitere Studie vom Dezember 1997 betraf die Versammlungsfreiheit. Dies war in allen Verfassungen der Ostseestaaten verankert und der Kommissar empfahl, der Exekutive das Recht Versammlungen aufzulösen zu verweigern und dies stattdessen voll den Gerichten zu übertragen. Weiterhin war der Kommissar gegen die in einigen Ländern geforderten Mindestzahlen an Mitgliedern, ab denen eine NGO oder Partei bestehen konnte. Estland verteidigte diese Regelung jedoch aus praktischen Gründen. Lettland ließ gerade alle für NGOs geltenden Regelungen überprüfen, so dass nach der Sommerpause 1998 ein neues Gesetz möglich wäre. Polen dagegen informierte den Kommissar, dass es demnächst alle Beschränkungen des Versammlungsrechts aufgeben werde⁶³⁴. Mit Vertretern Russlands im Gespräch, bot der Kommissar die Organisation eines Runden Tisches zum Versammlungsrecht bei seinem nächsten Besuch im Herbst 1998 an. Auf ein entsprechendes Schreiben des Kommissars verteidigte Deutschland die Regelung, dass auch die Exekutive Rechte zur Auflösung von Versammlungen haben sollte. Auch an den geringeren Versammlungsrechten Fremder gegenüber deutschen Staatsbürgern wurde festgehalten.

Ähnlich geringen Erfolg hatte der Kommissar, nachdem er sich im März 1998 an den estnischen Außenminister mit der Empfehlung gewandt hatte, Wahlrecht und Sprachgesetze dergestalt zu ändern, dass die russischsprachige Bevölkerung mehr in der Verwaltung repräsentiert würde. Dies wurde abgelehnt, was den Kommissar veranlasste, die Arbeit in dem Bereich fortzusetzen. Auch in Lettland stand der Kommissar in dieser Frage mit der Regierung in Kontakt. Hinsichtlich der Rechte von Nicht-Bürgern empfahl der Kommissar weiter die schnelle Ratifizierung der Europaratskonvention zur Teilhabe Fremder im öffentlichen Leben auf der lokalen Ebene, die bislang nur Norwegen und Schweden unternommen hatten. Von den anderen Staaten hatte sie außer Dänemark und Finnland auch noch keiner unterzeichnet. Im Zusammenhang damit gab es zum Beispiel in Litauen weiterhin beschränkte Versammlungsrechte für Fremde⁶³⁵. In Estland, Litauen und Polen gab es sogar grundsätzlich keine Erlaubnis für Fremde, sich in politischen Parteien zu engagieren, was der Kommissar für internationalem Recht gegenläufig erachtete und eine Änderung der Praxis empfahl. Deutschland beharrte auch gegen eine Intervention des Kommissars auf seinen Beschränkungen der Zulassung Fremder für den öffentlichen Dienst und in politische Parteien, auf eine ähnliche Intervention in Dänemark hin änderte jedoch das Parlament ein

⁶³³ Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report June 1997-June 1998. Kapitel 2: Surveys.

⁶³⁴ ebd.

⁶³⁵ ebd.

frisch verabschiedetes Gesetz zu Taxidienstleistungen, das Besitzen und Fahren von Taxis dänischen Staatsbürgern vorbehielt, dahingehend, dass Nichtbürger wieder als Taxifahrer arbeiten durften. Auch in Lettland war die Zulassung einzelner Berufssparten für Nichtbürger in der Diskussion, neuerdings durften diese Apotheker werden⁶³⁶.

Daneben wurde eine Reihe von noch nicht beendeten Studien bearbeitet zu Themen wie Religionsfreiheit⁶³⁷, der Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft⁶³⁸ und der Eigentümerschaft von Massenmedien⁶³⁹, wofür die Forderung des Staatsgipfels von Riga nach freien und pluralistischen Medien und eine wachsende internationale Aufmerksamkeit auf das Phänomen der Medienkonzentration die Auslöser waren. Zudem hatte die OSZE im Dezember 1997 einen Repräsentanten für Medienfreiheit ernannt, mit dem der Kommissar die Arbeit ebenso wie mit der im Rahmen beginnender Beitrittsverhandlungen für den Ostseeraum wichtiger werdenden EU-Kommission koordinieren wollte. Zudem nahm der Kommissar angesichts sich verschlechternder Bedingungen hinsichtlich des Erhalts von Pässen und Visen für private Reisende die Studie zu Reisebedingungen im Ostseeraum wieder auf.

Bei der Umsetzung der Empfehlungen vorheriger Studien waren im Bereich des parlamentarischen *Ombudsman* Erfolge zu vermelden. Estland hatte nach langer Wartezeit ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, so dass für den Jahresbeginn 1999 der Arbeitsbeginn eines estnischen *Ombudsman* zu erwarten war. Und auch die Besetzung des Postens des russischen *Ombudsman*, dessen rechtliche Grundlage schon im März 1997 von der Duma verabschiedet worden war, war zum 22.05.1998 gelungen⁶⁴⁰. Weitere Bemühungen des Kommissars in Russland galten mit norwegischer Hilfe der Einrichtung eines regionalen *Ombudsman* in Kaliningrad, St.Petersburg bemühte sich seinerseits um eine ähnliche Regelung für den eigenen Bereich. In Litauen gab es weiterhin keine Aufhebung der Beschränkungen der Kompetenzen des *Ombudsman*, obwohl im September 1997 auch ein Vertreter der Ombudsinstitutionen des *United Nations Development Programmes* (UNDP) in seinen Empfehlungen die Position des CBSS-Kommissars stützte.

⁶³⁶ ebd.

⁶³⁷ Zu dem Verhältnis zwischen Staat und Kirche, der Gleichheit der Religionen vor dem Gesetz, der Regelungen der Registrierung religiöser Versammlungen auf staatlicher und lokaler Ebene, dem Recht, zivil gültige Ehen zu schließen, öffentliche Finanzierung und der Besteuerung religiöser Gemeinschaften.

⁶³⁸ Zu dem verfassungsmäßigen Status der Staatsanwaltschaft, den Kriterien für Auswahl, Nominierung und Entlassung der Staatsanwälte, der Zuordnung der Einkünfte und dem Verhältnis zur Exekutive und den Möglichkeiten des Justizministeriums, Einfluss auf die Staatsanwaltschaft zu nehmen.

⁶³⁹ Zu der Massenmedien betreffenden Gesetzeslage, den Monopole betreffenden Regelungen, wenn möglich den Zahlungen der öffentlichen Hand an die Medien und den Berichten nationaler Überwachungskommissionen.

⁶⁴⁰ ebd.

Auch hinsichtlich der Erlangung der Staatsbürgerschaft wurde die Arbeit fortgesetzt. Der Kommissar drängte auf die Ratifizierung der Europäischen Konvention zur Nationalität⁶⁴¹, bis Mitte Januar 1998 hatten im Ostseeraum zwar Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Russland und Schweden unterzeichnet, kein Ostseestaat hatte jedoch die Konvention bis zu dem Zeitpunkt ratifiziert. Interessant ist, dass in diesem Bereich die östlichen Länder mehr Entwicklungserfolge zu verzeichnen hatten als die westlichen. Während Dänemark das Versprechen zur Reduzierung der Bearbeitungsdauer von Asylanträgen und der Auflage von Informationsmaterial in zehn Sprachen weiterhin nicht umgesetzt hatte und Deutschland Veränderungen der aktuellen, von 1913 stammenden, Rechtslage auf einen Zeitpunkt nach den Bundestagswahlen im Herbst 1998 verschob und die automatische Erteilung der Staatsbürgerschaft für die Kinder Fremder, die selbst in Deutschland aufgewachsen waren, verhinderte⁶⁴², taten Estland und Lettland wichtige Schritte. Estland vereinfachte den Verfassungstest im November 1997 und im Dezember 1997 brachte die Regierung die Regelung ins Parlament ein, dass Kinder Staatenloser, die nach dem Inkrafttreten des estnischen Staatsbürgergesetzes am 26.02.1992 geboren worden waren, auf Bewerbung der Eltern hin die Staatsbürgerschaft bekommen konnten, wenn diese bereits fünf Jahre legal in Estland gewohnt haben. Außerdem wurde am 10.02.1998 ein nationales Integrationsprogramm verabschiedet, das den vollen Beifall des Kommissars fand. In Lettland brachte die Regierung im April 1998 einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Fensterregelung ins Parlament ein, wo es in den Lesungen ein gutes Echo fand. Eine Regelung zur automatischen Verleihung der Staatsbürgerschaft an Kinder von Nicht-Bürgern wurde jedoch abgelehnt.

Hinsichtlich der politischen Teilhabe von Fremden fanden keine Veränderungen statt. Der deutsche Bundstag lehnte einen Gesetzesvorschlag ab, der mehr als fünf Jahre legal in Deutschland lebenden Fremden Wahlrecht einräumen wollte. In Estland blieben die Regelungen bestehen und Lettland informierte den Kommissar, dass momentan keine Überlegungen angestellt würden, Nichtbürgern Wahlrecht auf lokaler Ebene zu verleihen⁶⁴³. Erfolge gab es dagegen im Bereich der Rechte von Soldaten. In Estland traten ermutigende neue Disziplinarbestimmungen in Kraft, wenn auch noch kein Sprechersystem eingerichtet worden war. Auch in Lettland gab es dazu noch keine rechtliche Regelung, jedoch wurde

⁶⁴¹ Die Europäische Konvention zu Nationalität hatte drei Grundziele, die Vorbeugung der Staatenlosigkeit, die Vermeidung jeglicher Diskriminierung auf Grund von Geschlecht, Religion, Rasse, nationaler oder ethnischer Herkunft und anderem und das Respektieren der Rechte der auf dem eigenen Territorium lebenden Menschen hinsichtlich eines einfacheren Zugangs zur Staatsbürgerschaft. Die Konvention war ab dem November 1997 zur Unterzeichnung bereit und bis zum Sommer 1998 hatte lediglich die Slowakei sie ratifiziert. Nach drei Ratifizierungen sollte sie in Kraft treten.

⁶⁴² ebd.

⁶⁴³ ebd.

1997 das Amt eines zivilen Generalinspektors eingerichtet, der von den Soldaten und Wehrdienstleistenden direkt angesprochen werden konnte. Sprechersysteme gab es auch schon in einigen Einheiten, jedoch ohne rechtliche Grundlage.

Der Bericht zum Umgang mit Kinderpornographie hatte ergeben, dass in einigen Staaten die Kinder nicht hinreichend geschützt waren, zum Beispiel galten in manchen Staaten die Schutzregeln nur bis zum Alter von 14 Jahren⁶⁴⁴. Allerdings gab es auch Entwicklungen. Dänemark hatte die Kompetenzen des bestehenden dänischen Kinderrats ausgeweitet und hielt die Schaffung weiterer Institutionen damit für unnötig. Estland beabsichtigte, das Mandat des ab 1999 bestehenden *Ombudsman* in diese Richtung auszuweiten, Litauen beabsichtigte die Einrichtung eines Runden Tisches und im neuen deutschen Strafrecht von 1997 gab es angemessenere Strafen. Weiterhin gab es in Deutschland einen Aktionsplan, wurde Informationsmaterial erarbeitet und ab 1997 existierte ein Telefonnetzwerk zum Thema. Für Russland unterstützte der Kommissar ein Treffen mit den für Gesundheit und Kinder zuständigen Duma-Komitees zur Beratung der Einrichtung eines *Ombudsman* für Kinder.

Neben diesen den Studien gewidmeten Tätigkeiten setzte sich der Kommissar weiterhin für eine zügige Ratifizierung der von allen Ostseestaaten unterzeichneten Europäischen Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten, die bislang erst von Dänemark, Estland, Finnland und Deutschland ratifiziert worden war, ein. Die Bemühungen zur Abschaffung der Todesstrafe hatten im Falle Estlands, das am 17.04.1998 das entscheidende sechste Protokoll der EMRK unterzeichnete, Früchte getragen. In Lettland dagegen lehnte das Parlament am 08.05.1998 ein Gesetz zur Abschaffung der Todesstrafe ab⁶⁴⁵. Zudem hatte der Kommissar Kontakte mit dem Hohen Kommissar für Nationale Minderheiten der OSZE (HKNM) und den Generalsekretären von OSZE und Europarat, um eine bessere Koordinierung der Arbeitsanstrengungen zu unternehmen und damit die finanziellen und personellen Möglichkeiten besser nutzen zu können.

Parallel unternahm der Kommissar Aktionen gegenüber einzelnen Ostseestaaten. In Dänemark, als einem Zielland des Menschenhandels der Region, erhielten Prostituierte, trotzdem die Behörden um die Hintergründe wussten, leichter Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse als andere Personen. Nachdem der Kommissar diesbezüglich bei dem dänischen Innenminister interveniert hatte, wurde dieser Missstand Ende Mai 1998

⁶⁴⁴ ebd.

⁶⁴⁵ Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report June 1997-June 1998, Kapitel 3: Other Subjects taken up by the Commissioner. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/2nd_period/1998/rep03.htm, 18.10.2007.

abgestellt⁶⁴⁶. Das im November 1997 verabschiedete estnische Sprachgesetz hatte den Kommissar, besorgt über unverhältnismäßig große Vollmachten in den Händen der Exekutive hinsichtlich unter anderem der Zulassung von Kandidaten zu Lokalwahlen, bei dem estnischen Präsidenten intervenieren lassen. Der Präsident hatte es daraufhin wieder in das Parlament gebracht, das es wiederum unverändert verabschiedete, woraufhin der Fall vor den Obersten Gerichtshof kam, der wiederum zu Gunsten des Präsidenten entschied. Der Kommissar wollte die Entwicklungen weiter beobachten. Eine weitere Intervention betraf die Einschränkungen der Versammlungsfreiheit für Nicht-Bürger durch die Regelung, dass zur Erteilung der Erlaubnis ein estnischer Bürger oder jemand mit permanenter Aufenthaltserlaubnis als Verantwortlicher der Veranstaltung gemeldet sein musste. Hier hatte der Kommissar jedoch noch keine Antwort erhalten.

Bezüglich Lettlands beobachtete der Kommissar die Entwicklung um den Gesetzesentwurf für ein neues Sprachgesetz, das den Gebrauch des Estnischen in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens verbindlich machte und so die volle Durchsetzung der Redefreiheit gefährdete, und machte starke Empfehlungen, den Entwurf abzuschwächen und vor allem den Sprachgebrauch im privaten Bereich klarer zu regeln. In der zweiten Lesung am 29.04.1998 waren Verbesserungen erkennbar, der Text war aber dennoch nicht im Einklang mit den internationalen Standards⁶⁴⁷. Zudem hatte am 05.02.1998 das lettische Parlament das Sprachgesetz dahingehend verändert, dass staatliche Sprachinspektoren Arbeitgeber verpflichten konnten, Angestellten, die die Sprachanforderungen nicht erfüllten, zu kündigen. In einem Brief vom 10.02.1998 bat der Kommissar den lettischen Präsidenten Guntis Ulmanis, das Gesetz nicht anzunehmen, da die Regelung die Redefreiheit verletze und die Betroffenen auf Grund ihrer Sprache diskriminiere, zudem keine klaren Anforderungen an die Sprachkompetenz festgelegt waren, so dass Spielraum für willkürliche Entscheidungen geschaffen war⁶⁴⁸. Auch der HKNM wandte sich in dieser Sache an den Präsidenten, woraufhin dieser das Gesetz zurück an das Parlament gab.

Polen hatte inzwischen in Vorbereitung des EU-Beitritts neue Grenzregelungen getroffen, die in ihrer Strenge die Reisefreiheit behinderten. Der Kommissar reagierte darauf und es entspann sich ein intensiver Dialog zum Abwägen von Sicherheitserfordernissen und größtmöglicher Freiheit.

Russland dagegen setzte zur Entspannung der Lage in den Strafvollzugsanstalten die schon häufig vom Kommissar empfohlene Amnestie am 27.12.1997 durch, von der über 435.000

⁶⁴⁶ Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Raport June 1997-June 1998, Kapitel 4: Special Activities with regard to certain member states. elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/2nd_period/1998/rep04.htm, 18.10.2007.

⁶⁴⁷ ebd.

⁶⁴⁸ ebd.

Personen betroffen waren. Davon kamen aber nur 35.000 tatsächlich frei, während der Rest in andere Formen des Vollzugs übernommen wurde. Eine wichtige Rolle hatte der Kommissar wiederum bei der Vermittlung zwischen Russland und Estland bzw. Lettland. Bei einem Besuch in Estland hatten Vertreter der Setu, einer beiderseits der estnisch-russischen Grenze ansässigen ethnischen Gruppe, Erschwernisse beim Grenzübertritt und eine diskriminierende Behandlung der Setu in Russland beklagt⁶⁴⁹. Auf eine Intervention beim russischen Außenministerium im Oktober 1997 hin wurde der Kommissar informiert, dass nach russischer Sicht die estnische Seite den Abschluss eines die Setu betreffenden Abkommens behinderte. Die estnische Seite wiederum beschuldigte Russland, neben Divergenzen in der Sache des Abkommens die Verhandlungen durch die Verknüpfung mit dem Thema des Status' der russischsprachigen Minderheit in Estland zu behindern⁶⁵⁰.

Auch in die ab dem Frühjahr 1998 wachsenden Spannungen zwischen Russland und Lettland, die ihren Anlass in einer Demonstration lettischer Wehrmachts-Veteranen, ihre Ursache aber in dem grundsätzlichen, in der Tagespolitik gewachsenen Missverhältnis hatten, griff der Kommissar vermittelnd ein und war so wie auch die OSZE an der Entscheidung, die Fensterregelung fallen zu lassen und an der Ausarbeitung eines Integrationsprogramms maßgeblich beteiligt.

Im Berichtsjahr 1998-1999 wurde unter anderem die Studie zur Religionsfreiheit fertig gestellt und im Januar 1999 dem CSO übermittelt. Sie stellte in den Ostseestaaten sehr unterschiedliche Beziehungen zwischen Kirche und Staat fest, die Freiheit der Religionen war jedoch in allen Staaten verfassungsmäßig garantiert. Die Empfehlungen des Kommissars galten der Änderung von Dingen wie der verpflichtenden Abführung der Kirchensteuer in Dänemark und Finnland oder restriktiven Registrierungsbedingungen in Lettland, Litauen und Russland⁶⁵¹.

Außerdem war der Bericht zu den Reisebedingungen im Ostseeraum im Mai 1999 fertig geworden. Diese waren durch ein komplexes Geflecht aus internationalen Regelungen zum Grenzregime im Ostseeraum relativ kompliziert. Deutschland, Island und Norwegen waren Mitglieder des Schengen-Abkommens und wandten seine Regelungen an. Dänemark, Finnland und Schweden hatten dieses Abkommen ratifiziert, wendeten es jedoch noch nicht an. Deutschland, Finnland, Schweden und mit Vorbehalten Dänemark würden nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam am 01.05.1999 den Schengen-acquis innerhalb der EU umsetzen, während Norwegen und Island das außerhalb der EU tun mussten. Polen und

⁶⁴⁹ ebd.

⁶⁵⁰ ebd.

⁶⁵¹ Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report June 1998 - June 1999, Kapitel 2: Surveys. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/2nd_period/1999/rep02-1.htm#2, 19.10.2007.

die baltischen Staaten würden ein gegenseitiges visafreies Reisegebiet bilden. Diese Erleichterungen an den inneren Grenzen hatten dementsprechend Auswirkungen auf die äußeren Grenzen, im Ostseeraum vor allem zu Russland. Vor diesem Hintergrund sprach sich der Kommissar für eine starke Verbesserung der Reisebedingungen aus. So sollten weiterhin Überlegungen zur Aufhebung möglichst vieler Visaerfordernisse angestellt und die Kriterien für sowie die Bearbeitung von Visaanträgen so transparent wie möglich gestaltet werden. Die mit einem Visumsantrag verbundenen Kosten sollten so gering wie möglich und am Durchschnittseinkommen und an den tatsächlichen Bearbeitungskosten orientiert sein und Anträge mit dringenden humanitären Reisemotiven wie Familienbelange oder Krankheit sollten bevorzugt behandelt werden⁶⁵². Konkret sprach der Kommissar sich gegen die russische Praxis aus, von Nicht-Bürgern bei der Ausreise ein Ausreise-Visum zu verlangen, dagegen, dass Deutschland, Estland und Polen bei der Ablehnung eines Visumsantrags keine Gründe nannten und dass es in Estland, Litauen, Polen und mit Abstrichen auch in Schweden nicht möglich war, eine Ablehnung anzufechten⁶⁵³. Grundsätzlich sollten bei einer Ablehnung auch immer die möglichen Rechtsmittel zur Anfechtung derselben angegeben werden. Zudem wurden die baltischen Staaten, Polen, Russland und Island aufgefordert, die UN-Konvention zum Status von Staatenlosen zu ratifizieren und den übrigen Ostseestaaten angetragen, ihre für die Gültigkeit proklamierten Ausnahmen zurückzuziehen.

Die Arbeit am Bericht zur Eigentümerschaft der Massenmedien wurde fortgesetzt. Alle Staaten hatten bereits auf die Anfragen des Kommissars geantwortet. Ebenso wurde der im April 1998 begonnene Bericht zur Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften vorangetrieben.

Im Bereich der Umsetzung der Empfehlungen gab es im Bereich des parlamentarischen *Ombudsman* Probleme. Estland hatte die Einrichtung des *Ombudsman* zum Januar 1999 nicht schaffen können, zudem gab es ab dem Oktober 1998 einen Gesetzesentwurf, der die Nutzung der estnischen Sprache für Klagen an den *Ombudsman* zur Bedingung machen sollte. Gegen diese dem Zweck der Ombudsinstitution völlig entgegen laufende und europaweit einzigartige Regelung intervenierte der Kommissar ebenso wie dagegen, dass es dem estnischen *Ombudsman* nicht möglich sein sollte, Untersuchungen zu beginnen, ohne vorher Klagen über den betroffenen Missstand erhalten zu haben. Beide Regelungen hätten den *Ombudsman* für die russischsprachige Minderheit nahezu unbrauchbar gemacht, der Kommissar erreichte jedoch die Rücknahme beider Gesetzesvorschläge⁶⁵⁴. Aus Lettland kamen auch

⁶⁵² ebd.

⁶⁵³ In Schweden konnte die Ablehnung des Antrags zwar nicht angefochten, aber der Antrag erneut gestellt werden. ebd.

⁶⁵⁴ ebd.

„...discouraging signals...“⁶⁵⁵ zum lettischen Menschenrechtsbüro, das Ombudsfunktionen übernehmen sollte, Litauen dagegen nahm im Dezember 1998 ein neues Gesetz zum parlamentarischen *Ombudsman* an und im Februar 1999 wurden fünf neue *Ombudsman* gewählt, nur einer wurde aus der alten Legislaturperiode übernommen. Jeweils zwei dieser Vertrauenspersonen waren für Klagen gegen Entscheidungen und Personen auf staatlicher und auf lokaler Ebene zuständig, der fünfte bearbeitete Klagen aus der Armee. Im April wurde dazu ein Gleichstellungsombudsman ernannt. In Russland unterstützte der Kommissar weiterhin die Einrichtung regionaler Ombudsinstitutionen in Kaliningrad und St.Petersburg, zum Beispiel durch die Teilnahme an Seminaren und die Vorstellung der relevanten gesetzlichen Regelungen anderer Staaten. Grundsätzlich war es aber zweifelhaft, ob ein *Ombudsman* in den regionalen Parlamenten mehrheitsfähig sein würde. In Deutschland wurde der Kommissar bei einem Besuch des Petitionsausschusses informiert, das einige deutsche Länder eigene *Ombudsmen* eingesetzt hätten und diese Praxis möglichst in allen Ländern umgesetzt werden sollte. Nach der Bundestagswahl vom 27.09.1998 teilte die neue deutsche Regierung ihre Absicht mit, auch auf der Bundesebene einen eigenständigen *Ombudsman* zu etablieren⁶⁵⁶.

Hinsichtlich der Erlangung der Staatsbürgerschaft waren Fortschritte zu verzeichnen. Dänemark hatte erstmalig die durchschnittliche Bearbeitungszeit der Anträge von 24 auf 20 Monate senken können, im April 1999 traten neue Kriterien zur Erlangung der Staatsbürgerschaft in Kraft, was eine klare Verbesserung darstellte. Estland hatte am 08.12.1998 ein Gesetz angenommen, was die Einbürgerung staatenloser Kinder vereinfachte und am 12.07.1999 in Kraft trat. Der deutsche Innenminister Otto Schily präsentierte am 13.01.1999 einen Gesetzesentwurf zur Neuregelung der Staatsbürgerschaft, der die Einbürgerung erleichterte⁶⁵⁷. Dadurch sollten auch Kinder fremder Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, wenn mindestens ein Elternteil in Deutschland geboren wurde oder vor dem Abschluss des 14. Lebensjahres nach Deutschland gezogen war. Außerdem sollte die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht werden. In Lettland fand am 03.10.1998 ein Referendum zu Veränderungen am Staatsbürgerschaftsgesetz statt, an dem sich 70% der Stimmberechtigten beteiligten. Mit der Zustimmung von 53% wurde die umstrittene Fensterregelung abgeschafft, staatenlose Kinder, die nach dem 21.08.1991, dem Tag der

⁶⁵⁵ ebd.

⁶⁵⁶ ebd.

⁶⁵⁷ Demnach sollten Fremde die Möglichkeit zur Einbürgerung haben, wenn sie sich selbst unterhalten konnten, nicht vorbestraft waren, mindestens acht Jahre in Deutschland gewohnt haben. Fremde Kinder und Jugendliche mussten mindestens fünf Jahre in Familie mit einem Inhaber einer permanenten Aufenthaltserlaubnis in Deutschland gelebt haben und fremde Angehörige deutscher Staatsbürger, die mindestens drei Jahre in Deutschland gelebt haben. ebd.

lettischen Unabhängigkeit, geboren wurden, konnten auf Antrag der Eltern die lettische Staatsbürgerschaft erhalten und für Bewerber mit mehr als 65 Lebensjahren wurde eine vereinfachte Version des lettischen Sprachtests vorgesehen⁶⁵⁸. Diese Veränderungen waren ein wichtiger Schritt, da sofort danach die Zahl der Anträge auf Einbürgerung anstieg und somit die Situation etwas entspannt werden konnte⁶⁵⁹. In Schweden hatte eine Kommission seit 1997 an der Erneuerung der Einbürgerungsgesetze gearbeitet und nun ihre Ergebnisse präsentiert, die sowohl die doppelte Staatsbürgerschaft als auch die automatische Einbürgerung staatenloser Kinder bei ihrer Geburt vorsahen. Ein entsprechendes Gesetz sollte ab dem 01.07.2001 in Kraft treten⁶⁶⁰.

Im Bereich des Wahlrechts für Nichtbürger wollte Estland für die Lokalwahlen im Herbst 1999 nur die Nichtbürger mit Fremdenpass zur Wahl zulassen, was nur etwa 20.000 von 300.000 Menschen betroffen hätte. Der Kommissar kündigte eine Intervention an. In Deutschland dagegen begannen Überlegungen Fuß zu fassen, auch Fremden von außerhalb der EU das Wahlrecht auf lokaler und Länderebene zu verleihen, um ihre Integration zu stärken.

Hinsichtlich der Rechte und Pflichten von Soldaten und Wehrdienstleistenden wurde der Kommissar informiert, dass im dänischen Verteidigungsministerium eine Expertengruppe zur Revision des Militärstrafrechts entstand, die die Rechte der Beklagten stärken sollte⁶⁶¹. Estland war dabei, in Zusammenarbeit mit dem norwegischen Verteidigungsministerium ein Sprechersystem einzurichten, das lettische Gesetz zu den Streitkräften war noch in Bearbeitung. Litauen arbeitete auch an einer Veränderung des Militärstrafrechts, sah jedoch weiterhin keinen Bedarf für ein Sprechersystem, obwohl der Kommissar weiterhin dafür warb. In Russland waren von einer Amnestie für in Tschetschenien begangene Militärstraftaten auch Deserteure betroffen, daneben wurde zur Beratung der Soldaten ein vertraulicher Telefondienst eingerichtet. Es gab allerdings weiterhin keinen Wehersatzdienst und auch keine Aufklärung über diese Möglichkeit. Folglich ergab eine Umfrage nach dem Interesse an einem Wehersatzdienst nur 1% Interessenten, was der Kommissar auf die Befürchtung zurückführte, dieser könnte noch schwieriger zu bewältigen sein als der normale Wehrdienst⁶⁶². Die Überwachung der Umsetzung der Empfehlungen der Studien zur

⁶⁵⁸ ebd.

⁶⁵⁹ Während im März 1998 noch 480 Bewerbungen eingegangen waren, waren es im März 1999 1481. Für die von der neuen Regel betroffenen 19 000 Kinder waren jedoch nur 100 Anträge auf Einbürgerung eingegangen.

ebd.

⁶⁶⁰ ebd.

⁶⁶¹ ebd.

⁶⁶² ebd.

Umsetzung einiger Aspekte der UN-Kinderrechtskonvention⁶⁶³ und zum Recht auf Zugang zu offiziellen Informationen wurde fortgesetzt.

Im Bereich der Versammlungsfreiheit hatte Litauen im Juni 1998 eine neue Regelung verabschiedet, die das Vorrecht litauischer Bürger auf Organisation von Versammlungen und Gründung politischer Parteien aufhob und das bislang erforderliche Minimum von 15 Mitgliedern abschaffte und somit politisches Engagement vereinfachte⁶⁶⁴. In Deutschland bestanden dagegen weiterhin die Beschränkungen der Versammlungsrechte Fremder und der Kommissar setzte sich weiterhin für eine offenere Regelung ein, ebenso in Estland, wo trotz intensiven Einsatzes des Kommissars weiterhin eine Person mit estnischer Staatsbürgerschaft für die Gründung politischer Parteien und Veranstaltung von Versammlungen erforderlich war⁶⁶⁵. Der Kommissar hatte auch mangels russischer Initiative im Oktober 1998 an den stellvertretenden russischen Justizminister geschrieben und das vereinbarte Angebot zur Organisation eines Runden Tisches zum Versammlungsrecht erneuert.

Hinsichtlich der Ratifizierung der Europäischen Konvention zur Nationalität gab es keine Veränderungen, es blieb bei zwei Ratifizierungen und einigen Versprechungen. Die Todesstrafe war dagegen mittlerweile in allen baltischen Staaten abgeschafft worden. In Russland wurde am 02.02.1999 ein Gesetz verabschiedet zur Aussetzung aller Todesstrafen bis zur Fertigstellung eines neuen Strafrechts, das voraussichtlich die Umwandlung in Haftstrafen beinhalten sollte⁶⁶⁶. Äußerungen von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Russland wurden jedoch mit Sorge beobachtet, der Kommissar verlangte Informationen über die nationalen Gegenmaßnahmen und wollte auf diesem Gebiet weiter arbeiten.

In Hinblick auf die Entscheidung, von den baltischen Staaten nur Estland in eine erste Erweiterungsrunde aufzunehmen⁶⁶⁷, setzte sich der Kommissar für die Ausweitung der Einladung auch auf Lettland und Litauen ein.

Im Berichtsjahr Juni 1999 bis Juni 2000 hatte der Kommissar eine Seminarreihe zum *Good Lawmaking* geplant, die in den Parlamenten der baltischen Staaten, Polens und Russlands stattfinden sollten. Sie sollten der Information und dem Erfahrungsaustausch auf den Gebieten des Entwerfens von Gesetzen und der Umsetzung internationalen und europäischen Rechts in

⁶⁶³ Diese Aspekte waren weiterhin der Schutz vor sexuellem Missbrauch, die Rolle der Massenmedien und der Zugang zur Bildung für Kinder mit Migrantenhintergrund.

⁶⁶⁴ ebd.

⁶⁶⁵ Commissioner of the Council of the Baltic Sea States Annual Report June 1998 - June 1999, Kapitel 4: Special activities with regard to certain member states. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/2nd_period/1999/rep04.htm, 22.10.2007.

⁶⁶⁶ ebd.

⁶⁶⁷ Europäischer Rat vom 12.-13.12.1997 in Luxemburg. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00400.D7.htm, 30.06.2008.

nationales Recht dienen⁶⁶⁸. Dementsprechend sollte es eine Standardagenda geben, die den Besonderheiten der einzelnen Länder angepasst werden sollte. Die Parlamentarier sollten die Hauptzielgruppe der Seminare sein, der Beginn der Reihe war ab Juni 2000 geplant. Finanziert wurde die Seminarreihe vom dänischen Außenministerium, dem dänischen Parlament, der EU-Kommission, dem Europarat und der dänischen Hermod-Lannung-Stiftung.

Im Bereich der Studien stellte der Kommissar im Mai 2000 die Studie zum Zustand der Staatsanwaltschaften des Ostseeraums vor. Die Ergebnisse zeigten, dass die Staatsanwaltschaften zwar in allen Ländern unterschiedlich geregelt waren, dass jedoch die Menschenrechte in diesem Bereich gewahrt waren⁶⁶⁹. In der Regel wurde der Staatsanwalt von der Exekutive ernannt, in Litauen, Lettland und Russland musste das Parlament der Ernennung zustimmen. Die Empfehlungen des Kommissars gingen dahin, den Grad der Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft in den Gesetzen ganz konkret zu regeln, Einwirkungen von Seiten der Politik vollständig zu unterlassen und, direkt an die Staatsanwaltschaft, regelmäßig Berichte über ihre Tätigkeit zu veröffentlichen⁶⁷⁰.

Die ebenfalls im Mai 2000 fertig gestellte Studie zur Konzentration der Medien zu Konzernen⁶⁷¹ ergab, dass keine rechtlich bindenden internationalen Vorgaben bestanden und die Staaten die Dinge national durch ihre Rundfunkrechte regelten. Die Staaten wurden aufgefordert, die relevanten Instrumente des Europarats und der EU zu beachten. An die privaten Medien erging die Empfehlung, sich dem Erhalt des Medienpluralismus zu verpflichten und den inhaltlichen Anspruch der Programmgestaltung nicht wirtschaftlichen

⁶⁶⁸ Konkrete Leitfragen sollten die Kompetenzverteilung zwischen Legislative und Exekutive mit Hinblick auf einen möglichen Bedeutungsverlust der Parlamentarier, die Wahrnehmung der Gesetzgebung durch die Bevölkerung im Gegensatz zur Perzeption von politischen Personen, ein möglicher Wandel des Interesses in Politik zum Interesse an Politikevents und die mögliche Rolle der Medien dabei sein. Weiterhin sollte es um die Integrität von Politikern hinsichtlich ihrer Aufgabe und den Erwartungen der Bevölkerung, eine mögliche Verschiebung des Interesses der Parlamente von der Gestaltung der Politik durch Gesetzentwürfe hin zum Kontrollieren der Handlungen der Regierungen, Transparenz und die generelle Rolle von Gesetzen und ihren Grenzen gehen. Weiterhin sollten die sozialen und wirtschaftlichen Spezifiken des Landes und das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung betrachtet werden.

Commissioner of the Council of the Baltic Sea States Annual Report June 1999 - June 2000, Kapitel 2: Seminars for Parliamentarians on Good Lawmaking. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://213.115.141.245/documentation/reports/2nd_period/2000/rep02.htm, 22.10.2007.

⁶⁶⁹ Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report June 1999 - June 2000, Kapitel 3: Surveys. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://213.115.141.245/documentation/reports/2nd_period/2000/rep03.htm, 22.10.2007.

⁶⁷⁰ ebd.

⁶⁷¹ Folgende Risiken der Medienkonzentration wurden deutlich gemacht: eine Wettbewerbsverzerrung, die neuen, unabhängigen Medien den Marktzutritt verwehren könnte, eine Verringerung der Informationsquellen mit einem gleichzeitigen Verlust an Pluralität, eine wachsende Macht der Herausgeber zur Kontrolle der Journalisten und ihrer Aussagen, die Möglichkeit zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung in den Händen von wenigen, Behinderung von Minderheiten, sich auszudrücken und am politischen Leben teilzunehmen. ebd.

Argumenten unterzuordnen⁶⁷². Außerdem hatte der Kommissar im Herbst 1999 eine Studie zu lokaler Demokratie begonnen, die im Oktober 2000 fertig werden sollte⁶⁷³.

Eine Studie zu Arbeitsbedingungen lokaler Beamter stellte im Vergleich der Ostseestaaten eine sehr unterschiedliche Bezahlung fest und dass Frauen und jüngere Beamte deutlich unterrepräsentiert waren⁶⁷⁴. Die Empfehlungen regten an, alle Hindernisse Bediensteter des öffentlichen Sektors zu eliminieren und gewählten Personen ausreichende Vergütung ihrer Verdienstausfälle zu liefern, hierfür sollten gesetzliche Minimalwerte festgelegt werden. Behinderte sollten hierbei ebenso wie Fremdsprachler nicht diskriminiert werden. Im Bereich der politischen Rechte Fremder gab es wenig Veränderungen. In Deutschland durfte weiterhin keine politische Organisation eine Mehrheit Fremder im Vorstand oder der allgemeinen Mitgliederzahl haben, in Estland, Litauen und Polen durften Nichtbürger weiterhin nicht an politischen Organisationen teilnehmen⁶⁷⁵. Lettland hatte zwar einige weitere Berufsgruppen für Nichtbürger geöffnet, beabsichtigte jedoch weiterhin nicht, die europäische Konvention des Europarats zur Teilhabe von Fremden am öffentlichen Leben auf lokaler Ebene zu unterzeichnen.

Beim Recht auf Zugang zu offiziellen Informationen gab es den Erfolg in Litauen, dass ein am 12.01.2000 angenommenes und ab dem 01.06.2000 in Kraft getretenes Gesetz nunmehr auch die Zugangsrechte für Nichtbürger verbriefte. Eine Intervention des Kommissars bewirkte, dass in Polen ein Gesetzesentwurf nicht angenommen wurde, der den Zugang nur für Staatsbürger vorsah. Einer anderen Empfehlung des Kommissars an die Adresse Dänemarks, ein Recht auf Information in die neue Verfassung aufzunehmen, wurde jedoch nicht gefolgt⁶⁷⁶.

Hinsichtlich des Versammlungsrechts verhandelte Estland im März 2000 einen neuen Gesetzesentwurf, der den Zugang zu politischen Parteien außer für einige Beamte, wie zum Beispiel Polizisten, öffnete, die Mindestzahl zur Gründung einer Partei lag aber weiterhin bei 1000 Mitgliedern; der Kommissar empfahl, dies aufzugeben⁶⁷⁷. In Lettland scheiterte im November 1999 ein Versuch, diese Mindestzahl von 200 auf 1000 zu heben, in Litauen wurde im April 2000 der Vorschlag debattiert, diese Zahl von 400 auf 2000 zu heben, der

⁶⁷² ebd.

⁶⁷³ Die Ziele waren, einen Überblick über die internationalen Verpflichtungen der CBSS-Mitgliedsstaaten und die ihnen gegenüber gemachten Empfehlungen für den Bereich der lokalen und regionalen Demokratie anzufertigen, die Umsetzung der Empfehlungen der früheren Studien zum Wahlrecht der Nichtbürger und zu den Arbeitsbedingungen der Mitglieder öffentlicher Verwaltungen zu analysieren und mit besonderer Berücksichtigung der *Ombudsmen* die Kontrollmöglichkeiten über die lokalen Verwaltungseinrichtungen zu untersuchen. ebd.

⁶⁷⁴ ebd.

⁶⁷⁵ ebd.

⁶⁷⁶ ebd.

⁶⁷⁷ ebd.

Kommissar sprach sich dagegen aus. In Russland war eine erneute Registrierung für Parteien und politische Organisationen verordnet worden, auf eine Anfrage des Kommissars begründete der stellvertretende Justizminister dies mit der Notwendigkeit, die jeweiligen Statuten mit einem neuen Gesetz zu öffentlichen Organisationen von 1995 in Einklang zu bringen. Nach einer am 01.07.1999 auslaufenden Frist sollten alle nicht erneut registrierten Organisationen aufgelöst werden. Der Kommissar erhielt Klagen von Organisationen, die unverhältnismäßige Schwierigkeiten bei der Registrierung monierten⁶⁷⁸.

Die Empfehlungen des Kommissars hinsichtlich der Umsetzung der UN-Konvention zum Schutz der Kinderrechte wurden von Schweden weiterhin voll erfüllt. Das Budget des dänischen Kinderrats bekam durch Sozialreformen mehr Geld und das estnische Gesundheitsministerium hielt zusammen mit dem Sozialministerium Seminare zum Thema ab. Folgeveranstaltungen in Lettland und Polen waren geplant. In Estland war mittlerweile der Zugang von Asylsuchenden zur Bildung den internationalen Anforderungen angepasst. Lettland nahm im Dezember 1999 einen Aktionsplan für die Jahre 2000-2004 an und stellte mit umgerechnet 200.000 US-Dollar erstmalig Geld für ein Programm zur Verbesserung der Situation von Kindern bereit⁶⁷⁹. Litauen nahm im Januar 2000 ein nationales Programm zum Schutz von Kindern vor sexuellen Übergriffen an. Statt der vom CBSS-Kommissar vorgeschlagenen Regelung, Kinder Asylsuchender in litauische Schulen aufzunehmen, umzusetzen, wurden in den Flüchtlingsaufnahmelagern Unterrichtsmöglichkeiten für die Kinder geschaffen. In Russland wurde entgegen der Planung kein *Ombudsman* für Kinder auf föderativer Ebene geschaffen, dafür richtete sich St.Petersburg ein solches Amt ein.

Im Bereich der Rechte und Pflichten von Soldaten und Wehrdienstleistenden wurde im Oktober 1999 in Estland ein Sprechersystem eingerichtet, das sich umgehend bewährte⁶⁸⁰. Eine Neuregelung der Dienstbestimmungen sollte dem Sprecher Rechtssicherheit geben. In Lettland wurde statt eines Sprechersystems die Möglichkeit geschaffen, schwere Militärstrafen von Zivilgerichten überprüfen zu lassen, wie es auch in Polen geregelt wurde. In Litauen entstand anstatt des Sprechersystems die Möglichkeit der individuellen Klage (Gruppenklagen waren verboten) an der Befehlskette vorbei direkt zum Generalinspekteur der Streitkräfte oder dem Verteidigungsminister selbst. Der Kommissar empfahl weiterhin die Einrichtung eines Sprechersystems. Russland dagegen ließ verlauten, dass ein Sprechersystem nicht nur unerwünscht war, sondern auch gegen russische Gesetze verstoßen würde und

⁶⁷⁸ ebd.

⁶⁷⁹ ebd.

⁶⁸⁰ ebd.

Vorfälle weiterhin in der Armee untersucht werden würden, in Kooperation mit zivilen Organisationen wie zum Beispiel die der Eltern der Wehrdienstleistenden⁶⁸¹.

Fortschritte gab es im Bereich der Einbürgerungen. In Dänemark war nunmehr die Berechnung der Aufenthaltsdauer vereinfacht, es wurde nunmehr ab dem Datum der ersten Aufenthaltserlaubnis gezählt. Die Bearbeitungsdauer von Asylanträgen war nunmehr auf durchschnittlich 14 bis 15 Monate herabgesetzt. In Estland gab es eine Erleichterung in den Sprachbestimmungen, dadurch dass Schulabgänger keinen Sprachtest zur Einbürgerung mehr absolvieren mussten und im März 2000 ein Vorschlag zur Erleichterung der Testbedingungen für Sprach-, Seh- und Hörgeschädigte verabschiedet wurde. Während der Kommissar in Finnland wegen unangemessen langer Bearbeitungsdauer der Asylanträge intervenierte, dauerte die Bearbeitung in Russland durchschnittlich sechs bis neun Monate, staatenlos in Russland geborene Kinder bekamen automatisch die Staatsbürgerschaft und Sprachtests existierten nicht.

Hinsichtlich der *Ombudsmen* erfüllten die skandinavischen Staaten weiterhin die Empfehlungen des Kommissars, in Deutschland war dagegen die Einrichtung eines unabhängigen *Ombudsman* mit Hinweis auf den Petitionsausschuss des Bundestags abgelehnt worden⁶⁸². In Kaliningrad unterzeichnete der Gouverneur nicht das von der regionalen Duma beschlossene Gesetz zur Einrichtung eines regionalen *Ombudsman*, auch in Lettland gab es mit den finanziellen und administrativen Problemen des Menschenrechtsbüros keine echten Fortschritte. Estland hatte dagegen ab dem 01.06.1999 das Amt eines Rechtskanzlers, das mit einer Ombudsfunktion versehen war. NGOs zufolge hatte die estnische Öffentlichkeit hiervon jedoch zu wenig Kenntnis. Der Kommissar forderte die Einrichtung eines regionalen Büros des Rechtskanzlers in Narva, um ihn dort für die Vielzahl der Betroffenen vor Ort zugänglicher zu machen⁶⁸³.

Auch 1999-2000 gab es wieder Aktionen des Kommissars gegenüber einzelnen Staaten. So waren im Wahlkampf für die estnischen Lokalwahlen am 17.09.1999 einige Wahlplakate zwangsweise entfernt worden, da sie neben estnischer auch russische Aufschrift enthielten⁶⁸⁴. Auf die Anfrage des Kommissars beim estnischen Außenministerium nach einer Begründung wurden die Vorgänge als mit den estnischen Sprachgesetzen in Einklang stehend gerechtfertigt. Auf die wiederholt angemeldeten Zweifel des Kommissars wurde ebenso

⁶⁸¹ ebd.

⁶⁸² ebd.

⁶⁸³ ebd.

⁶⁸⁴ Commissioner of the Council of the Baltic Sea States Annual Report 2000 - June 1999-June 2000, Kapitel 4: Special Activities with regard to certain member states. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/2nd_period/2000/rep04.htm, 23.10.2007.

wenig reagiert wie auf seine Interventionen gegen eine Quote bei den Familienzusammenführungen.

Gegenüber Russland drückte der Kommissar seine tiefe Sorge wegen des Vorgehens im zweiten Tschetschenienkrieg aus, zudem wies er erneut darauf hin, dass die Todesstrafe in Russland weiterhin nicht abgeschafft war, was gegen die beim Beitritt zum Europarat eingegangenen Verpflichtungen stand⁶⁸⁵.

4.1.2.3 Die Mandatsperiode 2000-2003

Ende September des Jahres 2000 lief das Mandat Ole Espersens als CBSS-Kommissar aus und seine Nachfolge trat in der neuen Mandatsperiode 2000-2003 die Dänin Helle Degn an, die 1998 bis 2000 Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE gewesen war. Das Mandat blieb prinzipiell unverändert, jedoch strebte Degn eine größere Praxisorientierung der Kommissarsarbeit an. Daher sollten die Empfehlungen der gemachten Studien zwar weiterhin gelten, es sollten jedoch nicht mehr so intensiv neue durchgeführt werden. Vielmehr wollte sich die Kommissarin auf so genannte „Fokusgebiete“ konzentrieren, Gebiete, in denen sie Handlungsbedarf sah. Die Arbeit sollte so flexibler gestaltet werden und eine raschere und intensivere Auseinandersetzung mit Einzelthemen sollte möglich werden. Dies ging allerdings auf Kosten der informations- und detailreichen Studien, die einen großen Überblick und damit Vergleichsmöglichkeiten geschaffen hatten und zudem eine große Berechenbarkeit der Arbeit des Kommissars gewährleisteten.

Eines der Fokusgebiete war das der demokratischen Kultur und der *Good Governance*⁶⁸⁶. *Good Governance*-Seminare sollten das follow-up der positiv verlaufenden Seminare zu *Good Lawmaking* darstellen und die Kommissarin führte die ersten Sondierungsgespräche über organisatorische Fragen mit möglichen Partnern. Diese Seminare hatten vom Juni 2000 bis zum Januar 2001 schon in allen baltischen Staaten und in Russland stattgefunden, das für den November für Polen geplante Seminar musste wegen Zeitmangels der polnischen Parlamentarier abgesagt werden⁶⁸⁷, die Regionalduma Kaliningrads verschob ihr für April 2001 geplantes Seminar, das letzte Seminar fand im Herbst in Moskau statt. Das Echo auf alle

⁶⁸⁵ ebd.

⁶⁸⁶ Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report, October 2000-May 2001. Kapitel 3: Focus Areas and Surveys. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/3rd_period/rep03.htm, 23.10.2007.

⁶⁸⁷ Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report, October 2000-May 2001. Kapitel 2: Seminar Activities for Parliamentarians. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/3rd_period/rep02.htm, 23.10.2007.

Seminare war sehr positiv, sie wurden als sehr gute Möglichkeit des Informations- und Erfahrungsaustauschs erlebt⁶⁸⁸. Als follow-up wurde ein Handbuch zum *Good Lawmaking* verfasst, das unter anderem Kriterien zur Bemessung der legislativen Qualität beinhaltet. Eine weitere Aktion in diesem Fokusgebiet war die Organisation eines Seminars zu parlamentarischen *Ombudsmen* am 01.03.2001 in Kopenhagen. Zudem hatte die Kommissarin Treffen mit dänischen Rechtsexperten am 18.06.2001 und mit einem Vertreter des dänischen Strafvollzugs am 18.04.2001, um in beiden Bereichen nach Wegen einer ostseeweiten Kooperation zu suchen.

Ein weiteres Fokusgebiet sollte die organisierte Kriminalität sein, das Thema diskutierte sie bei allen Besuchen der Mitgliedsstaaten und es gab zwei Treffen mit dem dänischen Vorsitz der TF-OC, um Gebiete möglicher Kooperation auszuhandeln⁶⁸⁹. Als Spezialgebiet innerhalb der organisierten Kriminalität wollte die Kommissarin den Menschenhandel als moderne Form der Sklaverei bekämpfen. Hierzu organisierte sie zum 21.05.2001 ein Seminar, um Wege der internationalen Kooperation auf diesem Gebiet zu suchen. Mit Unterstützung der US-amerikanischen Botschaft in Dänemark konnten die Kosten für die Seminarteilnehmer aus den baltischen Staaten, Polen und Russland erstattet werden⁶⁹⁰. Das Seminar war mit über 120 Teilnehmern aus Regierungen, Parlamentariern, Strafverfolgungsbeamten, internationalen Organisationen und NGOs ein Erfolg, dessen Empfehlungen umfassende Orientierungen für zukünftige Politik gaben⁶⁹¹. Diskussionen zur Vermeidung von Doppelarbeit wurden geführt mit der OSZE/ODIHR (*Office for Democratic Institutions and Human Rights*) und dem Koordinator der seit 2000 bestehenden Task Force zu Menschenhandel des Stabilitätspakts.

⁶⁸⁸ ebd.

⁶⁸⁹ Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report, October 2000-May 2001. Kapitel 3: Focus Areas and Surveys.

⁶⁹⁰ ebd.

⁶⁹¹ In den verabschiedeten Empfehlungen wurden die CBSS-Staaten aufgerufen, ohne Verzögerung das Protokoll zur Vorbeugung, Verhinderung und Bestrafung des Menschenhandels vor allem mit Frauen und Kindern der UN-Konvention gegen transnationale organisierte Kriminalität zu ratifizieren, um den Mitgliedsstaaten eine gemeinsame rechtliche Basis zur Kooperation zu geben. Zudem sollte so mit einer international anerkannten Definition gearbeitet und die Menschenrechtsperspektive gesichert werden.

Eine weitere Empfehlung galt der Unterstützung einer Sektoren übergreifenden Gruppe von Rechtsexperten, der Gründung Sektoren übergreifender Arbeitsgruppen zur Bewusstmachung des Problems, der Einrichtung von Netzwerken zwischen Regierungen, NGOs und internationalen Organisationen jenseits der kriminalistisch-juristischen Kooperation, der Einrichtung nationaler Überwachungseinheiten, die die Entwicklungen im eigenen Land wahrnehmen und mit denen anderer in Beziehung setzen sollen, einer Institutionalisierung des Opferschutzes mit der Einführung dauerhafter gemeinsamer Standards und eine Berücksichtigung des Opferschutzes bei der Verurteilung der Täter. Außerdem sollten Herkunfts- und Zielländer zusammen an der Erforschung des Problems arbeiten, hierzu sollte Englisch als gemeinsame Arbeitssprache etabliert und dazu intensive Sprachkurse für die Beteiligten angeboten werden. Zudem wurde eine hohe Mobilität der Polizei, gegenseitiges Vertrauen durch persönliche Kontakte und die Stärkung der öffentlichen Wahrnehmung des Problems und eine Senkung der Nachfrage als elementar betrachtet.

Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Recommendations to be followed and immediate actions to be taken - Results from the Seminar "Modern Slavery" Copenhagen 21 May 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://213.115.141.245/seminars/modernslavery/recommendations.htm>, 07.01.2006.

Ein weiteres Fokusgebiet waren die Bedingungen der Grenzübertritte in der Ostseeregion. Seit dem Bericht des Kommissars von 1999 war hier das Schengen-Regime auf Finnland, Island, Norwegen, Schweden und Dänemark ausgedehnt worden. Die Kommissarin bat um Informationen zu den Modalitäten dieser Umstellung. Sie bat auch Deutschland um Informationen zu den Erfahrungen bei der Umstellung, da diese für die Beitrittskandidaten der EU von besonderem Interesse seien. Ein wichtiger Bereich dieses Gebiets war die Sondersituation Kaliningrads im Falle des kommenden EU-Beitritts Polens und Litauens, was bei voller Durchsetzung der Schengen-Regeln den Reise- und Güterverkehr zwischen Kaliningrad und dem Hauptterritorium Russlands erschweren würde.

Weiterhin war auch der Schutz nationaler Minderheiten ein Fokusgebiet der Kommissarin. Hier wurden zunächst Gespräche mit der EU, dem Europarat, der OSZE, der UN geführt, um Gebiete der Kooperation abstecken. Zusammen mit dem OSZE-Repräsentanten für Medienfreiheit wollte die Kommissarin im Herbst 2001 in Flensburg einen Runden Tisch zum Thema der nationalen Minderheiten und Medien organisieren.

Zudem sollte 2001 eine Aktualisierung des Berichts zu den parlamentarischen *Ombudsmen* durchgeführt werden. Mit internationalen Organisationen wie dem Europarat, der OSZE, der UN und dem Nordischen Rat gab es weiterhin eine enge Kooperation bei Seminaren und Gesprächen. Andererseits pflegte die Kommissarin auch den Kontakt zu NGOs. Neben diesen Aktivitäten unternahm sie Antrittsreisen in alle Mitgliedsstaaten und nach Brüssel.

Im Berichtsjahr Mai 2001 bis Februar 2002 setzte die Kommissarin die Arbeit an den Fokusgebieten fort. Im Bereich des Menschenhandels nahm sie mit Reden Termine bei der OSZE, der TF-OC und anderen wahr. Es konnte zwar kein grundsätzliches Nachlassen des Problems festgestellt werden, jedoch erfuhr es durch die gemeinsame Arbeit immer mehr Beachtung, immer mehr Länder präzisierten ihre Strafen für den Menschenhandel und das Profitieren von dieser Tätigkeit⁶⁹². Im Bereich der organisierten Gewalt begann die Kommissarin, sich für die Resozialisierung von inhaftierten Jugendlichen einzusetzen, zunächst wurde für den Herbst 2002 in Helsinki ein Runder Tisch mit den für die Rechte jugendlicher Inhaftierter zuständigen Akteuren geplant.

Hinsichtlich der Grenzübertritte kümmerte sich die Kommissarin in Kontakten mit der EU-Kommission und einzelnen CBSS-Staaten weiter um die Sondersituation Kaliningrads. Sie warb für einfachen und billigen Zugang zu Visa für die Bürger Kaliningrads, zum Beispiel, dass sie Visa für EU-Staaten nicht mehr in Moskau besorgen müssten, sondern sie vor Ort

⁶⁹² The Commissioner of the Council of the Baltic Sea States on Democratic Development - Annual Report- May 2001-February 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/3rd_period/annual%20report2002.pdf, 24.10.2007, S. 5.

erhalten könnten. Das Ziel war ein Kompromiss, der den russischen Reiseverkehr zwischen Kaliningrad und dem russischen Mutterland vereinfachte⁶⁹³.

Beim Minderheitenschutz drängte die Kommissarin Island und Lettland, als die letzten CBSS-Staaten, die Europäische Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten zu ratifizieren. Während eine beginnende Aufmerksamkeit der Staaten für die Notwendigkeit der gleichberechtigten Repräsentanz nationaler Minderheiten in den Medien erste Erfolge auf diesem Gebiet erzielte, beabsichtigte die Kommissarin zusammen mit ECMI und in Kooperation mit dem HKNM der OSZE, eine Serie von Runden Tischen zu diesem Problembereich zu initiieren. Als ein Beitrag zur Vermeidung von Doppelarbeit wurde eine umfangreiche Informationspolitik verstanden. Die Internetseite der Kommissarin wurde umstrukturiert und ein *Newsletter* eingerichtet, um bürgernah aktuelle Informationen zu verbreiten. Das Interesse für beide Informationsangebote entwickelte sich zufriedenstellend⁶⁹⁴. Als ein Informationsangebot für die Bürger des Ostseeraums war eine geplante Ausstellung „*Know your neighbours*“ gedacht, die ab dem Juni 2002 durch alle elf CBSS-Hauptstädte wandern sollte. Um so gegen Vorurteile und Xenophobie zu wirken, sollten hier die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Staaten der Ostseeregion sowie die Eigenheiten einzelner Staaten präsentiert werden. Im Bereich der lokalen Demokratie setzte die Kommissarin die Arbeit unter den Empfehlungen ihres Vorgängers fort. Estland hatte hier mittlerweile die Sprachanforderungen an Kandidaten lokaler Wahlen fallengelassen, was einen bedeutenden Fortschritt darstellte⁶⁹⁵. Alle Ostseestaaten hatten zudem mittlerweile Beratungseinrichtungen für im Lande wohnende Fremde geschaffen, deren Mandat und finanzielle Ausstattung jedoch von unterschiedlicher Qualität waren. Unbefriedigend war die Situation hinsichtlich der Ratifizierung der Europäischen Konvention zur Teilhabe Fremder am politischen Leben auf lokaler Ebene, die in letzter Zeit trotz der Bemühungen der Kommissarin nur Finnland ratifiziert hatte und damit zu den anderen skandinavischen Staaten aufschloss. Die anderen Staaten wurden stark aufgefordert, dem zu folgen.

Angesichts der positiv veränderten Situation der *Ombudsmen* in der Region - außer Lettland besaßen nun alle Staaten des Ostseeraums Ombudsinstitutionen - beabsichtigte die Kommissarin eine Neuauflage des Berichts hierzu.

Neben diesen Aktivitäten gehörten weiterhin enge bilaterale Kontakte zu Mitgliedsstaaten durch Besuche und Gespräche zur Arbeit der Kommissarin 2001-2002.

Die Fokusgebiete blieben auch im Berichtsjahr Februar 2002 bis Mai 2003 gleich. Im Bereich des Menschenhandels nahm die Kommissarin häufig die Gelegenheit wahr, in Treffen mit

⁶⁹³ ebd., S. 6.

⁶⁹⁴ ebd., S. 8f.

⁶⁹⁵ ebd., S. 17.

relevanten Organisationen die Wahrnehmung des Problems zu schärfen⁶⁹⁶. Für den Sommer 2003 wurde ein Nachfolgeseminar zu dem vom Mai 2001 geplant, noch im Mai 2003 hatten jedoch nicht alle Eingeladenen zugesagt. Zum Thema der Korruption gab es Treffen mit der TF-OC und einem Repräsentanten der GRECO, außerdem wurde im litauischen Parlament eine Konferenz zur Bekämpfung der Korruption veranstaltet, die vom dänischen Außenministerium finanziert worden war. Einen Beitrag dazu leisteten auch die inzwischen angelaufenen Seminare zur *Good Governance*⁶⁹⁷.

Angesichts des Spannungsverhältnisses des Erhalts freiheitlicher Rechte in einem verschärften Kampf gegen den Terrorismus, der nach den New Yorker Anschlägen vom 11.09.2001 begonnen worden war, nahm die Kommissarin ab dem Sommer 2002 diese Thematik in ihre Arbeit auf und erstellte zunächst ein Arbeitspapier „Terrorismus und Menschenrechte“, um leitende Prinzipien klarzustellen. Als follow-up war im Rahmen des NGO-Forums von Turku am 08.05.2003 mit Vertretern von über 350 NGOs ein Workshop zu diesem Thema geplant⁶⁹⁸.

Hinsichtlich des Minderheitenschutzes war auch im Februar 2003 die Europäische Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten weiterhin von Island und Lettland nicht ratifiziert. In bilateralen Gesprächen behandelte die Kommissarin auch die kulturellen Rechte von Minderheiten, zum Beispiel das Recht auf öffentliche Beschilderungen auch in der Minderheitensprache und das Recht auf eine angemessene Repräsentanz der Minderheitensprache in den Medien. Auch die Beschleunigung von Einbürgerungsverfahren wurde thematisiert. Neben anderen einschlägigen Terminen nahm die Kommissarin im März 2003 an einem internationalen Runden Tisch zu Standards der Minderheitensprachenregelungen in Medien teil.

Die Seminare zu *Good Governance* liefen unterdessen weiter, die Termine in Brüssel, Stockholm und Kopenhagen waren abgehalten worden und auch hierzu sollte ein Handbuch im Juni 2003 erscheinen. Das Handbuch zum *Good Lawmaking* war unterdessen ins Russische übersetzt worden, während der für April 2002 in Moskau geplante Termin dieser Seminarreihe auch im Dezember 2002 noch nicht stattgefunden hatte⁶⁹⁹.

Im Ergebnis der Sondierungen der Kommissarin im vergangenen Berichtsjahr fand im September 2002 in Helsinki ein Runder Tisch zur Problematik Jugendlicher in Gefängnissen statt. Jedes CBSS-Mitgliedsland entsandte Ministeriumsvertreter, für den Strafvollzug

⁶⁹⁶ The Commissioner of the Council of the Baltic Sea States on Democratic Development- Annual Report- 1 February 2002 – 1 May 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/3rd_period/annualreport2003.pdf, 24.10.2007, S. 4f.

⁶⁹⁷ ebd., S. 5.

⁶⁹⁸ ebd., S. 7.

⁶⁹⁹ ebd., S. 10f.

Verantwortliche und Vertreter von für Jugendrechte engagierten NGOs. Auf diese Weise kam auch hier ein institutionalisierter Rahmen zum Erfahrungsaustausch zu Stande⁷⁰⁰. Eine ähnliche Rolle spielte ein Seminar zu den Bedingungen der Untersuchungshaft vom 02.-04.02.2003 in St.Petersburg, zu dem die Kommissarin auch ein Arbeitspapier verfasst hatte. Eine Arbeitsgruppe wurde eingerichtet, die zum einen die Arbeitsbedingungen, den Status und die Ausbildung des Gefängnispersonals verbessern sollte, zum anderen Möglichkeiten untersuchen sollte, jugendliche Verdächtige möglichst nicht in Haft zu nehmen und sie, wenn nicht anders möglich, getrennt von erwachsenen Insassen unterzubringen und ihnen Zugang zu Bildung und Beschäftigung einzuräumen. Grundsätzlich sollte Zugang zu rechtlichem Beistand, Informationen zur eigenen Lage und eine angemessene Gesundheitsversorgung gewährleistet sein. Die Haftbedingungen sollten von unabhängigen Ombudsinstitutionen oder NGOs überwacht werden⁷⁰¹.

Im November 2002 wurde die Aktualisierung der Studie zur lokalen Demokratie fertig gestellt, die einige Fortschritte dokumentieren konnte. Russland hatte 2002 mit einem entsprechenden Gesetz sich legal in Russland aufhaltenden Fremden ähnliche Wahlrechte verliehen wie russischen Staatsbürgern, 2001 schon hatte Estland diese Regelung angenommen. Litauen hatte auch dahingehend seine Verfassung geändert, die Veränderungen sollten jedoch erst 2006 in Kraft treten⁷⁰². Eine im Mai 2002 vorgestellte Aktualisierung des Berichts zu den *Ombudsmen* der Region konnte für alle Staaten außer Lettland das Bestehen solcher Institutionen feststellen, jedoch gab es teilweise bei den neuen Ombudsinstitutionen Probleme mit der Sicherung der Unabhängigkeit des *Ombudsman* und seiner einfachen Erreichbarkeit für die Bürger. Die Sicherung beider Dinge empfahl die Kommissarin in dem Bericht, zusätzlich sollten den *Ombudsmen* Kompetenzen für Untersuchungen auf Klagen von Bürgern hin und aus eigenem Antrieb heraus zugestanden werden, wobei verletzlichen Randgruppen der Gesellschaft besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden sollte⁷⁰³.

Zudem hatte die Kommissarin eine Reihe von bilateralen Treffen mit einzelnen Staaten, in denen nationale Problembereiche thematisiert wurden. Zum Beispiel drängte die Kommissarin weiterhin Dänemark, die UN-Konvention gegen Folter und menschenunwürdige Behandlung und Bestrafung zu ratifizieren, was jedoch bis zum April 2003 weiterhin nicht geschehen war⁷⁰⁴.

⁷⁰⁰ ebd., S. 12.

⁷⁰¹ Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Recommendations Pre-Trial Detention in the Baltic Sea Area 2-4 February 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/seminars/pre-trial_detention/recommendations.htm, 07.01.2006.

⁷⁰² The Commissioner of the Council of the Baltic Sea States on Democratic Development- Annual Report- 1 February 2002 – 1 May 2003, S. 17.

⁷⁰³ ebd., S. 20.

⁷⁰⁴ ebd., S. 25.

Als das Mandat der CBSS-Kommissarin am 31.12.2003 endete, waren in vielen Arbeitsbereichen große Fortschritte erreicht worden. So hatte unter anderem die stete Wachsamkeit des Kommissarsamts mitgeholfen, die Situation der russischsprachigen Minderheiten in Estland und Lettland zu verbessern und so die innere Integration dieser Staaten sowie deren Verhältnis zu Russland zu stabilisieren. Auch grundsätzlich waren die baltischen Staaten, Russland und Polen unterstützt worden hinsichtlich der Errichtung, Ausübung und Aufrechterhaltung der Demokratie. Unter anderem die Unterstützung der NGOs als Zeichen einer aktiven Bürgergesellschaft und die Seminare zu *Good Lawmaking* und *Good Governance* waren hier wesentlich, letztere auch zur Aufwertung und Stimulierung der legislativen Tätigkeit gegenüber Erlassen der Exekutive. Außerdem trug das Engagement für die Menschenrechte generell und vor allem die von nationalen Minderheiten und von Asylsuchenden dazu bei, dass die Ostseeregion zum einen vorbildlich internationale Verpflichtungen erfüllte und zum anderen mögliche soziale Konflikte entschärfte, bevor sie zu einem Problem werden konnten. Barg die inhaltliche Nähe des Kommissarmandats zum Mandat des HKNM der OSZE und zu anderen im Bereich der Demokratie und Menschenrechte tätigen Organisationen wie dem Europarat zwar das Risiko der Doppelarbeit und damit des ineffektiven Einsatzes von Ressourcen, so hatte die Ostseeregion doch im Kommissar einen eigenen Ansprechpartner, dessen Zuständigkeit nur die Ostseeregion betraf und der so stets präsent war und nach oben, auf überregionaler Ebene, die Interessen des Ostseeraums vertreten konnte.

Dennoch endete das Amt des CBSS-Kommissars nicht, weil seine Aufgaben gelöst worden waren, zumal die Notwendigkeit des Werbens für das engagierte Leben von Demokratie nicht enden wird, wie die bei späteren Wahlen in Staaten des ehemaligen Ostblocks festgestellten verhältnismäßig geringen Wahlbeteiligungen und die auch in westlichen Ländern schwankenden Zahlen zeigen⁷⁰⁵. War es auch möglich gewesen, für die Verbesserung von Haftbedingungen Kooperation zu induzieren, hatte das Engagement der Kommissarin gegen den Menschenhandel gerade begonnen. Auch der Einsatz gegen Korruption war lange nicht ans Ziel gelangt, wie die Einstufung der Ostseestaaten im *Corruption Perception Index* (CPI)

⁷⁰⁵ Die Wahlbeteiligung an den estnischen Parlamentswahlen im März 2003 lag bei 58%, die der lettischen Parlamentswahlen im Oktober 2002 immerhin bei 71,5%, die der litauischen Parlamentswahlen im Oktober 2000 bei 55,9%, Russland im Dezember 1999 bei 61,85%, Polen setzte im September 2001 mit 46,3% den Tiefpunkt. Die Wahlbeteiligungen einiger etablierter Demokratien lagen deutlich höher (Dänemark im November 2001 mit 89,3%, Deutschland im September 2002 79,1%, Schweden September 2002 80,1%), jedoch gab es auch hier schlechtere Resultate (Finnland März 2003 66,6%, Norwegen September 2001 74,5%).
The Commissioner of the Council of the Baltic Sea States on Democratic Development - Final Report - October 2000-December 2003. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://213.115.141.245/documentation/reports/3rd_period/Finalreport2003.pdf, 26.10.2007, S. 23.

von *Transparency International* zeigte⁷⁰⁶. Die Reisebedingungen im Ostseeraum hatten sich verbessert, vor allem jedoch durch die schrittweise Ausweitung des Schengen-Regimes über die westlichen Ostseestaaten. Die Transitfrage Kaliningrads war auch Ende 2003 noch nicht befriedigend gelöst, jedoch hatte auch die Kommissarin dazu beigetragen, dem Problem politisches Gewicht und damit Priorität in Verhandlungen zu geben. Die Minderheitensituation hatte sich gebessert, jedoch hatten auch Ende 2003 Island und Lettland die Europäische Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten nicht ratifiziert, was vor allem im Falle Lettlands angesichts seiner großen russischsprachigen Minderheit brisant war⁷⁰⁷. Insofern bestanden über das Ende des Mandats der CBSS-Kommissarin hinaus weiterhin Defizite hinsichtlich der Demokratie und der Wahrung der Menschenrechte in einigen Ostseestaaten, jedoch sollte 2004 hier die EU im Ostseeraum stärker auf den Plan treten, zusätzlich machte die Vielzahl thematisch ähnlich ausgerichteter internationaler Organisationen die Existenz eines eigenen Kommissars der Ostseestaaten auf diesem Gebiet unnötig.

4.1.3 Die Ebene der BSSSC

Die Unterstützung der Entwicklung demokratischer Institutionen und die Stimulierung der politischen Teilhabe der Bürger war nicht nur durch das in der Berufung auf die Prinzipien des CBSS verdeutlichte Selbstverständnis der BSSSC eine wichtige Aufgabe, sondern auch die erste Priorität der BSSSC in ihrer Erklärung von Stavanger 1993⁷⁰⁸. Umso erstaunlicher ist, dass die zweite Konferenz vom 17.-19.10.1994 in Travemünde, die die Ziele in den einzelnen prioritären Politikbereichen ausdifferenzierte, Demokratie, Institutionsaufbau und politische Teilhabe nur in der Präambel nannte und keine Agenda zu diesen Punkten formulierte⁷⁰⁹.

⁷⁰⁶ Während Finnland in den Jahren 2000-2003 stabil auf dem ersten und besten von 86 Plätzen lag und von Dänemark und, mit geringem Abstand, Schweden und Island gefolgt wurde, lagen Estland, Litauen und Lettland in dieser Reihenfolge im Mittelfeld, während Russland 2003 sogar den 86. und letzten Platz einnahm. Polen lag mit Platz 64 2003 im unteren Mittelfeld. Interessant ist, dass sich die Situation nach dem Index über die Zeit in den meisten Ländern verschlechterte. Ein möglicher Grund ist, dass die wachsende Intensität des Einsatzes gegen Korruption eine gesteigerte Aufmerksamkeit und damit das Aufdecken einer größeren Zahl von Fällen mit sich brachte. ebd., S. 8.

⁷⁰⁷ ebd., S. 12.

⁷⁰⁸ The Stavanger Declaration on Baltic Sea States Subregional Co-operation.

⁷⁰⁹ „[Repräsentanten der Subregionen der Ostseestaaten] RESOLVED to ensure the harmonious economic and social progress of the subregions in the Baltic Sea Region as well as to support democracy by common action,...“ Conclusions of the second Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation - 17-19 October 1994, S. 1.

Erst auf der fünften BSSSC-Konferenz vom 27.-28.10.1997 in Gdansk fand ein Workshop zum Thema der politischen Teilhabe statt, der Hindernisse und Chancen politischer Partizipation untersuchen sollte. Besonderes Augenmerk wurde hierbei auf Frauen und Jugendliche sowie auf die Rolle von NGOs und ihre Kooperationsmöglichkeiten mit Verwaltungsbehörden gelegt. Als Hindernisse politischer Partizipation wurden zunächst ein genereller Mangel an Interesse in Politik, mangelnde finanzielle Unterstützung von gewählten Vertretern in lokalen Regierungen und Vorurteile gegenüber Frauen und Angehörigen von Minderheiten in politischen Ämtern festgestellt. Hinzu kamen traditionell männlich dominierte Kommunikationsstrukturen, ein Mangel an Identifikation mit der Ostseeregion sowie nationale, kulturelle und soziale Disparitäten und besonders bei NGOs ein Mangel an Finanzierung⁷¹⁰. Als Beispiele für Lösungen wurde die Durchführung von Studien zu Meinungen und Bedürfnissen von Jugendlichen und entsprechenden Einbindungsprogrammen, eine bessere Bezahlung besonders von Frauen in politischer Verantwortung und die steuerliche Entlastung von in NGOs Engagierten angeregt. Dies sollte durch eine verbesserte Sprach- und Kommunikationsausbildung unterstützt werden. Zudem schlug der Workshop eine Ausdehnung des Wahlrechts auf Minderheiten und Jugendliche ab 16 Jahren vor⁷¹¹.

Die Folgekonferenz vom 22.-24.10.1998 in Roskilde gab wiederum in einem Workshop Gelegenheit, zum Thema *Institution Building and Human Relations* Erfahrungsaustausch zu betreiben. Die Teilnehmer konnten unterschiedliche Seiten des Themas beleuchten, Einigkeit herrschte darüber, dass der Ausschluss von Bevölkerungsgruppen zu vermeiden sei⁷¹². Ein entsprechendes Projekt wurde als Modell vorgestellt. Die große Rolle von NGOs als Initiatoren von Graswurzelprojekten, also Projekten auf der untersten Politikebene, wurde hervorgehoben. Das lettische NGO-Zentrum wurde als Modell der Unterstützung und Integration von NGOs in politische Entscheidungsprozesse vorgestellt, das auch in anderen Staaten umgesetzt werden sollte. Das NGO-Thema wurde also auf der Ebene der BSSSC schon deutlich früher als im Ostseerat thematisiert.

Auch die BSSSC-Konferenz vom 28.-30.10.1999 in Kaunas veranstaltete wiederum einen Workshop zum Thema *Institution Building and Human Relations*, diesmal mit dem Fokus auf den Arbeitsbedingungen von Mitgliedern regionaler und lokaler Behörden, deren hohe Relevanz für den Aufbau und den Erhalt von Demokratie alle Ostseestaaten mit der Unterzeichnung der Europäischen Charta zur lokalen Selbstverwaltung von 1985 anerkannt hatten. Der Workshop beabsichtigte, über die Möglichkeit zum Informations- und

⁷¹⁰ Conclusions of the Fifth Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation, S. 8.

⁷¹¹ ebd., S. 8.

⁷¹² Resolution from the BSSSC Conference Roskilde, 22.-24.10.1998, S. 6.

Erfahrungsaustausch ein fruchtbares Lernumfeld aufzubauen. Die Teilnehmer diskutierten grundsätzliche Probleme lokaler und regionaler Bürgervertretungen und entwickelten Lösungsansätze⁷¹³. Als weit verbreitetes Problem wurde eine schwindende Finanzbasis wegen geringer Zuwendungen von der nationalen Ebene und schwindenden Steuereinnahmen gegenüber einer steigenden Aufgabenlast festgestellt. Die damit verbundenen verschlechterten Arbeitsbedingungen wurden wegen der daraus resultierenden geringeren Handlungsmöglichkeiten der Behörden und der hohen Fluktuation des Personals hin zu lukrativeren Berufsperspektiven als Bedrohung für die Demokratie gesehen. Die Konferenz wurde aufgefordert, eine diesbezügliche Erklärung zur finanziellen Situation auf lokaler und regionaler Ebene in ihre Resolution aufzunehmen⁷¹⁴.

Auch auf der BSSSC-Konferenz vom 26.-28.10.2000 in Pärnu gab es Workshops, die sich mit Themen der Gesellschaft und der politischen Teilhabe beschäftigten, wie einerseits zu *Agenda 21: Social Dimension of the global risk society*, andererseits zu *Human Development and Governance in Civic Society* und *The impact of public sector reforms on civic structures, subsidiarity and regional planning*⁷¹⁵. Die verschiedenen Teilnehmer stellten hier unterschiedliche Studien und Projekte vor, gemeinsam wurden Probleme diskutiert und Lösungsansätze entwickelt. Die Differenziertheit und Spezialisierung der Workshopthemen zeigt die inhaltliche Tiefe, in die man hier eingedrungen war und damit auch den Fortschritt der Kooperation auf dem Gebiet der Demokratie- und Institutionsentwicklung und der politischen Teilhabe der Gesellschaft.

In den Folgejahren gab es keine Workshops zu diesem Themengebiet und auch keine dezidierten Nennungen in den Resolutionen der BSSSC-Treffen.

4.1.4 Das CBSS-NGO-Forum

Wenn auch die WGDI 1995 ein Seminar zu Status und Funktionsweise von NGOs veranstaltet hatte, war dabei noch nicht an eine ostseeweite NGO-Kooperation gedacht worden. Erst der Aktionsplan des Ostseerats von Kalmar vom 03.07.1996 stufte NGOs als einen zentralen Bestandteil des politischen Lebens ein, sprach sich gegen eine starke

⁷¹³ Das Prinzip der Subsidiarität und seine alltägliche Umsetzung, den Nutzen von Netzwerken, den Gebrauch von ICT, den Kontakt mit Medien, die Balance aus Transparenz und Vertraulichkeit, Umgang mit Mehrheiten und Minderheiten sowie die Zusammenarbeit von Berufs- und Laienpolitikern. Resolution of the 7th Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation, Kaunas, 28-30th October 1999. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bsssc.com/section.asp?id=147&pid=81>, 18.09.2005.

⁷¹⁴ ebd.

⁷¹⁵ Resolution of the 8th Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation, Pärnu, 26-28th October 2000. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bsssc.com/section.asp?id=146&pid=81>, 18.09.2005.

staatliche Regulierung dieser Organisationen aus⁷¹⁶ und machte die NGOs damit nominell zu einem Bestandteil der Politik des Ostseerats. In den Communiqués des Rats der Außenminister fehlen dann jedoch auch weiterhin Absichtserklärungen oder Stellungnahmen hinsichtlich der NGOs. Dass die Regierungschefs sich für die Unterstützung der NGO-Kooperation aussprachen, dauerte bis zum 3. Ostsee-Staatsgipfel in Kolding vom 12.-13.04.2000⁷¹⁷. Folgerichtig nahm dann die deutsche CBSS-Präsidentschaft ab der zweiten Jahreshälfte 2000 die Unterstützung der NGO-Arbeit in ihre Prioritäten auf⁷¹⁸. Dass dieses Engagement auch zur eigenen Profilierung gedacht war, zeigt, dass die staatlichen Organisatoren des späteren Lübecker CBSS-NGO-Treffens gegen ein alternatives, nur von NGOs organisiertes, Treffen in Kopenhagen vom 24.-25.03.2001 opponierten⁷¹⁹.

Dieses Treffen fand dennoch statt. Die hier durch die 110 Teilnehmer von 61 NGOs aus neun Ostseestaaten verhandelten Themenbereiche waren Frieden und Sicherheit, Umweltschutz, Menschenrechte und Demokratieentwicklung, Kulturaustausch und Fragen der Chancengleichheit der Geschlechter. Das Treffen verstand sich als Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung, die nur als mehrdimensionale Entwicklung aller Bevölkerungsteile und damit nur mit Einbezug von NGOs funktionieren kann⁷²⁰. Im Gegensatz dazu sei die etablierte Ostseekooperation in einer Krise und produziere lediglich Dokumente, die nicht umgesetzt würden⁷²¹. Daher beabsichtigten die NGOs, eine eigene Zusammenarbeit aufzubauen.

In der Erklärung von Kopenhagen wurden die Regierungen aufgerufen, dem Aufbau einer funktionierenden Zivilgesellschaft höhere Priorität zu verleihen, starke intergouvernementale Rahmen zur Unterstützung eines starken Markts in der Ostseeregion zu schaffen, der auf sozialer, umweltpolitischer und ethischer Verantwortlichkeit beruht und die Chancengleichheit der Geschlechter umsetzt⁷²². Um hierzu beizutragen, wollten die NGOs auch subregionalen Austausch und die Entwicklung intellektueller Kapazitäten unterstützen. Die EU wurde aufgerufen, ein Element der Zivilgesellschaft in die NDI aufzunehmen und die NGOs als Partner bei der Umsetzung des NDAP anzuerkennen. Hinsichtlich der zivilen Sicherheit sollte der CBSS alle Möglichkeiten der „*soft security*“, unter anderem einer

⁷¹⁶ Fifth Ministerial Session, Kalmar 2-3 July 1996- Action Programme for the Baltic Sea States Co-operation.

⁷¹⁷ Baltic Sea States Summit, Kolding, 12-13 April 2000: Chairman's Conclusions.

⁷¹⁸ Priorities for the German Presidency of the Council of the Baltic Sea States (CBSS) 2000-2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/9german/priorities/>, 26.05.2004.

⁷¹⁹ „Zwischen Deutschland und Dänemark hat das wirklich richtig Wirbel erzeugt. Bis fast Platzverbot und so was. Also Telefoniererei und „Stellen Sie ihre Veranstaltung ein, Stoppen Sie das!“ und so ein Ton war das untereinander. [...] Deutschland wollte Kopenhagen verbieten.“

Zeitzeugeninterview mit Albert Caspari, Koordinator (Focal Point) der deutschen NGO- Ostseekooperation seit 2001, vom 15.11.2007, S. 5.

⁷²⁰ The Copenhagen Declaration of the Copenhagen NGO-initiative.

⁷²¹ ebd.

⁷²² ebd.

nuklearfreien Zone, verfolgen. Für sich empfahlen die NGOs, in die Vorbeugung von Konfliktsituationen oder in den Friedensaufbau nach Konflikten aktiv einbezogen zu werden. Sie strebten einen Beraterstatus an oder als Minimum die vollständige Information über die jeweiligen Sicherheitsinteressen und -maßnahmen⁷²³. Dringend wurden die Regierungen aufgerufen, sich verstärkt für nachhaltige Entwicklung nach den Vorgaben des Brundtland-Reports zu engagieren, da trotz steigender Energieeffizienz industrieller Produktion weiterhin die Nettoemissionen steigen würden. Regionale Gremien wie der CBSS, HELCOM, Baltic 21 und VASAB 2010 seien dabei von großer Bedeutung. Zusätzlich wurden die Regierungen aufgerufen, ernsthafte Anstrengungen hinsichtlich des Atommülls zu unternehmen. Die durch den bevorstehenden EU-Beitritt der östlichen Ostseestaaten außer Russland vermehrt in die Region fließenden EU-Finanzmittel sollten zur nachhaltigen Entwicklung der schwächsten Regionen verwandt werden. Der kulturelle Austausch in der Region sollte durch eine größere Zahl an Übersetzungen von Literatur und Filmen befördert werden, außerdem wurde die Stiftung eines gemeinsamen Literaturpreises des Ostseeraums angeregt.

Zudem wurde die Politik aufgerufen, den Menschenhandel in allen Teilen der Region zu bekämpfen und die sozial Schwachen zu unterstützen, um die soziale Stabilität zu wahren. Schließlich traten die NGOs dafür ein, dass die nationalen Bedingungen der Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen für sie günstig gestaltet werden sollten, um eine effektive, grenzüberschreitende Kooperation möglich zu machen. Zu diesem Zweck sprachen sie sich für die Einrichtung eines gemeinsamen Demokratiefonds des Ostseeraums unter der Aufsicht der CBSS-Kommissarin aus⁷²⁴. Außerdem begrüßten die NGOs das kommende Lübecker NGO-Treffen und befürworteten die Institutionalisierung regelmäßiger NGO-Treffen, die vom jeweiligen CBSS-Vorsitz ausgerichtet werden sollten.

Das erste *Baltic Sea NGO-Forum* vom 28.-29.05.2001 mit 151 Teilnehmern in Lübeck hatte einen anderen Hintergrund. Es wurde vor allem vom deutschen Auswärtigen Amt und der Landesregierung Schleswig-Holstein geplant, denen ein Beirat aus NGOs zur Seite stand⁷²⁵. Von der Regierungsseite wurde auch beeinflusst, welche NGOs eine Einladung erhielten, so dass das Treffen zu einem beträchtlichen Teil unter Regierungsvorgaben stand und so keine völlige Unabhängigkeit gewährleistet war. Der Beitrag des Kopenhagener Forums wurde als Ausgangspunkt für die Lübecker Workshops gewürdigt, dies geschah aber nur wenig verbindlich in der Präambel⁷²⁶, grundsätzlich sollte möglichst wenig Bezug auf das

⁷²³ ebd.

⁷²⁴ ebd.

⁷²⁵ http://www.infobalt.de/html/2001_2003.html, 29.10.2007.

⁷²⁶ First Baltic Sea NGO Forum, Lübeck, 28-29 May 2001- Conclusions by the Preparatory Committee, S. 1.

Kopenhagener Treffen genommen werden⁷²⁷. Eine komplexe und aktive NGO-Gemeinde wurde als Artikulationsmöglichkeit der Bürger und wichtiger Kontrollmechanismus für die Einhaltung der Prinzipien einer Zivilgesellschaft durch die Regierungsbehörden sowie als Beratungsinstitutionen der Politik gewürdigt. Letzteres wurde in der Formulierung aber sehr wenig verpflichtend gehalten⁷²⁸. Ihre Fähigkeit zu Beiträgen bei der Umsetzung der Ziele der Ostseekooperation wurde anerkannt, der vom Kopenhagener Treffen eingeforderte Einbezug in die Umsetzung des NDAP jedoch nicht erwähnt. Gleichzeitig wurden die NGOs aufgefordert, enger zusammenzuarbeiten, um die eigene Effektivität zu steigern. Als Bedingung für eine erfolgreiche Arbeit der NGOs wurden die Regierungen aufgefordert, das öffentliche Recht auf Zugang zu offiziellen Informationen umzusetzen und die Schaffung einer regionalen Plattform zum Informationsaustausch angeregt⁷²⁹.

Weiterhin forderten die NGOs die Regierungen auf, zur Vermeidung jeglicher sozialer Diskriminierung, der Umsetzung aller internationalen Menschenrechtsregelungen hohe Priorität zu verleihen, um somit auch Konflikten vorzubeugen. Hinsichtlich der Bekämpfung des Menschenhandels mit Frauen drückten die NGOs ihr Interesse an einer Einladung zur *Baltic Sea Parliamentary Conference* im September 2001 aus, wo sie ihre Vorschläge unterbreiten wollten. Im Bereich der Nachhaltigkeit drückten die NGOs ihre Wertschätzung der Baltic 21 aus und forderten für sie die volle Unterstützung der Politik. Gleichzeitig sprachen sie sich für eine volle und rasche Finanzierung des JCP der HELCOM aus. Die CBSS-Außenministerrunde vom Juni 2001 wurde aufgefordert, sich für Reformen der gemeinsamen Agrarpolitik und der gemeinsamen Fischereipolitik der EU einzusetzen, die die Risiken der Eutrophierung und Überfischung der Ostsee reduzieren sollten⁷³⁰. Die Kopenhagener Forderung nach einer nuklearfreien Zone wurde wiederholt und Russland für die geringe Transparenz seiner Nuklearpolitik kritisiert⁷³¹. Auf die Wichtigkeit der Jugendarbeit, einem klassischen Arbeitsfeld der NGOs, wurde hingewiesen, die Einrichtung des *Baltic Sea Secretariat for Youth Affairs* begrüßt und die Idee eines gemeinsamen Ostsee-Trainer-Pools artikuliert. Ein Teil der Empfehlungen betraf die Zusammenarbeit der Regierungen mit den NGOs. Sie sollte auf gegenseitiges Verständnis und gleichberechtigten Dialog, freien Informationszugang und Transparenz gebaut sein und die Finanzierung der NGOs vor allem aus öffentlichen Zuwendungen erfolgen, während durch die Schaffung

⁷²⁷ Zeitzeugeninterview mit Albert Caspari vom 15.11.2007, S. 7

⁷²⁸ „NGOs can provide decision-makers with information, which can be important and relevant before adopting decisions.“ First Baltic Sea NGO Forum, Lübeck, 28-29 May 2001- Conclusions by the Preparatory Committee, S. 1.

⁷²⁹ ebd., S. 2.

⁷³⁰ ebd., S. 3.

⁷³¹ ebd., S. 3.

nationaler zentraler Punkte als Anlaufstellen aller NGOs der Kontakt zur Regierung vereinfacht werden sollte. Schließlich wurde das Interesse an der Einrichtung permanenter NGO-Foren wiederholt, was durch eine intensive Vernetzung auf nationaler und internationaler Ebene mit enger Kooperation mit der CBSS-Kommissarin und der WGDI des CBSS unterstützt werden sollte⁷³².

Zu diesem Wunsch nach Institutionalisierung und damit Aufwertung nahm die Regierungsebene nicht Stellung, die Außenministerrunde in Hamburg am 07.06.2001 wertete die erste NGO-Konferenz dennoch als Erfolg und beauftragte den CSO, nach möglichen Wegen der Umsetzung der Forderungen zu suchen⁷³³. Schon die Prioritäten der russischen CBSS-Präsidentschaft ab der zweiten Jahreshälfte 2001 und das Svetlogorsker Außenministertreffen vom Anfang März 2002 nahmen jedoch wieder keinen Bezug auf die NGOs und das für den April 2002 geplante zweite NGO-Forum, was nach den Ereignissen der letzten Zeit als ein deutliches Zeichen von Desinteresse zu werten war⁷³⁴.

Dass eine Integration von NGOs in das öffentliche politische Leben noch wenig umgesetzt war, zeigte auch die Stellungnahme der CBSS-Kommissarin Helle Degn auf dem zweiten CBSS-NGO-Forum in St.Petersburg vom 19.-20.04.2002, das schon 340 Teilnehmer versammeln konnte. Sie sah noch eine klare Teilung des Ostseeraums in Gebiete, in denen NGOs im politischen Leben etabliert waren und in solche, in denen das nicht der Fall war, worunter sie vor allem die neuen Demokratien zählte⁷³⁵. Die Kooperation der NGOs untereinander stufte sie als verbesserungswürdig ein, um Konkurrenzen zu vermeiden, vor allem müssten jedoch NGOs und Regierungen gegenseitig Vertrauen aufbauen. Hierzu gehöre von Regierungsseite eine reibungslose Umsetzung der Versammlungsfreiheit durch eine Reduzierung der bei der Gründung von NGOs zu bewältigenden Kosten und Bürokratie und die Sicherung einer soliden Finanzierung. Weiterhin wichtig wäre die Sicherung des Zugangs von NGOs zu Medien und ihr aktiver Einbezug durch die Regierungen, der vor allem in den jungen Demokratien zu wünschen übrig lasse⁷³⁶. Den NGOs dagegen, die als Bindeglied

⁷³² ebd., S. 4.

⁷³³ Council of the Baltic Sea States, Tenth Ministerial Session, Hamburg, 7 June 2001 - Communiqué. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/9german/communiqu/>, 26.05.2004.

⁷³⁴ Priorities of the Russian Presidency of the CBSS in 2001-2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/dbaFile268.html>, 26.05.2004
CBSS 11th Ministerial Session - Svetlogorsk Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/dbaFile779.html>, 26.05.2004.

⁷³⁵ NGOs - Committed to Democracy?! Intervention by the CBSS Commissioner on Democratic Development H. E. Helle Degn at the 2nd Baltic Sea NGO Forum- St. Petersburg, 19 April 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/dbaFile1304.doc>, 09.01.2006.

⁷³⁶ Vor allem in Russland seien die Möglichkeiten der NGOs zur Kooperation mit der Verwaltung auf persönliche Kontakte angewiesen und diese existierten zumeist mehr mit Parlamentariern als mit Personen der Exekutive. Weiterhin wurden Schwierigkeiten genannt, die den NGOs bei öffentlichen Anhörungen in den Weg gelegt wurden. ebd.

zwischen der Bevölkerung und der Regierung gesehen wurden, wurde eine strenge Wahrung der Transparenz und ein konstruktives Verhalten statt starrer Opposition empfohlen. Zudem stellte sich die Kommissarin hinter die Kritik der NGOs, der Ostseerat habe seine Möglichkeiten der Unterstützung auch nach dem Lübecker Forum noch nicht ausgeschöpft und hinter die Forderung nach einer stärkeren Institutionalisierung des NGO-Forums⁷³⁷. Dass dieses Treffen überhaupt stattfand, war ein Verdienst der NGOs selbst, da Russland entgegen seinen Vorgängern und Nachfolgern im Vorsitz des CBSS die Förderung der NGO-Kooperation nicht in seine Prioritäten aufgenommen hatte⁷³⁸. Der Preis dafür war allerdings, dass das Treffen unter Ausschluss jeglicher Presse stattfinden musste⁷³⁹, was seine Wirkung einschränkte und deutlich das Desinteresse der Regierungsseite zeigte.

Die Themen des Treffens waren Umwelt, Soziales, Menschenrechte und Sektoren übergreifende Kooperation. Im Bereich Umwelt wurde erneut die Notwendigkeit des vollen Zugangs zu offiziellen Informationen betont und die volle Unterstützung der Regierungschefs für den Baltic 21-Prozess gefordert, so dass Umweltbelange in alle Politiküberlegungen einbezogen würden⁷⁴⁰. Die NGOs sprachen sich weiter für lokale und nationale Anwendung von Integriertem Küstenzonenmanagement und für starke zusätzliche Maßnahmen gegen die Eutrophierung und die Überfischung aus, ebenso wie wiederum für eine nuklear-freie Zone. Die Empfehlungen für den sozialen Bereich waren weniger konkret, hier sahen sich die NGOs als wichtige Beiträge zur Entwicklung und Umsetzung sozialer Politik, was durch bessere Vernetzung und effektiveren Ressourcengebrauch intensiviert werden sollte⁷⁴¹. Im Bereich der Menschenrechte wurde die Lübecker Forderung, die nationalen Gesetze schnellstmöglich in Übereinstimmung mit den international geltenden und empfohlenen Regelungen zu bringen, bestätigt. Trotzdem Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierungen keinem Ostseestaat fremd seien, sei deren Intensität und Häufigkeit in den ehemaligen Ostblockstaaten stärker. Da dies häufig soziale und wirtschaftliche Ursachen habe, sollten die CBSS-Staaten einen gemeinsamen Ansatz zur Regelung der Migration im Ostseeraum entwickeln. Zudem hätten einige Staaten nicht die Bereitschaft, sich dem Problem zu stellen, weshalb die NGOs ein gemeinsam von nationaler, regionaler und lokaler Ebene veranstaltetes Training hinsichtlich der Menschenrechte, internationalem Recht und internationaler Kultur für die Beamten kleiner, peripher gelegener Kommunen vorschlugen. Dies sollte mit regionaler Stärkung der

⁷³⁷ ebd.

⁷³⁸ Priorities of the Russian Presidency of the CBSS in 2001-2002.

⁷³⁹ Zeitzeugeninterview mit Albert Caspari vom 15.11.2007, S. 10.

⁷⁴⁰ Second Baltic Sea NGO Forum. Within the framework of the Russian CBSS Presidency, St. Petersburg, 19-20 April 2002 - Conclusions. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/dbaFile1352.doc>, 19.09.2005, S. 1.

⁷⁴¹ ebd., S. 2.

Menschenrechtsstrukturen und entsprechendem Erfahrungsaustausch einhergehen⁷⁴². Russland wurde dahingehend kritisiert, dass es keine Gesetze habe, die Frauen vor Gewalt und Diskriminierung in Gesellschaft und Arbeitsmarkt schützen.

Hinsichtlich der Institutionalisierung der NGO-Kooperation sollten neben regelmäßigen internationalen Treffen der NGOs verstärkte Treffen mit Regierungsvertretungen aller Verwaltungsebenen ebenso stattfinden wie eine Vernetzung der NGOs über die nationalen Fokuspunkte mit den Gremien des CBSS⁷⁴³. Darüber hinaus vereinbarten die NGOs die Einrichtung eines *boards* aus elf Repräsentanten der NGOs der CBSS-Mitgliedsstaaten, um die Kooperation besser zu koordinieren. Auf der Sachebene sollten kleinere Gremien zu Umwelt, Sozialem etc. die Arbeit der NGOs untereinander koordinieren. Der Kopenhagener Vorschlag der Einrichtung eines ostseeweiten NGO-Fonds wurde bestätigt⁷⁴⁴.

Das dritte *Baltic Sea NGO-Forum* fand, organisiert von einer Gruppe finnischer NGOs, vom 08.-11.05.2003 in Turku statt und war auf einem ganz anderen Rang als das Vorgängertreffen angesiedelt. Nicht nur, dass Finnland NGO-Kooperation in den Prioritäten seines Vorsitzes verankert hatte⁷⁴⁵, an dem Vorbereitungstreffen nahm sogar der finnische Außenminister teil, was den hohen Stellenwert der Veranstaltung symbolisierte⁷⁴⁶. Das Treffen selbst versammelte mehr als 400 Teilnehmer aus den CBSS-Staaten, aber auch Weißrussland. Wiederum waren auch Regierungsvertreter anwesend. Die Europäische Kommission war als Teilnehmer und Redner eingeladen, jedoch nicht vertreten, was ein negatives Zeichen für die Teilnahme der Ostsee-NGOs an der NDI war⁷⁴⁷. Umso stärker forderte dieses Forum wiederum die Aufnahme der Zivilgesellschaft in die Ziele der NDI⁷⁴⁸. Auch andere Grundwerte der NGO-Kooperation wurden ebenso bestätigt⁷⁴⁹ wie auch politische Forderungen der vergangenen NGO-Foren. Im Bereich der Umweltpolitik waren das Forderungen nach Programmen zum Integrierten Küstenzonenmanagement, zum Stopp der

⁷⁴² ebd., S. 2.

⁷⁴³ ebd., S. 3.

⁷⁴⁴ ebd., S. 3.

⁷⁴⁵ Priorities of the Finnish Presidency of the CBSS in 2002-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/dbaFile3074.html>, 18.07.2008.

⁷⁴⁶ Zeitzeugeninterview mit Albert Caspari vom 15.11.2008, S. 10.

⁷⁴⁷ 3rd Baltic Sea NGO Forum, Turku 8 – 11 May 2003 - Report from the CBSS Secretariat. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/ngoforum/finaldocturku.doc>, 19.09.2005, S. 1.

⁷⁴⁸ ebd., S. 2.

⁷⁴⁹ Weiterhin wollten die NGOs sich für Frieden, Sicherheit, Demokratie, Menschenrechte und demokratische Entwicklung, Rechtsstaatlichkeit, sozialen Zusammenhalt, Toleranz und Pluralismus einsetzen. Als notwendig dafür wurde weiterhin eine Stärkung der Zivilgesellschaftsorganisationen insgesamt erachtet, verbunden mit einer Erleichterung ihrer Situation hinsichtlich Vereinfachung der Registrierung, wohlwollende Besteuerung der NGOs und der ihnen gewidmeten Spenden, Nichteinmischung der Verwaltung in NGO-Arbeit, Transparenz öffentlicher Politik und dem einfachen Zugang zu offiziellen Informationen. Als grundlegend wurde auch ein Verhältnis des Vertrauens ohne Konkurrenz zu demokratisch gewählten Regierungseinrichtungen betrachtet. ebd., S. 3.

Überfischung und zur Verstärkung des Baltic 21-Prozesses. Letzteres sollte durch die Festsetzung konkreter Zielwerte verbunden mit einem Zeitplan und einer eigenen Budgetlinie geschehen⁷⁵⁰. Weiterhin forderten die NGOs die Umsetzung der HELCOM-Empfehlungen zu den *Baltic Sea Protected Areas* (BSPAs) zumindest zu 60% bis zum Mai 2004 und unterstützte die Initiative, bei der IMO die Erklärung der gesamten Ostsee als *Particular Sensitive Sea Area* (PSSA) zu beantragen. Während diese Forderungen noch weitestgehend die Position anderer Ostseegremien wiederholten, gingen andere deutlich über die bestehenden Regierungspositionen hinaus wie die nach einem Verbot von Treibnetzen und Regulierungen von Flussläufen und vor allem die nach einem Moratorium, das Ölförderung in der Ostsee als gefährlich für Wirtschaft, Umwelt und Soziales untersagen sollte und die Forderung nach einem Verkehrsverbot einwandiger Öltanker zum Jahr 2005. Visionär war auch die Forderung nach der effektiven Umsetzung regulativer und rechtlicher Maßnahmen zur Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Schädigung der Umwelt und des Sozialen zu einer Zeit, in der gerade die westlichen soliden Wirtschaften begannen, Konzepte der Nachhaltigkeit zu entwickeln⁷⁵¹.

Ein weiterer Bereich galt der Überwindung sozialen Ausschlusses. Wenn auch die Definition sozialen Ausschlusses je nach kulturellem Hintergrund schwankte, war man einig, dass Armut die Hauptursache dessen sei und dass sie daher bekämpft werden müsse. Die Vorstellungen in diesem Gebiet waren noch unkonkret, jedoch sollten NGOs von sozialem Ausschluss bedrohten Menschen Betätigungsfelder bieten und sie einbinden⁷⁵². Hinsichtlich der Chancengleichheit der Geschlechter wurde der Ostseerat aufgerufen, diese in allen seinen Programmen umzusetzen, ein diesbezüglich intensiver Informations- und Erfahrungsaustausch wurde gefordert und den Mitgliedsstaaten empfahlen die NGOs, unverzüglich Aktionspläne gegen Gewalt gegen Frauen und gegen Menschenhandel mit Frauen und Kindern zu verabschieden und ihre Kooperation diesbezüglich auf allen Verwaltungsebenen zu verstärken⁷⁵³.

Um die Umsetzung der vielen Bekenntnisse zum freien Zugang zu offiziellen Informationen zu sichern, ergingen auch in diesem Bereich Forderungen an die Staaten, die Prinzipien in nationales Recht umzusetzen, zum Beispiel die Abschaffung exzessiver Geheimhaltungsregelungen, das Absehen von Versuchen, den Zugang zum Internet zu verhindern oder das Einstellen der Verfolgung von Journalisten mit unliebsamen Positionen

⁷⁵⁰ ebd., S. 3.

⁷⁵¹ ebd., S. 3.

⁷⁵² ebd., S. 4.

⁷⁵³ ebd., S. 4.

und Enthüllungen⁷⁵⁴. Zur Institutionalisierung der eigenen Arbeit forderte das NGO-Forum erneut einen offiziell bestätigten Beraterstatus beim Ostseerat. In diesen Schlussfolgerungen wurde auch erstmals konkret niedergelegt, dass NGO-Foren jährlich im zweiten Quartal von den NGOs aus dem Land mit dem CBSS-Vorsitz zu organisieren sind und damit keine direkte Einflussnahme der Regierungen, wie noch beim ersten Treffen in Lübeck, stattfinden konnte. Die Bildung nationaler Fokuspunkte sollte in der unabhängigen Verantwortung der jeweiligen NGOs liegen, ein grundsätzlich offener Charakter dieser Einrichtungen wurde jedoch ebenso verlangt wie das Bearbeiten gemeinsamer Aufgaben⁷⁵⁵. Zudem wurde ein *Baltic Sea NGO Consultative Committee* als ein die Kooperation zwischen den Foren betreuendes Board gegründet, das aus je einem Vertreter der nationalen Fokuspunkte bestand, die zusätzlich noch je einen oder zwei Experten entsenden konnten, und sich halbjährig treffen sollte. Dieses Board sollte den Informationsfluss sichern, Workshops organisieren, die Ostsee-NGOs gegenüber Regierungen repräsentieren, Finanzierungsprojekte anschieben und die Umsetzung der Entscheidungen der NGO-Foren überwachen⁷⁵⁶. Auf diese Weise war ein nicht unumstrittener, aber dennoch für den Erhalt und die Bedeutung der NGO-Kooperation wichtiger Schritt in Richtung Institutionalisierung getan worden.

Vor diesem Hintergrund fand vom 16.-17.04.2004 im estnischen Pärnu das vierte *Baltic Sea NGO-Forum* statt, das 280 Repräsentanten von NGOs, Regierungsvertreter aus zehn CBSS-Mitgliedsstaaten und diesmal auch Vertreter von EU-Institutionen versammelte⁷⁵⁷. Ein großer Teil der Forderungen dieses Forums betraf wiederum die Stellung der NGOs. Die Regierungen wurden aufgerufen, die Schaffung von Zivilgesellschaften in ihre Hauptprioritäten aufzunehmen und die nationalen Regelungen zum Einbezug von NGOs in die Schaffung von Gesetzen und die Politik generell zu entwickeln. Auf internationaler Ebene sollte die Struktur des Ostsee-NGO-Forums unter anderem durch den Entwurf von Statuten durch das *Consultative Committee* weiterentwickelt werden, der im Herbst 2004 diskussionsfertig sein sollte und durch die Annahme des Status' einer Organisation, möglicherweise durch die Gründung eines permanenten Sekretariats⁷⁵⁸. Auch die Prüfung der Notwendigkeit und des Inhalts rechtlicher Strukturen der nationalen Fokuspunkte sollte im

⁷⁵⁴ ebd., S. 5.

⁷⁵⁵ Diese waren die Überwachung der nationalen Arbeitsbedingungen von NGOs, die Bereitstellung von Informationen über die NGO-Ostseekooperation für nationale NGOs, das Veranstalten von nationalen NGO-Treffen und das Beitragen derer Ergebnisse zur Ostseekooperation, der Informationsaustausch zwischen der internationalen und nationalen NGO-Ebene unter anderem über eine Internetseite, die Sicherung des Zugangs zu Informationen für NGOs und die Vermittlung von Partner-NGOs für Kooperationsprojekte. ebd., S. 6.

⁷⁵⁶ ebd., S. 6.

⁷⁵⁷ Final Statement of the IV Baltic Sea NGO Forum „Challenges for Baltic Sea Civil Society in a Changing Europe“. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/ngoforum/finalstatement4bsngoforumfinal110504.rtf>, 30.10.2007, S. 2.

⁷⁵⁸ ebd., S. 2.

Herbst 2004 abgeschlossen werden. Zudem wurden sieben Gebiete eröffnet, auf denen die NGOs Netzwerke einrichten wollten: nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz, zivile Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Raumplanung und Kultur, Menschenrechte und multikulturelle Gesellschaft, Beschäftigung und Entwicklungszusammenarbeit⁷⁵⁹. Jeder Bereich sollte eine Arbeitsgruppe zur Koordinierung der Arbeit einrichten, die zudem noch Kontakte zu thematisch gleich gelagerten Institutionen aufbauen sollte.

Weiterhin arbeitete das Forum für die Anerkennung als Berater durch den CBSS und das *Consultative Committee* übergab dem Ostseerat im Mai 2004 eine offizielle Bewerbung um den Status eines Speziellen Teilnehmers⁷⁶⁰. Die Vernetzung sollte durch das Benennen von NGO-Repräsentanten in allen relevanten nationalen, regionalen und europäischen Institutionen intensiviert werden. Ebenso wurde eine nicht näher beschriebene Intensivierung der Zusammenarbeit mit europäischen NGO-Strukturen angestrebt⁷⁶¹. Betont wurde wiederum die Notwendigkeit der Einrichtung eines ostseeweiten Fonds für die Unterstützung der Entwicklung der Zivilgesellschaft, wie er schon 2001 in Kopenhagen im Gespräch war. Gegenüber diesen umfangreichen Empfehlungen und Entscheidungen zur eigenen Stellung und dem eigenen Funktionieren standen einige wenige Forderungen zu Sachthemen, die im Wesentlichen das Bekannte wiederholten, was dem Forum Anlass dazu gab, seine Enttäuschung über das geringe Engagement der Regierungen bei der Umsetzung der Forderungen kund zu tun und die Regierungen zum Dialog über dieses Problem aufzurufen⁷⁶². Eine dieser Sachempfehlungen betraf wiederum die Berücksichtigung der Nachhaltigkeit. Hinsichtlich der Erklärung der Ostsee zum PSSA durch die IMO wurde Russland aufgefordert, die entsprechende Initiative der übrigen Ostseeanrainer zu unterstützen und die prinzipiell wohlwollende Entscheidung der IMO vom 02.04.2004 begrüßt. Die Empfehlung hinsichtlich der Revitalisierung des Baltic 21-Prozesses war eine Wiederholung der Passage aus den Schlussfolgerungen des dritten NGO-Forums, was auf geringe Entwicklungen in der Zwischenzeit hinweist. Weiterhin wurde zur Einrichtung der BSPAs aufgerufen, allerdings ohne die bisherige Zielvorgabe, 60% bis Mai 2004 umzusetzen, zu kommentieren⁷⁶³. Weiterhin wurde zur Entwicklung der Jugendarbeit, zur Umsetzung der Menschen- und Minderheitenrechte, zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Menschenhandel sowie zum Einbezug der NGOs in Entwicklung europäischer Politik aufgerufen, so dass das vierte NGO-Forum inhaltlich keine neuen Impulse setzen konnte.

⁷⁵⁹ ebd., S. 3.

⁷⁶⁰ ebd., S. 3.

⁷⁶¹ ebd., S. 3f.

⁷⁶² ebd., S. 6.

⁷⁶³ ebd., S. 4.

Die Wiederholung der Forderungen unterstreicht die These der NGOs, dass bislang wenig zur Umsetzung ihrer Forderungen erreicht war. Jedoch war seit 2001 eine sich immer mehr verdichtende Form der Kooperation entstanden, die auf dem Wege der eigenen Institutionalisierung mehr Einfluss und Akzeptanz gewinnen konnte. Auf diese Weise war es den NGOs als Elementen der direkten Demokratie gelungen, sich zu organisieren und zu etablieren. Verschiedenste Sachthemen konnten so auf allen Regierungsebenen vertreten werden und wenn die NGOs doch bis 2004 keinen offiziellen Beraterstatus beim Ostseerat bekamen, wurde es doch zunehmend weniger möglich, sich ihren Positionen zu verschließen. Die Professionalisierung der Kooperation durch die Einrichtung des *Consultative Committee* und der unterschiedlichen Themennetzwerken mit ihren Arbeitsgruppen trug hierzu bei, auch wenn die NGO-Kooperation bis 2004 keinen festen Platz in den Communiqués der CBSS-Außenministerkonferenzen und Schlussfolgerungen der Staatsgipfel erhielt, sondern je nach Interessenlage aufgenommen wurde oder nicht. Die von der CBSS-Kommissarin Helle Degn auf dem zweiten NGO-Forum festgestellte Trennlinie der Akzeptanz von NGOs zwischen den „älteren“ und den „jüngeren“ Demokratien bestand trotz der Fortschritte weiterhin, wie auch ein Vergleich der Prioritäten der finnischen und estnischen CBSS-Präsidentschaften zeigt: während Finnland hier ausdrücklich eine Fortführung der NGO-Kooperation anstrebte und die Planung des vierten NGO-Forums unter estnischer Präsidentschaft begrüßte⁷⁶⁴, erwähnte Estland die NGOs in seinen Prioritäten nicht⁷⁶⁵. Eine Stärkung ihrer Position erforderte nun allerdings auch eine inhaltliche Professionalisierung, um die Politikempfehlungen einerseits sachlich angemessen und andererseits politisch vertretbar zu formulieren, wenn die NGO-Foren einen echten Beitrag zur Ostseekooperation leisten wollten.

NGOs als Zeichen einer aktiven Zivilgesellschaft waren im Ostseeraum eine Stärke der etablierten und hier vor allem der skandinavischen Demokratien. Die deutsche Ostseeratspräsidentschaft initiierte mit dem Lübecker Treffen eine institutionalisierte Zusammenarbeit der NGOs, konnte sich aber nicht überengagierter Regierungseingriffe enthalten, die das Konzept der NGO-Kooperation störten. Die Akzeptanz der NGOs in den neuen Demokratien des Ostseeraums war weitaus geringer. Dennoch gelang es über die NGO-Treffen des Ostseerats, NGO-Kooperation im Ostseeraum zu institutionalisieren und zu intensivieren und den Ostsee-NGOs eine Plattform und eine Stimme zu geben, was ein Beitrag für die demokratische Entwicklung aller Anrainerstaaten der Ostsee war.

⁷⁶⁴ Priorities of the Finnish Presidency of the CBSS in 2002-2003.

⁷⁶⁵ Priorities of the Estonian CBSS Presidency in 2003-2004. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/dbaFile3076.html>, 26.05.2004.

4.1.5 Die Ebene der BSPC

Demokratieentwicklung und Menschenrechte standen, obwohl sie im Hinblick auf die Umbruchsituation in den östlichen Ostseestaaten sehr elementar waren, aufgrund der Kontroversität des Themas auf der ersten Konferenz der Ostseeparlamentarier im Januar 1991 nicht auf der Tagesordnung⁷⁶⁶. Die zweite Konferenz vom 22.-24.04.1992 in Oslo entschied, Projekten, die unter anderem mit Demokratieentwicklung im Ostseeraum zu tun hatten, höchste Priorität zu verleihen, womit das Thema offiziell auch in den Themenkatalog der Ostseeparlamentarierkonferenz aufgenommen wurde⁷⁶⁷. Dies war nach dem konstruktiven Verlauf der ersten Konferenz und der allgemeinen Entspannung möglich geworden. Die Regierungen wurden in dieser Resolution aufgefordert, weiter Programme zur Verbesserung des wirtschaftlichen Status' und der Entwicklung der Stabilität der Demokratie zu unterstützen⁷⁶⁸. Die sehr allgemeine Formulierung dieser Aufforderung zeigt, wie wenig entwickelt das Thema zu diesem Zeitpunkt noch war.

Die Folgekonferenz vom 05.-06.05.1994 in Warschau ging da schon differenzierter vor. Sie sprach sich für den Erfahrungsaustausch als wichtiges Element der Demokratieförderung aus und konzentrierte sich auf die Förderung der Förderung von Selbstverwaltungen und lokaler Demokratie. Eine wichtige Rolle wurde auch der Zivilgesellschaft zugeschrieben, die Regierungen wurden aufgefordert, NGOs zu unterstützen⁷⁶⁹. Rassismus, Chauvinismus und Fremdenfeindlichkeit sollten auf allen Ebenen bekämpft werden. Diese Forderung wurde zusammen mit der nach Unterstützung von NGOs auf der vierten Konferenz vom 12.-13.09.1995 in Rønne wiederholt⁷⁷⁰. Die fünfte Konferenz im September 1996 hatte sich wiederum entschieden, die regionalen, lokalen und privaten Initiativen zur Förderung der Demokratie zu stützen und weiterhin gegen alle Formen von Fremdenfeindlichkeit zu kämpfen⁷⁷¹. Die Folgekonferenz nahm indirekt Bezug auf die Minderheitensituation in den baltischen Staaten und die damit verbundenen Konflikte mit Russland, indem sie generell die Regierungen dazu aufrief, die Rechte von Minderheiten zu achten und ihnen günstige

⁷⁶⁶ Väänänen, Pentti; Boedeker, Mika (Hrsg.): Parliamentary Conference on Co-operation in the Baltic Sea Area.

⁷⁶⁷ Conference Resolution adopted by the Second Parliamentary Conference on Co-operation in the Baltic Sea Area, S. 2.

⁷⁶⁸ „...call on the Governments of the participating countries to [...]

- further promote programmes directed to improve the quality of life and stable democratic development in the emerging democracies in the region,...

ebd.

⁷⁶⁹ Resolution der dritten Ostseeparlamentarierkonferenz vom 05.-06.05.1994 in Warschau, S. 1.

⁷⁷⁰ Resolution der vierten Ostseeparlamentarierkonferenz vom 12.-13.09.1995 in Rønne, S. 2.

⁷⁷¹ Resolution der fünften Ostseeparlamentarierkonferenz vom 10.-11.09.1996 in Riga. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/5th_BSPC_Resolution.pdf, 16.04.2008, S. 2.

Bedingungen zur Integration in die Gesellschaft zu bieten, um dadurch die Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu verbessern⁷⁷².

Eine neue Qualität der Beziehung zu NGOs beabsichtigte die siebte Konferenz der Ostseeparlamentarier, indem sie die Regierungen aufforderte, mit den NGOs zusammenzuarbeiten und dabei deren Bedingungen und Prioritäten zu achten⁷⁷³. Als dies nicht beachtet und durch das erste CBSS-NGO-Treffen sogar ad absurdum geführt wurde, wiederholte die zehnte BSPC- Konferenz vom 03.-04.09.2001 in Greifswald diese Forderung und fand für die beabsichtigte Einstellung der Regierungen eine starke Formulierung: *„underlining that the Region building process has to be based on a bottom-up approach, avoiding at the same time power structures misusing civil society engagement by means of a top-down approach“*⁷⁷⁴. Weiterhin entschied sich die Konferenz für eine intensiviertere Zusammenarbeit mit der CBSS-Kommissarin, was sich auch darin zeigte, dass sie ab sofort die Umsetzung der Konzepte von *Good Administration* und *Good Governance* unterstützen wollte. Demokratieentwicklung war also ein Thema, das bei der Ostseeparlamentarierkonferenz regelmäßig auftauchte, jedoch wurde es nicht vertieft. Möglicherweise waren für die Parlamentarier die Heimatparlamente eher der Ort, wo sie sich für dieses Thema einsetzen konnten.

4.2 Wirtschaftliche Kooperation und Verkehr

4.2.1 Die Ebene des Ostseerats

Das zentrale mit wirtschaftlicher Kooperation befasste Organ des Ostseerats war die *Working Group on Economic Cooperation* (WGEC). Im Mandat der Gruppe bekannte sich der CBSS zu seiner zentralen Rolle bei der Stimulation und Unterstützung regionaler wirtschaftlicher und technischer Kooperation, wobei die Konzentration der Arbeit wiederum auf Gebieten liegen sollte, die multi- und bilaterale wirtschaftliche Kooperation, europäische und privatwirtschaftliche Initiativen ergänzen und koordinieren⁷⁷⁵. Die Gruppe sollte Möglichkeiten und Probleme der wirtschaftlichen Kooperation des Ostseeraums identifizieren und benennen, infrastrukturelle Engpässe hinsichtlich der Verkehrswege, der Grenzübergänge

⁷⁷² Resolution der sechsten Ostseeparlamentarierkonferenz vom 15.-16.09.1997 in Gdansk. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/6.Resolution_97.doc, 16.04.2008, S. 3.

⁷⁷³ Resolution adopted by the 7th Parliamentary Conference on Cooperation in the Baltic Sea Region, S. 3.

⁷⁷⁴ Resolution der zehnten Ostseeparlamentarierkonferenz vom 03.-04.09.2001 in Greifswald. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/10.Resolution_01.pdf, 16.04.2008, S. 2 (Hervorhebung F.B.)

⁷⁷⁵ CBSS Working Group on Economic Cooperation (WGEC) – Terms of Reference.

und der Telekommunikation feststellen und Projekte zu deren Beseitigung entwickeln. Weitere Aufgaben waren die Entwicklung von Empfehlungen zur Vereinfachung des Handels durch die Harmonisierung von Grenz- und Transportbestimmungen und die Einführung internationaler Standards und auch zum Aufbau eines guten institutionellen und rechtlichen Umfelds für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe wurden von den nationalen Regierungen benannt.

Das erste Treffen der WG vom 22.-23.09.1993 formulierte drei konkretere Langzeitaufgaben: die von der WG einzunehmenden Rollen eines *Clearing-houses* regionaler Infrastrukturprojekte⁷⁷⁶, eines Forums für Informationsaustausch im wirtschaftlichen Bereich und eines Forums zur Mobilisierung politischer Unterstützung für wirtschaftliche Projekte von regionaler Bedeutung⁷⁷⁷. Schon das zweite Treffen der WG im Oktober 1993 wurde im wirtschaftlichen und sozialen Brennpunkt Kaliningrad abgehalten, so dass sich die Verantwortlichen ein Bild der Lage machen konnten. Da die ungenügende Infrastruktur zunächst als Hauptproblem identifiziert wurde, wurden zunächst Projekte der Verkehrs- und Energieinfrastruktur, wie die Via Baltica, intensiv diskutiert, um sie den Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) bezüglich der Planung der Finanzierung vorlegen zu können.

Am 04.11.1993 fand in Helsinki ein Sondertreffen der WG zusammen mit Verantwortlichen für Verkehr und Zoll statt, das das Problem der langen Wartezeiten bei der Grenzabfertigung im Allgemeinen und der Viae Baltica und Hanseatica im Besonderen thematisierte. Drei Problembereiche wurden isoliert, zunächst „Software-Probleme“ wie Informationsaustausch, standardisierte Kontrollmethoden, engere Kooperation der Behörden, dann „Hardware-Probleme“ wie mangelnde und veraltete technische Ausrüstung der Grenzposten, weiterhin politische Elemente wie internationales Engagement, diesen Problemen zu begegnen und das Abschließen der notwendigen internationalen Abkommen⁷⁷⁸. Auf diese Weise wurde die komplexe Problemlage zunächst analysiert, um aus diesen Informationen Lösungsansätze zu entwickeln. Die von der EU für die Entwicklung des Grenzregimes über das Programm PHARE vorgesehenen zehn Mio. ECU für die nächsten drei Jahre wurden begrüßt und Überlegungen angestellt, ähnliche Finanzierungen über das TACIS-Programm zu erreichen. Die Ministerrunde des CBSS wurde aufgefordert, ein klares Bekenntnis aller Mitgliedsstaaten zur Lösung der Probleme zu erreichen.

⁷⁷⁶ Die größten Infrastrukturprojekte waren zunächst die Via Baltica, eine Verkehrsstrasse von Helsinki über Tallinn, Riga, Kaunas nach Warschau und von dort nach Berlin oder Hamburg, um Anschluss an die westlichen Verkehrswege zu erhalten und die Via Hanseatica, die von Riga über Kaliningrad nach Gdansk verlaufen sollte. Damit wurde die WGEC auch zu einem wichtigen Kooperationsgremium der schon am 17.-18.3.1992 in Szczecin erstmals veranstalteten Konferenz der Verkehrsminister des Ostseeraums.

⁷⁷⁷ (1993-1994) Report of the Working Group on Economic Cooperation. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/csoannualreport/dbaFile531.html>, 07.01.2006.

⁷⁷⁸ ebd.

Vom 02.-03.12.1993 fand ein Treffen der WG mit dem CSO und Repräsentanten der Weltbank, der EBRD, der EIB und der NIB in Tallinn statt. Hier berichteten die IFIs von ihren Erfahrungen bei der Finanzierung vergangener Projekte und ihren daraus abgeleiteten Strategien für die Zukunft, der CSO stellte Gebiete konkreter, möglicher Infrastrukturprojekte vor und die Rolle des CBSS bei deren Umsetzung wurde diskutiert. Außerdem wurden von den IFIs konkrete Finanzierungsprogramme vorgestellt. Auch die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen dem CBSS und den IFIs wurde diskutiert. Auf diese Weise wurden nicht nur Geldgeber und Projekte aneinander vermittelt, sondern auch ein großer Informationspool angelegt und Routinen der Zusammenarbeit zwischen dem CBSS und den IFIs entwickelt. Zudem wurde die Aufmerksamkeit für konkrete regionale Projekte, wie zum Beispiel die *Viae Baltica* und *Hanseatica*, gestärkt. Auf die Einladung der BCCA hin fand das dritte Treffen im März 1994 in Kiel in Verbindung mit den *Hansa Business Days* statt, wobei die Kontakte zur regionalen Wirtschaft vertieft und der Beginn der Umsetzung der Entscheidungen der wirtschaftlichen Kooperation analysiert werden konnten. Vertreter von CSO, WGEC und BCCA diskutierten hier weitere Wege zur Stimulierung der Wirtschaft und es wurde festgestellt, dass das von der BCCA im Auftrag des CSO angefertigte „*Memorandum on Lifting Trade Barriers in the Baltic Sea Region*“ entsprechende Reaktionen der nationalen Regierungen bewirkt hatte⁷⁷⁹. Neben diesen Treffen hatte es Finnland unternommen, ein Inventar der Ostseehäfen und ihrer Kapazitäten zusammenzustellen, was der Ausgangspunkt weiterer Aktionen auf diesem Gebiet werden sollte.

Unter schwedischem Vorsitz wurden 1995-1996 insgesamt sechs Treffen der WGEC abgehalten, im November 1995 parallel mit der dritten Konferenz der BSSSC in Vasterås und im März 1996 parallel mit den *Hansa Business Days* in Tampere, was die Vernetzung sowohl mit politischen als auch mit wirtschaftlichen Gremien vertiefte. Schweden als Vorsitz hatte 1995-1996 zwei Seminare veranstaltet, im September 1995 zu Handelsgesetzgebung und im Juni 1996 zu Belangen der Landreform⁷⁸⁰. Eine wichtige Zäsur dieser Zeit war jedoch das erste Treffen der Wirtschaftsminister vom 24.-25.08.1995 in Helsinki, was zunächst nur ein informelles Treffen auf die Einladung des finnischen Ministers Antti Kalliomäki war⁷⁸¹. Die Themen waren naturgemäß die bekannten: für die Bewertung der wirtschaftlichen Gesamtsituation wurde die Untermauerung der Prognosen durch gezielte Forschung gefordert, die wirtschaftliche und industrielle Kooperation wurde zwar auf dem richtigen Weg gesehen,

⁷⁷⁹ 1993-1994 Annual Report from the CBSS Committee of Senior Officials (CSO).

⁷⁸⁰ 1995-1996 Report of the Working Group on Economic Cooperation. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/4swedish/csoannualreport/dbaFile520.html>, 07.01.2006.

⁷⁸¹ Informal meeting of Ministers in Charge of Industry and Economic Cooperation in the Baltic Sea Region, Helsinki, 24-25 August 1995. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/4swedish/dbaFile4196.html>, 26.05.2004.

Defizite seien aber wieder im Bereich der Forschung und der Informationsbasis generell vorhanden. Weiterhin sollte die Kooperation verstärkt werden, ebenso wie das Engagement der EU. Die Grundlagen der internationalen Verträge zur Vereinfachung des Handels wurden als gelegt betrachtet, die Abkommen sollten nun auf andere Gebiete des Handels ausgeweitet werden. Weitere Grundforderungen zur Vereinfachung des Handels waren die Weiterentwicklung der Kooperation in allen Bereichen der Ostsee, die weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als Hauptimpuls zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, die Weiterführung der Tätigkeit der WGEC, Handelshindernisse des Ostseeraums zu analysieren und zu beseitigen und die Vernetzung aller Wirtschaftsinstitutionen durch die Entwicklung einer funktionierenden Informationsinfrastruktur unter Einbezug der EU-Förderprogramme. Weitere Themen waren die Verbesserung der rechtlichen Investitionsbedingungen und die Infrastruktur.

Im Ergebnis dessen sowie des späteren Ostseestaatsgipfels von Visby und des Aktionsprogramms von Kalmar formulierte sich die WGEC ein Aktionsprogramm für den Zeitraum 1996-1997. An erster Stelle stand hier wiederum die Beschleunigung der Grenzformalitäten. Hierfür wurde die Einrichtung einer zentralen Behörde zur Überwachung der Probleme und Fortschritte in diesem Gebiet für wichtig erachtet. Die Arbeit an den transeuropäischen Verkehrskorridoren sollte beschleunigt werden, die Via Hanseatica wurde namentlich als Priorität erwähnt. Die Kooperation im Energiebereich sollte intensiviert und die Landreform einschließlich der Privatisierung und Registrierung des Eigentums und die Erstellung digitaler Karten vorangetrieben werden. Die wichtige Rolle der IFIs hierbei wurde betont. Zu diesen einzelnen Themen wurden Treffen mit Experten abgehalten. Im Bereich der Abfertigungsdauer an Grenzübergängen wurde festgestellt, dass die bereits unternommenen Schritte trotz einzelner Erfolge keine grundlegende Verbesserung der Lage erreichen konnten⁷⁸² und der Grenzübertritt weiterhin zu zeitaufwändig und teuer und damit ein ernstes Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung sei. Die Gesetzgebung sei in den meisten Staaten kompatibel mit der der EU-Staaten, allerdings noch nicht überall in Kraft getreten. Zudem seien die neuen Regeln und Klassifikationen zwar weitgehend etabliert, würden aber nicht vom Grenzpersonal angewendet, Bestechlichkeit und andere illegale Aktivitäten kämen hinzu, so dass eine effektive Organisation und qualifiziertes Personal die wichtigsten Maßnahmen wären. Großer Einsatz der nationalen Behörden wurde zur Beseitigung dieser Probleme als maßgeblich angesehen. Um dies zu effektivieren, benannte jeder Mitgliedsstaat

⁷⁸² Annual report of the WGEC for the period September 1996 - June 1997, 27.05.1997. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/5latvian/csoannual/dbaFile3100.doc>, 05.09.2007, S. 3.

bis zum Ende 1996 eine nationale Behörde, die für die gesamte Problemlage an den Grenzübergängen verantwortlich sein sollte.

Der Ausbau der Verkehrskorridore wie der Via Baltica war weitestgehend im Zeitplan fortgeschritten, hier wurde auf die Vielzahl anderer Organisationen auf europäischer Ebene verwiesen, die mit der Umsetzung der Pläne befasst waren⁷⁸³. Grundsätzlich wurde darauf hingewiesen, dass Diskriminierungen auf Grund der Nationalität zu Gunsten eines fairen Wettbewerbs unterbleiben sollten. Die Kalmar-Ziele im Bereich der Energie waren ebenfalls umgesetzt worden, wie viele abgeschlossene und in Bearbeitung befindliche Studien zur Verbindung der Strom- und Gasnetze zeigten. Weiterhin wurden Studien zum Bau neuer Ölpipelines erwogen. Auch hier wurde wieder darauf hingewiesen, durch angemessene Gesetzgebung Diskriminierungen zu vermeiden und es wurde zur raschen Ratifizierung des *Energy Charter Treaty* aufgerufen. Hinsichtlich der SMEs wurden die Bemühungen zum Einbezug ihrer Belange in die Wirtschaftspolitik, dem Aufbau von effektiven Unterstützungszentren als noch am Anfang befindlich angesehen, auch im Bereich der schon länger bestehenden Marktwirtschaften⁷⁸⁴.

Im Bankensektor lagen sehr unterschiedliche Problemlagen und Lösungsansätze vor. Trotz großer Fortschritte waren Banken weiterhin wenig an wirtschaftlichen Unternehmungen beteiligt, daher war die Stärkung der Vertrauenswürdigkeiten der Banken durch angemessene Gesetzgebung, Regeln und Überwachungsgremien nötig. Die generelle Wirtschaftsgesetzgebung war ein weiteres Thema, die Notwendigkeit von Verlässlichkeit, Kompatibilität, Transparenz und Nicht-Diskriminierung wurde betont und für die kommenden Jahre sollten die Anstrengungen fortgesetzt werden. Dass hier noch viel im Argen lag, zeigte, dass man sich zunächst auf eine Reihe von Schlüsselprioritäten einigen wollte, die auch für Russland, das hier extra erwähnt wurde, gelten sollten⁷⁸⁵. Die Komplexität des Institutionenaufbaus, technologischen Ausbaus der Katasterämter und der entsprechenden Gesetzgebung zum Erwerb und Besitz von Grund und Boden hatte trotz Fortschritten Verzögerungen in diesem Bereich verursacht. Ein Land behindere den Fortschritt durch „...*the...enormous size of the problems...*“⁷⁸⁶. Auch die Raumplanung sei erst in ihren Anfängen. Im Bereich der wirtschaftlichen Beziehungen war das Kalmar-Ziel, den *Most-Favoured-Nation* (MFN)-Status als den Minimalstandard der Handelsbeziehungen im Ostseeraum durchzusetzen, erreicht mit der Ausnahme, dass Russland Estland diesen Status noch nicht verliehen hatte. Freihandelsabkommen für nichtlandwirtschaftliche Produkte

⁷⁸³ ebd., S. 4f.

⁷⁸⁴ ebd., S. 5.

⁷⁸⁵ ebd., S. 6.

⁷⁸⁶ ebd., S. 6.

waren weitgehend in Kraft, zwischen einigen Staaten auch für landwirtschaftliche Produkte. Nach den Bestimmungen des PCA zwischen der EU und Russland wollte man 1998 mit Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen beginnen. Außer den baltischen Staaten und Russland waren alle Ostseeanrainer auch mittlerweile in die WTO aufgenommen worden. Bis zum April 1997 hatten alle Staaten wie vereinbart nationale Stellen benannt, die den *Business Advisory Council* (BAC) bilden sollten, so dass er auf einen CSO-Beschluss hin im Mai 1997 seine Arbeit aufnahm.

Auch im Turnus 1997-98 stand weiter die Umsetzung der Kalmar-Ziele im Vordergrund. Im Bereich der Telekommunikation als Teil der Infrastrukturentwicklung konnten größere Fortschritte erreicht werden, jedoch fehlte weiterhin vielerorts ein klarer rechtlicher Rahmen und die Liberalisierung des Marktes. In einigen Ländern herrschte weiterhin eine Monopolsituation vor, die durchbrochen werden sollte⁷⁸⁷. Im Bereich der grenzüberschreitenden Kooperation unterrichtete ein Vertreter der EU über die Aktivitäten unter den Programmen PHARE und TACIS, wobei Delegationen einiger Ostseestaaten die Notwendigkeit von mehr ländlichen Programminitiativen betonten. Im Bereich der SMEs wurde festgestellt, dass Langzeitkredite weiterhin für kleine und mittlere Unternehmen schwer erreichbar waren und neue Kreditlinien dies ändern sollten. Zudem sollten neue, besser austarierete Garantiesysteme eine gleichmäßige Verteilung des Risikos bewirken und die SMEs so entlasten. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Sonderzonen, die von Polen, Litauen, Lettland und vor allem Russland für Kaliningrad geplant wurden, wurden die Staaten ermahnt, diese im Einklang mit den Verträgen mit der EU zu gestalten, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden⁷⁸⁸.

Parallel dazu wurde die Arbeit an einer gemeinsamen Vermarktungsstrategie der Ostseestaaten, die im letzten Turnus begonnen worden war, über Forschungsprojekte, die den makroökonomischen Zusammenhalt der Region aufzeigen sollten, fortgesetzt. In diesem Zusammenhang wurde eine größere Vernetzung der relevanten Forschungseinrichtungen des Ostseeraums gefordert, da einige Institute parallel ähnliche Studien unternahmen⁷⁸⁹. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit anderen einschlägigen Organisationen ist die *Baltic Sea Customs Conference* (BSCC), eine Konferenz höherer Beamte der CBSS-Staaten mit dem Fokus auf der Verbesserung der Grenzabfertigung, zu nennen, bei der die WGEC deutlich eine Verbesserung der Grenzabfertigung forderte wie auch eine eindeutige Verteilung der Kompetenzen zwischen den einzelnen an den Grenzen zuständigen Behörden. Der neu

⁷⁸⁷ Working Group Economic Cooperation, Annual report for the period July 1997 – June 1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/csoannual/dbaFile3104.rtf>, 06.09.2007.

⁷⁸⁸ ebd.

⁷⁸⁹ ebd.

gegründete BAC nahm an den Treffen der WGEC teil und wirkte als Vertreter der Wirtschaft beratend. Er wurde aufgefordert, zum nächsten Staatsgipfel ein Memorandum über die Situation der Wirtschaft im Ostseeraum vorzulegen, das auch der Arbeit der WGEC eine Richtschnur werden sollte.

Dieses Memorandum vom Januar 1998 thematisierte die trotz der Bemühungen weiter in unveränderter Stärke existierenden Probleme an den Grenzübergängen, bedauerte, dass für die Wirtschaft relevante rechtliche Veränderungen nicht rechtzeitig bekannt gemacht worden waren und sprach sich für eine stärkere Überwachung der Grenzbeamten, für eine verbesserte Ausbildung der Zöllner über die verstärkte Nutzung des nach der *Pre-Accession-Strategy* verfügbaren Ausbildungsprogramms MATTHEUS und für den verstärkten Einsatz von Informationstechnologien aus und betonte die Notwendigkeit der Verfügbarkeit offizieller Übersetzungen wenigstens der wichtigsten Grenzregulierungen⁷⁹⁰. Weiterhin sah der BAC in der organisierten Kriminalität eine große Gefahr für den legalen Handel, an der Grenze sei die häufig geringe Entlohnung der Beamten ein Element, das die Bestechlichkeit fördere. Ein weiteres großes Problem der wirtschaftlichen Integration wurde in der teilweise diskriminierenden Besteuerung ausländischer Firmen gesehen und zu einer Harmonisierung der Steuersysteme der Ostseestaaten aufgerufen. In diesen Bereich gehörte auch der Hinweis, dass eine schnelle und komplette Akzeptanz ausländischer Banken in allen Staaten nötig sei, um Investitionen zu erleichtern. Wichtig war auch der Ausbau konkret genannter Verkehrswege, in Deutschland der Bau der Küstenautobahn A 20 und einer Elbequerung westlich Hamburgs⁷⁹¹. Trotz dieser im BAC-Bericht beschriebenen durchaus schwerwiegenden Problemlagen ließ sich der Staatsgipfel von Riga im Januar 1998 nicht zur Formulierung neuer Initiativen oder zur Ausübung besonderen Drucks auf die Verantwortlichen bewegen, vielmehr wurde in den Handel und Investitionen behandelnden Teilen der Gipfelerklärung der eingeschlagene Kurs ohne eine Forderung zur Verstärkung der Bemühungen bestätigt⁷⁹².

Die Hauptziele der Jahresvorgaben 1997-98 der WGEC konnten also erreicht werden, wenn auch, wie das BAC-Memorandum zeigt, die Probleme teilweise weit von ihrer Lösung entfernt waren. Ein diese Grundtatsache wiederholender Hinweis im Bericht der WGEC, dass die Mitgliedsstaaten selbst für die Umsetzung der Beschlüsse verantwortlich seien, zeigt zudem, dass Verzögerungen eingetreten waren. Vom 19.-20.03.1998 fand in Gdansk das

⁷⁹⁰ Memorandum of the Baltic Sea Business Advisory Council BAC "On request for action by Government" on the occasion of the Summit of the Heads of Government of the Baltic Sea States convening in Riga on January 22-23, 1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/summits/riga1998/dbaFile561.html>, 26.05.2004.

⁷⁹¹ ebd.

⁷⁹² Presidency Declaration, Baltic Sea States Summit Riga, 22-23 January 1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/summits/riga1998/dbaFile562.html>, 26.05.2004.

zweite Treffen der CBSS-Wirtschaftsminister statt, die sich zufrieden über die Fortschritte seit ihrem ersten Treffen 1995 zeigten und die Integration im Ostseeraum als wichtigen Beitrag zur Europäischen Integration bezeichneten⁷⁹³. Dies bestätigte sich auch darin, dass auf diesem zweiten Treffen auch die Europäische Kommission und die EBRD repräsentiert waren. Die Bemühungen der BCCA und des BAC, bessere Kommunikation zwischen der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung zu initiieren, wurden begrüßt⁷⁹⁴. Die politische Aufmerksamkeit, die den SMEs gewidmet wurde, hatte gerade begonnen zu wachsen, wie die Anerkennung der hohen Bedeutung dieser Unternehmen zeigte und die Absichtserklärung, sie und ihre Belange nunmehr in allen wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu berücksichtigen. Im Hinblick auf die Handels- und Investitionshindernisse erging wiederum ein Aufruf, diese durch Anpassung an internationale und europäische Standards zu beseitigen. Wie viel hier jedoch noch unklar war, zeigte, dass die Wirtschaftsminister zu ihrem nächsten Treffen überhaupt erst Studien zu Wegen der rechtlichen Harmonisierung und zu Zertifizierungen anforderten⁷⁹⁵.

Ein neues Thema der Ministerkonferenz war die Energieversorgung, die als grundlegend anerkannt wurde. Diesbezüglich wurde die beginnende Kooperation der Energieminister des Ostseerats ebenso wie die Fertigstellung der Machbarkeitsstudie zur Einrichtung des *Baltic Electricity Ring*, eines geschlossenen Stromnetzwerks um die gesamte Ostsee herum, begrüßt. Im Bereich der Hoch- und Informationstechnologie forderten die Minister eine stärkere Kooperation von Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen der Region. Für eine detaillierte Evaluation der Situation sollten die Minister ihre Behörden anweisen, die wirtschaftlichen Probleme innerhalb und außerhalb der Ostseeregion, auch mit EU-Institutionen, zu inventarisieren, zu untersuchen und in der zweiten Hälfte des Jahres 1998 Bericht darüber zu erstatten⁷⁹⁶.

Kurz nach dem Wechsel des CBSS-Vorsitzes von Dänemark zu Litauen im Sommer 1998 fand vom 09.-10.07.1998 auf litauische und schwedische Einladung ein Sondertreffen der

⁷⁹³ 2nd CBSS meeting of Ministers in Charge of Industry and Economy - Gdansk (1998). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/dbaFile4195.html>, 10.09.2007.

⁷⁹⁴ Hier wird in der gewählten Formulierung die Überinstitutionalisierung deutlich: „The Ministers noted with satisfaction the activities of the *Baltic Chambers of Commerce Association* (BCCA) in establishing better communication between the business community and public administration of the region, as well as of the *Baltic Business Advisory Council* (BAC) which is providing the respective institutions of the region with the opinions of the business community on economic development (opportunities, bottlenecks).“ Indem die Formulierungen der Verdienste von BCCA und BAC letztlich mit der Vertretung der Interessen der Wirtschaft bei Entscheidungssträgern der Politik auf dasselbe Aktivitätenspektrum hinauslaufen. ebd.

⁷⁹⁵ ebd.

⁷⁹⁶ ebd.

Wirtschaftsminister allein zur Thematik der SMEs statt⁷⁹⁷. Die Empfehlungen des Treffens griffen eine Initiative der BCCA auf, wonach der Aufenthalt an Grenzen für Waren im Jahr 2000 höchstens zwei Stunden betragen sollte. Dieser Richtwert war zur Schärfung der Aufmerksamkeit durch die BCCA bewusst übersteigert formuliert worden⁷⁹⁸. Weiterhin sollten Qualitätsstandards bei der Grenzabfertigung umgesetzt, Hindernisse, die der Wirtschaft aus überregulierter Verwaltung entstanden, abgebaut, die Gesetzgebung harmonisiert werden und die Staaten wurden aufgerufen, möglichst schnell der OECD-Konvention gegen Korruption beizutreten. Die Europäische Kommission wurde aufgerufen, den Zugang zu ihren Förderprogrammen zu vereinfachen. BCCA und BAC sollten gemeinsam Wege finden, Informationspools der Wirtschaft zu vernetzen und ihre Zugänglichkeit zu verbessern. Der Bankensektor wurde aufgefordert, seine Aktivitäten zur Unterstützung von SMEs zu verbessern und besser zu koordinieren. In dem Zusammenhang wurde die Notwendigkeit nationaler Knotenpunkte für die Unterstützungsaktivitäten von SMEs betont⁷⁹⁹.

Unter litauischem Vorsitz setzte die WGEC im Turnus 1998-1999 in sechs Treffen die Bearbeitung der bekannten Themen fort. Es wurde festgestellt, dass in Polen und den baltischen Staaten das Investitionsklima generell gut sei, weitere Verbesserungen aber höhere Investitionen erreichen könnten⁸⁰⁰. Als eines der größten Handelshindernisse wurden Zertifizierungen genannt, deren Bedingungen national sehr unterschiedlich ausfielen. Die WGEC organisierte ein Expertentreffen, das Empfehlungen für Reforminhalte machte und zu größerer Kooperation in diesem Gebiet aufrief, zum Beispiel durch die Einrichtung eines Netzwerks der zuständigen Stellen, um den Informationsfluss zu beschleunigen. Zur Handelsgesetzgebung wurden Seminare abgehalten, um Informationen für die Transformationsländer bereitzustellen, und von Schweden ein Fragebogen zu Detailfragen angefertigt und ausgehändigt, der die Situation untersuchen sollte. Hinsichtlich der Grenzabfertigung wurde die BSCC aufgefordert, klare Qualitätskriterien und ein zu erreichendes Zeitlimit zu etablieren, um eine Orientierung zur Bewertung der Fortschritte zu setzen. Weiterhin wurde beschlossen, einen Bericht zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen des *Hansa Business Summits* anzufertigen. Da solche Handelshindernisse meist legislativer Natur waren, wurde zur größtmöglichen Transparenz die Anfertigung einer

⁷⁹⁷ Ministerial Meeting on Trade and Investments of SMEs in the Baltic Sea Region, Vilnius, July 9-10, 1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/7lithuanian/dbaFile4194.html>, 26.05.2004.

⁷⁹⁸ Zeitzeugeninterview mit Wolf-Rüdiger Janzen, S. 8.

⁷⁹⁹ Ministerial Meeting on Trade and Investments of SMEs in the Baltic Sea Region, Vilnius, July 9-10, 1998.

⁸⁰⁰ Annual Report of the Working Group in Economic Co-operation (WGEC). Council of the Baltic Sea States, July 1998-June 1999. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/7lithuanian/csoannual/dbaFile469.html>, 07.01.2006.

Studie zu Normen, Regeln und Institutionen des Wirtschaftsbereichs im Ostseeraum als ein Handbuch empfohlen.

Hinsichtlich der SMEs wurde in Durchführung der Empfehlungen des letzten Wirtschaftsministertreffens am Aufbau eines Informationsnetzwerks gearbeitet und im Dezember 1998 gab es das erste Expertentreffen zur Erstellung einer Internetseite für Informationsdienste für SMEs statt. Zudem fanden Konferenzen der Unterstützungsagenturen für SMEs statt, um auch hier eine Vernetzung zu erzielen⁸⁰¹.

Bei der Raumplanung wurde durch einen Vertreter der VASAB 2010 berichtet, dass die Hauptschwierigkeit die schlechte Kompatibilität der einzelnen EU-Förderprogramme darstellte. Die Hauptunterschiede zwischen INTERREG IIC und PHARE/TACIS betrafen die Themen, zulässigen Gebiete, die Dauer sowie Bewerbung und Auswahl, so dass eine kombinierte Finanzierung sehr erschwert würde. Vorschläge zur Lösung der Situation wurden erarbeitet und dem CSO zugestellt. Parallel zu diesen Überlegungen wurde auch diskutiert, welche Rolle der CBSS und die WGEC innerhalb der entstehenden EU-Politik der Nördlichen Dimension (*Northern Dimension Initiative* (NDI)) spielen sollten, ohne dass zunächst abschließende Lösungen gefunden wurden. Ein lettischer Vorschlag zur Einrichtung eines Netzwerks gegen Korruption innerhalb der WGEC wurde abgelehnt, um unnötige Institutionenbildung zu vermeiden. Stattdessen wurde diese Aufgabe an die WGDI und die TF-OC weitergegeben⁸⁰². Die Verbindung zum BAC des Ostseerats hatte sich unterdessen immer intensiviert und das BAC hatte wertvolle Beiträge in die Diskussionen einfließen lassen⁸⁰³. Parallel wurde weiterhin eine intensive Vernetzung mit anderen Wirtschaftsgremien betrieben wie der OECD, der IBRD, dem *Barents Euro-Arctic Council* (BEAC) und anderen. Im Verkehrssektor wurden die Fortschritte beim Ausbau der Infrastruktur anerkannt, jedoch wurden weitere Investitionen angemahnt, um dem steigenden Verkehrsaufgebot des Ostseeraums gerecht zu werden.

Im Turnus 1999-2000 war ein wichtiger Teil der Arbeit der WGEC der Vorbereitung des Treffens der Wirtschaftsminister im Februar 2000 in Bergen gewidmet⁸⁰⁴. Hinsichtlich der erwähnten Studie zu Handelsgesetzen im Ostseeraum wurde eine Machbarkeitsstudie durch einen Vertreter der Wirtschaftsschule Helsinki vorgestellt, die diese Studie durchführen sollte. Finnland übernahm hierfür die Verantwortung. Nachdem die Bedingungen der anderen

⁸⁰¹ ebd.

⁸⁰² ebd.

⁸⁰³ ebd.

⁸⁰⁴ Annual Report CBSS Working Group on Economic Co-operation, July 1999 - June 2000. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/8norwegian/reportco/bergencsoannualreportannex1wgec.doc>, 07.01.2006, S. 2.

Transformationsstaaten im vergangenen Turnus erörtert worden waren, veranstaltete der CBSS zusammen mit der OECD im September 1999 in St.Petersburg ein Seminar zu Investitionsbedingungen in Nordwestrussland. Neu auf der Themenliste war der Schutz geistigen Eigentums, ein Seminar im Mai zu diesem Thema hatte die Einrichtung einer Einsatzgruppe zum Schutz geistigen Eigentums zur Folge, die mit der Durchsetzung der entsprechenden Rechte befasst wurde. Um das Gebiet der Zertifizierungen und Standards zu bearbeiten, wurde eine mit dem BEAC gemeinsame Task Force gegründet.

Hinsichtlich der Grenzabfertigungen unterstützte die WGEC das Projekt der BCCA, eine maximale Bearbeitungsdauer von zwei Stunden im Jahr 2000 durchzusetzen⁸⁰⁵. Die Arbeiten an der Internetseite zur Information der SMEs wurden fortgesetzt und eine Fertigstellung für Ende 2000 erwartet.

Das dritte und bis dahin größte Treffen der Wirtschaftsminister fand vom 07.-08.02.2000 in Bergen statt. Neben den Ostseestaaten und dem Repräsentanten der EU waren hier auch die Beobachter Frankreich, Italien, Portugal, Großbritannien, Ukraine, USA sowie BAC, BCCA, BEAC, BSSSC, OECD und UBC vertreten⁸⁰⁶, ein deutlicher Beweis der gestiegenen Rolle zum einen dieses Ministergremiums, zum anderen des Ostseerats insgesamt. Die Minister begrüßten hier die beschriebenen Anstrengungen und Fortschritte und verabschiedeten den *Bergen Action Plan*, einen Aktionsplan, der die Kooperationsbemühungen inhaltlich bündelte und Ziele für die kommenden Jahre formulierte. Die Prioritäten waren hierbei die Verbesserung der Grenzabfertigung von Waren, die Harmonisierung von Standards und Zertifikaten, der Kampf gegen Korruption, der Schutz geistigen Eigentums, die Schaffung eines günstigen Geschäftsklimas für SMEs und die NDI sowie die regionale Kooperation an sich, also keine neuen, sondern vielmehr schon länger bestehende Themen. Neu waren gewisse Zielvorgaben von dieser Regierungsebene aus wie zum Beispiel bei der Grenzabfertigung, die Ende 2001 an allen Grenzübergängen für Güter unter zwei Stunden liegen sollte, eine aus dem Misserfolg geborene Variante der Initiative der BCCA, die dieses Ziel schon für Ende 2000 angestrebt hatte⁸⁰⁷. Die Minister kamen überein, die nationalen Anstrengungen insbesondere in der BSCC zu verstärken. Bei der Harmonisierung der Standards war das Ziel weniger substanziell, man kam überein, noch 2000 einen Aktionsplan zur Erarbeitung von Methoden der Konformitätsbewertung bei zum Beispiel Tests, Zertifizierungen und Marktüberwachung vorzulegen. Die Stärkung der Kooperation bei der Korruptionsbekämpfung wurde weiterhin als Ziel angegeben, die anvisierten Aktionen fielen

⁸⁰⁵ ebd., S. 2.

⁸⁰⁶ Ministerial Conference on trade and economic co-operation in the Baltic Sea region, Bergen 7-8 February 2000, Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/dbaFile4195.html>, 26.05.2004.

⁸⁰⁷ ebd.

jedoch mit einer Bestätigung der Zusammenarbeit von CBSS und OECD in dieser Frage und der Begrüßung der Entwicklung eines *Baltic Integrity Programmes* recht verhalten aus⁸⁰⁸. Jedoch wurden alle Staaten gedrängt, der *Convention on Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business Transactions* beizutreten, um Korruption in diesem Bereich einzudämmen. Im Bereich des Schutzes des geistigen Eigentums sollte nach einem für den Mai in Schweden geplanten Seminar zum Thema eine ad hoc-Arbeitsgruppe eingerichtet werden, die die Umsetzung angemessener Regelungen vorantreiben sollte. Die Netzwetkbildung zwischen regionaler Politik und Wirtschaftsunterstützern sollte betrieben und der Zugang zu Informationen für SMEs erleichtert werden. In diesem Zusammenhang wurde die Fertigstellung einer Internetseite balticmarket.org, einer seit Mitte der 1990er Jahre bestehenden Initiative der BCCA, für Ende 2000 angestrebt. Hinsichtlich der NDI wurden die regionalen Organisationen aufgefordert, aktiv an der Ausarbeitung des NDAP teilzunehmen. Die zwischen den WGEC von CBSS und BEAC eingegangene Vernetzung wurde begrüßt. Die WGEC begann außerdem, vor dem Hintergrund einer sich abzeichnenden EU-Osterweiterung, mit einer Überarbeitung ihrer Arbeitsstrukturen. Die Zusammenarbeit mit der OECD im Kampf gegen Bestechung und Korruption wurde ausgeweitet, Lettland wurde der verantwortliche Mittler zwischen beiden Organisationen. In diesem Zusammenhang sprach sich die WGEC dafür aus, der OECD den Status des *Special Participant* beim Ostseerat zu verleihen. Auch insgesamt wurde die Vernetzung mit themenverwandten Organisationen des Ostseeraums fortgesetzt. Die Zusammenarbeit mit dem BAC war intensiviert worden und sollte sich noch intensiver entwickeln, mit der OECD wurden Konferenzen unter anderem gegen Korruption veranstaltet und mit der WGEC des BEAC sollte es ab sofort ein gemeinsames Treffen jährlich geben, um Synergieeffekte zu erzeugen.

Im Turnus 2000-2001 wurde vor allem der Umsetzung des Bergen-Aktionsplans des Treffens der Wirtschaftsminister Priorität verliehen⁸⁰⁹, zu der dem CBSS-Außenministertreffen in Hamburg 2001 ein Umsetzungsbericht vorgelegt wurde. Im Bereich der Grenzabfertigungen waren an manchen Grenzen Fortschritte durch Anwendung vereinfachter Prozeduren und verbesserter Infrastruktur gemacht worden, an anderen behinderte der finanzielle Mangel die Entwicklung, Workshops und Seminare zum Thema waren durchgeführt worden⁸¹⁰. Bei der Zertifizierung hatte die zuständige ad hoc-Arbeitsgruppe große Probleme. Nicht nur, dass bis

⁸⁰⁸ ebd.

⁸⁰⁹ Annual Report CBSS Working Group on Economic Co-operation (WGEC), July 2000 - June 2001. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/9german/reportso/dbaFile378.html>, 07.01.2006.

⁸¹⁰ Progress report on the 'Bergen Action Plan' to the 10th ministerial session of the CBSS, Hamburg 7 June 2001. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/9german/10thministerialsession/annualreports/dbaFile295.html>, 09.01.2007.

Mai 2001 nur sechs Mitgliedsstaaten beigetreten waren und sie im Bericht zu aktiverer Arbeit aufgerufen werden mussten, es hatte auch keine substantiellen Fortschritte gegeben, vor allem auf Grund der Schwierigkeit, die Gebiete, die noch nicht von anderen Institutionen bearbeitet wurden und wo Mehrwert zu erzielen war, zu definieren⁸¹¹.

Im Bereich der Korruptionsbekämpfung hatte man große Anstrengungen auf der Suche nach einer Finanzierung des *Baltic Integrity Programmes* bei PHARE, TACIS und anderen Fonds unternommen, jedoch nur mit geringem Erfolg. Auf eine Entscheidung der TF-OC hin wurde Polen mit der Verantwortung des Betriebs einer Clearing-Stelle aller Anti-Korruptionsmaßnahmen betraut⁸¹². Im September 2000 trat Polen der *Convention on combating bribery of foreign public officials in international business transactions* bei, wodurch alle damaligen OECD-Mitglieder der Konvention beigetreten waren. Die baltischen Staaten und Russland hatten ihr Interesse bekundet, demnächst auch beizutreten, jedoch war die OECD im Verzug, die im September eingereichten Fragebögen der baltischen Staaten zu untersuchen, die nach einer positiven Prüfung auch der Konvention beitreten könnten.

Hinsichtlich des Schutzes geistigen Eigentums waren einige Seminare und Workshops durchgeführt worden und die zu diesem Thema eingerichtete Einsatzgruppe sammelte Informationen zur Einrichtung einer Internetseite mit Informationen zum Thema. Mit einer kleinen Verspätung wurde die SME-Informationssseite *balticmarket.org* im März 2001 auf einer Konferenz in Berlin vorgestellt. Generell konnte der Bericht also Fortschritte bei der wirtschaftlichen Kooperation feststellen, er zeigte aber auch, dass eine Erhöhung der politischen und finanziellen Anstrengungen unerlässlich war⁸¹³. Die Debatte um den Status des CBSS im Verhältnis zur EU wurde, orientiert an der NDI, weitergeführt⁸¹⁴.

Am Ende des Turnus legte der BAC dem Außenministertreffen von Hamburg wiederum ein Memorandum vor, das vor allem die NDI und die Situation an Grenzübergängen behandelte. Hinsichtlich der NDI wurde mit Bedauern festgestellt, dass die Unterstützung des Handels entgegen ursprünglichen Vorstellungen thematisch immer mehr in den Hintergrund getreten war und das, obwohl er geeignet war, nützliche Eigendynamiken der Kontaktfindung und –pflege auszulösen⁸¹⁵. Dies wurde besonders schwerwiegend bewertet, weil Russland bislang wenig in die Wirtschaft des Ostseeraums integriert war, zum Beispiel kaum Fertigwaren exportierte. Der BAC rief den CBSS auf, sich dafür einzusetzen, dass Handel und Investition

⁸¹¹ ebd.

⁸¹² ebd.

⁸¹³ ebd.

⁸¹⁴ Annual Report CBSS Working Group on Economic Co-operation (WGEC), July 2000 - June 2001.

⁸¹⁵ Business Advisory Council. Report and Message. Council of the Baltic Sea States, 10th Ministerial Session (Hamburg, 7 June 2001). Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/11cbssministerialsession/dbaFile1176.doc>,
09.01.2006.

innerhalb der NDI wieder aufgewertet und zudem Bemühungen zur besseren Koordination der NDI-Projekte und NDI-Finanzierungsquellen begonnen würden. Die Situation an den Grenzübergängen sei sehr unterschiedlich, Gebiete mit starken Entwicklungen stünden anderen gegenüber, die praktisch keine Fortschritte gemacht hätten. Die Gründe seien weiterhin unangemessene Ausrüstung und Vorgehensweisen, schlecht ausgebildetes Personal und Korruption. Der CBSS solle seine Anstrengungen zur Erreichung des Zwei-Stunden-Ziels verstärken und eine gründliche, zeitlich befristete Untersuchung der Zustände an den Grenzen veranlassen⁸¹⁶.

Dem Verlangen nach Bemühungen zur Einbindung Russlands wurde ebenso wie dem nach Einsatz für die bessere Koordinierung der NDI-Finanzierung und vergrößerte Anstrengungen hinsichtlich des Zwei-Stunden-Ziels entsprochen. Eine Studie der Bedingungen an den Grenzübergängen wurde nicht in Auftrag gegeben⁸¹⁷.

Vom Juli 2001 bis zum Juni 2002 folgte die WGEC den Prioritäten des russischen Vorsitzes. Eine der Hauptaufgaben war die Vorbereitung des Wirtschaftsministertreffens in Moskau am 20.03.2002 und die Vorbereitung des dort zu beschließenden Moskauer Aktionsplans. An dem Treffen nahmen neben den Ostseeratsmitgliedern, den CBSS-Beobachterstaaten sowie einem Vertreter Weißrusslands als Gast des Vorsitzes und den einschlägigen Ostseeinstitutionen auch die OECD und die NIB teil. Hier wurde ein aktualisierter Umsetzungsbericht des Aktionsplans von Bergen vorgestellt⁸¹⁸. Zur Grenzabfertigung waren Fragebögen ausgewertet worden, von denen einige Fragen zum Zwei-Stunden-Ziel eher enttäuschend oder unvollständig beantwortet worden waren⁸¹⁹. Eine Pilotstudie zu Möglichkeiten der Zeitmessung an den Grenzübergängen der entsprechenden Länder wurde in Auftrag gegeben. Hierzu war innerhalb der Arbeitsgruppe der BSCC eine von Schweden geleitete „Laufzettel-Gruppe“ eingerichtet worden, die diese Messungen an über zehn unterschiedlichen Orten übernehmen sollte. Die Bewertung der Situation durch das BAC zeigte, dass es trotz der Bemühungen weiterhin dieselben Gründe waren, die die Entwicklung behinderten⁸²⁰, dass die erzielten Fortschritte jedoch ein ungeheures Verbesserungspotential bewiesen. Schmuggel, Bestechung und Verbote von Lastwagen an gewissen

⁸¹⁶ ebd.

⁸¹⁷ Council of the Baltic Sea States, Tenth Ministerial Session, Hamburg, 7 June 2001 – Communiqué.

⁸¹⁸ (second updated) Report on the 'Bergen Action Plan', Presented to the Ministerial Conference on Trade and Economic Co-operation in the Baltic Sea Region, Moscow, 20 March 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/trademeeting0302/dbaFile1113.html>, 11.09.2007.

⁸¹⁹ „Some of the answers to the questionnaire were rather disappointing or incomplete concerning measures taken to reach the two-hour objective in 2001.“ ebd.

⁸²⁰ Hier fielen vor allem eine teilweise inadäquate Infrastruktur an den Grenzstationen, Personalmangel, das Fehlen klarer Kompetenzen zwischen den zu zahlreichen Behörden an der Grenze, unangemessene Vorgehensweisen, ungenügende Ausbildung des Personals, fehlende Koordinierung der Handlungsabläufe und schließlich Korruption ins Gewicht. ebd.

Grenzübergängen und an gewissen Tagen waren weiterhin Grenzabfertigungen hinderlich. Vor allem an russischen Grenzen kämen zu den Behinderungen der Lastkraftwagen auch Behinderungen durch PKWs, die die Grenze für den kleinen Grenzhandel, begünstigt durch unterschiedliche Besteuerungen, passierten. Es war vorauszusehen, dass sich diese Probleme an der russischen Grenze verstärken würden, wenn die Kandidatenländer beginnen würden, die Schengen-Regulierungen anzuwenden.

Das BAC empfahl unter anderem, die Ergebnisse der „Laufzettel-Gruppe“ zu veröffentlichen, dass jedes Land Prioritäten für die Verbesserung der Situation an seinen Grenzübergängen definieren sollte und insbesondere Schmuggel und Korruption zu bekämpfen seien. Besondere Aufmerksamkeit sollte hierbei den Grenzen zwischen Russland und den EU-Beitrittskandidatenländern gewidmet werden und die EU wurde aufgefordert, eine zusammenhängende Strategie für die Grenzen des Ostseeraums und Russlands zu entwickeln⁸²¹.

Die Ergebnisse der *Task Force on Conformity Assessment*, bei der Russland im Herbst 2001 den Vorsitz übernommen hatte, waren ebenso wie das Engagement der Mitglieder weiterhin gering. Das BAC empfahl, die Aufgabe der Task Force zu überarbeiten und sie, wenn keine Einigung über ein Mehrwert schaffendes Tätigkeitsfeld erreicht würde, aufzulösen. Die verantwortlichen Minister sollten ihr Engagement deutlich erhöhen.

Die Kooperation gegen Korruption war fortgesetzt worden, herausragende Erfolge konnten jedoch nicht verzeichnet werden, das BAC musste sogar feststellen, dass Korruption in den Transformationsländern weiterhin ein verbreitetes Phänomen war⁸²². Es empfahl daher eine deutliche Verstärkung der Anstrengungen zur Prävention und Verfolgung von Korruption sowie zur Prävention auch Reformen zum Bürokratieabbau, um Gelegenheiten für Bestechlichkeit einzuschränken. Für die lange Zeit ineffektive Kooperation von CBSS und OECD zum Thema, die mittlerweile jedoch die OECD *Baltic Anti-Corruption Initiative* hatte, schlug das BAC eine genauere Abstimmung der finanziellen Mittel für die Finanzierung von Antikorruptionsprogrammen vor.

Im Bereich des Schutzes geistigen Eigentums war die Reihe der Seminare fortgesetzt worden und unter anderem hatte die Einsatzgruppe dieses Aufgabenbereichs den Entwurf einer Webseite fertig gestellt und Wege untersucht, sie mit der SME-Seite balticmarket.org zusammenzuführen. Außerdem waren die geforderten nationalen Koordinatoren benannt worden. Jedoch war die Task Force im Erfahrungsaustausch nicht allzu erfolgreich gewesen, als möglicher Grund wurde die Tatsache angegeben, dass der Schutz geistigen Eigentums

⁸²¹ ebd.

⁸²² ebd.

Gegenstand vieler unterschiedlicher Rechtsbereiche und Behörden sei und die Teilnehmer der Treffen teilweise nicht kompatibel ausgewählt waren. Generell sei ein in weiten Teilen der Bevölkerung fehlendes Bewusstsein für die Problematik von Produktfälschungen vorhanden. Jedoch schlug das BAC keine umfassende Aufklärungsarbeit vor, sondern maß dem Unterhalt der Internetseite und der sorgfältigeren Auswahl der Teilnehmer an Treffen der Task Force größere Bedeutung bei. Der Unterhalt der Webseite war auch bei der Unterstützung der SMEs das entscheidende Element, dabei war für die Finanzierung der mit anderen Informationssystemen konkurrierenden Internetseite *balticmarket.org*, die bis dato wesentlich von einer Regierung unterstützt worden war⁸²³, ab 2003 immer noch keine Lösung gefunden worden, obwohl die Seite von der Wirtschaft gut angenommen worden war. Die Lösung dieses Problems und die regelmäßige Versorgung der Seite mit aktuellen Inhalten durch die Regierungen waren die Empfehlungen des BACs im SME-Bereich⁸²⁴.

Hinsichtlich der NDI musste das BAC feststellen, dass das Engagement der EU nach der ersten Jahreshälfte 2001 spürbar zurückging⁸²⁵. In diesem Zusammenhang empfahl das BAC der EU-Kommission, eine horizontale Ebene zur Umsetzung der NDI einzurichten und die Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte der NDI zu überarbeiten. Dänemark sollte seine im zweiten Halbjahr 2002 kommende EU-Ratspräsidentschaft nutzen, die NDI zu einem effektiven Werkzeug zu machen. Insgesamt kam der Bericht wieder zu dem ambivalenten Ergebnis, dass die wirtschaftliche Integration des Ostseeraums große Fortschritte gemacht habe, die Anstrengungen jedoch weiter zu vergrößern seien und vor allem im Bereich der SMEs noch einige Entwicklung nötig sei.

Diesen Erkenntnissen folgte auch der vom Moskauer Wirtschaftsministertreffen vorgelegte Aktionsplan. Als neues Element kam die Benennung Kaliningrads als Pilotregion der Beziehungen zwischen der EU und Russland hinzu, eine Formulierung Wladimir Putins, der so die Probleme, die durch Einführung der Schengen-Regulierungen für die russische Exklave Kaliningrad entstehen würden, zur Priorität erheben wollte. Außerdem wurde die WGEC aufgefordert, Empfehlungen zu einer Schaffung eines *Joint Investment Areas* im Ostseeraum zu machen, ebenso wie sie aufgefordert wurde, quantitative Indikatoren zu entwickeln, mit denen die Umsetzung des Moskauer Aktionsplans überwacht werden könnte.

Auch zum 11. Außenministertreffen des CBSS am 06.03.2002, bei dem der Ostseerat die Erfolge seines zehnjährigen Bestehens feierte, gab der BAC eine Denkschrift ab, diesmal speziell zur wirtschaftlichen Situation Kaliningrads, die auch nach zehn Jahren Ostseekooperation problematisch gesehen wurde. Vorherrschende Theorien über Kaliningrads

⁸²³ Zeitzeugeninterview mit Wolf-Rüdiger Janzen, S. 5.

⁸²⁴ (second updated) Report on the 'Bergen Action Plan'.

⁸²⁵ ebd.

Entwicklungspotentiale wie die große Bedeutung seines Hafens, der Russlands einziger ganzjährig eisfreier Hafen im Westen ist oder die Wiederbelebung der zu Zeiten des Kalten Krieges bedeutenden Kaliningrader Fischereiflotte wurden widerlegt und wiederum ein berechenbares Geschäftsklima und ein Abbau der schädlichen Bürokratie gefordert⁸²⁶. Auch die Landwirtschaft bedürfe dringender Reformen. Der BAC nahm das russische Schlagwort der „Pilotregion Kaliningrad“ auf und empfahl, Kaliningrad zu einer Pilotregion einer neuen Einstellung gegenüber Unternehmen, auch ausländischen, zu machen. Die Chancen lägen im verarbeitenden Gewerbe, für ausländische Investitionen, aber vor allem für einheimische Unternehmen, die qualitativ hochwertige Produkte für die EU-Wirtschaft herstellen sollten. Die Grundsäulen zukünftigen Vorgehens sollten die Verbesserung der Qualität der öffentlichen Verwaltung, Aktionen zur Stimulation ortsansässiger Unternehmer und Investoren und Aktionen zum Anziehen ausländischer Direktinvestitionen sein⁸²⁷. Von diesen Empfehlungen, die auch vor allem in den russischen nationalen Zuständigkeitsbericht fielen, übernahm das Ministertreffen nichts in die Svetlogorsk-Erklärung, sondern sprach sich nur allgemein für die Unterstützung regionaler Kooperation mit Kaliningrad aus⁸²⁸.

Die Arbeit zu Zertifizierungen, gegen Handelshindernisse und Korruption, zur Unterstützung von SMEs, zur Umsetzung von NDAP und NeDAP und vor allem zur Erreichung des seit 1998 anvisierten Ziels der maximalen Dauer der Grenzabfertigung von zwei Stunden ging also weiter, was die Hartnäckigkeit dieser Probleme zeigt. Auch noch im Herbst 2002, nachdem die BCCA der WGEC von den Erkenntnissen des Laufzettelprojekts berichtet hatte, war klar geworden, dass trotz einiger Verbesserungen, das Ziel der Höchstdauer der Grenzabfertigung von zwei Stunden auch zwei Jahre nach der ursprünglichen Frist verfehlt worden war und die Anstrengungen besonders an den russischen Grenzen erhöht werden müssten⁸²⁹. Wichtigste Schritte hierbei sollten die Reduzierung der Zahl der für die Grenzen zuständigen Behörden und die Harmonisierung mit den Regelungen der WTO und EU sein. Verzug gab es auch bei der vom BAC immer noch nicht durchgeführten grundsätzlichen Evaluation der Internetseite balticmarket.org, so dass ihre Finanzierung und Zukunft weiter offen blieb. Zwei Expertentreffen befassten sich mit Wegen der Verbesserung des Geschäftsklimas, im Dezember 2002 in Kopenhagen wurden so mögliche Kriterien zu

⁸²⁶ Recommendations for Increased Trade and Investments in the Kaliningrad Region. A set of viewpoints from the Business Advisory Council - BAC (in the framework of CBSS) to be presented to the CBSS Foreign Ministers Meeting in Svetlogorsk on March 6, 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/11cbssministerialsession/dbaFile1176.doc>. 09.01.2006.

⁸²⁷ ebd.

⁸²⁸ 2002 CBSS 11th Ministerial Session - Svetlogorsk Declaration.

⁸²⁹ Annual Report CBSS Working Group on Economic Cooperation, July 2002 – June 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/csoannual/dbaFile1832.html>, 07.01.2006.

Bewertung der Qualität des *benchmarkings* diskutiert und im April 2003 in Helsinki wurden Wege zur Verbesserung der Erreichbarkeit von Startkapital für Firmengründungen debattiert. Die Task Force zur Zertifizierung kümmerte sich in zwei Treffen um die Modernisierung des russischen Zertifizierungssystems und die Auswirkungen der EU-Osterweiterung. Die Nutzung des Forums schien begrenzt zu sein, da die EU-Beitrittskandidaten aufgefordert wurden, sich hier mehr mit Erfahrungsaustausch einzubringen⁸³⁰.

Der Kampf gegen Korruption wurde durch weitere Seminare fortgesetzt, die OECD schlug der WGEC mit der *Baltic Sea Region Anti Corruption Initiative* (BACI) ein Programm zum Kapazitäts- und Institutionenaufbau gegen Korruption vor. Hinsichtlich der jüngsten Ölkatastrophe der *Baltic Carrier* im März 2001 in der Kadetrinne stellte sich die große Mehrheit der nationalen Delegationen als Vertreter der Wirtschaft hinter die Initiative der HELCOM, die gesamte Ostsee zu einem besonders schützenswerten Gewässer erklären zu lassen.

Die im Herbst 2003 endgültig abgeschlossenen Messungen des Laufzettelprojekts zeigten auf, dass das Zwei-Stunden-Ziel auch fast sechs Jahre nach seiner Postulierung und kurz vor der EU-Osterweiterung 2004 nicht an allen Grenzübergängen erreicht worden war, woraufhin die Gründung einer ad hoc-Arbeitsgruppe zu diesem Thema dem Wirtschaftsministertreffen in Tallinn vorgeschlagen und von diesem beschlossen wurde⁸³¹. Auch im Bereich der Investitionshindernisse musste das BAC in einem Bericht im Herbst 2003 einige Überreste feststellen und machte Empfehlungen zur Einrichtung eines *Joint Investment Areas*, die auf einem vom WGEC veranstalteten Expertentreffen im März 2004 in Stockholm weiterentwickelt wurden⁸³². Bei der Korruptionsbekämpfung war eine Befragung der Mitgliedsstaaten noch nicht abgeschlossen, aus der ein Regelwerk zur Bekämpfung der Korruption entstehen sollte. Auch hier war das Problem noch nicht abgeschlossen, die WGEC nahm aber ihre primär informationsvermittelnde Funktion auf diese Weise wahr. Die Arbeitsgruppe zur Zertifizierung wurde aufgelöst und das WGEC wollte nunmehr die Standardisierungsbemühungen zwischen der EU und Russland unterstützen. Die Internetseite balticmarket.org wurde mit deutscher Hilfe überarbeitet. Eine Effektivierung der Arbeit der WGEC sollte durch eine Verengung des Themenspektrums geschehen, wie zum Beispiel die Aufgabe des Standardisierungsbereichs oder der Kooperation im Tourismussektor, weiterhin wurden die Sitzungsteilnehmer generell aufgerufen, ihre jeweiligen Vorbereitungen intensiver

⁸³⁰ ebd.

⁸³¹ Annual Report of the Working Group on Economic Cooperation, July 2003-June 2004. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/structure/wgec/dbaFile5994.html>, 07.01.2006.

⁸³² ebd.

durchzuführen⁸³³. Durch den verstärkten Einbezug des Themas Nordwestrussland wollte die WGEC auch nach der EU-Osterweiterung ihren Beitrag zur Pflege der Wirtschaftsbeziehungen im Ostseeraum leisten.

Das fünfte Treffen der CBSS-Wirtschaftsminister vom 19.-20.04.2004 in Tallinn war das letzte vor der EU-Osterweiterung. Die Ministererklärung betonte den Stellenwert des Beitritts der baltischen Staaten und Polens zur EU und die Wichtigkeit der Unterstützung der wirtschaftlichen Kontakte nach Russland, insbesondere Kaliningrad. Es sollte weiter gegen die bekannten Wirtschaftsprobleme gearbeitet werden⁸³⁴. Die Erklärung blieb jedoch insgesamt sehr vage, was trotz der Beteuerung der weiterhin großen Rolle des CBSS im Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit den Bedeutungsverlust deutlich macht, den die EU-Erweiterung für den CBSS im Gebiet der Wirtschaft mit sich brachte. Dass die generellen Handelsprobleme weiterhin bestanden, zeigt die Mitteilung des BAC an das Ministertreffen, in dem es die Regierungen aufruft, das Investitionsklima weiterhin zu verbessern und legislative und administrative Hindernisse für Handel und Investitionen abzubauen⁸³⁵, letztlich also die Aktionspläne von Bergen und Moskau weiterzuerfolgen. Allerdings sollte dies nunmehr über das PCA zwischen der EU und Russland und über die NDI geschehen. Außerdem wurden die Mitgliedsstaaten aufgerufen, die gemeinsamen Ostseeinteressen nunmehr bei der Formulierung und Umsetzung von EU-Politiken zu vertreten.

Auf der Ebene des Ostseerats gab es also mit der WGEC, den Wirtschaftsministertreffen und dem BAC verschiedene Ebenen, die sich mit der Wirtschaftsförderung im Ostseeraum befassten. Während die Minister Richtungsentscheidungen trafen und der BAC als Wirtschaftsvertretung wie auch die BCCA Initiativen lancierte und Rückmeldung über einzelne Politiken gab, führte die WGEC Experten und Politiker zusammen und übernahm die Vernetzung mit überregionalen Wirtschaftsorganisationen. Hier konnte ein wichtiger Beitrag zum Informations- und Erfahrungsaustausch geleistet werden. Die Umsetzung all dessen jedoch lag voll in nationaler Verantwortung und der Fakt, dass trotz einer Ausdifferenzierung der Themenschwerpunkte einige hartnäckige Sachverhalte wie zum Beispiel die Grenzfragen immer wieder auf das Tapet zurückkehrten, zeigt ein stellenweise moderates nationales Engagement. Dadurch wurde die Entwicklung der wirtschaftlichen Kooperation trotz der Fortschritte immer wieder gebremst.

⁸³³ ebd.

⁸³⁴ Tallinn Declaration, Adopted by the Council of the Baltic Sea States Meeting of Ministers of Trade and Economy, Tallinn, 19 - 20 April 2004. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/ecoministerial/tallinndeclarationfinal.doc>, 11.09.2007.

⁸³⁵ Statement to the Council of the Baltic Sea States Meeting of the Ministers of Trade and Economy by the Business Advisory Council, BAC, Tallinn, 19-20. April 2004. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/ecoministerial/bac.doc>, 11.09.2007.

4.2.2 Die Ebene der BSSSC

Austausch und Unterstützung in wirtschaftlichen und technologischen Fragen sowie bei Handel und Investitionen war seit Beginn eine der Prioritäten der BSSSC⁸³⁶. Die zweite Konferenz vom 17.-19.10.1994 in Travemünde, deren Untergruppe zu SMEs und Berufsausbildung ein Forum zur Wirtschaft veranstaltet hatte, konkretisierte das dahingehend, dass hinsichtlich SMEs und der Berufsausbildung der Informationsfluss zwischen den Subregionen intensiviert werden sollte und eine Anbindung aller Subregionen über die BCCA als Verbindungsstelle an das *European Business and Innovation Centre Network* empfohlen wurde. Um sich günstig zu präsentieren, schlug die Konferenz die jährliche Veranstaltung eines Ostsee-Partenariats als Markt- und Kontaktplatz zum Aufbau von Wirtschaftskontakten vor, dessen erstes 1995 in Gdynia stattfinden sollte⁸³⁷. Zur Umsetzung von Regierungsprogrammen wurde die Unterstützung von NGOs als wesentlich angesehen. Zur Infrastruktur als einer der Wirtschaftskonjunktur wichtigen Voraussetzung beschloss die Konferenz von Travemünde, dass unmittelbare Anstrengungen der Beseitigung von Engpässen an Grenzen gewidmet werden sollten. Inhaltlich übernahm man hier die Vorgaben des Ostseerats⁸³⁸. Auch bei den mittelfristigen Anstrengungen zum Ausbau der Verkehrswege folgte man den allgemeinen Prioritäten des Ostseeraums wie den *Viae Baltica* und *Hanseatica*, der deutschen Küstenautobahn A20 und der Autobahn A18 von St.Petersburg nach Oslo. Auch hinsichtlich der Harmonisierung von Standards im Verkehr und der Einrichtung von Hochgeschwindigkeitsdatennetzen für Forschung, Wirtschaft und Verwaltung lag die BSSSC auf der allgemeinen Politiklinie. Neu war der Aufruf zur Ausrichtung von Ausbildungskursen für Verwaltungsbeamte einschließlich Sprachkursen. Das auf der Travemünder Konferenz 1994 veranstaltete Wirtschaftsforum maß der einschlägigen Ausbildung weiterhin große Bedeutung zu und begrüßte daher die Initiativen zur Umsetzung der *Baltic Academies for Economics and Business Administration* in den baltischen Staaten und der *Business Academy* in Gdansk⁸³⁹. Hierzu gehörte auch, dass die schleswig-holsteinischen Handelskammern bezüglich ihrer seit 1990 jährlich ausgerichteten Sommeruniversitäten für Studenten aus den Ostseestaaten aufgefordert wurden, ein ähnliches Projekt für Professoren zu entwickeln, das über das ERASMUS-Programm oder innerhalb der *EuroFaculty* laufen sollte. Zudem empfahl

⁸³⁶ The Stavanger Declaration on Baltic Sea States Subregional Co-operation.

⁸³⁷ Conclusions of the second Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation - 17-19 October 1994, S. 2.

⁸³⁸ Das bedeutete im Einzelnen Trainingsprogramme für Grenzer und Zöllner, technische Unterstützung, Beseitigung von Visazwängen zwischen allen Ostseestaaten. ebd., S. 2.

⁸³⁹ ebd., S. 8.

die Arbeitsgruppe die Öffnung von Förderprogrammen wie INTERREG und INTERPRISE für die gesamte Ostseeregion.

Die Folgekonferenz von Västeras vom 08.-09.11.1995 veranstaltete einen Workshop zu Handel und Wirtschaft, der das Projekt der BCCA, eine Internetseite für SMEs zu entwickeln, begrüßte. Die Konferenz forderte die BCCA weiterhin auf, eine Langzeitstudie über wirtschaftliche Prognosen des Ostseeraums anzufertigen⁸⁴⁰. Hinsichtlich der Infrastruktur wurden die Minister der Ostseestaaten für die Bereiche Verkehr, Energie und Telekommunikation gedrängt, ihre Pläne zu harmonisieren. Die weiteren Forderungen wiederholten im Wesentlichen das Programm des CBSS⁸⁴¹.

Wirtschaftliche Kooperation wurde von einem Workshop des sechsten Treffens der BSSSC wieder aufgegriffen, das vom 22.-24.10.1998 in Roskilde stattfand. Vom Ausgangspunkt der starken Ungleichheit der wirtschaftlichen Entwicklung der Region wurden hier Wege zur schnelleren und gerechteren Wirtschaftsentwicklung diskutiert⁸⁴². Als wichtiges Element dessen wurde die Vereinfachung des Beitritts der Transformationsländer zur EU gesehen. Neben der Betonung der von der CBSS-Agenda bekannten Inhalte wurden die Hindernisse westlicher Unternehmen bei der Expansion in die Transformationsländer zusammengefasst und damit ein konkretes Bild des Handlungsbedarfs gezeichnet⁸⁴³. Diese Probleme wurden einerseits als Sache nationalen und internationalen Rechts gesehen und andererseits als eine Aufgabe für regionales, grenzüberschreitendes Netzwerken, wo die BSSSC ihren Beitrag leisten wollte. Zudem richtete der Workshop drei Subgruppen ein, zu Tourismus und regionaler Kooperation im Ostseeraum, eine weitere zu Kommunikationstechnologien und eine dritte zu SMEs und grenzübergreifenden Kontakten. Die Gruppen sollten politische Empfehlungen ausarbeiten und dem Board der BSSSC zukommen lassen.

Auch die Folgekonferenz im Jahre 1999 in Kaunas veranstaltete einen Workshop zur Wirtschaft, auf dem verschiedene Sprecher von NGOs, BCCA und Wirtschaftsverbänden ihre Projekte vorstellten⁸⁴⁴. Laima Mogeniene, die Direktorin des regionalen SME-Verbands aus Kaunas schilderte die Situation in ihrem Arbeitsbereich, die sich seit 1995 nicht sehr verändert hatte und weiterhin von übergroßer Bürokratie, Korruption und Misswirtschaft

⁸⁴⁰ The 3rd BSSSC annual conference - Västeras (Sweden), 8-9 November 1995 - Resolution. In: Decade of the BSSSC. Resolutions and Reports from the annual conferences 1993-2003. Gdansk 2004, S. 20.

⁸⁴¹ Sie betrafen die Beseitigung der Schranken für freien Kapitalverkehr, die Schaffung einer verlässlichen Wirtschaftsgesetzgebung, wiederholt die Beseitigung von technischen Hindernissen an Grenzposten und die Bekämpfung von grenzübergreifender Kriminalität. ebd., S. 20.

⁸⁴² Resolution from the BSSSC Conference Roskilde, 22.-24.10.1998, S. 8.

⁸⁴³ Zunächst fehlte ein verlässlicher Ansprechpartner, von dem Ratschläge zu geeigneten Standorten und zur Kontaktbildung zu erhalten sein würden. Weiterhin mangelte es an Finanzierungsmöglichkeiten, da die nordischen Banken im Osten nicht präsent waren. Außerdem fehlten juristische Unterstützung, Möglichkeiten der Partnersuche und effiziente Transportwege. ebd., S. 8.

⁸⁴⁴ Resolution of the 7th Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation.

geprägt war⁸⁴⁵, was zeigte, dass trotz weitreichender Reformen noch 1999 marktwirtschaftliche Grundprinzipien ihrer Umsetzung harrten. Dieser Dialog zum Austausch von Erfahrungen und *best practice* folgte dem Grundmuster der Ostseekooperation, Unterstützung zu leisten. Er sollte in der mittlerweile eingerichteten Arbeitsgruppe zur wirtschaftlichen Kooperation der BSSSC fortgesetzt werden. Parallel hierzu fand auch ein Workshop zur Verkehrspolitik statt, der auch über Informations- und Erfahrungsaustausch Unterstützung leisten wollte. Die Verkehrspolitik der EU wurde ebenso vorgestellt wie die Litauens und die Entwicklung der Modernisierung der litauischen Häfen. Die Teilnehmer betonten die Notwendigkeit, einander nicht mit dem Ausbau von Verkehrswegen Konkurrenz zu machen⁸⁴⁶.

Auch der Workshop zur wirtschaftlichen Kooperation der Folgekonferenz vom 26.-28.10.2000 im estnischen Pärnu brachte wiederum einen regen Informationsaustausch über Entwicklungsziele der Ostseeregion und konkrete Projekte, bereichert durch einen Vertreter der VASAB und der BCCA⁸⁴⁷. Und wiederum sprach ein Vertreter der SMEs, Krzysztof Banaszak, als Mitglied einer kleinen privaten polnischen Firma, der Kritik an der Geschwindigkeit der wirtschaftlichen Reformen übte. Er fasste sie zusammen mit dem Aufruf: „*Get started, stop talking, be concrete!*“⁸⁴⁸ und bezog sich vor allem auf die Langsamkeit des öffentlichen Sektors, der noch viel aufzuholen habe, um der privaten Wirtschaft ein echter Partner sein zu können⁸⁴⁹. Diese Bewertung zeigt wie die der Litauerin Laima Mogeniene, dass die Entwicklung trotz aller politischen Aufrufe hinter den Erwartungen zumindest der Wirtschaft zurückblieb. So schlussfolgerte dann auch der Workshop, dass, wenn auch die Zahl der wirtschaftlichen Kooperationsprojekte der Region weiterhin ermutigend war, sie dennoch oft zu kurz liefen und das Fehlen einer Evaluation, Weiterführung und Sicherung ihrer Ergebnisse ihren Wert schmälerten. Es sollte nach weiteren Wegen des Austauschs entsprechender Informationen und Erfahrungen gesucht werden⁸⁵⁰. Weiterhin sei eine bessere Vernetzung von Projektbetreibern und Institutionen mit einem breiteren Blickwinkel wie zum Beispiel der VASAB ebenso nötig wie die generelle Verbesserung der Vernetzung aller Beteiligten, um öffentlichen und privaten Sektor voneinander profitieren zu lassen. Stärkere Beachtung sollten auch entlegene ländliche

⁸⁴⁵ ebd.

⁸⁴⁶ ebd.

⁸⁴⁷ Resolution of the 8th Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation.

⁸⁴⁸ ebd.

⁸⁴⁹ ebd.

⁸⁵⁰ ebd.

Gebiete erhalten, um sie nicht von den sich schneller entwickelnden Regionen abzukoppeln⁸⁵¹.

Ein Workshop des BSSSC-Treffens vom 23.-25.10.2003 in St.Petersburg verband die wirtschaftliche Entwicklung mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit und verbreitete hierzu Agendaanregungen in den Bereichen sauberere und nachhaltige Produktion, Abfallvermeidung und ihre wirtschaftlichen Vorteile⁸⁵².

Die Prioritäten, die die BSSSC ihrer weiteren Arbeit im Bereich Wirtschaft auf der Konferenz vom 23.10.2004 in Malmö setzte, zeigten, dass auch nach allen Fortschritten die Probleme in vielen Bereichen weiterhin bestanden⁸⁵³. Der ausdrückliche Wunsch nach einer gemeinsamen Vision für die Verkehrsentwicklung im Ostseeraum machte auch in diesem Bereich große Desiderate sichtbar⁸⁵⁴. Insofern war die subregionale Kooperation im Bereich der Wirtschaft auch nach der EU-Erweiterung 2004 wichtig.

4.2.3 Die Ebene der UBC

Kooperation zur Stimulierung der Wirtschaft war naturgemäß auch ein frühes Thema der UBC. Auf der Gründungskonferenz vom 19.-20.09.1991 in Gdansk tagte eine Arbeitsgruppe zu Verkehr als Voraussetzung wirtschaftlichen Aufschwungs und maritimer Industrie. Die Teilnehmer analysierten die Situation des Ostseeraums in diesen Bereichen und formulierten Politikempfehlungen sowohl für die städtischen Gemeinden selbst als auch für die für den März 1992 in Szczecin geplante Konferenz der Verkehrsminister des Ostseeraums, die auf schwedische und polnische Initiative stattfand.

Die Empfehlungen an die Verkehrsminister betrafen eine bessere Vernetzung der Hafenstädte untereinander und mit ihrem Hinterland und den Wiederaufbau der Küstenstraßen, besonders die Wiedereröffnung des seit 1945 geschlossenen russisch - polnischen Grenzübergangs bei Braniewo für die Verbindung Kaliningrad-Elblag und deren Weiterführung nach Berlin und

⁸⁵¹ ebd.

⁸⁵² The 11th BSSSC annual conference - St Petersburg (Russian Federation), 23-25 October 2003 - Resolution. In: Decade of the BSSSC. Resolutions and Reports from the annual conferences 1993-2003. Gdansk 2004, S. 112f.

⁸⁵³ „The BSSSC wants further work to be done to:

- Change attitudes to the importance of trade as an important tool for economic development in the Baltic Sea Region
- Promote active involvement of the Russian Federation in Baltic Sea cooperation
- Strategically use the effect of the post-enlargement momentum
- Improve the infrastructure, in broad sense, in the BSR
- Hinder protectionism and promote free trade and free movement of goods, work force and capital”

BSSSC - Malmö Resolution 23 October 2004. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://backweb.signalera.se/documents/DFB846DB-4936-4307-9424-5C80EF1EA073.doc>, 18.09.2005, S. 2.

⁸⁵⁴ ebd., S. 2.

Tallinn. Russische und polnische Behörden hatten mit schwedischer Unterstützung Möglichkeiten der Wiedereröffnung des Übergangs untersucht⁸⁵⁵. Dasselbe sollte auch für die Bahnstrecke Kaliningrad-Elblag gelten, die ebenfalls 1945 geschlossen worden war, wie auch generell die Schienensysteme der Region untereinander verbunden werden sollten. Auch die ebenfalls seit 1945 geschlossene Fährlinie Elblag-Baltiisk-Kaliningrad sollte wieder befahrbar werden. Generell wurden die Verkehrsminister zur Vereinfachung des Verkehrs im Ostseeraum aufgerufen, auch durch Vereinfachung der Grenzprozeduren und die Unterstützung bestehender und den Aufbau neuer Fährverbindungen, vor allem mit den wiedererrichteten baltischen Staaten⁸⁵⁶.

Die Empfehlungen an die Kommunen des Ostseeraums betrafen die Reservierung bestimmter Hafenteile für private Wassersportler und -touristen, vor allem in den Transformationsstaaten, ebenso wie die Einrichtung von Touristeninformationen, ihre Ausstattung mit entsprechendem Informationsmaterial und den Aufbau enger Kontakte mit der BTC. Die Bildung einer Tourismuskommission innerhalb der UBC wurde angeregt. Für die gewerbliche Schifffahrt wurden die Kommunen besonders in Polen, aber auch den anderen Staaten, aufgefordert, die Balance zwischen der Schaffung eines attraktiven gewerblichen Umfelds und ökologischer Verträglichkeit der Schifffahrt und des Hafens zu finden⁸⁵⁷. Die westlichen Hafenstädte und Wirtschaftsorganisationen wurden eingeladen, sich beim Ausbau der östlichen Häfen zu beteiligen, letztere sagten zu, ihre Häfen mit Ausschluss der Gefahrgutzonen für den öffentlichen Verkehr zu öffnen.

Auch auf der Folgekonferenz in Kalmar vom 22.-24.05.1992 tagte die Arbeitsgruppe zu Verkehr. In der Folge organisierte sie eine erste Konferenz zu Trans-Europäischen Verkehrsnetzen und anderen Verkehrsprojekten am 08.06.1993 in Gdansk, wo vor allem die Hinterlandanbindungen der Häfen und die Ausdehnung der europäischen Verkehrskorridore über Skandinavien diskutiert wurden⁸⁵⁸.

Der Vorsitzende der Kommission zu Verkehr nahm an der zweiten Konferenz der CBSS-Verkehrsminister vom 24.-25.02.1994 in Kaliningrad teil und vertrat dort die verkehrspolitischen Prioritäten der UBC⁸⁵⁹. Innerhalb der Kommission zu Transport konnte auf einem Treffen am 29.08.1994 in Baltiisk ein Kooperationsabkommen zwischen Gdansk,

⁸⁵⁵ Berichte der Arbeitsgruppen der Gründungskonferenz, S. 3.

⁸⁵⁶ ebd., S. 4.

⁸⁵⁷ ebd., S. 4.

⁸⁵⁸ Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities 24-25 September 1993 (Kaliningrad) - 8-9 December 1995 (Aarhus).

⁸⁵⁹ Die Anwendung neuer, vereinfachter Grenzprozeduren an den russisch-polnischen und russisch-litauischen Grenzen, die weiterhin nicht realisiert worden war, die Öffnung der Meerenge des Frischen Haffs zur Ostsee hin für den Schiffsverkehr und die Umsetzung der Europäischen Verkehrskorridore, unter anderem der Via Baltica und der Via Hanseatica.
ebd.

Elblag, Mamonovo, Baltiisk und Kaliningrad unterzeichnet werden. Der Beitritt Finnlands und Schwedens zur Europäischen Union 1995 brachte wirtschaftliche und verkehrspolitische Veränderungen mit sich, woraufhin die UBC-Kommission zu Verkehr vom 27.-28.04.1995 in Gdansk eine Konferenz veranstaltete, die die Umsetzung der Europäischen Verkehrsnetze und den Seeverkehr behandelte. Wiederum wurde von den Vertretern Elblags und Kaliningrads eine Öffnung des Frischen Haffs dringend angeraten. Dennoch war es bis Dezember 1995 nicht gelungen, eine internationale Regelung zur Öffnung der Meerenge des Frischen Haffs zu erreichen. Auf der Konferenz war jedoch eine Verstärkung der Kooperation zwischen den Häfen Kaliningrads, Gdansks und Gdynias initiiert worden⁸⁶⁰.

Kooperation im Verkehrsbereich lief teilweise auch neben der Kommission zu Verkehr wie ab Januar 1996 im Falle der auf die Initiative Anders Engströms entstandenen schwedisch-litauischen Kontakte zu öffentlichen Verkehrsmitteln, wo der Kauf gebrauchter schwedischer Busse zum Ersatz veralteter Modelle in Litauen vermittelt wurde⁸⁶¹.

Auch 1995-1997 arbeitete die Kommission der UBC zu Verkehr weiter an der Umsetzung der Viae Baltica und Hanseatica. Vom 05.-07.06.1996 organisierte die Kommission in Helsinki eine Konferenz zur besseren Vernetzung der Transportmodi, also der besseren Anbindung der Häfen an das Hinterland⁸⁶². Auf einer Konferenz der EU-Kommission und Helsinkis im Herbst 1996 machte sich die Kommission neben diesem Thema auch für das neue und für den Ostseeraum besonders interessante Konzept des *short-sea-shippings* stark. Zur Weiterentwicklung des Themas gab es auf einer Präsidiumssitzung der Kommission am 26.02.1997 in Gdansk neben einer Arbeitsgruppe zur Reorganisierung des Öffentlichen Verkehrs auch eine zum *short-sea-shipping*. Dieses Thema wurde auch auf der *International Liner Shipping Conference* in Hamburg vom 12.-13. April 1997, an der die Kommission teilnahm, behandelt⁸⁶³.

Die vierte Generalkonferenz der UBC in Gdansk im September 1997 hatte auf die Initiative Stockholms hin die Kommission zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit eingerichtet. Das erste Treffen der neuen Kommission fand daraufhin im März 1998 in Stockholm statt und besprach ihre Ziele und Organisationsform⁸⁶⁴. Vom 12.-13.02.1999 fand in Gdansk und Gdynia ein weiteres Treffen statt, zu dem aus immerhin 22 Städten aus sieben Ostseestaaten insgesamt 56 Teilnehmer kamen und über Themen der wirtschaftlichen Kooperation auf lokaler Ebene

⁸⁶⁰ ebd.

⁸⁶¹ ebd.

⁸⁶² Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 8-9 December 1995 (Aarhus) - 12-13 September 1997 (Gdansk).

⁸⁶³ ebd.

⁸⁶⁴ Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 12-13 September 1997 (Gdansk) - 24-25 September 1999 (Stockholm).

berieten. Es wurde die Veröffentlichung relevanter statistischer Daten beschlossen, um die Wirtschaft zu unterstützen und den Bekanntheitsgrad der UBC zu steigern.

Auch in den Jahren 2000 und 2001 veranstaltete die Kommission zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der UBC ihre jährlichen Konferenzen. Die Konferenz im Jahr 2000 wurde von der dänischen Stadt Kolding veranstaltet, 25 Vertreter aus 20 Städten waren anwesend⁸⁶⁵. Die Themen waren hier der Erfahrungsaustausch zu Städtekooperationen, der Anziehung von Auslandsinvestitionen und der Förderungsmöglichkeiten vor allem durch die EU sowie der Erfahrungs- und Ideenaustausch in zwei Workshops zur Beschäftigungspolitik in zukunftssträchtigen Wirtschaftszweigen⁸⁶⁶. Die Folgekonferenz im April 2001 im lettischen Liepaja wurde von 32 Teilnehmern aus 15 Mitgliedsstädten besucht, was für die vierte Konferenz der Kommission und bei insgesamt 100 Mitgliedern der UBC eine eher bescheidene Zahl darstellte. Die Themen waren dem Interesse der Teilnehmer nach die Entwicklung von IT-Lösungen vor allem für Städte, die Zusammenarbeit von privatem und öffentlichem Sektor zum Anziehen von Investitionen und die kommunale Unterstützung der Entwicklung der Wirtschaft. Auf der Grundlage der Erkenntnisse der Konferenz konnten in der Folge die Fähigkeiten der Städte weiter evaluiert und entwickelt werden.

Bei der Kommission zu Verkehr fand nach langer Inaktivität, verursacht durch das geringe Engagement des Vorsitzenden, der zudem über wenig Erfahrungen in lokaler Verkehrspolitik verfügte⁸⁶⁷, im November 2000 ein Wechsel an der Spitze statt, Göteborg bekam die Führungsrolle. Durch die anschließende langfristige Neuordnung der Prioritäten in Absprache mit den Mitgliedsstädten wurden von der Verkehrskommission im Zeitraum 1999-2001 neben der Schaffung eines Aktionsplans keine Projekte in Angriff genommen⁸⁶⁸.

In den Jahren 2002 und 2003 wurden Kommunikationstechnologien und die internetgestützte Wirtschaft immer wichtiger, was sich auch in den Thematiken der Kommission zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der UBC niederschlug. Die Themen der Konferenz des Jahres 2002 in Tampere waren dementsprechend lokale Wirtschaftsunterstützung und *e-city*, das Thema 2003 waren Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor in diesem Bereich⁸⁶⁹. Die Konferenz 2002 beauftragte die Stadt Tampere mit der Entwicklung eines Projekts zu Möglichkeiten der Schaffung erfolgreicher Technologieparks als Kern von

⁸⁶⁵ Commission on Business Cooperation - Activity Report October 1999- September 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/vith-general/reports/Business.rtf>, 20.12.2005, S. 1.

⁸⁶⁶ ebd., S. 1.

⁸⁶⁷ Zeitzeugeninterview mit Anders Engström, Präsident der UBC 1991-2001

Zeitzeugeninterview mit Michael Bouteiller, Vizepräsident der UBC 1991-1999.

⁸⁶⁸ Commission on Transportation - Activity Report November 2000-September 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/vith-general/reports/Transport.rtf>, 20.12.2005.

⁸⁶⁹ Commission on Business Cooperation. In: Reports and Action Plans of the UBC Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005, S. 2.

Wirtschaftszentren, an dessen Planung Ende 2002 neben den Städten Gdansk und Klaipeda auch das litauische Wirtschaftsministerium, Forschungseinrichtungen wie die Universität Klaipeda und Vertreter der privaten Wirtschaft beteiligt waren. Das zeigt deutlich den interinstitutionellen Ansatz der Kooperation der UBC, der effektiv arbeiten konnte durch die Zusammenführung von Politik, Forschung und Wirtschaft auf der untersten, der lokalen Ebene, wodurch eher konkrete Ergebnisse erreicht werden konnten. Eher geringes Engagement der in der UBC versammelten Städte zeigte allerdings die Beteiligung der beiden Konferenzen der Wirtschaftskommission 2002-2003. 2002 kamen 28 Vertreter aus nur acht Städten des Ostseeraums, 2003 in Kaunas waren immerhin 18 Städte anwesend⁸⁷⁰. Die siebte Generalkonferenz der UBC vom 17.-18.10.2003 in Klaipeda veranstaltete zwei Workshops zu Wirtschaftsthemen, zu der Rolle der Städte bei der Stimulierung der Wirtschaft und zu Partnerschaften des öffentlichen und des privaten Sektors auf lokaler Ebene⁸⁷¹, beides wohlbekannte Themen, zu denen jedoch weiterhin Klärungsbedarf bestand. Nach der EU-Erweiterung im Jahr 2004 arbeitete die Kommission zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit weiter, allerdings mit dem Unterschied, dass über die Jahre der Erfahrungsaustausch zwischen den Staaten mittlerweile zwischen Partnern auf Augenhöhe verlief. Die wirtschaftliche Kooperation der UBC hatte dazu beigetragen, dass zum Berichtszeitpunkt 2005 keine allzu signifikanten Brüche zwischen Ost und West mehr bestanden⁸⁷².

Die Kommission zu Verkehr hatte, nachdem Göteborg 2001 die Führung übernommen hatte, starke Entwicklungsschritte genommen⁸⁷³. Drei Schwerpunkte waren für die zukünftige Arbeit gesetzt worden: effektives Management des öffentlichen Personennahverkehrs, die Verbesserung der Bedingungen für Radfahrer und Fußgänger sowie der Informationsaustausch zur Entwicklung nachhaltigen Transportverhaltens. Im April 2002 fand in Riga im Verbund mit dem Treffen der Verkehrskommission ein Seminar zum öffentlichen Nahverkehr statt, wo 40 Teilnehmer aus 23 Städten aus neun Ostseestaaten beteiligt waren und Sprecher aus den skandinavischen Staaten, Estland und Lettland schilderten Fehler, die ihre Städte in der Verwaltung des öffentlichen Nahverkehrs gemacht hatten, um die anderen an ihrem schlechten Beispiel lernen zu lassen⁸⁷⁴.

⁸⁷⁰ ebd., S. 2.

⁸⁷¹ VIIth General Conference, Klaipeda, 17-19 October 2003 - Conference report. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/viith-general.html#REPORT%A0>, 20.12.2005.

⁸⁷² Commission on Business Cooperation. Activity Report November 2003-August 2005. In: Reports and Action Plans of the UBC Commissions and Networks. 2003-2005. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/today/pictures/VIIIIC/h_commissions_reports.pdf, 11.03.2008, S. 4.

⁸⁷³ Commission on Transportation - Activity Report October 2001-September 2003. In: Reports and Action Plans of the UB Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005, S. 23.

⁸⁷⁴ ebd., S. 23.

Im September 2002 wurde ein Fahrrad-Seminar im lettischen Cēsis veranstaltet, auf dem über 40 Teilnehmer aus 20 Städten ihre Politiken zur Förderung von Radfahrern vorstellten. Es wurden auch Möglichkeiten des Wandels der Verkehrsgewohnheiten diskutiert. Ein entsprechendes Seminar zum *mobility management* fand im April 2003 in Tallinn und Paldiski statt. Auch hier wurden Möglichkeiten des Wandels der Transportgewohnheiten, zur Steigerung der Attraktivität von öffentlichen Verkehrsmitteln und alternativen Transportmitteln und neue Technologien zur Erhöhung der Effektivität im öffentlichen Verkehr diskutiert. Über einen Fragebogen informierte sich die Kommission zusätzlich über die Themengebiete, an denen die Mitglieder interessiert waren. Somit war der Neustart dieser Kommission erfolgreich verlaufen.

4.2.4 Die Ebene der BSPC

Die erste Ostseeparlamentarierkonferenz im Januar 1991 behandelte noch keine gemeinsamen Wirtschaftsthemen, vielmehr waren hier die sowjetischen Teilnehmer bemüht, das westliche Vertrauen in die Reformen der sowjetischen Wirtschaft zu stärken⁸⁷⁵. Die Folgekonferenz im April 1992 verlieh gemeinsamen Wirtschaftsprojekten im Ostseeraum hohe politische Priorität, womit das Thema für die Ostseeparlamentarier offiziell geworden war. Die dritte Konferenz 1994 erwähnte jedoch Wirtschaft nicht, ebenso wenig, wie die Infrastruktur bislang erwähnt worden war. Dafür forderte die vierte Konferenz vom 12.-13.09.1995 in Rønne die nationalen Regierungen auf, ihre Anstrengungen im Bereich der Infrastruktur ebenso zu erhöhen, wie sie sich mit vollem Einsatz einer wirtschaftlich nachhaltigen Entwicklung im Ostseeraum widmen sollten. Sie wurden aufgerufen, den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital zu vereinfachen und schrittweise eine Freihandelszone im Ostseeraum aufzubauen⁸⁷⁶. Diese Forderung wurde von der Folgekonferenz wiederholt und um die nach dem freien Personenverkehr, verbunden mit der schnellstmöglichen Aufhebung der Visazwänge ergänzt. Dann geschah in diesem Bereich über Jahre nichts, bis im Jahr 2000 mit SMEs und Informationstechnologie die neuen, allerdings schon Jahre in anderen Gremien behandelten, Themen der Wirtschaftskooperation aufgegriffen wurden. Neben dem Aufruf, die generelle Infrastruktur um die Ostsee herum auszubauen und Hindernisse an Grenzübergängen zu beseitigen, wurden die Regierungen aufgefordert, eine effiziente IT-Infrastruktur in Form von Datenhighways aufzubauen. Weiterhin sollten

⁸⁷⁵ Väänänen, Pentti; Boedeker, Mika (Hrsg.): Parliamentary Conference on Co-operation in the Baltic Sea Area.

⁸⁷⁶ Resolution der vierten Ostseeparlamentarierkonferenz vom 12.-13.09.1995 in Rønne, S. 2.

Bedingungen für SMEs in der Region verbessert werden⁸⁷⁷. Die Konferenz vom 30.09.-01.10.2002 in St.Petersburg betonte verstärkt russische Belange und damit den Beitrag der BSPC zum Konzept eines gemeinsamen europäischen Handelsraums im Ostseeraum, wie er parallel im Rahmen des PCA verhandelt wurde. Es wurde auch darauf gedrungen, den Pilotcharakter der Oblast Kaliningrad für die Beziehungen zwischen Russland und der EU zu beachten⁸⁷⁸. Die Konferenz vom 07.-09.09.2003 in Oulu betonte nicht nur erneut die Notwendigkeit der Schaffung effizienter IT-Infrastruktur für die Wissensgesellschaft, sondern betrat Neuland, indem sie den Ostseerat und die nationalen Regierungen aufforderte, die Möglichkeit der Einrichtung einer gemeinsamen Ostseedatenbank für Stellenangebote einzurichten⁸⁷⁹. Die BSPC konnte also auf Grund ihrer Struktur keine eigene Wirtschaftskooperation betreiben, sondern beschränkte sich darauf, der bestehenden Zusammenarbeit politischen Rückhalt zu geben.

4.2.5 Der Verkehrssektor der Baltic 21

Deutschland und Lettland waren die *lead parties* des Verkehrssektors der Baltic 21. Nachdem sie zu Beginn 1998 den Bericht zur Situation des Verkehrs im Ostseeraum angefertigt hatten⁸⁸⁰, flossen seine Ergebnisse in die Formulierung der Baltic 21 ein. Die fasste für ein nachhaltiges Transportwesen zwei Ziele ins Auge, einerseits die Minimierung schädlicher Umweltfolgen und des Flächenverbrauchs für den Transport zum Schutz der menschlichen Gesellschaft und der Ökosysteme und andererseits den Ausbau der Fähigkeit der Verkehrsnetze, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Region beizutragen⁸⁸¹. Die Hauptmaßnahmen dazu zielten auf die Schaffung eines institutionellen und rechtlichen Rahmens, den Aufbau intensiver Kooperation und Bewertungsprozeduren, also eher auf die Umsetzung der Hilfsmittel als auf technische oder Infrastrukturprojekte. Überschneidungen mit HELCOM, VASAB und der UBC sollten so vermieden werden⁸⁸². Drei konkrete

⁸⁷⁷ Resolution der neunten Ostseeparlamentarierkonferenz vom 04.-05.09.2000 in Malmö. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/9.Resolution_00.doc, 16.04.2008, S. 1.

⁸⁷⁸ Resolution Part I - adopted by the 11th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC), assembled in St. Petersburg, Russian Federation, 30th September - 1st October 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.norden.org/bspcnet/media/Dokument/Resolution%20I%20-%20final.pdf>, 16.04.2008.

⁸⁷⁹ Resolution adopted by the 12th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC), assembled in Oulu, Finland, 8-9 September 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.norden.org/bspcnet/media/Dokument/12%20BSPC%20-%20Final%20Resolution.pdf>, 16.04.2008, S. 2.

⁸⁸⁰ Baltic 21 Transport Sector Report - Baltic 21 Series No 8/98. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/attachments/transport_report.pdf, 14.12.2005.

⁸⁸¹ Eine Agenda 21 für den Ostseeraum - Baltic 21, S. 11.

⁸⁸² ebd., S. 30.

Aktionen wurden für die nächsten Jahre anvisiert. Zunächst sollte sich der Sektor zusammen mit VASAB 1998-1999 an einem unter der Leitung der HELCOM-PITF durchgeführten Projekt zur Erstellung von Leitlinien, Kriterien und Empfehlungen für Infrastrukturinvestitionen beteiligen. Ein weiteres, vom Sektor und der VASAB zu bearbeitendes Projekt betraf den Aufbau und die Festigung von Regierungszusammenarbeit für effektiven Güterverkehr ohne unfaire Subventionierungen und für den Abbau physischer Hindernisse des Güterverkehrs und die Modernisierung des Zollsystems, also Themen, die zumindest von der wirtschaftlichen Seite aus schon anderweitig behandelt wurden. Der Zeitraum hierfür war von 1999 bis 2005 geplant. Ein weiteres, zusammen vom Sektor, HELCOM, VASAB und der Schifffahrtsindustrie zu betreibendes Projekt sollte der Entwicklung einer nachhaltigen Seeschifffahrt dienen. Dazu sollten Daten gesammelt und ausgetauscht werden, Emissionsreduktionen und die Reduzierung der Einschleppung fremder Arten durch Ballastwasser ebenso angestrebt werden wie der Aufbau einer nachhaltigen Küstenschifffahrt. Zusätzlich sollten Emissionsnormen erarbeitet werden⁸⁸³. Vor allem letztere Projektlinie zielte also stark auf Gebiete, in denen die HELCOM seit vielen Jahren erfolgreich tätig gewesen war. Der Mehrwert, der in dem Einbezug beider Seiten, also HELCOMs und der Schifffahrtsindustrie, bestand, wäre hierbei wohl auch durch direkte Verhandlungen beider Seiten ohne die Baltic 21 zu Stande gekommen.

Die Kriterien zu Infrastrukturinvestitionen wurden im ersten Berichtszeitraum bis zum Jahr 2000 fertig gestellt und die Ergebnisse in der Publikation „*Transport Sector Investment Decision-Making in the Baltic Sea Region*“ veröffentlicht⁸⁸⁴. Hinsichtlich der Einrichtung und Vertiefung der Regierungskooperation zur Schaffung effizienter Güterverkehrsnetze war außer vorbereitenden Schritten bis 2000 noch nichts unternommen worden. In Bezug auf nachhaltigen Seetransport war die Entwicklung regionaler Strategien für nachhaltigen Seetransport in kleinen Häfen begonnen worden. Im März 2000 hatte die BPO als Sektormitglied eine entsprechende Konferenz organisiert⁸⁸⁵. Die Entwicklung der Umweltauswirkungen im Transportsektor verlief bis 2000 parallel zu den gesamten Emissionsverläufen. Während der Ausstoß von Kohlendioxid konstant blieb, fiel der von Schwefel- und Stickstoffoxiden ebenso wie der Partikelaustoß, was auf schärfere Emissionsgesetze in Skandinavien und Deutschland ab Mitte der 1980er Jahre zurückgeführt wurde⁸⁸⁶, also noch nicht mit der Baltic 21-Kooperation in Verbindung gebracht werden

⁸⁸³ ebd., S. 31.

⁸⁸⁴ Biennial Report – 2000 - Baltic 21, S. 20.

⁸⁸⁵ ebd., S. 21.

⁸⁸⁶ Development in the Baltic Sea Region towards the Baltic 21 Goals - an indicator based assessment. Baltic 21 Series No. 2/2000. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.baltic21.org/attachments/report_no_22000_indicator_report.pdf, 14.12.2005, S. 40.

konnte. Der ökologische Vorteil der weiterentwickelten Technik wurde durch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen neutralisiert⁸⁸⁷.

Der Folgebericht der Baltic 21 aus dem Jahre 2002 konnte für den Verkehrssektor keine oder nur unzureichende Erfolge vermelden, da die Beteiligung an den gemeinsamen Aktionen weiter gering war und die Trends in der Region teilweise sogar nicht nur nicht in Richtung Nachhaltigkeit, sondern in die Gegenrichtung wiesen⁸⁸⁸. So war seit 1989 ein sich immer intensivierender Straßenverkehr gegenüber einer Abnahme des Schienentransports zu bemerken, ein Verhältnis, das in den EU-Kandidatenstaaten noch nicht so krass ausgeprägt war. Da hinsichtlich der Leitlinien zu Verkehrsinvestitionen neue Inhalte aufgetaucht waren (VASAB hatte vorgeschlagen, eine Raumverträglichkeitsanalyse hinzuzuziehen), konnte das entsprechende Dokument noch nicht fertig gestellt werden. Im Bereich der Förderung der Küstenschifffahrt hatte die BPO eine Studie über vorrangig zu beseitigende Engpässe in den Bereichen Effizienz, Organisation und Qualität der Küstenschifffahrt, der Häfen und der Infrastrukturanbindungen anfertigen lassen, so dass es hier eine Zielorientierung gab. Diese partiellen Erfolge konnten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Sektor insgesamt keine echten Fortschritte in Richtung Nachhaltigkeit machte, sondern teilweise sogar negative Trends aufwies, was dem zu geringen Engagement der Mitglieder durch unzureichende personelle und finanzielle Ausstattung sowie einem Mangel an gemeinsamen Visionen und Willen zur Kooperation geschuldet war⁸⁸⁹. Um dies zu verbessern, wurde eine Aufnahme des Sektors in die CBSS-ad hoc-Arbeitsgruppe zu Verkehr ebenso angestrebt wie eine Klärung der Führungskompetenzen in diesem Sektor. Weiterhin wurde ein größerer Praxisbezug und die stärkere Betonung des bottom-up-Ansatzes mit verbundener Konzentration auf konkrete Einzelprobleme gefordert.

Der Bericht des Jahres 2004 konnte jedoch keine neuen Aktivitäten auf dem Transportsektor vermelden und wiederholte die Erfordernis größeren Einsatzes seitens der Regierungen⁸⁹⁰.

4.3 Bildung und Kultur

4.3.1 Die EuroFaculty

Die Vorherrschaft der marxistisch-leninistischen Ideologie hatte nicht nur in den Bereichen der Regierungsform und Wirtschaft ihre Spuren hinterlassen, sondern auch bei der

⁸⁸⁷ ebd.

⁸⁸⁸ Baltic 21-Bericht 2000-2002, S. 19.

⁸⁸⁹ ebd., S. 19.

⁸⁹⁰ Baltic 21 – Bericht 2004, S. 6f.

akademischen Lehre, so dass nach dem Ende des Kalten Krieges in den östlichen Ostseestaaten sowohl die Curricula reformiert werden mussten, als auch umfassende Weiterbildungen der Universitätslehrer und eine Erneuerung der Lehrmaterialien nötig wurde, unter anderem um qualifiziertes Personal für die öffentliche Verwaltung und die Politik auszubilden, was die die Hauptthemen der Transformation berührende Reichweite dieses Problems zeigt. Die Universitäten der baltischen Staaten waren, wie viele der östlichen Universitäten, mit diesen Herausforderungen überfordert, an den Hochschulen herrschten chaotische Zustände⁸⁹¹. Curricula richteten sich nicht nach Bedarf, sondern nach den aktuellen Möglichkeiten der Universitäten und den Entscheidungen zur Führung der akademischen Einrichtungen entbehrten der Nachhaltigkeit und Transparenz. Daher war internationale Hilfe im Rahmen des CBSS nötig, um durch eine Soforthilfe die Einrichtungen in den erforderlichen Bereichen zu reformieren. Nicht zuletzt sollte auf diese Weise auch ein neuer Stamm an Universitätslehrern ausgebildet werden, der dann allein in der Lage wäre, das Niveau zu halten und weitere westliche Unterstützung unnötig machen würde.

Diese umfassende Unterstützung sollte im Ostseeraum auf die Initiative Hans-Dietrich Genschers durch die Einrichtung einer *EuroFaculty* organisiert werden. Die Arbeitsgruppe der *EuroFaculty* hatte ihr erstes Treffen im Juni 1992. Diese Arbeitsgruppe war vom CSO des CBSS eingerichtet worden und sie sollte die Einrichtung und Führung einer gleichnamigen akademischen Einrichtung an der Universität Riga betreuen⁸⁹². Diese wurde am 28.09.1993 offiziell eröffnet und verfügte über die Bereiche öffentliche und geschäftliche Verwaltung, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, um bei der Restrukturierung dieser Fakultäten Unterstützung leisten zu können⁸⁹³. Die Universitäten von Hamburg, Helsinki, Kiel, Mainz, Münster, Oslo und Århus, die Stockholmer Wirtschaftshochschule und die Managementhochschule Oslo waren von Beginn an die unterstützenden westlichen Hochschulen. In erster Linie sollten die Universitäten Riga, Tartu und Vilnius von diesem Projekt profitieren, es war jedoch auch offen für polnische und russische Hochschulen. Die Finanzierung lief zunächst hauptsächlich über das TEMPUS-Programm der EU, einem seit 1990 existierenden Programm für die Kooperation der Hochschulen der EU mit denen der Nachbarländer der EU, und über Zuwendungen einzelner Staaten. Die vom 3. CBSS-Außenministertreffen 1994 in Tallinn angenommenen Statuten der EF definierten ihre Zielsetzung als die Unterstützung der Weiterbildung der Lehrenden, die Curriculumsentwicklung und die Ausbildung in den Bereichen der öffentlichen und

⁸⁹¹ The EuroFaculty-Report 1993-2005. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/14icelandic/finalef-balticreport1993-2005.pdf>, 07.01.2006, S. 29.

⁸⁹² Report of the Committee of Senior Officials 1993.

⁸⁹³ 1993-1994 Annual Report from the CBSS Committee of Senior Officials.

wirtschaftlichen Verwaltung, Rechtswissenschaften und Wirtschaftswissenschaften⁸⁹⁴. Die Unabhängigkeit der Einrichtung sollte dadurch gewahrt werden, dass die EF nur dem CBSS und damit dem CSO rechenschaftspflichtig war. Zudem sollten alle ihre Entscheidungen an der Hochschulautonomie und der akademischen Gewissensfreiheit orientiert und frei von politischen Motiven sein, was angesichts der an die Förderung geknüpften Verwendungsbedingungen der Förderer teilweise eine Gratwanderung bedeutete⁸⁹⁵. Die gegenseitige Anerkennung der Studienleistungen zwischen der EF und den Gastgeberuniversitäten sicherte die Integration der EF in den lokalen Studienbetrieb ab. Finanzielle Zuwendungen durch die CBSS-Staaten sollten auf freiwilliger Basis geschehen und der EF wurde die Freiheit der Suche nach weiteren Sponsoren gelassen. Die Stationen in den baltischen Staaten sollten nur der Beginn der EF sein, eine Ausweitung nach Russland, vor allem nach Kaliningrad und St.Petersburg war, wenn die Finanzierung sichergestellt und die Steuerungsgruppe einverstanden sein sollte, geplant⁸⁹⁶.

Die Steuerungsgruppe der *EuroFaculty* bestand aus je zwei Repräsentanten jedes Geberlandes, wobei davon einer die Universitäten und der andere die Regierung repräsentierte⁸⁹⁷. Ebenso waren Vertreter der EG-Kommission und des TEMPUS-Büros sowie der TEMPUS-Vertragsstaaten vertreten. Alle Mitglieder hatten gleiches Stimmrecht⁸⁹⁸. Die Vorsitzenden der Steuerungsgruppe wurden aus den akademischen Vertretern für jeweils zwei Jahre auf rotierender Basis gewählt. Gleichberechtigung zwischen den Geber- und Nehmerländern wurde durch die Regelung gewahrt, dass der Posten des Vorsitzenden und seines Stellvertreters stets aus beiden Parteien besetzt wurden. Treffen sollten mindestens einmal jährlich stattfinden. Für die Bearbeitung der laufenden Geschäfte und der Umsetzung ihrer Entscheidungen sollte die Steuerungsgruppe einen Exekutivdirektor ernennen, dieses Amt bekleidete zunächst der Este Toivo Miljan, ab dem 01.09.1998 folgte ihm mit Arild Saether ein Norweger, diesem folgte ab August 2001 der Däne Gustav Kristensen. Die Steuerungsgruppe hatte die Verantwortung für die Aktionen der *EuroFaculty*, besonders jedoch die Entscheidung über die akademische und administrative Struktur der *EuroFaculty* in den baltischen Staaten, ihren rechtlichen Status, ihre akademischen Aktivitäten, ihr Budget und die alleinige Entscheidung über die Aufnahme neuer Partner, auch von außerhalb des

⁸⁹⁴ Council of the Baltic Sea States, III. Ministerial Session, Tallinn, May 24-25, 1994 - Statutes of the EuroFaculty. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/eurofaculty/dbaFile3312.html>, 14.10.2006.

⁸⁹⁵ ebd.

⁸⁹⁶ ebd.

⁸⁹⁷ Mandate for the Steering Committee of the Euro-Faculty (1993-1994). Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/csoannualreport/dbaFile3314.html>, 07.01.2006.

⁸⁹⁸ Zeitzeugeninterview mit Gustav Kristensen, Direktor der EuroFaculty vom August 2001 bis Ende Juli 2005 vom 20.11.2007, S. 3.

CBSS, in das Projekt⁸⁹⁹. Von Anfang an war die EF bis zum Jahr 2005 befristet⁹⁰⁰. Insofern war der *EuroFaculty* durch die Steuerungsgruppe eine potente Leitung entstanden, die durch die Regelung des Vorsitzes einerseits das Gleichgewicht zwischen Gebern und Nehmern wahrte, andererseits die Entscheidungsgewalt der akademischen Seite etwas über die der Regierungsseite stellte, ohne jedoch, dass letztere auf die Kontrolle verzichten musste. Die Steuerungsgruppe war zudem mit umfassenden Kompetenzen ausgestattet, was eine effektive Lenkung der *EuroFaculty* ermöglichte.

Zunächst begann man mit organisatorischen Fragen unterschiedlichster Art, von der Einrichtung der Zentren an den baltischen Universitäten und ihrem Verhältnis zu den Gastgeberuniversitäten bis zur Auswahl von geeigneten Hochschullehrern, die bereit waren, für längere Zeit an der *EuroFaculty* zu arbeiten, was durch die instabilen Finanzierungsbedingungen mit kurzer Bewilligungsdauer schwierig war⁹⁰¹. Die entsprechenden Finanzregelungen waren so gestaltet, dass Verträge zwischen der Leitung der EF und den Nationalstaaten die Finanzierung regelten, die jeweils lediglich ein Jahr Gültigkeit hatten. Zudem bestand für die Staaten keine Verpflichtung, ihr Engagement aufrecht zu erhalten. So musste die Steuerungsgruppe der EF jedes Jahr erneut mit jedem einzelnen der Geberstaaten⁹⁰² in Verhandlungen treten, was nicht nur einen enormen Arbeitsaufwand bedeutete, sondern auch eine verlässliche Kontinuität der Zahlungen gefährdete. Zudem stellten die Staaten häufig Bedingungen an die Verwendung des Geldes, die ihren Interessen und nicht denen des Projekts entsprachen⁹⁰³. Ein effizientes *Pooling* der Ressourcen war somit nicht möglich. Zusätzlich schwierig war der rechtliche Status der EF, die zunächst als Geschöpf des intergouvernementalen, nicht rechtlich bindenden Ostseerats nur einen ebenso lockeren Status haben konnte.

Der Unterricht in den Bachelor-Programmen begann im akademischen Jahr 1994/1995, im folgenden Jahr wurde das volle akademische Lehrprogramm einschließlich von Englisch-Sprachkursen, um dem englischsprachigen Unterricht folgen zu können, umgesetzt⁹⁰⁴. Auf die Anfrage Russlands von 1994 auf die Ausweitung der EF nach Kaliningrad⁹⁰⁵ hin betrieb die EF zwischen 1994 und 1997 ein kleineres Pilotprojekt an der Kaliningrader Universität⁹⁰⁶. Ab dem Herbst 1996 bestand das von der Steuerungsgruppe gegründete *Academic Advisory*

⁸⁹⁹ ebd.

⁹⁰⁰ The EuroFaculty-Report 1993-2005, S. 7.

⁹⁰¹ ebd., S. 10

⁹⁰² Deutschland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Großbritannien und die Niederlande.

⁹⁰³ ebd., S. 11.

⁹⁰⁴ ebd., S. 8.

⁹⁰⁵ Council of the Baltic Sea States, Third ministerial Session, Tallinn, May 24-25 1994 – Communiqué.

Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/dbaFile529.html>, 26.05.2004.

⁹⁰⁶ The EuroFaculty-Report 1993-2005, S. 9.

Board, das dem *EF Executive Committee* zur Seite stand, womit eine deutlichere Trennung der Kompetenzen in der Leitung der EF eingeführt wurde. Im Juni 2000 fand mit den vom neunten CBSS-Außenministertreffen vom 21.-22.06.2000 in Bergen verabschiedeten neuen Statuten eine Umstrukturierung der EF statt, indem die Steuerungsgruppe durch das *Governing Board* (GB) und das *Academic Board* (AB) ersetzt wurde, wobei das AB im vom GB ausgehandelten und vorgegebenen Finanzierungsspielraum Entscheidungen im akademischen Bereich traf⁹⁰⁷. Das *Executive Committee*, bestehend aus dem Vorsitzenden des GB und seinem Stellvertreter sowie dem Vorsitzenden des AB und dem Direktor, bestand weiterhin. Gegen Ende des Mandats der EF wurde die Sitzungen von GB und AB jedoch immer mehr zusammen abgehalten, so dass de facto aus beiden wieder ein Steuergremium wurde und damit die Umstrukturierung zurückgenommen wurde. Die tägliche Verwaltungsarbeit wurde vom Direktor zusammen mit den stellvertretenden Rektoren der drei baltischen Universitäten und zwei Sekretariatsangestellten geleistet, was ein wenig bürokratisches, gut in die vorhandenen Strukturen eingepasstes Vorgehen bedeutete. Die Verwaltung der akademischen Belange wurde durch drei Programmkoordinatoren geleistet, die Lehrende aus den westlichen Universitäten waren⁹⁰⁸.

Zu Beginn der EF ging es zunächst darum, über Vertrauensaufbau die Lehre der westlichen Professoren an den Universitäten zu integrieren, ihre Kurse in den lokalen Studienplänen abrechenbar zu machen. Dies gelang durch die lokale Präsenz der EF-Zentren an den drei Universitäten, die Informationsaustausch und persönliche Kontakte stark vereinfachte. Da das Ziel jedoch war, dass einheimische Akademiker den Unterricht übernehmen sollten, wurden den westlichen Professoren immer einheimische Assistenten zur Seite gestellt. Zudem wurden geeigneten Studenten Stellen als Hilfskräfte angeboten, um ihr Studium finanziell zu unterstützen und eine neue akademische Generation heranzuziehen⁹⁰⁹. Auf diese Weise gelang es, die Lehre der EF an den lokalen Universitäten zu integrieren und Vorbereitungen zur Übernahme der Lehre durch einheimische Akademiker zu treffen.

Hinsichtlich der Curriculumsentwicklungen musste der Bereich der Politikwissenschaften völlig neu geschaffen werden, da es an den Universitäten in der SU nichts Vergleichbares gegeben hatte. Bei den Wirtschaftswissenschaften musste dagegen „nur“ der theoretische Bereich neu strukturiert und mehr quantifizierende Methoden eingeführt werden⁹¹⁰. Eine Grundbedingung der Arbeit der EF war die Sprachausbildung in Englisch und Deutsch, da die Kurse in diesen Sprachen gehalten wurden. Diese Kurse konnten bald von Einheimischen

⁹⁰⁷ Revised EuroFaculty statutes. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/8norwegian/ministerialsession/dbaFile367.html>, 12.11.2007.

⁹⁰⁸ ebd.

⁹⁰⁹ The EuroFaculty-Report 1993-2005, S. 14.

⁹¹⁰ ebd., S. 15f.

übernommen werden. Wichtig war auch die Ausrüstung der Universitäten mit Medien. Die Bestände der Bibliotheken wurden erneuert, wobei die Ausrüstung mit Fachzeitschriften stets etwas problematisch blieb und moderne Informationselektronik wurde angeschafft, die allerdings in ihrer Aktualität und Angebotsdichte gegen Ende der EF von der Informationselektronik der Gastgeberuniversitäten überholt war⁹¹¹.

Im Herbst 2002 startete die *Baltic Economic Research Conference*-Serie, in der Lehrende der EF und Promotionsstudenten Forschungsvorhaben vorstellen und diskutieren konnten. Ebenso im Herbst 2002 wurde ein einwöchiger Workshop zu Vorhersageinstrumenten der Makroökonomie durchgeführt, vom 12.-14.09.2003 fand eine Konferenz zu Steuerfragen statt.

Ein Grundproblem der EF war jedoch der unklare Rechtsstatus der Einrichtung, der über die gesamte Zeit nicht bereinigt werden konnte, da kein Parlament das EF-Abkommen ratifizierte⁹¹². Ein weiteres Grundproblem der EF war die fehlende Bereitschaft der Geberstaaten, langfristige Zahlungen zu gewähren und die damit verbundene Behinderung bei der langfristigen Planung⁹¹³. Zu der kurzen Frist von einem Jahr kamen auch teilweise Verspätungen der Zahlungen und ein teilweise ambivalentes Engagement der Staaten. Finnland unterstützte zum Beispiel lediglich den im estnischen Tartu befindlichen Teil der EF, Großbritannien stellte seine Förderung zum 01.03.2002 ein⁹¹⁴. Die dazu von den Staaten gestellten Bedingungen zur Verwendung der Fonds in Verbindung mit dem bilateralen Charakter der Beziehungen führten zu teilweise wenig effizienten Möglichkeiten des Einsatzes der Finanzmittel im Vergleich zu den Vorteilen eines Pool-Modells, wo alle Finanzen in einem für alle Bereiche zugänglichen Fond versammelt werden, und zu Schwierigkeiten bei der Auswahl und Einstellung geeigneter Dozenten⁹¹⁵. Problematisch war auch, dass zu Beginn der EF kein institutioneller Rahmen geschaffen war, was anfangs in verschiedenen Bereichen, zum Beispiel den bei der Auswahl der Dozenten anzuwendenden Prinzipien, zu großer Konfusion führte⁹¹⁶.

Dennoch gelang es, neben der Neuausstattung der Bibliotheken und den Kursen der Gastdozenten, eine funktionierende Kooperation mit den Gastuniversitäten aufzubauen und ihnen mehr Eigenständigkeit zu verleihen, indem immer mehr Kurse von einheimischen Dozenten gegeben wurden⁹¹⁷. Naturgemäß konnte in den zwölf Jahren des Bestehens der EF

⁹¹¹ ebd., S. 24f.

⁹¹² Zeitzeugeninterview mit Gustav Kristensen, S. 2.

⁹¹³ ebd., S. 18.

⁹¹⁴ EuroFaculty Report to the Council of the Baltic Sea States, Year 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/pori/annualreports/fullreport2002.doc>, 09.01.2006.

⁹¹⁵ The EuroFaculty-Report 1993-2005, S. 18.

⁹¹⁶ ebd., S. 18.

⁹¹⁷ Diagramme ebd., S. 33ff.

keine eigenständige Forschung auf westlichem Niveau induziert werden. Defizite bestanden vor allem in den Sozialwissenschaften, die infolge geringer Berufsaussichten wenig gefragt waren⁹¹⁸, und im Steuerrecht, wo die erwähnte Konferenz zu Steuerfragen vom September 2003 Abhilfe schaffen sollte⁹¹⁹. Um dieses Defizit auszugleichen, begannen schon 2002 Überlegungen, die EF nach ihrem Auslaufen 2005 in ein postgraduales Forschungsprogramm umzuformen, was mit der *EuroBaltic Centres of Excellence* ab 2005 umgesetzt wurde.

Dass sich dennoch das Modell der EF bewährt hatte, zeigte auch das Interesse anderer Regionen an einer solchen Einrichtung. So wurde auf einem Treffen des CSO in Pskow am 05.03.2004 eine Arbeitsgruppe berufen, die Möglichkeit der Einrichtung einer EF in Pskow zu untersuchen⁹²⁰.

4.3.2 Die CBSS-Bildungsministertreffen

Der zweite Ostseestaatsgipfel vom 22.-23.01.1998 in Riga mahnte eine Verstärkung der Kooperation auf den Gebieten der Bildung und Kultur an⁹²¹. Hinzu kam, dass der Baltic 21-Prozess der Nachhaltigkeit im Ostseeraum eine bildungspolitische Komponente hatte, die es umzusetzen galt. So erreichte neben der *EuroFaculty* und den Möglichkeiten zum Jugendaustausch die Ostseekooperation im Bereich der Bildung mit dem ersten Treffen der CBSS-Bildungsminister in Stockholm vom 23.-24.03.2000 eine neue Qualität.

Im Bewusstsein der großen Bedeutung der Bildung zur nachhaltigen Entwicklung der Region und vor dem Hintergrund der relevanten politischen Willensbekundungen⁹²² betrachteten die Minister nachhaltige Bildung für deutlich umfassender als das Konzept der Umweltbildung für Nachhaltigkeit, nachhaltige Bildung müsse „...*take account of diverse local, regional and national situations and may therefore place varying degrees of emphasis on these three aspects*;...“⁹²³, eine Definition, die wenig konkret war, aber auf die Größe der Aufgabe hinwies. Hierzu sollte national und ostseeweit eine umfassende Kooperation entwickelt

⁹¹⁸ ebd., S. 6.

⁹¹⁹ EuroFaculty-Report 2003.

⁹²⁰ Annual Report from the Committee of Senior Officials, The 12th Year of the Council's Activity 2003-2004. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/csoannualreport2003-2004read-only.doc>, 12.11.2007.

⁹²¹ Presidency Declaration, Baltic Sea States Summit Riga, 22-23 January 1998.

⁹²² Den Entscheidungen der Kommission für nachhaltige Entwicklung der UN auf ihrer sechsten und siebenten Sitzung, den Aufrufen zur Schaffung einer Agenda 21 für den Ostseeraum durch den 1. Ostseestaatsgipfel in Visby und das folgende CBSS-Außenministertreffen in Kalmar und der Annahme der Baltic 21 durch das siebente CBSS-Außenministertreffen in Nyborg 1998.

1st CBSS Ministers of Education meeting, Stockholm, 23-24 March 2000- Haga Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/8norwegian/dbaFile6593.html>, 09.01.2006.

⁹²³ ebd., Unterpunkt 1.7.

werden. Zu diesem Zweck beabsichtigten die Minister die Erstellung einer Agenda 21 für die Bildung im Ostseeraum, die alle Bildungsbereiche, also Schulen, Hochschulen, berufliche Weiterbildung (besonders von Lehrern als Multiplikatoren), Freizeitbildungsangebote und die Bewusstmachung von Themen durch die Medien betreffen und sie als lebenslanges Lernen begreifen sollte⁹²⁴. Nachhaltige Bildung sollte somit in alle Curricula integriert werden und, auf breitem Forschungswissen aufbauend, sowohl in etablierte Fächer Einzug halten als auch als eine neue Kompetenz vermittelt werden. Als Schwerpunkte wurden Prozessorientierung, kritisches Denken und soziales Lernen in einem demokratischen Prozess definiert, wobei Inhalte der wirtschaftlichen, umweltpolitischen und sozialen Entwicklung zur Debatte stehen sollten. Auf diese Weise würde nachhaltige Bildung auch zum notwendigen Wandel der Lebensstile im Bereich des Konsums und der Produktion führen⁹²⁵. Zur Umsetzung dessen wurde ein offenes, demokratisches Netzwerk der Bildungsträger zusammen mit IGOs, GOs und NGOs für nötig erachtet. Berichte über die Fortschritte der Erarbeitung der Bildungs-Baltic 21 sollten dem Ostseestaatsgipfel und dem CBSS zukommen, im Herbst 2001 sollte sie zur Annahme durch die Bildungsminister bereit sein⁹²⁶.

Die Kosten der Umsetzung sollten vor allem die Staaten selbst übernehmen, eine Beantragung von Unterstützung aus EU-Mitteln oder Fördertöpfen des Nordischen Ministerrats sollte zusätzlich möglich sein⁹²⁷. Die *Senior Officials Group* (SOG) der Baltic 21 wurde mit der Steuerung und Überwachung der Ausarbeitung betraut und sollte ein *Baltic 21 Education Sector Network* zur Ausarbeitung der Baltic 21E erstellen, Litauen und Schweden übernahmen die *Lead Country*-Funktion. Das *Baltic 21 Education Sector Network* sollte, Ebenen der Bildung folgend, aus drei Untergruppen aufgebaut sein, deren Mitglieder Repräsentanten der Staaten, von IGOs und NGOs sein sollten⁹²⁸. Der kommende Ostseestaatsgipfel von Kolding vom 12.-13.04.2000 wurde aufgefordert, die Ausarbeitung einer solchen „Baltic 21E“ in seine Prioritäten aufzunehmen und die Mitgliedsstaaten sowie die relevanten IGOs und NGOs in die Pflicht genommen, sich an der Ausarbeitung zu beteiligen. Der Staatsgipfel gab dann die geforderte Unterstützung für die Integration der Bildung in die Baltic 21, machte aber keine Empfehlungen zur Ausarbeitung des Programms⁹²⁹.

⁹²⁴ ebd.

⁹²⁵ ebd.

⁹²⁶ ebd.

⁹²⁷ ebd.

⁹²⁸ Diese Arbeitsgruppen bearbeiteten Vorschul- und Schulbildung, Hochschulbildung und so genannte informelle Bildung, die vorrangig das Erwachsenenalter betraf.

⁹²⁹ Baltic Sea States Summit, Kolding, 12-13 April 2000: Chairman's Conclusions.

Die zweite und letzte Konferenz der CBSS-Bildungsminister fand vom 24.-25.01.2002 wiederum in Stockholm statt. Die Minister verabschiedeten die inzwischen fertig gestellte Baltic 21E und bestätigten ihren Einsatz für deren Umsetzung in Bereichen, in denen so keine Doppelarbeit entstehen konnte und für die Bereitstellung der notwendigen nationalen Ressourcen⁹³⁰.

Die Überwachung der Umsetzung der Baltic 21E geschah weiterhin durch die SOG der Baltic 21, Schweden und Litauen blieben *Lead Countries* und regelmäßige Treffen der Bildungs- und Umweltminister wurden für notwendig erachtet⁹³¹. Das übergeordnete Ziel der Baltic 21E war die nachhaltige Bildung, worunter die Kompetenz aller darin, nachhaltige Entwicklung zu unterstützen und zu fördern, verstanden wurde⁹³². Dem Lerner in der Schule sollten so das Wissen, die Werte und die Fähigkeiten vermittelt werden, ein verantwortungsbewusster und dem demokratischen Prozess verpflichteter Bürger zu werden. Als für die Umsetzung nötig wurden rechtskräftige Vorschriften, dass Elemente nachhaltiger Bildung in den Curricula enthalten sein sollten, die Integration nachhaltiger Bildung in das alltägliche schulische Leben, auf diesem Gebiet ausreichend ausgebildete Lehrkräfte und passende Lehrmethoden sowie –umfelder erachtet.

Die Hochschulen sollten ihre Lerner mit Hinblick auf nachhaltige Bildung auf ihr Berufsleben als Entscheidungsträger vorbereiten und sie sollten durch Forschung und Lehre auch lokal, national und international an der Bildung von Aufmerksamkeit für nachhaltige Entwicklung teilhaben. Auch hier wurde eine Festschreibung der nachhaltigen Bildung in Rechtstexten für nötig erachtet, ebenso wie Kompetenzen der Dozenten in diesem Bereich und dass demokratische und nachhaltige Inhalte und Prozeduren das tägliche Geschehen der Hochschulen durchdringen⁹³³. Auch im informellen Lehrbereich sollten die Lerner mit Inhalten nachhaltiger Entwicklung in Kontakt gebracht werden.

Für die konkrete Umsetzung des Programms wurden fünf Aktionsgebiete ausgemacht. Eines davon war der Bereich der Politik, um den erforderlichen Rahmen für die Änderungen zu schaffen⁹³⁴, ein weiterer die Kompetenzentwicklung im Bildungsbereich⁹³⁵, weiterhin die

⁹³⁰ Communiqué of the second Meeting of Ministers of Education in Countries of the Baltic Sea Region, January 24-25, 2002, Haga Palace, Stockholm Sweden. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.baltic21.org/?a,181,09.01.2006>.

⁹³¹ ebd.

⁹³² An Agenda 21 for Education in the Baltic Sea Region – Baltic 21E. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.baltic21.org/?a,181,09.01.2006>.

⁹³³ ebd.

⁹³⁴ Hier sollten der rechtliche Rahmen und Anreize für die Kooperation der Bildungsträger im nationalen und internationalen Bereich untereinander geschaffen werden. ebd.

⁹³⁵ Hier sollten Berufstätige aller Ebenen durch Weiterbildungen sensibilisiert werden, die Kooperation von Lehrern, Forschern und Lehrpraktikern zum Erfahrungsaustausch stimuliert werden und Managementsysteme für nachhaltige Entwicklung in allen Bildungseinrichtungen eingeführt werden. ebd.

fortgesetzte Ausbildung⁹³⁶. Die Lehrmaterialien⁹³⁷ waren ein weiteres Aktionsgebiet, ebenso wie die Forschung zur nachhaltigen Bildung⁹³⁸. Indikatoren für den Grad der Umsetzung des Programms waren noch nicht fertig gestellt worden und sollten im weiteren Verlauf entwickelt werden.

Eine gewisse Geringschätzung dieser Entwicklungen sprach jedoch daraus, dass die Baltic 21E weder in den Abschlusserklärungen der Staatsgipfel von St.Petersburg 2002 und Laulasmaa 2004⁹³⁹, noch auf den Prioritätenlisten der finnischen und estnischen Ostseeratspräsidentenschaften 2002-2004⁹⁴⁰ erwähnt wurde. Auch nach der EU-Osterweiterung 2004 führten die Prioritäten der vorsitzenden Staaten⁹⁴¹ und die Kommuniqués der CBSS-Außenminister sie nicht dezidiert an. Außerdem war es weder zu den anvisierten gemeinsamen Treffen der Bildungs- und Umweltminister gekommen, noch hatte es nach 2002 überhaupt Treffen der CBSS-Bildungsminister gegeben.

4.3.3 Die CBSS-Kultusministerkonferenz

Die erste Konferenz der Kultusminister der Ostseestaaten fand nach einem von Polen veranstalteten Vorbereitungstreffen vom 05.-06.10.1992 in Gdansk schon vom 10.-11.05.1993 und damit ein Jahr nach der Gründung des Ostseerats in Saltsjöbaden nahe Stockholm statt. Alle zehn Mitgliedsstaaten waren vertreten, zumeist durch die Kultusminister selbst. Polen und Russland entsandten die stellvertretenden Minister, Deutschland war jedoch

⁹³⁶ Dies betraf die Unterstützung Nachhaltigkeits-orientierter Weiterbildungen und den Einbezug der Nachhaltigkeit in alle gesellschaftlichen Bereiche der Planung und Verwaltung.

⁹³⁷ Hier ging es der Baltic 21E darum, die Produktion von schulischem und akademischen Lehrmaterial sowohl im Bereich der Print- als auch der elektronischen und filmischen Medien zu unterstützen, ebenso für methodisches, pädagogisches und didaktisches Material zu verfahren, ein Internetportal zur Vernetzung dieser Bemühungen einzurichten, regionale Netzwerke für nachhaltige Bildung nach den Möglichkeiten zu fördern und die Medien bei der Schaffung von Aufmerksamkeit für die nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. ebd.

⁹³⁸ Die Forschung zur nachhaltigen Entwicklung sollte interdisziplinär Inhalte und Methoden entwickeln und die Politik ihre Verbreitung unterstützen, beides sollte wiederum über internationale Kooperationsforen vernetzt werden. Zudem sollten nachhaltige Managementsysteme für die Bildungseinrichtungen entwickelt werden. ebd.

⁹³⁹ 4th Baltic Sea States Summit St. Petersburg, 10 June 2002, Chairman's Conclusions. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/summits/stpetersburg2002/summit-chairmansconclusionsfinal.doc>, 07.01.2006

5th Baltic Sea States Summit Laulasmaa, Estonia, 21 June 2004 - Chairman's Conclusions. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/summits/laulasmaa2004/chairmansconclusion/>, 07.01.2006.

⁹⁴⁰ Priorities of the Finnish Presidency of the CBSS in 2002-2003.

Priorities of the Estonian CBSS Presidency in 2003-2004.

⁹⁴¹ Priorities of Polish Chairmanship in the Council of the Baltic Sea States, 2004-2005. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/13polish/dbaFile5089.html>, 14.11.2007

Priorities of the Icelandic Presidency of the CBSS 2005-2006. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/14icelandic/priorities/>, 14.11.2007

Priorities during the Swedish Presidency of the Council of the Baltic Sea States (CBSS), July 2006–June 2007.

Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/15swedish/swedishpriorities.pdf>, 14.11.2007.

nur unterhalb der Staatssekretärebene vertreten⁹⁴². Weitere Teilnehmer waren Vertreter des Europarats und des Nordischen Ministerrats. Die Minister nahmen das Kopenhagener Communiqué des Ostseerats zur Kenntnis, das sich vor dem Hintergrund eines gemeinsamen kulturellen Erbes mit unterschiedlichen nationalen Ausformungen für die Stärkung der Kulturkontakte und die Schaffung einer gemeinsamen Identität aussprach⁹⁴³ und drückten ihre Absicht aus, diese Forderungen umzusetzen⁹⁴⁴. Sie wollten gemeinsam Hindernisse der kulturellen Kooperation identifizieren und möglichst ausräumen und Projekte zur kulturellen Verständigung besonders innerhalb der *Ars Baltica* unterstützen. Der das kulturelle Leben betreffende Informationsaustausch sollte auf allen Ebenen verstärkt werden. Da kulturelle Kooperation schon innerhalb des Europarats, der UNESCO und der KSZE stattfand, sollte unter Vermeidung von Doppelarbeit deren Infrastruktur genutzt und keine eigene Institution aufgebaut werden.

Die Minister beschlossen, dass, um den Spezifiken kulturellen Lebens gerecht zu werden, die Förderung besonders Graswurzelprojekte als das Fundament kultureller Kooperation betreffen sollte⁹⁴⁵. Der *Ars Baltica* sollte mehr finanzielle Unterstützung zukommen und Projekte wie zu Wanderausstellungen auf Schiffen, zu Multimediafesten und zu Kinderliteratur wurden angesprochen⁹⁴⁶. Zur Behandlung aktueller Probleme boten Staaten die Organisation von Seminaren zur Kulturpolitik, der Rolle der Kunst für den Umweltschutz, Kulturmanagement und Diebstahl und Schmuggel von Kunstgegenständen an. Letzteres fand zum Beispiel vom 22.-23.11.1994 in Warschau statt. Weitere Initiativen wie Bildungs- und Austauschprogramme für Jugendliche im Kultursektor und die Eröffnung nationaler Kulturzentren für die Aufnahme von Jugendlichen aus anderen Ostseestaaten wurden besprochen. Zur Information sollte ein Handbuch zu kulturellen Einrichtungen ebenso entstehen, wie eine Datenbank zur Erfassung derselben Inhalte in Erwägung kam⁹⁴⁷. Erste Kooperationen im kulturellen Bereich waren die im Juni 1992 in Helsinki begonnene Zusammenarbeit von 18 Fernseh- und Radiosendern, das „Hansa-Media-Projekt“ eines finnischen Senders mit einer Sendereihe zur Ostsee, das *Baltic Art Festival* im August 1993 und die Entscheidung, ein Zentrum für Schriftsteller des Ostseeraums auf der schwedischen

⁹⁴² Pressemitteilung des 1. CBSS-Kultusministertreffens 10.-11.05.1993. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/dbaFile3661.doc>, 07.11.2007, S. 1.

⁹⁴³ Conference of Foreign Ministers of the Baltic Sea States, Copenhagen, March 5-6, 1992 - Copenhagen Declaration.

⁹⁴⁴ First Conference of the CBSS Ministers of Culture, Saltsjöbaden, 10-11 May 1993 - Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/dbaFile3492.html>, 07.11.2007.

⁹⁴⁵ ebd.

⁹⁴⁶ Pressemitteilung des 1. CBSS-Kultusministertreffens 10.-11.05.1993, S. 2.

⁹⁴⁷ ebd.

Insel Gotland einzurichten⁹⁴⁸. Das dritte CBSS-Außenministertreffen von Tallinn begrüßte die Ergebnisse der ersten Konferenz der Kultusminister und verlieh der kulturellen Zusammenarbeit als Beitrag zur Errichtung einer gemeinsamen Identität der Ostseestaaten weiterhin hohe Priorität⁹⁴⁹.

Dass diese Initiativen auf Ostseeebene willkommen waren, zeigte das zweite Treffen der CBSS-Kultusminister vom 10.-12.09.1995 in Tallinn, das sich erfreut über den Fortschritt der letzten zwei Jahre zeigte, vor allem über einen neuen ostseeweiten Reiseführer, der in Finnland herausgegeben wurde⁹⁵⁰, einer Broschüre der *Ars Baltica* zu ihrem fünfjährigen Bestehen und der Zusage des Schwedischen Instituts, eine Liste der kulturellen Einrichtungen und ihrer Kontaktdaten des Ostseeraums zu erstellen⁹⁵¹. Die Minister behandelten weiterhin einen Bericht zu schwedischen Kulturkontakten mit den Ostseestaaten und bekräftigten ihre Absicht, gegen Hindernisse von kulturellem Austausch vorzugehen. Ein Entschluss zu einem dänischen Vorschlag zur Festlegung von Prioritäten der kulturellen Ostseekooperation wurde auf das nächste Treffen vertagt, nachdem keine Einigung erzielt worden war. Die Arbeit der *Ars Baltica* wurde begrüßt. Weiterhin kamen die Minister überein, nationale Budgetierung den Ostseeraum betreffender kultureller Projekte zu erwägen. Eine Intensivierung der Arbeit sollte durch die Veranstaltung eines die nächste Ministerrunde vorbereitenden Treffens 1996 in Norwegen geschehen. Eine Bestätigung der hohen Priorität der kulturellen Kooperation geschah nach einer entsprechenden Würdigung in der Schlusserklärung des Visby-Gipfels durch die Aufnahme der Arbeit zum kulturellen Erbe in die Grundprinzipien der CBSS-Arbeit in die Präambel des Aktionsplans von Kalmar vom 03.07.1996⁹⁵². Weiterhin bezeichnete der Aktionsplan das gemeinsame kulturelle Erbe und seine Kenntnis als die Basis der Ostseekooperation und ermutigte stark zu diesbezüglichen Initiativen. Der Informationsfluss zwischen den Staaten müsse sich stark verbessern, unter anderem durch Einbezug der neuen Medien. Die Kontakte der Künstler untereinander sollten unterstützt und durch kulturelle Zentren vereinfacht werden. Geistiges Eigentum sollte nach internationalen Standards geschützt werden und die *Ars Baltica* als etablierte Einrichtung mehr Unterstützung ihrer Arbeit erhalten als bisher. Die kulturelle Entwicklung im Ostseeraum sollte mit der EU in Zusammenhang gebracht werden. Gemeinsame Anstrengungen sollten unternommen werden zur Identifizierung, zum Erhalt und zum speziellen Schutz besonders wichtiger, historisch und

⁹⁴⁸ Council of the Baltic Sea States Second Ministerial Session, Helsinki 16-17 March 1993 - Communiqué. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/1finnish/dbaFile534.html>, 08.11.2007.

⁹⁴⁹ Council of the Baltic Sea States Third Ministerial Session, Tallinn, May 24-25 1994- Communiqué.

⁹⁵⁰ „The World around the Baltic Sea - Guide to the New Generation of Travellers“.

⁹⁵¹ 2nd Conference of the CBSS Ministers of Culture, Tallinn, 10-12 Sept. 1995 - Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/4swedish/dbaFile3491.html>, 07.11.2007.

⁹⁵² Fifth Ministerial Session, Kalmar 2-3 July 1996 - Action Programme for the Baltic Sea States Co-operation.

kulturell wertvoller Dinge und ein Strategieplan hierzu der dritten CBSS-Kultusministerkonferenz vorgelegt werden⁹⁵³.

Die dritte CBSS-Kultusministerkonferenz fand am 22.09.1997 in Lübeck statt. Auf diesem Treffen wurde unter anderem die Arbeit des Ostseekulturzentrums Gdansk vorgestellt und von den Ministern als prioritär eingeschätzt⁹⁵⁴. Ferner begrüßten die Teilnehmer die Visby-Erklärung der Staatschefs und den Arbeitsplan des Ostseerats von Kalmar, in denen kulturelle Zusammenarbeit und der Einbezug der *Ars Baltica*, die als informelles Gremium der kulturellen Kooperation ausgebaut werden sollte, als Prioritäten angeführt wurden. Die Minister betonten die Notwendigkeit der Stärkung einer gemeinsamen Identität der Ostseestaaten⁹⁵⁵. Hohe Priorität sollte der Schutz des gemeinsamen Erbes bekommen, der sowohl für die Umwelt als auch für soziale und wirtschaftliche Entwicklung sehr wichtig sei. Schweden lud daher zur Schaffung einer Arbeitsgruppe zum gemeinsamen kulturellen Erbe Ende des Jahres ein. Wiederum betonten die Minister ihre Absicht, Hindernisse des kulturellen Austauschs zu beseitigen. Erstmals dagegen wurde infolge des Kalmarer Aktionsplans des Ostseerats der Schutz geistigen Eigentums als wichtiges Element eingebracht. Hinsichtlich der Nutzung des Internets als neuem Medium wurde das Projekt „*Baltic Interface Net*“ als eine Kommunikationsplattform zwischen Künstlern und Institutionen vorgestellt und die Veranstaltung eines diesbezüglichen Expertentreffens 1998 in Stockholm entschieden. Hinsichtlich der Finanzierung der kulturellen Projekte hatten die Minister mittlerweile die Notwendigkeit nationaler Zuschüsse erkannt, jedoch noch ohne konkrete Initiativen zu nennen⁹⁵⁶. Eine weitere Stützung der Arbeit erhielt die kulturelle Kooperation durch das Communiqué des siebten CBSS-Außenministertreffens in Nyborg vom 22.-23.06.1998, in dem in der Präambel die gestiegene Aufmerksamkeit für das kulturelle Erbe und die regionale Identität als ein wichtiger Beitrag zur gesamten Ostseekooperation gewürdigt wurde⁹⁵⁷. Dies war allerdings zumindest bis 2004 die letzte Erwähnung des kulturellen Sektors in den Communiqués der Außenministertreffen des Ostseerats.

Das 4. Treffen der CBSS-Kultusminister fand vom 20.-21.09.1999 in Gdansk statt. Das Treffen konnte den ersten Bericht der *Working Group on Heritage Cooperation* entgegennehmen, der sehr detailliert mögliche Gebiete kultureller Kooperation identifiziert

⁹⁵³ ebd.

⁹⁵⁴ 3rd Conference of the CBSS Ministers of Culture, Lübeck, 22 Sept. 1997 - Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/dbaFile3263.html>, 07.11.2007.

⁹⁵⁵ ebd.

⁹⁵⁶ ebd.

⁹⁵⁷ Communiqué of the 7th Ministerial Session of the CBSS, Nyborg, 22-23rd June 1998.

hatte und den Entwurf von Rahmenrichtlinien zukünftiger kultureller Arbeit enthielt⁹⁵⁸. Die Konferenz bestärkte die Gruppe in ihrer Arbeit und nahm die von der Gruppe empfohlenen Rahmenthesen an, so dass der zukünftigen Arbeit durch einen Aktionsplan konkretere Ziele gesetzt wurden⁹⁵⁹.

Die Annahme der Thesen zog auch einen Statuswechsel der Arbeitsgruppe zum kulturellen Erbe nach sich, die von der Ministerkonferenz in eine *Monitoring Group* umbenannt wurde und die somit konkrete Aufgaben in der Überwachung bekam. Die Weiterentwicklung des *Baltic Interface Net* wurde interessiert beobachtet und seine Bedeutung für die Vernetzung der Akteure als sehr wichtig betrachtet. Die Notwendigkeit der Restrukturierung der eigenen Arbeit wurde erkannt und das Ziel der Stärkung der kulturellen Kooperation bestätigt. Hierzu und zur Verbreiterung des eigenen Arbeitsspektrums beschlossen die Minister, den kulturbezogenen Tourismus in die Arbeit aufzunehmen⁹⁶⁰. Die Konferenz begrüßte die große Rolle, die der kulturellen Kooperation von den Kooperationsgremien der Region beigemessen wurde und wiederholte die Absicht, ihre Arbeit mit den überregionalen Gremien, besonders des Europarats, der EU und der UNESCO zu verbinden. Hinsichtlich der Frage der Finanzierung kultureller Projekte waren jedoch weiterhin keine konkreten Vorschläge möglich, das Treffen beschränkte sich wiederum auf die Anerkennung der Notwendigkeit der nationalen Finanzierung⁹⁶¹.

Die fünfte Konferenz der CBSS-Kultusminister vom 18.-19.09.2001 in Kopenhagen zeigte sich, wie alle vorherigen Konferenzen auch, zufrieden mit der Entwicklung seit der

⁹⁵⁸ Baltic Sea States Working Group on Heritage Cooperation. *Saveguarding and Developing the common cultural Heritage in the Baltic Sea Region. Final Report, agreed upon in Gdansk, May 27-29, 1999.* Elektronisch veröffentlicht auf: <http://balticheritage.raa.se/reports/report1.pdf>, 30.06.2008.

⁹⁵⁹ Mit der Annahme der Rahmenrichtlinien erkannten die Minister das allgemeine Recht auf Zugang zu Gegenständen des kulturellen Erbes an, bestätigten ihre Auffassung, dass die Aufmerksamkeit auf das kulturelle Erbe grundlegend für die Entwicklung der Demokratie, für Frieden und Stabilität der Region sei, dass der Erhalt des kulturellen Erbes untrennbar vom Umweltschutz sei und dass alle kulturellen Eigenheiten der Region ohne Bevorzugung einzelner Elemente dieses Erbe bilden. Die Minister erkannten weiterhin die Ostsee selbst als Medium des Kontakts und Austauschs und die in ihr befindlichen Artefakte als schützenswertes Erbe ebenso an, wie sie auch traditionelle Materialien für erhaltenswert hielten, was auch die Ausbildung von Handwerkern im Umgang mit diesen Materialien einschloss. Holzarchitektur wurde ebenso wie moderne Bauten und militärische Überreste als schützenswert eingestuft. Zur Umsetzung dessen erachteten die Minister den ungehinderten Fluss von Informationen zum kulturellen Erbe und damit die Entwicklung angemessener Techniken hierfür für ebenso entscheidend, wie die Entwicklung gemeinsamer Positionen und die Koordinierung ökonomischer, legislativer und administrativer Strukturen zum Erhalt des kulturellen Erbes. Weiterhin wichtig war eine allgemeine einschlägige Bildung, aber auch die Ausbildung zum technischen Umgang mit dem Erbe ebenso wie die Schaffung für Raumplanung anwendbaren Wissens über das Erbe. Die Notwendigkeit der Entwicklung des Schutzes und der Präsentation der Archäologie im Ostseeraum wurde als ebenso entscheidend angesehen wie die Entwicklung des kulturellen Tourismus' als wirtschaftliches Element und als Mittel zur Verständigung der Völker.

Baltic Sea States Working Group on Heritage Co-operation. *Supplement to the report on Safeguarding and Developing the common cultural heritage in the Baltic Sea region - Framework Statements.* Elektronisch veröffentlicht auf: <http://balticheritage.raa.se/reports/report1s.pdf>, 07.11.2007.

⁹⁶⁰ 4th Conference of the CBSS Ministers of Culture, Gdansk, 21 Sept. 1999 - Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/8norwegian/dbaFile398.html>, 07.11.2007.

⁹⁶¹ ebd.

Vorgängerkonferenz. Im Unterschied zu den vorherigen Erklärungen stand hier das Bemühen um eine Eingliederung der kulturellen Kooperation des Ostseeraums in einen europäischen Kontext am Beginn der Erklärung, was ebenso wie der Wunsch, somit zur Umsetzung der Politik der Nördlichen Dimension der EU beizutragen, die gestiegene Bedeutung der EU auch in diesem kulturellen Bereich deutlich macht, auch wenn immer noch kein EU-Vertreter Mitglied der Kultusministerkonferenzen war⁹⁶². Für diese leicht periphere Behandlung des Kulturbereichs im Kontakt mit der EU spricht auch, dass trotz der Beteuerungen zum hohen Stellenwert der kulturellen Kooperation im Ostseeraum an sich und in Verbindung mit der europäischen Ebene in dem Papier zum Beitrag des Ostseerats zu den Inhalten des ersten NDAP kulturelle Kooperation nicht auftaucht⁹⁶³. Wiederum nahm die Konferenz einen Bericht der Arbeitsgruppe zum kulturellen Erbe an, die nunmehr in vier Untergruppen aufgeteilt war. Eine von Schweden und Lettland geführte Untergruppe beschäftigte sich mit dem Schutz und Erhalt von Gebäuden, eine Gruppe zum Unterwassererbe wurde von Dänemark geleitet, Norwegen und Polen leiteten die Untergruppe zu Küstenkultur und maritimem Erbe, Finnland und Estland führten die Gruppe zu nachhaltigen historischen Städten⁹⁶⁴. Die ersten zwei Jahre ihrer Tätigkeit betrachtete die Arbeitsgruppe positiv, vor allem waren Erfolge in der Netzwerkbildung zwischen Experten, Verwaltungsbeamten, Handwerkern, Restauratoren und Repräsentanten der Museen zu verzeichnen gewesen. Sieben Netzwerke waren eingerichtet und 15 Seminare veranstaltet worden. Weiterhin waren eine Internetseite zum Informationsaustausch und ein Entwurf einer Erklärung zum Schutz des Unterwassererbes entstanden⁹⁶⁵. Grundsätzlich hatte die Gruppe jedoch nur einen geringen finanziellen Spielraum, da nur wenige Staaten hierfür nationale Budgets vorgesehen hatten. Zusätzlich war es auch schwierig, Experten für die Untergruppen zu finden. Gemäß ihrem eigenen Vorschlag wurde die Arbeitsgruppe beauftragt, die Arbeit fortzusetzen und zum sechsten CBSS-Kultusministertreffen 2003 ihren Abschlussbericht vorzulegen. Hinsichtlich der Intensivierung des Schutzes des Unterwassererbes, einem Fall internationalen Seerechts, wurde die Arbeitsgruppe aufgefordert, die Möglichkeiten des Schutzes auf der Basis der UN-Seerechtskonvention von 1982 zu prüfen. Im Bereich der neuen Medien wurde begrüßt, dass das *Baltic Interface Net* nunmehr mit der Unterstützung aller Staaten arbeitete. Zudem wurden

⁹⁶² 5th Conference of the CBSS Ministers of Culture, Copenhagen, 19 Sept. 2001 - Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/culture/>, 07.11.2007.

⁹⁶³ Priorities and Projects. Contribution of the Council of the Baltic Sea States (CBSS) to the 'Action Plan for the Northern Dimension with external and cross-border policies of the European Union 2000-2003' April 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.cbss-ngo.de/2001/cbss/prioritaeten_CBSS-action_en.pdf, 08.11.2007.

⁹⁶⁴ Report 2 on Cultural Heritage in the Baltic Sea States. Given by the Monitoring Group - Agreed upon by the Monitoring Group in Tallinn, Estonia 6-7 August 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://balticheritage.raa.se/reports/report2.pdf>, 08.11.2007, S. 2.

⁹⁶⁵ ebd., S. 2.

Vorschläge zur Gründung einer ad hoc-Arbeitsgruppe zu Informationstechnologie und kulturellem Erbe gemacht, ohne dass dies zunächst umgesetzt wurde⁹⁶⁶. Die Arbeit der *Ars Baltica* wurde gewürdigt und wiederum die Notwendigkeit der nationalen Förderung der kulturellen Kooperation betont.

Die sechste und vor der EU-Osterweiterung 2004 letzte Konferenz der CBSS-Kultusminister wurde vom 02.-03.12.2003 anlässlich der 300-Jahr-Feier der Stadtgründung St.Petersburgs in dieser Stadt organisiert. Das Treffen widmete sich vor allem den Erfordernissen des Schutzes historischer Gebiete in großen Städten⁹⁶⁷, einem für St.Petersburg zentralen Thema, schon allein wegen der im Kapitel 4.4.1.5.1 geschilderten Probleme bei der Renovierung und dem Neubau der Kanalisation. Die Minister bestätigten ihre Arbeit zur kulturellen Kooperation im Ostseeraum im europäischen Rahmen und betonten, dass sie dadurch auch den Grund für die nachhaltige Entwicklung historischer Städte legen und über den Erhalt wertvoller Gebäude auch einen Beitrag zur Stadtplanung leisten würden. In diesem Zusammenhang betonte die Konferenz auch die Notwendigkeit einer guten Zusammenarbeit zwischen dem Denkmalschutz und der städtischen Verwaltung. Der Bericht der Arbeitsgruppe zur Kooperation zum gemeinsamen kulturellen Erbe wurde angenommen und der Gruppe, die sechs Jahre unter schwedischen Vorsitz gestanden hatte, gedankt. Statt ihre Arbeit aufzugeben, wie im letzten Bericht angegeben, sprach sich die *Monitoring Group* für ihren Fortbestand aus⁹⁶⁸. Ihre Aufgaben sollten weiter im Informationsaustausch einschließlich des Internets, in der Vernetzung nationaler Projekte zu ostseeweiten Projekten, im Netzwerkaufbau, bei der Identifizierung neuer Kooperationsgebiete und in der Lenkung eines *Baltic Heritage Forums* liegen. Ein solches Forum, wie es mittlerweile vom 03.-06.04.2003 in Gdansk stattgefunden hatte, sollte ein wichtiges Netzwerk, möglicherweise unter dem Dach des Ostseerats, werden. Weiterhin empfahl die Gruppe die Untersuchung von Möglichkeiten, die Kooperation zum kulturellen Erbe im neuen NDAP unterzubringen⁹⁶⁹. Mittlerweile hatte die Arbeit der *Monitoring Group* über 200 Experten vernetzt und 40 Seminare abgehalten und die eingerichteten Netzwerke waren gewachsen. Zusätzlich war eine große Zahl kleinerer Projekte abgeschlossen worden⁹⁷⁰. Die neue Arbeitsstruktur mit den vier Untergruppen hatte

⁹⁶⁶ 5th Conference of the CBSS Ministers of Culture, Copenhagen, 19 Sept. 2001 – Declaration.

⁹⁶⁷ VIth Conference of the Baltic Sea States' Ministers of Culture in Saint-Petersburg, 02.-03.12.2003 - Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/dbaFile3268.html>, 07.11.2007.

⁹⁶⁸ Cultural Heritage Co-operation in the Baltic Sea States Report 3 - Agreed upon by the Monitoring Group in Stockholm, Sweden the 1st of September 2003. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://balticheritage.raa.se/reports/cultural-heritage-co-op.pdf>, 08.11.2007.

⁹⁶⁹ ebd., S. 5.

⁹⁷⁰ ebd., S. 7f.

sich bewährt. Insofern war die Basis einer ostseeweiten kulturellen Kooperation gelegt⁹⁷¹. Die Finanzierung war allerdings weiterhin auf viele kleine Quellen angewiesen, da noch immer nicht alle Staaten Budgets vorsahen und kein ostseeweiter Fond existierte. Die Gruppe wurde wiederum aufgerufen, Möglichkeiten des Schutzes des gemeinsamen Erbes unter Wasser zu untersuchen. Weiterhin empfahl die Konferenz auf Grund des Berichts des *Baltic Sea Cultural Heritage Forums* in Gdansk, alle zwei Jahre weitere Foren zu organisieren und so dieses wichtige Element zu institutionalisieren. Die Minister riefen außerdem zu einer weiteren Vernetzung der Informationsstellen im kulturellen Bereich auf und nahmen die diesbezüglichen Initiativen eines internetbasierten *General Art Portals* wahr. Wiederum wurde die Arbeit der *Ars Baltica* als kultureller Netzwerker und Unterstützer von Workshops, Festivals, Ausstellungen und Konzerten gewürdigt⁹⁷². Die Aufgabe der CBSS-Kulturminister konnte nur sein, günstige Rahmenbedingungen für kulturelle Kooperation im Ostseeraum zu schaffen und die Vernetzung der Akteure im Ostseeraum zu unterstützen, worin sie sich mit Gründungen wie der *Monitoring Group* und Einrichtungen wie dem *Baltic Interface Network* engagierten. Obwohl kulturelle Kooperation auf der Ebene des Ostseerats also eine lange Tradition hatte, war sie angesichts der politischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen der Zeit nicht immer eine Priorität der CBSS-Präsidentschaften und der beteiligten Staaten. Dadurch waren ihre Möglichkeiten letztlich relativ beschränkt.

4.3.4 Die Ebene der BSSSC

Kultur wurde schon in der Stavanger-Erklärung des ersten BSSSC-Treffens 1993 als ein Gebiet der Zusammenarbeit auf subregionaler Ebene identifiziert⁹⁷³. Allerdings wurde sie in der Erklärung von Travemünde, die ansonsten die Themenschwerpunkte inhaltlich auffächerte, nicht gesondert erwähnt, sondern nur neben anderen Themen in einem Aufruf an den CBSS, einen ganzheitlichen Ostsee-Aktionsplan zu entwickeln⁹⁷⁴. Auch die Folgekonferenzen zeigten nicht mehr Interesse. Das Thema wurde erstmals in einem Workshop zum gemeinsamen Erbe der Ostseeregion auf der BSSSC-Konferenz in Gdansk vom 27.-28.10.1997 konkret aufgegriffen. Die Teilnehmer sahen einen starken Bedarf zur Konkretisierung und Belebung der existierenden Mechanismen zur kulturellen

⁹⁷¹ ebd., S. 9.

⁹⁷² VIth Conference of the Baltic Sea States' Ministers of Culture in Saint-Petersburg, 02.-03.12.2003 – Declaration.

⁹⁷³ The Stavanger Declaration on Baltic Sea States Subregional Co-operation.

⁹⁷⁴ Conclusions of the second Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation - 17-19 October 1994, S. 6.

Zusammenarbeit und riefen die lokalen und regionalen Autoritäten dazu auf, einen kulturellen Aktionsplan für die Ostseeregion zu entwickeln⁹⁷⁵. Dieser sollte den Schutz und die Entwicklung der „...strategisch wichtigen Teile...“⁹⁷⁶ des gemeinsamen kulturellen Erbes betreffen, gemeinsame Initiativen zu kulturellem und nachhaltigem Tourismus entwickeln, da Kultur, Natur und Umwelt ebenso wichtige Standortfaktoren wie Wirtschaft und Industrie seien. Daher sollten auch neue Verkehrswege einschließlich Fähren und Zugverbindungen initiiert werden, um die Menschen näher zusammenzubringen⁹⁷⁷. Diesem Aufruf folgten jedoch zunächst keine Aktivitäten. Auch ein weiterer Workshop zum Thema Kultur auf der BSSSC-Konferenz 1999 in Kaunas konzentrierte sich darauf, mehr Kooperation auf kulturellem Gebiet zu fordern. Praktische Handreichungen wie Informationen über Fördermöglichkeiten, Partnersuche für Projekte oder Vorstellung etablierter Einrichtungen wurden nicht gegeben⁹⁷⁸. In den Folgejahren gab es keine maßgeblichen Aussagen zur kulturellen Kooperation mehr, die Resolutionen von 2001, 2002 und 2004 erwähnten sie sogar nicht mehr und die Nennung von Kooperation zu kulturellem Erbe zur Schaffung einer regionalen Identität in der BSSSC-Erklärung von 2003 war so allgemein formuliert, dass der geringe Entwicklungsstand dieses Kooperationsbereichs deutlich wurde⁹⁷⁹. Auf dem Gebiet der kulturellen Kooperation wurde die BSSSC also entgegen früherer Bekundungen nicht sehr aktiv.

4.3.5 Die Ebene der UBC

4.3.5.1 Die Kommission zu Kultur

Die ersten kulturbezogenen Aktivitäten der UBC fanden mit der Tagung der Arbeitsgruppe zu sozialen und kulturellen Fragen auf der ersten Generalkonferenz vom 22.-24.05.1992 in Kalmar statt. Unter dem Vorsitz des Lübecker Bürgermeisters Michael Bouteiller wurden lokale kulturelle Projekte vorgestellt und diskutiert wie das *Baltic Innovation Network* Kaliningrads und die Einladungen zum Gdansk Seminar „*Preservation of the Industrial Heritage - Gdansk Outlook*“ und zum Kaliningrader Festival „*Baltic ecology. Surviving. XXth*“

⁹⁷⁵ Conclusions of the Fifth Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation, S. 7.

⁹⁷⁶ „...strategically important parts...“ ebd. 7.

⁹⁷⁷ ebd., S. 7.

⁹⁷⁸ Resolution of the 7th Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation.

⁹⁷⁹ „Cultural heritage [als eines der Arbeitsgebiete für das nächste Jahr] – with the stress on creating a Baltic Sea identity and, at the same time, building greater understanding and respect for different cultural backgrounds and the richness of historic and cultural differences.“ The 11th BSSSC annual conference - St Petersburg (Russian Federation), 23-25 October 2003 – Resolution.

century“⁹⁸⁰. Auf diese Weise gelangten diese Projekte an die Öffentlichkeit, konnten sich einem kompetenten Publikum stellen, Anregungen oder sogar Unterstützung bekommen.

Nach der Schaffung einer eigenen Kulturgruppe unternahm die Kommission zu Kultur unter der Leitung der Städte Szczecin und Visby weitere Schritte. Zum einen wurden zwei Fragebögen an alle Mitgliedsstädte versandt, um einen Überblick über die kulturellen Einrichtungen des Ostseeraums zu bekommen. Die Ergebnisse wurden in einem Bericht zusammengefasst, der mit finanzieller Unterstützung der UBC in Visby gedruckt und anschließend unter den Mitgliedsstädten verteilt wurde⁹⁸¹. Bei dieser Umfrage wurden auch geplante kulturelle Veranstaltungen erhoben, die wiederum zusammengefasst wurden in Form eines Kalenders, der im Internet veröffentlicht wurde. Weiterhin begann die Kommission, ein Netzwerk der Kulturmanager des Ostseeraums aufzubauen, der erste Schritt war ein Treffen in Szczecin vom 18.-20.01.1995, wo über 60 Kulturmanager aus Ostseestädten ihre Erfahrungen austauschten und die Durchführung der größten in ihren Städten geplanten Kulturveranstaltungen diskutierten. Die Folgeveranstaltung zum Thema Redefreiheit, Information und Bibliotheken musste vom November 1995 auf den Mai 1996 verschoben werden. Die größten kulturellen Veranstaltungen waren jedoch die *UBC Art & Culture Festivals*, von denen das zweite 1994 in Kaliningrad Künstler und Amateure aus über 50 Städten nicht nur aus dem Ostseeraum versammelte. Unterschiedlichste Kunstformen wie bildende Kunst, Musik, Tanz, Sport, Wettbewerbe machten das bunte Zusammenspiel aus⁹⁸². Die Kommission entschied sich für ein rotierendes Verfahren zur Veranstaltung des Festivals und so fand das dritte Festival dieser Art in Szczecin statt. Obwohl der inhaltliche Schwerpunkt auf bildender Kunst lag, gab es wiederum auch Musik und andere Kunstformen, so dass die Vielfalt gewahrt blieb. Auf diese Weise förderte die UBC durch die Kulturkommission den Aufbau persönlicher Kontakte unter den Bürgern der Ostseestaaten einerseits und andererseits bot sie eine Plattform der Auseinandersetzung mit der eigenen Kultur und damit einen Beitrag zur gemeinsamen Identitätsbildung.

Wie beabsichtigt fand das Arbeitstreffen der Kommission zur Kultur zu Redefreiheit, Information und Bibliotheken Anfang Mai in Visby statt und versammelte über 90 Teilnehmer: Bibliothekare, Kulturmanager und Politiker des gesamten Ostseeraums. Als Ergebnis des Treffens wurde das UBC-Bibliotheksnetzwerk gegründet⁹⁸³. Vom 22.06.-

⁹⁸⁰ 1st General Conference, Kalmar, 22-24 May 1992 - Conference Report.

⁹⁸¹ Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities 24-25 September 1993 (Kaliningrad) - 8-9 December 1995 (Aarhus).

⁹⁸² ebd.

⁹⁸³ Die Mitglieder waren anfänglich Kopenhagen, Helsinki, Visby, Haapsalu, Riga und Vilnius.

Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 8-9 December 1995 (Aarhus) - 12-13 September 1997 (Gdansk).

03.07.1996 fand in Szczecin das vierte internationale UBC-Festival für Kunst und Kultur statt. Der Schwerpunkt lag diesmal auf Musik, wozu sich viele Ensembles aus dem ganzen Ostseeraum versammelten. Die Finanzierung der Kosten von um 34.000 ECU geschah vor allem aus der Stadtkasse Szczecins⁹⁸⁴. Weiterhin wurde im Zeitraum 1995-97 die Umsetzung der Idee einer kulturellen Zeitschrift *Mare Articum* vorbereitet und begonnen, die kulturelle Entwicklungen im Ostseeraum verfolgen und initiieren sollte. Zum laufenden Geschäft gehörte die Aktualisierung sowohl des Veranstaltungskalenders als auch des Inventars der kulturellen Einrichtungen des Ostseeraums, das inzwischen über 650 Nennungen umfasste⁹⁸⁵. 1997-1999 setzte die Kommission zu Kultur ihre Arbeit mit weiteren Veranstaltungen fort. Im September und Oktober 1997 gab es in Szczecin *Baltic Ikonopress* als eine Ausstellung von bildenden Künstlern des Ostseeraums, Musikfestivals in Gdynia im Oktober 1997 und in Szczecin im Mai 1998, letzteres speziell für Chormusik aus den UBC- Städten⁹⁸⁶. Mit den Off-Theatertagen in Klaipeda im August 1998 bekamen kleinere Schauspielensembles der Ostseestädte Gelegenheit zum Treffen und Netzwerken. Ein Arbeitstreffen der Kommission vom 27.-29.05.1999 in Kalmar diskutierte zukünftige Projekte und es wurde eine Steuerungsgruppe aus Vertretern Bergens, Helsinkis, Klaipedas, Szczecins und Visbys eingerichtet, eine weitere Institutionalisierung, die auf das Anwachsen der Kooperation hinweist. Zusätzlich war ab 1997 der kulturelle Newsletter *Mare Articum* erschienen⁹⁸⁷. Im Bereich der Kultur wurde ab Oktober 1998 auf eine Initiative der Kommission zu Kommunikation ein Malwettbewerb für Kinder zu typischen Motiven des Ostseeraums veranstaltet, der Möglichkeiten zur Vernetzung und Identitätsbildung schuf.

Von Oktober 1999 bis Juli 2000 organisierte die Kommission zur Kultur „N.E.W.S.“- eine Wanderausstellung zu bildender Kunst der 1990er Jahre, die in Szczecin, Riga und Visby gastierte. Werke von 25 Künstlern aus allen Ostseestaaten waren vertreten und die Ausrichtung der Ausstellung, den gemeinsamen Schaffensprozess zu dokumentieren, regte die Künstler zu Kooperation und Vernetzung an⁹⁸⁸. Begleitet wurde die Ausstellung durch vier Seminare zu Theorien moderner Kunst und die Seminarmaterialien wurden im Newsletter *Mare Articum* veröffentlicht. Im Juni 2000 wurde in Szczecin das zweite Chorfestival mit Chören aus Deutschland, Finnland, Polen und Russland und über 500 Teilnehmern veranstaltet. Zeitgleich fand am selben Ort das vierte Arbeitstreffen der Kulturkommission

⁹⁸⁴ ebd.

⁹⁸⁵ ebd.

⁹⁸⁶ Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 12-13 September 1997 (Gdansk) - 24-25 September 1999 (Stockholm).

⁹⁸⁷ ebd.

⁹⁸⁸ Commission on Culture - Activity Report October 1999-September 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/vith-general/reports/Culture.rtf>, 20.12.2005, S. 1.

statt, auf dem die Kommission vor 30 Teilnehmern aus 20 Städten Rechenschaft über ihre Aktivitäten ablegte und eine neue Leitungsgruppe gewählt wurde. Szczecin blieb jedoch Führungsstadt. Die Aktualisierung des Ostsee-Veranstaltungskalenders und die Herausgabe des *Mare Articum* waren mittlerweile zur Routine geworden. Die fünfte Arbeitssitzung der Kulturkommission vom 07.-08.09.2001 in Espoo und Helsinki wurde von fast 30 Teilnehmern aus 18 Städten besucht, eine an der Größe der UBC gemessen kleine Teilnehmerzahl. Auffallend war auch, dass weder russische, noch deutsche oder norwegische Städte an dem Treffen beteiligt waren⁹⁸⁹. Das Hauptthema war Bildung im künstlerischen Bereich, wozu vor allem zu den finnischen Modellen Erfahrungsaustausch und Diskussion stattfand.

Auch im Zeitraum 2001 bis 2003 setzte die Kulturkommission ihre Unterstützung zeitgenössischer Kunst fort und organisierte im November 2001 die vierte Biennale zeitgenössischer Kunst in Szczecin. Die Ausstellung wurde wieder von einer Reihe von Seminaren begleitet⁹⁹⁰. Nachdem das fünfte Treffen der Kulturkommission 2001 zum Thema der Kunstbildung beschlossen hatte, dieses Thema weiter zu verfolgen, behandelte das sechste Treffen vom 11.-13.04.2002 in Riga die Kulturbildung in Lettland und die Bedeutung internationaler Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. 40 Personen aus acht Ostseestaaten nahmen teil⁹⁹¹. Im Juni 2002 wurde in Hamburg die *ArtGenda* veranstaltet, ein biennales Treffen zur Vernetzung junger Künstler, das in diesem Jahr ein großer Workshop ohne Themenbindung wurde, an dem sich zwei Wochen lang über 100 Künstler beteiligten.

4.3.5.2 Die Kommission zu Tourismus

Ab 1995 bestand in der UBC die Kommission zu Tourismus, deren Arbeit auch als ein Beitrag zu Bildung und Kultur aufzufassen war. Sie baute schnell über Teilnahme bei deren Veranstaltungen wie der BTC-Fair im Herbst 1996 in Kopenhagen Kontakte zur BTC auf. In eigener Arbeit wurde eine so genannte *Baltic Tourism Academy* aufgebaut, in der Seminare zur Tourismusbildung durchgeführt wurden⁹⁹². Auch 1999-2001 wurden sieben Seminare zum Thema der Arbeit mit Großveranstaltungen hinsichtlich Ideenfindung, Planung,

⁹⁸⁹ ebd., S. 3.

⁹⁹⁰ Commission on Culture - Activity Report October 2001-September 2003. In: Reports and Action Plans of the UB Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005, S. 3.

⁹⁹¹ ebd., S. 4.

⁹⁹² Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 8-9 December 1995 (Aarhus) - 12-13 September 1997 (Gdansk).

Finanzierung, Organisation und Marketing durchgeführt⁹⁹³. Teilnehmer aus den Transformationsstaaten wurden mit je 100 Euro für Fahrtkosten und Unterkunft unterstützt. Ein geplantes gemeinsames Arbeitstreffen mit der Kommission zu Kultur konnte 2001 nicht realisiert werden. Das Sekretariat der Kommission führte eine Untersuchung zur Nachfrage eines geplanten Tourismusaustauschprogramms durch, dessen Planung 2001 vorangetrieben wurde. Auch 2001-2003 konzentrierte sich die Tourismuskommission auf die Arbeit im Bildungsbereich. Nachdem die *Baltic Tourism Academy* 2001 ausgelaufen war, begann im Dezember 2001 das Projekt *Baltic Welcome Center*, an dem westliche Städte und mit EU-Förderung auch Städte aus den Transformationsländern teilnahmen. Die Themen waren ein gemeinsamer Standard für Touristeninformationsbüros, Raumplanung, Investitionen in Gebäude und moderne Kommunikationstechnologien. Im März 2003 begann das auf drei Jahre konzipierte Projekt *Ancient Times*, das die Entwicklung von Stätten historischen Erbes mit dem Ziel des *Edutainments*, unterhaltend aufgearbeiteter Bildungsinhalte, zum Inhalt hatte. Weitere Projekte betrafen die Einrichtung einer *High Quality Tourist Zone* um die Marienburg in Malbork mit Unterstützung der Universität Kalmar und die Anfertigung einer CD-ROM mit den Inhalten der Veranstaltungen der *Baltic Tourism Academy*⁹⁹⁴.

4.3.5.3 Die Kommission zu Bildung

Im Juni 1998 wurde in der UBC eine Kommission zur Bildung eingerichtet. Ihr erstes Treffen im November 1998 entschied, im estnischen Kärđla ein Sekretariat einzurichten. Dieses Treffen war von Repräsentanten aus 20 Städten aus acht Ostseestaaten besucht worden⁹⁹⁵. Auf diesem Treffen behandelten drei Workshops Themen wie den Austausch von Schülern, Lehrern und Studenten, Erwachsenenbildung und Information über Bildungsziele. Es wurde deutlich, dass mehr Informationen über Bildungssysteme der Ostseestaaten, über Erwachsenen- und Berufsausbildung verbreitet werden müssen und das Internet dazu am geeignetsten wäre. Außerdem wurden Schulpartnerschaften angeregt. Ein weiteres Thema war der Austausch von Erfahrungen mit EU-Programmen und -Projekten.

⁹⁹³ Commission on Tourism - Activity Report Oktober 1999-September 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/viith-general/reports/Tourism.rtf>, 20.12.2005, S. 1.

⁹⁹⁴ Commission on Tourism - Activity Report Oktober 2001-September 2003. In: Reports and Action Plans of the UB Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005, S. 22.

⁹⁹⁵ Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 12-13 September 1997 (Gdansk) - 24-25 September 1999 (Stockholm).

Vom 20.-22.04.2001 wurde in Kärđla ein Treffen der Kommission veranstaltet, das nur 12 Teilnehmer aus allen baltischen Staaten, Finnland und Schweden versammeln konnte⁹⁹⁶. Das Treffen kam überein, mehr mit anderen UBC-Kommissionen zu kooperieren, Konzepte für Fernstudien weiterzuentwickeln und das UBC-Classes-Projekt unter Studenten bekannter zu machen. Im August 2001 veranstaltete die Kommission, konkret Estland und Schweden mit Ungarn, ein Jugendcamp auf Hiiumaa, an dem wegen der hohen Reisekosten für ungarische Teilnehmer nur estnische und schwedische Jugendliche beteiligt waren. Dennoch leistete die Ausrichtung des Camps nicht nur einen Beitrag zur Entwicklung der Sprachfähigkeiten und der Umweltbildung, sondern stimulierte auch die Kommunikation und das gegenseitige Kennenlernen zwischen Jugendlichen unterschiedlicher kultureller Hintergründe⁹⁹⁷.

Im Januar 2002 veranstaltete die Kommission ein Treffen im schwedischen Norrtälje, an dem 19 Teilnehmer aus Dänemark, Finnland, Polen, Schweden und Estland teilnahmen. Sie diskutierten die Koordinierung der Bildungsplanung hinsichtlich des Austauschs von Lehrkräften und des gemeinsamen Vorgehens bei wichtigen Stoffen wie Sprachen und anderen zentralen Inhalten⁹⁹⁸. Neben künftigen Projekten und Veränderungen in der Arbeit der Kommission wie die Einführung von Internetkonferenzen und der Vereinbarung gemeinsamer Positionen zu Drogen und Alkohol wurde auch das schwedische Projekt der Schuldemokratie besprochen. Von 2001 bis 2003 veranstaltete die Kommission jährlich das Projekt „*Meeting Point of Different Cultures*“. Hier sollten 15- bis 18-jährige Schüler aus teilnehmenden Schulen ein Verständnis für die gemeinsame Geschichte und Gemeinsamkeiten und Unterschiede ihrer Kulturen entwickeln. 2003 nahmen neben einer schwedischen Schule aus Norrtälje zwei estnische aus Kärđla und Tartu und je eine lettische (Tukums) und eine litauische Schule (Siauliai) teil. 2003 war der Zeitraum zwischen den 1940er und 1960er Jahren als Thema vorgegeben, zu dem Schüler jeder Schule Präsentationen aus den Bereichen Bildung, Musik, Tanz, Mode vorbereiteten und hiervon 20 ausgewählte Schüler am eigentlichen Treffen auf Hiiumaa teilnahmen⁹⁹⁹. Dieses Projekt ermöglichte persönliche Kontakte und die Auseinandersetzung mit Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den Völkern des Ostseeraums, jedoch war die auf Schweden und das Baltikum beschränkte Teilnahme auffallend und die letztendliche Teilnehmerzahl von 20 Schülern jährlich relativ begrenzt.

⁹⁹⁶ Commission on Education - Activity Report October 1999 -September 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/viith-general/reports/Education.doc>, 20.12.2005, S. 1.

⁹⁹⁷ ebd., S. 1.

⁹⁹⁸ Commission on Education- Activity Report October 2001- September 2003. In: Reports and Action Plans of the UB Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005, S. 7.

⁹⁹⁹ ebd., S. 8.

Ein weiteres Bildungsprojekt fand im Juni 2003 statt, wo 15 18-20jährige Abiturienten vier Wochen in einer maritimen Forschungseinrichtung nahe Norrtälje verbrachten, dort an die Meereswissenschaften herangeführt wurden und eigene Projekte verfolgen konnten. Auf diese Weise wurde wiederum einer kleinen Zahl von Teilnehmern einerseits die Vernetzung untereinander ermöglicht, andererseits ein Interesse an den für den Ostseeraum so wichtigen maritimen Wissenschaften näher gebracht.

4.3.6 Die Ebene der BSPC

Bildung und Forschung waren den Ostseeparlamentariern schon ab der zweiten Konferenz 1992 ein Anliegen. Die Konferenz 1994 forderte daher die Regierungen auf, den Austausch von Studenten und Lehrenden zu vereinfachen und zu fördern, 1995 schlug die Konferenz den Regierungen vor, die Möglichkeit eines Ostseezentrums für postgraduierte Studien zu erwägen¹⁰⁰⁰. 1996 wiederholte sich die Aufforderung, die Bedingungen für den akademischen Austausch in der Region zu verbessern. 1998 schlug die Konferenz die Gründung einer Ostseejugendstiftung vor und sprach sich für die regionsweite Möglichkeit zur Ableistung eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahrs für Jugendliche aus. Die Resolution von 1999 mahnte bei den Regierungen Politiken für lebenslanges, praxis- und berufsrelevantes Lernen an. Die Forderung nach der Einrichtung eines Ostseejugendfonds wiederholte sich im Jahr 2000 ebenso wie die nach einer größeren Mobilität der Jugendlichen als Bestandteil der Bildung. Weiterhin schlug die Konferenz die Gründung eines Ostsee-Universitäten-Rings vor, der ein starkes Netzwerk für Bildung und Forschung werden sollte. Auch 2001 sprachen sich die Ostseeparlamentarier für den Ostseejugendfond aus, weiterhin für die Gründung einer Ostseejugendversammlung, für die Vereinfachung der bestehenden Jugendförderprogramme und zur Unterstützung der Jugendmobilität für das Angebot verbilligter Fahrpreise für Jugendliche. Die detailliertesten Forderungen im Bereich der Bildung verabschiedete die Konferenz vom 07.-09.09.2003 in Oulu, die die Wissensgesellschaft neben der maritimen Sicherheit als Hauptthema hatte. Auch hier war also eine Politiklinie mit gewisser Verspätung bei der BSPC angekommen. Die Konferenz von 2003 sprach sich für die Verstärkung der Sprachenbildung und des gegenseitigen Kulturverständnisses aus. Die akademische Mobilität sollte durch die Verbesserung der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen und der

¹⁰⁰⁰ Resolution der vierten Ostseeparlamentarierkonferenz vom 12.-13.09.1995 in Rønne, S. 2.

Reisebedingungen erleichtert werden, letzteres im Hinblick auf das Langzeitziel eines visafreien Verkehrs zwischen der EU und Russland¹⁰⁰¹.

Der Ostseeraum sollte sich nach dem Willen der Teilnehmer in eine Pilotregion der Umsetzung des Konzepts der Wissensgesellschaft verwandeln, wozu die Regierungen aufgerufen wurden, gemeinsame Strategien im Bildungsbereich auszuarbeiten¹⁰⁰².

4.3.7 Die Baltic 21E

Bildung war im ursprünglichen Dokument, der Baltic 21, zunächst kein eigener Schwerpunkt, sondern tauchte nur als Mittel zum Zweck, zum Beispiel zur Schaffung eines größeren Umweltbewusstseins, auf. Erst die Initiative der CBSS-Bildungsminister auf ihrem ersten Treffen vom 23.-24.03.2000 in Stockholm machte Bildung zu einem eigenen Thema innerhalb der Baltic 21. Die SOG betraute daraufhin auf ihrem zwölften Treffen vom 06.-07.04.2000 im isländischen Keflavik das Bildungssektornetzwerk mit der Aufgabe, eine Bildungsagenda 21 auszuarbeiten. Relevante IFIs und NGOs wurden gedrängt, sich am Projekt zu beteiligen¹⁰⁰³. Litauen und Schweden wurden als *lead parties* für den Bildungssektor benannt. Vom 04.-05.09.2000 hatte das Bildungsnetzwerk sein erstes Treffen. Neben der ersten Kontaktaufnahme wurden hier drei Arbeitsgruppen eingerichtet, zu Bildung unterhalb der Hochschulebene, zu Universitäts- und Hochschulbildung und zu informeller Bildung. Diese Gruppen begannen ihrerseits mit Ideen- und Informationsaustausch und es wurden Richtlinien der Arbeit und ein Zeitplan aufgestellt¹⁰⁰⁴. Die Arbeitsgruppen begannen nach diesem ersten Treffen mit einer Analyse der Situation auf ihrem Gebiet. Die Ergebnisse wurden auf dem zweiten Netzwerktreffen vom 18.-19.06.2001 in Karlskrona ausgetauscht und formale Dinge zum Bericht Baltic 21 E besprochen¹⁰⁰⁵. Der fertige Bericht wurde dann vom zweiten Treffen der CBSS-Bildungsminister vom 24.-25.01.2002 in Stockholm angenommen¹⁰⁰⁶. Der Inhalt des Berichts ist detailliert im Kapitel 4.3.2 ausgewiesen worden.

¹⁰⁰¹ Resolution adopted by the 12th Baltic Sea Parliamentary Conference, S. 1f.

¹⁰⁰² ebd.

¹⁰⁰³ Senior Officials Group 12 Report. Twelfth Meeting, Keflavik, Iceland April 6-7, 2000. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/Meetings/new/sog_12/pdf/SOG%2012%20report.pdf, 24.04.2008, S. 5.

¹⁰⁰⁴ Report. The First Education Sector Network Meeting in Vilnius, Lithuania, September 4-5, 2000. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/education/EDU1_final_report.htm, 24.04.2008.

¹⁰⁰⁵ Report. The Second Education Sector Network Meeting in Karlskrona, Sweden, June 18-19, 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/education/EDU2_minutes.htm, 24.04.2008.

¹⁰⁰⁶ Communiqué of the second Meeting of Ministers of Education in Countries of the Baltic Sea Region, January 24-25, 2002.

Das erste Sektorentreffen zur Umsetzung der Baltic 21 E fand vom 02.-03.05.2002 in Kiel statt, das zweite vom 18.-19.11.2002 in Helsinki, wo die Staaten von ihren Fortschritten berichteten. Allerdings gab es von Deutschland, Island, Norwegen, Polen und Russland keine Informationen, was auf geringe Fortschritte in diesen Staaten und damit auch massive generelle Probleme schließen lässt. Die anderen Staaten hatten einerseits durch Übersetzung und Verbreitung des Textes für die Bekanntheit der Baltic 21E gesorgt, andererseits wie Dänemark, Finnland und Schweden nationale Strategien zur nachhaltigen Bildung verabschiedet. Außerdem wurden wie in Dänemark Leistungsindikatoren für die Umsetzung der Baltic 21E entwickelt, Curricula angepasst und Lehrmaterialien entwickelt (Dänemark, Estland, Schweden) oder wie in Lettland und Litauen dazu erste Schritte unternommen. Litauen schloss Inhalte der Baltic 21E auch in das 2002 in Entwicklung befindliche Bildungsgesetz ein. Litauen war auch bei der Kompetenzentwicklung der Lehrenden führend, da es 2002 Workshops für diese entwickelte, um Inhalte der Baltic 21E zu vermitteln. Teilweise wurden auch einzelne Projekte zur nachhaltigen Bildung initiiert, wie zum Beispiel Umweltprogramme in Estland und Schweden. Wichtig war auch die Benennung zuständiger nationaler Stellen, was in Finnland, Lettland und Schweden geschah¹⁰⁰⁷. Wenn es bei all diesen Aktivitäten auch stets nur um erste Schritte ging, war das Streben nach einer nachhaltigen Bildung in diesen Staaten 2002 schon begonnen worden. Konkrete ostseeweite Kooperationsprojekte gab es jedoch noch nicht, was auch auf die Verweigerungshaltung der oben genannten Staaten zurückzuführen war. Im Falle Russlands war das besonders deutlich, da kein Vertreter Russlands dem zweiten Treffen der Umsetzungsgruppe vom 18.-19.11.2002 in Helsinki beiwohnte und die Gruppe auch nicht über einen russischen Koordinator dieses Themengebiets informiert war¹⁰⁰⁸. Das Treffen organisierte sich zur *Baltic 21 Education Sector Coordinating Group*, die die Umsetzung überwachen und ihre Strategie weiterentwickeln wollte. Das zweite Treffen der neuen Gruppe fand vom 21.-22.11.2003 in St.Petersburg statt, produzierte aber keinen Bericht zum Treffen, was wiederum auf geringe Fortschritte hinweist.

Auf dem dritten Umsetzungstreffen am 14.06.2003 war Russland anwesend. Dieses Treffen konnte sich nicht, wie beabsichtigt, auf die Kriterien eines geplanten Baltic 21E-Gütesiegels

¹⁰⁰⁷ Appendix 3: Short presentation of work within each country after Haga 2 - Report BALTIC 21E Second Implementation Meeting (ImpB21E 2). Helsinki, Finland, November 18-19, 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/education/ImplB21E2MinutesAppendix3.htm>, 24.04.2008.

¹⁰⁰⁸ Appendix 1: List of participants and of nominated national co-ordinators. Report - BALTIC 21E Second Implementation Meeting (ImpB21E 2) Helsinki, Finland Nov. 18-19, 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/education/ParticipImpB21E2.htm>, 24.04.2008.

einigen¹⁰⁰⁹. Die nationalen Anstrengungen, die in den schon angedeuteten Bahnen fortgesetzt worden waren, wurden skizziert und diskutiert. Diesmal konnten alle Mitgliedsstaaten außer Deutschland Fortschrittsberichte liefern, was eine Verbesserung darstellte und von wachsendem Interesse der Staaten zeugte. In Deutschlands Fall mag die Sondersituation der Kultushoheit der Länder der Grund für die Enthaltung gewesen sein. Das dritte Treffen der inzwischen eingerichteten *Baltic 21E Coordinating Group* am 08.05.2004 in Göteborg zeigte deutlich das begrenzte Interesse der Teilnehmerstaaten, denn die nationalen Koordinatoren von Finnland, Deutschland, Lettland und Russland waren nicht anwesend; Finnland, Litauen und Russland waren immerhin durch Hochschulrepräsentanten vertreten¹⁰¹⁰. Auch der Bericht des Treffens sprach von „...*varied interest within Ministries of Education for B21E work.*“¹⁰¹¹. Die unterschiedlichen Fortschritte der Staaten blieben in den beschriebenen Bahnen ohne Neues zu initiieren und es gab weiterhin keine multinationalen Projekte oder Kooperationen zwischen staatlichen Behörden und NGOs in diesem Bereich. Die Verdienste des Bildungssektors innerhalb der Baltic 21 waren also angesichts des unterschiedlichen Engagements bei der Umsetzung vor allem die Formulierung der gemeinsamen Zielvorstellung Baltic 21E und die Überwachung der Umsetzung in den Nationalstaaten, allerdings konnte man hier auch nur als politisches Kontrollorgan agieren, rechtliche Mittel, um Druck zur Beschleunigung der Umsetzung aufzubauen, bestanden nicht. Die Nachteile dessen zeigte der geringe Enthusiasmus einiger Staaten, der auch die Einrichtung konkreter ostseeweiter Bildungsprogramme verhinderte. Insofern war im für die Durchsetzung von Nachhaltigkeit wichtigen Bildungsbereich durch die Baltic 21E bis 2004 nichts Wesentliches erreicht worden.

¹⁰⁰⁹ Report from BALTIC 21 E Third Implementation Meeting (ImpB21E 3) Karlskrona, Sweden, 14 June 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/education/ImpB21E3_minutes.htm, 24.04.2008.

¹⁰¹⁰ Appendix 1: List of participants and of nominated national co-ordinators. Third Baltic 21 E Coordinating Group Meeting (BA21ECG 3), Göteborg, 8 May 2004. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/meeting_documents/ECG3/MinutesBA21ECG3.doc, 24.04.2008.

¹⁰¹¹ Third Baltic 21 E Coordinating Group Meeting (BA21ECG 3), Göteborg, 8 May 2004. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/meeting_documents/ECG3/MinutesBA21ECG3.doc, 24.04.2008, S. 1.

4.4 Umwelt

4.4.1 HELCOM

4.4.1.1 Die Helsinki-Konvention von 1974

Im Bereich des Umweltschutzes war HELCOM die älteste und aktivste Organisation des Ostseeraums. Ihre schon am 22.03.1974 in Helsinki unterzeichnete Konvention zwischen den damaligen Ostseeanrainern Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der DDR, Finnland, Polen, der SU und Schweden war ein sehr modernes Dokument, das die unterschiedlichen Formen der Verschmutzung vom Land, von Schiffen aus und als Ergebnis der Ausbeutung des Meeres erfasste. Sie wurde zum Vorbild anderer Meeresschutzabkommen, zum Beispiel für das des Mittelmeers¹⁰¹².

Schon in der Präambel wird ein fortschrittliches Verständnis von Umweltschutz und dem notwendigen Vorgehen deutlich, indem die Vertragsparteien sich des unverzichtbaren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Werts der marinen Umwelt der Ostsee für ihre Völker bewusst zeigten. Angesichts der besonderen geographischen Situation der Ostsee und der wachsenden Verschmutzung erkannten sie die geringe Effektivität nur nationalen Handelns und bekannten sich zu internationalem Vorgehen, der Wichtigkeit wissenschaftlicher und technologischer Zusammenarbeit und dazu, gemeinsam regionale Kooperation entwickeln zu wollen. Außerdem wurde die hohe Priorität regionaler intergouvernementaler Kooperation für die friedvolle Zusammenarbeit und das gegenseitige Verständnis der europäischen Staaten hervorgehoben¹⁰¹³, was die weiterführende Rolle des Umweltschutzes als vertrauensbildende Maßnahme und einen Beitrag zur *Soft Security* deutlich macht.

Eine Beschränkung der Geltung der Konvention war die Regelung des ersten Artikels, dass die Konvention sich nur auf den Finnischen und Bottnischen Meerbusen, das zentrale Becken der Ostsee und die Ostseeeingänge bis auf die Höhe Skagens, der nördlichsten Spitze Jütlands, bezog. Innere Gewässer in nationalen Hoheitsgebieten waren ausgenommen¹⁰¹⁴, da nationale Souveränitätsvorstellungen eine internationale Regelung in diesen Gebieten verhinderten¹⁰¹⁵. Die Kontrolle dieser Gewässer nach den Bestimmungen der Konvention wurde in die Verantwortung nationaler Behörden gelegt. Somit waren auch sie kein rechtloses Gebiet, jedoch konnte keine internationale Kontrolle die Umsetzung der Regeln der Konvention verifizieren. Eine weitere Ausnahme waren militärische Einheiten und Schiffe,

¹⁰¹² Pehle: Umweltschutz, S. 60.

¹⁰¹³ Helsinki-Konvention von 1974, S. 2.

¹⁰¹⁴ ebd., S. 3.

¹⁰¹⁵ Zeitzeugeninterview mit Prof. Dr. Peter Ehlers, S. 12.

die nicht als Handelsschiffe unterwegs waren. Ansonsten waren alle Formen von Schiffen und Verschmutzungen durch die Definitionen abgedeckt. Gegen die Einleitung von Schadstoffen wie DDT und seinen Derivaten sowie polychlorierte Biphenyle (PCB) und polychlorierte Terphenyle (PCT) sollten Maßnahmen ergriffen werden, die nach einer Kann-Bestimmung auch Produkte, die diese Stoffe enthalten, betreffen konnten¹⁰¹⁶. Verschmutzung vom Lande aus sollte kontrolliert und minimiert werden, die Vertragspartner verpflichteten sich, Schadstoffeinleitungen streng zu begrenzen und hierzu bei Entwicklung von spezifischen Programmen, Richtlinien, Standards und Regulationen zusammenzuarbeiten. Die Einleitung signifikanter Mengen von in einer Liste in Anlage II¹⁰¹⁷ spezifizierten Schadstoffen sollte genehmigungspflichtig werden und die nationalen Regierungen sollten HELCOM Informationen über die Mengen der Einleitungen übermitteln. In einem Maßnahmenkatalog zur Reduktion der Verschmutzung vom Lande aus wurden auch Regeln zur Klärung städtischer Abwässer formuliert, jedoch keine Höchstgrenzen für einzuleitende Stoffe festgelegt. Auch im Bereich der Industrieabwässer wurden keine Grenzwerte genannt, jedoch technische Verbesserungen zur Minimierung der Umweltbelastung angemahnt¹⁰¹⁸.

Der größte Teil der Regulierungen betraf den Schiffsverkehr, da hier scheinbar verhältnismäßig kleinere Eingriffe größeren Erfolg erzielen konnten als bei der Verschmutzung der Ostsee vom Lande aus, deren Regulierung weit umfassendere Eingriffe in die nationalen Gesetzgebungen und Wirtschaften erfordert hätte¹⁰¹⁹. Im Bereich von Öl, Chemikalien sowie allgemeinen Abfällen folgte man der weltweit gültigen *International Convention for the Prevention of Pollution from Ships* von 1973. Im Bereich von Abwasser wurden eigene Regelungen getroffen, die auf alle Schiffe, die mehr als zehn Personen beförderten, angewandt werden sollten. Abwässer sollten nicht mehr auf See freigesetzt, sondern in Häfen entsorgt werden. Standardmaße für die Verbindung zwischen dem Abwassertank des Schiffes und der Auffanganlage im Hafen wurden festgelegt. Verklappung von Schadstoffen und Abfällen wurde mit Ausnahme von Situationen mit Gefahr des Verlusts von Menschenleben oder von Schiffen verboten. Außerdem wurden Vereinbarungen zur Kooperation bei der Bekämpfung von Verschmutzung auf See getroffen, ohne jedoch konkrete Vorgaben zu technischen Geräten, Vorgehensweisen oder Kompetenzverteilungen zu formulieren. Zusammenarbeit in Forschung und Technologie sowie Statistik wurde vereinbart.

¹⁰¹⁶ Anlage I der Helsinki-Konvention 1974. Helsinki-Konvention 1974, S. 12.

¹⁰¹⁷ Quecksilber wurde hier den anderen Stoffen als besonders dringend zu behandeln vorangestellt. ebd., S. 14.

¹⁰¹⁸ Anlage III der Helsinki-Konvention 1974 ebd., S. 15.

¹⁰¹⁹ Zeitzeugeninterview mit Prof. Dr. Peter Ehlers, S. 14f.

Die Helsinki-Konvention von 1974 stellte einen bedeutenden Schritt in Richtung einer funktionierenden Ostseekooperation dar. Wichtig war zunächst, dass die durch den krassen Systemgegensatz des Kalten Krieges getrennten Staaten sich in einem Gremium zusammenfanden und gemeinsame Ziele und gemeinsames Handeln vereinbarten. Der Katalysator hierfür war der ungemein ernste ökologische Zustand der Ostsee. Zudem wurde auch inhaltlich ein wichtiger Schritt getan, da die Helsinki-Konvention Regeln zur Prävention und zum Einschreiten in Verschmutzungssituationen beinhaltete und alle denkbaren Formen von Verschmutzung berücksichtigte. Die Vorbehalte der Staaten, nationale Souveränitätsrechte abzugeben, wirkten sich allerdings negativ auf den Meeresumweltschutz aus, indem Binnengewässer wie Buchten und Bodden, wie auch die Haffküste mit dem Stettiner, dem Frischen und dem Kurischen Haff nicht durch die Konvention geschützt waren, sondern lediglich ein Verweis die Anwendung der Konventionsprinzipien auf diese Gewässer durch nationale Behörden forderte. Die Empfehlungen der HELCOM, die in den Hoheitsgewässern ohnehin nicht international kontrolliert werden konnten, fanden somit auf die inneren Gewässer der Ostsee keine Anwendung, was eine deutliche Schwäche des Abkommens war. Weiterhin waren manche Bereiche, wie zum Beispiel die Kann-Bestimmung gegen DDT-, PCB- oder PCT-haltige Produkte in Anlage I, die Regulierung der Einleitung von städtischen Abwässern in Anlage III oder die Bestimmungen zu Bekämpfungskapazitäten der Mitgliedsstaaten für den Verschmutzungsfall, zu unverbindlich und wenig konkret gefasst, als dass sie große Veränderungen bewirkt hätten. In der Kürze der Zeit war auch keine Festlegung von Grenzwerten möglich, so dass erst die folgende Arbeit diesen Bereich mit Substanz füllen sollte. So konnte die Helsinki-Konvention von 1974 trotz aller Modernität zunächst nicht mehr als der wertvolle Ausgangspunkt einer Entwicklung der Kooperation sein. Die Schwierigkeit dieser Entwicklungsarbeit zeigt sich auch in der sechs Jahre andauernden Ratifizierungsperiode, die von einer trotz allem eher mittelmäßigen Bedeutung der Umweltbelange für die Mitgliedsstaaten zeugte.

4.4.1.2 Die Entwicklung bis 1992

Wie das Kapitel zur Institutionengeschichte der HELCOM gezeigt hat, war sie eine stark ausdifferenzierte Organisation mit einer wachsenden Zahl an Arbeitsgruppen. Die Arbeit jeder dieser ad hoc-Arbeits- oder Expertengruppen im Detail zu untersuchen würde über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen. Deshalb wird vor allem die Arbeit der Kommission selbst und die der ihr direkt untergeordneten Arbeitsgruppen oder Komitees untersucht. Die

Betrachtung der ad hoc-Gruppen dagegen erfolgt stark ergebnisorientiert, das heißt sie kommen da zur Geltung, wo sie wichtige Beiträge zur Arbeit der HELCOM leisteten, die Arbeitsprozesse vorher müssen weitgehend unberücksichtigt bleiben.

4.4.1.2.1 Das wissenschaftlich-technische Arbeitsfeld

Schon 1974 wurde für diesen Bereich der Arbeit der HELCOM die STWG gegründet, in deren Mandat die Bereiche der Entwicklung von Kriterien und Standards, der Überwachung des Umweltzustands der Ostsee und die Entwicklung von Technologien zum Wasserschutz bestimmend waren. Zur Entwicklung der Kriterien und Standards wurde sogleich eine ad hoc-Arbeitsgruppe eingerichtet, während die Hauptarbeit der STWG zunächst der Entwicklung eines Überwachungsprogramms für die Ostsee galt.

1977 gab es hierzu ein Expertentreffen in Szczecin und in der Folge tauschte man sich hinsichtlich Maßnahmen und Methoden mit anderen einschlägigen Organisationen aus¹⁰²⁰. So wurde 1978 zusammen mit der NGO *Baltic Marine Biologists* (BMB) eine ad hoc-Arbeitsgruppe zu Überwachungsmethoden biologischer Parameter gegründet und mit einer Stellungnahme zur Bewertung der marinen Umwelt der Ostsee auch der Rat des ICES eingeholt¹⁰²¹, was den hohen Wert wissenschaftlichen Inputs für die HELCOM besonders in dieser Phase zeigt. Parallel dazu verlief, unter anderem über Workshops, eine HELCOM-interne Abstimmung der Methoden und Maßnahmen, um ein einheitliches und damit repräsentatives Vorgehen zu ermöglichen. Daraus entstanden erste Richtlinien für ein solches Überwachungsprogramm, den Start dessen erster, fünfjähriger Phase legte man auf den März 1979 fest¹⁰²². Die Weiterentwicklung des Überwachungsprogramms hinsichtlich landbasierter Verschmutzungsquellen wurde erwogen, gestaltete sich jedoch wegen der Exemption der Küstengewässer von der Helsinki-Konvention als problematisch.

Hinsichtlich Technologien zum Wasserschutz wurden 1976 und 1978 Seminare zu allgemeinen technologischen Entwicklungen und zur technischen Lösung der Begrenzung der Einleitung von Schwermetallen veranstaltet¹⁰²³, um aktuellste Lösungen international bekannt zu machen. Weiterhin betrieb die STWG von Beginn an Forschungsvernetzung über die Erstellung einer fortlaufenden Bibliographie zum Thema Verschmutzung und Schutz der

¹⁰²⁰ HELCOM: Joint Activities of the Baltic Sea States within the framework of the Convention on the Protection of the marine Environment of the Baltic Sea Area 1974-1978, S. 8.

¹⁰²¹ ebd., S. 8.

¹⁰²² ebd., S. 9.

¹⁰²³ ebd., S. 9.

Ostsee und durch die Festlegung gemeinsamer Interpretationen einiger wissenschaftlicher und technologischer Begriffe.

Diese gemeinsame Definition der Begriffe erwies sich jedoch als schwierig, es wurde aber 1975 mit dem Vorbehalt späterer Veränderungen eine Liste entsprechender Definitionen von der Interimskommission verabschiedet¹⁰²⁴. Diese Vorarbeit, die eine wirksame Zusammenarbeit im Bereich des Ostseeschutzes überhaupt erst ermöglichen sollte, wurde ergänzt durch eine gemeinsame Analyse des unterschiedlichen Rechtsstatus' des Gewässerschutzes in den einzelnen Mitgliedsländern, um hier die Ausgangslage der Arbeit zu erkennen¹⁰²⁵.

Die ersten Erfahrungen mit dem Überwachungsprogramm der Ostsee waren positiv, es sollte so weitergeführt werden, allerdings wurde in der geringen Frequenz der Probenentnahme auch ein Schwachpunkt des bisherigen Modells identifiziert¹⁰²⁶. Die weitere Feinabstimmung sollte eine ad hoc-Expertengruppe zur Überwachung unternehmen. Außerdem begann sich das Themenspektrum der STWG zu erweitern, indem beginnende nationale Untersuchungen zur Verschmutzung der Ostsee aus der Luft aufgegriffen wurden.

Folgerichtig wurde im ersten Jahr der Tätigkeit der Helsinki Kommission 1980 eine ad hoc-Arbeitsgruppe zu Verschmutzung der Ostsee aus der Luft eingerichtet, die die Wissensdefizite in diesem Bereich ausräumen sollte. Ansonsten setzte sich in dieser Anfangsphase die Arbeit der STWG fort, Berichte von Seminaren sowie die Richtlinien des Ostsee-Überwachungsprogramms wurden diskutiert, die Erarbeitung gemeinsamer Kriterien und Standards fortgesetzt. Die Empfehlung zur Einrichtung einer Expertengruppe zur Überwachung der Ostsee wurde auf dem 7. Treffen der STWG im September 1980 wiederholt, die vorangegangene Empfehlung dieser Art war also vom 1. Treffen der Helsinki-Kommission im Mai 1980 nicht berücksichtigt worden¹⁰²⁷. Das Thema blieb weiterhin auf dem Tapet, auch 1981 wurden das Überwachungsprogramm und seine Weiterentwicklung diskutiert. Die Arbeitsgruppe zu Kriterien und Standards setzte ihre Arbeit weiter fort und erarbeitete unter anderem Entwürfe für HELCOM-Empfehlungen zur Eliminierung von DDT-Freisetzen und zur Reduktion des Eintrags von PCB, giftiger und krebserregender organischer Stoffe, die vor allem im Maschinenbau und der Industrie verwendet wurden. Diese Entwürfe wurden in den Empfehlungen des 3. Kommissionstreffens 1982 angenommen.

¹⁰²⁴ HELCOM: Report of the Interim Commission (IC) to the Baltic Marine Environment Protection Commission, S. 7.

¹⁰²⁵ ebd., S. 8.

¹⁰²⁶ ebd., S. 11.

¹⁰²⁷ HELCOM: Activities 1980, S. 5.

Interessant für die Umsetzungen der Empfehlungen war, dass ab dem 8. Treffen der STWG vom 21.-25.09.1981 regelmäßig nationale Berichte zu den staatlichen Maßnahmen und Fortschritten bei der Implementierung der Empfehlungen gehört wurden, so dass für jeden Mitgliedsstaat ein gewisser Vergleichsdruck, nicht hinter anderen zurückzustehen, entstand. Seit diesem Treffen hatte, auch zur Vernetzung des Umweltregimes des Ostseeraums, der ICES Beobachterstatus bei der STWG.

1982, nunmehr zum STC erhoben, diskutierte man auf dem 9. Treffen vom 21.-24.09. neben den nationalen Berichten auch eine dänische Studie zu den Wirkungen von Öl auf die marine Umwelt der Ostsee, ein Zeichen dafür, dass HELCOM neben der politischen Arbeit auch wissenschaftliche Forschung initiieren und unterstützen musste, um sich selbst die Grundlagen der eigenen Arbeit zu schaffen¹⁰²⁸. Bezüglich der Fortsetzung der Arbeit zu Kriterien und Standards wurde die Notwendigkeit, neue Stoffe in die Anlage I der Helsinki-Konvention aufzunehmen, diskutiert.

Das 11. Treffen des STC vom 12.-15.11.1984 postulierte Ernüchterung hinsichtlich der Erfüllung einiger alter Aufgabenbereiche, die als unbefriedigend bewertet wurde. Hierzu gehörte auch der Status des Ostseeüberwachungsprogramms, es wurde dazu aufgerufen, die Kontrollfahrten besser miteinander zu koordinieren und auch alle geplanten Probensammlungen durchzuführen, ein Aspekt, der auf mangelnden Einsatz der Mitgliedsstaaten hinweist¹⁰²⁹. Weiterhin wurde die dringende Notwendigkeit einer Datenbank für die Überwachungsdaten betont und diesbezüglich die Einrichtung einer ad hoc-Gruppe zur Datenverarbeitung vorgeschlagen. Die Ergebnisse des ersten Treffens der ad hoc-Expertengruppe zu Verschmutzung der Ostsee aus der Luft wurden ebenso wie die Arbeit an der Bibliographie zur Ostseemwelt und die Ergebnisse der Gruppe zu Kriterien und Standards diskutiert. Eine weitere Initiative zur Eröffnung eines neuen Untersuchungsfelds wurde auch unternommen, indem die Einrichtung einer neuen Gruppe zur Erforschung der Verschmutzung der Ostsee mit radioaktiven Substanzen angeregt wurde, bei der die IAEO Beobachter sein sollte¹⁰³⁰. Das Kommissionstreffen 1985 nahm diese Anregung auf und auf dem 12. Treffen der STWG vom 16.-20.09.1985 wurde die Feinabstimmung für die neue Gruppe *Monitoring of radioactive Substances* (MORS) vorgenommen und Finnland als erster Vorsitz bestimmt. Auch die ernüchternden Erkenntnisse über das Ostseeüberwachungsprogramm wurden in Aktivposten umgesetzt: für 1986 wurde ein koordinierter Zeitplan für die Überwachungsfahrten angenommen und die Datensammlung

¹⁰²⁸ HELCOM: Activities 1982, S. 8.

¹⁰²⁹ HELCOM: Activities 1984, S. 5f.

¹⁰³⁰ ebd., S. 7.

und -speicherung erwogen sowie die Weiterentwicklung des gesamten Programms diskutiert¹⁰³¹.

Der Zeitplan für die Überwachungsfahrten bewährte sich, denn auf dem 13. Treffen des STC vom 15.-19.09.1986 wurde erneut ein solcher Plan für 1987 erstellt und zudem die Ergebnisse der unterdessen eingerichteten ad hoc-Expertengruppe zur Weiterentwicklung des Ostseeüberwachungsprogramms erörtert¹⁰³². Diskutiert wurden weiterhin die Ergebnisse des 1. Treffens von MORS und die der nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 26.04.1986 veranlassten Untersuchungen. Die Expertengruppe zu Verschmutzung der Ostsee aus der Luft wurde angewiesen, zukünftig auch Maßnahmen zur Reduktion der Verschmutzung zu entwickeln. Weiterhin wurde ein Empfehlungsentwurf zu Maßnahmen der Reduzierung der Einleitung von Schadstoffen in städtische Abwässer durch effektivere Klärtechnologien verabschiedet, der zu einer entsprechenden Empfehlung des 8. Kommissionstreffens vom 24.-27.02.1987 führte¹⁰³³.

Das 14. Treffen des STC vom 21.-25.09.1987 nahm Inhalte der Richtlinien für die ab 1989 beginnende 3. Stufe des BMP sowie den Zeitplan für die Überwachungsfahrten 1988 an¹⁰³⁴. Neben anderen Empfehlungsentwürfen wurde einer zur Reduzierung des Nährstoffeintrags in die Ostsee durch die Landwirtschaft verabschiedet. Unter finnischer Leitung wurde eine ad hoc-Arbeitsgruppe zur Reduktion der Einleitungen durch Industrie eingerichtet, die zunächst beauftragt wurde, Prioritäten der einzelnen Industriezweige zu identifizieren, um anschließend Vorschläge machen zu können¹⁰³⁵. Zudem wurde nach einer Analyse der Umsetzung der Empfehlungen dem follow-up der Empfehlungen ein größeres Gewicht beigemessen, ab sofort sollten die für die Empfehlungen zuständigen Staaten kontrollierte Nacharbeiten unternehmen, um die Umsetzung der Empfehlungen sicherzustellen¹⁰³⁶.

Auf dem 15. Treffen des STC vom 12.-16.09.1988 wurden zunächst nationale Maßnahmen zur Erreichung des auf der Kommissionssitzung 1988 beschlossenen Schadstoffreduktionsziels der Halbierung aller Schadstoffeinleitungen zum Jahr 1995, zu den außergewöhnlich intensiven Algenblüten im Frühjahr 1988 und zum Seehundsterben in Nord- und westlicher Ostsee im Sommer 1988 diskutiert. Außerdem wurden die Ergebnisse der Untergruppen zur Überwachung der Ostsee, zur Überwachung der radioaktiven Substanzen in der Ostsee, zur Verschmutzung aus der Luft, zu Kriterien und Standards für Schadstoffeinleitungen und zur Reduktion industrieller Einleitungen erörtert.

¹⁰³¹ HELCOM: Activities 1985, S. 2.

¹⁰³² HELCOM: Activities 1986, S. 2.

¹⁰³³ ebd., S. 4 und 35.

¹⁰³⁴ HELCOM: Activities 1987, S. 2.

¹⁰³⁵ ebd., S. 4.

¹⁰³⁶ ebd., S. 5.

Auch die Vernetzung mit anderen Meeres- und Umweltgremien entwickelte sich. Auf dem 16. Treffen des STC vom 26.-27.10.1989 waren neben dem ICES auch die IMO und *Greenpeace international* als Beobachter anwesend¹⁰³⁷. Wiederum wurden die Fortschrittsberichte der Untergruppen diskutiert, die Fahrtenpläne für die Überwachungsaktivitäten der nächsten Saison besprochen. Das Komitee wurde zudem über die Fortschritte der unterdessen eingerichteten HELCOM-Datenbank informiert. Außerdem wurde untersucht, ob Richtlinien für das Bewegen von Meeressedimenten durch Ausbaggern oder Aufschütten erlassen werden sollten, um auch dieses Gebiet umweltverträglich zu regeln¹⁰³⁸.

1990 war das STC in die gleichberechtigten Organe *Environmental Committee* (EC) und *Technological Committee* (TC) aufgeteilt worden. Das EC hatte neben dem ICES auch die WHO, die IBSFC und die *Intergovernmental Oceanographic Commission* (IOC) sowie *Greenpeace international* als Beobachter. Neben dem inhaltlichen Austausch dieser Gremien mit der EC standen nationale Bemühungen zum Erreichen des 1988 proklamierten Ziels der Reduktion der Schadstoffeinleitungen bis 1995 um 50% zur Debatte¹⁰³⁹. Die Arbeitsgruppen zur Verschmutzung aus der Luft und zu radioaktiven Substanzen sowie die zur Bewertung des Umweltzustandes der Ostsee berichteten dem EC. Weiterhin hatte man aus dem Spektrum des STC noch die Zuständigkeit für die Ostseebibliographie übernommen.

Das TC beschäftigte sich mit der technologischen Seite der HELCOM-Arbeit und erstellte zur Beschließung durch das 12. Kommissionstreffen 1991 eine Liste von Schadstoffen, die zur Erreichung des 1988 proklamierten Reduktionsziels sofortigen Handelns bedurften sowie Prinzipien für das nationale Vorgehen zur Erreichung dieses Ziels¹⁰⁴⁰. Bemerkenswert ist, dass diese umfangreichen Vorarbeiten zur Erstellung einer gemeinsam beschlossenen Schadstoffliste recht zügig abgeschlossen wurden¹⁰⁴¹. Bezeichnend für die Defizite einiger Mitgliedsstaaten hinsichtlich der Behandlung städtischer Abwässer war, dass es nicht möglich war, sich auf einen Empfehlungsentwurf zum Grenzwert von Stickstoff aus städtischen Abwässern zu einigen, der in einer HELCOM-Empfehlung von 1988 gefordert wurde¹⁰⁴². Weiterhin konnte wegen starker Verspätung der nationalen Berichte zur Umsetzung des 50%-Ziels von 1988 zunächst kein Fortschrittsbericht erstellt werden, dies wurde vom HELCOM-Sekretariat nachgeholt. Dem 12. Kommissionstreffen wurde zur Rationalisierung der Arbeit

¹⁰³⁷ HELCOM: Activities 1989, S. 1.

¹⁰³⁸ ebd., S. 3.

¹⁰³⁹ HELCOM: Activities 1990, S. 2.

¹⁰⁴⁰ ebd., S. 3.

¹⁰⁴¹ Zeitzeugeninterview mit Prof. Dr. Peter Ehlers, S. 25f.

¹⁰⁴² HELCOM: Activities 1990, S. 4.

der TC ein Vorschlag zur Einrichtung zweier Untergruppen zur landseitigen Verschmutzung aus Punktquellen und aus diffusen Quellen unterbreitet.

Bei dem zweiten Treffen des EC vom 09.-11.09.1991 waren schon mehr Organisationen als Beobachter zugelassen¹⁰⁴³, die Vernetzung also weiter vorangeschritten. Die Aktivitäten des letzten Jahres wurden ebenso wie das Projekt einer Landverbindung zwischen Dänemark und Schweden und die Berichte der Untergruppen diskutiert. Der Vorschlag der Einrichtung von Referenzlabors zur Durchsetzung gemeinsamer Standards im Ostseeüberwachungsprogramm wurde unterstützt und die Aufteilung des Programms in einen von allen zu leistenden Pflichtbereich und einen weiteren, dessen Bearbeitung sich die Staaten mit den nötigen Kapazitäten zuwenden können¹⁰⁴⁴. Diese an die Möglichkeiten der einzelnen Länder angepasste Struktur des Programms sollte eine effizientere Umsetzung gewährleisten.

Das TC war nunmehr mit seinen Untergruppen zu Verschmutzung aus Punktquellen und diffusen Quellen ausgestattet, die ihre Arbeit aufnahmen.

4.4.1.2.2 Das maritime Arbeitsfeld

Die *Maritime Working Group* (MWG) konzentrierte sich von Anfang an auf die Reduzierung der Verschmutzung der Ostsee von Schiffen aus. Schon vor dem Inkrafttreten der Helsinki-Konvention wurden grundlegende Dinge bearbeitet, wie zum Beispiel im Bereich der Auffang- und Entsorgungsanlagen für Schiffsabfälle in Häfen die Festlegung von Standards für die Maße der Verbindungsstücke zwischen Schiff und Auffanganlagen und der Bestimmungen zu für das Waschen der Maschinenräume zugelassenen Detergentien¹⁰⁴⁵. Weiterhin wurden die Mitglieder aufgefordert, das IMCO-Formblatt zur Meldung ungenügend ausgestatteter Auffanganlagen in Häfen zu benutzen, um so einen Überblick über die vorhandenen Kapazitäten im Ostseeraum zu bekommen und eine erste Auflage eines Handbuchs zu Auffanganlagen der Ostseehäfen wurde zur Orientierung der Schifffahrt 1979 herausgegeben. Insgesamt wurden durch die Interimskommission 16 Empfehlungen

¹⁰⁴³ Zu den Beobachtern des 1. Treffens kamen die Oslo- und die Paris-Kommission, die *Baltic Marine Biologists* (BMB), dazu noch die NGOs *Coalition Clean Baltic* (CCB) und *World Wide Fund for Nature* (WWF).

HELCOM: Activities 1991, S. 2.

¹⁰⁴⁴ ebd., S. 2.

¹⁰⁴⁵ HELCOM: Joint Activities of the Baltic Sea States within the framework of the Convention on the Protection of the marine Environment of the Baltic Sea Area 1974-1978, S. 12f.

angenommen, die auf Entwürfe der MWG zurückgingen. Parallel arbeitete neben anderen Arbeitsgruppen die zu einem Verkehrsinformationssystem, um ein solches zu entwickeln¹⁰⁴⁶. Nach Inkrafttreten der Konvention hielt die MWG ihr 4. Treffen vom 25.-28.8.1980 ab. Hier wurden Belange der Auffanganlagen erörtert und ein allgemeiner Informationsaustausch hinsichtlich der Mengen der Abfälle, der erhobenen Gebühren und der technischen Aspekte vorgenommen, um die praktikabelste Lösung zu identifizieren¹⁰⁴⁷. Außerdem wurde das schon unter der IC in einer ad hoc-Expertengruppe begonnene *Ship Safety and Pollution Prevention* (SSPP)-Programm diskutiert, das einen ganzheitlichen Ansatz zur Vorbeugung von Verschmutzungen durch die Schifffahrt darstellen sollte. Hierfür wurde ein Aktionsplan erstellt, unter anderem zu Maßnahmen der Durchsetzung von IMCO-Empfehlungen für fremde Schiffe in der Ostsee¹⁰⁴⁸, zu einheitlichen Regelungen für Schiffskontrollen und für die Einrichtung von Kontrollmechanismen zur Eliminierung von Sub-Standard-Schiffen¹⁰⁴⁹. Auch auf dem 7. Treffen der MWG vom 20.-23.10.1981 wurden Themen der Auffanganlagen in Häfen und ihre Weiterentwicklung diskutiert, aber auch andere technische Belange wie Techniken zur Trennung ölhaltigen Wassers, wie sie zum Beispiel im Fall von Bilgewasser nötig sind. Auch das SSPP wurde vorangetrieben mit Inhalten wie Langstreckenlotsen in der Ostsee, Navigationssicherheit, neuen Verkehrstrennungssystemen und sichereren Tiefenwasserrouten¹⁰⁵⁰. Weiterhin wurde eine Kontaktliste nationaler, für das Schiffspositionsmeldungssystem *Baltic Position Reporting System* (BAREP) zuständiger Stellen eingerichtet. An diesem System sollten alle beladenen Öltanker mit 20.000 Bruttoregistertonnen oder mehr, alle beladenen Gas- oder die mit Gefahrstoffen der Kategorien A und B beladenen Chemikalientanker mit 1600 Bruttoregistertonnen oder mehr freiwillig teilnehmen. Diese Schiffe waren aufgerufen, ihre Daten an nationale Stellen zu leiten, die sie dann regional zur Verfügung stellten. Das System dehnte sich weiter aus, als ab dem 01.01.1982 die Bundesrepublik Deutschland teilnahm und die SU ihren Beitritt für den Jahresverlauf von 1982 plante.

Es wurde auch ein eigenes Formular zur Meldung inadäquater Auffanganlagen entworfen¹⁰⁵¹. Die Auffanganlagen wurden zu einem Hauptthema der Arbeitsgruppe, da die Reduktion der Menge der alltäglichen Verschmutzung der Meere durch die Schifffahrt im Gegensatz zur schweren Tankerhavarie davon abhing, dass es gelang, ausreichende Auffanganlagen

¹⁰⁴⁶ HELCOM: Report of the Interim Commission (IC) to the Baltic Marine Environment Protection Commission, S. 16.

¹⁰⁴⁷ HELCOM: Activities 1980, S. 8.

¹⁰⁴⁸ Hiermit sind Schiffe unter anderer Flagge als der der Ostseeränderstaaten gemeint, die in der Ostsee betrieben werden.

¹⁰⁴⁹ ebd., S. 9.

¹⁰⁵⁰ HELCOM: Activities 1981, S. 11f.

¹⁰⁵¹ ebd., S. 13.

bereitzustellen und die Kapitäne zu motivieren, diese auch zu benutzen. 1982 wurden Ergänzungen zu einem Handbuch zu diesem Thema, das 1979 schon erschienen war, erarbeitet, die ab 1983 erschienen, eine Neuauflage des ganzen Handbuchs wurde für 1985 oder 1986 geplant¹⁰⁵².

Auf dem 8. Treffen der nunmehr zum MC erhobenen Arbeitsgruppe vom 16.-19.11.1982 war die weltweit agierende IMO als Beobachter anwesend, da die MC in enger Zusammenarbeit mit ihr vorgehen musste, da sie für die Schifffahrt keinen eigenen Rechtsraum Ostsee schaffen konnte, sondern ihre Regelungen vor dem Hintergrund weltweit geltenden Rechts formulieren musste. Zudem hoffte man, so eigenen Entscheidungen mehr Gewicht zu verleihen und sie auch auf Schiffe fremder Flagge ausdehnen zu können. Erschwert wurde das durch ein moderates Interesse der IMO, für die die Ostsee eine geringere Bedeutung hatte¹⁰⁵³. Auf diesem Treffen wurden wiederum die Auffanganlagen und die Schiffssicherheit im Rahmen des SSPP-Programms bearbeitet, zudem wurde der Bericht der Expertengruppe für Verkehrsinformationssysteme angenommen und seine Empfehlung, BAREP zur weiteren Erfahrungsgewinnung um weitere zwei Jahre zu verlängern, unterstützt. 1983 wurde die Arbeit zur Schiffssicherheit und zu den Auffanganlagen weitergeführt.

Auf dem 10. Treffen des MC vom 17.-20.12.1984 war die IMO wie auch im Vorjahr nicht anwesend¹⁰⁵⁴, ein Zeichen für die durchaus geringe Relevanz der Ostsee für diese globale Organisation¹⁰⁵⁵. Wieder wurden umfangreich die Auffanganlagen bearbeitet, es wurden aber auch unternommene Untersuchungen zu den Routen und Mengen des Öltransports auf der Ostsee erörtert, um Muster zu erkennen und Engpässe und Risikogebiete identifizieren zu können. Es wurde auch der Bericht der Gruppe zu einem Verkehrsinformationssystem gehört, die eine vereinfachte Form von BAREP entwickelt hatte. Dazu erging der Aufruf, dass alle Anrainerstaaten bei dem System mitarbeiten müssten, um es funktionsfähig zu halten und dass im anderen Fall eine Einstellung des Projekts ratsam sei¹⁰⁵⁶. Grundsätzlich war das Interesse der Staaten an diesem Berichtssystem nämlich gering, da sie zusätzliche Berichtspflichten scheuten¹⁰⁵⁷.

Auch das MC-Treffen 1985 beschäftigte sich mit den Auffanganlagen, hier wurde ein Fragebogen für die Mengen des Abfalls beschlossen, um die Bedürfnisse der Schifffahrt zu analysieren. Weiterhin wurden Verschmutzungspräventionssysteme für den Einbau an Bord der Schiffe erwogen, die Erarbeitung eines endgültigen Entwurfs der Neuauflage des

¹⁰⁵² HELCOM: Activities 1982, S. 9.

¹⁰⁵³ Zeitzeugeninterview mit Prof. Dr. Peter Ehlers, S. 26.

¹⁰⁵⁴ HELCOM: Activities 1984, S. 9.

¹⁰⁵⁵ Zeitzeugeninterview mit Prof. Dr. Peter Ehlers, S. 28.

¹⁰⁵⁶ HELCOM: Activities 1984, S. 11.

¹⁰⁵⁷ Zeitzeugeninterview mit Prof. Dr. Peter Ehlers, S. 24.

Handbuchs zu Auffanganlagen wurde auf das Treffen 1986 verschoben, so dass die ursprüngliche Absicht, die Neuauflage innerhalb des Haushaltsjahres 1985/86 zu veröffentlichen, nicht eingehalten werden konnte¹⁰⁵⁸.

1986 gab es als ein Ergebnis der Hartnäckigkeit des Themas der Auffanganlagen den finnischen Vorschlag, eine eigene ad hoc-Arbeitsgruppe zu diesem Thema zu eröffnen¹⁰⁵⁹. Dieser Vorschlag wurde auf dem 13. MC-Treffen vom 14.-18.9.1987 nach einer Anhörung der Ergebnisse der inzwischen eingerichteten informellen Arbeitsgruppe zum Thema, die geringere Kompetenzen als eine regelrechte Arbeitsgruppe hatte, wiederholt¹⁰⁶⁰. Hier wurde auch festgelegt, dass das länger vorbereitete Handbuch zur Information der Schifffahrt über Auffanganlagen im Ostseeraum erst 1988 veröffentlicht werden würde, deutlich später als ursprünglich geplant. Weiterhin wurden nach der Havarie des Öltankers „Antonio Gramsci“ im Februar 1987 im Finnischen Meerbusen mögliche Initiativen zur Navigationssicherheit unter Eisbedingungen diskutiert, unter anderem neue Lotsenkarten und ihre obligatorische Anbringung auf der Brücke der Schiffe¹⁰⁶¹. Die Problematik hierbei war wiederum, dass eine solche Regelung auf regionaler Basis wenig Zweck hatte und eine weltweite Durchsetzung durch die IMO durchaus fraglich war.

Ein Ergebnis der Arbeit des STC zur Verschmutzung der Ostsee aus der Luft war, dass auf dem 13. Treffen des MC erstmalig die Einrichtung umweltverträglicher Qualitätsstandards für Schiffstreibstoffe erwogen wurde¹⁰⁶². 1988 wurden hierzu weitere Überlegungen angestellt, außerdem wurde nach dem Austausch der Flugüberwachungsdaten zu illegaler Ölentorgung auf See ein Empfehlungsentwurf zur internationalen Zusammenarbeit zur Aufdeckung solcher Verstöße verabschiedet¹⁰⁶³. Im Rahmen der Überlegungen hinsichtlich Navigationssicherheit wurde angesichts der Unerreichbarkeit gesetzlicher Vorschriften zu baulichen Veränderungen bei Tankern zur Steigerung der Attraktivität sicherer Tanker eine Reduktion der Verkehrsgebühren für doppelwandige Tanker erwogen. Weiterhin nahm das MC den Bericht der mittlerweile gegründeten ad hoc-Arbeitsgruppe zu Auffanganlagen entgegen, zusammen mit der ernüchternden Erkenntnis, dass das 1982 entwickelte Berichtsformular für unzureichende Auffanganlagen den meisten Kapitänen unbekannt war und nicht genutzt wurde¹⁰⁶⁴. Stärkere Anstrengungen zur Bekanntmachung dieser Initiative wurden vereinbart.

¹⁰⁵⁸ HELCOM: Activities 1985, S. 5f.

¹⁰⁵⁹ HELCOM: Activities 1986, S. 8.

¹⁰⁶⁰ HELCOM: Activities 1987, S. 6.

¹⁰⁶¹ ebd., S. 8.

¹⁰⁶² ebd., S. 10.

¹⁰⁶³ HELCOM: Activities 1988, S. 5.

¹⁰⁶⁴ eb., S. 4.

Das 15. Treffen des MC vom 25.-29.9.1989 initiierte wiederum, wie schon 1980, eine Umfrage zur Menge der abgelieferten Schiffsabfälle und zu den Wirkungen der unterschiedlichen Gebührensysteme, um wiederum die praktikabelste Lösung zu identifizieren. Im Ergebnis der Diskussion des ersten Berichts der ad hoc-Arbeitsgruppe der Luftverschmutzung durch Schiffe wurde ein Empfehlungsentwurf zur Reduktion dieser Verschmutzung erwogen. Die angedachte Empfehlung zur baulichen Gestaltung der Tankersicherheit wurde mit der Begründung verschoben, dass die Entscheidungen so fundamental seien, dass die Mitglieder ausreichend Zeit zum Abwägen haben sollten¹⁰⁶⁵. Tatsächlich waren die Gründe aber wohl eher die hohen Kosten einer Umrüstung und die möglicherweise negativen Folgen für den Öltransport in der Ostsee, wenn ein Großteil der bestehenden Tankerflotte ausgemustert oder mit Auflagen bedacht worden wäre. Ähnlich kostenorientierten Überlegungen war es geschuldet, dass auf dem Treffen im Jahr 1990 keine Einigung über einen Empfehlungsentwurf zur Zusammensetzung von Schiffsdieseln, der den Schwefelanteil reduzieren und die Zusetzung spezieller Chemikalien untersagen sollte, erreicht werden konnte¹⁰⁶⁶. Immerhin erging der Beschluss, dass die Luftverschmutzung durch Schiffe in den nächsten Bericht zur Bewertung des Umweltzustands der Ostsee aufgenommen werden sollte.

Das Folgetreffen vom 24.-27.9.1992 beschäftigte sich erneut mit dem Thema der Auffanganlagen, die nationalen Behörden wurden beauftragt, zum nächsten Kommissionstreffen alle irgend dienlichen Informationen für eine grundlegende Diskussion zum Thema bereitzustellen¹⁰⁶⁷. Unterschiedliche Empfehlungsentwürfe wurden verabschiedet, unter anderem zu technischen Lösungen zur Trennung ölhaltigen Wassers oder zum Auffangen der Abwässer der Personenschiffahrt. Die Diskussion des dänischen Vorschlags zur Lotsenpflicht für Gefahrgut transportierende Frachter über 20.000 Bruttoregistertonnen wurde zunächst verschoben, ein entworfenes Kommunikationssystem bei der Aufklärung illegaler Ölentsorgungen auf See wurde angenommen.

4.4.1.2.3 Das Arbeitsfeld der Bekämpfung von Verschmutzungen

Zunächst oblag die Arbeit in diesem Themenfeld auch der *Maritime Working Group*, die schon vor Inkrafttreten der Helsinki-Konvention Regelungen vornahm, indem sie für die Bekämpfung von Ölverschmutzungen die Anwendung von Chemikalien, die das Öl zum

¹⁰⁶⁵ HELCOM: Activities 1989, S. 5.

¹⁰⁶⁶ HELCOM: Activities 1990, S. 5.

¹⁰⁶⁷ HELCOM: Activities 1991, S. 6.

Sinken bringen (*sinking agents*), untersagte und für solche Chemikalien, die das Öl auflösen und verteilen (*dispersants*), strenge Auflagen vorgab¹⁰⁶⁸ und somit mechanischen Mitteln der Bekämpfung Vorrang gab. Weiterhin wurde ein Schema für den Informationsaustausch zur Ölbekämpfung und der entsprechenden Ausrüstung angenommen wie auch ein Kommunikationssystem für Berichte bei signifikanten Ölverschmutzungen überarbeitet wurde. Die Arbeit setzte also gleich mit Beginn der MWG ein, zunächst wurde mit der großflächigen Ölverschmutzung die sichtbarste und folgenschwerste Form der Meeresverschmutzung angegangen.

1980 verabschiedete die MWG Empfehlungsentwürfe zu einem Frühwarnsystem für Verschmutzungen, zur Kommandostruktur der gemeinsamen Bekämpfungseinsätze und zur Funkkommunikation bei solchen Einsätzen¹⁰⁶⁹. Die Diskussion zum Thema der Bekämpfung im Jahr 1981 konzentrierte sich auf die Erarbeitung eines Handbuchs für die Schifffahrt und auf die Notwendigkeit der Aufstockung der Bekämpfungskapazitäten der Mitgliedsstaaten¹⁰⁷⁰. Die schon in den 1970er Jahren innerhalb der MWG gegründete Expertengruppe zur Bekämpfung von Ölverschmutzungen übernahm immer mehr die Aufgaben der MWG im Bekämpfungsbereich. Auf ihrem 6. Treffen vom 11.-15.10.1982 in Rostock wurden die jüngsten Verschmutzungsfälle und die nationalen Gegenmaßnahmen diskutiert. So entstand ein Forum, das durch die Erfahrungsberichte der Mitglieder Expertise im Umgang mit Meeresverschmutzungen aufbauen konnte und das auch einen gewissen Druck auf die Mitglieder ausübte, Verschmutzungen effektiv zu bekämpfen, um nicht anschließend seine Untätigkeit rechtfertigen zu müssen. Wieder wurde dazu aufgerufen, die nationalen Bekämpfungskapazitäten aufzubauen, vor allem auch im Bereich der Luftüberwachung der Ostsee, die in einigen Bereichen bereits gewährleistet war und möglichst rasch ausgebaut werden sollte¹⁰⁷¹.

Das Treffen der Expertengruppe zur Verschmutzungsbekämpfung 1983 legte den Schwerpunkt auf eine Standardisierung der Probenentnahme- und Analysemethoden, um eine einheitliche Bewertung der Situation zu ermöglichen. Deutlich wird hierbei, dass der Fokus der Gruppe sich erweitert hatte und nunmehr nicht nur vor allem großflächige Ölverschmutzungen sondern auch die weniger offensichtliche, „alltägliche“ Verschmutzung der Ostsee beinhaltete.

Dennoch spielte das Öl weiter die Hauptrolle, auf dem 8. Treffen der Expertengruppe vom 25.-28.09.1984 wurden wiederum die jüngsten Einleitungen und die nationalen

¹⁰⁶⁸ HELCOM: Joint Activities of the Baltic Sea States within the framework of the Convention on the Protection of the marine Environment of the Baltic Sea Area 1974-1978, S. 12.

¹⁰⁶⁹ HELCOM: Activities 1980, S. 7.

¹⁰⁷⁰ HELCOM: Activities 1981, S. 14.

¹⁰⁷¹ HELCOM: Activities 1982, S. 12f.

Gegenmaßnahmen besprochen, was ein mittlerweile kanonischer Teil der Verhandlungen der Expertengruppe geworden war¹⁰⁷². Weiterhin wurde die Entwicklung einer standardisierten Methode zur Identifizierung von Öleinleitungen in Auftrag gegeben, wozu im Februar 1986 auf Initiative der Bundesrepublik Deutschland ein Expertentreffen stattfinden sollte. Das Treffen von 1985 stellte unter anderem fest, dass Übungen mit dem vorhandenen Bekämpfungsgerät durchgeführt werden sollten¹⁰⁷³. Das 10. Treffen der Expertengruppe zur Verschmutzungsbekämpfung vom 08.-10.10.1986 zeigte sich zufrieden mit den nationalen Investitionsplänen zur Anschaffung von Bekämpfungsgerät bis 1990, da diese ausreichend große Summen beinhalteten¹⁰⁷⁴. Auch wurden Fortschritte bei den nationalen Bemühungen zur Überwachung der Ostsee aus der Luft festgestellt. Jedoch krankte man auch hier teilweise an fehlender nationaler Mitwirkung. So mussten die nationalen Richtlinien für den Gebrauch ölaufösender Chemikalien, deren Gebrauch schon ab 1980 durch HELCOM-Empfehlungen geregelt war, diskutiert werden und Überlegungen bezüglich einer Überarbeitung der HELCOM-Empfehlung 1/7 von 1980 bezüglich nationaler Bekämpfungsmöglichkeiten mussten zurückgestellt werden, da nicht ausreichend viele nationale Informationen zur Risikoanalyse verfügbar waren¹⁰⁷⁵. Eine von Dänemark zu leitende Bekämpfungsübung für alle Mitgliedsstaaten wurde für den April 1987 geplant.

Das Treffen des nunmehr zum *Combating Committee* (CC) erhobenen Gremiums vom 13.-16.10.1987 musste sich mit zwei wesentlichen Tankerhavarien beschäftigen, aus denen wiederum Lehren gezogen wurden. Schweden informierte über die Reinigung des Meeresbodens von gesunkenem Öl nach der Havarie des schwedischen Tankers „Thuntank“ in schwedischen Schärengewässern im Dezember 1986¹⁰⁷⁶. Aus dem geringen Erfolg des sowjetisch-finnischen Bekämpfungseinsatzes nach der Havarie des Tankers „Antonio Gramsci“ im Finnischen Meerbusen im Februar 1987, der wegen der Eisverhältnisse nur 125t von 580t Öl aufnehmen konnte, zog man die Erkenntnis, dass es noch keine effektive Methode zur Bekämpfung von Ölverschmutzungen unter Eisbedingungen gebe und Ansätze dazu erforscht werden sollten¹⁰⁷⁷. 1987 tagte auch die 1985 gegründete Expertengruppe zu Chemikalien zum dritten Mal. In diesem Rahmen kam auch erstmals das Thema der 1947 in der Ostsee versenkten chemischen Munition zur Sprache, für das zunächst keine Lösung gefunden werden konnte¹⁰⁷⁸, das aber immerhin so auf das Tapet kam. Die

¹⁰⁷² HELCOM: Activities 1984, S. 12.

¹⁰⁷³ HELCOM: Activities 1985, S. 12.

¹⁰⁷⁴ HELCOM: Activities 1986, S. 10.

¹⁰⁷⁵ ebd., S. 11f.

¹⁰⁷⁶ HELCOM: Activities 1987, S. 13.

¹⁰⁷⁷ ebd., S. 12f.

¹⁰⁷⁸ ebd., S. 16.

Bekämpfungsübung vom April 1987 hatte sich als nützlich erwiesen, so dass weitere Übungen folgten. Das CC bekam damit eine praktische Seite, bei der die Umsetzung der erarbeiteten Politikempfehlungen im Vordergrund stand.

1990 wurde durch das CC eine Risikostudie zu Chemietankern fertig gestellt, die eine hohe Frequentierung der Ostsee durch mit Chemikalien beladene Tanker feststellte. Durchschnittlich befanden sich ständig zwölf beladene Chemietanker und vier mit Gas beladene Tanker in der Ostsee, deren Hauptunfallrisiken wegen der teilweise engen und flachen Fahrgewässer Kollisionen und Grundberührungen darstellten¹⁰⁷⁹. Die richtungweisende Erkenntnis der Studie war, dass Doppelhüllentanker achtmal weniger mit Austreten der transportierten Schadstoffe verbundene Unfälle hatten als Einhüllentanker und dass die Menge der ausgeflossenen Schadstoffe bei Doppelhüllentankern stets geringer war¹⁰⁸⁰. Somit konnten die Vorteile der modernen Tanker belegt werden und die Debatte zu Maßnahmen der Notwendigkeit der Förderung von Doppelhüllentankern mit Fakten angereichert und auf die spezifischen Bedingungen des Ostseeraums angewandt werden.

Das CC-Treffen vom 08.-12.10.1990 verabschiedete erstmals provisorische Richtlinien für die Entwicklung der nationalen Bekämpfungskapazitäten und stellte damit wichtige Mindestanforderungen auf¹⁰⁸¹. Zudem wurde eine informelle Arbeitsgruppe zur Vorhersage der Öldrift bei Ölunfällen eingerichtet, um die Bekämpfung zu effektivieren.

1991 wurde in Konsequenz der vermehrt auftretenden starken Algenblüten im Sommer unter anderem ein diesbezügliches Kapitel in das existierende Handbuch zur Verschmutzungsbekämpfung aufgenommen¹⁰⁸². Die Auswertung der nationalen Überwachungsberichte kam zu der ernüchternden Erkenntnis, dass die Zahl und Menge der Ölverschmutzungen trotz entsprechender Bemühungen 1990 nicht geringer war als in den Vorjahren und daher kein positiver Trend zu verzeichnen war¹⁰⁸³. Größere Entscheidungen wurden jedoch aus diesem Fakt nicht abgeleitet, man kam überein, die Überwachung fortzusetzen, das Berichtsformular zu verbessern und Deutschland übernahm die Aufgabe, in Auswertung der Berichte eine Karte der Öleinleitungen anzufertigen¹⁰⁸⁴.

¹⁰⁷⁹ HELCOM: Study of the Risk for Accidents and the related environmental Hazards from the Transportation of Chemicals by Tankers in the Baltic Sea Area. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 34). Helsinki 1990 Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep34.pdf> 3.5.2007, S. 4.

¹⁰⁸⁰ ebd., S. 8f.

¹⁰⁸¹ HELCOM: Activities 1990, S. 6.

¹⁰⁸² HELCOM: Activities 1991, S. 8.

¹⁰⁸³ ebd., S. 9.

¹⁰⁸⁴ ebd., S. 9.

4.4.1.2.4 Die Kommission

Die schon 1974 auf eine Resolution der Gründungskonferenz vom 12.-22.3.1974 hin eingesetzte Interimskommission hatte noch nicht das Mandat, Empfehlungen zu verabschieden, jedoch bereitete sie die Arbeit der späteren HELCOM entscheidend vor. Sie gründete 1974 die STWG und richtete 1975 die MWG ein und schuf so die wichtigsten Arbeitsgruppen, die sich dann nach unten ausdifferenzierten. Weiterhin wurde ein Entwurf eines Abkommens mit Finnland über das Sekretariat sowie Privilegien und Immunitäten der Kommission vorbereitet, die *Rules of Procedure* und Regeln der Finanzen wurden entworfen und der rechtliche Status der Kommissionsempfehlungen vorabdiskutiert¹⁰⁸⁵. Auch inhaltlich bereitete die IC die Arbeit der künftigen Kommission vor. Das Feld der Kriterien und Standards wurde durch die Einrichtung einer entsprechenden ad hoc-Arbeitsgruppe eröffnet, erste Überwachungsanstrengungen wurden mit der Hilfe von ICES und BMB unternommen, im Bereich Wissenschaft und Forschung erarbeitete die IC einen vorläufigen Arbeitsplan¹⁰⁸⁶. Bis 1976 trug Finnland allein die gesamten Kosten, auf dem 2. Treffen der IC 1975 wurde allerdings eine Aufteilung der Ausgaben auf alle Mitglieder beschlossen¹⁰⁸⁷. Weiterhin schlug die IC in ihrem Abschlussbericht der HELCOM zahlreiche Empfehlungen zur Verabschiedung vor, die zum Großteil auch angenommen wurden. Sie betrafen unter anderem die regionale Umsetzung von IMCO-Resolutionen zur Bereitstellung und Nutzung angemessener Auffanganlagen in den Häfen, zu Technologien der Reinigung ölhaltigen Wassers an Bord der Schiffe und internationalen Richtlinien für den Bau von Klärwerken¹⁰⁸⁸. Weiterhin wurden Empfehlungen zu reinen Ostseethemen wie einem Schiffspositionsmeldesystem oder der Entwicklung der nationalen Verschmutzungsbekämpfungskapazitäten, der Vereinfachung des Grenzübertritts von Bekämpfungsgerät im Einsatz und der Minimierung des Chemikalienegebrauchs bei Bekämpfungseinsätzen vorgeschlagen.

Als die Helsinki-Konvention Anfang 1980 in Kraft trat, konnte sie also dank der Arbeit der Interimskommission nicht nur auf ein differenziertes und erprobtes institutionelles Gefüge zurückgreifen, sondern fand auch wesentliche Themengebiete schon erschlossen und bearbeitet, teilweise sogar beschlussreif vor. Das 1. Kommissionstreffen vom 05.-08.05.1980, das auf ministerieller Ebene mit der Tschechoslowakei und den erwähnten internationalen Organisationen als Beobachtern stattfand, bestätigte die Arbeit der Interimskommission und

¹⁰⁸⁵ HELCOM: Report of the Interim Commission (IC) to the Baltic Marine Environment Protection Commission, S. 6.

¹⁰⁸⁶ ebd., S. 11 und 14.

¹⁰⁸⁷ ebd., S. 20.

¹⁰⁸⁸ ebd., S. 32.

nahm die vorgeschlagenen Empfehlungen an und bestätigte damit vollkommen die Arbeit der Interimskommission.

Das zweite Kommissionstreffen fand vom 16.-19.02.1981 in Helsinki statt. Unter anderem wurde durch eine Empfehlung das Datum für die in der Konvention noch unbestimmt gelassene Anerkennung der fakultativen, Chemikalienanker betreffenden Anlage II des MARPOL 73/78-Abkommens¹⁰⁸⁹ für die Ostseestaaten auf den 01.07.1984 festgelegt¹⁰⁹⁰. Auch die weiteren Empfehlungen des Jahres 1981 betrafen die Schifffahrt und auch Bekämpfungseinsätze, indem die Kooperation bei gemeinsamen Bekämpfungseinsätzen hinsichtlich der Kommandostruktur und der Funkkommunikation näher geregelt wurde¹⁰⁹¹. Weiterhin wurden die finanziellen Regelungen der Organisation angepasst und die Berichte der Arbeitsgruppen gehört und diskutiert. In der Folge dieser Kommissionssitzung wurde auch zum 01.07.1981 das Schiffspositionsmeldesystem BAREP für eine zweijährige Probezeit in Betrieb genommen, in der möglichst viele Erfahrungen mit diesem System gesammelt werden sollten¹⁰⁹².

Die Empfehlungen der dritten Kommissionssitzung vom 16.-19.02.1982 betrafen andere Gebiete des Ostseeschutzes, indem zunächst ein Verbot von DDT und eine Reduzierung der PCB und weiterhin ein Verbot der Jagd auf Seehunde und Kegelrobben sowie strenge Auflagen für die Jagd auf Ringelrobben beschlossen wurden¹⁰⁹³. Weiterhin wurden die Staaten mit einer Empfehlung angehalten, ihre Schiffe zu veranlassen, unangemessene Auffanganlagen in Ostseehäfen zu melden. Der Gebrauch eines IMCO-Formulars und eines Formblatts der HELCOM wurde hierbei festgelegt¹⁰⁹⁴. Außerdem beschloss die Kommissionssitzung von 1982 auch die erwähnte Erhebung der STWG und der MWG zu Komitees und die Ausgliederung des Themas der Verschmutzungsbekämpfung aus der MWG zum 01.03.1982.

Das 4. Kommissionstreffen vom 01.-03.02.1983 in Helsinki unter der Leitung der DDR diskutierte die Ergebnisse verschiedener Seminare, unter anderem einem zur Verschmutzung der Ostsee aus der Luft, einen Bericht zum Fortschritt des Wasserschutzes, verschmutzungsbedingte Fischkrankheiten und eine Evaluation der Einleitungen aus der Papierindustrie und kommunalen Abwässern. Weiterhin wurde die Versuchsperiode des BAREP um zwei Jahre bis zum 01.07.1985 verlängert, um mehr Erfahrungen sammeln zu

¹⁰⁸⁹ MARPOL steht für die weltweit geltende „*International Convention for the Prevention of Pollution from Ships*“, die 1973 abgeschlossen und 1978 erweitert wurde und Vorschriften für die Verhütung von Schadstoffeinträgen aus Schiffen formulierte.

¹⁰⁹⁰ HELCOM: *Activities* 1981, S. 27f.

¹⁰⁹¹ ebd., S. 23.

¹⁰⁹² ebd., S. 2.

¹⁰⁹³ ebd., S. 50f.

¹⁰⁹⁴ ebd., S. 53ff.

können, zusätzliche Berichte über die Eis- und Wetterlage innerhalb BAREPs wurden vereinbart¹⁰⁹⁵. Weiterhin wurden die Mitgliedsstaaten aufgerufen, die wirtschaftlichen Strafen gegen Schiffe, die illegal auf See ihre Abfälle entsorgen, zu verschärfen, um sie wirksamer zu machen und es wurde das von der EGC entwickelte Handbuch zur Bekämpfung von Verschmutzungen angenommen¹⁰⁹⁶. Beschlussreif waren jedoch nicht viele Dinge, so dass vier Empfehlungen zu Themen mittlerer Brisanz beschlossen werden konnten. Eine betraf die Aufnahme von PCT in die Anlage I der Helsinki-Konvention, um so ihre Verbreitung zu stoppen¹⁰⁹⁷. Weitere Empfehlungen aus dem Jahr 1983 betrafen den Gebrauch des Handbuchs zur Verschmutzungsbekämpfung, die Entwicklung der nationalen Bekämpfungskapazitäten für Chemikalien und die Anerkennung sowie den Gebrauch zweier IMO-Dokumente: des Öltagebuchs, welches genau Aufnahme und Abgabe von Ölmengen verzeichnete, und eines internationalen Ölverschmutzungs-Präventions-Zertifikats.

Das fünfte Kommissionstreffen vom 13.-16.03.1984 fand zum zehnjährigen Jubiläum der Unterzeichnung der Helsinki-Konvention auf Ministerebene statt. Die Mitgliedsstaaten erstatteten Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen auf nationaler Ebene. Entscheidend war, dass mit der Annahme des *Medium Term Action Plans* erstmalig ein ganzheitliches und dauerhaftes Leitbild der Arbeit der HELCOM anvisiert wurde, an dem die Fortschritte der folgenden Jahre gemessen werden konnten. Die Hauptziele des Plans waren die Schaffung einer Basis für Umweltschutzmaßnahmen in der Ostsee durch Überwachung des Umweltstatus' der Ostsee, des Grads der Verschmutzung und der Verkehrsströme sowie die verbundene Forschung, die Intensivierung praktischer Maßnahmen zur Reduktion der landbasierten Verschmutzung, der Reduzierung und der Prävention der Verschmutzung durch Schiffe und die Stärkung der gemeinsamen und der nationalen Bekämpfungskapazitäten¹⁰⁹⁸. Besonders wichtig war, dass hiermit auch die Verschmutzung vom Lande aus einbezogen wurde, die als größte Verschmutzungsursache der Ostsee durch ihre Komplexität und ihre Bedeutung für die Souveränitätsvorstellungen der Mitgliedsländer bislang nicht in Empfehlungen behandelt worden war.

So betreffen auch zwei Empfehlungen dieses Kommissionstreffens landseitige Verschmutzungsfälle: die Begrenzung des Ölanteils in dem freigesetzten Regenwasser in

¹⁰⁹⁵ HELCOM: Activities 1982, S. 6.

¹⁰⁹⁶ ebd., S. 6.

¹⁰⁹⁷ Polychlorierte Terphenyle haben nahezu dieselben schädlichen Eigenschaften wie PCB, indem sie unter anderem bioakkumulativ sind, durch ihre stabile Verbindung in der Umwelt sehr schwer zerfallen, krebserregend und fruchtschädigend sind und in Proben der marinen Flora und Fauna und auch in Menschen nachgewiesen wurden.

ebd., S. 37f.

¹⁰⁹⁸ HELCOM: Activities 1983, S. 2.

kommunalen Gebieten und Beschränkungen für die Einleitung von Öl durch Ö raffinerien¹⁰⁹⁹. Im Bereich der Bekämpfung erging eine Empfehlung zu Richtlinien der Berechnung der Kosten, die ein Hilfe erhaltender Staat an den Helfenden zahlen musste. Eine weitere Empfehlung verschob die in einer Empfehlung von 1981 auf 1984 festgelegte Inkraftsetzung der Chemikalientanker betreffenden Regelung fünf der Anlage IV der Helsinki-Konvention auf den 01.01.1986. Als Gründe wurden praktische Probleme bei der gemeinsamen Umsetzung der betroffenen Regelung genannt¹¹⁰⁰. Die Kommissionssitzung machte jedoch klar, dass der neue Termin eine endgültige Regelung darstelle und keine weitere Verschiebung möglich sei¹¹⁰¹. Im Zusammenhang hiermit wurden die Mitgliedsstaaten aufgefordert, wenn noch nicht geschehen, die optionalen Anlagen von MARPOL 73/78 zu akzeptieren oder dies zu tun, wenn sie Mitglied von MARPOL 73/78 werden. Die Arbeit der Arbeitsgruppen wurde bestätigt.

Dem nächsten Kommissionstreffen vom 12.-13.03.1985 unter dem bundesdeutschen Vorsitz Peter Ehlers' gelang es, 14 Empfehlungen zu verabschieden, darunter sechs Empfehlungen zur Reduzierung der Verschmutzung vom Lande aus. Eine dieser Empfehlungen betraf erneut die Einleitungsaufgaben von Ö raffinerien, wodurch die Regelung vom Vorjahr ergänzt wurde, indem eine 1984 nur für neue Raffinerien vorgesehene Verpflichtung zur Klärung der Abwässer nunmehr ab 1990 auch für bestehende Raffinerien gelten sollte¹¹⁰². Hier war durch weitere Verhandlungen innerhalb eines Jahres ein entscheidender Durchbruch erreicht worden.

Weiterhin wurden Quecksilbereinleitungen der Chloralkaliindustrie, sowohl aus Batterien als auch von zahnärztlichen Laboren geregelt, eine Begrenzung der Einleitung von Kadmium vom Lande aus wurde beschlossen und hinsichtlich der Nährstoffe in Einleitungen aus der Industrie und kommunalen Abwässern, die das größte Umweltproblem der Ostsee, die Eutrophierung verursachen, wurde erstmalig eine Empfehlung verabschiedet. Eine weitere Empfehlung betraf die Eliminierung von PCB und PCT, sie sah einen Produktionsstopp dieser Stoffe und ein Vertriebsverbot diese Stoffe enthaltender Produkte ab 1987 vor und regelte den Umgang mit diesen Stoffen bis 1987¹¹⁰³. Das Frühwarn- und Kommunikationssystem für Verschmutzungsfälle wurde näher geregelt. Im Bereich der Schifffahrt wurde die Umsetzung der Regel fünf der Anlage IV der Helsinki-Konvention detailliert geregelt, die Anwendung der MARPOL 73/78-Standards für die Umsetzung¹¹⁰⁴ wurde den Mitgliedsstaaten wie auch

¹⁰⁹⁹ ebd., S. 30ff.

¹¹⁰⁰ ebd., S. 35.

¹¹⁰¹ ebd., S. 3.

¹¹⁰² HELCOM: Activities 1984, S. 38.

¹¹⁰³ ebd., S. 35f.

¹¹⁰⁴ ebd., S. 47ff.

die Umsetzung von IMO-Codes zu Chemikalientankern empfohlen¹¹⁰⁵, ein Formular zur Meldung inadäquater Auffanganlagen für Abfälle mit chemischen Schadstoffen wurde zum Gebrauch durch die Schifffahrt entworfen¹¹⁰⁶.

Außerdem nahm das Kommissionstreffen die Ergebnisse der ersten regelmäßigen Überwachung der Ostsee entgegen und beschloss, eine Datenbank zur Sammlung der Überwachungsdaten einzurichten, zudem wurde der STC-Vorschlag der Einrichtung eines gemeinsamen Überwachungsprogramms zur Verschmutzung aus der Luft angenommen.

BAREP dagegen lief wegen mangelnder Beteiligung der Mitgliedsstaaten auf Beschluss der Kommission zum 30.06.1985 aus, im Oktober des Jahres sollte ein Expertentreffen die Ergebnisse des Testlaufs evaluieren und das weitere Vorgehen beraten¹¹⁰⁷.

Auch 1986 war ein ergiebiges Jahr für die HELCOM. Bei der landseitigen Verschmutzung wurden durch das Kommissionstreffen im Februar ergänzend zu den Regelungen des Vorjahrs Maßnahmen zur Reduktion von Einleitungen durch die Landwirtschaft und von Schadstoffen aus kommunalen Abwässern durch die Behandlung von Industrieabwässern und Regenwasser sowie durch Richtlinien für die Entwicklung von Klärwerken beschlossen. Weiterhin wurde die Überwachung der Verschmutzung aus der Luft geregelt und eine weitere Empfehlung galt den Überwachungsflügen über der Ostsee. Der die Schifffahrt betreffende Teil der Regelungen griff wiederum IMO-Regelungen für den Ostseeraum auf, wie überhaupt dieser Arbeitsbereich in den Anfangsjahren der HELCOM der regionalen Umsetzung der weltweit geltenden Regeln gewidmet war, da die IMO dies auf Grund ihrer Struktur, die die Umsetzung der Regeln ganz in nationale Hände legte, nicht unternehmen konnte.

Das achte Kommissionstreffen vom 24.-27.02.1987 legte in einer Empfehlung die Parameter der Überwachung der radioaktiven Substanzen durch MORS dergestalt fest, dass alle Staaten auf See oder an der Küste Messstationen einzurichten hatten, über deren Position sie die Kommission informieren sollten. Weiterhin wurde entschieden, welche Proben obligatorisch und fakultativ aus Wasser, Sediment, mariner Flora und Fauna zu entnehmen waren¹¹⁰⁸. Andere Empfehlungen betrafen die Reduktion der Verschmutzung mit Pestiziden durch die Landwirtschaft und eine Neuauflage der Regelung zur Klärung städtischer Abwässer¹¹⁰⁹. Infolge dessen, dass nunmehr auch alle Mitglieder der HELCOM Mitglieder von MARPOL 73/78 geworden waren, wurde in einer Empfehlung die Anlage IV der Konvention dahingehend verändert, dass man in diesen Bereichen die Gültigkeit der Anlage II von

¹¹⁰⁵ ebd., S. 65ff.

¹¹⁰⁶ ebd., S. 60f.

¹¹⁰⁷ ebd., S. 4.

¹¹⁰⁸ HELCOM: Activities 1986, S. 29ff.

¹¹⁰⁹ ebd., S. 32ff.

MARPOL 73/78 anerkennt, um Dopplungen von Regelungen zu vermeiden¹¹¹⁰. Die Erfahrungen mit den ab 01.01.1986 geltenden Regelungen für Chemikalientanker wurden diskutiert. Da Defizite in den Bereichen der Kontrolle der Regelungen und der Auffanganlagen aufgetaucht waren, wurden die Mitgliedsstaaten gedrängt, hier Abhilfe zu schaffen¹¹¹¹.

Das Kommissionstreffen vom 15.-19.02.1988 in Helsinki fand wieder auf Ministerebene statt, da der inzwischen weit differenzierten Kooperation zum Umweltschutz im Ostseeraum neuer Impetus verliehen werden sollte. In der Erklärung dieses 9. HELCOM-Treffens bestärkten die Minister durch das Bewusstsein der besonderen Verletzlichkeit der Meeresumwelt der Ostsee und ihres besonderen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Werts sowie ihrer Bedeutung für Nahrung und Erholung die Motivation der Umweltschutzkooperation¹¹¹². Die geleistete Arbeit der HELCOM wurde als wertvoll anerkannt, jedoch trotz dieser Arbeit Sorge um den aktuellen Zustand der Meeresumwelt der Ostsee ausgedrückt und damit die Notwendigkeit schnellen und präventiven Handelns anerkannt¹¹¹³. Hinsichtlich der Bemühungen zur Reduktion der Einleitungen aus Punktquellen wie städtische oder industrielle Abwässer, der Intensivierung von Forschung und Entwicklung, der Überwachung der Ostsee, der Anwendung von BAT¹¹¹⁴, der Regelungen für den Tankerbetrieb wurden bisherige Entwicklungen der HELCOM-Arbeit bestätigt und ihre Weiterführung angemahnt. Neue Arbeitsfelder wurden auch definiert. Eine Neuerung, die der Komplexität dieses Bereichs angemessen, allerdings wenig konkret formuliert wurde, war, dass auch Maßnahmen gegen diffuse Einleitungsquellen von Schadstoffen, wie zum Beispiel die Landwirtschaft, nötig werden würden¹¹¹⁵. Außerdem wurde die schnellstmögliche Eliminierung aller radioaktiven Einleitungen gefordert, wie auch die Entwicklung und Einrichtung luftgestützter Überwachung zur Aufdeckung der Übertretung der Einleitungsbestimmungen durch Schiffe postuliert wurde. Hinzu kam die Absichtserklärung, Richtlinien zur Minimierung und zur Bekämpfung von Einleitungen küstenferner Installationen zu entwickeln. Die programmatische Ausrichtung der HELCOM wurde mit der Verabschiedung von Langzeitaktionsplänen für das MC und das CC noch befestigt.

¹¹¹⁰ ebd., S. 41ff.

¹¹¹¹ ebd., S. 24.

¹¹¹² Erklärung des 9. Treffens der Helsinki-Kommission in: HELCOM: Activities 1987, S. 31.

¹¹¹³ ebd., S. 31f.

¹¹¹⁴ Die Anwendung der besten verfügbaren Techniken wurde eine wiederholte Forderung nicht nur im Umweltschutz. Durch den Einsatz modernster Techniken sollten nicht nur beste Resultate bei zum Beispiel der Klärung von Abwässern oder der Behandlung von Schiffsabfällen erzielt werden, sondern auch der Fortschritt der Forschung und Entwicklung vorangetrieben werden.

¹¹¹⁵ ebd., S. 32.

Ein entscheidender Neuansatz war allerdings die Postulierung des Ziels der Reduzierung aller eingeleiteten Schadstoffe bis zum Jahre 1995 um 50%¹¹¹⁶. In der Nordsee war dieser Ansatz auf deutsche Initiative hin schon 1987 auf der 2. Nordseeschutzkonferenz entstanden¹¹¹⁷. Die Motivation hierfür war, jenseits der langwierigen Arbeit der Erstellung von Schadstofflisten und der Diskussion zur Festsetzung von Grenzwerten für einzelne Stoffe, eine grundsätzliche Zielorientierung zu schaffen, die die Arbeit beschleunigt und vorantreibt. Die Wahl der Halbierung der Menge als Ziel der Bemühungen war hierbei ein politisches Motiv, bei dem eine gewisse Wahrscheinlichkeit des Verfehlens dieses Prozentsatzes einkalkuliert und im Dienste der beschleunigenden Wirkung der Programmatik in Kauf genommen wurde¹¹¹⁸. Die verabschiedeten Empfehlungen betrafen unter anderem in Verschärfung der geltenden Regelung ein Verbot der Jagd auf alle Robbenarten in der Ostsee, effektive Klärwerke und Grenzwerte zur Reduzierung von Einleitungen aus urbanen Abwässern sowie Maßnahmen zur Reduktion der Einleitung von Nährstoffen durch die Landwirtschaft¹¹¹⁹ und die Reduktion der Einleitungen von Blei durch den verstärkten Gebrauch unverbleiter Kraftstoffe. Weitere Empfehlungen betrafen Einleitungen der Industrie im Allgemeinen und der Papierindustrie im Besonderen und es wurde die für die folgenden fünf Jahre geltende dritte Stufe des BMP beschlossen.

Das 10. Kommissionstreffen vom 14.-17.2.1989 nahm nationale Berichte zur Arbeit am 50%-Reduktionsziel entgegen, aus denen hervorging, dass alle beteiligten Staaten mit Aktionen begonnen hatten¹¹²⁰. Das Treffen betonte weiterhin die Notwendigkeit einer engeren Kooperation mit den Gremien zum Schutz der Nordsee, um Synergien zu erreichen. Eine Empfehlung dieses Treffens betraf in Reaktion auf starke Algenblüten und Seehundsterben abnormale Ereignisse der Meeresumwelt, in der für solche Fälle der Gebrauch des Verschmutzungsfrühwarnsystems, der Gebrauch angemessener Mittel zur Feststellung und Untersuchung von Algenblüten festgelegt und eine grundsätzliche Verbesserung der Kenntnisse über Algenblüten einschließlich der Risiken für badende Menschen gefordert wurde¹¹²¹. Eine weitere Empfehlung legte neue Richtlinien für Berichte der nationalen Überwachung der Hoheitsgewässer, die die inneren Gewässer einschlossen, fest, die nunmehr alle fünf Jahre in einheitlicher Form erbracht werden sollten. Außerdem wurde das Vorgehen der Überwachung der radioaktiven Substanzen näher geregelt und für 1990 eine weitere Bestandsaufnahme der Einleitung von Schadstoffen angekündigt. Im Bereich der Schifffahrt

¹¹¹⁶ Zeitzeugeninterview mit Prof. Dr. Ehlers vom 18.5.2007, S. 26.

¹¹¹⁷ ebd., S. 26.

¹¹¹⁸ ebd., S. 26.

¹¹¹⁹ HELCOM: Activities 1987, S. 39ff.

¹¹²⁰ HELCOM: Activities 1988, S. 13.

¹¹²¹ ebd., S. 22.

wurden wieder die Auffanganlagen thematisiert, zwei Empfehlungen betrafen erneut die Einrichtung angemessener Auffanganlagen in den Häfen, eine weitere schrieb den Schiffen der Mitgliedsländer den bislang fakultativen Gebrauch eines HELCOM-Formulars zur Meldung inadäquater Abwasserauffanganlagen in den Häfen vor¹¹²², so dass hier ein weiterer Bereich verbindlich geregelt wurde. Außerdem wurden neue Richtlinien zum gemeinsamen Vorgehen bei der Untersuchung von Verschmutzungsfällen verabschiedet¹¹²³. Infolge des Inkrafttretens der Schiffsmüll betreffenden Anlage V von MARPOL 73/78 wurde die Regel acht der Anlage IV der Helsinki-Konvention zum selben Thema in einen Verweis auf die MARPOL-Regelungen geändert.

Für die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Mitglieder der Helsinki-Kommission schon vor 1989/1990 sprach, dass das Ende der Blockkonfrontation für die Kooperation keinen krassen Umbruch brachte. Man setzte zunächst ohne große Veränderungen die Arbeit in dem vertrauten Rahmen fort. So nahm die elfte Kommissionssitzung vom 13.-16.02.1990 wiederum Berichte zu den nationalen Bemühungen zur Umsetzung der HELCOM-Regelungen sowie Berichte zur Umsetzung der Ministererklärung von 1988 entgegen und folgte einer Entscheidung des vorangegangenen Treffens, auf der Basis nationaler Vorschläge verbindlichere und striktere Regelungen für Prävention und Kontrolle zu diskutieren¹¹²⁴. In diesem Zusammenhang wurde eine Arbeitsgruppe zur Revision der Konvention gegründet. Die Empfehlungen betrafen zunächst eine Neuregelung der Überwachung der Verschmutzung der Ostsee aus der Luft, Auflagen für Einleitungen der unterschiedlichsten Industrien, die Behandlung von Regenwasser in Städten, eine Veränderung der die Abwasserbehandlung der Personenschiffahrt betreffenden Regel sieben der Anlage IV der Helsinki-Konvention und nationale Regelungen zur Einleitung von Abwässern in die Territorialgewässer, wonach die Staaten diese Regelung der Anlage IV ohne Rücksicht auf die Flaggenzugehörigkeit auf alle Schiffe in ihren Territorialgewässern anwenden sollten¹¹²⁵. Den technischen Aspekt dieser Frage deckte eine weitere Empfehlung zur Kapazitätsberechnung der Abwassersysteme bei Passagierschiffen ab¹¹²⁶. Weiterhin wurden Maßnahmen zur Reduktion von Luftemissionen durch Schiffe und Richtlinien für die Entwicklung der nationalen Bekämpfungskapazitäten festgelegt. Letztere forderten unter anderem eine Bereitschaft der ersten Bekämpfungseinheit, innerhalb zweier Stunden nach Alarmierung auszulaufen und jeden Ort innerhalb ihres Bekämpfungsgebiets innerhalb sechs Stunden zu erreichen sowie die Bereitschaft, innerhalb

¹¹²² ebd., S. 61.

¹¹²³ ebd., S. 68f.

¹¹²⁴ HELCOM: Activities 1990, S. 14.

¹¹²⁵ ebd., S. 21ff.

¹¹²⁶ ebd., S. 57.

von zwölf Stunden umfassende und angemessene Bekämpfungsaktivitäten organisieren zu können¹¹²⁷.

Trotz des Fehlens einer tiefen Zäsur in der HELCOM-Arbeit bedeutete die Öffnung der Grenzen natürlich auch neue Möglichkeiten der Kooperation zum Meeresumweltschutz in der Ostsee. Dem wurde mit der diplomatischen Konferenz der Regierungschefs vom 02.-03.09.1990 im schwedischen Rønneby Rechnung getragen. Die durch die Konferenz verabschiedete Ostseeerklärung markierte den Eintritt der Umweltkooperation im Ostseeraum in die neue Zeit der Entspannung. Schon in der Präambel wurde ein größeres Engagement deutlich, da die Teilnehmer sich hinsichtlich des Umweltzustands der Ostsee besorgter als noch in der Erklärung von 1988 zeigten und erstmalig von einem drohenden Kippen des ökologischen Gleichgewichts in der Ostsee, das die Entwicklung der Region ernsthaft gefährden würde, die Rede war¹¹²⁸. Das neue Klima der gegenseitigen Verständigung im Ostseeraum wurde begrüßt, unter anderem auch, weil durch geringere Rüstung frei werdende Mittel nunmehr dem Ostseeschutz zur Verfügung stünden¹¹²⁹, ein Schluss, der den Optimismus des Umbruchs zeigt.

Für die Nutzung des Meeres wurde das Prinzip der Nachhaltigkeit als grundlegende Richtlinie postuliert und die Nutzung und der Austausch von BAT propagiert. Die dringende Notwendigkeit schnellen Handelns wurde stärker formuliert als noch 1988¹¹³⁰. Inhaltlich drückte man den festen Willen aus, das ökologische Gleichgewicht der Ostsee wiederherzustellen und verpflichtete sich, zügig ein *Joint Comprehensive Environmental Action Programme* (JCP) zu entwickeln, um die Einleitung von Schadstoffen entscheidend zu senken¹¹³¹. Zur Erstellung dieses Programms wurde eine *High Level Task Force* eingerichtet, zu der neben den HELCOM-Mitgliedern und der Tschechoslowakei, Norwegen und der Kommission der EG auch im Ostseeraum engagierte internationale Finanzinstitutionen wie die EBRD, die EIB, die NIB und die Weltbank eingeladen wurden. Die Absichtserklärungen zu den Reduktionen der Schadstoffe aus verschiedenen Formen der Einleitungen, zu der Weiterentwicklung der Überwachung, zum Austausch und zur Weiterentwicklung von Wissen und Forschung waren in der Substanz nicht neu, sondern waren eine Bestätigung der schon formulierten Ziele auf einer neuen Ebene. Neu dagegen war die Selbstverpflichtung, in allen künftigen wirtschaftlichen oder sozialen Planungen mögliche ökologische

¹¹²⁷ ebd., S. 63f.

¹¹²⁸ Erklärung der HELCOM-Konferenz in Rønneby vom 02.-03.09.1990. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/MinisterialDeclarations/RonnebyDecl1990.pdf>, 19.09.2005, S. 2f.

¹¹²⁹ ebd., S. 2.

¹¹³⁰ ebd., S. 3.

¹¹³¹ ebd., S. 4.

Konsequenzen zu bedenken¹¹³². Auffallend war, dass die überwiegende Masse der Punkte nunmehr dem Hauptproblem der Ostsee, der Verschmutzung vom Lande aus, gewidmet war. Der neue Impetus der Kooperation hatte es möglich gemacht, sich diesem komplexeren und schwieriger zu regelnden Problem zuzuwenden.

An der folgenden Kommissionssitzung vom 19.-22.02.1991 in Helsinki nahm schon das vereinigte Deutschland als ein Mitglied teil, die Sowjetunion bestand allerdings noch, so dass dieses Treffen als einziges nur sechs Mitglieder der HELCOM versammelte. Hier wurden nationale Berichte zur Umsetzung der 50%-Reduzierung für das 13. Treffen gefordert. Um dem allgemeinen Trend der nationalen Regierungen, auf Anfragen der Komitees oder des Sekretariats verspätet zu reagieren, entgegenzuwirken, wurden diese Unterorganisationen aufgefordert, realistische Fristen zu setzen¹¹³³, anstatt die verspäteten Staaten zu ermahnen, was die Problematik der vom Engagement der beteiligten Staaten abhängigen internationalen Organisationen generell aufzeigt.

Die erste Empfehlung dieses Treffens griff mit der Überwachung des Umweltzustands in Territorialgewässern und ausschließlichen Wirtschaftszonen einen elementaren Bereich der Bewertung des Umweltzustands auf, indem die Mitgliedsstaaten gedrängt werden, Forschungsschiffen auf unbürokratische Weise Erlaubnis zu erteilen, in diesen Gewässern Kontrollfahrten im Rahmen des BMP zu unternehmen¹¹³⁴. Dies war bislang nicht möglich gewesen und hatte die Erstellung eines vollständigen Bildes des Zustands der Ostsee verhindert. Das gesteigerte gegenseitige Vertrauen der Mitglieder zeigte sich auch in einer weiteren Empfehlung, die gegenseitige Konsultationen der betroffenen Staaten beim Bau größerer Installationen in der Ostsee vorschrieb. Weiterhin wurden zur Umsetzung der Forderung nach Verbreitung der besten Technologien die Kriterien für BAT definiert¹¹³⁵. Außerdem wurden Einleitungen industrieller Abwässer in urbane Klärwerke geregelt, die Mitgliedsstaaten aufgefordert, durch gezielte Senkung der Gebühren die Nutzung sicherer Tanker zum Öltransport zu unterstützen, die Entwicklung und der Gebrauch eines Vorhersagesystems der Öldrift im Falle eines Ölunfalls geregelt sowie die besondere Zusammenarbeit im Falle eines Chemietankerunfalls und die Richtlinien für Follow-up-Studien nach größeren Ölunfällen festgelegt. Die Annahme einer Empfehlung zur Reduzierung des Schwefelanteils an Schiffstreibstoffen und des Verbots chemischer Zusätze wurde allerdings abgelehnt mit der Begründung, dass solche Dinge nur global über die IMO

¹¹³² ebd., S. 9.

¹¹³³ HELCOM: Activities 1991, S. 15f.

¹¹³⁴ ebd., S. 21f.

¹¹³⁵ ebd., S. 25.

zu regeln seien¹¹³⁶, obwohl im Verbund mit Subventionen sauberer Kraftstoffe gegen Wettbewerbsverzerrungen immerhin entsprechende Vorgaben für Schiffe der eigenen Flagge denkbar gewesen wären.

Auf dem 13. Treffen der HELCOM vom 03.-07.02.1992 war Estland schon Mitglied, Litauen und Lettland noch Beobachter, die jedoch schon voll in die Arbeit einbezogen wurden. Auch hier wurden nationale Berichte gehört, vor allem bezüglich der 1988 vereinbarten 50%-Reduzierung. Die ökologischen Auswirkungen der geplanten Öresundquerung wurden außerdem diskutiert. Die Empfehlungen des Treffens betrafen in der überwiegenden Mehrzahl die Verschmutzung vom Lande aus: die Lagerung von Baggergut, die Neuregelung der Klärung von Industrieabwässern in kommunalen Klärwerken, Prinzipien der Abwasserbehandlung der Chemieindustrie, Auflagen für atmosphärische Verschmutzung durch die Stahlindustrie, Prinzipien der Erlaubnis für Abwassereinleitungen der Industrie, Reduzierung der Ammoniakfreisetzung bei Düngung mit Gülle und Einträge von Nährstoffen aus Gülle durch BEP¹¹³⁷, die Reduzierung der Einträge von Stickstoff und Nitrat aus landwirtschaftlichen Flächen, die Reduktion von Phosphor aus Erosion und die Behandlung von Süßwasserökosystemen zur Zurückhaltung von Schadstoffen und der Genehmigungsprozedur für die Anwendung von Pestiziden im Ostseeraum. Infolge der Akzeptanz der Anlage III von MARPOL 73/78 durch alle Mitgliedsstaaten wurde die Regel sechs der Anlage IV der Helsinki-Konvention in einen Verweis auf die Gültigkeit der MARPOL-Regel geändert¹¹³⁸. Eine Empfehlung betraf auch Maßnahmen im Bereich der Schiffstreibstoffe, es wurde der Ölindustrie die Herstellung und den Schiffseignern der Gebrauch schwefelarmer Treibstoffe nahe gelegt, Schiffe im regelmäßigen Verkehr zwischen zwei Ostseestaaten sollten bis zum 01.01.1995 durch bilaterale Abkommen zum Gebrauch der fortschrittlichen Treibstoffe verpflichtet werden.

4.4.1.2.5 Der ökologische Zustand der Ostsee

Die erste Untersuchung des ökologischen Zustands der Ostsee wurde von der Interimskommission Ende 1978 in Auftrag gegeben, 1980 fertig gestellt und 1981 veröffentlicht. Hierbei wurden sehr unterschiedliche Bedingungen in verschiedenen Gebieten der Ostsee vorgefunden, vor allem im Sundbereich, also an den Ostseeausgängen, nah an der

¹¹³⁶ ebd., S. 18.

¹¹³⁷ *Best Environmental Practice* entwickelte sich in Anlehnung an BAT und war ein Konzept zur Verbreitung effizienter ökologischer Methoden und deren fortdauernder Weiterentwicklung.

¹¹³⁸ ebd., S. 63.

saubereren Nordsee gab es sogar gute Bedingungen. Als größte Umweltschädlinge wurden Chlorkohlenwasserstoffe, PCB, Schwermetalle, Öl und Nährstoffe identifiziert¹¹³⁹. Hinzu kam ein bedrohlich abgenommener Sauerstoffgehalt in den Tiefengewässern. Letzteres stellte einen gefährlichen Kreislauf dar, denn unter sauerstoffarmen Bedingungen wurde schneller Phosphor aus dem Meeresboden gelöst, der dann wiederum zu Eutrophierung und noch größerer Sauerstoffarmut führte¹¹⁴⁰. Das Ausmaß dieses Prozesses wurde in der Zahl deutlich, dass seit den 1950er Jahren die Phosphatkonzentrationen in der Ostsee je nach Region um 100-300% zugenommen hatten¹¹⁴¹. Die eindeutig auf den Menschen zurückzuführende Verschmutzung mit den bioakkumulativen Schadstoffen DDT und PCB war in allen Organismen der Ostsee zu finden. Wenngleich DDT in Folge der Verbote in den Anrainerstaaten im Abnehmen begriffen war, hatte es doch schwere Auswirkungen gehabt, zum Beispiel auf die Fähigkeit der Organismen zur Bildung von Kalkschalen, was bei einigen Muschelarten und bei den ohnehin schon bedrohten Weißschwanzseeadlern problematisch war, deren Eierschalen nicht mehr die zum Bebrüten erforderliche Stärke erreichten und die so starke Populationseinbrüche erlitten¹¹⁴². Problematisch an der Verschmutzung mit PCB war, dass ihre Quellen durch die unterschiedlichsten Einsatzformen der Chemikalien zum Beispiel in der Hydraulik selten eindeutig zu identifizieren waren¹¹⁴³ und somit das Vorgehen gegen sie durchaus erschwert war. Die Anreicherung von PCB in den Organismen war teilweise so weit fortgeschritten, dass dänische und schwedische Behörden zum Beispiel den Verzehr von Dorschleber als für den Menschen ungeeignet einstufen. Diese Stoffe reicherten sich naturgemäß auf allen Stufen der Nahrungskette an, so dass auch die Robben betroffen wurden; ihre Fortpflanzung wurde durch PCB negativ beeinflusst.

Weiterhin wurde, wenn die Datenerfassung hierfür auch nicht die gesamte Ostsee einbeziehen konnte, eine rasante Zunahme der Schwermetalle festgestellt, die Konzentrationen von Zink und Blei hatten sich verdreifacht, die von Kadmium und Quecksilber waren sogar zehnmal höher¹¹⁴⁴. Ein Verbot des Gebrauchs von Quecksilberverbindungen in der Papierindustrie hatte zwar eine gewisse Abnahme dieses Stoffes in Fischen der nördlichen Ostsee erreicht, trotzdem existierten noch viele stark quecksilberverschmutzte Küstengebiete¹¹⁴⁵. Ölverschmutzung wurde nur für den Fall von lokalen Ölhavarien untersucht, die die größten

¹¹³⁹ HELCOM (Hrsg.): Assessment of the Effects of Pollution on the Natural Resources of the Baltic Sea, 1980. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 5). Helsinki 1981, S. 15

Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep5b.pdf>, 20.12.2005.

¹¹⁴⁰ ebd., S. 18.

¹¹⁴¹ ebd., S. 19.

¹¹⁴² ebd., S. 22.

¹¹⁴³ ebd., S. 22.

¹¹⁴⁴ ebd., S. 23.

¹¹⁴⁵ ebd., S. 23.

Auswirkungen an den Küsten auf Vögel und das benthische Ökosystem haben. Die regelmäßige Verschmutzung durch Öl aus betriebsbedingten Einleitungen der Schiffe wurde wohl wegen fehlender Überwachungsergebnisse nicht thematisiert. Eutrophierung in Gebieten mit geringem Wasseraustausch wurde auf Nährstoffe aus Einleitungen städtischer Abwässer zurückgeführt¹¹⁴⁶. Weitere Stoffe, unter anderem PCT wurden als möglicherweise schädlich erkannt, jedoch reichten die Kenntnisse für eine grundsätzliche Beurteilung nicht aus.

In der Bewertung der Veränderungen zeigten sich Kenntnislücken der Forschung. Zum Beispiel war es nicht möglich, den Anteil des Menschen an der wachsenden Sauerstoffarmut der Ostsee auszumachen, da auch weit früher Sauerstoffmangel vorgekommen war¹¹⁴⁷. Außerdem erwiesen sich die Kenntnislücken beim Verständnis des Stickstoffkreislaufs als beträchtlich¹¹⁴⁸. Abgeleitete Forderungen betrafen vor allem die Intensivierung der Probenentnahme und die Untersuchung des Nährstoffeintrags von Land aus und aus der Luft. Die erste Untersuchung des Umweltzustands der Ostsee zeichnete also ein stark negatives Bild der Ostsee. Die Verschmutzung vom Lande aus wurde zwar nicht offen als Hauptverschmutzungsursache benannt, die Ergebnisse der Studie weisen aber deutlich auf diesen Fakt hin. Vor allem wurde auch deutlich, dass die Forschung und die Überwachung der Ostsee weiterentwickelt werden mussten, vor allem auch hinsichtlich der Interpretation der Zunahme der Nährstoffkonzentration.

Dieser Forderung wurde dann mit der Entwicklung des BMP nachgekommen und dieses legte im Juli 1986 die Ergebnisse der ersten regelmäßigen Überwachung des Umweltzustands der Ostsee von 1980-1985 vor¹¹⁴⁹. Hier konnten schon positive Ergebnisse verzeichnet werden, wie die Abnahme der Konzentration von DDT in Fischen und Vögeln und eine generelle Abnahme der Konzentration der PCB, beides Zeichen der Effektivität der geltenden Regelungen¹¹⁵⁰. Der Quecksilberanteil in Fischen der hohen See war auch zurückgegangen, er entsprach jetzt dem von Fischen aus der Nordsee oder dem Nordatlantik¹¹⁵¹. Hinsichtlich Ölverschmutzungen konnten keine Flächen übergreifende Schäden festgestellt werden, allerdings wurde bewusst, dass die chronischen Ölverschmutzungen durch kleinere betriebsbedingte Einleitungen negative Auswirkungen hatte. Stark negative Trends wurden allerdings im Bereich der Nährstoffkonzentration ausgemacht, die überall angestiegen war,

¹¹⁴⁶ ebd., S. 24.

¹¹⁴⁷ ebd., S. 25.

¹¹⁴⁸ ebd., S. 26.

¹¹⁴⁹ HELCOM (Hrsg.): First Periodic Assessment of the State of the Marine Environment of the Baltic Sea Area 1980-1985. General Conclusions. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 17a) Helsinki 1986
Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep17a.pdf>,
20.12.2005.

¹¹⁵⁰ ebd., S. 9 und 16.

¹¹⁵¹ ebd., S. 9.

am meisten im Finnischen und am wenigsten im Bottnischen Meerbusen¹¹⁵². Salzwassereintrüche in den Wintern 1975/76 und 1979/80 hatten zwar in den Tiefenwassern eine Ausdehnung der Meeresfauna in vorher tote Gebiete bewirken können, 1983 war die Situation allerdings wieder wie vor 1975¹¹⁵³. In den Spätsommern 1981 und 1983 gab es sehr starken Sauerstoffmangel im Kattegatt und in der Beltsee, der mit außerordentlich starken Algenblüten und der Produktion giftigen Schwefelwasserstoffs im Tiefenwasser auch der Kieler, Lübecker und Mecklenburger Bucht sowie im Fehmarnbelt verbunden war¹¹⁵⁴. Die Quellen der Nährstoffzunahme konnten noch nicht belegt werden, jedoch wurde die Eutrophierung als ein großes Problem der Zukunft identifiziert¹¹⁵⁵.

Bei den Schwermetallen wurde die Kadmiumkonzentration 2-3mal höher als in Nordsee und Nordatlantik gemessen, bei Nickel war es 5-10mal mehr. Der Quecksilberbestand war nahezu gleich, Blei war nur leicht erhöht¹¹⁵⁶. Diese Messungen galten jedoch nur für die hohe See, auf der allein gemessen werden konnte, so dass man zu dem Schluss kam, hier sei auch angesichts des starken Süßwassereintrags durch Flüsse die Konzentration der Schwermetalle relativ gering und der menschliche Einfluss nicht alarmierend hoch¹¹⁵⁷. Die durch Einleitungen viel stärker betroffenen inneren Gewässer konnten hierbei nicht untersucht werden, was den Nachteil der 1973er Konvention zeigte. Die abgeleiteten Forderungen betrafen neben weiteren Einleitungsbeschränkungen wiederum eine Intensivierung der Forschung und Überwachung der Ostsee, vor allem auch hinsichtlich neu entdeckter Schadstoffe, die bei der Überwachung aufgetretenen Probleme wurden in einer Anlage gesammelt der Kommission zur Bearbeitung übergeben.

Außer im Hinblick auf die Kadmium-, Zink- und Kupferkonzentrationen im nördlichen Bottnischen Meerbusen, die im Zeitraum 1984-1988 aus unbekanntem Gründen anstiegen¹¹⁵⁸, bestätigte die zweite regelmäßige Überwachung des Umweltzustands der Ostsee die durch den Vorgängerbericht geschilderten Trends. Auch dieser Bericht konnte sich nur auf die offene See beziehen, Küstengewässer wurden nicht eingeschlossen. Die Konzentrationen von DDT und PCB waren weiter zurückgegangen, lagen allerdings noch weit höher als die im Skagerrak. Eine erhöhte Konzentration von Quecksilber wurde nur im Öresund und im südlichen Bottnischen Meerbusen gemessen, es zeigte sich eine Tendenz zu abnehmenden

¹¹⁵² ebd., S. 14.

¹¹⁵³ ebd., S. 18.

¹¹⁵⁴ ebd., S. 21.

¹¹⁵⁵ ebd., S. 24.

¹¹⁵⁶ ebd., S. 25.

¹¹⁵⁷ ebd., S. 26.

¹¹⁵⁸ HELCOM (Hrsg.): Second Periodic Assessment of the State of the marine Environment of the Baltic Sea 1984-1988. General Conclusions. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 35a) Helsinki 1990. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep35a.pdf>, 20.12.2005, S. 9.

Bleikonzentrationen in Fisch, möglicherweise durch den verstärkten Gebrauch unverbleiter Kraftstoffe¹¹⁵⁹. Nach dem Verbot des Krebs erregenden Pestizids Lindan wurde eine Abnahme der Konzentration dieses Stoffes festgestellt, allerdings war sie in Fischen aus dem zentralen Becken der Ostsee noch 3-10mal höher als in Fischen bei den Shetland-Inseln¹¹⁶⁰. Hinsichtlich des Sauerstoffproblems der Ostsee wurde ein stetig sinkender Sauerstoffgehalt festgestellt, der zur längsten und ernstesten Stagnation seit Beginn der Beobachtung der Ostsee am Anfang des 20. Jahrhunderts führte. Hinzu kam eine starke Eutrophierung, trotzdem außer im Kattegatt und im Rigaischen Meerbusen der starke Anstieg von Nitraten und Phosphor der 1970er Jahre gestoppt werden konnte¹¹⁶¹. Außergewöhnlich starke Algenblüten vor allem im Kattegatt und der Beltsee häuften sich und der Sauerstoffmangel hatte nachweisbar ernste Auswirkungen auf einige Arten, zum Beispiel wurde der norwegische Hummer aus dem südlichen Kattegatt nach Norden verdrängt¹¹⁶².

Wiederum wurde auf eine Verbesserung und Intensivierung der Forschung und Überwachung gedrängt. Das 50%-Reduktionsziel von 1988 wurde begrüßt, allerdings konnten keine Voraussagen über dessen Auswirkungen gemacht werden.

Parallel zu dieser Untersuchung des Zustands der Meeresumwelt der Ostsee war mit der *First Baltic Sea Pollution Load Compilation* (PLC) ein erster Bericht zu den Schadstoffeinleitungen der Ostseeanrainerstaaten erstellt worden¹¹⁶³. Dieser Ansatz sollte es im Gegensatz zur regulären Überwachung der Ostsee ermöglichen, ausschließlich die Einwirkung des Menschen auf die Ostsee festzustellen und natürliche Prozesse auszuklammern. Seine Daten waren zwar unterschiedlich erhoben und verschiedenen Datums, weshalb eine Standardisierung des Vorgehens für die Nachfolgeberichte angemahnt wurde¹¹⁶⁴, jedoch ließen sich durchaus generelle Trends daraus ableiten. So war festzustellen, dass der größte Teil des Stickstoffs in der Ostsee aus Flüssen, also aus Verschmutzung vom Lande stammte, in Gebieten dichter Besiedelung war der Anteil des städtischen Abwassers am Gesamteintrag sehr hoch, der Anteil der Industrie war hierbei eher gering¹¹⁶⁵. Bei Phosphor zeigte sich mit dem Unterschied des etwas höheren Anteils der Industrie ein ähnliches Bild. Atmosphärischer Eintrag war im zentralen Becken der Ostsee am größten so wie dieser Teil auch vor dem Finnischen Meerbusen und der westlichen Ostsee der am

¹¹⁵⁹ ebd., S. 9.

¹¹⁶⁰ ebd., S. 9.

¹¹⁶¹ ebd., S. 10.

¹¹⁶² ebd., S. 19.

¹¹⁶³ HELCOM (Hrsg.): *First Baltic Sea Pollution Load Compilation* (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 20) Helsinki 1987. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep20.pdf>, 20.12.2005.

¹¹⁶⁴ ebd., S. 5f.

¹¹⁶⁵ ebd., S. 40.

meisten mit Nährstoffen verschmutzte Meeresteil war¹¹⁶⁶. Bei der Verschmutzung mit Kadmium war der Finnische Meerbusen verhältnismäßig am stärksten betroffen, gefolgt vom südlichen zentralen Becken der Ostsee. Auffallend ist hier und auch bei Zink und Kupfer Schwedens schlechte Position. Bei den letzteren Metallen stammten die größten Einträge von dort¹¹⁶⁷. Weiterhin bemerkenswert war, dass der pro-Kopf-Eintrag an Phosphor in der Bundesrepublik und den skandinavischen Staaten deutlich größer war als bei dem Rest der Anrainerstaaten und dass der Stickstoffeintrag im Verhältnis zum Wassereinzugsgebiet in der westlichen Ostsee bei der Bundesrepublik Deutschland, Dänemark und Schweden mit Abstand am größten war¹¹⁶⁸. In diesem Bereich waren die westlichen Staaten mit ihren modernen Technologien also relativ gesehen die größeren Verschmutzer.

Im Rahmen der politischen Entspannung und nach der Erkenntnis der vergangenen Jahre, dass die Konzentration auf die hohe See ein unvollständiges Bild schuf, wurde schließlich auch der Einbezug der Küstengewässer in die Überwachung veranlasst. 1991 erschien hier schon vorab ein Interimsbericht, der auf nationale Berichte unterschiedlichen Datums zurückgreifen musste, was die Interpretation ebenso erschwerte wie die Abwesenheit älterer Daten, die die Feststellung von Trends ermöglicht hätten¹¹⁶⁹. Generell zeigte sich jedoch die Aufteilung, dass die Küsten des Bottnischen Meerbusens sowie die schwedische Küste vor allem an einer Verschmutzung durch Schwermetalle litten, während in der westlichen Ostsee und dem Kattegatt die Belastung durch Nährstoffe den größeren Rang einnahm. Die südöstliche Küste sowie der Finnische Meerbusen war von beiden Problemen gleichermaßen betroffen¹¹⁷⁰. Ein Hinweis auf eine zunehmende Eutrophierung war, dass die Vegetationsbewuchsgrenze durch Sauerstoffmangel in tieferen Gewässern nach oben verschoben worden war. Angaben zur Belastung durch Schwermetalle waren von allen Staaten außer Estland, dessen Einträge durch den Ölschieferabbau gerade von besonderem Interesse gewesen wären, gemacht worden. Die Werte wurden mit Ausnahme der Newabucht, in der einige Werte alarmierend waren, und der Kurischen Nehrung, die besonders hohe Quecksilberwerte aufwies, als moderat bezeichnet. Ausnahmen stellten immer die Mündungen belasteter Flüsse dar¹¹⁷¹.

Die dritte regelmäßige Bewertung des Umweltzustands der Ostsee bezieht zwar noch das Jahr 1993 mit ein, soll aber dennoch hier bearbeitet werden. Insgesamt stellte man eine im Vergleich zu den Jahresdurchschnitten der Jahre 1980-1993 um 1°C höhere Lufttemperatur

¹¹⁶⁶ ebd., S. 41ff.

¹¹⁶⁷ ebd., S. 45ff.

¹¹⁶⁸ ebd., S. 52f.

¹¹⁶⁹ HELCOM (Hrsg.): Interim Report on the State of the Coastal Waters of the Baltic Sea. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 40). Helsinki 1991, S. 5.

¹¹⁷⁰ ebd., S. 5.

¹¹⁷¹ ebd., S. 8.

fest¹¹⁷². Die Stagnation im Gotlandbecken blieb bis zu den Salzwassereinbrüchen des Januars 1993 bestehen. Die Schadstoffeinträge der Flüsse in das zentrale Becken der Ostsee waren geringer geworden, die im Norden und Osten blieben weiterhin hoch. Zu den Bedingungen des Eintrags der Nährstoffe wurde festgestellt, dass 35% der in der Ostsee vorhandenen Nährstoffe von außerhalb stammten, eine enge Kooperation mit Nordsee- und Nordatlantikschutzorganisationen war also geboten¹¹⁷³. Die Größenordnung des Eintrags von Nährstoffen aus der Luft wurde für das zentrale Becken der Ostsee mit 40%, den Bottnischen Meerbusen mit 30% und die restlichen Gebiete mit je 20% eingeschätzt. Der Salzgehalt nahm überall in der Ostsee ab, eine Abnahme des Sauerstoffgehalts war vor allem in der westlichen Ostsee im Verbund mit der Zunahme der Vegetation festzustellen.

Im Bereich der organischen Schadstoffverbindungen wurde eine weitere Abnahme von PCB-Konzentrationen festgestellt, die sich damit zwar in Richtung des 50%-Reduktionsziels bewegten, aber dennoch weiterhin viel zu hoch waren¹¹⁷⁴. DDT wurde auch immer weniger festgestellt und hier war die 50%-Reduzierung erreicht. Lindan nahm auch weiter ab.

Allerdings wurde eine gewachsene Zahl der Ölverschmutzungen festgestellt, die auf die wieder wachsenden östlichen Industrien zurückgeführt wurde. Da diese Staaten nicht über die finanziellen und technischen Mittel zur Einhaltung der IMO- und HELCOM-Regelungen verfügten, sollten die anderen Staaten umso aktiver werden¹¹⁷⁵. Bei den Schwermetallen wurde der Trend zur Abnahme der Bleikonzentrationen weiterverfolgt, eine Zunahme bei Kadmium und ein weiterhin problematischer Zustand bei Quecksilber vor allem im Sundgebiet und im Bottnischen Meerbusen festgestellt. Für Kupfer und Zink wurde die Qualität der abgelieferten Daten bemängelt¹¹⁷⁶.

4.4.1.3. Die Revision der Konvention 1992

Im April 1992 fand in Folge der Rønneby-Konferenz 1990 eine HELCOM-Konferenz statt, auf der die Ostseeanrainer, ihre Nachbarn und die Europäische Kommission versammelt waren und neben einer Ostseemwelterklärung die Revision der Helsinki-Konvention verabschiedeten. Die Erklärung der Konferenz griff die Aussagen der Rønneby-Erklärung

¹¹⁷² HELCOM (Hrsg.): Third Periodic Assessment of the State of the marine Environment of the Baltic Sea 1989-1993. Background document. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 64b). Helsinki 1996, S. 18.

¹¹⁷³ Als Emittenten dieser Gruppe wurden Großbritannien, Frankreich und die Niederlande angeführt, aber auch die Tschechoslowakei.

ebd., S. 26.

¹¹⁷⁴ ebd., S. 138.

¹¹⁷⁵ ebd., S. 143.

¹¹⁷⁶ ebd., S. 153.

wieder auf und bestätigte das inzwischen fertig gestellte JCP in seiner vorläufigen Form. Die Staaten verpflichteten sich, die Umsetzung des Programms durch die Schaffung des rechtlichen und administrativen Rahmens zu unterstützen, diesbezüglich bi- und multilateral in allen relevanten Foren zu kooperieren und begrüßten die Bereitschaft Internationaler Finanzinstitutionen (IFIs), an seiner Umsetzung mitzuwirken¹¹⁷⁷.

Die entscheidende Neuerung im April 1992 war jedoch die Unterzeichnung der Revision der Helsinki-Konvention von 1974, die einerseits durch die veränderte politische Lage im Ostseeraum möglich und nötig geworden war, andererseits auch die Nachteile der alten Konvention ausbessern sollte. Ihre Präambel wiederholte mit dem Betonen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Werts der durch ihre Situation besonders anfälligen Ostsee, der Besorgnis über die weiter stattfindende Verschmutzung, die Erklärung des Willens, durch rasches gemeinsames Handeln das ökologische Gleichgewicht wiederherzustellen und die regionale Kooperation zu diesem Ziel zu verstärken, die etablierten Werte der Kooperation zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee¹¹⁷⁸. Hinzu kamen eine Bezugnahme auf die Ostseeerklärung der Staatschefs von 1990 und auf das JCP sowie eine Verpflichtung zu Transparenz der Arbeit verbunden mit einer Anerkennung der Rolle der öffentlichen Aufmerksamkeit und der NGOs als wichtige Partner.

Eine entscheidende Veränderung war, dass mit der Revision die inneren Gewässer in die Konvention einbezogen wurden¹¹⁷⁹. Die Definition der inneren Gewässer allerdings oblag den nationalen Regierungen, wobei die Bestimmungen letztlich auf das gesamte Wassereinzugsgebiet der Ostsee angewendet werden sollten¹¹⁸⁰. Diese letztere Regelung entsprang der Erkenntnis der Arbeit der letzten Jahre, dass nämlich der größte Teil der Verschmutzung vom Lande aus geschah und Einleitungsbeschränkungen hier nutzlos waren, wenn nicht auch die Einträge in die Flüsse gestoppt werden könnten. Es wurde auch die Definition der landbasierten Verschmutzung ausgedehnt, indem neben Punkt- auch diffuse Quellen erwähnt und Einleitungen in den Meeresgrund einbezogen werden¹¹⁸¹.

Als fundamentale Prinzipien wurden präventives Vorgehen, der Gebrauch und die Verbreitung von BEP und BAT, die Anwendung des Verursacherprinzips und umfangreiche Datenerhebungen festgeschrieben. Ein gewandelter Ansatz bezüglich der Verschmutzung

¹¹⁷⁷ Ostseeumwelterklärung der Diplomatischen Konferenz zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets vom 09.04.1992. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.helcom.fi/stc/files/MinisterialDeclarations/BSEnvtaDecl1992.pdf>, 19.09.2005, S. 1f.

¹¹⁷⁸ Convention on the Protection of the marine Environment of the Baltic Sea Area, 1992 (Helsinki Convention) Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Convention/Conv0704.pdf>, 10.6.2007, S. 1.

¹¹⁷⁹ ebd., S. 2.

¹¹⁸⁰ Ehlers: Das revidierte Helsinki-Übereinkommen, S. 106.

¹¹⁸¹ Convention on the Protection of the marine Environment of the Baltic Sea Area, 1992 (Helsinki Convention), S. 2.

vom Lande aus wird deutlich im Artikel sechs der Revision, wo von der Verbeugung und Eliminierung der Verschmutzung vom Lande aus die Rede ist, im Gegensatz zur „Minimierung und Kontrolle“¹¹⁸² der 1974er Konvention. Gegen Verbrennung von Schiffsmüll wurde ein Artikel eingefügt, der die Staaten verpflichtet, den Schiffen ihrer Flagge Verbrennungen generell zu untersagen¹¹⁸³. Schiffe anderer Flagge wurden davon auch betroffen, wenn sie Dinge zum Verbrennen laden oder verdächtig sind, eine Verbrennung vorgenommen zu haben.

Zur größeren Transparenz wurden hinsichtlich der Maßnahmen zur Umsetzung der HELCOM-Regelungen, ihrer Effektivität und Umsetzungsproblemen die Berichtspflichten festgeschrieben¹¹⁸⁴, außerdem verpflichteten sich die Staaten, Informationen zur Wasserqualität, zu Einleitungserlaubnissen und deren Kriterien sowie die Ergebnisse der Probenentnahme unter Wahrung des Datenschutzes zu jeder Zeit für die Öffentlichkeit zugänglich zu halten¹¹⁸⁵.

Die Anlage I der Revision befasste sich wiederum mit Schadstoffen, deren Einleitung unerwünscht war und umfasste deutlich mehr Stoffe als die alte Anlage I und dazu auch die Prinzipien, nach denen Stoffe hinsichtlich ihrer Gefährlichkeit beurteilt werden sollten, so dass eine Zuweisung weiterer Stoffe einfacher möglich wurde¹¹⁸⁶. Die Anlage II regelte umfassend die Kriterien und den Gebrauch von BEP und BAT, die Anlage III beschäftigte sich mit der Vorbeugung der Verschmutzung vom Lande aus, wobei ein Unterkapitel allein die Verschmutzung durch die Landwirtschaft betraf, was die gewachsene Aufmerksamkeit diesem Gebiet gegenüber zeigte. Die Anlage IV regelte umfassend die Vorbeugung von Verschmutzung durch die Schifffahrt, wobei hier wegen der Problematik regionaler Regelungen vor allem auf IMO- und MARPOL-Regelungen verwiesen wurde und die Mitglieder verpflichtet wurden, in der IMO zusammenzuarbeiten, um die Einhaltung ihrer Regeln durchzusetzen. Eigene Regeln der HELCOM ergingen zum Umgang mit Schiffsabwässern, deren Einleitung nur seewärts gewisser Mindestabstände von der Küste und wenn keine zugelassenen Abwasseraufbereitungsanlagen vorhanden waren sogar gar nicht erfolgen durfte. Im letzteren Fall sollten die Abwässer in geeigneten Behältern gesammelt werden¹¹⁸⁷. Die folgenden Anlagen behandelten die Ausnahmen vom Verklappungsverbot

¹¹⁸² Helsinki-Konvention 1974, S. 4.

¹¹⁸³ Convention on the Protection of the marine Environment of the Baltic Sea Area, 1992 (Helsinki Convention), S. 6.

¹¹⁸⁴ ebd., S. 7.

¹¹⁸⁵ ebd., S. 8.

¹¹⁸⁶ ebd., S. 17ff.

¹¹⁸⁷ ebd., S. 30.

und die Vorbeugung von Verschmutzung durch offshore-Aktivitäten, während die Anlage VII die Kooperation bei der Bekämpfung von Verschmutzungen betraf.

Die deutlichen Verbesserungen der Revision waren also einmal der Geltungsbereich, der die inneren Gewässer direkt betraf und das gesamte Wassereinzugsgebiet der Ostsee mit berücksichtigte. In der Ostsee war neben der Wassersäule auch der Meeresgrund und, wo nötig, auch der Meeresuntergrund und alles marine Leben betroffen. Ein weiterer Vorzug bestand auch in der Änderung des Verschmutzungsbegriffs, für den nun nicht mehr die tatsächliche Schädlichkeit eines eingeleiteten Stoffes nachgewiesen werden musste, sondern sein Gefährdungspotential für eine Definition als Schadstoff schon ausreichte¹¹⁸⁸. Andere Weiterentwicklungen stellten die Festschreibung des Vorsorgeprinzips, des Gebrauchs von BEP und BAT sowie die Anwendung des Verursacherprinzips dar, auch wenn letztere nicht näher konkretisiert wurde. Auch die detaillierte Behandlung der Verschmutzung vom Lande aus stellte eine Neuheit dar, die Mindeststandards für die relevanten Verschmutzungsformen einführte. Positiv war weiterhin der Einbezug des Natur- und Artenschutzes, der einen ganzheitlicheren Ansatz der Arbeit ermöglichte. Einen wesentlichen Fortschritt stellte die Festlegung der Berichtspflichten der Mitgliedsländer dar, die erstmals einen klaren Nachvollzug der Umsetzung ermöglichen sollte. Allerdings kam es darauf an, dass die Kommission von diesem Recht auf Information und deren Dokumentation auch ausreichend Gebrauch machte. Weiterhin war wichtig, dass im Gegensatz zur alten Konvention auch Norwegen und die Tschechoslowakei die Revision unterzeichneten und somit auch an die Regeln gebunden waren.

Die Revision griff also Erkenntnisse der bisherigen Arbeit auf und setzte sie in neue Bestimmungen um. Viele Regelungen wurden ausdifferenziert und inhaltlich gefüllt. Dennoch wurde mit der landseitigen Verschmutzung gerade die größte Verschmutzungsursache der Ostsee wiederum nicht sehr konkret geregelt, deutlichere Einleitungsverbote und -beschränkungen wären durchaus denkbar gewesen. Auffallend war außerdem, dass die Fischerei, eine wesentliche Form des menschlichen Eingriffs in die Meeresumwelt, nicht in die Konvention aufgenommen wurde.

¹¹⁸⁸ Ehlers: Das revidierte Helsinki-Übereinkommen, S. 107.

4.4.1.4 Die Entwicklung ab 1992

4.4.1.4.1 Das JCP und seine Umsetzung

Wie von der Rønneby-Erklärung 1990 verlangt, wurde der HELCOM-Konferenz von 1992 ein Entwurf des *Joint Comprehensive Environmental Action Programmes* (JCP) vorgelegt, welche dieses hinsichtlich der Ziele und Grundprinzipien annahm. Gleichzeitig wurde eine *Programme Implementation Task Force* (PITF) gegründet, die das Programm zunächst fertig stellen und dann seine Umsetzung überwachen sollte. Das JCP war ein Langzeitprogramm, das mit dem Ziel von Rønneby, der Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts der Ostsee, einerseits präventive, andererseits kurative Maßnahmen beinhaltete und das sich sowohl an Punkt- als auch an diffuse Verschmutzungsquellen richtete. Diese Maßnahmen sollten sowohl die Vermittlung von Investitionen zur Modernisierung von Anlagen als auch die Entwicklung angemessener politischer und rechtlicher Schritte und die Einrichtung wirtschaftlicher Anreize für umweltfreundliches Verhalten beinhalten¹¹⁸⁹.

Die inhaltliche Ausrichtung konzentrierte sich auf unterschiedliche Bereiche. Zunächst politische und rechtliche Reformen sowie institutionelle Stärkung und Entwicklung. Ersteres zum Beispiel zur Einrichtung ökologischer Managementsysteme, der Verbesserung von Investitionsmöglichkeiten, Kontrollen, Standards und Gesetze, letzteres sollte die Planung und das Design sowie den Aufbau von Umweltmanagementinfrastrukturen betreffen. Weitere Bereiche waren die Behandlung von Küstengewässern und Feuchtlanden, angewandte Forschung und die öffentliche Aufmerksamkeit und Umweltbildung¹¹⁹⁰. 132 so genannte Hot Spots wurden definiert, jeder davon ein Verschmutzungsherd, 98 dieser Herde lagen in Ländern des ehemaligen Ostblocks und 47 dieser Hot Spots hatten besondere Priorität¹¹⁹¹. Die Investitionskosten wurden bei den östlichen Hot Spots auf 8,5 Milliarden ECU geschätzt, die für die 34 westlichen Hot Spots auf 1,5 Milliarden ECU¹¹⁹². Andere Schätzungen sagten allerdings deutlich mehr Kosten voraus. Das Verfahren war, dass in der HELCOM-PITF die Staaten die Rahmenbedingungen für Investitionen entwickelten und die Betreiber der defizitären Einrichtungen unter Vermittlung der Staaten und NGOs mit den IFIs um Kredite verhandelten¹¹⁹³, was für die östlichen Staaten des Ostseeraums schwieriger war. Hier sollten

¹¹⁸⁹ The Baltic Sea Joint Comprehensive Environmental Action Programme. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 48) Helsinki 1993. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep48.pdf>, 20.12.2005, S. III.

¹¹⁹⁰ ebd., S. V.

¹¹⁹¹ ebd., S. VII.

¹¹⁹² ebd., S. VII.

¹¹⁹³ Zeitzeugeninterview Dr. Ulrich Kremser, 05.07.2007, S. 12.

staatliche Garantien für Kredite, Privatisierung der Industrie und damit Verlagerung der Investitionslast auf private Schultern, der Beschleunigung des Wachstums helfen.

Die erste Phase des Langzeitprogramms von 1993 bis 1997 sollte sich mit einem geschätzten Investitionsvolumen von 5 Milliarden Euro um den Aufbau von Notfallunterstützung und Frühwarnsystemen kümmern, die städtische sowie die industrielle Abwasserbehandlung verbessern, industrielle Verschmutzungsprobleme angehen, den Gebrauch von Schadstoffen in der Landwirtschaft kontrollieren, Politikreformen in Richtung einer Harmonisierung der Standards und der Einführung des Verursacherprinzips sowie den Aufbau allgemeiner Kapazitäten für den Meeresschutz, zum Beispiel über Institutionenaufbau, unternehmen¹¹⁹⁴. In der Erkenntnis, dass die große Investitionslast und die Verantwortung der Industrie bei der Einleitungsreduktion unbedingt den Einbezug des privaten Sektors erforderte, versuchte dieses Programm mit der Harmonisierung wirtschaftlicher und ökologischer Ziele, sowie der Harmonisierung nationaler Entwicklung und ökologischer Ziele das Prinzip der Nachhaltigkeit im Ostseeraum durchzusetzen¹¹⁹⁵. Somit wurde mit dem JCP erstmals ein ganzheitlicher Aktionsplan für das gesamte Wassereinzugsgebiet der Ostsee geschaffen, der Richtlinien und Ziele identifizierte, konkret die Verschmutzungsherde benannte und durch den Einbezug der IFIs Wege der Finanzierung zu vermitteln suchte. Institutionell war durch die Beteiligung aller Parteien eine ideale Form geschaffen worden. Außerdem wurde so auch der Kontakt zu anderen Ostseeorganisationen geschlossen, indem nun auch für HELCOM die Schaffung makroökonomischer Stabilität und berechenbarer Investitionsbedingungen von großem Interesse wurde.

Das erste Treffen der HELCOM-PITF fand vom 10.-13.11.1992 in Helsinki statt. Hier wurden zunächst Machbarkeitsstudien zu ökologischen Problemen vor allem der Transformationsländer diskutiert, die von westlichen Ostseestaaten und IFIs finanziert worden waren. Schon hier zeigte sich deutlich die Unterstützung des Westens für den Osten, die mit diesem Programm institutionalisiert werden sollte. Der Beitrag zur mecklenburg-vorpommerschen Ostseeküste verspätete sich allerdings und konnte bei dem Treffen nicht berücksichtigt werden¹¹⁹⁶. Die Gruppe gab sich Arbeitsregeln und die Vorbereitung der Konferenz zur Ressourcenmobilisierung vom 24.-25.03.1993 stand auf dem Arbeitsplan.

¹¹⁹⁴ The Baltic Sea Joint Comprehensive Environmental Action Programme, S. VIII f.

¹¹⁹⁵ Das vom forstwirtschaftlichen Begriff der Nachhaltigkeit abgeleitete Prinzip der nachhaltigen Entwicklung bezeichnet einen Prozess der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung, der die Situation der bestehenden Generationen verbessert, ohne die Lebenschancen kommender Generationen negativ zu beeinflussen. Der Grundgedanke geht zurück auf den Bericht „Our common future“ der World Commission on Development and Environment - die nach ihrer Vorsitzenden Gro Harlem Brundtland „Brundtland-Kommission“ genannt wurde - von 1987.

¹¹⁹⁶ HELCOM: Activities 1992, S. 11.

Diese Konferenz zur Unterstützung des Starts des Programms wurde wie vereinbart durchgeführt. Die Teilnehmer waren die HELCOM-Mitglieder, Weißrussland, die Tschechische und die Slowakische Republik, Norwegen, die Ukraine und die Europäische Kommission¹¹⁹⁷. Die Staaten verpflichteten sich hierbei zur Nutzung aller lokalen, nationalen, binationalen, multinationalen Finanzquellen oder anderer Mittel zur Umsetzung des Programms. In Hinblick auf die Knappheit der Mittel wurde ein phasenweises Vorgehen vereinbart und die Anfertigung von Machbarkeitsstudien auf Projekte mit einem klaren Mehrwert haben, begrenzt¹¹⁹⁸. Der Gebrauch wirtschaftlicher Anreize zur Verringerung von Einleitungen wurde ebenso empfohlen wie die Schaffung marktorientierter, effizienter Verbraucherpreise für Wasser und Energie. IFIs wurden zu Engagement aufgerufen und die Kompatibilität lokaler, nationaler und internationaler Fördertöpfe sollte verbessert werden. Der private Sektor wurde erneut aufgerufen, sich an den Bemühungen zu beteiligen und die Regierungen versprachen, staatliche Garantien zur Erleichterung von Investitionen zu erwägen¹¹⁹⁹.

1993 fanden zwei Treffen der HELCOM-PITF statt, bei denen zur wirksameren Koordinierung der Arbeit *lead country roles* vergeben wurden, die einzelnen Staaten die Hauptverantwortung für die Umsetzung eines Themengebiets übertrugen¹²⁰⁰. Wichtig war hierbei auch, dass NGOs als unabhängigen Vertretern der Zivilgesellschaft auch diese Verantwortung übertragen wurde.

Auch 1994 gab es im Mai und im November zwei Treffen der HELCOM-PITF, zum Informationsaustausch und der Vermittlung von Erfahrungen wurde über die Arbeit an unterschiedlichen Hot Spots berichtet, auf dem vierten Treffen der PITF über private Abwasserbehandlung in Rostock und den Fall des Abwassermanagements in St.Petersburg. Auf dem fünften Treffen einigte man sich auf die Ausarbeitung von Berichtsvorlagen für die Umsetzung der Maßnahmen an den Hot Spots. Hier konnten auch als erste Hot Spots überhaupt je vier Papierindustrieanlagen in Finnland und Schweden von der Liste gelöscht

¹¹⁹⁷ Declaration on Resource Mobilisation for the Baltic Sea Joint Comprehensive Environmental Action Programme (Gdansk Declaration)
Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/MinisterialDeclarations/GdanskDecl1993.pdf>, 12.06.2007.

¹¹⁹⁸ ebd., S. 2.

¹¹⁹⁹ ebd., S. 3.

¹²⁰⁰ Im Bereich Politik und Recht übernahmen Deutschland und der weltweite *Städtebund International Council for Local Environmental Initiatives* (ICLEI) zusammen die Führungsrolle, beide wurden zusätzlich zusammen mit der UBC *lead party* im Bereich des Institutionenaufbaus und der Entwicklung der Humanressourcen. Im Bereich der Investitionen führte Schweden den Bereich der Punktquellen kommunaler und industrieller Abwasserbehandlung und Finnland den der industriellen Verschmutzung während diffuse Verschmutzungsquellen von Deutschland und Polen übernommen wurden. Die Entwicklung von Küstenzonenmanagement leitete der WWF, angewandte Forschung dagegen die HELCOM-Gruppen EC und TC. Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung wurden von der CCB übernommen.
HELCOM: Activities 1993, S. 14ff.

werden. Es wurde eine von Dänemark durchgeführte Studie zu den 47 Prioritäts- Hot Spots diskutiert, die eine signifikante Reduzierung des Sauerstoffverbrauchs in den betroffenen Gewässern feststellen konnte, dieses aber mehr als Ausdruck gesunkener Produktivität in Folge der wirtschaftlichen Umstrukturierungen denn als Erfolg von Gegenmaßnahmen interpretierte¹²⁰¹. Hinsichtlich der Aktionen in Konsequenz der Beschlüsse der HELCOM-Ministerrunde von 1994 wurden die Fortschritte im Bereich der Umweltgesetzgebung anerkannt, jedoch ihr geringes Tempo bemerkt, der Bereich des Institutionenaufbaus ginge zwar voran, brauche aber weiterhin viel Unterstützung der westlichen Mitgliedsstaaten¹²⁰².

Auf dem ersten PITF-Treffen des Jahres 1995 wurden die neuen Berichtsformulare angenommen und drei Workshops zu unterschiedlichen Themen vereinbart¹²⁰³. Das zweite Treffen im November 1995 entschied unter anderem die Löschung der Klärwerke Greifswald und Stralsund von der Hot Spot-Liste. Die NIB teilte mit, dass sie führend an einer Investitionsstudie zur Modernisierung der mit Ölschiefer betriebenen estnischen Kraftwerke sowie des Ölschieferabbaus in Estland beteiligt war. Das *Baltic Investment Programme* vom Nordischen Ministerrat, der EBRD und der NIB, das die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen und der Staatsbanken der baltischen Staaten zum Ziel hatte, wurde vom Nordischen Ministerrat von 30 Millionen ECU auf 60 Millionen aufgestockt und bis 1999 verlängert¹²⁰⁴. Die Weltbank stellte Ideen für drei umweltbezogene Projekte¹²⁰⁵ vor, zu denen sie vom PITF-Treffen aufgefordert wurde, fertige Konzepte vorzulegen. Die Angaben über Aktivitäten zu den Beschlüssen der HELCOM-Ministerrunde von 1994 waren wörtlich identisch mit dem des Vorjahres, was nicht nur die im Vorjahr festgestellten Probleme bestätigt, sondern auch beweist, dass inzwischen nichts Entscheidendes zur Verbesserung der Situation geschehen war¹²⁰⁶.

Infolge der Aufforderung durch den 1. Ostseestaatsgipfel im schwedischen Visby vom 03.-04.05.1996, das JCP zu effektivieren und zu stärken wurde im Oktober 1996 unter polnischer Leitung ein entsprechendes Projekt ins Leben gerufen, das die aktuelle ökologische Situation

¹²⁰¹ HELCOM: Activities 1994, S. 14.

¹²⁰² ebd., S. 14.

¹²⁰³ HELCOM: Activities 1995, S. 17.

¹²⁰⁴ ebd., S. 19.

¹²⁰⁵ Die Bereiche waren das Management von Küstenlagunen und Feuchtgebieten, die Entwicklung von Ölauffanganlagen in Polen und anderen Staaten und ein Vorschlag „Große Meeresumwelt“, der von Wissenschaftlern der Ostseeregion entwickelt worden war.

ebd., S. 19.

¹²⁰⁶ ebd., S. 19 und HELCOM: Activities 1994, S. 14.

der Ostsee und die Arbeitsweise und Erfolge des JCP bewerten und daraus Orientierungen für die Zukunft schaffen sollte¹²⁰⁷.

Im März 1997 entschied das 18. Kommissionstreffen der HELCOM, eng mit der inzwischen entstandenen Baltic 21 zusammenzuarbeiten. Die größten Berührungspunkte und damit auch Themenfelder, in denen beide konkurrierten, waren die Landwirtschaft, Verkehr und Öffentlichkeitsarbeit¹²⁰⁸. Es wurde vereinbart, die Baltic 21 und das JCP als komplementäre Programme zu sehen, die mit enger Kooperation umgesetzt werden sollten. Besonders im Bereich der Landwirtschaft sollte enge Kooperation herrschen, HELCOM wurde innerhalb der Baltic 21 dann auch *lead party* auf diesem Gebiet¹²⁰⁹. Die aus dieser Parallelität der Organisationen entstandenen Probleme werden in den die Baltic 21 betreffenden Kapiteln dargelegt.

Die Treffen des Jahres 1999 brachten im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der HELCOM auch eine Neuorientierung der PITF mit sich. Diese behielt ihre Eigenständigkeit im Rahmen der HELCOM, wurde jedoch thematisch eingeschränkt auf den Bereich der Investitionen, während die restliche Arbeit durch andere HELCOM-Untergruppen wahrgenommen werden sollte¹²¹⁰. 1999 konnte kein Hot Spot gelöscht werden, allerdings gingen bei 47% der verbliebenen Spots die Investitionen und bei 61% die technische Hilfe weiter¹²¹¹. Dies bedeutete jedoch auch, dass nach sechs Jahren der Programmausführung bei einem beträchtlichen Teil der Hot Spots immer noch keine Aktivitäten zu verzeichnen waren.

4.4.1.4.2 Das wissenschaftliche Arbeitsfeld

Das erste Treffen des EC nach der Unterzeichnung der Revision der Konvention fand vom 12.-16.10.1992 in Helsinki statt, alle Mitglieder, Lettland als Beobachter sowie die NGOs CCB, *Greenpeace international* und WWF nahmen an dem Treffen teil¹²¹². Bezüglich der Verschmutzung aus der Luft wurde ein Bericht der damit beschäftigten Expertengruppe gehört, der Plan der Gruppe zur Überwachung radioaktiven Materials in der Ostsee zur Erarbeitung eines generellen Berichts zu den Verhältnissen der Jahre 1984-1991 wurde

¹²⁰⁷ HELCOM (Hrsg.): The Baltic Sea Joint Comprehensive Environmental Action Programme (JCP) - Ten Years of Implementation. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 88) Helsinki 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep88.pdf>, 20.12.2005, S. 24.

¹²⁰⁸ ebd., S. 24.

¹²⁰⁹ Auf die daraus resultierenden Probleme zwischen der HELCOM und der Baltic 21 wird im Kapitel der Baltic 21 näher eingegangen..

¹²¹⁰ HELCOM: Report on the Activities of the Helsinki-Commission during 1999, S. 16.

¹²¹¹ ebd., S. 17.

¹²¹² HELCOM: Activities 1992, S. 2.

begrüßt. Die Qualitätssicherung des Überwachungsprogramms BMP wurde diskutiert und festgestellt, dass innerhalb des vergangenen Jahres keine Fortschritte bei der Revision des Programms gemacht wurden¹²¹³. Als Konsequenz daraus wurde ein neuer Koordinator der Revision berufen und die Staaten aufgefordert, ihre Positionen darzulegen. Es gelang dem Treffen aber, Leitziele des neuen BMP und eines Überwachungsprogramms für Küstengewässer zu verabschieden, unter anderem sollten alle Überwachungsmaßnahmen nunmehr unter einem organisatorischen Dach versammelt werden¹²¹⁴. Hinsichtlich der Küstenüberwachung hatte das Treffen eine Verspätung hinzunehmen, ein überarbeiteter Zeitplan wurde angenommen. Das vierte Treffen des EC vom 11.-15.10.1993 diskutierte Ergebnisse von Workshops zu analytischen Themen aus dem Bereich des BMP und beraumte für das Frühjahr 1994 einen von Schweden, Dänemark und dem ICES veranstalteten Workshop zur neuen prozeduralen Ausrichtung des gesamten BMP an¹²¹⁵. Außerdem konnte das Komitee den nunmehr vorliegenden Bericht zur Bewertung der Küstengewässer annehmen. Infolge dessen wurden zwei Empfehlungsentwürfe zu den Küstengewässern und zu einem System aus Ostseeschutzgebieten mit besonderen Regelungen ausgearbeitet, Polen meldete in beiden Fällen Vorbehalte an¹²¹⁶. Das fünfte Treffen des EC fand vom 10.-14.10.1994 in Nyköping statt¹²¹⁷. Neben anderem wurde hier beschlossen, dass in Folge des Workshops zur Revision des BMP nunmehr nationale Stellen Vorschläge zur Überwachung der Eutrophierung der EC zukommen lassen sollten und eine kleine Arbeitsgruppe später daraus Programmvorschläge machen sollte. Bei der Ablieferung von Daten aus verpflichtenden Überwachungsmaßnahmen säumige Staaten wurden aufgerufen, so schnell wie möglich ihren Pflichten nachzukommen, denn diese Probleme hatten schon eine Verspätung der Fertigstellung der dritten regelmäßigen Bewertung des Umweltzustands der Ostsee verursacht¹²¹⁸. Zu einem Entwurf der Richtlinien für den Schutz von Küstengewässern meldete Polen erneut seinen Vorbehalt an.

Weiterhin drückte das EC seine Besorgnis über die Lachsbestände der Ostsee aus und rief HELCOM auf, diesbezüglich mit der IBSFC in Kontakt zu treten, was letztlich in einem Aktionsplan der IBSFC zum Schutz des Wildlachs für die Jahre 1997-2010 resultierte. Das geringe Engagement bei der Versorgung der HELCOM mit nationalen Daten wurde erneut gerügt und die Bedeutung der Erklärung von 1988, im Jahr 1995 den Schadstoffeintrag um 50% reduziert zu haben, wofür intensive Berichterstattung erforderlich war, hervorgehoben.

¹²¹³ ebd., S. 3.

¹²¹⁴ ebd., S. 3.

¹²¹⁵ HELCOM: Activities 1993, S. 4.

¹²¹⁶ ebd., S. 5.

¹²¹⁷ HELCOM: Activities 1994, S. 2.

¹²¹⁸ ebd., S. 4f.

Stattdessen erlaube die Datenmenge bislang lediglich bei den Nährstoffen eine Einschätzung der Lage und der Maßnahmen zur Erreichung des 50%-Ziels, hinsichtlich der Datenversorgung zu Schwermetallen und organischen Schadstoffen drückte man tiefe Sorge aus, die Datenlage sei schlechter, als erwartet werden konnte¹²¹⁹. Der Mangel an geeigneten Labormittel für manche Nachweise verschlechterten die Situation weiterhin. Auch im Bereich der Meldung des Verbleibs von Baggergut waren besonders aus dem Jahr 1992 trotz wiederholter Bemühungen nur ungenügende Datenmengen eingegangen.

Das sechste Treffen des EC vom 16.-20.10.1995 beschloss unter anderem die Arbeit an der Revision des BMP fortzusetzen, auch wenn die Vorschläge zweier Länder weiterhin fehlten¹²²⁰. Wiederholt gab es Probleme mit der Datenversorgung, tiefe Sorge wurde ausgedrückt, dass keiner der Vertragsstaaten Daten zu Schadstoffen für 1994 abgeliefert hatte und wenige nur für die Jahre 1992 und 1993. Für die folgenden Jahre sollte eine neue Untergruppe zu Überwachung und Bewertung die jährlichen Berichte der Staaten bearbeiten. Weiterhin wurden bei der Erwägung der Umsetzung der Empfehlungen des 15. Kommissionstreffens zum Schutz des Küstenstreifens und der Ostseeschutzgebiete nur sehr begrenzte Fortschritte festgestellt¹²²¹. Hinsichtlich der Robbenpopulationen konnte eine generelle Verbesserung der Situation festgestellt werden, die Schutzmaßnahmen sollten jedoch weiter in Kraft bleiben.

Die Daten zu versenktem Baggergut von 1992 waren weiterhin unvollständig, es erging ein weiterer Appell an die Mitgliedsstaaten¹²²².

Das siebte EC-Treffen vom 14.-18.10.1996 in Riga diskutierte die Entwicklung der radioaktiven Einleitungen und verabschiedete einen Empfehlungsentwurf zum Thema. Andere Themen waren die Neuordnung des BMP im übergreifenden COMBINE-Programm (*Cooperative Monitoring in the Baltic Marine Environment*), die Verabschiedung eines Aktionsplans für 1997 zur Qualitätssicherung mit Workshops zu biologischen Untersuchungen und ein Auftrag an ICES, die seit 1983 nicht revidierten Meldeformate für biologische Daten zu überarbeiten. Ein Empfehlungsentwurf für den Schutz des Wildlachs wurde ausgearbeitet und weitere Schutzmaßnahmen für Meeressäuger diskutiert. Wiederum mussten starke Verspätungen hinsichtlich der Erfüllung unterschiedlicher Berichtspflichten festgestellt werden¹²²³.

¹²¹⁹ ebd., S. 5.

¹²²⁰ HELCOM: Activities of the Commission during 1995. Report to the 17th Meeting of the Helsinki Commission Helsinki 12-14 March 1996, S. 4.

¹²²¹ ebd., S. 5.

¹²²² ebd., S. 6.

¹²²³ HELCOM: Activities of the Commission during 1996. Report to the 18th Meeting of the Helsinki-Commission. Helsinki 11-13 March 1997, S. 2ff.

COMBINE war auch ein wesentliches Thema des achten EC-Treffens vom 20.-24.10.1997 in Vilnius, wo die Zielstellung des Programms leicht nachjustiert und ein Entwurf eines Handbuchs angenommen wurde, das dem Kommissionstreffen 1998 vorgelegt werden sollte. Weiterhin verhinderten allerdings unzureichende Monitoring-Daten aus den Transformationsstaaten ein vollständiges Funktionieren¹²²⁴. Weitere Themen waren die Zusammenarbeit mit ICES im Bereich des Schutzes von Meeressäugern und die Überarbeitung eines Empfehlungsentwurfs zum Schutz des Wildlachs¹²²⁵.

Das neunte Treffen des EC vom 28.09.-02.10.1998 auf der Insel Vilm thematisierte die schwierige finanzielle Lage der HELCOM, die die Arbeit der EC bedrohte. Dennoch lancierte das Treffen das Projekt zur vierten regelmäßigen Überwachung des Umweltzustands der Ostsee, ein Projekt zu einem Frühwarnsystem zu abnormalen Vorfällen in der Ostsee und ihrem Entwässerungsgebiet sowie ein Projekt zu einer Datenbank zu fremden Arten in der Ostsee. Weiterhin wurde ein Vorschlag zur Überwachung der Fischbestände in je einem Referenzgebiet pro Staat angenommen, Dänemark allerdings erklärte, nicht teilzunehmen¹²²⁶.

Das 10. Treffen des EC fand vom 04.-08.10.1999 statt¹²²⁷. Hinsichtlich der von ICES betriebenen Datenbank wurde festgestellt, dass der Teil für hydrographische Daten schon arbeitete, während der für Verschmutzungs- und biologische Daten noch in der Entwicklung stand. Die Arbeitsgruppe für Naturschutz und Artenvielfalt entschied zur dramatischen Situation der Schweinswale der Ostsee, die häufig als Beifang in Schleppnetzen verendeten, einen Brief mit den nötigen Schutzmaßnahmen an die IBSFC zu schicken, auch die Problematik der Beifänge von Robben und Wasservögeln wurde angesprochen¹²²⁸. Ein Projekt zu eingeschleppten fremden Arten konnte aus finanziellen Gründen nicht stattfinden und wurde vertagt.

4.4.1.4.3 Das technische Arbeitsfeld

Das dritte Treffen des TC vom 02.-06.11.1992 nahm die zweite *Pollution Load Compilation* (PLC-2) an und schlug zur Effektivierung der Bearbeitung die Einrichtung einer speziell für die Erstellung dieser Berichte zuständigen Arbeitsgruppe vor¹²²⁹. Zu einer Empfehlung zur

¹²²⁴ HELCOM: Activities of the Commission during 1997. Report to the 19th Meeting of the Helsinki-Commission. Helsinki 23-27 March 1998, S. 3.

¹²²⁵ ebd., S. 2ff.

¹²²⁶ HELCOM: Helsinki-Kommission. Report of the 20th Meeting. Helsinki, 22.-24.03.1999, S. 4f.

¹²²⁷ HELCOM: Report on the Activities of the Helsinki-Commission during 1999, S. 2.

¹²²⁸ ebd., S. 4.

¹²²⁹ HELCOM: Activities 1992, S. 5.

Entfernung von Stickstoff aus städtischen Abwässern konnte keine Einigung erreicht werden, das Thema wurde um ein Jahr verschoben. Der Bearbeitungsstatus weiterer Empfehlungsentwürfe für 1993 für unterschiedliche Industrien wurde diskutiert. Auf den Bericht einer Arbeitsgruppe zu diffusen Verschmutzungsquellen wurden Empfehlungsentwürfe zur Verflüchtigung von Ammoniak in der Viehhaltung, zur Freisetzung von Schwermetallen aus gebrauchten Batterien und zur Einstufung von Lindan als prioritärer Schadstoff erarbeitet¹²³⁰. Hinsichtlich der Umsetzungsprobleme in den Transformationsländern drückte das TC sein volles Verständnis aus und empfahl der Kommissionssitzung für diese Bereiche eine genaue Einzelfallprüfung bei der Kontrolle der Umsetzung.

Das vierte Treffen des TC vom 08.-12.11.1993 verabschiedete die Richtlinien für die dritte *Pollution Load Compilation* und erwog die Überarbeitung der Grenzwerte in der Zellstoffherstellung und der Eisenindustrie, da neue technische Möglichkeiten geringere Emissionen möglich gemacht hatten¹²³¹. Auf Entscheidung des letzten Kommissionstreffens wurden die Empfehlungsentwürfe zur Eliminierung von Stickstoff in städtischen Abwässern, zu Emissionen der Papierindustrie und zur Verbrennung von Hausmüll neu diskutiert, allerdings grundlegende Divergenzen der Positionen festgestellt und daher eine Entscheidung auf höchster politischer Ebene angeraten¹²³². Es musste festgestellt werden, dass durch ernste Verspätungen der Daten zur Umsetzung des 50%-Ziels von 1988 die TC bislang nicht in der Lage war, wie beauftragt dem folgenden Kommissionstreffen auf Ministerebene 1994 einen Fortschrittsbericht zum Thema zu erstellen, ein außerordentlicher Termin sollte hierfür festgelegt werden, um den Bericht noch rechtzeitig fertig zu stellen¹²³³. Auf den Entschluss der HELCOM-Sitzung 1994 hin beschloss die 5. Sitzung des TC vom 31.10.-04.11.1994 ein einheitliches Vorgehen bei der Bewertung der nationalen Fortschritte gegen Nährstoffeintrag¹²³⁴. Weiterhin wurde erstmals die Löschung von Hot Spots, nämlich je vier finnische und schwedische Standorte der Papierindustrie diskutiert und HELCOM-PITF die Löschung von der Liste empfohlen¹²³⁵. Das TC übernahm hierbei die Bewertung der Hot Spots für HELCOM-PITF, da es über die technischen Möglichkeiten zur Bewertung verfügte. Das Treffen konnte jedoch keine Einigkeit erzeugen zu der Frage, ob Papiermühlen an inneren Gewässern als relevante Verschmutzer der Ostsee gesehen werden sollten. Hier zeigt

¹²³⁰ ebd., S. 5.

¹²³¹ HELCOM: Activities 1993, S. 7.

¹²³² ebd., S. 7.

¹²³³ ebd., S. 8.

¹²³⁴ HELCOM: Activities 1994, S. 6.

¹²³⁵ ebd., S. 7.

sich, dass die neue Konvention vor ihrer Inkraftsetzung im Jahr 2000 doch nicht so rasch und vollständig wie behauptet in die tägliche Arbeit übernommen wurde.

Das sechste Treffen des TC vom 16.-20.10.1995 verhandelte unter anderem wieder die Löschung von Hot Spots und empfahl, die städtischen Klärwerke von Greifswald und Stralsund von der Liste der Hot Spots zu entfernen¹²³⁶. Neben Themen wie der Reduktion von Verschmutzungen durch Punkt- und diffuse Quellen verhandelte man auch einen Empfehlungsentwurf zum Transportsektor, zu dem sich allerdings keine Einigkeit herstellen ließ. Dies wurde jedoch auf einem informellen Treffen zum Thema im Dezember 1995 in Berlin gelöst, so dass man wie beabsichtigt dem Ostseegipfel 1996 ein Positionspapier zum Transportsektor übergeben konnte.

Das siebte TC-Treffen fand vom 11.-14.11.1996 in Stockholm statt. Es diskutierte unter anderem Empfehlungsentwürfe zur Verminderung der Einträge aus Fischfarmen und dem Umgang mit nährstoffspeichernden Feuchtgebieten. Weiterhin empfahl es die Löschung von drei Hot Spots, unter anderem der Rostocker Abwasserbehandlung¹²³⁷. Weitere Themen waren die Zusammenarbeit mit dem MC im Bereich der Entsorgungsanlagen in Häfen, die Erweiterung des Untersuchungsgebiets der PLCs auf die Einzugsgebiete großer Flüsse und die Überwachung der Ostsee aus der Luft sowie Empfehlungsentwürfe zur Verringerung der Verschmutzung vom Lande aus¹²³⁸. Das Folgetreffen fand vom 24.-28.11.1997 in Tallinn statt. Ein Thema war die beträchtliche Verschmutzung der Ostsee mit Öl vom Lande aus, zu der es ungenügende Datenlagen gab und auch keine Definition für den Terminus „Öl“, was die Arbeit behinderte. Als erster Schritt wurde eine Konferenz zu methodologischen Ansätzen für das Frühjahr 1998 in Russland geplant. Außerdem wurden Kriterien für die Aufnahme von Einrichtungen in die Hot Spot-Liste verabschiedet und drei Empfehlungsentwürfe zur Behandlung von Schiffsabfällen an Land und auf See erarbeitet. Ein Entwurf zur Reduzierung des Schwefelanteils in Schiffstreibstoffen wurde durch eine nationale *study reservation* zunächst blockiert und ein Entwurf zur Reduzierung der Verschmutzung durch Fischfarmen in Süßwasser zur Überarbeitung zurückgewiesen¹²³⁹.

Das neunte TC-Treffen fand vom 16.-19.11.1998 in St.Petersburg statt und verabschiedete die Richtlinien für die vierte PLC und einen Vorschlag zu deren Ausarbeitung. Weiterhin wurde das Arbeitsprogramm und die Finanzierung eines Projekts zu Schadstoffen angenommen¹²⁴⁰.

¹²³⁶ HELCOM: Activities 1995, S. 7.

¹²³⁷ HELCOM: Activities 1996, S. 6.

¹²³⁸ ebd., S. 6f.

¹²³⁹ HELCOM: Corrected Chapter 1.3., Technological Committee (HELCOM TC), of the Report on the activities of the Commission during 1997.

¹²⁴⁰ HELCOM: Helsinki-Kommission. Report of the 20th Meeting, S. 5f.

Das 10. Treffen des TC fand vom 15.-18.11.1999 statt und konnte einen dänischen Hot Spot zur Löschung vorschlagen, während der russische Antrag zur Löschung des Hot Spots Nr. 21, der Phosphorklärung St.Petersburgs nicht den bestehenden Kriterien entsprach und zurückgewiesen werden musste¹²⁴¹. Außerdem stießen auf dem Treffen Vorstöße zu einer Ausweitung des Pflichtprogramms bei der Überwachung des Eintrags aus der Luft auf Polens Opposition, das eine solche Ausweitung gänzlich ablehnte und auf Dänemarks und Finnlands Position, Quecksilber nicht in den Pflichtbereich aufzunehmen. Weiterhin wurde der Entwurf der ToR und eines Arbeitsprogramms einer neuen Arbeitsgruppe zur landbasierten Verschmutzung angenommen, so dass dieses Gebiet nunmehr spezialisiert bearbeitet wurde¹²⁴².

4.4.1.4.4 Das maritime Arbeitsfeld

Auf dem 18. Treffen des MC vom 28.9.-02.10.1992 in Gdansk waren Russland und die Europäische Kommission nicht anwesend¹²⁴³. Das Komitee wies auf die Bedeutung eines Seminars zu Auffanganlagen in Häfen im Dezember des Jahres hin und betonte, dass, wenn nationale Repräsentanten nicht erscheinen könnten, wenigstens nationale Daten dem Seminar zukommen sollten¹²⁴⁴. Dies zeigt, wie relevant auch 12 Jahre nach Beginn der Arbeit dieses Thema war und dass das Engagement weiterhin teilweise gering war. Dänemark brachte einen Vorschlag zur Einrichtung einer Lotsenpflicht für Gefahrgut transportierende Schiffe über 20.000 Bruttoregistertonnen in der Ostsee ein, die Mitgliedsstaaten wurden aufgefordert, zur nächsten Sitzung Stellungnahmen zu entwickeln¹²⁴⁵. Es wurde ein informelles Treffen von Rechtsexperten zu juristischen Möglichkeiten der Ahndung von Verstößen gegen Einleitungsverbote beschlossen, Deutschland übernahm die Organisation. Zur Unterstützung der baltischen Staaten wurde ein weiteres Seminar beschlossen, das die Umsetzung von HELCOM-Regelungen und anderer internationaler Instrumente behandeln sollte.

Das 19. MC-Treffen vom 21.-24.09.1993 setzte wieder die Arbeitsgruppe zu Auffanganlagen in Häfen ein mit der Aufgabe, eine gemeinsame Entwicklungsstrategie für die Behandlung von Schiffsabfällen zu erstellen¹²⁴⁶. Weiterhin wurde eine Studie zu den Abwassereinleitungen von Passagierschiffen in Auftrag gegeben, um beim nächsten Treffen

¹²⁴¹ HELCOM: Activities 1999, S. 5.

¹²⁴² ebd., S. 5f.

¹²⁴³ HELCOM: Activities 1992, S. 6.

¹²⁴⁴ ebd., S. 6.

¹²⁴⁵ ebd., S. 7.

¹²⁴⁶ HELCOM: Activities 1993, S. 9.

Informationen zu einer Diskussion der Empfehlungsentwürfe zur Anlage IV der Konvention zu erhalten. Wiederum wurde ein informelles Expertentreffen zur Effektivierung der Zusammenarbeit bei Verstößen gegen Einleitungsverbote hinsichtlich Aufdeckung und Anklage angekündigt, es hatte nicht, wie im Vorjahr geplant, bereits stattgefunden¹²⁴⁷. Deutschland bot noch einmal explizit die Organisation des Treffens an unter der Bedingung, dass die Mitgliedsstaaten Vorschläge für Themen der Tagesordnung machen würden. Insofern hatte eindeutig ein zu geringes Interesse der Staaten an dem Thema und die mit der Verschärfung verbundenen erhöhten Kontroll- und Verwaltungsbemühungen ein rascheres Vorgehen verhindert und damit das Risiko, bei illegaler Verschmutzung entdeckt und empfindlich bestraft zu werden, weiter gering gehalten.

Auf dem 20. Treffen in Tallinn vom 27.-30.09.1994 wurde die Studie zu den Abwassereinleitungen durch Passagierfähren, die einen jährlichen Eintrag auf diesem Wege von 132t Stickstoff und 33t Phosphor festgestellt hatte¹²⁴⁸, diskutiert. Die Ergebnisse sollten anschließend von nationalen Hafen-, Umwelt- und Schifffahrtsbehörden kommentiert werden, um eine angemessene Regelung zu ermöglichen. Infolge des inzwischen abgehaltenen informellen Treffens zur Kooperation bei Verstößen gegen Einleitungsverbote konnten der kommenden Kommissionssitzung zwei diesbezügliche Empfehlungsentwürfe unterbreitet werden. Im Bereich der Einschleppung fremder Organismen durch Ballastwasser wurden die Mitgliedsstaaten zu verstärkter Forschung aufgerufen und die Entscheidung über ein Berichtssystem zum Status der Umsetzung der HELCOM-Regelungen für das nächste MC-Treffen anvisiert.

Auf diesem 21. Treffen vom 09.-11.10.1995 wurde mit der *Baltic Strategy* ein Programm zur Entwicklung der Auffanganlagen in Häfen angenommen und zur Bestätigung durch die Kommissionssitzung weitergeleitet¹²⁴⁹. Das Programm sollte alle relevanten Dinge zum Aufbau und zur Nutzung angemessener Auffanganlagen aus einer Hand anbieten. Als grundlegender Neuanatz wurde erstmalig die Anwendung des „*no-special-fee*“-Systems nahe gelegt, das die Kosten für die Nutzung der Anlagen unabhängig von ihrer tatsächlichen Nutzung in die ohnehin fälligen Hafengebühren aufnahm und so einen wirtschaftlichen Anreiz zur Nutzung der Anlagen bieten sollte. Es wurde auch als Anwendung des Verursacherprinzips nach der Definition der OECD verstanden, nach der der Verschmutzer auch die Kosten von Prävention und Kontrolle der Einhaltung zu tragen hat. Der Nachteil

¹²⁴⁷ ebd., S. 10.

¹²⁴⁸ Verglichen mit dem die Abwässer von etwa 550.000 Personen behandelnden städtischen Klärwerk von Göteborg ist der Phosphoranteil 2,5 mal so hoch, der Stickstoffanteil beträgt ein Drittel.
HELCOM: Activities 1994, S. 10.

¹²⁴⁹ HELCOM: Activities 1995, S. 12f.

dieser Regelung war jedoch, dass sie für sich regelkonform verhaltende Schiffe dieselbe Behandlung vorsah wie für Regelbrecher.

Es sollte jedenfalls auf diese Weise ein selbstfinanzierendes System der angemessenen Behandlung von Schiffsabfällen eingerichtet werden, das neben der Bereitstellung entsprechender Auffanganlagen auch die Minimierung der Abfälle an Bord, die Ausbildung des Personals in Abfallbehandlung, die Anwendung von BAT sowohl an Bord wie auch im Hafen, Hafenstaatskontrolle, Durchsetzung der Regeln, Strafmaßnahmen und den Umgang mit speziellen Abfallproblemen in den Bereichen der Fischerei-, Arbeits- und Vergnügungsschiffe, die von der Helsinki-Konvention nicht betroffen sind, beinhaltete¹²⁵⁰. Für die Umsetzung wurde auf den zeitintensiven Charakter der Maßnahmen hingewiesen, die Staaten sollten jedoch vor 1998 entsprechende Schritte einleiten. Vor allem wies das Programm jedoch konkrete Investitionsprojekte von insgesamt 37,5 Millionen US-Dollar Höhe für die Modernisierung aller baltischen, polnischen und russischen Ostseehäfen aus¹²⁵¹. Ein einheitliches Berichtsformular über die eingeleiteten Maßnahmen, das jährlich abgeliefert werden sollte, war dem Programm beigelegt¹²⁵². Insofern war hier im großen Rahmen ein Aktionsplan erstellt worden, der das Problem der Schiffsmüllentsorgung grundsätzlich lösen sollte.

Eine Abwässer aus Fährschiffen betreffende Studie veranlasste MC, die Reduktion dieser Einleitungen durch ein Projekt voranzutreiben, wozu die Mitglieder zur Vorlage von Vorschlägen aufgerufen wurden¹²⁵³. Besorgt zeigte man sich darüber, dass die Einstufung der Ostsee als ein besonders schützenswertes Gewässer nach einer neuen Anlage an MARPOL 73/78 auf IMO-Ebene immer noch nicht diskutiert worden war, neue Maßnahmen zur Forcierung dieses Themas sollten erwogen werden¹²⁵⁴. Hier zeigt sich, wie die HELCOM auf globaler Ebene als *pressure group* zur Durchsetzung regionaler Ziele aufzutreten versuchte. Hinsichtlich der Einschleppung fremder und schädlicher Arten wurde auf die diesbezüglichen globalen Arbeiten in der IMO, da regionale Lösungen bei diesem globalen Problem unangemessen waren, verwiesen. Die nationalen Berichte zur Umsetzung der Empfehlungen sollten nunmehr an den in der neuen Konvention aufgeführten Standards orientiert werden und die Entscheidung, ob eine Empfehlung umgesetzt sei, sollte ab sofort auf der Basis nationaler Berichte durch das MC erfolgen. Die Überprüfbarkeit der Umsetzung und ihre internationale Kontrolle wurde dadurch wesentlich gestärkt¹²⁵⁵.

¹²⁵⁰ ebd., S. 88.

¹²⁵¹ ebd., S. 92ff.

¹²⁵² ebd., S. 105.

¹²⁵³ ebd., S. 13.

¹²⁵⁴ ebd., S. 13.

¹²⁵⁵ ebd., S. 14.

Das Folgetreffen des MC vom 04.-06.11.1996 in Helsinki initiierte auf Grund der Ergebnisse einer Risikoanalyse des Öltransports Studien zur Möglichkeit weiterer maritimer Sicherungsmaßnahmen wie obligatorische Meldesysteme für Gefahrguttransporte und das Außer-Dienst-Stellen von Einhüllentankern. Ein Empfehlungsentwurf zur Regulierung der Verklappung von Fischresten von Fisch verarbeitenden Schiffen wurde erarbeitet. Der Stand der Umsetzung der *Baltic Strategy* wurde diskutiert und neue Richtlinien zur Harmonisierung der Strafen bei Verstößen, zur Einleitung von Abwässern und Müll und zur Behandlung des Schiffsmülls an Land wurden angenommen¹²⁵⁶. Das anschließende MC-Treffen vom 10.-12.11.1997 in Riga hatte den Schwerpunkt wiederum auf der Umsetzung der *Baltic Strategy* und erarbeitete entsprechende Empfehlungsentwürfe. Ein besonderer betraf die Anwendung des „no-special-fee“-Systems, so dass hierfür erstmalig konkrete Regelungen vorlagen. Weitere Entwürfe betrafen eine Erweiterung der Anlage IV der Helsinki-Konvention auf weitere Schiffstypen, die Installation von Müll- und Abwassersystemen auf bislang ausgenommenen Fischerei-, Arbeits- und Vergnügungsschiffen, Vorschriften für bislang ausgenommene Kleinschiffe, Tanks für ölhaltiges Wasser oder entsprechende Filteranlagen einzubauen, Abfallmeldeformulare für Schiffe, Abfallmanagementpläne für Häfen und ein harmonisiertes Strafsystem gegen Verstöße. Damit war im Rahmen der *Baltic Strategy* ein detailliertes und umfassendes Regelungssystem entstanden, das nun der Verabschiedung durch die Kommission harrte. Weiterhin wurde zusammen mit dem CC ein Empfehlungsentwurf zur Zusammenarbeit bei der Untersuchung von Verstößen gegen Umweltrichtlinien erarbeitet und als weitere Schritte vereinbart, die IMO über die mangelnde Kooperation der Flaggenstaaten bei Untersuchungen zu informieren, unter den Ostseestaaten Informationen über verdächtige Schiffe sowie unkooperative Flaggenstaaten zirkulieren zu lassen und grundsätzlich den Erfahrungsaustausch in diesem Gebiet zu intensivieren¹²⁵⁷. Das Folgetreffen vom 05.-07.10.1998 in Helsinki betonte den hohen Stellenwert der Umsetzung der *Baltic Strategy* und richtete eine Gruppe zur Überwachung dessen ein. Zur Information wurde einerseits entschieden, ein HELCOM-Handbuch für Seefahrer zu veröffentlichen und andererseits ein Handbuch zu den rechtlichen Bestimmungen der Ostseestaaten für Verstöße gegen das Umweltrecht zu erarbeiten, um in diesem Bereich Übersicht herzustellen¹²⁵⁸.

Auf dem 25. Treffen des MC vom 22.-24.11.1999 wurde der Stand der Umsetzung der *Baltic Strategy* im Allgemeinen und des mit der IMO gemeinsamen Projekts zur Entwicklung der Auffanganlagen diskutiert, zu dem erstmalig ein Statusreport erarbeitet worden war. Auch zu anderen Teilbereichen der *Baltic Strategy* wurden nationale Berichte gehört, allerdings waren

¹²⁵⁶ HELCOM: Activities 1996, S. 7f.

¹²⁵⁷ HELCOM: Activities 1997, S. 9f.

¹²⁵⁸ HELCOM: Helsinki-Commission. Report of the 20th Meeting. Helsinki, S. 6f.

erneut nicht alle Teilnehmer ihrer Berichtspflicht nachgekommen. Hinsichtlich der Entwicklung eines harmonisierten „*no-special-fee*“-Systems für alle Häfen des Ostseeraums übernahm es Finnland, einen Entwurf zu erarbeiten und auf dem ersten Treffen der zu gründenden Gruppe zu seebasierter Verschmutzung vorzulegen¹²⁵⁹. Der schwedische Vorschlag zu einer Empfehlung zur Beschleunigung der Außer-Dienst-Stellung von Einhüllentankern gegenüber dem weltweiten Vorgehen unter MARPOL 73/78 zum Öltransport wurde diskutiert, jedoch stellte er sich als nicht mehrheitsfähig heraus. Unterdessen hatte die zweite Tagung der für die Verfolgung von Verstößen gegen Einleitungsregulierungen Zuständigen stattgefunden und einen Entwurf für ein Handbuch zu diesem Thema vorgelegt. Berichte zum Status der Umsetzung der Empfehlungen im maritimen Bereich lagen nur von den skandinavischen Mitgliedern, Russland, Lettland und Estland vor, die anderen Staaten wurden gedrängt, die Berichte nachzureichen. Aus diesen nationalen Berichten sollte das Sekretariat einen Umsetzungsbericht erarbeiten, der auf der ersten Sitzung der Gruppe zu seebasierter Verschmutzung präsentiert werden sollte.

4.4.1.4.5 Das Arbeitsfeld der Bekämpfung von Verschmutzungen

Das 16. Treffen des CC vom 19.-23.10.1992, an dem Russland nicht teilnahm¹²⁶⁰, zog nach vier Jahren der Überwachung der Ostsee aus der Luft Bilanz. Zwischen 1988 und 1991 hat es keine Veränderungen in der Zahl der illegalen Öleinleitungen gegeben. Bei 4.466 Flugstunden wurden 181 Verschmutzungen bemerkt, aber nur 17 Verschmutzer identifiziert¹²⁶¹. Die Überwachungsflüge legten nahe, dass mehrere derartige Einleitungen täglich geschahen. Lettlands Angebot, eine Konferenz zur Umsetzung von HELCOM-Empfehlungen in den baltischen Staaten zu organisieren, wurde begrüßt und die Durchführung einer Bekämpfungsübung als Ergänzung zum Seminar vorgeschlagen. Außerdem wurde die Arbeitsgruppe zu den in der Ostsee versenkten chemischen Kampfstoffen gegründet.

1993 wurde eine durch das CC angefertigte Studie zu Risiken des Transports von Chemikalien vorgestellt, die zwar nur auf Daten aus dem Oktober und November 1990 basierte, jedoch gewisse Schlüsse erlaubte. So konnten hier die Hauptschifffahrtrouten solcher Transporte identifiziert werden, ein besonders hoher Verkehr wurde in der südwestlichen Ostsee, die alle Schiffe zum Eintreten oder Verlassen der Ostsee passieren

¹²⁵⁹ HELCOM: Activities 1999, S. 10.

¹²⁶⁰ HELCOM: Activities 1992, S. 7f.

¹²⁶¹ ebd., S. 8.

müssen, festgestellt, der geringste im Bottnischen Meerbusen¹²⁶². Der Hauptteil der Güter wurde hierbei auf Waggonen oder Lastkraftwagen auf Fähren transportiert, danach folgten andere Roll-on-Roll-off-Schiffe, danach konventionelle Schiffe¹²⁶³. Das Risiko eines schweren Unfalls mit dem Einbezug solcher Gefahrenstoffe wurde auf einen Unfall im Jahr geschätzt, Zwischenfälle auf See, bei denen Gefahrgutladungen beteiligt waren, geschahen sechs Mal im Jahr, häufig mit Einleitungen der Stoffe in die Ostsee. Wenn auch eingeräumt wurde, dass mit digitaler Datenerfassung in den Häfen mehr Informationen zu erhalten gewesen wären, war auch so einerseits der Handlungsbedarf in diesem Gebiet deutlich geworden und andererseits konnten so die Risikobrennpunkte entlang der Hauptschiffahrtsrouten identifiziert werden.

Auf dem 17. Treffen des CC vom 26.-29.10.1993 waren wieder alle Mitgliedsstaaten anwesend¹²⁶⁴. Nationale Berichte zu Ölverschmutzungen wurden erörtert, aus denen eine hohe Konzentration der Unfälle in der viel befahrenen westlichen Ostsee hervorging. Es wurde diesbezüglich beispielgebend erwähnt, dass Dänemark, Deutschland und Schweden Flugzeuge mit Fernerkundungstechnik zum Auffinden von Verschmutzungen betrieben, Polen sich kürzlich ein solches Flugzeug angeschafft hatte und Finnland solche Aufklärung Ende 1994 beginnen wollte¹²⁶⁵. Die polnischen Behörden wurden aufgefordert, bei der Aufnahme des Bunkeröls aus dem Wrack der Personenfähre „Jan Heveliusz“ alle angemessene Vorsicht walten zu lassen, eine diesbezügliche HELCOM-Empfehlung sollte erwogen werden. Hinsichtlich der Luftüberwachung wurde die informelle Arbeitsgruppe dieses Bereichs aufgefordert, Wege zu untersuchen, aus den Überwachungsflügen Schemata für die Verschmutzung im ganzen Jahr zu entwickeln und danach günstige Routen für die Überwachungsflüge zu erstellen, in denen auch die Bekämpfungsgebiete Russlands und der baltischen Staaten liegen konnten, wenn diese danach ersuchten. Auf diese Weise war ein Weg gefunden, in diesem Bereich die Investitionsschwäche der Transformationsländer durch Hilfe der anderen Mitglieder zu umgehen. Außerdem wurde eine informelle Arbeitsgruppe zur Überarbeitung des Bekämpfungshandbuchs gegründet und die Mitglieder aufgefordert, zur Erstellung eines Inventars aller Bekämpfungseinheiten der Ostsee ihre Einheiten bis Anfang 1994 an Deutschland zu melden¹²⁶⁶.

¹²⁶² HELCOM (Hrsg.): Study of the transportation of packaged dangerous goods by sea in the Baltic Sea Area and related environmental hazards. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 51), Helsinki 1993. Elektronisch veröffentlicht: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep51.pdf>, 03.05.2007, S. V.

¹²⁶³ ebd., S. 24.

¹²⁶⁴ HELCOM: Activities 1993, S. 10.

¹²⁶⁵ ebd., S. 11.

¹²⁶⁶ ebd., S. 12.

Auf dem 18. Treffen des CC vom 07.-11.11.1994 fehlte Russland erneut¹²⁶⁷. Das Treffen einigte sich auf eine Überarbeitung des Bekämpfungshandbuchs, um es an die neuesten Entwicklungen anzupassen. Die Auswertung der Flugüberwachungsdaten der letzten sechs Jahre zeigten eine Konzentration der Ölverschmutzungen an den dänischen, deutschen und schwedischen Küsten. Einer der Gründe für diese Ergebnisse war, dass diese Staaten aufgrund des Einsatzes modernerer Technik mehr Verschmutzungsfälle auffinden konnten als die anderen¹²⁶⁸. Hinzu kam, dass gerade an den Ostseein- und -ausgängen die Verkehrsdichte am größten war. Das Treffen wurde von Finnland und Deutschland über neu in Dienst genommene Bekämpfungsschiffe informiert, die Bekämpfungskapazität gegen Chemieunfälle in der Ostsee hatte sich damit weiter erhöht¹²⁶⁹. Zum Aufbau der Kapazitäten der baltischen Staaten wurden die Mitgliedsstaaten sowie HELCOM-PITF aufgefordert, die erforderlichen hohen Investitionen zu unterstützen. Aus den Ergebnissen einer Bekämpfungsübung im März 1994 wurde hervorgehoben, dass die Kapazitäten zur Bekämpfung unter kalten und Eisbedingungen weiterhin begrenzt waren und dass neben deren Ausbau weitere Forschung und Entwicklung nötig war.

Das 19. Treffen des CC vom 03-06.10.1995 war wiederum von allen Mitgliedsstaaten besucht. Zudem nahm ein Beobachter vom WWF an der Sitzung teil¹²⁷⁰. Richtlinien für die Benutzung des Bekämpfungshandbuchs wurden ebenso zur Vorlage für die nächste Kommissionssitzung angenommen wie auch der erste Teil des Bekämpfungshandbuchs selber. Zudem wurden die Richtlinien für den Umgang mit in Netzen aufgenommener chemischer Munition prinzipiell angenommen. Die Pläne zum Ausbau der Ölterminals in der östlichen Ostsee wurden diskutiert und festgestellt, dass die resultierenden Erhöhungen der Transportmengen das Tankeraufkommen vergrößerten und damit eine Erhöhung des Risikos eines Ölunfalls verbunden war. Zu dessen Vermeidung sollten präventive Maßnahmen und Sicherheitsstandards der HELCOM besondere Beachtung finden und Richtlinien für den Bau von Ölterminals entwickelt werden¹²⁷¹. Bei der Diskussion der Überwachungsaktivitäten wurde mit großer Besorgnis für 1994 ein durchschnittlicher Anstieg der Zahl der Ölverschmutzungen im Vergleich zu den Vorjahren um 30% festgestellt. Als Gründe wurde ein generell wachsender Verkehr in der Ostsee, eine steigende Zahl von Sub-Standard-Schiffen, ungenügende Maßnahmen bei der Verfolgung und Bestrafung von Verschmutzern sowie national sehr unterschiedlich schwer wiegende Strafen genannt¹²⁷². Verbesserung der

¹²⁶⁷ HELCOM: Activities 1994, S. 11.

¹²⁶⁸ ebd., S. 12.

¹²⁶⁹ ebd., S. 12.

¹²⁷⁰ HELCOM: Activities 1995, S. 14.

¹²⁷¹ ebd., S. 15.

¹²⁷² ebd., S. 15.

Kontrolle und die Verbesserung der Information der Seeleute wurden als Maßnahmen beschlossen. Aufgrund finanzieller Engpässe unterhielten jedoch einige Staaten der südöstlichen Ostsee noch 1996 keine Flugzeuge zur Überwachung der Ostsee bereit und das bei einer insgesamt geschätzten Zahl von 600-700 illegalen Einleitungen von Öl durch Schiffe im Jahr mit insgesamt 500-550t jährlich¹²⁷³.

Am 20. CC-Treffen vom 28.-31.10.1996 nahm Russland teil. Das Treffen stellte die Fähigkeit der Ostseestaaten, mittlere Ölunfälle gut bekämpfen zu können, fest und bestätigte die HELCOM-Empfehlungen zu Bekämpfungskapazitäten in der gegenwärtigen Form. Deutschland übernahm es, einen Entwurf für Minimalanforderungen an Ölbekämpfungskapazitäten in Ölterminals auszuarbeiten, Polen, eine HELCOM-Empfehlung zur Minimierung der Einleitungen durch Plattformen zu überarbeiten. Das Treffen stellte fest, dass 1995 etwas weniger Öleinleitungen festgestellt worden waren als 1994, schätzte aber, dass die tatsächliche Zahl und Menge der Öleinleitungen 1995 sogar größer als 1994 war, denn in der südöstlichen Ostsee wurden aus Mangel an Kapazitäten keine Überwachungsflüge durchgeführt¹²⁷⁴. Auch auf dem Folgetreffen vom 12.-14.11.1997 in Riga waren alle Mitglieder anwesend. Das Treffen wurde wie auch die vorigen über die Fortschritte der Unterstützung der baltischen Staaten beim Aufbau ihrer Bekämpfungskapazitäten durch andere Ostseestaaten informiert. Ein Empfehlungsentwurf zu Maßnahmen der Ölbekämpfung auf Plattformen wurde aufbauend auf den polnischen Ergebnissen angenommen. Deutschland hatte einen Gesamtbericht der Überwachungsflüge von 1988-1996 vorgelegt, der eine stabile Zahl von 500-700 Fällen pro Jahr aufzeigte. Weiterhin wurden nationale Fortschritte bei der Umsetzung von HELCOM-Empfehlungen diskutiert. Zudem wurden die Ergebnisse einer von Estland ausgerichteten Ölbekämpfungsübung, an der sich die skandinavischen Mitglieder, Estland, Lettland und Russland beteiligten, analysiert und für exzellent befunden. Polen verpflichtete sich, eine Folgeübung im August 1998 zu Chemikalienbekämpfung durchzuführen.

Das nächste CC-Treffen fand vom 07.-09.10.1998 in Helsinki statt. Das Treffen betonte die Notwendigkeit der Überwachung der Ostsee aus der Luft und hierbei den deutlichen Verzug einiger Staaten bei der Ausrüstung der Flugzeuge mit entsprechender Technik, die auch Kontrollen in der Nacht ermöglichten. Dies hätte nach einer HELCOM-Empfehlung eigentlich schon Ende 1994 umgesetzt sein sollen. Ein Umsetzungsbericht deckte außerdem auf, dass Finnland weiterhin ein Bekämpfungsschiff für Öl und Chemikalien und weitere

¹²⁷³ HELCOM: Overview on activities 1996. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 65) Helsinki 1997, S. 16.

¹²⁷⁴ HELCOM: Activities 1996, S. 8f.

Ausrüstung fehlte, während zum Beispiel Deutschland und Dänemark den Anforderungen genügten¹²⁷⁵.

Das 23. Treffen des CC fand im Anschluss an das 25. Treffen des MC vom 24.-26.11.1999 statt, nachdem am 24. ein gemeinsames Treffen abgehalten wurde, bei dem zur Neustrukturierung der Arbeit der Arbeitsplan der Gruppe für seebasierte Verschmutzung entworfen wurde¹²⁷⁶. Unter anderem wurde ein deutscher Vorschlag zur Überarbeitung einer Empfehlung von 1980 zum Verbot der Nutzung von chemischen Mitteln zur Ölbekämpfung erwogen¹²⁷⁷, er konnte sich jedoch nicht durchsetzen, die Entscheidung wurde vertagt. Hinsichtlich der Überwachungsflüge wurde zunächst der zuständigen Arbeitsgruppe zugestimmt, dass eine Ausweitung des Aufgabenbereichs der Überwachungsflüge wegen fehlender Kapazitäten derzeit nicht möglich war. Zudem wurde große Sorge über die hohe Zahl der entdeckten Öleinleitungen ausgedrückt, die eine weitaus höhere Dunkelziffer nahe legte, als noch im oben zitierten Bericht von 1996 angenommen¹²⁷⁸. Als Gegenmaßnahme sollte Schweden eine vereinfachte Variante des jährlichen gemeinsamen Überwachungsflugs arrangieren, anhand dessen Evaluierung das erste Treffen der Gruppe für seebasierte Verschmutzung eine regelmäßige und häufigere Durchführung dieser Flüge erwägen sollte. Litauen berichtete von der erfolgreichen Durchführung der ersten von ihm organisierten Bekämpfungsübung, Russland bat die Organisation der Übung im Jahr 2000, Dänemark die der von 2001 an. Da die Teilnahme freiwillig war, sprach sich das CC dafür aus, dass wenigstens die jeweils umliegenden Staaten die Übungen besuchen sollten¹²⁷⁹.

4.4.1.4.6 Die Kommission

Das 14. Kommissionstreffen der HELCOM fand vom 02.-05.02.1993 in Helsinki statt, alle Mitglieder und viele internationale Organisationen und NGOs nahmen als Beobachter teil. Da bisher kein Weg gefunden worden war, die ausstehenden Beiträge der neuen Mitgliedsstaaten auszugleichen, wurde für den März 1993 ein außerordentliches Treffen zur Diskussion dieser Frage angesetzt. Hinsichtlich der Berichtspflichten der Staaten wurde erneut betont, dass diese von den Arbeitsgruppen verlangte Dokumente rechtzeitig einreichen sollten. Das Sekretariat wurde beauftragt, für folgende Sitzungen ein Formular zur Dokumentation der Verspätungen

¹²⁷⁵ HELCOM: Helsinki-Commission. Report of the 20th Meeting, S. 7f.

¹²⁷⁶ HELCOM: Report on the Activities of the Helsinki-Commission during 1999, S. 12.

¹²⁷⁷ Tests hatten positive Wirkungen neuer Chemikalien zur Auflösung des Öls nachweisen können. ebd., S. 13.

¹²⁷⁸ ebd., S. 14.

¹²⁷⁹ ebd., S. 15.

und ihrer Folgen zu entwickeln¹²⁸⁰. Außerdem wurden die erfahrenen Mitglieder wiederum aufgefordert, die neuen zu unterstützen. Hinsichtlich des BMPs wurde festgelegt, dass Qualitätssicherungsübungen für in das BMP eingebundene Labore verbindlich waren, um die Fähigkeiten der Labore zu stärken. Weiterhin wurde gerügt, dass ein großer Teil der geplanten Arbeiten unter der vom ICES koordinierten *Baltic Sea Sediment Baseline Study* nicht finanziert worden war und die Mitglieder wurden zur Mobilisierung der erforderlichen Ressourcen aufgerufen. Die Richtlinien zur Festlegung der Grenzen der inneren Gewässer für den Geltungsbereich der Revision der Konvention wurden ebenso wie die Einrichtung der Arbeitsgruppe zu verklappten Chemiewaffen bestätigt und ein Seminar zur Umsetzung von HELCOM- und anderen internationalen Regelungen mit Experten aus den baltischen Staaten und Russland für den 30.8.-03.09.1993 geplant.

Die Empfehlungen des Treffens betrafen zunächst eine ausführliche Regelung der Überwachung der Verschmutzung aus der Luft, die für jedes Land mindestens eine Überwachungsstation vorschrieb und die Details der Untersuchung festlegte¹²⁸¹. Zwei weitere Empfehlungen betrafen mit der Begrenzung der Emissionen in Wasser und Luft durch die Pestizidproduktion sowie durch die Glasindustrie Punktquellen der landseitigen Verschmutzung, auf zwei diffuse Quellen wurde mit den Empfehlungen zur Reduktion der Schwermetallemissionen von gebrauchten Batterien und zur Reduzierung der Verflüchtigung von Ammoniak bei der Tierzucht eingewirkt. Der maritime Bereich war betroffen unter anderem durch die Regelungen zur Demontage außer Dienst gestellter Plattformen, um Verklappung zu verhindern, das für Schiffe aller Nationen geltende Verbot der Verbrennung von Schiffsmüll innerhalb der Territorialgewässer der Staaten und durch Richtlinien für Einrichtungen zur Behandlung, Lagerung und Verarbeitung von Schiffsmüll. Die zehnte Empfehlung mobilisierte die Mitgliedsstaaten zur praktischen Hilfe und Unterstützung im Bekämpfungsbereich für die baltischen Staaten¹²⁸². Das außerordentliche Treffen zur Klärung der Beitragsfragen hatte unterdessen am 23.03.1993 in Gdansk stattgefunden, wo man sich einigte, dass Dänemark, Deutschland, Finnland, Polen und Schweden 16,4%, Russland 12% und die baltischen Staaten je 2% der Anteile nach Abzug des Sonderbeitrags Finnlands übernehmen sollten und 2,5% der Europäischen Gemeinschaft überlassen wurden¹²⁸³. Diese Regelung sollte für einen Übergangszeitraum von drei Jahren gelten und bot so eine Chance, die Arbeit der HELCOM trotz der finanziellen Schwäche der Transformationsländer durchzuführen.

¹²⁸⁰ HELCOM: Activities 1992, S. 20.

¹²⁸¹ ebd., S. 27ff.

¹²⁸² ebd., S. 67f.

¹²⁸³ HELCOM: Activities 1995, S. 20.

Das 15. Kommissionstreffen vom 08.-11.03.1994 wurde am 8. März auf ministerieller Ebene abgehalten, die in HELCOM-PITF engagierten Nicht-Mitgliedsstaaten waren ebenso anwesend wie zahlreiche internationale Beobachter und NGOs¹²⁸⁴. Der Umweltschutz der Ostsee allgemein wurde behandelt wie auch das JCP betreffende Dinge sowie besonders der Prozess der Umsetzung des 50%-Reduktionsziels von 1988. Hinsichtlich „hängender“ Empfehlungen in den Bereichen der Papierherstellung, Müllverbrennung und Klärwerke für städtische Abwässer wurde an die Staaten appelliert, ihre unterschiedlichen Auffassungen anzunähern und zu einer Entscheidung zu kommen¹²⁸⁵. In der Erklärung des Ministertreffens wurden die Vertragsstaaten stark gedrängt, ihre Anstrengungen zur Erreichung des 50%-Ziels, zur Reduzierung des Nährstoffeintrags, zur Entwicklung der Bekämpfungskapazitäten, zur Ratifizierung der Revision der Konvention von 1992, zur vollen Anwendung wirtschaftlicher Druckmittel zur Beschleunigung der Durchsetzung der Regeln, zu erweitern und zu verstärken und die Kommission und ihre Arbeitsgruppen rechtzeitig und umfassend zu informieren¹²⁸⁶. Grundsätzlich ging von dem Ministertreffen aber eine Bestätigung des Kurses aus, die Überwachung sollte weiterentwickelt, weitere Regeln zum Schutz des Meeresbodens und zu Schutzgebieten erstellt, die Kooperation zur Aufklärung von Regelverstößen und die Berichtsroutinen verbessert werden. Außerdem wurde beschlossen, eng mit der Konferenz der Ostseetransportminister zusammenzuarbeiten. Dass jedoch alle bisherigen Appelle und Unternehmungen das Problem der verspäteten Daten- und Positionseinreichungen nicht gelöst hatten, zeigte die Feststellung, dass Verspätungen die Entscheidung zahlreicher technologischer Empfehlungen in Prioritätsbereichen behinderten¹²⁸⁷. Es wurde zu dringender Verbesserung der nationalen Arbeit im TC und seinen Untergruppen aufgefordert.

Das Seminar zur Umsetzung von HELCOM- und anderen internationalen Regelungen für die baltischen Staaten und Russland im August und September 1993 wurde als Erfolg hinsichtlich der Bekanntmachung der Regelungen in diesen Staaten gewertet, ein zukünftiges Seminar sollte spezifische Probleme dieser Länder bei der Umsetzung thematisieren. Die Empfehlungen betrafen die Definition und den Schutz eines Küstenstreifens, der als schützenswerter Übergang zwischen Land und See gesehen wurde, die dritte *Pollution Load Compilation*, deren Daten durch nationale Stellen im gesamten Jahr 1995 gesammelt und die 1998 der Kommission vorgelegt werden sollte und Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen von Fischzuchtanlagen. Weitere Empfehlungen betrafen die Annahme

¹²⁸⁴ HELCOM: Activities 1993, S. 22.

¹²⁸⁵ ebd., S. 25.

¹²⁸⁶ Ministererklärung des HELCOM-Treffens vom 8.-11.3.1994. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/MinisterialDeclarations/HELCOM15in1994.pdf>, 19.09.2005.

¹²⁸⁷ Hier vor allem die Chemie-, Leder- und Textilindustrie wie auch Kokereien und Metalloberflächenbehandlung.

internationaler Meeresschutzbestimmungen durch die Mitgliedsstaaten und die Einrichtung eines Systems besonders schützenswerter Gewässergebiete in der Ostsee¹²⁸⁸.

Das 16. Kommissionstreffen der HELCOM fand vom 14.-17.3.1995 in Helsinki statt. Hier zeigte sich in den Empfehlungen, dass der eindringliche Appell des vorangegangenen Treffens bezüglich der Verbesserung der nationalen Arbeit im Rahmen der TC Früchte getragen hatte: acht Empfehlungen beschäftigten sich mit der Reduzierung der Verschmutzung vom Lande aus. Die in der Aufforderung der Minister erwähnten Bereiche Chemie-, Papier- und Lederindustrie, Metalloberflächenbehandlung, Müllverbrennung, städtische Klärwerke und die Verschmutzung durch Pestizide aus der Land- und Forstwirtschaft wurden geregelt¹²⁸⁹. Weitere Empfehlungen betrafen die Zusammenarbeit der Staaten bei Verstößen gegen Einleitungsverbote, die in MARPOL 73/78 schon geregelt waren sowie eine Übergangsregelung zur Kooperation bei Verstößen gegen das Einleitungsverbot von Abwasser von Schiffen ihrer Flagge, die bis zum Inkrafttreten der relevanten Anlage IV von MARPOL 73/78 gelten sollte. Auf diesem Treffen sagte der WWF die Ausarbeitung eines Sektoren übergreifenden Programms zum Umgang mit Öl in der Ostsee zu, das auf dem Kommissionstreffen 1996 diskutiert werden sollte¹²⁹⁰.

Dieses fand vom 12.-14.3.1996 in Helsinki statt¹²⁹¹. Im Bereich des EC nahm die Kommission neue Richtlinien für die Behandlung von Baggergut an, die nunmehr mit denen der Oslo Commission übereinstimmen. Im Bereich der Reduzierung des Quecksilberinhalts von Lichtquellen konnte erneut keine Einigung erzielt werden wie auch zu den Empfehlungsentwürfen zur Reduzierung der Verschmutzung durch Fischzucht und Forstwirtschaft¹²⁹². Diese Sitzung musste für den Umweltbereich erneut fehlende Berichterstattung feststellen und drängte Dänemark, Finnland, Deutschland und Polen, ihre Berichte zur Entwicklung von Umweltstrategien und Gesetzgebung bis Mitte April 1996 abzugeben. Hinsichtlich des von der Kommission 1995 erstellten Berichts zur Umsetzung der Ministererklärung von 1988 musste festgestellt werden, dass trotz gemeinsamer Arbeit zur Reduzierung des Nährstoffeintrags das übergeordnete 50%-Ziel von keinem der Mitglieder erreicht worden war¹²⁹³.

Das vom MC erarbeitete Programm *Baltic Strategy for Port Reception Facilities and Associated Issues* und ein Projekt zur Umsetzung des Programms wurden angenommen¹²⁹⁴.

¹²⁸⁸ ebd., S. 39ff.

¹²⁸⁹ HELCOM: Activities 1994, S. 29ff.

¹²⁹⁰ ebd., S. 26.

¹²⁹¹ HELCOM: Activities 1995, S. 29.

¹²⁹² ebd., S. 32.

¹²⁹³ HELCOM: Report of the 17th Meeting of the Helsinki-Commission. Helsinki 12-14 March 1996, S. 3.

¹²⁹⁴ HELCOM: Activities 1995, S. 32.

Im Bekämpfungsbereich wurden die Mitgliedsstaaten aufgefordert, ihre Verhandlungen zur Abgrenzung ihrer Bekämpfungsgebiete zu vereinfachen, da derzeit nur acht von 18 möglichen diesbezüglichen Verträgen in Kraft waren. Die gängige Praxis war es, die Zuständigkeitsregionen deckungsgleich mit den ausschließlichen Wirtschaftszonen zu definieren, was im Falle der baltischen Staaten untereinander und mit Russland sowie zwischen Dänemark und Polen, die die gemeinsamen Grenzen ihrer ausschließlichen Wirtschaftszonen noch aushandeln mussten zu unnötigen Verzögerungen führte. Zur Beschleunigung erging der Vorschlag, die Grenzen der Bekämpfungsregionen losgelöst von den ausschließlichen Wirtschaftszonen zu verhandeln, da klare Zuständigkeiten bei der Bekämpfung einer Verschmutzung elementar sind.

Der größte Teil der angenommenen Empfehlungen betraf wiederum die Verschmutzung vom Lande aus. Zum einen war da eine Empfehlung für das Vorgehen im Transportsektor, das neben den Prinzipien der Effizienz und des Einsatzes von BAT und BEP auch das Auslaufen bleihaltiger Treibstoffe, die Reduzierung des Schwefelgehalts in Treibstoffen, die Förderung unter anderem von alternativen, saubereren Treibstoffen enthielt¹²⁹⁵. Somit wurde erstmalig die Programmatik eines nachhaltigen Transports festgeschrieben. Andere landseitige Verschmutzungsquellen betrafen die Empfehlungen zu den Auflagen für die Emissionen von Steinkohlekokereien, der Stahlindustrie, der Düngerproduktion, der Herstellung von Sulfat- und Sulfitzellstoffen und der städtischen Gebiete bei der Einleitung von Regenwasser sowie die Anwendung von BAT und BEP in der Nahrungsmittelindustrie. Eine weitere Empfehlung legte den Mitgliedern nahe, geplante Installationen aller Art mit möglicherweise negativen Auswirkungen auf die Umwelt den jeweiligen betroffenen Nachbarn und der Kommission anzuzeigen. Diese Form der Berichtspflicht sollte mehr Transparenz und Mitsprache der Betroffenen erreichen.

Eine andere Empfehlung erhöhte den Schutz der Schweinswale, ab 1998 sollten die Staaten über die Umsetzung von Schutzmaßnahmen wie die größtmögliche Vermeidung von Beifängen an Schweinswalen und verstärkter Datensammlung berichten. Im Bereich der Bekämpfung wurde der Gebrauch des Bekämpfungshandbuchs geregelt, wie auch Maßnahmen zur Vermeidung und Bekämpfung von Verschmutzungen durch Öl oder Chemikalien im Falle von Unfällen festgeschrieben wurden. In Verbindung mit der Verabschiedung der *Baltic Strategy* erging auch eine Empfehlung zu den Auffanganlagen, die mehrere grundlegende Neuerungen vorsah. Zum einen war das die Einrichtung eines gemeinsamen Kommunikationssystems, um die Nutzung der Anlagen durch alle Schiffe in der Ostsee dokumentieren und austauschen zu können, die Einrichtung des erwähnten „no-

¹²⁹⁵ ebd., S. 38ff.

special-fee“-Systems, das auch eine Harmonisierung der Hafengebühren herbeiführen sollte, weiterhin der Einbezug von Arbeits-, Fischerei- und Vergnügungsschiffen, die bislang von den Regeln nicht betroffen waren und die Koordinierung der Verfolgung illegaler Einleitungen auf nationaler Ebene sowie die Schaffung eines gemeinsamen Systems der Einstufung des Schweregrades der Tat und der entsprechenden Strafen. Hinzu kamen Regelungen zur Umsetzung dieser Prinzipien¹²⁹⁶. Durch diese Empfehlung im Verbund mit der *Baltic Strategy* war also erstmalig eine umfassende Programmatik für die Bereitstellung angemessener Auffanganlagen und ihrer Nutzung entschieden worden, nachdem die vorherige Konzentration auf Teilaspekte des Themas keine entscheidenden Fortschritte gebracht hatten. Die schnelle Umsetzung des MC-Entwurfs in eine HELCOM-Empfehlung zeigt den großen politischen Willen, nun allerdings mussten die Regelungen national umgesetzt werden.

Tiefe Sorge zeigte das Treffen zu der 1994 im Vergleich zu den Vorjahren trotz entsprechender Maßnahmen gestiegenen Zahl der Fälle von Öleinleitungen und rief zu weiteren Maßnahmen auf diesem Gebiet auf¹²⁹⁷. Im Bereich der Administration der HELCOM wurde aufgrund ihrer Verdienste um die Arbeit der HELCOM der Beobachterstatus der NGOs bis 2001 verlängert. Ein dringender Aufruf an die Mitgliedsstaaten, ihre Beiträge voll und rechtzeitig zu zahlen, zeigt, dass es auf diesem Gebiet weiterhin Probleme gab.

Das 18. Treffen der Kommission fand vom 11.-13.3.1997 in Helsinki statt. Alle Mitglieder waren versammelt, von den beobachtenden Staaten war erneut nur die Ukraine erschienen, dafür aber eine große Zahl an internationalen Organisationen und NGOs¹²⁹⁸. Im Bereich des EC wurde kein Abkommen zur Speicherung der BMP-Daten erreicht, vielmehr sollten bis zur Klärung der Bedingungen einer solchen Speicherung die Daten von nationalen Behörden gesammelt werden, was einen Rückschlag für die Weiterentwicklung des Überwachungsprogramms bedeutete. Wiederum wurde mit großem Bedauern mangelndes Engagement der Teilnehmer festgestellt: Die Berichterstattung zur Umsetzung der Empfehlungen im EC-Bereich aller Mitglieder war sehr unvollständig und verspätet. Zudem waren bei den Staaten, die überhaupt berichteten, nur fünf von elf Empfehlungen voll umgesetzt¹²⁹⁹. Erneut erging ein starker Appell an die Staaten, ihren Berichtspflichten konsequent nachzukommen. Im TC konnte weiterhin keine Einigung zur Reduzierung des Schwefelgehalts in Brennstoffen von *offshore units* erzielt werden¹³⁰⁰. Zur Vergrößerung des Handlungsspielraums des TC wurde von der Kommission beschlossen, Grenzwerte und

¹²⁹⁶ ebd., S. 89ff.

¹²⁹⁷ ebd., S. 34.

¹²⁹⁸ HELCOM: Report of the 18th Meeting of the Helsinki-Commission. Helsinki 11-13 March 1997, S. 1.

¹²⁹⁹ ebd., S. 5.

¹³⁰⁰ ebd., S. 7.

Umsetzungszeitpläne in den Haupttext der Empfehlungen aufzunehmen und rein technische Belange in den Anlagen zu behandeln, damit das TC diese bearbeiten und variieren konnte. Im Bereich des MC konnte die Kommission sich bezüglich einer Empfehlung zum Verklappen von Fischresten aus fischverarbeitenden Fangschiffen nicht einigen, ob es sich um unrechtmäßige Einleitungen handelte, was die Verabschiedung dieser Empfehlung verhinderte¹³⁰¹. Der Bericht zur Umsetzung der *Baltic Strategy* wurde gehört und einige Delegationen sprachen sich für die grundsätzliche Annahme des „no-special-fee“-Systems aus, eine Entscheidung wurde jedoch nicht gefällt. Im Bereich HELCOM-PITF wurde die Löschung eines schwedischen Hot Spots, einem Papierhersteller, und zweier Sub-Hot-Spots in Polen sowie eines finnischen Papierherstellers und der Abwasserbehandlung Rostocks bestätigt. Zudem wurden die Weiterentwicklung des JCP und die Einrichtung eines PITF-TC-Programms zur Landwirtschaft diskutiert. Finnland berichtete von beginnenden finnisch-russisch-estnischen Bemühungen zum Umweltschutz im Finnischen Meerbusen, ein wichtiges Beispiel für die initiiierende Funktion der HELCOM. Die Empfehlungen der Sitzung betrafen die Regulierung einer regelmäßigen Überwachung der Ostsee auf radioaktive Substanzen, Regelungen zum Bau und Betrieb von offshore-Installationen jeder Art, eine leicht veränderte Neuauflage der Empfehlung zur Reduzierung der Einleitungen durch Fischzucht und zur Behandlung von Feuchtgebieten und Süßwasser-Ökosystemen mit ihrer besonders wichtigen Funktion des Zurückhaltens von Nährstoffen.

In einem Minimalkonsens beendete eine Empfehlung zur Reduzierung des Quecksilberanteils in Lichtquellen zunächst die langen Verhandlungen zu dem Thema, Grenzwerte konnten hier jedoch nicht festgelegt werden, sie sollten erst 1999 neu überdacht werden.

Das 19. Kommissionstreffen fand vom 23.-27.03.1998 statt, wiederum in Helsinki. Dieses Treffen fand teilweise auf Ministerebene statt, die in ihrer Erklärung die Löschung von bisher 15 Hot Spots begrüßten, jedoch starken Handlungsbedarf weiterhin bei der Eutrophierung, den Schwermetallkonzentrationen, der illegalen Entsorgung von Schiffen aus, bei neu entdeckten Schadstoffen, bei Defiziten der Überwachung wie auch bei der Einbringung fremder Arten in das Ökosystem Ostsee sahen¹³⁰². Sie bestätigten ihren Einsatz für die 1988 beschlossene 50%-Reduzierung, neu ausgearbeitete spezifischere Ziele sollten noch vor 2005 erreicht werden. Weiterhin sollte die Umsetzung des JCP intensiviert werden, unter anderem, indem diffuse Verschmutzungsquellen ebenso konsequent wie Punktquellen bekämpft werden sollen, wozu auch neue Bestimmungen zur Senkung des Eintrags durch die Landwirtschaft gefordert wurden. Die Überwachung sollte effektiviert werden und hinsichtlich der

¹³⁰¹ ebd., S. 8.

¹³⁰² Communiqué des HELCOM-Ministertreffens, Helsinki 26.3.1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/MinisterialDeclarations/Communique1998.pdf>, 28.10.2008.

Auffangananlagen für Schiffsabfälle wurde die Einrichtung des „*no-special-fee*“-Systems befürwortet.

Auf dem Kommissionstreffen wurde vereinbart, dass mit ICES ein zunächst dreijähriger Vertrag zur Speicherung und Verarbeitung der BMP-Daten abgeschlossen werden sollte, womit der Rückschlag im Bereich der Datenspeicherung des letzten Jahres überwunden war. Das Sekretariat wurde mit den näheren Verhandlungen beauftragt¹³⁰³. Die Frage der Regelung der Fischüberreste, die von Trawlern über Bord gegeben werden, konnte weiterhin nicht geklärt werden, da weiter unterschiedliche Meinungen bestanden. Die IBSFC wurde beauftragt, Angaben über eingebrachte Mengen zu machen, während Finnland auf der Position, dass es sich um verbotenes Dumping handeln würde, beharrte. Zur Reduktion der Nährstoffeinträge wurde eine Liste der am dringendsten zu modernisierenden städtischen Klärwerke der Transformationsstaaten erstellt, um den Fortschritt dieser Einrichtungen beschleunigen und überprüfen zu können. Russland legte hierbei keine Informationen vor.

Das Treffen war mit 18 Empfehlungen sehr produktiv. Im Bereich des Schutzes von Ökosystemen wurden Regelungen für Ausbaggerungen, die wegen immer größerer Schiffe wirtschaftlich immer wichtiger wurden, empfohlen, weiterhin ergingen Regelungen zum Schutz der Wildlachsbestände. Weitere Empfehlungen regelten die Überwachung wie auch die vierte PLC, die aus Daten des Jahres 2000 erstellt werden sollte. Außerdem wurden in Veränderung der Anlage III der Helsinki-Konvention detaillierte Richtlinien für die Landwirtschaft zur Reduzierung der Nährstoffeinleitungen erlassen und in Veränderung der Anlage IV neue Vorschriften für die Reduzierung der Einleitung von Abwässern aus Schiffen und Definitionen für die verpflichtende Regelung der Abgabe aller Schiffsabfälle in Auffanganlagen in Häfen. In Verbindung dazu wurden von der Ministerrunde Empfehlungen zur Anwendung des „*no-special-fee*“-Systems, was ein wesentlicher Fortschritt bei der Umsetzung der *Baltic Strategy* war, zu Abfallbehandlungsplänen in Häfen und zu den Richtlinien der Behandlung des Schiffsmülls an Land verabschiedet. Ebenfalls beschlossen die Minister Empfehlungen zur Anmeldung der Schiffsabfälle vor dem Einlaufen in den Hafen, zur Installation von Müll- und Abwasserauffangeinrichtungen und ihren Standardverbindungen zu den Auffanganlagen für Fischerei-, Arbeits- und Vergnügungsschiffe, die bislang von den Regelungen ausgenommen waren, außerdem eine Empfehlung für Richtlinien zu Auffangtanks und ölseparierende Anlagen in Schiffen, die kleiner als 400t waren. Ferner wurden Minimalstandards für Gefahrgüter transportierende Schiffe beschlossen. Zur Bekämpfung von Verschmutzungen einigte man sich auf Empfehlungen zur Harmonisierung des Gebührensystems gegen Verschmutzer, zur

¹³⁰³ HELCOM: Report of the 19th meeting of the Helsinki-Commission. Helsinki 23-27 March 1998, S. 4.

Kooperation bei der Untersuchung von illegalen Einleitungen, Dumping und Verbrennen, zu Maßnahmen der Bekämpfung der Verschmutzung durch offshore-Anlagen und zu den Berichtsformularen für Vorfälle mit Schadstoffen.

Das 20. Treffen der Helsinki-Kommission fand vom 22.-24.03.1999 in Helsinki statt. Neben den Berichten der Staaten zur Umsetzung der Empfehlungen wurde die Vorbereitung des außerordentlichen Kommissionstreffens im September 1999 diskutiert und es wurden fünf Empfehlungen verabschiedet¹³⁰⁴. Eine Empfehlung definierte BAT und BEP für Fischezuchtstationen und setzte für westliche Länder den Beginn des Jahres 2001, für Transformationsländer den Beginn des Jahres 2003 als Umsetzungsdatum fest¹³⁰⁵. Andere regelten das Verbot als problematisch eingestuftes Pflanzenschutzmittel oder die Reduzierung des Nährstoffeintrags und anderer Verschmutzung aus der Forstwirtschaft. Im Bereich der Seefahrt wurde für Schiffe und Installationen innerhalb der Hoheitsgewässer ein Verbot von organozinnhaltigen Anstrichen verhängt, verbunden mit der Absicht, eine Ausweitung der Gültigkeit in anderen internationalen Einrichtungen wie der IMO zu unterstützen. Eine fünfte Empfehlung formulierte die Minimalanforderungen für Ölbekämpfungseinrichtungen in Ölterminals, um hier Standards zu setzen. Ein außerordentliches Kommissionstreffen vom 06.-07.09.1999 in Helsinki war ganz der im Kapitel 3.2.1 dargestellten Veränderung der Struktur der HELCOM gewidmet.

4.4.1.4.7 Der ökologische Zustand der Ostsee

1993 wurde die erste Bewertung des Zustands der Küstengewässer vorgestellt. Ab 1984 hatten die Mitgliedsstaaten die Pflicht, alle fünf Jahre Bericht über deren Zustand abzuliefern, allerdings wurde dem nur ungenügend nachgekommen, so dass 1989 eine Empfehlung zur Verstärkung dieser Aktivitäten ergehen musste. Die Schwierigkeiten der Umbruchsituation ab 1989 im Osten führten zu einer weiteren Verzögerung, so dass nach einem vorläufigen Report von 1991 erst 1993 der erste Bericht dieser Art vorgelegt werden konnte¹³⁰⁶. Die vorgefundenen Umweltprobleme waren mit Schwermetallen und Eutrophierung dieselben der offenen See. Analog zu den Ergebnissen des ersten Schadstoffeintragsberichts war die Eutrophierung das Hauptproblem in der westlichen Ostsee, während die Belastung mit Schwermetallen das Hauptproblem des Bottnischen Meerbusens darstellte. Im östlichen Teil

¹³⁰⁴ HELCOM: Helsinki-Commission. Report of the 20th Meeting.

¹³⁰⁵ ebd., S. 31ff.

¹³⁰⁶ HELCOM (Hrsg.): First Assessment of the State of the Coastal Waters of the Baltic Sea. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 54) Helsinki 1993. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep54.pdf>, 23.4.2007, S. 3.

der Ostsee herrschten beide Probleme gleichermaßen vor. Die Erkenntnisse waren nach den Ergebnissen der regelmäßigen Überwachungen der offenen See nicht überraschend, jedoch konnte so erstmals der konkrete Zustand der Küstengewässer benannt werden.

Inzwischen hatte auch die Arbeitsgruppe zur verklappten chemischen Munition in der Ostsee einen Bericht erstellt, den sie dem 15. Kommissionstreffen 1994 vorlegte. Dieser betraf nur die Versenkungen von Munition nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1947, Versenkungen nach dem Ersten Weltkrieg und 1952 durch die DDR durchgeführte Versenkungen konnten nicht berücksichtigt werden¹³⁰⁷. Man kam zu dem Schluss, dass im relevanten Zeitraum insgesamt um 40.000t chemischer Munition versenkt wurden. Die Angabe über den Anteil der Chemikalien war durch die unterschiedliche Aufmachung der Munition als Artillerieschosse, Bomben oder einfache Kanister schwer möglich, jedoch seien es zur Zeit der Verklappung insgesamt etwa 13.000t chemisch wirksames Material gewesen¹³⁰⁸. Die Gebiete, in denen Versenkungen vorgenommen worden waren, lagen südöstlich Gotlands, südwestlich von Liepaja, östlich von Bornholm und südlich des Kleinen Belts. Auch im Skagerrak, außerhalb des Gebiets der Helsinki-Konvention lagerten beträchtliche Mengen versenkter chemischer Munition¹³⁰⁹.

Die östlichen Versenkungsgebiete waren auf Befehl der sowjetischen Militärverwaltung beschickt worden. Etwa 34.000t Munition mit 12.000t chemischer Kampfstoffe wurden hier direkt über Bord gegeben, auf den Wegen von den Häfen Swinemünde und Wolgast zu diesen Versenkungsstellen wurden Hinweise gefunden, dass Munition schon hier unkontrolliert versenkt worden war¹³¹⁰. Auch die Art der Verklappung an den Versenkungsstellen sorgte für eine weite Streuung des Materials. Da die Schiffe nur mit dem nötigstem Navigationsgerät ausgestattet waren, war ihre Position vielfach ungenau. Zudem wurde die Munition einzeln über Bord gekippt, was eine große Streuung verursachte. Teilweise wurde sie in den hölzernen Transportkisten belassen, von denen einige auf Bornholm und an der schwedischen Küste angeschwemmt wurden. Entgegen dieser weit gestreuten Verschmutzung der Ostsee in diesen Bereichen ließen sich die Positionen der von den westlichen Alliierten versenkten Kampfstoffe genauer bestimmen, da diese die Transportschiffe im Ganzen versenkt hatten. Außer den Hebungen des Materials, die im Herbst 1971 und Frühling 1972 im Kleinen Belt durchgeführt wurden, waren die Kampfstoffe

¹³⁰⁷ Danish Environmental Protection Agency: Report on Chemical Munitions Dumped in the Baltic Sea. o.O. 1994. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/OtherPublications/1994Report-ChemicalMunitionsDumpedInTheBalticSea.pdf>, 20.12.2005, S. 3.

¹³⁰⁸ ebd., S. 9.

¹³⁰⁹ ebd., S. 3.

¹³¹⁰ ebd., S. 15.

nicht berührt worden¹³¹¹, so dass die Munition und die Behälter sich zersetzen konnten und teilweise die Kampfstoffe freisetzten. Auf Grund ihrer chemischen Eigenschaften verhielten sie sich unterschiedlich. Alle versenkten Kampfgase außer Tabun waren schwerer als Wasser, hatten also keine Tendenz, aufzutauchen und sich zu verbreiten. Weiterhin reagierten alle Gase mit Ostseewasser zu weniger oder nicht mehr toxischen Substanzen, allerdings mit sehr unterschiedlichem Tempo¹³¹². Vor allem viskoses Senfgas hat die größte Resistenz gegen die Auflösung in Wasser und bildet daher Klumpen am Meeresgrund. Jedoch sind die Tiefenströmungen der Ostsee zu gering, um die Kampfstoffe zu bewegen. Somit ging die Arbeitsgruppe davon aus, dass die chemischen Kampfstoffe keine weit verbreitete Gefahr für die Meeresumwelt und den Menschen, sondern ein lokales Problem darstellten, deren Auswirkungen auf die Umwelt vor Ort jedoch weitgehend unbekannt waren, weshalb weitere Forschung gefordert wurde¹³¹³. Angesichts der hohen Risiken wurde von einer Bergung der Stoffe abgeraten, vielmehr sollten Fischern, die wegen des möglichen Aufbringens solcher Munition in Schleppnetzen die einzige Risikogruppe darstellten, genaue Karten der Verklappungsstellen und Verhaltensregeln zugänglich gemacht werden. Neben den bekannten Versenkungsstellen benannten einige Versionen auch andere Stellen, für die jedoch in relevanten Akten kein weiterer Hinweis gefunden werden konnte, jedoch sollten von nationaler Seite weiterhin Untersuchungen betrieben werden.

Der ökologische Zustand der Ostsee blieb auch in den Jahren 1994-1998 problematisch. Der Nährstoffeintrag aus der Luft hatte zwar im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum um 20-30% abgenommen, der Nährstoffeintrag aus flüssigen Quellen hatte jedoch zugenommen¹³¹⁴. Im Finnischen Meerbusen wurde die höchste Konzentration der Nährstoffe in der Ostsee festgestellt, 1996 fiel hier der Sauerstoffgehalt so stark, dass im Sommer 1997 ein Rekordalgenwachstum stattfand, das sich ab da jährlich wiederholte¹³¹⁵. Auch der atmosphärische Eintrag von Schwermetallen war weiterhin hoch, Polen und Deutschland emittierten hier am meisten, Großbritannien hatte einen hohen Stellenwert beim Bleieintrag, Dänemark bei Quecksilber. Ein Erfolg der Kooperation war allerdings eine steigende Zahl der erfolgreich brütenden Weißschwanzseeadler, die auf gesunkene Einleitungen organischer

¹³¹¹ ebd., S. 18.

¹³¹² ebd., S. 19ff.

¹³¹³ Diese sollte sich besonders mit ökologischen und ökotoxikologischen Effekten von Senfgas und den Kampfgasen mit Arsen beschäftigen.

Final Report of the ad hoc Working Group on Dumped Chemical Munition (HELCOM CHEMU) to the 16th Meeting of the Helsinki Commission (March 1995). Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/OtherPublications/CHEMUFinalReport1995.pdf>, 20.12.2005, S. 4.

¹³¹⁴ HELCOM (Hrsg.): Environment of the Baltic Sea Area. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 82a). Helsinki 2001. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep82a.pdf>, 20.12.2005, S. 5.

¹³¹⁵ ebd., S. 6.

Schadstoffe zurückzuführen war. Auch die Robbenbestände der Ostsee hatten sich leicht erholt, waren aber dennoch weiterhin gefährdet. Die Fischerei auf Dorsch, Hering, Lachs und Aal war aber weiterhin nicht nachhaltig, fehlende Maßnahmen ließen hier sogar auf kommerziell bedingte Gleichgültigkeit gegenüber der Meeresumwelt schließen¹³¹⁶. Als wichtigstes Element wurde hier vor allem benannt, die Beifänge besser zu kontrollieren und zu minimieren. Hinsichtlich des Sauerstoffmangels wurde nach den Salzwassereintrüben von 1993/94 schon ab 1995 wieder eine wachsende Stagnation festgestellt. Dagegen verbesserte sich die Qualität der Überwachungsdaten stetig, was einen Erfolg der HELCOM-Arbeit darstellte¹³¹⁷.

4.4.1.5 Die Entwicklung 2000-2004

4.4.1.5.1 Das JCP und seine Umsetzung

Entsprechend der Entscheidung des außerordentlichen Kommissionstreffens vom 06.-07.09.1999 konzentrierte sich die HELCOM-PITF fortan vor allem auf die Bereiche der Investitionen für Punkt- und diffuse Quellen sowie auf die Planung und Investitionen für die Behandlung von Feuchtgebieten, während die anderen inhaltlichen Bereiche des JCP in die Arbeit der HELCOM-Arbeitsgruppen integriert wurden. Zwei wichtige Bereiche, die politischen und rechtlichen Reformen sowie der Institutionenaufbau, waren, vor allem bei den EU-Beitrittskandidaten des Ostseeraums, den baltischen Staaten und Polen, schon umgesetzt¹³¹⁸, so dass außerhalb der PITF die Bereiche „angewandte Forschung“ und „Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung“ zu bearbeiten waren. Bei ersterem suchten die *lead countries* Schweden und Dänemark die Zusammenarbeit mit HELCOM MONAS, zunächst sollte eine Zusammenstellung aller stattfindenden und geplanten Projekte einen Überblick verschaffen. Zu letzterem wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, die auch mit NGOs zusammenarbeiten sollte, deren Ergebnisse die Erwartungen jedoch nicht erreichten, woraufhin die Arbeitsgruppe aufgelöst wurde und die Aufgaben einem ab Januar 2001 existierenden Posten des Informationssekretärs übertragen wurden¹³¹⁹.

Im Bereich der Hot Spots wurden zwei Papiermühlen in Russland und Estland geschlossen und folglich von der Spot-Liste gelöscht. Außerdem wurde der Rigaische Meerbusen von der

¹³¹⁶ ebd., S. 17.

¹³¹⁷ ebd., S. 20.

¹³¹⁸ HELCOM: Report on the Activities of the Commission during 2000. Elektronisch veröffentlicht auf: [http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20\(HELCOM\)/HELCOM%2022%202001/7a_1.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20(HELCOM)/HELCOM%2022%202001/7a_1.pdf), 26.06.2007, S. 15.

¹³¹⁹ ebd., S. 15.

Liste der Hot Spots gelöscht, weil positive Trends bei den Hot Spots in seinem Wassereinzugsgebiet erkennbar waren¹³²⁰. Außerdem konnte der deutsche landwirtschaftliche Hot Spot des Arkona-Beckens gelöscht werden. Die Bilanz zeigt jedoch, dass von den 19 bislang ausgeräumten Hot Spots nur drei in den Transformationsländern lagen und dass diese Löschungen nicht durch Modernisierungen, sondern durch Schließung der Werke erreicht wurden. Zur Betreuung landwirtschaftlicher Hot Spots war 1999 die *Working Group on Agriculture* (WGA) eingerichtet worden, um diese Themen intensiver behandeln zu können.

Im Mai und Oktober 2000 wurden von der PITF regionale Workshops in Riga und Vilnius organisiert, die die Betreiber der Hot Spots mit politisch Verantwortlichen in Kontakt brachten, um so die Modernisierung der Spots zu vereinfachen¹³²¹. Die Ergebnisse waren sehr positiv, so dass weitere Workshops dieser Art geplant wurden. Treffen der PITF sollten nunmehr allerdings nur einmal jährlich erfolgen. Ein großer Teil der Arbeit wurde auch durch eine Neujustierung der PITF eingenommen, die mit Berichten, Vorschlägen und Kontaktaufnahmen mit anderen internationalen Organisationen neue Wege suchte.

Im Jahr 2001 konnten vier weitere Hot Spots gelöscht werden¹³²². Interessant ist hierbei, dass zwei polnische Bergbau-Hot Spots, Nr. 96 und 111, zur Löschung vorgeschlagen wurden, da ihre Schadstoffe 900 bzw. 600 km von der Ostsee entfernt eingeleitet wurden und dieser nach Ansicht einer Neubewertung daher nicht schaden konnten. Sie waren aber trotz dieser Entfernung auf die Hot Spot-Liste gesetzt worden, da bei der Planung des JCP zunächst keine klaren Kriterien zur Definition eines Hot Spots bestanden und die Betreiber natürlich interessiert waren, über die PITF an Finanzierungsmöglichkeiten zu gelangen¹³²³.

Die regionalen Workshops wurden 2001 fortgesetzt. Um eine bessere Bearbeitung der Problemstellen zu ermöglichen, wurden die Hot Spots teilweise in Untergruppen aufgeteilt, ein Mittel im Rahmen der Modernisierung der PITF-Arbeit, das kleinere Projekte schuf, für die schneller eine Finanzierung gefunden werden konnte. Auch grundsätzlich wurde darauf gedrängt, die Umsetzung des JCP zu beschleunigen, es gebe zum Beispiel im Bereich der industriellen Hot Spots außer in Polen geringe Aktivitäten. Viele kleine und mittlere städtische Klärwerke, an die Industrie angeschlossen war, waren weiterhin deutlich

¹³²⁰ HELCOM Programme Implementation Task Force: Minutes of the 17th meeting 13.-14.11.2000.

Elektronisch veröffentlicht auf:

[http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Programme%20Implementation%20Task%20Force%20\(PITF\)/PITF%2017%20\(2000\)/PITF17_Minutes.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Programme%20Implementation%20Task%20Force%20(PITF)/PITF%2017%20(2000)/PITF17_Minutes.pdf), 17.01.2007, S. 6.

¹³²¹ HELCOM: Report on the Activities of the Commission during 2000, S. 17.

¹³²² HELCOM Programme Implementation Task Force: Minutes of the third Meeting of the Preparatory Group 30.-31.1.2001. Elektronisch veröffentlicht auf:

[http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Programme%20Implementation%20Task%20Force%20\(PITF\)/PG%203A%20\(2001\)/PG3_A_Minutes.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Programme%20Implementation%20Task%20Force%20(PITF)/PG%203A%20(2001)/PG3_A_Minutes.pdf), 17.01.2007, S. 2.

¹³²³ ebd.

Zeitzeugeninterview mit Dr. Ulrich Kremser vom 05.07.2007, S. 19.

überlastet¹³²⁴. Im Bereich der Landwirtschaft waren in den baltischen Staaten Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen erkennbar, in Russland dagegen war es eher die Schließung großer Schweinezuchtanlagen, die den Verschmutzungseintrag reduziert, hier war noch viel Arbeit zu tun¹³²⁵. Hinsichtlich der Küstengebiete waren im Rigaischen Meerbusen einige Fortschritte zu verzeichnen, das Kurische Haff war jedoch weiterhin durch russische Landwirtschaft und Industrie in der Oblast Kaliningrad schwer verschmutzt, das Frische Haff, vor allem durch die Weichselmündung, ebenso.

Die Runde der regionalen Workshops wurde 2002 in den verbliebenen Ländern fortgesetzt und abgeschlossen¹³²⁶. Die Löschung von Hot Spots konnte weiter vorangetrieben werden, so dass Ende 2002 insgesamt 46 ganz und drei teilweise gelöscht worden waren, wobei 2002 mit über 25 Löschungen das erfolgreichste Jahr darstellte. Schätzungen ergaben, dass diese Reduzierung von Einleitungen aus Punktquellen auch die generelle Verschmutzungssituation der Ostsee verbessert hatte¹³²⁷. Aus einer Halbzeitbewertung des JCP ging allerdings auch hervor, dass trotz der umfangreichen Aktivitäten auch viel zu tun blieb, so standen 1999 für den Bereich der Landwirtschaft noch 2,26 Mrd. Euro, für die Küstenlagunen 249 Mio. Euro, für die verbleibenden 36 industriellen Hot Spots noch 777 Mio. Euro, für kommunale Hot Spots 2,736 Mrd. Euro und für Brennpunkte der Abfallbehandlung noch 13 Mio. Euro an Investitionen aus, so dass zur Halbzeit des Programms 1,462 Mrd. investierte Euro noch benötigten 6,034 Mrd. Euro gegenüberstanden¹³²⁸. Bezüglich des Verhältnisses der aufgebrauchten Summen zu den insgesamt benötigten verlief keine eindeutige Trennung entlang der ehemaligen Blockgrenze. Zwar hatten tendenziell die östlichen Staaten im Verhältnis zu ihrem Bedarf weniger Gelder aufbringen können, jedoch lag Lettland mit der Hälfte der Gesamtsumme vor Deutschland, das noch fast zwei Drittel der Kosten nicht bereitgestellt hatte. Polen, das mit 2,712 Mrd. Euro den Löwenanteil aufzubringen hatte, hatte mit 456 Millionen Euro die größte Summe mobilisieren können, Estland dagegen hatte erst 2% seiner nötigen Ausgaben getätigt. Am weitesten vorangekommen war Schweden, das nur noch 7,5% seiner Kosten vor sich hatte, Weißrussland und die Tschechische Republik hatten dagegen noch keine Investitionen tätigen können¹³²⁹. Insgesamt waren 1999 nur 20% der

¹³²⁴ HELCOM: Report of the Activities of the Commission during 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: [http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20\(HELCOM\)/HELCOM%2023%202002/8a_1.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20(HELCOM)/HELCOM%2023%202002/8a_1.pdf), 26.06.2007, S. 15.

¹³²⁵ ebd., S. 15.

¹³²⁶ HELCOM: Activities 2002- 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: [http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20\(HELCOM\)/HELCOM%2024%202003/HELCOM%2024%20regular/4-2%20REV1.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20(HELCOM)/HELCOM%2024%202003/HELCOM%2024%20regular/4-2%20REV1.pdf), 26.06.2007, S. 6.

¹³²⁷ ebd., S. 6.

¹³²⁸ HELCOM: The Baltic Sea Joint Comprehensive Environmental Action Programme (JCP) - Ten Years of Implementation, S. 13.

¹³²⁹ ebd., S. 13.

benötigten Kosten gedeckt. Da aber die erste Phase des JCP überhaupt erst die Bedingungen für Investitionen schaffen sollte, war dieser gewisse Verzug noch im Rahmen des Möglichen. Am schnellsten wurden die Investitionen bei der Abfallbehandlung und im kommunalen Rahmen getätigt, die Landwirtschaft dagegen hatte am langsamsten Modernisierung erfahren¹³³⁰. 2002 wurde eine Arbeitsgruppe zur Überwachung und Vereinfachung der Umsetzung des JCP eingerichtet, die beauftragt war, dem HELCOM-Ministertreffen im Juni 2003 Vorschläge zur Zukunft des Programms zu machen.

Auch 2003 wurde eine Evaluierung der Erfolge des JCP durchgeführt. In Polen, dem auf Grund seiner Lage größten Verschmutzer der Ostsee, wurden seit dem Beginn des Programms 24 Hot Spots und Sub-Hot Spots gelöscht¹³³¹, so dass 2003 hier noch 18 Spots mit insgesamt 28 Verschmutzungsquellen bestanden, wovon 24 Punktquellen, zwei diffuse Quellen und zwei Küstenlagunen waren¹³³². Die Chancen, diese vor Ende des Programms zu beseitigen, wurden als realistisch eingestuft. Die an der Vermeidung von Verschmutzungsgebühren interessierten Firmen selbst waren mit 46% der Anteile stets die Hauptinvestoren, andere Geldquellen waren ökologische Fonds (25%) und IFIs (13%), Direktinvestitionen aus dem Ausland waren mit 6% eher selten¹³³³. Die geringe Auslandsbeteiligung war überraschend, da die Unterstützung des Ostens durch den Westen ja gerade das Ziel des JCP war. Dennoch war es möglich gewesen, eine konstante Verbesserung der Umweltsituation herbeizuführen und das wirtschaftliche Wachstum mit einer Verbesserung der Umweltverträglichkeit von Wirtschaft und menschlichem Leben einhergehen zu lassen. Als Beispiel mag die Entwicklung der Klärwerke dienen: 1980 lag der Anteil der kommunalen und industriellen Abwässer, die behandelt wurden bei nur 57,7%, 1990 waren es 67,4%. In den folgenden zehn Jahren stieg der Anteil auf 88% im Jahre 2000, also war eine deutliche Beschleunigung der Verbreitung geschehen. Der Anteil der biologisch behandelten Abwässer stieg von 15,2% im Jahre 1980 auf 53,4% im Jahr 2000¹³³⁴. Für die russischen Hot Spots soll der Spot Nr. 18, der Ausbau der Kanalisation St.Petersburgs zur Eliminierung direkter Einleitungen exemplarisch dargestellt werden. 1992 hatte das Kanalisationssystem der Stadt eine Länge von 6.878 km. Die Zahl der allein von *Vodokanal*, der staatlichen Abwassergesellschaft St.Petersburgs, betriebenen direkten Einleitungen unbehandelter Abwässer belief sich auf 213 Stellen, was

¹³³⁰ ebd., S. 14.

¹³³¹ Diese waren sieben Klärwerke, 15 Industriestandorte und zwei Bergbaustandorte.

¹³³² HELCOM (Hrsg.): Thematic Report on HELCOM-PITF Regional Workshops held in Poland - Status of the Polish JCP Hot Spots. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 91) Helsinki 2003
Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep91.pdf>, 20.12.2005.

¹³³³ ebd., S. 14.

¹³³⁴ ebd., S. 39.

646,7 Mio. m³ pro Tag, und damit 35% aller städtischen Abwässer entsprach¹³³⁵. Die Anzahl der direkten Einleitungsstellen unbehandelter industrieller Abwässer belief sich auf 330, was 700.000 m³ pro Tag entsprach. Wesentliche Abwassersammelbecken waren nicht gebaut worden und die bestehenden waren in ausnehmend schlechtem Zustand. Die fehlende Technik und Erfahrung zur Reparatur und Reinigung der Kanäle verschlechterte die Effektivität des bestehenden Systems weiter. Die Hindernisse der Modernisierung waren die bauliche Enge der Altstadt, die erhebliche Verkehrsbehinderungen nötig und Beschädigungen an historischen Gebäuden wahrscheinlich machte und die geringe Effizienz und der horrende Energieverbrauch des vorhandenen veralteten Pumpenmaterials, das in der auf Feuchtgelände gebauten Stadt besonders wichtig war.

Zur Lösung entwickelte *Vodokanal* ein umfassendes Programm, das das Bekanntmachen mit moderner Technik und entsprechender Belegschaftsschulung, Pilotprojekte und Renovierung alter Rohrsysteme in der Altstadt mit ausländischen Firmen, vor allem mit finnischer Unterstützung beinhaltete. Zwischen 1995 und 2002 konnten so immerhin 189 km Rohre erneuert werden¹³³⁶. Arbeiten an großen Sammelbecken begannen, die jedoch erst 2008 beendet werden sollten. 30 Abwasserpumpenstationen wurden zur Steigerung der Effizienz durch Geräte mit höherem Wirkungsgrad ersetzt, die Überwachung der Stationen wurde umfassend automatisiert. Das Abwasserleitungssystem der Stadt wurde so bis 2003 um fast 636 km verlängert, die Zahl der direkten Einleitungsquellen der Stadt konnte auf insgesamt 408, von denen 173 von *Vodokanal* betrieben wurden, verringert werden. Weiterhin war das bestehende Netz in wichtigen Teilen renoviert worden, Arbeiten an Speicherbecken hatten begonnen, die Systemkontrolle war automatisiert. Außerdem wurden 2000 alle direkten Einleitungsquellen erfasst und ein Programm zu ihrer Eliminierung bis 2015 erarbeitet. Alle diese Arbeiten jedoch waren fortzusetzen, da vor allem bei der Renovierung des Kanalnetzes und dem Bau von Speicherbecken bislang nur der Anfang getan war und die Hot Spots noch nicht gelöscht werden konnten¹³³⁷. Neben diesem Hot Spot gab es in St.Petersburg weitere Hot Spots, im Abwasserbereich zum Beispiel der Bau von Kläranlagen, die nicht weniger umfangreich waren. Auch im Bereich der industriellen Hot Spots, zum Beispiel beim Schwermetallausstoß, der 1992 noch für 20% der Belastung der gesamten Ostsee verantwortlich war, gab es dank internationaler Hilfe Fortschritte. In den westlichen Staaten waren 2003 schon viele Hot Spots gelöscht, Probleme bereitete weiterhin die Landwirtschaft, die als diffuse Quelle schwerer zu reglementieren und zu kontrollieren war.

¹³³⁵ HELCOM (Hrsg.): Thematic Report. Status of the Hot Spots in Saint-Petersburg and the Leningrad region. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 98) Helsinki 2004, S. 9
Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep98.pdf>, 20.12.2005.

¹³³⁶ ebd., S. 10.

¹³³⁷ ebd., S. 13.

Die Überprüfungen der Zukunft des JCP hatten mit einer Empfehlung geschlossen, HELCOM-PITF zu schließen, was dann von dem 24. Kommissionstreffen vom 25.06.2003 in Bremen entschieden wurde¹³³⁸. Damit wurde ein erfolgreiches Kapitel der HELCOM-Geschichte beendet, ohne dass die ursprünglichen Aufgaben bewältigt gewesen wären. Die Betreuung der verbliebenen Hot Spots wurde HELCOM LAND übertragen.

4.4.1.5.2 HELCOM MONAS

Die neue *Monitoring and Assessment Group* (MONAS), die nach den Beschlüssen des außerordentlichen Kommissionstreffens 1999 aus der Zusammenlegung der Überwachungsuntergruppe der EC und der Einleitungsuntergruppe der TC entstand, hielt ihr erstes Treffen vom 08.-12.05.2000 in Tallinn ab¹³³⁹. Die Aufgaben waren weiterhin die Überwachung und Bewertung des Zustands der Ostsee und die Entwicklung der Forschung in diesem Gebiet. In Zusammenarbeit mit dem Sekretariat und den *lead countries* wurden die Berichtsformulare zur Umsetzung der Empfehlungen aus dem MONAS-Gebiet überarbeitet, um eine bessere Bewertung des Arbeitsfortschritts zu ermöglichen. Die Projektgruppen zur Erstellung des vierten regelmäßigen Berichts zum Zustand der Meeresumwelt, des vierten Einleitungsberichts und des dritten Berichts zu radioaktiven Substanzen arbeiteten erfolgreich weiter. Weiterhin hatte es mehrere wissenschaftliche Workshops zu Methoden der Überwachung und Messung gegeben. Außerdem wurden Überlegungen angestellt, wie die Überwachung durch eine höhere Frequenz der Berichte und ihre Spezialisierung auf einzelne Themen intensiviert werden könnte. Grundsätzlich jedoch war die Arbeitsstruktur der neuen Gruppe noch wenig abgestimmt, so dass viel Arbeit zunächst in das eigene Funktionieren investiert werden musste.

Auf der dritten MONAS-Sitzung im Oktober 2001 wurde die Form der Überwachung grundsätzlich verändert. Zu den großen regelmäßigen Berichten, die Trends von 5 bis 10 Jahren Dauer darstellen, sollten jährliche Indikatorenberichte und jährliche Berichte zu Spezialthemen kommen, um die Bewertung des ökologischen Zustands auf einem höheren Datenniveau durchführen zu können. Im Jahre 2002 wurden neben anderen Berichten der Überblick zu radioaktiven Substanzen in den Jahren 1992-1998 fertig gestellt, dessen Inhalt weiter unten dargestellt werden wird. Durch diesen Bericht konnte eine Bedrohung durch

¹³³⁸ Helsinki Commission - Baltic Marine Environment Protection Commission. Minutes of the 24th Meeting Bremen, Germany 25 June 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/MinisterialDeclarations/Bremen2003.pdf>, S. 71.

¹³³⁹ HELCOM: Report on the Activities of the Commission during 2000, S. 1.

Radioaktivität ausgeschlossen werden und zudem wurde ein aktuelles Inventar aller mit radioaktivem Material arbeitenden Einrichtungen der Region erstellt. Außerdem war die MONAS beteiligt an einer HELCOM-weiten Überarbeitung der Berichtsstrukturen, die diese effektivieren und in Einklang mit Prinzipien der Berichtsstrukturen der EU bringen sollte¹³⁴⁰. Auf dem vierten Treffen vom 21.-25.10.2002 informierten Deutschland und Dänemark über die schweren Algenblüten und den starken Sauerstoffmangel in ihren Gewässern im Sommer 2002 und es wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die das Phänomen des Sauerstoffmangels näher untersuchen sollte¹³⁴¹.

Dass es auch in der neuen Arbeitsstruktur starke Probleme bei der Datenerhebung gab, zeigte das fünfte Treffen der MONAS vom 23.-25.04.2003, wo wiederum tiefe Sorge über starke Verspätungen und Ausfälle bei den nationalen Berichten ausgedrückt und mit Nachdruck für eine dringende Verbesserung der Prozeduren des Datenaustauschs geworben wurde¹³⁴².

4.4.1.5.3 HELCOM HABITAT

Das erste Treffen der neuen Gruppe HELCOM HABITAT (*Nature Conservation and Coastal Zone Management Group*), die aus der für Artenschutz zuständigen Untergruppe des EC und der PITF-Gruppe für Küstengebiete und Feuchtlande zusammengesetzt wurde, fand vom 22.-26.05.2000 statt¹³⁴³. Auch hier wurden in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat und den *lead countries* die Berichtsroutinen überarbeitet. Hinsichtlich der großen Probleme des Schweinswalbestandes in der Ostsee war man an die IBSFC herangetreten, konkrete Schritte der Zusammenarbeit wurden jedoch noch nicht vereinbart. Stattdessen veranstaltete HABITAT einen Workshop zur Entwicklung eines Schutzprogramms für Schweinswale. Deutschland hatte eine Karte mit den 62 bestehenden und 24 vorgeschlagenen besonderen Schutzgebieten der Ostsee (*Baltic Sea Protected Areas - BSPAs*) vorgelegt. Ein geplanter Workshop zu diesen BSPAs musste wegen einer zu geringen Teilnehmerzahl verschoben werden. Weiterhin wurden Themen wie integriertes Küstenzonenmanagement, nachhaltige Fischerei und Schutz von Robben bearbeitet.

¹³⁴⁰ HELCOM: Activities 2002- 2003, S. 3.

¹³⁴¹ HELCOM: Minutes of the Fourth Meeting. HELCOM-MONAS 21.-25.10.2002 Rostock-Warnemünde. Elektronisch veröffentlicht auf:

[http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Monitoring%20and%20Assessment%20Group%20\(MONAS\)/MONAS%204,%202002/Minutes%20of%20the%20Meeting.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Monitoring%20and%20Assessment%20Group%20(MONAS)/MONAS%204,%202002/Minutes%20of%20the%20Meeting.pdf), 17.01.2007, S. 6.

¹³⁴² HELCOM: Monitoring and Assessment Group. Minutes of the Fifth Meeting 23.-25.4.2003.

Elektronisch veröffentlicht auf:

[http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Monitoring%20and%20Assessment%20Group%20\(MONAS\)/MONAS%205,%202003/Minutes%20of%20the%20Meeting.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Monitoring%20and%20Assessment%20Group%20(MONAS)/MONAS%205,%202003/Minutes%20of%20the%20Meeting.pdf), 29.6.2007, S. 4.

¹³⁴³ HELCOM: Report on the Activities of the Commission during 2000, S. 3.

Im Jahr 2001 wurden gemeinsame Konzepte für das integrierte Küstenzonenmanagement entwickelt, ein Bericht zur Entwicklung einer umfassenden Umsetzungsstrategie sollte 2002 folgen¹³⁴⁴. Im Mai 2001 fand der vom Vorjahr aufgeschobene BSPA-Workshop statt und drängte erneut die Teilnehmer zur rechtlichen Umsetzung des Schutzes der BSPAs, wie er in der Empfehlung vom 15. Kommissionstreffen festgelegt wurde, bislang seien nur sehr wenige der 62 ausgewiesenen BSPAs tatsächlich voll geschützt¹³⁴⁵. Im Bereich der nachhaltigen Fischerei wurde die Kooperation mit der IBSFC gestärkt und ein gemeinsames Seminar für den Februar 2002 vorbereitet. Im Bereich der Seehunde wurden Überlegungen zur Vereinbarkeit des Schutzes der Tiere mit den Interessen der Fischer begonnen, da eine durch Schutzmaßnahmen steigende Population Interessenkonflikte auslöste. Die Schutzmaßnahmen für die Wildlachsbestände zeigten in leicht ansteigenden Populationen ihre positive Wirkung. Das Treffen im Jahr 2002 vom 29.01.-01.02. stellte unter anderem die dringende Notwendigkeit der gemeinsamen Überwachung der Wildvögel im Ostseegebiet fest und beschloss zunächst ein Pilotprojekt in Kooperation mit *BirdLife International* durchzuführen¹³⁴⁶. Hinsichtlich der durch Robben an Fischzuchtanlagen angerichteten Schaden berichtete die EU über die Verhandlungen in der EG, die Fischer zu entschädigen und beim Erwerb „seehund-sicherer“ Netze zu unterstützen, die jedoch noch ergebnislos verlaufen waren. Im Bereich des Schutzes der Küstengebiete wurde vereinbart, Untersuchungen durchzuführen, welche der BSPAs sinnvollerweise den höheren Status von *Particularly Sensitive Sea Areas* (PSSAs), der mit noch höheren Schutzauflagen verbunden war, bekommen sollten¹³⁴⁷. Keinesfalls könnte die Einrichtung der PSSAs mit größeren Kompetenzen der Nationalstaaten in den Gebieten einhergehen und außerdem bedürften solche Gebiete außerhalb der Territorialgewässer der Zustimmung der IMO, ihre Einrichtung wäre also langwierig und teilweise unsicher. Generell wurde jedoch von der Einrichtung der PSSAs ein höheres Bewusstsein für den Meeresschutz erwartet, was mit einer stärkeren Einhaltung der Regeln einhergehen würde¹³⁴⁸.

In der Folge schlug Finnland auf dem vierten Treffen der Gruppe am 11.02.2003 in Berlin vor, die gesamte Ostsee oder zumindest große Teile als PSSAs auszuweisen¹³⁴⁹. Schweden

¹³⁴⁴ HELCOM: Report of the Activities of the Commission during 2001, S. 4.

¹³⁴⁵ ebd., S. 4.

¹³⁴⁶ HELCOM: Nature Conservation and Coastal Zone Management Group. Minutes of the Third Meeting 29.1.-1.2.2002. Elektronisch veröffentlicht auf:

[http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Nature%20Protection%20and%20Biodiversity%20Group%20\(HABITAT\)/HABITAT%203,%202002/Minutes_of_the_Meeting.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Nature%20Protection%20and%20Biodiversity%20Group%20(HABITAT)/HABITAT%203,%202002/Minutes_of_the_Meeting.pdf), 29.6.2007, S. 5.

¹³⁴⁷ ebd., S. 9.

¹³⁴⁸ ebd., S. 11.

¹³⁴⁹ HELCOM: Minutes of the Fourth Meeting- HELCOM HABITAT 11.2.2003 Berlin. Elektronisch veröffentlicht auf:

und Lettland waren dafür, während Deutschland einige Ausnahmen anstrebte. Polen wollte eine Entscheidung vertagen und Estland, Litauen und Dänemark waren ohne offizielle Position. Russland dagegen sah sich nicht in der Lage, auch nur Teile der Ostsee als PSSAs einzustufen, dennoch kam das Treffen überein, dass ein solcher Schritt generell anzustreben sei. 2003 organisierte HELCOM HABITAT Seminare zum Umgang mit BSPAs und zur internationalen Kooperation im Falle von grenzüberschreitenden BSPAs. Die Zusammenarbeit mit Baltic 21 und VASAB 2010 im Bereich des integrierten Küstenzonenmanagements wurde verstärkt, unter anderem wurde hierzu gemeinsam ein Treffen organisiert, das zum Erfahrungs- und Informationsaustausch sowie zum Aufbau nützlicher Kontakte gedacht war¹³⁵⁰.

4.4.1.5.4 HELCOM SEA/MARITIME

Das erste Treffen der aus dem MC hervorgegangenen Gruppe HELCOM SEA fand vom 15.-19.05.2000 statt. Es wurden vor allem die Umsetzungsberichte der Mitgliedsstaaten hinsichtlich der *Baltic Strategy* diskutiert. Diese ergaben, dass die Umsetzung weiter voranschritt, aber auch fünf Jahre nach ihrer Verabschiedung von keinem Staat abgeschlossen worden war¹³⁵¹. Außerdem konnten gemeinsame Definitionen relevanter Begriffe bei der Anmeldung und Abgabe von Schiffsabfällen, bei Ausnahmen und bei der Anwendung des „no-special-fee“-Systems verabschiedet werden. Dieser Definierungsprozess sollte hinsichtlich möglicher Probleme des „no-special-fee“-Systems und der Klärung, was als „Hafen“ zu betrachten ist beim folgenden Treffen fortgesetzt werden. Die Vereinbarung zu einem „no-special-fee“-System in den Bereichen Abwasser und Müll musste auf das nächste Treffen verschoben werden. Hinsichtlich unbeabsichtigter Einleitungen durch Unfälle übernahm Lettland die Aufgabe, Zeit, Ort, Schiffstypen und Vorfall zu dokumentieren und auf einer Karte darzustellen, um so Aufschluss über gefährdete Gebiete und Risikofaktoren zu erhalten. Ein schwedisches Papier zu flüssigen Schadstoffen hoher Dichte problematisierte Regellücken in MARPOL 73/78 und ungenügende Möglichkeiten, mit dem bestehenden Bekämpfungsmaterial gegen eine Verschmutzung vorzugehen. Ein Hinweis dafür, dass die Bekämpfung der Verletzung von Umweltschutzrichtlinien noch immer nicht effektiv und vereinheitlicht war, zeigte sich darin, dass Schweden sich anbot, zum nächsten Treffen in

[http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Nature%20Protection%20and%20Biodiversity%20Group%20\(HABITAT\)/HABITAT%204,%202003/Minutes%20of%20the%20Meeting.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Nature%20Protection%20and%20Biodiversity%20Group%20(HABITAT)/HABITAT%204,%202003/Minutes%20of%20the%20Meeting.pdf), 17.01.2007, S. 5.

¹³⁵⁰ HELCOM: Activities 2002- 2003, S. 7.

¹³⁵¹ HELCOM: Report on the Activities of the Commission during 2000, S. 5.

diesem Bereich ein Dokument zur Anleitung zu Organisation, Routinen und Ausbildung sowie Ausrüstung zur Probenentnahme vorzubereiten¹³⁵². Wie nötig das war, zeigte, dass nach allen Anstrengungen trotz einer von 1998 auf 1999 gesunkenen Zahl der Überwachungsflugstunden im selben Zeitraum mehr Verstöße gegen die Öleinleitungsvorschriften festgestellt wurden. Um die Verursacher besser aufspüren zu können, wurde die Einführung des EUROCRUDE-Systems in der Ostsee diskutiert, das Schiffsölen einen „Fingerabdruck“ verleiht und sie damit zuordenbar macht¹³⁵³. Außerdem sollte die Möglichkeit der Nutzung von Satellitenbildern zur Überwachung erwogen werden. 2001 kam es dann zur Zusammenarbeit mit der betreffenden Expertengruppe der Konferenz der Generalstaatsanwälte des Ostseeraums. Zu Beginn dieses Jahres konnte auch eine Karte zu Unfällen von Schiffen in der Ostsee für den Zeitraum 1989-1999 vorgelegt werden, die eindeutig das geringere Risiko des Ölaustritts bei Unfällen mit doppelwandigen Tankern belegte und als Risikogebiete die Hafenzufahrten und sonstige enge Gewässer identifizieren konnte¹³⁵⁴.

Am 29.03.2001 geschah mit der Kollision des havarierten Öltankers „*Baltic Carrier*“ mit dem Frachter „*Tern*“ in der Kadettrinne zwischen Dänemark und Deutschland der größte Ölunfall in der Ostsee seit 20 Jahren. Von den ausgelaufenen 2.700t Öl konnten zwar 80% aufgenommen werden, der Rest jedoch wurde an dänischen Stränden angespült¹³⁵⁵. Dieser Schock stand jedoch nicht für sich allein, da nicht nur die Schifffahrt in der Ostsee immer intensiver wurde¹³⁵⁶, sondern auch das wachsende Interesse, Öl durch die Ostsee nach Westen zu transportieren das Risiko eines Ölunfalls ähnlicher Dimension immer größer werden ließ¹³⁵⁷. Vor diesem Hintergrund gab es am 10.09.2001 ein außerordentliches HELCOM-Ministertreffen zur Navigationssicherheit, das neue grundlegende Richtungen wies und dessen Ergebnisse im nächsten Kapitel zur Kommission dargelegt werden sollen.

Das Jahr 2002 war geprägt von der Umsetzung der auf dem außerordentlichen HELCOM-Ministertreffen beschlossenen Maßnahmen und im März 2003 wurde ein gemeinsamer HELCOM/IMO/EU-Workshop organisiert, der die Umsetzung der Kopenhagen-Erklärung

¹³⁵² ebd., S. 8.

¹³⁵³ ebd., S. 10.

¹³⁵⁴ HELCOM: Maps on Shipping Accidents in the Baltic Sea 1989-1999, S. 5ff. Elektronisch veröffentlicht auf: [http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Sea-based%20Pollution%20Group%20\(HELCOM%20SEA\)/HELCOM%20SEA%202,%202001/3_1_6.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Sea-based%20Pollution%20Group%20(HELCOM%20SEA)/HELCOM%20SEA%202,%202001/3_1_6.pdf), 17.01.2007.

¹³⁵⁵ HELCOM: Report of the Activities of the Commission during 2001, S. 10.

¹³⁵⁶ Zwischen 1990 und 1995 allein war sie um 20% gestiegen und die wachsende wirtschaftliche Vernetzung im Ostseeraum und die wachsenden Verbindungen der östlichen Staaten mit Westeuropa und der Welt legten starke weitere Zuwächse nahe.

¹³⁵⁷ So wurde für den Zeitraum von 1997 bis 2017 der Anstieg des Risikos eines Ölunfalls mit unter 1000t austretenden Öls auf 50% und eines Ölunfalls über 1000t mit 25% beziffert, der geplante Bau eines neuen russischen Ölhafens im Finnischen Meerbusen würde das Risiko eines Ölunfalls in der gesamten Ostsee um zusätzliche 40% und im Finnischen Meerbusen um 100% steigen lassen. ebd., S. 10.

des außerordentlichen HELCOM-Ministertreffens vom 10.09.2001 untersuchte und die Hauptelemente umgesetzt sah, weiterhin jedoch eine breite regionale Kooperation zur fortgesetzten Umsetzung forderte¹³⁵⁸. Expertengruppen wurden eingesetzt, die den Nutzen von Lotsenpflicht in besonders gefährlichen Seegebieten, der Einrichtung einer speziellen Route für Schiffe mit Öl oder anderen Schadstoffen durch die gesamte Ostsee und neuer Regulierungen für den Winterverkehr prüfen sollten.

Mit ihrem ersten Treffen vom 18.-20.02.2003 löste die HELCOM MARITIME die HELCOM SEA ab. Dass die Umsetzung der *Baltic Strategy* auch weiterhin ihre Hindernisse hatte, zeigte, dass auch auf dem 2. Treffen der HELCOM MARITIME im Januar 2004 nur entschieden werden konnte, weiter die Möglichkeit der Ausdehnung des „no-special-fee“-Systems auf Abwässer und Müll zu prüfen¹³⁵⁹, nachdem im Jahr 2000 nicht die Prüfung, sondern eine Entscheidung für diese Ausdehnung für das Jahr 2001 angekündigt worden war, was deutliche Schwierigkeiten und Verspätungen deutlich macht. Als Erfolg war jedoch zu werten, dass bezüglich der Anwendung von EUROCRUDE-Markern in Schiffsölen eine eigene Expertengruppe außerhalb HELCOM entstanden war, so dass dieses Thema nicht mehr von der HELCOM MARITIME verfolgt werden musste. Hinsichtlich der Ratifizierung der Anlage VI von MARPOL 73/78 zeigte sich das Treffen unbefriedigt¹³⁶⁰, drängte die Staaten, den Vorgang zu beschleunigen und beschloss, das Thema dem nächsten Kommissionstreffen vorzulegen.

4.4.1.5.5 HELCOM LAND

Im Jahr 2000 hielt die neue Gruppe HELCOM LAND im April und im November Treffen ab. Nachdem das erste Treffen mehr organisatorischen Fragen gewidmet war, wurden auf dem zweiten Treffen vier Hot Spots (zwei kommunale Klärwerke in Polen, ein industrielles Klärwerk in Lettland und der deutsche landwirtschaftliche Hot Spot des Arkonabeckens) der PITF zur Löschung vorgeschlagen¹³⁶¹. Die Fortschritte am russischen Hot Spot Nr. 21, den kommunalen Phosphoreinleitungen St.Petersburgs, wurden gelobt, jedoch sah man sich

¹³⁵⁸ HELCOM: Activities 2002- 2003, S. 11.

¹³⁵⁹ HELCOM: Maritime Group (HELCOM MARITIME). Minutes of the Second Meeting, Stockholm 20.-22.1.2004. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Maritime%20Group/HELCOM%20MARITIME%202,%202004/Minutes.pdf>, 02.7.2007, S. 3.

¹³⁶⁰ Drei Staaten hatten die die Vorbeugung der Verschmutzung der Luft durch Schiffe betreffende Anlage schon unterzeichnet, vier Staaten waren dabei und hofften, 2005 die Ratifizierung abgeschlossen zu haben und ein Staat erwog die Ratifizierung. ebd., S. 5.

Das bedeutete, dass einer der neun Mitgliedsstaaten der HELCOM noch keinerlei Schritte unternommen hatte.

¹³⁶¹ HELCOM: Report on the Activities of the Commission during 2000, S. 12.

wiederum nicht in der Lage, den Hot Spot zu löschen. Als neue, ehrgeizige Zielvorgabe der Reduzierungsbemühungen wurde das HELCOM-Ziel zu Schadstoffen formuliert, dass eine Eliminierung der Einleitungen bis 2020 vorsah, um so den natürlichen Eintrag auf normale Werte und den durch Menschen verursachten Eintrag gegen Null zu reduzieren¹³⁶². In diesem Zusammenhang wurde auch ein Bericht der Projektgruppe für Schadstoffe zu einer Umfrage Ende 1999 besprochen, die wiederum sehr ungenügend mit Daten versorgt worden war, wofür vor allem Mangel an Finanzen und Personal verantwortlich gemacht wurde. Die Ergebnisse des Berichts waren, dass die meisten Pestizide der Prioritätenliste keiner weiteren Aufmerksamkeit bedurften, da sie in allen Mitgliedsstaaten verboten waren, für andere Schadstoffe sollten neue Ansätze gefunden und der Dialog mit der Industrie intensiviert werden, um so weiter das 50%-Reduktionsziel von 1988 zu verfolgen¹³⁶³, was offensichtlich auch fünf Jahre nach der ursprünglichen Frist nicht erreicht war. Es wurde auch ein Bericht des Projekts der Harmonisierung des HELCOM-Regelwerks mit dem der EU gehört, ein Unterfangen, das mit der näher rückenden Osterweiterung der EU immer größeren Stellenwert bekam.

Auf dem dritten Treffen vom 14.-17.05.2001 wurde diesen Prioritäten dadurch Rechnung getragen, dass zwei Untergruppen zur Umsetzung des 50%-Reduktionsziels und zur Harmonisierung der Regelwerke gegründet wurden¹³⁶⁴. Das Problem bei der Umsetzung des 50%-Reduktionsziels im Bereich der Nährstoffe waren die Stickstoffeinträge. Während die meisten Staaten Phosphoreinträge um die Hälfte reduzieren konnten, war keiner in der Lage, seinen gesamten Stickstoffeintrag zu halbieren¹³⁶⁵. Im Bereich der Landwirtschaft wurde weiter großer Spielraum für deutliche Reduktionen gesehen und hierauf sollten sich die weiteren Anstrengungen vor allem konzentrieren. Auch im Bereich der PCB wurde weiterhin zur Vorsicht aufgerufen, da diese zwar nicht mehr produziert wurden, aber in älteren Geräten noch enthalten waren und so weiterhin ein Gefährdungspotential darstellten. Immer noch waren die Konzentrationen von PCB und DDT in der Ostsee weit höher als die in der Nordsee und im Nordatlantik¹³⁶⁶. Die Bearbeitung der Hot Spots war unterdessen fortgeschritten, zum fünften Treffen von HELCOM LAND vom 27.-30.05.2002 in Kopenhagen beantragte Polen die Löschung von insgesamt zehn Hot Spots, meist Klärwerken, der in neun Fällen gefolgt

¹³⁶² ebd., S. 13.

¹³⁶³ ebd., S. 13.

¹³⁶⁴ HELCOM: Minutes of the Third Meeting 14.-17.5.2001 in Berlin. Land-based Pollution Group (HELCOM LAND). Elektronisch veröffentlicht auf: [http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Land-based%20Pollution%20Group%20\(HELCOM%20LAND\)/LAND%203/revminutes_land3.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Land-based%20Pollution%20Group%20(HELCOM%20LAND)/LAND%203/revminutes_land3.pdf), 03.07.2007, S. 1.

¹³⁶⁵ Interessanterweise waren die Transformationsländer bei der Reduzierung erfolgreicher als die EU-Staaten, zumeist jedoch aus wirtschaftlichen Gründen, da die verantwortlichen Unternehmen den Betrieb einstellen mussten. HELCOM: Report of the Activities of the Commission during 2001, S. 6.

¹³⁶⁶ ebd., S. 8.

wurde. Auch der Hot Spot Nr. 130, die Abwasserbehandlung Stockholms, wurde gelöscht, obwohl eines von drei Klärwerken weiterhin zuviel Stickstoff ausstieß, der Durchschnitt der drei Klärwerke jedoch die Löschung ermöglichte¹³⁶⁷.

Uneinigkeit herrschte über den schwedischen Vorschlag zu einem Empfehlungsentwurf, der die Höchstgrenze für den Phosphorausstoß für Klärwerke auf 1mg/l senken wollte. Polen und Russland beharrten auf 1,5mg/l, so dass eine Entscheidung auf das nächste Treffen vertagt wurde.

Auf diesem Treffen vom 11.-13.11.2002 in Vilnius wurde dieser schwedische Vorschlag jedoch erneut von Polen und Russland abgelehnt. Stattdessen wurde die Regelung der Wasserrichtlinie der EU in den Empfehlungsentwurf aufgenommen, die als Grenzwerte für große Klärwerke 1mg/l und für kleine Werke 2mg/l Phosphorausstoß vorsah. Russland entzog jedoch auch dieser Regelung vorerst seine Zustimmung¹³⁶⁸. Das Treffen gab weiterhin den Löschanträgen der deutschen Klärwerke von Wismar, Neubrandenburg und Stavenhagen-Malchin sowie auch einiger polnischer Hot Spots statt. Die Löschung des finnischen Hot Spots Nr. 9, der Stickstoffeintrag aus Fischzucht betraf, war stark umstritten, da hier zwar eine Reduzierung des Stickstoffeintrags pro Tonne Fisch erreicht, jedoch durch eine Vergrößerung des Betriebs der absolute Eintrag erhöht worden war¹³⁶⁹.

Auch 2003 stand der Kampf gegen die Eutrophierung im Mittelpunkt. Zunächst wurden Aktivitäten begonnen, die Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik, die nach dem 01.05.2004 auch in den Ländern der östlichen Ostsee Anwendung finden würde, auf die Ostsee zu simulieren, um so einen Eindruck über die Risiken zu bekommen¹³⁷⁰. Hinsichtlich anderer Schadstoffe wurde eine Strategie entwickelt, die das Auffinden von Schadstoffen auf Märkten oder im Gebrauch ermöglichen sollte, um so stets über mögliche Bedrohungen informiert zu sein.

Auf dem siebten Treffen vom 31.03.-02.04.2003 war nicht nur wie häufig die Europäische Kommission, sondern auch Litauen nicht anwesend, Estland und Russland konnten auch keine aktuellen Informationen zum letzten Stand der Umsetzung der Empfehlungen geben¹³⁷¹,

¹³⁶⁷ HELCOM: Minutes of the Fifth Meeting- HELCOM LAND 27.-30.5.2002 Kopenhagen.

Elektronisch veröffentlicht auf: [http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Land-based%20Pollution%20Group%20\(HELCOM%20LAND\)/LAND%205/Minutes%20of%20LAND5/Final%20Minutes.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Land-based%20Pollution%20Group%20(HELCOM%20LAND)/LAND%205/Minutes%20of%20LAND5/Final%20Minutes.pdf), 17.01.2007, S. 3f.

¹³⁶⁸ HELCOM: Minutes of the Sixth Meeting- HELCOM LAND 11.-13.11.2002 Vilnius. Elektronisch veröffentlicht auf: [http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Land-based%20Pollution%20Group%20\(HELCOM%20LAND\)/LAND%206/Minutes%20of%20HELCOM%20LAND6.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Land-based%20Pollution%20Group%20(HELCOM%20LAND)/LAND%206/Minutes%20of%20HELCOM%20LAND6.pdf) 17.01.2007, S. 9.

¹³⁶⁹ ebd., S. 4.

¹³⁷⁰ HELCOM: Activities 2002-2003, S. 6.

¹³⁷¹ HELCOM: Minutes of the Seventh Meeting- HELCOM LAND 31.3.-2.4.2003 Riga. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Land->

was charakteristisch für das teilweise geringe Engagement der Regierungen war und mit dem häufig beklagten Informationsdefizit übereinstimmte. Trotzdem verhandelte dieses Treffen wichtige Richtungsentscheidungen für die Zukunft. So sollte die Arbeit auch nach der EU-Osterweiterung fortgesetzt werden, indem durch die Empfehlungen ein Mehrwert zu den Richtlinien der EU geschaffen werden sollte. Die Zahl der Treffen sollte reduziert und problemorientierter werden und die Arbeit zu den Nährstoffeinträgen sich nunmehr vor allem diffusen Quellen widmen¹³⁷².

4.4.1.5.6 HELCOM RESPONSE

Wie von HELCOM SEA und dem Treffen der Delegationsleiter beschlossen, wurde das Gebiet der Verschmutzungsbekämpfung 2002 aus HELCOM MARITIME ausgegliedert und so kam es vom 23.-25.10.2002 zum ersten Treffen der neuen Gruppe HELCOM RESPONSE¹³⁷³. Neben organisatorischen Fragen der neuen Gruppe standen auch inhaltliche Fragen auf dem Programm. Zunächst wurde durch das Sekretariat bekannt, dass mangels finanzieller Ressourcen eine geplante Ölbekämpfungsübung unter Eisbedingungen, also gerade in dem Bereich, in dem die größten Defizite festgestellt worden sind, nicht stattfinden konnte¹³⁷⁴. Neben anderem wurden außerdem russische Informationen zum Vorgehen an dem umstrittenen, vor der Küste Kaliningrads und dem Naturschutzgebiet der Kurischen Nehrung liegenden Öllagerfeld D6, dem Bau eines neuen Ölterminals in der Viborg-Bucht und dem Ausbau des Terminals im Ölhafen Primorsk diskutiert. Lettland legte eine Karte mit Daten zu den Schiffsunfällen im Zeitraum 2000-2001 vor, die um die erst zu diesem Treffen eingereichten Daten Litauens ergänzt werden sollte. Finnland brachte eine Diskussionsvorlage bezüglich des Schleppereinsatzes zur Erhöhung der Navigationssicherheit ein, die dahingehend beraten wurde, unterstützenden Schleppereinsatz nicht für die gesamte Ostsee, sondern nur für Hochrisikogebiete einzuführen, und an HELCOM SEA weitergereicht wurde¹³⁷⁵. Durch die Einrichtung einer betreffenden Arbeitsgruppe wurde das dänische System, in die Ostsee einfahrende Schiffe per Funk auf die besonderen

based%20Pollution%20Group%20(HELCOM%20LAND)/LAND%207/Final%20Minutes%20of%20HELCOM%20LAND%207.pdf, 17.01.2007, S. 2ff.

¹³⁷² ebd., S. 3f.

¹³⁷³ HELCOM: Minutes of the First Meeting of the Response Group 23.-25.10.2002 Szczecin. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Response%20Group/HELCOM%20RESPONSE%201,%202002/Minutes.pdf>, 03.07.2007, S. 2.

¹³⁷⁴ ebd., S. 3.

¹³⁷⁵ ebd., S. 4.

Umweltschutzrichtlinien der Ostsee aufmerksam zu machen und den die Ostsee verlassenden Schiffen die Umsetzung und Einhaltung der Auflagen betreffende Fragen vorzulegen, für HELCOM institutionalisiert. Ein weiteres Thema stellte der Gebrauch von *dispersants*, Öl auflösenden Bekämpfungskemikalien dar, neue, besser verträgliche Chemikalien hatten eine erneute Debatte dazu entstehen lassen, die auch fortgesetzt werden sollte¹³⁷⁶. Dem Antrag Schwedens, ein bisher nur von Schweden entwickeltes und finanziertes Programm zur Vorhersage der Öldrift in HELCOM aufzunehmen und es so auch mit HELCOM-Mitteln zu unterstützen, wurde stattgegeben. Deutschland bot an, zu untersuchen, ob es weiterhin die *lead country*-Funktion für die Vorbereitung der Umsetzung des EUROCRUDE-Systems, das durch eine chemische Kennzeichnung des Öls eine bessere Identifizierung von für illegale Entsorgungen Verantwortlichen ermöglichen sollte, ausführen könne.

Das zweite Treffen der neuen Gruppe fand vom 19.-21.03.2003 in Helsinki statt¹³⁷⁷. Neben neuen Karten zu den Notfallkapazitäten der Ostseeanrainer wurde hier eine dänische Ausarbeitung zu Möglichkeiten der Information fremder Schiffe über die Umweltregelungen der Ostsee, wie es im letzten Treffen besprochen worden war, vorgestellt und zur weiteren Bearbeitung übergeben. Angesichts des großen Widerstandes von Meeresbiologen gegen eine Lockerung des bestehenden Rechts und der Möglichkeit, dass eine größere, ergebnisoffene Debatte sogar eine weitere Beschränkung des Gebrauchs von *dispersants* bewirken könnte, wurde der Änderung der HELCOM-Politik in diesem Bereich eine Absage erteilt, Workshops sollten allerdings Bekämpfer, Industrie und Meeresbiologen versammeln und gemeinsam nach Lösungen suchen¹³⁷⁸. Hinsichtlich der Unterstützung für die baltischen Staaten und Russland konnte das Treffen eine breite und differenzierte Kooperation feststellen. Deutschland bestätigte, weiterhin *lead country* zur Einführung des EUROCRUDE-Systems im Ostseeraum sein zu wollen und hatte einen Workshop zum Thema für den Mai 2003 geplant. Reguläre Übungen zur Ölbekämpfung fanden weiterhin statt, die verschobene Bekämpfungsübung unter Eisbedingungen wurde nicht verhandelt. Das Treffen wurde informiert, dass die Übereinkünfte für Bekämpfungssituationen zwischen Finnland und Russland überarbeitet worden waren und ein estnisch-russischer Vertrag zur Bekämpfung von aus maritimen Unfällen stammenden Verschmutzungen, der auf HELCOM-Prinzipien aufgebaut war, zur Unterzeichnung bereitlag.

¹³⁷⁶ ebd., S. 5.

¹³⁷⁷ HELCOM: Minutes of the Second Meeting 19.-21.3.2003 Helsinki - HELCOM RESPONSE. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Response%20Group/HELCOM%20RESPONSE%202,%202003/Minutes.pdf>, 17.01.2007.

¹³⁷⁸ ebd., S. 4.

Das dritte Treffen der Gruppe fand vom 09.-11.12.2003 in St.Petersburg statt¹³⁷⁹. Wiederum legte Lettland als *lead country* in diesem Gebiet eine Karte zu den Schiffsunfällen vor, diesmal für das Jahr 2002. Ein säumiger Staat wurde aufgerufen, Lettland seine Daten schnellstmöglich zu übermitteln. Der zweite Entwurf des erwähnten dänischen Schiffsinformationssystems wurde diskutiert und HELCOM zur Untersuchung übermittelt, die Mitgliedsstaaten wurden aufgerufen, sich bis Ende 2004 auf so genannte *hailing lines*, bei deren Überfahren Schiffe die Informationstexte erhalten sollen, zu einigen¹³⁸⁰. Ferner sollten für dieses Vorgehen Richtlinien und ein gemeinsames HELCOM-Format zur Übermittlung der Daten und der Evaluation der Erfahrungen der Schiffe in der Ostsee entwickelt werden. Deutschland berichtete als *lead country* von dem EUROCRUDE-Workshop im Mai 2003 in Hamburg und über die neuesten Entwicklungen des Gebiets, woraufhin entschieden wurde, das Thema vorerst nicht mehr in HELCOM RESPONSE zu bearbeiten¹³⁸¹.

Ein Statusreport zur Umsetzung der Empfehlungen im Bekämpfungsgebiet, der diesem RESPONSE-Treffen vorgelegt wurde, konnte Ende 2003 nur drei Empfehlungen als vollständig umgesetzt betrachten¹³⁸². Unvollständig umgesetzt war die Richtlinie der minimalen Bekämpfungskapazitäten, weil ein Staat sich noch nicht ausreichend ausgerüstet hatte, auch war die Planung von Einsätzen gegen andere Schadstoffe als Öl noch nicht vollständig und ein Mangel an Ausrüstung herrschte nicht nur im Bereich der Bekämpfung vor, sondern es gab auch nicht ausreichend Überwachungsflugzeuge mit Fernsensoren zur Auffindung von Verschmutzungen. Als Hauptgrund wurde ein Mangel an Finanzen genannt¹³⁸³.

¹³⁷⁹ HELCOM: Minutes of the Third Meeting 9.-11.12.2003 St.Petersburg - HELCOM RESPONSE.

Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Response%20Group/HELCOM%20RESPONSE%203,%202003/Minutes-final.pdf>, 17.01.2007.

¹³⁸⁰ ebd., S. 3.

¹³⁸¹ ebd., S. 5.

¹³⁸² Zunächst die Empfehlung 12/6 zu Entwicklung und Gebrauch von Vorhersagemodellen für die Öldrift, die 2003 durch eine neue Empfehlung ersetzt werden sollte, die Empfehlung 22/2 zu Beschränkungen des Gebrauchs von chemischen Bekämpfungsmitteln und die Empfehlung 19/17 zur Bekämpfung von Verschmutzungen durch Offshore-Einheiten.

HELCOM: Status Report on the Implementation of HELCOM-Recommendations under HELCOM-RESPONSE. Vorgelegt zum 3. Treffen der HELCOM-RESPONSE vom 9.-11.12.2003. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Response%20Group/HELCOM%20RESPONSE%203,%202003/9_1.pdf, 17.01.2007.

¹³⁸³ ebd., S. 3.

4.4.1.5.7 Die Kommission

Das Kommissionstreffen von 2000 verabschiedete zwei Empfehlungen zur Ergänzung der Anlagen III und IV der Helsinki-Konvention von 1992, erstere betraf Regelungen zur Reduzierung des Nährstoffeintrags durch die Landwirtschaft, indem die Tierhaltung und der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln geregelt wurden. Tierhaltungsbetriebe über einer nicht näher bestimmten Größe sollten verpflichtet werden, Betriebserlaubnisse zu erhalten. So sollte hier Einfluss ausgeübt werden und die Mitgliedsstaaten wurden aufgefordert, Überwachungsmethoden zu erarbeiten, um die Einhaltung der Bestimmungen sicherzustellen¹³⁸⁴. Die Änderung der Anlage IV der Helsinki-Konvention betraf Schiffsabfälle und machte das Auffangen und die Abgabe von Abwässern auch für Vergnügungs- und Arbeitsschiffe verbindlich, verpflichtete Schiffe mit wenigen Ausnahmen¹³⁸⁵ zur Abgabe von Schiffsabfällen und Frachtresten in Auffanganlagen der Häfen und verbot das Verbrennen von Schiffsabfällen innerhalb der Hoheitsgewässer¹³⁸⁶. Eine weitere Empfehlung forderte die Mitgliedsstaaten auf, ihre Tourismus-Politik im Küstenstreifen der Ostsee auf das Prinzip der Nachhaltigkeit einzustellen und erstellte Richtlinien für einen nachhaltigen Tourismus und ein einheitliches Berichtsformat zur Umsetzung dieser Richtlinien in den einzelnen Ländern. In einer anderen Empfehlung wurde der Schutz bedrohter Küstengebiete geregelt.

Das 22. Treffen der Helsinki-Kommission fand vom 20.-22.03.2001 in Helsinki statt¹³⁸⁷. Das vor der Konferenz abgehaltene Seminar wurde als zur Identifizierung wichtiger Themen nützlich betrachtet und sollte nunmehr immer den Kommissionstreffen vorausgehen¹³⁸⁸. Ein hier bearbeitetes Thema war die Notwendigkeit, nach den langen Verzögerungen rasch einen Dialog mit der IBSFC in Richtung eines integrierten Ansatzes von Umwelt- und Fischereimanagement zu beginnen. Integriertes Küstenzonenmanagement sollte hier als Richtlinie gelten, HELCOM HABITAT sollte sich näher damit befassen und Kontakt mit der

¹³⁸⁴ HELCOM Recommendation 21/1 amendment to Annex III, Criteria and Measures concerning the Prevention of Pollution from Land-Based Sources of the 1992 Helsinki Convention. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.helcom.fi/Recommendations/en_GB/rec21_1/, 12.07.2007.

¹³⁸⁵ Die Ausnahmen betrafen Schiffe im Dienst auf kurzen Distanzen, wie zum Beispiel Passagierfähren, Fälle, in denen nur ungenügende Auffanganlagen zur Verfügung standen und Fälle, in denen nur eine nicht näher bestimmte „kleinere Menge“ von Abfall vorlag, welche die Benutzung der Auffanganlagen nicht rechtfertigte. HELCOM Recommendation 21/2 Amendment to Annex IV ‚Prevention of Pollution from Ships‘ of the 1992 Helsinki Convention. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.helcom.fi/Recommendations/en_GB/rec21_2/ 12.07.2007.

¹³⁸⁶ ebd.

¹³⁸⁷ HELCOM: Minutes of the 22th Meeting of the Helsinki Commission 20.-22.3.2001. Elektronisch veröffentlicht auf: [http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20\(HELCOM\)/HELCOM%2022%202001/Final%20minutes.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20(HELCOM)/HELCOM%2022%202001/Final%20minutes.pdf) 17.01.2007.

¹³⁸⁸ ebd., S. 2.

IBSFC aufnehmen. Das Treffen begrüßte die Ergebnisse der vierten regelmäßigen Bewertung des Umweltzustands der Ostsee und beauftragte die Untergruppen, Initiativen zur Bearbeitung der festgestellten Probleme zu entwickeln. Außerdem begrüßte das Treffen den von der Vorsitzenden der ad hoc-Baltic 21-HELCOM-Arbeitsgruppe, Heike Imhoff, vorgestellten Arbeitsbericht zur Aufgabenverteilung zwischen den beiden ähnlichen Organisationen, worauf in den Baltic 21-Kapiteln näher eingegangen wird. Zudem wurde ein Bericht mit Empfehlungen zum Thema angenommen, der die Arbeit von Baltic 21 und HELCOM koordinieren sollte¹³⁸⁹. Die Arbeit der Gruppe sollte jedoch weitergehen und noch detailliertere Lösungen erarbeiten.

Das Treffen nahm auch den Bericht zur Umsetzung der Empfehlungen im maritimen Gebiet entgegen und drückte große Sorge hinsichtlich des schlechten Stands der Umsetzung aus. Es sollten alle Staaten gedrängt werden, Informationen zur Umsetzung zu übermitteln, *lead countries* sollten benannt werden, die den Stand in einzelnen Bereichen überwachen sollten und regelmäßig in 3-Jahres-Abständen sollten Umsetzungsberichte erstellt werden¹³⁹⁰. Dasselbe galt auch für den Bericht der Umsetzung der Empfehlungen im Bekämpfungsbereich. Das zeigt auch, dass die Möglichkeiten der Kommission, Zwang auszuüben, relativ beschränkt waren. Eine Empfehlung des Treffens beschrieb detailliert den Einbau von Abwassersystemen in Arbeits-, Fischerei- und Vergnügungsdampfern, wie er schon in der *Baltic Strategy* vorgesehen war, eine andere regelte erneut die Beschränkungen für den Gebrauch von *dispersants* und anderen nicht-mechanischen Mitteln bei der Ölbekämpfung. Der Gebrauch von Chemikalien, die das Öl sinken lassen, wurde erneut verboten¹³⁹¹. In einer weiteren Empfehlung wurden konkrete Definitionen von den Problemkreis Auffanganlagen betreffenden Elementen festgelegt, um die Durchsetzung der *Baltic Strategy* zu harmonisieren. Weiterhin wurde eine Empfehlung beschlossen, die Auflagen für die Einrichtung neuer Müllhalden und die Aufrüstung bestehender Halden hinsichtlich der Entfernung zu Wasserwegen in Richtung Ostsee, dem Gefährlichkeitsgrad des gelagerten Mülls und der Sicherheitseinrichtungen der Müllhalde selber beinhaltete, um eine Verschmutzung der Ostsee durch versickernde Schadstoffe zu verhindern.

Nach dem großen Ölunfall der *Baltic Carrier* vom 29.03.2001 war offenbar geworden, dass die bisherigen Bemühungen im Bereich der maritimen Sicherheit nicht ausgereicht hatten. So wurde als eine neue Dimension am 10.09.2001 in Kopenhagen ein außerordentliches Ministertreffen auf dänische Initiative veranstaltet. Es war das erste gemeinsame Treffen von Umwelt- und Verkehrsministern, was der Auffassung geschuldet war, dass nur beide Ressorts

¹³⁸⁹ ebd., S. 3.

¹³⁹⁰ ebd., S. 5.

¹³⁹¹ ebd., S. 19ff.

gemeinsam tragfähige Lösungen für dieses Problem entwickeln können¹³⁹². Allerdings waren beide Ressorts nur von Dänemark, Deutschland und Litauen vertreten, die anderen Mitglieder entsandten außer Lettland, das nur mit dem Umweltminister vertreten war, ausschließlich ihre Verkehrsminister. Das Treffen verabschiedete eine Erklärung zur Navigationssicherheit und Notfallkapazitäten, die in den Bereichen der Routenführung, des Lotsengebrauchs, der Hafenkontrolle, des Außer-Dienst-Stellens von Einhüllentankern und der Notfallkapazitäten Neuregelungen anstrebte und insofern ein umfassendes Programm zur Erhöhung der Navigationssicherheit darstellte. Beispiele für die Veränderungen der Routenführung waren die Unterstützung des dänisch-deutschen IMO-Antrags der Verlängerung der Tiefenwasserroute in der Kadetrinne, eines Vorschlag zu Verbesserungen des Verkehrstrennungssystems im Finnischen Meerbusen und der Einrichtung einer neuen Tiefenwasserroute zu dem geplanten Ölterminal in Primorsk¹³⁹³. Hinsichtlich des Einsatzes von Lotsen erklärten sich die Mitgliedsstaaten bereit, einen dänischen Vorschlag zur Ausdehnung des Lotsengebrauchs auf der Route T, dem gesamten Weg durch die Ostseeingänge, auf Schiffe über elf Meter Tiefgang und Öltanker über sieben Meter Tiefgang sowie alle beladenen Chemikalien- und Gastanker zu unterstützen¹³⁹⁴. Alle Schiffe dieser Kategorien sollten beim Verlassen von Ostseehäfen erinnert werden, dass der Lotsengebrauch in diesen Gewässern empfohlen ist. Außerdem sollte ein System zur systematischen Kontrolle der Fahrwasser erarbeitet werden, um veraltete Informationen auszuschließen. Bis Ende 2002 sollten elektronische Navigationskarten entwickelt werden. Zum selben Zeitpunkt sollte auch die Hafenkontrolle bei Schiffen der erwähnten Risikokategorien intensiviert sein.

Erstmalig wurde hier auch die Verschmelzung der nationalen automatischen Identifizierungssysteme (AIS) für Schiffe zu einem gemeinsamen Ostsee-System angesprochen, das spätestens zum 01.07.2005 betriebsbereit sein sollte¹³⁹⁵. Es wurde umgehend eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Details des Vorgehens klären sollte. Der Bereich zu Einhüllentankern verpflichtete die Mitgliedsstaaten zum Verzicht auf in MARPOL 73/78 gewährte Ausnahmeregelungen, stellte also eine regionale Verschärfung des global geltenden Rechts dar. Andere Bereiche betrafen unter anderem die Zusammenarbeit bei der

¹³⁹² HELCOM: Minutes of the Extraordinary Ministerial Meeting 10.9.2001 Kopenhagen. Elektronisch veröffentlicht auf:
[http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20\(HELCOM\)/HELCOM%20EXTRA,%202001/Minutes.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20(HELCOM)/HELCOM%20EXTRA,%202001/Minutes.pdf), 17.01.2007, S. 8.

¹³⁹³ HELCOM: Declaration on the Safety of Navigation and Emergency Capacity in the Baltic Sea Area (HELCOM Copenhagen Declaration) 10.9.2001 Kopenhagen. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.helcom.fi/stc/files/MinisterialDeclarations/Copenhagen2001.pdf> 19.09.2005.

¹³⁹⁴ ebd., S. 5.

¹³⁹⁵ ebd., S. 6.

Aufdeckung von durch die Schifffahrt begangener Umweltkriminalität, die Bereitstellung von Bekämpfungskapazitäten und die Zusammenarbeit in Bekämpfungsfällen. Diese Inhalte wurden auch in eine Empfehlung gekleidet, um ihnen die größtmögliche Geltung zu verleihen. Damit gingen die Beschlüsse der HELCOM deutlich weiter als die vorher vom CBSS auf dem Hamburger Außenministertreffen vom 07.06.2001 angegebenen Richtlinien¹³⁹⁶.

Das 23. Treffen der Helsinki-Kommission fand vom 05.-07.03.2002 in Helsinki statt¹³⁹⁷. Die Vorabseminare hatten die Reduktion der Verschmutzung durch die Landwirtschaft und die Rolle von HELCOM bei der Umsetzung der Wasser-Rahmenrichtlinie der EU behandelt. Letzteres diente auch der Eröffnung eines Prozesses der Neudefinierung der eigenen Prioritäten vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung im Jahr 2004. Die Untergruppen sollten neue Prioritätensetzungen diskutieren und die Mitgliedsstaaten ihrerseits Vorschläge einbringen, so dass auf dem für 2003 geplanten Ministertreffen neue Ziele gesetzt werden können. Der Vertreter der EU stellte ein entstehendes EU-Programm zum Schutz und Erhalt der Meeresumwelt vor, das Mehrwert zu den bestehenden Strukturen erzeugen sollte. HELCOM versicherte, aktiv an der Erarbeitung dieses Programms teilzunehmen¹³⁹⁸. Im Bereich des JCP wurde eine ad hoc-Arbeitsgruppe zur Verbesserung seiner Umsetzung eingerichtet.

Das Treffen verabschiedete zahlreiche Empfehlungen. Die erste machte in Vorbereitung der EU-Osterweiterung das in der betreffenden EU-Regelung verbindliche Meldeformular für Schiffsabfälle für den gesamten Ostseeraum verbindlich und forderte die Staaten auf, die Kategorien der Schiffe, die ihre Abfälle melden sollten, zu benennen¹³⁹⁹. Weitere Empfehlungen forderten zur Hilfe beim Aufbau von Bekämpfungskapazitäten für die baltischen Staaten und Russland bis zum Jahr 2007 auf und erstellten ein gemeinsames Formular zur Information von Risikoschiffen über die Lotsenempfehlung für die Route T und den Sund und ein Meldesystem für solche Schiffe in den Gebieten¹⁴⁰⁰. Viele weitere Empfehlungen setzten neue Grenz- und Richtwerte in Bereichen, die bereits durch ältere, nun von den technischen Möglichkeiten überholten Empfehlungen geregelt waren. Dies geschah im Bereich der Reduktion des Quecksilberanteils in Lichtquellen, der Reduzierung der

¹³⁹⁶ Anlage 2: Marine Environment Protection and Safety of Sea Transport des Hamburger CBSS-Communiqués vom 07.06.2001. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/9german/communiqu/dbaFile1384.html>, 27.06.2008.

¹³⁹⁷ HELCOM: Minutes of the 23rd Meeting of the Helsinki Commission 5.-7.3.2002 Helsinki. Elektronisch veröffentlicht auf:

[http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20\(HELCOM\)/HELCOM%2023%20020202/Minutes.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20(HELCOM)/HELCOM%2023%200202/Minutes.pdf), 17.01.2007.

¹³⁹⁸ ebd., S. 4.

¹³⁹⁹ ebd., S. 20.

¹⁴⁰⁰ ebd., S. 25ff.

Einleitungen aus Städten durch angemessene Behandlung von Regenwasser, der Einleitungen der Chemieindustrie im Allgemeinen und der Chloralkali-Industrie im Besonderen, der Einleitung von Ölraffinerien und der Metalloberflächenbehandlung und der Emissionen der Textilindustrie und der Steinkohlekokereien sowie der Produktion und Freisetzung von Pestiziden.

Das 24. Kommissionstreffen fand als ein Treffen auf Ministerebene am 25.06.2003 in Bremen statt. Die Umweltminister der Vertragsstaaten waren anwesend, Russland entsandte jedoch nur seinen stellvertretenden Minister für Rohstoffe. Auch in der Vorbereitung von Dokumenten für die Ministererklärung verhinderten nationale Interessen einen größeren Erfolg hinsichtlich der Außer-Dienst-Stellung von Einhüllentankern. Eine entsprechende Empfehlung zur Änderung der Verschmutzung durch Schiffe betreffenden Anlage IV der Helsinki-Konvention wurde verhindert und stattdessen als Kompromiss ein allgemein auf die Kooperation in der IMO verweisender Absatz in die Ministererklärung aufgenommen¹⁴⁰¹, was eine deutliche Schwächung des Ansatzes darstellte. Auch ein schwedischer Neuentwurf einer Empfehlung zum Schutz der Robben wurde behindert, weil Finnland sich nicht in der Lage sah, seinen Vorbehalt aufzugeben. Schweden sollte die Empfehlung zunächst weiterentwickeln und Finnland wollte mitarbeiten, um seine Position berücksichtigt zu sehen. Auch zu einem Antrag an die IMO zur Ausweisung der Ostsee als ein PSSA konnte keine Einigung erzielt werden, stattdessen wurde ein in die Ministererklärung aufzunehmender Text erarbeitet, der jedoch konkret Russland aufforderte, seine Position zu überdenken und Schweden und Finnland als die Betreiber der Initiative benannte.

Grundsätzlich wurde jedoch die Umsetzung der Bestimmungen der Kopenhagen-Erklärung von 2001 von allen Mitgliedsstaaten betrieben und war auf einem guten Weg, wenn auch weiterer Einsatz besonders bei Doppelhüllentankern und PSSAs, aber auch bei der Entwicklung der Bekämpfungskapazitäten und anderen Fragen nötig war¹⁴⁰². Die Ministererklärung selbst beschäftigte sich zunächst mit einer Standortbestimmung der HELCOM für die Zeit nach der EU-Osterweiterung vom 01.05.2004, die für HELCOM die Notwendigkeit bedeutete, sich neu zu legitimieren, da viele Zuständigkeiten dann auf die europäische Ebene überwechseln würden. Zunächst wurde hier versichert, dass auch weiterhin Gleichheit unter den Mitgliedern bestehen sollte, Russland also auf Augenhöhe mit EU-Mitgliedern arbeiten würde. So sollte die Annäherung zwischen der EU und Russland unterstützt werden¹⁴⁰³, auch da Russland im Umgang mit diesem regionalen Forum schon

¹⁴⁰¹ Helsinki Commission - Baltic Marine Environment Protection Commission. Minutes of the 24th Meeting, S. 5.

¹⁴⁰² Status of Implementation of the HELCOM Kopenhagen Declaration. Anlage 11 von ebd., S. 47ff.

¹⁴⁰³ HELCOM Bremen Declaration, S. 2.

erfahren war und die EU noch nicht das volle russische Vertrauen besaß. Die Inhalte der Arbeit der HELCOM sollten jedoch dieselben bleiben, der Fokus jedoch auf Elemente gerichtet werden, die Mehrwert bringen so wie der Beitrag zum europäischen Regulierungsprozess, der die spezifischen Bedingungen der Ostsee in den Vordergrund rückt und die Entwicklung einer europäischen Meeresstrategie unterstützt. Empfehlungen sollten weiterhin für den besonderen Geltungsbereich der Ostsee formuliert werden. Letztlich blieb die HELCOM damit, was sie gewesen war: ein kooperatives Gremium, dessen Mitglieder nach dem Prinzip der Gleichheit politischen Willen bezüglich Themen des Meeresschutzes bildeten und dokumentierten und das nach innen wie nach außen als *pressure group* zur Durchsetzung seiner Ziele auftrat.

Auch die thematischen Bereiche der Ministererklärung orientierten sich mit dem Umwelteinfluss der Schifffahrt, der Eutrophierung und dem JCP am bestehenden Programm der HELCOM. Im ersten Bereich sollten die Anstrengungen zur Umsetzung der Kopenhagen-Erklärung erhöht werden, die erwähnten Kompromisse zu der Erklärung der Ostsee als PSSA und den Einhüllentankern fanden Eingang in das Dokument¹⁴⁰⁴. Hinsichtlich der Eutrophierung war als Ergebnis der erfolgreichen Löschung vieler Abwasser-Hot Spots die Landwirtschaft als großer Einträger in den Mittelpunkt gerückt, mit Sorge wurde betrachtet, dass das Problem trotz erhöhter Anstrengungen weiterhin beträchtlich war und dass die Einführung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) auch in den östlichen Ländern ab 2004 zu einem erhöhten Düngereintrag und damit einer stärkeren Eutrophierung führen würde. Mit Nachdruck wurde daher ein Einbezug umweltpolitischer Aspekte in die GAP gefordert¹⁴⁰⁵.

Das JCP wurde in Inhalt und Ausrichtung bestätigt, jedoch wurde beschlossen, die bislang erfolgreiche PITF aufzulösen und ihre Aufgaben auf die regulären HELCOM-Gruppen zu verteilen. Eine Entscheidung, die von einer Arbeitsgruppe zur Zukunft des JCP vorbereitet wurde, da die Banken keinen von PITF erreichten Mehrwert mehr erkennen konnten und einige Länder sich klar für eine Auflösung der Gruppe aussprachen¹⁴⁰⁶. Die vorgebrachten Gründe erscheinen wenig stichhaltig und vor dem Hintergrund der JCP-Erfolge, die auch gerade 2002 in der Halbzeitbewertung des Programms veröffentlicht wurden, nicht sehr schlüssig. Auch für führende Mitglieder der PITF kam der Schritt überraschend¹⁴⁰⁷.

¹⁴⁰⁴ ebd., S. 4f.

¹⁴⁰⁵ ebd., S. 5f.

¹⁴⁰⁶ Report/Strategy Paper prepared by the JIMF, S. 3.

¹⁴⁰⁷ „Da kann ich nur sagen, ich persönlich war überrascht und der Göte Svensson als Chairman der PITF war auch überrascht.“ Zeitzeugeninterview mit Dr. Ulrich Kremser, für die PITF zuständiger Professional Secretary der HELCOM 1996-2001 am 05.07.2007, S. 24.

Die vom Treffen verabschiedeten Empfehlungen betrafen zum einen die Einrichtung nationaler Messstationen zur Überwachung der Verschmutzung der Ostsee aus der Luft und Regelungen zu Batterien mit Schwermetallgehalt, zu Reduzierung der Einleitungen durch die Landwirtschaft und die Eisen- und Stahlindustrie und zu Standards von Müllhalden. Weitere Empfehlungen betrafen die Schifffahrt, wie die Richtlinien für den Öltransfer unter Schiffen auf See nach einer noch nicht in Kraft getretenen Anlage von MARPOL 73/78, die Neuregelung des Umgangs von Schiffen mit ihren Abwässern, die Weiterentwicklung des Systems zur Vorhersage der Drift von ausgetretenem Öl und anderen Schadstoffen sowie die Sicherung ausreichender Notfallkapazitäten.

4.4.1.5.8 Der ökologische Zustand der Ostsee

2003 wurde von dem Projekt MORS ein Bericht zur Radioaktivität in der Ostsee für die Jahre 1992-1998 vorgelegt¹⁴⁰⁸. Die Grundaussage war, dass keine dem Menschen gefährlichen Dosen an radioaktivem Material vorgefunden worden waren. Der Gipfel der Strontium-90-Konzentrationen wurde nach den atmosphärischen Atomwaffentests in den 1960er Jahren erreicht, nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl gab es einen hohen Eintrag von Caesium 134 und 137 vor allem im Bottnischen und Finnischen Meerbusen¹⁴⁰⁹. Trotzdem generell die Konzentration radioaktiver Materialien in der Ostsee im Vergleich mit anderen Gewässern hoch war, betrug die höchste jährliche Dosis nur ein Fünftel der Werte der Sicherheitsstandards der IAEO und der EU, so dass es unwahrscheinlich war, dass Individuen Überdosen ausgesetzt waren¹⁴¹⁰. Hinsichtlich verklappter radioaktiver Materialien wurden fünf Versenkungsaktionen an drei Orten in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren bestätigt, die davon ausgehenden Dosen jedoch als vernachlässigbar eingestuft. Auch von dem ehemaligen Kernreakortrainingszentrum der sowjetischen Marine im estnischen Paldiski wurden 1995 keine Emissionen mehr gemessen, nachdem die Einrichtung ab 1989 unter internationaler Kontrolle abgebaut und nach Russland verbracht wurde und eine finnische Firma die flüssigen Abfälle behandelt hatte¹⁴¹¹. Im Laufe der 1990er Jahre war auch ein Netzwerk von Testeinrichtungen in allen Meeresteilen eingerichtet worden, das Proben aus Wasser, Sediment, Fisch, Pflanzen und Benthos entnahm, die in den von allen Teilnehmern

¹⁴⁰⁸ HELCOM (Hrsg.): Radioactivity in the Baltic Sea Area 1992-1998. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 85). Helsinki 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep85.pdf>, 20.12.2005.

¹⁴⁰⁹ ebd., S. 2.

¹⁴¹⁰ ebd., S. 3f.

¹⁴¹¹ ebd., S. 7f.

ingerichteten Laboren untersucht wurden¹⁴¹². Erfolge konnte auch der erst 2005 erschienene Bericht zum atmosphärischen Schadstoffeintrag in die Ostsee 1996-2000 vermelden¹⁴¹³. So konnte bei Stickstoff eine Abnahme um 9% festgestellt werden, dies aber vor allem im Süden der Ostsee, generell war die Konzentration sehr unregelmäßig. Es konnte aber die Rolle der Schifffahrt als bedeutsamer Beiträger zur atmosphärischen Verschmutzung bestätigt werden¹⁴¹⁴. Bei Kadmium wurde bei den Emissionen von Schwermetallen von den HELCOM-Staaten eine Abnahme um 26%, bei Quecksilber von 15% und bei Blei um 10% festgestellt¹⁴¹⁵.

Das größte Umweltproblem der Ostsee war weiterhin der Nährstoffeintrag, wie ein entsprechender Bericht zum Jahr 2000 zeigte¹⁴¹⁶. Allein im Jahr 2000 gelangten zu 75% auf dem Wasserwege, zu 25% aus der Atmosphäre 1.009.700t Stickstoff in das Meer, wovon fast 60% aus der Land- und Forstwirtschaft stammten, etwa 13% aus Punktquellen und 28% natürlichen Ursprungs waren¹⁴¹⁷. Im selben Zeitraum waren es 34.500t Phosphor, die zu über 95% auf dem Wasserweg in die Ostsee gelangten und zu 50% von Land- und Forstwirtschaft und zu je 25% von Punktquellen und natürlichen Quellen verursacht wurden. Verglichen mit 1985 war dies als eine auch der HELCOM-Arbeit zuzuschreibende deutliche Verringerung des Anteils der Punktquellen zu betrachten. Problematisch blieben weiterhin die diffusen Quellen. Als Hauptemittenten von Stickstoff in die Atmosphäre wurden Russland und Deutschland mit 39% und 30%, gefolgt von Polen mit 16% identifiziert, während der Eintrag von Stickstoff in Oberflächenwasser von Polen, Schweden und Finnland mit 28%, 21% und 18% dominiert wurde. Der Phosphoreintrag wurde mit 45% deutlich von Polen angeführt¹⁴¹⁸. Insgesamt war auf hohem Niveau ein Abnehmen der Nährstoffeinträge festzustellen, allerdings stieg der atmosphärische Eintrag von 1995 zu 2000 wieder etwas an¹⁴¹⁹.

Wie eine Karte zu der Problematik zeigte, waren illegale Ölenturgungen weiterhin sehr verbreitet. Die Überwachungsflüge des Jahres 2000 entdeckten insgesamt 467 Verstöße, von denen 433 bis zu einem Kubikmeter Öl, 41 zwischen 1 und 10m³ Öl, zwei zwischen 10 und

¹⁴¹² ebd., S. 15ff.

¹⁴¹³ HELCOM (Hrsg.): Atmospheric Supply of Nitrogen, Lead, Cadmium, Mercury and Lindane to the Baltic Sea over the Period 1996-2000. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 101) Helsinki 2005
Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep101.pdf>, 16.01.2007.

¹⁴¹⁴ ebd., S. 7.

¹⁴¹⁵ ebd., S. 7.

¹⁴¹⁶ HELCOM (Hrsg.): Nutrient Pollution to the Baltic Sea in 2000. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 100) Helsinki ohne Jahr. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep100.pdf>, 16.01.2007.

¹⁴¹⁷ ebd., S. 3.

¹⁴¹⁸ ebd., S. 8f.

¹⁴¹⁹ ebd., S. 12.

100 m³ Öl enthielten¹⁴²⁰. Der Großteil der festgestellten Verschmutzungen zog sich entlang der Hauptschifffahrtroute von den Ostseeeingängen, nördlich an Bornholm, östlich an Gotland vorbei in den Finnischen Meerbusen, wobei die größte Konzentration in der westlichen Ostsee und im westlichen Finnischen Meerbusen festgestellt werden konnte. Die Gesamtzahl und Verteilung der Verschmutzungen entsprach dem Durchschnitt, jedoch wurde zwischen Tallinn und Helsinki und vor allem nördlich der polnischen Küste ein großer Zuwachs an Verschmutzungen festgestellt¹⁴²¹.

Auch für den Zeitraum 1999-2002 gab es wiederum eine ganzheitliche Bewertung des Umweltzustands der Ostsee¹⁴²². Hier war den Sauerstoffgehalt betreffend erneut eine Stagnation zu bemerken, seit 1994 sanken die Werte und seit 1997 wurde wieder die Produktion von giftigem Schwefelwasserstoff in allen Becken der Ostsee nachgewiesen, am stärksten betroffen war wiederum das östliche zentrale Becken der Ostsee¹⁴²³. Im August 2002 war allerdings ein großer Sauerstoffmangel in Kattegatt und der Beltsee verbunden mit ausgedehntem Fischsterben beobachtet worden. Als Gründe wurden starkes Ausschwemmen von Nährstoffen von landwirtschaftlichen Flächen durch einen feuchten Winter und ideale Wachstumsbedingungen durch einen heißen Sommer angenommen. Ein Vergleich des Stickstoffeintrags der Jahre 1991-1995 mit denen 1996-2000 zeigte, dass außer im Bottnischen Meerbusen und im zentralen Becken der Ostsee der Eintrag in allen Gebieten gesunken war, am stärksten im Rigaischen Meerbusen mit 51%¹⁴²⁴, obwohl die Nährstoffkonzentration in der Ostsee weiter generell hoch blieb. Die Schwermetallkonzentrationen hatten sich nicht wesentlich verändert. Hinsichtlich der Fischbestände wurde wiederum eine deutliche Überfischung der außerdem durch die Eutrophierung in Schwierigkeiten geratenen Fischbestände vermeldet¹⁴²⁵. Die abnehmende Konzentration von DDT und anderen Schadstoffen ermöglichte allerdings den Weißschwanzseeadlern weiterhin erfolgreicherer Brüten, in Finnland wurden 2002 mit 192 Jungtieren so viele ausgebrütet, wie seit Jahrzehnten nicht. Eine anhaltende Bedrohung für Seeadler sei jedoch weiterhin das Schwinden des Lebensraums durch moderne Methoden der

¹⁴²⁰ HELCOM: Map on Locations of Illegal Oil Discharges Observed by Aerial Surveillance within the Baltic Sea Area and related statistics/histograms for the year 2000. Elektronisch veröffentlicht auf: [http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Sea-based%20Pollution%20Group%20\(HELCOM%20SEA\)/HELCOM%20SEA%203,%202001/2_4_1.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Sea-based%20Pollution%20Group%20(HELCOM%20SEA)/HELCOM%20SEA%203,%202001/2_4_1.pdf), 17.01.2007, S. 4.

¹⁴²¹ ebd., S. 4.

¹⁴²² HELCOM (Hrsg.): Baltic Marine Environment 1999-2002. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 87). Helsinki 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: [http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Nature%20Protection%20and%20Biodiversity%20Group%20\(HABITAT\)/HABITAT%205,%202003/doc%2010-%202.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Nature%20Protection%20and%20Biodiversity%20Group%20(HABITAT)/HABITAT%205,%202003/doc%2010-%202.pdf), 17.01.2007.

¹⁴²³ ebd., S. 9f.

¹⁴²⁴ ebd., S. 20.

¹⁴²⁵ ebd., S. 41.

Forstbewirtschaftung. Die Situation der Schweinswale hatte sich dagegen weiter verschlechtert, 1999-2001 wurden 206 verendete Tiere gemeldet, 113 davon starben als Beifang in Fischernetzen¹⁴²⁶. Die Situation der Robben dagegen hatte sich deutlich verbessert, die Gesundheits- und Fortpflanzungsbedingungen konnten nach einer finnischen Studie bereits wieder als nahezu natürlich angesehen werden. Das zum Schutz der Meeresumwelt eingerichtete System aus BSPAs war auch 2002 noch nicht vollständig umgesetzt. Finnland war hier mit 22 erklärten und rechtlich voll geschützten BSPAs am erfolgreichsten, auch Litauen und Polen hatten ihre drei und vier BSPAs bereits voll geschützt. Andere hatten den rechtlichen Schutz ihrer Gebiete nicht abgeschlossen, am auffälligsten war hier Deutschland mit nur zwei von zwölf voll geschützten BSPAs. In vier Fällen waren sogar noch überhaupt keine Schutzregelungen getroffen worden¹⁴²⁷.

4.4.2 Die Treffen der CBSS-Umweltminister

Das erste Treffen der CBSS-Umweltminister fand vom 20.-21.10.1996 im schwedischen Saltsjöbaden statt. Die Umweltminister aller CBSS-Staaten und der Kommissar für Umwelt und nukleare Sicherheit der Europäischen Kommission oder deren Vertreter waren anwesend. Das Treffen forderte, im Einklang mit der Erklärung des ersten Ostseestaatsgipfels in Visby, die sofortige Planung einer Agenda 21 für den Ostseeraum, erklärte seine Bereitschaft, dies zusammen voranzubringen und legte in der Erklärung die Prinzipien einer solchen Agenda 21 für den Ostseeraum dar¹⁴²⁸. Nachhaltige Entwicklung in allen Bereichen war das übergeordnete Ziel und sollte durch integriertes Vorgehen aller Beteiligten sowohl regional als auch transsektorial erreicht werden. Nachhaltigkeit in der Land- und Forstwirtschaft bedeutete vor allem geringere Emissionen von Düngemitteln und geringerer Einsatz von Pestiziden sowie eine Umorientierung auf weniger intensive Formen der Landwirtschaft. In der Energieproduktion bedeutete Nachhaltigkeit nicht nur die Sicherheit der Energieproduktion und -versorgung, sondern auch Energieeffizienz und die Entwicklung erneuerbarer Energien. Nachhaltige Fischerei sollte sich auf die Erhaltung der natürlichen Fischbestände konzentrieren und daher Lachsartige besonders schonen, die Industrie sollte

¹⁴²⁶ ebd., S. 46.

¹⁴²⁷ ebd., S. 73.

¹⁴²⁸ The Ministers of Environment of Denmark, Estonia, Finland, Germany, Iceland, Latvia, Lithuania, Norway, Poland, The Russian Federation, Sweden and The Commissioner of Environment And Nuclear Safety of The European Commission, or Their Representatives, Meeting in Saltsjöbaden, Sweden, 20-21 October 1996. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/5latvian/dbaFile6592.html>, 07.01.2006.

Nachhaltigkeit durch Anwendung von BAT und BEP erzielen. Tourismus und Verkehr sollten Nachhaltigkeit erreichen, indem sie ihre für die Umwelt nachteiligen Auswirkungen minimierten.

Dem Sachverhalt, dass eine solche umfangreiche Zusammenarbeit nicht in einen kooperationsleeren Raum eingeführt werden würde, wurde damit Rechnung getragen, dass die Arbeit bestehender Gremien wie HELCOM, HELCOM JCP, IBSFC, ICES eine Grundlage bilden sollte und somit durch die Agenda 21 des Ostseerats Mehrwert und nicht Doppelarbeit entstehen sollte. Mit der Zusammenarbeit der Umweltminister erhöhte sich auch der politische Druck auf säumige Mitgliedsstaaten, internationale Abkommen zu ratifizieren, besonders wurde hier die revidierte Helsinki Konvention von 1992 hervorgehoben¹⁴²⁹. Die Minister erwarteten einen fertigen Entwurf einer Ostsee-Agenda 21 für die erste Jahreshälfte 1998 und sie sprachen sich für eine Annahme des Programms auf höchster politischer Ebene aus.

Die Ausarbeitung des Programms sollte unter Einbezug der für die oben genannten Bereiche verantwortlichen Regierungsstellen sowie relevanter NGOs geschehen. Die Koordinierung übernahm eine *Senior Officials Group* (SOG) aus Vertretern von Regierungsstellen, NGOs, IGOs und den IFIs¹⁴³⁰, die ihre Treffen nach Möglichkeit parallel zu denen der HELCOM-PITF und der VASAB Task Force halten sollte, um die Zahl internationaler Treffen nicht unnötig zu erhöhen. Die Umweltminister übernahmen die Verantwortung für die Umsetzung und formulierten als übergeordnete Ziele die weitere Stärkung des JCP der HELCOM, die weitere Reduktion der Emissionen von Schadstoffen mit dem Ziel ihrer Beseitigung innerhalb von 25 Jahren, die Umsetzung der HELCOM-Strategie zur Nutzung der Auffanganlagen für Schadstoffe der Schifffahrt und für sicheren Öltransport, die „... Stärkung der Maßnahmen zur weiteren Begrenzung der Nährstoffemissionen der Landwirtschaft im Einklang mit dem Ziel der Herstellung des ökologischen Gleichgewichts der Ostsee...“¹⁴³¹ und die Entwicklung einer Landwirtschaftsanlage der Helsinki-Konvention. Zudem wurde die Entwicklung einer kohärenten nachhaltigen Fischereipolitik durch die IBSFC unter Konsultation von HELCOM und ICES angestrebt, ebenso wie der Schutz der Artenvielfalt und der Entwicklung von Schutzprogrammen grenzübergreifender Flussläufe.

¹⁴²⁹ Weitere als wichtig eingestufte Prozesse und Dokumente waren der *Environment for Europe*-Prozess, die Rahmenkonvention zum Klimawandel, die Konvention zur Artenvielfalt und die Konvention zur weitreichenden grenzüberschreitenden Luftverschmutzung und ihren Protokollen der UN. ebd.

¹⁴³⁰ ebd.

¹⁴³¹ „The strengthening of actions to further limit emissions and leakages of nutrients from agriculture consistent with the goal to restore the ecological balance of the Baltic Sea,...“ [Übersetzung F.B.] Eine vorsichtige Formulierung, die die Schwierigkeit und die Größe der Beharrungskräfte gegen diese Maßnahmen zeigt. ebd.

Die Finanzierung sollte hauptsächlich auf das Verursacherprinzip gestützt sein, wobei Finanzhilfen für die Transformationsstaaten weiterhin als entscheidend angesehen wurden. Zudem sollten die schon beim JCP aktiven internationalen Banken einbezogen werden, ebenso wie Fördermittel der EU aus PHARE, TACIS, LIFE und INTERREG.

Das zweite CBSS-Umweltministertreffen fand erst am 29.08.2003 im schwedischen Luleå statt. Hier wurde der ab 1996 eingeschlagene Kurs vor dem neuen politischen Hintergrund der anstehenden EU-Osterweiterung, des Verhältnisses zwischen der EU und Russland und der internationalen und regionalen Entwicklungen im Ostseeraum bestätigt¹⁴³². Auch die inhaltlichen Themen waren in weiten Bereichen gleich geblieben. Im Bereich Wasser zum Beispiel die Bekämpfung der Eutrophierung durch den Bau von Klärwerken, dringende konkrete Maßnahmen zur Erhöhung der Schiffssicherheit und des Öltransports und die Erstellung gemeinsamer Schutzprogramme für grenzübergreifende Gewässer¹⁴³³. Ebenso bekannt war das Streben nach einem geringeren Nährstoffeintrag durch die Landwirtschaft, die Landwirtschaftsminister wurden aufgefordert, in diesem Bereich mit den Umweltministern zu kooperieren. Neu waren vor allem die Absichten zur Reduzierung des Schwefelanteils in Schiffstreibstoffen und zur Umsetzung der HELCOM- und OSPAR-Ministererklärungen vom 25.06.2003 in Bremen.

Auch im Bereich Energie konzentrierte man sich auf bekannte Themen wie die Erhöhung der Energieeffizienz durch neue Technologien und die Streichung dem entgegenwirkender Subventionen und die Vergrößerung des Anteils der erneuerbaren Energie an der Energieproduktion und -konsumption¹⁴³⁴. Auch generell sollten die Produktion und der Konsum sich am Grundsatz der Nachhaltigkeit orientieren und so energieeffizient und schadstoffarm wie möglich sein. Auch dies war schon mit der Nachhaltigkeit als Ziel der Industrie auf der ersten Umweltministerkonferenz 1996 beschlossen worden.

Die Themen waren also in weiten Bereichen gleich geblieben, was zum einen an ihrer Hartnäckigkeit lag, zum anderen an Missständen, die die Umweltminister unter anderem in einem neuen Mandat der Baltic 21 aufheben wollten. So sollten die Verantwortlichkeiten der Sektorenminister verstärkt werden, die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft sollte ebenso wie die mit den internationalen Finanzinstitutionen intensiviert und die lokale Ebene stärker einbezogen werden¹⁴³⁵. Ebenso sollten die Ziele des 2. NDAP in die Arbeit aufgenommen werden und Wege des Erfahrungsaustauschs mit anderen regionalen

¹⁴³² Baltic Sea States' Declaration on Environment and Sustainable Development - CBSS Ministerial Meeting Luleå, 29 August 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/lule/dbaFile2048.pdf>, 09.01.2006.

¹⁴³³ ebd., S. 2.

¹⁴³⁴ ebd., S. 4f.

¹⁴³⁵ ebd., S. 6.

Kooperationen, zum Beispiel der Mittelmeerkooperation, gesucht werden. Der Fischereisektor wurde aufgefordert, sich der Aufgabe der Restaurierung der Fischbestände, bis hin zur Schließung besonders sensibler Fischgründe, zu stellen, ein Hinweis, der in seiner Grundsätzlichkeit geringe Fortschritte auf diesem Gebiet seit 1996 dokumentiert. Weiterhin wurde zu einer weiter verbesserten Koordinierung der Kooperation zwischen den beteiligten Akteuren wie CBSS, Baltic 21, HELCOM, BEAC, NCM, VASAB und anderen aufgerufen¹⁴³⁶.

4.4.3 Die Umweltarbeit der BSSSC

Schon in der Resolution des BSSSC-Gründungstreffens in Stavanger wurde Umwelt als eines der Themengebiete der subregionalen Zusammenarbeit identifiziert¹⁴³⁷. Das zweite BSSSC-Treffen von Lübeck-Travemünde vom 17.-19.10.1994 konkretisierte das und nannte die Eutrophierung der Ostsee und der „*inland waters*“¹⁴³⁸, die Erfordernis des Baus von Kanalisationen und Klärwerken, unzureichende Entsorgung von Müll, vor allem Sondermüll, kontaminierte militärische Sperrzonen und Ölverschmutzung als ökologische Hauptprobleme des Ostseeraums¹⁴³⁹. In vielen Bereichen wurden hier also HELCOM-Themen aufgegriffen, entscheidend war, dass der subregionale Ansatz hier andere Zugriffe und Projekte erlaubte. So wurde der Schwerpunkt auf ein breites Bildungsprogramm zur Erhöhung der Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf Umweltbelange gelegt. Dies sollte unterstützt werden durch die Einrichtung eines ökologischen Trainingsnetzwerks zwischen den Subregionen, ein Initiierungsseminar wurde für den Herbst 1995 geplant. Die Ausbildung von Spezialisten für moderne ökologische Anlagen sollte ebenso gefördert werden wie die Zusammenarbeit öffentlicher Stellen mit der privaten Wirtschaft, die über das relevante Fachwissen und die Möglichkeiten zum Bau ökologischer Anlagen verfügten¹⁴⁴⁰. Unterstützung für den Aufbau einer Datenbank zu Verkauf und Nutzung von Technik aus dem ökologischen Bereich wurde vereinbart.

Als Beispiel einer solchen Zusammenarbeit wurde die Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Estland im Bereich des Ausbaus der Kläranlagen auf der Insel Hiiumaa und der Bereitstellung von Mitteln zur Spezialistenausbildung an der Technischen Universität Tallinn

¹⁴³⁶ ebd., S. 7.

¹⁴³⁷ The Stavanger Declaration on Baltic Sea States Subregional Co-operation.

¹⁴³⁸ Conclusions of the second Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation - 17-19 October 1994, S. 3.

¹⁴³⁹ ebd., S. 3.

¹⁴⁴⁰ ebd., S. 4.

genannt¹⁴⁴¹. Finnland, Dänemark und Schweden schlugen zudem vor, ein Koordinationszentrum für nachhaltige Entwicklung und ökologisch verträglichen Tourismus einzurichten, ein erstes Seminar zum Thema wurde für den Beginn von 1995 auf Saaremaa geplant. Zudem wurde vereinbart, dass Umweltprobleme in Grenzregionen ab sofort durch direkte Kontakte zwischen den Städten oder Subregionen bearbeitet werden sollten und somit der langwierige und möglicherweise weniger zielführende Umweg über die nationale Ebene vermieden werden konnte¹⁴⁴².

Auch die Folgekonferenz vom 08.-09.11.1995 im schwedischen Västerås behandelte die Umweltthematik, hier wurde ein Workshop zu ökologischen Überlegungen in wirtschaftlichen Planungen veranstaltet, der die VASAB als Gremium für Raumplanung begrüßte und eine Intensivierung der Zusammenarbeit der Subregionen mit der VASAB forderte¹⁴⁴³. Hierfür wurde der VASAB vorgeschlagen, einen Newsletter zur Verbreitung der notwendigen Informationen zu veröffentlichen. Ebenso wurden HELCOM und VASAB zu einer intensiveren Kooperation untereinander aufgerufen. Förderinstrumente der EU wie der *Baltic Co-operation Fund* innerhalb PHAREs und INTERREG IIC Ostseeraum wurden begrüßt und die EU aufgefordert, ein Handbuch zu den Förderkriterien zu erarbeiten, um die Antragstellung zu vereinfachen. Im Bereich der Umweltbildung beschloss ein entsprechender Workshop, über Berufsausbildung Mülltrennungssysteme wie das deutsche duale System im Ostseeraum zu verbreiten. Die BCCA wurde aufgerufen, die in diesem Gebiet bereits zwischen Deutschland und Dänemark bestehende Kooperation auf andere Staaten auszuweiten¹⁴⁴⁴. Zudem wurde die Gründung eines Fonds für den Bildungsaustausch von Jugendlichen empfohlen, ein ähnliches Instrument sollte den Austausch von Lehrern unterstützen.

Die BSSSC-Konferenz von Roskilde vom 22.-24.10.1998 nahm mit einem Workshop zum Umweltschutz das Thema wieder auf, nachdem es in der Zwischenzeit nicht von den Konferenzen berührt worden war. Die Themen waren Strategien von Natur- und Umweltschutz im Ostseeraum, die *Baltic Agenda 21* und die möglichen Rollen der Subregionen bei ihrer Umsetzung und Finanzierungsmöglichkeiten für einschlägige Projekte der Subregionen. Man kam überein, dass ein subregionaler Beitrag sehr wichtig für die Erreichung der Ziele des Umweltschutzes der Region sei und daher bestmöglicher Gewinn aus Fördermitteln der EU und nationalen Regierungen zu machen sei¹⁴⁴⁵. Die Subregionen beschlossen, sich so weit wie möglich in den Baltic 21-Prozess einzubringen. Die nationalen

¹⁴⁴¹ ebd., S. 4.

¹⁴⁴² ebd., S. 4.

¹⁴⁴³ The 3rd BSSSC annual conference -Västerås (Sweden), 8-9 November 1995 - Resolution, S. 19.

¹⁴⁴⁴ ebd., S. 21.

¹⁴⁴⁵ Resolution from the BSSSC Conference Roskilde, 22.-24.10.1998, S. 10.

Knotenpunkte sollten hierbei die Subregionen in die nationalen Umsetzungspläne einbinden. Hierbei wurde auch starker Handlungsbedarf vor allem im Bereich der EU-Finanzierungsinstrumente gesehen, zu deren besserer Koordinierung und verstärkter Bekanntmachung die BSSSC aufrief. Ein Netzwerk der Brüsseler Vertretungen der Transformationsländer sollte letzteres bewerkstelligen¹⁴⁴⁶.

Inhaltlich konkreter ging der Naturschutz- und Umweltworkshop der siebten BSSSC-Konferenz vom 28.-30.10.1999 in Kaunas vor. Stellvertretend für den litauischen Umweltminister Danys Lygis berichteten Mitglieder des Umweltministeriums über die litauischen Vorgehensweisen im Umweltschutz und die nationalen Bemühungen zur Umsetzung der Agenda 21 und der Baltic 21. Ebenso wurde litauisches Engagement in gemeinsamen Umweltprojekten mit Russland im Rahmen der *Northern Dimension* betont¹⁴⁴⁷.

Die nachhaltige Bewirtschaftung von Land wurde durch eine Vertreterin Schwedens am Beispiel der schwedischen und finnischen Forstwirtschaft präsentiert. Parallel wurde eine Ausstellung zu nachhaltiger Forstwirtschaft eröffnet. Litauen gab dagegen einen Überblick zum Fortschritt der Landreform und stellte ein Projekt zur Wiederaufforstung stillgelegter landwirtschaftlicher Flächen vor¹⁴⁴⁸. Die Diskussion befasste sich auch mit Beispielen für Fehler und Erfolge im Natur- und Umweltschutz. Neben den bekannten Missständen in den Transformationsländern wurde hier auch Fehlverhalten in den skandinavischen Staaten und Deutschland besprochen. Für Letztere wurde ein relativ höherer Pro-Kopf-Verbrauch an Energie und Rohstoffen mit den damit verbundenen Emissionen festgestellt und im Falle von Schweden, Dänemark und Deutschland die mit intensiver Landwirtschaft verbundenen Kontaminationen von Erdreich, Grundwasser und Gewässern.

Abschließend behandelte die Diskussion Möglichkeiten des Umweltschutzes von technischen und Organisationsfragen über Erhöhung der öffentlichen Aufmerksamkeit bis zur Umweltbildung¹⁴⁴⁹. Die Arbeitsgruppe zu Natur- und Umweltschutz wollte die Ergebnisse in ihre weitere Arbeit aufnehmen. Der Workshop beschloss auch zwei Vorschläge zur Erweiterung der Resolution des Treffens, die allerdings in die Endfassung der Erklärung nur teilweise Eingang fanden. Diese Formulierungen betonten die Notwendigkeit der Verbesserung der Umweltstandards und des Umgangs mit natürlichen Ressourcen in der Ostseeregion. Für die EU-Beitrittskandidaten und Russland wurde eine dringende Notwendigkeit der Stärkung der mit Umweltbelangen befassten Administrationen betont und hier weiteres Netzwerken für notwendig erachtet. Der Zusatz im Workshopbericht, dass die

¹⁴⁴⁶ ebd., S. 11.

¹⁴⁴⁷ Resolution of the 7th Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation.

¹⁴⁴⁸ ebd.

¹⁴⁴⁹ ebd.

BSSSC sich bereiterklärte, ihren Einfluss zur Mobilisierung externer Fonds, auch derer der EU, zu nutzen, fehlte in der Schlussfassung der Erklärung¹⁴⁵⁰.

In der Folgezeit stützte sich das umweltpolitische Augenmerk der BSSSC immer mehr auf den umfassenderen Begriff der Nachhaltigkeit und die Umsetzung der Baltic 21. Dass dies auch nach der EU-Osterweiterung 2004 weiterhin ein aktuelles Thema war, zeigt, dass nachhaltige Entwicklung auch in der Resolution des BSSSC-Treffens von Malmö vom 23.10.2004 als Priorität angegeben wurde ebenso wie maritime Sicherheit, zu deren Erhöhung Maßnahmen gefordert wurden¹⁴⁵¹. Die EU und die nationalen Regierungen wurden aufgefordert, die Entscheidungen der Konferenzen subnationaler Einheiten wie in Kiel und Trelleborg 2004 zu respektieren.

4.4.4 Die Umweltarbeit der UBC

Aufgrund der bedrohlichen ökologischen Situation des Ostseeraums war Umweltschutz auch ein frühes Thema der UBC, schon bei der Gründungskonferenz vom 19.-20.09.1991 in Gdansk tagte eine Arbeitsgruppe von 22 Teilnehmern aus 14 Städten¹⁴⁵² zu diesem Thema. Nachdem die Gruppe sich durch Berichte einen Überblick der Lage verschafft hatte, kam man überein, dass alle Städte Konzepte zur nachhaltigen Entwicklung erarbeiten und entwickeln sollten, um den Einfluss städtischen Lebens auf die Umwelt zu minimieren, wozu Erfahrungsaustausch als zentrale Notwendigkeit erachtet wurde. Die UBC sollte als organisatorischer Rahmen für Kooperationen kleinerer Städtegruppen dienen, das Sekretariat wurde beauftragt, sich bestehende Projekte von den Mitgliedsstädten anzeigen zu lassen und dabei die Prioritätensetzung der Mitglieder zu untersuchen. Auf diese Weise konnte auch festgestellt werden, wo die Spezialisierungen einzelner Städte lagen. Die Arbeitsgruppe regte die UBC auch an, mit einschlägigen internationalen Organisationen, wie zum Beispiel dem *International Council of the Local Environmental Initiatives (ICLEI)*, zusammenzuarbeiten. Auch auf der Folgekonferenz in Kalmar vom 22.-24.05.1992 tagte die Arbeitsgruppe zum Umweltschutz. Die Gruppe diskutierte unterschiedliche Themen, die in Berichten vorgestellt worden waren wie die Kooperation der Ostseestädte im *Healthy Cities Programme*, die Neuverteilung der Investitionen schwedischer Städte in Abwasserbehandlung unter den Ostseestädten und die Wirkung der Stadt Elblag auf den Verschmutzungsgrad des Elblag-

¹⁴⁵⁰ ebd.

¹⁴⁵¹ BSSSC - Malmö Resolution 23 October 2004.

¹⁴⁵² Die Teilnehmer kamen aus Gdańsk, Kaliningrad, Rostock, Elblag, Helsingborg, Aarhus, Turku, Gdynia, Sopot, Kołobrzeg, Ventspils, Norrköping, Stockholm and Klaipėda, es waren also alle Ostseestaaten vertreten. Berichte der Arbeitsgruppen der Gründungskonferenz, S. 2.

Flusses. Andere Bereiche waren das nach dem Aufruf der Gründungskonferenz zur Nachhaltigkeit in Städten zu entwickelnde *Baltic Sustainable Cities Programme* (BSCP) und, von einem Vertreter der CCB als Gast der UBC vorgestellt, Projekte zur Umweltbildung und die Ostsee-Kampagne in den baltischen Staaten und Kaliningrad¹⁴⁵³. Den Teilnehmern war auf diese Weise einerseits die Möglichkeit gegeben, voneinander zu lernen, andererseits, gemeinsam Standpunkte zu entwickeln und weiteres Vorgehen zu vereinbaren.

Der Umweltschutz war das Hauptthema der zweiten Generalkonferenz der UBC in Svetlogorsk in der Oblast Kaliningrad vom 24.-25.09.1993. Unterschiedliche Lösungsansätze in Politik und Projekten wurden durch die Redner aus Umweltbehörden der Mitgliedsstädte und internationalen Organisationen und NGOs wie ICLEI, WWF, CCB und anderen vorgestellt¹⁴⁵⁴. Als entscheidend wurde hier immer wieder die Umweltbildung erwähnt, wozu die UBC mit der Veranstaltung ökologischer Sommercamps in Lettland 1993 und 1994 beigetragen hatte.

In der Folgezeit entwickelte die von Aarhus und Turku geführte Kommission das BSCP als eine Zieldefinition für die Städte. Der Terminus der Nachhaltigkeit wurde im Bewusstsein des Zusammenhangs zwischen wirtschaftlichen und sozialen mit ökologischen Problemen gewählt. Da das Programm vor allem auf die lokale Umsetzung des Bereichs der Institutions- und Personalentwicklung des JCP der HELCOM abzielte, nahm die Kommission Kontakt zur HELCOM-PITF auf, um in diesem Bereich zusammenzuarbeiten, woraufhin die UBC eine *lead country function* im Bereich des Institutionenaufbaus im JCP bekam¹⁴⁵⁵. 1994 wurde das zu einem generellen zweijährigen Beobachterstatus bei der HELCOM ausgeweitet, so dass die UBC an der gesamten HELCOM-Arbeit teilhaben konnte.

Das BSCP war vor allem für die Städte der südöstlichen Ostsee gedacht, wo Hilfe am dringendsten nötig war. Das Modell der Städtepartnerschaft war hierbei der Hauptmechanismus der Umsetzung. In einer ersten Phase sollten zwei Seminare und zwei Kurse für die Informationsvermittlung sorgen, die jeweils von einer Partnerschaft aus einer westlichen und einer östlichen Ostseestadt organisiert wurden¹⁴⁵⁶. Dieses Projekt wurde durch den Nordischen Ministerrat mit 550.000 Dänischen Kronen finanziert¹⁴⁵⁷. Ein zweites Element waren die *Baltic Municipal Environmental Audits* (BMEA), die auf die von der Weltbank entwickelten und im Mittelmeerraum angewandten *Municipal Environmental*

¹⁴⁵³ Ist General Conference, Kalmar, 22-24 May 1992 - Conference Report.

¹⁴⁵⁴ IInd General Conference, Svetlogorsk, Kaliningrad Region, 24-25 September 1993 – Conference Report.

¹⁴⁵⁵ Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities 24-25 September 1993 (Kaliningrad) - 8-9 December 1995 (Aarhus).

¹⁴⁵⁶ Das Seminar zur Raumplanung und Umwelt organisierten Karlskrona und Klaipeda, den entsprechenden Kurs Aalborg und Liepaja. Das Seminar zu Recycling als Element des Abfallmanagements wurde von Stockholm und Riga, der entsprechende Kurs von Turku und Gdansk organisiert. ebd.

¹⁴⁵⁷ ebd.

Audits (MEA) zurückgingen. Der erste, von Experten aus Helsinki, Turku und Tallinn durchgeführte Termin fand hierbei in Tallinn statt, wo Vertreter anderer Städte die Erfahrungen sammeln sollten, mit denen sie in ihren Städten eigene *audits* veranstalten konnten. Das Projekt wurde im zweiten Versuch durch das LIFE-Programm der EU mit 200.000 ECU gefördert¹⁴⁵⁸. Weiterhin erarbeitete die Kommission die Stellungnahme der UBC zum VASAB 2010-Bericht und zur Rolle von Städtepartnerschaften bei der Finanzierung von Umweltprojekten.

Im Zeitraum 1995-1997 wurde die Kommission zum Umweltschutz stark unterstützt durch die Einrichtung eines ständigen Sekretariats durch die Stadt Turku im April 1996, die auch alle Kosten übernahm. Inhaltlich erhöhte die Kommission den Informationsfluss zur Umweltsituation des Ostseeraums und zu entsprechenden Kooperationsprojekten der UBC durch die Veröffentlichung des *Baltic Cities Environmental Bulletin*, das an Mitgliedsstädte und einschlägige Institutionen ebenso wie an Universitäten ausgeliefert wurde und so einerseits Öffentlichkeitsarbeit für die UBC unternahm und andererseits zur Umweltbildung beitrug¹⁴⁵⁹. Die oben skizzierten Seminare und Kurse zur Umsetzung des BSCP wurden durchgeführt, was den ersten konkreten Beitrag der UBC zu ihrer *lead country function* im Rahmen des JCP darstellte. Insgesamt nahmen 214 Umweltspezialisten und Entscheidungsträger aus den Mitgliedsstädten an den Veranstaltungen teil, so dass auf diese Weise erfolgreich Informationen ausgetauscht und so auch Einfluss auf die Politik genommen werden konnte. Im März 1996 begann das geplante MEA in Tallinn, was zu mehreren Publikationen zur Umweltlage in Tallinn und zum Verfahren des MEA generell führte. Die anderen Ostseestädte wurden aufgefordert, das Modell zu adaptieren und den ökologischen Status der eigenen Stadt mit einem Audit zu überprüfen. Um die Verbreitung der Methode zu unterstützen, fanden im September und Oktober 1997 nationale Seminare zum Auditing statt. Außerdem wurde die UBC im Zeitraum 1995-1997 als Vollmitglied in die Steuerungsgruppe der Baltic 21 aufgenommen. Im Frühjahr 1997 war die Kommission auch erfolgreich an der Beantragung von INTERREG II A- Unterstützung für ein Projekt zur Vereinheitlichung der ökologischen Bestimmungen der Häfen im Gebiet Stockholm-Turku-Mariehamn beteiligt, die erste Arbeitssitzung des bis April 1998 geplanten Projekts fand im August 1997 statt¹⁴⁶⁰.

Im Berichtszeitraum 1997-1999 arbeitete die UBC über ihre Kommission zum Umweltschutz weiter an der Umsetzung der Baltic 21, besonders in ihrer Führungsfunktion bei der *Joint Action 4: Städtekooperation und nachhaltige Entwicklung in Städten und Gemeinden*. Vom

¹⁴⁵⁸ ebd.

¹⁴⁵⁹ Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 8-9 December 1995 (Aarhus) - 12-13 September 1997 (Gdansk).

¹⁴⁶⁰ ebd.

03.-05.09.1998 wurde unter Mitwirkung der Kommission in Turku die erste regionale Konferenz des *European Sustainable Cities & Towns Campaigns* veranstaltet mit über 400 Gästen aus 27 Staaten, wovon die Mehrheit aus dem Ostseeraum und davon die Hälfte aus den Transformationsstaaten kam¹⁴⁶¹. Unterschiedliche Wege der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 wurden vorgestellt und diskutiert unter dem besonderen Aspekt der Gesundheit. 1998 hatte die Kommission auch eine Studie über die unterschiedlichen Lokalen Agenden 21 (LA 21) und den Status ihrer Umsetzung unternommen und diese Ergebnisse zusammen mit auf drei Treffen in Nacka, Lübeck und Sillamae geäußerten Absichten zu einem LA21-Aktionsplan der UBC verarbeitet. So konnte den verschiedenen Initiativen ein Bezugspunkt und Zielorientierung gegeben werden.

Im Bereich des *Environmental Auditings* waren die Informationsmaterialien aus dem Englischen in die Sprachen der Transformationsländer übersetzt worden und waren über die Kommission beziehbar. Zusätzlich koordinierte die Kommission entsprechende Audits und unterstützte interessierte Städte bei der Finanzierungssuche. Über Finanzierung durch den Nordischen Ministerrat konnten 1998 Audits in Klaipeda und Panevezys begonnen werden, für 1999 wurden zwei weitere in Aussicht gestellt¹⁴⁶². Unabhängig davon hatten auch Pärnu, Turku und Pori bis 1999 Audits durchgeführt. Auch mit Finanzierung des Nordischen Ministerrats wurden Trainings für Umweltexperten und Entscheidungsträger des Bereichs durchgeführt, die bis Mitte 1998 über 500 Personen durchlaufen hatten. 1999 wurde auch erstmals der UBC-Preis für *Best Environmental Practice* vergeben, die Stadt Tartu wurde mit ihm für ihre Agenda 21-Projekt belohnt¹⁴⁶³. 1999-2001 setzte die Kommission ihre Arbeit regulär fort. Das Sekretariat unterstützte die Arbeit der Kommission und veröffentlichte routinemäßig zwei Ausgaben des *Baltic Cities Environmental Bulletins* pro Jahr¹⁴⁶⁴. Auch andere Publikationen wurden für die Informationsverbreitung genutzt, die zum Beispiel die Lokalen Agenden 21 und *Best practices* in Städten betrafen.

Die Form des *Municipal Environmental Auditings* hatte sich weiter durchgesetzt und so konnte die Kommission 2000-2001 MEAs in fünf litauischen Städten koorganisieren. Der Nordische Ministerrat unterstützte diese Unternehmungen mit 100.000 Euro. Ein anderes Projekt der Kommission und anderer Akteure wie zum Beispiel ICLEI, *Success Factors in Local Environmental Policy for Local Agenda 21 activities and EU Accession in the Baltic*

¹⁴⁶¹ Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 12-13 September 1997 (Gdansk) - 24-25 September 1999 (Stockholm).

¹⁴⁶² ebd.

¹⁴⁶³ Vth General Conference, Stockholm, 24-25 September 1999 - Conference Report. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/vth-general.html#Conference%20Report>, 20.12.2005.

¹⁴⁶⁴ Commission on Environment - Activity Report October 1999-September 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/vith-general/reports/Environment.rtf>, 20.12.2005, S. 1.

Sea Region, 2000-2001 informierte die Lokalen Agendainitiativen über Politikmöglichkeiten und Standards und bot eine Möglichkeit des Erfahrungsaustauschs und der Vernetzung. Ebenso wurde die Arbeit zur Verbreitung der Kenntnis des Prinzips der Lokalen Agenda 21 weitergeführt, indem Informationsmaterial in den Sprachen der Transformationsstaaten herausgegeben und verteilt wurde. Zudem wurden auch auf einen entsprechenden Vertrag mit dem Direktorat Umwelt der Europäischen Kommission hin die EU-Indikatoren für nachhaltige Stadtentwicklung in 12 mittelosteuropäische Sprachen übersetzt, womit die UBC auch Verantwortung außerhalb des Ostseeraums annahm. Auf diese Weise sollten den Lokalen Agenda 21-Initiativen dieser Länder Zielorientierungen gegeben werden.

Um die Definition von Standards ging es auch bei dem *Best Cities Practices*-Projekt, wo fünf Städtepaare Kriterien für *best practices* aufstellten. Der Arbeitsansatz der Städtepaare erwies sich hierbei als sehr produktiv und interessant für die Teilnehmer¹⁴⁶⁵. Auf europäischer Ebene war die UBC durch die Arbeit der Kommission Mitglied der Steuerungsgruppe der Nachhaltige-Städte-und-Gemeinden-Kampagne geworden und hatte Experten für Ausschüsse des Direktorats Umwelt gestellt. Auch in den regionalen Gremien HELCOM und Baltic 21 setzte die UBC ihre Arbeit fort.

Der Generalkonferenz der UBC in Rostock vom 12.-13.10.2001 konnte die Kommission zum Umweltschutz eine positive Entwicklung der Kooperation berichten. Die Gründe waren das UBC Agenda 21-Programm, das sich als nützlicher Rahmen für die Koordinierung von Aktivitäten und die Aktivierung finanzieller Ressourcen erwiesen hatte, der starke personelle und finanzielle Einsatz der Mitglieder und besonders Turkus, das das Sekretariat unterhielt, und die Entwicklung und Umsetzung guter Projekte mit Hilfe externer Finanzierung.

Auf dieser Konferenz wurde der *Best Environmental Practice Award* der UBC-Städte zum zweiten Mal vergeben. Hierfür hatten sich 16 Städte aus allen Staaten der Ostsee außer Norwegen beworben. Die Vergabe erfolgte nach den Kriterien der Relevanz des Projekts sowohl für die Stadt als auch für die anderen Städte des Ostseeraums, der Erreichung wohl definierter Ziele in den Bereichen Umwelt und Soziales, der Innovativität sowohl des Ansatzes als auch der technischen Umsetzung und der generellen Qualität des Projekts hinsichtlich Kosteneffektivität, Planung und technischer Umsetzung. Gewinner wurde Gdansk mit dem Projekt "*Ecological Sobieszewska Island*"¹⁴⁶⁶.

2001-2003 veranstaltete die Kommission zum Umweltschutz unter anderem drei Treffen für Vertreter der Lokalen Agenden 21 der Mitgliedsstädte zu unterschiedlichen

¹⁴⁶⁵ ebd., S. 2.

¹⁴⁶⁶ The Best Environmental Practice in the Baltic Cities Award. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/today/vith-general_award.html, 20.12.2005.

umweltpolitischen Themen, die jeweils von bis zu 70 Teilnehmern besucht wurden¹⁴⁶⁷. Drei Ausgaben des *Environmental Bulletins* konnten aufgelegt werden, da die Mitglieder intensiv mitarbeiteten. Gute Mitarbeit der Städte in 85% der Fälle stützte auch die Repräsentativität einer Studie über die Lokale Agenda 21 im Jahr 2001 als ein follow-up zu einer gleichen Studie im Jahr 1998. Sie zeigte, dass die Agenda 21 sich in den strategischen Planungen der Städte immer mehr durchsetzte und dass die UBC im Bereich der Nachhaltigkeit der wichtigste Multiplikator für Informationen und *best practice* war¹⁴⁶⁸. Weiterhin nahm die UBC im August 2002 am Weltgipfel zur Nachhaltigkeit in Johannesburg teil.

Zusammen mit der Universität Westengland, Eurocities und 18 europäischen Städten arbeitete die UBC auch am *Eco-Management and Audit Scheme – Peer review for Cities Project*, das den bereits erfolgreich durchgeführten MEAs verwandt war. Zehn Ostseestädte nahmen an diesem Projekt teil, wo es vor allem darum ging, diese Form des Umweltauditing bekannter zu machen. Der erfolgreiche Ansatz der Städtepartnerschaften wurde auch hier gewählt. Auf diese Weise arbeitete die UBC wiederum auch jenseits des Ostseeraums an der Verbesserung der Umweltsituation mit. Ein anderes Projekt zur Verbreitung von *Best environmental practice* zwischen Städten und Gemeinden führte fünf Städtepaare zusammen, die ihre Erfahrungen in den Bereichen Artenvielfalt, Energie, Gesundheit, Luft, Information und Bildung austauschen konnten. Über das regionale Umweltbüro der USA im Ostseeraum waren auch amerikanische Experten daran beteiligt. Daneben brachte sich die Umweltkommission der UBC auch in anderen Umweltprojekten von europäischem Rang ein¹⁴⁶⁹. 2003 konnte die Kommission also ein sehr positives Fazit ihrer Arbeit ziehen. Über 90% der UBC-Mitglieder hatten sich Lokale Agenden 21 eingerichtet, an den Projekten der Kommission hatten sich nahezu alle Städte beteiligt und die EU-Kommission hatte Experten der UBC mehrmals in Nachhaltigkeitsfragen zu Rate gezogen und es war durch Kapazitätsaufbau, Entwicklung des Managements und durch Informations- und Erfahrungsaustausch ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Umweltsituation geleistet worden¹⁴⁷⁰. Beeindruckend war neben der Vielzahl der Projekte auch ihre große Reichweite und europäische Relevanz. Auch 2003 wurde wiederum der Preis für die beste Umweltpaxis vergeben, diesmal an Gdynia für ihr „*Environmental Development Board*“, wodurch es gelungen war, auf innovative Weise Bürger, Verwaltung und Investoren an umweltrelevanten

¹⁴⁶⁷ Commission on Environment- Activity Report October 2001- September 2003. In: Reports and Action Plans of the UB Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005, S. 9.

¹⁴⁶⁸ ebd., S. 10.

¹⁴⁶⁹ ebd., S. 12.

¹⁴⁷⁰ ebd., S. 9.

Planungsprozessen und Aktivitäten zu beteiligen, was zu konkreten Ergebnissen für die Umwelt Gdynias geführt hatte¹⁴⁷¹.

4.4.5 Die Ebene der BSPC

Wie auch bei anderen frühen Kooperationsgremien im Ostseeraum war der Umweltschutz auch bei der Ostseeparlamentarierkonferenz von Beginn an ein wichtiges Thema. Schon auf der ersten Konferenz im Januar 1991 in Helsinki betonten viele Redner die Notwendigkeit raschen Handelns und drängten auf dementsprechenden politischen Willen und Finanzierungen, unterschiedliche Vorschläge wurden dargelegt. In diesem Rahmen wurde auch der Ostseeraum als kernwaffenfreie Zone diskutiert¹⁴⁷². Die Folgekonferenz im April 1992 in Oslo nahm Umweltschutz und nukleare Sicherheit in den Themenkatalog der Ostseeparlamentarierkonferenz auf, indem sie ihnen höchste Priorität verlieh. Dies wurde von der dritten Konferenz vom 04.-05.05.1994 in Warschau bestätigt, vor allem wurde eine Beschleunigung der Fortentwicklung der einschlägigen Gesetzgebung verlangt. Die Regierungen wurden weiterhin aufgefordert, die Ratifizierung der Revision der Helsinki-Konvention von 1992 zu beschleunigen, weiterhin die HELCOM-Gruppe zur versenkten chemischen Munition zu unterstützen und mehr Anstrengungen für die nukleare Sicherheit zu unternehmen. Zur Umsetzung solcher Projekte wurde die Einrichtung eines europäischen Ökologiefonds vorgeschlagen¹⁴⁷³. Die Wiederholung der Forderung nach effektiven politischen Maßnahmen zur nuklearen Sicherheit von atomar betriebenen Schiffen, Atomkraftwerken und Atommülllagerstätten durch die vierte Konferenz der Ostseeparlamentarier vom 12.-13.09.1995 in Rønne weist auf zu geringes nationales Tempo auf diesem Gebiet hin. Weiterhin wurden die Regierungen hier aufgefordert, freien Informationsfluss bei Umweltbelangen zu garantieren, darauf zu achten, dass nationale Entwicklungsprogramme das Prinzip der Nachhaltigkeit beachten und die Regierungen jährliche Ökologie-Berichte veröffentlichen¹⁴⁷⁴. Diese Forderungen wurden auf der Folgekonferenz 1996 wiederholt und darauf folgten zwei Jahre Abstinenz von diesem Thema. Die Konferenz des Jahres 1999 dagegen eröffnete einen sehr differenzierten Forderungskatalog. Die Regierungen wurden aufgefordert, den Parlamenten über ihre Maßnahmen gegen den Ausstoß von Klimagasen im Rahmen des Kyoto-Protokolls Bericht zu

¹⁴⁷¹ Best Environmental Practice in Baltic Cities Award 2003 - Report of the Award Committee. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/Award_Committee.doc, 20.12.2005.

¹⁴⁷² Väänänen, Pentti; Boedeker, Mika: Parliamentary Conference on Co-operation in the Baltic Sea Area.

¹⁴⁷³ Resolution der dritten Ostseeparlamentarierkonferenz vom 04.-05.05.1994 in Warschau, S. 2.

¹⁴⁷⁴ Resolution der vierten Ostseeparlamentarierkonferenz vom 12.-13.09.1995 in Rønne, S. 3.

erstaten, stärker an der Beseitigung der JCP-Hot Spots zu arbeiten und hier einen Zeitplan zu erstellen sowie das HELCOM-Schadstoff-Reduktionsziel von 50% zu erreichen. Nachhaltigkeit sollte durch die Kooperation mit der Industrie über die Baltic 21 und durch Maßnahmen zur Unterstützung erneuerbarer Energien erzielt werden. Die Regierungen wurden weiterhin aufgefordert, ein gemeinsames Ziel der Reduzierung des Stickstoffausstoßes durch den Verkehr zu definieren. Im Bereich der Umweltbildung wurde dazu aufgefordert, Landwirte über Möglichkeiten der Reduzierung des Stickstoffeintrags durch die Landwirtschaft zu informieren und Programme zur generellen Förderung der Umweltwahrnehmung von der frühkindlichen Erziehung bis zum lebenslangen Lernen zu entwickeln und sie umzusetzen. Im Bereich der nuklearen Sicherheit befürworteten die Konferenzteilnehmer sogar einen ostseeweiten Ausstieg aus der Atomenergie¹⁴⁷⁵.

Die Folgekonferenz wiederholte die Forderung nach der Förderung erneuerbarer Energien und der Nutzung der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls. Die Regierungen wurden aufgefordert, Umweltfragen die angemessene Beachtung zu schenken und die Umsetzung der HELCOM- und Baltic 21-Empfehlungen sicherzustellen, ein Zeichen für eine zu gering engagierte Umweltpolitik einiger Ostseestaaten¹⁴⁷⁶.

Für die folgende Konferenz vom 03.-04.09.2001 hatte unter dem Eindruck der Tankerhavarie der „*Baltic Carrier*“ zu Beginn des Jahres und der darauf folgenden Debatte zur Schiffssicherheit in der Öffentlichkeit und auch im Ostseerat die mecklenburg-vorpommersche Landesregierung eigens einen Bericht zur Schiffssicherheit in der Ostsee angefertigt, der dort erörtert wurde. Schiffssicherheit wurde dadurch für die nächsten Jahre zu einem Schwerpunktthema der BSPC-Konferenzen. Zu diesem Bereich wurde dann auch ein eigener Teil der Resolution verabschiedet, der in vielen Details den Ostseerat und die nationalen Regierungen aufforderte, die Schiffssicherheit in der Ostsee fundamental zu verbessern¹⁴⁷⁷. Die Empfehlungen betrafen den Einsatz für die Ausweisung der Kadetrinne und anderer Ostseeteile als PSSAs, den Einsatz bei der IMO für die Verhängung von Lotsenpflicht in der Kadetrinne, die generelle Aufwertung der Schutzmaßnahmen, die verstärkte Nutzung von AIS, das Auslaufen von Einhüllentankern bis 2015, die schärfere Durchsetzung von Umweltkontrollen und Strafen für Verstöße, die Bereitstellung angemessener Bekämpfungskapazitäten und anderes¹⁴⁷⁸. Es wurden also parallel zu ähnlichen

¹⁴⁷⁵ Conference Resolution - adopted by the 8th Parliamentary Conference on Co-operation in the Baltic Sea Region, according to the rules of procedure of the Parliamentary Conference, Mariehamn, 8th September 1999. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/8.Resolution_99.doc, 16.04.2008.

¹⁴⁷⁶ Resolution der neunten Ostseeparlamentarierkonferenz vom 04.-05.09.2000 in Malmö, S. 1f.

¹⁴⁷⁷ Resolution Part II adopted by the 10th Baltic Sea Parliamentary Conference, S. 4ff.

¹⁴⁷⁸ ebd., S. 4ff.

Bemühungen des Ostseerats Inhalte aufgegriffen, die in weiten Teilen schon von der HELCOM formuliert worden waren, auf diese Weise jedoch noch einmal neuen und stärkeren Nachdruck bekamen.

Die Konferenz vom 30.09.-01.10.2002 in St.Petersburg zeigte sich zufrieden über den Fortschritt auf diesem Gebiet, drängte die Regierungen aber zur Aufrechterhaltung ihrer Anstrengungen¹⁴⁷⁹. Sie wurden ebenfalls gedrängt, das MNEPR abzuschließen und das Kyoto-Protokoll schnellstmöglich zu ratifizieren und umzusetzen. Weitere Details, wie zum Beispiel die Verhinderung der Ausrottung der bedrohten Schweinswale analog zu den entsprechenden UN-Bestimmungen wurden erwähnt¹⁴⁸⁰, was die mittlerweile gewachsene Kompetenz und Spezialisierung der BSPP auf den Schutz der marinen Umwelt zeigt. Die Konferenz vom 07.-09.09.2003 in Oulu wiederholte im Wesentlichen diese Forderungen¹⁴⁸¹.

4.4.6 Die Baltic 21

4.4.6.1 Der Landwirtschaftssektor

Die Landwirtschaft war von Anfang an ein Teilgebiet der Baltic 21. Als Ziel wurde für sie die Erzeugung qualitativ hochwertiger Produkte und Dienstleistungen „...unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen und sozialen Gefüges...“¹⁴⁸² und unter Erhalt der Ressourcenbasis sowohl bei erneuerbaren als auch bei nicht erneuerbaren Energien formuliert. Detailliert bedeutete das die Sicherstellung dessen, dass die Einkünfte von Bauern ihnen als Unterhalt ausreichen, dass für die Gesundheit von Mensch und Tier sowie zur Erhaltung der Biodiversität geeignete Produktionsmethoden angewendet und durch die Landwirtschaft entstehende Umweltschäden minimiert werden¹⁴⁸³. Nicht erneuerbare Ressourcen sollten immer mehr durch erneuerbare ersetzt werden und das Recycling nicht erneuerbarer Energien sei immer weiter zu entwickeln. Neben der Befriedigung des Bedürfnisses der Bevölkerung nach Lebensmitteln und Erholung war nachhaltige Landwirtschaft auch für die Erhaltung der Landschaft und kultureller Werte sowie des geschichtlichen Erbes verantwortlich und sie sollte zur Entwicklung stabiler, wirtschaftlich solider und sicherer Gemeinden beitragen. Die ethischen Gesichtspunkte landwirtschaftlicher Produktion seien bei nachhaltiger Landwirtschaft gewahrt.

¹⁴⁷⁹ Resolution Part II adopted by the 11th Baltic Sea Parliamentary Conference.

¹⁴⁸⁰ Resolution Part I adopted by the 11th Baltic Sea Parliamentary Conference.

¹⁴⁸¹ Resolution adopted by the 12th Baltic Sea Parliamentary Conference, S. 3f.

¹⁴⁸² Eine Agenda 21 für den Ostseeraum - Baltic 21, S. 8.

¹⁴⁸³ ebd., S. 8.

Zur Umsetzung dieser Ziele wurden zunächst drei Aktionslinien vorgeschlagen. Eine der wichtigsten Aktivitäten war Bildung und Schulung, sowohl der Landwirte als auch der Verbraucher. Schwerpunkt hierbei sollte die Schulung von Landwirten in nachhaltigen Produktionsmethoden sein, vor allem in den Transformationsstaaten und hier vor allem in Polen, das die meiste landwirtschaftlich genutzte Fläche im Entwässerungsgebiet der Ostsee einnimmt. Dies sollte sowohl eine Ausweitung der innerhalb der GAP und ansonsten bestehenden multilateralen Schulungsprogramme als auch den Einbezug von Branchen, Markt und NGOs bedeuten. Verantwortlich für diesen Maßnahmenbereich waren Landwirtschaftsschulen, Beratungsdienste, Universitäten, Forschungsinstitute, Ministerien und Bauernverbände¹⁴⁸⁴.

Eine weitere Maßnahme sollte der Aufbau eines virtuellen Forschungsinstituts für den gesamten Ostseeraum auf der Grundlage des schon bestehenden NOVABOVA¹⁴⁸⁵ sein. Auf diese Weise sollte die Forschung zur nachhaltigen Landwirtschaft verknüpft und gefördert und einschlägige Forschungsprogramme erarbeitet werden. Für diese auf zehn Jahre geplante Aktionsreihe waren neben dem Sektor selbst der Nordische Ministerrat, Universitäten, Forschungsinstitute, NGOs und die Branchen rund um die Landwirtschaft zuständig¹⁴⁸⁶. Ein weiterer Bereich, in dem Maßnahmen ergriffen werden sollten, war die Erarbeitung und Umsetzung von Gesetzen und politischen Aktionen für Landwirtschaft und Umwelt. Dies sollte sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene geschehen und alle Aspekte nachhaltiger Landwirtschaft beinhalten. Für diesen, bis 2005 geplanten Bereich waren neben dem Sektor die Regierungen selbst, nationale und internationale Behörden, die EU und HELCOM verantwortlich¹⁴⁸⁷. Hier war es vor allem dieser Bereich, aber in abgeschwächter Form auch der der Bildung und Schulung, in dem die Baltic 21 in „fremdes Territorium“ vorstieß, da die HELCOM seit Jahren Empfehlungen für Gesetze und politische Aktionen zur Minimierung der Umweltschäden der Landwirtschaft erarbeitete und, wenn auch nicht in konkrete Schulungen umgesetzt, *best practices* auch im Landwirtschaftsbereich förderte. HELCOM und Polen waren zunächst die *lead parties* des Sektors.

Von der Verabschiedung dieses Programms im Juni 1998 bis zum ersten Treffen der *Baltic 21 Task Force on Agriculture* (TFA) vom 19.-20.04.1999 in Warschau verstrich schon ein beträchtlicher Zeitraum. Ein weiteres Manko des Treffens war, dass keine Vertreter Russlands

¹⁴⁸⁴ ebd., S. 23f.

¹⁴⁸⁵ NOVA ist ein Netzwerk skandinavischer Universitäten für Forstwirtschaft, Veterinärmedizin und Landwirtschaft und BOVA das thematisch gleich gelagerte Gegenstück baltischer Universitäten. ebd., S. 24.

¹⁴⁸⁶ ebd., S. 24.

¹⁴⁸⁷ ebd., S. 24.

anwesend waren¹⁴⁸⁸. Auf diesem Treffen vereinbarte der Sektor die Arbeitsstruktur und die Mitglieder informierten einander über die nationalen Kompetenzverteilungen im Bereich Landwirtschaft. Lennart Prage von NOVA stellte seine Organisation und BOVA vor, das Treffen beauftragte NOVA mit einer Machbarkeitsstudie zu einem virtuellen Forschungsinstitut, die vom Nordischen Ministerrat finanziert wurde. An Beispielen polnischer landwirtschaftlicher Betriebe wurde der Nährstoffeintrag (wie durch HELCOM und andere längst bekannt) als Hauptproblem identifiziert und die Arbeit mit der HELCOM und anderen einschlägigen Programmen koordiniert. Ein gemeinsamer Arbeitsplan konnte auf Grund unterschiedlicher Interessenlagen nicht angenommen werden. Ebenso wenig konnte ein Vorschlag zur Definition von Indikatoren eine Mehrheit finden, weitere Vorschläge sollten erarbeitet werden. Das zweite Treffen der Task Force vom 11.-12.11.1999 in Kopenhagen formulierte keinen Bericht und setzte damit ein Zeichen für die geringen Fortschritte.

Das dritte Treffen der TFA fand vom 10.-11.10.2000 in Helsinki statt und diesmal waren die Mitglieder vollzählig versammelt. Dieses Treffen rief zu verstärkten Anstrengungen zur Erarbeitung der Indikatoren wie auch zur besseren Koordinierung der Sektorarbeit auf¹⁴⁸⁹. Während im Bereich des virtuellen Forschungsinstituts Fortschritte zu bemerken waren, verweigerte Dänemark entgegen früheren Informationen¹⁴⁹⁰ die Annahme der Führungsrolle auf dem Gebiet der Bildung und Schulung von Landwirten, so dass dieser Sektor weiter brach lag. Finnland machte den Vorschlag, zur besseren Koordinierung der Arbeit gemeinsame Treffen mit der Arbeitsgruppe Landwirtschaft der HELCOM zu halten, das Treffen entschied jedoch, sie zunächst nur *back-to-back* stattfinden zu lassen¹⁴⁹¹. Dänemark, Lettland, Litauen, Polen und Schweden hatten dem Treffen Fortschrittsberichte beigebracht, die die unterschiedlichen Entwicklungsstadien zeigten. Während Dänemark schon konkret mit Details wie einem Plan zur Reduzierung des Pestizidgebrauchs arbeiten konnte, mussten die Transformationsstaaten zunächst vor allem ihre Gesetze anpassen. Zu diesen Schwierigkeiten, verbunden mit einem mäßigen Engagement der Regierungen passte, dass der erste Baltic 21-Bericht vom Jahr 2000 keine wesentlichen Fortschritte auf dem Gebiet der Landwirtschaft erwähnen konnte¹⁴⁹².

¹⁴⁸⁸ First Meeting of the Task Force on Agriculture (TFA) - Warsaw, Poland 19-20 April 1999. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/agriculture/rep_april.htm, 24.04.2008.

¹⁴⁸⁹ Baltic Agenda 21 Task Force on Agriculture (TFA) Third Meeting (TFA 3) - 10-11 October 2000 Helsinki, Finland. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/Meetings/new/agriculture/minutes_final.pdf, 24.04.2008, S. 2.

¹⁴⁹⁰ Biennial Report - 2000 - Baltic 21, S. 15.

¹⁴⁹¹ Baltic Agenda 21 Task Force on Agriculture (TFA) Third Meeting (TFA 3), S. 3.

¹⁴⁹² Biennial Report - 2000- Baltic 21, S. 15.

Das vierte Treffen der TFA fand vom 11.-12.10.2001 in Goslar statt. Polen als *lead party* war nicht anwesend. Hinsichtlich eines Vorschlags der HELCOM zu einer besseren Koordination der Arbeit wurde hier der Vertreter der HELCOM in der TFA, Claus Hagebro, als Kontaktperson zur HELCOM benannt¹⁴⁹³. Hinsichtlich der *Joint Action 3* zu Demonstrationsgebieten, in die der Landwirtschaftssektor involviert war, wurde das Treffen nicht unterrichtet. Eine Finanzierung des virtuellen Forschungsinstituts war mittlerweile in Sicht, die Hauptinhalte der Machbarkeitsstudie hierzu wurden vom Treffen zur Kenntnis genommen¹⁴⁹⁴. Hinsichtlich des Bereichs der Schulung der Landwirte konnte weiterhin keine Führungskraft gewonnen werden¹⁴⁹⁵, allerdings wurde nunmehr entschieden, doch gemeinsame Treffen mit der Arbeitsgruppe Landwirtschaft der HELCOM zu veranstalten, um die Arbeit bestmöglich zu koordinieren. Die schwedische Delegation vermisste weiterhin eine endgültige Einigung über das Verhältnis zur HELCOM in den angestrebten gemeinsamen Sitzungen und reichte einen Entwurf hierzu ein, der die Parteien zu konkreteren Ausführungen darüber aufrief¹⁴⁹⁶.

Im Ergebnis dieser deutlich schlecht koordinierten, einerseits von der eigenen Rollensuche geprägten und andererseits unengagierten Arbeit stellte der Baltic 21-Bericht 2002 einen viel zu langsamen Fortschritt dieses Sektors in Richtung Nachhaltigkeit fest. Er forderte verstärkten Einsatzwillen auch in finanzieller Hinsicht und zeigte die Auswahl prioritärer Arbeitsfelder und die Überarbeitung des Arbeitsprogramms des Sektors als Hauptaufgaben der nächsten Zeit an¹⁴⁹⁷. Der zum fünften Treffen der TFA vom 24.10.2002 in Kiel angefertigte Entwurf für einen Dreijahresbericht konnte für den Bildungsbereich, den er als den wichtigsten innerhalb des Landwirtschaftssektors bezeichnete, weiterhin keine Führungskraft nennen und auch sonst waren keine wesentlichen Fortschritte gelungen¹⁴⁹⁸. Über gemeinsame Treffen mit der WGA der HELCOM war immer noch, zwei Jahre nach der finnischen Initiative, nicht abschließend entschieden worden. Die Existenzkrise hatte sich so ausgeweitet, dass die Gruppe keine Rechtfertigung für die Existenz zweier Gruppen nebeneinander sah, wenn keine neue *lead party* anstelle der HELCOM gefunden werden

¹⁴⁹³ Task Force on Agriculture (TFA) - Minutes of the Fourth Meeting (TFA 4) 11-12 October 2001 Goslar, Germany. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.baltic21.org/Meetings/new/agriculture/TFA_4_Final_Minutes.pdf, 24.04.2008, S. 2.

¹⁴⁹⁴ ebd., S. 10f.

¹⁴⁹⁵ ebd., S. 4.

¹⁴⁹⁶ ebd., S. 4 und 12f.

¹⁴⁹⁷ Baltic 21-Bericht 2000-2002, S. 11.

¹⁴⁹⁸ Task Force on Agriculture TFA 5 Fifth Meeting (TFA 5) 24 October 2002 Kiel, Germany - Preparation of the Baltic 21 Triennial Report. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.baltic21.org/Meetings/new/agriculture/TFA_5_5-1.pdf, 24.04.2008.

sollte¹⁴⁹⁹. Dies geschah beim 18. SOG-Treffen vom 24.-25.04.2003 in Turku, wo sich Deutschland bereit erklärte, HELCOMs Stelle als *lead party* anzunehmen¹⁵⁰⁰, allerdings unter den Bedingungen, dass die WGA der HELCOM bestehen bleibt, endlich gemeinsame Treffen abgehalten werden und Deutschland die Struktur der neuen Arbeitsgruppe bestimmen kann¹⁵⁰¹. Dem wurde Rechnung getragen und so fand vom 10.-11.09.2003 in Goslar ein *lead party*-Treffen im Bereich Landwirtschaft statt, um den Unstimmigkeiten über die Reorganisation der Gruppe zur *Task Force for Sustainable Agriculture* (TFSA) und der Verabschiedung eines entsprechenden Mandats sowie eines neuen Arbeitsplans zu begegnen. Außer Dänemark waren auch alle Mitglieder sowie die HELCOM und NGOs vertreten. Die Gruppe wählte erstmalig einen Vorsitzenden für zwei Jahre¹⁵⁰², um Kontinuität und Führungsstärke zu erreichen. Auch auf diesem Treffen wurden die Fortschritte besprochen. Russland, das sich seit längerem als stellvertretende Führungskraft im Bereich der Schulung für Landwirte anbot, informierte über erste Fortschritte in diesem Bereich. Polen berichtete über den Aufbau des virtuellen Forschungsinstituts, das ab dem 01.10.2003 arbeiten sollte¹⁵⁰³. Die Einigung über die *Terms of Reference* der neuen Gruppe erwiesen sich als so schwierig, dass erst die vierte Version angenommen wurde. Wenn in der dritten Fassung noch von der Revitalisierung der Baltic 21-Arbeit zu nachhaltiger Landwirtschaft die Rede war, fehlte diese Formulierung in der endgültigen Fassung, dafür war in der Präambel festgeschrieben, dass die TFSA die Arbeitsteilung mit der HELCOM WGA beachten sollte¹⁵⁰⁴. Generell sollte die TFSA die Baltic 21-Aktivitäten zur nachhaltigen Landwirtschaft unterstützen, Kernprobleme identifizieren und benennen, und zur Steigerung der Aufmerksamkeit beitragen. Daneben wurde die Berichtspflicht gegenüber der SOG geregelt und die TFSA beauftragt, den Arbeitsplan der Gruppe neu zu erarbeiten, Kooperation auch

¹⁴⁹⁹ List of Decisions of the Fifth Meeting of the Task Force on Agriculture, 24.10.2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/agriculture/TFA_5_12-1.htm, 24.04.2008.

¹⁵⁰⁰ Report from the Eighteenth Meeting of the Senior Officials Group Turku, Finland April 24-25, 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/Meetings/new/sog_18/pdf/SOG%2018%20report-Final.pdf, 25.04.2008, S. 7.

¹⁵⁰¹ Item 3: Information by Lead Parties, Baltic 21 Unit, BA 21 Members and Guests: Extracts from the Report of SOG 18 Meeting. Lead Party Meeting Agriculture (LPMA) Goslar, Germany September 11-12, 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/Meetings/new/sog_18/pdf/SOG%2018%20report-Final.pdf, 25.04.2008.

¹⁵⁰² Dr. Dr. Ewald Schnug, Vorsitzender des Instituts für Pflanzenernährung und Bodenkunde Braunschweig.

¹⁵⁰³ Sector Agriculture Lead Party Meeting Agriculture (LPMA) Goslar, Germany September 11-12, 2003: Minutes of the Meeting. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/meeting_documents/LPMA/Minutes%20of%20LPMA%20Meeting.pdf, 25.04.2008, S. 2.

¹⁵⁰⁴ Item 4: Terms of Reference for the Task Force Sustainable Agriculture. Draft Terms of Reference for Baltic 21 – Task Force on Sustainable Agriculture. Sector Agriculture Lead Party Meeting Agriculture (LPMA). Goslar, Germany September 11-12, 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/meeting_documents/LPMA/4-1-Rev2.doc, 25.04.2008, S. 2.

sektorenübergreifend innerhalb der Baltic 21 und mit anderen einschlägigen Organisationen einzugehen.

Bildung und Schulung der Landwirte war weiterhin ein Arbeitsgebiet, allerdings sprach die letztlich angenommene Fassung nicht mehr davon, einschlägige Forschung zu initiieren und zu koordinieren, sondern nur noch davon, bestehende Informationen zu sammeln und weiterzugeben¹⁵⁰⁵. Zur Verabschiedung eines Arbeitsplans konnte sich das Treffen nicht entscheiden.

Dies geschah auf dem folgenden Treffen der TFSA vom 26.-27.04.2004 in Lübeck¹⁵⁰⁶. Der neue Arbeitsplan beinhaltete neben der Neubestimmung des Arbeitsbereichs der TFSA, für die ein weiteres Jahr eingeplant wurde, im wesentlichen die bekannten Maßnahmen wie die Schulung von Landwirten (wo mittlerweile die nationalen Behörden die Hauptakteure sein sollten und die TFSA nur den Informationsaustausch zwischen ihnen unterstützen wollte, was eine Schwächung des Ansatzes bedeutete), den Aufbau eines virtuellen Forschungsinstituts und die Unterstützung der Entwicklung und Verbreitung des Wissens um neue Technologien¹⁵⁰⁷. Er lieferte über konkretere Formulierungen jedoch bessere Handlungsanleitungen. Ansonsten wurden hier Informationen der Teilnehmer, nationaler Regierungen und NGOs, zu ihren Aktivitäten und Fortschritten ausgetauscht. Außerdem wurde hier von Russland für den Oktober 2004 eine Konferenz zur Schulung von Landwirten angekündigt.

Der Landwirtschaftssektor war durch Ansätze einer Klärung des Verhältnisses zur WGA der HELCOM, die Neuorganisation um die neue *lead party* Deutschland und die neuen ToRs sowie den Arbeitsplan 2004 nun endlich auf eine viel versprechende Bahn gebracht worden. Die sechs Jahre vorher waren jedoch durch die Dualität zur HELCOM, einem damit verbundenen und auch generellen Desinteresse der Mitgliedsstaaten und einer zu lockeren Struktur des Sektors durch ständiges Ringen um die eigene Rolle und inhaltliches Auf-der-Stelle-Treten gekennzeichnet gewesen, so dass für diese Zeit von keinen echten inhaltlichen Fortschritten gesprochen werden kann.

¹⁵⁰⁵ ebd., S. 2.

¹⁵⁰⁶ Sector Agriculture Task Force Sustainable Agriculture (TFSA) Lübeck, Germany April 26-27, 2004 - Minutes of the Meeting. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.baltic21.org/Meetings/new/agriculture/Minutes%20TFSA%201-2004.doc>, 25.04.2008, S. 3.

¹⁵⁰⁷ ebd., S. 12.

4.4.6.2 Fischerei

Das in der Baltic 21 formulierte Fernziel für eine nachhaltige Fischerei war die Sicherstellung der Fähigkeit der Fischbestände, sich innerhalb eines gesunden Ökosystems auf gleichem gesunden Niveau zu halten und die gleichzeitige wirtschaftliche und soziale Sicherung der am Fischfang Beteiligten¹⁵⁰⁸. Die einzelnen Ziele waren somit die Erhaltung überlebensfähiger Fischbestände, der marinen Umwelt und der damit verbundenen Artenvielfalt, die Festlegung angemessener Fangquoten und die Umsetzung selektiver, Beifänge vermeidender Fangmethoden sowie die „...gerechte Verteilung der direkten und indirekten Erträge aus der Hochsee- und Küstentfischerei zwischen den örtlichen Gemeinden.“¹⁵⁰⁹. Weiterhin wurden eine Verbesserung des Küstenmanagements und der dortigen Kooperation, die Verbesserung der Datenlage, der Datenqualität und des Datenaustauschs sowie eine bessere Kooperation und eine höhere Dichte bei den Kontroll- und Strafmaßnahmen für wichtig befunden¹⁵¹⁰. Konkret sah der Aktionsplan die Erarbeitung von Langzeitstrategien für wichtige Fischbestände wie Dorsch, Lachs, Hering und Sprotte vor, wozu der ICES biologische Rahmendaten liefern sollte¹⁵¹¹. Eine Formulierung, die die Beharrungskräfte einer fischereiorientierten Politik zeigt, war die Anerkennung der Notwendigkeit „...allmählich zu einem Gleichgewicht zwischen der Fangkapazität der Flotten und den Zielreferenzpunkten der Bestände zu gelangen...“¹⁵¹². Gegner neuer, auch durch den Plan anvisierter umweltschonender Techniken, konnten für ihre Argumentation Rückhalt in einer Formulierung finden, dass aber häufige Technikänderungen auf Grund der Kosten für die Fischerei zu vermeiden seien. Der Strategieplan für den Ostseedorsch sollte schon 1998 fertig und ab 1999 umgesetzt werden, der schon 1997 durch die IBSFC angenommene und bis 2010 geplante Aktionsplan für den Wildlachs wurde aufgenommen. Obwohl Hering und Sprotte in stabilen Beständen vorlägen, wurde ICES um Daten gebeten, um einen Langzeitschutzplan zu erstellen, der ab 2000 umgesetzt werden sollte. Die Küstenstaaten wurden aufgefordert, Maßnahmen in Richtung einer nachhaltigen Aquakultur zu ergreifen.

Grundsätzlich war es von Vorteil, dass mit der IBSFC ein schon bestehendes Netzwerk diesen Sektor übernahm, wenn sie auch die Fischereibetriebe und ihre Lobby vertrat. So konnte der Bericht des Jahres 2000 schon die Annahme des Plans für den Ostseedorsch im September 1999 und eine positive Entwicklung der Wildlachsbestände im zentralen Becken der Ostsee sowie im Bottnischen Meerbusen feststellen. In diesem Bereich hatte die IBSFC auch

¹⁵⁰⁸ Eine Agenda 21 für den Ostseeraum - Baltic 21, S. 9.

¹⁵⁰⁹ ebd., S. 9.

¹⁵¹⁰ ebd., S. 25.

¹⁵¹¹ ebd., S. 25f.

¹⁵¹² ebd., S. 26, Hervorhebung F.B.

Resolutionen angenommen, um den positiven Trend zu stabilisieren¹⁵¹³. Die Fertigstellung der Pläne für Hering und Sprotte hatten sich durch Verspätung der wissenschaftlichen Daten verspätet. Zur Verbesserung der Aquakultur waren von den Staaten Aktionen wie Schutzmaßnahmen für innere Gewässer generell wie auch für Brutgewässer und der Bau von Fischtreppe an Wehren und Wasserkraftwerken unternommen worden¹⁵¹⁴. Generell sei die Umsetzung der Inhalte in den meisten Ostsee- und allen EU-Staaten im Ostseeraum begonnen worden, allerdings stellte der Bericht auch nationale Unterschiede in der Intensität des Engagements fest¹⁵¹⁵. Da Fischbestände auch natürlichen Schwankungen unterworfen sind, waren 2000 noch keine messbaren Auswirkungen der Maßnahmen auf die Fischbestände zu erwarten gewesen. Auch 2002 waren die Dorsch-, Herings- und Wildlachsbestände weiterhin außerhalb des sicheren Bereichs, die Sprottenbestände allerdings waren in sicheren Grenzen, woraufhin der Sprottenfang zunahm¹⁵¹⁶. Es war aber auch eine langfristige Bewirtschaftungsstrategie für die Ostseesprotte angenommen worden. Bei den Wildlachsbeständen waren bei einigen Sorten leichte Bestandsverbesserungen festgestellt worden, aber die Zielstellung, bis 2010 50% des maximal möglichen geschätzten Potentials erreicht zu haben, zeigt den Notstand auf diesem Gebiet. Hinsichtlich eines nachhaltigen Bewirtschaftungsplans für den Ostseehering war immer noch keine Einigung erzielt worden. Die Ostseestaaten hatten weiter Maßnahmen zur Renaturierung der Gewässer durchgeführt. Lettland, das sich dabei auf die Flussläufe konzentriert hatte, hatte so eine nachhaltige Fischerei auf das Flussneunauge erreichen können¹⁵¹⁷. Der Bericht schlussfolgerte, dass die Arbeit in den etablierten Bahnen fortgesetzt werden sollte, wobei höchste Priorität weiterhin dem Dorsch zu gelten habe. Inhaltliche Differenzen hinsichtlich der Intensität der Maßnahmen wurden darin deutlich, dass der Bericht erwähnte, einige SOG-Mitglieder sprächen sich für Einschränkungen einiger Fangmethoden, für die Einrichtung von Schutzprogrammen und strengere Erholungspläne aus¹⁵¹⁸. Der Bericht 2004 sprach von einer „...signifikanten Erholung des Lebensraumes...“¹⁵¹⁹ als Ergebnis der Arbeit des Fischereisektors bis 2004, als schutzbedürftig wurde nur noch der Ostseedorsch angeführt, das Wildlachsprogramm wurde nicht erwähnt. Nach dem EU-Beitritt der baltischen Staaten und Polens wurde die Ostseefischerei weitestgehend über die Gemeinsame Fischereipolitik der

¹⁵¹³ Biennial Report - 2000 - Baltic, S. 17.

¹⁵¹⁴ ebd., S. 18.

¹⁵¹⁵ ebd., S. 18.

¹⁵¹⁶ Baltic 21-Bericht 2000-2002, S. 14.

¹⁵¹⁷ ebd., S. 15.

¹⁵¹⁸ ebd., S. 15.

¹⁵¹⁹ Baltic 21 Bericht 2004.

EU und Abkommen zwischen der EU und Russland geregelt, was zur Auflösung der IBSFC zum Jahresbeginn 2007 führte.

4.4.6.3 Forstwirtschaft

Die Zielvorstellung der Baltic 21 für eine nachhaltige Forstwirtschaft beinhaltete die Verwaltung und Nutzung der Wälder unter Erhalt ihrer Produktivität, ihrer Artenvielfalt, ihrer Regenerationsfähigkeit und ihrer Vitalität. Die Erfüllung dieser Funktionen sollte auf lokaler, nationaler und globaler Ebene sichergestellt werden, ohne eine Schädigung anderer Ökosysteme herbeizuführen¹⁵²⁰. Das bedeutete die Erhaltung und den Ausbau der Waldbestände zum Erhalt ihrer Klimafunktion, die Erhaltung und Förderung forstlicher Produktionsformen, vor allem Holz, die Erhaltung, Bewahrung und Verbesserung der Artenvielfalt des Waldes, den Erhalt und die Verbesserung seiner Schutzfunktionen in Hinblick auf Boden und Wasser und die Erhaltung anderer sozioökonomischer Funktionen¹⁵²¹. Finnland und Litauen wurden die *lead parties* dieses Sektors. Hinsichtlich der Verschmutzung durch Forstwirtschaft, vor allem durch Dünger, der über Flüsse in die Ostsee geriet, war wieder eine Überlappung zur HELCOM gegeben, die für diesen Bereich 1999 eine Empfehlung verabschiedet hatte.

Als konkrete Maßnahmen in diesem Bereich wurden zum einen eine wirtschaftliche Stärkung der Forstwirtschaft und ihrer Effizienz über die bestehenden Forstverwaltungen und zum anderen ein ostseeweiter Informationsaustausch über Möglichkeiten der Beratung geplant. Dies war vor allem in den Transformationsstaaten von Bedeutung, wo massiv Staatsforste privatisiert wurden und damit unter den neuen Eigentümern ein großer Beratungsbedarf bestand. Weiterhin wollte der Sektor eine Lückenanalyse bei den Schutzgebieten des Ostseeraums durchführen, um so einen Überblick über die geschützten Bestände zu bekommen. Zusätzlich sollte die Nutzung von Holz als erneuerbarem Rohstoff gefördert und Bildung in Richtung nachhaltigen Konsums betrieben werden, wozu die gezielte Informationsvermittlung an Verbrauchergruppen als Mittel dienen sollte¹⁵²².

Das erste Sektorentreffen nach der Annahme der Baltic 21 fand vom 27.-29.09.1999 im schwedischen Nyköping statt, die Mitgliedsstaaten und Vertreter von NGOs und IFIs waren anwesend, um die Fortschritte zu diskutieren. Vertreter der EU und der IFIs stellten Förder- und Kreditmöglichkeiten vor, Workshops gaben die Gelegenheit, Ideen zu entwickeln und zu

¹⁵²⁰ Eine Agenda 21 für den Ostseeraum - Baltic 21, S. 10.

¹⁵²¹ ebd., S. 10.

¹⁵²² ebd., S. 28.

verbreiten¹⁵²³. Das Treffen entschied, zu den Themenbereichen dieser Workshops Arbeitsgruppen zur Weiterführung der Arbeit einzurichten. So war zum Zeitpunkt des ersten Baltic 21- Berichts im Jahr 2000 der Sektor schon stark ausdifferenziert. Für spürbare Folgen in den Waldbeständen war es nach zwei Jahren jedoch noch zu früh, der Indikatorbericht 2000 konnte zwar ein leichtes Sinken der Zahl kranker Bäume beobachten, aber die Ursachen dafür nicht eindeutig ausmachen¹⁵²⁴.

Auch das folgende Sektortreffen vom 11.-13.09.2000 in Espoo zeigte sich zufrieden mit den Fortschritten des Sektors, wenn auch die Erreichung von Nachhaltigkeit noch weit sei¹⁵²⁵. Das Treffen im September 2001 sprach sogar davon, dass der Forstsektor einer der erfolgreichsten der Baltic 21 sei¹⁵²⁶. So beschrieb dann auch der Baltic 21-Bericht des Jahres 2002 das Netzwerk des Sektors und den in ihm praktizierten Erfahrungsaustausch als seinen größten Vorzug¹⁵²⁷. Das Haupthindernis sei, wie auch sonst in der Baltic 21, die Finanzierung. Weitere Kreise von NGOs und privater Wirtschaft sollten daher in die Kooperation einbezogen werden. Die Arbeit des Sektors hatte inzwischen die Unterstützung der Schulung der im Forstsektor Angestellten in Litauen und den Kapazitätenaufbau in den einschlägigen Beratungszentren Lettlands betroffen, weiterhin war der Vermarktung des Rohstoffes Holz zur Energiegewinnung und dem Einsatz zu Bauzwecken Unterstützung geleistet worden¹⁵²⁸. Die Arbeit des Sektors setzte sich mit Informationsaustausch innerhalb der Arbeitsgruppen und zu den jährlichen Sektortreffen erfolgreich fort, so dass der Baltic 21-Bericht 2004 eine kontinuierliche Verbreitung von nachhaltiger Forstwirtschaft im Ostseeraum feststellen konnte¹⁵²⁹. Wenn es im Forstsektor auch teilweise Probleme hinsichtlich der Finanzierung von Projekten, der Überwachung des Umsetzungszustands und der Aktivität der Arbeitsgruppen und der häufig wechselnden Repräsentanten der Mitglieder gegeben hat, war

¹⁵²³ Die Themen der Workshops waren die Unterstützung nachhaltiger Forstwirtschaft in Familienbetrieben, ein Pilotprojekt für die Lückenanalyse von Schutzgebieten, ein Projekt zu Demonstrationsgebieten, eine Pilotstudie für technische, biologische und wirtschaftliche Möglichkeiten für den gesteigerten Gebrauch von Holzenergie, die Unterstützung von Holzprodukten im Ostseeraum und für den Export und die Vergleichbarmachung unterschiedlicher bestehender Konzepte für nachhaltige Forstwirtschaft, um deren Nutzen qualifizieren zu können.

Baltic 21 for the Baltic Sea Region Report from the Forest Sector Meeting 27.-29.09.1999 Öster Malma, Sweden. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/forestry/minutes.htm>, 28.04.2008.

¹⁵²⁴ Baltic 21 Series No. 2/2000 Development in the Baltic Sea Region towards the Baltic 21 Goals - an indicator based assessment.

¹⁵²⁵ Baltic 21 for the Baltic Sea Region Report from the Forest Sector Meeting 11.-13.09.2000 in Espoo, Finland. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/forestry/espoo_report.htm, 28.04.2008.

¹⁵²⁶ Minutes of the Meeting Baltic 21 Forest Sector Meeting Sagadi, Estonia September 26-28, 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/forestry/sagadi_report.htm, 28.04.2008.

¹⁵²⁷ Baltic 21-Bericht 2000-2002, S. 18.

¹⁵²⁸ ebd., S. 18f.

¹⁵²⁹ Baltic 21 Bericht 2004.

doch ein funktionierendes Netzwerk entstanden, dem eine erfolgreiche Fortsetzung der Arbeit für nachhaltige Forstwirtschaft zuzutrauen war¹⁵³⁰.

4.4.6.4 Industrie

Nachhaltigkeit im Industriesektor bedeutete nach der Baltic 21, dass die Industrie zum wirtschaftlichen, technischen, sozialen und ökologischen Fortschritt beiträgt und konkret die Umweltauswirkungen und den Ressourcengebrauch bei der Produktion auf ein im Ostseeraum verträgliches Maß reduziert und dabei konkurrenzfähige Waren liefert, die den Bedürfnissen des Einzelnen und der Gesellschaft gerecht werden. Dazu sollte auch das Arbeitsumfeld und der Arbeitsschutz der Beschäftigten verbessert werden und Nachhaltigkeitsstrategien in den Bereichen von Ressourcen, Prozessen, Produkten und Dienstleistungen angewandt werden¹⁵³¹. Bei den Maßnahmen in diesem Bereich wurden in der Ostseekooperation schon bestehende Inhalte wie die Verbesserung des Rahmens für wirtschaftliche Aktivitäten durch die Harmonisierung der Wirtschaftsgesetzgebung aufgegriffen, flankiert werden sollte dies durch die Umsetzung internationaler Abkommen zu nachhaltiger Wirtschaft und die Schaffung wirtschaftlicher Anreize zur Umstellung auf nachhaltige Produktion. Neben diesen Aktionen des Sektors und vor allem der Regierungen sollten die Industrie selbst sowie Fachverbände, NGOs, Investoren und auch die Regierungen die Umsetzung der Ökoeffizienz in der Industrie durch die Schaffung von Ökoeffizienz-Werkzeugen, Umwelt-Managementsystemen, die Berücksichtigung von Umweltinitiativen bei allen Aktivitäten und die Förderung von einschlägigen Pilotprojekten forcieren. Weiterhin sollte der Informationsaustausch durch die Entwicklung eines Technologietransfers zu Umwelttechniken, durch Schulungsprogramme und die bessere Koordinierung der einschlägigen Forschung über die Entwicklung eines Forschungsnetzwerks verstärkt werden. Hierfür waren der Sektor, HELCOM, UBC und die Stiftung Baltic 2008 zuständig¹⁵³². Russland und Schweden wurden *lead parties* des Sektors.

Das so genannte Kick-Off-Meeting des Sektors fand erst vom 21.-22.03.2000 in Stockholm statt¹⁵³³. Das Treffen wählte ein Leitungskomitee, das *Baltic 21 Industry Task Force* genannt

¹⁵³⁰ Minutes of the Meeting. Baltic 21 Forest Sector Meeting Sigulda, Latvia 20-21 October 2003. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.baltic21.org/Meetings/new/forestry/Minutes_Forests%20Sect%20Meeting%20in%20Sigulda%2003.pdf, 28.04.2008, S. 2.

¹⁵³¹ Eine Agenda 21 für den Ostseeraum - Baltic 21, S. 10.

¹⁵³² ebd., S. 28f.

¹⁵³³ Minutes from the Baltic 21 Industry Sector Kick-off March 21-22, 2000. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/industry/final_minutes_kick-off.htm, 29.04.2008.

und mit einem entsprechenden Mandat ausgestattet wurde. Fortschritte des Sektors wurden diskutiert, zum Beispiel der des Aufbaus des virtuellen Forschungsinstituts, mit der das schwedische Umweltforschungsinstitut beauftragt worden war oder der im Bereich der Erstellung von gemeinsamen Indikatoren für nachhaltige Industrie. Inzwischen war ein Arbeitsplan entworfen worden, die *lead parties* hatten in allen Staaten Besuche gemacht, um sie für die Sektorarbeit zu gewinnen¹⁵³⁴. In den ersten beiden Jahren war der Schadstoffausstoß der Industrie den generellen Trends gefolgt, was eine leichte Minderung der Ausstöße an Schwefel- und Stickstoffdioxid bei konstantem Kohlenstoffdioxidausstoß bedeutete. Der Energieverbrauch war auch leicht gesunken, was jedoch eher mit Veränderungen der Produktionsstruktur als mit Energieeffizienz begründet werden konnte. Die Zahl der Arbeitsunfälle im Ostseeraum war weiterhin zu hoch¹⁵³⁵.

Die Teilnehmerzahl des folgenden Treffens der Leitungsgruppe des Industriesektors vom 21.-22.06.2000 ließ schon begrenztes Interesse der Ostseestaaten an dieser Form der Kooperation erkennen, da die Wirtschaftsministerien Litauens, Estlands, Norwegens, Finnlands und Russlands fehlten¹⁵³⁶. Im Falle Russlands, einer *lead party* dieses Sektors, wog das besonders schwer. Das Treffen arbeitete weiter an der Formulierung des Arbeitsplans, nahm einen Antrag auf das Baltic 21-Gütesiegel entgegen, beschäftigte sich mit dem Aufbau des Forschungsinstituts und diskutierte nationale Fortschritte. So konnte nicht nur der Grad der Umsetzung kontrolliert, sondern auch Erfahrungsaustausch betrieben werden.

Auf dem Folgetreffen vom 28.-30.03.2001 in Riga hatte sich die Zahl der Teilnehmer gebessert, obwohl das russische Wirtschaftsministerium weiter nicht anwesend war, sondern sich vertreten ließ und auch das estnische, norwegische und finnische Wirtschaftsministerium fehlten¹⁵³⁷. Dem Treffen wurde vom Aufbau des virtuellen Forschungsinstituts berichtet, zu dem Mitte März ein internationales Treffen stattgefunden hatte und Rahmenbedingungen der Einrichtung diskutiert hatte. Bis Mai 2001 sollte hier ein Arbeitsplan entwickelt sein¹⁵³⁸. Die baltischen Staaten, Polen, Russland und Schweden hatten schon Kerninstitute hierfür nominiert. Weitere Themen wie die Vergabe von Baltic 21-Gütesiegeln und ein Finanzierungsantrag für die Förderung des Industriesektors durch die EU wurden diskutiert. Am Folgetreffen vom 17.-18.09.2001 in Warschau wurde das abwesende Russland nicht mehr

¹⁵³⁴ Biennial Report - 2000 - Baltic 21, S. 19.

¹⁵³⁵ Baltic 21 Series No. 2/2000 Development in the Baltic Sea Region towards the Baltic 21 Goals - an indicator based assessment.

¹⁵³⁶ Minutes from the second Baltic 21 Industry Sector Task Force Meeting, INTF2 2000-06-21 Scania Convention Centre Malmö, Sweden 2000-06-22 First Garden hotel Malmö, Sweden. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/industry/INTF_minutes_final.htm, 29.04.2008.

¹⁵³⁷ Minutes from the third Baltic 21 Industry Sector Task Force Meeting, INTF 3, 2001-03-28 - 2001-03-30. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/industry/BA21INTF3_minutes_final_010330.htm, 29.04.2008.

¹⁵³⁸ ebd.

vertreten, neben Schweden, das traditionell die höchste Beteiligung stellte, waren die baltischen Staaten und der Verband der chemischen Industrie e.V. als Vertreter Deutschlands anwesend¹⁵³⁹. Es gelang also weiter nicht, alle Mitgliedsstaaten gleichzeitig zu versammeln. Auch die Präsentation der nationalen Fortschritte war charakteristisch: Schweden hatte sehr viel bewegt, während Estland, Lettland und Polen dem nachstanden und für Deutschland eine zu geringe Unterstützung durch die Bundesregierung attestiert wurde und die Ressourcen im Wirtschaftsministerium keine Teilnahme an der Arbeit der Leitungsgruppe erlaubten, da der Baltic 21-Bereich hier nur eines von vielen Wirtschaftsprogrammen war¹⁵⁴⁰. Von den anderen Ländern gab es nicht einmal einen Bericht über ihre Aktivitäten.

Generell wurde aber doch im Ostseeraum ein gesteigerter Grad an Aktivitäten zur nachhaltigen Industrie festgestellt, wenn auch einige Staaten keine Informationen geliefert hatten und die Statistik daher anfällig war. In einem Workshop wurden zukünftige Rollenmuster und Handlungsmöglichkeiten diskutiert, was in der Grundsätzlichkeit der Beiträge einen Hinweis auf innere Konflikte des Sektors und allgemeine Legitimierungsprobleme darstellte. Zum Beispiel wurden konkrete Aktionen angemahnt, um der Wirtschaft und Politik den Nutzen des Sektors zu präsentieren, es wurde zur allgemeinen Rollenfindung des Sektors aufgerufen und es wurde angemahnt, aus den Transformationsstaaten Informationen zu benötigten Projekten einzuholen.¹⁵⁴¹ Weitere Arbeit galt den Indikatoren, dieser Bereich war weiterhin nicht fertig gestellt. Dies galt ebenso für den Arbeitsplan, der in einer Lesung diskutiert wurde und nach einer weiteren Überarbeitung zur Verabschiedung vorgelegt werden sollte.

Die Struktur der Teilnehmer wiederholte sich auf dem nächsten Treffen der Leitungsgruppe des Industriesektors vom 18.-19.03.2002 in Tallinn ebenso wie die der berichteten Aktivitäten der Mitglieder¹⁵⁴². Es war jedoch ein Arbeitsplan angenommen worden, dessen Umsetzung vor allem dadurch beeinträchtigt war, dass in einigen Staaten weder politische noch finanzielle Unterstützung gegeben war. Dies versuchte Schweden als Hauptträger der Kooperation wettzumachen, indem es für Projekte in den baltischen Staaten 40 Millionen Schwedische Kronen, also etwa 4 Millionen Euro, aus dem „*Baltic Billion Fonds 2*“ stiftete, die erste Bewilligung von Sondermitteln durch eine Regierung für Baltic 21-Projekte¹⁵⁴³. Im

¹⁵³⁹ Minutes from the fourth Baltic 21 Industry Sector Task Force Meeting, INTF 4 2001-09-17 - 2001-09-18, Ministry of Economy, Warsaw, Poland. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/industry/INTF_4_minutes.htm, 29.04.2008.

¹⁵⁴⁰ ebd.

¹⁵⁴¹ ebd.

¹⁵⁴² Minutes from the fifth Baltic 21 Industry Sector Task Force Meeting, INTF 5 2002-03-18 - 2002-03-19, Ministry of Economic Affairs, Tallinn, Estonia. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/Meetings/new/industry/INTF_5_minutes.pdf, 29.04.2008.

¹⁵⁴³ Baltic 21-Bericht 2000-2002, S. 17.

Jahr 2002 gingen die meisten bislang eingerichteten Kooperationsprojekte des Sektors von der schwedischen Wirtschaft aus und betrafen Partner aus den Transformationsstaaten, andere beschäftigten sich mit Kriterien und Institutionsaufbau für Umweltgenehmigungen in Russland oder der Chemieüberwachung in den baltischen Staaten¹⁵⁴⁴.

Das virtuelle Forschungsinstitut war inzwischen eingerichtet worden, das gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprogramme unternahm und auch EU-Projekte plante¹⁵⁴⁵. Der Bericht des Jahres 2002 konnte feststellen, dass der ehemals als Hauptverschmutzer identifizierte industrielle Sektor sich auf den Weg in Richtung Nachhaltigkeit gemacht hatte. Die wesentlichen Gründe waren hier allerdings die Stilllegung vieler östlicher Betriebe und der Regulierungsdruck, der durch die EU-Beitrittsvorbereitungen ausgeübt wurde, also nur sehr indirekt die Arbeit der Baltic 21. Die Empfehlungen für die Zukunft des Sektors betrafen wiederum ein größeres Engagement aller Verantwortlichen und eine bessere Verknüpfung des wirtschaftlichen und sozialen Bereichs mit dem der Umwelt¹⁵⁴⁶.

Dies schien nicht viel Wirkung zu haben, denn beim folgenden Treffen der Leitungsgruppe vom 25.-26.11.2002 in Vilnius lag hinsichtlich der Teilnehmer wieder die bekannte Struktur vor¹⁵⁴⁷. Auch hinsichtlich der Aktivitäten war es das gleiche Bild geblieben: die baltischen Staaten konnten einige nationale Aktivitäten unterschiedlicher Art nachweisen, unter anderem die Übermittlung nationaler Indikatorendaten an ein schwedisches Institut zur Überwachung des Fortschritts, Polen hatte schon mehr Aktivitäten aufzuweisen, während Schweden wiederum am meisten unternommen hatte¹⁵⁴⁸. Auch die im Baltic 21-Bericht 2002 erwähnten Grenzen hinsichtlich der Finanzierung und der politischen Unterstützung wurden bestätigt. Nur Schweden habe Ressourcen, um frei zu arbeiten und zum Beispiel das estnische Wirtschaftsministerium habe wenig Interesse, da die Inhalte eher das Umweltministerium angingen¹⁵⁴⁹.

Dies zeigt, wie wenig das ganzheitliche Element der Baltic 21 generell verstanden und unterstützt wurde. Die fehlende Beteiligung einiger Ostseestaaten wie Finnland, Dänemark und Deutschland würde auf absehbare Zeit beibehalten aus, wie angegeben wurde, Mangel an Ressourcen¹⁵⁵⁰.

¹⁵⁴⁴ ebd., S. 17f.

¹⁵⁴⁵ ebd., S. 18.

¹⁵⁴⁶ ebd., S. 18.

¹⁵⁴⁷ Minutes from the sixth Baltic 21 Industry Sector Task Force Meeting, INTF 6 2002-11-25 - 2002-11-26, Ministry of Economy, Vilnius, Lithuania. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/industry/B21INTF6_minutes_021127.htm, 29.04.2008.

¹⁵⁴⁸ ebd.

¹⁵⁴⁹ ebd.

¹⁵⁵⁰ ebd.

Die Anbindung an die EU war auf einem Treffen mit dem Generaldirektorat Unternehmen der EU-Kommission vom 25.-26.09.2002 in Brüssel, wo der Sektor Gelegenheit hatte, die Baltic 21 vorzustellen und Kontakte zu knüpfen, wenn auch das Direktorat nicht in die Arbeit des Sektors einbezogen werden sollte. Das virtuelle Forschungsinstitut war neben der eigenen Kapazitätsbildung in Form einer stärkeren Vernetzung der eigenen Teile, intensiven Marketings und anderem auch mit anderen Maßnahmen beschäftigt gewesen wie die Wissensverbreitung zu Produkt- und Rohstoffkreisläufen in Lettland, Litauen und Russland oder die Einrichtung nationaler Zentren für Umweltmanager. Dieses Treffen wurde informiert, dass Oleg Makarov ein neuer Koordinator der russischen Arbeit im Industriesektor, Bewegung in die russische Haltung brachte. So schlug er dem folgenden Treffen vom 28.-29.04.2003 in Stockholm einige technische Projekte zur Aufnahme als Baltic 21-Projekte vor. In Unkenntnis des Baltic 21-Gütesiegels hatte er jedoch für sie keine Bewerbungen eingereicht, so dass sie noch nicht aufgenommen werden konnten¹⁵⁵¹. Wenn auch die generelle Aktivität zu begrüßen war, zeigte diese Unkenntnis eines Verantwortlichen einer *lead party* des Sektors das geringe Interesse an der Kooperation in der Baltic 21.

Es hatte jedoch auch ein *lead party*-Treffen im März in St.Petersburg stattgefunden, also hatte diese personelle Veränderung dennoch dem Industriesektor genutzt. Eine Präsentation von Projekten bestätigte wiederum den Fokus auf schwedische Unternehmen im Verhältnis zu solchen in Transformationsstaaten¹⁵⁵². Wiederum wurde die Möglichkeit diskutiert, innerhalb des Industriesektors ein Forum zum Austausch von *best practice* einzurichten, jedoch konnte über die Form dessen, ob über die Internetseite, CD-ROMs oder die Internetseite des virtuellen Forschungsinstituts, keine Einigkeit errungen werden. Auf dem letzten Treffen des Sektors vor der EU-Osterweiterung vom 13.-14.10.2003 in Riga war Russland jedoch wiederum nicht anwesend, vom sonstigen Teilnehmerkreis fehlte auch Estland. Beide Staaten hatten auch keinen Bericht zu ihren nationalen Fortschritten im Bereich des Sektors abgegeben¹⁵⁵³.

Dem Industriesektor waren also mit der Einrichtung des virtuellen Instituts, der Schaffung eines Netzwerks und einer Möglichkeit zum Informationsaustausch und die Projektinitiierung und -förderung, letzteres neben der Aufnahme durch das Baltic 21-Gütesiegel allerdings in Form einer einmaligen Zuwendung von Schweden, wichtige Schritte in die Richtung

¹⁵⁵¹ Baltic 21 Industry Task Force Seventh Meeting (INTF 7) Stockholm, Sweden 28-29 April, 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.baltic21.org/Meetings/new/industry/030606-Minutes-B21INTF7.pdf>, 29.04.2008, S. 8.

¹⁵⁵² ebd., S. 11ff.

¹⁵⁵³ Baltic 21 Industry Task Force Eight Meeting (INTF 8) Riga, Latvia 13-14 October. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/Meetings/new/industry/031114_b21intf8.pdf, 29.04.2008, S. 1 und 3f.

nachhaltiger Industrie gelungen. Dies kann, bei der angemessenen Beschränkung mit Hinblick auf die immer knappen Finanzmittel und die partielle Skepsis gegenüber dem Konzept jedoch nur für Schweden, Polen und die baltischen Staaten gelten, da die anderen Ostseestaaten nicht teilnahmen. Russland war zwar *Co-lead party*, setzte diesen Titel aber nicht in nennenswertes Engagement um. Auf diese Weise blieb das Unterfangen stark Schweden-zentriert und hatte für die Gesamt-Ostseekooperation beschränkte Wirkung.

4.4.6.5 Tourismus

Gemäß den Grundlagen der Baltic 21 wurde nachhaltiger Tourismus definiert als eine Form touristischer Erschließung und Aktivität, die ökologisch schonend ist, die Bewahrung natürlicher und kultureller Ressourcen sichert und sozial und wirtschaftlich gerecht ist¹⁵⁵⁴. Das Sektorziel war die Einigung auf Anforderungen an nachhaltigen Tourismus sowohl in der Branche, als auch bei den Touristen. Dabei sollte aber auch die Wettbewerbsfähigkeit des Tourismus' in der Region gesteigert und zufrieden stellende Verhältnisse für Touristen wie auch Einheimische hergestellt werden. Die Verstärkung der Zusammenarbeit in der Region und die intensivere Vernetzung der Akteure waren die wesentlichen Mittel hierzu. Weiterhin sollten Möglichkeiten der Förderung von nachhaltigem Tourismus überdacht werden. Ein Aktionsbereich betraf den Vollzug von Rechtsvorschriften aus dem Bereich der nachhaltigen Entwicklung wie Küstenschutzverordnungen, HELCOM-Empfehlungen und Raumplanung. In diesem Bereich sollten der Sektor, HELCOM und VASAB, ihre Anstrengungen zum gegenseitigen Nutzen vereinen. Ein weiterer Aktionsbereich sollte der Tourismusbranche Ökomanagementsysteme wie Verminderung der Verunreinigungen, Verbesserung der Zertifizierungen und Öko-Audits zur Verfügung stellen, wie ebenso auch Überwachungsmethoden in diesem Bereich entwickelt werden sollten¹⁵⁵⁵.

Die BTC blieb die alleinige *lead party* in diesem Sektor, da sich auf dem Sektortreffen vom 17.06.1999 in Riga, das von Vertretern der baltischen Staaten, Finnlands, Dänemarks, Deutschlands und Polens besucht war, keiner der Staaten bereit fand, der BTC in dieser Funktion zur Seite zu stehen¹⁵⁵⁶. Auf dem Treffen stellten die Staaten ihre Tourismusbehörden und die relevanten Regelungen vor und Indikatoren zur Tourismusanalyse wurden vorgeschlagen. Dieses Treffen blieb vorerst das einzige und der

¹⁵⁵⁴ Eine Agenda 21 für den Ostseeraum - Baltic 21, S. 10.

¹⁵⁵⁵ ebd., S. 29f.

¹⁵⁵⁶ Report from Baltic 21 Tourism Sector Meeting in Riga, June 17, 1999. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/tourism/rep_jun.htm, 30.04.2008.

Baltic 21-Bericht des Jahres 2000 musste den Rücktritt der BTC als *lead party* feststellen, ohne dass es eine Nachfolge gegeben hätte. Der Sektor stand dadurch still¹⁵⁵⁷. Zudem war Doppelarbeit gegeben, da die HELCOM in ihrer Rolle als zentrales Gremium im Umweltschutz der Ostsee im März 2000 eine Empfehlung zu nachhaltigem Tourismus in den Küstenzonen verabschiedet und dazu Richtlinien verfasst hatte.

In der Folge übernahmen Deutschland und Schweden die Führung der Gruppe. Zur Verbreitung des Konzepts des nachhaltigen Tourismus' entwickelten alle Mitgliedsstaaten Demonstrationsprojekte und Deutschland hatte einige Indikatoren erarbeitet, so dass bis 2002 erstmalig ein Bündel gemeinsamer Indikatoren für die Entwicklung des nachhaltigen Tourismus' angenommen wurde¹⁵⁵⁸. Zudem wurde vor allem in den baltischen Staaten eine Vielzahl von Konferenzen zum Thema veranstaltet, um das Konzept und seine Umsetzung weiterzuentwickeln. Unter anderem wurden dabei auch von Deutschland entwickelte Überwachungssysteme für den nachhaltigen Tourismus diskutiert¹⁵⁵⁹.

4.4.6.6 Die Joint Actions

Neben diesen Sektoren trug das Konzept der Baltic 21 der Existenz von Sektoren übergreifenden Themen mit der Einrichtung von Querschnittsaktionen, *Joint Actions* (JOs), an denen mehrere Sektoren gleichzeitig mit anderen Akteuren beteiligt waren, Rechnung. Diese JOs waren die Steigerung der Erzeugung und Nutzung von Bioenergie und anderen erneuerbaren Energieträgern, die Nutzung von regionalen Foren und Netzwerken für nachhaltige Entwicklung, die Einrichtung von Demonstrationsgebieten zum Nachweis des Nutzens nachhaltiger Entwicklung, die Städtezusammenarbeit hinsichtlich nachhaltiger Entwicklung, die Entwicklung der Beschaffungspraxis hinsichtlich verstärkter Berücksichtigung nachhaltiger Technologien, die Informationstätigkeit zur nachhaltigen Entwicklung und die Steigerung des Verbraucherbewusstseins für die nachhaltige Entwicklung¹⁵⁶⁰. Letzteres führte unter anderem zum Bildungsministertreffen vom 23.-24.03.2000, von dem die Initiative zur Schaffung eines Bildungssektors innerhalb der Baltic 21 ausging. Der Bereich der erneuerbaren Energien wurde ab 1999 in die Arbeit der BASREC eingegliedert, die Städtezusammenarbeit betreuten die UBC und das *Baltic Local Agenda 21-Forum* (BLA21F), was Doppelarbeit vermeiden sollte. Die Führung war bei den anderen JOs

¹⁵⁵⁷ Biennial Report - 2000 - Baltic 21, S. 20.

¹⁵⁵⁸ Baltic 21-Bericht 2000-2002, S. 18f.

¹⁵⁵⁹ Baltic 21 Bericht 2004, S. 6.

¹⁵⁶⁰ Eine Agenda 21 für den Ostseeraum - Baltic 21, S. 20ff.

teilweise problematisch, da mehrere Sektoren, die zunächst die eigenen Arbeitsstrukturen aufbauen mussten, zusätzlich mit der Zuständigkeit und deren Aufteilung für die *Joint Actions* betraut waren. So informierte der erste Baltic 21-Bericht im Bereich der *Joint Actions*, dass die entsprechenden Netzwerke und teilweise Arbeitsgruppen gebildet worden waren und die Arbeit in einigen Bereichen begonnen hatte¹⁵⁶¹.

Auch zwei Jahre später war die Arbeit noch nicht viel weiter gediehen, für die *Joint Action* der Demonstrationsgebiete, die von Norwegen zusammen mit dem problembeladenen Agrarsektor der Baltic 21 geleitet wurde, war nur ein erstes Screening der bestehenden Projekte und ihrer Potentiale unternommen worden, verschiedene Sektoren hatten die Relevanz dieser JO noch nicht realisiert¹⁵⁶². Die JO der Technologiebeschaffung hatte bis dato auch erst eine Studie zu geeigneten Technologien durchgeführt, die jedoch immerhin von allen Ostseestaaten außer Norwegen, Finnland und Deutschland starkes Interesse an Technologielösungen für öffentliche Belange dokumentierte¹⁵⁶³. Große Fortschritte waren in diesen Bereichen also bis 2002 nicht gemacht worden, intensivere Beteiligung seitens der Sektoren, Staaten und IFIs wurde angemahnt. Besonders interessant war das Missverhältnis zwischen einem größeren Interesse der Transformationsstaaten und einem Desinteresse der westlichen Staaten, die über die Technologien und das Fachwissen verfügten, es dennoch nicht teilten oder ihre Dienste anboten¹⁵⁶⁴. Die Städtezusammenarbeit im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung war deutlich aktiver, im Zeitraum 2000-2002 wurden elf einschlägige Kooperationsprojekte innerhalb der UBC abgeschlossen, an denen drei Viertel der UBC-Mitglieder beteiligt waren. Unter anderem wurden hier neun kommunale Umwelt-Audits durchgeführt. Kapazitätsaufbau und Indikatorenentwicklung waren weitere Tätigkeitsschwerpunkte. Die Projekte wurden vor allem von der EU über INTERREG, TACIS und PHARE, dem Nordischen Ministerrat und dem dänischen und finnischen Umweltministerium finanziert¹⁵⁶⁵. Dennoch wurde in dem Dreijahresbericht 2000-2002 der Baltic 21 dazu aufgerufen, mehr Initiative und Engagement im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung den Kommunen zu überlassen und nicht auf zentralstaatlicher Ebene zu konzentrieren und in diesem Zusammenhang die nationale Unterstützung für die Kommunen zu verstärken¹⁵⁶⁶.

¹⁵⁶¹ Biennial Report - 2000 - Baltic 21, S. 12ff.

¹⁵⁶² Baltic 21-Bericht 2000-2002, S. 21f.

¹⁵⁶³ Hier wurden vor allem unterschiedliche Methoden der Energieerzeugung und -effizienz sowie Kraftfahrzeuge mit alternativen Antrieben und Kleinanlagen zur Abwasseraufbereitung genannt. ebd., S. 22.

¹⁵⁶⁴ ebd., S. 22.

¹⁵⁶⁵ ebd., S. 23f.

¹⁵⁶⁶ ebd., S. 24.

2004 war dann die Aufgabe der JO zum Aufbau und der Nutzung von Netzwerken und Foren aller Art auch über den Baltic 21-Zusammenhang hinaus nahezu abgeschlossen, da diese mittlerweile existierten¹⁵⁶⁷. Die Arbeit im Bereich der Demonstrationsgebiete hatte sich weiterhin auf den Informationsaustausch hinsichtlich bestehender und geplanter Gebiete beschränkt, die Städtezusammenarbeit hatte sich dagegen erfolgreich weiterentwickelt, so dass sich 2004 ein funktionierendes Netzwerk fest etabliert hatte. Die JO zur Technologiebeschaffung hatte sich zunächst auf die grundlegenden Maßnahmen konzentriert und die wirtschaftlichen, politischen und technischen Faktoren zur Beschaffung von Technologien analysiert und danach Technikgebiete des gemeinsamen Interesses identifiziert. Diese Informationen sollten die Grundlagen für geplante Machbarkeitsstudien liefern, so dass die eigentliche Arbeit dieser JO 2004 erst begann. Unter anderem die JO zu Informationen über nachhaltige Entwicklung hatte eine starke Verbesserung des Informationsflusses bewirken können und über die BLA21F waren fünf Programme, wovon zwei in Russland abliefen, zur Steigerung des Verbraucherbewusstseins durchgeführt worden¹⁵⁶⁸. In diesem Zusammenhang konnte in Russland, den baltischen Staaten und Polen eine wachsende Zahl einschlägiger Programme beobachtet werden, die unter anderem der Einbeziehung junger Menschen in Entscheidungsprozesse, der lokalen Umweltplanung und der Umwelterziehung dienten.

Die JOs unterlagen also den gleichen Bedingungen wie die Sektoren: ihre Arbeit lief teilweise stockend an, geschuldet einerseits mangelnder Koordinierung der Arbeit und andererseits mangelnder politischer und finanzieller Unterstützung. Auffallend war, dass dort, wo etablierte Fachgremien wie UBC, BLA21F oder BASREC die Leitung übernahmen, größere Fortschritte erzielt werden konnten, was auf die größeren Kompetenzen dieser Organisationen und den sie unterstützenden politischen Willen zurückzuführen war.

4.5 Zivile Sicherheit

4.5.1 Die *Working Group on Nuclear and Radiation Safety* des Ostseerats

Die WGNRS war schon im April 1992 vom CSO gegründet worden und nahm ihre *Terms of Reference* auf dem Treffen vom 07.-08.09.1992 an. Ihre Aufgabe war es, Informationen über nukleare Anlagen und Abfallagerstätten zu sammeln, Risiken zu identifizieren und ihre

¹⁵⁶⁷ Baltic 21 Bericht 2004, S. 7.

¹⁵⁶⁸ ebd., S. 7.

Bearbeitung zu initiieren¹⁵⁶⁹. Zunächst mussten die Voraussetzungen der Arbeit geschaffen werden und so einigte man sich auf dem Treffen vom 21.-22.01.1993 zunächst auf gemeinsame Definitionen zur Bestimmung von Kriterien zur Bewertung der relevanten Daten. Eine gemeinsame Definition, welches geographische Gebiet genau als „Ostseeraum“ anzusehen sei, die wiederum Einfluss auf den Umfang der Kompetenzen, welche die WGNRS erhalten würde gehabt hätte, konnte hier jedoch nicht gefunden werden¹⁵⁷⁰. Dennoch begann die Arbeitsgruppe sogleich, erste nationale Daten zu nuklearen Einrichtungen zu sammeln.

Es ergingen auch Empfehlungen an den CSO zu Schritten, die die Staaten einzeln oder gemeinsam umsetzen sollten. Ein Aufruf forderte zum Beispiel, dass alle Mitglieder bedingungslos und unbefristet den Atomwaffensperrvertrag und andere einschlägige internationale Abkommen unterzeichnen sowie, im Falle der baltischen Republiken, schnellstmöglich der IAEO beitreten¹⁵⁷¹. Weiterhin sollten im Baltikum und in Russland unabhängige Überwachungsinstitutionen für nukleare Einrichtungen gestärkt und ihnen überhaupt erst eine solide gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Unter Einbezug der EU sollte ein Abkommen zu einem Frühwarnmechanismus in einer regional intensivierten Form der internationalen Konvention zusammen mit einer Praxis des Informations- und Erfahrungsaustauschs über geplante Bauvorhaben, Betriebsinformationen und Zwischenfälle geschlossen werden. Weiterhin wurden regionale Abkommen zur internationalen Hilfe im Schadensfall gefordert und die Staaten sowie die EG aufgefordert, zumindest je eine zentrale Behörde einzurichten, die für den Problembereich der nuklearen Sicherheit zuständig ist. Zudem sollte eine kompetente Gruppe zur Strahlungsüberwachung unter Einbezug ganz Russlands, der Ukraine und Belorusslands gegründet werden.

Weiterhin beklagte die WGNRS, dass bezüglich der sowjetischen Ausbildungseinrichtung für die Bedienung von Reaktoren in Atom-U-Booten im estnischen Paldiski nicht ausreichend Informationen eingereicht worden waren und dass Hilfsangebote westlicher Länder zur Modernisierung und Sicherung dieser Einrichtung von russischen Behörden stets mit dem Hinweis auf ein nicht vorhandenes Sicherheitsrisiko zurückgewiesen worden waren¹⁵⁷². Man setzte aber durch, dass Paldiski auch wegen der fehlenden Informationen den Status „Sofortiger Eingriff“ bekam. Andere zunächst in den Blick genommene Ziele waren weitere Trainingsreaktoren bei Sosnovy Bor in der Nähe von St.Petersburg, radioaktiv betriebene Leuchttürme entlang der Küste der ehemaligen SU, vermutete radioaktive Installationen im

¹⁵⁶⁹ 1992-1993 Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety, Helsinki 26.2.1993. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/1finnish/csoannualreport/dbaFile535.html>, 07.01.2006.

¹⁵⁷⁰ ebd.

¹⁵⁷¹ Estland trat der IAEO 1992 bei, 1993 folgte Litauen, 1997 erst Lettland.

¹⁵⁷² ebd.

Kaliningrader Marinehafen, eine Lagerstätte für nuklearen Abfall bei Sillamäe in Estland sowie alle nuklear betriebenen Schiffe. Auf die Versicherung der Atomwaffenstaaten hin, keine Schiffe mit nuklearen Waffen in der Ostsee zu betreiben, wurden hier keine Maßnahmen ergriffen.

Die Forderung nach einem Frühwarnsystem hatte Reaktionen ausgelöst, wie ein Expertentreffen der Ostseestaaten am 14.06.1993 in Stockholm zeigte, das von einem weiteren Treffen 1994 gefolgt werden sollte¹⁵⁷³.

Auch im folgenden Jahr 1993-1994 setzte die Arbeitsgruppe ihre Sammlung von Informationen fort, besonders bezüglich der Trainingsreaktoren in Paldiski und Sosnovy Bor sowie dem litauischen Kernkraftwerk Ignalina und der nuklear betriebenen Leuchttürme. Paldiski blieb auch anderweitig ein großer Schwerpunkt der Arbeit, im September 1993 besuchte die Arbeitsgruppe einen der Trainingsreaktoren der Anlage. Generell wurde hier kein Sicherheitsrisiko festgestellt, jedoch konnte der zweite Reaktor und die Anlagen zur Lagerung der Abfälle und zur Wiederaufbereitung nicht besichtigt werden und Informationen hierzu fehlten auch, so dass keine abschließende Einschätzung erfolgen konnte¹⁵⁷⁴. Der Abbau der Brennelemente machte allerdings unter der Leitung einer schwedisch-estnisch-russischen Expertengruppe gute Fortschritte¹⁵⁷⁵. Weiterhin machte die Arbeitsgruppe Vorschläge zum weiteren Vorgehen in Paldiski und unterstützte das Ergebnis eines Expertentreffens im Januar 1994, eine internationale Expertengruppe zu Fragen des Abbaus der Trainingsreaktoren einzurichten. Grundlegendes Ziel war der totale Rückbau der gesamten Einrichtung innerhalb der folgenden drei oder vier Jahre¹⁵⁷⁶.

Auch der Fall des litauischen Kernkraftwerks Ignalina wurde besprochen, als wichtigste Maßnahmen wurden auch hier die Einrichtung eines effektiven Rechtssystems, eines unabhängigen und wirksamen Kontrollsystems, verstärkte Zusammenarbeit zwischen Betreibern und Konstrukteuren und anderen Kraftwerken sowie eine verlässliche Datenerhebung zum Zustand des Reaktors gesehen. Weiterhin wurden für den lettischen Forschungsreaktor in Salaspils Maßnahmen diskutiert, hier standen die Schaffung einer rechtlichen Grundlage für den Betrieb, die Einstellung qualifizierten Personals, die Behandlung des nuklearen Abfalls, wirtschaftliche Probleme und im Falle einer

¹⁵⁷³ 1993-1994 Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety, Tallinn 24.5.1994. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/csoannualreport/dbaFile530.html>, 07.01.2006.

¹⁵⁷⁴ Statement on the visit of the WG to the Paldiski Training Center on the Pakri Peninsula in Estonia on 9 September 1993. Anlage von ebd.

¹⁵⁷⁵ 1993-1994 Annual Report from the CBSS Committee of Senior Officials (CSO).

¹⁵⁷⁶ Progress Report and Recommendations of the Working Group to the CBSS CSO on the Decommissioning of the Paldiski training reactor facilities. Anlage von 1993-1994 Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety.

entsprechenden Entscheidung der Abbau der Einrichtung im Vordergrund¹⁵⁷⁷. Grundsätzlich jedoch erkannte die WGNRS an, dass im Falle der RBMK-Reaktoren nach sowjetischer Bauart andere internationale Kooperationsgremien tätig waren und die Arbeitsgruppe sich hier zurückhalten musste, um Doppelarbeit zu vermeiden. Wieder wurde die Bedeutung betont, die die Entwicklung eines tragfähigen rechtlichen Systems zur nuklearen Sicherheit verbunden mit dem Beitritt zu den relevanten IAEO-Konventionen für alle Mitglieder hatte und es konnten seit dem Vorjahr Fortschritte vermeldet werden. Über die Entwicklung der Kooperation der Staaten zur nuklearen Sicherheit wurde die Arbeitsgruppe informiert, betont wurde die Notwendigkeit von Maßnahmen bei der Atommülllagerstätte Sillamäe und zur Errichtung eines Frühwarnsystems für nukleare Zwischenfälle. Das Problem der radioaktiv betriebenen Leuchttürme konnte zumindest vor den Küsten der baltischen Staaten als gelöst betrachtet werden, da mit dänischer Hilfe die nuklearen Brenneinheiten gegen konventionelle ausgetauscht wurden¹⁵⁷⁸.

Ein Arbeitsplan der Arbeitsgruppe für 1994-95 sah analog zu dem Aufgabenspektrum der WG unter anderem die weitere Überwachung der Entwicklungen in Paldiski, Sosnovy Bor und Ignalina und die Entwicklung von Politikempfehlungen zu diesen Einrichtungen, die Rechtsentwicklung, das Sammeln von Informationen vor. Hinzugekommen war die Überwachung und bei Bedarf das Eingreifen in den Schwarzen Markt mit radioaktivem Material, was durch eine Verschärfung der Grenzkontrollen vonstatten gehen sollte. Ein weiteres Gebiet war die Diskussion von Vorschlägen, durch die Nutzung sowjetischer Lagerstätten auf dem Boden der baltischen Staaten das Abfallproblem der teilweise überfüllten russischen Lagerstätten zu lösen¹⁵⁷⁹.

Ein wichtiger Schritt der Vernetzung und der Effektivierung der Arbeit geschah am 03.11.1994, indem die WGNRS mit der Gruppe MORS der HELCOM ein Abkommen zum gegenseitigen Dokumentenaustausch schloss¹⁵⁸⁰. Die Verhandlungen der Expertengruppe zu einem *Baltic Sea Emergency and Monitoring Integrated System and Early Warning* kamen unterdessen auf einem Treffen im Juni 1994 in Stockholm gut voran. Die inzwischen eingerichtete *Paldiski International Expert Reference Group* berichtete, dass die benutzten Brennelemente inzwischen pünktlich und sicher nach Russland abtransportiert worden waren und Experten bis September 1995 weiter militärisch wichtiges Material demontieren wollten, bevor dann der restliche Abbau in estnische Verantwortung übergehen sollte. Die Entsorgung

¹⁵⁷⁷ 1993-1994 Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety.

¹⁵⁷⁸ ebd.

¹⁵⁷⁹ Action Plan of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety for 1994/95. Anlage in ebd.

¹⁵⁸⁰ 1994-1995 Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety to be presented on the CSO-meeting in Novgorod 26.01.1995. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/4swedish/csoannualreport/dbaFile519.html>, 07.01.2006.

der flüssigen radioaktiven Abfälle war durch eine finnische Firma begonnen worden. Eine Privatisierung des Geländes hatte die Investitionen und Modernisierungen erleichtern können. Während hier also gute Fortschritte zu verzeichnen waren, stellte die Qualifizierung des Personals im nuklearen Sektor insgesamt weiterhin eine große Herausforderung dar, ebenso wie der Abbau des Forschungsreaktors Salaspils, die Sicherheit des Kraftwerks Ignalina und die unsachgemäße Lagerung radioaktiven Materials am Kraftwerk Sosnovy Bor, die ein Gesundheitsrisiko darstellte¹⁵⁸¹. In der Zukunft wollte die WG diese Themen weiterbearbeiten, neue Themen waren die Harmonisierung der Regulierungen für den Transport radioaktiven Materials und die Information über bestehende Förderprogramme der EU.

Auf einem Treffen am 27.03.1996 in Stockholm nahm die WG unter anderem einen Bericht zu den Entwicklungen in Sillamäe an, wo kürzlich erwogen worden war, die Anlage an dieselbe Firma zu verkaufen, die schon den Abbau Paldiskis bearbeitete¹⁵⁸². Auch wenn eine IAEA-Mission kürzlich festgestellt habe, dass keine Austritte radioaktiven Materials durch den Damm der Anlage gegen den Finnischen Meerbusen geschehen waren, wollte die WGNRS entgegen der Auffassung Estlands, es seien keine Maßnahmen zur Sicherung der Anlage notwendig, keine Entwarnung für diese Anlage geben. Hinsichtlich Paldiski wurde gemeldet, dass die Reaktoren angesichts der hohen Kosten des vollständigen Abbaus zunächst durch einen Sarkophag versiegelt worden waren. Die Größenordnung der Kooperation wird darin deutlich, dass zu dieser Anlage bislang 14 internationale Projekte gestartet und teilweise schon abgeschlossen worden waren. Die Expertengruppe für ein Notfallüberwachungs- und Frühwarnsystem hatte inzwischen zwei Untergruppen zu Überwachungsstrategien und -politik und zu Kommunikation und Computersystemen eingerichtet, ging also zu praktischen Umsetzungsfragen über. Der starke Bedarf bei der Institutionenbildung und Personalentwicklung zeigte sich darin, dass letztere Untergruppe starke Probleme hatte, in Russland herauszufinden, welche Behörde überhaupt für Strahlenüberwachung zuständig war¹⁵⁸³.

Als Erfolg hatte die Expertengruppe jedoch das Inkrafttreten eines Abkommens zum Austausch von Strahlungsüberwachungsdaten zwischen den skandinavischen Staaten im Februar 1996 zu vermelden, das der Anfang eines ostseeweiten Systems sein sollte. Die anderen Mitglieder wurden eingeladen, sich dem anzuschließen und vor allem zunächst die für Strahlungsüberwachung zuständigen nationalen Behörden zu benennen. Weiterhin rief die

¹⁵⁸¹ ebd.

¹⁵⁸² Minutes from the Meeting on 27 March 1996 of the CBSS/CSO Working Group on Nuclear and Radiation Safety. Anlage in ebd.

¹⁵⁸³ ebd.

Arbeitsgruppe ihre Mitglieder auf, sich so stark wie möglich an der für Frühjahr 1997 in Finnland geplanten INEX 2-Übung (*International Nuclear Emergency Exercise*) der Atomenergiebehörde der OECD zu beteiligen. Die Konvention zur nuklearen Sicherheit war bislang von Dänemark, Finnland, Norwegen, Litauen und Schweden unterzeichnet worden. In der Vorbereitung des Entwurfs für die Erklärung des ersten Staatsgipfels in Visby konnte man den Wortlaut nach Aufgabe vor allem des litauischen Widerstands entscheidend dahin ergänzen, dass bei den nukleare Einrichtungen, bei denen ein Aufrüsten auf westliche Standards unmöglich war, Maßnahmen in Richtung einer letztendlichen Schließung erwogen werden sollten¹⁵⁸⁴. Im Aktionsplan von Kalmar, der richtungweisend für die weitere Arbeit des CBSS war, fand dies dann auch seine programmatische Umsetzung¹⁵⁸⁵.

Im Berichtszeitraum 1996/97 kam die WG zur Erkenntnis, dass von der Wiederaufbereitungsanlage Sillamäe keine weitreichende Gefahr ausging, sondern dass es sich vielmehr um ein lokales Umweltproblem handelte. Jedoch unterstützte die Arbeitsgruppe die Bemühungen zur Modernisierung der Anlage, da mögliche Langzeitfolgen nicht abzusehen waren¹⁵⁸⁶. In Paldiski hatte sich die internationale Kooperation fortgesetzt, die große Bedeutung der Zusammenarbeit mit russischen Experten wurde betont. Lettland dagegen hatte der IAEO bezüglich des Forschungsreaktors in Salaspils einen Vorschlag zur technischen Kooperation beim Abbau des Reaktors übermittelt. Zur Verhinderung des Schmuggels von radioaktivem Material wurden alle Mitgliedsstaaten zur Kooperation aufgerufen, jedes Mitglied sollte der WGNRS eine Beschreibung seiner Kontrollroutinen und der Kooperation seiner Behörden in dem Gebiet zur Vorbereitung eines Seminars zur Vorbeugung solchen Schmuggels und zur Optimierung der Ressourcen auf diesem Gebiet übermitteln. Fortschritte im Bereich der nationalen Gesetzgebung konnten festgestellt werden, allerdings weist die Aufforderung an alle Staaten, besonders an Russland, zu aktiver Kooperation auf deutliches Verbesserungspotential in dem Bereich hin¹⁵⁸⁷.

Auf einem Treffen im November 1997 trat der bisherige und erste Vorsitzende der WG, der Finne Antti Vuorinen zurück und unter dänischer Präsidentschaft wurde der Finne Raimo

¹⁵⁸⁴ „Less safe reactors that can not be upgraded to an internationally accepted safety level should be assessed with a view of their closure at the earliest possible date.“ Draft Charter of Visby. Anlage in ebd.

¹⁵⁸⁵ „Reactors which do not meet current safety requirements should be brought to an acceptable level of safety or cease operation.“. Fifth Ministerial Session Kalmar 02.-03.07.1996 - Action Programme for the Baltic Sea States Co-operation.

¹⁵⁸⁶ Working Group on Nuclear and Radiation Safety, Chairman's Report 27.4.1997. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/5latvian/csoannual/wgnrs1996-1997.pdf>, 07.08.2007, S. 1.

¹⁵⁸⁷ „The WG expressed a wish to every country of the region, especially to Russia, for active participation in the Group's work in order to achieve the objectives of the Group more effectively.“ ebd, S. 3.

Mustonen sein Nachfolger¹⁵⁸⁸. Auch die Arbeitsstruktur der WG wurde überarbeitet. Eine Reduzierung der Themen sollte eine Fokussierung bewirken und so wurden die Mitglieder aufgefordert, drei Themen höchster Priorität zu nennen, aus denen auf dem ersten Treffen der WG im Jahr 1999 ein Drei-Jahres-Plan erarbeitet werden sollte. Zudem sollte der Vorsitz alle drei Jahre wechseln. Russland war wieder bei keinem der Treffen dabei, der Appell von 1997 war also folgenlos geblieben. Es sollten Möglichkeiten bedacht werden, Russland zurück an den Verhandlungstisch zu bewegen. Inhaltlich hatte man im vergangenen Jahr nach dem Auftrag der Staaten praktische Fragen eines Austauschsystems für Daten automatischer Strahlungsmessungen untersucht. In Zukunft sollte simultan der Text eines entsprechenden Abkommens und auch die technische Umsetzung eines solchen Systems entwickelt werden¹⁵⁸⁹.

Für die Modernisierung der Wiederaufbereitungsanlage in Sillamäe wurde eine internationale Expertengruppe gegründet, um die Arbeit besser zu koordinieren. Die Restaurierungsarbeiten hatten mit zwei Projekten begonnen, außerdem hatte Estland auch bei den benachbarten Staaten um Unterstützung gebeten. Eine entsprechende Geberkonferenz war in Verbindung mit einem von der NATO ausgerichteten speziellen Sillamäe-Workshop für Oktober 1998 geplant. Weiterhin nahm die Arbeitsgruppe an der Ostseeratskonferenz zur zivilen Sicherheit im Juni 1998 teil. Aus der Umfrage zu den Grenzkontrollen der Staaten war ein Bericht entstanden, der trotz unvollständiger Informationen aufzeigte, dass Schmuggel radioaktiven Materials durchaus häufig war, sowohl zu wirtschaftlichen als auch zu terroristischen Zwecken oder auch unbewusst. Daraus wurden Maßnahmen zur Prävention abgeleitet, wie der bessere Schutz der Quellen durch Gesetze, Regeln, Kontrolle und physische Sicherung, das Abhalten von Tätern durch gezielte Aufklärung über Risiken des Materials, gute Grenzkontrollen und ein effektives System der Täterverfolgung¹⁵⁹⁰. Hinsichtlich des *Baltic Sea States Agreement on Regular Exchange of Radiation Monitoring Data and other Information of Radiological Significance* gab es einen CSO-Beschluss, in dem alle Staaten dem System prinzipiell zustimmten.

Im Jahr 1998 setzte die WG unter litauischem Vorsitz ihre Arbeit an den technischen Fragen des Austauschs nuklearer Daten und an der Formulierung des Abkommens fort. Bei letzterem herrschte noch Uneinigkeit, ob das Abkommen auf Regierungs- oder Behördenebene geschlossen werden sollte. Die Einrichtung des Sekretariats wurde als Erleichterung der Arbeit der WG begrüßt, ebenso wie die lange erwartete Rückkehr Russlands in die Arbeit der

¹⁵⁸⁸ Working Group on Nuclear and radiation Safety, Chairman's Report to the Council of Senior Officials, 15.9.1998. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/csoannual/wgnrs1997-1998.pdf>, 07.08.2007.

¹⁵⁸⁹ ebd., S. 2.

¹⁵⁹⁰ ebd., S. 3.

WG¹⁵⁹¹. Die rechtliche Angleichung wurde in den Staaten fortgesetzt und alle Staaten arbeiteten daran, die neue EURATOM-Direktive zum Strahlenschutz umzusetzen. In Sillamäe wurden gute Fortschritte festgestellt. Die Prioritäten, die für einen neuen Aktionsplan ins Auge gefasst wurden, zeigen, dass sich die Arbeitsgruppe ausgehend von ihrem ursprünglichen Mandat weit entwickelt hatte¹⁵⁹².

Im Berichtszeitraum 1999-2000 war die Arbeitsgruppe weiterhin stark mit der eigenen Standortbestimmung angesichts der näher rückenden EU-Erweiterung beschäftigt. Die Anzahl der zwei Treffen im Jahr wurde bestätigt, die Dauer des Vorsitzes jedoch erneut und zunächst ohne Ergebnis diskutiert, auch wurde auf den Auftrag des CSO hin begonnen, die *Terms of Reference* zu überarbeiten, wobei auch ein Einbezug des NDAP angedacht wurde¹⁵⁹³. Überhaupt nahm die Diskussion der eigenen Rolle gegenüber den verstärkten Aktivitäten der EU im Ostseeraum und besonders gegenüber der NDI einen wichtigen Stellenwert ein¹⁵⁹⁴. Anhand der geschilderten Prioritäten wurde ein Aktionsplan erarbeitet und nachdem der CSO Regeln für die Aufnahme von Beobachtern in Arbeitsgruppentreffen erlassen hatte, konnten im Februar 2000 Großbritannien und die Ukraine als erste Beobachter der Gruppe teilnehmen. Ein wichtiger Vorstoß auf dem Gebiet des Datenaustauschs war, dass das diesbezügliche regionale Abkommen fertig gestellt und dem CSO zur Annahme übermittelt wurde. Auch die technischen Mittel für den Datenaustausch waren überall betriebsbereit. Hinsichtlich des Schmuggels mit radioaktivem Material wurde eine enge Mitarbeit an dem neuen Programm der IAEO „*Security of Material*“ angekündigt. In Sillamäe hatten die konkreten Arbeiten zur Modernisierung begonnen. Die Finanzierung mit einem Volumen von 20 Mio. Euro lief über die NEFCO und die NIB, die Dauer der Arbeiten wurde auf sechs Jahre veranschlagt¹⁵⁹⁵. In der Anpassung der nationalen Gesetzgebung wurden keine Verspätungen festgestellt. Ein Dilemma der Kooperation der nationalen Atombehörden wurde diskutiert: ein Bedarf für eine

¹⁵⁹¹ (1998-1999) Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety, Chairman's report to the Committee of Senior Officials 28.04.1999. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/7lithuanian/csoannual/dbaFile468.html>, 07.01.2006.

¹⁵⁹² Diese betrafen die Weiterentwicklung des regionalen Abkommens zum regelmäßigen Austausch von Strahlungsüberwachungsdaten, das regionale Frühwarnabkommen und das regionale Abkommen zur Hilfe in nuklearen Notfällen, das die Regelungen der IAEO für den Ostseeraum spezifizieren sollte, radioaktive Verschmutzung der Ostsee, Schmuggel radioaktiven Materials, Informationsaustausch zu Kernkraftwerken in Betrieb und im Abbau, Transport nuklearen Materials in der Ostseeregion sowie das Verhältnis zur Politik der Nördlichen Dimension der EU. ebd.

¹⁵⁹³ Working Group on Nuclear and Radiation Safety, Chairman's report to the Committee of Senior Officials, 17.04.2000. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/8norwegian/reportcso/bergencsoannualreportannex3wgns.doc>, 07.01.2006.

¹⁵⁹⁴ Zum einen wurde die Frage diskutiert, wie gut regionale, bi- und multilaterale Kooperationen und die EU-Instrumente PHARE und TACIS koordiniert waren und ob die Arbeitsgruppe in ihrer Struktur geeignet sei, eine bessere Koordinierung durchzusetzen und zum anderen, inwieweit sich der Einbezug der europäischen Ebene in den neu zu verhandelnden *Terms of Reference* niederschlagen sollte. ebd.

¹⁵⁹⁵ ebd.

Intensivierung der Kooperation war durchaus vorhanden, aber die Zahl der betreffenden Gremien war schon so hoch, dass ein neues keine Unterstützung erwarten konnte.

Auf dem Treffen vom 07.-08.09.2000 in Berlin wurde der Schwede Åke Persson der neue Vorsitzende der Gruppe und arbeitete zusammen mit dem Sekretariat die neuen *Terms of Reference* aus. Weiterhin wurde der Entwurf des Abkommens für den Austausch radiologischer Daten überarbeitet, so dass das Abkommen auf dem Ostseeratstreffen in Hamburg am 07.06.2001 unterzeichnet werden konnte¹⁵⁹⁶. Russland unterzeichnete erst auf der folgenden CBSS-Außenministerkonferenz in Svetlogorsk 2002¹⁵⁹⁷. Tests hatten unterdessen gezeigt, dass die technischen Voraussetzungen für den Datenaustausch in allen Ländern gegeben waren. Das Abkommen verpflichtete die Mitglieder, die notwendigen rechtlichen und administrativen Voraussetzungen für einen verbesserten Austausch radiologischer Daten zu schaffen, um so eine bessere Basis für angemessene Situationsbewertung, Entscheidung und Information der Öffentlichkeit in der Normalität oder bei Unfällen zu erhalten¹⁵⁹⁸. Die Parteien sollten sofort die neuesten Informationen ihrer Strahlungsüberwachungsnetzwerke in das System einspeisen. Bei der Unterzeichnung benannten die Parteien kompetente nationale Einrichtungen, welche für die praktische Umsetzung zuständig sein sollten. Jede dieser Einrichtungen sollte innerhalb eines Monats nach der Unterzeichnung einen nationalen Kontaktpunkt eingerichtet und drei Monate später die praktische Umsetzung des Abkommens geregelt haben. Für die Sammlung der Daten selbst war jeder Staat für sich zuständig. Damit war eine wesentliche Aufgabe der WGNRS, für Transparenz und Kooperation zu sorgen, umgesetzt und ein wichtiger Beitrag zur nuklearen Sicherheit des Ostseeraums geleistet worden. Zudem konnte nun im Notfall schneller und angemessener geholfen werden.

Nun war die Hauptaufgabe der Arbeitsgruppe die Unterstützung der alltäglichen Umsetzung des Abkommens, was dadurch erschwert wurde, dass sich ein Staat auch nach der Unterzeichnung nicht an das Abkommen gebunden fühlte und in drei Fällen noch keine zuständige Institution benannt wurde. Zu Trainingszwecken und um die Funktionalität des Systems zu prüfen, wurde für den Herbst 2002 eine von Schweden zu organisierende Übung geplant. Während die Behandlung des Schmuggels von radioaktivem Material wegen der großen Menge der anderen Organisationen, die das Thema bearbeiteten, aufgegeben werden sollte, wurde mit unterstützender Information der IAEO diskutiert, inwieweit die WGNRS bei

¹⁵⁹⁶ (2000-2001) Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety, Council of the Baltic Sea States 10th Ministerial Session, Hamburg, 7 June 2001. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/9german/reportso/dbaFile376.html>, 07.01.2006.

¹⁵⁹⁷ 2001-2002 Annual Report from the CBSS Committee of Senior Officials.

¹⁵⁹⁸ Agreement on the Exchange of Radiation Monitoring Data, 07.06.2001. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/9german/10thministersession/dbaFile3963.html>, 07.01.2006.

der Verhinderung von terroristischen Aktionen mit radioaktivem Material hilfreich sein könnte.

Auch im Berichtszeitraum 2002-2003 betreute die WG noch die letzten Umsetzungsschritte der täglichen Arbeit des Datenaustauschsystems. Der Systemtest hatte im November 2002 trotz leichter Probleme in Lettland und Litauen insgesamt erfolgreich durchgeführt werden können¹⁵⁹⁹. Alle Mitglieder hatten freiwillig teilgenommen und die Arbeitsgruppe sprach sich dafür aus, dass wenigstens einer der jährlich vier Tests dieser Art, die die skandinavischen Länder unter sich durchführen, für den gesamten Ostseeraum zugänglich sein sollte. Mittlerweile hatten auch alle Staaten eine Kontaktbasis mit 24-stündiger Zuständigkeit benannt. Trotzdem waren zeitweise nicht immer aktuelle Daten verfügbar. Eine dies verhindernde automatische Aufnahme der Daten erforderte allerdings technische Verbesserungen, so dass eine Weiterentwicklung des Abkommens ins Auge gefasst wurde. Neben der Diskussion der nationalen Fortschritte, über die auf dem Treffen im Februar 2003 alle außer Russland berichteten, diskutierte die Arbeitsgruppe, im Gebiet der Bekämpfung eines schweren Zwischenfalls durch die Koordinierung der Bereitstellung von Personal und Material ergänzend zur IAEO tätig zu werden. Auch hinsichtlich möglicher terroristischer Aktionen und Schmuggels radioaktiven Materials wollte die Arbeitsgruppe weiterhin ein Forum für den Informations- und Erfahrungsaustausch sein.

Auch in dem Berichtszeitraum 2003-2004 hatte Russland wie häufig nicht an den Treffen der WG teilgenommen, woraufhin ein dringlicher Appell zu mehr Engagement an die Adresse Moskaus erging¹⁶⁰⁰. An sich entfaltete die Arbeitsgruppe im letzten Jahr vor der EU-Erweiterung im Mai 2004 verstärkte Tätigkeit mit einem Workshop zur Stabilisierung des Datenaustauschs im Dezember 2003 in Kopenhagen, der technische Verbesserungen des Systems hervorbrachte, und einem Expertentreffen zur Messung austretender Strahlung im März 2004. Im November 2003 wurde außerdem wiederum eine Übung im Rahmen des Datenaustauschprogramms unternommen. Die Arbeitsgruppe wollte weiter den Schmuggel radioaktiven Materials beobachten, dessen Richtung nun nicht mehr von Ost nach West, sondern von Ost nach Süd verlief, was als Zeichen verbesserter Kontrolle im Ostseeraum gelten konnte. Weiterhin wurde jedoch der Austausch zwischen militärischen und zivilen Nuklearbehörden als sehr gering angesehen, die WG gab nationale Berichte zu dem Thema in Auftrag, um Verbesserungsmöglichkeiten auszuloten. Während ein Abkommen zur gegenseitigen Hilfe im Falle eines Nuklearunfalls zum wichtigen Ziel gemacht wurde,

¹⁵⁹⁹ (2002-2003) Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/csoannual/dbaFile1841.html>, 07.01.2006.

¹⁶⁰⁰ (2003-2004) Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/structure/wgnrs/dbaFile5995.html>, 07.01.2006.

befassten sich die entsprechenden Verhandlungen weiterhin erst mit Verfahrensfragen und so war es auch 2004 noch ein weiter Weg zum Durchbruch. An der Übung zum Datenaustausch im November 2003 nahmen nur sechs Staaten teil, die allerdings gute Erfolge vorweisen konnten.

Wie sich die Situation der nuklearen Sicherheit mit zunehmender Nähe des Beitritts der Kandidatenstaaten zur EU in diesen Staaten deutlich verbesserte, so blieb die Situation in Russland weiterhin problematisch. Daher gingen mit der Vertiefung des europäisch-russischen Dialogs und der Verabschiedung des Aktionsplans der NDI der EU die Initiative und die Kompetenzen zur Überwachung und Durchsetzung der nuklearen Sicherheit im Ostseeraum immer mehr an die EU und das NDEP über, wie unten in den entsprechenden Kapiteln dargelegt wird.

4.5.2 Kriminalitätsbekämpfung

Organisierte Kriminalität bestand schon zu Beginn der Ostseekooperation. So wurde dieses Thema bereits auf der ersten Konferenz der Ostseeparlamentarier behandelt und der Ostseerat stellte noch im ersten Jahr seines Bestehens fest, dass der Kampf gegen Drogenschmuggel und Drogenmissbrauch hohe Dringlichkeit besaß¹⁶⁰¹. Im Juni 1992 fand daher im finnischen Turku ein erstes Expertentreffen zu diesem Thema statt. Der Ostseerat sah seine Aufgabe zunächst darin, den Datenaustausch auf diesem Gebiet zu unterstützen¹⁶⁰². Ebenso wichtig war die Kontrolle und Eindämmung der illegalen Migration über die Ostsee. Hier kam es im April 1993 und im Januar 1994 zu zwei von Schweden organisierten Konferenzen und zu einer von Finnland organisierten Konferenz zu Migrationstrends, sozialem Wandel und Kooperation im Ostseeraum ebenfalls im April 1993¹⁶⁰³.

4.5.2.1 Die *Task Force against Organised Crime*

Kooperation im Kampf gegen die organisierte Kriminalität war bei der Gründung der *Task Force against Organised Crime* (TF-OC) im Jahre 1996 ebenso wenig ein neues Phänomen,

¹⁶⁰¹ Väänänen, Pentti; Boedeker, Mika: Parliamentary Conference on Co-operation in the Baltic Sea Area, Report of the Committee of Senior Officials 1993.

¹⁶⁰² ebd.

¹⁶⁰³ Report of the Council of Senior Officials, the third year of the council activity.

wie es die organisierte Kriminalität selbst war. Schon 1993 war die *Baltic Sea Conference on Combating International Crime* als ein Vorläufer der TF-OC entstanden¹⁶⁰⁴.

In der Erklärung des ersten Ostseestaatsgipfels vom 03.-04.05.1996 in Visby bestätigten die Staatschefs ihre Absicht, die zivile Sicherheit in den Ostseestaaten zu stärken, worunter sie neben dem Einsatz für maritime und nukleare Sicherheit und der Kooperation der Behörden auch den Kampf gegen organisierte Kriminalität fassten¹⁶⁰⁵. Hierfür sollte die Kooperation der Polizei-, Grenz- und Zoll-, Einwanderungs- und Küstenwachbehörden verstärkt werden. Auf Grund der dringenden Notwendigkeit direkten und gemeinsamen Handelns entschieden die Regierungschefs auf eine Initiative Helmut Kohls hin, direkt auf dem Gipfel und ohne vorbereitende Verhandlungen, die TF-OC einzurichten. Sie stand unter schwedischem Vorsitz und bestand aus persönlichen Repräsentanten der Staatschefs, die von zwei Kriminologen begleitet wurden, war somit auf der höchsten politischen Ebene angesiedelt und sollte Maßnahmen zur Kooperation gegen organisierte Kriminalität entwickeln¹⁶⁰⁶. Die Europäische Kommission, EUROPOL und INTERPOL sowie die Weltzollorganisation waren Beobachter. Die zunächst verfolgten Arbeitsbereiche waren verstärkter und verbesserter Informationsaustausch, konkrete gemeinsame Maßnahmen, justizielle Kooperation, spezielle Studien und letztlich gemeinsame Ausbildung¹⁶⁰⁷. Auf diese Weise war ein handliches Instrument entstanden, was seine Effektivität zunächst aus der kleinen Mitgliederzahl, dem thematisch weit gespannten Arbeitsbereich und dem hohen politischen Stellenwert bezog. Der Verzicht auf ein gemeinsames Budget und die Regelung, dass außer Schweden, das ein kleines Sekretariat im Justizministerium betrieb, jedes Land seine eigenen Kosten übernahm, sparte Bürokratie ein, machte die TF-OC aber auf das fortdauernde Engagement der Mitgliedsstaaten angewiesen.

Das erste Treffen der neuen Gruppe fand schon am 13.06.1996 in Stockholm statt. In dieser ersten Formierungsphase besuchte der Vorsitzende der TF-OC, Pär Nuder, die Ostseeregion, baute erste Kontakte auf und entwickelte so in Zusammenarbeit mit Kollegen Prioritäten der Arbeit, die vom zweiten Treffen der Task Force am 18.09.1996 angenommen wurden¹⁶⁰⁸.

¹⁶⁰⁴ The Task Force - A brief Introduction. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/C64C48264ED3AC21C2256F71004F7BD3?Opendocument>, 16.01.2007.

¹⁶⁰⁵ Baltic Sea States Summit Visby 3-4 May 1996 - Presidency Declaration.

¹⁶⁰⁶ ebd.

¹⁶⁰⁷ Report to the Heads of Government Submitted at the Second Baltic Sea States Summit. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/6A9509BE2E03B9C9C2256F7800302693?Opendocument>, 16.01.2007.

¹⁶⁰⁸ Das übergeordnete Ziel war die Verbesserung der Möglichkeiten der Staaten, organisierte Kriminalität zu verhindern und zu bekämpfen. Dies sollte durch eine gute Kooperation aller an der Rechtsdurchsetzung beteiligten Stellen erreicht werden, was angemessen arbeitende Justiz- und Behördensysteme voraussetzte. Die TF-OC sollte ihre Anstrengungen auf den Kampf gegen die illegale Produktion und Schmuggel von Narkotika,

Bis 1998, als die TF-OC dem 2. Ostseestaatsgipfel in Riga im Januar Bericht erstattete, hatte sie insgesamt zwölf Treffen veranstaltet und die Zusammenarbeit entscheidend entwickelt. Zum Beispiel war auf einem Treffen am 18.09.1996 entschieden worden, ein Netz nationaler Kontaktpunkte in ständiger Bereitschaft einzurichten wobei Deutschland die Verantwortung für die Umsetzung übernahm. Am 06. und 07.10.1996¹⁶⁰⁹ wurde hier schon durch das Bundeskriminalamt ein erster Test der Kommunikationspunkte durchgeführt, der jedoch unbefriedigend verlief, da nur drei Staaten die Anforderungen erfüllen konnten. Eine standardisierte Liste mit den Daten der Kontaktpunkte wurde verteilt, bevor am 24.11.1996 ein zweiter Test durchgeführt wurde, der weitaus bessere Ergebnisse erzielte. Dennoch war ein dritter Test nötig, der am 18.01.1997 insgesamt gute Ergebnisse brachte¹⁶¹⁰. Ab da wurden weiterhin von Deutschland und Schweden spontane Tests durchgeführt, die der Feinabstimmung dienten. Ein letzter Test vor dem Staatsgipfel 1998 ergab, dass das System funktionierte und Verbesserungen nur in wenigen Fällen nötig waren.

Norwegen dagegen übernahm die Entwicklung eines gesicherten Kommunikationssystems zwischen den Kontaktpunkten. Im Oktober 1996 präsentierte es ein auf dem INTERPOL-System X 400 basierendes System, ein Treffen im Dezember 1996 entschied allerdings die Entwicklung eines eigenen Systems, des *Baltic Sea Encrypted Network* (BALTCOM), dessen Nutzungsrichtlinien das TF-OC-Treffen vom 04.04.1997 verabschiedete und das ab da einsatzbereit war. Es begannen parallele Treffen der nationalen BALTCOM-Büros und ein Zeitplan wurde verabschiedet, der bis zum Ende 1998 die volle Funktionsfähigkeit von BALTCOM, das heißt, eine dauerhafte Finanzierung, eine umfassende Verschlüsselung, die Übertragung von Fotos und Fingerabdrücken, die direkte Kommunikation und die 24-Stunden-Funktionalität vorsah¹⁶¹¹. Somit waren in anderthalb Jahren in großer Geschwindigkeit die Grundlagen für eine verbesserte Kommunikation, die wiederum die Grundlage für eine bessere Verbrechensbekämpfung war, gelegt worden.

Zudem differenzierte die TF-OC in den ersten anderthalb Jahren auch ihre Struktur beträchtlich aus, indem ad hoc-Arbeitsgruppen zu bestimmten Kriminalitätsbereichen

illegale Migration und Menschenhandel, Schmuggel gestohlener Fahrzeuge, illegalen Handel mit Waffen und radioaktiven Substanzen, Schmuggel hoch besteuerteter Güter, Bestechung, Geldwäsche und Gewaltverbrechen konzentrieren. Dadurch wurde der gesamte Bereich des organisierten Verbrechens abgedeckt. Die TF-OC sollte die im Ostseeraum zum Thema schon bestehende Kooperation als Ausgangspunkt der Arbeit nutzen und sie erweitern und vertiefen. Der grenzüberschreitende Informationsaustausch sollte, unter anderem über Verbindungsoffiziere, verstärkt werden und spezielle Vorbeugungsprogramme entwickelt werden. Besonders rasch sollten die Bedingungen an den Grenzen mit Richtung auf EU-Schengen-Regulierungen verbessert werden. Spezielle Ausbildung zielte auf eine hohe ethische Integrität der in dem Bereich beschäftigten Beamten, um der Korruption Herr zu werden.

Ziele der TF-OC. Elektronisch veröffentlicht als Anlage 3 von ebd.

¹⁶⁰⁹ Der Bericht erwähnt das Jahr 1997 statt 1996, wobei es sich nach der Chronologie der Ereignisse im Allgemeinen und der Reihenfolge der Tests im Besonderen nur um einen Druckfehler handeln kann. ebd.

¹⁶¹⁰ ebd.

¹⁶¹¹ ebd.

gegründet wurden. Die ersten beiden Gruppen „Amphetamine“ und „gestohlene Kraftfahrzeuge“, von Polen und Schweden beziehungsweise Norwegen und Russland geleitet, begannen ihre Arbeit frühzeitig. Schon Anfang Mai 1997 koordinierte die Gruppe zu Amphetaminen mit „Speed“ eine ostseeweite 24-Stunden-Aktion gegen den Handel mit Aufputzmitteln. In Schweden und Dänemark wurden hierbei je 10 Kilogramm, in Deutschland 8 Kilogramm Drogen beschlagnahmt, in Finnland konnten zwei Alkohol- und zwei Waffenschmuggler festgenommen werden und weitere Razzien im Ostseebereich stellten unter anderem insgesamt 14.000 geschmuggelte Zigaretten sicher¹⁶¹². Damit war die Aktion gut verlaufen, allerdings waren doch vor allem im Baltikum noch größere Erfolge erwartet worden.

Nach einer Evaluation wurde am 14.11.1997 „Speed II“ durchgeführt, fast 2000 Beamte und 125 Hunde waren an der Aktion beteiligt. Die Kooperation konnte verbessert werden, allerdings wurden die gewünschten Mengen an beschlagnahmtem Material nicht erreicht. Es wurde daraufhin entschieden, in Zukunft Geheimdienstinformationen hinzuzuziehen, intensive Kontakte mit der für Drogen zuständigen Gruppe von EUROPOL aufzubauen und die Fahndung auch auf andere Drogen auszuweiten¹⁶¹³. Auf dem Treffen der TF-OC vom 05.12.1997 stellte Polen ein Handbuch zu Praktiken und Technik der Drogenbekämpfung vor, das halbjährlich aktualisiert werden und so dem Informationsaustausch und der Herausbildung gemeinsamer Standards dienen sollte.

Auch die Arbeitsgruppe zu gestohlenen Fahrzeugen begann früh mit gemeinsamen Aktionen. Eine ostseeweite Kontrolle im April 1997, bei der 26.229 Fahrzeuge untersucht worden waren, fand 37 gestohlene Autos auf, eine zweite Kontrolle im Oktober 1997 stellte unter 16.503 geprüften Fahrzeugen 11 gestohlene fest. Bei allen diesen Wagen handelte es sich um relativ neue deutsche Modelle, die auf dem Weg von West nach Ost im Ostseeraum unterwegs waren¹⁶¹⁴. Die Kooperation der Behörden verlief in beiden Fällen ohne größere Probleme, Feinabstimmungen wurden anschließend vorgenommen. Da ostseeweite Einsätze aber unnötig kompliziert waren, sollten fortan nur noch regional begrenzte Aktionen durchgeführt werden.

Weitere in der Anfangsphase eingerichtete ad hoc-Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit illegaler Migration mit Deutschland als verantwortlichem Staat, mit Geldwäsche mit Finnland als Leiter und Litauen betreute eine Gruppe zum Schmuggel mit Waffen und hoch besteuerten Waren¹⁶¹⁵. Die Gruppe zur illegalen Migration hatte ihr erstes Expertentreffen vom 20.-

¹⁶¹² ebd.

¹⁶¹³ ebd.

¹⁶¹⁴ ebd.

¹⁶¹⁵ ebd.

21.01.1997 und führte ihre erste Aktion vom 23.05.-01.06.1997 durch. 7.338 Schiffsbewegungen wurden untersucht und 3.379 Schiffe auf entsprechende Passagiere untersucht. Die Zusammenarbeit der Behörden verlief erfolgreich, obwohl keine spektakulären Festnahmen gelangen. Eine zweite, etwas kleinere Aktion verlief vom 30.08.-03.09.1997 und diente der Feinabstimmung der Zusammenarbeit¹⁶¹⁶. Die Arbeitsgruppe zur Geldwäsche legte am 27.06.1997 ein Handbuch zur Bekämpfung der Geldwäsche vor, was die Situation im Ostseeraum dokumentierte und somit das Ergebnis der ersten Phase der Zusammenarbeit, der Sammlung von Informationen, darstellte. In einem nächsten Schritt wurden die praktischen Probleme des Informationsaustauschs untersucht.

Ein weiterer Bereich der Arbeit der TF-OC war der Zeugenschutz, dessen Bearbeitung Litauen leitete. Nachdem Fragebögen den Bedarf und die bestehenden Projekte geklärt hatten, wurde im Oktober 1997 ein Pilotprojekt zum Zeugenschutz im Ostseeraum gestartet, das unter der Beobachtung einer Expertengruppe mit litauischem Vorsitz stehen sollte.

Auch die Gründung der Konferenz der Generalstaatsanwälte des Ostseeraums auf eine erste von Schweden am 03.04.1997 in Stockholm durchgeführte Veranstaltung hin war eine Initiative der TF-OC, die so Engpässe der bisherigen Kooperation identifizieren und Vorschläge zu ihrer Beseitigung erarbeiten sollte¹⁶¹⁷. Weiterhin erarbeitete die TF-OC Berichte zu einzelnen Themen und verbesserte die Kooperation bei der Ausbildung von Kriminalbeamten.

Die Task Force hatte also in den ersten anderthalb Jahren ihres Bestehens umfassende Arbeit geleistet. Die kommunikative Infrastruktur war aufgebaut, ein Kommunikationssystem etabliert worden und einzelne Felder der organisierten Kriminalität waren durch Arbeitsgruppen abgedeckt worden, die auch schon erfolgreich ihre Arbeit begonnen hatten und so Erfahrungen sammeln konnten.

Vor diesem Hintergrund empfahl die TF-OC dem Rigaer Staatsgipfel dringend, ihr Mandat zu verlängern und zur Effektivierung der Arbeit ein *Operative Committee* (OPC) einzurichten, das häufigere Treffen als die persönlichen Referenten durchführen und als direkter Koordinator der Arbeitsgruppen auftreten sollte¹⁶¹⁸. Der Staatsgipfel entsprach diesen Empfehlungen¹⁶¹⁹, woraufhin die TF-OC auf ihrem nächsten Treffen im Februar 1998 die Einrichtung eines OPC vereinbarte. Jedes Land entsandte eine Delegation aus höchstens fünf

¹⁶¹⁶ ebd.

¹⁶¹⁷ ebd.

¹⁶¹⁸ Proposal for the Future. To be presented to the Heads of Government at The Baltic Sea States Summit Riga, 22-23 January 1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/2A8E1203B9B12C37C2256F7800308F77?Opendocument>, 16.01.2007.

¹⁶¹⁹ Presidency Declaration, Baltic Sea States Summit Riga, 22-23 January 1998.

hochrangigen Beamten aus den relevanten nationalen Behörden, weiterhin sollten die EU-Kommission und die EU-Ratspräsidentschaft vertreten sein. Mindestens acht Treffen jährlich wurden vereinbart, von denen sechs im Land der Präsidentschaft, also Schweden, abgehalten und finanziert werden sollten, was das überdurchschnittliche Engagement Schwedens deutlich macht¹⁶²⁰. Auch der Vorsitz des OPC wurde von Schweden gestellt. Das OPC war mit der Umsetzung der Entscheidungen der TF und mit der Verwaltung der Arbeitsgruppen betraut und berichtete regelmäßig der Task Force¹⁶²¹. Der Gipfel brachte auch eine Veränderung des Mandats mit sich, wonach die TF nunmehr besondere Aufmerksamkeit auf Wirtschaftskriminalität und Korruption legen sollte.

Auch dem dritten Ostseestaatsgipfel in Kolding konnten Erfolge gemeldet werden. Deutschland und Estland hatten als *lead countries* die Verbesserung der Kommunikation vorangetrieben, um Fehler und lange Wartezeiten zur Ausnahme zu machen. Im Oktober 1998 wurde ein Treffen der für die Kontaktpunkte Verantwortlichen veranstaltet und Estland als Kontaktpunkt für die Lösung der Probleme benannt. Bis zum Mai 1999 wurden zwei weitere Tests durchgeführt, die gute Ergebnisse brachten und die Funktionalität des Netzwerks bewiesen. Daher sollten keine weiteren technischen Tests durchgeführt, sondern an der Qualität der Nachrichten gearbeitet werden¹⁶²². Im September 1999 wurde eine aktuelle Fassung des *Task Force Contact Manual* herausgegeben, was nun jährlich neu geschehen sollte, um die Aktualität zu wahren. Als problematisch wurde hier die Verteilung der Handbücher gesehen, die oftmals nicht bei denjenigen, die sie für ihre Arbeit benötigen, sondern ungenutzt bei anderen Teilen der Verwaltung ankamen¹⁶²³. Dennoch sah die TF die Arbeit in diesem Bereich als abgeschlossen an, da alle Staaten funktionierende Kontaktpunkte eingerichtet hatten. Ab dem Frühjahr 2000 sollten die TF-Kontaktpunkte vollständig in das INTERPOL-Kontaktstellennetzwerk integriert werden.

Im Bereich BALTCOM, des gemeinsamen Kommunikationssystems, hatte Norwegen wiederholt Finanzierungsprobleme der einzelnen Staaten feststellen müssen. In den baltischen Staaten waren Investitionen von 700.000 Norwegischen Kronen nötig, die von den Staaten selbst nicht geleistet werden konnten. Im Dezember 1998 teilten Norwegen und Schweden

¹⁶²⁰ Guidelines for the Operative Committee (OPC), Adopted at the meeting of the Task Force, 16 February 1998. Anlage 2 von Report to the Heads of Government. Presented at the Baltic Sea States Summit Kolding, Denmark 12-13 April 2000. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/61116A8517E50F80C2256F780029DB5F?Opendocument>, 16.01.2007, S. 40.

¹⁶²¹ ebd., S. 40

¹⁶²² Report to the Heads of Government. Presented at the Baltic Sea States Summit Kolding, Denmark 12-13 April 2000. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/61116A8517E50F80C2256F780029DB5F?Opendocument>, 16.01.2007, S. 12.

¹⁶²³ ebd., S. 12.

mit, diese fehlende Summe mit 500.000 und 200.000 Kronen zu übernehmen, wodurch dieses Problem durch unbürokratische Hilfe gelöst worden war¹⁶²⁴. Zur Evaluation wurde im September eine kleine ad hoc-Expertengruppe aus Norwegen, Litauen, Estland, Schweden, Deutschland, INTERPOL und dem OPC-Sekretariat gebildet, die einen intensiven Datenaustausch über BALTCOM feststellen konnte¹⁶²⁵. Sie kam zu dem Ergebnis, dass die Arbeit auch in diesem Bereich mit der Einrichtung der technischen Gegebenheiten gelöst war, so dass der wichtige Bereich der grenzüberschreitenden Kooperation nur dreieinhalb Jahre nach Einrichtung der TF-OC abgeschlossen war.

Nicht abgeschlossen war jedoch die Arbeit der einzelnen Arbeitsgruppen der TF-OC, obwohl sie weiter voranschritt. Im Bereich der Drogenbekämpfung wurden fünf Aktionen durchgeführt, die die Zusammenarbeit übten und weiterentwickelten¹⁶²⁶. Daneben wurde im September 1999 im polnischen Legionowo bei Warschau für Polizei- und Zollbeamte ein Seminar zu illegaler Drogenproduktion und Drogenschmuggel veranstaltet, das die bisherigen Operationen evaluieren und Schlussfolgerungen für die zukünftige Arbeit ziehen sollte. Hier wurde vereinbart, weiter Geheimdienstinformationen in den Kampf gegen Drogen einzubeziehen, ein auf solchen Informationen basierendes Amphetamine-Projekt einzurichten und ein *Amphetamin-Profiling-Programme* durchzuführen, um illegale Drogenlabore zu identifizieren. Insofern wurde im Drogenbereich die Vernetzung der Behörden weiter vorangetrieben, die geringe tatsächliche Erfolgsquote bei den Unternehmen zeigte jedoch, dass weiterhin viel Arbeit nötig war. Wie entscheidend auch der Kampf gegen Korruption

¹⁶²⁴ ebd., S. 13.

¹⁶²⁵ In der ersten Hälfte des Jahres 1999 wurden um die 26.000 BALTCOM-Nachrichten ausgetauscht, was 40% der über das INTERPOL-Netzwerk ausgetauschten Nachrichten der Task Force Mitglieder ausmachte. ebd., S. 13.

¹⁶²⁶ Im Juni 1998 „Bus Stop“, mit Polen als verantwortlichem Staat, bei der Busse und Kleinbusse durchsucht wurden mit dem Ziel, Schmuggel aufzudecken, die grenzüberschreitenden Kooperation der Behörden bei der Bekämpfung von Schmuggel auf der Straße zu verbessern und spezielle Taktiken zu testen. Über 3.000 Beamte waren im Einsatz, keine großen Mengen an Drogen wurden sichergestellt, aber von über 70.000 Personen wurden 135 verhaftet. Der Einsatz brachte hinsichtlich der Kooperation gute Ergebnisse, jedoch war der Verkehr auf Grund nationaler Feiertage geringer als üblich.

Im Oktober 1999 wurde eine Untersuchung von Kleinflugzeugbewegungen durchgeführt, um so Informationen über diesen möglichen Schmuggelweg zu erhalten. Der intensivste Flugverkehr wurde hier zwischen Polen und Deutschland festgestellt.

Im Juni 1999 führten die Region Kaliningrad und Litauen die gemeinsame Operation „Channel“ durch, bei der an 14 Checkpoints über 800 Fahrzeuge, 17 Züge und zehn Bahncontainer intensiv untersucht wurden. Die beschlagnahmten Gegenstände hielten sich mit einigen Ecstasy-Tabletten, Alkohol und Feuerwaffen in Grenzen. Acht Personen wurden verhaftet, unter anderem ein im Dienst stehender und ein ehemaliger Polizeibeamter.

Im September 1999 führten Deutschland und die baltischen Staaten drei einzelne bilaterale Operationen durch, bei denen Ro-Ro-Fähren untersucht wurden. Wenn auch keine Drogen beschlagnahmt wurden, hatte der Einsatz gute Auswirkungen auf die Kooperation der Behörden. Auch die Häfen kooperierten stark bei der Aktion.

Ebenfalls im September 1999 fand zwischen Polen und Deutschland der zweite Teil der Flugüberwachungsaktion statt, bei der 46 Flüge kleiner Maschinen beobachtet und 31 intensiv kontrolliert wurden. Wiederum gab es keine Drogenfunde, die Routinen wurden aber geübt und ab sofort sollte die Meldung verdächtiger Flüge an den Ankunftsflughafen zum Standard werden. ebd. 15ff.

außerhalb der TF-OC war, zeigte das Beispiel bei der Aktion „*Channel*“ verhafteten Polizeibeamten.

Trotz eines generellen Rückgangs war die Zahl der gestohlenen Fahrzeuge weiter sehr hoch, am 31.12.1999 waren über 500.000 als in den Ostseestaaten gestohlen gemeldet¹⁶²⁷. Auch diese Expertengruppe erprobte mit Einsätzen die Zusammenarbeit der Behörden. Im Juni 1998 wurde in der Region Kaliningrad mit deutscher und norwegischer Unterstützung eine Untersuchung durchgeführt, bei der zwölf gestohlene Fahrzeuge beschlagnahmt werden konnten. Als Nebeneffekt konnten einige gesuchte Personen festgenommen werden, unter anderem ein Bernsteinschmuggler, der mit 62 Kilogramm des Ostseerohstoffs aufgegriffen wurde. Von August 1998 bis Oktober 1999 wurden fünf teils gemeinsame, teils unilaterale Aktionen auf der so genannten nördlichen Route, des Autoschmuggels über Skandinavien, durchgeführt, wobei Fahndungserfolge erzielt werden konnten. In Estland wurde dabei zum Beispiel ein Autoschmugglerring aufgedeckt¹⁶²⁸.

Die beiden Operationen der Gruppe gegen illegale Migration bis 1998 hatten einen großen präventiven Effekt gehabt, weswegen eine regelmäßige Durchführung ähnlicher Aktionen vorgesehen worden war. Vor der dritten Operation „*Baltic Guard*“ im Mai 1998 hatte Deutschland es übernommen, Berichte zur Sicherheit der Grenzen im Ostseeraum zu veröffentlichen, um alle Teilnehmer auf denselben Informationsstand zu setzen¹⁶²⁹. Da die Operation an die vorhergehenden Aktionen anschloss und unter anderem schon eine 165 Einheiten umfassende Liste verdächtiger Schiffe bestand, dauerte das Vorbereitungstreffen nur einen Tag. Die Operation selbst, bei der über 5.000 Schiffsbewegungen verfolgt und rund 1.800 Schiffe untersucht wurden, brachte wie erwartet keine durchschlagenden Erfolge, allerdings wurden einige gestohlene Boote und Schmuggelware entdeckt. Allerdings blieben während der Operation auch eine Reihe der verdächtigen Schiffe in den Häfen, was als Hinweis auf Ungesetzlichkeiten gewertet wurde. Nach der Operation wurde festgestellt, dass „*Baltic Guard*“ nunmehr so gereift war, dass es auf Alarm hin sofort einsetzbar sei. Auf nationaler Ebene waren allerdings noch Feinjustierungen der Einbindung der Behörden in die Operation nötig. Mindestens eine Aktion dieser Art sollte künftig jährlich stattfinden.

Daneben fanden auch landbasierte Aktionen statt, zumeist an den gemeinsamen Grenzen der baltischen Staaten, Russlands und Polens¹⁶³⁰. Im Ergebnis zeigten sich alle Staaten mit dem erzielten Nutzen für die Kooperation, einem Wissenszuwachs bezüglich der Techniken illegaler Migration und dem verbesserten Informationsfluss zufrieden. Dennoch zeigte die

¹⁶²⁷ ebd., S. 18.

¹⁶²⁸ ebd., S. 19.

¹⁶²⁹ ebd., S. 19.

¹⁶³⁰ ebd., S. 21.

Evaluation, dass über das Phänomen der illegalen Migration im Ostseeraum noch viele Unklarheiten bestanden und kein genereller Überblick über die gesamte Situation verfügbar war¹⁶³¹. Daher wurde entschieden, einen solchen generellen Bericht anzufertigen und Deutschland übernahm es, ihn bis zum Mai 2000 fertigzustellen.

Im Jahr 1999 begannen die ersten Aktionen der Gruppe zu hoch besteuerten Gütern, im Januar und Februar wurden so begrenzte Mengen an Alkohol und Zigaretten beschlagnahmt. Dass die Aktion trotz des relativ kleinen Rahmens Wirkung zeigte, bewiesen die gestiegenen Schwarzmarktpreise¹⁶³². Während die Gruppe zur Geldwäsche das Jahr 1998 noch zum Sammeln von Informationen nutzte und im Februar 1999 ein Seminar zur Theorie und Praxis der Geldwäsche veranstaltete, um die relevanten Informationen zu verbreiten, fand von November 1999 bis Januar 2000 ihre erste Operation, „*Goldfinger*“, statt. Hier wurden vor allem die Geldflüsse im Ostseeraum beobachtet, um den Bedarf der entsprechenden Veränderung der nationalen Gesetzgebung festzustellen, die Kooperation der nationalen Überwachungsstellen zu fördern und Material für die spätere Nutzung in Strafverfahren zu sammeln.

Auf diese Weise hatte die TF-OC ihre Aktivitäten steigern können, indem den sechs gemeinsamen Operationen von 1997 17 Aktionen der Folgezeit bis 2000 entgegenstanden. Auch qualitativ hatte man sich durch bessere Kooperation steigern können. Das neu eingerichtete OPC hatte sich bei der Planung, Umsetzung und Evaluation der TF-Entscheidungen bewährt. Parallel hatte das Sekretariat der TF-OC die Ratifizierung eines schon am 18.09.1996 verabschiedeten Katalogs aus internationalen Rechtstexten überwacht¹⁶³³, was einerseits eine zusätzliche Motivation für die Staaten war, diesen beizutreten und andererseits durch regional gleiche Regelungen die Kooperation vereinfachte. Die Arbeit im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit setzte sich fort, es stellte sich aber heraus, dass im Falle des Zeugenschutzes der größte Bedarf auf nationaler Ebene lag und die Zusammenarbeit der Generalstaatsanwälte sich positiv entwickelte, also auch keiner Unterstützung durch die TF-OC mehr bedurfte. Insofern wurde beschlossen, die Zusammenarbeit in diesem Bereich innerhalb der TF-OC nicht weiter auszudehnen¹⁶³⁴. Nach dem erfolgreichen Beispiel der Zusammenarbeit der Generalstaatsanwälte wurde auf eine Initiative der TF-OC am 14.10.1998 das erste Treffen der Generaldirektoren der Steuerverwaltung in Stockholm veranstaltet, dem im Mai und Dezember in Krakau und Tallinn weitere Treffen folgten.

¹⁶³¹ ebd., S. 21.

¹⁶³² ebd., S. 21f.

¹⁶³³ ebd., S. 23.

¹⁶³⁴ ebd., S. 25.

Der Aufforderung des Rigaer Gipfels, besondere Beachtung auf die Aufdeckung und Bekämpfung von Korruption, die sich bislang auf Zufallsfunde während anderer Maßnahmen beschränkte, zu legen, wurde zunächst durch die Entscheidung, einen Situationsbericht zur Korruption im Ostseeraum anzufertigen, gefolgt. Dadurch sollte der Bereich der Beobachtung erweitert, die Spezifiken der Ostseeregion in diesem Bereich berücksichtigt und Doppelarbeit vermieden werden. Die Arbeiten am Bericht begannen im Januar 2000 und ein Expertentreffen im März stellte ihn fertig¹⁶³⁵. Hier war dem *Corruption Perception Index* (CPI) der deutschen Nichtregierungsorganisation *Transparency International* gefolgt worden. Die Ergebnisse des Berichts machten wiederum starke Unterschiede im Ostseeraum deutlich¹⁶³⁶. Sowohl die Spitzenstaaten mit der geringsten Korruption, als auch Staaten aus dem Mittelfeld und der Schlussgruppe waren in der Ostseeregion vertreten. Dänemark, das mit einem CPI-Score von 10,0 den ersten Platz von über 80 untersuchten Staaten und damit auch den ersten Platz im Ostseeraum einnahm¹⁶³⁷, Finnland, das mit einem CPI-Score von 9,8 den zweiten Platz sowohl im Gesamtklassement als auch im Ostseeraum einnahm¹⁶³⁸ und Schweden mit CPI-Score 9,4 und Platz drei sowohl insgesamt als auch im Ostseeraum¹⁶³⁹, stellten die Spitzengruppe dar. In diesen Staaten war die Korruption kein manifestes öffentliches Problem, da sowohl ausreichend gesetzliche als auch administrative Regelungen getroffen waren, um Amtsmissbrauch aller Art unattraktiv zu machen. Eine Mittelgruppe bildeten Norwegen¹⁶⁴⁰, Deutschland¹⁶⁴¹ und Estland¹⁶⁴², das als einziges Transformationsland des Ostseeraums hinsichtlich der Häufigkeit und Schwere der Korruption den westlichen Staaten einigermaßen ebenbürtig bleiben konnte. In Estland waren interessanterweise die Statistiken seit 1993 relativ gleich geblieben, was einerseits hieß, dass das estnische Korruptionsproblem grundsätzlich nicht so groß war wie bei anderen Transformationsstaaten, dass allerdings auch die ergriffenen Maßnahmen nicht zur Abnahme des Problems führten, sondern lediglich eine Verschlimmerung verhindern konnten. Dem Problem musste also weiterhin starke politische Aufmerksamkeit zugewandt werden. Die Schlussgruppe bildeten Polen¹⁶⁴³, Litauen¹⁶⁴⁴, Lettland¹⁶⁴⁵ und Russland¹⁶⁴⁶. Für Polen drückte die Europäische Kommission in ihrem regelmäßigen Bericht zu den

¹⁶³⁵ ebd., S. 27.

¹⁶³⁶ Situation Report on Corruption in the Baltic Sea Region, March 2000. Elektronisch veröffentlicht auf: [http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/AF0834AAAB5057BCC2256F710046AFFC/\\$file/Situation%20report%20on%20corruption.pdf](http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/AF0834AAAB5057BCC2256F710046AFFC/$file/Situation%20report%20on%20corruption.pdf), 16.01.2007.

¹⁶³⁷ ebd., S. 7ff.

¹⁶³⁸ ebd., S. 17ff.

¹⁶³⁹ ebd., S. 43ff.

¹⁶⁴⁰ CPI-Score 8,9; CPI-Rang Nr. 9, an fünfter Stelle im Ostseeraum, ebd., S. 35f.

¹⁶⁴¹ CPI-Score 8,0; CPI-Rang Nr. 14, an sechster Stelle im Ostseeraum, ebd., S. 21ff.

¹⁶⁴² CPI-Score 5,7; CPI-Rang Nr. 27, an siebenter Stelle im Ostseeraum, ebd., S. 13.

¹⁶⁴³ CPI-Score 4,2; CPI-Rang Nr. 44, an achter Stelle im Ostseeraum, ebd., S. 37ff.

Reformfortschritten von 1999 weiterhin ernste Sorge über die Korruption im Land aus und forderte eine weitere Intensivierung der Anstrengungen, da die Korruption sich in vielen wichtigen Bereichen wie Zoll, Industrieabfällen, Soziales, Gesundheit und Versicherungen manifestiert hatte¹⁶⁴⁷. Der regelmäßige Bericht für Litauen forderte auch eine Stärkung der Antikorruptionspolitik, obwohl er auch Errungenschaften wie die Einrichtung einer hohen Ethikkommission anerkannte, deren Erkenntnisse und Empfehlungen unter anderem zu der Entlassung eines Ministers im November 1998 geführt hatten¹⁶⁴⁸. Auch in Lettland war im September 1997 ein Anti-Korruptionsrat eingerichtet worden, der im Februar 1998 ein Programm zur Korruptionsprävention vorlegte. Trotzdem war Korruption weiterhin ein großes Problem und eine Verstärkung der Anstrengungen unumgänglich¹⁶⁴⁹. In Russland sprachen allein die Zahlen für sich: 1998 wurden 18.000 Fälle von Amtsmissbrauch festgestellt, 1999 waren es sogar 20.000¹⁶⁵⁰. Zudem wurden für das Kapitel der spezifischen Anti-Korruptionsmaßnahmen von Russland als einzigem keine Angaben gemacht und die Angaben zu den rechtlichen Bestimmungen gegen Korruption beschränkten sich auf die Nennung der Paragraphen, während andere Länder hier detailliert geantwortet hatten.

Auf Grund der Ergebnisse, die die westlichen Staaten von Korruption praktisch freisprachen und dagegen in den Transformationsstaaten, vor allem Russland geradezu erdrückende Erkenntnisse brachten, entschied die TF, sich entschieden mit Korruption zu befassen. Zum einen sollte das geschehen, um so die Kooperation auf dem Gebiet zu verbessern, zum anderen, um starken politischen Druck auf die Verwaltungen zur Verbesserung der Situation auszuüben. Zudem sollte der Report den Transformationsstaaten in anderen Staaten erfolgreich praktizierte Möglichkeiten der Bewältigung der Korruption aufzeigen. Weiterhin wurde empfohlen, ein *Task Force Clearing House on Corruption* einzurichten, das auf der Basis bestehender nationaler und internationaler Regelungen den Korruptionsbericht jährlich aktualisieren sollte, Erfahrung, Informationen und Unterstützung anbieten, das follow-up nationaler Aktionen übernehmen und im Bedarfsfall Treffen organisieren sollte. Außerdem wurden Untersuchungen begonnen, ob die TF-OC sich sinnvoll im Kampf gegen den Frauenhandel engagieren könnte. So gab es also auch neben der Arbeit der Expertengruppen intensive Zusammenarbeit, woraufhin die Task Force dem dritten Staatsgipfel eine

¹⁶⁴⁴ CPI-Score 3,8; CPI-Rang Nr. 50, an neunter Stelle im Ostseeraum, ebd., S. 30ff.

¹⁶⁴⁵ Der Bericht erwähnt einen CPI-Score von 4,3, was angesichts des CPI-Rangs von 58 gegenüber den litauischen Daten wahrscheinlich ein Druckfehler ist. Jedenfalls stand Lettland an zehnter Position im Ostseeraum. ebd., S. 25ff.

¹⁶⁴⁶ CPI-Score 2,4; CPI-Rang 82, an elfter und letzter Stelle im Ostseeraum. ebd., S. 41 ff.

¹⁶⁴⁷ ebd., S. 40.

¹⁶⁴⁸ ebd., S. 34.

¹⁶⁴⁹ ebd., S. 29.

¹⁶⁵⁰ ebd., S. 41.

Verlängerung ihres Mandats bis Ende 2004 empfahl. Dies wurde durch den Gipfel angenommen und es wurde beschlossen, dass Dänemark zum 01.01.2001 Schweden beim Vorsitz der Task Force ablösen sollte. Die TF sollte dann über die jährliche Rotation des Vorsitzes entscheiden¹⁶⁵¹.

Eine weitere wichtige Entscheidung des Kolding-Gipfels war es, innerhalb der TF-OC *joint investigation teams* einzurichten, in denen Kriminalbeamte gemeinsam an bestimmten Fällen arbeiteten. So wurde die Effektivität der Zusammenarbeit gefördert und wurden zusätzlich weitere Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen¹⁶⁵².

In den folgenden zwei Jahren wurde die Grundstruktur der TF-OC beibehalten, allerdings kamen drei neue Arbeitsgruppen zu einzelnen Kriminalitätsfeldern hinzu: zu Frauenhandel, ausländischen Banden und zu Umweltkriminalität¹⁶⁵³. Die Kooperation im Bereich des Informationsaustauschs war in den vergangenen Jahren so weit fortgeschritten, dass in der Periode 2000-2001 keine Aktionen auf diesem Gebiet mehr nötig waren.

Im Bereich der Narkotika dagegen fanden unterschiedliche Aktionen statt. Beim *Eastern Baltic Sea Amphetamine Programme* hatten sich die baltischen Staaten, Polen, Russland, Finnland und Schweden zusammengefunden, um die im Ostseeraum kursierenden Stoffe chemisch zu untersuchen, unter anderem, um die Herkunft feststellen zu können. Ein Abkommen darüber war geschlossen worden und Proben des in den Staaten beschlagnahmten Drogenmaterials wurden in polnische und schwedische Labore geschickt. Im zentralen forensischen Labor der polnischen Polizei wurde eine Datenbank angelegt¹⁶⁵⁴. Bis Ende 2001 war auch ein elektronischer Datenaustausch zwischen dem schwedischen und dem polnischen Labor eingerichtet.

Eine Kooperation zwischen Polen und Schweden war auch die Operation „Sigismund“, bei der Geheimdienstinformationen über Drogenhandel in beiden Staaten gesammelt wurden und im Ergebnis 90 Kilogramm Amphetamine und zwei Kilogramm Kokain sichergestellt werden und mehrere Verhaftungen stattfinden konnten¹⁶⁵⁵, was eine erfolgreiche Erprobung des angestrebten Einbezugs von Geheimdienstinformationen in die kriminalistische Arbeit darstellte. Zudem fanden weitere Projekte zum Beispiel auf deutsch-russischen Fährlinien, an der deutsch-dänischen Grenze, zur Beobachtung von Bewegungen von Kleinflugzeugen und zur Herkunftsbestimmung von Heroin statt. Einem Seminar zu *Ecstasy* vom 09.-10.04.2001 in

¹⁶⁵¹ Report to the Heads of Government. Presented at The Baltic Sea States Summit St. Petersburg, Russia June 2002. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/5AE5332BECAC74C5C2256F77002F7AD2?opendocument>, 16.01.2002, S. 10.

¹⁶⁵² ebd., S. 16.

¹⁶⁵³ ebd., S. 6.

¹⁶⁵⁴ ebd., S. 18.

¹⁶⁵⁵ ebd., S. 18.

Kopenhagen folgend wurde *Ecstasy* als wachsendes gravierendes Problem der TF-Gruppe zu Narkotika zugeteilt. Das Seminar, das von der TF in Kooperation mit unter anderen EURO- und INTERPOL und den USA veranstaltet wurde, unterstützte die Absicht der dänischen Präsidentschaft der TF-OC, innerhalb der Gruppe zu Narkotika eine Expertengruppe zu *Ecstasy* einzurichten. Wegen der großen Komplexität des Problems wurde ein multidisziplinärer Ansatz in Zusammenarbeit von Zoll, Polizei und anderen für nötig erachtet. Ebenso wichtig erschien die entsprechende Ausbildung aller Beteiligten und der Informationsaustausch, der auch zur Einrichtung eines Frühwarnsystems unter anderem für Meldungen über veränderte chemische Zusammensetzungen der Tabletten genutzt werden sollte¹⁶⁵⁶. Die Kooperation mit anderen Gremien in diesem Bereich sollte ebenso wie die Möglichkeit der Nutzung des Internets im Kampf gegen *Ecstasy* untersucht und konkrete operative Maßnahmen geplant und durchgeführt werden. Grundsätzlich wurden die Staaten zur Verdopplung ihrer Anstrengungen aufgerufen¹⁶⁵⁷. Die Arbeit der Expertengruppe begann zunächst mit der Erarbeitung eines Logo-Katalogs zur Erfassung der verschiedenen Tabletten-Symbole und eines Frühwarnsystems zum Informationsaustausch bezüglich dieses Themas¹⁶⁵⁸.

Gestohlene Fahrzeuge wurden, wie schon im vorigen Bericht festgestellt, immer weniger durch den Ostseeraum transportiert, was sich als beständiger Trend erwiesen hatte. Allerdings war es noch weiterhin ein schwerwiegendes Problem. Auch hier brachte der Einbezug von Geheimdienstdaten Erfolge. In der Operation „Caarina“, die Finnland als verantwortlicher Staat betreute, wurden so Handelsringe für gestohlene Autos aufgedeckt und zehn Personen wurden in Schweden wegen Beteiligung an diesen Geschäften verurteilt, 40 weitere wurden als Teilnehmer identifiziert. Wenn auch die operativen Ergebnisse von „Caarina“ leicht hinter den Erwartungen zurückblieben, wurde die Aktion dennoch als Erfolg gewertet, da Einblicke in die Organisationsformen des Handels mit gestohlenen Fahrzeugen gewonnen werden konnten. Ein Bericht zu den Bedingungen der Rückgabe der Fahrzeuge wurde im November 2000 dem TF-Treffen vorgelegt¹⁶⁵⁹. Die Rückgabe wurde hier grundsätzlich als schwierig beschrieben, 70% der betroffenen Fälle gaben Russland als ein Land an, aus dem die

¹⁶⁵⁶ Conclusions from Seminar on Ecstasy within the Framework of Task Force on Organised Crime in the Baltic Sea Region. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.balticseataforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataforce/home.nsf/pages/70BF59893C16B74BC2256F71004D18E8?opendocument>, 16.01.2007.

¹⁶⁵⁷ ebd.

¹⁶⁵⁸ TF-OC: Report to the Heads of Government. Presented at The Baltic Sea States Summit St. Petersburg, Russia June 2002, S. 20.

¹⁶⁵⁹ Report on the Return of stolen vehicles. The situation concerning acquisition in good faith (bona fide acquisition). November 2000. Elektronisch veröffentlicht auf:
[http://www.balticseataforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataforce/home.nsf/pages/560618343E38EA9DC2256F71004D4CC7/\\$file/ReportVehicles.pdf](http://www.balticseataforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataforce/home.nsf/pages/560618343E38EA9DC2256F71004D4CC7/$file/ReportVehicles.pdf), 16.01.2007, S. 5f.

Rückführung der Fahrzeuge besonders schwierig sei auf Grund der Vielzahl der Kommunikationskanäle und ihrer geringen Transparenz. Grundsätzliche Probleme waren die Unterschiedlichkeit der nationalen Rechtslagen und der Fakt, dass die gestohlenen Fahrzeuge zumeist schon neue Besitzer hatten, die in Unkenntnis der Vergangenheit des Fahrzeugs gehandelt hatten oder denen man das Gegenteil schwer nachweisen konnte.

Vor diesem Hintergrund hatte die TF im November 2000 entschieden, zur Erleichterung der Rückführung gestohlener Fahrzeuge eine eigene Gruppe einzurichten, was auf dem OPC-Treffen vom 26.03.2001 offiziell geschah. In sechs informellen Gruppen fanden sich hier Vertreter der Staaten, in denen Fahrzeuge vermisst und in denen Fahrzeuge aufgegriffen wurden sowie Vertreter der Expertengruppe zu gestohlenen Fahrzeugen, um die Rückgabe effektiv abzuwickeln und dabei Vorschläge zur juristischen und bürokratischen Vereinfachung des Prozesses zu machen¹⁶⁶⁰.

Im Bereich der illegalen Migration hatte man Aktionen aller Ostseestaaten zu Gunsten kosteneffektiverer bi- oder trilateraler Aktionen unterlassen. Im operativen Bereich wurden drei Aktionen durchgeführt¹⁶⁶¹ und die Möglichkeit des Austauschs von Experten für Reisedokumente untersucht. Russland teilte mit, 2002 solche Experten einladen zu wollen, um sie an gemeinsamen Aktionen auf Moskauer und St.Petersburger Flughäfen zu beteiligen. Deutschland hatte als *lead country* der illegalen Migration im Frühjahr 2000 den ersten umfassenden Bericht zur Situation vorgelegt und seitdem jährliche Aktualisierungen herausgegeben.

Da die Besteuerung einiger Güter, wie zum Beispiel Tabakwaren und Spirituosen, im Ostseeraum auch weiterhin sehr unterschiedlich gehandhabt wurde, war der Schmuggel dieser Waren weiter lukrativ und häufig. Die TF-Expertengruppe zu hoch besteuerten Gütern unternahm daher zwei gemeinsame Aktionen mit zum Teil großem Erfolg¹⁶⁶². Litauen als eines der *lead countries* der Gruppe hatte zusätzlich ein Handbuch zu Steuermarken

¹⁶⁶⁰ Mandate of Stolen Vehicle Return Team. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/560618343E38EA9DC2256F71004D4CC7?opendocument>, 16.01.2007.

¹⁶⁶¹ Die deutsch-dänische Operation *Blue Sweep* vom 31.01.-01.02.2001, bei der die gemeinsame Seegrenze kontrolliert wurde, konnte nur kleinere Erfolge aufweisen. Größere Erfolge brachten die gemeinsame Operation *Baltic Way* der baltischen Staaten vom 11.-12.07.2001, bei der sowohl nach illegalen Migranten, als auch nach gestohlenen Fahrzeugen und hoch besteuerten Gütern gesucht wurde und bei der es zu 168 Verhaftungen kam, drei Fahrzeuge und 3,6 Millionen Zigaretten sichergestellt wurden sowie die Operation *Green Man* mit Polen, Litauen, Lettland und Russland vom 14.-16.11.2001, bei der im Nordosten Polens einige gefälschte Papiere, fünf gestohlene Fahrzeuge, 150.000 Zigaretten und fast 200 Liter Alkohol beschlagnahmt wurden. TF-OC: Report to the Heads of Government. Presented at The Baltic Sea States Summit St. Petersburg, Russia June 2002, S. 22.

¹⁶⁶² Die Operation *Border 2001* fand im April und Mai zwischen den baltischen Staaten und Polen statt. Sie konnte mit der Sicherstellung von 275.000 Litern Alkohol, über 13 Millionen Zigaretten und Geld im Wert von etwa 25.000 US-Dollar große Erfolge zeitigen, woraufhin für 2002 eine Nachfolgeaktion geplant wurde. Russland und Dänemark begannen die Operation *Holy Smoke*, die russischen Fälschern dänischer Zigaretten auf die Spur kommen sollte. ebd., S. 24.

herausgegeben, das eine schnelle Suche ermöglichen sollte und jährlich aktualisiert wurde. Außerdem entwickelte Litauen ein Berichtsformular, das *Alert/Intelligence and Seizure Reporting Form*, das zwar dem der Weltzollorganisation ähnlich war, nach Absprachen aber dennoch benutzt werden konnte, da es sich speziell auf den Ostseeraum bezog¹⁶⁶³. Im Rahmen der Neustrukturierung der Arbeit der TF-OC wurde die Expertengruppe zu hoch besteuerten Gütern mit der Gruppe zu gestohlenen Fahrzeugen zur neuen *Expert Group on Trafficking in Goods* verschmolzen¹⁶⁶⁴.

Dem Problem der Geldwäsche wurde weiterhin große Beachtung gewidmet. Nachdem die Operation „*Goldfinger*“ diverse verdächtige Geldströme aufdecken konnte, wurde vom 10.-20.12.2001 „*Goldfinger II*“ durchgeführt. Hier sollten die Ursprünge der verdächtigen Geldströme von einem Volumen über 10.000 Euro identifiziert und der Informationsaustausch der Behörden in diesem Gebiet verbessert werden. Die Operation verlief begrenzt zufrieden stellend, da zwar Informationen über 200 Kuriere gesammelt werden und einige Staaten in Folge der Operation Gerichtsverfahren einleiten konnten, aber der Informationsaustausch nicht gut funktionierte und auch kein Risikoprofil verdächtiger Transaktionen erstellt werden konnte. Ein Projekt „*Pavlov*“, das gegen wirtschaftskriminelle Unternehmen russischer Staatsbürger gerichtet sein sollte, wurde verschoben, bis eine russische Finanzuntersuchungsbehörde arbeitsbereit sein würde¹⁶⁶⁵. Auch in diesem Bereich fand, mit finnischer Finanzierung, Austausch von Beamten statt, um Techniken und Standards der Verbrechensbekämpfung zu verbreiten.

Die neue Arbeitsgruppe zum Frauenhandel stand unter schwedischem Vorsitz, später kam Lettland dazu. Sie wurde im späteren Jahresverlauf 2000 eingerichtet und ihr Mandat lief zunächst bis zum Juni 2001¹⁶⁶⁶. Um zunächst das Ausmaß des Problems zu eruieren, erarbeitete man Fragebögen, die von den zuständigen nationalen Behörden beantwortet werden sollten. Aus diesen Informationen wurde ein erster Bericht erstellt. Auch wenn es nicht grundsätzlich gelungen war, das volle Ausmaß des Problems festzustellen¹⁶⁶⁷, waren doch wichtige Erkenntnisse gemacht worden. Zum einen wurden sehr unterschiedliche nationale Rechtslagen, hinsichtlich der vorgesehenen Strafdauer und der Existenz eigener Paragraphen gegen Frauenhandel festgestellt. Zum anderen wurden zwei unterschiedliche

¹⁶⁶³ ebd., S. 24.

¹⁶⁶⁴ Mandate of Highly Taxed Goods. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.balticseataforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataforce/home.nsf/pages/ACD03E1DDDE695EAEC2256F71004A9CDD?opendocument>, 16.01.2007.

¹⁶⁶⁵ TF-OC: Report to the Heads of Government. Presented at The Baltic Sea States Summit St. Petersburg, Russia June 2002, S. 26.

¹⁶⁶⁶ ebd., S. 27.

¹⁶⁶⁷ Report on the fact-finding mission regarding trafficking in women. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.balticseataforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataforce/home.nsf/pages/FBCE38F3F392B4C3C2256F71004E2CDD?opendocument>, 16.01.2007.

Vorgehensweisen bei der Rekrutierung der Opfer beobachtet, einerseits der „Verkauf“ von Prostituierten und die anschließende Reise unter Zwang, andererseits das Anwerben unter Vorspiegelungen anderer Verdienstmöglichkeiten in den Zielländern ohne Kenntnis der Opfer von ihrer wahren Zukunft, was die häufigere Vorgehensweise und auf Grund der damit verbundenen Hoffnungen bei Frauen aus den östlichen Staaten des Ostseeraums, vor allem Russlands, auf einen höheren Lebensstandard als im Heimatland sehr erfolgreich war. Weiterhin wurde eine generell geringe Kenntnis der Behörden von den Funktionsbedingungen und dem realen Ausmaß des Problems festgestellt, was die Notwendigkeit einer entsprechenden Kooperation deutlich machte¹⁶⁶⁸.

Außerdem wurde durch die schwedische Präsidenschaft der Gruppe vom 10.-11.10.2001 in Kopenhagen ein Seminar zu Frauenhandel mit der Teilnahme relevanter NGOs und auch ehemaligen Opfern des Frauenhandels veranstaltet, das sich vor allem mit Mitteln des operativen Einsatzes gegen diese Form der Kriminalität befasste¹⁶⁶⁹. Angesichts des komplexen, grenzübergreifenden Charakters des Problems wurde hier ein multilateraler und multidisziplinärer Ansatz gefordert. Die Staaten sollten dem Kampf gegen das Problem Priorität verleihen und ein effektives Monitoring auf nationaler Ebene durchführen. Sie kamen überein, nationale Zentralen zum Informationsaustausch zu diesem Problem einzurichten und mit kompetentem Personal zu besetzen, die untereinander und mit EURO- und INTERPOL Informationsaustausch betreiben sollten¹⁶⁷⁰. Die Rolle der Expertengruppe gegen Frauenhandel für die Sammlung und Analyse entsprechender Informationen wurde unterstrichen. Diese Netzwerkbildung begann sofort unter der Koordination der Expertengruppe. Insofern wurden in den ersten Jahren des Bestehens der Expertengruppe die Bedingungen für die Zusammenarbeit geschaffen. Im Rahmen der Umstrukturierung der TF-OC im November 2003 wurde die Arbeitsgruppe zu Frauenhandel mit der Gruppe zur illegalen Migration zur neuen *Expert Group on Trafficking in Persons* vereinigt¹⁶⁷¹. Deutschland behielt den Vorsitz und die Aufgaben blieben mit der Bewertung der generellen Situation und der Koordinierung der nationalen und internationalen Ansätze gleich.

Ähnlich gelagert war auch die Arbeit der neuen Expertengruppe zu ausländischen Banden. Dänemark und Schweden hatten sie initiiert, da sie eine Zunahme der durch solche Banden

¹⁶⁶⁸ ebd.

¹⁶⁶⁹ TF-OC: Report to the Heads of Government. Presented at The Baltic Sea States Summit St. Petersburg, Russia June 2002, S. 27.

¹⁶⁷⁰ Conclusions from Seminar on Trafficking in Women. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/86063AE051532CF8C2256F71004F1816?opendocument>, 16.01.2007.

¹⁶⁷¹ Mandate of Trafficking in women. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/F719C6CB006F34A1C2256F71004DF96C?opendocument>, 16.01.2007.

begangenen Straftaten feststellen mussten¹⁶⁷². Unter anderem die schwedische Region Schonen war stark davon betroffen. Das OPC-Treffen vom 22.05.2001 bestätigte die Einrichtung der Gruppe. Sie sollte das Ausmaß des Problems untersuchen, den Informationsfluss mit Hinblick auf ein Frühwarnsystem verbessern, effektive Umsetzung der Grenzregulierungen in diesem Bereich, Registrierung und Überwachung sowie operative und justizielle Zusammenarbeit leisten und stimulieren¹⁶⁷³. Dänemark übernahm die Rolle eines *focal points* für Information. In diesem Rahmen wurde zur Bildung eines *Joint Investigation Team* auch ein litauischer Verbindungsoffizier in Dänemark angestellt. Bis Anfang Dezember 2001 wurden der Einheit in 80 Anfragen Verdächtige gemeldet, wobei die Gruppe in 61 Fällen Untersuchungen aufnahm. Auch 2002 wurden die Banden noch als Problem angesehen und die Expertengruppe beauftragt, einen konkreten Aktionsplan für operative Eingriffe zu entwickeln. Im Rahmen der Neuordnung der Arbeit der TF-OC wurde die Expertengruppe im November 2003 aufgelöst und ihre Zuständigkeiten der neuen *Intelligence Group on Criminal Networks* zugeteilt, die ab 2004 zu arbeiten begann¹⁶⁷⁴.

Im Juni 2001 entschied die TF-OC, Umweltkriminalität, vor allem Ölverschmutzung und den Export von Sondermüll, in die eigene Arbeit aufzunehmen und beauftragte eine ad hoc-Arbeitsgruppe, mögliche Wege hierfür zu prüfen. Ein entsprechendes Mandat wurde auf einem TF-Treffen auf Bornholm, Wege der Umsetzung auf einem OPC-Treffen im Dezember 2001 in Helsinki verabschiedet, wodurch die Arbeitsgruppe zur ständigen Expertengruppe der TF-OC unter norwegischer Leitung wurde¹⁶⁷⁵. Die Gruppe etablierte Kontakte unter anderem mit der Konferenz der Generalstaatsanwälte und der HELCOM. Letztere Verbindung führte zur Herausgabe eines Handbuchs zur Auffindung von Ölverschmutzungen. Ein gemeinsames Seminar vom OPC und der für Umweltkriminalität zuständigen Gruppe der Konferenz der Generalstaatsanwälte am 22.04.2002 legte die inhaltlichen Grundlinien für die Arbeit. Es wurde dort darauf gedrungen, in allen Bereichen der Arbeit die Aufmerksamkeit auf Umweltkriminalität einzubeziehen, zum Beispiel im Kampf gegen die Produktion von Narkotika den Verbleib der Abfälle zu prüfen¹⁶⁷⁶. Weiterhin sollte dringend die relevante

¹⁶⁷² TF-OC: Report to the Heads of Government. Presented at The Baltic Sea States Summit St. Petersburg, Russia June 2002, S. 28.

¹⁶⁷³ ebd., S. 28.

¹⁶⁷⁴ Mandate of Foreign gangs and Project Focus. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/B20F5057D1521A1EC2256F71004A62DF?opendocument>, 16.01.2007.

¹⁶⁷⁵ The mandate concerning environmental crime. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/B7A21A60FC4D1FC6C2256F710047D159?opendocument>, 16.01.2007.

¹⁶⁷⁶ Conclusions from Seminar on Environmental Criminality. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/5B93E5FC214ED252C2256F7700371638?opendocument>, 16.01.2007.

Ausbildung der Verantwortlichen angepasst werden und ein effektiver Informationsaustausch, wiederum über die Einrichtung nationaler Zentralen, gewährleistet werden¹⁶⁷⁷.

Eine 2001 vom *Clearing House on Corruption* fertig gestellte Aktualisierung des Berichts zu Korruption im Ostseeraum bestätigte im Wesentlichen das Bild, das der Bericht von 2000 gegeben hatte. Weiterhin waren skandinavische Staaten insgesamt wie auch im Ostseeraum an der Spitze, diesmal allerdings Finnland vor Dänemark und Schweden¹⁶⁷⁸. Bei den Transformationsstaaten außer Russland konnten hinsichtlich der empfundenen Korruption Verbesserungen oder in Estlands Fall immerhin ein Verharren festgestellt werden. Die größte Verschlechterung von 0,4 CPI-Punkten fand bei Deutschland trotz vieler neuer Anti-Korruptionsprogramme statt. Trotzdem behielt es seinen 6. Platz im Ostseeraum, während es in der gesamten Liste drei Plätze abgeben musste¹⁶⁷⁹. Russland blieb Schlusslicht im Ostseeraum und seine CPI-Punktzahl sank um 0,3 auf 2,1¹⁶⁸⁰. Eine weitere Aktualisierung im Mai 2002 konnte zwar weitere Anstrengungen im Kampf gegen die Korruption, jedoch keine grundlegenden Veränderungen in ihrer Manifestation feststellen¹⁶⁸¹.

Insofern stand die Task Force trotz großer Erfolge bei der Vernetzung der Behörden und Koordination vieler Einsätze zum Zeitpunkt der EU-Osterweiterung am 01.05.2004 mitten in ihrer Arbeit und auf ihre Empfehlung hin verlängerte der fünfte Ostseestaatsgipfel vom 21.06.2004 in Laulasmaa ihr Mandat bis zum Ende 2008¹⁶⁸².

4.5.2.2 Die Konferenz der Generalstaatsanwälte

Wie im vorigen Kapitel dargelegt, kam die Initiative zu einem Treffen der Generalstaatsanwälte der Ostseeregion von Schweden und wurde auf dem TF-OC-Treffen vom 28.01.1997 angenommen. Der schwedische Generalstaatsanwalt lud daher seine Kollegen zum 03.04.1997 zu einem ersten Treffen ein, das Engpässe im System der gegenseitigen kriminalistischen Unterstützung identifizieren und Vorschläge zu ihrer Beseitigung entwickeln sollte. Die Überlegungen betrafen zunächst Formen der weiteren

¹⁶⁷⁷ ebd.

¹⁶⁷⁸ Situation Report on Corruption in the Baltic Sea Region. Up-date by the Task Force Clearing House on corruption. Poland, June 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: [http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/AF0834AAAB5057BCC2256F710046AFFC/\\$file/Corruption00.pdf](http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/AF0834AAAB5057BCC2256F710046AFFC/$file/Corruption00.pdf), 16.01.2007.

¹⁶⁷⁹ ebd., S. 22ff.

¹⁶⁸⁰ ebd., S. 46.

¹⁶⁸¹ Situation Report on Corruption in the Baltic Sea Region. Up-date by the Task Force Clearing House on corruption. Poland, May 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: [http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/AF0834AAAB5057BCC2256F710046AFFC/\\$file/Corruption_2002.pdf](http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/AF0834AAAB5057BCC2256F710046AFFC/$file/Corruption_2002.pdf), 16.01.2007.

¹⁶⁸² 5th Baltic Sea States Summit Laulasmaa, Estonia, 21 June 2004 - Chairman's Conclusions.

Kooperation. So wurde vereinbart, den Entwurf eines Mandats für eine Expertengruppe auf einem für den Juni 1997 geplanten weiteren Treffen zu diskutieren und einen Entwurf eines Handbuchs zur gegenseitigen rechtlichen Unterstützung zu verabschieden. Schweden wurde mit der Organisation des nächsten Treffens betraut¹⁶⁸³. Das zweite Treffen der Generalstaatsanwälte fand am 12.06.1997 in Tallinn statt. Hier wurde eine Expertengruppe unter estnischem Vorsitz eingerichtet, die das erwähnte Ostseehandbuch zur gegenseitigen rechtlichen Kooperation entwickeln sollte¹⁶⁸⁴.

Nach dem dritten Treffen 1998 in Polen wurde vom 26.-27.04.1999 in Berlin das vierte Treffen der Generalstaatsanwälte veranstaltet. Hier wurde beschlossen, die Arbeit der Gruppe zur Geldwäsche nicht zu verlängern, die Expertengruppe zur gegenseitigen rechtlichen Unterstützung wurde beauftragt, zum nächsten Treffen Ausbildungsprogramme für die Mitglieder der Justizministerien und anderer justizieller Einrichtungen zu entwickeln, um gemeinsame Ausbildungsstandards zu unterstützen und Vorschläge zu deren Finanzierung zu machen¹⁶⁸⁵. Weiterhin wurden zwei neue Arbeitsgruppen zu Umweltkriminalität und zu Frauen- und Kinderhandel eingerichtet. Letztere begann ihre Arbeit mit einem zweitägigen Seminar für Staatsanwälte und mit einer Aufstellung der relevanten nationalen Gesetzeslagen im Ostseeraum, während die Gruppe zum Kampf gegen die Umweltkriminalität zunächst organisatorische Fragen in den Mittelpunkt stellte. Die Tagung der Generalstaatsanwälte kam zu dem Schluss, dass die gegenseitige rechtliche Unterstützung auf der praktischen Ebene weiterer Verbesserung bedürfe¹⁶⁸⁶.

Das sechste Treffen der Generalstaatsanwälte fand am 21.05.2001 in Helsinki statt. Hier wurde zur besseren Vernetzung der Generalstaatsanwaltschaften und der TF-OC beschlossen, Vertreter in die TF-OC-Treffen zu entsenden¹⁶⁸⁷. Das Mandat der *Expert Group on Mutual Legal Assistance and Extradition in Criminal Matters* wurde verlängert und sie wiederum mit der Aktualisierung des Handbuchs zur rechtlichen Zusammenarbeit betraut. Zusätzlich wurde beschlossen, eine Studie zum Nutzen dieses Handbuchs für die einzelnen Generalstaatsanwaltschaften durchzuführen. Ebenfalls verlängert wurde das Mandat der Expertengruppe zur Umweltkriminalität, die beauftragt wurde, Kontakt zu HELCOM SEA aufzunehmen und sich auf Ölverschmutzungen zu konzentrieren. Auch das Expertennetzwerk

¹⁶⁸³ Conclusions of the Baltic Sea Prosecutor-General Meeting. 1st Meeting of the CBSS Prosecutors General, Stockholm, 3 April 1997. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/5latvian/dbaFile6485.html>, 07.01.2006.

¹⁶⁸⁴ 2nd Meeting of the CBSS Prosecutors General, Tallinn, 12 June 1997. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/5latvian/dbaFile6486.html>, 07.01.2006.

¹⁶⁸⁵ 4th Meeting of the CBSS Prosecutors General (Berlin, 26-27 April 1999). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/7lithuanian/dbaFile6488.html>, 07.01.2006.

¹⁶⁸⁶ ebd.

¹⁶⁸⁷ Chairman's conclusions of the 6th meeting of the Prosecutors General in the Baltic Sea Region, Helsinki, Finland, 21 May 2001.

zu Frauen- und Kinderhandel sollte weiter bestehen, zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit einen Newsletter herausgeben und den Kontakt zu der thematisch gleich gelagerten Expertengruppe der TF-OC intensivieren.

Zu den Ergebnissen und Empfehlungen des Berichts des CBSS-Kommissars Ole Espersen zum Zustand der Generalstaatsanwaltschaften, der dem vergangenen Treffen vom 16.05.2000 vorgelegt wurde, konnte weiterhin keine Einigung erzielt werden, weswegen der Punkt zum nächsten Treffen vertagt wurde¹⁶⁸⁸. Auf diesem Treffen am 07.06.2002 in Vilnius war die CBSS-Kommissarin Helle Degn Gast und sprach zu den Empfehlungen dieses Berichts, um für ihre Umsetzung zu werben und auch politischen Druck dazu aufzubauen¹⁶⁸⁹.

4.5.2.3 Die Treffen der Innenminister

Das erste Treffen der Innenminister des Ostseeraums fand vom 06.-07.05.2002 in Lübeck auf die Initiative des deutschen Außenministers Otto Schily statt. Einerseits war dies eine Reaktion auf die Aufforderung des dritten Ostseestaatsgipfels in Kolding, der die Innenminister um eine Evaluation der Arbeit der TF-OC gebeten hatte, andererseits sollte damit die Arbeit gegen organisierte Kriminalität und auch Terrorismus verstärkt werden¹⁶⁹⁰. In diesem Zusammenhang begrüßten die Minister die Arbeit der TF-OC und ihre Erfolge und betonten die Wichtigkeit eines effektiven und schnellen Informationsaustauschs, der durch die eingerichteten nationalen Kontaktpunkte, das Kommunikationssystem BALTCOM und ein entsprechend aktualisiertes Kontakthandbuch realisiert sei. Vor dem Hintergrund der terroristischen Anschläge vom 11.09.2001, die stark verurteilt wurden, wurde die TF-OC beauftragt, ihrem Mandat folgend organisierter Kriminalität nahe stehendem Terrorismus zu begegnen. Als neue Themengebiete der TF-OC wurden Menschenhandel, Bandenkriminalität, Umweltverbrechen, Kinderpornographie und Internetkriminalität benannt¹⁶⁹¹. Um das

¹⁶⁸⁸ ebd.

¹⁶⁸⁹ „I look very much forward to your comments to these recommendations and hopefully also to receive some positive or even negative responses to the subjects dealt with in the survey. *It must be emphasised that I do respect the integrity of the Public Prosecution institution as such but I do anticipate that these recommendations must have given you “food for thought” and that you will use this forum to update me on the reactions within your respective institutions on the challenges dealt with by this survey.* I will take very carefully note of the feedback that I expect to receive here today in order for me to incorporate your answers into the account of the Commissioners work and to make our cooperation updated and most useful.“ (Hervorhebung F.B.)
Intervention by the Commissioner of the CBSS on Democratic Development Ms. Helle Degn The 7th Meeting of the Prosecutors General in the Baltic Sea Region. Vilnius, Lithuania 7 June 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/dbaFile3576.html>, 09.01.2006.

¹⁶⁹⁰ Conference of Ministers of the Council of Baltic Sea States responsible for Police Co-operation, Hanseatic City of Lübeck, Germany 6-7 May 2002 - Conclusions. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/dbaFile1322.html>, 26.05.2004.

¹⁶⁹¹ ebd.

kontinuierliche Engagement der zuständigen Minister zu sichern, wurden die Staatschefs gebeten, auf dem nächsten Gipfel eine Übertragung der politischen Verantwortung für die TF-OC an die Konferenz der Innenminister zu erwägen¹⁶⁹². Dem folgte der vierte Ostseestaatsgipfel vom 10.06.2002 in St.Petersburg jedoch nicht¹⁶⁹³.

Das zweite Treffen der Innenminister fand vom 14.-15.06.2004 in Kopenhagen statt. Die Arbeit der TF-OC wurde bestätigt und ein signifikanter Fortschritt seit der letzten Konferenz festgestellt. Neben dem Beitritt Polens und der baltischen Staaten zur EU und zu EUROPOL wurde der Abschluss von Kooperationsabkommen zwischen EUROPOL und Island, Norwegen und Russland begrüßt.

4.5.3 Die Task Force on Communicable Disease Control

In den 1990er Jahren wuchs die Bedrohung durch ansteckende Krankheiten wie vor allem AIDS und Tuberkulose, die in den östlichen Staaten des Ostseeraums, besonders in Russland und den baltischen Staaten teilweise rasant zunahmen. Schon in dem Kopenhagen-Communiqué, der Gründungsurkunde des CBSS, wurde daher die Kooperation im Bereich der Gesundheitsfürsorge in das Programm des Ostseerats aufgenommen¹⁶⁹⁴ und sie blieb auch weiterhin auf der CBSS-Agenda, allerdings ohne konkrete Zielvorgaben. Eine erste Initiative machte Schweden, indem es auf dem CBSS-Treffen von Gdansk vom 18.-19.05.1995 die Initiative ergriff, zusammen mit dem Ostseerat ein Expertentreffen zu Infektionskrankheiten wie AIDS und Tuberkulose zu veranstalten¹⁶⁹⁵.

Danach blieb das Thema von den CBSS-Außenministertreffen und dem ersten Ostseestaatsgipfel jedoch unbehandelt, bis dieser Punkt auf schwedische Initiative auf dem CBSS-Außenministertreffen von Palanga und auf dem Ministertreffen zur Northern Dimension vom November 1999 thematisiert wurde, um politische Lösungsansätze zu entwickeln¹⁶⁹⁶. In der Folge kam es vom 31.01.-02.02.2000 in Sigtuna bei Stockholm zu

¹⁶⁹² ebd.

¹⁶⁹³ 4th Baltic Sea States Summit - St. Petersburg, 10 June 2002-Chairman's Conclusions.

¹⁶⁹⁴ Conference of Foreign Ministers of the Baltic Sea States, Copenhagen, March 5-6, 1992 - Copenhagen Declaration.

¹⁶⁹⁵ Gdansk-Communiqué des 4. Außenministertreffens vom 18.-19.05.1995.

¹⁶⁹⁶ In dem Palanga - Communiqué erhielt das Thema der ansteckenden Krankheiten noch keinen eigenen Paragraphen, der Ostseerat bestätigte nur generell sein Engagement für die öffentliche Gesundheit. Council of the Baltic Sea States Eighth Ministerial Session, Palanga, 14-15 June 1999 - Communiqué. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/7lithuanian/dbaFile465.html>, 26.05.2004

Auf dem Ministertreffen zur Northern Dimension Initiative vom 11.-12.11.1999 in Helsinki allerdings wurden HIV und Tuberkulose dezidiert genannt und eine Verstärkung der Anstrengungen im Kampf gegen ihre Verbreitung sowie ein diesbezüglicher Erfahrungsaustausch angemahnt.

einem Beratungstreffen, das 80 Experten unterschiedlicher Gremien versammelte und Möglichkeiten der Kooperation auslotete. Auf dieser Basis entschied sich dann der dritte Ostseestaatsgipfel von Kolding im April 2000 für die Intensivierung der regionalen Kooperation gegen ansteckende Krankheiten¹⁶⁹⁷. Dies sollte durch die Einrichtung einer *Task Force on Communicable Disease Control* (TF-CDC) geschehen. Wie auch bei ihrem Vorbild, der TF-OC, waren die Mitglieder der TF persönliche Repräsentanten der Regierungschefs, Norwegen übernahm zunächst den Vorsitz. Der Gipfel beauftragte die TF, politische Empfehlungen zu machen, Instrumente zu deren Umsetzung zu schaffen und einen gemeinsamen Vorgehensplan zu entwickeln. Hierbei sollte auf internationale Expertise zurückgegriffen werden durch den Einbezug der WHO, UNAIDS und der Europäischen Union¹⁶⁹⁸. Die TF-CDC richtete ein Sekretariat ein, die Steuerung der TF übernahm eine *Group of Senior Health Officials* (GSHO), der eine Gruppe zu Evaluation und Überwachung der Situation der Infektionskrankheiten im Ostseeraum beigeordnet war. Unterhalb dieser Ebene gab es analog zu den thematischen Schwerpunkten der TF einzelne Arbeitsgruppen zu Tuberkulose und HIV/AIDS, zu Antibiotikaresistenzen und Infektionen in Krankenhäusern, zu Gesundheitsvorsorge im Strafvollzug, zum Sektor der öffentlichen Gesundheit und der politischen Reform auf diesem Gebiet und zur Überwachung.

Die Gruppe zur Überwachung erarbeitete unter anderem ein Frühwarnsystem und eine Datenbank der nationalen Impfungsdaten. Die Hauptaufgabe der Gruppe zur Tuberkulose war die Verbreitung der internationalen Standards des DOTS-Programms der WHO¹⁶⁹⁹. In Litauen wurde dies mit starker Finanzierung durch die TF durchgesetzt, auch für Kaliningrad gab es dahingehende Projekte. Viele andere Projekte trugen dazu bei, dass die Infektionszahlen insgesamt zurückgingen¹⁷⁰⁰. Das Ziel der Gruppe zu HIV war, die Ausbreitung der Krankheit zu begrenzen und die Neuinfektionsraten auf den skandinavischen Durchschnitt, das hieß unter 20 Fälle bei 100.000 Personen, zu bringen. Der Schwerpunkt lag hier auf der Einrichtung und Vernetzung nationaler Zentren zur Aufklärung über die Krankheit, die Informationsmaterial produzierten und Aufklärung betrieben und auf Beratung von Risikogruppen wie injizierenden Drogenabhängigen und Gefängnisinsassen und auf der

Foreign Ministers' Conference on the Northern Dimension Helsinki, 11-12 November 1999 - Conclusions of the Chair. Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/conf/formin1/index.htm, 14.12.2007 .

¹⁶⁹⁷ Baltic Sea States Summit, Kolding, 12-13 April 2000: Chairman's Conclusions.

¹⁶⁹⁸ ebd.

¹⁶⁹⁹ Directly Observed Treatment Short-Course

Final Report - Task Force on Communicable Disease Control in the Baltic Sea Region to the 5th Baltic Sea States Summit, Laulasmaa, 21 June 2004. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/summits/laulasmaa2004/annualreports/tfcdc.pdf>, 07.01.2006, S. 14.

¹⁷⁰⁰ In Litauen, St.Petersburg und Karelrien wurden Projekte zur Stärkung der Tuberkulose-Bekämpfung in der medizinischen Grundversorgung veranstaltet, in Lettland und Archangelsk wurden Patienten mit multiresistenter Tuberkulose sozial unterstützt und in St.Petersburg entsprechende Labore gefördert. ebd., S. 14f.

Erleichterung des Zugangs zu sauberen Spritzen und Kondomen. Auch hier konnten, nachdem in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends vor allem in Estland, Russland und Lettland ein sprunghafter Anstieg der Neuinfektionen zu bemerken war, Erfolge hinsichtlich eines Rückgangs der Zahl der Neuerkrankungen verbucht werden¹⁷⁰¹. Die Gruppe zu Resistenzen hatte die Aufgaben der Identifizierung der Ursachen für Resistenzen in den einzelnen Staaten, der Erstellung gemeinsamer Standards und Definitionen sowie der Einrichtung von Infektionskontrollsystemen in Krankenhäusern. Auch diese Gruppe hatte wie die vorigen Probleme mit dem *Logical Framework Approach* und den eingerichteten Datenbanken¹⁷⁰². Die Projekte konzentrierten sich vor allem auf die Unterstützung von Laboren und die Ausbildung der Laboranten.

Nachdem die CBSS-Kommissarin Helle Degn den Punkt der Gesundheitsfürsorge in Gefängnissen thematisiert hatte und der Ostseestaatsgipfel von St.Petersburg in diesem Bereich schnelle Aktionen gefordert hatte, wurde eine entsprechende Arbeitsgruppe im Januar 2003 innerhalb der TF-CDC eingerichtet.

Der vierte Staatsgipfel setzte noch einmal besondere Priorität auf die Bekämpfung von HIV, die Gesundheitsfürsorge in Gefängnissen, wo häufig durch mangelnde Hygiene und die Konzentration von Personen der Risikogruppen eine verstärkte Ansteckungsgefahr gegeben war, die Reformierung der nationalen Gesundheitssektoren hin zu effektiverer Nutzung der gegen ansteckende Krankheiten verfügbaren Ressourcen und die Ausbildung im Bereich der öffentlichen Gesundheit¹⁷⁰³. Die Task Force sollte ihre Arbeit noch weitere zwei Jahre unter norwegischem Vorsitz fortsetzen, wonach das Mandat auslaufen sollte.

Wenn auch der direkte Anteil der TF-CDC an der Entwicklung nicht zu quantifizieren war, konnten nach diesen weiteren zwei Jahren 2004 eine Abnahme der Zahl der Neuinfektionen mit HIV und eine Stagnation der Zahl der Tuberkulosefälle, allerdings auf inakzeptabel hohem Niveau, festgestellt werden¹⁷⁰⁴. Damit war auch klar, dass der Kampf gegen diese Ansteckungskrankheiten fortgesetzt werden musste. Der TF war es aber gelungen, durch den Aufbau von Netzwerken Experten und Politiker zusammenzubringen, politische Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken und auch Fonds für Gesundheitsprojekte zu mobilisieren. Der Schlussbericht der Gruppe stellte jedoch fest, dass die in diesen Fonds versammelten Summen im Vergleich zur Größe der Aufgabe stets eher gering waren¹⁷⁰⁵. Ebenso eher gering war das politische Engagement, wie durch unregelmäßige und wenig entschiedene Bezugnahmen in den Prioritäten der CBSS-Präsidentschaften, den

¹⁷⁰¹ ebd., S. 18.

¹⁷⁰² ebd., S. 19.

¹⁷⁰³ ebd.

¹⁷⁰⁴ ebd.

¹⁷⁰⁵ ebd., S. 2.

Communiqués der CBSS-Außenministertreffen und den Erklärungen der Ostseestaatsgipfel deutlich wurde. Damit zusammen hing auch die Quote der abgeschlossenen Projekte. Von insgesamt 223 geplanten und vorgeschlagenen und 129 angenommenen Projekten wurden innerhalb der Mandatszeit der TF nur 33 abgeschlossen, 34 Projekte wurden abgebrochen, andere liefen weiter¹⁷⁰⁶. Von diesen 223 Projekten waren im April 2004 auch erst 95 finanziert, 75 hatten noch keine Finanzierung, bei 53 war diese noch nicht vollständig. Aussagekräftig über den Stellenwert, den die TF-CDC für die einzelnen CBSS-Mitgliedsstaaten hatte, war die Höhe der getätigten Ausgaben¹⁷⁰⁷. Norwegen als Vorsitz lag hier weit vorn, gefolgt von Schweden. Die Transformationsstaaten steuerten vereinbarungsgemäß nichts hinzu, von den Gebern brachte Deutschland den mit einem großen Abstand auf die größeren Volkswirtschaften des Ostseeraums geringsten Anteil bei, so dass die skandinavischen Staaten, die in diesem Bereich lange Erfahrungen hatten, die Hauptträger der Kooperation waren¹⁷⁰⁸.

Ebenfalls negativ schlussfolgerte die TF, dass ihr auf Gleichheit, Dezentralisierung und auf einer gemeinsamen Datenbank basierender Ansatz, der natürlich sehr auf das Engagement des Einzelnen angewiesen war, nicht von angemessener Ausbildung der Verantwortlichen und einer effektiven Informationspolitik gefolgt worden war¹⁷⁰⁹. Der hohe Anspruch, der unter anderem durch die Ansiedlung auf der höchsten politischen Ebene ausgedrückt worden war, wurde nicht umgesetzt, teilweise, wie schon erwähnt durch mangelndes finanzielles Engagement, aber auch durch die Nominierung ungeeigneter Personen, die der Aufgabe nicht gewachsen waren¹⁷¹⁰. Jedoch gelang es abseits der materiellen Ebene der TF-CDC in ihrer Pionierrolle, viel politische Aufmerksamkeit zu erzeugen, entsprechende Netzwerke aufzubauen und erste Kooperation zu stimulieren¹⁷¹¹. Insofern legte sie die Basis für weiterführende Initiativen wie die *Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Well-Being*, einer norwegischen Initiative vom Oktober 2003, die die Datenbank der TF-CDC und einige Projekte übernahm. Die GSHO und das Sekretariat arbeiteten noch bis zum Ende des Jahres 2004, um diesen Übergang zu gestalten. Die Projekte der Arbeitsgruppen liefen wie auch die der anderen Gruppen 2004 eigenständig weiter.

¹⁷⁰⁶ ebd., S. 5.

¹⁷⁰⁷ Dänemark meldete im April 2004 Gesamtausgaben in Höhe von 625.000€, Finnland hatte 1.244.776€ zuzüglich der Reisekosten der Vertreter ausgegeben. Bei Deutschland waren es nur 357.800€, sogar noch von Island mit 361.500€ übertroffen. Norwegen als vorsitzendes Land hatte Kosten in Höhe von 8.684.000€, Schweden 4.653.000€, Die USA steuerten zur AIDS-Bekämpfung 150.000 US-Dollar bei. Hinzu kamen nicht bezifferbare indirekte Unterstützungen und Arbeitsleistungen. ebd., S. 8.

¹⁷⁰⁸ Zeitzeugeninterview vom 18.12.2007 mit Prof. Dr. Dr. Reinhard Kurth, als Direktor des Robert-Koch-Instituts Mitglied der Task Force on Communicable Disease Control 2000- 2004.

¹⁷⁰⁹ Final Report - Task Force on Communicable Disease Control, S. 2.

¹⁷¹⁰ ebd., S. 10.

¹⁷¹¹ Zeitzeugeninterview mit Prof. Dr. Dr. Reinhard Kurth.

4.6 Energiepolitik

4.6.1 Die Ministerkonferenzen

Wenn auch Energiepolitik seit dem Beginn des Ostseerats im Rahmen der Verbesserung der Infrastruktur auf seiner Agenda stand und einige Expertentreffen zum Thema stattfanden, kam der eigentliche Anstoß zu einer echten Ostseekooperation im Bereich der Energiepolitik nicht vom Ostseerat, sondern durch eine Erklärung der Premierminister der skandinavischen Staaten, also Dänemarks, Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens auf einem Treffen vom 27.06.1997 in Bergen. Als übergeordnetes Ziel wurde dort die nachhaltige Energieversorgung des Ostseeraums postuliert, hierfür sollten die Investitionen in erneuerbare Energien gefördert und gestärkt und unter Einbezug des russischen Erdgases ein integriertes Gasnetzwerk errichtet werden¹⁷¹². Die Staatschefs sprachen sich dafür aus, die wirtschaftliche, technische und politische Integration des Energiesektors im Ostseeraum voranzutreiben. Energieerzeugung durch erneuerbare Energien wie Biomasse, Wind-, Wasser- und Sonnenenergie sollte intensiviert und die zugehörige Forschung und Entwicklung unterstützt werden sowie der Ausstoß klimaschädlicher Gase durch den Übergang zu erneuerbaren Energien und den Einsatz ausgereifter Technologien vermindert werden. Die Energieminister wurden beauftragt, dem Treffen des Nordischen Rats Mitte November zu den wirtschaftsgesetzlichen und steuerpolitischen Möglichkeiten der Förderung erneuerbarer Energien und der Investitionen in Umweltprojekte sowie über das Potential der gesteigerten Energieeffizienz durch den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungen Bericht zu erstatten. Weiterhin sollten Kontakte mit anderen Staaten der Region aufgenommen werden, um die Kooperation auszuweiten¹⁷¹³.

Der Ostseerat begrüßte diese Erklärung und forderte seine Mitglieder auf, „...to align their national legislation and to adhere to the principle of national treatment in matters of [...] energy...“¹⁷¹⁴. Zu einer raschen und engagierten Übernahme dieses skandinavischen Vorstoßes in die Ostseeratspolitik war man also zunächst nicht bereit, wie die Erwähnung des nationalen Prinzips zeigt. Erst das darauf folgende CBSS-Außenministertreffen unter dänischer Präsidentschaft drückte mehr Interesse aus, indem es die Gründung des *Baltic Ring Electricity Co-operation Committee* (BALTREL), der Vereinigung regionaler Stromerzeuger und -anbieter, im Jahr 1998 begrüßte und sich interessiert an der von Norwegen zu

¹⁷¹² Bergen Declaration “Sustainable Energy Supply around the Baltic Sea” Bergen, June 27th, 1997. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/background/other/dbaFile435.html>, 18.09.2005
Hervorhebung F.B.

¹⁷¹³ ebd.

¹⁷¹⁴ Council of the Baltic Sea States. Sixth Ministerial Session, Riga 2-3 July 1997- Communiqué.

organisierenden Konferenz zu nachhaltiger Energieversorgung und der Integration der Energiemärkte des Ostseeraums zeigte¹⁷¹⁵. Es waren also deutlich die skandinavischen Staaten, die dieses Thema nach und nach in die Agenda des Ostseerats einbrachten.

Inzwischen hatte BALTREL die *Baltic Ring Study* fertig gestellt, die anhand nationaler Produktions- und Übertragungsdaten die Möglichkeiten eines gemeinsamen Elektrizitätsmarkts im Ostseeraum untersuchte und die Ergebnisse dem zweiten Ostseestaatsgipfel vom 22.-23.01.1998 in Riga unterbreitete. Hierbei konnte ein gemeinsamer Elektrizitätsmarkt als vorteilhaft identifiziert werden, da er geringere Kosten, geringeren Investitionsbedarf bei einer größeren Versorgungssicherheit und geringeren Emissionen zur Folge haben würde¹⁷¹⁶. Vorher allerdings waren Harmonisierungen der gesetzlichen Umwelt- und Handelsbestimmungen notwendig, um einerseits die Umweltverträglichkeit der Stromproduktion zu sichern und andererseits Chancengleichheit für alle Anbieter zu erreichen. Überhaupt sollte der Umweltaspekt mit gemeinsamen Aktionen weiterentwickelt werden. Die Schaffung gemeinsamer rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen wurde vorgeschlagen, zum Beispiel zur Sanierung von Kernkraftwerken. Die *Baltic Ring Electricity Cooperation* wurde zwischen den teilnehmenden Partnern initiiert und das Gremium zu weiterer Kooperation aufgerufen, zunächst sollte eine Studie zu möglichen Aktionen zur Reduktion der Emissionen von Kohlendioxid, Schwefeldioxid und Stickoxiden durchgeführt werden¹⁷¹⁷. Eine weitere Priorität waren Verbindungen zwischen den Stromnetzen des Westens und denen Russlands und der baltischen Staaten.

Die Studie sprach sich im Bewusstsein der hohen Energieeffizienz der Kraft-Wärme-Kopplung auch für die Rekonstruktion eines solchen Kraftwerks in Riga und einen entsprechenden Neubau in Kaliningrad aus. Neben dieser politischen Kooperation „von oben“ wuchs auch die Zusammenarbeit „von unten“. Zum Beispiel fand vom 18.-19.02.1998 in Dänemark der erste Gas-Gipfel der Erdgas-Unternehmen des Ostseeraums statt, dessen Teilnehmer die politischen Initiativen zur Integration der Gasmärkte begrüßten und die Politik zum gemeinsamen Vorgehen gegen infrastrukturelle Engpässe einluden¹⁷¹⁸. Am 02.04.1998 trafen sich auch die Stromversorger der Region zu einem Workshop zur Entwicklung eines einheitlichen Ostsee-Elektrizitätssystems.

Norwegen hatte auf dem zweiten Ostseestaatsgipfel im Januar 1998 die Organisation einer Nachfolgekonzferenz zum Bergen-Treffen der skandinavischen Premierminister von 1997 angeboten, die diesmal alle Ostseeanrainer versammeln sollte. Dieses Treffen fand vom

¹⁷¹⁵ Communiqué of the 7th Ministerial Session of the CBSS, Nyborg, 22-23rd June 1998.

¹⁷¹⁶ Baltic Ring Study - Executive Summary (Doc DK-98/60). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/summits/riga1998/dbaFile557.html>, 18.12.2007.

¹⁷¹⁷ ebd.

¹⁷¹⁸ 1997-1998- Report of the Committee of Senior Officials.

30.11.-01.12.1998 in Stavanger statt und die Energieminister der CBSS-Staaten sowie ein Vertreter der EU-Kommission waren anwesend¹⁷¹⁹. Die Minister verständigten sich darauf, dass die Industrie bei der Durchsetzung der Nachhaltigkeit in Versorgung, Transport, Verteilung und Nutzung von Energie die Hauptverantwortung trug, jedoch die Schaffung günstiger rechtlicher Rahmenbedingungen die Aufgabe der Politik sei. Inhaltlich schlossen sie sich den Prinzipien der Bergen-Erklärung von 1997 an und riefen zur Stärkung der Kooperation und zur Entwicklung von Projekten auf. Fokuspunkte dieser Projekte sollten die Harmonisierung der Energie- und Umweltgesetze der Staaten, die Weiterentwicklung stabiler Rahmenbedingungen für private und öffentliche Investitionen im Energiesektor, der Übergang zu umweltverträglichen Mitteln der Energieerzeugung, vor allem erneuerbaren Energien, die Förderung von kombinierten Kraft- und Heizwerken und der Aufbau effizienter Strom- und Gasnetze sein¹⁷²⁰.

Hinsichtlich der Atomenergie drängten die Minister die säumigen Staaten, Estland und Island, der Konvention zur nuklearen Sicherheit von 1994 beizutreten, andere einschlägige internationale Dokumente zu befolgen und auch sonst alles zur Wahrung der nuklearen Sicherheit zu tun. Um die Arbeit in den einzelnen thematischen Gebieten voranzutreiben, schufen die Minister unterhalb der BETF vier Untergruppen, zu Klimapolitik mit Litauen und Schweden als verantwortlichen Staaten, zu Energieeffizienz, die von Dänemark und Polen geführt wurde, zu Märkten für Erdgas mit Deutschland und Russland als Vorsitz und zu Märkten für Elektrizität, von Estland und der EU-Kommission geführt. In der Folge fand im April 1999 in Riga eine internationale Konferenz zu Investitionen im Energiesektor statt.

Das Folgetreffen auf die Stavanger-Zusammenkunft organisierte Finnland vom 24.-25.10.1999 in Helsinki. Neben den CBSS-Mitgliedern und der EU-Kommission waren EU-Staaten von außerhalb des Ostseeraums vertreten, ebenso wie die USA, das Sekretariat des Europäischen Rats, das Sekretariat der Energie-Charta, die internationale Energie-Agentur, der NCM, die EIB, die NIB und die NEFCO¹⁷²¹. Auf dieser Konferenz wurde der bisherige Kooperationsrahmen der durch die EU-Kommission gegründeten *Baltic Energy Task Force* durch einen neuen, ostseezentrierten Rahmen, der *Baltic Sea Region Energy Co-operation* (BASREC) ersetzt. Hier nahmen alle Staaten des Ostseerats und die Europäische Kommission teil, der CBSS war ebenso einbezogen wie der NCM und der CBS. Das Treffen bestätigte die in Stavanger formulierten Ziele.

¹⁷¹⁹ Stavanger Communiqué der CBSS-Energieminister 30.11.-01.12.1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/background/ministerial/stavanger/dbaFile430.html>, 18.09.2005.

¹⁷²⁰ ebd.

¹⁷²¹ 2nd Meeting of the CBSS Energy Ministers.

Die Minister schlussfolgerten, dass die Energiemärkte des Ostseeraums sich weiter integrieren würden und dass der diesbezügliche Vorsprung bei Kohle und Öl nunmehr von den Strom- und Gasmärkten aufzuholen sei, was entscheidend für die Versorgungssicherheit wäre. Eine Deregulierung des Energiesektors bei gleichzeitiger Harmonisierung der bestehenden Regelungen sei zum gegenseitigen Nutzen und die Erreichung nachhaltiger Energieversorgung das zentrale Ziel. Im Bereich der Klimapolitik hielten die Minister auch ein regionales Vorgehen für effektiv, BASREC wurde aufgefordert, weiter an einer Entscheidung zum *Testing Ground Agreement* für flexible Mechanismen des Kyoto-Protokolls zu arbeiten. NIB und NEFCO sollten hier einbezogen werden. Wiederum wurden Energieeffizienz und der Übergang zu erneuerbaren Energien als zentrale Prioritäten erwähnt. Es wurde eine größere Kooperation der Forschungseinrichtungen und auch der Statistik gefordert, institutionell sollte der Energiesektor der Baltic 21 eingebunden und die Nähe zum CBSS und seinem Sekretariat gesucht werden.

Nachdem der vierte Ostseestaatsgipfel vom 10.06.2002 in seinen Schlussfolgerungen die Arbeit der BASREC gewürdigt hatte¹⁷²² und zur konzentrierten Fortführung der Arbeit aufrief, fand am 20.11.2002 in Vilnius das dritte Treffen der CBSS-Energieminister statt. Die hohe Bedeutung, die dem Energiebereich mittlerweile eingeräumt wurde, zeigte sich in der großen Zahl der am Treffen teilnehmenden Delegationen¹⁷²³. Die wichtigste Entscheidung des Treffens war, den Ostseeraum zu einem Testgebiet für die Umsetzung des Kyoto-Protokolls zur Verminderung des Ausstoßes von Industrieabgasen zu machen, um hier schon Gelegenheiten für industrielle Investitionen zu schaffen und so vor dem Beginn der verbindlichen Phase des Protokolls 2008 Kapazitäten aufzubauen. Die Forderung an BASREC zur Ausarbeitung eines solchen Abkommens wurde vom vierten CBSS-Staatsgipfel 2002 bekräftigt. Die GSEO wurde beauftragt, die Vorbereitungen bis zum April 2003 abzuschließen, damit erste Projekte schon 2003 beginnen konnten¹⁷²⁴. Im Einzelnen sollten Kapazitäten und Kompetenzen zur Nutzung des *Joint Implementation Mechanism* des Kyoto-Protokolls erstellt und Qualitätsprojekte zur Emissionsreduktion entwickelt, Methoden und Prozeduren des Kyoto-Protokolls regional eingerichtet und gegen administrative Hindernisse

¹⁷²² „The results gained so far in the Baltic Sea Regional Energy Co-operation (BASREC), being one of the most important instruments to fulfil the intention of the EU Northern Dimension, are promising.”

4th Baltic Sea States Summit St. Petersburg, 10 June 2002, Chairman's Conclusions.

¹⁷²³ Neben den Delegationen um die Energieminister der Ostseestaaten nahmen Delegationen von Belgien, Italien, Großbritannien, des Sekretariats des Europäischen Rats, des Energy Charter Sekretariats, der Internationalen Energiebehörde [International Energy Agency], des CBSS, des NCM, Weißrusslands, der Slowakei, der EIB, der NIB, der EBRD, der NEFCO und der Baltic 21 als Beobachter des Treffens teil. Meeting of the Energy Ministers of the Baltic Sea States and the European Commission, Vilnius 20.11.2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/background/ministerial/dbaFile1576.html>, 18.09.2005, S. 5.

¹⁷²⁴ ebd., S. 2.

der Kooperation vorgegangen werden¹⁷²⁵. Außerdem sollte der Handel mit Emissionsrechten vorbereitet und noch vor 2008 begonnen werden. Das Testgebiet war auch offen für Staaten außerhalb des Ostseeraums und private Akteure sollten ebenso wie die öffentlichen Verwaltungen am Prozess beteiligt werden. Ansonsten wurde die bestehende Agenda bestätigt¹⁷²⁶. Die Vorbereitungen zur Errichtung des Testgebiets für das Kyoto-Protokoll schritten in den Staaten unterschiedlich schnell voran, so dass am 29.09.2003 nur Dänemark, Deutschland, Finnland, Island, Litauen, Norwegen und Schweden ein entsprechendes Abkommen unterzeichnen konnten¹⁷²⁷. Auf diese Weise konnten Kyoto-Regelungen schon angewendet werden, wenn auch nicht alle Ostseestaaten daran beteiligt waren. Die beteiligten Staaten verpflichteten sich jedoch, den anderen Unterstützung zu leisten, um auch ihnen den Beitritt zu ermöglichen.

Das folgende Ministertreffen fand erst am 28.10.2005 in Reykjavik statt. Hier wurde BASREC als nützliches Instrument zur Überwachung und Entwicklung der Energiepolitik im Ostseeraum sowie seine Verdienste bei der Errichtung von Netzwerken zwischen den beteiligten Regierungen, privatwirtschaftlichen Akteuren der Wirtschaft und der Europäischen Kommission gelobt und das Testgebiets-Abkommen für flexible Mechanismen des Kyoto-Protokolls, das durch eine der GSEO unterstellte Steuerungsgruppe betreut wurde, als besonderes Verdienst herausgehoben¹⁷²⁸. Dennoch war auch im Energiebereich mit der EU-Erweiterung von 2004 nicht das Ende der Kooperation gekommen, wie die umfangreiche Agenda der Jahre 2006-2008 zeigte¹⁷²⁹.

4.6.2 Die *Baltic Energy Task Force*

Die von 1998 bis 2000 bestehende *Baltic Energy Task Force* (BETF) war eine Gründung der EU-Kommission, die die Anstrengungen im Ostseeraum auf dem Gebiet der Energie bündeln sollte. Sie stellte den einzigen thematisch gebundenen Vorstoß der EU in den Ostseeraum dar, der sich durch entsprechend starkes Engagement auch materialisierte. Die Task Force

¹⁷²⁵ ebd., S. 8f.

¹⁷²⁶ Die betreffenden Tagesordnungspunkte behandelten Gas- und Elektrizitätsmärkte, Energieeffizienz, CHP und Bioenergie, Versorgungssicherheit, den Energiedialog zwischen der EU und Russland, die Ziele der Energiepolitik der EU im Ostseeraum und die Nördliche Dimension im Energiebereich.

¹⁷²⁷ Signing of the BASREC Testing Ground Agreement - Communiqué, Göteborg, 29 September 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/newslst/dbaFile2449.doc>, 18.09.2005.

¹⁷²⁸ 4th Meeting of the CBSS Energy Ministers, Reykjavik, 28 October 2005 - Communiqué. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/14icelandic/energyministerial/>, 04.01.2008.

¹⁷²⁹ ebd.

bearbeitete mit Arbeitsgruppen aus Regierungsvertretern vier Themenbereiche: Elektrizitäts- und Erdgasmärkte, Energieeffizienz und Klimapolitik.

Das Hauptziel der Gruppe zu Elektrizitätsmärkten war die Integration der verschiedenen Märkte des Ostseeraums. Hierfür sollten zunächst die nationalen institutionellen Kapazitäten und eine funktionierende Kooperation aufgebaut werden, was in einem nächsten Schritt die Schaffung von gemeinsamen Standards und Tarifprinzipien ermöglichen sollte¹⁷³⁰. Zum Beispiel sollten so die Arbeitsgruppe der baltischen Staaten, die bis 2001 einen gemeinsamen baltischen Strommarkt schaffen sollte, unterstützt werden und mit Nordwestrussland Elemente der Kooperation zur Integration des nordwestrussischen Elektrizitätsnetzwerks in den *Baltic Ring* verhandelt werden. Ebenso sollten die Netzbetreiber zur Kooperation und Harmonisierung ihrer Arbeit angeregt und unterstützt werden. Die Arbeit an der Umsetzung sollte „...as soon as this is practically possible“¹⁷³¹ beginnen.

Die Arbeitsgruppe zu Erdgasmärkten verfolgte die Integration der Gasmärkte des differenzierten Ostseeraums, wo Russland und Norwegen die Hauptproduzenten, Dänemark auch Selbstversorger und Exporteur und die anderen Staaten Importeure waren und gewichtige Unterschiede hinsichtlich der Größe und Struktur der Gasmärkte vorherrschten. Hierzu veranstaltete die Gruppe Seminare zur Vernetzung der Akteure, wie das vom 09.-10.09.1999 in Berlin, auf dem sie sich mit Vertretern der Gasversorger, mittlerweile im Verband *Baltic Gas* organisiert, austauschte. Hier wurden für den Moment keine Versorgungsschwierigkeiten festgestellt, allerdings wurde ein Anstieg der Nachfrage erwartet. Problematisch wurde vor allem die Versorgung der baltischen Staaten, Schwedens und Finnlands, die lediglich von einem Versorger gewährleistet wurde, und das Fehlen von Verbindungen zwischen den einzelnen Gasnetzen angesehen¹⁷³². Für die hierfür und auch grundsätzlich notwendigen Investitionen wurde ein vorhersehbarer wirtschaftspolitischer Rahmen als wesentlich erachtet. Für ebenso entscheidend wurde eine Intensivierung der Kooperation aller beteiligten Institutionen und Akteure angesehen.

Die Arbeitsgruppe zur Energieeffizienz hatte den Auftrag, Möglichkeiten der Steigerung von Energieeffizienz mit einem besonderen Augenmerk auf Kraft-Wärme-Kopplung und Fernheizung hinsichtlich Technologien, Finanzierung und entsprechender Gesetzgebung zu untersuchen¹⁷³³. Sie führte einige Länderstudien durch und veranlasste die Internationale

¹⁷³⁰ Baltic Energy Task Force (BETF): Working Group on Electricity Markets. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/background/other/dbaFile431.html>, 18.09.2005.

¹⁷³¹ ebd.

¹⁷³² Baltic Energy Task Force (BETF): Working Group on Natural Gas Markets. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/background/other/dbaFile432.html>, 18.09.2005.

¹⁷³³ Baltic Energy Task Force (BETF): Working Group on Energy Efficiency. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/background/other/dbaFile433.html>, 18.09.2005.

Energiebehörde, einen Bericht zu Energieeffizienz im Ostseeraum vorzulegen. Außerdem führte sie vom 02.-03.09.1999 in Kopenhagen ein Seminar zu Energieeffizienz durch, wo Regierungsvertreter und Experten einschlägige Lösungen und Politikempfehlungen diskutierten¹⁷³⁴. Aufbauend auf diesen Diskussionen schlug die Gruppe dem Helsinkier Treffen der Energieminister vom Oktober 1999 den Beschluss eines Aktionsplans für Energieeffizienz im Ostseeraum vor. Dieser sollte Kraft-Wärme-Kopplung und Fernheizung in der Region unterstützen und verbreiten und eine Finanzierungseinrichtung zur Unterstützung kleinerer Energieeffizienzprojekte schaffen, die auch die Umsetzung von Regelungen des Kyoto-Protokolls unterstützen sollte. Energieeffiziente Produkte sollten im Markt gefördert werden, um ihren Absatz zu erhöhen, und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit durch die Einrichtung einer jährlichen *Baltic Sea Region Energy Efficiency Week* mit entsprechenden Seminaren, Workshops und Ausstellungen zum Informations- und Erfahrungsaustausch gewonnen werden.

Die Arbeitsgruppe zur Klimapolitik wurde eingerichtet, um die Klimakonvention und ihr Kyoto-Protokoll sowie den Buenos Aires-Prozess zur Nachhaltigkeit regional zu unterstützen und auf diesem Gebiet Mehrwert zu erzielen. Sie begann mit gemeinsamen Treffen, Kooperation der Regierungen untereinander und mit der Industrie aufzubauen. Wichtige Impulse bekam sie auch von anderen Energiegremien wie BALTREL und der *Baltic 21 Energy Group*, die mit Finanzierung der BETF eine Studie zum Test der Kyoto-Mechanismen im Energiebereich im Ostseeraum durchgeführt hatte¹⁷³⁵. Am 01.09.1999 veranstaltete die Gruppe in Malmö zusammen mit der Arbeitsgruppe für Energie und Umwelt des NCM ein Seminar zur Anwendung der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls im Energiebereich mit über 70 Teilnehmern aus der Industrie und den Energie- und Umweltsektoren aus neun Ostseestaaten und der EU-Kommission. Das Seminar schlussfolgerte, dass schon einige klimapolitische Inhalte in der Region verfolgt wurden, jedoch noch der rechtliche Rahmen fehlte, um den Ostseeraum gänzlich zu einem Testgebiet für das Kyoto-Protokoll zu machen¹⁷³⁶. Die Arbeitsgruppe empfahl dem Helsinki-Energieministertreffen den Abschluss eines Abkommens über ein Testgebiet für die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls. Weiter sprach sie sich dafür aus, dass ein Simulationsspiel zum Emissionshandel bis Ende 2000 durchgeführt werden sollte.

¹⁷³⁴ ebd.

¹⁷³⁵ Baltic Energy Task Force (BETF): Working Group on Climate Policy. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/background/other/dbaFile434.html>, 18.09.2005.

¹⁷³⁶ ebd.

4.6.3 BASREC

Die Gründung der BASREC im Oktober 1999 fiel in eine Zeit eines relativ langsamen Anstiegs der Nachfrage nach Primärenergie im Ostseeraum, in der die gegebene Energieinfrastruktur kurzfristig ausreichend war, jedoch zu erwartendes Wachstum Investitionen in den Energiesektor nötig machte¹⁷³⁷. Parallel zur Tätigkeit der BASREC in den ersten beiden Jahren 2000-2002 begann 2000 der Energiedialog zwischen Russland und der EU, wurden vor allem von Russland beträchtliche Investitionen in den Öltransportsektor, zum Beispiel in den Ölhafen Primorsk nordwestlich von St.Petersburg, getätigt, hatten die EU-Beitrittskandidaten das Energie-Verhandlungskapitel abgeschlossen und die Deregulierung im Energiebereich Fortschritte gemacht¹⁷³⁸.

Im Zeitraum 2000-2002 schuf die *Group of Senior Energy Officials* (GSEO), deren Vorsitz analog dem des CBSS rotierte, zu Beginn innerhalb BASRECs ad hoc Arbeitsgruppen zu Gas- und Elektrizitätsmärkten, zu Energieeffizienz und zum Klimawandel, übernahm also im wesentlichen die Struktur des Vorgängers, der BETF. Sie übernahm die übergeordnete Arbeit, koordinierte die Arbeit der Untergruppen, veranstaltete Treffen zu Energiethemen mit Vertretern der Industrie, der Europäischen Kommission und der Internationalen Energieagentur, hielt den Kontakt zum CSO des CBSS unter anderem über Verhandlungen zur Einrichtung der *Energy Unit* am Sekretariat des CBSS und koordinierte die Übernahme des Energiebereichs der Baltic 21 in die BASREC und schuf im Kontakt mit dem NCM zusätzlich eine Task Force zu Bioenergie¹⁷³⁹.

Die von Norwegen und Estland geleitete Arbeitsgruppe zu Elektrizitätsmärkten arbeitete an der Harmonisierung der entsprechenden Regelungen in der Region und begriff sich wiederum als Netzwerker und Koordinator der entsprechenden Bemühungen. So gab es 2000-2002 neun reguläre Treffen der Gruppe und zwei gemeinsame mit BALTREL sowie fünf Seminare und Workshops. Die hauptsächlichen Themen der Treffen der Arbeitsgruppe waren die Harmonisierung der Elektrizitätsmärkte im Allgemeinen¹⁷⁴⁰, das follow-up der Änderungen

¹⁷³⁷ Report by the Group of Senior Energy Officials (GSEO) for the Meeting of the Energy Ministers of the CBSS Member Countries and the European Commission, Vilnius 20 November 2002, S. 3.

¹⁷³⁸ ebd., S. 3f.

¹⁷³⁹ ebd., S. 6.

¹⁷⁴⁰ Auch 2002 stellte eine Studie zur Elektrizitätskooperation im Ostseeraum noch Defizite in der Vernetzung der drei im Ostseeraum betriebenen Elektrizitätssysteme (UCTE in Deutschland, Polen wie auch in den meisten anderen kontinentalen europäischen Staaten, NORDEL in den skandinavischen Staaten und IPS/UPS in den Baltischen Staaten und Russland) fest. Während es einige Verbindungsstellen zwischen UCTE und NORDEL gebe, wären Verbindungen mit IPS/UPS nur an wenigen Stellen vorhanden und nur eine Verbindung in Finnland in Betrieb.

Directorate-General for Research Directorate A: Medium- and Long-Term Research Division for Industry, Research, Energy, Environment and STOA. Briefing ENER 504 EN - Energy Cooperation in the Baltic Sea: The Case for Electricity. 08.03.2002. Elektronisch veröffentlicht auf:

der relevanten EU-Direktiven und TEN-Richtlinien, die Rolle der Netzbetreiber und die Nutzung erneuerbarer Energien. Die Seminare befassten sich neben diesen Themen auch im Speziellen mit der EU-Direktive zur Unterstützung von Energie aus erneuerbaren Quellen und einem Zertifikat für erneuerbare Energien, um hier Qualitätssicherung zu betreiben. Der Kontakt zur Energiewirtschaft wurde gehalten durch gemeinsame Treffen mit BALTREL und *Baltic Gas*, wobei beide über die Situation ihrer Märkte berichteten und Vorschläge zur Verbesserung der gesetzlichen Rahmenvorgaben machten¹⁷⁴¹. Auch nach 2003 widmete sich die Gruppe der Überwachung der Umsetzung des einheitlichen inneren Markts für Elektrizität in der Region, vor allem seinen Bestimmungen zur Versorgungssicherheit. Letzteres war vor allem in Litauen mit Hinblick auf die geplante Abschaltung des Kernkraftwerks Ignalina, des Hauptenergieproduzenten des Landes, ein dringendes Thema geworden. Studien der Gruppe widmeten sich daher unter anderem der Region Litauen- Kaliningrad-Nordostpolen¹⁷⁴². Zusätzlich wurde in Zusammenarbeit mit der Gruppe zum Klimawandel und mit BALTREL die Rolle der Elektrizitätsproduktion für den Klimawandel erörtert. Das allgemeine Vorgehen zur Umsetzung war schwierig, da die Umsetzung von Markttrichtlinien in nationaler Kompetenz lag und die Mitglieder weniger zu einem Pooling der entsprechenden Kompetenzen bereit waren, als es die skandinavischen Staaten unabhängig von der Arbeit der BASREC untereinander gewesen waren.

Deutschland und Russland leiteten die Arbeitsgruppe zu Erdgasmärkten, die 2000-2002 fünf reguläre Treffen, ein gemeinsames Treffen mit *Baltic Gas* und BALTREL sowie einen Workshop mit *Baltic Gas* veranstaltete. Die Treffen befassten sich mit dem Zustand und der Zukunft des Gasmarkts der BASREC-Staaten, der Überwachung der Umsetzung der EU-Gasmarkt-Richtlinie sowie den Regulierungsaspekten von Offshore-Pipelines. Hierbei wurden institutionelle und administrative Hindernisse sowie Hindernisse im technischen Regelbereich festgestellt und angegangen. Die Kontakte mit *Baltic Gas* betrafen die künftige Interaktion zwischen Gas- und Strommärkten. Zudem wurden Wirtschaftsberater beauftragt, die Konsequenzen der Umsetzung der EU-Gasmarkt-Direktive zu untersuchen, um der einschlägigen Diskussion fachlichen Hintergrund zu verleihen¹⁷⁴³. 2003-2005 veranstaltete die Arbeitsgruppe im Herbst 2003 in Riga und im Herbst 2004 in Warschau Seminare zusammen mit *Baltic Gas*, die die Situation der Gasmärkte über die rein rechtliche

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies/download.do?file=8269#search=%20electricity%20baltic>, 11.10.2005, S. 20.

¹⁷⁴¹ ebd., S. 7f.

¹⁷⁴² Basrec-Report 2003-2005, Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/basrec/documents/wwwcbssstbasrecdocumentsgseodoc/dbaFile8964.doc>, 02.07.2008, S. 11f.

¹⁷⁴³ Report by the Group of Senior Energy Officials (GSEO) for the Meeting of the Energy Ministers of the CBSS Member Countries and the European Commission, Vilnius 20 November 2002, S. 8f.

Umsetzung der Bestimmungen hinaus analysierten und so hinter der rechtlichen Integration weiterhin national funktionierende Gasmärkte feststellten¹⁷⁴⁴. Zudem wurden die Auswirkungen der Marktintegration auf die Versorgungssicherheit diskutiert und die Haupthindernisse für weitere Investitionen in die Gasmärkte identifiziert. Bei diesen gemeinsamen Aktionen hatte sich die Einbindung von *Baltic Gas* als Vertretung der Gasunternehmen der Region auf das Beste bewährt, da so kompetente Diskussionen und eine ganzheitliche Betrachtung des Phänomens möglich waren¹⁷⁴⁵.

Die Arbeitsgruppe zum Klimawandel wurde von Russland und Schweden geleitet. Sie hielt 2000-2002 zehn Treffen, sechs Workshops und eine Konferenz ab. Die Hauptgebiete waren, Umsetzungspläne für Regelungen des Kyoto-Protokolls zu erarbeiten, NIB und NEFCO in relevante Investitionsvorhaben einzubinden, institutionelle und personelle Kapazitäten aufzubauen und diese zu vernetzen. In diesem Zusammenhang wurde ein Planspiel gemeinsam mit der Internationalen Energiebehörde zum Emissions- und Elektrizitätshandel veranstaltet, das Kapazitäten aufbauen und das Phänomen bewusst machen sollte. Weiterhin wurde ein Handbuch zur gemeinsamen Umsetzung der Regelungen des Kyoto-Protokolls herausgegeben, das auf Workshops in Archangelsk, Riga, Tallinn, Warschau und Vilnius vorgestellt wurde. Zudem war sie mit der Vorbereitung eines Entwurfs des Abkommens zur Einrichtung eines Testgebiets für die Anwendung des Kyoto-Protokolls im Ostseeraum befasst, sie sammelte Erfahrungen und bildete Methoden aus. Nicht zuletzt organisierte sie im Mai 2002 eine Konferenz zum Thema in St.Petersburg¹⁷⁴⁶. Im Januar 2003 gab die Arbeitsgruppe eine Aktualisierung des Handbuchs zur gemeinsamen Umsetzung von Kyoto-Regelungen heraus¹⁷⁴⁷. Im November 2004 ratifizierte Russland schließlich das Abkommen zu einem Testgebiet für das Kyoto-Protokoll, so dass es im Februar 2005 in Kraft trat¹⁷⁴⁸. Die skandinavischen Staaten und Deutschland hatten hierzu einen Fonds mit einem Volumen von zunächst 15 Mio. Euro eingerichtet, der für entsprechende Projekte Kredite ermöglichen sollte. Weiterhin verfolgte die Gruppe eng die Entwicklung des europäischen Emissionshandelssystems und entwickelte mit der „*linking directive*“ Richtlinien zur Vereinbarung des Emissionshandels mit der Umsetzung von Kyoto-Regelungen im Ostseeraum.

¹⁷⁴⁴ Basrec-Report 2003-2005, S. 13.

¹⁷⁴⁵ ebd., S. 14.

¹⁷⁴⁶ Report by the Group of Senior Energy Officials (GSEO) for the Meeting of the Energy Ministers of the CBSS Member Countries and the European Commission, Vilnius 20 November 2002, S. 9f.

¹⁷⁴⁷ Basrec Regional Handbook on Procedures for Joint Implementation in the Baltic Sea Region January 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/documents/climatechange/dbaFile1557.pdf>, 09.01.2006.

¹⁷⁴⁸ Basrec-Report 2003-2005, S. 9.

In der Arbeitsgruppe zur Energieeffizienz waren Dänemark und Polen die vorsitzenden Staaten. Die Aufgaben der Gruppe waren die Untersuchung der Möglichkeit der Schaffung neuer Finanzquellen für Projekte zur Energieeffizienz, die Koordinierung mit anderen einschlägigen Organisationen, die Unterstützung der Weiterentwicklung der Kraft-Wärme-Kopplung und das Auffinden von Energieeffizienzprojekten in den Transformationsstaaten. Zunächst unternahm die Gruppe zur Vermeidung von Doppelarbeit eine Studie, um die Schwerpunkte ähnlich gelagerter Gremien zu erfassen. 2000-2002 veranstaltete die Gruppe neun Treffen und sieben Seminare und Workshops, zum Beispiel am 23.10.2002 einen Workshop mit Repräsentanten anderer Organisationen wie der Internationalen Energiebehörde und der EU-Kommission zur Verbesserung der Informationsleitung untereinander. Da kleinere Energieeffizienzprojekte häufiger mit Finanzierungsproblemen zu kämpfen hatten, bekamen diese innerhalb der Arbeitsgruppe Priorität und es wurden unterschiedliche Wege zu ihrer möglichen Förderung auf fünf Workshops in Archangelsk, Riga, Tallinn, Vilnius und Warschau diskutiert. Außerdem wurde eine Studie über die verschiedenen Wege der Verbreitung und Unterstützung von Energieeffizienz durchgeführt, um daraus Potential für gemeinsame Unterstützungsaktionen zu gewinnen. Für Entscheidungsträger auf regionaler und lokaler Ebene wurde ein Handbuch zur Kraft-Wärme-Kopplung in englischer, polnischer und russischer Sprache herausgegeben¹⁷⁴⁹. Auch 2003 variierte die Energieeffizienz im Ostseeraum stark, die Hauptunterschiede bestanden weiterhin zwischen den älteren Marktwirtschaften und den Transformationsökonomien, die jedoch durch die Schließungen zahlreicher Betriebe aus wirtschaftlichen Gründen ihre Bilanz verbessert hatten. Bei der Aufstellung des Arbeitsplans der Gruppe für die kommenden zwei Jahre gab es Differenzen zwischen Mitgliedern, die lediglich Richtlinien für die Energieeffizienz definieren wollten und anderen, die konkretes Handeln vorzogen¹⁷⁵⁰. Beiden wurde Rechnung getragen, wenn auch praktische Dinge im Vordergrund standen. So wurde zum Beispiel eine Untersuchung zu der Situation der baltischen Staaten und ihrer Probleme in Hinblick auf die Umsetzung der Gebäude-Richtlinie der EU unternommen und in Workshops vorgestellt. Ebenso wurden andere europäische Aktionen wie das Grünbuch zur Energieeffizienz behandelt.

Die mit dem NCM gegründete ad hoc-Arbeitsgruppe zu Bioenergie unternahm unter schwedischer Führung eine Studie zu den Rahmenbedingungen der regionalen Märkte für Biomasse. So sollten Hindernisse für die Nutzung der Biomasse zur Energieerzeugung identifiziert und damit ihre Beseitigung ermöglicht werden. Defizite wurden bei der

¹⁷⁴⁹ ebd., S. 10ff.

¹⁷⁵⁰ ebd., S. 12.

Infrastruktur, den Technologien, den Regularien, und den Kapazitäten der Akteure festgestellt¹⁷⁵¹ und entsprechende Empfehlungen gemacht. Die wichtigsten Schritte sah die Arbeitsgruppe hierbei im Aufbau effektiver Kooperation, die auch die Belange der Forst- und Landwirtschaft sowie des Umweltschutzes einbezogen. Dies sollte auch dem nötigen Aufbau der Kapazitäten im nationalen Bereich dienen und die Kommunikation zwischen den Verantwortlichen, den Produzenten und den Verbrauchern stärken. Bei der öffentlichen Aufmerksamkeit sollte das Wissen über Produktion und Gebrauch von Bioenergie vergrößert werden und nicht zuletzt wurde es für wichtig erachtet, gemeinsame Standards zu entwickeln, um damit eine Marktharmonisierung zu erreichen, die die Basis für einen wachsenden Handel mit Bioenergie schaffen sollte¹⁷⁵². Die Studie enthielt zu allen diesen Empfehlungen auch konkrete Projektvorschläge mit Kostenvoranschlägen.

Im Berichtszeitraum waren durch bi- und multilaterale Projekte Bioenergieeinrichtungen in Lettland und Litauen gegründet worden, die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Gründungen waren jedoch noch sehr gering. In Estland dagegen wurde 2002 16% der Wärme durch Holzheizungen erzeugt, ein Anteil, der relativ große wirtschaftliche Effekte bewirkte. Überhaupt war der Handel mit Biobrennstoffen in den 1990er Jahren stark angestiegen, vor allem die baltischen Staaten und Finnland exportierten auf diesem Gebiet¹⁷⁵³. Stroh wurde vor allem in Dänemark benutzt, Schweden war ein herausragender Produzent von Holzpellets und -briketts, in Finnland stieg der Pelletgebrauch stetig an und die Herstellung von Biogas aus den Abfällen der Landwirtschaft, von Klärwerken und den Haushalten nahm insgesamt zu. In den baltischen Staaten war der Gebrauch niedrig, aber steigend, Russland dagegen galt auf diesem Gebiet auch 2002 noch als Entwicklungsfall¹⁷⁵⁴. Der Ostseeraum war somit ein bedeutender Produzent und Nutzer von Bioenergie, 2002 stellten acht Staaten der Region 55% der Nutzung von Bioenergie der kommenden EU-25 und etwa 40% der Elektrizität wurde hier

¹⁷⁵¹ Die Probleme lagen vor allem im Fehlen angemessener logistischer Systeme für Ernte, Sammeln und Transport und in den daher im Vergleich zu fossilen Brennstoffen noch relativ hohen Produktionskosten sowie in geringen staatlichen Förderleistungen für Pioniere auf diesem Gebiet. In Estland gab es zum Beispiel bis 2002 keine Förderprogramme, in Lettland und Litauen wurden sie immerhin in Form von Steuerentlastungen und Garantien angeboten. Polen unterstützte Bioenergie-Anwendungen in Fernheizungsanlagen, in Russland war die Unterstützung von der Profitabilität der Einrichtung abhängig, ausländischen Investitionen standen weiterhin Hindernisse im Weg. Entscheidend war auch das Fehlen gemeinsamer Standards zu Bioenergie, was ein starkes Handelshindernis darstellte.

BIO2002ENERGY - Development of the Use of Bioenergy in the Baltic Sea Region. Executive Summary. Baltic Sea Region Energy Co-operation (BASREC) Nordic Council of Ministers (NMR) October 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/documents/bioenergy/dbaFile1559.pdf>, 09.01.2006, S. 5.

¹⁷⁵² Report by the Group of Senior Energy Officials (GSEO) for the Meeting of the Energy Ministers of the CBSS Member Countries and the European Commission, Vilnius 20 November 2002, S. 8.

¹⁷⁵³ BIO2002ENERGY - Development of the Use of Bioenergy in the Baltic Sea Region. Executive Summary, S.

6.

¹⁷⁵⁴ ebd., S. 6.

mit Bioenergie erzeugt¹⁷⁵⁵. Damit lag der Ostseeraum auf der Linie der EU, die unter den erneuerbaren Energien die Bioenergie als besonders günstig und förderungswürdig erachtete. Auch 2003-2005 blieben die Aktionen der Gruppe für Bioenergie gleich. Zum einen wurde Kapazitätsbildung durch die Produktion und Verbreitung von einschlägigem Informations- und Lehrmaterial betrieben, wobei vor allem ein Bioenergie-Handbuch zu Projektvorbereitung, Technologie, sozio-ökonomischen Einflüssen und Fallstudien zu erwähnen war.

Zum anderen konzentrierte sich die Arbeit auf die Harmonisierung von Marktregulierungen und die Ausbildung von Standards, wo ein Netzwerk für EU-Experten ausgebaut wurde und durch Analysen von Aktivitäten zu Standards Schwächen identifiziert wurden¹⁷⁵⁶. Weiterhin wurden in Zusammenarbeit mit der Gruppe zum Klimawandel Richtlinien für Projekte zur gemeinsamen Umsetzung von Elementen des Kyoto-Protokolls erarbeitet und regionale wissenschaftliche Projekte zur Bioenergie erfasst und vernetzt. Zudem wurden einige Treffen und Seminare organisiert, wie am 15.12.2004 zur Forschung und Entwicklung im Bereich Bioenergie und am 12.05.2005 zur Standardisierung¹⁷⁵⁷.

2004 organisierte die BASREC die Konferenz „*Northern Dimension in a BASREC-Perspective*“ vom 16.-17.03. in St.Petersburg. Die Themen der Konferenz waren das Informieren über Finanzierungsmöglichkeiten für Energieprojekte, die Bedingungen für Investitionen, der Stand bei Fernheizung und Kraft-Wärme-Kopplung sowie erneuerbare Energien und moderne technische Lösungen¹⁷⁵⁸. Weiterhin wurden zusätzliche Kooperationsmöglichkeiten in Russland und Möglichkeiten der Verstärkung der Zusammenarbeit in der einschlägigen Wissenschaft und Forschung diskutiert. Ein weiterer Zweck war „*To present the BASREC work as a regional activity that complements the EU-Russia energy dialogue.*“¹⁷⁵⁹. Dadurch sollte der eigene Wert über die EU-Osterweiterung hinaus vor Augen geführt werden. Mit dieser breiten thematischen Ausrichtung kann aus der Konferenz eine Bilanz der Energiekooperation im Ostseeraum bis zur EU-Osterweiterung gezogen werden.

In ihrer Begrüßungsansprache verwies Lubov Sovershajeva, die Repräsentantin des russischen Präsidenten, neben Erfolgen der EU-Russland-Kooperation auch darauf hin, dass im Energiesektor der NDI viele Möglichkeiten ungenutzt seien, bislang relativ wenig

¹⁷⁵⁵ Basrec-Report 2003-2005.

¹⁷⁵⁶ ebd., S. 8.

¹⁷⁵⁷ ebd., S. 8.

¹⁷⁵⁸ Northern Dimension in a BASREC Perspective. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/basrec/conferences/wwwcbssstbasreconferencecsstpetersburgreport/dbaFile7270.pdf>,

18.09.2005, S. 2.

¹⁷⁵⁹ ebd., S. 3.

Energieprojekte in der Nördlichen Dimension umgesetzt worden seien und der Schwerpunkt mehr auf Umweltprojekten gelegen habe¹⁷⁶⁰. Zudem wies sie darauf hin, dass einige große Projekte schon vor der Zeit der NDI durchgeführt worden waren, was einen Zweifel an dem durch die NDI geleisteten Mehrwert nahe legte.

Paula Lehtomäki, die finnische Ministerin für Außenhandel und Entwicklung begegnete dem mit einem Verweis auf die thematische Breite der Kooperation, die eben nicht nur auf Energieexporte Russlands nach Westen abzielte, sondern auch andere Themengebiete wie Energieeffizienz und erneuerbare Energien und große Fortschritte wie das Abkommen zum Testgebiet der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls, dem zum Zeitpunkt acht Staaten der Ostseeregion beigetreten waren, denen Estland in Bälde folgen wollte, beinhaltete¹⁷⁶¹.

Hartmut Schneider vom Wirtschafts- und Arbeitsministerium sah die zukünftige Rolle von BASREC als einen energiethematischen *think tank* innerhalb der EU. Die NIB teilte mit, dass ein Drittel ihrer Kredite nach Mittel- und Osteuropa vergeben werden. Die in Russland gebundene Summe war allerdings mit 179,1 Mio. Euro im Vergleich zu der in Estland gebundenen 281,6 Mio. Euro relativ gering¹⁷⁶². Der Vertreter der EBRD sah den Grund für diese relative Unterentwicklung in subventionierten Energiepreisen in Russland, die zu übermäßig hohem Verbrauch führten und Investitionen unattraktiv machten. Hier sei die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für Investitionen der entscheidende Faktor¹⁷⁶³. Als Problem bei der Erneuerung der in Russland weit verbreiteten Fernheizungsanlagen wurden die Auflagen der Städte für Investitionen und die geringe Kreditwürdigkeit von russischen Städten und Gemeinden erwähnt.

Mit der EU-Osterweiterung vom 01.05.2004 befanden sich, da auch Norwegen und Island Politik und Gesetzgebung des gemeinsamen Energiemarktes anwandten, zehn der elf Ostseestaaten in einem gemeinsamen Energiemarkt. Dies führte zu einer Abnahme der Investitionstätigkeit, der die EU-Kommission durch Liberalisierung der Regelungen zu begegnen suchte. BASREC hatte also bis 2004 wichtige Impulse von Ministerebene und aus der NDI bezüglich der Energiekooperation aufgreifen und deren Umsetzung initiieren und begleiten können, indem Erfahrungs- und Informationsaustausch nicht nur zwischen den verantwortlichen Behörden, sondern auch unter Einbezug der relevanten Wirtschaft organisiert wurde. Auf diese Weise entstand auch ein Expertengremium, das gemeinsam Politikempfehlungen formulieren und die gemeinsamen Interessen politisch artikulieren

¹⁷⁶⁰ Als Beispiele für unbearbeitete Felder nannte sie unter anderem die Umsetzung moderner Anforderungen an Gas- und Ölpipelines und den Bau moderner Raffinerien. ebd., S. 10f.

¹⁷⁶¹ ebd., S. 12.

¹⁷⁶² ebd., S. 16.

¹⁷⁶³ ebd., S. 17.

konnte. Moderne Elemente der Energiekooperation wurden über Themen wie Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Klimawandel einbezogen.

4.6.4 Die Ebene der BSSSC

Die Stavanger-Konferenz der BSSSC 1993 nannte Energie als eine der Prioritäten der Arbeit der BSSSC¹⁷⁶⁴. Die Konkretisierung des Themas durch die zweite BSSSC-Konferenz von Travemünde zeigte, dass die BSSSC sich im Wesentlichen an die Ostsee-Prioritäten im Energiebereich anschloss¹⁷⁶⁵. Mehr als diese politische Willensbekundung geschah jedoch zunächst nicht. Auch ein Workshop zu Energie und nachhaltiger Entwicklung auf der vierten BSSSC-Konferenz vom 17.-18.10.1996 in Vaasa fügte dem nichts Entscheidendes hinzu. Allerdings wurde vorgeschlagen, ein Netzwerk aus für Energiefragen Zuständigen einzurichten und regionale Energiebalancestudien durchzuführen¹⁷⁶⁶. Weiterhin sprach sich der Workshop für einen harmonisierten europäischen Ansatz zur ökologischen Besteuerung von Energie aus. In der Folge wurde Energie hin und wieder im Rahmen von nachhaltiger Entwicklung erwähnt, jedoch wurden keine eigenen Energieaktivitäten mehr begonnen.

4.7 Telekommunikation und Informationsgesellschaft

4.7.1 Die Ebene des Ostseerats

Dass der Ostseerat eine Politik der Informationsgesellschaft zu entwickeln begann, ging zurück auf ein Papier des dänischen Ministeriums für Forschung und Informationstechnologie, das unter der dänischen Präsidentschaft des CBSS 1998 an den zweiten Ostseestaatsgipfel gerichtet wurde¹⁷⁶⁷. Dieses Papier forderte den Gipfel auf, eine Diskussion des Themas, eine angemessene Prioritätensetzung und die Ausarbeitung einer Strategie zu veranlassen, um nicht die Marktkräfte allein diesen Bereich des öffentlichen

¹⁷⁶⁴ The Stavanger Declaration on Baltic Sea States Subregional Co-operation.

¹⁷⁶⁵ Die Schlagworte waren Energieeffizienz, Nutzung erneuerbarer Energien, Verbesserung der Transportinfrastruktur für Energie und Verbindung der nordischen, kontinentalen Netzwerke und dem der ehemaligen SU, die Einrichtung eines Netzwerks für Forschung im Energiebereich und die zu verstärkende technische Unterstützung zur nuklearen Sicherheit vor allem bei den Kernkraftwerken Ignalina in Litauen und in der Region St.Petersburg.

Conclusions of the second Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation - 17-19 October 1994, S. 3.

¹⁷⁶⁶ Conclusions of the fourth Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation, S. 8.

¹⁷⁶⁷ Information technology. Fact Sheet to the Second Baltic Sea Summit, Riga, January 22-23, 1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/summits/riga1998/dbaFile550.html>, 26.05.2004.

Lebens gestalten zu lassen. Die große Bedeutung der Informationstechnologie wurde als Quelle wirtschaftlichen Wachstums, der Verbesserung des Lebensstandards und des Standards der Dienstleistungen gesehen. Dabei sollten entscheidende Werte durch die Kontrolle der Politik aufrechterhalten werden. Zum einen sollte Informationstechnologie jedem freien Zugang zu Informationen bieten und zum anderen die Demokratie unterstützen, indem jeder Einzelne so die Möglichkeit bekommen sollte, seinen Einfluss auszuüben. Außerdem sollten Informationstechnologien die persönliche Entwicklung der Menschen fördern und ein Mittel für die Arbeit und die Freizeitgestaltung sein. Letztlich wurden Informationstechnologien auch als Mittel der Unterstützung für die Transparenz des öffentlichen Sektors gesehen und sollten hier sowohl zum Angebot besserer Dienste als auch zur Effektivierung und Rationalisierung der Arbeitsabläufe dienen¹⁷⁶⁸.

Dieser Entwurf eines Leitbilds wurde für die Entwicklung einer Politik der Informationsgesellschaft grundlegend und auf diese Weise bekam dieser Politikbereich eine wichtige Bedeutung für den generellen Überbau der Errichtung von Demokratie und Marktwirtschaft sowie der Förderung von Sicherheit und der Durchsetzung der Menschenrechte. Die entstehende Politiklinie sollte sich an der in der EU praktizierten orientieren, was die Setzung folgender Prioritäten bedeutete: die Verbesserung des Geschäftsumfelds insgesamt, Zukunftsinvestitionen in die Bildung beginnend in der Schule hin zu einem lebenslangem Lernen und die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten durch Informationstechnologien. Das Thema fand dann auch Eingang in die Erklärung des Staatsgipfels, indem das große Potential der Zusammenarbeit in diesem Bereich betont und die Absicht des CBSS, eine Ministerrunde dazu einzuberufen, begrüßt wurde. Die Hauptaufgabe sei zunächst, den Marktzugang zu erleichtern¹⁷⁶⁹.

Zur weiteren Verfolgung dieses Ansatzes versammelte Dänemark die zuständigen Minister vom 04.-05.05.1998 zu einem informellen Treffen auf Bornholm zur Diskussion der Menschenrechte in einer Informationsgesellschaft und zur ersten Kontaktaufnahme in diesem Themengebiet¹⁷⁷⁰. Auch in den Beitrag des CBSS zur Erstellung des ersten NDAP für die Jahre 2000-2003 ging die Informationsgesellschaft mit ein. Als Gebiete, in denen vor allem ein optimierter Gebrauch von Informationstechnologie eingeführt werden sollte, wurden Bildung und Verwaltung genannt. Im letzteren Bereich sollten so auch die Bemühungen von CBSS und regionalen Wirtschaftsgremien unterstützt werden, im März 2001 eine

¹⁷⁶⁸ ebd.

¹⁷⁶⁹ Presidency Declaration, Baltic Sea States Summit Riga, 22-23 January 1998.

¹⁷⁷⁰ Information technology. Fact Sheet.

Dienstleistungshomepage für kleine und mittlere Unternehmen einzurichten¹⁷⁷¹. Als übergeordnetes Ziel wurde die Erarbeitung eines *Northern eDimension Action Plans* (NeDAP) zusammen mit der EU-Kommission ins Auge gefasst, der den Weg hin zur Informationsgesellschaft führen sollte. Der NDAP selbst erwähnte den NeDAP zwar nicht, jedoch wurde hier Informationsgesellschaft als wichtiger neuer Wirtschaftszweig aufgegriffen.

Nach einer längeren Pause kam es am 28.09.2001 in Riga zum 1. Ministertreffen zur Informationsgesellschaft und dort zur Verabschiedung des NeDAP für den Zeitraum 2002-2004¹⁷⁷². Dieser Plan stellte eine regionale Initiative dar, die den Ostseerat als Führungsposition vorsah, aber offen für alle einschlägigen Gremien und Organisationen war. Auf diese Weise sollten die in den EU-Papieren *eEurope* (für die EU-Mitglieder) und *eEurope+* (für die Beitrittskandidaten) gebündelten Inhalte und die einschlägigen nationalen Initiativen zusammengeführt werden, um Synergien zu erreichen.

Das Ziel des Programms war die Beschleunigung der Entwicklung des Ostseeraums zu einer Informationsgesellschaft durch eine stärkere Kooperation und Integration der Staaten der Nördlichen Dimension, durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Initiativen und Investitionen vor allem in Nordwestrussland und den Beitrittskandidaten und durch die Umsetzung eines harmonisierten Regelwerks¹⁷⁷³. Die bestehende Kooperation sollte so weit wie möglich eingebunden werden und die SOIS die Umsetzung überwachen, zwei bis vier Treffen pro Jahr abhalten und den verantwortlichen Ministern berichten.

Inhaltlich bestand der NeDAP aus sieben Aktionslinien, zunächst Hochgeschwindigkeitsnetzwerken für die Forschung und fortgeschrittene Breitbandanwendungen. Dieser Bereich sollte Regierung, Gewerbe und Forschung besser vernetzen und den „*digital divide*“, die Trennungslinie im Gebrauch von Informationstechnologien zwischen West und Ost reduzieren. Auf diese Weise sollten zum einen Bildung und Forschung intensiver vernetzt werden, um so auch als Fernstudien und Fernmedizin den dünn besiedelten Räumen der Ostseeregion gerecht zu werden, andererseits sollten so Russland und die EU-Beitrittskandidaten an die etablierten Hochgeschwindigkeitsnetzwerke des Westens angeschlossen werden¹⁷⁷⁴.

¹⁷⁷¹ Priorities and Projects. Contribution of the Council of the Baltic Sea States (CBSS) to the ‘Action Plan for the Northern Dimension with external and cross-border policies of the European Union 2000-2003’ April 2001.

¹⁷⁷² 1st CBSS Ministerial meeting on Information Society, Riga, 28.09.2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/informationssociety/>, 26.05.2004.

¹⁷⁷³ Northern eDimension Action Plan 2002-2004. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/informationssociety/dbaFile260.html>, 07.01.2006.

¹⁷⁷⁴ ebd.

Eine andere Aktionslinie war die Sicherheit elektronischer Daten, um den über das Internet laufenden Handel der Region und die damit verbundene Kommunikation sicherer zu machen. Außerdem sollten so online verlaufende Verwaltungsdienstleistungen sicher gemacht werden. Hier sollte der Austausch von bester Praxis, die Unterstützung der Entwicklung sicherer Zertifikate und anderes im Vordergrund stehen. Ein weiterer Bereich betraf die Fähigkeiten der Menschen, mit Informationstechnologien umzugehen. Hier sollten im Bereich der Bildung und des Arbeitsmarkts Angebote gemacht werden, vor allem die Menschen aus östlichen Staaten an die westlichen Standards heranzuführen¹⁷⁷⁵. Eine andere Aktionslinie, *eCommerce* hatte zur Aufgabe, Firmen, vor allem SMEs, in den online-Vertrieb zu bringen und gleichzeitig die Kompatibilität der e-commerce-Dienste zu gewährleisten. Im Bereich *eGouvernement* sollte einmal die Verwaltung dem Bürger online-Dienste zur Verfügung stellen, aber auch die Behörden untereinander und auch über die Staatsgrenzen hinweg besser vernetzen um eine effektivere Verwaltung in allen Bereichen zu gewährleisten. Das Gebiet *eEnvironment* sollte die Verwendung der Informationstechnologien durch die Umweltpolitik mit Hinblick auf die bessere Verfügbarkeit von Daten, der Möglichkeit großer Diskussionsforen und ähnlichem intensivieren. Ein letzter Bereich betraf das Erstellen von Indikatoren für die Verbreitung, Nutzung und Effizienz von Informationstechnologien, um vergleichbare Daten erhalten zu können¹⁷⁷⁶. Die einzelnen Aktionslinien wurden von *lead countries* betreut, die mit besonderer Kompetenz die Umsetzung steuern sollten¹⁷⁷⁷.

Für die Umsetzung des Programms wurden keine eigenen Fonds eingerichtet, die Finanzierung sollte aus bestehenden EU-Programmen, bilateralen Quellen oder von den IFIs realisiert werden. Aus den EU-Quellen konnten 14 Mio. Euro von TACIS und 2 Mio. Euro aus INTERREG gewonnen werden. Ab 2002 wurden unterschiedliche Workshops zu den einzelnen Themengebieten veranstaltet, ebenso, wie eine Vielzahl von Projekten entwickelt wurde, wie zum Beispiel *eKarelia*, das in der Republik Karelien den Gebrauch von Informationstechnologien stimulieren sollte, um Wirtschaftswachstum zu erzielen, *eSkills for Russian SMEs*, das Fähigkeiten in der russischen Wirtschaft unterstützen sollte, ein Projekt zur Kompatibilität der skandinavischen und baltischen elektronischen Unterschriften, um hier die Wirtschaftskontakte zu vereinfachen oder der *Baltic Sea Virtual Campus* zur Kooperation zwischen den Ostseehochschulen und zur Ausbildung gemeinsamer Curricula.

¹⁷⁷⁵ ebd.

¹⁷⁷⁶ ebd.

¹⁷⁷⁷ Norwegen war für die Hochgeschwindigkeitsnetzwerke und Breitbandanwendungen zuständig, Estland für die IT-Sicherheit, Finnland und Deutschland für die Fähigkeiten des Umgangs mit IT, Russland für *eCommerce*, Schweden für *eGouvernement*, Grid Arendal für *eEnvironment* und Dänemark für die Erstellung der Indikatoren. CBSS Progress Report on the Implementation of the Northern Dimension Action Plan 2000-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/cbssprogressreportofndap00-03.pdf>, 26.05.2004, S. 34.

4.7.2 Die Ebene der BSSSC

Informationstechnologien, Kommunikationssysteme oder Informationsgesellschaft waren auch bei der BSSSC kein Thema, das zu Beginn der Organisation behandelt wurde. Erstmals berührt wurde das Thema der Kommunikationstechnologien und der Verbesserung des Informationsflusses auf einem Workshop der BSSSC-Konferenz vom 17.-18.10.1996 in Vaasa. Hier wurde die Errichtung eines Internet-basierten Kommunikationssystems für den ganzen Ostseeraum proklamiert, die von der *Baltic Sea Alliance* (BSA), der neben der BSSSC auch die UBC, die BCCA und andere angehörten, geleistet werden sollte¹⁷⁷⁸. Vertreter der EU, des CBSS, der BCCA und anderer stellten ihre Projekte zur Förderung des Informationsflusses im Ostseeraum vor. Der Zweck dieses Systems sollte primär noch der Informationsaustausch über Ostseeprojekte sein, also noch nicht die Anbindung des Einzelnen an weltweite Wissenspools und die Vermittlung von den entsprechenden Kompetenzen, jedoch ging es hierbei um die Schaffung der Voraussetzungen einer kommunikationstechnologiebasierten Wissensgesellschaft.

Die siebte BSSSC-Konferenz vom 28.-30.10.1999 in Kaunas dagegen behandelte schon konkret den Aufbau einer Wissensgesellschaft. Die Konferenz begrüßte die Fortschritte auf diesem Gebiet und schloss sich prinzipiell den Auffassungen des CBSS an, indem sie die große Rolle des Zugangs zu IT für die Steigerung der Lebensqualität, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung hervorhob¹⁷⁷⁹. Die Subregionen wurden daher aufgerufen, sich auf diesem Gebiet zu engagieren und konkret an der Helsinki-Konferenz zum Thema im Jahr 2000 teilzunehmen, und die EU darum ersucht, weiterhin ausreichende finanzielle Unterstützung zu leisten. Eine neue Spaltung der Gesellschaft durch die Nutzung von Kommunikationstechnologien sollte vermieden werden. Die mit dem Thema befasste BSSSC-ad hoc-Arbeitsgruppe wurde mit dem follow-up betraut. Ein Workshop der Konferenz zum selben Thema stellte zwei Projekte zur Informationsgesellschaft vor, um den Subregionen hier Möglichkeiten des Vorgehens zu demonstrieren.

Zum einen ging es um das 1999 begonnene LOCREGIS II-Projekt (*Local and regional Information Society*) der EU, dessen erster Teil schon 1996 gestartet war. In diesem Projekt arbeiteten europaweit Regionen an einer Datenbank mit Kurzbeschreibungen von über 1200 regionalen IT-Projekten und einem Kriterienkatalog zur Evaluation von Projekten hinsichtlich

¹⁷⁷⁸ Conclusions of the Fourth Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation, S. 5.

¹⁷⁷⁹ Resolution of the 7th Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation.

ihrer Nutzung von *best practice*¹⁷⁸⁰. Zum anderen wurden die Inhalte der für den Februar 2000 in Helsinki geplanten Konferenz zur Informationsgesellschaft vorangekündigt. Die abschließende Diskussion betonte die entscheidende Rolle der Subregionen und der UBC, die Informationsgesellschaft nah am einzelnen Bürger umzusetzen¹⁷⁸¹, was von der nationalen Ebene auch weniger möglich gewesen wäre. Auf den folgenden Konferenzen der BSSSC spielte die Informationsgesellschaft jedoch keine weitere Rolle mehr, nachdem das Thema auch vom Ostseerat aufgegriffen und mit der Verabschiedung des NeDAP und der Gründung der SOIS im September 2001 hierfür ein eigener Bereich entstanden war.

4.7.3 Die Ebene der UBC

Bei der UBC tagte schon auf der Gründungskonferenz 1991 eine Arbeitsgruppe zu Telekommunikation. Ihr ging es angesichts schlechter technischer Ausgangsbedingungen um die Schaffung einer Infrastruktur, die zunächst der eigenen Arbeit der UBC dienen und so die Grundlage für den Aufbau einer Informationsgesellschaft legen sollte, woran zunächst aber nicht zu denken war. Der Arbeitsgruppe wurden 1991 ebenso Berichte und Kommentare zum Zustand der telekommunikativen Infrastruktur in Polen, Estland, Lettland und den neuen Bundesländern wie auch theoretische Grundlagen zur Rolle von Telekommunikation und Städten unterbreitet. Die Arbeitsgruppe kam überein, dass eine generelle Verbesserung der Infrastruktur in diesem Gebiet dringend notwendig sei. Als Illustration der Situation mag eine Schilderung aus der Abschiedsrede Anders Engströms als dem Präsidenten der UBC 2001 zur Kommunikationssituation der Anfangsjahre zwischen ihm in Kalmar und dem Sekretariat in Gdansk gelten. Die Telefonleitungen waren überlastet, so dass oft nur nachts Gespräche möglich waren, zur schnellen Übermittlung von Dokumenten gab es in ganz Gdansk kein Faxgerät und dort vorhandenes Telex war in Kalmar 20 Jahre zuvor abgeschafft worden. So lief die Dokumentenübermittlung zunächst über das Telexgerät einer kleinen Privatfirma im Kalmarer Hafen¹⁷⁸².

Insofern war eine Verbesserung der Kommunikationssituation auch für die Arbeit der UBC von unmittelbarem Interesse. Wenn auch im lokalen Bereich die Probleme mit telekommunikativer Infrastruktur am größten waren, konzentrierte man sich jedoch zunächst auf die internationale Ebene, um dem Ziel der UBC, der Städtevernetzung, gerecht zu

¹⁷⁸⁰ ebd.

¹⁷⁸¹ ebd.

¹⁷⁸² Farewell Speech - Mr Anders Engstrom, UBC President 1991-2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/vith-general/farewell.doc>, 20.12.2005, S. 4.

werden¹⁷⁸³. Das übergeordnete Ziel war die Einrichtung eines Netzwerks, das auch der Wirtschaft für Partnersuche und anderes zur Verfügung stehen sollte. Die Arbeitsgruppe hielt es für sinnvoll, zunächst die bestehenden, zwar technisch veralteten, aber funktionierenden, Systeme auszubauen und in einem zweiten Schritt moderne Technologien einzusetzen, wobei die Beachtung europäischer Standards hohe Priorität hatte. Hierfür beabsichtigten die Ostseestädte, Druck auf die Regierungen zur Harmonisierung ihrer Ziele aufzubauen, einen Bericht über die Situation anzufertigen, Erfahrungsaustausch zwischen den Städten zu stimulieren, ein entsprechendes Bildungsprogramm für Techniker und Nutzer zu entwickeln und nach Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen. Vor dem Hintergrund dieses umfangreichen Arbeitsprogramms empfahl die Arbeitsgruppe der UBC die Einrichtung einer dauerhaften Arbeitsgruppe zu diesem Thema¹⁷⁸⁴.

Auch auf der Folgekonferenz in Kalmar vom 22.-24.05.1992 tagte die Arbeitsgruppe zur Telekommunikation. Das Treffen diskutierte ein Strategiepapier „*Communication system between the cities*“ von Henryk Lasota aus Gdansk und wiederholte seine Forderung nach rascher Aufbesserung der telekommunikativen Infrastruktur, um die dringendsten Bedürfnisse der Kooperation der UBC zu befriedigen.

In den Folgejahren konnte die Kommission zur Telekommunikation starke Fortschritte verbuchen, so dass die Kommunikation innerhalb der UBC schon 1995 weitgehend problemlos ablief¹⁷⁸⁵. Auf der dritten Generalkonferenz der UBC wurde sie, da der Aufgabenkreis gewachsen war, in Kommission zur Kommunikation umbenannt. Für den Zeitraum 1995-1997 hatte sich die Kommission zur Kommunikation als Ziel gesetzt, eine Internetlösung für die UBC aufzubauen und sie an andere Netze des Ostseeraums anzuschließen, ein internes Marketing Team als eine Task Force einzurichten und ein Forum zum Lehren des Umgangs mit dem Internet aufzubauen. Die Internetlösung wurde zunächst als Modell erarbeitet, um sie den Mitgliedsstädten vorstellen zu können und die Task Force zu Marketing wurde eingerichtet. Eine weitere neue Gründung im Oktober 1996 war die BSA, deren Kern die UBC gemeinsam mit der BSSSC und der BCCA ausmachten und die eine internetgestützte Kooperationsplattform schaffen sollte¹⁷⁸⁶.

1997-1999 wurde weiter an der Internetlösung für die UBC gearbeitet, die das Problem der Kompatibilität unterschiedlicher Kommunikationssysteme löste. In Kalmar wurde ein Server aufgestellt und ein UBC-Netzwerkadministrator beschäftigt. Nachdem so die internen Fragen

¹⁷⁸³ Berichte der Arbeitsgruppen der Gründungskonferenz, S. 1.

¹⁷⁸⁴ ebd., S. 2.

¹⁷⁸⁵ Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities 24-25 September 1993 (Kaliningrad) - 8-9 December 1995 (Aarhus).

¹⁷⁸⁶ Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 8-9 December 1995 (Aarhus) - 12-13 September 1997 (Gdansk).

gelöst waren, suchte die Kommission nach Möglichkeiten der Verknüpfung mit anderen Netzen. Dies gelang im Rahmen der BSA mit BSSSC und BCCA, wo die UBC den Betrieb des Servers und der Homepage übernahm, während die BSSSC die elektronische Fassung des Partnersuchforums entwickelte und die BCCA sich um einen Marketing-Plan kümmerte. Außerdem war die Kommission an der Veranstaltung einiger Lehrgänge zur Homepage und der Internetnutzung allgemein beteiligt¹⁷⁸⁷.

Auf dem *Executive Board*-Treffen vom 07.-08.06.2002 wurde im Zuge des allgemeinen Aufwinds dieses Themas die Kommission zur Informationsgesellschaft gegründet und St.Petersburg zur Führungsstadt ernannt¹⁷⁸⁸. Zuvor hatte St.Petersburg bereits im April ein Seminar zur elektronischen Zusammenarbeit veranstaltet, das den Stand der Entwicklung der Mitgliedsstädte in diesem Bereich und Möglichkeiten der Kooperation auslotete. Der Beginn der Arbeit wurde durch organisatorische Probleme jedoch deutlich verzögert, so dass es erst am 18.10.2003 in Klaipeda zu einem ersten Treffen der Kommission kommen konnte¹⁷⁸⁹. Hier stellten Städte ihre Projekte in diesem Bereich vor und darauf aufbauend diskutierten die Teilnehmer mögliche Inhalte eines Aktionsplans zum weiteren Vorgehen.

Ein Kommissionstreffen am 17.12.2003 in St.Petersburg, an dem nur die Leitung der Gruppe, also Vertreter der Städte St.Petersburg, Tampere und Riga teilnahmen, verhandelte diese Inhalte weiter und beschloss Richtlinien, aus denen das Sekretariat einen Aktionsplan erarbeitete, den es dem *Executive Board* zu seinem Treffen am 06.03.2004 vorlegte¹⁷⁹⁰. Wie im Aktionsplan vorgesehen, begann die Gruppe mit der Planung eines Projektvorschlags "*Challenge of eCitizen: Promoting eGovernment Actions in European Cities*". Am 15.03.2004 wurden alle UBC-Städte zur Teilnehmerschaft aufgerufen, zum Vorbereitungstreffen am 24.03.2004 in Tampere erschienen Vertreter Turku, Tartu, Kaunas, Vaasa, Odense, St. Petersburgs und Tampere, von außerhalb der Region beteiligten sich Sheffield und Bologna¹⁷⁹¹. Der Antrag wurde Ende April 2004 eingereicht, aber „...*due to a minor technical reason...*“¹⁷⁹² wurde er von der Förderung mit INTERREG IIC ausgeschlossen und wurde erst im Januar 2005, hier allerdings mit Auszeichnung, in die Förderung aufgenommen.

¹⁷⁸⁷ Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 12-13 September 1997 (Gdansk) - 24-25 September 1999 (Stockholm).

¹⁷⁸⁸ Commission on Information Society - Activity Report April 2002-October 2003. In: Reports and Action Plans of the UB Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005, S. 14.

¹⁷⁸⁹ ebd., S. 14.

¹⁷⁹⁰ Commission on Information Society - Activity Report November 2003-August 2005. In: Reports and Action Plans of the UBC Commissions and Networks. 2003-2005. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/today/pictures/VIIIIC/h_commissions_reports.pdf, 11.03.2008.

¹⁷⁹¹ ebd., S. 17.

¹⁷⁹² ebd., S. 17.

4.8 Jugendpolitik und Soziales

Der Beginn ausgewiesener Jugendpolitik des Ostseerats stellte die erste CBSS-Jugendministerkonferenz in Visby vom 05.-06.06.1998 dar. Vorher hatte im Juni 1997 in Helsinki eine Konferenz zur Kooperation im Bereich der Jugendpolitik stattgefunden und die BSSSC im Oktober 1997 in ihrer Konferenz die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Jugendpolitik verlangt, zudem waren von außerhalb des Ostseeraums entscheidende Anstöße gekommen¹⁷⁹³. Die Erklärung der Ministerkonferenz von Visby vom 05.-06.06.1998 setzte der Jugendpolitik im Ostseeraum neue Ziele. Diese waren eine Verbesserung der Lebensqualität von Jugendlichen und die Entwicklung ihres Potentials durch Bildung. Das Verständnis für das gemeinsame kulturelle Erbe und die gemeinsame Identität sollte gefördert werden. Weiterhin sollten Jugendliche aktiv an dem Aufbau demokratischer Zivilgesellschaften beteiligt werden¹⁷⁹⁴. Die Vergrößerung der Mobilität Jugendlicher und der Teilhabe an den Entscheidungsprozessen in der Region sollten wichtige Mittel sein. Der Schwerpunkt der Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele sollte auf der Schaffung guter Rahmenbedingungen für NGOs und Jugendinitiativen, der Untersuchung von Möglichkeiten der Unterstützung der Jugendkooperation innerhalb der Ostseeraum-Initiativen der EU und ihrer Fördermittel und der Unterstützung der Jugendforschung liegen. Für die Umsetzung dieser Inhalte wurde entschieden, ein Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten bei Landesjugendring Schleswig-Holstein e.V. einzurichten. Der Ostseerat sollte Jugendpolitik in seine Agenda aufnehmen und die Umsetzung des Programms überwachen. Im Juni 2000 wurde eine große Konferenz zur Bewertung der Fortschritte organisiert¹⁷⁹⁵, sie fand in Lübeck statt, evaluierte die Fortschritte und machte Empfehlungen für die weitere Politik.

Auf eine neue Stufe gelangte die Jugendpolitik im Ostseeraum mit der zweiten Konferenz der CBSS-Jugendminister vom 06.-09.06.2002 in Vilnius, an der auch die Repräsentanten der nationalen Jugendräte, die EU-Kommission und Vertreter des Europarats teilnahmen¹⁷⁹⁶. Hier wurde ein Aktionsplan verabschiedet, der die Ziele von Visby bestätigte und als übergeordnetes Ziel die Einrichtung einer demokratischen Wissensgesellschaft mit dem Fokus

¹⁷⁹³ Zum Beispiel die Agenda 2000 der Europäischen Kommission zur Vorbereitung der Mittelosteuropäischen Staaten auf die EU-Erweiterung 2004 und die Politik der Jugendministerkonferenz des Europarats.

A Plan of Action for the Future Baltic Sea Co-operation in the Youth Field, 1st CBSS Youth Ministers Conference (Visby, 5-6 June 1998), Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/dbaFile6656.html>, 07.01.2006.

¹⁷⁹⁴ ebd.

¹⁷⁹⁵ ebd.

¹⁷⁹⁶ Plan of Action. Baltic Sea Youth Minister Conference: "Youth in the Knowledge Society" 6th-9th June, 2002 Vilnius, Lithuania. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/youthministers-vilniusplanofactionjune9-62002.doc>, 26.05.2004.

auf dem Ostseeraum innerhalb Europas formulierte¹⁷⁹⁷. Zu seiner Umsetzung sollte ein Sektoren übergreifender Ansatz geschaffen werden, der großen Wert auf Bildung und Teilhabe Jugendlicher an Entscheidungsprozessen legte¹⁷⁹⁸. Hierzu sollten die Kooperation zwischen den Regierungen und einschlägigen NGOs verbessert und Hindernisse für die Entwicklung von Jugendnetzwerken beseitigt werden. In diesem Zusammenhang wurden interkulturelle Kontakte für die Entstehung einer Ostsee-Identität als zentral angesehen. Die Mittel hierzu sollten im Schulterschluss mit der Arbeit zur Informationsgesellschaft die Schaffung guter Rahmenbedingungen für den Einsatz der neuen Medien, eine Intensivierung des Jugend- und Studentenaustauschs und die Unterstützung der Ausarbeitung eines Ostsee-Jugend-Programms sein¹⁷⁹⁹. Es wurde empfohlen, dass die Steuerungsgruppe des Jugend-Ostsee-Sekretariats eine Arbeitsgruppe des Ostseerats werden und eng mit der WGCC zusammenarbeiten sollte.

4.8.1 Die Arbeitsgruppe zu *Children at Risk* des Ostseerats

Die erste Initiative zur Wahrung der Rechte von Kindern im Turnus 1996-1997 stammte vom CBSS-Kommissar Ole Espersen¹⁸⁰⁰, der Ende April 1997 einen Bericht zur Umsetzung der UN-Konvention zu Kinderrechten in den Ostseestaaten vorlegte¹⁸⁰¹. Im Bereich des sexuellen Missbrauchs musste der Bericht trotz meist angemessener Gesetzgebung wachsende Probleme im Ostseeraum feststellen, die hauptsächlich auf schlechte wirtschaftliche und soziale Lebensbedingungen und eine wachsende Reiseaktivität in der Region zurückgeführt wurden. Außerdem seien Untersuchungen schwierig, da betroffene Kinder meist ohne Schutz und Fürsorge blieben und somit kein Kontakt zu den Behörden zustande käme. Der Kommissar schlug die Bildung einer zuständigen Arbeitsgruppe vor. Im Bereich der Massenmedien führte der Bericht aus, dass einige Staaten nahezu keine Versuche machten, Kinder vor der wachsenden Häufigkeit und Intensität von Gewaltdarstellungen in den Medien zu schützen, und schlug vor, die Durchsetzung der zu intensivierenden nationalen Regelungen einem ohnehin von ihm geforderten *Ombudsman* für Kinder aufzutragen. Der dritte Bereich, den der Kommissar untersucht hatte, waren die Bildungsmöglichkeiten der Kinder von

¹⁷⁹⁷ ebd., S. 2.

¹⁷⁹⁸ Es sollte eine wissensbasierte Jugendpolitik entwickelt werden, Konzepte informeller Bildung und lebenslangen Lernens erstellt werden.

¹⁷⁹⁹ ebd., S. 4.

¹⁸⁰⁰ 1996-1997 Annual Report from the CBSS Committee of Senior Officials.

¹⁸⁰¹ The implementation of the UN convention on the rights of the child in the CBSS-member states with regard to specific articles (sexual abuse, violence in media, children of asylum seekers). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://213.115.141.245/index.htm>, 27.08.2007.

Asylsuchenden, da die Zahl letzterer seit dem Ende des Kalten Krieges stark gestiegen war. Vor dem Hintergrund, dass einige Länder der Region keine entsprechenden Bildungsprogramme vorsahen, empfahl der Kommissar, Systeme der Primäredukation in der entsprechenden Muttersprache für Kinder vorzusehen, die voraussichtlich mehrere Monate im Land bleiben würden, um ihre lebenslangen Bildungschancen nicht zu gefährden¹⁸⁰².

Das Außenministertreffen des CBSS vom 02.-03.07.1997 zeigte sich auf Grund dieses Berichts besorgt und beauftragte den CSO, Maßnahmen dagegen einzuleiten¹⁸⁰³. Auch der 2. Ostseestaatsgipfel in Riga vom 22.-23.01.1998 forderte den CBSS auf, anhand dieses Berichts Gegenmaßnahmen zu organisieren. Ein weiterer wichtiger Schritt war die von Norwegen und Schweden organisierte Konferenz gegen kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern vom 03.-04.09.1998 in Tallinn. Vor dem Hintergrund des Wachstums dieses Problems wurde gefordert, den Gegenmaßnahmen hohe Priorität beizumessen und die weitere Kooperation von der WGDI koordinieren zu lassen, wo schon eine spezielle Expertengruppe zum Thema entstanden war¹⁸⁰⁴. Das generelle Ziel der Kooperation sollte die Erstellung von Datenbanken zu besten Politiklösungen, zu Forschung und zu generellen Erfahrungen sein, um sie austauschbar zu machen. Derselbe Austausch sollte auch durch Seminare zu einzelnen Fachthemen erreicht werden. Ebenso sollten Überlegungen angestellt werden, in welcher Weise das Internet in die Arbeit miteinbezogen werden könnte. Als follow-up auf diese Konferenz fand im März 1999 in Stockholm eine Ministerkonferenz zum Thema statt. Die norwegische Präsidentschaft nahm es in ihre vorab formulierten Prioritäten auf und strebte die Einrichtung eines ständigen Netzwerks der Verantwortlichen und Seminare zur einschlägigen Gesetzgebung und zu Regeln der Polizeiarbeit an¹⁸⁰⁵. Zur Ministerkonferenz vom März 1999 in Stockholm, die vor allem die Einrichtung eines informationstechnologischen Netzwerks zur Koordinierung der Arbeit gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern forderte, sollte es eine Nachfolgeveranstaltung geben. Diese fand vom 16.-17.03.2000 auf ad hoc-Basis in Stockholm statt und diskutierte anhand einer Evaluation der vergangenen Anstrengungen und nationaler Berichte mögliche Prioritäten zukünftiger Aktionen¹⁸⁰⁶. So differenzierte sich das Thema immer weiter und wurde gewichtiger, so dass es bald nicht mehr in den gegebenen Strukturen des Ostseerats bearbeitbar war, woraufhin der dritte Ostseestaatsgipfel in Kolding vom 12.-13.04.2000 eine Intensivierung der Anstrengungen zur Schaffung eines koordinierten

¹⁸⁰² ebd.

¹⁸⁰³ Council of the Baltic Sea States. Sixth Ministerial Session, Riga 2-3 July 1997- Communiqué.

¹⁸⁰⁴ Conference on Commercial Sexual Exploitation of Children in the Baltic Sea Region Tallinn, 03-04.09.1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/7lithuanian/dbaFile511.html>, 26.05.2004.

¹⁸⁰⁵ Priorities of the Norwegian Presidency of the CBSS in 1999-2000. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/8norwegian/dbaFile464.html>, 26.05.2004.

¹⁸⁰⁶ Report of the WGDI for the activity period of 1999-2000.

und multidisziplinären Ansatzes zu bedrohten Kindern und damit praktisch die Schaffung einer eigenen Arbeitsgruppe forderte. Um direkte Hilfe und Vorsorge möglich zu machen, forderte der Gipfel auch die Aufnahme relevanter lokaler Initiativen. Hier bot sich besonders eine bereits existierende schwedische Arbeitsgruppe zu *Children at risk* an.

Die gleichnamige Arbeitsgruppe des Ostseerats wurde auf einen Entschluss der Verantwortlichen des CBSS vom 31.10.2001 hin gegründet und hatte ihr erstes Treffen vom 28.-29.1.2002 in Vilnius. Die Arbeit der WG sollte eine direkte Fortführung der genannten Gruppe *Children at Risk in the Baltic Sea Region* sein, die Mitglieder blieben weitgehend dieselben¹⁸⁰⁷. Zusätzlich wurde ein für Angelegenheiten von Kindern zuständiges Sekretariat im Sekretariat des Ostseerats angesiedelt, das die Internet- Informationsbasis *Child centre* verwalten und die Kooperation unterstützen sollte¹⁸⁰⁸. Im ersten halben Jahr der Tätigkeit wurde es von Schweden unterhalten, ab dem 01.07.2002 wurde es international finanziert. Die Aufgabe der WG wurde mit der Identifizierung, Unterstützung und Umsetzung von kinderbezogener Kooperation im Ostseeraum relativ weit gefasst. Zum September 2002 wurde ein Prioritätenpapier zur Spezifizierung der Aufgabe und als Wertorientierung der Zusammenarbeit angefertigt, bis Juni 2003 hatten aber nur wenige Minister dieses Papier anerkannt¹⁸⁰⁹. Im ersten Jahr der Tätigkeit wurde auch das Internet-Kontaktforum *childcentre.baltinfo.org* eingerichtet und von den nationalen Stellen angenommen, die auf diesem Wege Informationen austauschen und ihre Arbeit vernetzen sowie sie transparenter machen sollten. Erste Zählungen ergaben einen durchschnittlichen Besucherstrom von 400 in der Woche, ein Zeichen dafür, dass Bedarf für diese Art Informationsaustausch bestand¹⁸¹⁰.

Die Arbeitsgruppe hielt im ersten Jahr ihres Bestehens sechs Treffen ab zu Themen wie Kinderhandel, unbegleiteten Kindern im Ostseeraum, sexuellem Missbrauch von Kindern, Kindern in staatlichen Institutionen, Straßenkindern und der Forschung zu diesen Phänomenen. Das wichtigste Element der Treffen war stets der Informationsaustausch, der jedem Staat den Umgang seiner Nachbarn mit dem Phänomen vor Augen führte. Auf diese Weise konnten *best practices* identifiziert und gemeinsames Vorgehen initiiert werden. Parallel wurden Kontakte zu anderen relevanten Organisationen wie UNICEF, dem Europarat, der EU, dem NCM und auch NGOs geknüpft. Ein wichtiger Teil der Arbeit war

¹⁸⁰⁷ Report from the Work of the WGCC and the Children's Unit. January 1st 2002 – June 30th 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/pori/annualreports/>, 09.01.2006, S. 3.

¹⁸⁰⁸ Terms of Reference der WGCC vom 28.01.2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.childcentre.info/archive/workinggro/dbaFile11485.doc>, 23.08.2007.

¹⁸⁰⁹ Report from the Work of the WGCC and the Children's Unit. January 1st 2002 – June 30th 2003, S. 5

¹⁸¹⁰ ebd., S. 6.

auch die Schaffung von Aufmerksamkeit, wie ein umfangreiches Präsentationsprogramm zu Veranstaltungen vieler nationaler und regionaler Behörden zeigt¹⁸¹¹.

Die Finanzierung der Kinder-Abteilung des Ostseeratssekretariats war nach dem Mandat zunächst auf freiwillige Beiträge der Mitgliedsstaaten angewiesen, was als ernstes Hindernis gesehen wurde. Die Illustration dessen war dann auch, dass Russland, Polen und Estland im ersten Jahr des Bestehens keine Zahlungen leisteten¹⁸¹². Auch 2003 nahmen Polen und Russland keine Zahlungen vor, so dass die WG den CSO aufforderte, die Staaten an die Verpflichtungen aus dem Bekenntnis zur hohen Priorität der Kinderfragen zu erinnern und so Druck zu größerer Zahlungsbereitschaft aufzubauen. Zusätzlich sollte die Regelung der Freiwilligkeit der Leistungen überprüft werden. Für die Zukunft nach der EU-Erweiterung 2004 sah die WGCC weiter eine Legitimation ihrer Arbeit darin, dass innerhalb der EU trotz der Initiativen einiger Direktorate keine Koordination der Arbeit zu bedrohten Kindern stattfindet¹⁸¹³. Das wurde auch dadurch illustriert, dass zumindest bis Mitte 2004 kein EU-Vertreter in die WGCC entsandt wurde. Im Turnus 2003-2004 wurde die Internetseite *Child centre* weiter ausgebaut, im gesicherten Bereich der Seite, der den nationalen Behörden und anderen professionellen Akteuren vorbehalten war, wurden immer mehr Diskussionsforen eingerichtet, auf Grund von Sprachschwierigkeiten im Falle der englischen Variante auch in den einzelnen Muttersprachen des Ostseeraums¹⁸¹⁴. Auf diese Weise konnten kostengünstige Wege des Informationsaustauschs ausgebaut werden. Die Zahl der Besucher konnte auf etwa 5.200 im Monat gesteigert werden. Die Treffen 2003-2004 behandelten Forschungsfragen wie sexuelle Gewohnheiten und sexuellen Missbrauch und Fragen an der Schnittstelle von Forschung und Praxis wie den Opferschutz und die Kontrolle der Inhalte des Internets. Ein Beweis, dass auch unterhalb der Regierungsebenen umfangreiche Kooperation zum Thema vonstatten ging, war eine vom schwedischen Außenministerium finanzierte NGO-Konferenz zum Kinderhandel im September 2003 in Vilnius, die 50 NGOs aus dem Ostseeraum und aus weiteren östlichen Ländern versammelte und Politikempfehlungen erarbeitete. Weiterhin wurden regelmäßige Treffen der nationalen Kontaktstellen begonnen, die die Zusammenarbeit institutionalisieren sollten. Im März 2004 wurde zusammen mit der WGDI ein Treffen von Experten und Regierungsvertretern veranstaltet, das sich der gesetzgebenden Seite des Kampfs gegen den Menschenhandel widmete.

¹⁸¹¹ ebd., S. 10.

¹⁸¹² ebd., S. 11.

¹⁸¹³ ebd., S. 12.

¹⁸¹⁴ Report from the Work of the WGCC and the Children's Unit. July 1st 2003 – June 30th 2004. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/cbssmd/otherdocuments/wgccannualreport.doc>, 27.08.2007, S. 6f.

Die Finanzierung des Sekretariats blieb auch weiterhin freiwillig, für 2004 zahlten alle Staaten außer Russland und Lettland ihre Beiträge. Russland hatte also seit dem Bestehen des Sekretariats keine Unterstützung geleistet.

4.8.2 Die Ebene der BSSSC

Schon die zweite BSSSC-Konferenz vom 17.-19.10.1994 in Lübeck-Travemünde befasste sich ausgiebig mit dem Thema Jugend. Sie untersuchte soziale Probleme, Arbeitslosigkeit und mangelnde Bildung bei Jugendlichen und Möglichkeiten, Jugendliche und ihre Talente zu fördern, unter anderem durch Jugendaustausch¹⁸¹⁵. Die Konferenz begrüßte diverse Jugendprojekte wie unter anderem das deutsch-polnische Gymnasium Löcknitz, die Sommerschule 1996 für jugendliche Musiker im schwedischen Kristianstad und das schleswig-holsteinische Angebot, ein Jugend-Informationsbüro für den gesamten Ostseeraum einzurichten¹⁸¹⁶. Die Teilnehmer der Konferenz bekundeten ihre Absicht, Kooperation im Jugendbereich fortzuführen und zu intensivieren.

Die vierte BSSSC-Konferenz vom 17.-18.10.1996 in Vaasa nahm das Thema in einem Workshop wieder auf. Hier entschied man, NGOs in die Jugendkooperation aufzunehmen. Da in diesem Bereich schon einige supranationale Strukturen bestanden, deren größte das *Baltic Youth Forum*, das Kieler *Baltic Youth Office* und das *Baltic Youth Committee* waren, mussten sich die BSSSC und auch die UBC, wenn sie sich Jugendfragen annehmen wollten, einordnen¹⁸¹⁷. Der Workshop sah die Aufgabengebiete in einer Verstärkung der Kooperation, einer Verbesserung des Informationsflusses zu Finanzierungsmöglichkeiten und in der Vergrößerung von Jugendmobilität sowie der Einbindung ausgegrenzter Jugendlicher. Hierzu sollten die bestehenden Strukturen des Jugendbüros Schleswig-Holstein und von NGOs genutzt werden, um Doppelarbeit zu vermeiden. Zudem griff der Workshop einen Vorschlag des *Nordic Youth Committees* auf, eine Ostsee-Jugendkonferenz für nationale und regionale Jugendräte und für Jugendverwaltung und -politik zu veranstalten und dabei einen Aktionsplan für dieses Politikfeld zu entwickeln. Sie wurde für den Mai 1997 geplant und das *Nordic Youth Committee* übernahm die Vorbereitungen.

Die Folgekonferenz von Gdansk 1997 wurde konkreter, indem sie den Ostseerat aufforderte, eine Ostsee-Jugendstiftung nach dem Vorbild der deutsch-französischen Jugendkooperation

¹⁸¹⁵ Conclusions of the second Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation - 17-19 October 1994, S. 5.

¹⁸¹⁶ ebd., S. 5.

¹⁸¹⁷ Conclusions of the Fourth Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation, S. 6.

einzurichten¹⁸¹⁸. 1999 nahm die BSSSC-Konferenz das Thema wieder auf. Zunächst forderte sie wiederum eine Verbesserung der Jugendmobilität und die Anpassung der Kriterien der unterschiedlichen Förderstrukturen auf die Bedürfnisse von Jugendlichen. Mittlerweile war aus Mitgliedern der BSSSC, des im März 1999 eingerichteten *Baltic Sea Youth Secretariats* und des *Baltic Youth Forum* eine Arbeitsgruppe zu Jugendmobilität eingerichtet worden, die der nächsten Ostseekonferenz zu Jugendkooperation vom 15.-18.06.2000 in Lübeck über Fördermöglichkeiten für Jugendprojekte berichten sollte und die noch einmal die Forderung der BSSSC aus Gdansk nach einer Ostsee-Jugendstiftung wiederholte¹⁸¹⁹. Im Workshop zu Jugendfragen stellten sich unterschiedliche Jugendprojekte aus den Ostseestaaten vor, informierten sich so voneinander und hatten die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen. Wiederum wurde die Notwendigkeit der weitergehenden Finanzierung von Jugendaustausch betont¹⁸²⁰. In diesem Zusammenhang schloss sich auch das BSSSC-Treffen von Malmö im Jahr 2000 der Forderung nach der Einrichtung einer Ostsee-Jugendstiftung an.

Auf ihrer zehnten Konferenz bot die BSSSC Jugendengagierten die Möglichkeit, ein eigenes Netzwerk, das *BSSSC youth coordinators network* zu gründen¹⁸²¹. Dadurch wurde nicht nur die Koordinierung der unterschiedlichen Projekte im Ostseeraum vereinfacht, sondern auch den Forderungen aus dem Jugendbereich gegenüber der nationalen und der europäischen Ebene mehr Gewicht verliehen.

Die elfte BSSSC-Konferenz vom 23.-25.10.2003 in St.Petersburg veranstaltete einen weiteren Workshop zum Thema Jugendliche¹⁸²². Zum Einbezug Jugendlicher stellte sich zunächst das Projekt *Participation-Identity-Planning-Entrepreneurship* (PIPE) vor, das mit den baltischen Staaten, Finnland, Norwegen, Russland und Schweden als Mitgliedern und gefördert durch INTERREG IIIB 20 Gemeinden, 25 Schulen und damit um die 1000 Schüler umfasste. Gemeinsam sollten Antworten zu politischen Fragen wie die Globalisierung, Möglichkeiten der Entwicklungsanreize für Gebiete der Ostseeregion, dem Umgang mit der EU-Erweiterung und grenzüberschreitender Kooperation und den Möglichkeiten des Beitrags junger Menschen zu Innovationen und nachhaltiger Entwicklung gesucht werden¹⁸²³. Damit sollte die Jugend in politische Entwicklungen einbezogen, die Qualität der Ausbildung der jungen Unternehmerschaft und ihrer politischen Mitwirkung gehoben und die regionale Identität gestärkt werden. Der zweite Teil des Workshops untersuchte die von den Beteiligten am

¹⁸¹⁸ Conclusions of the Fifth Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation.

¹⁸¹⁹ Resolution of the 7th Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation.

¹⁸²⁰ ebd.

¹⁸²¹ Resolution of the 10th BSSSC Annual Conference, Lillehammer, 24.-26.10.2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bsssc.com/section.asp?id=144&pid=81>, 18.09.2005.

¹⁸²² The 11th BSSSC annual conference, St Petersburg (Russian Federation), 23-25 October 2003 - Resolution, S. 113ff.

¹⁸²³ ebd., S. 114.

häufigsten genannten Probleme der Ostsee-Jugendkooperation: Finanzierungsmangel, mangelnde Kooperation zwischen Jugendlichen, Eltern und Politikern, Visaprobleme, Bürokratie und mangelnde politische Unterstützung¹⁸²⁴. Im Bereich der Finanzierung wurden einerseits ein Mangel an Informationen zur korrekten und erfolgreichen Bewerbung und Nutzung der teilweise komplizierten Fördermöglichkeiten und andererseits das Fehlen genau auf den Ostseeraum zugeschnittener Förderinstrumenten sowohl auf europäischer als auch auf regionaler Ebene beklagt¹⁸²⁵. Für die mangelnde Zusammenarbeit von Jugendlichen, Eltern und Politikern wurden Sprachbarrieren, unterschiedliche Lebensstandards, mangelnde Möglichkeiten der Präsentation der Inhalte gegenüber der Politik, mangelnde Information der Jugendlichen über Möglichkeiten der Kooperation und die Schwierigkeit, Partner für Projekte zu finden, als Gründe angegeben. Mögliche Abhilfe wurde in der Formulierung eines umfassenden Programms gesehen, das Ziele und Mittel der Jugendkooperation eindeutig zusammenfasst¹⁸²⁶. Im Bereich der Visa wurden die Kosten und die lange Bearbeitungsdauer beanstandet und die kostenlose Ausstellung von Visa in kürzerer Bearbeitungszeit für Jugendkooperation gefordert. Der dritte Teil des Workshops war einem Überblick über die unterschiedlichen Möglichkeiten für Jugendliche im Ostseeraum zu studieren und zu arbeiten gewidmet, um so die verschiedenen Angebote bekannt zu machen und die Jugendmobilität zu vermehren.

Der Workshop zeigte die beiden Seiten der Jugendkooperation zum Zeitpunkt der EU-Osterweiterung. Zum einen existierten anspruchsvolle Programme mit einem großen Mitgliederkreis wie das PIPE-Projekt, zum anderen standen der Kooperation weiterhin massive Schwierigkeiten im Weg, die die Politik zu lösen hatte. Insofern war eine ostsee-eigene Jugendkooperation auch nach dem Mai 2004 weiterhin wichtig.

4.8.3. Sozialpolitik

Die UBC war die einzige unter den größeren Organisationen des Ostseeraums, die dezidiert zu sozialen Fragen arbeitete. Schon auf der ersten Generalkonferenz der UBC vom 22.-24.05.1992 in Kalmar bestand eine Arbeitsgruppe zu Sozialem und Kultur, die 1993 aufgeteilt wurde, wodurch eine eigene Kommission zu sozialen Fragen der UBC entstanden war, die von den Hansestädten Rostock und Lübeck gemeinsam geleitet wurde.

¹⁸²⁴ ebd., S. 114.

¹⁸²⁵ ebd., S. 115.

¹⁸²⁶ ebd., S. 115.

Die Kommission organisierte vom 30.-31.01.1994 den ersten Workshop zur Beschäftigungsentwicklung im Ostseeraum. Das Ziel hierbei war, einen Dialog über die Beschäftigungssituation anzustoßen und in diesem Bereich Tätige zusammenzuführen¹⁸²⁷. Die Kommission institutionalisierte ihre Arbeit durch die Einrichtung eines Sekretariats in Rostock zum 15.06.1994, das von Rostock und Lübeck gemeinsam finanziert wurde. Das Sekretariat untersuchte die Fördermöglichkeiten der EU im Bereich von Arbeitslosigkeit und Beschäftigungspolitik und versandte im Oktober 1994 einen Fragebogen zur Beschäftigungssituation an alle Mitgliedsstädte. 33 Städte antworteten und es wurde ein entsprechender Bericht erstellt, der an die UBC-Mitglieder verteilt wurde. Vom 20.-21.03.1995 fand daraufhin der zweite Workshop zur Beschäftigungsentwicklung statt, der Ideen für neue Projekte brachte wie zum Beispiel die Weiterbildung von im Beschäftigungsbereich tätigen Beamten aus östlichen Städten, die in Rostock stattfinden sollte, spezielle Formen des Erfahrungsaustauschs und Segeltörns für Jugendliche in Begleitung von Sozialarbeitern¹⁸²⁸.

Die dritte Generalkonferenz der UBC im Dezember 1995 hatte Arbeitslosigkeit und soziale Fragen als Hauptthema. Zunächst legten Lokalpolitiker und Mitglieder internationaler Sozialorganisationen ihre Thesen dar, in der Folge stellten Vertreter von sieben Ostseestädten die Maßnahmen und Initiativen ihrer Städte im sozialen und im Beschäftigungsbereich vor¹⁸²⁹. Dadurch entstand wiederum die Möglichkeit des Erfahrungs- und Meinungsaustauschs.

Auch die Projekte des Zeitraums 1995-1997 waren in der Mehrzahl auf Erfahrungsaustausch angelegt wie das EU PACTE-Projekt *Baltic Cities*, an dem Helsinki, Storstrom, Kalmar, Lübeck und Rostock teilnahmen. Der Austausch sollte hier Erfahrungen der Beschäftigungsentwicklung betreffen und Seminare in allen teilnehmenden Städten, Workshops, Konferenzen, Ausstellungen und eine Publikation der Ergebnisse einschließen. Ein anderes Projekt, *Growing Europe-Groovy Europe*, gab Jugendlichen der Ostseestädte Gelegenheit, sich auf dem Rostocker Kulturschiff „Stubnitz“ zu treffen und gemeinsam Musik zu machen. Eine von der Kommission organisierte Wohltätigkeitsradtour brachte von Rostockern gespendete Dinge in bedürftige Waisenhäuser in das polnische Stegna, nach

¹⁸²⁷ Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities 24-25 September 1993 (Kaliningrad) - 8-9 December 1995 (Aarhus).

¹⁸²⁸ ebd.

¹⁸²⁹ IIIrd General Conference, Aarhus, 8-9 December 1995 - Speeches. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/IIIrd-general/speeches.doc>, 20.12.2005.

Kaliningrad und Riga¹⁸³⁰. Zusätzlich plante die Kommission die Herausgabe eines Event-Kalenders „*What happens in the Baltic?*“.

Im November 1998 richtete sie Kontakte zur WHO ein, um so sowohl politische Unterstützung als auch inhaltlichen Input in Form von Informationsveranstaltungen, Ausbildung und Kapazitätsbildung zu erhalten. 1999 unternahm die Kommission zusammen mit 17 UBC- Städten eine Studie zur sozialen Situation älterer Bürger, deren Ergebnisse die Planung zukünftiger Projekte erleichtern sollte. Seit dem Mai 1998 wurde auch ein Newsletter zu Fragen der Sozial- und Gesundheitspolitik herausgegeben. Im Zeitraum Oktober 1999 bis September 2001 konnte davon wegen mangelnder Mitarbeit der Partner der Kommission aber nur eine Ausgabe veröffentlicht werden¹⁸³¹. Im genannten Zeitraum setzte die Kommission ihre Arbeit kontinuierlich fort, das Sekretariat entwickelte verschiedene Projektideen und Finanzierungsanträge und war in der Partnersuche und -vermittlung für Projekte aktiv. Weiterhin begann die Kommission auf Initiative der internationalen Organisation „Soziale Hanse“ ein Projekt zu Freiwilligenarbeit, das ihre wichtige Rolle bewusst machen und die Arbeitsbedingungen verbessern sollte. Zunächst wurde zur Datensammlung ein Fragebogen zur Situation der Freiwilligenarbeit erarbeitet und an die Mitgliedsstädte verschickt.

Neben der Teilnahme am ECOS-Ouvertüre/PHARE-Projekt *Business around the Baltic Sea* (BABS) von 1999-2001 bearbeitete die Kommission die Ergebnisse des Fragebogens zur Situation älterer Menschen und gab im Sommer 2000 eine entsprechende Publikation heraus. 17 Städte aus acht Ostseestaaten hatten geantwortet, was angesichts von 100 Mitgliedsstädten 2001 eine verhaltene Beteiligung darstellte. Ausgehend von diesen Ergebnissen sollten neue Projekte, vor allem für Partnerschaften und Erfahrungsaustausch, entwickelt werden¹⁸³². Zudem nahm die Kommission auch an Veranstaltungen anderer teil wie der zweiten Ostsee-Frauen-Konferenz vom 09.-11.03.2000 in Helsinki, dem ersten CBSS-NGO-Forum im Mai 2001 und am Kongress „*Instruments and Strategies for a Sustainable Development of Culture and Tourism in the Baltic Sea Region*“ am 05.09.2001 in Wismar. Außerdem war die Gruppe mit der Vorbereitung der Rostocker Generalkonferenz 2001 beschäftigt, einschließlich der Vorbereitung der auf dem Treffen verabschiedeten Sozial-Charta der UBC.

Die sechste Generalkonferenz der UBC im Oktober 2001 nahm die UBC Sozial-Charta an. In dieser bekannten sich die Unterzeichnenden zur Zivilgesellschaft, zum Schutz der Bürger vor Lebensrisiken, zum stärkeren Einbezug von Kindern und Jugendlichen, zum Schutz vor Diskriminierung und Missbrauch, zur Umsetzung der Gleichheit der Geschlechter im

¹⁸³⁰ Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 8-9 December 1995 (Aarhus) - 12-13 September 1997 (Gdansk).

¹⁸³¹ Commission on Health and Social Affairs - Activity Report October 1999-September 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/today/vith-general_social.html, 20.12.2005, S. 1.

¹⁸³² ebd., S. 2.

öffentlichen Leben und zum Prinzip der Nachhaltigkeit¹⁸³³. Die Städte verpflichteten sich, regelmäßig den Generalkonferenzen über ihre Aktivitäten auf diesem Gebiet zu berichten.

Hierzu erarbeitete die Kommission zu sozialen Fragen einen Aktionsplan, den sie im Juni 2002 dem *Executive Board* präsentierte, der ab Herbst 2002 in alle Sprachen des Ostseeraums übersetzt und im März 2003 an alle Mitglieder verschickt wurde¹⁸³⁴. Kurz danach wurde er in die Internetseite der UBC integriert. Von der Annahme der Sozial-Charta bis zur Verteilung des Aktionsplans hatte es also anderthalb Jahre gedauert. Der Dialog zu den relevanten Überlegungen der anderen Kommissionen begann im November 2002. Um diese Aktionslinie der UBC in der Öffentlichkeit bekannter zu machen, begann die Kommission ab dem Januar 2003 mit der Suche nach Personen des öffentlichen Lebens, die als Botschafter der Sozial-Charta auftreten sollten.

Daneben unterstützte die Kommission die Vorbereitung und Durchführung der Hanse-Sonnenscheintour, die Radfahrer ab Greifswald entlang der südlichen und westlichen Ostseeküste bis Finnland führte, wobei Geld für Kinder mit Krebs oder chronischen Erkrankungen in den Transformationsstaaten des Ostseeraums gesammelt wurde. Diese Mittel wurden auf dem zweiten Teil der Fahrt, entlang der Ost- und Südküste bis Szczecin in die entsprechenden Organisationen und Krankenhäuser gebracht¹⁸³⁵. Daneben unterstützte die Kommission das Sekretariat hinsichtlich einer Ausstellung zu zehn Jahren UBC im Rostocker Rathaus und der Vorbereitung der Konferenz zu *Municipal Environmental Management Systems* vom 15.-16.11.2003 in Rostock und überwachte die Entwicklung sozialer Belange innerhalb der UBC- Mitgliedsstädte. Aus meist finanziellen Gründen konnten sich die Städte Tallinn, Greifswald, Nykøbing, Tartu, Panevėžys und Vaasa nicht zur Ausrichtung eines Kommissionstreffens bereit finden, so dass davon abgesehen wurde¹⁸³⁶.

Das parallel zur siebten Generalkonferenz im Oktober 2003 stattfindende Treffen der Kommission zu sozialen Fragen beschloss eine Neuordnung der Kommissionsarbeit und die

¹⁸³³ Die Städte verpflichteten sich zu starker Unterstützung des gesellschaftlichen und politischen Engagements ihrer Bürger durch die Verbesserung der Bedingungen für solche für den sozialen Zusammenhalt und lokale Demokratie unverzichtbaren Tätigkeiten, auch in NGOs. Weiterhin verpflichteten sich die Städte, auf lokaler und nationaler Ebene alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die Bürger vor Lebensrisiken wie Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit zu schützen. Jugendliche sollten durch gesellschaftlichen Einbezug bessere Möglichkeiten für ein freies und selbstbestimmtes Leben bekommen, Ältere, Behinderte und chronisch Kranke sollten Unterstützung für ein möglichst unbehindertes Leben bekommen. Für den Kampf gegen den Frauen- und Kinderhandel wurde die Notwendigkeit lokaler Präventionsprogramme betont.
Social Charter for member Cities of the Union of the Baltic Cities. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/today/vith-general_social.html, 20.12.2005.

¹⁸³⁴ Commission on Health and Social Affairs - Activity Report October 2001- September 2003. In: Reports and Action Plans of the UB Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005, S. 15.

¹⁸³⁵ ebd., S. 16.

¹⁸³⁶ ebd., S. 16.

Einführung von Task Forces, die eine konzentriertere Arbeit an Details ermöglichen sollten¹⁸³⁷.

Das erste Treffen der Task Force zu Gesundheit und sozialen Fragen fand vom 19.-20.01.2004 in Rostock statt. Vertreter der Städte Riga, Klaipėda, Reda, Helsinki, Turku, Stockholm, Gävle und Rostock sowie Sozialwissenschaftler aus Vilnius und Rostock waren anwesend. Die Teilnehmer schilderten die Situation in ihren Städten, woraufhin zwei Arbeitsgruppen eingesetzt wurden, die *Working Group on Children and Youth on Risk* unter dem Vorsitz von Riga und Gävle und die *Working Group on Employment* unter dem Vorsitz von Klaipėda und Helsinki¹⁸³⁸. Hiermit war der Rahmen für eine detaillierte Arbeit in dieser Richtung eingerichtet worden und die Kommission hatte sich somit inhaltlich differenziert und spezialisiert. Zudem wurde eine kleine Arbeitsgruppe zur Sozial-Charta eingerichtet, die Möglichkeiten der Umsetzung ihrer Ziele untersuchen sollte. Die Diskussion des Treffens berührte auch die Umsetzung der Ziele der EU-Strategie gegen Armut und sozialen Ausschluss in nationalen Aktionsplänen und Erfahrungsaustausch zu Planung, Umsetzung und follow-up transnationaler EU-Projekte¹⁸³⁹.

4.8.4 Sport

Konkrete multilaterale Kooperation im Bereich Sport führte von den untersuchten Gremien außer der *Baltic Seven Islands Co-operation* mit ihren Spartakiaden nur die UBC mit ihrer ab 1995 bestehenden Kommission zu Sport durch. Ihr Sekretariat wurde in Gdynia, das zusammen mit Karlskrona die Leitungsfunktion übernommen hatte, eingerichtet. Die ersten organisierten Veranstaltungen waren eine Grand Prix Windsurfing-Regatta in Łeba, ein Weihnachts-Fußballturnier in Karlskrona 1996 und sportliche Wettkämpfe der Partnerstädte in Gdynia. 1997 arbeiteten schon 20 Gemeinden in den Aktionen der Kommission mit. In den Jahren 1997-1999 beschränkte sich die Arbeit der Kommission auf die gegenseitige Präsentation und Abstimmung der Sportveranstaltungen der Städte und Beratungen zu Finanzierungsmöglichkeiten sowohl über die Kommission selbst als auch über andere Quellen wie zum Beispiel die EU. Die Kommission begann außerdem, einen Newsletter zu veröffentlichen. Im April 2000 veranstaltete die Kommission ein Treffen in Litauen, an dem vor allem litauische Städte, aber auch das lettische Jurmala, Kolding und Gdansk teilnahmen.

¹⁸³⁷ Commission on Health and Social Affairs - Activity Report November 2003-August 2005. In: Reports and Action Plans of the UB Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005, S. 14.

¹⁸³⁸ ebd., S. 15.

¹⁸³⁹ ebd., S. 15.

Die Teilnehmer stellten die Sportstrukturen ihrer Städte vor, ihre sportlichen Einrichtungen und die Funktionsweise der Sportvereine und –klubs. Wiederum wurden kleinere Summen zur Unterstützung ausgewählter Sportveranstaltungen mobilisiert. Ab 2002 wurde Behindertensport ein Thema der Kooperation innerhalb der Kommission zu Sport der UBC. Das Kommissionstreffen im März 2002 in Karlskrona mit Teilnehmern aus Schweden, Estland, Litauen, Polen und Dänemark näherte sich ihm mit Präsentationen und Diskussionen an¹⁸⁴⁰. Die Fördersummen des Jahres von insgesamt 4.500 Euro gingen dann auch mehrheitlich an Behindertensportveranstaltungen.

Zusätzlich begann man das mit der Sozial-Charta verbundene Projekt *Without Limits*. Dafür wurde von Juni bis September 2002 ein Fragebogen zur Situation von Menschen mit Behinderung an die Mitgliedsstädte verschickt. Das Öffnen psychologischer Schranken, die Beseitigung von Vorurteilen und eine professionelle Vertretung dieser Menschen stellten nach den Ergebnissen des Fragebogens die dringendsten Notwendigkeiten dar¹⁸⁴¹. Im September 2002 wurde in Gdynia eine entsprechende Konferenz veranstaltet, die die Kampagne *Without Limits* einweihete. Auf dieser Konferenz stellte Maryanne Rönnersten schwedische Politik für Behinderte auf lokaler Ebene vor, nach den 22 Regeln der UNO-Vollversammlung *Agenda 22* benannt. Ebenso kam die europäische Perspektive in den Blick, wie auch Projekte von in diesem Gebiet tätigen NGOs. Gdynia war daraufhin die erste polnische Stadt, die eine *Agenda 22 – Disability Policy Planning Instructions for Local Authorities* annahm. Öffentlichkeitswirkung wurde darüber hergestellt, dass die gesamte erste Ausgabe des UBC-Bulletins im Jahr 2003 diesem Thema gewidmet war und ein Malwettbewerb für behinderte Kinder und Jugendliche im Alter von 10-16 Jahren veranstaltet wurde, dessen Ergebnisse in einer Wanderausstellung präsentiert wurden. Gdynia organisierte auch eine Folgekonferenz im Mai 2003 zur lokalen Politik gegenüber Menschen mit Behinderung. 80 Vertreter vor allem polnischer Städte und von NGOs nahmen teil.

Das Treffen der Sportkommission im dänischen Aalborg vom 11.-13.04.2003 konkretisierte mit seinem Thema „*Sport as a rehabilitation tool for integration*“ den Ansatz, es waren jedoch nur sechs Städte aus vier Staaten vertreten. In diesem Jahr wurden keine Unterstützungen an Sportveranstaltungen gezahlt, sondern das Geld wurde in einem Preis für Chancengleichheit gesammelt, den die Stadt Tallinn für die Ausrichtung der sechsten Gehörlosen- Europameisterschaften erhielt¹⁸⁴². Im Jahr 2004 stand analog zu dem vom Europarat ausgerufenen Jahr der Bildung durch Sport dieser Themenzusammenhang im

¹⁸⁴⁰ Commission on Sport - Activity Report October 2001-September 2003. In: Reports and Action Plans of the UB Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005, S. 18.

¹⁸⁴¹ ebd., S. 19.

¹⁸⁴² ebd., S. 18.

Mittelpunkt und die Förderungssummen von insgesamt 5.000 Euro gingen an entsprechende Projekte in Estland, Deutschland, Litauen und Polen¹⁸⁴³.

4.9 Raumentwicklung

4.9.1 VASAB

Raumplanung und -entwicklung war und ist in sich integrierenden Gebieten nicht nur im Verkehrsbereich internationale Kompetenz, auch Oberzentren und strukturell schwache Gebiete strahlen in ihrer Wirkung über nationale Grenzen hinaus. Es lag also nahe, im Ostseeraum schon zu Beginn der 1990er Jahre Kooperation zur Raumplanung zu initiieren, um die Bemühungen zur Überwindung der räumlichen Teilung zu unterstützen. Dies geschah mit der ersten Konferenz der für Raumplanung zuständigen Minister der Ostseestaaten vom 20.-21.08.1992 im schwedischen Karlskrona, an der auch Vertreter des Nordischen Ministerrats, der EBRD und der HELCOM teilnahmen. Russland war durch St.Petersburg, Deutschland durch Vertreter der Landesregierungen Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns vertreten. Hier wurde vereinbart, das erste gemeinsame Entwicklungskonzept für den Ostseeraum zu formulieren, das den Namen „*Visions and Strategies for the Baltic Sea Region 2010*“ tragen sollte¹⁸⁴⁴. Die Grundlage bildete ein vom Ostseeinstitut Karlskrona ausgearbeitetes Papier, was den auch hier hohen schwedischen Anteil am Gesamtprojekt deutlich macht. Die Nationalstaaten und Regionen wurden aufgefordert, hierfür relevante Informationen aus raumplanerischen, ökonomischen und ökologischen Planungen zu veröffentlichen, was einen deutlichen Anstieg der Transparenz und des internationalen Vertrauens erforderte und gleichzeitig auch ermöglichte. Die Staaten sollten auch weiterhin Studien dieser Art durchführen und ihre Ergebnisse bekannt machen. In diesem Zusammenhang wurde die starke Notwendigkeit des Einbezugs lokaler Behörden, Wirtschaftskreise, Universitäten und NGOs betont. Enge Kontakte zum Baltischen und zum Nordischen Rat sollten ebenso wie zur HELCOM, der Konferenz der Verkehrsminister und anderen gepflegt werden, um Doppelarbeit zu vermeiden. Eine Gruppe aus *focal points* wurde zur Koordinierung der Arbeit eingerichtet, ein Sekretariat von der schwedischen Regierung am Ostseeinstitut Karlskrona eingerichtet.

¹⁸⁴³ Commission on Sport. Activity Report November 2003-August 2005. In: Reports and Action Plans of the UBC Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005, S. 20.

¹⁸⁴⁴ Conclusions of the First Conference of Ministers for Spatial Planning and Development.

Die zweite Ministerkonferenz auf diesem Gebiet begrüßte die geleistete Arbeit der Arbeitsgruppe und sah für die Fertigstellung des Berichts die Konferenz im Jahr 1994 vor¹⁸⁴⁵. Es wurde betont, dass Raumplanung in einem demokratischem Prozess in der Verantwortung jedes einzelnen Staats liege, dass dennoch die Kooperation auf diesem Gebiet verstärkt werden müsse, wodurch Vorbehalte von Nationalstaaten abgebaut werden sollten.

Der dritten Konferenz der für Raumplanung zuständigen Minister vom 08.-09.12.1994 in Tallinn konnte der Bericht vorgelegt werden, wenn auch einige Daten nicht vollständig waren und vor allem aus Russland Daten fehlten¹⁸⁴⁶. Die gemeinsame Zielvorstellung für den Ostseeraum im Jahr 2010 beinhaltete eine Vielfalt von Wechselbeziehungen zwischen Handel, Verkehr, Kultur und Bildung sowie die Vielfalt individueller Subregionen, die sich nach ihren Voraussetzungen und Möglichkeiten entwickeln. Trotzdem wurde eine starke gemeinsame Identität angestrebt, die dem Ostseeraum erlauben sollte, eine wichtige Rolle in Europa und der Welt zu spielen. Die Richtlinien für die Planung sollten der Respekt für die Umwelt, Transparenz, Verlässlichkeit, Teilhabe und Subsidiarität sein¹⁸⁴⁷. So wurde eine gemeinsame Zielorientierung als Basis für weitere Maßnahmen geschaffen. Gleichzeitig war jedoch auch klar, dass die entwickelten Ziele rechtlich nicht verbindlich waren, sondern lediglich Orientierung für entsprechende nationale, regionale und lokale Entscheidungen darstellen konnten.

Der Bericht stellte erstmals Fakten über Bevölkerungsgrößen und -verteilung, Universitäten und ihre Studentenzahlen, Flugverbindungen, Eisenbahn- und Straßenverbindungen, Handelsmessen, Strahlungswirkung von Städten, Energieerzeugung und -haushalte zusammen. Bestehende Kooperation und ökologisch sensible Zonen wurden außerdem ausgewiesen¹⁸⁴⁸. Nach dieser überaus detaillierten Bestandsaufnahme definierte der Bericht Entwicklung, umweltbezogene Nachhaltigkeit, Freiheit und Solidarität als Maßstäbe der Arbeit. „Entwicklung“ bezog hiernach kulturelle und soziale Aspekte ein, wenn auch wirtschaftliche Entwicklung als Grundbedingung gesehen wurde. Als elementar für die Entwicklung wurde der Respekt für die Diversität der individuellen persönlichen, naturräumlichen und kulturellen Gegebenheiten angesehen¹⁸⁴⁹. Im Bereich der Nachhaltigkeit

¹⁸⁴⁵ Conclusions of the Second Conference of Ministers for Spatial Planning and Development.

¹⁸⁴⁶ Tallinn Report: Preface. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.vasab.org/documents.php?go=display&ID=64>, 01.04.2008.

¹⁸⁴⁷ ebd.

¹⁸⁴⁸ Tallinn Report 1994: Part II - The Baltic Sea Region today. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.vasab.org/documents.php?go=display&ID=66>, 02.04.2008.

¹⁸⁴⁹ Raumplanerische Strukturen und Prozesse im Bereich der Entwicklung sollten günstige Bedingungen für die effiziente Nutzung der Ressourcen des Ostseeraums hinsichtlich Wirtschaft, Kultur, Kunst und Wissenschaft schaffen, Unsicherheiten für Investoren und andere Akteure beseitigen und die Entwicklung der Regionen nach ihren spezifischen Stärken unterstützen.

wurden energieeffiziente Siedlungsstrukturen, der Gebrauch umweltfreundlicher Transportmittel, der Schutz wertvoller Umweltschätze und die Unterstützung nachhaltigkeitsbezogener Projekte gegenüber anderen Wirtschaftszweigen als Kriterien definiert¹⁸⁵⁰. Als ausschlaggebend für die als nur vom Respekt gegenüber den Interessen anderer begrenzten Entscheidungsfreiheit definierte Freiheit formulierte das Dokument die effektive Versorgung aller Regionen mit Dienstleistungen und Beschäftigungsmöglichkeiten und den angemessenen physischen Zugriff auf diese, sowie den größtmöglichen Einbezug sowohl der regionalen und lokalen Ebene als auch der Bürger und der Wirtschaft vor Ort¹⁸⁵¹. Als Solidarität definierte der Bericht die Fähigkeit, Kompromisse zwischen widerläufigen Landnutzungsinteressen zu schaffen, interregionale Unterschiede in Lebensstandards auszugleichen, lokale, regionale und nationale Interessen auszugleichen.

Auf diese Weise wurden moderne und zukunftsfähige Leitsätze formuliert, deren komplexe Umsetzung jedoch viel Zeit und Anstrengungen verlangten. Dennoch war somit für den Ostseeraum eine gemeinsame Zielvorstellung formuliert worden, an der sich Entscheidungen zu orientieren hatten. Diese Zielvorstellung wurde konkretisiert in differenzierten Zielen für die Entwicklung von Städten, den *Pearls*, den Verkehrsadern, den *Strings* und den ländlichen Gebieten, den *Patches*¹⁸⁵².

Hinsichtlich der Umsetzung wurde betont, dass angesichts der wachsenden Kooperation im Ostseeraum eine stärkere Koordinierung der Anstrengungen notwendig sei. Hierzu wurden jährliche Treffen der Raumplanungsminister vorgeschlagen¹⁸⁵³. Weiterhin wurde angeregt, Pilotprojekte zu planen und die Finanzierung zu klären, internationale Marketinganstrengungen für die Ostseeregion zu unternehmen und ein planungsspezifisches Forschungsprogramm zu entwickeln. Zur Unterstützung und Koordinierung dessen wurde die Einrichtung eines permanenten VASAB-Sekretariats angeregt¹⁸⁵⁴. Hinsichtlich der Stadtentwicklung wurde eine enge Zusammenarbeit mit der UBC empfohlen und die Absicht ausgedrückt, das von der UBC gerade angenommene BSCP mit umzusetzen zu helfen. Im Bereich der Infrastrukturentwicklung sollte zusammen mit der Konferenz der Verkehrsminister nach Orten für neue multimodale Verkehrszentren gesucht und weitere Notwendigkeiten bei der Verbesserung der Hinterlandanbindungen von Häfen identifiziert werden. Bei der Entwicklung der ländlichen Gebiete sollten die Regionen die

Tallin Report: Part III – Vision. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.vasab.org/documents.php?go=display&ID=67>, 02.04.2008.

¹⁸⁵⁰ ebd.

¹⁸⁵¹ ebd.

¹⁸⁵² ebd.

¹⁸⁵³ Tallin Report: Part IV - strategies and first common action. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.vasab.org/documents.php?go=display&ID=68>, 02.04.2008.

¹⁸⁵⁴ ebd.

Hauptverantwortung tragen, von den Staaten jedoch finanziell und im Aufbau der Rahmenbedingungen wie der Übertragung von Kompetenzen unterstützt werden¹⁸⁵⁵, was vor allem in den zentraler geführten Staaten wie Russland oder Schweden eine Neuerung darstellte. Auf diese Weise sollte grenzüberschreitende Kooperation vereinfacht und zur Entwicklung von ebensolchen Kooperationsprojekten angeregt werden.

So war also ein modernes und umfassendes Raumentwicklungsprogramm auf der Basis einer Analyse der bestehenden Verhältnisse für den Ostseeraum entstanden. Als weitere Aufgaben für die VASAB wurden daraufhin die Anregung der EU zur und ihre Unterstützung bei der Entwicklung einer europäischen Planungsperspektive sowie die Erstellung eines Überblicks über alle raumplanerischen Kooperationsprojekte des Ostseeraums gesehen.

Die dritte Konferenz der für Raumplanung zuständigen Minister vom 08.-09.12.1994 verabschiedete den Bericht als nützliche Basis für eine weitere Stärkung der Kooperation auf diesem Gebiet, die die raumplanerischen Interessen der Ostseeanrainer harmonisch zusammenfasst. Die EU wurde aufgefordert, VASAB in ihren Planungen zu berücksichtigen, an den Ostseerat erging die Aufforderung, VASAB in seine übergeordnete Strategie aufzunehmen¹⁸⁵⁶. Zur Umsetzung der Inhalte wurde das CSD/BSR eingerichtet.

Die vierte Konferenz der Raumplanungsminister fand unter deutschem Vorsitz am 22.10.1996 in Stockholm statt, wodurch die Vernetzung mit einem informellen Treffen der Umweltminister am 21.10. am selben Ort möglich war und Inhalte der künftigen Baltic 21 besprochen werden konnten. Dementsprechend begrüßte die Konferenz die auf dem informellen Treffen gefallene Entscheidung der Umweltminister, auf die Empfehlung des Visby-Gipfels hin zum Frühjahr 1998 eine Agenda 21 für den Ostseeraum vorzulegen und beauftragte die CSD/BSR, mit HELCOM und der von den Ministern eingerichteten *Senior Officials Group* bei der Ausarbeitung der Agenda 21 mitzuwirken¹⁸⁵⁷. Die Konferenz bestätigte verschiedene inzwischen vom CSD/BSR entwickelte Projekte zur Umsetzung der gemeinsamen Ziele¹⁸⁵⁸. Da raumplanerische Konflikte zumeist im Küstenbereich existierten,

¹⁸⁵⁵ ebd.

¹⁸⁵⁶ Conclusions of the Third Conference of Ministers for Spatial Planning and Development.

¹⁸⁵⁷ Conclusions of the Fourth Conference of Ministers for Spatial Planning and Development - Stockholm Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.vasab.org/documents.php?go=display&ID=51>, 02.04.2008.

¹⁸⁵⁸ Die Erstellung eines Programms zur nachhaltigen Besiedlung und der Entwicklung urbaner Netzwerke (Pearls), das Verbinden der Entwicklung des europäischen Verkehrsnetzes mit nachhaltiger regionaler Verkehrsentwicklung (Strings), die Einrichtung von Pilotprojekten zur nachhaltigen Entwicklung von peripheren Gebieten wie Grenzgebieten, Inseln, Feuchtgebieten, Naturschutzgebieten, Küstengebieten und anderen, die Errichtung eines Netzwerks aus Yachthäfen, die Entwicklung eines maritimen Verkehrsprogramms mit Hinterlandanbindungen und dem Fokus auf multimodalen Verkehrszentren, die Einrichtung eines Überwachungssystems der räumlichen Entwicklung im Ostseeraum und die Organisation regionaler Konferenzen zur Präsentation von Schlüsselprojekten sowie ein permanentes Projektmanagement für die Umsetzung von VASAB 2010.
ebd.

verpflichtete man sich daher dazu, die vom CSD/BSR entwickelten gemeinsamen Empfehlungen für die Raumplanung in diesen Gebieten umzusetzen. Die EU-Kommission wurde von den Ministern aufgefordert, das Förderprogramm INTERREG IIC, für EU-Mitglieder und die Förderprogramme TACIS und PHARE untereinander kompatibel zu machen, um grenzüberschreitende Projekte zu ermöglichen¹⁸⁵⁹. Zudem sollten auch die Transformationsstaaten in den Genuss von INTERREG-Förderung kommen.

Das Dokument VASAB 2010 hatte eine große Strahlungskraft. So hatte es Einfluss auf die *Baltic Sea Region Initiative* der EU-Kommission von 1996 und inspirierte die *European Spatial Development Perspective* von 1999, und die 2000 im Rahmen der europäischen Raumordnungsministerkonferenz entstandenen *Guiding Principles for Sustainable Spatial Development of the European Continent*. Es war weiterhin auch ein Beispiel für Entwicklungsprogramme, die in anderen europäischen Regionen angenommen wurden¹⁸⁶⁰. Weiterhin war das CSD/BSR eine zentrale Stelle für Diskussionen und Informationsaustausch, was nicht nur der Erarbeitung von Raumplanungszielen im Ostseeraum, sondern auch dem Kenntnisstand der Entscheidungsträger nützlich war. Dadurch wurde auch die Raumplanung an sich auf nationaler und regionaler Ebene gestärkt. Außerdem unterstützte VASAB bi- und multinationale Raumplanungsprojekte seiner Mitgliedsstaaten. Auch für das Programm INTERREG IIC Ostseeraum war VASAB ein wichtiger Einfluss, und VASAB half, INTERREG im Ostseeraum bekannt zu machen. Dieses neue Förderinstrument führte zu einer größeren Vielfalt an Bewerbungen, von denen jedoch auf Grund der Inkompatibilität von INTERREG, PHARE und TACIS hinsichtlich Einreichungsterminen, Projektdauer, Zulassungskriterien, förderfähigen Gebieten, thematischen Prioritäten und fehlender Verbindung zwischen den Kontrollmechanismen der Programme nur einige Erfolg hatten¹⁸⁶¹. Dennoch hat die Unterstützung der Bewerbungen zur Stärkung der Verbindung zwischen VASAB auf der nationalen Ebene und den INTERREG-Zielgruppen, Regionen und Gemeinden, geführt. Probleme hatte VASAB zum einen wegen unzureichender Umsetzung von Empfehlungen in den Mitgliedsstaaten und zum anderen auf Grund unzureichender personeller und finanzieller Ausstattung, die VASAB an der Durchführung eigener Projekte hinderte und worunter auch die Betreuung von Anträgen litt. Einige VASAB- Empfehlungen, zum Beispiel im Bereich der Küstenzonen, waren nicht angemessen umgesetzt worden¹⁸⁶².

Inzwischen hatte das CSD/BSR eine Aktualisierung des bisherigen Strategiepapiers entwickelt, „VASAB 2010+“, das die Entwicklungen der letzten acht Jahre hinsichtlich der

¹⁸⁵⁹ ebd.

¹⁸⁶⁰ VASAB 2010 Plus: Action during recent years.

¹⁸⁶¹ ebd.

¹⁸⁶² ebd.

volkswirtschaftlichen Entwicklungen, raumplanerischer Trends und Forschung sowie die Auswirkungen des bevorstehenden EU-Beitritts einbezog. Im Frühjahr 2001 hatte das Komitee den neuen Bericht an alle Verwaltungsebenen in den beteiligten Staaten und an relevante internationale Organisationen verteilt, Rückmeldungen gesammelt und Diskussionen geführt¹⁸⁶³. Hier war vor allem das Echo der anderen Ostseekooperationsgremien sehr positiv.

Den erwähnten Mangel an Ressourcen setzte VASAB 2010+ in dieser Aktualisierung ins Positive um, dass nämlich VASAB getreu dem Prinzip der Subsidiarität nur eingreifen solle, wenn die nationale oder internationale Ebene gefordert sei, streng raumplanerische Thematiken vorliegen und - eine dehnbare Formulierung - die verantwortlichen Akteure offen für eine VASAB-Intervention sind oder es werden können¹⁸⁶⁴. Neben dieser scharfen Abgrenzung des Kompetenzbereichs wurden die Inhalte der Kooperation definiert. Sie betrafen Kooperation zu Schlüsselthemen nachhaltiger Entwicklung in städtischen Regionen, Unterstützung strategisch für die transnationale Integration des Ostseeraums wichtiger Gebiete zum Abbau des Wohlstandsgefälles und Kooperation zu für die Integration bedeutsamen Verkehrsverbindungen im Ostseeraum und nach Europa. Weitere Inhalte waren die Diversifizierung und Stärkung ländlicher Gebiete, die Entwicklung „grüner Netzwerke“ und die integrierte Entwicklung von Küstengebieten und Inseln¹⁸⁶⁵. Um diese Inhalte umzusetzen, wurden fünf Aktionslinien definiert, so dass die VASAB scharfe Konturen hinsichtlich ihrer Inhalte und Methoden bekam. Die Aktionslinien waren Empfehlungen transnationaler Politikmaßnahmen, die Unterstützung der Methodenentwicklung und von Kooperationsprojekten im raumplanerischen Bereich, die Kooperation mit anderen Gremien der Ostsee und der Aufbau eines Dialogs mit allen Institutionen des Raumplanungssektors¹⁸⁶⁶. Politikempfehlungen wurden schon seit 1994 gemacht, jedoch sollte ihnen fürderhin mehr Aufmerksamkeit und Zeit gewidmet werden, ein Reflex auf den ungenügenden Umsetzungszustand in einigen Staaten. Das hatte allerdings zur Folge, dass individuelle Projekte weniger Widmung der VASAB erfahren konnten. Das CSD/BSR bekam in diesem Zusammenhang auch eine Überwachungsfunktion, da die Einrichtung einer eigenständigen Instanz dieser Art nicht abzusehen war. Das Komitee bot hier auch die Möglichkeiten eines

¹⁸⁶³ VASAB 2010 Plus: Introduction. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.vasab.org/documents.php?go=display&ID=37>, 03.04.2008.

¹⁸⁶⁴ „If the above conditions are met, VASAB will carefully assess whether responsible actors (regional, local selfgovernment, sector institutions, international bodies) are - or can be influenced to become - receptive for a VASAB intervention.“

VASAB 2010 Plus: Spatial Development Action Programme. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.vasab.org/documents.php?go=display&ID=42>, 03.04.2008.

¹⁸⁶⁵ ebd.

¹⁸⁶⁶ ebd.

Diskussionsforums, da abhängig von den Themen andere Organisationen eingeladen werden konnten.

Methodologische Fragen waren, obwohl von Beginn an Teil der Kooperation, hinter andere Projekte zurückgetreten, sie wurden nun rehabilitiert und konzentrierten sich auf die erwähnten sechs Kerninhalte. So sollten Instrumente der Umsetzung entwickelt werden, wie auch die Überprüfung des Einflusses auf die nachhaltige Entwicklung. Inhalte waren hier außerdem die Maximierung des Nutzens, der aus internationaler Kooperation gezogen werden konnte wie auch die Findung von Wegen des Einbezugs anderer Kooperationsstrukturen des Ostseeraums¹⁸⁶⁷.

Der Bereich der Förderung von Projekten beschränkte sich auf die Beratung von Projektinitiatoren, in Ausnahmefällen und bei größeren Projekten gab es jedoch auch einen stärkeren planerischen Einbezug der VASAB. Hinsichtlich der Kooperation mit anderen Ostseegremien beabsichtigte VASAB als *lead party* für Raumplanung innerhalb der Baltic 21 mit der UBC, BSSSC, HELCOM und anderen eine Referenzgruppe zum Diskurs zu neuen Ideen zu bilden.

Im Bereich der Kooperation in Schlüsselthematiken der nachhaltigen Entwicklung städtischer Regionen sah der Bericht detaillierte Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Städte, Gegenmaßnahmen gegen Konzentration der Wirtschaftskraft in großen Zentren zum Nachteil anderer Städte und die Unterstützung nachhaltiger interner städtischer Strukturen wie zum Beispiel Gegenmaßnahmen gegen Zersiedelung von Städten vor¹⁸⁶⁸. Weiterhin wurden Kooperationsgebiete für die Städte wie gemeinsames Marketing, Zusammenarbeit der Häfen, kulturelle Kooperation und andere aufgezeigt.

Im Bereich des Abbaus des Wohlstandsgefälles wurde neben dem auch 1996 noch offensichtlichen Unterschied zwischen westlichen und östlichen Ostseestaaten auch ungleiche Entwicklung innerhalb der Ostseestaaten thematisiert. Bedürftige Gebiete wurden als *Strategic development zones* ausgewiesen, um eine einheitliche Definition zu schaffen¹⁸⁶⁹. Beispiele für solche Gebiete sind die Südküste der Ostsee von Lübeck bis zum lettischen Liepaja oder Teile der finnisch-russischen Grenze. Im Unterschied zum Bereich der Städte wurden hier jedoch keine konkreten Projektvorschläge gemacht.

¹⁸⁶⁷ ebd.

¹⁸⁶⁸ ebd.

¹⁸⁶⁹ Ihre Merkmale waren Grenznähe, hohe grenzüberschreitende Unterschiede hinsichtlich wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren, hohes Entwicklungspotential, das durch grenzüberschreitende Kooperation geweckt werden kann, geringer Austausch über die Grenze (Handel, Wirtschaft, Reisen), defizitäre Infrastruktur und Regeln im Grenzbereich.

ebd.

Im Bereich der Verkehrswege, neben den bekannten *Viae Baltica* und *Hanseatica* auch unter anderem die Verbindung Kaliningrad-Minsk und einige Fähr- und Flugverbindungen betreffend, sah die VASAB ihre Rolle in der Entwicklung eines sowohl methodologischen als auch prozeduralen Ansatzes von raumplanerischen Elementen bei der Planung von Verkehrsinvestitionen. Dieser Ansatz sollte durch Diskussionen mit nationalen Verkehrsplanern und transnationalen Gremien zu einer gemeinsamen Planungs- und Bewertungsmethode weiterentwickelt werden¹⁸⁷⁰. Der weitere Bereich der Stärkung ländlicher Gebiete sollte den Abwanderungstrends mit den damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten begegnen. Hier konzentrierte sich VASAB auf die Gebiete, die keine größere Stadt in unmittelbarer Nähe hatten, und im Gegensatz zur EU, die sich hier auf Landwirtschaftspolitik stützte, fokussierte VASAB die Entwicklung der städtischen Zentren dieser Regionen¹⁸⁷¹. Hierzu vorgeschlagene Projekte betrafen Erfahrungsaustausch und die Bewertung raumplanerischer Effekte der wirtschaftlichen Wiederbelebung sowie Effekte der EU-Erweiterung.

Die Schaffung grüner Netzwerke betraf die Vernetzung von ökologischen Schutzgebieten zum allgemeinen Nutzen, wozu über Erfahrungsaustausch eine gemeinsame Ostsee-Position erst erarbeitet werden musste. In den Küstengebieten waren schon einige Gremien aktiv, unter anderem HELCOM mit dem ICZM-Programm¹⁸⁷² und den BSPAs, von denen bis 2001 62 Gebiete von den Ostseeanrainern definiert wurden. VASAB beabsichtigte, diesen vom Umweltschutz dominierten Entwicklungen wirtschaftliche und soziale Elemente zur Seite zu stellen. Zudem wurde die Notwendigkeit formuliert, internationale Kriterien zur Bewertung des Nutzens von ICZM zu entwickeln¹⁸⁷³. VASAB empfahl, Vorschläge zur Integration von landseitigen und seeseitigen Küstenentwicklungsplänen zu entwickeln und Küstenzonenmanagement in Raumplanungsgesetzgebung einzubeziehen. Aus diesem Grund kündigte VASAB eine Weiterentwicklung der im Oktober 1996 von der Ministerkonferenz angenommenen Empfehlungen für die Raumplanung in Küstengebieten an.

Diese detaillierte und umfassende Revision der VASAB 2010 nahm die fünfte Konferenz der für Raumplanung zuständigen Minister am 21.09.2001 in Wismar an, wodurch VASABs Aufgabenbereich, die Mittel und Ziele klarer als vorher definiert waren und somit die Grundlage für wirkungsvolleres Arbeiten gelegt war. Die Minister zeigten sich außerdem

¹⁸⁷⁰ ebd.

¹⁸⁷¹ ebd.

¹⁸⁷² Hierzu waren drei nationale Programme (auf Hiiumaa, an der estnischen Westküste und im südlichen Rigaer Meerbusen) sowie drei internationale Programme (zwischen Litauen und Kaliningrad, Kaliningrad und Polen sowie Polen und Deutschland) entstanden.

ebd.

¹⁸⁷³ ebd.

zufrieden mit dem Fortschritt in Richtung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und der Nachhaltigkeit im Ostseeraum, der durch die Beteiligung der Staaten, Regionen, Städte und Gemeinden erreicht worden war¹⁸⁷⁴. Die Minister riefen die Regierungen und die Ostseegremien allerdings auf, stärkeren Gebrauch von der Raumplanungs Kooperation zu machen und beauftragten VASAB, die im Rahmen der EU-Osterweiterung und der Integration Russlands und Weißrusslands entstehenden Entwicklungsnotwendigkeiten zu identifizieren. Gleichzeitig wurden mögliche Projekte im Zusammenhang mit der VASAB 2010+ diskutiert und die EIB bot an, hierfür spezielle Darlehensprogramme zu entwickeln¹⁸⁷⁵. Den inhaltlichen Schwerpunkt für die Umsetzung der VASAB 2010+ legten die Minister auf alle Projekte an der gesamten Südküste der Ostsee, Kaliningrad wurde speziell erwähnt. Außerdem bekamen die Verkehrsverbindungen und die Programme zur Entwicklung des Küstenstreifens, auch von See her, Priorität. Als ebenso prioritär wurde die Unterstützung von gemeinsamen räumlich-kulturellen Projekten wie der Straße der Backsteingotik und der Vernetzung der Naturparks des Ostseeraums angesehen. VASAB bekam die Aufgabe, ein Forum für den Erfahrungsaustausch in den Bereichen der Entwicklung von Pilotprojekten und Methodologie bezüglich der Möglichkeiten der Nutzung integrierter Raumplanung durch Regionen und Gemeinden, für die Umsetzung der Beschlüsse des INTERREG IIC-Projekts *Urban Systems and urban networking*, die Stärkung und Diversifizierung von ländlichen Gebieten und die Unterstützung umweltfreundlicher Transportlösungen zu sein¹⁸⁷⁶. Weiterhin sollte die Kooperation mit anderen Ostseekooperationsgremien hinsichtlich des Erfahrungsaustauschs und der Umsetzung von Politikempfehlungen sowie ihrer Weiterentwicklung verbessert werden. Die Minister regten außerdem die Schaffung eines Ostseefonds mit Mitteln aus INTERREG, PHARE und TACIS an¹⁸⁷⁷, um die aus der Inkompatibilität der Programme resultierenden Schwierigkeiten der Projektförderung zu umgehen.

¹⁸⁷⁴ Wismar Declaration on transnational spatial planning and development policies for the Baltic Sea Region to 2010 - Fifth Conference of Ministers Responsible for Spatial Planning and Development in the Countries of the Baltic Sea Region held under the chairmanship of the German Federal Minister for Transport, Building and Housing in Wismar on 21 September 2001. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.vasab.org/documents.php?go=display&ID=36>, 03.04.2008

¹⁸⁷⁵ ebd.

¹⁸⁷⁶ ebd.

¹⁸⁷⁷ ebd.

4.9.2 Die Kommission für Stadtplanung der UBC

Die Kommission für Stadtplanung wurde auf dem Treffen des *Executive Boards* der UBC am 17.10.1998 gegründet¹⁸⁷⁸. Im August 1999 nahmen schon 16 Städte, vorwiegend aus Staaten des westlichen Ostseeraums, an der Arbeit der Kommission teil. Zunächst blieben die Aktivitäten jedoch begrenzt. Im Februar 1999 sprach das Steuerungskomitee der Kommission Empfehlungen aus für die Unterstützung der Kosten von Experten aus östlichen Städten, die zum 23. Jahrestreffen der *International Urban Association* im Juni 1999 in Lyon reisen wollten, und war dabei in elf Fällen erfolgreich¹⁸⁷⁹. Im Dezember 1999 fand in Malmö ein Seminar zum Wiederaufbau und zur neuen Nutzung von alten Industriegeländen statt, an dem 40 Vertreter aus 22 Städten teilnahmen¹⁸⁸⁰. Das nächste Seminar fand im Juni 2000 in Umeå statt und behandelte *best practices* bei der Stadtplanung im Allgemeinen und die Erneuerung von Stadtzentren in Zusammenarbeit von öffentlichem und privatem Sektor im Besonderen. Weitere Seminare betrafen Konzepte für neuen Hausbau und die Entwicklung von Küstenstädten. Alle Seminare bauten auf dem Prinzip des Informations- und Erfahrungsaustauschs auf, wobei Präsentationen gehalten und anschließend diskutiert wurden. Im September 2001 bestand das Netzwerk schon aus 42 Städten mit 62 Stadtplanern¹⁸⁸¹. Auch in den Folgejahren wuchs das Netzwerk, so dass im Herbst 2003 schon 120 Mitglieder versammelt waren¹⁸⁸².

Auch in den Jahren 2001-2003 wurden Seminare veranstaltet zu Themen wie Problemen und Möglichkeiten des öffentlichen Raums, wobei die Teilnehmer im April 2002 für die Gastgeberstadt Riga auch planerisch tätig wurden, oder die Entwicklung des industriellen Gürtels St.Petersburgs im September 2002. Die Teilnehmerzahl variierte beträchtlich. Im April 2002 nahmen 78 Planer aus 31 Städten aus zehn Staaten, von denen allerdings 34 Letten waren, teil, im September waren es 35 Teilnehmer aus 15 Städten aus acht Staaten.

Weiterhin organisierte die Kommission unter der Führung Malmö die *Alliance of Baltic Cities*, ein weiteres Forum zur intensivierten Kooperation im Ostseeraum. Die EU-Mitglieder im Projekt wurden für den Zeitraum 2003-2005 durch INTERREG IIIB gefördert, die Städte der Kandidatenstaaten scheiterten jedoch mit ihrer Bewerbung bei PHARE, was die mit den Programmregeln verbundenen Schwierigkeiten der Kooperation deutlich zeigt¹⁸⁸³. Die

¹⁸⁷⁸ Commission on Urban Planning - Activity Report September 1997-August 1999, S. 22.

¹⁸⁷⁹ ebd., S. 23.

¹⁸⁸⁰ Commission on Urban Planning - Activity Report October 1999-September 2001, S. 1.

¹⁸⁸¹ ebd., S. 1.

¹⁸⁸² Commission on Urban Planning - Activity Report October 2001-September 2003. In: Reports and Action Plans of the UBC Commissions. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005, S. 25.

¹⁸⁸³ ebd., S. 26.

Alliance of Baltic Cities begann dennoch wie ursprünglich geplant mit allen Teilnehmern mit einer Seminarreihe zu städteplanerischen Themen. Das Seminar im April 2003 in Kolding bearbeitete Themen wie die nachhaltige Restauration von alten Gebäuden für neue Zwecke, den Wettbewerb zwischen Wirtschaftsstrukturen im Stadtinneren und an der Peripherie sowie Nachhaltigkeit bei Neubauten¹⁸⁸⁴ und traf damit allgemeingültige und aktuelle Interessen der Ostseestädte.

4.10 Die Europäische Union und der Ostseeraum

Das Wirken der EU gegenüber den Staaten und Organisationen des Ostseeraums war sehr vielfältig und auf verschiedenen Ebenen gelagert. Im Wesentlichen sind hier drei große Stränge zu nennen, die stark verwoben und daher nicht eindeutig zu trennen sind. Zum einen das Verhältnis der Europäischen Gemeinschaften und später der EU gegenüber der Sowjetunion und ab 1991 Russland. Diese Beziehung ging geographisch und politisch weit über den Ostseeraum hinaus, obwohl der Ostseeraum natürlich in ihr eine Rolle als eine wichtige Kontaktzone spielte. Wenn auch mit der Politik der Nördlichen Dimension ab 1998 Russland als Teil des Ostseeraums stärker in den Blick kam und dem, wo erforderlich, auch in der Untersuchung Rechnung getragen wird, kann die umfangreiche Geschichte des Verhältnisses zwischen der EU und Russland im Untersuchungszeitraum nicht Gegenstand dieser Arbeit sein.

Ein weiterer Strang der Geschichte des Ostseeraums in den Jahren 1989-2004 ist die Vorbereitung des Beitritts Polens und der baltischen Staaten zur EU. Dies spielte sich vor allem auf bilateraler Ebene zwischen der EU und den einzelnen Staaten ab und war einerseits gekennzeichnet von der Formulierung von Beitrittspartnerschaften, deren Umsetzung und den eigentlichen Verhandlungen, andererseits von der Übernahme der Regelungen des *acquis communautaire* in nationales Recht. Natürlich haben auch diese Entwicklungen und die Ostseekooperation sich intensiv beeinflusst, jedoch ist die Untersuchung der reinen Beitrittsgeschichte wiederum ausreichend Stoff für eine eigene Untersuchung und erfordert

Der Arbeitsbericht der Kommission zur Stadtplanung für 2003- 2005 spricht allerdings davon, dass die polnischen Partner PHARE-Förderung erhielten, während die Mitgliedsstädte in Estland und Lettland leer ausgingen.

Commission on Urban Planning - Activity Report November 2003-August 2005. In: Reports and Action Plans of the UBC Commissions and Networks. 2003-2005. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.ubc.net/today/pictures/VIIIGC/h_commissions_reports.pdf, 11.03.2008, S. 29

In jedem Fall zeigt dieser Vorgang, wie ungünstig sich teilweise die Vergaberegeln für EU-Fördermittel auf Projekte auswirkten.

¹⁸⁸⁴ ebd., S. 27.

zudem auch einen eher national und bilateral geprägten Ansatz als er in dieser Untersuchung verfolgt wird.

Stattdessen soll dieses Kapitel der grundsätzlichen Zielrichtung entsprechend die Politik nachvollziehen, die die EU dem Ostseeraum als Region gegenüber entwickelt und umgesetzt hat. Dabei werden Elemente der anderen beiden Stränge einbezogen, soweit es für die Einordnung des eigentlichen Gegenstands erforderlich ist.

4.10.1 Die Entwicklung einer europäischen Politik gegenüber dem Ostseeraum

4.10.1.1 Die Entwicklungen bis zum ersten *Northern Dimension Action Plan*

Auf das Ende des Kalten Krieges waren die Europäischen Gemeinschaften ebenso wenig vorbereitet, wie die betroffenen Regierungen in Ost und West oder internationale Organisationen wie die NATO. So blieb nur übrig, parallel zu den Geschehnissen innerhalb bekannter Agenden und etablierter Wertesysteme zu handeln, zu reagieren. Das bedeutete ein bilaterales Vorgehen mit den Europäischen Gemeinschaften auf der einen und einem der neu unabhängig gewordenen Staaten auf der anderen Seite. Zum anderen beeinflussten äußere Faktoren das Verhalten der Europäischen Gemeinschaften gegenüber dem Ostseeraum und seinen Staaten. Denn einerseits lag die Region an der Peripherie und zählte daher nicht zu den Prioritäten, andererseits galt es auch, das Engagement sehr vorsichtig zu dosieren, um den allgemeinen Entspannungsprozess zwischen den Blöcken nicht zu gefährden. So wurde 1989 zunächst das Förderprogramm *Poland and Hungary: Aid for Reconstructing of the Economies* (PHARE) eingerichtet. Die am 21.11.1990 unterzeichnete KSZE-Charta von Paris, die die Blockkonfrontation des Kalten Krieges offiziell beendete, vergrößerte auch den Bewegungsspielraum europäischer Gremien im Ostseeraum etwas, jedoch war vor allem hinsichtlich der um die Souveränität kämpfenden baltischen Staaten weiterhin Vorsicht geboten. Insofern beschränkten sich die Aktivitäten im Wesentlichen auf den Kontakt zur SU, wozu der Europäische Rat auf seinem Treffen vom 14.-15.12.1990 in Rom die Grundlagen einer europäischen Politik gegenüber der Sowjetunion legte¹⁸⁸⁵. Damit begann ein eigenes

¹⁸⁸⁵ Er verabschiedete Schlussfolgerungen zum Verhältnis zur SU, die den Reformkurs Michael Gorbatschows voll unterstützten, eine Soforthilfe in Form von Lebensmittellieferungen und Lieferungen medizinischer Güter regelten, die Gründung eines Finanzprogramms zur technischen Unterstützung ankündigten und die Europäische Kommission aufriefen, zusammen mit sowjetischen Behörden ein breites Kooperationsabkommen auszuarbeiten. Die Zusammenarbeit mit der SU sollte in den europäischen Gremien Priorität bekommen. Schlussfolgerungen des Europäischen Rates in Rom vom 14.-15.12.1990 (DOC/90/6). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=DOC/90/6&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>, 09.05.2008.

Kapitel des Verhältnisses der Europäischen Gemeinschaften und später der EU gegenüber Russland, das aus Gründen seines Umfangs und seiner Differenziertheit hier nicht Gegenstand der Betrachtung sein kann. Vielmehr sollen Inhalte dieses Bereichs, die die Ostseekooperation und ihr Verhältnis zur EU beeinflusst haben, in die Untersuchung einfließen.

Im Juni 1992 war mit Polen wie auch mit Ungarn, Tschechien und der Slowakei ein Interimsabkommen bis zum Zeitpunkt des Abschlusses eines Europaabkommens unterzeichnet. Mit den baltischen Staaten wurden Handelsabkommen abgeschlossen. Einen weiteren Meilenstein stellte der Europäische Rat von Kopenhagen vom 21.-22.06.1993 dar, der für die mit Europaabkommen versehenen Staaten Mittel- und Osteuropas und die baltischen Staaten, mit denen solche Abkommen noch ausstanden aber beabsichtigt waren, offiziell die Beitrittsperspektive eröffnete und erstmals konkrete Kriterien und Prozeduren für die Beitrittsvorbereitungen definierte, die sich um die drei Kernprinzipien Gewährleistung einer stabilen Demokratie, Umsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien und die Fähigkeit, die Pflichten der Mitgliedschaft zu übernehmen, gruppierten¹⁸⁸⁶. Dazu empfahl der Rat die Aufnahme strukturierter Beziehungen zwischen den Staaten und den Gremien der EU, um den Dialog zu institutionalisieren und das weitere Vorgehen zu besprechen. Vor allem über PHARE wurden weiter umfangreiche Mittel zur Heranführung ausgegeben und die EU-Kommission organisierte zusammen mit Vertretern der mittelosteuropäischen Staaten Kurse zur Theorie und Praxis des Gemeinschaftsrechts der EU für Beamte aus diesen Ländern. Parallel wurden den assoziierten Ländern Zollvergünstigungen gewährt, die ihnen den Marktzugang erleichtern sollten¹⁸⁸⁷. Die Fortschritte in den Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen wurden begrüßt und ihr Beitritt zum 01.01.1995 terminiert.

Dadurch war den Modernisierungsbestrebungen der Transformationsländer auch im Ostseeraum eine entscheidende Perspektive gegeben worden. Dennoch behielt das Vorgehen streng bilateralen Charakter. Der mittlerweile schon recht differenzierten Ostseekooperation, die die Unterstützung der Transformation und damit auch die Unterstützung Polens und der baltischen Staaten bei der Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber der EU zum Ziel hatte, wurde nicht Rechnung getragen. Nachdem am 01.02.1994 das Europaabkommen Polens in Kraft trat, reichte es am 04.04.1994 seinen Beitrittsantrag ein.

Auch der folgende Europäische Rat vom 24.-25.06.1994 in Korfu schuf neue Bedingungen für den Ostseeraum, indem hier einerseits der Beitrittsvertrag für die EU-Erweiterung um

¹⁸⁸⁶ Schlussfolgerungen des Europäischen Rats in Kopenhagen 21.-22.06.1993 (DOC/93/3). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf, 09.05.2008, S. 13.

¹⁸⁸⁷ ebd., S. 15ff.

Österreich und Finnland, Norwegen und Dänemark und andererseits das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland, das jedoch ratifizierungspflichtig war, unterzeichnet wurden¹⁸⁸⁸.

Mit den Ratstreffen von Kopenhagen und Korfu war der Ostseeraum also zum einen durch den nahen Beitritt Finnlands und Schwedens Teil der EU geworden und hatte sich die EU zum anderem durch eine klare Beitrittsperspektive für Polen und die baltischen Staaten und die Unterzeichnung des PCAs dem Ostseeraum geöffnet. Weiterhin wurde der Ostseeraum auf Grund der großen Wachstumspotentiale der Transformationsstaaten und der direkten Verbindung zwischen der EU und dem rohstoffreichen Russland ein für die EU immer interessanterer Markt. Dieser stark gestiegenen Bedeutung sollte Rechnung getragen werden mit dem ersten Vorschlag eines Politikansatzes der EU gegenüber dem Ostseeraum, den *Orientations for a Union Approach towards the BSR* der EU-Kommission vom 25.10.1994. Dieses Papier wollte einen konzeptionellen Rahmen für den Zugriff der EU auf die Region schaffen, der Fokus lag auf der Einbindung strukturell schwächerer Regionen zur Vermeidung von Peripherisierungen. Die Erhöhung von Sicherheit und Stabilität in der Region wurde als Schlüsselinteresse der EU ausgewiesen, ein Hinweis auf die hierbei wesentliche Rolle der Gewährleistung der Menschenrechte¹⁸⁸⁹ richtete sich an Estland und vor allem Lettland, das kurz zuvor ein umstrittenes Staatsbürgerschaftsrecht verabschiedet hatte. Wichtig hierzu war auch die Bestätigung der Absicht, mit den baltischen Staaten Europaabkommen schließen zu wollen. Im Rahmen des Stabilitätspakts kam es zu Runden-Tisch-Treffen mit Polen und den baltischen Staaten sowie Russland als Beobachter. Die Initiative betonte auch die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit dem Ostseerat, in dem die EU-Kommission auch Mitglied war.

¹⁸⁸⁸ Dieses Partnerschafts- und Kooperationsabkommen regelte die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation auf unterschiedlichen Ebenen. Zum einen wurden demokratische Werte wie Rechtsstaatlichkeit, die Wahrung von Menschenrechten, politischer Pluralismus als Grundlage der Beziehungen festgeschrieben und Russland in seinen Reformbemühungen bestärkt. Die Gemeinschaft verpflichtete sich, technische Hilfe für die Reformen zu gewähren und es wurde vereinbart, einen regelmäßigen politischen Dialog auf bilateraler und internationaler Ebene einzurichten. Weitere Vereinbarungen betrafen die Wirtschaft, indem Marktwirtschaft als Zielzustand der russischen Wirtschaft definiert wurde und Bedingungen für Waren- und Dienstleistungsaustausch für ausländische Firmen in Russland niedergelegt wurden. Es wurden weiterhin Regelungen für die Kooperation in den Bereichen Energie, Umwelt, Gesundheit und Zoll vereinbart. Zur Steuerung dessen wurde die Gründung eines Kooperationsrats, eines Parlamentarischen Kooperationskomitees und von Konfliktregulierungsinstrumenten vereinbart.

Agreement on Partnership and Cooperation establishing a partnership between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Russian Federation, of the other part. Korfu, 24.06.1994.

Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.eu.int/comm/external_relations/ceeca/pca/pca_russia.pdf, 14.11.2005.

¹⁸⁸⁹ Commission of the European Communities, Brussels 25.10.1994, Communication from the Commission to the Council - Orientations for a Union approach towards the Baltic Sea Region. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.cbss.st/documents/euand_baltic_region/dbaFile590.html, 17.01.2006.

Inhaltlich nahm die Initiative wesentliche Inhalte der Ostseeagenda auf, wie die weitere Umsetzung von Reformen im Bereich der Wirtschaft im Einklang mit den bestehenden bilateralen Abkommen und die Verbesserung der Infrastruktur, wobei sich die EU-Kommission durch die Anerkennung der Via Baltica und der Route Helsinki-St.Petersburg-Moskau als TEN-Korridore besonders engagierte. Für die Verbesserung der Infrastruktur wurde auch der Ausbau der Häfen angeregt, Küstenschifffahrt sollte verstärkt eingesetzt werden. Energieeffizienz und die Verbindung der Strom- und Gasmärkte der Region wurden wegen ihrer großen Rolle für die Umwelt und die Versorgungssicherheit der Region betont, die Kommission verpflichtete sich, Konzepte zur Unterstützung der Reaktorsicherheit, vor allem für die Kernkraftwerke Ignalina, Leningrad und Kola, weiterzuentwickeln und sich bei den Gesprächen zum Abbau der Ausbildungsreaktoren von Paldiski zu engagieren.

Im Umweltschutz wollte man weiter das JCP der HELCOM unterstützen, das mittlerweile für Projekte aus dem Ostseeprogramm geöffnete Förderprogramm LIFE bot hierzu zusätzliche Möglichkeiten. Weiterhin bekannte sich die Kommission dazu, den Aufbau moderner Dateninfrastrukturen aufbauen und verbundene Dienstleistungen entwickeln zu helfen. Zur Unterstützung dieser Projekte wurde hier schon der Vorschlag gemacht, Förderprogramme für unterschiedliche Zielgruppen wie PHARE, TACIS und Strukturfonds zusammen für gemeinsame Projekte zu benutzen. Weitere genannte Kooperationsinhalte waren der Kampf gegen Drogenschmuggel und -missbrauch sowie grenzüberschreitende Kriminalität, Kooperation im Zollbereich, der Aufbau gemeinsamer Prozeduren zur Bearbeitung von Asylanträgen und kulturelle Kooperation sowie Mobilität von Berufstätigen im Allgemeinen und Forschern im Speziellen. Zur Umsetzung dessen wurde der Ostseerat für entscheidend erachtet und die EU-Kommission verpflichtete sich, über eine permanente und aktive Präsenz in diesem Gremium die Arbeit zu unterstützen¹⁸⁹⁰. Im Mai 1995 wurde das Dokument durch den Rat angenommen.

Die *Orientations* waren somit das erste Dokument der EU, das versuchte, gemeinsame Leitlinien für eine einheitliche und zielgeleitete Politik der EU gegenüber dem Ostseeraum zu etablieren. Sie nahmen im Wesentlichen bestehende Kooperationsthemen des Ostseeraums auf und formulierten andere Themen vor, die, wie die Zusammenarbeit gegen organisierte Kriminalität oder eine eigene Energiekooperation, später Themen der Ostseekooperation wurden. Insofern waren sie ein verdienstvolles Papier, dem es jedoch an konkreten Zielen und Projekten fehlte, da es sich nicht um einen Aktionsplan, sondern um eine erste, vorsichtige Politikempfehlung handelte. Mit Rücksicht auf weniger interessierte Unionsmitglieder wurde

¹⁸⁹⁰ ebd.

auch keine eigene Budgetlinie für die Umsetzung eingerichtet, so dass es hierbei lediglich auf den Willen der Ratspräsidentschaft und die Konsensfähigkeit der Entschlüsse ankam.

Dass dies einen deutlichen Hemmschuh bedeutete, zeigte der anschließende Europäische Rat vom 09.-10.12.1994 in Essen, der das Strategiepapier in seinen Schlussfolgerungen nicht erwähnte¹⁸⁹¹. Im Mai 1995 wurde jedoch die EU-Kommission durch den Europäischen Rat aufgefordert, einen Bericht zu dem Stand und den Perspektiven der Ostseekooperation anzufertigen. So fand der Ostseeraum als solcher auch erstmals Eingang in Dokumente des Europäischen Rats, der Rat vom 26.-27.06.1995 in Cannes bekräftigte, dass der EU „...daran gelegen ist, zur politischen Stabilität und zum wirtschaftlichen Wohlstand in der Ostseeregion beizutragen.“¹⁸⁹². Am 12.06.1995 waren zudem die Europaabkommen mit den baltischen Staaten abgeschlossen worden, schon Ende Mai 1995 war festgestellt worden, dass Estland, Lettland und Litauen die Kriterien zum Einbezug in die Vorbereitungen des Beitritts erfüllten, so dass sie am strukturierten Dialog zwischen der EU und den Staaten Mittelosteuropas teilnehmen konnten¹⁸⁹³. Damit pflegte die EU nunmehr mit allen Staaten des Ostseeraums enge Beziehungen.

Die EU-Kommission hatte mittlerweile im Auftrag des Rats ein Dokument zu dem Status und den Perspektiven für Kooperation im Ostseeraum erarbeitet, das dem Europäischen Rat von Madrid vom 15.-16.12.1995 vorgelegt wurde. Hierin wurde die bisher über die Förderprogramme den baltischen Staaten und Polen geleistete Unterstützung dokumentiert, wobei für die baltischen Staaten festgestellt wurde, dass die Förderung vor allem Maßnahmen zur makroökonomischen Stabilisierung wie Privatisierungen und die Entwicklung eines Finanz- und Bankensektors gedient hatte, während Maßnahmen zur Entwicklung des Humankapitals und des sozialen Sektors 1990-1994 hier noch zu kurz gekommen waren. Im wirtschaftlich stärkeren Polen waren diese Bereiche jedoch bedacht worden¹⁸⁹⁴. Dieser Bericht stellte eine umfassende Zusammenstellung der unterschiedlichsten Förderaktivitäten dar, konzentrierte den Blick jedoch nur auf die verwendeten Summen und nicht auf die erzielten Erfolge. Zudem wurde so die Kooperation im Ostseeraum auf die Unterstützung der Beitrittsstaaten reduziert, was angesichts der Russland-Komponente und des Nutzens der Kooperation für die westlichen Ostseestaaten nicht ausreichend war, jedoch einen Überblick

¹⁸⁹¹ Schlussfolgerungen des Europäischen Rats vom 09.-10.12.1994 in Essen. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/SN300-X.DE.htm, 12.05.2008.

¹⁸⁹² Schlussfolgerungen des Europäischen Rats vom 26.-27.06.1995 in Cannes. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00211-C.D5.htm, 12.05.2008.

¹⁸⁹³ ebd.

¹⁸⁹⁴ Current State of & Perspectives for Cooperation in the Baltic Sea Region (1995). Report on the Current State of and Perspectives for Cooperation in the Baltic Sea Region, approved by the European Council in Madrid (December 15-16, 1995). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.cbss.st/documents/euand_baltic_region/dbaFile588.html, 17.01.2006.

über den untersuchten Bereich und damit eine Entscheidungsgrundlage für das koordinierte weitere Vorgehen bot. Zudem kündigte die EU-Kommission in diesem Bericht an, mit einer *Baltic Sea Region Initiative* (BSRI) einen ganzheitlichen Politikvorschlag für die Region zu entwickeln¹⁸⁹⁵.

Dem entsprochen die europäischen Regierungschefs auf dem Madrider Treffen, bekundeten ihr fortgesetztes Interesse an der Förderung der politischen Stabilität und wirtschaftlichen Entwicklung der Region und bekräftigten das Vorhaben der Kommission, eine Politikinitiative für den Ostseeraum zu entwickeln, die dem ersten CBSS-Ostseestaatsgipfel vom 03.-04.05.1996 in Visby vorgelegt werden sollte¹⁸⁹⁶. Inzwischen hatten sich die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Polen und den baltischen Staaten weiter vertieft, im Falle Polens über die Treffen des Assoziationsrats, im Falle der baltischen Staaten zum Beispiel über interparlamentarische Treffen, die den freien Gedankenaustausch zwischen den nationalen Parlamenten und dem EU-Parlament ermöglichten.

Der Europäische Rat von Madrid vom 15.-16.12.1995 begrüßte weiterhin das im Juli 1995 in Brüssel unterzeichnete und zum 01.02.1996 in Kraft tretende Interimsabkommen zwischen der EU und Russland und bekräftigte sein Interesse an der Fortführung der russischen Reformen in Richtung Stabilität, Entwicklung, Frieden und Demokratie. In diesem Zusammenhang wurde eine Aufnahme Russlands in den Europarat und die WTO unterstützt. Die Vertragspartner wurden aufgefordert, die Ratifizierung des PCA zu beschleunigen¹⁸⁹⁷.

Wie angekündigt, verabschiedete daraufhin die EU-Kommission am 10.04.1996 die BSRI, so dass sie dem Ostseestaatsgipfel von Visby vorgelegt werden konnte, dessen Schlussfolgerungen durch die schwedische Regierung in Zusammenarbeit mit der an der BSRI arbeitenden EU-Kommission entstanden waren¹⁸⁹⁸. Dieses auf den vorangegangenen Dokumenten der Kommission zum Ostseeraum basierende Strategiepapier beinhaltete Politikempfehlungen zu Bereichen wie die Stärkung von Demokratie und politischer Stabilität, die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung, Kooperation zum Umweltschutz, die Entwicklung regionaler Kooperation und die Stärkung der Rolle des Ostseerats. Wiederum war es nicht mit Budgetentscheidungen wie der Einrichtung eines Ostseefonds verbunden.

¹⁸⁹⁵ ebd.

¹⁸⁹⁶ Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Madrid vom 15.-16.12.1995. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00400-C.D5.htm, 14.05.2008.

¹⁸⁹⁷ ebd.

¹⁸⁹⁸ Baltic Sea Region Initiative. Communication from the Commission. Commission of the European Communities Brussels, 10.04.1996 (SEC(96) 608 Final). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.cbss.st/documents/euand_baltic_region/balticseainitiative/, 17.01.2006.

Im Bereich der Demokratieentwicklung betonte die Kommission die Zusammenarbeit der EU mit den einschlägigen Organisationen wie dem Europarat, der OSZE und dem Ostseerat, in dem die Kommission Initiativen zu relevanten Themen machen wollte. Diese Themen waren direkte Kontakte zwischen öffentlichen Behörden und privaten Organisationen, die Reform der öffentlichen Verwaltung, Projekte im Bereich der zivilen Sicherheit und Menschenrechte unter PHARE und TACIS *Democracy*. Weiterhin wurde eine bessere Koordinierung der NGOs durch den Ostseerat ebenso angestrebt wie die weitere Unterstützung der Arbeit des CBSS-Kommissars für Minderheitenrechte, unter anderem durch umfassende Maßnahmen wie verbesserte Gesetzeslagen und administrative Prozeduren sowie die Vereinfachung der wirtschaftlichen und sozialen Lage von Angehörigen von Minderheiten durch Sprachkurse und andere Unterstützung. Zusätzlich bekannte sich die Kommission dazu, die Arbeitsgruppen des Ostseerats in den Bereichen Informationsaustausch, Konsultationen gegen organisierte Kriminalität, Frühwarnung und gegenseitige Unterstützung bei Natur- und Umweltkatastrophen, Seerettung, Küstenüberwachung und der Schaffung legislativer und administrativer Systeme für Asyl und Prävention illegaler Einwanderung unterstützen zu wollen.

Im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung zeigte sich die EU-Kommission zuversichtlich, dass die Vor-Beitrittsaktivitäten bei den EU-Kandidaten im Ostseeraum die Möglichkeiten für Handel und Investition verbessern würden. Die Prioritäten der Kommission in diesem Bereich waren die Unterstützung der Einrichtung einer Freihandelszone zwischen den baltischen Staaten, einer Zollunion zum Jahr 1998 und des Freihandels dieser Zone mit Polen im Rahmen der CEFTA, die Beschleunigung der Harmonisierung der Wirtschaftsgesetzgebung, die Kofinanzierung integrierter Handelsnetzwerke und ihrer Infrastruktur sowie Projekte zur Vereinfachung des Handels. Es wurde ein substanzieller Fortschritt im Bereich der Privatisierungen festgestellt. Zur Unterstützung von SMEs sollte in Zusammenarbeit mit anderen Förderern und den IFIs die Privatisierung der Banken und die Entwicklung eines differenzierten Finanzdienstleistungssektors, die Einrichtung von Investitionsfonds, Beratungsdiensten und Managementtrainings unterstützt werden. Die Kommission sprach sich weiterhin für die Einrichtung eines *Business Advisory Councils* aus¹⁸⁹⁹.

Zur besseren Koordinierung zwischen den Förderprogrammen und den IFIs schlug die Kommission sogar die Schaffung eines Rahmengremiums vor, das eine eigene Finanzautorität des Ostseeraums bedeutet hätte, eine häufig geforderte Maßnahme, die jedoch selbst 2004 noch nicht umgesetzt worden war. Der entscheidenden Rolle der Infrastruktur wollte die Kommission vor allem durch Unterstützung der Via Baltica durch PHARE gerecht werden,

¹⁸⁹⁹ ebd.

für die Via Hanseatica wurden keine Finanzierungsabsichten erwähnt, jedoch politische Unterstützung angekündigt. Technische Hilfe für die Entwicklung des Verkehrskorridors Helsinki- St.Petersburg-Moskau wurde ebenso wie die Kofinanzierung der Hafententwicklung angekündigt. Zudem sollten administrative Kapazitäten für die Erhaltung von Straßen und Schienen aufgebaut werden, die auch die Restrukturierung der Grenzübergänge unterstützen sollten. Hierbei wollte sich die Kommission auch für die Entwicklung transparenter Regeln und Prozeduren sowie ihrer effizienten Umsetzung, für die Entwicklung der Grenzinfrastuktur und die Weiterbildung der an den Grenzen Beschäftigten einsetzen¹⁹⁰⁰.

Im Bereich der nuklearen Sicherheit wollte die Kommission weiter Unterstützung der Bemühungen zur Sicherheit der Kernkraftwerke der östlichen Ostseeregion Ignalina, St.Petersburg, Kola und zum kompletten Abbau des Trainingsreaktors im estnischen Paldiski leisten. Hinsichtlich des Umweltschutzes sprach sich die Kommission für eine Intensivierung der Kooperation bezüglich des Fortschritts in Richtung Nachhaltigkeit und eine optimale Nutzung der bestehenden Möglichkeiten aus. Sie rief zur Verbesserung der Umweltgesetzgebung in den Transformationsstaaten und der Durchsetzung dieser Gesetze und zu einer Beschleunigung der Harmonisierung der Regelungen auf. Das JCP der HELCOM sollte weiter unterstützt werden, zum Beispiel durch die Verbesserung der Koordinierung der Förderprogramme. Eigene Schritte im auch für die EU ökologisch wichtigen Ostseeraum wurden nicht angekündigt. Zur Umsetzung dieses umfassenden Programms sollten CBSS und EU ergänzend arbeiten. Der Ostseerat wurde aufgefordert, im Bereich Demokratieförderung einen Aktionsplan anzunehmen, größtmöglicher Nutzen sollte aus dem Treffen der Wirtschaftsminister 1996 gezogen werden. Der Ostseerat sollte weiter seine Kompetenzen differenzieren, vor allem sollte die WGEC ausgebaut werden, um den anvisierten Ostseefond vorbereiten und überwachen zu können, die Einrichtung eines festen Sekretariats sollte jedoch auch zur Entwicklung des Ostseerats zählen.

Die BSRI war damit eine konsequente Weiterentwicklung der früheren inhaltlichen Politikansätze der EU für den Ostseeraum, die sich an den Bedürfnissen der Region und an den Agenden der Ostseegremien orientierte. Insofern enthielt sie allerdings auch außer dem zu bildenden Koordinationsgremium für die Förderprogramme im Ostseeraum keine wirklich neuen Vorschläge. Die Neuigkeit stellte jedoch der Sachverhalt dar, dass die EU erstmals ein ganzheitliches Programm für den Ostseeraum verabschiedete und sich damit zu ihrer wachsenden Rolle in der Region bekannte. Der Europäische Rat von Florenz nahm die BSRI

¹⁹⁰⁰ ebd.

am 22.06.1996 an und betonte die Wichtigkeit ihrer Umsetzung¹⁹⁰¹. Mehr Unterstützung konnte der Initiative nicht geleistet werden und damit erwies sich aber auch die Schwäche des Papiers, das auf Grund seines Charakters keinen Aktionsplan, geschweige denn eigene Finanzinstrumente und ein Umsetzungsgremium vorweisen und längst nicht mit der Unterstützung aller EU-Mitglieder rechnen konnte. So blieb die BSRI zunächst eine positive Absichtsbekundung, ohne dass tatsächliche Schritte zu ihrer Umsetzung unternommen wurden, die folgenden Räte von Dublin, Amsterdam und Luxemburg im Dezember 1996, Juni und November 1997 unterließen es nicht nur, konkrete Schritte zu ihrer Umsetzung zu beschließen, sondern erwähnten sie nicht einmal¹⁹⁰². Diese mangelnde Unterstützung des Versuchs zur Koordinierung der Unionspolitik gegenüber dem Ostseeraum erhielt die verwirrende Parallelität der Programme und Politikansätze und das damit verbundene geringe Engagement der EU gegenüber dem Ostseeraum aufrecht, so dass insgesamt bis zum Jahr 1997 „...die EU [...] die Ostseeregion nur sehr eingeschränkt unterstützt...“¹⁹⁰³ hatte.

Vor diesem Hintergrund griff der damalige finnische Premierminister Paavo Lipponen¹⁹⁰⁴ mit dem Konzept der Nördlichen Dimension der EU Gedanken auf, die im so genannten Kuhmo-Prozess, einer ab 1987 stattfindenden Sommerakademie in der nordostfinnischen Stadt Kuhmo an der russischen Grenze mit Themen wie Sicherheit, Globalisierung und europäischer Integration, schon länger behandelt worden waren¹⁹⁰⁵. Auch der Ausschuss der Regionen (AdR) hatte in einer Stellungnahme vom 12.06.1996 von einer Nördlichen Dimension der EU gesprochen, die diese mit der Norderweiterung 1995 erhalten hätte und auf die Spezifiken dieser nördlichen Region und ihre Probleme hingewiesen¹⁹⁰⁶. Eine weitere Stellungnahme des AdR vom 25.11.1996 konkretisierte die für die EU im Ostseeraum

¹⁹⁰¹ Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Florenz vom 21.-22.06.1996. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=DOC/96/3&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>, 13.06.2008.

¹⁹⁰² Schlussfolgerungen des Europäischen Rats in Dublin vom 16.12.1996. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/032d0003.htm, 15.05.2008

Schlussfolgerungen des Europäischen Rats in Amsterdam vom 16.-17.06.1997. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/032d0006.htm, 15.05.2008

Schlussfolgerungen der Sondertagung des Europäischen Rats über Beschäftigungsfragen in Luxemburg vom 20.-21.11.1997. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00300.D7.htm, 15.05.2008.

¹⁹⁰³ Ruszkowski, Janusz: Das geopolitische Modell Europas im Ostseeraum in den Jahren 1990-1998. In: Deutsche Studien. Vierteljahreshefte, Bd. 36 (1999), 142, S. 108-119, S. 114.

¹⁹⁰⁴ Lipponen war von 1995 bis 2003 Premierminister Finnlands.

¹⁹⁰⁵ Heininen, Lassi; Käkönen, Jyrki: Introduction: What new northern Europe?. In: Dies. (Hrsg.): The new North Europe. Perspectives on northern dimension. (Research Report / Tampere Peace Research Institute; Bd. 80, 1998) Tampere 1998, S. 7-14, S. 7.

¹⁹⁰⁶ Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom 12. Juni 1996 zum Thema "Die nördliche Dimension der Europäischen Union und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation sowie im Barents-Gebiet" Brüssel, den 12. Juni 1996. Elektronisch veröffentlicht auf: http://coropinions.cor.eu.int/CORopinionDocument.aspx?identfier=cdr\commission1\dossiers\com1-009\cdr107-1999_fin_ac.doc&language=DE, 19.12.2005.

vorgeschlagenen Ziele und Maßnahmen¹⁹⁰⁷. Auf der politischen Bühne etabliert wurde das Konzept jedoch erst durch Lipponen, der im Frühjahr 1997 den Präsidenten der EU-Kommission Jacques Santer kontaktierte und die Entwicklung einer Strategie für den Norden vorschlug. Santer willigte ein und erstattete dem Europäischen Rat von Luxemburg im Dezember 1997 darüber Bericht¹⁹⁰⁸. Daraufhin stellte Lipponen im September 1997 in Rovaniemi erstmals das finnische Konzept einer Nördlichen Dimension für die Politik der Europäischen Union vor, das die Integration von EU, Ostseeraum und Russland vorantreiben sollte. Er argumentierte, dass, nachdem die Union mit dem Beitritt Schwedens und Finnlands eine geographische nördliche Dimension bekommen hätte, sie auch eine politische entwickeln müsste, wobei besonders die Beziehung zu Russland gemeint war. Nebenbei war damit auch beabsichtigt, Finnland als einziges westliches Land mit direkter Grenze und mit Jahrzehnte altem gegenseitigen Vertrauen zu Russland in Szene zu setzen. Jedoch wogen die Probleme der Region schwer. Ausgehend von einer von starker Umweltverschmutzung, hohen sozialen Disparitäten und starker Kriminalität geprägten Situation des östlichen Ostseeraums und vor allem Finnlands eigener Grenze zu Russland, regte Lipponen die Entwicklung neuer politischer Entscheidungen zur Beseitigung der Trennungslinien an¹⁹⁰⁹. Die Attraktivität dieses Betätigungsfeldes bestärkte der Hinweis auf das große wirtschaftliche Potential der Ostseeregion, die bis 2010 ihr Handelsvolumen verzehnfachen würde¹⁹¹⁰, und besonders auf die russischen Bodenschätze, Gas- und Ölvorkommen und die russischen Wälder mit ihrem enormen Potential bei der Holzgewinnung. Die Entwicklung der Infrastruktur und Umweltschutz, nukleare Sicherheit und gewerbliche Kooperation, Justiz- und Forschungskooperation, ländliche Beschäftigung, Soziales und Verwaltung sollten weitere Kooperationsgebiete sein. Für die Umsetzung dieser Dinge war wiederum keine eigene Finanzierung geplant, um die Initiative auf europäischer Ebene konsensfähig zu machen. Mit der Initiative zur Nördlichen Dimension der EU war erstmalig ein europäisches Konzept zur

¹⁹⁰⁷ Die EU wurde aufgefordert, die lokale und regionale Kooperation des Ostseeraums deutlich stärker einzubeziehen und eng mit Russland zusammenzuarbeiten, um die positiven Entwicklungstendenzen der Region nicht zu gefährden. Als wichtige Ziele wurden die Demokratiestärkung, der Erfahrungsaustausch, Bildungstransfer, Kultur, Soziales, wirtschaftliche Entwicklung, Ausbau der Verkehrs- und Informationssysteme und die Kooperation im Umweltbereich genannt.

Stellungnahme des Ausschusses der Regionen zum Thema "Die derzeitige und künftige Politik der EU im Ostseeraum unter besonderer Berücksichtigung lokaler und regionaler Aspekte" Brüssel, den 25. November 1996. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://coropinions.cor.eu.int/CORopinionDocument.aspx?identifizier=archives.cdr\1994-1998\commission1\com1-020\cdr141-1996_fin_ac.doc&language=DE, 19.12.2005.

¹⁹⁰⁸ Heininen, Lassi: Ideas and Outcomes: Finding a concrete form for the NDI. In: Ojanen, Hanna (Hrsg.): The Northern dimension. Fuel for the EU?. (Programme on the Northern Dimension of the CFSP; Bd. 12) Helsinki [u.a.] 2001, S. 20-54, S. 29.

¹⁹⁰⁹ Lipponen, Paavo: The European Union needs a policy for the northern dimension. In: Heininen, Lassi; Käkönen, Jyrki (Hrsg.): The new North Europe. Perspectives on northern dimension. (Research Report / Tampere Peace Research Institute; Bd. 80, 1998) Tampere 1998, S. 125-132, S. 127.

¹⁹¹⁰ ebd., S. 128.

Einbindung Russlands über die Ostseeregion formuliert worden, was einerseits die europäischen Staaten auf Grund des wirtschaftlichen Potentials Russlands stärker als die bisherigen Ansätze interessierte und andererseits der Ostseekooperation auch für die Zeit nach einem Beitritt Polens und der baltischen Staaten zur EU eine wichtige Perspektive gab und dem Ostseeraum eine wichtige Brückenfunktion zuwies. Zudem bekam die Initiative dadurch stärkeres Gewicht, dass sie von der höchsten Ebene eines EU-Mitgliedsstaats lanciert worden war.

Daraufhin nahm der Europäische Rat von Luxemburg vom 12.-13.12.1997 dieses Konzept zur Kenntnis und beauftragte die EU-Kommission, dem nächsten Ratstreffen einen Zwischenbericht zum Thema vorzulegen¹⁹¹¹. Katalytisch wirkte hier auch, dass im Dezember 1997 das 1994 unterzeichnete PCA zwischen der EU und Russland in Kraft trat, was diese Beziehungen auf eine neue Ebene hob¹⁹¹². Parallel dazu wurden am 31.03.1998 unter anderem mit Polen und Estland die Beitrittsverhandlungen begonnen, für Litauen und Lettland hatte wie auch für andere mittelosteuropäische Staaten die analytische Prüfung des Besitzstandes eingesetzt¹⁹¹³.

Der Europäische Rat von Cardiff vom 15.-16.06.1998 wiederholte die Kenntnisnahme der Initiative der Nördlichen Dimension und kündigte den entsprechenden Bericht der EU-Kommission für Ende 1998 an, der sich somit verspätet hatte. Dies geschah bezeichnenderweise im Russland betreffenden Kapitel der EU, ein Kapitel „Ostseeraum“ war nicht vorhanden, was das Hauptinteresse der EU deutlich machte¹⁹¹⁴. Am 25.11.1998 veröffentlichte die EU-Kommission ihren Bericht „*A northern dimension for the policies of the Union*“, wie sie vom Rat in Luxemburg im Dezember 1997 aufgefordert worden war. Der Bericht griff im Wesentlichen die Begründung Lipponens für die Politik der NDI auf, vor allem die zu beseitigenden scharfen sozioökonomischen Trennlinien, wie die sechsfach höhere Kindersterblichkeit Russlands im Vergleich zu Finnland oder die Lebenserwartung, die in Russland unter 57 Jahren, in Finnland bei 77 lag¹⁹¹⁵. Die Kommission kam daher zu dem bislang entschiedensten Schluss bezüglich des Ostseeraums: „*The Northern region is of particular significance to the European Union.*“¹⁹¹⁶. Inhaltlich folgte der Bericht der finnischen Initiative. Das Potential der Ausbeute der Bodenschätze, der steigende Bedarf der

¹⁹¹¹ Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Luxemburg vom 12.-13.12.1997.

¹⁹¹² Heininen: Ideas and Outcomes, S. 29.

¹⁹¹³ Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Cardiff vom 15.-16.06.1998. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/54313.pdf, 20.05.2008, S. 23.

¹⁹¹⁴ ebd., S. 27.

¹⁹¹⁵ Communication from the Commission „A northern dimension for the policies of the Union“. Brüssel, 25.11.1998 (KOM/98/0589 final). Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.eu.int/comm/external_relations/north_dim/doc/com1998_0589en.pdf, 16.11.2005.

¹⁹¹⁶ ebd.

EU an Energieimporten und der steigende Anteil von Erdgas in der Energieversorgung waren wichtige Argumente, zusätzlich sollte die beteiligte Infrastruktur sowohl im Bereich des Transports als auch bei Kommunikationstechnik wesentlich verbessert werden¹⁹¹⁷. Die Umweltsituation der nördlichen Gebiete wurde als weitgehend gut, aber sehr verletzlich eingestuft und dazu aufgerufen, die russischen Umweltprobleme gemeinsam zu lösen, wobei die nukleare Sicherheit der unzulänglichen Kernkraftwerke und Atommülllagerstätten Priorität bekam. Das große wirtschaftliche Potential der Region wurde betont, zu seiner Nutzung sollten die bisher unzureichende wirtschaftliche Infrastruktur, zuständige Gesetze und Institutionen ebenso wie die Grenzen und die Grenzübergänge entschieden modernisiert werden. Als weitere Kooperationsgebiete wurden Gesundheit, Forschung, die Bekämpfung organisierter Kriminalität und sozialer Probleme genannt, die rechtliche Grundlage der Umsetzung sollte im Falle Russlands das PCA und bei den baltischen Staaten die Europaabkommen sein, zur finanziellen Absicherung war eine verstärkte Einbindung der privaten Wirtschaft und der IFIs geplant. Der Ostseerat wurde ebenso wie der BEAC als wichtiger regionaler Partner bei der Umsetzung benannt¹⁹¹⁸.

Auffallend war an dem Bericht, dass er zwar die entscheidenden Themengebiete aufgriff, jedoch keine konkreten Vorschläge für Maßnahmen unterbreitete und damit in einer gewissen Vagheit befangen blieb. Auffallend war weiterhin, dass hinsichtlich des weiteren Vorgehens zwar in allen genannten Bereichen die Bereitschaft zur und die Notwendigkeit der Umsetzung betont, aber nur im Bereich Energie mit einer Machbarkeitsstudie zur Nutzung der Energieträgervorräte im nordwestlichen Russland konkrete Maßnahmen angeregt wurden und mit der Gründung der BETF durch die Kommission schon erste Schritte unternommen worden waren¹⁹¹⁹. Dies weist darauf hin, dass, obwohl offiziell die gesamten Inhalte der finnischen Initiative übernommen worden waren, die Möglichkeit des Erschließens günstiger Energiequellen für die EU das zumindest prioritäre Interesse darstellte. Hinsichtlich der bestehenden Kooperation in der Region und des dortigen Engagements der Union kam man aber auch zu dem Schluss, das Konzept der NDI lediglich zur Koordinierung des Bestehenden zu nutzen und keine neue regionale Initiative mit den damit verbundenen neuen Finanzinstrumenten einzurichten, was die Möglichkeiten der Umsetzung schwächte.

Somit hatte Finnland entscheidend auf die Politik der EU in der Region Einfluss nehmen können, ein Vorstoß, der innerhalb der EU auch von Ländern außerhalb des Ostseeraums wie Portugal und Großbritannien gestützt wurde. Im Ostseeraum fand sich auch Zustimmung, allerdings nicht ohne inoffizielle Kritik der anderen Mitglieder der skandinavischen Familie

¹⁹¹⁷ ebd.

¹⁹¹⁸ ebd.

¹⁹¹⁹ ebd.

an dem alleinigen Vorstoß Finnlands und anfängliches Misstrauen der baltischen Staaten, die Konkurrenz zu ihrer eigenen Brückenfunktion zu Russland befürchteten¹⁹²⁰.

Der Europäische Rat von Wien vom 11.-12.12.1998 begrüßte diesen Bericht und forderte den Rat der Europäischen Union dazu auf, Leitlinien für die Umsetzung des Programms zu erarbeiten. Zur Weiterentwicklung des Konzepts sollte Gedankenaustausch zwischen den betroffenen Staaten stattfinden¹⁹²¹. Der Rat verabschiedete die Richtlinien am 31.05.1999, in denen er sich mehrheitlich auf den Kommissionsbericht stützte und die bekannten inhaltlichen und organisatorischen Entscheidungen bekräftigte¹⁹²². Der Europäische Rat von Köln vom 03.-04.06.1999 begrüßte das und forderte dazu auf, nach der ersten Ministerkonferenz zur NDI in Finnland im November 1999 die Erstellung eines Aktionsplans zu prüfen¹⁹²³. Dieser Europäische Rat verabschiedete auch die Gemeinsame Strategie der EU gegenüber Russland, die weitreichend die Unterstützung der russischen Reformen hinsichtlich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wie auch Wirtschaft, aber auch Bereiche wie Energie, Umwelt, Kooperation gegen organisierte Kriminalität und anderes regelte¹⁹²⁴. Damit war auch für die NDI die Grundlage entscheidend erweitert worden. In der Folge präsentierten Russland und Litauen im Juli 1999 gemeinsam Vorschläge zum Status der russischen Exklave Kaliningrad innerhalb der NDI, im Oktober 1999 stellte Russland eine Stellungnahme zur Rolle Kaliningrads in der NDI vor¹⁹²⁵.

Die erste NDI-Ministerkonferenz der Außenminister der CBSS-Staaten und der EU fand vom 11.-12.11.1999 in Helsinki statt. Zum Schaden der Ostseekooperation waren jedoch die Außenminister der westlichen Ostseestaaten und der EU außer dem des Gastgebers Finnland nicht anwesend, teils aus Desinteresse und teils als Protest gegen die aktuelle Tschetschenienpolitik Russlands¹⁹²⁶. Wenn auch hier mehr Einzelthemen innerhalb der NDI behandelt wurden als es sonst der Fall war, einigte sich die Konferenz jedoch auf die bekannten Ziele und Maßnahmen. Entscheidend war das Bekenntnis der Minister zur Notwendigkeit der Erstellung eines Aktionsplans¹⁹²⁷, was den ersten Versuch darstellte, die

¹⁹²⁰ Mazur-Baranska, Agnieszka: The northern dimension of the EU. In: The Polish quarterly of international affairs, Bd. 9 (2000), Nr. 2, S. 31-44, S. 41.

¹⁹²¹ Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Wien vom 11.-12.12.1998. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00300-R1.D8.htm, 20.05.2008.

¹⁹²² The implementation of a Northern Dimension for the policies of the European Union Conclusions adopted by the Council on 31 May 1999. Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/doc/pres_concl_06_99.htm, 21.05.2008.

¹⁹²³ Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Köln vom 03.-04.06.1999. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00150.D9.htm, 20.05.2008.

¹⁹²⁴ Common Strategy of the European Union of 4 June 1999 on Russia (1999/414/CFSP). Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/external_relations/ceeca/com_strat/russia_99.pdf, 23.05.2008.

¹⁹²⁵ Mazur-Baranska: The northern dimension of the EU., S. 42.

¹⁹²⁶ Heininen: Ideas and Outcomes, S. 32.

¹⁹²⁷ Foreign Ministers' Conference on the Northern Dimension Helsinki, 11-12 November 1999 - Conclusions of the Chair..

Maßnahmen der EU gegenüber dem Ostseeraum und Russland zu koordinieren und die Umsetzung kontrollierbar zu machen. Zudem wurde beschlossen, der Kooperation zur nuklearen Sicherheit mit einem Abkommen *Multilateral Nuclear and Environment Programme in the Russian Federation* (MNEPR) rechtliche Grundlagen und einen Zeitplan zu verschaffen¹⁹²⁸.

Im November 1999 veröffentlichte die EU-Kommission zudem den Bericht „*Strengthening the northern dimension of european energy policy*“, der die Situation im Energiebereich differenziert analysierte und Prioritäten und Handlungsmöglichkeiten für die EU auf diesem Feld formulierte. Hiermit wurde wiederum deutlich, dass die EU das Hauptaugenmerk auf den Energiesektor der NDI und damit auf den größt- und schnellstmöglichen eigenen Nutzen legte und somit eine ganzheitliche Konzeption der NDI vernachlässigte¹⁹²⁹.

Dennoch hatten die Arbeiten an der ND durch die Ministerkonferenz an Substanz gewonnen, was der Europäische Rat von Helsinki vom 10.-11.12.1999 begrüßte. Er rief weiterhin die EU-Kommission auf, im Dialog mit den betroffenen Staaten einen Aktionsplan zu entwerfen und ihn dem Europäischen Rat im Juni 2000 zum Beschluss vorzulegen¹⁹³⁰. Auffallend war, dass zwar der Dialog mit den betroffenen Staaten, aber nicht mit den bestehenden Kooperationsgremien gefordert wurde. Dieser kam dennoch zu Stande, wie der Beitrag des Ostseerats zum ersten Aktionsplan der Nördlichen Dimension zeigt¹⁹³¹. Parallel zu diesen Entwicklungen waren nach Protesten der baltischen und anderer Staaten im Februar 2000 Beitrittsverhandlungen auch mit Lettland und Litauen eröffnet worden, so dass die klare Perspektive der EU-Mitgliedschaft aller Ostseestaaten außer Russland gegeben war.

4.10.1.2 Die Aktionspläne der Nördlichen Dimension

Das Kapitel soll die Inhalte der NDAPs untersuchen. Zur Bewertung werden diese den Beiträgen des Ostseerats hinsichtlich Prioritäten und Projekten gegenübergestellt.

Der erste Aktionsplan der ND für die Jahre 2000-2003 wurde vom Europäischen Rat von Santa Maria da Feira vom 19.-20.06.2000 beschlossen und die EU-Kommission mit der Führungsrolle der Umsetzung betraut. Die Rolle der bestehenden Ostseekooperation fand

¹⁹²⁸ ebd.

¹⁹²⁹ vgl. auch Heininen: Ideas and Outcomes., S. 32.

¹⁹³⁰ Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Helsinki vom 10.-11.12.1999. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00300-r1.d9.htm, 21.05.2008.

¹⁹³¹ Priorities and Projects. Contribution of the Council of the Baltic Sea States (CBSS) to the 'Action Plan for the Northern Dimension with external and cross-border policies of the European Union 2000-2003' April 2001.

keine spezielle Erwähnung¹⁹³². Der Aktionsplan selbst schrieb erstmalig den Geltungsbereich der ND fest, der von Island bis Nordwest-Russland und von der Norwegischen See, der Barents- und der Karasee bis zur Südküste der Ostsee reichte und damit dem Ostseeraum gleichzusetzen war.

Die grundsätzlichen Ziele des APs orientierten sich mit der Intensivierung der positiven gegenseitigen Abhängigkeit zur Stärkung von Sicherheit und Stabilität, demokratischen Reformen und nachhaltiger Entwicklung an den etablierten Grundsätzen der ND seit der finnischen Initiative 1997. Auch die Schwerpunkte Umweltschutz, nukleare Sicherheit, Energieversorgung, Infrastruktur, Forschung, Bildung, Soziales, Kampf gegen organisierte Kriminalität, Beseitigung von Handelsschranken orientierten sich an der finnischen Initiative und an den Prioritäten der gesamten Ostseekooperation. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Oblast Kaliningrad zugesprochen und die These des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Kaliningrad sei eine Modellregion für das Verhältnis zwischen der EU und Russland, aufgegriffen¹⁹³³. Wiederum wurde betont, dass der Mehrwert der ND über die Koordinierung der bestehenden Verhältnisse geleistet werden sollte und die Umsetzung keine neuen rechtlichen Bindungen oder neue Budgets verlangte, sondern über die bestehenden Beitrittsabkommen, das PCA mit Russland und über das EEA-Abkommen mit Island und Norwegen sowie über die bestehenden Finanzinstrumente geleistet werden sollte. Der Ostseerat wurde neben dem BEAC und dem Arctic Council als Akteur der Umsetzung genannt¹⁹³⁴. Bezeichnend war, dass bei den Maßnahmen der Bereich zur Energieinfrastruktur zu Beginn aufgeführt wurde. Wiederum wurde die große Rolle der Region als Energielieferant der EU betont. Die Maßnahmen zielten auf die Schaffung eines günstigen und transparenten Rahmens für Investitionen der Wirtschaft in die Energieinfrastruktur, die Schaffung der Bedingungen für grenzüberschreitenden Energiehandel und die Integration der Energiemärkte. Ebenso wurden jedoch Nachhaltigkeitsziele wie sparsame Energienutzung, die Förderung erneuerbarer Energien und eine umweltverträgliche Produktion unter Berücksichtigung der Bedürfnisse indigener Völker aufgenommen¹⁹³⁵. Konkrete Maßnahmen betrafen die Erstellung eines für alle Staaten der Region zugänglichen Inventars regionaler Energieprojekte und Finanzquellen zur Konfliktvermeidung und Vermeidung von

¹⁹³² Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Santa Maria da Feira vom 19.-20.06.2000. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00200-r1.d0.htm, 19.06.2008.

¹⁹³³ Council of the European Union: Action Plan for the Northern Dimension with external and crossborder policies of the European Union 2000-2003. 9401/00 LIMITE NIS 76. Elektronisch veröffentlicht auf: http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/ndap/06_00_en.pdf 26.05.2004, S. 5.

¹⁹³⁴ ebd., S. 6f.

¹⁹³⁵ ebd., S. 9f.

Doppelarbeit sowie die Überwachung von Energieinvestitionen in der Region, die Aufklärungsarbeit über Bedingungen verfügbarer Finanzmittel der IFIs, Hilfeleistungen an die baltischen Staaten bei der Integration ihrer Stromnetze und deren Anschluss an die der EU, sowie den Beginn von Verhandlungen zwischen der EU und Russland zur Verbindung ihrer Elektrizitätsinfrastrukturen und Strommärkte. Hiermit nahm der NDAP die Prioritäten des Ostseeraums in Gestalt des Beitrags des Ostseerats auf und ging bezüglich der Differenziertheit der Maßnahmen sogar noch weiter¹⁹³⁶.

Im Bereich des Transportwesens erkannte der NDAP die Spezifiken des weiten nördlichen Raums wie kostenintensiveren Winterverkehr, der sich in starken Kosten zum Beispiel für Straßenerhaltung und Eisbrecher manifestiert, an, betonte jedoch die zentrale Rolle der Entwicklung der Infrastruktur für die Wirtschaft. Der Aufbau eines dichten multimodalen Verkehrsnetzes sollte angestrebt werden. Maßnahmen hierzu waren die Weiterentwicklung der Leitlinien der TEN und des bestehenden TEN-Netzes, die bessere Verkehrsplanung in Grenzregionen hinsichtlich des öffentlichen Personenverkehrs und die Anfertigung gemeinsamer Machbarkeitstudien zum Ausbau der Infrastruktur in Grenzregionen, der Beginn von Überlegungen, wie das russische und europäische Verkehrsnetz zu Schiene und Straße miteinander verbunden werden könnten und die Erhöhung der Sicherheit in allen Transportarten. Zentral war wiederum die Beseitigung der Engpässe an Grenzen¹⁹³⁷. Die Schwerpunktsetzung auf die *Viae Baltica* und *Hanseatica*, die der Beitrag des Ostseerats vorsah, übernahm der NDAP wie auch die Schwerpunktsetzung auf die Entwicklung der Küstenschifffahrt und die Hinterlandanbindungen der Häfen¹⁹³⁸. Zwei spezifische und zentrale Ostseethemen wurden also durch allgemeingültige Richtlinien zur Transportentwicklung aufgenommen.

Hinsichtlich der Telekommunikation und Informationsgesellschaft stellte der Aktionsplan für die skandinavischen Länder und Deutschland eine sehr weit fortgeschrittene Entwicklung im Gegensatz zu der in den östlichen Staaten fest. Allerdings seien besonders die baltischen Staaten sehr aktiv und hätten die Telekommunikationsunternehmen der EU sehr stark in die Staaten der ND investiert. Ein weiterer Ausbau des Bereichs durch die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen und die Integration der nationalen Netze waren die übergeordneten Ziele des NDAP, hierzu sollte Aufklärung über das Konzept der Informationsgesellschaft betrieben und die Konformität der Entwicklung der nationalen Regelungen mit EU-Vorgaben

¹⁹³⁶ Priorities and Projects. Contribution of the Council of the Baltic Sea States (CBSS) to the 'Action Plan for the Northern Dimension with external and cross-border policies of the European Union 2000-2003' April 2001.

¹⁹³⁷ Action Plan for the Northern Dimension with external and crossborder policies of the European Union 2000-2003, S. 12f.

¹⁹³⁸ Priorities and Projects. Contribution of the Council of the Baltic Sea States (CBSS) to the 'Action Plan for the Northern Dimension with external and cross-border policies of the European Union 2000-2003' April 2001.

gesichert werden. Den Gesamtprozess der ND sollte die Einrichtung einer *Best Practices Gallery* zur ND unterstützen¹⁹³⁹.

Der Beitrag des Ostseerats hatte in diesem Bereich neben der Integration der nationalen Netze ein deutlich konkreteres Vorgehen mit Projekten wie der Erarbeitung von Kriterien zur Leistungsbemessung für den Gebrauch von Kommunikationstechnologien in öffentlichen Behörden, Erleichterungen des Wissenstransfers in den Behörden, der Anpassung von Lehr- und Lernmethoden an die neuen Techniken sowie den einfachen Zugang zu ihnen vorgeschlagen¹⁹⁴⁰.

Im Umweltbereich erkannte der NDAP die ostseeweit bekannten Probleme an und betonte, dass die meisten von ihnen grenzüberschreitende Wirkung hätten und daher internationale Kooperation nötig sei. Ausdrücklich wurde auf die Notwendigkeit der aktiven Beteiligung Russlands hingewiesen¹⁹⁴¹. Priorität bekamen die Verbesserung der Wasserqualität, das Handeln gegen den Klimawandel und die Umsetzung von Nachhaltigkeit unter anderem zum Erhalt der Biodiversität. Maßnahmen sollten die Unterstützung von Investitionsprojekten in großen Hot Spots wie Kaliningrad, St.Petersburg oder dem gesamten Nawa-Einzugsgebiet, die Prüfung der Einrichtung eines Förderprogramms für mittlere und kleine Umweltprojekte innerhalb TACIS', die Schaffung eines regionalen Pilotprojekts gegen den Klimawandel, die Ausstattung von Fischereischiffen mit Satellitenüberwachungssystemen, die Unterstützung der Forschung auf dem Gebiet der Fischerei, die Unterstützung des Wildlachsrettungsprogramms, den Wiederaufbau beschädigter Habitate, die nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern und die Ausrichtung von Aquakultur auf Nachhaltigkeit betreffen¹⁹⁴². Hier ging der NDAP vor allem im Bereich der Nachhaltigkeit in seinen Vorschlägen weiter als das Dokument des Ostseerats, allerdings griff er nicht dessen Forderung nach der effektiven Eliminierung aller Schiffsabfälle, eine über Jahrzehnte verfolgte Aktionslinie der HELCOM, auf¹⁹⁴³, da man sich scheute, in diesem wirtschaftlich sensiblen und juristisch schwierigen Gebiet Zeichen zu setzen.

Im Bereich der nuklearen Sicherheit betonte der NDAP die Schwierigkeiten vor allem in Nordwest-Russland und formulierte als Ziel neben der Schließung der nicht aufrüstbaren Reaktoren in den Kernkraftwerken Ignalina, Leningrad und Kola eine generelle Erhöhung der

¹⁹³⁹ Action Plan for the Northern Dimension with external and crossborder policies of the European Union 2000-2003, S. 13f.

¹⁹⁴⁰ Priorities and Projects. Contribution of the Council of the Baltic Sea States (CBSS) to the 'Action Plan for the Northern Dimension with external and cross-border policies of the European Union 2000-2003' April 2001.

¹⁹⁴¹ „This means that the Russian Federation should be actively involved.“ Action Plan for the Northern Dimension with external and crossborder policies of the European Union 2000-2003, S. 17.

¹⁹⁴² ebd., S. 17f.

¹⁹⁴³ Priorities and Projects. Contribution of the Council of the Baltic Sea States (CBSS) to the 'Action Plan for the Northern Dimension with external and cross-border policies of the European Union 2000-2003' April 2001.

nuklearen Sicherheit. Die Maßnahmen hierzu sollten in Ignalina vor allem mit PHARE-Mitteln ein zweites Notstopp-System für den zweiten Reaktor (19 Mio. Euro) und die Unterstützung für ein Vor-Schließungsprogramm für den Reaktor 1 in Ignalina, ein schneller Abschluss des in Verhandlung befindlichen MNEPRs, die Prüfung der Notwendigkeit von Verbesserungen bei der Lagerung von U-Boot-Reaktoren in der U-Boot-Basis Iokanga/Gremikha, eine Machbarkeitsstudie zur Rekonstruktion der Basis in der Andreev Bucht, in der über 20.000 verbrauchte Brennelemente ohne die Einhaltung internationaler Sicherheitsstandards gelagert waren, sein¹⁹⁴⁴. Dieser Bereich war in den Empfehlungen des Ostseerats nicht enthalten gewesen¹⁹⁴⁵.

Im Bereich der öffentlichen Gesundheit, der sowohl Infektionskrankheiten als auch pathogene Umweltverschmutzung und Alkohol- und Drogensucht beinhaltete, zielte der NDAP auf Verbesserung der Informationen über den Zustand der öffentlichen Gesundheit, den Aufbau und die Erhaltung effizienter Gesundheitssysteme, die Verbesserung der Fähigkeiten zu schneller Reaktion auf Bedrohungen und der Krankheitsprävention. Als Maßnahmen wurden hier die Schaffung einer umfassenden Gesundheitsdatenbank innerhalb der ND angeregt, der neben den Staaten der ND auch Drittländer, internationale Organisationen und NGOs angehören sollten, weiterhin die Erweiterung der EU-Datenbank zu Infektionskrankheiten auf dritte Länder, die Einführung und Weiterentwicklung von *best practices*, die Unterstützung Russlands bei der Reform seines Gesundheits- und Sozialsystems, die Prävention vor allem in den Bereichen TBC, HIV, Alkohol- und Drogensucht, Aktivitäten zur Überwachung von Infektionskrankheiten durch eine enge Kooperation zwischen der Task Force zu Infektionskrankheiten von EU und USA mit der TF-CDC. Für Kaliningrad mit seinen spezifischen Problemen sollte ein eigener Ansatz entwickelt werden¹⁹⁴⁶. Auch hier ging der Aktionsplan differenzierter vor als die Empfehlungen des Ostseerats, wenn dieser auch Maßnahmen in den vom NDAP genutzten Bereichen vorschlug¹⁹⁴⁷. Die vorgeschlagenen Maßnahmen dienten allerdings mehr der Verwaltung und Bekämpfung der Missstände. Das Vorgehen im Bereich Prävention wurde nicht konkretisiert.

Im Bereich der Wirtschaft stellte der Aktionsplan großes ungenutztes Potential fest, da vor allem in Russland Stabilität, Vorhersehbarkeit und Transparenz sowie Fördermöglichkeiten für SMEs fehlten und auch andere Hindernisse Handel und Investitionen im Weg standen. Die

¹⁹⁴⁴ Action Plan for the Northern Dimension with external and crossborder policies of the European Union 2000-2003, S. 20ff.

¹⁹⁴⁵ Priorities and Projects. Contribution of the Council of the Baltic Sea States (CBSS) to the 'Action Plan for the Northern Dimension with external and cross-border policies of the European Union 2000-2003' April 2001.

¹⁹⁴⁶ Action Plan for the Northern Dimension with external and crossborder policies of the European Union 2000-2003, S. 24f.

¹⁹⁴⁷ Priorities and Projects. Contribution of the Council of the Baltic Sea States (CBSS) to the 'Action Plan for the Northern Dimension with external and cross-border policies of the European Union 2000-2003' April 2001.

Ziele waren also wie auch in der Ostseekooperation ein Abbau der Hindernisse und die Verbesserung des Informationsaustauschs. Hinsichtlich Russlands waren es sein Beitritt zur WTO, die Angleichung seiner Wirtschaftsstandards an die der EU wie auch die generelle Verbesserung des Handelsklimas. Hierzu sollte vor allem die Grenz- und Zolladministration verbessert und gestärkt werden und SMEs ein deutlich besserer Zugang zu Finanzmitteln ermöglicht werden¹⁹⁴⁸. Letztlich lag dieser Bereich vor allem in nationaler Kompetenz. Hier ging der NDAP hinsichtlich der Kritik an Russland weiter als die Empfehlungen des Ostseerats, der zur Stimulation der Wirtschaft vor allem Verbesserungen an den Grenzen empfahl und zur allgemeinen Wirtschaftsgesetzgebung keine Aussagen machte¹⁹⁴⁹.

Ein weiterer Bereich des NDAP betraf die Entwicklung des Humankapitals und die Forschung. Maßnahmen hierzu sollten die Erzielung von Synergien durch die verstärkte Kooperation der Bildungsträger, die Erhöhung der individuellen Mobilität von Studenten und Schülern, der Einsatz von Telekommunikationssystemen für Fernstudien, technische Unterstützung von Berufsaus- und -weiterbildung und anderes sein¹⁹⁵⁰. In der Vielzahl der konkret vorgeschlagenen Maßnahmen übertraf der NDAP den Beitrag des Ostseerats, jedoch hatte dieser schon alle entsprechenden Themengebiete abgedeckt¹⁹⁵¹.

Im Bereich Justiz und Inneres räumte der Aktionsplan dem Kampf gegen die organisierte Kriminalität hohe Priorität ein und zielte auf die Unterzeichnung, Ratifizierung und Umsetzung der internationalen Verträge. Die Kooperation sollte aufgewertet, die Möglichkeit eines Rückübernahmeabkommens zwischen der EU und Russland diskutiert werden. Die vorgeschlagenen Schritte betrafen die Umsetzung des kürzlich verabschiedeten EU-Aktionsplans gegen organisierte Kriminalität, die Unterstützung der Beamtenausbildung, die Schaffung effizienter und sicherer Grenzen zusammen mit der Vereinfachung der legalen Grenzüberschreitung¹⁹⁵². Damit waren die Prioritäten des Ostseerats mit abgedeckt¹⁹⁵³.

Regionale und grenzüberschreitende Kooperation wurde vom NDAP als eine Priorität der Union und ein wichtiges Mittel zur Umsetzung benannt. Zu ihrer Unterstützung sollte grenzüberschreitende Kooperation in den Fördermitteln stärker berücksichtigt werden. Innerhalb TACIS' sollte ein Strang Grenzregionen helfen, ihre Entwicklungsprobleme zu

¹⁹⁴⁸ Action Plan for the Northern Dimension with external and crossborder policies of the European Union 2000-2003, S. 26f.

¹⁹⁴⁹ Priorities and Projects. Contribution of the Council of the Baltic Sea States (CBSS) to the 'Action Plan for the Northern Dimension with external and cross-border policies of the European Union 2000-2003' April 2001.

¹⁹⁵⁰ Action Plan for the Northern Dimension with external and crossborder policies of the European Union 2000-2003, S. 28ff.

¹⁹⁵¹ Priorities and Projects. Contribution of the Council of the Baltic Sea States (CBSS) to the 'Action Plan for the Northern Dimension with external and cross-border policies of the European Union 2000-2003' April 2001.

¹⁹⁵² Action Plan for the Northern Dimension with external and crossborder policies of the European Union 2000-2003, S. 31ff.

¹⁹⁵³ Priorities and Projects. Contribution of the Council of the Baltic Sea States (CBSS) to the 'Action Plan for the Northern Dimension with external and cross-border policies of the European Union 2000-2003' April 2001.

bewältigen, wobei der Fokus auf wirtschaftlichen Projekten liegen, der Strang aber auch zur Vernetzung und Unterstützung im Grenzregime sowie zur grenzüberschreitenden Bekämpfung von Umweltproblemen dienen sollte¹⁹⁵⁴. PHARE CBC dagegen sollte allen Facetten und Themen der Ostseekooperation und der NDI offen stehen. Für INTERREG wurde kein eigener CBC- Strang eröffnet, jedoch sollte von den für den Zeitraum 2000-2006 eingeplanten 4.875 Milliarden Euro grenzüberschreitende Kooperation einen angemessenen Teil bekommen¹⁹⁵⁵. Hier blieb der NDAP in seinen Ausführungen allgemeiner als die Empfehlungen des Ostseerats, der konkret Flüsse im Grenzgebiet der baltischen Staaten und Russlands als dringende Projekte erwähnte¹⁹⁵⁶.

Der CBSS-Empfehlung, besondere grenzüberschreitende Projekte mit der Oblast Kaliningrad vorzusehen, kam der NDAP mit einem eigenen Kapitel zu Kaliningrad nach. Hier wurde die besondere Stellung Kaliningrads anerkannt und es als wichtiger Teil des Dialogs zwischen EU und Russland gesehen, der besonders von grenzüberschreitender Kooperation profitieren sollte. Zu inhaltlichen Vorgaben wurde auf die Kopenhagener Konferenz „Nördliche Dimension und Kaliningrad: Europäische und regionale Integration“ vom 17.-18.05.2000 und auf eine EU-Studie zu den Perspektiven der Oblast Kaliningrad verwiesen¹⁹⁵⁷.

Mit diesem Aktionsplan zur Nördlichen Dimension hatte sich die EU zu den Zielen der finnischen Initiative und damit auch denen der Ostseekooperation bekannt, es lag damit das bisher detaillierteste politische Programm der EU gegenüber dem Ostseeraum vor. Zudem war dieser Aktionsplan als erstes Dokument der EU gegenüber dem Ostseerat von der höchsten politischen Ebene der EU beschlossen worden, was ihm eine gewisse Priorität verlieh. Dennoch blieb der Aktionsplan im Kern hinter den Vorgaben der finnischen Initiative und den Erwartungen der bestehenden Ostseekooperation zurück, denn im Gegensatz zum Vorschlag Lipponens war es in der EU nicht möglich gewesen, im Rahmen des Konzepts der Nördlichen Dimension eine eigene Politiklinie oder auch nur eigene Politikelemente gegenüber dem Ostseeraum zu entwickeln, sondern vielmehr wurden durch den Aktionsplan das ohnehin im Ostseeraum schon Bestehende, an dem die EU durch Mitgliedschaften der EU-Kommission wie beim Ostseerat schon teilhatte, und die bei den Kontakten zwischen EU und Russland thematisierten Inhalte aufgegriffen. Zudem gab es im Aktionsplan ebenso keine konkrete Prioritätensetzung wie es demzufolge auch keinen Zeitplan oder eine klare

¹⁹⁵⁴ Action Plan for the Northern Dimension with external and crossborder policies of the European Union 2000-2003, S. 36.

¹⁹⁵⁵ ebd., S. 37.

¹⁹⁵⁶ Priorities and Projects. Contribution of the Council of the Baltic Sea States (CBSS) to the 'Action Plan for the Northern Dimension with external and cross-border policies of the European Union 2000-2003' April 2001.

¹⁹⁵⁷ Action Plan for the Northern Dimension with external and crossborder policies of the European Union 2000-2003, S. 38.

Verteilung der Kompetenzen für die Umsetzung gab. Die Nördliche Dimension blieb also, da die Unionsmitglieder keinen Konsens zu einem stärkeren Engagement finden konnten auch mit ihrem ersten Aktionsplan ein eher bescheidenes politisches Willensbekenntnis, womit die EU nicht nur nicht die Führungsrolle der Kooperation im Ostseeraum übernahm, sondern auch kein vollrangiger engagierter Partner neben den Ostseekooperationsgremien wie etwa dem Ostseerat wurde. Dennoch waren die Inhalte der Ostseekooperation zum einen durch die Aufnahme in die EU- Agenda aufgewertet worden und zum anderen hatte sich auf diese Weise ein größeres Forum für die Debatte zur Politik in dieser europäischen Region eröffnet. Die Entwicklung von Politikgehalten der NDI setzte sich in der Folge fort. Am 17.01.2001 veröffentlichte die EU-Kommission mit dem Papier „Die Europäische Union und das Kaliningrader Gebiet“ eine umfangreiche Situationsanalyse¹⁹⁵⁸. Aufbauend auf diese Analyse unterbreitete die Kommission in dem Papier Politikvorschläge zur Behandlung Kaliningrads, von denen ein Großteil auf Fragen des Grenzregimes und der Visaregelungen im Falle der litauischen und polnischen EU-Mitgliedschaft abzielten. Ebenso wurde vorgeschlagen, dass die EU und Russland zügig ein Rückübernahmeabkommen abschließen und gemeinsam die handelspolitischen Auswirkungen der EU-Osterweiterung erörtern sollten. Angesichts der desolaten wirtschaftlichen Lage Kaliningrads wurde hinsichtlich des Umweltschutzes nur angeregt, dass die EU und Russland „...wichtige Kaliningrad betreffende Umweltthemen besprechen...“¹⁹⁵⁹ sollten. Für die Umsetzung einer solchen Politik wurde jedoch ein bilaterales Vorgehen mit dem PCA als Grundlage für angemessen gehalten, die NDI kam hier nicht entscheidend vor.

Die gewachsene Bedeutung der NDI zeigte sich jedoch in der regen Beteiligung an der zweiten Ministerkonferenz zur NDI am 09.04.2001 in Luxemburg¹⁹⁶⁰, die trotz der

¹⁹⁵⁸ Der Bericht erwähnte unter anderem den Rückgang beim stationierten Militärpersonal von 200.000 im Jahr 1991 auf 18.000, den Rückgang der Produktion seit 1990 um mehr als die Hälfte, die besondere Betroffenheit Kaliningrads durch die Rubelkrise 1998, da es besonders vom Export abhing, den großen Anteil der Schattenwirtschaft, die trotz der exponierten Lage auf russischem Durchschnitt liegenden ausländischen Direktinvestitionen, den unter russischem Durchschnitt liegenden Lebensstandard der Kaliningrader Bürger, die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit Kaliningrads von Moskau, die trotz aller Bemühungen weiterhin überbordende Umweltverschmutzung. Besonders brisant für das Verhältnis zwischen Russland und der EU war, dass die für Kaliningrad eingerichtete Sonderwirtschaftszone mit ihren Bestimmungen stark gegen die Regelungen sowohl des PCAs als auch der WTO-Richtlinien verstieß.

Mitteilung der Kommission an den Rat. Die Europäische Union und das Kaliningrader Gebiet. Brüssel, den 17.1.2001 (KOM(2001) 26 endgültig). Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/doc/com2001_0026de01.pdf, 23.05.2008.

¹⁹⁵⁹ ebd., S. 12.

¹⁹⁶⁰ Anwesend waren nicht nur Vertreter aller Ostseestaaten, sondern auch Vertreter Belgiens, Griechenlands, Spaniens, Frankreichs, Irlands, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Österreichs, Portugals, Großbritanniens, Kanadas und der USA sowie unterschiedlicher Institutionen der EU, IFIs wie EBRD und NIB und des Northern Dimension Business Forum mit dem Ostseerat- und BDF-Gründer Uffe Ellemann-Jensen und -bezeichnenderweise - Fritz Gautier, einem Vorstandsmitglied der Ruhrgas AG. Participants - Second Foreign Ministers' Conference. Luxembourg, 9 April 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/conf/formin2/participants.htm, 23.05.2008.

beschränkten Möglichkeiten der ND in den Bereichen Umwelt und nuklearer Sicherheit, Kampf gegen organisierte Kriminalität und Kaliningrad Fortschritte feststellen konnte. In den anderen Bereichen wurde anerkannt, dass eine Beschleunigung der Arbeit nötig sei¹⁹⁶¹. Der Vorschlag zur Schaffung einer *Northern Dimension Environmental Partnership* (NDEP) zur Lösung von Fragen des Umweltschutzes und der Energieeffizienz, die Finanzmittel in diesem Bereich mobilisieren und koordinieren sollte wurde ebenso positiv aufgenommen wie der Vorschlag des Ostseerats zur Entwicklung eines *Northern eDimension Action Plans* zur Förderung neuer Kommunikationstechniken und der Wissensgesellschaft. Es wurde die Notwendigkeit gesehen, einen direkten Dialog zwischen der Wirtschaft der Region und der EU-Kommission einzurichten, um Handelshindernisse wirksamer beseitigen zu können¹⁹⁶². Dies geschah, obwohl mit BCCA und BAC anerkannte Vertreter der regionalen Wirtschaft vorhanden waren und diese zumindest über den Ostseerat, in dem die Kommission Mitglied war, bereits in einem solchen Dialog standen. Wiederum wurde die Notwendigkeit zur Harmonisierung der Förderprogramme der EU anerkannt.

Unterdessen hatte die EU-Kommission einen *ND-focal point* eingerichtet und eine Internetseite eingerichtet, um die Umsetzung besser koordinieren zu können. Auf der Grundlage dieser Konferenz erarbeiteten Schweden und die EU-Kommission für den Europäischen Rat von Göteborg vom 15.-16.06.2001 einen Bericht zur NDI, den dieser „...billigte...“¹⁹⁶³ und die weitere Umsetzung und die führende Rolle der EU-Kommission anriet. Auch er unterstützte die Einrichtung einer NDEP. Der Bereich der nuklearen Sicherheit innerhalb der NDI wurde gestärkt durch die Veröffentlichung eines entsprechenden Strategieprogramms für die Jahre 2002-2006 durch die EU-Kommission am 17.01.2002¹⁹⁶⁴.

Die Ministerkonferenz zur NDI im April 2001 hatte schließlich die Gründung der NDEP als einer entsprechenden Arbeitsgruppe von IFIs, der EU-Ratspräsidentschaft und der EU-

¹⁹⁶¹ Northern Dimension second Foreign Ministers' Conference, Luxembourg, 9 April 2001- Conclusions of the Chair. Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/conf/formin2/concl.htm, 23.05.2008.

¹⁹⁶² ebd.

¹⁹⁶³ Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Göteborg vom 15.-16.06.2001. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00200-r1.d1.pdf, S. 14.

¹⁹⁶⁴ Hier drückte die Kommission wiederum ihre große Sorge hinsichtlich des Zustands nuklearer Einrichtungen in Russland, der Ukraine und Kasachstan und hinsichtlich der russischen Pläne, die nuklearen Kapazitäten sogar zu vergrößern und die Lebenszeiten der Reaktoren der ersten Generation auszudehnen, aus. Gleichzeitig zeigte sie sich besorgt, dass die für die nukleare Sicherheit zuständige russische Behörde nicht in ausreichend starker Position sei und gemeinsame Vereinbarungen nicht oder verschleppend umgesetzt werden und der Einbezug westlicher Experten marginal sei.

Das Dokument führte die bisher für Russland geleistete Unterstützung an und stellte trotz eines gewissen Fortschritts weiterhin starken Handlungsbedarf fest. Die Prioritäten waren hierbei auf der regulativen Ebene die Stärkung der Position der zuständigen Behörde, auf der operativen Ebene Elemente wie Partnerschaften zwischen russischen und westlichen Kernkraftwerken und ihren Betreibern und andere.

Nuclear Safety Strategy Paper 2002-2006 and Indicative Programme 2002-2003. 17.01.2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.eu.int/comm/external_relations/nuclear_safety/rsp/02_06_en.pdf, 16.11.2005.

Kommission angeregt, im Dezember 2001 beschloss der Vorstand der EBRD Regeln für einen NDEP-Fond¹⁹⁶⁵. Konkret wurde das aber erst mit der Organisation einer Geberkonferenz für die NDEP durch die EU-Kommission, die am 09.07.2002 in Brüssel stattfand, nachdem der Europäische Rat von Barcelona vom 15.-16.03.2002 zur raschen Fertigstellung der Richtlinien und institutionellen Rahmenbedingungen für die NDEP aufgerufen und damit Druck aufgebaut hatte¹⁹⁶⁶. Der Hintergrund der Schaffung der NDEP war auch, dass von den 18 russischen Hot Spots in HELCOM-PITF bis Mai 2002 nur einer gelöscht worden war und die Fortschritte der anderen äußerst gering waren und insofern unabhängig von westlichen Unterstützungsbemühungen weiterhin enorme Umweltschäden und -risiken bestanden. Abhilfe sollte durch die NDEP geschaffen werden, in deren Steuergruppe EBRD, NIB, EIB und die Weltbank, die EU-Kommission und Russland vereint waren und deren *Support Fond* durch die Geberkonferenz im Juli 2002 funktionsfähig gemacht wurde¹⁹⁶⁷. Damit war auch hier schon das bei der HELCOM-PITF bestehende Modell der Zusammenführung von Geldgebern und staatlichen Stellen zu umweltpolitischen Zwecken angewandt worden. Die Konferenz war in der Lage, 110 Mio. Euro, zusammengesetzt aus 50 Mio. Euro der EU und je 10 Mio. von Russland, Dänemark, Finnland, Niederlande, Norwegen und Schweden, zu mobilisieren, von denen 62 Mio. für Projekte der nuklearen Sicherheit vorgesehen waren¹⁹⁶⁸. In diesem Zusammenhang wurde Russland erneut stark gedrängt, nach einigen Monaten der Inaktivität das MNEPR-Abkommen zu unterzeichnen, ohne das der NDEP-Teil zur nuklearen Sicherheit nicht umzusetzen sei¹⁹⁶⁹.

In der Folge begannen zur Sicherung der Kontinuität und der Berücksichtigung gewonnener Erfahrungen Anstrengungen zur Erarbeitung eines zweiten Aktionsplans der Politik der Nördlichen Dimension für die Zeit ab 2004 und so kam es auf dänische Einladung hin am 28.08.2002 im grönländischen Illulisat zu einer Konferenz der Außenminister der EU und der östlichen Ostseestaaten, die erstmalig Richtlinien für den neuen Aktionsplan diskutierte und

¹⁹⁶⁵ The Northern Dimension Environmental Partnership: Pledging Conference for the NDEP Support Fund Brussels, 9 July 2002 - Overview. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/ndep/index.htm, 28.05.2008.

¹⁹⁶⁶ Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Barcelona vom 15.-16.03.2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/71067.pdf, S. 24.

¹⁹⁶⁷ Information Memorandum for the Pledging Conference on NDEP. May 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.eu.int/comm/external_relations/north_dim/ndep/infomemo.pdf, 17.11.2005.

¹⁹⁶⁸ Pressemitteilung Fund to tackle environmental and nuclear waste problems in Northern Europe launched: Pledging Conference raises Euro 110 million- IP/02/1024 - Brussels, 9th July 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/ndep/ip02_1024.htm, 28.05.2008.

¹⁹⁶⁹ Northern Dimension Environmental Partnership Pledging Conference - SPEECH/02/327 - Brussels, 9th July 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/external_relations/news/patten/sp02_327.htm, 28.05.2008.

die Verabschiedung der Richtlinien noch innerhalb der Zeit der dänischen EU-Ratspräsidentschaft ankündigte¹⁹⁷⁰.

Ein wichtiges Element hierbei war das Transitproblem der russischen Exklave Kaliningrad, das auf allen Gipfeltreffen zwischen der EU und Russland ein zentrales Thema war. Nachdem es auf dem neunten Gipfeltreffen vom 29.05.2002 in Moskau besonders divergent diskutiert worden war¹⁹⁷¹, beauftragte der Europäische Rat von Sevilla vom 21.-22.06.2002 die EU-Kommission mit der Anfertigung einer Mitteilung an den Rat zu Kaliningrad und den Transitbedingungen russischer Bürger von und nach Kaliningrad. Diese wurde am 18.09.2002 vorgestellt und stellte einen weiteren wichtigen Einfluss zur Weiterentwicklung der NDI dar, da sie die höchst komplexe und verfahrenere Situation in diesem Bereich dokumentierte¹⁹⁷². Während Russland visafreies Reisen und vereinfachte Verfahren für Kaliningrad-Reisende weiterhin als Ziel formulierte¹⁹⁷³, sah sich Polen in keiner Form als Transitland, lehnte daher jegliche Vergünstigungen für Kaliningrad-Reisende ab und hielt an der Einführung der Visumpflicht ab dem 01.07.2003 fest¹⁹⁷⁴. Litauen als Haupttransitland bekundete, durch die Kaliningradfrage nicht den Ablauf der Beitrittsverhandlungen gefährden zu wollen und lehnte nicht nur den früheren Vorschlag der Schaffung eines Korridors, sondern auch jegliche Lockerung des *acquis* für Kaliningrad-Reisende ab und hielt ebenso an der Einführung der Visumpflicht zum 01.07.2003 fest¹⁹⁷⁵. Die Vorschläge zur Besserung der Lage betrafen unter anderem die Ausstellung von Mehrfachvisa, Flexibilität der Visumsgebühren und die Befreiung bestimmter Personengruppen, wobei gerade die russische Seite wenig Entgegenkommen signalisierte, sondern in diesem Bereich langsamer und teurer arbeitete als die EU-Kandidatenstaaten¹⁹⁷⁶. Vor diesem Hintergrund betonte das Dokument ausdrücklich,

¹⁹⁷⁰ EU+7 Ministerial Conf. on Northern Dimension & Arctic Window, Illulissat (Aug. 2002). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.cbss.st/documents/euand_baltic_region/eund/illulissat/, 28.05.2008.

¹⁹⁷¹ Wladimir Putin sprach auf dem Gipfeltreffen unter anderem von der Transitfrage Kaliningrads als einem Thema, das im Kreis behandelt werden würde. Er sagte: „Alle unsere Vorschläge [...] finden in Brüssel kein Verständnis.“ und sah in den EU-Vorschlägen eine Verletzung der Transitrechte der russischen Bürger bei Reisen zwischen den Landesteilen, die er mit Verfahren des Kalten Krieges verglich. Mit der Wiederholung des Diktums, dass Kaliningrad der Prüfstein für die Beziehungen zwischen der EU und Russland sein sollte, baute er beträchtlichen Handlungsdruck auf.

Redebeitrag des Präsidenten der Russischen Föderation W.W.Putin auf dem Gipfeltreffen Russland-Europäische Union (29. Mai 2002, Moskau). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ln.mid.ru/brp_4.nsf/191dd15588b2321143256a7d002cfd40/417c4fa34400738943256bc8005cd262?OpenDocument, 30.05.2008.

¹⁹⁷² Communication from the Commission to the Council. Kaliningrad: Transit. Brussels, 18.09.2002 (COM(2002)510 final). Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.eu.int/comm/external_relations/north_dim/news/ip02_1331.htm, 17.12.2005.

¹⁹⁷³ Dieses sollte nach russischer Auffassung über Non-Stop-Busse und -Züge durch Litauen geschehen, nachdem litauischen Behörden die Passagiere namentlich bekannt gemacht wurden und sie auch in den Fahrzeugen die Kontrollhoheit haben sollten. Russland schlug für 2002 weiterhin die Aufnahme von Verhandlungen zu Rückübernahmen, Grenzkontrollen und dem Umgang mit illegaler Migration vor. ebd.

¹⁹⁷⁴ ebd.

¹⁹⁷⁵ ebd.

¹⁹⁷⁶ ebd.

dass die Verantwortung für die Situation Kaliningrads letztlich in russischer Hand liege und betonte das Engagement der EU, Lösungen innerhalb des *acquis* zu finden, der hinsichtlich der Erfordernis von Visa nicht in Frage gestellt werden sollte¹⁹⁷⁷. Dieses Dokument zeigt, dass man hinsichtlich der zentralen Frage für Kaliningrads Situation nach der EU-Erweiterung auch zwei Jahre nach der Verabschiedung des NDAP mit seiner Priorität auf Kaliningrad und keine zwei Jahre vor der EU-Osterweiterung noch weit von einem Durchbruch entfernt war. Der Europäische Rat von Brüssel vom 24.-25.10.2002 bekräftigte daraufhin, nach einer Lösung der Transitfrage Kaliningrads suchen zu wollen. Allerdings machte er auf das Dokument der Kommission hin keine neue Initiativen¹⁹⁷⁸.

Am 21.10.2002 kam es dann zu einem Treffen der Außenminister der EU Staaten, der Kandidatenstaaten des Ostseeraums, Islands, Norwegens und Russlands, eines Vertreters des Europäischen Parlaments, von Beobachtern und internationalen Finanzorganisationen in Luxemburg, das, aufbauend auf das grönländische Treffen im August, nunmehr Leitlinien für einen neuen Aktionsplan verabschiedete¹⁹⁷⁹. Russland, das den erreichten Grad der Umsetzung des ersten NDAP kritisierte, nahm hierbei jedoch nur als Beobachter teil und fühlte sich daher auch in der Folge nicht an die letztlich verabschiedeten Leitlinien gebunden, da es diese nicht als für Russland günstig beurteilte¹⁹⁸⁰. Diese Richtlinien bestätigten einerseits die politischen Inhalte der NDI, andererseits nahmen sie auch Erfahrungen der vergangenen Zeit auf. So wurde zum Beispiel versichert, die Ansichten regionaler Gremien sorgfältig einzubeziehen¹⁹⁸¹, weiter an der Koordinierung und Synergie zwischen den Förderprogrammen TACIS, INTERREG und PHARE zu arbeiten und, um eine bessere Kontrolle zu gewährleisten, einen Überwachungsmechanismus mit regelmäßigen Berichten einzurichten¹⁹⁸². Die EU-Kommission sollte weiterhin ihre Führungsrolle ausfüllen, aber den Informationsaustausch zwischen den beteiligten Gremien verbessern¹⁹⁸³. Die inhaltlichen Prioritäten blieben im Wesentlichen unverändert.

Im Dezember 2002 wurde dann der Ostseerat aufgefordert, seine und die Prioritäten anderer Ostseestaaten zusammenzustellen, woraus ein entsprechendes Dokument entstand, das viel detaillierter und differenzierter als der Beitrag des Ostseerats zum ersten NDAP ausfiel, im

¹⁹⁷⁷ ebd.

¹⁹⁷⁸ Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Brüssel vom 24.-25.10.2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/73457.pdf, 29.05.2008.

¹⁹⁷⁹ Guidelines for a new Action Plan. Presidency Conclusions on the Future of the Northern Dimension Policies of the European Union. Luxembourg, 21 October 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/doc/guidelines02.pdf, 29.05.2008.

¹⁹⁸⁰ Council of the Baltic Sea States. Final Minutes of the CSO Special Session at Brussels 6-7 March 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/brussels6-7march2003csossfinalminutes.pdf>, 09.01.2006, S. 3.

¹⁹⁸¹ Guidelines for a new Action Plan, S. 2.

¹⁹⁸² ebd., S. 4.

¹⁹⁸³ ebd., S. 3.

Wesentlichen aber den etablierten und auch damals formulierten Prioritäten folgte¹⁹⁸⁴. Parallel dazu gaben auch andere Ostseegremien Stellungnahmen ab, wie zum Beispiel die Kaliningrader Industrie- und Handelskammer über die BCCA in einem Positionspapier vom 07.03.2003 eine Verbesserung der Infrastruktur und eine maximale Vereinfachung der Grenzformalitäten dringend einforderte, womit Ungeduld gegenüber der eigenen Regierung deutlich wurde¹⁹⁸⁵.

Am 11.06.2003 stellte die EU-Kommission ein Arbeitspapier mit einem Vorschlag für den zweiten NDAP vor, der den angenommenen Leitlinien folgte¹⁹⁸⁶. In Reaktion darauf veröffentlichte der Ostseerat am 11.09.2003 einen inoffiziellen Kommentar seiner Arbeitsgruppen und anderer Ostseegremien¹⁹⁸⁷. Neben dem generellen Einverständnis von Staaten wie Dänemark, Lettland, Litauen, Schweden und Organisationen und Arbeitsgruppen wie WGEC und WGDI des Ostseerats, BAC, HELCOM und VASAB mit den Inhalten und Regelungen des zweiten NDAP wurden bekannte Kritikpunkte wiederum erhoben, die also weder in Reaktion auf die Erfahrungen mit dem ersten NDAP noch nach dem Beitrag der Ostseegremien für den zweiten NDAP zur Zufriedenheit gelöst worden waren. An erster Stelle standen hier Modalitäten der Umsetzung, da keine zentrale Monitoring-Stelle vorgesehen war und in sofern die Umsetzung wiederum in Gefahr war, unkoordiniert, wenig engagiert und unkontrolliert zu verlaufen. Dieses wurde unter anderem von Dänemark, Finnland und Schweden, dem BAC und der HELCOM festgestellt, die hierzu ihre eigenen ausgereiften Überwachungsmechanismen ausdrücklich anbot¹⁹⁸⁸. Dänemark regte an, einen Zeitplan für die Umsetzung zu verabschieden. Trotz aller Beteuerungen in dieser Richtung war auch das Problem der Koordinierung der Finanzierungsmöglichkeiten nicht geklärt, was unter anderem Dänemark und Lettland betonten¹⁹⁸⁹. An inhaltlichen Defiziten des Entwurfs wurde auch Kritik geübt. So sah die WGEC des Ostseerats das *Customs Liaison Committee* von CBSS und BEAC ebenso wenig wie die Ostseeinitiative gegen Korruption (BSRACI) erwähnt. Auch die BCCA hielt ein größeres Engagement gegen Korruption als im Aktionsplan vorgesehen für nötig und betonte, dass diesbezügliche Statistiken ehrlicher

¹⁹⁸⁴ Contributions towards a Northern Dimension Action Plan 2004-2006. Compilation of written contributions from CBSS working bodies and partner organisations. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/cbsscontributionstothe2ndndap.pdf>, 26.05.2004.

¹⁹⁸⁵ BCCA input to Northern Dimension Action Plan - with particular interest for the Kaliningrad Oblast. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bcca.ws/filearea/cm4011/ndapkaliningrad.doc>, 16.12.2005.

¹⁹⁸⁶ Commission Working Document. The second Northern Dimension Action Plan, 2004- 06. Brussels 10.6.2003 (COM(2003) 343 final). Elektronisch veröffentlicht auf:

http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/ndap/com03_343.pdf, 29.05.2008.

¹⁹⁸⁷ Comments on the EU Commission Working Document: The Second Northern Dimension Action Plan, 2004-06. Compilation of written contributions from CBSS working bodies and partner organisations. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.cbss.st/documents/euand_baltic_region/eund/dbaFile2423.pdf, 29.05.2008.

¹⁹⁸⁸ ebd., S. 5, 25, 35f.

¹⁹⁸⁹ ebd., S. 6, 8.

angefertigt werden sollten¹⁹⁹⁰. Weiterhin sah die WGEC Bemühungen zur Angleichung der Wirtschaftsstandards unbeachtet und wollte einen größeren Schwerpunkt auf Kaliningrads Rolle als Testgebiet des europäisch-russischen Wirtschaftsraums gelegt sehen¹⁹⁹¹. HELCOM nutzte die Gelegenheit, um die Aufmerksamkeit wiederum auf nuklear betriebene Leuchttürme, von denen nach dem Abbau derer vor dem Baltikum 1990-1995 noch vier vor der Kaliningrader Küste und 70 vor der Leningrad-Region bestanden, zu lenken. Wenn auch keine direkte Verschmutzung nachzuweisen war, hatte es Diebstähle von radioaktivem Material gegeben, weswegen HELCOM für den schnellstmöglichen Ersatz durch konventionelle Leuchtmittel warb¹⁹⁹². Dies traf nicht nur mit der nuklearen Sicherheit eine Priorität der NDI, sondern war erwiesenermaßen bei ausreichendem politischen Willen auch relativ einfach durchzuführen. Auch zwei zentrale Empfehlungen der VASAB wurden nicht beachtet, indem nicht nur das Raumentwicklungsprogramm VASAB 2010+ nicht als wichtiger Beitrag zum NDAP anerkannt wurde, sondern auch vier von VASAB initiierte transnationale und transregionale Raumentwicklungsprojekte keine Unterstützung erfahren sollten¹⁹⁹³. Diese deutlichen Kritikpunkte der Ostseestaaten und -gremien zeigten die wichtige Rolle des CBSS als Sprachrohr der Region, aber auch den unterschiedlichen Ansatz der EU. Als Reaktion wurden die Ostseegremien in der Endfassung durch einige Referenzadressen aufgewertet¹⁹⁹⁴, ohne dass größere inhaltliche Änderungen vorgenommen wurden.

Der Europäische Rat von Brüssel vom 16.-17.10.2003 nahm den zweiten Aktionsplan der Nördlichen Dimension für den Zeitraum 2004-2006 an und würdigte die Politik der Nördlichen Dimension als einen Beitrag zur Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union nach der EU-Osterweiterung Anfang Mai 2004¹⁹⁹⁵. Die zentralen Hauptkritikpunkte an der NDI, eine unkoordinierte und wenig kompatible Finanzierung und das Fehlen einer zentralen Kontrollorganisation konnten also bis 2004 nicht ausgeräumt werden. Die Reaktionen des NDAP hierauf waren die Erklärung der EU-Kommission, engagiert für die Vereinbarkeit der Förderinstrumente zu arbeiten und der Aufruf an alle beteiligten Regierungen und Organisationen, intensiv mitzuarbeiten und ihren Berichtspflichten verantwortlich nachzukommen. Damit blieb die NDI wie vorher auf das variierende und an Bedingungen geknüpfte Engagement der Teilnehmer gebunden. Andererseits war es ein Verdienst des

¹⁹⁹⁰ BCCA - Comments to: Commission Working Document – The Second Northern Dimension Action Plan, 2004-2006. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bcca.ws/filearea/cm4o11/ndapiicommentsv2.doc>, 16.12.2005.

¹⁹⁹¹ Comments on the EU Commission Working Document: The Second Northern Dimension Action Plan, 2004-06., S. 21f.

¹⁹⁹² ebd., S. 36f.

¹⁹⁹³ ebd., S. 37.

¹⁹⁹⁴ Zeitzeugeninterview mit Thomas Pfannkuch, S. 21.

¹⁹⁹⁵ Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Brüssel vom 16.-17.10.2003. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/77683.pdf, 28.05.2008, S. 14.

zweiten NDAPs, konkretere Politikvorschläge zu machen und damit für differenzierte Zielorientierungen zu sorgen, wenn auch die Prioritäten und Ziele im Vergleich zum vorigen Aktionsplan identisch geblieben waren.

4.10.2 Zur Umsetzung der NDI: Die europäischen Förderinstrumente

Die Politik der Nördlichen Dimension verfügte von Beginn an weder über ein eigenes Budget, noch über eigene institutionelle Kapazitäten, sondern wurde über die bestehenden Gremien der EU und des Ostseeraums und mit den bestehenden Förderprogrammen umgesetzt. Das stellte einen Kompromiss dar, um die Politik der Nördlichen Dimension, die unbestritten ein geographisches Peripheriegebiet der EU betraf, mehrheitsfähig und damit überhaupt durchsetzbar zu machen. Diese institutionelle Bescheidenheit brachte zwar einerseits einen gewissen Mangel bei der Koordination der Umsetzung der NDI mit sich, war aber doch auch sinnvoll, da so das Risiko weiterer Doppelarbeit im Ostseeraum vermieden werden und auf die Tradition, Erfahrung und Kompetenz der bestehenden Ostseegremien zurückgegriffen werden konnte. Insofern war deren Politik ab 2000 auch immer die Umsetzung der Politik der Nördlichen Dimension, weswegen in diesem Kapitel angesichts der obigen Ausführungen auf eine detaillierte Beschreibung der Umsetzung verzichtet werden kann.

Das eigentliche Hindernis der Umsetzung war, dass keine eigenen Fördermittel eingerichtet und die bestehenden nicht aufgestockt wurden, das heißt, die verfügbaren Mittel mussten auf ein weiteres Politikfeld ausgedehnt werden. Das hatte einerseits Konkurrenzkämpfe und eine generelle Verknappung der Mittel zur Folge und andererseits waren Projekte des Ostseeraums auf Förderprogramme angewiesen, deren Kriterien nicht auf den Ostseeraum zugeschnitten waren und nicht immer ihren Bedürfnissen entsprachen.

Diese Programme waren in der Hauptsache die schon im Ostseeraum aktiven INTERREG, PHARE und TACIS. In INTERREG waren Mittel der europäischen Strukturfonds für Regionen an Außengrenzen der Europäischen Union gebündelt, PHARE war 1989 als *Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies* gegründet und mit einem Beschluss des Europäischen Rats 1994 auf einige andere mitteleuropäische Staaten, unter anderen Estland, Lettland und Litauen ausgedehnt worden. TACIS (*Technical Aid to the Commonwealth of Independent States*) war seit 1991 das Hauptprogramm der EU gegenüber der GUS und damit auch Gesamttrusslands, darüber wiederum auch gegenüber dem Nordwesten des Landes. Im Ostseeraum operierten also drei Hauptförderprogramme, die alle ein größeres Gebiet abdeckten und die in ihren Grundanlagen nicht auf die spezifischen

Notwendigkeiten der Region zugeschnitten waren. Da das Kapitel der Analyse der Umsetzung der NDI gewidmet ist, wird im Wesentlichen der Zeitraum ab dem Aufkommen der Initiative untersucht.

4.10.2.1 INTERREG

INTERREG war eine Gemeinschaftsinitiative des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung zur Förderung der interregionalen Kooperation und somit den EU-Mitgliedsstaaten vorbehalten. Im Zeitraum von 1994 bis 1999 geschah die Förderung über das Programm INTERREG II mit seinen Strängen A für grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Regionen, B auf transnationaler Ebene zur Weiterentwicklung der Integration der europäischen Energienetze und C für transnationale Maßnahmen der Raumplanung einschließlich Maßnahmen zum Umgang mit Dürre- und Überflutungsproblemen. Innerhalb des Stranges A waren für den Ostseeraum insgesamt 176 Mio. ECU an Fördermitteln für Projekte im Gesamtvolumen von 383 Mio. ECU ausgegeben worden¹⁹⁹⁶. Die Differenz wurde aus nationalen Etats getragen. Somit waren im Ostseeraum 1994-1999 über INTERREG IIA 55 Mio. ECU an Fördermitteln an innere Grenzen der EU geflossen und 125 Mio. Euro an Projekte an Außengrenzen der EU. Hierbei waren bis auf das finnisch-estnische Projekt vor allem Landesgrenzen auf dem Festland berücksichtigt worden, Grenzen zur See blieben weitgehend unbeachtet. Grundsätzlich konnten für diese Projekte gute Erfolge verbucht werden, in Bezug auf die Transformationsstaaten und besonders Russland allerdings auf einem niedrigeren Niveau als bei den westlichen Ostseeanrainern¹⁹⁹⁷. Dennoch erwies sich die finanzielle Ausstattung des Strangs A, an seinen Aufgaben gemessen, als beschränkt¹⁹⁹⁸. Verbesserungspotential wurde allgemein bei INTERREG IIA im Bereich des Managements und bei der Beteiligung des privaten Sektors gesehen¹⁹⁹⁹.

¹⁹⁹⁶ Die Zuschüsse für EU-interne Grenzen beliefen sich für drei dänisch-deutsche Grenzprojekte auf insgesamt 19 Mio. ECU, für dänisch-schwedische Kooperation um den Öresund auf 14 Mio. ECU und für drei finnisch-schwedische Projekte, von denen Norwegen an zweien teilnahm, auf insgesamt 22 Mio. ECU. Projekte an Außengrenzen der EU erhielten mit einem Bornholm-Projekt Dänemark-Baltikum 2 Mio. ECU, der deutsch-polnischen Kooperation im Rahmen von POMERANIA 65 Mio. ECU, einer skandinavisch-russischen Kooperation zur Barentssee 11 Mio. ECU, zwei finnisch-russischen Projekte zu Karelien und St.Petersburg insgesamt 24 Mio. ECU, einem finnisch-estnischen Projekt 6 Mio. ECU und drei schwedisch-norwegischen Projekten insgesamt 17 Mio. ECU.

Ex-Post Evaluierung der Gemeinschaftsinitiative INTERREG II (1994–1999). Kurzbericht. Dezember 2003 (geänderte Fassung). Elektronisch veröffentlicht auf:
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/evaluation/inter2a/summary_de.pdf, 05.06.2008, S. 9ff.

¹⁹⁹⁷ ebd., S. 19f.

¹⁹⁹⁸ ebd., S. 9.

¹⁹⁹⁹ ebd., S. 15f.

Innerhalb des Strangs C von INTERREG II wurde, nachdem es hier ab 1996 einige Ostseeprojekte gegeben hatte, am 11.12.1997 von der EU-Kommission auf der Grundlage des VASAB 2010-Berichts von Tallinn vom Dezember 1994 ein Programm eigens für den Ostseeraum verabschiedet, an dem die der Ostsee angrenzenden Gebiete der CBSS-Staaten ohne Island, dafür aber die nördliche Regionen Belorusslands beteiligt waren. Die Laufzeit dieses Programms war bis 2001 bemessen. Die Ziele waren die Unterstützung nachhaltiger Raumplanung zur Verstärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts durch Ausbau der Infrastruktur und des Städtesystems. Weiterhin wurde hiermit auch die Entwicklung der Raumplanung im Ostseeraum selbst unterstützt. Fast 25 Mio. ECU Unterstützung und damit 22% der gesamten INTERREG IIC-Mittel waren einbezogen, was in einem Gesamtvolumen von 47,5 Mio. ECU resultierte. Polen und die baltischen Staaten wurden über PHARE, Russland über TACIS am Programm beteiligt, Norwegen beteiligte sich mit über 2 Mio. ECU an dem Programm. Zugelassen wurden nur Projekte, die von zwei oder mehr Staaten durchgeführt wurden, die Verwaltung hatten die vier EU-Mitglieder des Ostseeraums inne²⁰⁰⁰. Wenn auch das Fazit für INTERREG IIC grundsätzlich positiv ausfiel, wurden jedoch auch Nachteile wie zeitliche Hindernisse, Unterschätzung der Aufgaben, zu geringer Grad der Transnationalität, geringes Engagement der nationalen und regionalen Behörden, unzureichender politischer Rückhalt und unzureichende Auswertung der Ergebnisse beanstandet²⁰⁰¹. Hauptkritikpunkte dagegen waren das Programmmanagement und beim Strang C die bis 1999 begrenzt gebliebenen Auswirkungen²⁰⁰².

Vor diesem Hintergrund verabschiedete die EU-Kommission am 28.04.2000 Richtlinien für das neue Programm INTERREG III, dessen Hauptaugenmerk auf Regionen an Außengrenzen, in äußerster Randlage und Inselregionen liegen sollte²⁰⁰³. Der Hauptteil der Förderung, mindestens 50% der national zugewiesenen Mittel flossen hier in den Strang A zur Förderung der Integration benachbarter Grenzgebiete einschließlich Außengrenzen und bestimmter Meeresgrenzen. Strang B mit mindestens 14 % der national verfügbaren Mittel diente der harmonischen räumlichen Entwicklung innerhalb der Gemeinschaft und unterstützte die transnationale Kooperation zwischen nationalen, regionalen und lokalen Behörden. Zudem übernahm er damit die Aufgaben des vorigen Programmbereichs

²⁰⁰⁰ Regional Policy - Info regio. INTERREG IIC D/DK/FI/S Baltic Sea Region. Zusammenfassung des Programms. Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/regional_policy/reg_prog/po/prog_664.htm, 05.06.2008.

²⁰⁰¹ Ex-Post Evaluation INTERREG II, S. 26.

²⁰⁰² ebd., S. 27.

²⁰⁰³ Mitteilung der Kommission an die Mitgliedsstaaten vom 28.4.00 über die Leitlinien für eine Gemeinschaftsinitiative betreffend die transeuropäische Zusammenarbeit zur Förderung einer harmonischen und ausgewogenen Entwicklung des europäischen Raums INTERREG III. Brüssel, den 28.4.00 (K(2000) 1101 - DE). Elektronisch veröffentlicht auf: http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/guidelines/index_en.htm, 14.11.2005, S. 4.

INTERREG IIC, während Strang C von INTERREG III transnationale und interregionale Maßnahmen zur Verbesserung der Entwicklungs- und Kohäsionspolitik unterstützen sollte²⁰⁰⁴. Dieser Strang sollte über mindestens 6% der national zugewiesenen Finanzmittel verfügen. Hinsichtlich der viel kritisierten Inkompatibilität mit externen Instrumenten wie PHARE und TACIS wurde lediglich festgeschrieben, dass eine solche Koordinierung zu gewährleisten sei. Auf Antrag betroffener EU-Mitgliedsregionen und ihrer Partnerregionen jenseits der Außengrenze konnte die EU-Kommission ein solches Projekt genehmigen, wobei die Finanzierung des Projekts jenseits der Außengrenze nicht über INTERREG, sondern über PHARE oder TACIS und im Einklang mit ihren Programmierungsgrundsätzen und inhaltlichen Ausrichtungen zu geschehen hatte²⁰⁰⁵.

Insofern waren die Kompatibilitätsprobleme nicht behoben, sondern auf die Leitlinien der einzelnen Programme verschoben worden. Eine bessere Koordination genehmigter INTERREG IIIA und PHARE-CBC-Projekte wurde jedoch dadurch erzielt, dass Kontrollausschüsse beider Programme zu einem INTERREG-PHARE-CBC Begleitausschuss versammelt wurden²⁰⁰⁶. Transnationale Kooperation an Außengrenzen zu INTERREG IIIB und IIIC-Projekten wurde jenseits der EU-Außengrenze mit Mitteln aus den PHARE-Länderprogrammen finanziert²⁰⁰⁷.

Die Kommission verpflichtete sich, bis zum Ablauf des Jahres 2000 weitere Vorschläge zur besseren Koordination der Förderinstrumente, vor allem PHARE CBC und INTERREG B und C, vorzulegen. Ebenso versprach die Kommission, Regelungen zur Koordinierung von INTERREG mit TACIS zu finden, ohne allerdings hierfür einen Zeitpunkt zu nennen²⁰⁰⁸. Insofern ließen die neuen Leitlinien des INTERREG-Programms vor allem für den Ostseeraum im Bereich der Koordinierung der Förderinstrumente viele Fragen offen und nicht nur, dass der parallel von der Kommission bearbeitete Aktionsplan der NDI keinen Niederschlag im Dokument erfuhr, auch der Ostseeraum an sich wurde zwar als förderfähiges Gebiet anerkannt, aber eine einheitliche Strategie für diese wichtige europäische Region wurde nicht formuliert.

Vor diesem Hintergrund veröffentlichte die EU-Kommission 2001 eine Informationsbroschüre für potentielle Antragsteller auf Unterstützung von INTERREG und PHARE, in der sie wiederum auf ihre andauernden Aktivitäten zur Koordinierung von

²⁰⁰⁴ ebd., S. 4.

²⁰⁰⁵ ebd., S. 15.

²⁰⁰⁶ ebd., S. 16.

²⁰⁰⁷ ebd., S. 17f.

²⁰⁰⁸ ebd., S. 39.

INTERREG und TACIS hinwies und auch erste erfolgreiche Kooperationsprojekte nennen konnte²⁰⁰⁹.

Als Nachfolger von INTERREG IIC Ostseeraum wurde das Programm „Ostseeregion INTERREG IIIB“ durch die EU-Kommission am 14.09.2001, das auf dem INTERREG IIC-geförderten Bericht „VASAB 2010+“ aufbaute, verabschiedet. Dieses Programm bezog neben Norddeutschland, den skandinavischen und baltischen Staaten und Nordwestrussland das gesamte polnische Staatsgebiet und nördliche und westliche Gebiete Weißrusslands mit ein²⁰¹⁰. Inhaltlich schloss es sich allen Kernzielen der Ostseeagenda an, die Spezifiken und Bedürfnisse des Ostseeraums wurden sehr detailliert dargelegt und auf den NDAP als gebündelte Politikempfehlung Bezug genommen.

Angesichts dieser breiten Stoßrichtung war die finanzielle Ausstattung jedoch relativ begrenzt. Sie belief sich insgesamt, einschließlich der nationalen Kofinanzierungen, auf 186,5 Mio. Euro für die EU-Mitgliedsstaaten, 12 Mio. Euro wurden von Norwegen und seinen teilnehmenden Regionen beigesteuert²⁰¹¹. Auf Grund der thematischen Ausrichtung des Programms sollten die östlichen Anrainer stark einbezogen werden, hierfür sollten bei den Kandidatenstaaten Mittel aus dem Bereich PHARE-CBC-Ostseekooperation, insgesamt etwa 20 Mio. Euro, eingesetzt werden, eine im Vergleich zu dem Budget der EU-Staaten und angesichts der gerade in den östlichen Staaten bestehenden Probleme sehr geringe Menge. Weißrussland und Russland sollten sich über den TACIS-Bereich Kleinfaszilität und über nationale Mittel beteiligen, eine konkrete Summe wurde nicht genannt²⁰¹². Insgesamt sollten hiervon 30% für Maßnahmen zur Priorität eins, „Förderung von Raumentwicklungsansätzen und -aktionen für spezifische Territorien und Fachbereiche“²⁰¹³, 50% für die Priorität zwei, „Förderung territorialer Strukturen für eine nachhaltige Entwicklung der Ostseeregion“²⁰¹⁴,

²⁰⁰⁹ Siehe 4.10.2.3 TACIS.

Europäische Kommission Abstimmung der Finanzierung im Rahmen von INTERREG und TACIS – ein Leitfadens. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. Elektronisch veröffentlicht auf: http://europa.eu.int/comm/regional_policy/interreg3/documents/tacis_de.pdf, 14.11.2005, S. 5.

²⁰¹⁰ European Commission. Community Initiative concerning Transnational Co-operation on Spatial Planning and Regional Development. Baltic Sea Region INTERREG IIIB. Community Initiative Programme 2000 – 2006. Prepared by the Joint Programming Committee, 16.07.2001, S. XI.

²⁰¹¹ ebd., S. 91.

²⁰¹² ebd., S. IX.

²⁰¹³ „Maßnahme 1: Unterstützung von Strategien und Umsetzungsaktionen für Makroregionen
Maßnahme 2: Förderung der nachhaltigen räumlichen Entwicklung bestimmter Fachbereiche
Maßnahme 3: Stärkung der integrierten Entwicklung von Küstenzonen, Inseln und anderen spezifischen Gebieten“
ebd., S. 69ff.

²⁰¹⁴ „Maßnahme 1: Förderung der Entwicklung ausgewogener polyzentrischer Siedlungsstrukturen
Maßnahme 2: Schaffung nachhaltiger Kommunikationsverbindungen für eine bessere räumliche Integration
Maßnahme 3: Förderung eines guten Managements des kulturellen und natürlichen Erbes und von Naturressourcen“
ebd., S. 69ff.

und 15% für die Priorität drei „Transnationale Förderung von Institutionen zur Raumentwicklung“ sowie 5% der Mittel für technische Hilfe ausgegeben werden²⁰¹⁵. Insofern war das Spektrum der möglichen Projekte sehr weit gehalten worden, um der großen Zahl und Verschiedenheit der benötigten Aktionen gerecht zu werden. Die Umsetzung des Programms übernahmen die vier teilnehmenden EU-Mitgliedsstaaten zusammen mit den anderen Staaten, je ein gemeinsamer Leitungs- und Begleitausschuss, nationale Unterausschüsse und zwei Sekretariate in Rostock und Karlskrona wurden eingerichtet. Das Programm Ostseeregion INTERREG IIIB stellte also eine überarbeitete und intensiviertere Fortsetzung des INTERREG IIC-Programms für den Ostseeraum dar. Beide Programme waren auch unter Einbezug der Arbeit und der Ergebnisse der Ostseekooperation entstanden, wie die Orientierung an den Vorgaben der VASAB 2010 zeigte.

Im März 2003 veröffentlichte die EU-Kommission das Strategiepapier „*Wider Europe—Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours*“²⁰¹⁶, das eine ganzheitliche Nachbarschaftspolitik für die Zeit nach 2004 entwickelte. Dem folgend, veröffentlichte sie im Juli 2003 die Mitteilung „*Paving the Way for a New Neighbourhood Instrument*“, die ein entsprechendes Förderprogramm entwarf²⁰¹⁷. In diesem Zusammenhang gab es 2004 Änderungen im Programm und eine Umbenennung in „Ostseeregion INTERREG IIIB Nachbarschaftsprogramm“²⁰¹⁸.

Grenzen auch dieses Programms zeigte eine zweite Zwischenevaluation auf, die 2005 fertig gestellt wurde. Sie kam zu dem Ergebnis, dass nur 22% der Projekte ihre Zielvorgaben vollständig umgesetzt haben, dagegen 52% die Zielvorgaben zum großen Teil einhielten und 26% sie nur begrenzt erreichen konnten²⁰¹⁹. Als Gründe für die Fälle der letzteren Gruppe wurden Schwierigkeiten bei Nicht-EU-Staaten, PHARE- oder TACIS-Unterstützung zu erhalten, Verspätungen in der Arbeit des Projekts selbst oder bei der Unterzeichnung der Förderverträge innerhalb der INTERREG IIIB-Sekretariate genannt²⁰²⁰. Problematisch war teilweise auch das Erringen von Investitionen, die Evaluation stellte in keiner

²⁰¹⁵ ebd., S. 69ff.

²⁰¹⁶ Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. *Wider Europe—Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours*. Brussels, 11.3.2003 (COM(2003) 104 final). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.cbss.st/documents/euand_baltic_region/widereurope/widereurope-neighbourhoodeucom03_104_en.pdf, 17.01.2006.

²⁰¹⁷ Communication from the Commission: *Paving the way for a New Neighbourhood Instrument*. Brussels, 1.7.2003 (COM (2003) 393 final). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2003:0393:FIN:EN:PDF>, 19.06.2008.

²⁰¹⁸ The Baltic Sea Region INTERREG IIIB Neighbourhood Programme Mid-term Evaluation - Update. Final Report November 2005. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.bsrinterreg.net/programm/_downloads/MTE_Final_Report_BSR_Update_291105.pdf, 05.06.2008, S. 3.

²⁰¹⁹ ebd., S. 10.

²⁰²⁰ ebd., S. 11.

Projektdokumentation zwingende Argumentation für Investitionen und in 24% der Fälle überhaupt keine Argumente für Investitionen fest²⁰²¹. Eine Selbstbewertung stellte an Haupthindernissen mit 22% Probleme mit dem Partner, 15% Probleme mit der Finanzierung, 19% technische Probleme hinsichtlich Studien und Erlaubnissen, 19% Probleme mit der Akzeptanz durch Ostseegremien und 11% sonstige Probleme, unter anderem Mangel an regionalpolitischer Unterstützung, fest²⁰²².

Der Anteil von Projektanträgen mit russischer Beteiligung war recht hoch²⁰²³, die Förderung der angenommenen Projekte durch TACIS allerdings gering, von 33 Projekten mit russischer Beteiligung vom Dezember 2001 bis Juni 2004 wurden nur 15 durch TACIS gefördert²⁰²⁴. Insgesamt waren 2005 also 92% der Projekte auf dem Weg, mehr oder weniger ihre Ziele zu erfüllen, was dem Programm Ostseeregion INTERREG IIIB positive Effekte bescheinigt. Große Probleme lagen jedoch im Bereich der Indikatoren bei der Projektbewerbung²⁰²⁵, die eine adäquate Zielorientierung erschwerten, problematisch war auch, dass 25% der Projekte nur begrenzte langfristige Wirkung und 30% eine geringe Kosteneffektivität bescheinigt werden musste²⁰²⁶. Die komplexe Antragsprozedur wurde ebenso als Hindernis der vollen Entfaltung der Vorzüge des Programms erwähnt wie die geringe Beteiligung Weißrusslands²⁰²⁷.

Insofern war den auf den Druck der Ostseestaaten und -gremien entstandenen politischen Absichtsbekundungen der EU gegenüber dem Ostseeraum auch auf der Umsetzungsebene der Förderprogramme, vor allem INTERREG, immer mehr Rechnung getragen worden. Allerdings gab es neben einer moderaten Mittelausstattung auch weitere Probleme, die die Ergebnisse der Kooperation schmälerten.

²⁰²¹ ebd., S. 13.

²⁰²² ebd., S. 16.

²⁰²³ Zum Vergabetermin Dezember 2001 13 von insgesamt 39 Anträgen (2 angenommen), zum Mai 2002 28 von 60 Anträgen (11 angenommen), zum Dezember 2002 20 von 37 Anträgen (9 angenommen), zum Juni 2003 9 von 19 Anträgen (3 angenommen) und zum Juni 2004 18 von 39 Anträgen (8 angenommen).

ebd., S. 24.

²⁰²⁴ ebd., S. 24.

²⁰²⁵ ebd., S. 2.

²⁰²⁶ ebd., S. 2.

²⁰²⁷ ebd., S. 2.

4.10.2.2 PHARE

PHARE war auch schon vor der Entwicklung der Nördlichen Dimension als Unterstützer grenzüberschreitender Kooperation (*cross-border cooperation* (CBC)) tätig gewesen²⁰²⁸. Die Entwicklung der NDI fiel zusammen mit einer 1997 begonnenen Reform des 1989 gegründeten PHARE-Programms, das die Unterstützung der mittelosteuropäischen Staaten bei den Vorbereitungen des Beitritts zum Ziel hatte. Zum einen war nach einer Regelung vom 18.12.1998 die seit 1994 mögliche Förderung grenzüberschreitender Programme innerhalb PHARE neu geregelt worden²⁰²⁹, zum anderen genehmigte am 13.10.1999 die EU-Kommission neue Leitlinien für das Programm, die im Wesentlichen der Existenz der ab 2000 aktiven Förderprogramme *Instrument for Structural Policies for Pre-Accession* (ISPA) für infrastrukturelle Projekte im Umwelt- und Verkehrsbereich und *Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development* (SAPARD) für die Unterstützung der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung Rechnung trugen. Somit waren die Programme stärker auf die Bedürfnisse der EU-Kandidaten zur Vorbereitung des Beitritts zugeschnitten worden, zudem stimulierten sie nun Partnerschaften zur Beamtenausbildung und die Kompetenzen zur Verwaltung der Geldmittel wurden schrittweise den Kandidatenstaaten übertragen²⁰³⁰. Zudem waren nach einem Beschluss des Europäischen Rats vom 21.06.1999 die Vor-Beitrittsinstrumente ISPA für infrastruktur- und umweltbezogene Projekte und SAPARD für die Landwirtschaft und ländliche Entwicklung eingerichtet worden, was PHAREs Fokus noch deutlicher auf die Beitrittsvorbereitungen legte.

Im Jahr 1999 brachte PHARE für Estland 23, für Lettland 44,5, für Litauen 66 und für Polen 231 Mio. Euro auf, die Mittel für grenzüberschreitende Kooperation zwischen den zehn Beitrittskandidaten beliefen sich auf insgesamt 180 Mio. Euro²⁰³¹. Für Estland setzten sich die Mittel 1999 so zusammen: 7,2 Mio. für das PHARE-Länderprogramm, 3 Mio. für

²⁰²⁸ 1994-1998 war durch PHARE CBC-Ostseeraum der Bau von fünf Gefahrmülllagern, sechs Abfallverwertungsanlagen, vier Straßen als Beitrag zur Via Baltica, sieben Projekten im Bereich Hafenausbau, 27 Klärwerken und Einrichtungen zur Navigationssicherheit vor der estnischen und lettischen Küste sowie die Ausrüstung von polnischen Schiffen zur Verschmutzungsbekämpfung mit entsprechendem Gerät unterstützt worden.

European Commission Working Document of the Commission Services: A northern Dimension for the policies of the Union: An inventory of current activities 1999. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.eu.int/comm/external_relations/north_dim/doc/inventory.pdf, 14.11.2005, S. 38.

²⁰²⁹ Commission Regulation (EC) No 2760/98 of 18 December 1998 concerning the implementation of a programme for cross-border cooperation in the framework of the PHARE programme. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:1998R2760:20050708:EN:PDF>, 05.06.2008.

²⁰³⁰ Vorwort des Kommissars für die Erweiterung Günter Verheugen. In: The Phare Programme Annual Report 1999. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.eu.int/comm/enlargement/pas/phare/pdf/phare1999.pdf>, 17.12.2005, S. 3.

²⁰³¹ The Phare Programme Annual Report 1999. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.eu.int/comm/enlargement/pas/phare/pdf/phare1999.pdf>, 17.12.2005, S. 10.

grenzüberschreitende Kooperation, 11 Mio. für Infrastruktur. Auch andere Programme wie TAIEX und Tempus unterstützten die Entwicklung im von der russischen Rubelkrise ebenso wie die anderen Transformationsstaaten der Ostsee betroffenen Estland. Das Länderprogramm unterstützte den Institutionsaufbau in der Verwaltung, die Restrukturierung des Finanzsektors, die Entwicklung von Kriminologie und forensischer Wissenschaften sowie den Bereich des Arbeitsschutzes²⁰³². Die Mittel zur grenzüberschreitenden Kooperation wurden zur Erweiterung der Kuressaare Wasser- und Abwasserversorgung und für einen Fond für kleine Projekte angewandt. Die Mittel für die Infrastruktur gingen an Umweltprojekte kleiner Städte und an die Entsorgung nuklearen Abfalls bei Sillamäe²⁰³³.

Lettland erhielt insgesamt 44,5 Mio. Euro unter PHARE im Jahr 1999, wovon etwa 15 Mio. auf das Länderprogramm entfielen, das sich auf die Verbesserung des Sprachunterrichts für Nichtbürger, institutionellen und administrativen Aufbau, die Harmonisierung der nationalen Regulierungen mit denen des EU-Binnenmarkts, die infrastrukturelle Stärkung der Ostgrenze sowie den Aufbau der Via Baltica konzentrierte. Im Rahmen grenzüberschreitender Zusammenarbeit wurde der Ausbau des Abwassersystems der Stadt Talsi mit zwei Mio. Euro unterstützt und mit einer Million Euro kleine Projekte finanziert. Insgesamt 14 Mio. Euro gingen an umweltbezogene Infrastrukturprojekte. Fast acht Mio. Euro wurden zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in privaten Firmen, zur Prävention von Korruption in der Justiz und der Regierung und für die Restrukturierung des Energiesektors ausgegeben²⁰³⁴.

In Litauen wurden 27 Mio. Euro dem PHARE-Länderprogramm gewidmet²⁰³⁵. Für grenzüberschreitende Kooperation wurden wie auch bei Estland und Lettland 3 Mio. Euro veranschlagt, 2 Mio. wurden für den Grenzübergang Panemunė nach Kaliningrad und eine Million wiederum für Kleinprojekte genutzt. 14,5 Mio. wurden im infrastrukturellen Bereich für Abwassersysteme in Klaipėda, Panevezys und Jubarkas genutzt. Weitere 7,5 Mio. wurden unter anderem zur Bekämpfung der Korruption genutzt²⁰³⁶.

Polen bekam 1999 insgesamt 302 Mio. Euro PHARE-Unterstützung, wovon 230 Mio. dem nationalen PHARE- Programm gewidmet waren²⁰³⁷. Grenzüberschreitende Projekte wurden

²⁰³² ebd., S. 36f.

²⁰³³ ebd., S. 37.

²⁰³⁴ ebd., S. 47f.

²⁰³⁵ Hiervon gingen 4 Mio. an den Aufbau der öffentlichen Verwaltung, 3,5 Mio. an die Angleichung an den EU-Binnenmarkt, 6 Mio. an den Bereich Justiz und Inneres, 4,5 Mio. an die Landwirtschaft, 3,25 Mio. an den Energiebereich, 2 Mio. in den Bereich Soziales und 2,5 Mio. an Umweltprojekte.

ebd., S. 55.

²⁰³⁶ ebd., S. 55.

²⁰³⁷ Hiervon gingen 31 Mio. an wirtschaftliche Reformen und industrielle Restrukturierungsmaßnahmen, 38 Mio. in den Institutionenaufbau, 10,4 Mio. in die Angleichung an den EU-Binnenmarkt, 27,55 Mio. an die Landwirtschaft, 26,2 Mio. an Umweltprojekte, 64 Mio. an Projekte der Infrastruktur, 12,15 Mio. an regionalpolitische Projekte und Kohäsionsmaßnahmen und 21,2 Mio. für die Teilnahme an Programme der Gemeinschaft.

in Polen auch relativ gesehen stärker unterstützt. Die deutsch-polnische Grenzkooperation bekam insgesamt 32 Mio. Euro, davon 15,5 Mio. für Transportprojekte, 12,3 für Umweltmaßnahmen und 4,2 Mio. für kleine Projekte. Im Infrastrukturbereich wurden 6,6 Mio. Euro für die Vorbereitung von ISPA-Projekten, 22,5 Mio. für drei Umweltprojekte und 4,5 Mio. für die Vorbereitung von PHARE-Projekten ausgegeben²⁰³⁸.

PHAREs Priorität lag also 1999 eindeutig auf der Vorbereitung des EU-Beitritts der Kandidatenstaaten und hatte streng bilateralen Charakter. Die für grenzüberschreitende Kooperation eingesetzten Mittel blieben relativ gering. Wenn auch im Rahmen der Arbeit Themengebiete der Nördlichen Dimension gefördert wurden, so geschah das im Rahmen der Beitrittsvorbereitungen und nicht im Rahmen der entstehenden NDI. Ebenso wenig wie im Jahr 1999 war die NDI 2000 ein Thema unter PHARE. In diesem Jahr erreichten Estland insgesamt fast 33,5 Mio. Euro PHARE-Unterstützung, von denen 24 Mio. in das Länderprogramm flossen²⁰³⁹. Zur Förderung grenzüberschreitender Projekte wurden wiederum 3 Mio. Euro aufgebracht, zwei davon für die Abwassersysteme in Rakvere, und eine Million für kleine Projekte. Für die Teilnahme an anderen Förderprogrammen wie Leonardo da Vinci II, Sokrates II oder Life III wurden 3,3 Mio. Euro aufgewendet²⁰⁴⁰.

Lettland bekam 2000 33,75 Mio. PHARE- Mittel, wovon 24,76 Mio. in das PHARE-Länderprogramm flossen²⁰⁴¹. Für den Bereich der grenzüberschreitenden Kooperation wurden wiederum 3 Mio. Euro ausgegeben. Die PHARE-Mittel für Litauen beliefen sich 2000 auf insgesamt 50 Mio. Euro. Das Länderprogramm erhielt 38,3 Mio. Euro²⁰⁴², hinzu kamen neben

ebd., S. 60f.

²⁰³⁸ ebd., S. 61.

²⁰³⁹ Hiervon flossen 3,14 Mio. für die soziale Integration und die Sprachschulung Angehöriger von Minderheiten, eine Million für den Institutionenausbau, 3,8 Mio. für die Marktüberwachung und den Aufbau eines elektronischen Steuersystems, 1,8 Mio. zur Unterstützung der Entwicklung von Arbeitsmarktdiensten, 1,85 Mio. zur Entwicklung und Umsetzung der nationalen Drogenstrategien, Polizeiausbildung und Kriminalitätsprävention, 1,98 Mio. zur Unterstützung der Verwaltungssysteme für die Landwirtschaft und 10,2 Mio. für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt mit dem Schwerpunkt auf Berufsausbildung, Geschäfts- und Investitionsunterstützung.

The Phare Programme Annual Report 2000. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.eu.int/comm/enlargement/pas/phare/pdf/phare2000.pdf>, 17.12.2005.

²⁰⁴⁰ ebd., S. 43.

²⁰⁴¹ Hiervon wurden 1,1 Mio. zur Unterstützung der Integration der lettischen Gesellschaft, 2 Mio. zum Aufbau des lettischen Qualitätssicherungsprojekts, weitere 2 Mio. zur Befähigung der lettischen Fischerei, die Regelungen der Gemeinsamen Fischereipolitik der EU zu übernehmen, 4,16 Mio. zur Weiterentwicklung der Grenzen und der Bekämpfung von Kriminalität, 5 Mio. zum Institutionsaufbau in den Bereichen Ausgabenmanagement und Statistik und 10,5 Mio. für den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhang verwendet.

ebd., S. 55f.

²⁰⁴² Damit wurden Programme zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit bei Unternehmen mit 2 Mio., die Übernahme von Regelungen zum EU-Binnenmarkt mit 10,5 Mio., die Übernahme und Umsetzung des *acquis* in den Bereichen Landwirtschaft und Fischerei mit 6,5 Mio., die Übernahme und Umsetzung des *acquis* hinsichtlich maritimer Sicherheit mit einer Mio., die Vorbereitung der Teilnahme in der Europäischen Beschäftigungsstrategie mit 2,15 Mio., die Übernahme des *acquis* hinsichtlich der Drogenbekämpfung mit einer Mio., den Institutionenaufbau im Bereich Wirtschaft mit weiteren 1,5 Mio. und wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt mit 14 Mio. Euro finanziert.

anderen kleinen Projekten wiederum nur 3 Mio. für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit²⁰⁴³. Polen erreichten im Jahr 2000 insgesamt nicht weniger als 484 Mio. Euro PHARE-Mittel. Das in zwei Teile geteilte nationale PHARE-Programm band davon 313 Mio. Euro, wovon sich der zweite Teil mit 130 Mio. auf die Förderung von Investitionsprojekten im Dienst des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhangs in fünf prioritären Regionen konzentrierte²⁰⁴⁴. 56 Mio. Euro wurden der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zur Verfügung gestellt, wobei die deutsch-polnische Zusammenarbeit zu Verkehr und Umwelt Priorität besaß und 44 Mio. erhielt. Vom Ostsee-grenzüberschreitenden Bereich erhielt Polen 2 Mio., unter anderem für den Bau eines Klärwerks am Frischen Haff, eine weitere Million wurde kleinen Projekten mit grenzüberschreitender Ostseerelevanz zugeschrieben²⁰⁴⁵. SAPARD-Mittel fanden, obwohl bewilligt, 2000 in keinem Beitrittskandidaten einen Abnehmer, da keiner eine zuständige Stelle benannt hatte und die Überweisungen somit nicht vorgenommen werden konnten²⁰⁴⁶.

Auch 2000 also spielte die NDI innerhalb PHAREs keine Rolle. Im ohnehin knappen Bereich der Geldmittel für grenzüberschreitende Kooperation gab es lediglich kleine Unterbereiche für Unternehmungen mit einer speziellen Ostseerelevanz, deren Mittel beschränkt waren. Zudem bestätigte die EU-Kommission nach der Überprüfung PHAREs, dass das Programm weiterhin den Bedürfnissen der Beitrittskandidaten gerecht werde, also zunächst keine weiteren Anpassungen nötig wären²⁰⁴⁷. So setzte sich 2001 die etablierte Förderpolitik fort. Estland erhielt 2001 insgesamt 29,345 Mio. Euro, wovon 26,34 Mio. Euro dem PHARE-Länderprogramm gewidmet waren²⁰⁴⁸. Dazu kamen 12 Mio. Euro aus SAPARD-Mitteln und

ebd., S. 62f.

²⁰⁴³ ebd., S. 63.

²⁰⁴⁴ Der erste Teil mit 183 Mio. Euro konzentrierte sich auf Institutionenbildung (65 Mio.), die Angleichung an den Binnenmarkt der EU (21 Mio.), Justiz und Inneres (48 Mio.), Landwirtschaft (41,6 Mio.) und Umwelt (7,3 Mio.).

ebd., S. 69.

²⁰⁴⁵ ebd., S. 69f.

²⁰⁴⁶ Bericht der Kommission Gesamtbericht über die Heranführungshilfe (PHARE- ISPA- SAPARD) 2000 (SEC(2002) 1418). Elektronisch veröffentlicht auf: http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2002/com2002_0781de01.pdf, 16.12.2005, S. 4.

²⁰⁴⁷ Bericht der Kommission PHARE Programm Jahresbericht 2001 (SEC(2003) 228). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.eu.int/comm/enlargement/pas/phare/pdf/phare2001_de.pdf, 17.12.2005, S. 8.

²⁰⁴⁸ Unter anderem dienen 1,57 Mio. Euro davon dem Aufbau eines Marktregulierungssystems für die Landwirtschaft, 1,3 Mio. der Beschleunigung der Beitrittsvorbereitungen. Die Steuerverwaltung wurde mit 1,384 Mio. Euro unterstützt, der Aufbau einer Infrastruktur für Konformitätsbeurteilungen in der Metrologie mit 2,5 Mio. Euro. Eine knappe halbe Million wurde zur Förderung des sozialen Dialogs zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden eingesetzt, die Entwicklung einer schnelleren Umsetzung des Schengen-Informationssystems wurde mit 1,7 Mio., die Förderung der Verwaltungskapazitäten des Gerichtssystems mit 600.000 Euro unterstützt. Weitere Bereiche waren unter anderem die Unternehmensförderung und die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit.

Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen Anhang zu dem PHARE- Programm Jahresbericht 2001: Länderbögen (COM(2003) 97 final). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.eu.int/comm/enlargement/pas/phare/pdf/annex_phare2001_de.pdf, 17.12.2005, S. 22f.

30 Mio. Euro des ISPA-Programms²⁰⁴⁹. Für grenzüberschreitende Kooperation wurden 2001 keine Mittel ausgewiesen. Lettland wurden 2001 insgesamt 36,155 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, wovon 31,404 Mio. Euro im PHARE-Länderprogramm Verwendung fanden²⁰⁵⁰.

Wiederum drei Mio. waren für grenzüberschreitende Kooperation ausgewiesen, die bei Kleinprojekten in Riga, Liepaja, Valmiera, Talsi, Rujiena, Jelgava, Daugavpils, Tervete und Allazi eingesetzt wurden²⁰⁵¹. Die PHARE-Zuweisungen für Litauen beliefen sich 2001 auf etwa 51 Mio. Euro. Hiervon wurden 15,5 Mio. Euro als ein Teil des PHARE-Länderprogramms für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt eingesetzt, der andere Teil mit knapp 30 Mio. Euro diente dem Institutionenaufbau, Justiz und Inneres, Umwelt. Im Rahmen des Kooperationsprogramms Ostseeraum zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gab es wieder insgesamt drei Mio. Euro, eine Million für Kleinprojekte bis zu einem Umfang von 50.000 Euro, zwei Mio. für nächstgrößere Projekte bis 300.000 Euro²⁰⁵². Zusätzliche Zuweisungen betrafen die Unterstützung der Stilllegung des Kernkraftwerks Ignalina.

Polen erhielt 2001 insgesamt 468,5 Mio. Euro PHARE-Mittel. Das PHARE-Länderprogramm beanspruchte davon den Hauptanteil von 396 Mio. Euro²⁰⁵³. Für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wurden insgesamt 56 Mio. Euro bereitgestellt, wovon 44 Mio. Euro für die deutsch-polnische Kooperation und wiederum 3 Mio. Euro für polnische Projekte im Ostseeraum vorgesehen waren²⁰⁵⁴.

2002 erhielt Estland insgesamt 83 Mio. Euro, wovon 40,4 Mio. Euro PHARE-Mittel, 30,0 Mio. ISPA-Gelder und 12,6 Mio. Euro SAPARD-Mittel waren²⁰⁵⁵. ISPA-Mittel wurden zum Ausbau der Via Baltica und der Schienengrenzstation Koidula und zur technischen

²⁰⁴⁹ ebd., S. 24

²⁰⁵⁰ Hiervon wurden 2 Mio. zur Förderung der gesellschaftlichen Integration, 5,4 Mio. zum Institutionenaufbau, 2,2 Mio. für den Bereich Beschäftigung und Soziales, 10,5 Mio. für die Bereiche Justiz und Inneres, 9 Mio. für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und 2,237 Mio. zur Teilnahme an anderen Gemeinschaftsprogrammen verwendet.

ebd., S. 37.

²⁰⁵¹ ebd., S. 39.

²⁰⁵² ebd., S. 46.

²⁰⁵³ Zur Verwendung dessen gab es sieben Prioritäten: die Stärkung der Institutionen (45,46 Mio.), die Angleichung an den EU-Binnenmarkt (33,745 Mio.), Justiz und Inneres (49,7 Mio.), Landwirtschaft (32,92 Mio.), Umwelt (21,91 Mio.), Förderung von Investitionen, Humanressourcen und SMEs als Maßnahmen für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt (169,955 Mio.) und Polens Teilnahme an Gemeinschaftsprogrammen mit 42,31 Mio. Euro.

ebd., S. 53.

²⁰⁵⁴ ebd., S. 54.

²⁰⁵⁵ Ein Großteil der PHARE-Mittel ging wiederum in den Institutionsaufbau, andere Gebiete waren Justiz und Inneres zum effektiven Umgang mit Migrationsbewegungen (3 Mio.), Beschäftigung und Soziales (1,8 Mio.), Landwirtschaft und Fischerei (6-7 Mio.), im Verkehrsbereich die Sicherheit des Schiffs- und Flugverkehrs (2 Mio.), Umwelt (4 Mio.), wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt (6-7 Mio.). European Commission Directorate-General Enlargement Directorate D Negotiation Pre-accession Coordination & Financial Instruments - General Assistance Document 2002 (D3 D(2002)). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.eu.int/comm/enlargement/pas/phare/pdf/gad_2002_general_part.pdf, 17.12.2005, S. 32f.

Unterstützung anderer Transportprojekte genutzt. Im Umweltbereich kamen sie Projekten zu Abwassersystemen von Narva, Pärnu und Nordostestland, einer Aschehalde in Narva und Sondermüllmanagement zu Gute²⁰⁵⁶. Der überwiegende Teil der SAPARD-Mittel wurde zur wirtschaftlichen Unterstützung von landwirtschaftlichen Betrieben ausgegeben, nur 1,4% zur Förderung umweltverträglicher Produktionsmethoden²⁰⁵⁷. Wiederum wurden 3 Mio. Euro für grenzüberschreitende Projekte im Ostseeraum bereitgestellt.

Lettland bekam 2002 insgesamt 104 Mio. Euro, wovon 32,141 Mio. Euro von PHARE, 49 Mio. von ISPA und 22,9 Mio. Euro von SAPARD kamen²⁰⁵⁸. Wiederum wurden 3 Mio. Euro für kleine und mittlere grenzüberschreitende Kooperationsprojekte im Ostseeraum bereitgestellt²⁰⁵⁹. ISPA-Mittel wurden im Verkehrsbereich zum Aufbau einer zentralen Stelle zur Verkehrssicherheit und zum Ausbau der Via Baltica genutzt. Im Umweltbereich wurden Abwassersysteme in Jurmala und Rezekne und Entsorgungseinrichtungen in Maliena und Latgale bearbeitet²⁰⁶⁰. SAPARD-Mittel wurden auch in Lettland hauptsächlich zur wirtschaftlichen Unterstützung der Landwirtschaftsbetriebe genutzt, nur 4% der Mittel gingen in Nachhaltigkeitsprojekte.

Für Litauen waren im Jahr 2002 unter Ausschluss der zusätzlichen 80 Mio. Euro für die Sicherheit des Kernkraftwerks Ignalina insgesamt 146,3 Mio. Euro vorgesehen, von denen 60,5 Mio. Euro PHARE-Mittel, 54,5 Mio. Euro ISPA-Gelder und 31,3 Mio. Euro SAPARD-Mittel waren²⁰⁶¹. Innerhalb PHAREs waren wiederum 3 Mio. Euro für grenzüberschreitende Projekte im Ostseeraum eingeplant. Die ISPA-Mittel waren im Verkehrsbereich für weitere Arbeiten an den Ost-West-Straßen- und Schienenverbindungen und die Hinterlandanbindung des wichtigen Hafens Klaipeda, im Umweltbereich für Abwasserprojekte im mittleren und unteren Lauf des Neman und Entsorgungsanlagen in Vilnius, Klaipeda und Marijampolė vorgesehen. Die SAPARD-Mittel dienten wieder zur überwiegenden Mehrheit der

²⁰⁵⁶ ebd., S. 37.

²⁰⁵⁷ ebd., S. 38.

²⁰⁵⁸ Im Rahmen des PHARE-Länderprogramms entfielen unter anderem 3 Mio. auf die Integration der Nicht-Bürger in die lettische Gesellschaft, 2 Mio. auf den Verbraucherschutz, eine knappe Million auf die Landwirtschaft einschließlich BSE-Kontrollen, eine Million für die Entwicklung der Statistik, 4,5 Mio. auf Regionalpolitik, 6,5 Mio. für den Bereich Justiz und Inneres, knappe 5 Mio. auf den Bereich der Zollunion. European Commission Directorate - General Enlargement Directorate D - Co-ordination of Negotiations, Pre-accession and Financial Instruments - General Assistance Document 2003 (D3 D(2003)). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.eu.int/comm/enlargement/pas/phare/pdf/gad_2003_general_part.pdf, 17.12.2005, S. 63f.

²⁰⁵⁹ ebd., S. 64.

²⁰⁶⁰ General Assistance Document 2002, S. 59f.

²⁰⁶¹ Das PHARE- Länderprogramm unterstützte hiermit unter anderem die Fortführung der Angleichung an den Transport-acquis und den Institutionsaufbau zu seiner Umsetzung (2,4 Mio.), die Stärkung der Instanz des Regulators des Energiemarkts (1,9. Mio), die Modernisierung der veterinärmedizinischen Kapazitäten und Überwachung (3 Mio.), Institutions- und Kapazitätenaufbau im Umweltbereich (4,15 Mio.), den Kampf gegen organisierte Kriminalität (4,8 Mio.), Maßnahmen zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt (15,5 Mio.). General Assistance Document 2003, S. 75f.

wirtschaftlichen Unterstützung von Landwirtschaftsbetrieben, der Forstwirtschaft und der verbundenen Infrastruktur. Ein Prozent wurde für die Entwicklung umweltfreundlicher Landwirtschaftsmethoden aufgewandt²⁰⁶².

Polen erhielt 2002 insgesamt etwa 992 Mio. Euro, wovon 451,7 Mio. auf PHARE, 365 Mio. auf ISPA und 177 Mio. auf SAPARD entfielen. Innerhalb PHARE waren 394 Mio. für das PHARE-Länderprogramm und 56 Mio. Euro für grenzüberschreitende Projekte, wovon wiederum 44 Mio. für die deutsch-polnische Kooperation und 3 Mio. für grenzüberschreitende Projekte im Ostseeraum vorgesehen waren²⁰⁶³. ISPA-Mittel wurden wiederum für den Ausbau von Straßen und Schienenwegen sowie im Umweltbereich vor allem zum Bau von Abwassersystemen einschließlich Klärwerken genutzt. Die SAPARD-Mittel galten wiederum vor allem der wirtschaftlichen Unterstützung von Landwirtschaftsbetrieben und der ländlichen Infrastruktur, zwei Prozent wurden für die Entwicklung umweltfreundlicher Landwirtschaftsmethoden eingesetzt²⁰⁶⁴.

Am 06.09.2002 veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung zu den Ergebnissen einer regelmäßigen Überprüfung der Leitlinien von PHARE²⁰⁶⁵. Hierbei blieb der Fokus auf der Vorbereitung der Kandidatenstaaten für den EU-Beitritt ebenso erhalten wie die Rolle grenzüberschreitender Kooperation weiterhin hoch geschätzt wurde. Zur Erhöhung der Kompatibilität der Finanzprogramme für die entsprechenden Grenzregionen wurde die künftige Koordinierung mit INTERREG über gemeinsame Programmierungsdokumente angekündigt, die der Gemischte Kooperationsausschuss vorbereiten sollte²⁰⁶⁶. Es wurde erwähnt, dass eine Anpassung der PHARE-CBC-Regelungen in Arbeit sei, um förderfähige Projekte weiter an INTERREG IIIA anzupassen. Die bestehende Regulierung, innerhalb des Ostseeraums über PHARE-CBC-Kofinanzierung zu INTERREG IIIB-Projekten zu leisten, blieb bestehen. Für grenzüberschreitende Kooperation an den Grenzen zu Nicht-Kandidatenstaaten wurden die Kandidatenstaaten wiederum aufgefordert, Mittel aus ihren eigenen nationalen PHARE-Programmen zu verwenden²⁰⁶⁷. Prinzipiell bestätigte die

²⁰⁶² General Assistance Document 2002, S. 69f.

²⁰⁶³ Innerhalb des PHARE-Länderprogramms wurden der Institutionsaufbau mit 52,44 Mio., der Binnenmarkt mit 26,8 Mio., der Bereich Justiz und Inneres mit 63,3 Mio., die Landwirtschaft mit 34,73 Mio. und der Umweltschutz mit 15 Mio. unterstützt. Projekte zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt wurden mit insgesamt 171,41 Mio. Euro unterstützt.

General Assistance Document 2003, S. 85f.

²⁰⁶⁴ General Assistance Document 2002, S. 79f.

²⁰⁶⁵ Mitteilung der Kommission über die Überprüfung der Leitlinien für die Umsetzung des Programms PHARE in den Beitrittsländern für den Zeitraum 2000-2006 in Anwendung des Artikels 8 der Verordnung 3906/89.

Brüssel, 6.9.2002 (C(2002) 3303 endgültig). Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.eu.int/comm/enlargement/pas/phare/pdf/ec_1822_03.pdf, 18.11.2005.

²⁰⁶⁶ ebd., S. 4.

²⁰⁶⁷ ebd., S. 5.

Überprüfung also das Vorgehen, die den Ostseeraum betreffenden Regelungen behielten Bestand, die Politik der Nördlichen Dimension wurde nicht erwähnt.

2003 wurden für Estland dementsprechend insgesamt 86,351 Mio. Euro eingeplant, von denen 42,55 Mio. PHARE-Mittel, 30,731 Mio. ISPA-Gelder und 13,07 Mio. Euro SAPARD-Mittel waren²⁰⁶⁸. Die Planung der Verwendung der Mittel griff wiederum die bekannten Themen der nationalen Entwicklung auf. Dasselbe galt für Lettland, für das 2003 insgesamt 121,1 Mio. Euro geplant wurden, wovon 47,3 Mio. für PHARE, 50,3 Mio. für ISPA und 23,5 Mio. für SAPARD vorgesehen waren. Hier waren auch wieder Gelder für die grenzüberschreitende Ostseekooperation vorgesehen, allerdings ohne einen Betrag zu nennen²⁰⁶⁹. Beitrittsorientierte Prioritäten setzten die Förderprogramme auch wiederum für Litauen, für das 2003 ohne die Zuwendung für nukleare Sicherheit insgesamt 148,4 Mio. Euro eingeplant waren, wovon 60,5 Mio. PHARE-Mittel, 55,8 Mio. ISPA-Gelder und 32,1 Mio. Euro SAPARD-Mittel waren. Für grenzüberschreitende Ostseekooperation waren wiederum 3 Mio. Euro vorgemerkt²⁰⁷⁰.

Für Polen waren für das Jahr 2003 insgesamt 1008,6 Mio. Euro an Unterstützung geplant. PHARE war hier mit 456 Mio. Euro beteiligt, ISPA mit 371 Mio. und SAPARD mit 181,6 Mio. Euro. Auch hier war die geplante Verwendung der Gelder an den bekannten Prioritäten orientiert, für grenzüberschreitende Kooperation im Ostseeraum waren wiederum drei Mio. Euro vorgesehen²⁰⁷¹.

4.10.2.3 TACIS

Das Förderprogramm *Technical Aid to the Commonwealth of Independent States* (TACIS) wurde 1991 aufgelegt. Neben der Russischen Föderation betraf es auch elf weitere Nachfolgestaaten der SU²⁰⁷² und im Zeitraum 1991-2003 sogar auch die Mongolei. Der Ostseeraum war also auch in diesem Programm ein kleiner Teil der Peripherie, allerdings durch den direkten geographischen Kontakt zwischen der EU und Russland aufgewertet. In dieser Untersuchung soll die Konzentration auf der Rolle von TACIS für Russland liegen. Zunächst war das Programm lediglich auf technische Unterstützung spezialisiert, im Laufe der Entwicklung der politischen Beziehungen, vor allem durch den Abschluss des

²⁰⁶⁸ General Assistance Document 2003, S. 38.

²⁰⁶⁹ ebd., S. 63ff.

²⁰⁷⁰ ebd., S. 73.

²⁰⁷¹ ebd., S. 85ff.

²⁰⁷² Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Moldawien, Tadschikistan, Turkmenien, Ukraine und Usbekistan.

Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und Russland, wurde der Aufgabenbereich des Programms kontinuierlich erweitert. Im Zeitraum 1991-1999 hatte Russland über TACIS insgesamt 1.301,5 Mio. Euro erhalten, wobei die Höhe der ersten Zahlung 1991 mit 212 Mio. nicht wieder erreicht wurde, 1999 waren es 101 Mio. Euro²⁰⁷³. Der größte Anteil der Gelder wurde zur Erhöhung der nuklearen Sicherheit eingesetzt, gefolgt von der Reform der öffentlichen Verwaltung, der Sozialdienste und des Bildungswesens, der Umstrukturierung staatlicher Betriebe und der Einrichtung eines privaten Sektors und anderen Themenbereichen, Maßnahmen zur Demokratieförderung wurden dagegen hintangestellt²⁰⁷⁴. Eine Evaluierung des Effekts der TACIS-Hilfe an Russland 1999 zeigte, dass in der ersten Phase bis 1994 das Programm einen großen Stellenwert für den Zugang zu grundlegenden westlichen Techniken in Verwaltung und Management hatte, bevor ab 1994 der Widerstand gegen die Reformen in Russland wuchs und sich der Prozess verlangsamte²⁰⁷⁵. Vor diesem Hintergrund verabschiedete der Rat der EU am 29.12.1999 neue Grundlagen für die TACIS-Unterstützung für den Zeitraum 2000-2006²⁰⁷⁶. Um das Defizit der vergangenen Jahre in diesen Bereichen zu kompensieren, wurden der Reduzierung der Umweltverschmutzung, dem nachhaltigen Ressourcenmanagement und dem sozialen Aspekt des Wandels besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Demokratieförderung wurde wiederum nicht prioritär erwähnt²⁰⁷⁷. Auch innerhalb TACIS' gab es einen Schwerpunkt auf der grenzüberschreitenden Kooperation zur Unterstützung der Entwicklung der Grenzregionen, zur Vernetzung der Infrastrukturen, zur Beschleunigung der Transformation durch Kontakte mit westlichen Staaten und zur effektiveren Bekämpfung der Umweltverschmutzung²⁰⁷⁸. Insofern schien einer intensiven Kooperation auch im Ostseeraum nichts im Wege zu stehen. Jedoch wurde das TACIS-Budget im Unterschied zu dem INTERREG- Budget jährlich aufgestellt, was ein schweres Problem bei der Kompatibilität beider Programme darstellte. Zudem fiel die Projektauswahl und -kontrolle innerhalb TACIS in die Zuständigkeit der EU-Kommission, während INTERREG-Projekte von den beteiligten EU-Mitgliedsstaaten beschlossen und kontrolliert wurden. Daher war ein doppeltes Antragsverfahren zwar hinderlich, aber nötig, woran auch die Bemühungen zur Koordination beider Instrumente nichts änderten. 2001

²⁰⁷³ Bericht der Kommission. Jahresbericht 1999 über das TACIS-Programm. Brüssel, den 20.12.2000 (KOM(2000) 835 endgültig). Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.eu.int/comm/external_relations/ceeca/tacis/an_report_en.pdf, 14.11.2005, S. 72.

²⁰⁷⁴ ebd., S. 69, 73.

²⁰⁷⁵ ebd., S. 69.

²⁰⁷⁶ Council Regulation (EC, EURATOM) No 99/2000 of 29 December 1999 concerning the provision of assistance to the partner States in Eastern Europe and Central Asia. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://europa.eu.int/comm/external_relations/ceeca/tacis/reg99_00.pdf, 14.11.2005.

²⁰⁷⁷ ebd., S. 2.

²⁰⁷⁸ ebd., S. 3.

konnte die Kommission jedoch schon mehrere erfolgreiche INTERREG-TACIS-CBC-Projekte vermelden²⁰⁷⁹.

4.10.3 Die Ebene der BSPC

Obwohl schon bei der ersten Konferenz der Ostseeparlamentarier im Januar 1991 Vertreter der Parlamentarischen Versammlung des Europäischen Rats vertreten waren, wurde die europäische Ebene erst von dem vierten Treffen vom 12.-13.09.1995 in Rønne thematisiert, das die EU ermutigte, die angekündigte Ostseepolitik auch durchzuführen²⁰⁸⁰. Intensiviert wurde dies durch die Resolution der Parlamentarierkonferenz vom 15.-16.09.1997 in Gdansk, wo im Reflex auf mangelnden Enthusiasmus der EU diese aufgefordert wurde, ihre Anstrengungen fortzusetzen, um dem Anspruch ihrer *Baltic Sea Region Initiative* von 1996 gerecht zu werden. Weiterhin wurde sie aufgefordert, die Kandidatenstaaten weitestmöglich zu unterstützen und die Förderinstrumente zu überarbeiten, um sie anwendbarer zu machen²⁰⁸¹. Dies wurde von der Folgekonferenz am 08.09.1998 in Lübeck präzisiert, die die EU-Kommission aufrief, die EU-Förderprogramme transparenter zu gestalten und sie dahingehend zu überarbeiten, dass PHARE und TACIS mit Strukturfondsmitteln kompatibel werden und grenzüberschreitende Kooperation dadurch erleichtert wird²⁰⁸². Das Europäische Parlament sollte sich aktiver an Entscheidungen zur Erweiterungsstrategie beteiligen und die Regierungen des Ostseeraums wurden aufgerufen, gemeinsam dafür zu arbeiten, dass Litauen und Lettland in die Kandidatenliste der ersten EU-Erweiterung aufgenommen werden. Nachdem das Konzept der Nördlichen Dimension schon 1997 vorgestellt worden war, forderte die BSPC-Konferenz vom 07.-08.09.1999 in Mariehamn die Regierungen auf, das Konzept aufzunehmen und zusammen mit der EU konkrete Politik zu formulieren und einen entsprechenden Zeitplan zu erstellen²⁰⁸³.

Auf die bessere Anwendbarkeit der Förderprogramme zielte auch die BSPC-Konferenz vom 04.-05.09.2000 in Malmö ab, die dazu aufforderte, die Programme für die im Ostseeraum häufige Form der grenzüberschreitenden Kooperation über Meeresgrenzen anzupassen. Dass

²⁰⁷⁹ Dies waren Maßnahmen betreffend zweier Grenzübergänge, Vartius - Lyttä und Niirala - Värttilä, Überwachung, Schutz und nachhaltiger Nutzung des Ladoga-Sees, Straßennetzverwaltung in Nordwestrussland, Erschließung von Jänisjoki für den Tourismus.

Abstimmung der Finanzierung im Rahmen von INTERREG und Tacis – Ein Leitfaden –, S. 6.

²⁰⁸⁰ Resolution der vierten Ostseeparlamentarierkonferenz vom 12.-13.09.1995 in Rønne, S. 3.

²⁰⁸¹ Resolution der sechsten Ostseeparlamentarierkonferenz vom 15.-16.09.1997 in Gdansk, S. 4.

²⁰⁸² Resolution adopted by the 7th Parliamentary Conference on Cooperation in the Baltic Sea Region, S. 2f.

²⁰⁸³ Conference Resolution adopted by the 8th Parliamentary Conference on Co-operation in the Baltic Sea Region.

der Enthusiasmus der EU und der nationalen Regierungen weiter hinter den Erwartungen zurückblieb, zeigt die Aufforderung der elften BSPC-Konferenz vom 30.09.-01.10.2002 in St.Petersburg, die die Regierungen aufrief, die NDI zu stärken und den NDAP stärker durchzusetzen. Die EU-Kommission wurde wieder aufgerufen, die Förderprogramme besser zu koordinieren. Dass weiterhin die Erfordernisse des Ostseeraums nicht in vollem Maße berücksichtigt worden waren, wurde in der erneuten Aufforderung deutlich, grenzüberschreitende Projekte besser zu bearbeiten und Fährlinien, einen bedeutenden und dennoch dort nicht berücksichtigten Teil der Ostseeinfrastruktur, in das Weißbuch zur Verkehrsentwicklung der EU-Kommission aufzunehmen. Grundsätzlich wurden die Regierungen aufgefordert, mehr Interesse der EU-Kommission für den Ostseeraum zu binden²⁰⁸⁴. Insofern agierte die BSPC als kritisches Kontrollgremium, das wiederholt auf die Schwachstellen der Ostseepolitik der EU hinwies.

4.10.4 Die Ebene der BSSSC

Von Beginn der BSSSC an war die hohe Bedeutung der EU für den Ostseeraum klar, ebenso, wie der EU die Bedeutung des Ostseeraums bewusst war und so nahm schon am Gründungstreffen der BSSSC in Stavanger 1993 ein Vertreter der Europäischen Kommission als Gast teil. Inhaltlich initiierte das Treffen keine spezielle Zusammenarbeit mit der EU, die Teilnehmer drückten jedoch ihr Interesse an der Entwicklung eines Programms der Europäischen Gemeinschaft für subregionale Zusammenarbeit im Ostseeraum aus²⁰⁸⁵.

Auch die zweite Konferenz der BSSSC im Oktober 1994 in Travemünde, die schon das EU-Papier „*Orientations for a Union Approach towards the Baltic Sea Region*“ begrüßen konnte, wiederholte entschieden diese Forderung²⁰⁸⁶ und verlangte weiterhin eine Stärkung der Programme OUVERTURE, ECOS, LIFE und INTERPRISE und die Reservierung eines bestimmten Betrags innerhalb dieser Programme für die Ostsee-Subregionen²⁰⁸⁷. Für die Programme PHARE, INTERREG und TACIS wurde eine bessere Vereinbarkeit angeregt und im Falle des kombinierten Einsatzes von PHARE- und INTERREG-Mitteln aufgefordert, nicht nur Kooperation über Landgrenzen hinweg zuzulassen, sondern auch Wassergrenzen

²⁰⁸⁴ Resolution Part I adopted by the 11th Baltic Sea Parliamentary Conference, S. 2f.

²⁰⁸⁵ The Stavanger Declaration on Baltic Sea States Subregional Co-operation.

²⁰⁸⁶ „*The Conference urges the Council of the EU to decide upon a EU-Baltic Sea programme, which facilitates transborder and interregional co-operation between all the subregions...*“ Conclusions of the Second Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation, 17-19 October 1994, S. 6.

²⁰⁸⁷ ebd., S. 6.

aufzunehmen²⁰⁸⁸. Auf diese Weise sollte die EU zusammen mit den nationalen Regierungen Anstrengungen zur intensiveren Finanzierung der subregionalen Ostseekooperation unternehmen. Des Weiteren wurde die EU aufgefordert, die Planungen für die *Trans European Networks*, also die entscheidenden Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsstrukturen, auf die zukünftigen nördlichen und mitteleuropäischen EU-Mitglieder auszudehnen, um die östlichen Staaten nicht abzukoppeln.

Die Folgekonferenz von Västeras im Oktober 1995 konnte die Annahme des EU-Papiers „*Orientalions for a Union approach towards the Baltic Sea Region*“ im Mai 1995 und das Bekenntnis des Europäischen Rats von Cannes vom 26.-27.06.1995, zu politischer Stabilität und Wohlstand im Ostseeraum beitragen zu wollen, begrüßen²⁰⁸⁹. Auch die Forderungen nach Modifizierungen der Fördertöpfe wurden erhört, inzwischen waren innerhalb PHARE CBC und INTERREG IIC spezielle Programme für den Ostseeraum eingerichtet worden. Diese sollten nach Ansicht der BSSSC-Konferenz verbunden werden, um größere Effektivität zu erreichen, wie auch insgesamt das Zusammenspiel und die Transparenz der Förderprogramme der EU zu verbessern seien²⁰⁹⁰. In dem Zusammenhang wurde die EU auch aufgefordert, Handbücher zu den Kriterien der Förderprogramme zu erstellen, um Antragstellungen zu vereinfachen.

Die Konferenz der BSSSC von Vaasa im Oktober 1996 sprach sich für eine rasche Erweiterung der EU und für eine Stärkung der Partnerschaft zwischen der EU und Russland aus²⁰⁹¹. Die Teilnehmer gingen davon aus, dass die Ergebnisse des Ostseestaatsgipfels von Visby und die Prioritäten der *Baltic Sea Region Initiative* der EU einen neuen Rahmen für eine intensiviertere Kooperation im Ostseeraum schaffen würden. Die erneuten Forderungen nach Vereinfachung der Strukturen und der Bewerbungskriterien der Förderprogramme und nach der Einrichtung eines flexiblen Ostseeprogramms mit gleichem Zugang für EU-Mitglieder und Nicht-Mitglieder zeigt, dass beides noch nicht in die Realität umgesetzt worden war²⁰⁹².

Die fünfte BSSSC-Konferenz vom Oktober 1997 in Gdansk rief die EU erneut zu denselben Veränderungen auf und ermutigte als Reflex auf die geringe institutionelle Repräsentanz des Ostseeraums bei der EU auch zur Einrichtung eines *Baltic Sea Desks* innerhalb der EU-Kommission, um die Politik der EU gegenüber dem Ostseeraum besser koordinieren zu können. Auch ein Workshop zum Thema „*Regional Development in an EU Context*“ stellte fest, dass die Komplexität der Regelungen, denen Förderprogramme unterworfen waren, zu

²⁰⁸⁸ ebd., S. 6.

²⁰⁸⁹ The 3rd BSSSC annual conference - Västeras (Sweden), 8-9 November 1995 – Resolution.

²⁰⁹⁰ ebd., S. 18.

²⁰⁹¹ Conclusions of the Fourth Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation.

²⁰⁹² ebd., S. 4.

einer hohen Misserfolgsrate bei Bewerbungen führte und daher vereinfacht werden sollte²⁰⁹³. Weiterhin sollte die EU bei ihren Mitgliedsstaaten auf eine schnellstmögliche Ratifizierung der Assoziierungs-Abkommen mit den baltischen Staaten drängen und die Möglichkeiten der Partnerschaft mit Russland voll ausschöpfen sowie den Beitrittskandidaten jede mögliche Hilfe angedeihen lassen, sich für den EU-Beitritt zu qualifizieren²⁰⁹⁴. In eigener Sache forderte man die EU auf, in den Beitrittspartnerschaften die subregionale und lokale Ebene vor allem in den Bereichen Umwelt, Energie, Verkehr und Strukturfonds stärker einzubeziehen, um hier institutionelle und administrative Kapazitäten zu stärken.

Auch die Vorschläge und Forderungen des sechsten BSSSC-Treffens vom Oktober 1998 in Roskilde waren von einem beträchtlichen Selbstbewusstsein der BSSSC geprägt und gingen weiter, als es in der EU mehrheitsfähig war. Als konkretes follow-up der *Baltic Sea Region Initiative* der EU schlug die BSSSC für das Jahr 2000 eine *European Baltic Sea Conference* parallel zu der ab 1996 bestehenden *European Mediterranean Conference* vor und forderte die EU auf, die Initiative zur Nördlichen Dimension der EU zu einer gemeinsamen Strategie gegenüber dem Ostseeraum auszubauen und die Ostseekooperation als ein „...gravity centre for the future development of this European region...“²⁰⁹⁵ anzuerkennen. Diese selbstbewusste Forderung war sehr anspruchsvoll, da sie die Ostseekooperation als gleichberechtigten Partner der EU bei der Politikformulierung und -umsetzung in der Region sah. Betont wurde wiederum die Notwendigkeit, die subregionale und lokale Ebene in die Umsetzung der Nördlichen Dimension einzubeziehen.

Die Konferenz von Kaunas vom Oktober 1999, an der kein Vertreter der EU teilnahm, zeigte sich zufrieden mit den bei der Umsetzung der Vor-Beitrittsstrategie und der Nördlichen Dimension erreichten Ergebnissen und dankte den engagierten EU-Ratspräsidentschaften Deutschlands und Finnlands²⁰⁹⁶. Die Forderung nach einer Weiterentwicklung der Politik der Nördlichen Dimension zu einer gemeinsamen Strategie für Stabilität und Kooperation im Ostseeraum unter Einbezug aller Anrainerstaaten wurde jedoch ebenso unverändert wiederholt wie die nach dem Einbezug der subregionalen und lokalen Ebene in die Umsetzung der NDI. Angesichts der Entscheidung der EU, von den baltischen Staaten nur mit Estland Beitrittsverhandlungen zu eröffnen, rief die Konferenz die EU auf, auch Lettland und Litauen in den Prozess einzubinden. Wiederum erging ein Aufruf, die Förderprogramme INTERREG, PHARE und TACIS hinsichtlich ihrer Regulierungen, Zeitpläne und Kriterien für die Projektauswahl zu harmonisieren und gemeinsame Entscheidungsprozeduren und -

²⁰⁹³ Conclusions of the Fifth Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation, S. 6.

²⁰⁹⁴ ebd., S. 4.

²⁰⁹⁵ Resolution from the BSSSC Conference Roskilde, October 22-24, 1998, S. 2.

²⁰⁹⁶ Resolution of the 7th Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation.

körperschaften einzurichten²⁰⁹⁷. Mittel des PHARE-Programms sollten auch für transnationale Projekte zugänglich gemacht werden und eine mehrjährige Budgetierung des Programms sollte die Vereinbarkeit mit INTERREG IIIB-Projekten verstärken. Die Konferenz veranstaltete auch einen Workshop zum Ostseeraum und der EU, der zunächst die Ostseestaaten betreffenden Ergebnisse des Fortschrittsberichts der Europäischen Kommission zusammenfasste, jedoch letztlich als Fazit eine weiterhin ungenügende Zusammenarbeit der Ostseestaaten feststellen musste. Die Anstrengungen zur europäischen Integration wurden als die eigentliche Hauptmotivation zu Liberalisierung, Harmonisierung und gegenseitiger Anerkennung ausgemacht²⁰⁹⁸.

Auch auf der BSSSC-Konferenz von Pärnu im Oktober 2000 war die EU nicht vertreten²⁰⁹⁹. Die Konferenz wiederholte die Forderungen aus Kaunas 1999 bezüglich der Weiterentwicklung der Politik der NDI und rief die EU-Kommission direkt auf, ihr Engagement bezüglich der Umsetzung des gerade verabschiedeten NDAP und ihre Kooperation mit den entsprechenden Gremien im Ostseeraum zu intensivieren²¹⁰⁰. Ebenso intensiv wurde eine Verstärkung der Kooperation mit den nordwestlichen Regionen Russlands angeregt, besonders aber eine zusammenhängende Strategie für die Zukunft Kaliningrads und seiner Sondersituation als russische Exklave angemahnt²¹⁰¹. Wiederum wurde der Einbezug von Vertretern der Subregionen in die Umsetzung der NDI gefordert und die nationalen Vertreter der Ministerkonferenz zur NDI am 09.04.2001 aufgefordert, Vertreter subregionaler Regierungen in ihre Delegationen aufzunehmen. Wiederholt wurde größere Kompatibilität der Förderprogramme der EU und eine Aufstockung der für grenzüberschreitende Projekte zwischen den EU-Beitrittskandidaten und Russland zur Verfügung stehenden Mittel gefordert. Auch im Hinblick auf die Vor-Beitrittsstrategie wurde die EU aufgefordert, ihre Anstrengungen in den Verhandlungen zu verstärken und die Bedürfnisse regionaler Akteure mehr einzubeziehen.

Auch die elfte Konferenz der BSSSC in St.Petersburg 2003 drückte ihr Interesse an der Steigerung der zur Verfügung stehenden Fördermittel zur Umsetzung des zweiten NDAP aus,

²⁰⁹⁷ ebd.

²⁰⁹⁸ „Co-operation between the Baltic Sea states is still insufficient, and the European integration efforts are the main means, which provide for liberalisation, harmonisation and application of the principles of mutual recognition.“ ebd.

²⁰⁹⁹ Resolution of the 8th Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation.

²¹⁰⁰ „The Conference [...] called upon the European Commission to enhance its own commitment and engagement to the necessary implementation of the Action Plan adopted by the European Council in Feira and to intensify respective co-operation with existing bodies of regional co-operation in the Baltic Sea Region.“ ebd.

²¹⁰¹ „The Conference [...] called upon the European Union to intensify regional co-operation with Northwest Russian regions, and in particular reiterated the need to develop a comprehensive European strategy for future perspectives of the region of Kaliningrad.“ ebd.

den sie generell begrüßte²¹⁰². Die Forderung nach einer ernsthafteren Kooperation mit ausreichender Finanzierung mit den Nachbarn Europas und dem Einbezug subregionaler Akteure wiederholte sich wiederum vor dem Hintergrund des Papiers „*A Wider Europe – Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours*“ der EU-Kommission, das die BSSSC begrüßte. Parallel zur Konferenz wurde das zweite BSSSC-Seminar zur NDI abgehalten. Unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden der BSSSC-Arbeitsgruppe zur ND Thomas Pfannkuch und Irina Karelina, der Direktorin des internationalen Leontief-Zentrums für soziale und ökonomische Forschung, wurde hier mit etwa 50 Teilnehmern der zweite NDAP 2003-2006 behandelt²¹⁰³. Pfannkuch stellte das Konzept der Nördlichen Dimension im Allgemeinen und den zweiten Aktionsplan im Besonderen vor. Dass hier Informationsdefizite bestanden, zeigte der Bericht von Irina Karelina, der von weit verbreiteter Unkenntnis der Ziele und Mittel der Nördlichen Dimension ebenso wie von grenzüberschreitender Kooperation und internationaler Kooperation in Russland sprach²¹⁰⁴. Die entsprechenden Fördermittel wurden eher als Geldquelle für Investitionen betrachtet. Das machte deutlich, dass unbedingt mehr Aufklärung betrieben werden musste. Zusätzlich sei die Bereitstellung größerer Finanzmittel für grenzüberschreitende Kooperation nötig. Die Diskussion zeigte, dass die Teilnehmer mehrheitlich einen Zuwachs an konkreten Projekten und ihrer Gestaltungskraft anstrebten und eine solche Tendenz im zweiten Aktionsplan für die NDI begrüßten²¹⁰⁵. Auch die geplanten Förderinstrumente im Rahmen der Initiative *Wider Neighbourhood* wurden als vielversprechend zur Abhilfe des Mangels an Förderprogrammen für grenzüberschreitende Kooperationsprojekte mit Russland beurteilt. Wiederum jedoch wurde die Einrichtung des *Baltic Sea Desks* oder ähnlicher Strukturen angeregt, die die Ostseeregion in Brüssel präsenter machen würde und die Diversität der Kompetenzen zu den unterschiedlichen Themengebieten der horizontal gelagerten NDI beseitigen würde.

²¹⁰² The 11th BSSSC annual conference - St Petersburg (Russian Federation), 23-25 October 2003 - Resolution, S. 1.

²¹⁰³ 2nd BSSSC Northern Dimension Seminar (held alongside the 11th BSSSC Conference St.Petersburg, 23 October 2003): A dialogue between BSSSC and Northwest Russian regional representatives on regional co-operation. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://backweb.signalera.se/documents/1E8D30DE-6346-4C8C-AD17-2B2D31673CC3.pdf>, 11.10.2005.

²¹⁰⁴ ebd., S. 3

²¹⁰⁵ ebd., S. 3f.

5. Fazit

In der reichen Geschichte des Ostseeraums erwies sich sein Kern, die Ostsee selbst, immer als ein eher verbindendes denn als ein trennendes Element. Skandinavische Stämme breiteten sich auf dem Seeweg früh an den Küsten der Ostsee aus. Die Hanse fand hier neben den politisch günstigen Bedingungen auch durch die relativ kurzen und gut schiffbaren Handelsrouten der Ostsee ihr Zentrum und verschaffte so dem Ostseeraum eine erste Blütezeit. Von der grundsätzlichen Bewaffnung eines Händlerzuges und dem teilweise offenen Kampf um Handelsprivilegien abgesehen, verlief die Ära der Hanse für den Ostseeraum weitgehend friedlich, Dreh- und Angelpunkt des Miteinanders waren wirtschaftliche Interessen von Kaufmannsgruppen, später von Städten, weitestgehend ohne die direkte Einmischung von höheren politischen Ebenen. Bemerkenswert ist, dass diese Zusammenarbeit auf rein freiwilliger Basis geschah, dass über den Großteil des Bestehens keine gemeinsamen Institutionen für den Zusammenhalt der Gemeinschaft nötig waren.

Die folgende Zeit der Staatenbildung betonte das nationale Element und das Streben des einzelnen Staates nach Einfluss und Territorium, dennoch rissen die Kontakte im wirtschaftlich und nunmehr auch im militärischen Sinne strategisch wichtigen Ostseeraum nicht ab, wie die wechselnden Gebietszugehörigkeiten, die Rivalitäten und Allianzen des Kampfs um die Vorherrschaft im Ostseeraum zeigen. Trotz dessen bildete sich ein System des friedlichen Miteinanders der skandinavischen Staaten heraus, während die Süd- und südliche Ostküste der Ostsee auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts von der deutsch-russischen und der polnisch-russischen Rivalität betroffen war. Das Ende des Ersten Weltkriegs brachte dem östlichen Teil des Ostseeraums keinen Frieden, da die neu entstandenen Staaten Estland, Finnland, Lettland, Litauen und Polen die Unabhängigkeit gegenüber der SU erstreiten mussten und Verteilungskämpfe zwischen Polen und Litauen vorübergehend zu einer polnischen Besetzung litauischer Gebiete führten. Die Friedensschlüsse von Tartu und Riga 1920 und 1921 beendeten diese Phase und brachten vor allem für die baltischen Staaten eine elementare, wenn auch kurze Phase der Eigenstaatlichkeit, in der sie auch 1934-40 in der Baltischen Entente erste Kooperationsansätze untereinander unternahmen.

Der Zweite Weltkrieg beendete mit der sowjetischen Annexion des Baltikums wiederum die Unabhängigkeit der baltischen Staaten und veränderte mit der Westverschiebung Polens und der deutschen Teilung das geographische Gesicht des Ostseeraums grundlegend. Die tiefer greifende Entwicklung war jedoch der sich zementierende Blockgegensatz zwischen den westlichen Siegermächten und der SU und ihren jeweiligen Verbündeten, der eine krasse Teilung des vorher stets verbundenen und in seiner Blüte kooperationsreichen Ostseeraums

herbeiführte. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs hatten das skandinavische Prinzip der Neutralität erschüttert, woraufhin Norwegen und Dänemark zu den Gründungsmitgliedern der NATO gehörten, obwohl sie in der Folge aus Rücksicht auf die SU eine zurückhaltende Form der Mitgliedschaft ohne Truppenstationierungen wählten. Die gesamte Ost- und Südküste der Ostsee wurde durch die SU in ihrem Machtinteresse gestaltet, indem zum einen Finnland vertraglich zur Bündnisfreiheit gezwungen wurde und stets die Möglichkeit zum Einmarsch der Roten Armee in angenommenen Bedrohungssituationen gegeben war. Das Baltikum wurde vollständig in die SU eingegliedert, Polen und die DDR über den Warschauer Pakt und den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) eng an die SU gebunden. Diese Situation mit der darauf folgenden weiteren Integration der beiden Blöcke bewirkte eine Teilung des Ostseeraums ab der Mitte des 20. Jahrhunderts, die sich immer weiter vertiefte. Wichtige Handels-, Verkehrs- und sonstige Verbindungen wurden gekappt, Warenströme nahmen andere Wege und die ideologische Gebundenheit der Blöcke bewirkte auch ein Auseinanderdriften im gesellschaftlichen und kulturellen Bereich. Ein wichtiges Element hierbei war jedoch, dass Finnland sich durch vertrauensbildende Politik von der engen Anbindung an die SU emanzipieren konnte, wenn auch in sehr begrenztem Rahmen. Damit konnte es zu einem Vermittler zwischen den Blöcken werden.

Das Ende des Kalten Krieges mit dem Fall der Berliner Mauer im November 1989, den erfolgreichen Unabhängigkeitsbestrebungen der baltischen Staaten, der Auflösung des Warschauer Pakts, des RGW und letztlich der SU offenbarte die großen Probleme, die durch die unnatürliche Teilung des Ostseeraums entstanden waren. Sie bildeten zusammen eine Gemengelage aus Risiken, die in ihrer Sprengkraft auch die westlichen Staaten des Ostseeraums bedrohte. Zum einen war hier das weiter existierende gewaltige Militärpotential Russlands zu nennen, das bei einer fortschreitenden politischen Destabilisierung des Landes zu einer großen Bedrohung zu werden drohte. Als besonderes Risiko empfanden die baltischen Staaten die stationierten russischen Truppen auf ihrem Gebiet. Überhaupt bestand die Gefahr, dass sich undemokratische Tendenzen in Politik und Verwaltung sowie in der Gesetzgebung der neuen Demokratien etablieren könnten. Dies wurde begünstigt durch das Fehlen grundlegender Kenntnisse über moderne demokratische Gesetzgebung, Institutionenaufbau und Verwaltung. Neben dieser grundlegenden Schwierigkeit harrten in diesem Bereich auch spezifischere Probleme einer Lösung wie die Situation und der Umgang mit der russischsprachigen Minderheit in Estland und Lettland.

Weitere Probleme lagen im Bereich der Wirtschaft und Infrastruktur, die sich in einem starken Wohlstandsgefälle von West nach Ost innerhalb des Ostseeraums mit all seinen Ausdrucksformen wie geringen Verdienstmöglichkeiten, hoher Arbeitslosigkeit, wachsender

organisierte Kriminalität, unterdurchschnittlicher Gesundheitsfürsorge und hohen Infektionsraten von Krankheiten, geringen Sozialleistungen und illegaler Migration manifestierten. Neben der Unterstützung der generell problematischen Umstrukturierung der Plan- in Marktwirtschaften galt es daher auch, neue Verbindungen sowohl infrastruktureller als auch wirtschaftlicher Art über den getrennten Ostseeraum zu knüpfen, Mittel gegen die genannten Einzelprobleme zu finden und entsprechende Maßnahmen umzusetzen. Weiterhin wichtig war es auch, die Menschen durch kulturellen Austausch, persönliche Kontakte und gemeinsame Aktionen einander wieder näher zu bringen, um Vorurteile abzubauen und herrschende Stereotype aufzubrechen, damit reger Austausch und echte Kooperation im Ostseeraum wieder entstehen konnten.

Daneben spielten die Entwicklungen auf europäischer Ebene eine große Rolle, da sich zu Beginn der 1990er Jahre die Absicht Schwedens, Finnlands und Norwegens, der EU beizutreten, abzeichnete und die baltischen Staaten und Polen dies im späteren Verlauf auch anstrebten. Vor diesem Hintergrund sah sich auch die EU zunehmend damit konfrontiert, eine eigene Politik gegenüber Russland und im Speziellen gegenüber der russischen Exklave Kaliningrad zu entwickeln. Insgesamt hatten sich die Hauptprobleme also vom rein militärischen Bereich auf andere gesellschaftliche Risiken übertragen, was mit dem konzeptionellen Wechsel von der *Hard Security* zur *Soft Security* beschrieben worden ist. Insofern war Kooperation im Ostseeraum zur Unterstützung der Bewältigung dieser Herausforderungen dringend erforderlich.

Parallel zu diesen Dingen bestand nach dem Ende des Kalten Kriegs wie auch schon zuvor das allen Ostseestaaten gemeinsame Problem einer überdurchschnittlich hohen Umweltbelastung vor allem der Ostsee selbst, aber auch der Territorien der Anrainerstaaten, das nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische und soziale Folgen hatte. Hierzu war nach Initiativen vor allem skandinavischer Staaten schon 1974 mit der HELCOM ein Forum entstanden, das alle Ostseeanrainer versammelte. Nicht von ungefähr hatte es seinen Sitz in Helsinki, in Finnland, dem beide Lager des Kalten Krieges vertrauten. Die Organisation beruhte auf einer internationalen Konvention, die trotz ihrer grundsätzlichen Fortschrittlichkeit noch Nachteile hatte, zum Beispiel schloss der Geltungsbereich die inneren Gewässer aus. Die Konvention jedoch band, wenn auch nicht völkerrechtlich und formaljuristisch verpflichtend, die Mitglieder an die Umsetzung ihrer Vereinbarungen und machte in dieser Verbindlichkeit die HELCOM unter den Ostseekooperationsgremien einmalig. Die Einrichtung der Interimskommission glich den Zeitverlust bis zum Inkrafttreten der Konvention nach der Ratifizierung durch alle Mitglieder 1980 erfolgreich aus. Die schon früh differenzierte Struktur der HELCOM mit Gremien zu Forschung und Zustandsanalyse,

technischen Problemen, maritimen Fragen und Problemen der Verschmutzungsbekämpfung nach einer Schiffshavarie ermöglichte ein konkretes und detailliertes Vorgehen in diesen wesentlichen Gebieten des Meeresschutzes.

So konnte die HELCOM schon vor dem Ende des Kalten Krieges erfolgreich Meeresbiologen und Entscheidungsträger vernetzen, die Forschung in diesem Bereich stimulieren und Politikempfehlungen zu verschiedenen Verschmutzungsquellen und technischen Lösungen formulieren. Trotzdem stellte die Arbeit bis 1989/90 erst einen Anfang dar, wie der weiterhin schlechte Umweltzustand der Ostsee, das Desinteresse der Staaten an hilfreichen Programmen wie dem Schiffspositionsmeldesystem BAREP und ein teilweise geringes Engagement bei der Erfüllung der Berichtspflichten zeigten. Zudem war gerade in der Anfangszeit die Kontrolle der Umsetzung der HELCOM-Empfehlungen problematisch, erst ab Mitte der 1980er Jahre wurde hier ein Berichtssystem eingerichtet, in dem die Staaten jährlich über ihren Umsetzungsstatus befragt wurden. Dadurch war allerdings noch nicht geklärt, wie und in welcher Qualität die Empfehlungsregelungen in nationales Recht übernommen worden waren²¹⁰⁶. Dennoch waren 1989/90 schon Regelungen hinsichtlich wichtiger Schadstoffe, der Entsorgung von Schiffsabfällen, der regionalen Durchsetzung von weltweit geltenden IMO-Regelungen und anderem formuliert und elementare Programme wie das BMP zur Überwachung des Umweltzustands der Ostsee begonnen worden.

Neben diesen Erfolgen im Umweltbereich hatte die Arbeit der HELCOM in dieser Zeit jedoch auch eine nicht ökologische, grundsätzliche Funktion der Vertrauensbildung, da in ihr Staaten beider Lager des Kalten Krieges zusammenarbeiteten und so Vertrauen aufbauen konnten. Das war gerade in einem Umweltgremium möglich, das Grundsatzfragen wie militärische Sicherheit oder politische Systeme nicht berührte. Dass die Vertrauensbildung innerhalb der HELCOM funktionierte, zeigte sich unter anderem darin, dass sie ihre Arbeit nach dem Ende des Kalten Krieges fast nahtlos fortsetzte.

Die Gesamtheit der den Ostseeraum betreffenden Probleme trat aber erst mit dem Wegfall der Blocktrennung und dem Ende der SU völlig zu Tage und mit der Aufhebung der politischen Schranken, die die Umsetzung auch vorher diskutierter Pläne zur Kooperation im Ostseeraum ermöglichte, begannen sogleich Kooperationsgremien auf allen Ebenen und in unterschiedlichsten Bereichen zu entstehen. Wegen dieser Vielzahl und Vielgestaltigkeit ist es unmöglich, eine vollständige Beschreibung aller Kooperationsvorgänge im Ostseeraum zu liefern. Daher hat sich diese Arbeit auf zentrale Kooperationsgremien, an denen alle Ostseeanrainer beteiligt waren, beschränkt. Ein Zeichen für die vorsichtige Annäherung der Ostseestaaten war es, dass zunächst kleinere und politisch weniger hochrangige Partner bei

²¹⁰⁶ Zeitzeugeninterview mit Prof. Dr. Peter Ehlers, S. 31f.

der Institutionenbildung den Anfang machten. 1989 bildete sich die Interessengruppe *Islands of the Baltic Sea*, die 1993 mit dem Beitritt Rügens zur *Baltic Seven Islands Co-operation* (B7) ausgeweitet wurde. Es folgte der Rat der Rektoren der Ostseeuniversitäten (CBUR) und die *Ars Baltica* 1990, in diesem Jahr kam auch mit der UBC das erste größere, thematisch breit angelegte Kooperationsgremium hinzu. 1991 entstand mit der BSPC das erste thematisch breite Gremium auf nationaler Ebene, 1992 gefolgt von der Vereinigung der Handelskammern, die auf den gesamten Wirtschaftssektor spezialisiert war und dem Ostseerat, der sich auf nationaler Regierungsebene immer mehr Themengebiete erschloss und auch die EU-Kommission durch eine Mitgliedschaft einbezog. Das so entstandene Geflecht aus Gremien auf spezifischen Verwaltungsebenen mit offenem oder weit gespanntem Themenspektrum und Fachgremien zu einem Thema, die mehrere Verwaltungsebenen übergreifen, wurde 1993 durch die Einrichtung der Konferenz der Subregionen komplettiert, so dass auch diese Ebene vertreten war. In der Folge entstanden mit der Baltic 21, BDF, BASTUN und BASREC weitere Organisationen, die das Themenspektrum der Kooperationsgremien im Ostseeraum erweiterten.

Dieser schrittweise Aufbau des Kooperationsnetzes folgte keinem von vornherein vereinbarten Plan, sondern war eine Reihe von sinnvollen Gelegenheitsgründungen, wobei die Zusammenarbeit in bestehenden Gremien einerseits Vertrauen und Routinen und andererseits das Bewusstsein über weitere mögliche Konfliktfelder brachte, wodurch dann weitere Gründungen mehrheitsfähig wurden. Dies wurde begünstigt durch die lockeren Strukturen der Gremien, denen anders als bei HELCOM keine ratifizierungspflichtigen Konventionen zu Grunde lagen, sondern die lediglich Konferenzstatus hatten oder denen, wie im Fall des Ostseerats, intergouvernementale Abkommen als Grundlage dienten. Der mögliche Nachteil einer mangelnden Verbindlichkeit wurde durch die größere Mehrheitsfähigkeit solcher Organisationen und ihrer Beschlüsse ausgeglichen. Ein weiterer Vorteil war eine größere Flexibilität der Organisation selbst, die so rascher Untergruppen einrichten, verändern oder auflösen konnte. Insofern folgte die Ostseekooperation institutionell dem Modell *form follows function*, das sich schon in der Zusammenarbeit der skandinavischen Staaten bewährt hatte.

Der Nachteil dieses organischen Verfahrens, ohne übergeordnete Vorgaben zu jedem angenommenen Bedarf eine Institution einzurichten, ohne dass eine korrigierende Instanz eingreifen konnte, zeigte das „Ins-Kraut-Schießen“ der Ostseekooperation ab der Mitte der 1990er Jahre. Beim Beispiel der wirtschaftlichen Kooperation wird das unter anderem deutlich. Obwohl es in der BCCA als Vereinigung der Handelskammern schon ab 1992 eine Vertretung der Wirtschaft auf politischer Ebene gab, wurden 1997 der BAC und 1998 das BDF als weitere Vertretungen der Wirtschaft eingerichtet. Wenn auch Struktur und

Schwerpunkt leicht unterschiedlich waren (die BCCA kümmerte sich neben der Interessenvertretung der Wirtschaft auch konkret um die Belange der Handelskammern der Ostsee, der BAC war ein innerhalb des CBSS autonom existierendes Gremium und die BDF kümmerte sich primär um die Vernetzung der Wirtschaft), so hatten sie doch im Wesentlichen die gleichen Themen, Prioritäten und Argumente und gingen sehr ähnlich vor. Auf diese Weise wurde viel Doppelarbeit geleistet, was auch durch entsprechende Versuche der BCCA, unter anderem durch Personalunion in den Gremien (der Präsident der BCCA war gleichzeitig Vorsitzender des BAC und Mitglied im *Advisory Board* des BDF), nicht verhindert werden konnte²¹⁰⁷.

Dass solche Form der Doppelarbeit auch instrumentalisiert wurde, um dem eigenen Einfluss Geltung zu verschaffen, zeigte das Beispiel des Verhältnisses der vor allem von Schweden finanzierten und politisch massiv unterstützten Baltic 21 zur HELCOM, in der durchaus wertvolle Ansätze wie Nachhaltigkeit und der Einbezug der Zivilgesellschaft nur ungenügend zur Geltung kamen, da sie nicht in bestehende HELCOM-Strukturen integriert wurden. Stattdessen baute Schweden mit der Baltic 21 eine mit der HELCOM konkurrierende Organisation auf, die zwar den erwähnten Mehrwert besaß, im Wesentlichen aber Inhalte und Strukturen der HELCOM aufgriff, so dass es zunächst zu einer gegenseitigen Blockade statt zum fruchtbaren Aufgreifen der neuen Ansätze kam.

Die Vorgehensweise des *form-follows-function* war jedoch trotz ihrer Nachteile zumindest für die Situation nach dem Kalten Krieg die Methode der Wahl, da es galt, ein politisches Vakuum ohne feste Ansprechpartner und zuverlässigen Kurs in den Transformationsstaaten zügig und unbürokratisch zu füllen und da der Bedarf zu Kooperation und Unterstützung zunächst überwältigend war. Dadurch war es positiv, auf so vielen Ebenen wie möglich Kontaktgremien einzurichten, ohne dass auf dieser Stufe mögliche spätere Kollisionen zu vermeiden gewesen wären. Im späteren Verlauf der Kooperation wurde versucht, die Gestalt der Strukturen zu ordnen und zu straffen, unter anderem durch die Erhebung des Ostseerats zum koordinierenden Gremium aller Kooperationsinstitutionen des Ostseeraums durch den dritten CBSS- Staatsgipfel 2000 in Kolding oder die Anstrengungen der Arbeitsgruppe von HELCOM und Baltic 21, die Aufgabengebiete der Organisationen klar zu trennen. Die bevorstehende EU-Osterweiterung veranlasste zudem die Ostseegremien ab etwa dem Jahr 2000, die eigene Rolle für die Zeit nach 2004 zu überdenken.

Auf Grund der Vielzahl der sich überlagernden Prozesse, die die Transformation der östlichen Ostseestaaten unterstützten (neben der Ostseekooperation die Anstrengungen der Staaten selbst, die Förderung durch die EG und EU sowie die Beitrittsvorbereitungen, die die

²¹⁰⁷ Zeitzeugeninterview mit Wolf-Rüdiger Janzen, S. 3.

Entwicklungen in Polen und im Baltikum stark beschleunigten), war es in der vorliegenden, thematisch umfassenden Arbeit nicht möglich, auf der nationalen Ergebnisseite den Anteil der Ostseekooperation eindeutig zu quantifizieren. Vielmehr konnten die Aktivitäten der Kooperationsgremien der Ostsee und als Indikator für deren Bedeutung das Interesse und Engagement der Ostseestaaten untersucht werden.

Demokratieentwicklung und Minderheitenfragen waren in der Ostseekooperation Themen der BSPC, des Ostseerats und der BSSSC. Während sich die BSPC auf Grund ihrer parlamentarischen Struktur auf die Postulierung grundlegender Positionen beschränkte und die BSSSC neben einzelnen Workshops zu verwandten Themen nicht kontinuierlich an dem Problem arbeitete, vertiefte der Ostseerat das Thema nicht nur in der entsprechenden Arbeitsgruppe, sondern auch im Amt des CBSS-Kommissars für Minderheitenfragen. Beide begannen ihre Arbeit sehr früh, die WGDI im Mai 1992, der Kommissar im Oktober 1994. Neben der Unterstützung des Amtes und der Arbeit des CBSS-Kommissars war die Hauptaufgabe der WGDI die Identifizierung von Hindernissen der demokratischen Entwicklung und die Arbeit an ihrer Aufhebung. Dies geschah im Wesentlichen über Informations- und Erfahrungsaustausch, der den Transformationsstaaten Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigte und Chancen zur Integration durch Vernetzung bot. Dies geschah in Seminaren unter anderem zur Gesetzgebung, zu *Ombudsmen*, lokaler Demokratie, NGOs, Integrationspolitik, Medienfreiheit und anderen Themen, wobei eine am Bedarf orientierte Differenzierung der Themen von drängenden Fragen wie Gesetzgebung, Institutionenaufbau und Integrationspolitik hin zu wichtigen, aber zunächst weniger akuten Fragen wie Medienfreiheit oder Kindern in Not festzustellen war.

Einerseits konnten die Transformationsstaaten hier von ihren Problemen berichten und den anderen Staaten ermöglichen, ihre Hilfe den Problemen anzupassen, andererseits bot der Informations- und Erfahrungsaustausch ersteren die Möglichkeit, Rat einzuholen und eigene Positionen zu bilden und zu überprüfen. Alle Beteiligten profitierten davon, dass auf diesem Wege *best practices* definiert wurden. Auf diese Weise wurde viel ideelle Unterstützung geleistet und der Stabilisierungsprozess und die Annäherung an die EU unterstützt. Einige Themen wie zum Beispiel die Integrationspolitik wurden mit den Erfolgen der Staaten abgeschlossen, während andere, wie zum Beispiel der Status und die Rolle von NGOs, immer wieder behandelt wurden, nachdem ein erstes WGDI-Seminar hierzu im September 1994 von den östlichen Ostseestaaten nahezu boykottiert worden war und sich diese negative Einstellung gegenüber NGOs auch in den Folgejahren nicht wesentlich veränderte. Je mehr sich der CBSS-Kommissar um die Mitte der 1990er Jahre etablierte, umso mehr konzentrierte sich die WGDI auf die Unterstützung seiner Arbeit und übernahm Vorbereitung,

Durchführung und follow-up von Seminaren zu seinen Themen und die Verbreitung seiner Berichte und Empfehlungen.

Das Amt des CBSS-Kommissars war auf Initiative Russlands geschaffen worden, das Verletzungen der Menschenrechte der russischsprachigen Minderheiten in Estland und Lettland befürchtete. Auch er hatte die Identifizierung von Hindernissen der demokratischen Entwicklung und der Wahrung der Menschenrechte zur Aufgabe und entwickelte Politikempfehlungen zur Behebung der Missstände. Daneben hatte er, in Abgrenzung zum Minderheitenkommissar der KSZE/OSZE auch eine Ombudsfunktion, konnte also direkt von Betroffenen ersucht werden, ihrem Fall nachzugehen und gegen ungerechte Behandlung zu intervenieren. Ole Espersen, der erste CBSS-Kommissar, arbeitete vor allem mit Berichten, in denen die Lage in den Staaten analysiert und notwendige Verbesserungsvorschläge gemacht wurden, deren Umsetzung er auch überwachte. Studien zu Themen wie *Ombudsmen*, Wahlrecht von Nichtbürgern, Haftbedingungen und der Situation von Wehrdienstleistenden und Soldaten wurden durchgeführt und teilweise auch später aktualisiert. Weiterhin beobachtete der Kommissar auch die Unterzeichnung und Ratifizierung internationaler Menschenrechtsabkommen, so dass auf diese Weise eine herausragende ostsee-eigene Instanz auf dem Gebiet der Demokratieentwicklung und der Wahrung der Menschenrechte entstanden war. Problematisch war jedoch die Abgrenzung des Mandats zu dem des Hohen Kommissars für Minderheiten der KSZE/OSZE, die naturgemäß im Bereich des Minderheitenschutzes besonders von Überschneidungen betroffen war. Hier deckten sich die Aktivitäten und die Empfehlungen für die Behandlung der russischsprachigen Minderheiten in Estland und Lettland sogar weitgehend²¹⁰⁸. Insofern war auch das Amt des CBSS-Kommissars teilweise nicht von Doppelarbeit frei, wenn auch die Ombudsfunktion, einige Themen wie Haftbedingungen und die Situation von Wehrdienstleistenden und Soldaten und die Ausschließlichkeit, mit der der CBSS-Kommissar für den Ostseeraum zuständig war, einen Unterschied machten. Dennoch war der CBSS-Kommissar auch mit seinen Verdiensten kein Einzelphänomen, sondern arbeitete parallel zu den Bemühungen der KSZE/OSZE, der EU und anderen. Helle Degn, die zweite CBSS-Kommissarin, versuchte das Ostseeprofil ihres Amtes mit Elementen wie der Wanderausstellung „*Know your neighbours*“ zum Abbau von Stereotypen zu schärfen. Das Auslaufen des Mandats Ende des Jahres 2003 war der EU-Osterweiterung und der damit verbundenen geographischen Ausweitung der zuständigen EU-Institutionen auf diesem Gebiet geschuldet. Die Arbeit des CBSS-Kommissars hatte bis dahin

²¹⁰⁸ Siehe Dokumente des Hohen Kommissars für ethnische Minderheiten der OSZE, besonders den Briefwechsel des Kommissars Max van der Stoep mit den baltischen Staaten zum Thema der Integration der russischen Minderheit.
<http://www.osce.org/hcnm/documents.html?lsi=true&limit=10>.

unter anderem entscheidend zur Verbesserung der Situation der russischsprachigen Minderheit in Estland und Lettland beigetragen, nicht zuletzt durch seine Kompetenz, individuellen Klagen nachzugehen und die Bemühungen von Helle Degn, durch Information und Aufklärung gegenseitige Annäherung zu induzieren. Entscheidend war auch ihre Unterstützung der CBSS-NGO-Foren, die half, diese Form der Beteiligung der Bürgergesellschaft an der politischen Entscheidungsfindung zu etablieren.

Dies verlief allerdings zunächst nicht ohne Probleme, nachdem die deutsche Ostseeratspräsidentschaft auf dem von ihr organisierten ersten CBSS-NGO-Forum im Mai 2001 nicht nur unzureichend Kenntnis von dem im März 2001 von dänischen NGOs organisierten Treffen in Kopenhagen nahm, sondern sogar im Vorfeld versucht hatte, das Kopenhagener Treffen zu verhindern. Von Seiten der NGOs wurde heftige Kritik an einer zu stark von Regierungsseite gelenkten Diskussion und Abschlusserklärung des Lübecker Treffens laut. Trotz langer Unklarheit über mögliches Desinteresse Russlands fand letztlich das Folgetreffen in St.Petersburg doch statt, einen wirklichen Durchbruch in der Bedeutung der CBSS-NGO-Foren gab es jedoch erst mit dem dritten Treffen 2003 in Finnland, das von der Regierungsseite intensiv unterstützt wurde. Wenn der Erfolg der verschiedenen NGO-Treffen auch weiterhin vom Engagement Einzelner abhing, so waren sie insgesamt ab dem Ende des Untersuchungszeitraums etabliert und konnten so ihre Positionen in die politische Debatte einbringen.

Wirtschaftliche und infrastrukturelle Kooperation waren weitere zentrale Bereiche der Zusammenarbeit im Ostseeraum. Hier arbeiteten einerseits reine Wirtschaftsgremien, wie die BCCA, der BAC, BDF und andere, aber auch thematisch breit angelegte Organisationen wie der Ostseerat und UBC mit ihren entsprechenden Arbeitsgruppen. Treffen der Wirtschafts- und Verkehrsminister gaben hierbei die Richtung vor, unter anderem in den Aktionsplänen von Bergen und Moskau. In diesem Bereich ging es einerseits um die Formulierung von Politikempfehlungen zur Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, andererseits auch darum, die Wirtschaft des Ostseeraums zu integrieren, indem Gelegenheiten für Firmen geschaffen wurden, Kontakte zu knüpfen.

Bei ersterem war die Vereinfachung und Beschleunigung der Grenzformalitäten eine prominente Forderung, die über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg von den meisten Organisationen immer wieder betont wurde. Ab 1998 griffen die Gremien eine Forderung der BCCA auf, wonach bis zum Jahr 2000 die Dauer der Grenzabfertigung von Waren höchstens zwei Stunden betragen sollte. Dieses bewusst übersteigert formulierte Ziel wurde selbst bis zum Ende des Untersuchungszeitraums nicht im gesamten Ostseeraum umgesetzt, wie die häufigen Wiederholungen der Forderung zeigten. Weitere, stets

wiederkehrende Themen waren die Schaffung von verlässlicher, nicht diskriminativer Rechtssicherheit für die Wirtschaft in den Transformationsstaaten und besonders Russland und die Bekämpfung der Korruption. Ein weiteres wichtiges Element der Arbeit war die Unterstützung der Verkehrsadern, vor allem der *Viae Baltica* und *Hanseatica*. Der Schwerpunkt lag hier auf dem Straßennetz, der Ausbau der Schienen- und Seeverbindungen blieb etwas im Hintergrund. Im Rahmen der prioritär behandelten Unterstützung von SMEs belief sich die Unterstützung neben den generellen Vorschlägen zur Verbesserung des Geschäftsklimas vor allem auf die Vermittlung von Finanzierungen durch die IFIs und mit balticmarket.org auf das Aufgreifen einer BCCA-Initiative von der Mitte der 1990er Jahre, eine Internetseite zur Information für kleine und mittelständische Unternehmen zu schaffen. Die Seite wurde im März 2001 eröffnet und von der Wirtschaft interessiert angenommen. Die weitere Finanzierung war jedoch schon 2003 unsicher. Auch unterhalb der nationalen Ebene wurden in Workshops der BSSSC und den Kommissionen zu Wirtschaft und Verkehr der UBC Politikempfehlungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entwickelt.

Die Vernetzung der Wirtschaft über Kontakttreffen übernahmen unter anderem die BCCA mit ihren *Hansa Business Days* und die Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit der UBC mit dem regelmäßig veranstalteten Kontaktforum auf den Kommissionskonferenzen, wo die Wirtschaft nicht nur in steigender Zahl erschien, um Kontakte zu knüpfen, sondern auch lokalpolitische Entscheidungsträger treffen konnte.

Ein zentrales Element der Wirtschaftskooperation auf allen Ebenen war wiederum der Informations- und Erfahrungsaustausch, mit der Möglichkeit des gegenseitigen Lernens und der unbürokratischen Hilfe. Der Erfolg der Umsetzung hing letztlich wiederum vor allem vom nationalen Engagement ab, die Empfehlungen in nationales Recht umzusetzen, wie zum Beispiel der hartnäckige Themenkreis der Beschleunigung der Grenzprozeduren zeigte und was letztlich dazu führte, dass auch am Ende des Untersuchungszeitraums längst nicht alle Themengebiete zur allseitigen Zufriedenheit gelöst worden waren. Entscheidend war auch das Engagement Einzelner, wie das Negativbeispiel der lange stagnierenden UBC-Kommission für Verkehr zeigte, die nach dem Wechsel der Führungsstadt und damit der verantwortlichen Person 2001 nach Göteborg einen erfolgreichen Neustart vorlegen konnte.

Im Bereich des zentralen Kooperationsthemas Wirtschaft waren also die meisten Ostseekooperationsgremien engagiert, was teilweise zu Doppelarbeit führte, jedoch der Vielschichtigkeit des Themas angemessen war. Während die EU-Beitrittskandidaten hier im Rahmen der Beitrittsverhandlungen gute Fortschritte machten, galt letzteres nicht im vollen Maße für Russland, was ohne Beitrittsinteresse war und daher auch nicht verstärkt an der

Angeleichung an westeuropäische Bedingungen arbeitete. Dies zeigte die Grenzen des unverbindlichen Charakters der Ostseekooperation: ihr Erfolg stand und fiel mit dem nationalen Interesse und Engagement. Wenn dieses nicht vorhanden war, hatte die Ostseekooperation, anders als die EU, nicht die Möglichkeiten, ihm mit der Aussicht auf finanzielle Unterstützung oder Vorteilen einer Mitgliedschaft auf die Sprünge zu helfen. Dennoch waren die Bemühungen der Ostseegremien für die Unterstützung der Transformation wichtig, wie das rege Interesse der Wirtschaft und der meisten Ostseestaaten zeigte.

Im Bereich der Bildung und Kultur waren auch viele Ostseegremien tätig und die Aktivitäten wurden früh mit der *EuroFaculty* des Ostseerats begonnen. Damit wurden die Universitäten der baltischen Staaten unterstützt, indem mit der Finanzierung durch westliche Staaten Dozenten aus Universitäten der westlichen Ostseestaaten an baltischen Universitäten tätig waren und hier halfen, die Lehre in den Bereichen Wirtschaft, Recht und Politikwissenschaft zu reformieren und die Ausbildung einer neuen Generation von Akademikern zu unterstützen, so dass die Hochschulen in die Lage versetzt werden würden, allein auf westlichem Niveau zu bestehen. Diese erfolgreiche Kooperation wurde im Laufe des Untersuchungszeitraums auch nach Kaliningrad ausgeweitet, allerdings mit geringerem Umfang und Erfolg. Kompliziert stellte sich der rechtliche Status der EF als einer Gründung des intergouvernementalen Ostseerats dar, was Planungen und Budgetverhandlungen erschwerte. Problematisch war auch die Zusammensetzung des Haushalts der EF, der hauptsächlich aus nationalen Zuwendungen bestand, die jährlich zugewiesen wurden und an deren Verwendung unterschiedliche Bedingungen geknüpft wurden, was kontinuierliche Entwicklung stark erschwerte und die EF einige Male insolvent werden ließ. Dennoch war sie ein akademischer Erfolg, so dass sie nicht nur in Kaliningrad fortgesetzt, sondern auch in der russischen Oblast Pskow eingesetzt und ab 2005 mit den *EuroBaltic Centres of Excellency* in den baltischen Staaten von einem Nachfolgeprojekt für die Weiterentwicklung der Forschung weitergeführt wurde.

Auch kulturelle Kooperation begann früh mit den Treffen der CBSS-Kultusminister ab dem Jahr 1992, die Richtlinien der kulturellen Kooperation entwickelten. Eine Zäsur stellte für diesen Kooperationsbereich die Forderung des zweiten Ostseestaatsgipfels vom Januar 1998 nach einer Verstärkung der Kooperation im Bereich der Bildung und Kultur dar. Im Bereich der Kultur erfolgte danach die Gründung der *Working Group on Heritage Cooperation*, die später zur *Monitoring Group on Heritage Cooperation* umbenannt wurde und die Kooperation der Kultusminister mit konkreten Aktionen in unterschiedlichen Gebieten des kulturellen Erbes unterstützte. Ein Beispiel für die Kooperation war das „*Baltic Interface Net*“, eine Kommunikationsplattform für Künstler und Kulturschaffende des Ostseeraums, die

entscheidend zur Vernetzung beitrug. Auch im Bereich der Bildung hatte die Forderung des zweiten Gipfels Auswirkungen, indem sich die Bildungsminister des Ostseeraums im März 2000 in Stockholm trafen und die Ausarbeitung der Baltic 21E, eines an Nachhaltigkeit orientierten Bildungsprogramms beschlossen. Auf ihrem zweiten Treffen im Januar 2002 verabschiedeten die Minister mit der Baltic 21E ein detailliertes und ganzheitliches Programm für nachhaltige Bildung. Sie wurde jedoch nicht in die Erklärungen der folgenden Staatsgipfel oder die Prioritäten der CBSS-Präsidentschaften aufgenommen, was ein zunächst geringes Interesse an der Umsetzung zeigte und bis zum Ende des Untersuchungszeitraums auch im entsprechenden, neu eingerichteten Bildungssektor der Baltic 21 keine entscheidenden Weiterentwicklungen bewirkte.

Auf lokaler Ebene organisierte die UBC mit ihren drei Kommissionen zu Kultur, Tourismus und Bildung viel Zusammenarbeit in dem Bereich Kultur und Bildung. Die Kommission zu Kultur veranstaltete unter der Leitung Szczecins erfolgreich wiederholt *UBC-Art & Culture Festivals*, Wanderausstellungen, Chorfestivals und gab einen Newsletter heraus, was der Vernetzung der Künstler und Kulturschaffenden und dem kulturellen Austausch diente und so zur kulturellen Integration beitrug. Zu letzterem trug auch die UBC-Kommission zum Tourismus über die Präsentation und Vermarktung der kulturellen Eigenschaften der Städte des Ostseeraums und die damit verbundene Verbreitung von Eindrücken und Kenntnissen unter den Touristen bei. Die UBC-Kommission zur Bildung veranstaltete einzelne Kooperationsprojekte zwischen einigen interessierten Städten, die sich vor allem auf Schüleraustausch konzentrierten. Der Bildungsbereich war also ein weiteres Beispiel für die Vielschichtigkeit und Vielseitigkeit von Kooperationsmöglichkeiten. Neben dem Erfolgsprojekt *EuroFaculty* kamen jedoch im Bildungsbereich nationale Maßnahmen spät und wenig entschlossen, während im kulturellen Bereich kontinuierliche Kooperation vorherrschte. Dass dieser Bereich besonders für Graswurzelprojekte geeignet war, zeigt die rege Tätigkeit der UBC vor allem in ihren Kommissionen zu Kultur und zu Bildung.

Der Bereich der Umwelt war ab 1974 der traditionelle Kooperationssektor des Ostseeraums, der seine Legitimation in einem bis zum Ende des Untersuchungszeitraums trotz aller Fortschritte ernstem Umweltzustand der Ostsee hatte. Bis zum Ende des Kalten Krieges hatte die HELCOM, die als einziges Kooperationsgremium der Ostsee auf einer internationalen Konvention basierte, schon wichtige Bereiche wie die Überwachung des Umweltzustands der Ostsee, Verschmutzung der Ostsee durch die Schifffahrt und Bekämpfung akuter Verschmutzungen auf See begonnen zu regeln. Auch wenn die Ausnahme der inneren Gewässer den Geltungsbereich der ursprünglichen Helsinki-Konvention einschränkte, konnten so nicht nur über die Grenzen des Kalten Krieges Vertrauen aufgebaut, sondern auch

erste Erkenntnisse über den Zustand der Ostsee sowie erste Erfahrungen mit Regelungen zum Schutz der Umwelt gemacht werden. Auch hier war wiederum das nationale Engagement hinsichtlich der Meldepflichten und der Umsetzung der HELCOM-Empfehlungen entscheidend, was in einigen Bereichen die Arbeit verzögerte. Allerdings entstand so auch ein gewisser Rechtfertigungsdruck säumiger Staaten, ihre Verzögerungen gegenüber den anderen Mitgliedern zu vertreten.

Die Wirksamkeit der HELCOM vor dem Ende des Kalten Kriegs wurde durch die relative Nahtlosigkeit bewiesen, mit der die Arbeit nach 1989 fortgesetzt wurde, indem auch die zunächst nicht gegebene Mitgliedschaft der jungen baltischen Staaten unbürokratisch überbrückt wurde. Dennoch gab die neue politische Situation nach 1990/91 Spielraum für entscheidende Neuerungen. Zum einen wurden in einer Revision der Konvention ihr Geltungsbereich erweitert und insgesamt ihre Bestimmungen modernisiert, zum anderen wurde mit dem JCP ein Programm zur konkreten Arbeit an landseitigen Verschmutzungsherden begonnen, innerhalb dessen der Kontakt zu den IFIs und damit zu günstigen Darlehen hergestellt wurde. Mit beiden Neuerungen wurde die Arbeit erfolgreich fortgesetzt und ausgeweitet. Die Entsorgung von Schiffsabfällen erwies sich hierbei als sehr hartnäckiges Problem, da viele Kapitäne illegale Verklappung der Abfälle auf hoher See der regelgemäßen kostenpflichtigen Entsorgung vorzogen. Um dem Abhilfe zu schaffen, wurde im Rahmen der 1995 verabschiedeten *Baltic Strategy* neben anderen Maßnahmen das *no-special-fee*-System eingeführt, das die Entsorgungskosten auf die regulären Hafengebühren umlegte und somit den wirtschaftlichen Vorteil illegaler Entsorgung zunichte machte. Der Ausbau geeigneter Auffanganlagen in den Häfen war ein weiterer Gegenstand der Zusammenarbeit. Diese Maßnahmen zur Überwachung der Ostsee und der Prävention von land- und seeseitigen Verschmutzungen wurden komplettiert durch gemeinsame Übungen zur Bekämpfung von Verschmutzungen auf See. Der Erfolg dessen zeigte sich in einer abnehmenden Verschmutzung der Ostsee im Bereich der Schwermetalle, ein Durchbruch bei den illegalen Ölentsorgungen auf See wurde jedoch trotz der *Baltic Strategy* im Untersuchungszeitraum nicht erreicht, die Eutrophierung drohte sogar nach der EU-Erweiterung und der Ausdehnung der gemeinsamen Agrarpolitik der EU auf die östliche Ostsee noch zu steigen, wenn auch der Anteil der ungeklärten Abwässer hierbei zurückgegangen war. Trotz erheblicher Fortschritte des Umweltschutzes war dennoch auf Grund der steigenden Auswirkungen der menschlichen Lebensprozesse auf die Umwelt auch 2004 nach insgesamt 30 Jahren HELCOM-Tätigkeit keine Entwarnung gegeben.

Diese Auswirkungen des menschlichen Lebens zu lindern, war das erklärte Prinzip der Nachhaltigkeit, deren beabsichtigte Umsetzung im Oktober 1996 mit dem ersten Treffen der

CBSS-Umweltminister begann. Die Minister beschlossen die Ausarbeitung einer Agenda 21 für den Ostseeraum als Weg und Zielvision des Ostseeraums in Richtung der Nachhaltigkeit, ein Ansatz, der neben ökologischen Positionen auch ökonomische und soziale Faktoren berücksichtigte und so die tieferen Verschmutzungsursachen angehen wollte. Dieses war die Neuerung gegenüber der traditionellen HELCOM, was gleichzeitig auch den Einbezug nicht nur ausschließlich von nationalen Regierungsstellen, wie es zwar nicht in der HELCOM-PITF, aber in der traditionellen HELCOM war, sondern auch von regionalen Stellen, Umweltschutzverbänden und der Wirtschaft selbst bedeutete. Die Baltic 21 wurde durch die Außenministertagung des Ostseerats im Juni 1998 angenommen. Die Angebundenheit an den CBSS war ein Zeichen dafür, dass dieser mit der Baltic 21 sein umweltpolitisches Profil schärfen wollte. Die Arbeit wurde in sieben Sektoren organisiert, von denen einige wie vor allem der der Landwirtschaft unter dem Dualismus mit der HELCOM, die schon länger in diesem Bereich tätig war, litten. Einerseits, da dies die Herausbildung eines eigenen Profils deutlich erschwerte, andererseits, da die Staaten, nachdem Schweden als zentrale Triebkraft der Baltic 21 nicht mehr für die gesamte Organisation aufkommen wollte, sich gegen doppelte Ausgaben und doppeltes Engagement im Umweltbereich für HELCOM und die Baltic 21 stellten. Zur Lösung dieser Krise wurde 2001 eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit der Aufteilung der Kompetenzen beauftragt, die die Überlagerung jedoch nicht vollständig aus der Welt schaffen konnte. Diese Probleme waren mitverantwortlich für ein moderates bis gebremstes Interesse der Mitgliedsstaaten in einigen Sektoren. Während in der Forstwirtschaft gute Fortschritte gemeldet wurden, konnte das im geringeren Maße für Fischerei und Industrie gelten, während die Sektoren Tourismus und vor allem Landwirtschaft nur sehr geringe Fortschritte erzielten. Der Dualismus beider Organisationen hatte neben den unterschiedlichen Programmatiken vor allem auch Schwedens Konkurrenz zur Finnland-zentrierten HELCOM zur Ursache. Er war für die Umweltkooperation des Ostseeraums schädlich und wäre möglicherweise mit einer Eingliederung des Nachhaltigkeitsprinzips in die HELCOM und einer strukturellen Anpassung zu vermeiden gewesen.

In der BSSSC fand Umweltarbeit über Vernetzung der Akteure und Erfahrungs- und Informationsaustausch statt. Dies galt auch für die UBC, die allerdings auch konkrete lokale Projekte wie Umweltaudits unterstützte und verbreitete, um den Städten so Gelegenheit zu geben, ihre Umweltbilanz zu prüfen und Verbesserungsmöglichkeiten kennen zu lernen. Die BSPC begleitete die Kooperation zum Umweltschutz, indem sie der existierenden Kooperation parlamentarische Unterstützung gab. Nach der Havarie der „*Baltic Carrier*“ im März 2001 mit der anschließenden Ölpest in Dänemark erarbeitete sie sich eine Spezialisierung auf dem Gebiet der Schiffssicherheit, veröffentlichte auf ihren Konferenzen

gesondert hoch spezialisierte Empfehlungen zu diesem Themengebiet und bezog wiederholt zum Stand ihrer Umsetzung Stellung. Wenn die Wiederholung der Forderungen auch zum Ende des Untersuchungszeitraums zeigt, dass die Umsetzung noch nicht abgeschlossen war, war durch dieses Vorgehen der BSPC doch ein weiteres Element zur Stärkung des politischen Drucks zur Erhöhung der Schiffssicherheit und damit des Umweltschutzes entstanden.

Den dem Umweltschutz verwandten Bereich der Strahlensicherheit behandelte von den Ostseegremien nur die WGNRS des Ostseerats. Sie existierte ab 1992 und überwachte den Beitrittsstatus der Ostseestaaten zu relevanten internationalen Abkommen, den relevanten nationalen Institutionenaufbau und die Situation nuklearer Einrichtungen in der Region. Hierzu gehörte auch die Entwicklung von Politikempfehlungen zur Erhöhung der nationalen Sicherheit. So konnte in diesem sensiblen Bereich größere Transparenz geschaffen und größere Fortschritte erzielt werden, indem neben den fachlichen Rat auch eine Öffentlichkeit trat, die politischen Modernisierungsdruck herstellte.

So konnte zum Beispiel der Abbau des ehemaligen sowjetischen Trainingsreaktors im estnischen Paldiski initiiert und begleitet, eine Lösung für die nuklear betriebenen Leuchttürme zumindest vor den Küsten der baltischen Staaten vermittelt und der Schwarzmarkt für nukleares Material überwacht werden. Entscheidend war auch der Aufbau eines Systems zum raschen Austausch von Daten nuklearer Einrichtungen, das ab 2000 betriebsbereit war. Weitere Verdienste der Gruppe waren die Vernetzung der Akteure, die Unterstützung des Institutionenaufbaus und der Informations- und Erfahrungsaustausch, der den Bereich der nuklearen Sicherheit integrierte, Risiken beseitigte und den Boden für das stärkere Engagement der EU in diesem Bereich ab der NDI und der NDEP ebnete. Auffallend war jedoch das geringe Engagement Russlands, das über Jahre nicht zu den WGNRS-Treffen erschien und auch entsprechend wenig mitarbeitete.

Eine weitere Notwendigkeit im Bereich der zivilen Sicherheit war die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, zu der der erste CBSS-Staatsgipfel im Mai 1996 in Visby auf Initiative von Helmut Kohl die TF-OC als Einsatzgruppe persönlicher Referenten der Staatschefs gründete. Ihre Verdienste waren die Errichtung eines nationalen Systems aus ständig besetzten Kontaktpunkten, die Entwicklung eines eigenen verschlüsselten Kommunikationssystems (BALTCOM) und die Ausrichtung, Koordinierung der Durchführung und Evaluation von gemeinsamen Kontrollübungen sowohl im Bereich illegaler Migration, als auch des Drogenschmuggels und –handels, des Schmuggels gestohlener Fahrzeuge, in den Bereichen der Geldwäsche und des Schmuggels hoch besteuerteter Güter. Die dabei gesammelten Informationen wurden evaluiert und allgemein zugänglich gemacht. Im späteren Verlauf richtete sich die Arbeit der TF-OC auch gegen

Korruption, wozu sie eine Clearing-Stelle einsetzte, die die Situation überwachte und Berichte und Empfehlungen entwickelte. Wenn auch im Bereich der TF-OC häufiger der Aufruf an einzelne Staaten erging, ihre Anstrengungen bei der Umsetzung der Empfehlungen gegen organisierte Kriminalität zu intensivieren, war jedoch von Beginn an die Arbeit der Task Force erfolgreich und unterstützte intensiv die Modernisierung der Transformationsstaaten und die Vernetzung der relevanten nationalen Gremien aller CBSS-Staaten, so dass eine echte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung organisierter Kriminalität im Ostseeraum entstand. Flankiert wurde diese umfangreiche und erfolgreiche Arbeit durch die ab 1997 stattfindende Konferenz der Generalstaatsanwälte und ab 2002 die der Innenminister des Ostseeraums.

Gegen die Bedrohung der zivilen Sicherheit durch ansteckende Krankheiten, die in den 1990er Jahren in den Transformationsstaaten des Ostseeraums bedrohlich zugenommen hatten, wurde vom dritten CBSS-Staatsgipfel von Kolding im April 2000 nach dem Vorbild der erfolgreichen TF-OC die TF-CDC gegründet. Sie ging auch, allerdings im Gesundheitsbereich, ähnlich vor, indem Arbeitsgruppen Einzelphänomene wie Tuberkulose oder HIV, Antibiotikaresistenzen oder Gesundheitsfürsorge im Strafvollzug bearbeiteten und andere Gruppen Kommunikationsstellen, ein Frühwarnsystem und Datenbanken einrichteten. Außerdem wurde Unterstützung für die Angleichung der Laborstandards geleistet. Der Anteil der TF-CDC an der generellen Entwicklung ist schwer zu isolieren, aber jedenfalls war sie durch die geleistete technische Unterstützung, die Vernetzung der Akteure, die Sammlung und zentrale Erfassung von Daten wesentlich daran beteiligt, dass 2004 die Neuinfektionsraten von HIV abnahmen und die Tuberkulosefälle, wenn auch auf inakzeptabel hohem Niveau, stagnierten. Problematisch war die Finanzierung der TF-CDC, da vereinbarungsgemäß die Transformationsstaaten nichts zahlten, aber auch die Zuwendungen der westlichen Staaten keinesfalls ausgewogen waren, so dass der Großteil der Ausgaben bei den skandinavischen Staaten lag. Die damit verbundenen Probleme waren wiederum der Nachteil der lockeren intergouvernementalen Organisationform, die keine festen Beiträge vorsah. Allerdings wären diese möglicherweise nicht mehrheitsfähig gewesen, was wiederum ein Zustandekommen der gesamten Initiative verhindert hätte.

Das Gebiet der Energiepolitik wurde mit der ersten Konferenz der zuständigen Minister im Juni 1997 in Bergen ein eigenständiger Bereich. Diese Konferenzen wurden fortgesetzt und gaben politische Richtlinien für die Integration der Energiemärkte im Ostseeraum und eine generelle Entwicklung der Energieerzeugung und des Energiekonsums in Richtung Nachhaltigkeit, unter anderem durch ein Abkommen für die regionale Umsetzung des Kyoto-Protokolls zur Reduktion des Ausstoßes klimaschädlicher Gase. Das große Interesse der EU an der Entwicklung der Energiemärkte und -infrastrukturen im Ostseeraum zeigte sich unter

anderem in der einzigen von ihr lancierten Gründung eines Ostseekooperationsgremiums 1998, der bis 2000 bestehenden BETF, die die Umsetzung der Beschlüsse in vier Themenbereichen, Elektrizitäts- und Erdgasmärkten, Energieeffizienz und Klimapolitik, unterstützte. Die im Oktober 1999 durch die CBSS-Staaten gegründete BASREC übernahm im Wesentlichen die Struktur der 2000 eingestellten BETF, am Sekretariat des Ostseerats wurde eine *Energy Unit* eingerichtet. Die Arbeitsgruppen führten Seminare und Arbeitstreffen zu ihren Thematiken durch, wo Positionen ausgehandelt und Forderungen formuliert wurden und Vertreter der Energiewirtschaft von der Basis berichten konnten. Weiterhin wurden Umsetzungspläne für einzelne Themen wie zum Beispiel Bestimmungen des Kyoto-Protokolls erarbeitet. Hierfür wurden auch Planspiele zur Prüfung der Machbarkeit durchgeführt und Handbücher herausgegeben. Sehr wichtig war auch die Anfertigung von Studien zur Situation bestimmter energiebezogener Thematiken im Ostseeraum, wie zum Beispiel zur Situation der Energieeffizienz, da so die Bedingungen und der entsprechende Handlungsbedarf überhaupt erst bekannt wurden. Auf diese Weise konnten auch die Bemühungen zur Realisierung des *Baltic Ring*, der Verbindung der unterschiedlichen Elektrizitätsnetze des Ostseeraums, unterstützt werden. Ein wichtiger Faktor für die Umsetzung war wiederum der Informations- und Erfahrungsaustausch sowie die internationale Überwachung und Kontrolle der Fortschritte.

Im Bereich der Informationsgesellschaft war der Ostseerat der Vorreiter, nachdem auf dänische Initiative hin der zweite CBSS-Staatsgipfel 1998 das Thema aufgegriffen hatte. In der Folgezeit wurde der NeDAP erarbeitet, der im September 2001 auf dem ersten Ministertreffen für Informationsgesellschaft angenommen wurde. Seine Inhalte waren mit der Informationsinfrastruktur, der Informationssicherheit, wirtschaftlichen, administrativen und ökologischen Anwendungen von Informationstechnologien weit gefächert und ehrgeizig. Die eingerichtete *Senior Officials Group on Information Society* begann ihre Tätigkeit mit unterschiedlichen Workshops und Projekten zur Stimulierung der Nutzung von Informationstechnologien, allerdings konnten innerhalb der kurzen Zeit bis zum Ende des Untersuchungszeitraums keine wesentlichen Fortschritte erzielt, jedoch wesentliche Grundlagen für die Entwicklung dieses Sektors gelegt werden. Auch die BSSSC hatte sich mit dem Thema beschäftigt, trat aber wegen der funktionierenden Kooperation auf nationaler Ebene bald davon zurück. Praktische Hilfe zur Aufbauarbeit leistete die Arbeitsgruppe zur Telekommunikation der UBC Anfang der 1990er Jahre so erfolgreich, dass sie 1995 ein neues Mandat zum Aufbau einer Internetlösung der UBC erhielt, und innerhalb der *Baltic Sea Alliance* zusammen mit BCCA und BSSSC Aufgaben übernahm. Die 2002 gegründete Kommission zur Informationsgesellschaft mit St.Petersburg als Führungsstadt hatte einen

langsamen Start und legte erst im März 2004 einen Aktionsplan vor, konnte also bis zur EU-Osterweiterung keine großen Entwicklungen mehr initiieren.

Ein weiteres im späteren Verlauf der Kooperation aufgegriffenes Thema war das der Jugendpolitik. 1997 forderte die BSSSC die Einrichtung einer ostseeweiten Arbeitsgruppe zu diesem Thema und im Juni 1998 kam es zur ersten Konferenz der zuständigen Minister der Ostseestaaten, womit Themen wie die Verbesserung der Lebenssituation von Jugendlichen und ihre Beteiligung am Aufbau demokratischer Zivilgesellschaften auf die Agenda des Ostseerats kamen. Hierzu sollten unter anderem für entsprechende NGOs günstige Arbeitsbedingungen geschaffen und der Einsatz von Informationstechnologien verstärkt werden. In diesem Bereich blieb es beim CBSS allerdings bei diesen Bekenntnissen. Verstärkt wurde dagegen der Bereich von Kindern in Not behandelt, auf den erstmalig ein Bericht des CBSS-Kommissars von 1997 aufmerksam gemacht hatte. Nachdem die Außenminister des CBSS im Juli 1997 und die Staatschefs im Januar 1998 dem Thema Priorität verliehen hatten, kam es zu einer Konferenz gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern im September 1998 in Tallinn und im März 1999 fand eine Ministerkonferenz zum Thema statt, die beide Prioritäten setzten und Politikempfehlungen machten. Nachdem das Thema durch weitere Konferenzen immer zentraler wurde, wurde im Oktober 2001 die schwedische Arbeitsgruppe zu *Children at Risk* als eigene Arbeitsgruppe des Ostseerats übernommen und eine entsprechende Einheit im CBSS-Sekretariat angesiedelt. Eine Aktionslinie der neuen Einheit war die Verwaltung und der Ausbau der Internet-Informationsbasis *Child Centre*, das zunächst ausschließlich von Schweden, ab der zweiten Jahreshälfte 2002 international finanziert wurde. Die neue Arbeitsgruppe hielt zu unterschiedlichen problematischen Themen Seminare ab, das wichtigste Ziel war wiederum der Informations- und Erfahrungsaustausch und die Erregung von Aufmerksamkeit, um politisch gemeinsam und wirksam handeln zu können.

Die BSSSC konzentrierte sich auf die Vernetzung von Aktivitäten im Bereich der Jugendarbeit und die Vereinfachung der Jugendmobilität und des Jugendaustauschs im Ostseeraum. Hierzu übernahm sie die Unterstützung einschlägiger Jugendorganisationen, unter anderem unterstützte sie wie später auch die BSPC die Forderung nach der Einrichtung einer Ostseejugendstiftung, die allerdings bis 2004 nicht geschaffen wurde. Im Wesentlichen ging es also auch bei der BSSSC um die Vernetzung der Akteure und die Verleihung von politischem Gewicht an ihre Unternehmungen und Forderungen, wodurch Jugendarbeit ein wesentliches Sprachrohr und die Gelegenheit zur Bündelung der Potentiale bekam. Die Kommission für Soziales der UBC unternahm unter anderem auch die Förderung von Jugendprojekten wie Segeltörns und gemeinsamem Musizieren. Zusätzlich arbeitete die UBC-Kommission zu Sport auch im Jugendbereich mit ostseeübergreifenden Projekten. Die

Sozialkommission beschäftigte sich jedoch neben der Jugendarbeit zum Beispiel auch mit der Beschäftigungssituation in den Mitgliedsstädten und der Weiterbildung von in diesem Bereich tätigen Verwaltungsbeamten oder der Lebenssituation älterer Bürger, die über Fragebögen untersucht wurde. Weiterhin gab es Benefizveranstaltungen wie zum Beispiel die Hanse-Sonnenscheintour, einer Radtour um die Ostsee herum zu Gunsten von krebs- oder chronisch kranken Kindern, bei der in den westlichen Staaten Geld für Einrichtungen der östlichen Staaten gesammelt und dieses dann vor Ort übermittelt wurde. Mit der Sozial-Charta vom Oktober 2001 nahm die UBC ein umfassendes Programm an, das für die weitere Arbeit eine Wert- und Zielorientierung lieferte. Insofern wurde die Arbeit im Jugend- und Sozialbereich mit absteigender Kooperationsebene immer konkreter. Das Verdienst der nationalen Ebene war es unbedingt, das Problem der Kinder in Not angegangen und dort Sachkompetenz und Möglichkeiten der Vernetzung und des Informations- und Erfahrungsaustauschs bereitgestellt zu haben. Konkrete Projekte bewegten sich aber eher auf tieferer Ebene und erreichten auf Grund ihres Umfangs immer ausgewählte Gruppen.

Kooperation im Bereich der Raumplanung begann dagegen schon früh, mit der ersten Konferenz der zuständigen Minister im August 1992. Im Anschluss begann die Arbeit an einer umfassenden Raumordnungskonzeption für den Ostseeraum. Die Arbeitsgrundlage hierfür war eine Ausarbeitung des schwedischen Ostseeinstituts Karlskrona. Schweden war also auch hier eine entscheidende Triebkraft. Zur Koordinierung der Arbeit wurden nationale *focal points* und ein Sekretariat am Ostseeinstitut Karlskrona eingerichtet. Der Bericht wurde von der dritten Ministerkonferenz in Tallinn im Dezember 1994 für Raumplanung verabschiedet, wodurch eine grundsätzliche raumplanerische Zielvision für den gesamten Ostseeraum und damit ein Orientierungsrahmen für raumordnerische Entscheidungen vorlag, der unter anderem schon das Prinzip der Nachhaltigkeit einbezog. Die Ministertreffen wurden jährlich fortgesetzt und konnten Schritte der Umsetzung vereinbaren, wie unter anderem die Unterstützung des BSCP der UBC. Dass der so genannte Tallinn-Report eine große Strahlungskraft hatte, zeigte sich in seinen Auswirkungen auf die BSRI der EU-Kommission 1996 und die INTERREG IIC- und INTERREG IIIB-Programme für den Ostseeraum. Elementar wichtig war auch wiederum der Informations- und Erfahrungsaustausch, der durch die allgemeine Vernetzung und die Kontakte im ausführenden CSD/BSR ermöglicht wurde. Eine Aktualisierung des Grundsatzprogramms, VASAB 2010+ wurde von der fünften Konferenz der Raumplanungsminister im September 2001 angenommen, die die Erfahrungen der vergangenen sieben Jahre einbezog und eine klarere Definition des Aufgabenbereichs, der Mittel und Ziele der Raumplanungskooperation beinhaltete. Eine Folge aus der weitgehenden Inkompatibilität der EU-Förderprogramme INTERREG, PHARE und TACIS war, dass in

VASAB 2010+ die Schaffung eines gemeinsamen Ostseefonds aus diesen Fördermitteln angeregt wurde. Ab 1998 hatte auch die UBC eine eigene Kommission zur Stadtplanung, die über Treffen und Seminare Vernetzung der Akteure auf lokaler Ebene, Vermittlung von Informationen zu Spezialthemen und Erfahrungsaustausch bot.

Die Unterstützung der Transformationsstaaten durch die Kooperation im Ostseeraum stand immer zusammen mit dem Verhältnis der EU zu den Transformationsstaaten und umgekehrt, deren eine politische Priorität der Beitritt zur EU war. Insofern waren die baltischen Staaten und Polen hoch motiviert, Anstrengungen zum Erreichen der Beitrittskriterien von Kopenhagen auf sich zu nehmen. Hierfür gab es neben der Ostseekooperation bilaterale Gremien, Unterstützung und Verhandlungen zwischen der EU und den jeweiligen Staaten, die Modernisierungsunterstützung leisteten. Für diese Untersuchung, die nicht dezidiert die Beitrittsgeschichte der baltischen Staaten und Polens bearbeitet, ist allerdings nur das Verhältnis der EU gegenüber dem Ostseeraum als Ganzem relevant. Zu Beginn der 1990er Jahre war das Vorgehen der damaligen EG trotz zum Beispiel der Mitgliedschaft der EU-Kommission im Ostseerat noch von größerer Zurückhaltung geprägt. Einerseits, da der Ostseeraum an der europäischen Peripherie lag, andererseits, um die allgemeine Entspannung nicht durch allzu offene Parteinahme zu gefährden. Das änderte sich mit den Beitrittsanträgen der skandinavischen Staaten und dem Europäischen Rat von Kopenhagen 1993, der den Staaten Mittel- und Osteuropas eine Beitrittsperspektive eröffnete. Beide Elemente brachten den Ostseeraum näher an die EU und ließen die Entwicklung eines gemeinsamen Politikansatzes der EU für diese europäische Region geboten erscheinen.

Der erste dieser Art war die Mitteilung der EU-Kommission an den Rat „*Orientalions for a Union Approach towards the BSR*“ vom Oktober 1994. Das Papier griff im Wesentlichen die schon in der Ostseekooperation behandelten Themen wie Sicherheit und Stabilität, die Wahrung der Menschenrechte, Marktwirtschaft, Verbesserung der Infrastruktur, Energieeffizienz, nukleare Sicherheit, Umweltschutz und Kampf gegen organisierte Kriminalität auf. Dies allerdings, ohne eigene Finanzlinien und Institutionen einzurichten und ohne einen Zeitplan und konkrete Maßnahmen vorzuschlagen, was die Umsetzung erschwerte. Allerdings waren auf diese Weise die Ziele der Ostseekooperation politisch unterstützt worden und ein erstes Referenzpapier für Maßnahmen der EU gegenüber dem Ostseeraum entstanden.

Der politische Rückhalt für dieses Papier war jedoch noch gering, weswegen es auch in den Schlussfolgerungen der folgenden Europäischen Ratssitzungen nicht erwähnt wurde. Ab dem Mai 1995 arbeitete die EU-Kommission jedoch an einem Bericht zum Stand und zu Perspektiven der Ostseekooperation, der dem Europäischen Rat von Madrid im Dezember

1995 vorgelegt wurde. Dieser Bericht fasste die bislang an die baltischen Staaten und Polen geleistete Unterstützung zusammen, ohne auf ihre Erfolge einzugehen. Dass Russland und die ebenfalls profitierenden westlichen Ostseestaaten ausgeklammert wurden, zeigt, dass die EU weiterhin keinen eigenen Ansatz gegenüber dem gesamten Ostseeraum verfolgte.

Einen weiteren Schritt in diese Richtung stellte die *Baltic Sea Region Initiative* dar, die im April 1996 von der EU-Kommission verabschiedet wurde. Sie nahm die bekannten Themengebiete wieder auf, nannte diesmal aber erstmalig anzuweisende Maßnahmen. Unter anderem sollte die WGEC des Ostseerats ausgebaut werden, um einen gemeinsamen Ostseefonds, der allerdings nicht realisiert wurde, verwalten zu können. Die Themengebiete der BSRI waren also nicht neu, jedoch war die BSRI konkreter formuliert als die Vorgänger und der gestiegene Verbindlichkeitsgrad drückte sich auch in der Annahme des Papiers durch den Europäischen Rat von Florenz im Juni 1996 aus. Dennoch wurden keine Schritte zur Umsetzung der BSRI eingeleitet und die politische Unterstützung nicht aufrecht erhalten, so dass auch diese Initiative im Sande verlief und bis 1997 der Ostseeraum neben den unterschiedlichen Förderprogrammen und ihren Nachteilen keine weitergehende Unterstützung erhalten hatte.

Vor diesem Hintergrund gelang es dem finnischen Premier Paavo Lipponen in einer Rede im September 1997, das Konzept der Nördlichen Dimension der EU auf der politischen Bühne zu etablieren. Es wies auf die Brückenfunktion des Ostseeraums zwischen der EU und Russland und damit indirekt besonders Finnlands als zu dem Zeitpunkt einzigem EU-Staat mit direkter Grenze zu Russland hin, griff in diesem Zusammenhang die bekannten Themengebiete der Ostseekooperation auf und wies insbesondere auf den großen wirtschaftlichen Nutzen einer Stabilisierung und Entwicklung des Verhältnisses zwischen der EU und Russland mit dem Ostseeraum als Vermittler hin. Diese Initiative wurde von der EU-Kommission in einem im November 1998 erschienenen Bericht „*A northern dimension for the policies of the Union*“ aufgegriffen, der inhaltlich der finnischen Initiative folgte, jedoch wiederum keine konkreten Maßnahmen, geschweige denn einen Zeitplan oder Finanzierungen vorsah. Dennoch war der Bericht die bis dato konkreteste Absichtserklärung europäischer Institutionen gegenüber dem Ostseeraum. Eine klare Schwerpunktsetzung auf der Seite der EU wurde dadurch deutlich, dass die einzigen konkreten Schritte zunächst eine Machbarkeitsstudie zur Nutzung der Energieträgervorräte Nordwestrusslands und die Gründung der BETF betrafen. Diese einseitige Prioritätensetzung wurde im November 1999 durch die Veröffentlichung eines Berichts über Möglichkeiten europäischer Energiepolitik gefestigt, da andere Bereiche weiterhin brach lagen. Dass die Entwicklung der NDI auch von ostseefremden Politikgehalten beeinträchtigt wurde, zeigte das Fernbleiben der Minister aller westlichen Ostseestaaten und

der EU außer Finnland als Reaktion auf Russlands Rolle im Tschetschenienkonflikt bei der ersten Ministerkonferenz zur NDI im November 1999. Dennoch war mit der NDI das Interesse der EU für den Ostseeraum geweckt worden, was auch in den Vorbereitungen für einen Aktionsplan der NDI deutlich wurde. Auch hier konnte die EU nicht von ihrem bilateralen Vorgehen abweichen, für den Aktionsplan waren Konsultationen mit den einzelnen Ostseestaaten und nicht mit ihren Kooperationsgremien, wie zum Beispiel dem Ostseerat, vorgesehen. Dieser gab dennoch eigene Empfehlungen und solche anderer Ostseekooperationsgremien heraus, die im Wesentlichen im ersten Aktionsplan der NDI für die Jahre 2000-2003, der vom Europäischen Rat im Juni 2000 beschlossen wurde, berücksichtigt wurden, womit das erste umfassende Programmdokument für eine Politik der EU gegenüber dem Ostseeraum entstanden war. Allerdings wurde auch hier die Priorität auf dem Energiebereich deutlich und es gab im Vergleich zu den Vorschlägen des Ostseerats auch einige Schwachstellen. Das für die Umsetzung gravierendste Problem war jedoch wiederum eine gewisse Unverbindlichkeit, die in der (neben dem inoffiziellen Energieschwerpunkt) fehlenden Prioritätensetzung innerhalb der Themenfülle, dem fehlenden Zeitplan, der mangelnden institutionellen Verortung der Zuständigkeit und der schwierigen Finanzierung begründet war. Für die Umsetzung wurde nämlich kein eigener Fonds gegründet, sondern die bestehenden Programme INTERREG, PHARE und TACIS in Anspruch genommen, die untereinander große Kompatibilitätsschwierigkeiten hatten. Letzteres war auch schon im Vorfeld wiederholt von den Ostseegremien kritisiert worden.

Trotz dieser Schwierigkeiten wuchs die Bedeutung der NDI und damit des Ostseeraums für die EU, die zweite Ministerkonferenz zur NDI im April 2001 war gut besucht und konnte Fortschritte in einigen Bereichen feststellen, Weiterentwicklungen wie die NDEP und der NeDAP wurden initiiert. Institutionelle Weiterentwicklungen wie die Einrichtung eines *focal point* für die NDI innerhalb der EU-Kommission und einer Internetseite vereinfachten die Umsetzung. Schwierigkeiten im Verhältnis mit Russland wie hinsichtlich der Kaliningrader Transitfrage oder des Blockierens der Unterzeichnung des MNEPR bestanden jedoch weiterhin, auch bei der Formulierung der Leitlinien für einen zweiten NDAP auf einem Außenministertreffen im Oktober 2002, an die sich Russland, da es sie als für sich ungünstig formuliert erachtete, nicht gebunden fühlte. Dieser Aktionsplan wurde letztlich im Oktober 2003 angenommen und bezog die Erfahrungen der letzten Jahre ein, indem ein Überwachungsgremium und eine weiter verbesserte Koordinierung der Förderprogramme vorgesehen wurden.

Wenn auch bis zuletzt nicht alle Probleme im Verhältnis zwischen der EU und dem Ostseeraum beseitigt werden konnten, war es doch gelungen, den Ostseeraum in

zunehmenden Maße auf die Agenden der EU zu bringen und der Umsetzung der Kooperationsinhalte dadurch einerseits mehr politische Unterstützung und andererseits mehr finanzielle Möglichkeiten zu geben. Allerdings reagierte hierbei die EU in allen Fällen nur auf den Druck aus dem Ostseeraum, ohne selbst echte Initiative zu zeigen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges war also nach dem organischen Prinzip des *form-follows-function* im Ostseeraum über Vertrauensbildung und stetige Ausweitung und Differenzierung der Kooperationsthemen ein System aus Kooperationsgremien entstanden, dem es gelungen war, die Probleme so wirkungsvoll zu bearbeiten und den Transformationsstaaten Unterstützung zu leisten, dass die EU-Osterweiterung nicht einmal 15 Jahre nach dem Ende des weltumspannenden Systemgegensatzes möglich war. Das Verfahren dieser Kooperationsgremien war stets die zunächst lockere Vernetzung von politischen Einheiten, die sich dann weiter integrierten. So konnte gemeinsamer politischer Wille formuliert werden und dies und die damit verbundenen Berichtspflichten schufen einen gewissen Anpassungsdruck, der, zusammen mit dem Eigeninteresse des einzelnen Staates, Anpassungen vorzunehmen, letztlich die Transformationen bewirkte. Neben diesem Verdienst stand einerseits das wachsende Vertrauen der Ostseestaaten in einander, das die politischen Beziehungen nachhaltig verbesserte, und die Funktion der Ostseegremien gegenüber übergeordneten politischen Einheiten wie der EU ein Sprachrohr der Ostseestaaten zu sein und auf diese Weise gewichtiger, als es einzeln möglich gewesen wäre, die Interessen zu vertreten. Die Geschichte der Beziehung der EU zum Ostseeraum ist für letzteres ein Beispiel. Der Vorteil der lockeren Struktur der Gremien, der die Kooperation beschleunigte und Entscheidungen schneller möglich machte, war teilweise jedoch auch ein Nachteil, indem die eingegangenen Verpflichtungen daher wenig verbindlich waren und es keine übergeordneten Kontrollgremien gab, was die Umsetzung des Beschlossenen teilweise verschleppte oder verhinderte. Andererseits trägt dieser Einwand nur begrenzt, da es bei fehlendem politischen Willen auch in verbindlicher organisierten Institutionen die Möglichkeit gab und gibt, Entscheidungen oder Entwicklungen zu verzögern oder zu verhindern.

Insofern war das strukturelle Vorgehen der Ostseekooperation nach dem Ende des Kalten Krieges das Optimum, da so auf unterschiedlichsten Kooperationsgebieten entscheidende Erfolge erzielt werden konnten. Dass hierbei nicht alle formulierten Ziele erreicht und neben den gemeinsamen Absichten auch Eigeninteressen verfolgt wurden, lag in der Natur der Sache und war tolerabel, solange die Eigeninteressen nicht überhand nahmen. Das gleichzeitige Verfolgen von gemeinsamen und nationalen Interessen wurde vor allem in der etwas ambivalenten Rolle Schwedens als in seiner geographischen und wirtschaftlichen Lage begründetem Vorreiter der Ostseekooperation deutlich. Während Schweden die meisten

Initiativen aller Ostseestaaten in der Kooperation machte und auch große finanzielle Belastungen auf sich nahm, war dieses große nationale Interesse und Engagement der Ostseekooperation teilweise auch schädlich, indem Doppelarbeit geleistet wurde, wie zum Beispiel im Falle der Baltic 21.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass das unter anderem von Björn Engholm gebrauchte Schlagwort der „Neuen Hanse“ für die Ostseekooperation seit 1989/90 historisch nicht angemessen ist. Die Ostseekooperation ab 1989/90 hat nicht nur in den Akteuren, die neben Städten auch Regionen, Staaten, die Privatwirtschaft und NGOs umfassen, einen Unterschied zur erst kaufmännisch und dann lokal organisierten Hanse. Vielmehr war auch der gesamte Ansatz, die gezielte Unterstützung von Transformation und die gegenseitige Vernetzung zum Abbau von Differenzen im Lebensstandard und damit der Abbau von Sicherheitsrisiken zur Stabilisierung einer Region ein der historischen Hanse gänzlich unbekanntes Unterfangen. Weiterhin sehr unterschiedlich war die Bandbreite der Kooperationsthemen, die zwar auch wie zur Hansezeit Handel und - im weitesten Sinne - Infrastruktur betrafen, darüber hinaus aber auch eine Vielzahl anderer Sachgebiete einbezog. Viel eher ist das Schlagwort der „Neuen Hanse“ wie auch beim Städtebund der „Neuen Hanse“ und anderen Namenskomposita mit „Hansa“ oder „Hanse“ für Produkte, Firmen oder Veranstaltungen als eine Form der Imagepflege durch einen Rückgriff auf wirtschaftlich und kulturell fruchtbare Zeiten und einen gemeinsamen geographischen Raum zu werten.

Die vorliegende Arbeit hat verschiedene Desiderata nicht nur der historischen Forschung aufgedeckt. Zum einen war es nötig, sich auf die Arbeit der Kooperationsgremien selbst zu beschränken und ihre Einflüsse und Auswirkungen auf die einzelnen Mitgliedsstaaten auszuklammern. Hier wären sehr interessante Studien über die Umsetzung bestimmter politischer Absichtserklärungen in einzelnen Kooperationsgebieten wie zum Beispiel Wirtschaft oder Umweltschutz in nationales Recht zu machen. Ebenso war es in der vorliegenden Untersuchung nicht möglich, alle Kooperationsgremien des Ostseeraums aus dieser Zeit zu verfolgen. Die daraus resultierende Konzentration auf die wesentlichen Organisationen schafft Raum und Anhaltspunkte für die Analyse anders gelagerter Gremien in weiteren Studien.

Trotz dieser heuristisch bedingten Einschränkungen konnte die vorliegende Arbeit zeigen, wie die Ostseestaaten in der Lage waren, auf die entstandenen gravierenden Probleme und Sicherheitsrisiken zu reagieren und sie zu bearbeiten. Auf diese Weise wurde ein entscheidender Beitrag zur Stabilisierung der Region und Europas geleistet und auch der Ostseeraum selbst als eine Region integriert, die auch nach der Erweiterung der EU 2004 ihren Zusammenhalt bewahren konnte und ihre Interessen gemeinsam vertritt. Dieser

Aufbruch nach 1989/90 war zudem der Beginn eines neuen Zeitalters des Ostseeraums, in dem harte Sicherheitsinteressen so weit wie nie zuvor aus den alltäglichen Beziehungen der Staaten ausgeklammert wurden und Zusammenarbeit an zivilen Themen ein bislang unerreichtes Ausmaß erreichte. Damit war auch ein bislang nicht gekanntes Maß an Friedlichkeit in den Ostseeraum eingezogen.

Zitierte Literatur

Adolph, Bernd Peter; Naujeck- Höhner, Jens: Task Force on Organised Crime in the Baltic Sea Region. In: Jahn, Detlef; Werz, Nikolaus (Hrsg.): Politische Systeme und Beziehungen im Ostseeraum. München 2002, S. 233-243

Alten, Jürgen von: Weltgeschichte der Ostsee. Berlin 1996

Archer, Clive: The EU, Security and the Baltic Region. In: WeltTrends, 1999, Nr. 23, S. 45- 61

Arnswald, Sven: The Politics of Integrating the Baltic States into the EU: Phases and Instruments. In: Jopp, Mathias, Arnswald, Sven (Hrsg.): The European Union and the Baltic States. Visions, interests and strategies for the Baltic Sea region. (Programme on the Northern dimension of the CFSP, Bd. 2) Helsinki [u.a.] 1998, S. 19-100

Auffermann, Burkhard: Für eine „Nördliche Dimension“ der EU-Politik. Eine Initiative im Kontext finnischer Außen- und Integrationspolitik. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.schiff.uni-kiel.de/download_files/055.html 24.05.2004

Beratungsausschuss der Finnischen Wirtschaft (EVA) (Hrsg.): Mare Balticum. Eine Wirtschafts- und Kulturregion. Helsinki, 1990

Berbalk, Dagmara: The new Helsinki Convention and joint comprehensive environmental action programme. In: Platzöder, Renate; Verlaan, Philomène (Hrsg.): The Baltic Sea. New developments in national policies and international cooperation. Den Haag [u.a.], 1996, S. 330- 335

Bollow, Undine: Aktuelle Fragen des estnisch-russischen Verhältnisses in Estland. In: Hackmann, Jörg (Hrsg.): Estland - Partner im Ostseeraum. (Travemünder Protokolle, Bd. 2) Lübeck 1998, S. 99- 116

Brundtland, Arne Olav: Nordic Security at the End of the Cold War. Old Legacies and New Challenges. In: ders., Snider, Don M. (Hrsg.): Nordic- Baltic Security. An International Perspective. Oslo, Washington 1994, S. 1- 30

Buzan, Barry: People, states and fear. An agenda for international security in the post-cold war era. New York 2001

Christiansen, Thomas: EU Perspectives on the Future of the Baltic Sea Region. In: Joenniemi, Pertti; Stalvant, Carl-Einar: Baltic Sea Politics. Achievements and Challenges. Stockholm, Kopenhagen 1995, S. 93- 108

Crowe, David: The Baltic States and the great powers. Foreign relations 1938-1940. Boulder, Oxford 1993

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Denkfabrik (Hrsg.): Zukunftsregion Ostsee. Daten und Fakten (Denkfabrik Schleswig-Holstein, Bd. 19). Kiel 1991

Dey, Reinhold: „Eine stärkere Koordinierung der Gremien wäre zu begrüßen“ Gespräch mit Pär Stenbäck, Generalsekretär des Nordischen Ministerrates. In: Ostseeegesellschaft (Hrsg.): Mare Balticum. Lübeck 1993, S. 132-133

Duchardt, Heinz: Die Hanse und das europäische Mächtesystem des frühen 17. Jahrhunderts. In: Graßmann, Antjekathrin (Hrsg.): Niedergang oder Übergang? Zur Spätzeit der Hanse im 16. und 17. Jahrhundert. Köln, Weimar, Wien 1997, S. 11-25

Ehlers, Peter: Das revidierte Helsinki-Übereinkommen. In: Koch, Hans-Joachim; Lagoni, Rainer (Hrsg.): Meeresschutz für Nord- und Ostsee. (Forum Umweltrecht, Bd. 19). Baden-Baden 1996, S. 103-128, S. 105

Engström, Anders: How the Union of Baltic Cities contributes to the Development of the Baltic Sea Region. In: Wellmann, Christian (Hrsg.): From town to town. Local authorities as transnational actors. (Kieler Schriften zur Friedenswissenschaft, Bd. 8) Hamburg 1998, S. 171-182

- Faber, Anne: Europäische Integration und politikwissenschaftliche Theoriebildung. Neofunktionalismus und Intergouvernementalismus in der Analyse. Wiesbaden 2005
- Fairlie, Lyndelle D.: Kaliningrad Borders in regional Context. In: Sergounin, Alexander; Fairlie, Lyndelle D.: Are borders barriers? EU enlargement and the Russian region of Kaliningrad. (Programme on the Northern Dimension of the CFSP, Bd. 13) Helsinki 2001, S. 9-136
- Ferdowski, Mir A.: Das Ende des Kalten Krieges und der Zerfall des Sowjetimperiums. Eine retrospektive Betrachtung. In: Ders. (Hrsg.): Die Welt der 90er Jahre. Das Ende der Illusionen. Bonn 1995, S. 11-22
- Findeisen, Jörg-Peter: Schweden. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. (Geschichte der Länder Skandinaviens). Regensburg 1997
- Fitzmaurice, John: The Baltic. A regional future? New York 1992
- Fitzmaurice, Malgorzata: The 1974 Helsinki Convention on the Protection of the Marine Environment of the Baltic Sea Area. In: Platzöder, Renate; Verlaan, Philomène (Hrsg.): The Baltic Sea. New developments in national policies and international cooperation. Den Haag [u.a.] 1996, S. 312-329
- Föhrenbach, Gerd: Die Westbindung der baltischen Staaten. Zur Integration Estlands, Lettlands und Litauens in die bi- und multilateralen europäischen und transatlantischen Sicherheitsstrukturen während der 1990er Jahre. (Kühnhardt, Ludger [Hrsg.]: Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung Center for European Integration Studies der Rheinischen Friedrich- Wilhelms- Universität Bonn, Bd. 23). Baden- Baden 2000
- Fritze, Konrad; Krause, Günter: Seekriege der Hanse. Berlin 1997
- Froese, Wolfgang: Geschichte der Ostsee. Völker und Staaten am Baltischen Meer. Gernsbach 2002
- Galeotti, Mark: The challenge of ‚soft security‘: Crime, Corruption and Chaos. In: Lynch, Dov: New thinking in conflict management. In: Cottey, Andrew; Averre, Derek (Hrsg.): New security challenges in postcommunist Europe. Securing Europe's east. Manchester 2002, S. 151- 171
- Garbe, Gunnar: Deutsche Rußlandpolitik und das Baltikum: 1990-98. Dissertation. Kiel 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://e-diss.uni-kiel.de/diss_587/d587.pdf 24.05.2004
- Garleff, Michael: Minderheitenprobleme und Sprachenpolitik im Baltikum. In: Scholz, Friedrich; Tenhagen, Wolfgang (Hrsg.): Die Baltischen Staaten im 5. Jahr der Unabhängigkeit. Eine Bestandsaufnahme. Beiträge zu einem internationalen Symposium in Münster 14./15.11.1996. Münster 1997, S. 91-109
- Gehrke, Roland: Die Hanse und Polen. [Angermann, Norbert (Hrsg.): Hamburger Beiträge zur Geschichte der Deutschen im europäischen Osten, Bd. 2]. Lüneburg 1996
- Geyer, Dietrich: Der Zerfall des Sowjetimperiums und die Renaissance der Nationalismen. In: Kaelble, Hartmut; Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Nationalismus- Nationalitäten- Supranationalität. (Koselleck, Reinhart; Lepsius, M. Rainer [Hrsg.]: Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 53) Stuttgart 1993, S. 156- 188
- Gricius, Algirdas: The Baltic Countries: Partners, Competitors, or Going their Own Way? In: Joenniemi, Pertti; Prikulis, Juris (Hrsg.): The Foreign Policies of the Baltic Countries. Basic Issues. Tampere, Riga 1994, S. 23- 48
- Große-Jütte, Annemarie: Die Region Kaliningrad /Königsberg. Chance oder Gefahrenherd im Ostseeraum? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 44 (1994), 18-19, S. 32-45
- Gruner, Wolf D.: Estland. In: Ders., Woyke, Wichard: Europa-Lexikon. München 2004, S. 89-94, S. 90
- Haas, Ernst B.: The Uniting of Europe. London 1958Hammel-Kiesow, Rolf: Die Hanse. München 2000
- Haukkala, Hiski: The Making of the European Union's Common Strategy on Russia. In: Ders.; Medvedev, Sergei (Hrsg.): The EU common strategy on Russia. Learning the grammar of the CFSP. (Programme on the Northern Dimension of the CFSP, Bd. 11). Helsinki [u.a.] 2001, S. 22-116

Heimsoeth, H.-J.: Der Ostseeraum im Wandel. EU-Erweiterung, nördliche Dimension und Zusammenarbeit mit Russland - die Prioritäten der deutschen Präsidentschaft im Ostseerat. In: Beiträge und Informationen aus dem Ostseeinstitut für Marketing, Verkehr und Tourismus an der Universität Rostock, 2001, Nr. 11, S. 17-29.

ders.: Die deutsche Ostseeratspräsidentschaft. In: Jahn, Detlef; Werz, Nikolaus (Hrsg.): Politische Systeme und Beziehungen im Ostseeraum. München 2002, S. 282- 293

Heininen, Lassi; Käkönen, Jyrki: Introduction: What new northern Europe?. In: Dies. (Hrsg.): The new North Europe. Perspectives on northern dimension. (Research Report / Tampere Peace Research Institute; Bd. 80, 1998) Tampere 1998, S. 7-14

Heininen, Lassi: Ideas and Outcomes: Finding a concrete form for the NDI. In: Ojanen, Hanna (Hrsg.): The Northern dimension. Fuel for the EU?. (Programme on the Northern Dimension of the CFSP; Bd. 12) Helsinki [u.a.] 2001, S. 20-54

Helm, Thomas: Themen der Zeit. Tor zur Europäischen Union oder Konfliktquelle im Ostseeraum Königsberg /Kaliningrad zwischen "Hongkong an der Ostsee " und "Atlantis des Nordens ". In: Civis. Vierteljahresschrift für eine offene und solidarische Gesellschaft, (2005), 3-4, S. 47-51

Henn, Volker: Was war die Hanse? In: Bracker, Jürgen; Henn, Volker; Postel, Rainer (Hrsg.): Die Hanse. Lebenswirklichkeit und Mythos. Lübeck 1999, S. 14- 22

Heurlin, Bertel: Security Problems in the Baltic Region in the 1990's. The Baltic Region and the New Security Dynamics and Challenges. In: Joenniemi, Pertti; Stalvant, Carl-Einar: Baltic Sea Politics. Achievements and Challenges. Stockholm, Kopenhagen 1995, S. 55- 76

Heyen, Jan Gerrit: Transnationale Städtekooperation im Ostseeraum- Das Städtennetzwerk „Union of the Baltic Cities“ In: Welttrends, Nr. 23, 1999, S. 85- 97

Hiden, John; Salmon, Patrick: The Baltic nations and Europe. Estonia, Latvia and Lithuania in the twentieth century. London [u.a.] 1995

Hillgruber, Andreas: Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit 1945-1963. (Oldenbourg. Grundriss der Geschichte, Bd. 18) München 1993

Hubel, Helmut; Gänzle, Stefan: Der Ostseerat: Neue Funktionen subregionaler Zusammenarbeit im Kontext der EU-Osterweiterung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2002, Nr. 19-20, S. 3-12.

dies: The Council of the Baltic Sea States and the EU: Dealing with Soft Security Risks in an European Subregion. In: Hubel, Helmut (Hrsg.): EU Enlargement and Beyond: The Baltic States and Russia. (Henningsen, Bernd [Hrsg.]: Nordeuropäische Studien, Bd. 18) Berlin 2002, S. 393-416

dies.: The Soft Security Agenda at the Sub-Regional Level: Policy Responses of the Council of the Baltic Sea States. In: Moroff, Holger (Hrsg.): European soft security policies. The Northern dimension. (Programme on the Northern Dimension of the CFSP, Bd. 17) Helsinki [u.a.] 2002, S. 251-280

Hrbek, Rudolf: Rahmenbedingungen und Faktoren für die Außenbeziehungen von Regionen- zur Einführung. In: ders. (Hrsg.): Außenbeziehungen von Regionen in Europa und der Welt. (Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung, Bd. 27) Baden-Baden 2003, S. 11-16

Hyde-Price, Adrian: NATO and the Baltic sea Region: towards regional security governance? Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.nato.int/acad/fellow/98-00/hyde.pdf>, 11.05.2004

Joenniemi, Pertti: Introduction: Outlining Two Competing Security Agendas. In: Joenniemi, Pertti; Prikulis, Juris (Hrsg.): The Foreign Policies of the Baltic Countries. Basic Issues. Tampere, Riga 1994, S. 5- 9

Joenniemi, Pertti; Dewar, Stephen; Fairlie, Lyndelle D.: The Kaliningrad puzzle. A Russian region within the European Union. Kopenhagen 2000

Joenniemi, Pertti: Kaliningrad: a Pilot Region in the Russia/ EU-Relations? In: Ojanen, Hanna (Hrsg.): The Northern dimension. Fuel for the EU? (Programme on the Northern Dimension of the CFSP; Bd. 12) Helsinki [u.a.] 2001, S. 142- 187

- Joenniemi, Pertti; Sergounin, Alexander: *Russia and the European Union's Northern Dimension. Encounter or Clash of Civilisations?* Nizhny Novgorod 2003
- Karabeshkin, Leonid; Wellmann, Christian: *The Russian domestic debate on Kaliningrad. Integrity, identity and economy* (Kieler Schriften zur Friedenswissenschaft, Bd. 11). Münster 2004
- Karin, Thea: *Estland heute*. In: Hackmann, Jörg (Hrsg.): *Estland - Partner im Ostseeraum*. (Travemünder Protokolle; 2) Lübeck 1998, S. 9-18
- Katzenstein, Peter J.: *A world of regions. Asia and Europe in the American Imperium*. Ithaca, London 2005
- Kempe, Iris; van Meurs, Wim: *Die Baltisch-Russischen Beziehungen als Brennpunkt der Europäischen Integration und Sicherheit*. In: *Deutsche Studien*. 1999, Heft 142, S. 120- 135
- Kirby, David: *The Baltic World 1772- 1993. Europe's Northern Periphery in an Age of Change*. London, New York 1995
- Kirsipuu, Valve: *Estonian foreign economic policy*. In: Joenniemi, Pertti; Vares, Peeter (Hrsg.): *New actors on the international arena. The foreign policies of the Baltic countries*. Tampere 1993, S. 66- 72
- Klaar, Toivo: *Estonia's Security Policy Priorities*. In: Artéus, Gunnar; Lejins, Atis: *Baltic Security. Looking towards the 21th century*. Riga 1997, S. 18- 33
- Klambauer, Otto: *Der Kalte Krieg und seine Folgen. Notizen und Gedanken*. In: Karner, Stefan; Reiter, Erich; Schöpfer, Gerald (Hrsg.): *Kalter Krieg. Beiträge zur Ost-West-Konfrontation 1945 bis 1990*. (Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschafts-, Sozial-, und Unternehmensgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz, Bd. 5). Graz 2002, S. 11-18
- Komlosy, Andrea; Nolte, Hans-Heinrich; Sooman, Imbi (Hrsg.): *Ostsee 700– 2000*. Wien 2008
- Krämer, Raimund: *Die Ostgrenze der Europäischen Union*. In: *Weltrends*, Nr. 22 1999, S. 9-26
- Krohn, Axel: *Eine neue Sicherheitspolitik für den Ostseeraum : Perspektiven regionaler Rüstungskontrolle und Zusammenarbeit*. (Kieler Beiträge zur Politik und Sozialwissenschaft, Bd. 7) Opladen 1993
- Krüger, Kersten: *Der Skandinavismus im 19. und 20. Jahrhundert*. In: *Studia Maritima*, vol. XV, 2002, S. 137-154
- Levits, Egil: *Die Ausländer- und Minderheitenpolitik der baltischen Staaten unter besonderer Berücksichtigung des Problems der Zuwanderer aus der Sowjetunion*. In: *Die Unabhängigkeit der baltischen Länder. Geschichte-Probleme-Perspektiven*. (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Ostmitteleuropa-Studien, Bd. 18). Marburg/Lahn 1993, S. 49- 72
- Lieven, Anatol: *The Baltic Revolution*. New Haven, London 1994
- Lipponen, Paavo: *The European Union needs a policy for the Northern Dimension*. In: Heininen, Lassi; Käkönen, Jyrki (Hrsg.): *The new North Europe. Perspectives on northern dimension*. (Research Report / Tampere Peace Research Institute; Bd. 80, 1998) Tampere 1998, S. 125-132
- Liuhto, Kari: *Northern Dimensions Opens New Energy Sources for the EU*. In: Ders.; Purju, Alari; Itämeri, Pekka: *Energizising the Northern dimension of the European Union. The EU's northern dimension and the energy sector in the Baltic States and in Russia*. (Studies in industrial engineering and management ; 2000/10) Lappeenranta 2000, S. 7-80
- Loeber, Dietrich A.: *Die Staatsverträge der baltischen Staaten mit Russland von 1920 und 1991. eine vergleichende Betrachtung*. In: *Die Unabhängigkeit der baltischen Länder. Geschichte-Probleme-Perspektiven*. (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Ostmitteleuropa-Studien, Bd. 18). Marburg/Lahn 1993, S. 23-32
- Mahnert, Heike; Putensen, Dörte: *Der Norden auf dem Weg nach Europa. Skandinavien und die europäische Integration*. (Horst Wernicke [Hrsg.]: *Greifswalder Historische Studien*, Bd. 5) Hamburg 2002

- Martinsen, Kaare Dahl: Always the Buffer? Poland as NATO's new eastern frontier. In: Salmon, Patrick; Barrow, Tony (Hrsg.): Britain and the Baltic. Studies in commercial, political and cultural relations 1500 - 2000. Sunderland 2003, S. 293- 320
- Mazur-Baranska, Agnieszka: The northern dimension of the EU. In: The Polish quarterly of international affairs, Bd. 9 (2000), Nr. 2, S. 31-44
- Meissner, Boris: Die sowjetische Okkupation der baltischen Staaten aus der heutigen Perspektive. In: Ders.: Die Baltischen Staaten im Umbruch. Beiträge 1995-2000. Hamburg 2001. S. 49-72
- Meissner, Boris; Loeber, Dietrich A.; Hasselblatt, Cornelius (Hrsg.): Die Außenpolitik der Baltischen Staaten und die internationalen Beziehungen im Ostseeraum. Hamburg 1994
- Misiunas, Romuald J.; Taagepera, Rein: The Baltic States. Years of Dependence 1940- 1990. London 1993
- Namavičius: Das deutsch-litauische Verhältnis. In: Meissner, Boris; Loeber, Dietrich A.; Hasselblatt, Cornelius (Hrsg.): Die Außenpolitik der Baltischen Staaten und die internationalen Beziehungen im Ostseeraum. Hamburg 1994, S. 287-292
- Neumann, Iver B.: A Nordic and/or Baltic Sea Region? The Discursive Structure or Region-Building“. In: Wellmann, Christian (Hrsg.): The Baltic Sea Region: Conflict or Cooperation? Kiel 1991
- Niedobitek, Matthias: Rechtliche Probleme für die Außenbeziehungen von Regionen, dargestellt am deutschen Beispiel. In: Hrbek, Rudolf (Hrsg.): Außenbeziehungen von Regionen in Europa und der Welt. (Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung, Bd. 27) Baden-Baden 2003, S. 16-31
- Ojanen, Hanna (Hrsg.): The Northern dimension. Fuel for the EU? (Programme on the Northern Dimension of the CFSP; Bd. 12) Helsinki [u.a.] 2001
- Otto, Ulrich: Partnership for Peace und die Hanse. Zusammenarbeit der Ostseefloten nach Ende des Kalten Krieges. In: Marine- Forum 1997, Nr. 3, S. 8-13
- Ozolins, Andris: The Policies of the Baltic Countries vis-a-vis the CSCE, NATO and the WEU. In: Joenniemi, Pertti; Prikulis, Juris (Hrsg.): The Foreign Policies of the Baltic Countries. Basic Issues. Tampere, Riga 1994, S. 49- 74
- Pehle, Heinrich: Umweltschutz in der Ostsee-Region. Deutschland und Schweden als Vorreiter im Ostsee-Umweltregime? In: Henningsen, Bernd; Stråth, Bo (Hrsg.): Deutschland, Schweden und die Ostsee-Region. Konferenz an der Ostsee-Akademie. (Nordeuropäische Studien, Bd. 10) Baden-Baden 1996, S. 54- 70
- Pichierri, Angelo: Die Hanse- Staat der Städte. Ein ökonomisches und politisches Modell der Städtevernetzung (Häußermann, Hartmut u.a. [Hrsg.]: Stadt, Raum und Gesellschaft, Bd. 10). Opladen 2000
- Pöschel, Günther: Der russische "Vorposten" im Ostseeraum. Die gewandelte Bedeutung der baltischen Flotte. In: Marine- Forum, 1999, Nr. 3, S. 22-25
- Poutanen, Eeva-Liisa: Activities of the Helsinki Commission. In: Platzöder, Renate; Verlaan, Philomène (Hrsg.): The Baltic Sea. New developments in national policies and international cooperation. Den Haag [u.a.], 1996, S. 336- 345
- Puhle, Matthias: Organisationsmerkmale der Hanse. In: Bracker, Jürgen; Henn, Volker; Postel, Rainer (Hrsg.): Die Hanse. Lebenswirklichkeit und Mythos. Lübeck 1999, S. 196- 200
- Purju, Alari: The Energy Sector in the Baltic States. In: Liuhto, Kari; Purju, Alari; Itämeri, Pekka: Energizing the Northern dimension of the European Union. The EU's northern dimension and the energy sector in the Baltic States and in Russia. (Studies in industrial engineering and management, Bd. 10) Lappeenranta 2000, S. 81-136
- Putensen, Gregor: Außen- und Sicherheitspolitik der Staaten Nordeuropas von 1945- 1990. Ein Überblick. Hamburg 1994
- Reiljan, Janno: Wirtschaft und Gesellschaft: Das Baltikum nach der Wende. In: Scholz, Friedrich; Tenhagen, Wolfgang (Hrsg.): Die Baltischen Staaten im 5. Jahr der Unabhängigkeit. Eine Bestandsaufnahme. Beiträge zu einem internationalen Symposium in Münster 14./15.11.1996. Münster 1997, S. 125- 156

- Rannut, Mart: Linguistic Policy in Estonia. In: Meissner, Boris; Loeber, Dietrich A.; Hasselblatt, Cornelius (Hrsg.): Die Außenpolitik der Baltischen Staaten und die internationalen Beziehungen im Ostseeraum. Hamburg 1994, S. 67- 86
- Ruszkowski, Janusz: Das geopolitische Modell Europas im Ostseeraum in den Jahren 1990-1998 In: Deutsche Studien. Vierteljahreshefte, Bd. 36 (1999), 142, S. 108-119
- Saldik, Heribert: Deutsche Außenpolitik in der Ostseeregion. Global governance auf subregionaler Ebene. (Europäische Hochschulschriften. Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd. 505). Frankfurt am Main 2004
- Schmidt, Alexander: Geschichte des Baltikums. Von den alten Göttern bis zur Gegenwart. München 2000
- Schmidt, Georg: Städtehanse und Reich im 16. und 17. Jahrhundert. In: Graßmann, Antjekathrin (Hrsg.): Niedergang oder Übergang? Zur Spätzeit der Hanse im 16. und 17. Jahrhundert. Köln, Weimar, Wien 1997, S. 25- 46
- Schmidt, Thomas: Die Außenpolitik der baltischen Staaten. Im Spannungsfeld zwischen Ost und West. Wiesbaden 2003
- Schöning, Jürgen; Ritzek, Manfred: Die Ostsee-Parlamentarierkonferenz und ihre Weiterentwicklung. (SCHIFF-Texte Nr. 75). Kiel 2004
- Schulz, Matthias: Regionalismus und die Gestaltung Europas. Die konstitutionelle Bedeutung der Region im europäischen Drama zwischen Integration und Desintegration. (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte, Bd. 8) Hamburg 1993
- Schwarz, Martin: Neue Impulse in der Außenpolitik? Gestaltungsmöglichkeiten und Perspektiven transnationaler Kooperation: Die Subraumpolitik der Europäischen Union am Beispiel der Ostseeregion. Unveröffentlichte Dissertation, eingereicht Hochschule Vechta März 2008
- Selart, Anti: Zur Geschichte der Russen in Livland um die Wende des 15. zum 16. Jahrhundert: Der Vorwand zur Schließung des St.Peterhofes in Nowgorod im Jahr 1494. In: Angermann, Norbert (Hrsg.): Städtisches Leben im Baltikum zur Zeit der Hanse. [Baltische Seminare, Bd. 10]. Lüneburg 2003, S. 177-210
- Sergounin, Alexander: The Russia Dimension. In: Mouritzen, Hans (Hrsg.): Bordering Russia. Theory and prospects for Europe's Baltic Rim. Aldershot [u.a.] 1998, S. 15- 72
- Sergounin, Alexander: Between Neoimperialism and Realpolitik: Russia in search of a New Baltic Strategy in the Post Cold War Era. In: Runblom, Harald [u.a.] (Hrsg.): 50 years after World War II. International politics in the Baltic sea region 1945 – 1995. Torun 1998, S. 253- 276
- Sergounin, Alexander: EU Enlargement and Kaliningrad: The russian Perspective. In: Sergounin, Alexander; Fairlie, Lyndelle D.: Are borders barriers? EU enlargement and the Russian region of Kaliningrad. (Programme on the Northern Dimension of the CFSP; 13) Helsinki 2001, S. 139- 190
- Singleton, Fred: A short history of Finland. Cambridge 1999
- Stalvant, Carl- Einar: The Council of the Baltic Sea States. In: Cottey, Andrew (Hrsg.): Subregional Cooperation in the New Europe. Building Security, Prosperity and Solidarity from the Barents to the Black Sea. Houndmills, New York 1999, S. 46- 68
- Starosciak, Jacek: The Council of the Baltic Sea States (CBSS). 1st Mandate and Working Procedures and its Significance for the Baltic Sea Region. (SCHIFF-Texte, Bd. 56). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.schiff.uni-kiel.de/download_files/056.html
- Urdze, Andrejs: Die Rückkehr der baltischen Staaten nach Europa. In: Der Bürger im Staat, Nr. 2-3, 2004, S. 102-107
- Vahl, Marius: Just good friends? The EU-Russian "strategic partnership" and the Northern Dimension. (CEPS working document; Bd. 166). Brüssel 2001
- Vares, Peeter: Yeltsin in Estonia 1991. In: Ahola, Joonas; Fröjmark, Anders; Heininen, Lassi (Hrsg.): Baltic region. Conflicts and Co-operation. Road from the past to the future. Tallinn 2001

Ders.: Withdrawal of Russian troops from the Baltic States. In: Ahola, Joonas; Fröjmark, Anders; Heininen, Lassi (Hrsg.): Baltic region. Conflicts and Co-operation. Road from the past to the future. Tallinn 2001

Werz, Nikolaus (u.a.): Kooperation im Ostseeraum. Eine Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen und politischen Kooperation unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer. (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 24). Rostock 2005, S. 19

Williams, Leena- Kaarina: Zur Konstruktion einer Region. Die Entstehung der Ostseekooperation zwischen 1988 und 1992. (Henningsen, Bernd [Hrsg.]: Die Ostseeregion: Nördliche Dimensionen- Europäische Perspektiven, Bd. 7). Berlin 2007

Wriedt, K.: Hanse. In: Bautier, Robert-Henri (u.a.)(Hrsg.): Lexikon des Mittelalters. Bd. 4 München, Zürich 1989, Spalte 1921

Ziegler, Uwe: Die Hanse. Aufstieg, Blütezeit und Niedergang der ersten europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Eine Kulturgeschichte von Handel und Wandel zwischen 13. und 17. Jahrhundert. Bern, München, Wien 1997

Zwidrins, Peteris: Changes in the ethnic composition of the Baltic States since the end of World War II. In: Runblom, Harald [u.a.] (Hrsg.): 50 years after World War II. International politics in the Baltic sea region 1945 – 1995. Torun 1998, S. 81- 94

Quellenverzeichnis

Das Quellenverzeichnis führt aus Platzgründen nur die direkt in der Arbeit zitierten Quellen an. In den meisten Fällen sind die Quellen ihren alphabetisch aufgeführten Ausstellungsgremien zugeordnet. Innerhalb der Bereiche dieser einzelnen Gremien gibt es Substrukturen nach einzelnen Unterbereichen der Kooperationsorganisationen oder nach Themengebieten. Ansonsten sind die Angaben weitgehend chronologisch angeordnet. Soweit möglich, wurde zur Bezeichnung der Originaltitel der einzelnen Quelle übernommen, was teilweise zu Unregelmäßigkeiten in der Benennung regelmäßig auftretender Dokumente (zum Beispiel Communiqués von Ministertreffen) führte, jedoch die Authentizität und Zuordenbarkeit erhalten konnte.

B7

Baltic 7 Games – International Baltic Sea Spartakiade - Archive. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.b7.org/>, 18.09.2005

Infotext zu WG Environment. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.b7.org/wge/proj_envir.htm, 18.09.2005

BASTUN

Agreement on Trade Union Co-operation in the Baltic Sea Region. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bastun.nu/documents/agreement.htm>, 18.09.2005

Baltic Sea Trade Union Network. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bastun.nu/>, 18.09.2005

Vision Baltic Sea 2010. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bastun.nu/documents/vision2010.htm>, 18.09.2005

Baltic 21

Programm - Berichte

Eine Agenda 21 für den Ostseeraum - Baltic 21. Verabschiedet auf der 7. Ministertagung des Ostseerates, Nyborg, 22./23. Juni 1998. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/attachments/baltic_21_series_no_1_98_german.pdf, 14.12.2005

Biennial Report - 2000- Baltic 21 Series No. 1/2000. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/attachments/r1_2000.pdf, 14.12.2005

Baltic 21-Bericht 2000-2002. Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung im Ostseeraum. Baltic 21-Reihe Nr. 1/2003. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/attachments/b21_triennial_reportgerman_650_kb.pdf, 14.12.2005

Fünf Jahre regionaler Fortschritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung- Baltic 21-Bericht für die Ministerpräsidenten der Ostseestaaten. Baltic 21-Reihe Nr. 1/2004. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/attachments/baltic21_series_no_1_2004_german.pdf, 14.12.2005

Development in the Baltic Sea Region towards the Baltic 21 Goals - an indicator based assessment. Baltic 21 Series No. 2/2000. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/attachments/report_no_22000_indicator_report.pdf, 14.12.2005

Senior Officials Group

Baltic 21 Organisation: Senior Officials Group (SOG) - Terms of Reference. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.baltic21.org/?organisation.2#>, 14.12.2005

Senior Officials Group 12 Report. Twelfth Meeting, Keflavik, Iceland April 6-7, 2000. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/Meetings/new/sog_12/pdf/SOG%2012%20report.pdf, 24.04.2008

Report from the Thirteenth Meeting of the Senior Officials Group Mariehamn, Åland, Finland November 29-30, 2000. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/Meetings/new/sog_13/pdf/SOG%2013%20Report.pdf, 22.04.2008

Report from the Eighteenth Meeting of the Senior Officials Group Turku, Finland April 24-25, 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/Meetings/new/sog_18/pdf/SOG%2018%20report-Final.pdf, 25.04.2008

Verhältnis Baltic 21 - HELCOM

Recommendations for coordination and complementarity of Baltic 21 and HELCOM policies and activities. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h.Meetings/new/decisions/SOG_14-4-1.htm, 22.04.2008

Recommendations for coordination and complementarity of Baltic 21 and HELCOM policies and activities- Part II. Elektronisch veröffentlicht auf: [http://www.baltic21.org/Meetings/new/sog_14/doc/SOG%2014-4-1-Add.%201.%20B21-HELCOM%20WG%20-%20Final%20Document%20\(Part%20II\).doc](http://www.baltic21.org/Meetings/new/sog_14/doc/SOG%2014-4-1-Add.%201.%20B21-HELCOM%20WG%20-%20Final%20Document%20(Part%20II).doc), 22.04.2008

Sektor Landwirtschaft

First Meeting of the Task Force on Agriculture (TFA) - Warsaw, Poland 19-20 April 1999. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h.Meetings/new/agriculture/rep_april.htm, 24.04.2008

Baltic Agenda 21 Task Force on Agriculture (TFA) Third Meeting (TFA 3) - 10-11 October 2000 Helsinki, Finland. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/Meetings/new/agriculture/minutes_final.pdf, 24.04.2008

Task Force on Agriculture (TFA) - Minutes of the Fourth Meeting (TFA 4) 11-12 October 2001 Goslar, Germany. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/Meetings/new/agriculture/TFA_4_Final_Minutes.pdf, 24.04.2008

Task Force on Agriculture TFA 5 Fifth Meeting (TFA 5) 24 October 2002 Kiel, Germany - Preparation of the Baltic 21 Triennial Report. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/Meetings/new/agriculture/TFA_5_5-1.pdf, 24.04.2008

List of Decisions of the Fifth Meeting of the Task Force on Agriculture, 24.10.2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h.Meetings/new/agriculture/TFA_5_12-1.htm, 24.04.2008

Sector Agriculture Lead Party Meeting Agriculture (LPMA) Goslar, Germany September 11-12, 2003: Minutes of the Meeting. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/meeting_documents/LPMA/Minutes%20of%20LPMA%20Meeting.pdf, 25.04.2008

Item 3: Information by Lead Parties, Baltic 21 Unit, BA 21 Members and Guests: Extracts from the Report of SOG 18 Meeting. Lead Party Meeting Agriculture (LPMA) Goslar, Germany September 11-12, 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/Meetings/new/sog_18/pdf/SOG%2018%20report-Final.pdf, 25.04.2008

Item 4: Terms of Reference for the Task Force Sustainable Agriculture. Draft Terms of Reference for Baltic 21 – Task Force on Sustainable Agriculture. Sector Agriculture Lead Party Meeting Agriculture (LPMA). Goslar, Germany September 11-12, 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/meeting_documents/LPMA/4-1-Rev2.doc, 25.04.2008

Sector Agriculture Task Force Sustainable Agriculture (TFSA) Lübeck, Germany April 26-27, 2004 - Minutes of the Meeting. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.baltic21.org/Meetings/new/agriculture/Minutes%20TFSA%201-2004.doc>, 25.04.2008

Sektor Forstwirtschaft

Baltic 21 for the Baltic Sea Region Report from the Forest Sector Meeting 27.-29.09.1999 Öster Malma, Sweden. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/forestry/minutes.htm>, 28.04.2008

Baltic 21 for the Baltic Sea Region Report from the Forest Sector Meeting 11.-13.09.2000 in Espoo, Finland. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/forestry/espoo_report.htm, 28.04.2008

Minutes of the Meeting Baltic 21 Forest Sector Meeting Sagadi, Estonia September 26-28, 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/forestry/sagadi_report.htm, 28.04.2008

Minutes of the Meeting. Baltic 21 Forest Sector Meeting Sigulda, Latvia 20-21 October 2003. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.baltic21.org/Meetings/new/forestry/Minutes_Forests%20Sect%20Meeting%20in%20Sigulda%2003.pdf, 28.04.2008

Sektor Industrie

Minutes from the Baltic 21 Industry Sector Kick-off March 21-22, 2000. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/industry/final_minutes_kick-off.htm, 29.04.2008

Minutes from the second Baltic 21 Industry Sector Task Force Meeting, INTF2 2000-06-21 Scania Convention Centre Malmö, Sweden 2000-06-22 First Garden hotel Malmö, Sweden. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/industry/INTF_minutes_final.htm, 29.04.2008

Minutes from the third Baltic 21 Industry Sector Task Force Meeting, INTF 3, 2001-03-28 - 2001-03-30. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/industry/BA21INTF3_minutes_final_010330.htm, 29.04.2008

Minutes from the fourth Baltic 21 Industry Sector Task Force Meeting, INTF 4 2001-09-17 - 2001-09-18, Ministry of Economy, Warsaw, Poland. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/industry/INTF_4_minutes.htm, 29.04.2008

Minutes from the fifth Baltic 21 Industry Sector Task Force Meeting, INTF 5 2002-03-18 - 2002-03-19, Ministry of Economic Affairs, Tallinn, Estonia. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.baltic21.org/Meetings/new/industry/INTF_5_minutes.pdf, 29.04.2008

Minutes from the sixth Baltic 21 Industry Sector Task Force Meeting, INTF 6 2002-11-25 - 2002-11-26, Ministry of Economy, Vilnius, Lithuania. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/industry/B21INTF6_minutes_021127.htm, 29.04.2008

Baltic 21 Industry Task Force Seventh Meeting (INTF 7) Stockholm, Sweden 28-29 April, 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.baltic21.org/Meetings/new/industry/030606-Minutes-B21INTF7.pdf>, 29.04.2008

Baltic 21 Industry Task Force Eight Meeting (INTF 8) Riga, Latvia 13-14 October. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/Meetings/new/industry/031114_b21intf8.pdf, 29.04.2008

Sektor Transport

Baltic 21 Transport Sector Report - Baltic 21 Series No 8/98. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.baltic21.org/attachments/transport_report.pdf, 14.12.2005

Sektor Tourismus

Report from Baltic 21 Tourism Sector Meeting in Riga, June 17, 1999. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.baltic21.org/?h,Meetings/new/tourism/rep_jun.htm, 30.04.2008

Sektor Bildung

1st CBSS Ministers of Education meeting, Stockholm, 23-24 March 2000- Haga Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/8norwegian/dbaFile6593.html>, 09.01.2006

Communiqué of the second Meeting of Ministers of Education in Countries of the Baltic Sea Region, January 24-25, 2002, Haga Palace, Stockholm Sweden. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.baltic21.org/?a,181>, 09.01.2006

An Agenda 21 for Education in the Baltic Sea Region – Baltic 21E. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.baltic21.org/?a,181>, 09.01.2006

Appendix 4: Education sector Co-ordinating Group and Mandate. Report BALTIC 21E Second Implementation Meeting (ImpB21E 2) - Helsinki, Finland, November 18-19, 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h.Meetings/new/education/Baltic21_Education_coordination_group.htm, 24.04.2008

Report. The First Education Sector Network Meeting in Vilnius, Lithuania, September 4-5, 2000. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h.Meetings/new/education/EDU1_final_report.htm, 24.04.2008

Report. The Second Education Sector Network Meeting in Karlskrona, Sweden, June 18-19, 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h.Meetings/new/education/EDU2_minutes.htm, 24.04.2008

Appendix 1: List of participants and of nominated national co-ordinators. Report - BALTIC 21E Second Implementation Meeting (ImpB21E 2) Helsinki, Finland Nov. 18-19, 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.baltic21.org/?h.Meetings/new/education/ParticipImpB21E2.htm>, 24.04.2008

Appendix 3: Short presentation of work within each country after Haga 2 - Report BALTIC 21E Second Implementation Meeting (ImpB21E 2). Helsinki, Finland, November 18-19, 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.baltic21.org/?h.Meetings/new/education/ImplB21E2MinutesAppendix3.htm>, 24.04.2008

Report from BALTIC 21 E Third Implementation Meeting (ImpB21E 3) Karlskrona, Sweden, 14 June 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/?h.Meetings/new/education/ImpB21E3_minutes.htm, 24.04.2008

Appendix 1: List of participants and of nominated national co-ordinators. Third Baltic 21 E Coordinating Group Meeting (BA21ECG 3), Göteborg, 8 May 2004. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/meeting_documents/ECG3/MinutesBA21ECG3.doc, 24.04.2008

Third Baltic 21 E Coordinating Group Meeting (BA21ECG 3), Göteborg, 8 May 2004. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.baltic21.org/meeting_documents/ECG3/MinutesBA21ECG3.doc, 24.04.2008

BETF - BASREC

Bergen Declaration “Sustainable Energy Supply around the Baltic Sea” Bergen, June 27th, 1997. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/background/other/dbaFile435.html>, 18.09.2005

Baltic Energy Task Force (BETF): Working Group on Electricity Markets. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/background/other/dbaFile431.html>, 18.09.2005

Baltic Energy Task Force (BETF): Working Group on Natural Gas Markets. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/background/other/dbaFile432.html>, 18.09.2005

Baltic Energy Task Force (BETF): Working Group on Energy Efficiency. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/background/other/dbaFile433.html>, 18.09.2005

Baltic Energy Task Force (BETF): Working Group on Climate Policy. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/background/other/dbaFile434.html>, 18.09.2005

Baltic Ring Study - Executive Summary (Doc DK-98/60). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/summits/riga1998/dbaFile557.html>, 18.12.2007

Stavanger Communiqué der CBSS-Energieminister 30.11.-01.12.1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/background/ministerial/stavanger/dbaFile430.html>, 18.09.2005

2nd Meeting of the CBSS Energy Ministers (Helsinki, 24-25 October 1999). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/8norwegian/dbaFile6554.html>, 09.01.2006

Meeting of the Energy Ministers of the Baltic Sea States and the European Commission, Vilnius 20.11.2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/background/ministerial/dbaFile1576.html>, 18.09.2005

Signing of the BASREC Testing Ground Agreement - Communiqué, Göteborg, 29 September 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/newslist/dbaFile2449.doc>, 18.09.2005

4th Meeting of the CBSS Energy Ministers, Reykjavik, 28 October 2005 - Communiqué. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/14icelandic/energyministerial/>, 04.01.2008

Report by the Group of Senior Energy Officials (GSEO) for the Meeting of the Energy Ministers of the CBSS Member Countries and the European Commission, Vilnius 20 November 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/organisation/groupseniorenergy/dbaFile1498.doc>, 09.01.2006

Directorate-General for Research Directorate A: Medium- and Long-Term Research Division for Industry, Research, Energy, Environment and STOA. Briefing ENER 504 EN - Energy Cooperation in the Baltic Sea: The Case for Electricity. 08.03.2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies/download.do?file=8269#search=%20electricity%20baltic>, 11.10.2005

Basrec-Report 2003-2005, Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/documents/wwwcbssstbasrecdocumentsgseodoc/dbaFile8964.doc>, 02.07.2008

Basrec Regional Handbook on Procedures for Joint Implementation in the Baltic Sea Region January 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/documents/climatechange/dbaFile1557.pdf>, 09.01.2006

BIO2002ENERGY - Development of the Use of Bioenergy in the Baltic Sea Region. Executive Summary. Baltic Sea Region Energy Co-operation (BASREC) Nordic Council of Ministers (NMR) October 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/documents/bioenergy/dbaFile1559.pdf>, 09.01.2006

Northern Dimension in a BASREC Perspective. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/basrec/conferences/wwwcbssstbasreconferencesstpetersburgreport/dbaFile7270.pdf>, 18.09.2005

Baltic Sea Chambers of Commerce Association

Statutes of Baltic Sea Chambers of Commerce Association, BCCA. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bcca.ws/filearea/cm4o11/statuesofbcca.doc>, 16.12.2005

BCCA input to Northern Dimension Action Plan - with particular interest for the Kaliningrad Oblast. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bcca.ws/filearea/cm4o11/ndapkaliningrad.doc>, 16.12.2005

BCCA - Comments to: Commission Working Document – The Second Northern Dimension Action Plan, 2004-2006. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bcca.ws/filearea/cm4o11/ndapiicommentsv2.doc>, 16.12.2005

Baltic Development Forum

History of Baltic Development Forum. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bdforum.org/sideindhold.asp?sideid=333&sprog=1>, 16.01.2006

Report on the 1999 Baltic Development Forum summit: Promoting the spirit of co-operation in the Baltic Sea Region. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.bdforum.org/download/Files/publications/summitprogrammes_reports/Summit_Report_1999.pdf.aspx?download=true, 23.06.2008

Report on the 2000 Baltic Development Forum Summit: Launching a Regional Strategy for Business Development. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.bdforum.org/download/Files/publications/summitprogrammes_reports/Summit_Report_2000.pdf.aspx?download=true, 23.06.2008

Report on the 2001 Baltic Development Forum Summit: From words to action. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.bdforum.org/download/Files/publications/PDF_thumbs/summit_report_2001.jpg.aspx?download=true, 23.06.2008

Baltic Sea Parliamentary Conference

Baltic Sea Cooperation in the European context. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.norden.org/bspcnet/media/Dokument/Faktablad_BSPC.pdf, 07.04.2008

Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) - Rules of Procedure for the Parliamentary Conference and the Standing Committee. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.norden.org/bspcnet/media/Dokument/revised_rules.pdf, 16.09.2005

Väänänen, Pentti; Boedeker, Mika (Hrsg.): Parliamentary Conference on Co-operation in the Baltic Sea Area, Helsinki, 7-9 January 1991, Helsinki 1991 (=Edition des mit der ersten Ostseeparlamentarierkonferenz verbundenen Schriftguts)

Conference Resolution adopted by the Second Parliamentary Conference on Co-operation in the Baltic Sea Area, on 24 April 1992. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/2nd_BSPC_Resolution.pdf, 16.09.2005

Mandate for Parliamentary Conferences on Co-operation in the Baltic Sea Area. Appendix 1 in: Conference Resolution adopted by the Second Parliamentary Conference on Co-operation in the Baltic Sea Area, on 24 April 1992. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/2nd_BSPC_Resolution.pdf, 16.09.2005

Resolution der dritten Ostseeparlamentarierkonferenz vom 05.-06.05.1994 in Warschau. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/3rd_BSPC_Resolution.pdf, 16.09.2005

Resolution der vierten Ostseeparlamentarierkonferenz vom 12.-13.09.1995 in Rønne. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/4.Resolution_96.DOC, 17.04.2008

Resolution der fünften Ostseeparlamentarierkonferenz vom 10.-11.09.1996 in Riga. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/5th_BSPC_Resolution.pdf, 16.04.2008

Resolution der sechsten Ostseeparlamentarierkonferenz vom 15.-16.09.1997 in Gdansk. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/6.Resolution_97.doc, 16.04.2008

Resolution adopted by the 7th Parliamentary Conference on Cooperation in the Baltic Sea Region - Lübeck, 8th September 1998. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/7.Resolution_98.doc, 10.04.2008

Conference Resolution - adopted by the 8th Parliamentary Conference on Co-operation in the Baltic Sea Region, according to the rules of procedure of the Parliamentary Conference, Mariehamn, 8th September 1999. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/8.Resolution_99.doc, 16.04.2008

Resolution der neunten Ostseeparlamentarierkonferenz vom 04.-05.09.2000 in Malmö. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/9.Resolution_00.doc, 16.04.2008

Resolution der zehnten Ostseeparlamentarierkonferenz vom 03.-04.09.2001 in Greifswald. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/10.Resolution_01.pdf, 16.04.2008

Resolution Part II adopted by the 10th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC), assembled in Greifswald, Germany, September 3rd - 4th, 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.norden.org/bspcnet/downloads/resolutions/10.Resolution_01.pdf, 16.09.2001, S. 6

Resolution Part I - adopted by the 11th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC), assembled in St. Petersburg, Russian Federation, 30th September - 1st October 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.norden.org/bspcnet/media/Dokument/Resolution%20I%20-%20final.pdf>, 16.04.2008

Resolution Part II adopted by the 11th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC), assembled in St. Petersburg, Russian Federation, 30th September - 1st October 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.norden.org/bspcnet/media/Dokument/Resolution%20II%20-%20final.pdf>

Resolution adopted by the 12th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC), assembled in Oulu, Finland, 8-9 September 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.norden.org/bspcnet/media/Dokument/12%20BSPC%20-%20Final%20Resolution.pdf>, 16.04.2008

Baltic Sea States Subregional Conference

About BSSSC. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bsssc.com/section.asp?id=77>, 18.09.2005

The Stavanger Declaration on Baltic Sea States Subregional Co-operation. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://backweb.signalera.se/documents/D56AD0EE-DB96-4278-AE90-67C1E65C9FC0.doc>, 18.09.2005

Conclusions of the second Conference on Baltic Sea States subregional Co-operation, 17-19 October 1994, Lübeck-Travemünde. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://backweb.signalera.se/documents/948B568F-1167-455F-AC5A-7E5017B2FAA4.doc>, 18.09.2005

The 3rd BSSSC annual conference - Västerås (Sweden), 8-9 November 1995 - Resolution. In: Decade of the BSSSC. Resolutions and Reports from the annual conferences 1993-2003. Gdansk 2004

Conclusions of the Fourth Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation, 17-18 October 1996, Vaasa. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://backweb.signalera.se/documents/8736CDFC-F390-45BD-B2BF-ABD2DF1DD59F.doc>, 18.09.2005

Conclusions of the Fifth Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation, 27.-28.10.1997, Gdansk. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://backweb.signalera.se/documents/8E3C2EE7-489A-47EC-8057-A43768A6DCAD.doc>, 18.09.2005

Resolution from the BSSSC Conference Roskilde, 22.-24.10.1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://backweb.signalera.se/documents/BC7CD683-9A6B-4CC5-997F-5374F61C501D.doc>, 18.09.2005

Resolution of the 7th Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation, Kaunas, 28-30th October 1999. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bsssc.com/section.asp?id=147&pid=81>, 18.09.2005

Resolution of the 8th Conference on Baltic Sea States Subregional Co-operation, Pärnu, 26-28th October 2000. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bsssc.com/section.asp?id=146&pid=81>, 18.09.2005

Resolution of the 10th BSSSC Annual Conference, Lillehammer, 24.-26.10.2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.bsssc.com/section.asp?id=144&pid=81>, 18.09.2005

The 11th BSSSC annual conference - St Petersburg (Russian Federation), 23-25 October 2003 - Resolution. In: Decade of the BSSSC. Resolutions and Reports from the annual conferences 1993-2003. Gdansk 2004

BSSSC - Malmö Resolution 23 October 2004. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://backweb.signalera.se/documents/DFB846DB-4936-4307-9424-5C80EF1EA073.doc>, 18.09.2005

Connecting Regional Co-operation and EU-Programmes for the Accession Strategy. BSSSC-Workshop 12.06.1998 Brüssel. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://backweb.signalera.se/documents/2B399670-E815-435F-886A-FD5DF6F8EF5E.doc>, 18.09.2005

2nd BSSSC Northern Dimension Seminar (held alongside the 11th BSSSC Conference St.Petersburg, 23 October 2003): A dialogue between BSSSC and Northwest Russian regional representatives on regional co-operation. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://backweb.signalera.se/documents/1E8D30DE-6346-4C8C-AD17-2B2D31673CC3.pdf>, 11.10.2005

BSSSC Consultation Process - Sub-regions and their interregional co-operation - experiences and perspectives. Kopenhagen, o. J.. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://backweb.signalera.se/documents/7E71F438-F64E-439C-A026-CA109C0DD752.doc>, 18.09.2005

Baltic Tourism Commission

The BTC Story. How it all began. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.balticsea.com/travel_trade_btc_members_btc_story.htm, 15.11.2005

Council of the Baltic Sea States

Business Advisory Council

Factsheet des Business Advisory Councils. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/structure/bac/>, 26.05.2004

Memorandum of the Baltic Sea Business Advisory Council BAC "On request for action by Government" on the occasion of the Summit of the Heads of Government of the Baltic Sea States convening in Riga on January 22-23, 1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/summits/riga1998/dbaFile561.html>, 26.05.2004

Business Advisory Council. Report and Message. Council of the Baltic Sea States, 10th Ministerial Session (Hamburg, 7 June 2001). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/11cbssministerialsession/dbaFile1176.doc>, 09.01.2006

Recommendations for Increased Trade and Investments in the Kaliningrad Region. A set of viewpoints from the Business Advisory Council - BAC (in the framework of CBSS) to be presented to the CBSS Foreign Ministers Meeting in Svetlogorsk on March 6, 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/11cbssministerialsession/dbaFile1176.doc>, 09.01.2006

Statement to the Council of the Baltic Sea States Meeting of the Ministers of Trade and Economy by the Business Advisory Council, BAC, Tallinn, 19-20. April 2004. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/ecoministerial/bac.doc>, 11.09.2007

Baltic Sea Region Border Control Cooperation

Factsheet der Baltic Sea Region Border Control Cooperation. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.cbss.st/structure/lc_cs/, 14.07.2008

Baltic Sea Customs Cooperation

Draft Final communiqué Baltic Sea Customs Conference Bornholm, Denmark. 10-11 May . Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/3polish/dbaFile3493.html>, 14.07.2008

CBSS-Kommissar

Mandate of the Commissioner of the Council of the Baltic Sea States on democratic Institutions and human rights, including persons belonging to minorities. Tallinn, 19.05.1994. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/1st_period/1996/annex1.htm, 28.09.2007

Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Report Of First Mandate Period 1994-97. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/1st_period/final_report/default.htm, 28.09.2007

Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report May 1995 - June 1996, Kapitel 2: Studies undertaken on the initiative of the commissioner. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/1st_period/1996/rep02.htm, 15.10.2007

Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report May 1995- June 1996, Kapitel 3: Other main substance areas dealt with by the commissioner. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/1st_period/1996/rep03.htm, 16.10.2007

Commissioner of the Council of the Baltic Sea States- Annual Report June 1996- June 1997- 2.Surveys undertaken on the initiative of the commissioner. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/1st_period/1997/rep02.htm, 16.10.2007

Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report June 1996-June 1997. Kapitel 3: Other subjects taken up by the Commissioner. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/1st_period/1997/rep03.htm, 17.10.2007

Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report June 1996 - June 1997. Kapitel 6: Implementation of Recommendations. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/1st_period/1997/rep06.htm, 17.10.2007

Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report June 1997-June 1998. Kapitel 2: Surveys. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/2nd_period/1998/rep02.htm, 17.10.2007

Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report June 1997-June 1998, Kapitel 3: Other Subjects taken up by the Commissioner. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/2nd_period/1998/rep03.htm, 18.10.2007

Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report June 1997-June 1998, Kapitel 4: Special Activities with regard to certain member states. elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/2nd_period/1998/rep04.htm, 18.10.2007

Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report June 1998 -June 1999, Kapitel 2: Surveys. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/2nd_period/1999/rep02-1.htm#2., 19.10.2007

Commissioner of the Council of the Baltic Sea States Annual Report June 1998 - June 1999, Kapitel 4: Special activities with regard to certain member states. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/2nd_period/1999/rep04.htm, 22.10.2007

Commissioner of the Council of the Baltic Sea States Annual Report June 1999 - June 2000, Kapitel 2: Seminars for Parliamentarians on Good Lawmaking. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/2nd_period/2000/rep02.htm, 22.10.2007

Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report June 1999 -June 2000, Kapitel 3: Surveys. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/2nd_period/2000/rep03.htm, 22.10.2007

Commissioner of the Council of the Baltic Sea States Annual Report 2000 - June 1999-June 2000, Kapitel 4: Special Activities with regard to certain member states. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/2nd_period/2000/rep04.htm, 23.10.2007

Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report, October 2000-May 2001. Kapitel 3: Focus Areas and Surveys. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/3rd_period/rep03.htm, 23.10.2007

Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Annual Report, October 2000-May 2001. Kapitel 2: Seminar Activities for Parliamentarians. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/3rd_period/rep02.htm, 23.10.2007

The Commissioner of the Council of the Baltic Sea States on Democratic Development - Annual Report- May 2001-February 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/3rd_period/annual%20report2002.pdf, 24.10.2007

The Commissioner of the Council of the Baltic Sea States on Democratic Development- Annual Report- 1 February 2002 – 1 May 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/3rd_period/annualreport2003.pdf, 24.10.2007

The Commissioner of the Council of the Baltic Sea States on Democratic Development - Final Report - October 2000-December 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/documentation/reports/3rd_period/Finalreport2003.pdf, 26.10.2007

Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Recommendations to be followed and immediate actions to be taken - Results from the Seminar "Modern Slavery" Copenhagen 21 May 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://213.115.141.245/seminars/modernslavery/recommendations.htm>, 07.01.2006

Commissioner of the Council of the Baltic Sea States - Recommendations Pre-Trial Detention in the Baltic Sea Area 2-4 February 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: http://213.115.141.245/seminars/pre-trial_detention/recommendations.htm, 07.01.2006

NGOs - Committed to Democracy?! Intervention by the CBSS Commissioner on Democratic Development H. E. Helle Degn at the 2nd Baltic Sea NGO Forum- St. Petersburg, 19 April 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/dbaFile1304.doc>, 09.01.2006

Intervention by the Commissioner of the CBSS on Democratic Development Ms. Helle Degn The 7th Meeting of the Prosecutors General in the Baltic Sea Region. Vilnius, Lithuania 7 June 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/dbaFile3576.html>, 09.01.2006

The implementation of the UN convention on the rights of the child in the CBSS-member states with regard to specific articles (sexual abuse, violence in media, children of asylum seekers). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://213.115.141.245/index.htm>, 27.08.2007

Communiqués:

Conference of the Foreign Ministers of the Baltic Sea States, Copenhagen, March 5-6, 1992- Terms of Reference for the Council of the Baltic Sea States. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/foundingdocs/dbaFile752.html>, 26.05.2004

Conference of Foreign Ministers of the Baltic Sea States, Copenhagen, March 5-6, 1992 - Copenhagen Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/foundingdocs/dbaFile751.html>, 26.04.2004

Council of the Baltic Sea States Second Ministerial Session, Helsinki 16-17 March 1993 - Communiqué. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/1finnish/dbaFile534.html>, 08.11.2007

Council of the Baltic Sea States. Third ministerial Session, Tallinn, May 24-25 1994 – Communiqué. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/dbaFile529.html>, 26.05.2004

Gdansk-Communiqué des 4. Außenministertreffens vom 18.-19.05.1995. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/3polish/dbaFile524.html>, 26.05.2004

Fifth Ministerial Session, Kalmar 2-3 July 1996 - Action Programme for the Baltic Sea States Co-operation. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/4swedish/dbaFile517.html>, 26.05.2004

Council of the Baltic Sea States. Sixth Ministerial Session, Riga 2-3 July 1997- Communiqué. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/5latvian/dbaFile515.html>, 26.05.2004

Communiqué of the 7th Ministerial Session of the CBSS, Nyborg, 22-23rd June 1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/dbaFile3003.html>, 26.05.2004

Council of the Baltic Sea States Eighth Ministerial Session, Palanga, 14-15 June 1999 - Communiqué. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/7lithuanian/dbaFile465.html>, 26.05.2004

Council of the Baltic Sea States, Tenth Ministerial Session, Hamburg, 7 June 2001 - Communiqué. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/9german/communiqu/>, 26.05.2004

Anlage 2: Marine Environment Protection and Safety of Sea Transport des Hamburger CBSS-Communiqués vom 07.06.2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/9german/communiqu/dbaFile1384.html>, 27.06.2008

CBSS 11th Ministerial Session - Svetlogorsk Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/dbaFile779.html>, 26.05.2004

Council of Senior Officials

Report of the Committee of Senior Officials, the first year of the Council Activity 16 March 1993. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/1finnish/csoannualreport/>, 26.05.2004

1993-1994 Annual Report from the CBSS Committee of Senior Officials (CSO). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/csoannualreport/>, 26.05.2004

Report of the Council of Senior Officials, the third year of the council activity. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/3polish/csoannualreport/>, 26.05.2004

1996-1997 Annual Report from the CBSS Committee of Senior Officials (CSO). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/5latvian/csoannual/>, 26.05.2004

1997-1998- Report of the Committee of Senior Officials, The sixth year of Council Activity. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/csoannual/>, 26.05.2004

2001-2002 Annual Report from the CBSS Committee of Senior Officials (CSO). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/csoannual/>, 26.05.2004

Annual Report from the Committee of Senior Officials, The 12th Year of the Council's Activity 2003-2004. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/csoannualreport2003-2004read-only.doc>, 12.11.2007

EU

Priorities and Projects. Contribution of the Council of the Baltic Sea States (CBSS) to the 'Action Plan for the Northern Dimension with external and cross-border policies of the European Union 2000-2003' April 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.cbss-ngo.de/2001/cbss/prioritaeten_CBSS-action_en.pdf, 08.11.2007

EuroFaculty

The EuroFaculty-Report 1993-2005. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/14icelandic/finalef-balticreport1993-2005.pdf>, 07.01.2006

EuroFaculty Report to the Council of the Baltic Sea States, Year 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/pori/annaulreports/fullreport2002.doc>, 09.01.2006

Council of the Baltic Sea States, III. Ministerial Session, Tallinn, May 24-25, 1994 - Statutes of the EuroFaculty. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/eurofaculty/dbaFile3312.html>, 14.10.2006

Mandate for the Steering Committee of the Euro-Faculty (1993-1994). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/csoannualreport/dbaFile3314.html>, 07.01.2006

Revised EuroFaculty statutes. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/8norwegian/ministerialsession/dbaFile367.html>, 12.11.2007

Informationsgesellschaft

1st CBSS Ministerial meeting on Information Society, Riga, 28.09.2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/informationssociety/>, 26.05.2004

Northern eDimension Action Plan 2002-2004. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/informationssociety/dbaFile260.html>, 07.01.2006

Treffen der Innenminister

Conference of Ministers of the Council of Baltic Sea States responsible for Police Co-operation, Hanseatic City of Lübeck, Germany 6-7 May 2002 - Conclusions. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/dbaFile1322.html>, 26.05.2004

Jugendpolitik

A Plan of Action for the Future Baltic Sea Co-operation in the Youth Field, 1st CBSS Youth Ministers Conference (Visby, 5-6 June 1998), Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/dbaFile6656.html>, 07.01.2006

Plan of Action. Baltic Sea Youth Minister Conference: "Youth in the Knowledge Society" 6th-9th June, 2002 Vilnius, Lithuania. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/youthministers-vilniusplanofactionjune9-62002.doc>, 26.05.2004

Conference on Commercial Sexual Exploitation of Children in the Baltic Sea Region Tallinn, 03-04.09.1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/7lithuanian/dbaFile511.html>, 26.05.2004

Report from the Work of the WGCC and the Children's Unit. January 1st 2002 – June 30th 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/pori/annualreports/>, 09.01.2006

Report from the Work of the WGCC and the Children's Unit. July 1st 2003 – June 30th 2004. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/cbssmd/otherdocuments/wgccannualreport.doc>, 27.08.2007

Terms of Reference der WGCC vom 28.01.2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.childcentre.info/archive/workinggro/dbaFile11485.doc>, 23.08.2007

Kultur

Factsheet der Baltic Sea Monitoring Group on Heritage Cooperation. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/structure/balticheritage/>, 26.05.2004

First Conference of the CBSS Ministers of Culture, Saltsjöbaden, 10-11 May 1993 - Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/dbaFile3492.html>, 07.11.2007

Pressemitteilung des 1. CBSS-Kultusministertreffens 10.-11.05.1993. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/dbaFile3661.doc>, 07.11.2007

2nd Conference of the CBSS Ministers of Culture, Tallinn, 10-12 Sept. 1995 - Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/4swedish/dbaFile3491.html>, 07.11.2007

3rd Conference of the CBSS Ministers of Culture, Lübeck, 22 Sept. 1997 - Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/dbaFile3263.html>, 07.11.2007

4th Conference of the CBSS Ministers of Culture, Gdansk, 21 Sept. 1999 - Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/8norwegian/dbaFile398.html>, 07.11.2007

5th Conference of the CBSS Ministers of Culture, Copenhagen, 19 Sept. 2001 - Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/culture/>, 07.11.2007

VIth Conference of the Baltic Sea States' Ministers of Culture in Saint-Petersburg, 02.-03.12.2003 - Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/dbaFile3268.html>, 07.11.2007

Baltic Sea States Working Group on Heritage Cooperation. Saveguarding and Developing the common cultural Heritage in the Baltic Sea Region. Final Report, agreed upon in Gdansk, May 27-29, 1999. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://balticheritage.raa.se/reports/report1.pdf>, 30.06.2008

Baltic Sea States Working Group on Heritage Co-operation. Supplement to the report on Safeguarding and Developing the common cultural heritage in the Baltic Sea region - Framework Statements. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://balticheritage.raa.se/reports/report1s.pdf>, 07.11.2007

Report 2 on Cultural Heritage in the Baltic Sea States. Given by the Monitoring Group - Agreed upon by the Monitoring Group in Tallinn, Estonia 6-7 August 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://balticheritage.raa.se/reports/report2.pdf>, 08.11.2007

Cultural Heritage Co-operation in the Baltic Sea States Report 3 - Agreed upon by the Monitoring Group in Stockholm, Sweden the 1st of September 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://balticheritage.raa.se/reports/cultural-heritage-co-op.pdf>, 08.11.2007

NGOs

Caspari, Albert: Nach Lübeck - Was nun? Ostseekooperation als demokratischer Seismograph "Die nächste Konferenz müssen wir nun selbst organisieren". Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss-ngo.de/luebeck-komm.html>, 26.10.2007

First Baltic Sea NGO Forum- Lübeck, 28-29 May 2001- Conclusions by the Preparatory Committee. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/9german/ngoforum/dbaFile3053.pdf>, 26.10.2007

Second Baltic Sea NGO Forum. Within the framework of the Russian CBSS Presidency, St. Petersburg, 19-20 April 2002 - Conclusions. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/dbaFile1352.doc>, 19.09.2005

3rd Baltic Sea NGO Forum, Turku 8 – 11 May 2003 - Report from the CBSS Secretariat. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/ngoforum/finaldocturku.doc>, 19.09.2005

Final Statement of the IV Baltic Sea NGO Forum „Challenges for Baltic Sea Civil Society in a Changing Europe“. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/ngoforum/finalstatement4bsngoforumfinal110504.rtf>, 30.10.2007

NGO-Ostseekooperation: Die Baltic Sea NGO-Foren 2001-2003. http://www.infobalt.de/html/2001_2003.html, 26.10.2007

The Copenhagen Declaration of the Copenhagen NGO-initiative. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/9german/dbaFile5996.html>, 26.10.2007

Prioritäten der Präsidenschaften

Priorities of the Norwegian Presidency of the CBSS in 1999-2000. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/8norwegian/dbaFile464.html>, 26.05.2004

Priorities for the German Presidency of the Council of the Baltic Sea States (CBSS) 2000-2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/9german/priorities/>, 26.05.2004

Priorities of the Russian Presidency of the CBSS in 2001-2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/dbaFile268.html>, 26.05.2004

Priorities of the Finnish Presidency of the CBSS in 2002-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/dbaFile3074.html>, 18.07.2008

Priorities of the Estonian CBSS Presidency in 2003-2004. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/dbaFile3076.html>, 26.05.2004

Priorities of Polish Chairmanship in the Council of the Baltic Sea States, 2004-2005. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/13polish/dbaFile5089.html>, 14.11.2007

Priorities of the Icelandic Presidency of the CBSS 2005-2006. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/14icelandic/priorities/>, 14.11.2007

Priorities during the Swedish Presidency of the Council of the Baltic Sea States (CBSS), July 2006–June 2007. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/15swedish/swedishpriorities.pdf>, 14.11.2007

Sekretariat

Agreement between the Government of the Kingdom of Sweden and the Secretariat of the Council of the Baltic Sea States on the Privileges and Immunities of the Secretariat - Done at Stockholm on 23 October 1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/7lithuanian/dbaFile2987.html>, 26.05.2004

Annual Report for 1998/99 from the Secretariat of the Council of the Baltic Sea States. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/7lithuanian/csoannual/dbaFile470.html>, 07.01.2006

Annual Report to the CSO on the activities of the Secretariat of the Council of the Baltic Sea States, 1999/2000. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/8norwegian/reportcso/bergensecretariatsannualreportfor2000.doc>, 07.01.2006

Annual Report to the CSO on the activities of the Secretariat of the Council of the Baltic Sea States, 2001/2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/csoannual/csoannualreportannex4.doc>, 07.01.2006

Annual Report to the CSO on the Activities of the Secretariat of the Council of the Baltic Sea States, 2002/2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/csoannual/dbaFile3097.html>, 07.01.2006

Establishment Agreement of a CBSS Secretariat, 29 January 1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/dbaFile2816.html>, 26.05.2004

Staatsgipfel

Baltic Sea States Summit Visby 3-4 May 1996 - Presidency Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/summits/dbaFile564.html>, 26.05.2004

Presidency Declaration, Baltic Sea States Summit Riga, 22-23 January 1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/summits/riga1998/dbaFile562.html>, 26.05.2004

Factsheet der Senior Officials Group on Information Society. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/structure/sois/>, 26.05.2004

Information technology. Fact Sheet to the Second Baltic Sea Summit, Riga, January 22-23, 1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/summits/riga1998/dbaFile550.html>, 26.05.2004

Factsheet der Working Group on Cooperation on Children at Risk. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/structure/wgcc/>, 26.05.2004

Baltic Sea States Summit, Kolding, 12-13 April 2000: Chairman's Conclusions. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/summits/kolding2000/dbaFile541.html>, 07.01.2006

Baltic Sea States Summit, Kolding, 12-13 April 2000: Review of structure and working methods of the CBSS. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/summits/kolding2000/dbaFile539.html>, 07.01.2006

4th Baltic Sea States Summit St. Petersburg, 10 June 2002, Chairman's Conclusions. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/summits/stpetersburg2002/summit-chairmansconclusionsfinal.doc>, 07.01.2006

5th Baltic Sea States Summit Laulasmaa, Estonia, 21 June 2004 - Chairman's Conclusions. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/summits/laulasmaa2004/chairmansconclusion/>, 07.01.2006

Struktur

Note to Observers and Special Participants, Svetlogorsk, 4 March 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/11cbssministerialsession/dbaFile2959.html>, 07.01.2006

Umwelt

The Ministers of Environment of Denmark, Estonia, Finland, Germany, Iceland, Latvia, Lithuania, Norway, Poland, The Russian Federation, Sweden and The Commissioner of Environment And Nuclear Safety of The European Commission, or Their Representatives, Meeting in Saltsjöbaden, Sweden, 20-21 October 1996. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/5latvian/dbaFile6592.html>, 07.01.2006

Baltic Sea States' Declaration on Environment and Sustainable Development - CBSS Ministerial Meeting Luleå, 29 August 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/lule/dbaFile2048.pdf>, 09.01.2006

Working Group Democratic Institutions

CBSS Working Group on Democratic Institutions (WGDI) – Terms of Reference. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/structure/wgdi/wgditor/>, 07.01.2006

1993-1994 Report of the Working Group on Democratic Institutions, 24 May 1994. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/csoannualreport/dbaFile532.html>, 07.01.2006

1995-1996 Report of the Working Group on Democratic Institutions. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/4swedish/csoannualreport/dbaFile521.html>, 07.01.2006

1997-1998 Report of the Working Group on Democratic Institutions. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/csoannual/dbaFile3036.html>, 07.01.2006

1998-1999 Report of the Working Group on Democratic Institutions. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/7lithuanian/csoannual/dbaFile467.html>, 07.01.2006

Report of the WGDI for the activity period of 1999-2000. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/8norwegian/reportcso/csoannualreportannex2wgdi.doc>, 07.01.2006

2000-2001 Report of the Working Group on Democratic Institutions. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/9german/reportcso/dbaFile377.html>, 07.01.2006

Report of the WGDI for the activity period 2002-2003. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/csoannual/wgdiactivityreport2002-03.pdf>, 07.01.2006,
S. 2

2003-2004 Report of the Working Group on Democratic Institutions. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.cbss.st/structure/wgdi/dbaFile5979.html>, 07.01.2006

WGDI Seminar on the Status & functioning of NGO's, Tallinn, 8-10 Sept. 1995 - Final Report. Elektronisch
veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/4swedish/dbaFile523.html>, 26.05.2004

WGDI Seminar on Combating Contemporary Manifestations of Racism, Bergen 07.02.2002. Elektronisch
veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/dbaFile1153.html>, 26.05.2006

WGDI Seminar on Gender Equality, Stockholm, 25 April 2002. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/genderequality/>, 26.05.2004

2nd Seminar of National/Parliamentary Ombudsmen of the CBSS Member States, "Environment in the Baltic
Sea Region and Human Rights", St.Petersburg, 16 May 2002- Chairman's Conclusions. Elektronisch
veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/dbaFile1342.doc>, 09.01.2006

CBSS Working Group on Democratic Institutions Seminar on "Free Media: Responsibility and influence for the
Development of Civil Society", Vilnius, 2-3 December 2003 - Report. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/wgdiseminar/reportfrommediaseminar.doc>,
09.01.2006

WGDI Seminar on Trafficking in human beings (March 04). Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/wgdiseminar2/>, 26.05.2004

Working Group Economic Cooperation

CBSS Working Group on Economic Cooperation (WGEC) – Terms of Reference. Elektronisch veröffentlicht
auf: <http://www.cbss.st/structure/wgec/termsofreference/>, 07.01.2006

Factsheet der ad-hoc-Working Group on Transportation. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.cbss.st/structure/wgt/>, 26.05.2004

(1993-1994) Report of the Working Group on Economic Cooperation. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/csoannualreport/dbaFile531.html>, 07.01.2006

1995-1996 Report of the Working Group on Economic Cooperation. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/4swedish/csoannualreport/dbaFile520.html>, 07.01.2006

Annual report of the WGEC for the period September 1996 - June 1997, 27.05.1997. Elektronisch veröffentlicht
auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/5latvian/csoannual/dbaFile3100.doc>, 05.09.2007

Working Group Economic Cooperation, Annual report for the period July 1997 – June 1998. Elektronisch
veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/csoannual/dbaFile3104.rtf>,
06.09.2007

Annual Report of the Working Group in Economic Co-operation (WGEC). Council of the Baltic Sea States, July
1998-June 1999. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/7lithuanian/csoannual/dbaFile469.html>, 07.01.2006

Annual Report CBSS Working Group on Economic Co-operation, July 1999 - June 2000. Elektronisch
veröffentlicht auf:
<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/8norwegian/reportcso/bergencsoannualreportannex1wgec.doc>,
07.01.2006

Annual Report CBSS Working Group on Economic Co-operation (WGEC), July 2000 - June 2001. Elektronisch
veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/9german/reportcso/dbaFile378.html>,
07.01.2006

Annual Report CBSS Working Group on Economic Cooperation, July 2002 – June 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/csoannual/dbaFile1832.html>, 07.01.2006

Annual Report of the Working Group on Economic Cooperation, July 2003-June 2004. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/structure/wgec/dbaFile5994.html>, 07.01.2006

Informal meeting of Ministers in Charge of Industry and Economic Cooperation in the Baltic Sea Region, Helsinki, 24-25 August 1995. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/4swedish/dbaFile4196.html>, 26.05.2004

2nd CBSS meeting of Ministers in Charge of Industry and Economy - Gdansk (1998). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/dbaFile4195.html>, 10.09.2007

Ministerial Meeting on Trade and Investments of SMEs in the Baltic Sea Region, Vilnius, July 9-10, 1998. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/7lithuanian/dbaFile4194.html>, 26.05.2004

Ministerial Conference on trade and economic co-operation in the Baltic Sea region, Bergen 7-8 February 2000, Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/dbaFile4195.html>, 26.05.2004

Progress report on the 'Bergen Action Plan' to the 10th ministerial session of the CBSS, Hamburg 7 June 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/9german/10thministerialsession/annualreports/dbaFile295.html>, 09.01.2007

(second updated) Report on the 'Bergen Action Plan', Presented to the Ministerial Conference on Trade and Economic Co-operation in the Baltic Sea Region, Moscow, 20 March 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/10russian/trademeeting0302/dbaFile1113.html>, 11.09.2007

Tallinn Declaration, Adopted by the Council of the Baltic Sea States Meeting of Ministers of Trade and Economy, Tallinn, 19 - 20 April 2004. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/12estonian/economistrial/tallinndeclarationfinal.doc>, 11.09.2007

Working Group Nuclear and Radiation Safety

CBSS Working Group on Nuclear and Radiation Safety (WGNRS) – Terms of Reference. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/structure/wgnrs/dbaFile3744.html>, 07.01.2006

1992-1993 Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety, Helsinki 26.2.1993. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/csoannualreport/dbaFile535.html>, 07.01.2006

1993-1994 Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety, Tallinn 24.5.1994. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/csoannualreport/dbaFile530.html>, 07.01.2006

Statement on the visit of the WG to the Paldiski Training Center on the Pakri Peninsula in Estonia on 9 September 1993. Anlage von 1993-1994 Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety, Tallinn 24.5.1994. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/csoannualreport/dbaFile530.html>, 07.01.2006

Progress Report and Recommendations of the Working Group to the CBSS CSO on the Decommissioning of the Paldiski training reactor facilities. Anlage von 1993-1994 Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety, Tallinn 24.5.1994. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/csoannualreport/dbaFile530.html>, 07.01.2006

Action Plan of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety for 1994/95. Anlage von 1993-1994 Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety, Tallinn 24.5.1994. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/csoannualreport/dbaFile530.html>, 07.01.2006

1994-1995 Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety to be presented on the CSO-meeting in Novgorod 26.01.1995. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/4swedish/csoannualreport/dbaFile519.html>, 07.01.2006

Minutes from the Meeting on 27 March 1996 of the CBSS/CSO Working Group on Nuclear and Radiation Safety. Anlage in 1994-1995 Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety to be presented on the CSO-meeting in Novgorod 26.01.1995. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/4swedish/csoannualreport/dbaFile519.html>, 07.01.2006

Draft Charter of Visby. Anlage in 1994-1995 Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety to be presented on the CSO-meeting in Novgorod 26.01.1995. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/4swedish/csoannualreport/dbaFile519.html>, 07.01.2006

Working Group on Nuclear and Radiation Safety, Chairman's Report 27.4.1997. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/5latvian/csoannual/wgnrs1996-1997.pdf>, 07.08.2007

Working Group on Nuclear and radiation Safety, Chairman's Report to the Council of Senior Officials, 15.9.1998. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/6danish/csoannual/wgnrs1997-1998.pdf>, 07.08.2007

(1998-1999) Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety, Chairman's report to the Committee of Senior Officials 28.04.1999. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/7lithuanian/csoannual/dbaFile468.html>, 07.01.2006

Working Group on Nuclear and Radiation Safety, Chairman's report to the Committee of Senior Officials, 17.04.2000. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/8norwegian/reportcso/bergencsoannualreportannex3wgns.doc>, 07.01.2006

(2000-2001) Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety, Council of the Baltic Sea States 10th Ministerial Session, Hamburg, 7 June 2001. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/9german/reportcso/dbaFile376.html>, 07.01.2006

Agreement on the Exchange of Radiation Monitoring Data, 07.06.2001. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/9german/10thministersession/dbaFile3963.html>, 07.01.2006

(2002-2003) Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/csoannual/dbaFile1841.html>, 07.01.2006

(2003-2004) Report of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/structure/wgnrs/dbaFile5995.html>, 07.01.2006

Council of Peripheral Maritime Regions-Baltic Sea Commission

CPMR - Baltic Sea Commission. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.paijat-home.fi/english/tasks/cpmr.htm>, 19.09.2005

Visions and Objectives. Action Plan for the CPMR Baltic Sea Commission. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.paijat-home.fi/tehtavat/kansainvalisyys/cpmr/pdf/visions_and_objectives_pdf.pdf, 19.09.2005

Europäische Union

Europäischer Rat

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates in Rom vom 14.-15.12.1990 (DOC/90/6). Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=DOC/90/6&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>, 09.05.2008

Schlussfolgerungen des Europäischen Rats in Kopenhagen 21.-22.06.1993 (DOC/93/3). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf, 09.05.2008

Schlussfolgerungen des Europäischen Rats vom 09.-10.12.1994 in Essen. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/SN300-X.DE.htm, 12.05.2008

Schlussfolgerungen des Europäischen Rats vom 26.-27.06.1995 in Cannes. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00211-C.D5.htm, 12.05.2008

Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Madrid vom 15.-16.12.1995. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00400-C.D5.htm, 14.05.2008

Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Florenz vom 21.-22.06.1996. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=DOC/96/3&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>, 13.06.2008

Schlussfolgerungen des Europäischen Rats in Dublin vom 16.12.1996. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/032d0003.htm, 15.05.2008

Schlussfolgerungen des Europäischen Rats in Amsterdam vom 16.-17.06.1997. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/032d0006.htm, 15.05.2008

Schlussfolgerungen der Sondertagung des Europäischen Rats über Beschäftigungsfragen in Luxemburg vom 20.-21.11.1997. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00300.D7.htm, 15.05.2008

Europäischer Rat vom 12.-13.12.1997 in Luxemburg. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00400.D7.htm, 30.06.2008

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Cardiff vom 15.-16.06.1998. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/54313.pdf, 20.05.2008

Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Wien vom 11.-12.12.1998. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00300-R1.D8.htm, 20.05.2008

[The implementation of a Northern Dimension for the policies of the European Union Conclusions adopted by the Council on 31 May 1999](#). Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/doc/pres_concl_06_99.htm, 21.05.2008

Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Köln vom 03.-04.06.1999. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00150.D9.htm, 20.05.2008

Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Helsinki vom 10.-11.12.1999. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00300-r1.d9.htm, 21.05.2008

Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Santa Maria da Feira vom 19.-20.06.2000. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00200-r1.d0.htm, 19.06.2008

Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Göteborg vom 15.-16.06.2001. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00200-r1.d1.pdf

Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Barcelona vom 15.-16.03.2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/71067.pdf

Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Brüssel vom 24.-25.10.2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/73457.pdf, 29.05.2008

Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Brüssel vom 16.-17.10.2003. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/77683.pdf, 28.05.2008

Northern Dimension Initiative

Agreement on Partnership and Cooperation establishing a partnership between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Russian Federation, of the other part. Korfu, 24.06.1994.

Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.eu.int/comm/external_relations/ceeca/pca/pca_russia.pdf, 14.11.2005

Commission of the European Communities, Brussels 25.10.1994, Communication from the Commission to the Council - Orientations for a Union approach towards the Baltic Sea Region. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.cbss.st/documents/euand_baltic_region/dbaFile590.html, 17.01.2006

Current State of & Perspectives for Cooperation in the Baltic Sea Region (1995). Report on the Current State of and Perspectives for Cooperation in the Baltic Sea Region, approved by the European Council in Madrid (December 15-16, 1995). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.cbss.st/documents/euand_baltic_region/dbaFile588.html, 17.01.2006

Baltic Sea Region Initiative. Communication from the Commission. Commission of the European Communities Brussels, 10.04.1996 (SEC(96) 608 Final). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.cbss.st/documents/euand_baltic_region/balticseainitiative/, 17.01.2006

Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom 12. Juni 1996 zum Thema "Die nördliche Dimension der Europäischen Union und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation sowie im Barents-Gebiet" Brüssel, den 12. Juni 1996. Elektronisch veröffentlicht auf: http://coropinions.cor.eu.int/CORopinionDocument.aspx?identifizier=cdr\commission1\dossiers\com1-009\cdr107-1999_fin_ac.doc&language=DE, 19.12.2005

Stellungnahme des Ausschusses der Regionen zum Thema "Die derzeitige und künftige Politik der EU im Ostseeraum unter besonderer Berücksichtigung lokaler und regionaler Aspekte" Brüssel, den 25. November 1996. Elektronisch veröffentlicht auf: http://coropinions.cor.eu.int/CORopinionDocument.aspx?identifizier=archives.cdr\1994-1998\commission1\com1-020\cdr141-1996_fin_ac.doc&language=DE, 19.12.2005

Communication from the Commission „A northern dimension for the policies of the Union“. Brüssel, 25.11.1998 (KOM/98/0589 final). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.eu.int/comm/external_relations/north_dim/doc/com1998_0589en.pdf, 16.11.2005

European Commission Working Document of the Commission Services: A northern Dimension for the policies of the Union: An inventory of current activities 1999. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.eu.int/comm/external_relations/north_dim/doc/inventory.pdf, 14.11.2005

Common Strategy of the European Union of 4 June 1999 on Russia (1999/414/CFSP). Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/external_relations/ceeca/com_strat/russia_99.pdf, 23.05.2008

Foreign Ministers' Conference on the Northern Dimension Helsinki, 11-12 November 1999 - Conclusions of the Chair. Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/conf/formin1/index.htm, 14.12.2007

Council of the European Union: Action Plan for the Northern Dimension with external and crossborder policies of the European Union 2000-2003. 9401/00 LIMITE NIS 76. Elektronisch veröffentlicht auf: http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/ndap/06_00_en.pdf, 26.05.2004

Mitteilung der Kommission an den Rat. Die Europäische Union und das Kaliningrader Gebiet. Brüssel, den 17.1.2001 (KOM(2001) 26 endgültig). Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/doc/com2001_0026de01.pdf, 23.05.2008

Participants - Second Foreign Ministers' Conference. Luxembourg, 9 April 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/conf/formin2/participants.htm, 23.05.2008

Northern Dimension second Foreign Ministers' Conference, Luxembourg, 9 April 2001- Conclusions of the Chair. Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/conf/formin2/concl.htm, 23.05.2008

CBSS Progress Report on the Implementation of the Northern Dimension Action Plan 2000-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/cbssprogressreportofndap00-03.pdf>, 26.05.2004

Nuclear Safety Strategy Paper 2002-2006 and Indicative Programme 2002-2003. 17.01.2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.eu.int/comm/external_relations/nuclear_safety/rsp/02_06_en.pdf, 16.11.2005

The Northern Dimension Environmental Partnership: Pledging Conference for the NDEP Support Fund Brussels, 9 July 2002 - Overview. Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/ndep/index.htm, 28.05.2008

Information Memorandum for the Pledging Conference on NDEP. May 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.eu.int/comm/external_relations/north_dim/ndep/infomemo.pdf, 17.11.2005

Pressemitteilung Fund to tackle environmental and nuclear waste problems in Northern Europe launched: Pledging Conference raises Euro 110 million- IP/02/1024 - Brussels, 9th July 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/ndep/ip02_1024.htm, 28.05.2008

Northern Dimension Environmental Partnership Pledging Conference - SPEECH/02/327 - Brussels, 9th July 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/external_relations/news/patten/sp02_327.htm, 28.05.2008

EU+7 Ministerial Conf. on Northern Dimension & Artic Window, Illuliat (Aug. 2002). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.cbss.st/documents/euand_baltic_region/eund/illuliat/, 28.05.2008

Redebeitrag des Präsidenten der Russischen Föderation W.W.Putin auf dem Gipfeltreffen Russland-Europäische Union (29. Mai 2002, Moskau). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ln.mid.ru/brp_4.nsf/191dd15588b2321143256a7d002cfd40/417c4fa34400738943256bc8005cd262?OpenDocument, 30.05.2008

Communication from the Commission to the Council. Kaliningrad: Transit. Brussels, 18.09.2002 (COM(2002)510 final). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.eu.int/comm/external_relations/north_dim/news/ip02_1331.htm, 17.12.2005

Guidelines for a new Action Plan. Presidency Conclusions on the Future of the Northern Dimension Policies of the European Union. Luxembourg, 21 October 2002. Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/doc/guidelines02.pdf, 29.05.2008

Council of the Baltic Sea States. Final Minutes of the CSO Special Session at Brussels 6-7 March 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/brussels6-7march2003csossfinalminutes.pdf>, 09.01.2006

Contributions towards a Northern Dimension Action Plan 2004-2006. Compilation of written contributions from CBSS working bodies and partner organisations. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/11finnish/cbsscontributionstothe2ndndap.pdf>, 26.05.2004

Commission Working Document. The second Northern Dimension Action Plan, 2004- 06. Brussels 10.6.2003 (COM(2003) 343 final). Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/external_relations/north_dim/ndap/com03_343.pdf, 29.05.2008

Comments on the EU Commission Working Document: The Second Northern Dimension Action Plan, 2004-06. Compilation of written contributions from CBSS working bodies and partner organisations. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.cbss.st/documents/euand_baltic_region/eund/dbaFile2423.pdf, 29.05.2008

Communication from the Commission: Dialogue with associations of regional and local authorities on the formulation of European Union policy. Brussels, 19.12.2003 COM(2003) 811 final. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2003:0811:FIN:EN:PDF>, 14.07.2008

EU-Förderprogramme

INTERREG

Ex-Post Evaluierung der Gemeinschaftsinitiative INTERREG II (1994–1999). Kurzbericht. Dezember 2003 (geänderte Fassung). Elektronisch veröffentlicht auf:
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/evaluation/inter2a/summary_de.pdf, 05.06.2008

Regional Policy - Inforegio. INTERREG IIC D/DK/FI/S Baltic Sea Region. Zusammenfassung des Programms. Elektronisch veröffentlicht auf: http://ec.europa.eu/regional_policy/reg_prog/po/prog_664.htm, 05.06.2008

Mitteilung der Kommission an die Mitgliedsstaaten vom 28.4.00 über die Leitlinien für eine Gemeinschaftsinitiative betreffend die transeuropäische Zusammenarbeit zur Förderung einer harmonischen und ausgewogenen Entwicklung des europäischen Raums INTERREG III. Brüssel, den 28.4.00 (K(2000) 1101 - DE). Elektronisch veröffentlicht auf:
http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/guidelines/index_en.htm, 14.11.2005

Europäische Kommission Abstimmung der Finanzierung im Rahmen von INTERREG und Tacis – ein Leitfadens. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. Elektronisch veröffentlicht auf: http://europa.eu.int/comm/regional_policy/interreg3/documents/tacis_de.pdf, 14.11.2005

European Commission. Community Initiative concerning Transnational Co-operation on Spatial Planning and Regional Development. Baltic Sea Region INTERREG IIIB. Community Initiative Programme 2000 – 2006. Prepared by the Joint Programming Committee, 16.07.2001

Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. Wider Europe— Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours. Brussels, 11.3.2003 (COM(2003) 104 final). Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.cbss.st/documents/euand_baltic_region/widereurope/widereurope-neighbourhoodeucom03_104_en.pdf, 17.01.2006

Communication from the Commission: Paving the way for a New Neighbourhood Instrument. Brussels, 1.7.2003 (COM (2003) 393 final). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2003:0393:FIN:EN:PDF>, 19.06.2008

The Baltic Sea Region INTERREG IIIB Neighbourhood Programme Mid-term Evaluation - Update. Final Report November 2005. Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.bsrinterreg.net/programm/downloads/MTE_Final_Report_BSR_Update_291105.pdf, 05.06.2008

PHARE

Commission Regulation (EC) No 2760/98 of 18 December 1998 concerning the implementation of a programme for cross-border cooperation in the framework of the PHARE programme. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:1998R2760:20050708:EN:PDF>, 05.06.2008

Vorwort des Kommissars für die Erweiterung Günter Verheugen. In: The Phare Programme Annual Report 1999. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.eu.int/comm/enlargement/pas/phare/pdf/phare1999.pdf>, 17.12.2005

The Phare Programme Annual Report 1999. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.eu.int/comm/enlargement/pas/phare/pdf/phare1999.pdf>, 17.12.2005

The Phare Programme Annual Report 2000. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.eu.int/comm/enlargement/pas/phare/pdf/phare2000.pdf>, 17.12.2005

Bericht der Kommission Gesamtbericht über die Heranführungshilfe (PHARE- ISPA- SAPARD) 2000 (SEC(2002) 1418). Elektronisch veröffentlicht auf: http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2002/com2002_0781de01.pdf, 16.12.2005

Bericht der Kommission PHARE Programm Jahresbericht 2001 (SEC(2003) 228). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.eu.int/comm/enlargement/pas/phare/pdf/phare2001_de.pdf, 17.12.2005

Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen Anhang zu dem PHARE- Programm Jahresbericht 2001: Länderbögen (COM(2003) 97 final). Elektronisch veröffentlicht auf:
http://www.eu.int/comm/enlargement/pas/phare/pdf/annex_phare2001_de.pdf, 17.12.2005

European Commission Directorate-General Enlargement Directorate D Negotiation Pre-accession Coordination & Financial Instruments - General Assistance Document 2002 (D3 D(2002)). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.eu.int/comm/enlargement/pas/phare/pdf/gad_2002_general_part.pdf, 17.12.2005

European Commission Directorate - General Enlargement Directorate D - Co-ordination of Negotiations, Pre-accession and Financial Instruments - General Assistance Document 2003 (D3 D(2003)). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.eu.int/comm/enlargement/pas/phare/pdf/gad_2003_general_part.pdf, 17.12.2005

Mitteilung der Kommission über die Überprüfung der Leitlinien für die Umsetzung des Programms PHARE in den Beitrittsländern für den Zeitraum 2000-2006 in Anwendung des Artikels 8 der Verordnung 3906/89. Brüssel, 6.9.2002 (C(2002) 3303 endgültig). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.eu.int/comm/enlargement/pas/phare/pdf/ec_1822_03.pdf, 18.11.2005

TACIS

Council Regulation (EC, EURATOM) No 99/2000 of 29 December 1999 concerning the provision of assistance to the partner States in Eastern Europe and Central Asia. Elektronisch veröffentlicht auf: http://europa.eu.int/comm/external_relations/ceeca/tacis/reg99_00.pdf, 14.11.2005

Europarat

Council of Europe - Recommendation No. R (81) 19 of the Committee of Ministers to Member States on the Access to Information held by public authorities. (Adopted by the Committee of Ministers on 25 November 1981, at the 340th meeting of the Ministers' Deputies). Elektronisch veröffentlicht auf: [http://www.coe.int/t/e/human_rights/media/4_documentary_resources/CM/Rec\(1981\)019_en.asp](http://www.coe.int/t/e/human_rights/media/4_documentary_resources/CM/Rec(1981)019_en.asp), 30.06.2007

Hanse-Office

Geschichte und Rolle des HO. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.hanse-office.de/?id=4&lng=de>, 30.09.2005

Hanse-Office- Gemeinsames Büro der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Brüssel-Jahresbericht 1996

Hanse-Office- Gemeinsames Büro der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Brüssel-Jahresbericht 1997

15 Jahre Hanse-Office. Gemeinsames Büro der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Brüssel 1985 - 2000-Jahresbericht 1999

15 Jahre Hanse-Office. Gemeinsames Büro der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Brüssel 1985 - 2000-Jahresbericht 2000

Jahresbericht 2001- Hanse-Office. Gemeinsames Büro der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Brüssel

Jahresbericht 2002- Hanse-Office. Gemeinsames Büro der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Brüssel

Hanse-Office. Gemeinsames Büro der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Brüssel- Jahresbericht 2004

HELCOM

HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1980. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 3). Helsinki 1981

HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1981. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 7). Helsinki 1982. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep7.pdf> 23.4.2007

HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1982. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 8). Helsinki 1983. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep8.pdf>
23.4.2007

HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1984. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 13). Helsinki 1985

HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1985. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 18). Helsinki 1986

HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1986. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 23). Helsinki 1987

HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1987. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 26). Helsinki 1988, S. 5 Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep26.pdf>
23.4.2007

HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1989. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 33). Helsinki 1990

HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1990. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 37). Helsinki 1991. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep37.pdf>
23.4.2007

HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1991. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 42). Helsinki 1992. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep42.pdf>
23.4.2007

HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1992. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 52). Helsinki 1993. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep52.pdf>
23.4.2007

HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1993. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 55). Helsinki 1994. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep55.pdf>
23.4.2007

HELCOM (Hrsg.): Activities of the Commission 1994. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 60). Helsinki 1995. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep60.pdf>
23.4.2007

HELCOM: Activities of the Commission during 1995. Report to the 17th Meeting of the Helsinki Commission. Helsinki 12-14 March 1996

HELCOM: Activities of the Commission during 1996. Report to the 18th Meeting of the Helsinki-Commission. Helsinki 11-13 March 1997

HELCOM: Overview on activities 1996. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 65) Helsinki 1997

HELCOM: Corrected Chapter 1.3., Technological Committee (HELCOM TC), of the Report on the activities of the Commission during 1997

HELCOM: Report on the Activities of the Helsinki-Commission during 1999

HELCOM: Report on the Activities of the Commission during 2000. Elektronisch veröffentlicht auf: [http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20\(HELCOM\)/HELCOM%2022%2002001/7a_1.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20(HELCOM)/HELCOM%2022%2002001/7a_1.pdf), 26.06.2007

HELCOM: Report of the Activities of the Commission during 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: [http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20\(HELCOM\)/HELCOM%2023%2002002/8a_1.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20(HELCOM)/HELCOM%2023%2002002/8a_1.pdf), 26.06.2007

HELCOM: Activities 2002- 2003. Elektronisch veröffentlicht auf:
[http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20\(HELCOM\)/HELCOM%2024%202003/HELCOM%2024%20regular/4-2%20REV1.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20(HELCOM)/HELCOM%2024%202003/HELCOM%2024%20regular/4-2%20REV1.pdf), 26.06.2007

Kommission

Ostseemwelterklärung der Diplomatischen Konferenz zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets vom 09.04.1992. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.helcom.fi/stc/files/MinisterialDeclarations/BSEnvtalDecl1992.pdf>, 19.09.2005

HELCOM (Hrsg.): Joint Activities of the Baltic Sea States within the framework of the Convention on the Protection of the marine Environment of the Baltic Sea Area 1974-1978. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 1). Helsinki o.J.

HELCOM (Hrsg.): Report of the Interim Commission (IC) to the Baltic Marine Environment Protection Commission. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 2). Helsinki 1980

HELCOM: Rules of Procedure of the Helsinki Commission. Anlage 3 der Minutes of the Extraordinary Meeting 6.-7.9.1999 Helsinki

Helsinki-Konvention von 1974. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.helcom.fi/stc/files/Convention/convention1974.pdf>, 20.4.2007

Convention on the Protection of the marine Environment of the Baltic Sea Area, 1992 (Helsinki Convention) Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Convention/Conv0704.pdf>, 10.6.2007

Report/Strategy Paper prepared by the JIMF- vorgelegt dem 10. Treffen der Heads of Delegations der HELCOM 27.-28.11.2002. Elektronisch veröffentlicht auf:

[http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Heads%20of%20Delegation%20\(HODS\)/HODS%2010%202002/2-6.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Heads%20of%20Delegation%20(HODS)/HODS%2010%202002/2-6.pdf), 16.07.2007

Erklärung der HELCOM-Konferenz in Rønneby vom 02.-03.09.1990. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.helcom.fi/stc/files/MinisterialDeclarations/RonnebyDecl1990.pdf>, 19.09.2005

Ministererklärung des HELCOM-Treffens vom 8.-11.3.1994. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.helcom.fi/stc/files/MinisterialDeclarations/HELCOM15in1994.pdf>, 19.09.2005

Kommuniqué des HELCOM-Ministertreffens, Helsinki 26.3.1998. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.helcom.fi/stc/files/MinisterialDeclarations/Communique1998.pdf>, 28.10.2008

HELCOM: Declaration on the Safety of Navigation and Emergency Capacity in the Baltic Sea Area (HELCOM Copenhagen Declaration) 10.9.2001 Kopenhagen. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.helcom.fi/stc/files/MinisterialDeclarations/Copenhagen2001.pdf> 19.09.2005

HELCOM Ministerial Declaration (HELCOM Bremen Declaration), adopted on 25 June 2003 in Bremen by the HELCOM Ministerial Meeting. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.helcom.fi/stc/files/MinisterialDeclarations/Bremen2003.pdf>, 24.06.2008

HELCOM: Report of the 17th Meeting of the Helsinki-Commission. Helsinki 12-14 March 1996

HELCOM: Report of the 18th Meeting of the Helsinki-Commission. Helsinki 11-13 March 1997

HELCOM: Report of the 19th meeting of the Helsinki-Commission. Helsinki 23-27 March 1998

HELCOM: Helsinki-Kommission. Report of the 20th Meeting. Helsinki, 22.-24.03.1999

HELCOM: Minutes of the 22th Meeting of the Helsinki Commission 20.-22.3.2001. Elektronisch veröffentlicht auf:

[http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20\(HELCOM\)/HELCOM%2022%202001/Final%20minutes.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20(HELCOM)/HELCOM%2022%202001/Final%20minutes.pdf) 17.01.2007

HELCOM: Minutes of the Extraordinary Ministerial Meeting 10.9.2001 Kopenhagen. Elektronisch veröffentlicht auf: [http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20\(HELCOM\)/HELCOM%20EXTRA,%202001/Minutes.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20(HELCOM)/HELCOM%20EXTRA,%202001/Minutes.pdf), 17.01.2007

HELCOM: Minutes of the 23rd Meeting of the Helsinki Commission 5.-7.3.2002 Helsinki. Elektronisch veröffentlicht auf: [http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20\(HELCOM\)/HELCOM%2023%202002/Minutes.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/COMMISSION%20MEETINGS%20(HELCOM)/HELCOM%2023%202002/Minutes.pdf), 17.01.2007

Helsinki Commission - Baltic Marine Environment Protection Commission. Minutes of the 24th Meeting Bremen, Germany 25 June 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/MinisterialDeclarations/Bremen2003.pdf>

Status of Implementation of the HELCOM Kopenhagen Declaration. Anlage 11 von Helsinki Commission - Baltic Marine Environment Protection Commission. Minutes of the 24th Meeting Bremen, Germany 25 June 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/MinisterialDeclarations/Bremen2003.pdf>

HELCOM Recommendation 21/1 amendment to Annex III, Criteria and Measures concerning the Prevention of Pollution from Land-Based Sources of the 1992 Helsinki Convention. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.helcom.fi/Recommendations/en_GB/rec21_1/, 12.07.2007

HELCOM Recommendation 21/2 Amendment to Annex IV ‚Prevention of Pollution from Ships‘ of the 1992 Helsinki Convention. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.helcom.fi/Recommendations/en_GB/rec21_2/ 12.07.2007

Studien

HELCOM (Hrsg.): Assessment of the Effects of Pollution on the Natural Resources of the Baltic Sea, 1980. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 5). Helsinki 1981, S. 15
Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep5b.pdf>, 20.12.2005

HELCOM (Hrsg.): First Baltic Sea Pollution Load Compilation (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 20) Helsinki 1987. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep20.pdf>, 20.12.2005

HELCOM (Hrsg.): First Periodic Assessment of the State of the Marine Environment of the Baltic Sea Area 1980-1985. General Conclusions. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 17a) Helsinki 1986
Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep17a.pdf>, 20.12.2005

HELCOM (Hrsg.): Second Periodic Assessment of the State of the marine Environment of the Baltic Sea 1984-1988. General Conclusions. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 35a) Helsinki 1990.
Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep35a.pdf>, 20.12.2005

HELCOM (Hrsg.): Third Periodic Assessment of the State of the marine Environment of the Baltic Sea 1989-1993. Background document. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 64b). Helsinki 1996

HELCOM (Hrsg.): Environment of the Baltic Sea Area. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 82a). Helsinki 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep82a.pdf>, 20.12.2005

HELCOM (Hrsg.): Interim Report on the State of the Coastal Waters of the Baltic Sea. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 40). Helsinki 1991

HELCOM (Hrsg.): First Assessment of the State of the Coastal Waters of the Baltic Sea. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 54) Helsinki 1993. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep54.pdf>, 23.4.2007

HELCOM (Hrsg.): Study of the transportation of packaged dangerous goods by sea in the Baltic Sea Area and related environmental hazards. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 51), Helsinki 1993. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep51.pdf>, 03.05.2007

HELCOM (Hrsg.): Atmospheric Supply of Nitrogen, Lead, Cadmium, Mercury and Lindane to the Baltic Sea over the Period 1996-2000. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 101) Helsinki 2005
Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep101.pdf>,
16.01.2007

MONAS

HELCOM: Minutes of the Fourth Meeting, HELCOM-MONAS 21.-25.10.2002 Rostock-Warnemünde.
Elektronisch veröffentlicht auf:

[http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Monitoring%20and%20Assessment%20Group%20\(MONAS\)/MONAS%204,%202002/Minutes%20of%20the%20Meeting.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Monitoring%20and%20Assessment%20Group%20(MONAS)/MONAS%204,%202002/Minutes%20of%20the%20Meeting.pdf), 17.01.2007

HELCOM: Monitoring and Assessment Group. Minutes of the Fifth Meeting 23.-25.4.2003.

Elektronisch veröffentlicht auf:

[http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Monitoring%20and%20Assessment%20Group%20\(MONAS\)/MONAS%205,%202003/Minutes%20of%20the%20Meeting.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Monitoring%20and%20Assessment%20Group%20(MONAS)/MONAS%205,%202003/Minutes%20of%20the%20Meeting.pdf), 29.6.2007

HABITAT

HELCOM: Nature Conservation and Coastal Zone Management Group. Minutes of the Third Meeting 29.1.-1.2.2002. Elektronisch veröffentlicht auf:

[http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Nature%20Protection%20and%20Biodiversity%20Group%20\(HABITAT\)/HABITAT%203,%202002/Minutes_of_the_Meeting.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Nature%20Protection%20and%20Biodiversity%20Group%20(HABITAT)/HABITAT%203,%202002/Minutes_of_the_Meeting.pdf), 29.6.2007

HELCOM: Minutes of the Fourth Meeting- HELCOM HABITAT 11.2.2003 Berlin. Elektronisch veröffentlicht auf:

[http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Nature%20Protection%20and%20Biodiversity%20Group%20\(HABITAT\)/HABITAT%204,%202003/Minutes%20of%20the%20Meeting.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Nature%20Protection%20and%20Biodiversity%20Group%20(HABITAT)/HABITAT%204,%202003/Minutes%20of%20the%20Meeting.pdf), 17.01.2007

HELCOM (Hrsg.): Baltic Marine Environment 1999-2002. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 87). Helsinki 2003. Elektronisch veröffentlicht auf:

[http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Nature%20Protection%20and%20Biodiversity%20Group%20\(HABITAT\)/HABITAT%205,%202003/doc%2010-%202.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Nature%20Protection%20and%20Biodiversity%20Group%20(HABITAT)/HABITAT%205,%202003/doc%2010-%202.pdf), 17.01.2007

MARITIME

HELCOM: Maps on Shipping Accidents in the Baltic Sea 1989-1999, S. 5ff. Elektronisch veröffentlicht auf:

[http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Sea-based%20Pollution%20Group%20\(HELCOM%20SEA\)/HELCOM%20SEA%202,%202001/3_1_6.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Sea-based%20Pollution%20Group%20(HELCOM%20SEA)/HELCOM%20SEA%202,%202001/3_1_6.pdf),
17.01.2007

HELCOM: Maritime Group (HELCOM MARITIME). Minutes of the Second Meeting, Stockholm 20.-22.1.2004. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Maritime%20Group/HELCOM%20MARITIME%202,%202004/Minutes.pdf>, 02.7.2007

HELCOM: Minutes of the First Meeting of the Response Group 23.-25.10.2002 Szczecin. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Response%20Group/HELCOM%20RESPONSE%201,%202002/Minutes.pdf>, 03.07.2007

HELCOM: Minutes of the Second Meeting 19.-21.3.2003 Helsinki - HELCOM RESPONSE. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Response%20Group/HELCOM%20RESPONSE%202,%202003/Minutes.pdf>, 17.01.2007

HELCOM: Minutes of the Third Meeting 9.-11.12.2003 St.Petersburg - HELCOM RESPONSE. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Response%20Group/HELCOM%20RESPONSE%203,%202003/Minutes-final.pdf>, 17.01.2007

HELCOM: Status Report on the Implementation of HELCOM-Recommendations under HELCOM-RESPONSE. Vorgelegt zum 3. Treffen der HELCOM-RESPONSE vom 9.-11.12.2003. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Response%20Group/HELCOM%20RESPONSE%203,%202003/9_1.pdf, 17.01.2007

HELCOM: Map on Locations of Illegal Oil Discharges Observed by Aerial Surveillance within the Baltic Sea Area and related statistics/histograms for the year 2000.

Elektronisch veröffentlicht auf: [http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Sea-based%20Pollution%20Group%20\(HELCOM%20SEA\)/HELCOM%20SEA%203,%202001/2_4_1.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Sea-based%20Pollution%20Group%20(HELCOM%20SEA)/HELCOM%20SEA%203,%202001/2_4_1.pdf), 17.01.2007

LAND

HELCOM: Minutes of the Third Meeting 14.-17.5.2001 in Berlin. Land-based Pollution Group (HELCOM LAND). Elektronisch veröffentlicht auf: [http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Land-based%20Pollution%20Group%20\(HELCOM%20LAND\)/LAND%203/revminutes_land3.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Land-based%20Pollution%20Group%20(HELCOM%20LAND)/LAND%203/revminutes_land3.pdf), 03.07.2007, S. 1

HELCOM: Minutes of the Fifth Meeting- HELCOM LAND 27.-30.5.2002 Kopenhagen. Elektronisch veröffentlicht auf: [http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Land-based%20Pollution%20Group%20\(HELCOM%20LAND\)/LAND%205/Minutes%20of%20LAND5/Final%20Minutes.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Land-based%20Pollution%20Group%20(HELCOM%20LAND)/LAND%205/Minutes%20of%20LAND5/Final%20Minutes.pdf), 17.01.2007

HELCOM: Minutes of the Sixth Meeting- HELCOM LAND 11.-13.11.2002 Vilnius. Elektronisch veröffentlicht auf: [http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Land-based%20Pollution%20Group%20\(HELCOM%20LAND\)/LAND%206/Minutes%20of%20HELCOM%20LAND6.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Land-based%20Pollution%20Group%20(HELCOM%20LAND)/LAND%206/Minutes%20of%20HELCOM%20LAND6.pdf) 17.01.2007

HELCOM: Minutes of the Seventh Meeting- HELCOM LAND 31.3.-2.4.2003 Riga. Elektronisch veröffentlicht auf: [http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Land-based%20Pollution%20Group%20\(HELCOM%20LAND\)/LAND%207/Final%20Minutes%20of%20HELCOM%20LAND%207.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Land-based%20Pollution%20Group%20(HELCOM%20LAND)/LAND%207/Final%20Minutes%20of%20HELCOM%20LAND%207.pdf), 17.01.2007

HELCOM (Hrsg.): Nutrient Pollution to the Baltic Sea in 2000. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 100) Helsinki ohne Jahr. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep100.pdf>, 16.01.2007

CHEMU

Danish Environmental Protection Agency: Report on Chemical Munitions Dumped in the Baltic Sea. o.O. 1994. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/OtherPublications/1994Report-ChemicalMunitionsDumpedInTheBalticSea.pdf>, 20.12.2005

Final Report of the ad hoc Working Group on Dumped Chemical Munition (HELCOM CHEMU) to the 16th Meeting of the Helsinki Commission (March 1995). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/OtherPublications/CHEMUFinalReport1995.pdf>, 20.12.2005

Monitoring of Radioactive Substances

HELCOM (Hrsg.): Radioactivity in the Baltic Sea Area 1992-1998. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 85). Helsinki 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep85.pdf>, 20.12.2005

Joint Comprehensive Programme-Programme Implementation Task Force

The Baltic Sea Joint Comprehensive Environmental Action Programme. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 48) Helsinki 1993. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep48.pdf>, 20.12.2005

Declaration on Resource Mobilisation for the Baltic Sea Joint Comprehensive Environmental Action Programme (Gdansk Declaration). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/MinisterialDeclarations/GdanskDec11993.pdf>, 12.06.2007

HELCOM (Hrsg.): The Baltic Sea Joint Comprehensive Environmental Action Programme (JCP) - Ten Years of Implementation. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 88) Helsinki 2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep88.pdf>, 20.12.2005

HELCOM: Decision concerning the relation between PITF and HELCOM. Anlage 4 der Minutes of the Extraordinary Meeting 6.-7.9.1999 Helsinki

HELCOM Programme Implementation Task Force: Minutes of the third Meeting of the Preparatory Group 30.-31.1.2001. Elektronisch veröffentlicht auf:
[http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Programme%20Implementation%20Task%20Force%20\(PITF\)/PG%203A%20\(2001\)/PG3_A_Minutes.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Programme%20Implementation%20Task%20Force%20(PITF)/PG%203A%20(2001)/PG3_A_Minutes.pdf), 17.01.2007

HELCOM Programme Implementation Task Force: Minutes of the 17th meeting 13.-14.11.2000. Elektronisch veröffentlicht auf:
[http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Programme%20Implementation%20Task%20Force%20\(PITF\)/PITF%2017%20\(2000\)/PITF17_Minutes.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Programme%20Implementation%20Task%20Force%20(PITF)/PITF%2017%20(2000)/PITF17_Minutes.pdf), 17.01.2007

HELCOM (Hrsg.): Thematic Report on HELCOM-PITF Regional Workshops held in Poland - Status of the polish JCP Hot Spots. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 91) Helsinki 2003
Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep91.pdf>, 20.12.2005

HELCOM (Hrsg.): Thematic Report. Status of the Hot Spots in Saint-Petersburg and the Leningrad region. (Baltic Sea Environment Proceedings, Bd. 98) Helsinki 2004, S. 9
Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.helcom.fi/stc/files/Publications/Proceedings/bsep98.pdf>, 20.12.2005

Task Force on Communicable Disease Control

Final Report - Task Force on Communicable Disease Control in the Baltic Sea Region to the 5th Baltic Sea States Summit, Laulasmaa, 21 June 2004. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.cbss.st/summits/laulasmaa2004/annualreports/tfcdc.pdf>, 07.01.2006

Task Force on Organised Crime

The Task Force - A brief Introduction. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.balticseatastaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseatastaskforce/home.nsf/pages/C64C48264ED3AC21C2256F71004F7BD3?Opendocument>, 16.01.2007

Report to the Heads of Government Submitted at the Second Baltic Sea States Summit. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.balticseatastaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseatastaskforce/home.nsf/pages/6A9509BE2E03B9C9C2256F7800302693?Opendocument>, 16.01.2007

Ziele der TF-OC. Anlage 3 von Report to the Heads of Government Submitted at the Second Baltic Sea States Summit. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.balticseatastaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseatastaskforce/home.nsf/pages/6A9509BE2E03B9C9C2256F7800302693?Opendocument>, 16.01.2007

Proposal for the Future. To be presented to the Heads of Government at The Baltic Sea States Summit Riga, 22-23 January 1998. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.balticseatastaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseatastaskforce/home.nsf/pages/2A8E1203B9B12C37C2256F7800308F77?Opendocument>, 16.01.2007

Report to the Heads of Government. Presented at the Baltic Sea States Summit Kolding, Denmark 12-13 April 2000. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.balticseatastaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseatastaskforce/home.nsf/pages/61116A8517E50F80C2256F780029DB5F?Opendocument>, 16.01.2007

Guidelines for the Operative Committee (OPC), Adopted at the meeting of the Task Force, 16 February 1998. Anlage 2 von Report to the Heads of Government. Presented at the Baltic Sea States Summit Kolding, Denmark 12-13 April 2000. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/61116A8517E50F80C2256F780029DB5F?opendocument>, 16.01.2007

Situation Report on Corruption in the Baltic Sea Region, March 2000. Elektronisch veröffentlicht auf:
[http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/AF0834AAAB5057BCC2256F710046AFFC/\\$file/Situation%20report%20on%20corruption.pdf](http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/AF0834AAAB5057BCC2256F710046AFFC/$file/Situation%20report%20on%20corruption.pdf), 16.01.2007

Report to the Heads of Government. Presented at The Baltic Sea States Summit St. Petersburg, Russia June 2002. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/5AE5332BECAC74C5C2256F77002F7AD2?opendocument>, 16.01.2002

Conclusions from Seminar on Ecstasy within the Framework of Task Force on Organised Crime in the Baltic Sea Region. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/70BF59893C16B74BC2256F71004D18E8?opendocument>, 16.01.2007

Report on the Return of stolen vehicles. The situation concerning acquisition in good faith (bona fide acquisition). November 2000. Elektronisch veröffentlicht auf:
[http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/560618343E38EA9DC2256F71004D4CC7/\\$file/ReportVehicles.pdf](http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/560618343E38EA9DC2256F71004D4CC7/$file/ReportVehicles.pdf), 16.01.2007

Mandate of Stolen Vehicle Return Team. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/560618343E38EA9DC2256F71004D4CC7?opendocument>, 16.01.2007

Mandate of Highly Taxed Goods. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/ACD03E1DDE695EAEC2256F71004A9CDD?opendocument>, 16.01.2007

Report on the fact-finding mission regarding trafficking in women. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/FBCE38F3F392B4C3C2256F71004E2CDD?opendocument>, 16.01.2007

Conclusions from Seminar on Trafficking in Women. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/86063AE051532CF8C2256F71004F1816?opendocument>, 16.01.2007

Mandate of Trafficking in women. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/F719C6CB006F34A1C2256F71004DF96C?opendocument>, 16.01.2007

Mandate of Foreign gangs and Project Focus. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/B20F5057D1521A1EC2256F71004A62DF?opendocument>, 16.01.2007

The mandate concerning environmental crime. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/B7A21A60FC4D1FC6C2256F710047D159?opendocument>, 16.01.2007

Conclusions from Seminar on Environmental Criminality. Elektronisch veröffentlicht auf:
<http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/5B93E5FC214ED252C2256F7700371638?opendocument>, 16.01.2007

Situation Report on Corruption in the Baltic Sea Region. Up-date by the Task Force Clearing House on corruption. Poland, June 2001. Elektronisch veröffentlicht auf:
[http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/AF0834AAAB5057BCC2256F710046AFFC/\\$file/Corruption00.pdf](http://www.balticseataaskforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataaskforce/home.nsf/pages/AF0834AAAB5057BCC2256F710046AFFC/$file/Corruption00.pdf), 16.01.2007

Situation Report on Corruption in the Baltic Sea Region. Up-date by the Task Force Clearing House on corruption. Poland, May 2002. Elektronisch veröffentlicht auf:

[http://www.balticseataforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataforce/home.nsf/pages/AF0834AAAB5057BCC2256F710046AFFC/\\$file/Corruption_2002.pdf](http://www.balticseataforce.fi/intermin/hankkeet/balticseataforce/home.nsf/pages/AF0834AAAB5057BCC2256F710046AFFC/$file/Corruption_2002.pdf), 16.01.2007

Treffen der Generalstaatsanwälte

Conclusions of the Baltic Sea Prosecutor-General Meeting. 1st Meeting of the CBSS Prosecutors General, Stockholm, 3 April 1997. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/5latvian/dbaFile6485.html>, 07.01.2006

2nd Meeting of the CBSS Prosecutors General, Tallinn, 12 June 1997. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/5latvian/dbaFile6486.html>, 07.01.2006

4th Meeting of the CBSS Prosecutors General (Berlin, 26-27 April 1999). Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/7lithuanian/dbaFile6488.html>, 07.01.2006

Chairman's conclusions of the 6th meeting of the Prosecutors General in the Baltic Sea Region, Helsinki, Finland, 21 May 2001

Union of Baltic Cities

Ist General Conference, Kalmar, 22-24 May 1992 - Conference Report. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.ubc.net/today/Ist-general.html#Conference%20Report>, 20.12.2005

IInd General Conference, Svetlogorsk, Kaliningrad Region, 24-25 September 1993 - Conference Report.

Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/IInd-general.html#Conference%20Report>, 20.12.2005

IIIrd General Conference, Aarhus, 8-9 December 1995 - Speeches. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.ubc.net/today/pictures/IIIrd-general/speeches.doc>, 20.12.2005

IVth General Conference, Gdansk, 12-13 September 1997 - Conference Report. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.ubc.net/today/IVth-general.html#Conference%20Report>, 20.12.2005

Vth General Conference, Stockholm, 24-25 September 1999 - Conference Report. Elektronisch veröffentlicht

auf: <http://www.ubc.net/today/vth-general.html#Conference%20Report>, 20.12.2005

VIth General Conference, Rostock, 12-13 October 2001 - Conference Report. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.ubc.net/today/vith-general.html#Conference%20Report>, 20.12.2005

VIIth General Conference, Klaipeda, 17-19 October 2003 - Conference report. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.ubc.net/today/viith-general.html#REPORT%A0>, 20.12.2005

Berichte der Arbeitsgruppen der Gründungskonferenz. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.ubc.net/today/pictures/founding_conference/reports_from_working_groups.rtf, 20.12.2005

Founding Conference, Gdansk, 19-20 September 1991 - Conference Report. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.ubc.net/today/founding%20conference.html#Conference%20Report>, 22.12.2005

Goals and Objectives - Rede von Jacek Starosciak, Vertreter der Stadt Gdansk auf der Gründungskonferenz der UBC, 19.-20.09.1991. Elektronisch veröffentlicht auf:

http://www.ubc.net/today/pictures/founding_conference/goals_and_objectives.rtf, 20.12.2005

Infotext zu Commission on Business Cooperation. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.ubc.net/commissions/business.html>, 19.09.2005

Commission on Business Cooperation - Activity Report October 1999- September 2001. Elektronisch

veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/vith-general/reports/Business.rtf>, 20.12.2005

Commission on Business Cooperation. In: Reports and Action Plans of the UBC Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005

Commission on Business Cooperation. Activity Report November 2003-August 2005. In: Reports and Action Plans of the UBC Commissions and Networks. 2003-2005. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/today/pictures/VIIIGC/h_commissions_reports.pdf, 11.03.2008

Infotext zu Commission on Education. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/commissions/education.html>, 19.09.2005

Commission on Education - Activity Report October 1999 -September 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/vith-general/reports/Education.doc>, 20.12.2005

Commission on Education- Activity Report October 2001- September 2003. In: Reports and Action Plans of the UB Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005

Commission on Health and Social Affairs - Activity Report October 1999-September 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/today/vith-general_social.html, 20.12.2005

Social Charter for member Cities of the Union of the Baltic Cities. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/today/vith-general_social.html, 20.12.2005

Commission on Health and Social Affairs - Activity Report October 2001- September 2003. In: Reports and Action Plans of the UB Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005

Commission on Health and Social Affairs - Activity Report November 2003-August 2005. In: Reports and Action Plans of the UB Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005

Infotext zu Commission on Information Society. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/commissions/information_society.html, 19.09.2005

Commission on Information Society - Activity Report April 2002-October 2003. In: Reports and Action Plans of the UB Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005

Commission on Information Society - Activity Report November 2003-August 2005. In: Reports and Action Plans of the UBC Commissions and Networks. 2003-2005. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/today/pictures/VIIIGC/h_commissions_reports.pdf, 11.03.2008

Commission on Sport - Activity Report October 2001-September 2003. In: Reports and Action Plans of the UBC Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005,

Commission on Sport. Activity Report November 2003-August 2005. In: Reports and Action Plans of the UBC Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005

Infotext zu Commission on Tourism. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/commissions/tourism.html>, 19.09.2005

Commission on Tourism - Activity Report Oktober 1999-September 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/vith-general/reports/Tourism.rtf>, 20.12.2005

Commission on Tourism - Activity Report October 2001-September 2003. In: Reports and Action Plans of the UB Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005

Commission on Transportation - Activity Report November 2000-September 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/vith-general/reports/Transport.rtf>, 20.12.2005

Commission on Transportation - Activity Report October 2001-September 2003. In: Reports and Action Plans of the UB Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005

Infotext zu Commission on Urban Planning. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/commissions/urbanplanning.html>, 19.09.2005

Commission on Urban Planning- Activity Report September 1997- August 1999. In: Reports and Action Plans of the UBC- Commissions. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/today/pictures/vth-general/comissions_reports.doc, 20.12.2005

Commission on Urban Planning- Activity Report October 1999- September 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/vith-general/reports/Urban.rtf>, 20.12.2005

Commission on Urban Planning - Activity Report October 2001-September 2003. In: Reports and Action Plans of the UBC Commissions. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005

Commission on Urban Planning - Activity Report November 2003-August 2005. In: Reports and Action Plans of the UBC Commissions and Networks. 2003-2005. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/today/pictures/VIIIGC/h_commissions_reports.pdf, 11.03.2008

Infotext zu Network on Youth Issues. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/commissions/youth_issues.html, 19.09.2005

Commission on Culture - Activity Report October 1999-September 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/vith-general/reports/Culture.rtf>, 20.12.2005

Commission on Culture - Activity Report October 2001-September 2003. In: Reports and Action Plans of the UB Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005

Commission on Environment - Activity Report October 1999-September 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/vith-general/reports/Environment.rtf>, 20.12.2005

Commission on Environment- Activity Report October 2001- September 2003. In: Reports and Action Plans of the UB Commissions and Networks. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005

The Best Environmental Practice in the Baltic Cities Award. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/today/vith-general_award.html, 20.12.2005

Best Environmental Practice in Baltic Cities Award 2003 - Report of the Award Committee. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/Award_Committee.doc, 20.12.2005

Minutes from the 6th meeting of the Executive Board of the Union of the Baltic Cities - Kaliningrad, 6-7 June 1993. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/6th-executive.html>, 20.12.2005

Minutes from the 7th meeting of the Executive Board of the Union of the Baltic Cities - Turku, Finland, 4 September 1993. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/7th-executive.html>, 20.12.2005

Minutes from the ninth Meeting of the Executive Board of the Union of the Baltic Cities - Palanga, Lithuania, 26 March 1994. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/9th-executive.html>, 20.12.2005

Minutes from the 11th Meeting of the Executive Board of the Union of the Baltic Cities - Vilnius, Lithuania, 22-23 April 1995. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/11th-executive.html>, 20.12.2005

Minutes from the 13th Meeting of the Executive Board of the Union of the Baltic Cities - Aarhus, Denmark, 7-8 December 1995. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/13th-executive.html>, 20.12.2005

Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 24-25 September 1993 (Kaliningrad) - 8-9 December 1995 (Aarhus). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/raport%2093-95.html>, 20.12.2005

Report of the Activities of the Union of the Baltic Cities, 8-9 December 1995 (Aarhus) - 12-13 September 1997 (Gdansk). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/raport95-97.html>, 20.12.2005

Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 12-13 September 1997 (Gdansk) - 24-25 September 1999 (Stockholm). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/raport97-99.html>, 20.12.2005

Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 24-25 September 1999 (Stockholm) - 12-13 October 2001 (Rostock). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/vith-general.html#Conference%20Report>, 20.12.2005

Report on the Activities of the Union of the Baltic Cities, 12-13 October 2001 (Rostock) – 17-18 October 2003 (Klaipeda). Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/ubcreport0103.doc>, 20.12.2005

Report of the Activities of the Union of Baltic Cities. 18 October 2003 (Klaipėda) – 1 October 2005 (Turku). Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/today/pictures/VIIIIGC/g_UBC_activity.pdf, 11.03.2008

Report of the UBC EU-Coordinators Network. In: Reports and Action Plans of the UBC Commissions. 2001-2003. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/VIIth-general/commissions.doc>, 20.12.2005

The Role of Cities in a Baltic Sea Policy. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/today/pictures/IIIrd-general/conference_statements.doc, 20.12.2005

The UBC Statement on Local Self-Government 09.12.1995. Elektronisch veröffentlicht auf: http://www.ubc.net/today/pictures/IIIrd-general/conference_statements.doc, 20.12.2005

UBC EU-Coordinators Network- Activity Report October 1999- September 2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/vith-general/reports/EUCoord.rtf>, 20.12.2005

Farewell Speech - Mr Anders Engstrom, UBC President 1991-2001. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.ubc.net/today/pictures/vith-general/farewell.doc>, 20.12.2005

UN

Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future. Transmitted to the General Assembly as an Annex to document A/42/427 - Development and International Co-operation: Environment. Chapter two. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.un-documents.net/ocf-02.htm#I>, 01.07.2008

VASAB

VASAB 2010 Plus: Action during recent years. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.vasab.org/documents.php?go=display&ID=39>, 03.04.2008

VASAB 2010 Plus: Introduction. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.vasab.org/documents.php?go=display&ID=37>, 03.04.2008

VASAB 2010 Plus: Spatial Development Action Programme. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.vasab.org/documents.php?go=display&ID=42>, 03.04.2008

Conclusions of the First Conference of Ministers for Spatial Planning and Development - Karlskrona, August 20-21, 1992. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/1finnish/dbaFile6651.html>, 07.01.2006

Conclusions of the Second Conference of Ministers for Spatial Planning and Development. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/2estonian/dbaFile6652.html>, 07.01.2006

Conclusions of the Third Conference of Ministers for Spatial Planning and Development - Tallinn, December 8-9, 1994. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/3polish/dbaFile6653.html>, 07.01.2006

Conclusions of the Fourth Conference of Ministers for Spatial Planning and Development - Stockholm Declaration. Elektronisch veröffentlicht auf: <http://www.vasab.org/documents.php?go=display&ID=51>, 02.04.2008

Wismar Declaration on transnational spatial planning and development policies for the Baltic Sea Region to 2010 - Fifth Conference of Ministers Responsible for Spatial Planning and Development in the Countries of the Baltic Sea Region held under the chairmanship of the German Federal Minister for Transport, Building and Housing in Wismar on 21 September 2001. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.vasab.org/documents.php?go=display&ID=36>, 03.04.2008

Tallinn Report: Preface. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.vasab.org/documents.php?go=display&ID=64>, 01.04.2008

Tallinn Report 1994: Part II - The Baltic Sea Region today. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.vasab.org/documents.php?go=display&ID=66>, 02.04.2008

Tallin Report: Part III – Vision. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.vasab.org/documents.php?go=display&ID=67>, 02.04.2008

Tallin Report: Part IV - strategies and first common action. Elektronisch veröffentlicht auf:

<http://www.vasab.org/documents.php?go=display&ID=68>, 02.04.2008

Zeitzeugeninterviews

Zur Ergänzung der Informationen der schriftlichen Quellen hatte ich Gelegenheit, Zeitzeugeninterviews durchzuführen. Dies wurde teilweise in einem Gespräch, teilweise aber auch über das Zuschicken und Ausfüllen von Fragebögen realisiert. Alle Zeitzeugeninterviews liegen in autorisierter Form vor.

Die Zeitzeugen waren:

Herr Michael Bouteiller, Bürgermeister der Hansestadt Lübeck 1988-2000, Vizepräsident der Union of Baltic Cities 1991-1999,

Herr Albert Caspari von der NGO „Infobalt“, Koordinator (focal point) der deutschen NGO-Ostseekooperation seit 2001,

Herr Prof. Dr. Peter Ehlers, Präsident des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie, Vorsitzender der Helsinki-Kommission 1984-1986 und 2000-2002, Vorsitz im Maritime Committee der Helsinki-Kommission 1987- 1997,

Herr Anders Engström, Präsident der Union of Baltic Cities 1991-2001,

Frau Heike Imhoff, unter anderem stellvertretende Delegationsleitung bzw. Delegationsleitung für Deutschland bei der Helsinki-Kommission seit 1994,

Herr Wolf-Rüdiger Janzen, Hauptgeschäftsführer der IHK Kiel 1985-2006, Präsident der Baltic Sea Chamber of Commerce Association 1992-2002, Chairman und Mitglied im Baltic Advisory Council innerhalb des Ostseerats 1997-2006 und deutsches Mitglied im Advisory Board des Baltic Development Forums 1998-2006,

Herr Dr. Ulrich Kremser, Professional Secretary der HELCOM-PITF 1996-2001 und innerhalb der Funktion auch Vertreter der HELCOM im Landwirtschaftssektor der Baltic 21,

Herr Prof. Dr. Gustav Kristensen, Direktor der EuroFaculty vom August 2001 bis Ende Juli 2005,

Herr Prof. Dr. Dr. Reinhard Kurth, Präsident des Robert-Koch-Instituts 1996-2008 und Mitglied der Task Force on Communicable Disease Control 2000- 2004,

Herr Thomas Pfannkuch, 1983-1992 Assistent des schleswig-holsteinischen Europaabgeordneten und MdEP Gerd Walter, 1993-97 Leiter des Ministerbüros im Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten, 1997- 2007 Referent für Ostseekooperation in der Abteilung für Europa- und Ostseeangelegenheiten, hierüber unter anderem deutsche „Antenne“ des BSSSC-Sekretariats 1998- 2004,

Herr Arno Pöker, Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock 1995-2004 und damit Mitglied in der Union of Baltic Cities.

Verwendete Abkürzungen

AB	-	Academic Board
AdR	-	Ausschuss der Regionen
AIS	-	Automatic Identification System
B7	-	Baltic Seven Islands Cooperation
BAC	-	Baltic Advisory Council
BACI	-	Baltic Sea Region Anti Corruption Initiative
BALTCOM	-	Baltic Sea Encrypted Network
BALTREL	-	Baltic Ring Electricity Co-operation Committee
BAREP	-	Baltic Position Reporting System
BASREC	-	Baltic Sea Region Energy Cooperation
BASTUN	-	Baltic Sea Trade Union Network
BAT	-	Best available technique
BCCA	-	Baltic Sea Chambers of Commerce Association
BDF	-	Baltic Development Forum
BEAC	-	Barents Euro-Arctic Council
BEP	-	Best environmental practice
BETF	-	Baltic Energy Task Force
BIP	-	Bruttoinlandsprodukt
BLA21F	-	Baltic Local Agenda 21-Forum
BMB	-	Baltic Marine Biologists
BMEA	-	Baltic Municipal Environmental Audit
BMP	-	Baltic Monitoring Programme
BPO	-	Baltic Ports Association
BRD	-	Bundesrepublik Deutschland
BSA	-	Baltic Sea Alliance
BSCC	-	Baltic Sea Customs Conference
BSCP	-	Baltic Sustainable Cities Programme
BSPA	-	Baltic Sea Protected Area
BSPC	-	Baltic Sea Parliamentary Conference
BSRI	-	Baltic Sea Region Initiative
BSSSC	-	Baltic Sea States Subregional Conference
BTC	-	Baltic Tourism Commission
CBC	-	bei Förderprogrammen: Cross-Border-Cooperation

CBSS	-	Council of the Baltic Sea States - Ostseerat
CBUR	-	Conference of the Baltic University Rectors
CC	-	Combating Committee
CCB	-	Coalition Clean Baltic
CID	-	Citizenship and Immigration Departement
CPI	-	Corruption Perception Index
CPMR-BSC	-	Council of Peripheral Maritime Regions of Europe- Baltic Sea Commission
CSD/BSR	-	Committee on spatial Development in the Baltic Sea Region
CSO	-	Council of Senior Officials
DDR	-	Deutsche demokratische Republik
DDT	-	Dichlordiphenyltrichlorethan
DM	-	Deutsche Mark
EBRD	-	European Bank for Recovery and Development
EC	-	Environment Committee
ECE	-	United Nations Economic Commission for Europe
EEA	-	Einheitliche Europäische Akte
EF	-	EuroFaculty
EFTA	-	European free trade association
EG	-	Europäische Gemeinschaft(en)
EGC	-	Expert-Group on Co-operation in Combating Matters
EIB	-	European Investment Bank
EMRK	-	Europäische Menschenrechtskonvention
EU	-	Europäische Union
FWZ	-	Freie Wirtschaftszone
GAP	-	Gemeinsame Agrarpolitik der EU
GB	-	Governing Board
GSEO	-	Group of Senior Energy Officials
GSHO	-	Group of Senior Health Officials
GUS	-	Gemeinschaft unabhängiger Staaten
HoD	-	Heads of Delegation
HELCOM	-	Baltic Marine Environment Protection Commission (Helsinki-Commission)
HELCOM REV	-	ad hoc Working Group to Review the Activities, Working Structure and Methods of the Commission

HKNM	-	Hoher Kommissar für nationale Minderheiten
HO	-	Hanse-Office
IAEO	-	Internationale Atomenergie-Organisation
IBSFC	-	International Baltic Sea Fishery Commission
IC	-	Interims-Commission
ICES	-	International Council for the Exploration of the Sea
ICLEI	-	International Council for Local Environmental Initiatives
IFIs	-	Internationale Finanzinstitute
IGO	-	International Governmental Organisation
IMCO	-	Inter-Governmental Maritime Consultative Organization
IMO	-	International Maritime Organization
IOC	-	Intergovernmental Oceanographic Commission
ISPA	-	Instrument for Structural Policies for Pre-Accession
JO	-	Joint Action
JCP	-	Joint Comprehensive Environmental Action Programme
KP	-	Kommunistische Partei
KPdSU	-	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	-	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LDPD	-	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
MARPOL	-	International Convention for the Prevention of Pollution from Ships
MC	-	Maritime Committee
MC AIR	-	ad hoc-Working Group on Air Pollution from Ships
MEA	-	Municipal Environmental Audits
MFN	-	Most Favoured Nation
MONAS	-	Monitoring and Assessment Group
MORS	-	ad hoc Expert Group on Monitoring of Radioactive Substances in the Baltic Sea Area
MNEPR	-	Multilateral Nuclear and Environment Programme in the Russian Federation
MWG	-	Maritime Working Group
MWG EG	-	Expert Group on operational and technical questions related to combating marine pollution
NATO	-	North atlantic treaty organization
NCM	-	Nordic Council of Ministers
NDAP	-	Northern Dimension Action Plan

NDEP	-	Northern Dimension Environmental Partnership
NDI	-	Northern Dimension Initiative
NeDAP	-	Northern e-Dimension Action Plan
NEFCO	-	Nordic Environmental Financing Cooperation
NGO	-	Non-governmental-Organisation
NIB	-	Nordic Investment Bank
NVA	-	Nationale Volksarmee
OEEC	-	Organization for european economic cooperation
OECD	-	Organization for economic cooperation and development
ODIHR	-	Office for Democratic Institutions and Human Rights
OPC	-	Operative Committee
OSZE	-	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PCA	-	Partnership and Cooperation Agreement
PCB	-	polychlorierte Biphenyle
PCT	-	polychlorierte Terphenyle
PfP	-	Partnership for Peace
PHARE	-	Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies
PITF	-	Programme Implementation Task Force
PLC	-	Pollution Load Compilation
PSSA	-	Particularly Sensitive Sea Area
RGW	-	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RID	-	ad hoc-Group on Reduction of Industrial Discharges
SAPARD	-	Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development
SBZ	-	Sowjetische Besatzungszone
SED	-	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMEs	-	Small and Medium-sized Entreprises
SOG	-	Senior Officials Group
SOIS	-	Senior Officials Group on Information Society
SSPP	-	Ship Safety and Pollution Prevention-Programme
SSR	-	Sozialistische Sowjetrepublik
STC	-	Scientific-technological Committee
STWG	-	Scientific-technological Working Group
SU	-	Sowjetunion
SWZ	-	Sonderwirtschaftszone
TACIS	-	Technical Assistance for the Commonwealth of Independent States

TC	-	Technological Committee
TEN	-	Trans-European Networks
TFA	-	Task Force on Agriculture
TF-CDC	-	Task Force on Communicable Disease Control
TF-OC	-	Task Force on Organised Crime
TFSA	-	Task Force on Sustainable Agriculture
ToR	-	Terms of Reference
UBC	-	Union of Baltic Cities
UNCED	-	United Nations Commission for Environment and Development
UNEP	-	United Nations Environment Programme
UNO	-	United Nations Organization
USA	-	United States of America
VASAB 2010	-	Visions and Strategies around the Baltic Sea 2010
WEU	-	Westeuropäische Union
WG	-	Working Group
WGA	-	Working Group on Agriculture
WGDI	-	Working Group on Democratic Institutions
WGEC	-	Working Group on Economic Cooperation
WGNRS	-	Working Group on Nuclear and Radiation Safety
WGS	-	ad hoc Working Group on criteria and standards for discharges of harmful substances into the Baltic Sea Area
WGTO	-	Working Group on a possible joint field experiment within the Baltic Sea Area in tagging oil residues in tankers
WHO	-	World Health Organization
WWF	-	World Wildlife Fund